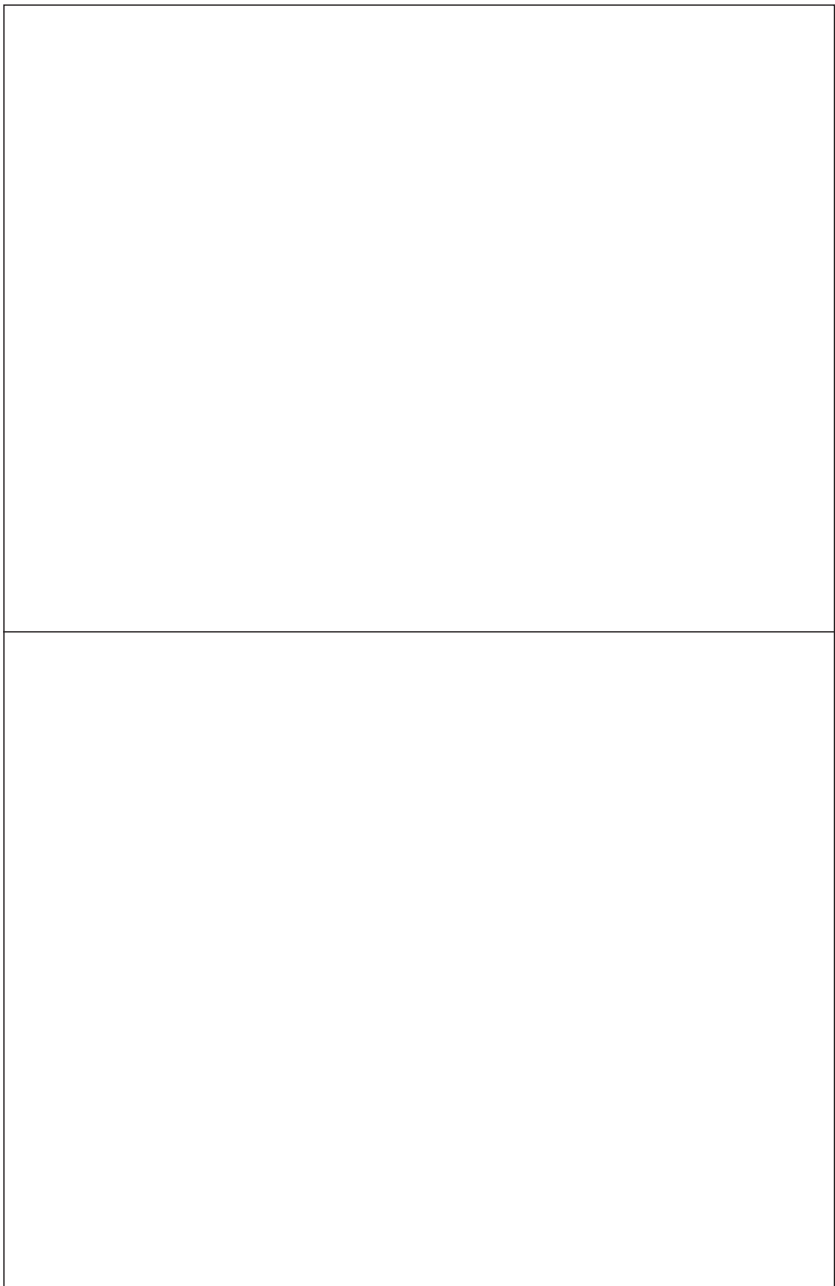


**Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)**

Extremismus & Demokratie



Nomos



Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

28. Jahrgang 2016



Nomos

Herausgeberschaft und Redaktion: Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, D-01062 Dresden, Tel. (03 51) 46332802; Prof. Dr. Alexander Gallus, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127710; Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127720.

Redaktionsassistent: Patrick Keller, Michelle Tredup; jahrbuch-ed@phil.tu-chemnitz.de

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. em. Dr. Klaus von Beyme, Universität Heidelberg; Prof. em. Dr. Drs. h. c. Karl Dietrich Bracher, Universität Bonn; Prof. Dr. Frank Decker, Universität Bonn; Prof. Dr. Jürgen W. Falter, Universität Mainz; Prof. em. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Universität Mannheim; Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Universität Heidelberg; Prof. Dr. Roland Sturm, Universität Erlangen-Nürnberg.

Internet:

<https://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pti/jahrbuch/jahrbuch.php>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3567-9 (Print)

ISBN 978-3-8452-7930-5 (ePDF)

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich. Die in ihm enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keinerlei Haftung.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt	Band 28 (2016)
Editorial	7
Analysen	
Eckhard Jesse, Der „Extremistenbeschluss“ von 1972	13
Jürgen W. Falter, Die Mitglieder der NSDAP 1925-1945	35
Matthias Garbert, Logik der Gewalt	65
Isabelle-Christine Panreck, Alternativen in der medialen Debatte?	95
Forum: Die „Alternative für Deutschland“ (AfD)	
Fragen	113
Antworten	115
Jörg Meuthen/Frauke Petry	115
Frank Decker	117
Torsten Oppelland	122
Werner J. Patzelt	128
Antworten zu den Antworten	133
Daten, Dokumente, Dossiers	
Eckhard Jesse, Wahlen 2015	139
Uwe Backes, Organisationen 2015	152
Alexander Gallus, Dokumentation 2015	171
Werner Müller, Sechzig Jahre nach dem KPD-Verbot	175
Marc Brandstetter, Parteigründungen als Reaktionen auf staatliche Verbote	188
Benjamin Onasch, Die rituelle Dimension des Terrorismus im Zeitalter des Dschihadismus	207
Jürgen P. Lang, Biographisches Porträt: Jürgen Elsässer	225
Gülden Hennemann, Länderporträt: Türkei	241
Alexander Kühn, Zeitschriftenporträt: Kurier der Christlichen Mitte	263
Literatur	
<i>Literaturbericht:</i>	
Matthias Lemke, The Known Unknown: Neoliberalismus, Demokratie und die Krise von fast allem	279
<i>Sammelrezension:</i>	
Michail Logvinov, Dschihadismus und der Islamische Staat	297

Inhalt

»Kontrovers besprochen«:

Udo di Fabio, Schwankender Westen (Thomas Biebricher, Wilfried von Bredow, Christoph Degenhart)	312

Rezensionssessay:

Hajo Funke, Staatsaffäre NSU (Hans-Gerd Jaschke)	320

»Wieder gelesen«:

Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik (Christian Nestler)	325

Literatur aus der „Szene“:

Udo Ulfkotte, Die Asylindustrie (Farid Hafez)	330

Hauptbesprechungen:

Jörg Baberowski, Räume der Gewalt (Helmut Müller-Enbergs)	333

Willy Brandt/Helmut Schmidt, Partner und Rivalen (Jürgen Schmidt)	337

Frank Decker/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa (Jürgen P. Lang)	341

Constantin Gschler/Michael Wala, „Keine neue Gestapo“ (Dominik Rigoll) ...	344

Axel Honneth, Die Idee des Sozialismus (Tilman Mayer)	348

Beate Klarsfeld/Serge Klarsfeld, Erinnerungen (Philipp Gassert)	351

Alexander Kobylinski, Der verratene Verräter (Matthias Kluge)	356

Claus Leggewie, Politische Zeiten (Klaus von Beyme)	360

M. Rainer Lepsius, Soziale Schichtung in der industriellen Gesellschaft (Gangolf Hübinger)	363

Peter Longerich, Hitler (Barbara Zehnpfennig)	367

Daniel Münzner, Kurt Hiller (Rüdiger Schütt)	371

Anton Pelinka, Die unheilige Allianz (Fabian Fischer)	374

Andreas Rödter, 21.0 (Elke Seefried)	377

Peter Schmitt-Egner, Gemeinwohl (Peter Graf Kielmansegg)	381

Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder, Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! (Eckhard Jesse)	386

Tom Thieme, Eliten und Systemwechsel (Manuel Becker)	389

Verfassungsschutzbericht 2014 (Robert Philippsberg)	393

Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens (Martina Steber)	397

Kurzbesprechungen	402

Kommentierte Bibliographie	470

Zeitschriftenauslese	504

Verzeichnis der besprochenen Bücher	507

Mitteilungen und Hinweise	517

Personenverzeichnis	521

Autorenverzeichnis	538

Editorial

Das Jahr 2015 wird als Jahr der „Flüchtlingskrise“ in Erinnerung bleiben, auch wenn die Zahl der – meist unkontrolliert – nach Deutschland gelangenden Migranten erst von September an sprunghaft anstieg und zu den dramatischen Bildern des Willkommens wie der Überforderung führte, die auf einen Teil der Bevölkerung überwiegend als Ansporn zur Verstärkung der Integrationsbemühungen wirkten, während ein anderer Teil mit Abneigung, Ablehnung, Abwehr, Protest und mitunter gar Gewalt reagierte. Dazwischen angesiedelte Positionen drangen oft nicht durch. Auf der Ebene des Parteiensystems versorgte die Krise vor allem die populistische Protestpartei Alternative für Deutschland (AfD) mit frischem Sauerstoff, der sie nach einem Tief im Sommer in den Umfragewerten wieder kräftig ansteigen ließ. So wurde die Diskussion um die politische Einordnung der Partei, die infolge der Abspaltung der Wirtschaftsliberalen um den Parteigründer Bernd Lucke weiter nach „rechts“ gerückt war, neu entfacht. In einem *Forum* beantworten neben den Parteipräsentanten Jörg Meuthen und Frauke Petry die Politikwissenschaftler Frank Decker, Torsten Oppelland und Werner J. Patzelt Fragen, die das Verhältnis der AfD zum Verfassungskern betreffen, insbesondere zu den Menschenrechten, den Prinzipien der Gewaltenteilung und dem politischen wie kulturellen Pluralismus. Ergänzende Informationen finden sich in demoskopischen Befunden („Dokumentation 2015“ von Alexander Gallus), die zeigen, in welchem Maße das Vertrauen in die demokratischen Parteien in Deutschland (und in anderen EU-Staaten) erodiert ist.

Die Wahlergebnisse der AfD beleuchtet Eckhard Jesse („Wahlen 2015“), während Uwe Backes („Organisationen 2015“) die Auswirkungen der „Flüchtlingskrise“ nicht nur auf den rechten Flügel, sondern auch auf den linken analysiert, der ähnliche Emotionen und Abwehrhaltungen kanalisiert. Zudem geht es um die harten rechtsextremistischen Konkurrenten wie die vom Verbot bedrohte NPD und die kleinen neonationalsozialistischen Parteien „Der Dritte Weg“ und „Die Rechte“, deren Aktivitäten der Schweriner Politikwissenschaftler Marc Brandstetter in einem *Dossier* beleuchtet. Im Kampf gegen die „Islamisierung“ rekurrieren sie meist auf alte ideologische Begründungsmuster, während sich gleichzeitig neue Abwehrlinien formieren, wie sie etwa im Magazin „Compact“ des ehemals „antideutschen“ Publizisten Jürgen Elsässer zu beobachten sind, dem der Münchener Publizist Jürgen P. Lang ein „Biographisches Porträt“ gewidmet hat. Der „Querfröntler“ Elsässer scheut sich nicht, als Redner auf einer „Legida“-Demonstration aufzutreten. Den bei solchen Gelegenheiten grassierenden „Lügenpresse“-Parolen setzt die Münsteraner Politikwissenschaftlerin Isabelle-Christine Panreck eine Medien-*Analyse* entgegen, welche die Qualität des Alternativangebots von Organen wie „Freitag“ und „Junge Freiheit“ anhand der Meinungsvielfalt der etablierten überregionalen Presse an

einem konkreten Beispiel (der Kontroverse um Deutschlands strittige Enthaltung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Libyenfrage 2011) auf die Probe stellt.

Die „Flüchtlingskrise“ heizte nicht nur den Straßenprotest an, sondern war auch von einer Welle gewaltsamer Übergriffe – u.a. auf Migrantenunterkünfte – begleitet. Die *Analyse* des Heidelberger Politikwissenschaftlers Matthias Garbert leistet zur Erhellung dieses Phänomens insofern einen Beitrag, als sie Radikalisierungsprozesse bei Gruppen unterschiedlicher ideologischer Orientierung untersucht. Anders als beim Gros politisch motivierter Gewalttaten handelt es sich bei den beiden Gruppen, die Garbert systematisch vergleicht, um Terrorzellen im engeren Sinne, die ihre Anschläge mit großem Aufwand planten und vorbereiteten, auch wenn die dschihadistische „Sauerlandgruppe“ das von ihr geplante Attentat aufgrund frühzeitiger Aufdeckung durch die Sicherheitsbehörden nicht mehr durchführen konnte, während der „Nationalsozialistische Untergrund“ seine Mordtaten über viele Jahre hinweg verübte. Diesem wohl dunkelsten Kapitel des bundesdeutschen Rechtsextremismus ist der „Rezensionssessay“ des Berliner Politikwissenschaftlers Hans-Gerd Jaschke gewidmet, der anhand von Hajo Funkes „Staatsaffäre NSU“ unseren Wissensstand über den rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ und seine Netzwerke festzuhalten sucht.

Die Brutalität der NSU-Täter wird von jener dschihadistischer Schlächter noch übertroffen, deren Mentalität und Denkweise der Schweriner Politikwissenschaftler Benjamins Onasch in einem kulturhistorisch ausholenden *Dossier* erhebt. Die Defensive des „Islamischen Staates“ erhöht die Attraktivität terroristischen Vorgehens in den offenen Gesellschaften Europas, wovon im Berichtsjahr vor allem die Terrorserien in Frankreich zeugten. Auch das „Länderporträt“ zur Türkei der Münchener Islamwissenschaftlerin Gülden Hennemann lenkt den Blick auf eine Region, die in besonderer Weise von politisch motivierter Gewalt bedroht wie heimgesucht wird und von der destabilisierende Effekte verstärkt auf die europäischen Demokratien ausstrahlen könnten.

Wie wenig selbstverständlich die Stabilität und der Bestand demokratischer Verfassungsstaaten sind, führt auch die *Analyse* des Mainzer Politikwissenschaftlers Jürgen W. Falter vor Augen, der nach seinen bahnbrechenden Forschungen zu den Wählern der NSDAP nun Entwicklung und Struktur der Mitgliederschaft minutiös statistisch untersucht hat. Wie er erhellen kann, ist die prominent von Seymour M. Lipset vertretene These vom „Extremismus der Mitte“ richtig und falsch zugleich – richtig, weil sie das Augenmerk auf die breite Schichtenstreuung des NSDAP-Anhangs lenkt, falsch, weil sie den Eindruck erweckt, als seien soziale Eliten und Arbeiterschaft kaum vertreten. Jedenfalls ist Extremismus weder historisch noch in der Gegenwart, sozialstrukturell betrachtet, auf bestimmte Schichten und Gruppen beschränkt, sonst wäre die Frage des Demokratieschutzes wohl kaum von anhaltender Aktualität. Dies belegt Eckhard Jesse in seiner Analyse über den umstrittenen „Extremistenbeschluss“ von 1972 zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst (das „Duckmäusertum“, der archimedische Punkt der Kritik, sei mehr durch Desinformation entstanden als durch die Einstellungspraxis) ebenso wie der

Rostocker Historiker Werner Müller, der das 60-Jahres-Jubiläum des KPD-Verbots zum Anlass für einen historischen Rückblick nimmt. Er zeigt auf, in welcher Weise heute am linken Flügel des politischen Spektrums fragwürdige Geschichtsdeutungen ventiliert werden, welche die KPD vorzugsweise als unschuldiges Opfer ungezügelter staatlicher Repression erscheinen lassen.

Das „Zeitschriftenporträt“ des Chemnitzer Politikwissenschaftlers Alexander Kühn behandelt das Periodikum einer winzigen christlich-fundamentalistische Gruppierung („Kurier der Christlichen Mitte“), von der zwar keine Gewalt ausgeht, die aber in aggressiver Weise gegen soziale Minderheiten, insbesondere Homosexuelle, agitiert. Der Verfassungsschutz sieht in der „Christlichen Mitte“ kein Beobachtungsobjekt.

Den Rezensionsteil eröffnet der breit angelegte *Literaturbericht* des Politikwissenschaftlers Matthias Lemke, derzeit Forschungsstipendiat am Deutschen Historischen Institut in Paris, zum „Neoliberalismus“. Ausgehend von breit anerkannten Definitionen widmet er sich diesem Phänomen, dem eine steigende, auch demokratiegefährdende Bedrohlichkeit zugeschrieben wird. Seine Kernthese: Ein durch die Deregulierungen der letzten 30 Jahre außer Kontrolle geratener Liberalismus schwäche die Demokratie. Privatisierungen hätten auf lange Sicht zur gesellschaftlichen Spaltung geführt; wenn Bürger weniger von Gewinnen haben, so resümiert er mehrere Studien, ist demokratische Teilhabe ebenfalls in Gefahr. Allerdings seien sozialromantische Gegenentwürfe keine angemessene Alternative.

Auf radikalen Wandel unter massivem Gewalteinsatz zielt der Dschihadismus, dem sich die *Sammelrezension* widmet. Der Dresdner Politikwissenschaftler Michail Logvinov erörtert, warum die Bücher zur Genese des IS, zu islamistischen Gruppen in Deutschland und zu Bekämpfungsstrategien nicht alle Facetten der extremistischen Gruppierung einfangen können: Weil sie nicht weit genug in die Geschichte zurückschauen, weil sie Querelen zwischen maßgeblichen Akteuren und Strömungen nicht hinreichend erfassen, die Überzeugungskraft vor Ort unterschätzen oder behördlicherseits die sozialen Dynamiken hinter den Gruppen nicht scharf analysieren. Der „Islamische Staat“ kämpfe weniger gegen den Westen als gegen innerarabische Feinde. Ein Teil der Stärke des Islamismus sei in der Schwäche der arabischen Staatsverwaltung zu suchen. Zudem weist der Autor nach, wie stark dschihadistische Gruppen in Deutschland von bestimmten Faszinationsbildern profitieren, die eher in der westlichen Welt Wirkung erzielen als im Nahen Osten. Dabei schont er die Analysen der deutschen Sicherheitsbehörden nicht: Die oft monokausalen Begründungen für die Radikalisierung von Terroristen griffen zu kurz; mehr Maßnahmen zur sozialen Integration der von Radikalisierung Bedrohten seien notwendig. Logvinov stimmt jenen Thesen zu, die – bei unveränderter Bekämpfungspolitik – eine weitere Ausdehnung und Zuspitzung des islamistischen Terrors prophezeien. Vom Extremismus der Tat, der in terroristischen Akten zum Ausdruck kommt, richtet der Rostocker Politikwissenschaftler Christian Nestler unseren Blick zurück auf Repräsentanten einer „Konservativen Revolution“, wie sie Kurt Sontheimer in seiner hier

„wieder gelesenen“ Habilitationsschrift über „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“ zum Gegenstand machte.

Mit der Frage, wie „der Westen“ im Kampf gegen den Terrorismus gerüstet ist, setzen sich die Autoren in der Kategorie *Kontrovers besprochen* auseinander. Der Frankfurter Politikwissenschaftler Thomas Biebricher, der Leipziger Rechtswissenschaftler Christoph Degenhart und der Marburger Politikwissenschaftler Wilfried von Bredow tun dies, indem sie die Streitschrift „Schwankender Westen“ des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Udo di Fabio kritisch evaluieren. Wie sehr beide Themenfelder – der islamistische Terrorismus wie die „Flüchtlingskrise“ – Verschwörungstheorien nähren, das zeigt der Salzburger Politikwissenschaftler Farid Hafez auf, der islamfeindliche Halbwahrheiten in Udo Ulfkottes Traktat „Die Asylindustrie“ zur Sprache bringt („Literatur aus der Szene“).

Die Rubriken *Hauptbesprechungen*, *Kurzbesprechungen* und *Kommentierte Bibliographie* liefern mit Rezensionen und Annotationen eine thematisch weit gespannte Übersicht zu mehr als 300 deutschen wie internationalen Publikationen aus dem Berichtsjahr. Neben einer kleinen *Zeitschriftenauslese* beschließen das Jahrbuch unter „Mitteilungen und Hinweise“ diesmal Selbstdarstellungen über den „Weimarer Republik e.V.“ und das „John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung“.

U.B./A.G./E.J.

Analysen

Der „Extremistenbeschluss“ von 1972

Das Thema „Duckmäusertum“ in der Diskussion

Von Eckhard Jesse

1. Einleitende Überlegungen

Am 28. Januar 1972, also vor nunmehr fast 45 Jahren, fassten die Ministerpräsidenten der Länder einen „Extremistenbeschluss“, der unter dem missverständlichen, ja falschen Namen „Radikalerlass“ für Furore sorgte. Erstens zielte der Beschluss nicht gegen „Radikale“ an sich (sondern gegen Verfassungsfeinde), zweitens schuf er kein neues Recht. Aufgrund der Last der Geschichte versteht sich die Bundesrepublik als eine streitbare Demokratie. Der in der Weimarer Republik praktizierten Legalitätstaktik von Extremisten wollte der Parlamentarische Rat vorbeugen. Die Schutzbestimmungen im Grundgesetz – insbesondere die „Ewigkeitsklausel“ von Art. 79 Abs. 3, das Vereinsverbot (Art. 9 Abs. 2), das Parteienverbot (Art. 21 Abs. 2), die Grundrechtsverwirkung (Art. 18) – sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Dazu gehört ebenso die Treuepflicht für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Art. 33 Abs. 4 und 5). Die streitbare Demokratie des Grundgesetzes basiert auf der Vorverlagerung des Demokratieschutzes, anders als das Verfassungsverständnis in den USA.¹ Nicht nur Methoden, sondern auch Ziele können verfassungsfeindlich sein.

Der grundlegende Gegensatz extremistisch/demokratisch ist häufig durch den von rechts/links ersetzt worden – mit fatalen Konsequenzen für die Liberalität der politischen Kultur. Es wird der Eindruck einer antiextremistischen Vorgehensweise erweckt, obwohl sie faktisch den Antiextremismus aushebelt. Dafür waren die seinerzeitigen Proteste der zahlreichen Komitees gegen „Berufsverbote“ ein anschauliches Beispiel.

Nach einem kurzen Überblick zur Geschichte des „Extremistenbeschlusses“ nimmt der Beitrag einen zentralen Topos seiner Kritiker in Augenschein: Dieser Beschluss habe „Duckmäusertum“ und „Gesinnungsschnüffelei“ gefördert. Der Beitrag will untersuchen, was es mit diesem Kritikpunkt auf sich hat – er bedarf in mehrfacher Hinsicht der Prüfung:

Erstens geht es um die Klärung der Frage, ob der stereotyp behauptete Sachverhalt – grassierendes Duckmäusertum – tatsächlich der Realität entsprach. Traf er für einen Teil der akademischen Jugend zu, oder war diese These nicht tragfähig?

1 Vgl. zuletzt Gereon Flümann, Streitbare Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Der staatliche Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus im Vergleich, Wiesbaden 2015.

Schließlich: Ist vielleicht gerade dort Duckmäsertum vorhanden, wo Kritiker es nicht vermuten?

Zweitens muss das Problem erörtert werden, worauf das Duckmäsertum zurückzuführen ist. Gab es wirklich engherzige Maßnahmen des Staates, die Einschüchterung hervorrufen mussten? Oder provozierten nicht vielmehr erst die heftigen Proteste Formen des „Duckmäsertums“?

Drittens ist es eine Überlegung wert, wie das „vorsichtigere“ Verhalten potentieller Bewerber für den öffentlichen Dienst und der offensichtliche Rückgang von Extremisten bei der Bewerbung zu bewerten ist. Lag hier ein schweres Defizit der politischen Kultur vor? Oder konnte der Sachverhalt als positiv empfunden werden?

2. Die Geschichte des „Extremistenbeschlusses“

Die Ministerpräsidentenvereinbarung erinnerte bloß an die Rechtsvorschriften, wonach sich jeder, der in den öffentlichen Dienst strebt, zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu bekennen habe. In der Folge wurden wegen mangelnder Verfassungstreue ca. 1.000 Personen nicht in den öffentlichen Dienst übernommen, in der Mehrzahl der Fälle DKP-Mitglieder. Diese nannten aber vielfach nicht den wahren Grund der Ablehnung, sondern erweckten den Eindruck, als sei für diese die Unterzeichnung eines „kritischen“ Flugblattes maßgebend. Das stieß in der Öffentlichkeit auf Empörung.

Die Geschichte des „Radikalenerlasses“ ist die Geschichte seiner beständigen Rücknahme. Erst rückten die SPD-regierten Länder Ende der siebziger Jahre von ihm ab, später die unionsregierten. Als letztes Bundesland verzichtete der Freistaat Bayern mit dem 1. Januar 1992 auf die „Regelanfrage“.

Niemand dürfe wegen seiner politischen Einstellungen, hieß es, benachteiligt werden. Das klang freiheitlich, doch die Wirklichkeit sah anders aus. In dem Maße, wie man sich gegen die *Ausgrenzung von linken Positionen* wandte, galt die *Abgrenzung gegenüber solchen von rechts* gleichsam als selbstverständlich. Kritikwürdig erschienen mithin nicht die Abwehrmaßnahmen des Staates an sich, sondern nur die Art der Richtung, gegen die diese zielten. Eine selektive politische Moral ist nicht glaubwürdig. Aber die Ablehnung des vielgescholtenen Extremistenbeschlusses zeichnete sich eben dadurch aus.

Als die Ministerpräsidenten aller Bundesländer erklärten, Bewerber dürften nur dann in den öffentlichen Dienst eingestellt werden, wenn sie die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten, war nicht annähernd abzusehen, welchen Wirbel diese Vereinbarung in der Folge hervorrufen sollte. Gehöre ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolge, begründe diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten werde. Diese Zweifel rechtfertigten in der Regel eine Ablehnung. Bekräftigt wurde dieser Beschluss am selben Tage durch eine „Gemeinsame Erklärung“ des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten.

ten der Länder. Neu war lediglich die Verfahrensweise: Bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst wurde nun automatisch bei den Verfassungsschutzbehörden nach gerichtsverwertbaren „Erkenntnissen“ zu den Bewerbern gefragt. Diese „Regelanfrage“ bildete für viele Kritiker einen Stein des Anstoßes.

Mit dem „Extremistenbeschluss“ wollten die politischen Verantwortlichen dem von Teilen der radikalen Studentenbewegung propagierten „Marsch durch die Institutionen“ einen Riegel vorschieben. Der Konsens zwischen den großen Parteien zerbrach in der Öffentlichkeit jedoch bald. Die zum Teil hysterischen öffentlichen Reaktionen gegen den Extremistenbeschluss standen in einem unangemessenen Verhältnis zur Praxis. Tatsächlich konnte keine Rede davon sein, dass der Verfassungsschutz aufgrund der „Regelanfragen“ von sich aus Aktivitäten entfaltete. In weit über 99 Prozent der Fälle lagen keine Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen vor. Selbst gerichtsverwertbare Erkenntnisse führten nicht in jedem Fall zu einem negativen Bescheid. Sofern sie schwerwiegend erschienen, fanden Anhörungsverfahren statt, bei denen der Bewerber die Möglichkeit besaß, die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu entkräften. Fiel die Entscheidung der Einstellungsbehörde zu seinen Ungunsten aus, stand dem Bewerber der Rechtsweg offen. Die Ablehnungsquote bewegte sich deutlich unter 0,1 Prozent. Zwar hat es in Einzelfällen, zumal in den Anfangsjahren, einige umstrittene, von den Gerichten zum Teil korrigierte Entscheidungen gegeben, aber in der Regel gründeten die Ablehnungsbescheide auf der Aktivität des Bewerbers in einer extremistischen Organisation.

Zu Anfang des Jahres 1979 nahmen die SPD/FDP-Bundesländer von der „Regelanfrage“ Abschied. Auch in den unionsregierten Ländern ging die Zahl der Ablehnungen stark zurück. Bei Regierungswechseln in den Bundesländern zeigte sich folgende Mechanik politischen Handelns: Die SPD legte die „Regelanfrage“ ad acta, und die CDU führte sie nicht mehr ein. Die von heftiger Kritik begleitete Geschichte des Extremistenbeschlusses ist eine Geschichte seiner ständigen Rücknahme gewesen.

Die Aufkündigung des „Extremistenbeschlusses“ durch die SPD und die FDP dürfte weniger eine Folge von Missständen gewesen sein als vielmehr eine der lautstarken in- und ausländischen Kritik, die insbesondere die SPD auf diese Weise zu unterlaufen und zu besänftigen suchte. Auch die Union agierte wegen des für sie ungünstigen Meinungsklimas im intellektuellen Milieu defensiv. In der Öffentlichkeit entstand über den „Extremistenbeschluss“ und seine Auswirkungen häufig ein falscher Eindruck. Viele Nachteile gingen nicht auf die Praxis zurück, sondern beruhen auf deren Fehlwahrnehmung.

Für manche Beobachter – etwa des Auslandes – stellte die Kontroverse weithin ein „deutsches Problem“ dar. In der Tat gaben manche Verhaltensweisen dieser Ansicht Nahrung – die Juridifizierung der Politik etwa oder der Formalismus mancher Regelungen –, aber nicht alle Argumente (man denke an das Klischee von der Kontinuität des Obrigkeitsstaates) hielten den Fakten stand. Zudem handelt es sich bei der Frage nach der Treuepflicht im öffentlichen Dienst um ein Grundproblem jedes demokratischen Verfassungsstaates: Wie liberal kann der Verfassungsstaat gegen-

über jenen sein, die seine Prinzipien nicht bejahen? Wie Streitbar muss er sein, um nicht suizidalen Anwendungen zu erliegen?

Kritiker wie die „Komitees gegen Berufsverbote“ hatten stets Kontakte zum Ausland gesucht, um dort negative Reaktionen zu provozieren, weil sie um die hellhörige Reaktion der offiziellen Stellen in der Bundesrepublik auf Kritik von außerhalb wussten. Vorwürfe aus dem Ausland – dort hatte sich keineswegs nur bei Kommunisten das Schlagwort vom „Berufsverbot“ schnell eingebürgert – gehörten jedenfalls in den siebziger Jahren gleichsam zur Tagesordnung. Ausländische Kritiker hatten dann besonders schrille Töne angestimmt, wenn Kinder (kommunistischer) Widerstandskämpfer nicht in den öffentlichen Dienst gelangten („Sippenhaft“). Bekanntlich erfolgte die Ablehnung jedoch niemals wegen der antifaschistischen Haltung der Familie, sondern wegen der Mitgliedschaft und der Betätigung der Betroffenen in einer Organisation wie der DKP.

Es ist eine Paradoxie: Ein Teil der politischen Linken wandte sich dagegen, mit zweierlei Maß zu messen (was sich in der Tat verbietet), und versuchte unter der Hand, die unterschiedliche Behandlung mehr oder weniger geschickt zu rechtfertigen. Die NPD sei eine antidemokratische Partei (was stimmt), die DKP hingegen eine antikapitalistische (was ebenfalls zutrifft, in diesem Zusammenhang aber nichts zur Sache sagt). Schließlich können antikapitalistische und antidemokratische Impulse Hand in Hand gehen. In den 1970er und 1980er Jahren protestierten zahlreiche Komitees gegen „Berufsverbote“. Niemand dürfe wegen seiner politischen Einstellungen benachteiligt werden. Das klang freiheitlich, doch ging es nicht um die Öffnung des öffentlichen Dienstes für alle politischen Richtungen welcher Couleur auch immer.

Um das in den 1970er und 1980er Jahren innenpolitisch brisante Thema ist es seit längerem ruhig geworden. Nach dem abrupten Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ wurde in den neuen Bundesländern aus dem öffentlichen Dienst nur entlassen, wer sich für die Staatssicherheit verpflichtet (allerdings längst nicht jeder) und vor allem derjenige, der dies bestritten hatte. Die frühere SED- und die spätere PDS-Mitgliedschaft spielte keine Rolle. Was der Verfassungsschutz immer wieder behauptet hatte, stimmte: Die DKP samt einer Reihe von Bündnisorganisationen (z.B. die „Initiative Weg mit den Berufsverboten“) erwies sich als ideologisch, organisatorisch und finanziell von der SED abhängig. Kaum einer der Kritiker der „Berufsverbote“ war jedoch bereit, seinen Irrtum zuzugeben.

Im Gegenteil: 2012 etwa initiierten Betroffene eine Resolution „40 Jahre Berufsverbot“ mit dem Ziele ihrer Rehabilitierung.² Wurde 2012 im niedersächsischen Landtag ein gemeinsamer Antrag der drei Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei *Die Linke* von der CDU und der FDP abgelehnt, so beschloss der Landtag 2014 einen von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Entschließungsantrag einstimmig, also auch mit den Stimmen der CDU

2 Vgl. etwa Tanjev Schultz, Rubelschein im Lehrerzimmer, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. Januar 2012.

und der FDP: „Radikalenerlass – ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens – endlich Kommission zur Aufarbeitung des Schicksals der von Berufsverboten betroffenen Personen einrichten“.³

In dem Entschließungsantrag heißt es u.a.: „Bis weit in die 1980er-Jahre vergiftete die Jagd auf vermeintliche ‚Radikale‘ das politische Klima. Statt Zivilcourage und politisches Engagement zu fördern, wurde Duckmäusertum erzeugt und Einschüchterung praktiziert.“ Eine „vollständige politische und gesellschaftliche Rehabilitation der Opfer“ stehe weithin aus. Der Landtag stellte u. a. fest, „dass er den Betroffenen Respekt und Anerkennung ausspricht und sich darüber hinaus bei denen bedankt, die sich z. B. in Initiativen gegen Radikalenerlass und Berufsverbote mit großem Engagement für demokratische Prinzipien eingesetzt haben.“ Wenn es in der Begründung heißt, bundesweit seien „etwa 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber von den Einstellungsbehörden auf ihre politische ‚Zuverlässigkeit‘ durchleuchtet“ worden, so war damit die Regelanfrage gemeint. Dieser Entschließungsantrag ist nicht frei von Unwissenheit. Wer von „Bespitzelungen“⁴ redet, müsste wenigstens ein einziges Beispiel nennen. In der Diskussion zum Entschließungsantrag herrschte weithin Konsens, bis in die Reihen der CDU und der FDP.⁵

Kurz ein Wort zum Forschungsstand: Der „Extremistenbeschluss“ ist, als er aktuell war, in zahlreichen Schriften und Aufsätzen erörtert worden, meist in dem Sinne, er sei überflüssig oder gar schädlich. Mit dem Außerkraftsetzen des Beschlusses verstummt auch die Kritik. Neben der – unveröffentlichten – Habilitationsschrift des Verfassers⁶, der ihn in den Komplex der streitbaren Demokratie eingebettet und seine Auswirkungen empirisch untersucht hat (z.B. anhand der Entscheidungen der Gerichte aufgrund der Klagen abgelehnter Bewerber), mit dem Tenor, die Behauptungen der Kritiker seien im Kern substanzlos, gibt es drei Gesamtdarstellungen, die dieser Position vielfältig widerstreiten. Gleichwohl setzen sie die Akzente höchst unterschiedlich.

Manfred Histor, ein Pseudonym, offenbar Mitglied einer wohl von Kommunisten, aber nicht der DKP-Linie, beherrschten Freiburger „Bürgerinitiative gegen Berufsverbote“, vertritt in einer empirisch reichhaltigen Studie die These, der „Extremistenbeschluss“ gehe auf die SPD zurück.⁷ In den SPD-Ländern habe es auch mehr Ablehnungen gegeben. Die bisweilen in einem zynischen Ton verfasste Arbeit rich-

3 Vgl. Antrag Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Niedersächsischer Landtag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/1491 vom 6. Mai 2014, S. 1-3.

4 Zitate jeweils ebd.

5 Vgl. Stenografischer Bericht des Niedersächsischen Landtages, 35. Sitzung, 15. Mai 2014, S. 3293-3300.

6 Vgl. Eckhard Jesse, Streitbare Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Das Beispiel des Extremistenbeschlusses von 1972, Habilitationsschrift, Trier 1989.

7 Vgl. Manfred Histor, Willy Brandts vergessene Opfer. Geschichte und Statistik der politisch motivierten Berufsverbote in Westdeutschland 1971-1988, Freiburg 1989; siehe dazu Eckhard Jesse, Richtiges und Falsches über „Berufsverbote“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 2, Bonn 1990, S. 323-328. Weitaus schwächer fällt die rein polemische Fortsetzung aus: ders., Willys Erben. Vom Hamburger zum Rostocker Modell, Stuttgart 1990.

tet sich gegen DKP-gesteuerte „Weg mit den Berufsverboten“-Initiativen. Einerseits wird der Beschluss aufgebauscht, andererseits zerstört er DKP-Mythen.

Der deutsch-amerikanische, linksliberal orientierte Politikwissenschaftler Gerard Braunthal bietet einen guten chronologischen Überblick zur Geschichte des „Extremistenbeschlusses“ (mit einem Schwerpunkt auf den 1970er Jahren), vernachlässigt allerdings die Konzeption der streitbaren Demokratie.⁸ Für den Autor, der eine staatliche Intervention nur bei Gewaltbefürwortung für angemessen hält, standen sich liberale und konservative Positionen gegenüber. Die „Schlachtordnung“ war wohl eine andere, unterschieden sich SPD und Union doch nicht grundsätzlich voneinander, jedenfalls bis weit in die 1970er Jahre hinein. Offenbar kennt Braunthal die Sichtweise der Kritiker besser als die der Verteidiger.

Der Jenaer Historiker Dominik Rigoll bettet die Thematik in den Kampf zwischen den von ihm so genannten „45ern“ und den „49ern“ ein.⁹ Die „45er“, Antifaschisten jeglicher Couleur, seien von den „49ern“, die im Dritten Reich mitgemacht hätten, verdrängt worden. Seine These, die „49er“ dürften in den 1970er Jahren Furcht vor der Entlarvung ihrer NS-Vergangenheit durch linke Kritiker gehabt haben, ist so wohl nicht haltbar. Bei aller heftigen Kritik am „Extremistenbeschluss“, apostrophiert als „Abkehr vom Westen“¹⁰, meidet der Autor Klischees.

3. Duckmäusertum aufgrund von Gesinnungsschnüffelei?

Das vielleicht durchschlagendste, jedenfalls öffentlichkeitswirksamste Argument zugunsten der Abschaffung des „Extremistenbeschlusses“ lautete, junge Bürger seien von seinen Auswirkungen eingeschüchtert und verunsichert. Bereits vor der Verabschiedung dieses Beschlusses tauchten derartige Argumente auf. Politische Aktivität gehe zurück, gesellschaftliches Engagement lasse nach, Apathie breite sich aus.

Der lautstark erhobene Vorwurf des „Duckmäusertums“ konterkariert sich durch seine ubiquitäre Verbreitung. In den siebziger Jahren hat es über 350, unterschiedlich bezeichnete, meist kommunistisch gesteuerte „Komitees gegen Berufsverbote“ gegeben, die der Hamburger Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ angeschlossen waren. Die politischen Proteste gegen den „Extremistenbeschluss“ hatten eine solche Intensität im In- und Ausland angenommen, dass sich die Sozialdemokraten – gemeinsam mit den Liberalen – zu einer Änderung der Regelungen gezwungen sa-

8 Vgl. Gerard Braunthal, Politische Loyalität und Öffentlicher Dienst. Der „Radikalerlass“ von 1972 und die Folgen, Marburg 1992; siehe dazu Eckhard Jesse, „Berufsverbot“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 3, Bonn 1991, S. 265-268 (Kritik der englischsprachigen Erstfassung).

9 Vgl. Dominik Rigoll, Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremismusabwehr, Göttingen 2013; siehe dazu unter der Rubrik „Kontrovers besprochen“ die Kritik von Uwe Backes, André Brie, Hans-Gerd Jaschke und Armin Scherb, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 26, Baden-Baden 2014, S. 276-285.

10 Rigoll (FN 9), S. 335-456.

hen. Die Bereitschaft hierzu dürfte also weniger auf Missstände in der Praxis als vielmehr auf die heftigen Proteste zurückgehen. So schrieb Hans Koschnick in seinem Zwischenbericht zur Änderung der Verfahren für die Einstellung in den öffentlichen Dienst, die Absprachen der SPD-regierten Bundesländer von 1975 und 1976 hätten nicht „mehr Beruhigung bei der jungen Generation“¹¹ erreicht. Daher sei eine Reform überfällig geworden.¹²

Es kam einer Paradoxie gleich: Die öffentlichkeitswirksamen und gar nicht leise-retererischen Proteste gegen die Regelungen führten zur Änderung der Praxis, obwohl es im gleichen Atemzug hieß, diese habe zu Duckmäusertum geführt. Tatsächlich waren Befürworter der Extremistenregelungen in der Defensive. Ihr Hauptargument lautete nämlich, die gesetzlichen Bestimmungen sähen die Verfassungstreue der im öffentlichen Dienst Beschäftigten vor. Es stellte ausschließlich auf die rechtliche, bekanntlich änderungsfähige Seite ab. Ein deutlich offensives Vorgehen hätte sich in einer Befürwortung der Praxis gezeigt und in einer Widerlegung der Gegenargumen-te. Aber eben daran fehlte es weitgehend. Das zeigte nachhaltig die Schwäche der „etablierten“ Position. Mehrheitlich sprach sich die Bevölkerung gegen eine Auf-nahme von DKP- und NPD-Mitgliedern in den öffentlichen Dienst aus. Im Novem-ber 1978 waren es 70, im Februar 1979 62 Prozent, während 21 bzw. 24 Prozent Überprüfungen ablehnten.¹³ Allerdings hing die Antwort sehr von der Fragestellung ab, wie nicht nur folgendes Beispiel zeigt. Die Frage lautete: „Nach Meinung der SPD geht das derzeitige Überprüfungsverfahren bei der Einstellung in den öffentli-chen Dienst oft zu weit. Die SPD möchte daher, dass die Überprüfungsmaßnahmen auf Bereiche beschränkt werden, wo die Sicherheit unseres Staates betroffen ist. Halten Sie eine solche Änderung für richtig, oder sind Sie dagegen?“¹⁴ 48 Prozent sprachen sich dafür aus, 22 dagegen, 28 enthielten sich einer Meinung.

Martin und Sylvia Greiffenhagen stellten in ihrer empirischen Studie über die po-litische Kultur der Bundesrepublik eine positive Entwicklung fest: Toleranz, Kon-fliktfreudigkeit und Liberalität seien gestiegen. Gleichwohl, so hieß es, zeige sich eine „Verfolgung radikaler Ansichten (sogar bei minderjährigen Schülern)“ und eine „Einengung des politischen Meinungsfeldes“.¹⁵ Die Autoren sprachen von einem „verheerenden Effekt von Überprüfungen in Millionenhöhe. [...] Wer einmal mit dem Verfassungsschutz zu tun hatte, bleibt gezeichnet, auch wenn er aus der Unter-

11 Hans Koschnick, *Verfahrenspraxis der öffentlichen Hand bei der Beurteilung von Bewerbern für die Einstellung in den Öffentlichen Dienst*, bei denen Zweifel an ihrer Verfassungstreue wegen politischer extremistischer Haltung bestehen, Manuskript, Bonn 1978, S. 6.

12 Auch deshalb, weil die Absprachen weder zu mehr Rechtsstaatlichkeit noch zu einer überein-stimmenden Verwaltungspraxis geführt hätten.

13 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983*, Bd. VIII, München 1983, S. 317. Ähnlich sind die Daten im Juni 1976 gewesen (64:21 Prozent). Siehe Elisabeth Noelle-Neumann (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demo-skopie 1976-1977*, Bd. VII, München 1977, S. 73.

14 Zitiert nach Martin und Sylvia Greiffenhagen, *Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kul-tur*, München 1979, S. 352.

15 Ebd., S. 319.

suchung unbelastet hervorging.¹⁶ Damit wurde die Liberalisierung heruntergespielt und ignoriert, „staatliche Repression“¹⁷ sei in vielfacher Hinsicht eine Reaktion auf bestimmte Herausforderungen. Immerhin sahen die beiden Greiffenhagens selber den Widerspruch zwischen der Stärkung des politischen Bewusstseins der Bürger, wie sich aus den Umfragen ergab, und autoritären Tendenzen in der Gesellschaft, ohne ihn aber erklären zu können. Symbolisierte der Widerspruch nicht auch die Diskrepanz zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung? Viele Intellektuelle schauten weniger auf das Empfinden der Bevölkerung, als auf ihre subjektive, vielleicht hypersensible Wahrnehmung, in der bereits die Regelanfrage als „gigantische Überprüfungsmaschinerie“, als „politische[r] Gesinnungs-TÜV“¹⁸ erschien.

Verzerrte Perzeptionsmuster stellten sich bei der Interpretation von Meinungsumfragen auch seriöser Forscher ein, wie nachstehendes zahlenakrobatisches Beispiel belegt: Nach Martin und Sylvia Greiffenhagen führten auf die Frage, ob in der Bundesrepublik der Freiheitsspielraum eingeengt werde, zwischen 46 und 54 Prozent der bis zu Dreißigjährigen den Extremistenbeschluss an. Die Autoren führen folgendermaßen fort, um die Einschränkung des Freiheitsspielraums zu suggerieren: „In den meisten CDU-regierten Ländern geht die Hatz vorläufig weiter und zeitigt ständig neue Straftatbestände.“¹⁹ Meinungsumfragen ermittelten ein anderes Bild.²⁰ Die Frage, ob der Freiheitsspielraum des einzelnen Bürgers eingeengt werde, beantworteten 28 Prozent mit ja, 70 Prozent mit nein. Bei den Gründen für die Einengung des Freiheitsspielraums – Mehrfachnennungen waren möglich – erwähnten von denjenigen, welche die erste Frage bejaht hatten, 60 Prozent die Bedrohung durch den Terrorismus, 43 Prozent den Lehrstellenmangel, 40 Prozent Maßnahmen des Staates zur Bekämpfung des Terrorismus und 35 Prozent den „Extremistenbeschluss“ (bei den 18- bis 29-Jährigen ca. 50 Prozent). Trotz der Möglichkeit der Mehrfachnennungen (und der Antwortvorgaben) kamen nur knapp 10 Prozent der Befragten auf den Extremistenbeschluss. Die Behauptung der Greiffenhagens, jeder zweite 18- bis 29-jährige glaube, der Freiheitsspielraum sei durch den Extremistenbeschluss eingeengt, war damit empirisch nicht belegt. Bei der Antwort darauf, ob die persönliche und berufliche Freiheit durch staatliche Maßnahmen oder Gesetz eingeschränkt sei, ging die Zustimmungsquote weiter zurück. Nur neun Prozent antworteten mit ja, 84 Prozent mit nein, sieben Prozent machten keine Angabe.²¹

In einem Gegensatz zur These der beiden Autoren stand die Interpretation der Daten durch Peter Reichel. Er bemängelte umgekehrt den Sachverhalt, dass so wenige Bürger Kritik an den Beschränkungen anmeldeten und offenbar darin keine Bedrohung für das politische Klima sähen. „Nicht der Radikalenerlass, das Verhalten der Polizei bei Demonstrationen oder die Kriminalisierung über Sympathisanten-Ver-

16 Ebd., S. 94.

17 Ebd., S. 320.

18 Ebd., S. 93 f.

19 Ebd., S. 96.

20 Vgl. ebd., S. 353.

21 Vgl. Noelle-Neumann (FN 13), S. 72.

dächtigungen schränkten nach Meinung der Befragten den Freiheitsspielraum ein. Zumindest unter den damals geltenden innenpolitischen Verhältnissen war die Sorge vor Einbußen im Lebensstandard und die Angst vor öffentlicher Unruhe und mangelnder staatlicher Ordnung stärker ausgeprägt als die vor einer Gefährdung demokratischer Grundrechte.“²² Die Diagnose Reichels traf zu. Aber auch er befürwortete die damit schwerlich zu vereinbarende These, die Überprüfungspraxis habe „Unsicherheit, Einschüchterung, Duckmäusertum, Opportunismus und Mitläufertum“²³ heraufbeschworen: einerseits das mangelnde Rechtsstaatsbewusstsein gegenüber der „Schnüffelpraxis“ kritisieren, andererseits das grassierende Duckmäusertum anprangern – das eine schloss das andere aus.

Obwohl die Daten keine gravierende Verängstigung der Bundesbürger erkennen ließen, nahmen das manche Politiker anders wahr. Schlagzeilen machte das Diktum des Hamburger Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose aus dem Jahre 1978: „besser 20 Kommunisten im öffentlichen Dienst als 200.000 verunsicherte junge Leute im Land“²⁴, nachdem er früher die Praxis des „Extremistenbeschlusses“ verteidigt hatte. Dieser Vorstoß Kloses rief Befürworter wie Kritiker auf den Plan. Allerdings erkannten beide Seiten nicht den Sprengstoff, der Kloses Worten innewohnte. Die Befürworter in der öffentlichen Meinung und aus den Reihen der SPD-Politiker (aber keineswegs alle!) stützten sich vor allem darauf, nun endlich werde der Gesinnungsschnüffelei Einhalt geboten, die Kritiker hingegen sahen die Gefahr einer Unterwanderung des Staates durch Kommunisten. Beide Reaktionsweisen zeichneten sich damit durch eine gewisse Vordergründigkeit aus. Schließlich war weder die Gefahr der „Gesinnungsschnüffelei“ noch die der „Unterwanderung“ ein sonderliches Problem des politischen Systems der Bundesrepublik.

Die von Klose suggerierte Alternative lief auf eine Aporie hinaus: Wieso sollen denn 200.000 junge Leute verunsichert sein, wenn 20 Kommunisten nicht in den öffentlichen Dienst kommen? Das Groteske an der Formulierung zeigte sich durch die Umkehrung der Aussage, wonach 200.000 junge Leute beruhigt seien, wenn 20 Kommunisten in den Schuldienst gelangten. Dabei musste sich die Frage nach den Gründen für solche Verhaltensweisen stellen. Offenbar waren einseitig antifaschistische Gedankengänge in Teilen der Jugend von Ende der 1960er Jahre an weit verbreitet.

Würde jemand die These vertreten, ihm seien 20 Neonationalsozialisten im öffentlichen Dienst lieber als 200.000 verunsicherte junge Leute? Die Brisanz wie die Problematik der Formulierung erhellte ein Austausch der Begriffe „Kommunisten“ und „Nationalsozialisten“. Dann stellte sich nämlich schnell heraus: Das ansonsten

22 Peter Reichel, Politische Kultur in Deutschland, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hrsg.), Politikwissenschaft. Begriffe – Analysen – Theorien. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 149.

23 Ders., Politische Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1981, S. 206.

24 „Der politische Ansatz war falsch“. SPIEGEL-Interview mit Hamburgs Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) über den Radikalenerlass, in: Der Spiegel vom 2. Oktober 1978, S. 30. Die Äußerung war erstmals Ende September gefallen und hatte sofort für Furore gesorgt.

häufig vorgebrachte pragmatische Argument, ein paar Extremisten gefährdeten nicht die Stabilität der Demokratie, war keineswegs so unumstritten, wie das auf den ersten Blick scheinen mochte. Offenbar spielten noch andere Argumente – etwa die Selbstachtung der Demokratie – eine Rolle, um Extremisten den Zugang zum öffentlichen Dienst zu verweigern. Es war Peter von Oertzen, der sich gegen die auch in seiner Partei verbreiteten Unterscheidungen aussprach, die „vom Standpunkt einer Verteidigung des Rechtsstaates“²⁵ nicht akzeptabel seien. Der linke Sozialdemokrat argumentierte prinzipiell – es mache nicht den geringsten Unterschied aus, ob es um zwanzig Kommunisten oder um zwanzig Rechtsextremisten gehe. Folgende Äußerung von Oertzens war ein Stich ins Wespennest: „Ich halte es für durch nichts gerechtfertigte Heuchelei, wenn diejenigen, die für die Organisationsfreiheit bestimmter für eine Diktatur von links eintretender Organisationen sich öffentlich schlagen, selbstverständlich im selben Atemzug das Verbot von Naziorganisationen oder angeblichen Naziorganisationen fordern.“²⁶ Peter Glotz fand die Umkehrung von Kloses Satz „am provozierendsten“, und ein anderer Diskussionsteilnehmer, der Rechts-extremisten nicht im öffentlichen Dienst haben wollte, konnte die Aussage von Oertzens nur als eine „taktische Verhaltensweise der Linken“²⁷ deuten. Der häufig wiederkehrende Vorwurf, Kommunisten seien keine Nationalsozialisten, meistens im Sinne einer positiveren Beurteilung gemeint, schlug in diesem Fall deshalb nicht zu, weil gar keine Gleichsetzung vorgenommen wurde. Es ging nur darum, dass beide Extreme den demokratischen Verfassungsstaat ablehnten.

Kloses spektakuläres Statement war nicht frei von Widersprüchlichkeit. Einmal angenommen, eine ganze Generation wäre durch die Nichteinstellung von Kommunisten im öffentlichen Dienst verunsichert, so dürfte der Grund wohl nur darin liegen, eine mit dem Marxismus-Leninismus sympathisierende Position habe in den 1970er Jahren keineswegs ein Schattendasein gefristet. Es könnte sich dann folglich nicht um zwanzig Kommunisten handeln. Wer hingegen von nur wenigen Kommunisten ausging, musste zu dem Schluss gelangen, ein rationaler Grund zur Verunsicherung bestehe nicht.

Der Hamburger Bürgermeister hatte in einem Punkt entschieden recht. Bei der Diskussion wurde häufig – und nicht ohne eine gewisse Scheinheiligkeit – so getan, als kämen „kritische Bürger“ wegen ihrer Einstellung nicht in den öffentlichen Dienst. Kloses Hinweis auf Kommunisten im öffentlichen Dienst vermied Winkelzüge und brachte den neuralgischen Punkt zur Sprache: Kann und darf der demokratische Verfassungsstaat Aktivitäten von Kommunisten im öffentlichen Dienst dulden? Diese Frage ließ sich mit guten Gründen unterschiedlich beantworten. Klose griff die von vielen Gegnern des „Extremistenbeschlusses“ häufig tabuisierte Kernfrage auf und sprach sich dafür aus, freilich taktisch argumentierend. Implizit sah er

25 Peter von Oertzen, Staat und Bürger in der Bundesrepublik – über Prävention, Repression und Toleranz, in: Peter Glotz (Hrsg.), Die großen Streitfragen der achtziger Jahre. Berliner Dialog über unsere Zukunft, Berlin 1979, S. 152.

26 Ebd., S. 152.

27 Peter Glotz und Rainer Thiem, Diskussionsbeitrag, in: Ebd., S. 180.

die Verfassungstreue eines Bewerbers nicht als eine unerlässliche Voraussetzung für den öffentlichen Dienst an.

Die Abwegigkeit der Alternative Kloses wurde auch durch folgende Frage deutlich: „Wer erhebt denn die Forderung, ihm seien ein paar durchgefallene Prüflinge als Lehrer lieber als über 100.000 ‚verunsicherte‘ Lehramtskandidaten? Dabei wäre hier ein logisch einleuchtender Zusammenhang gegeben, ist doch Prüfungsangst ein weitverbreitetes und auch verständliches Phänomen.“²⁸ Offenbar war Verfassungstreue, ließe sich folgern, weniger wichtig als eine bestandene Prüfung. Nach Klose war die Beseitigung des Duckmäusertums der großen „Masse“ nur durch die Einstellung von – wenigen – Kommunisten erreichbar. Zwei Aspekte mussten bei der Bewertung unterschieden werden, ein empirischer und ein normativer Punkt. Erstens: Führt die Duldung von Kommunisten im öffentlichen Dienst tatsächlich dazu, die junge Generation nicht mehr zu verunsichern? Zweitens: War die „Beruhigung“ der Jugend den Preis – Öffnung des öffentlichen Dienstes für Kommunisten – wirklich wert?

Nun ließe sich das Argument von der Verunsicherung umdrehen und darauf aufmerksam machen, vielleicht seien auch die Eltern der von kommunistischen Lehrern unterrichteten Schüler nicht ohne Ängste. Gelegentlich klang dieser Gesichtspunkt an. Angesichts zahlreicher Kontrollmechanismen war die Annahme der politischen Indoktrination wohl abwegig und vordergründig, wenngleich es subtile Formen extremistischer Beeinflussung gegeben haben dürfte. Übertriebene „Angst“ war hier wie dort anzutreffen. Durch „Polarisierung und wechselseitige Eskalation der Ängste“²⁹ geriet die Wahrung eines Fundamentalkonsensus immer mehr in die Defensive.

Wer die Positionen derjenigen zu systematisieren suchte, die grassierendes „Duckmäusertum“ beklagen, konnte drei Kategorien bilden: Die ersten – wie Klose – unterstellten, die Verunsicherung der in den öffentlichen Dienst Strebenden sei aufgrund der staatlichen Praxis begründet; die zweiten referierten den Tatbestand der Einschüchterung, enthalten sich aber einer Bewertung. Hierzu gehörte beispielsweise die Äußerung des Juristen Ekkehart Stein: „Seit mehreren Jahren erlebe ich im Hörsaal ein ständiges Nachlassen der Beteiligung an Diskussionen etwa über Fragen des Marxismus oder über Unzulänglichkeiten unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, hervorgerufen durch die Furcht der Studenten, von einem Spitzel des Verfassungsschutzes denunziert und Zweifeln an ihrer Verfassungstreue ausgesetzt zu werden. Hier ist die Freiheitlichkeit unserer Gesellschaftsordnung an ihrem Nerv getroffen.“³⁰ Die dritten nahmen das Duckmäusertum als Faktum hin, erwähnten freilich, es handle sich überwiegend um eine eingebildete Angst. In allen Fällen wurde eine – unterschiedliche – Revision der Praxis vorgeschlagen, für die unterschiedli-

28 Eckhard Jesse, *Die streitbare Demokratie in der Defensive*, Mainz 1981, S. 20.

29 Roland Eckert, *Freiheit und Sicherheit setzen einander voraus. Ängste und Wünsche von jung und alt sind von unterschiedlichen Erfahrungen geprägt*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. August 1979.

30 Ekkehart Stein, *Streitbare Demokratie mit Zipfelmütze*, in: Otto Triffterer/Friedrich von Zezschwitz (Hrsg.), *Festschrift für Walter Mallmann*, Baden-Baden 1978, S. 326.

che Wege in Frage kommen. Schließlich gab es eine Reihe von Positionen, bei denen sich die Argumentationsmuster mischten. Selbst nach Meinung von Ernst-Wolfgang Böckenförde, dem späteren Richter am Bundesverfassungsgericht, war ein „Bewusstsein der Eingeschüchtertheit“ dabei, „in der gegenwärtigen Studentengeneration Bataillone von Duckmäusern und Opportunisten heranzuziehen.“ Der „Extremistenbeschluss“ würde von vielen als eine Art „Maulkorberlass“³¹ verstanden.

Blieb der *common sense* bei manchen hyperkritischen Beobachtern nicht auf der Strecke? Ein Autor der „Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft“ siedelt die aufgrund des Extremistenbeschlusses ausgelöste „Selbstzensur“ bereits bei Schülern an. „Auch die Schüler, spätestens in den oberen Klassen der Mittelschulen, werden zu *Anpassung gezwungen*, verkneifen sich politische Meinungen, weil sie Punkte sammeln müssen, um einen Studienplatz zu bekommen, und ihnen ‚politische Äußerungen‘ später bei der Bewerbung um eine Stelle vorgehalten werden können.“³² Solche Äußerungen, zumal von Prominenten, hatten ungeachtet ihrer Intentionen wohl weniger eine deeskalierende als vielmehr eine aufwiegelnde Funktion. Das hing damit zusammen, dass diese sich – scheinbar sensibel – in die Gedankenwelt der Ängstlichen hineinzusetzen versuchten, ohne ausreichend den Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen. Bei Peter Glotz, seinerzeit Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin und einer der Politiker mit intensivem Kontakt zu systemkritischen Studenten, hieß es etwa: „[U]nbestreitbar ist die Angst, die sich in den Mauerritzen der deutschen Universitäten festgesetzt hat. In ihren Versammlungen reden sie sich nicht mehr mit Nachnamen an. Wer Unterschriftenlisten herumträgt, berichtet von zwei Reaktionen: von ängstlicher Abwehr – ich unterschreibe nichts, wer weiß, wer die Listen in die Hand bekommt – und von bitter-fatalistischer Fröhlichkeit: bitte schön, bei mir iss es eh wurscht. In Examensarbeiten weigern sich viele, Marx, Engels, Block, Korsch, egal wen, zu zitieren; das könnte bei Staatsprüfungen die Einstellungschancen mindern.“³³ Nach Glotz hatte von den 900.000 Studenten „die Hälfte wirklich Angst“³⁴, und zwar vor den Auswirkungen des „Extremistenbeschlusses“.

Für Unbedarfte belegten solche Äußerungen eines seriösen Politikers die Verunsicherung der „kritischen“ Jugend, auch wenn Glotz die Angst als „irrational“³⁵ apostrophiert hatte. Von entschiedenen Gegnern des „Extremistenbeschlusses“ wurden

31 So Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Der Staat als sittlicher Staat*, Berlin 1978, S. 27.

32 Hermann Fritzl, *Berufsverbote in der BRD und in Österreich. Eine Dokumentation. Teil I: Die Bundesrepublik Deutschland*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 5 (1976), S. 489 (Hervorhebung im Original). Der Autor berief sich u. a. auf Selbstzeugnisse Hamburger Lehrer, von denen einer folgende Aussage traf: „Wenn etwas ‚Marxistisches‘ an die Tafel geschrieben wurde, so wische ich es vom Rausgehen wieder weg“ (zitiert nach ebd., S. 489). Ist das nun ein Beispiel für Duckmäusertum oder für den Versuch der Unterwanderung?

33 Peter Glotz, *Die Innenausstattung der Macht. Politisches Tagebuch 1976-1978*, München 1979, S. 298.

34 Ders., „Die Angstfigur des deutschen Bürgers“. Interview, in: *Der Spiegel* vom 9. Oktober 1978, S. 31.

35 Ders. (FN 33), S. 298.

sie als Indiz für die Berechtigung der Klagen aufgegriffen.³⁶ Viele Formulierungen von Politikern aus den Reihen der SPD waren so abgefasst, dass sie es offen ließen, ob tatsächlich Intoleranz gegenüber Andersdenkenden grassiere, weil sie auf das Bewusstsein der Kritiker abstellten wie etwa Hans Koschnick: „Umfassende Routineanfragen und manche geradezu absurden Fälle vermitteln den Eindruck der Willkür und Intoleranz, den Verdacht, dass mundtot gemacht werden sollte, wer kritisch gegen Staat und Gesellschaft aufmüpft, als sei der Duckmäuser das Ziel und nicht der kritische Staatsbürger.“³⁷

Koschnick hatte in seinem dem Parteivorstand der SPD vorgelegten Abschlussbericht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vom Herbst 1978, der für die SPD die entscheidende Grundlage einer Reform bildete, einige Schreiben präsentiert, aus denen die Wandlung des geistigen Klimas hervorgehe. In einem Brief hieß es: „Vor einigen Wochen sind im Rottal zwei Lehrer aus der Partei ausgetreten. Sie gehen erst wieder dazu [!], wenn sie verbeamtet sind. Das hat der eine unserem dortigen Geschäftsführer direkt gesagt; der andere etwas verklausuliert. Pure Existenzangst. Dass viele erst jetzt bei uns wach werden, nachdem es auch Sozialdemokraten trifft, ist ja eigentlich mehr als beschämend.“³⁸ In einem anderen stand, einem Mädchen bleibe wegen der Mitarbeit in der Schülersvertretung das Studium in Bayern versperrt. Dieser Fall war unglaublich, und was die Mitgliedschaft in der SPD anging, verhielt es sich gerade umgekehrt. Diese wurde von den Betroffenen, die einer prokommunistischen Organisation angehörten, immer als Argument für die Verfassungstreue ins Feld geführt, wie einschlägigen Gerichtsurteilen zu entnehmen war.³⁹ Manchmal trat jemand erst der SPD bei, als Schwierigkeiten bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst auftauchten. Insofern hatte die Mitgliedschaft in der SPD für Bewerber in kommunistisch beeinflussten Organisationen eine Schutzfunktion. Es gab keinen einzigen Fall, in dem jemand *wegen* seiner SPD-Zugehörigkeit Schwierigkeiten bekam, auch wenn dies mitunter vorgeschoben worden war.⁴⁰ „Die Mitgliedschaft in der SPD allein führte selbstverständlich nicht zu einem Berufsverbot.

36 Vgl. Die (un)heimliche Staatsgewalt. Thesen und Forderungen zur Reform des Verfassungsschutzes mit einem begründeten Memorandum, vorgelegt von der Humanistischen Union, in: Vorgänge 21 (1982), Nr. 55, S. 83. Unerwähnt bleibt, dass Glotz die Angst als „irrational“ bezeichnet hatte.

37 Hans Koschnick, Ein Beschluss für Bürokraten, in: Vorwärts vom 28. Januar 1982.

38 So zitiert nach ders., Grundsätze zur Feststellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst, in: Ders. (Hrsg.), Der Abschied vom Extremistenbeschluss, Bonn 1979, S. 52.

39 Vgl. Jesse (FN 6), S. 561-586, 660-718.

40 Vgl. beispielsweise von Wolf-Dieter Narr, Was kümmert uns das Geschwätz vom Berufsverbot?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 26 (1976), S. 376. Narr, der den Fall „Nieß“ erwähnte, wurde von Erich Frister, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, korrigiert, dass die Ablehnung wegen der Aktivität in der kommunistisch beeinflussten „Vereinigung Demokratischer Juristen“ erfolgt sei: „Ich verurteile das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung auch, aber ich verbinde dies nicht mit der unwahren Behauptung, es hätte irgend etwas mit der Mitgliedschaft der Frau Nieß in der SPD zu tun. Frister wandte sich gegen eine – nicht nur an diesem Beispiel belegte – „Agitation, die mit Halbwahrheiten und verleumderischer Verzeichnung arbeitet.“ So ders., Die intellektuelle Sehnsucht nach dem Untergang, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 26 (1976), S. 508, 512. In seiner Antwort argumentierte

Alle Behauptungen dieser Art sind falsch.⁴¹ Dass einige – wenige – Personen *trotz* ihrer SPD-Mitgliedschaft einen Ablehnungsbescheid erhielten, steht auf einem anderen Blatt. Schließlich war die Mitgliedschaft in einer demokratischen Partei kein zwingender Beleg für die Verfassungstreue eines Bewerbers, wenn dieser *zugleich* einer extremistischen Organisation angehörte.

Die Position Koschnicks zum Abbau des Duckmäusertums war in sich nicht konsequent. Diagnose und Therapie klappten auseinander. „Die Unruhe wird dadurch ausgelöst, dass nicht bekannt ist, ob auch Erkenntnisse gesammelt werden, die mangels gerichtlicher Verwertbarkeit nicht weitergegeben werden dürfen.“⁴² Sein bald in die Praxis umgesetzter Reformvorschlag ging von der Vermutung der Verfassungstreue des Bewerbers aus. Wer nicht durch konkrete Handlungen gegen das Gebot der Verfassungstreue verstieß, gelangte in den öffentlichen Dienst. Automatische Nachfragen bei den Verfassungsschutzämtern entfielen. Da sich an der Tätigkeit des Verfassungsschutzes nichts geändert hatte, musste demnach die „Unruhe“ fortbestehen, wenn sie sich tatsächlich auf die von Koschnick genannten Ursachen zurückführen ließ.

4. Duckmäusertum aufgrund von Desinformation?

Es war der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der in einer Rede vor dem Hamburger Landesparteitag 1978 die Akzente anders setzte und nahezu halsbrecherisch eine in eklatantem Gegensatz zur Mehrheitsmeinung der eigenen Partei stehende Position vertrat: „Es gibt Angst unter jungen Menschen. Die ist ihnen gemacht worden; zum Teil ist sie ihnen eingeredet worden, aber sie ist ein Faktum. [...] Manche Menschen haben aus anderen Gründen Angst als gerade wegen des Extremistenerlasses, aber sie projizieren ihre Lebensängste gerne auf diesen einen Punkt. Wieder andere sorgen dafür, dass alles auf diesen einen Punkt projiziert wird.“⁴³ Allerdings kollidierte diese treffende Diagnose mit seiner Therapie (Ausrichtung am Einzelfall).

Der wesentliche Grund der Angst lag in der Tat darin, dass „Komitees gegen Berufsverbote“ und manche anderen Kritiker des „Extremistenbeschlusses“ so taten, als führe jede „kritische“ Regung bereits zu „Disziplinierungen“. Bei Unkundigen musste angesichts der Kakophonie der Proteste dann der Eindruck aufkommen, Unterschriften zu leisten oder an einer Demonstration teilzunehmen könne „gefährlich“ sein. Aus der Vielzahl der Anschuldigungen sei nur ein einziges, keineswegs extre-

Narr so, die bayerische Staatsregierung habe nicht das Mitglied einer Juristenvereinigung treffen wollen, sondern das der SPD. Siehe Wolf-Dieter Narr, Die tatsächlichen Gefahren solidarisch bekämpfen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 26 (1976), S. 772 f.

41 Histor (FN 7), S. 81.

42 Ebd., S. 152.

43 Helmut Schmidt, Die Angst der einen und die Angst der anderen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Dezember 1978.

mes Beispiel für die einschlägige Argumentationstechnik präsentiert. Horst Bethge von der seinerzeit einflussreichen Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ nannte „eine noch nicht einmal vollständige Liste“ von Gründen, die zu Schwierigkeiten bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst geführt hätten: „Mitgliedschaften in legalen Parteien und Organisationen, gewerkschaftliche Aktivitäten, Teilnahme an Demonstrationen aller Art (z. B. gegen den Vietnam-Krieg, gegen die Notstandsgesetze, gegen hohe Fahrpreise), Kandidatur zu Wahlen zum Bundestag, Landtag oder Kommunalparlament, zu Mitbestimmungsgremien (z. B. an der Universität); Teilnahme an Anti-NPD-Kundgebungen, Besuch von Versammlungen und Filmveranstaltungen (z. B. eines Films von Eisenstein) oder Gerichtsverhandlungen; Unterstützung von Appellen, Petitionen, Protesterklärungen; das Schreiben von Leserbriefen, wissenschaftliche Veröffentlichungen oder Seminararbeiten, Reise in die DDR oder UdSSR, das Wohnen in Wohngemeinschaften; der Besuch eines Lokals, in dem auch Kommunisten verkehren; das Parken des PKWs in der Nähe von Lokalen, in denen die DKP tagt; die Anmeldung eines Info-Standes für ‚amnesty international‘, das Nicht-Distanzieren von Zielen des SHB oder der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG/VK), Aktivitäten für die Chile- oder Vietnam-Solidarität, Verteilen von Flugblättern, Verwendung des Begriffes ‚Imperialismus‘; Arbeiten, die nicht den Fragestellungen des ‚Kritischen Rationalismus‘ entsprechen.“⁴⁴ Durch Nennung solcher Anschuldigungen musste Unsicherheit einkehren, obwohl die Abwegigkeit derartig insipider Behauptungen auf der Hand lag.

Nun waren diese „Ablehnungsgründe“ nicht einfach ausgedacht (obwohl es das auch gab), hatten vielmehr einen wahren Kern. Die Vorhaltungen gingen insbesondere auf zwei Ursachen zurück: Erstens hingen sie damit zusammen, dass die Betroffenen häufig die Mitgliedschaft und Aktivität in einer extremistischen Organisation bestritten. Es war also scheinheilig, so zu tun, als habe der Besuch eines Lokals, in dem die DKP tagte, Schwierigkeiten gebracht. Tatsächlich war dem jeweiligen Bewerber aufgrund der Unterlagen des Verfassungsschutzes die Aktivität für die DKP vorgehalten worden (durch den Besuch der DKP-Veranstaltungen in dem besagten Lokal). Zu Anhörungen und (gegebenenfalls) Ablehnungen führten also die Mitgliedschaft und die Kandidatur für verfassungsfeindliche Organisationen. Zweitens gingen die Vorhaltungen auf den folgenden Umstand zurück: Die Mitgliedschaft in einer solchen Organisation allein galt – gemäß der Einzelfallregelung – nicht als ausreichend für die Ablehnung. Insofern musste aufgrund der Unterlagen des Verfassungsschutzes eine entsprechende Aktivität nachgewiesen werden. Das mochte problematisch sein, hatte aber nichts damit zu tun, die Reise in die DDR oder in die UdSSR sei der eigentliche Grund der Ablehnung. Im Übrigen zeigte sich bei den erwähnten Vorhaltungen eine auffallende Nebulosität, wenn es etwa hieß, der „Besuch von Veranstaltungen“ oder das „Verteilen von Flugblättern“ habe Schwierigkeiten bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst mit sich gebracht,

44 Horst Bethge, Umfang, Ausmaß, Folgen der Berufsverbote in der BRD, in: Presse- und Informationsdienst Nr. 4/77 der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, S. 1.

und die Art der inkriminierten „Veranstaltungen“ wie „Flugblätter“ unsubstantiiert blieb. Zutreffend war die Feststellung: „Dem Extremisten-Streit [...] täte es gut, wenn er mit etwas mehr Offenheit geführt würde, mit weniger absichtlichem Verschweigen und ohne Heuchelei.“⁴⁵ Wie die Prüfung der Gerichtsentscheidungen, in denen die Gründe der Einstellungsbehörden für die Ablehnung festgehalten waren, deutlich macht, spielten die genannten Vorhaltungen keine Rolle oder sollten nur die aktive Ausübung der Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation belegen. Zum Beispiel war die Behauptung absurd, die Anmeldung eines Info-Standes für „Amnesty International“ könne Probleme bei der Bewerbung für den öffentlichen Dienst verursachen.

Die veröffentlichte Meinung hatte ein gerüttelt Maß an Schuld an der Verbreitung des „Duckmäsertums“. Auch seriöse Blätter waren nicht dem falschen Eindruck entgegentreten, es bestünde Grund zur Verunsicherung. „Die Praxis der Vernehmungen und Entscheidungen, die sich unter den Jungen herumspricht wie der Flüsterwitz im ‚Dritten Reich‘, überfordert die Menschlichkeit einer Generation, die außer der chromglänzenden Aufbaumentalität ihrer Väter nur ein süßsaureres Häppchen Studentenrevolte zwischen die Zähne bekommen hat.“⁴⁶ Wie der Ausdruck „Flüsterwitz“ bereits erhellt, wurde er unter Gefahr und daher größter Verschwiegenheit weiterverbreitet, während Kritiker „die Praxis der Vernehmungen und Entscheidungen“ lautstark, weil gefahrlos, anprangerten. Der Autor dieses Artikels, der dem demokratischen Staat nicht das Recht bestritt, Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernzuhalten, hielt es angesichts der ausgeprägten Verunsicherung unter der Jugend für verständlich, dass *Amnesty International* „keine Unterschriften für die Rechte der politischen Gefangenen in Chile bekommt“.⁴⁷

Aus den Worten Max Frischs anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels sprach der Konformismus eines Nonkonformisten: „Schüler und Lehrlinge, sogar Studenten, befragt nach ihren Gedanken über die Aufgaben einer Demokratie, zucken heute die Achsel. Sie wissen, was es sie kosten kann, wenn sie Gebrauch machen von dem verfassungsmäßigen Recht auf Meinungsfreiheit. Dass es gelungen ist, sogar die Jugend in die Resignation zu zwingen, ist kein Triumph der Demokratie.“⁴⁸ Viele Intellektuelle intonierten die Legende, aufgrund von McCarthyismus sei Duckmäsertum verbreitet. Manch einer von ihnen zeichnete dabei mit kräftigen Strichen ein Bild von der Bundesrepublik, das sich durch grelle Farben auszeichnete, Pastelltöne hingegen vermied. Einige dieser Interpreten des Zeitgeistes und der „Zeitenwende“ hatte Kurt Sontheimer mit viel Sinn für Nuancen

45 Johann Georg Reißmüller, Etwas offener, wenn's geht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Dezember 1978.

46 So Jörg Bischoff, Radikale Duckmäuser. Die ‚Verfassungsfeinde‘ spüren wieder die Nähe der Macht, in: Stuttgarter Zeitung vom 24. Dezember 1975.

47 Ebd.

48 So Max Frisch, Wir hoffen. Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1976, in: Frankfurter Rundschau vom 20. September 1976.

porträtiert.⁴⁹ Wirkungen konnten nicht ausbleiben, zumal es sich bei ihnen um engagierte Demokraten handelte.

Die heftige Kritik an der „Schnüffelpaxis“ hing auch damit zusammen, dass aufgrund eines gewandelten Demokratieverständnisses die Vorstellung verbreitet war, der Verfassungsstaat müsse alle Positionen (von links) tolerieren, sofern deren Repräsentanten sich nicht des Verstoßes gegen Strafgesetze schuldig gemacht hatten. Der janusköpfige Demokratisierungsschub, der nicht zuletzt auf Teile insbesondere der intellektuellen Jugend zurückging, hatte einerseits die Voraussetzung für vermehrte politische Partizipation und damit für die Verankerung demokratischer Prinzipien geschaffen, andererseits jedoch die Möglichkeit ihrer Unterminierung. Die Studentenbewegung zeitigte also widersprüchliche Folgen. Einerseits förderte sie das politische Interesse vieler Bürger, andererseits war sie ein Einfallstor für delegitimierende Tendenzen. In einem trägen, von unpolitischer Haltung geprägten Klima, wie es für die fünfziger Jahre *grosso modo* galt, wäre überhaupt nicht der Eindruck aufgekommen, demokratische Rechte seien bedroht. Hingegen verstanden sich manche Kritiker in einer Gesellschaft mit stärkerem demokratischen Bewusstsein nicht bloß als Seismographen politischer Erdbeben, sondern auch als Verstärker bestimmter Regungen und als Sprachrohr von „unterprivilegierten“ Interessen. Es kam zu einem *circulus vitiosus*. Die heftige Schelte von Intellektuellen an der Behördenpraxis erzeugte Angst und Unsicherheit. Diese wiederum vergrößerte die Kritik, da die Behördenpraxis schlimm sein müsse, wenn junge Leute derart verunsichert seien.

Äußerungen wie die von Max Frisch hatten die Angst geschürt und die Larmoyanz vieler Kritiker gesteigert. Das zum Teil timide Verhalten war weniger eine Ursache der Überprüfungspraxis als vielmehr eine Folge der schrillen Kritik. Diese hat erst weitgehend den Missstand produziert, gegen den sie dann vehement zu Felde zog. Auf fruchtbaren Boden konnte eine solche Kritik deshalb fallen, weil ohnehin eine ausgeprägte Angst, gerade auch vor einem Überwachungsstaat, grassierte. Erstaunlicherweise wurden die in dem Phänomen der *self-fulfilling prophecy* wurzelnden Gründe für Angst und Duckmäusertum kaum zur Sprache gebracht. Kritiker bestritten vornehmlich das Duckmäusertum, statt seinen Ursachen im Einzelnen nachzugehen.

Eine derartige Argumentation bedarf gewisser Differenzierung. Schließlich hätte auch eine noch so geschickt vorgetragene Kritik solches Aufsehen kaum ohne einen rationalen Anknüpfungspunkt erregen können. Dieser dürfte in der Einzelfallregelung liegen, die notwendigerweise weniger liberal ausfallen musste als die Hinwendung zum Kriterium der Organisationszugehörigkeit, wie es in der Vergangenheit eher der Fall gewesen war. Jedoch traten – paradoxerweise – gerade viele Kritiker des „Extremistenbeschlusses“ als Verfechter einer Einzelfallprüfung auf. Wem wegen der Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation eine Einstellung im öffentlichen Dienst versagt geblieben war, tat vielfach so, als beruhe die negative Ent-

49 Vgl. Kurt Sontheimer, *Zeitenwende? Die Bundesrepublik Deutschland zwischen alter und alternativer Politik*, Hamburg 1983, S. 81-120.

scheidung auf ganz anderen Faktoren. Und in der Tat wurde in Ablehnungsbescheiden nicht nur die Mitgliedschaft in der verfassungsfeindlichen Organisation erwähnt, sondern häufig auch die eine oder andere Aktivität, die für sich genommen kein Ablehnungsgrund gewesen wäre.

5. Positive Wirkungen politischer Mäßigung?

Anhänger der Extremistenregelungen wiesen das Argument zurück, Duckmäusertum sei verbreitet, oder deuteten an, dieses könne ganz andere Ursachen haben, brachten jedoch einen Aspekt nicht zur Sprache, der den Initiatoren des „Extremistenbeschlusses“ vorschwebte. Diese wollten den Einzug von Extremisten in den öffentlichen Dienst verhindern. Insofern wäre durch den Rückgang der extremistischen Haltung in Teilen der Jugend ein wesentliches Ziel erreicht. Eine präventive Strafvorschrift gilt gemeinhin dann als gut, wenn sie einen *chilling effect* entfaltet.

Daher hätte sich das als Einwand gegen den „Extremistenbeschluss“ hervorgebrachte Argument des „Duckmäusertums“ auch ins Positive wenden lassen können – nicht als Ausfluss einer kriecherischen Untertanenmentalität, sondern der Tatsache, dass die Regelung ihre Wirksamkeit nicht verfehlt hat. Wenn sie Aktivisten extremistischer Organisationen zu einer vorsichtigeren Gangart veranlasste, war das kein Systemdefekt, sondern durchaus gewollt. Viele trieb die Sorge um, Duckmäusertum könnte sich breit machen; wenige jedoch sahen die Gefahr einer Aushöhlung des Prinzips der Verfassungstreue. Dabei war das eine nicht weniger wichtig als das andere. Es gab hunderte von Schriften, Broschüren und Manifesten gegen den „Extremistenbeschluss“, kaum jedoch solche für ihn.

Die Unhaltbarkeit des Arguments, der Extremistenbeschluss rufe Duckmäusertum hervor, zeigte sich auch bei einem Vergleich zwischen der extremen Linken und der extremen Rechten. Peter Glotz behauptete, rechtsextremistische Bewerber hätten deshalb keine Schwierigkeiten, weil sie sich nicht hervortrauten. „Der Rechtsradikale tarnt sich. Er geht in eine demokratische Partei. Oder er gibt sich unpolitisch. Wir können ihn nicht fassen.“⁵⁰ Ganz unabhängig davon, ob dieser Sachverhalt stimmte, war die Aussage indirekt ein Indiz dafür, dass es so schlimm mit dem Duckmäusertum linker Kräfte nicht gewesen sein konnte, denn allem Anschein nach tarnten sie sich nicht.

Der „Extremistenbeschluss“ dürfte nur als ein marginaler Erklärungsfaktor für die nachlassende Ausstrahlungskraft des Marxismus-Leninismus in Frage kommen. Es handelte sich eher um die Folge einer Desillusionierung eines Teiles der intellektuellen Jugend als um einen Einschüchterungseffekt. Auch in anderen westlichen Demokratien vollzogen sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ähnliche Entwicklungen. Wenn das Interesse an politischen Aktivitäten zurückgegangen sein sollte, so wäre es einigermaßen ridikul, den „Extremistenbeschluss“ und die mit ihm ver-

⁵⁰ Glotz (FN 33), S. 301.

bundenen Folgen dafür verantwortlich machen zu wollen. Im Gegenteil: Gerade die zum „Berufsverbot“ stilisierte Haltung der Behörden hatte vielfältige Anlässe für Proteste geboten. Offenbar verwechselten manche Kritiker Ursache und Folge. Das Auftauchen einer alles andere als zunächst „systemkonformen“ grünen Bewegung, die mit dem Niedergang marxistisch-leninistischer Strömungen nicht ganz zufällig koinzierte, stand in einem augenfälligen Widerspruch zu dem immer wieder beklagten Missstand der politischen Einschüchterung und des politischen Quietismus. Der Verdacht dürfte nicht von der Hand zu weisen sein, dass manch einem extremistischen Kritiker „duckmäuserische“ Verhaltensweisen eher unpolitischer Bürger aus zwei Gründen gut zupass gekommen waren:

Erstens ließ sich dieser Tatbestand zur Delegitimierung des politischen Systems der Bundesrepublik ins Feld führen. Wenn selbst schon unpolitische Bürger Angst vor der Allmacht des kapitalistischen Staates entwickelten, müsse der politisch interessierte Bürger erst recht auf der Hut sein. Zweitens ließ sich auf eine Änderung der Regelungen hoffen, die – angeblich – so starke Ängste auslösten. Von dieser Revision würden sie dann profitieren. Intellektuelle, die sonst mit beachtlichen Argumenten das *credibility gap* von Anspruch und Praxis wesentlicher Systeme aufgezeigt hatten, brachten in diesem Fall nicht die mangelnde Glaubwürdigkeit des Arguments vom Duckmäusertum zur Sprache.

Die Annahme, die meisten derjenigen, die Angst bekundet hatten, ließen sich durch den faktischen Verzicht auf die Prüfung der Verfassungstreue für den Verfassungsstaat zurückgewinnen, war unrealistisch. Die These hätte nur bei einer nachweislich rigiden Praxis zugetroffen. Davon konnte keine Rede sein. „Die Wirkung der wohlgemeinten Maßnahme verläuft in die umgekehrte Richtung. Sie wird, ganz zu Recht, nicht als Liberalisierungseffekt freiheitlicher Grundsätze betrachtet, vielmehr als Ausdruck nachlassender Fähigkeit zur materiellen Verteidigung dieser Grundsätze gegen ihre Verächter.“⁵¹

Die These, aufgrund des Extremistenbeschlusses grassiere unter der Studentenschaft Angst, konnten ihre Verfechter nur unzureichend begründen, wenn überhaupt ein solcher Versuch unternommen wurde. Insofern hob sich die Argumentation Günter Frankenberg positiv von bloßen Meinungsbekundungen ab, da er Vordergrundigkeiten mied und die Angst auf das Prinzip der streitbaren Demokratie zurückzuführen suchte.⁵² Die streitbare Demokratie züchte bei ihren Bürgern unvermeidlich Angst. Orientiert an der Kritik von Ulrich K. Preuß, die Legalordnung werde von einer Wertordnung überlagert, kam Frankenberg zum Ergebnis, Angst sei deshalb eingekehrt, weil auch das Verhalten eines Bürgers, der nicht gegen die Legalordnung verstoße, als Indiz der Verfassungsfeindlichkeit gelten könne. „Der Betroffene wohnt der Geburtsstunde eines normativen Siamesischen Zwillings bei: des ‚gesetzstreu verfassungsfeindlichen‘ und des ‚legitimen Gesetzesmissbrauchs‘.“⁵³

51 So Hermann Lübke, Achtung und Bann. Verschwinden die Radikalen mit dem Radikalenerlass?, in: Deutsche Zeitung vom 8. Dezember 1978.

52 Vgl. Günter Frankenberg, Angst im Rechtsstaat, in: Kritische Justiz 10 (1977), S. 353-374.

53 Ebd., S. 367.

Das erste traf zu, das zweite nicht. „Gesetzestreue Verfassungsfeinde“ gab es angesichts der Legalitätstaktik von Extremisten. Die Mitglieder der DKP machten sich in aller Regel keines Gesetzesbruchs schuldig; aber gleichwohl bestand an der Verfassungsfeindlichkeit der DKP kein Zweifel. Die streitbare Demokratie, eine Antwort auf die Legalitätstaktik extremistischer Gruppierungen, bemühte sich um Mechanismen zur Ausschaltung „gesetzestreuer Verfassungsfeinde“. Dies lief nicht auf einen „legitimen Gesetzesmissbrauch“ hinaus. Schließlich waren die Regelungen zur streitbaren Demokratie in die Legalordnung integriert – z. B. durch die Möglichkeit des Verbots von Parteien und Vereinigungen.

Das Problem ergab sich jedoch aus dem Umstand, dass der Verfassungsstaat aus Gründen politischer Opportunität und Liberalität in den meisten Fällen davon keinen Gebrauch machte. Die der Konzeption des Grundgesetzes zugrundeliegende ideelle Einheit von Legalität und Legitimität mochte in praktischen Grenzfällen auseinanderfallen. Da die einschlägigen Bestimmungen für den öffentlichen Dienst jedoch eine Treuepflicht vorschreiben, konnte sich für einen Bewerber die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation, die in der Tat nicht die Grenzen der Legalität überschreitet, nachteilig auswirken. Eine Verunsicherung hätte es unter der Voraussetzung gegeben, wären die Betroffenen über die Organisationen mit verfassungsfeindlichen Zielen im Unklaren geblieben. Die Alternative zur geltenden Praxis wäre weder die von Frankenberg offenbar befürwortete Regelung, jede legale Organisation müsse als demokratisch gelten, noch das Verbot aller verfassungsfeindlichen Organisationen, sondern eine Auflistung der Organisationen mit verfassungsfeindlichen Zielen.

Um „Gesinnungsschnüffelei“ – dieser Begriff erfuhr eine ähnliche Karriere wie der des „Duckmäusertums“ und war in gewisser Weise ein Pendant dazu – handelte es sich schon deshalb nicht, weil es nicht um die Ausforschung der Gesinnung ging, vielmehr um konkretes Verhalten, nämlich – in aller Regel – um die Mitgliedschaft und Betätigung in verfassungsfeindlichen Organisationen. Erstaunen musste der großzügige Umgang im Gebrauch mit den Fakten. So hieß es bei einem seriösen Autor über die Verfassungsschutzämter: „Aus Sorge, den Anfragen der Einstellungsbehörden nicht entsprechen zu können und sich dem Vorwurf mangelnder Wachsamkeit gegenüber extremistischen Positionen auszusetzen, ließen sie ausschwärmen, um sich Informationen zu beschaffen. Und das führt zu jener Klimavergiftung, die das Stichwort von der ‚Gesinnungsschnüffelei‘ auslöste. Denn es konnte nicht lange verborgen bleiben, dass in den Hochschulen die Vorlesungen, die Seminare, die Veranstaltungen der studentischen Selbstverwaltung die Ämter mithörten und Notizen über die aufnahmen, von denen sie annahmen, sie würden sich zum öffentlichen Dienst bewerben.“⁵⁴

Die Anhänger der Auffassung, es herrsche Duckmäusertum vor, lieferten ein Argument, das die eigene Position schwächte, sogar desavouierte. Im selben Atemzug,

54 So Klaus Henning Rosen, Ärgernis und Mahnung. Seit zehn Jahren wirkt der Ministerpräsidentenbeschluss, in: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 26. Januar 1982, S. 4.

wie sie das Duckmäusertum anprangerten, attackierten sie den hohen bürokratischen Aufwand der Überprüfung. Er stünde in einem krassen Missverhältnis zum Ergebnis.⁵⁵ Wenn trotz bürokratischer Mechanismen nach einhelliger Auffassung offenkundig so gut wie keinem Bewerber der öffentliche Dienst wegen mangelnder Verfassungstreue verschlossen blieb, ließ sich doch wohl eine gewisse Plausibilität für die Meinung, die Angst sei im Kern unbegründet gewesen, ins Feld führen. Im Bestreben, die eigene Position durch ein Effizienz- und ein Liberalitäts-Argument zu stärken, übersahen Kritiker die Inkonsistenz der Argumentation. Die zwei Hauptargumente – verbreitetes Duckmäusertum zum einen und hoher Verwaltungsaufwand ohne greifbares Ergebnis zum anderen – standen in einem beträchtlichen Spannungsverhältnis zueinander. Wer *beide* Positionen miteinander versöhnen wollte, muss einräumen, das Duckmäusertum habe keine realen Ursachen in der praktischen Politik gehabt.

6. Abschließende Überlegungen

An dieser Stelle ging es nicht um eine Analyse des „Extremistenbeschlusses“ und seiner Ursachen wie Folgen, nicht um die Positionen der Parteien, der Wissenschaft, der Rechtsprechung und der öffentlichen Meinung, auch nicht um die Praxis im Bund (etwa im Vergleich zu ausländischen Staaten) und in den Bundesländern, ebenso nicht um die Abkehr von einem Beschluss, der derartige Emotionen hervorgerufen hatte. Vielmehr stand ausschließlich die zentrale Frage nach der Existenz oder Nichtexistenz von „Duckmäusertum“ zur Prüfung samt der Ursachen und Folgen.

Der partiell auf verschwörungstheoretischem Gedankengut basierende Vorwurf des Duckmäusertums durch den „Extremistenbeschluss“ war unbegründet. Der Befund fällt anders aus: Erstens hatte es Duckmäusertum – in der vielfach geschilderten Form – in den siebziger Jahren so nicht gegeben; zweitens lagen manche seiner Ausprägungen weitgehend in der offensiv vorgetragenen Kritik begründet, die gewisse, in der Größenordnung wie auch immer zu beziffernde und manchen gar nicht so unwillkommene Einschüchterungseffekte hervorriefen; drittens muss in Rechnung gestellt werden, dass der Extremistenbeschluss gerade zur Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen beitragen sollte, eine Schwächung des politischen Extremismus folglich beabsichtigt war. Aber das bedeutet nicht die Zerstörung eines wesentlichen Lebenselixiers der Demokratie – die offene Auseinandersetzung über die Reform der Gesellschaft und die kritische Diskussion über alternative Konzepte zu ihrer Verbesserung.

Das Duckmäusertum – gleichsam der archimedische Punkt der Kritik – ist mehr durch Hysterie verbreitende und desinformierende „Komitees gegen Berufsverbote“

⁵⁵ Vgl. etwa Theo Sommer, Eine Demokratie von Duckmäusern? Verfassungstreue und Gesinnungsschnüffelei, in: Die Zeit vom 13. Juni 1975.

sowie durch andere Kritiker gefördert worden als durch die rigide Einstellungspraxis. Offenkundig hatten manche ein Interesse daran, die wahren Gründe der Ablehnung zu verwischen.⁵⁶ Bei vielen Uninformierten ist durch Stimmungsmache erst der Eindruck der „Verunsicherung“ entstanden, gegen den sich dann zu Felde ziehen ließ. Allerdings mussten diejenigen, die das „Duckmäusertum“ so stark herausstellten, sich vor Übertreibungen hüten. Wer es zu stark forcierte, schwächte nicht nur seine Glaubwürdigkeit, sondern entmutigte auch die eigene Richtung. Dem versuchten manche dadurch gegenzusteuern, dass sie auf greifbare Erfolge verwiesen.

56 Das räumt im Kern auch ein scharfer und – zugegeben – scharfsinniger Kritiker des „Extremistenbeschlusses“ wie Dominik Rigoll ein. Vgl. ders. (FN 9), S. 445.

Die Mitglieder der NSDAP 1925-1945

Junge Kämpfer – Alte Opportunisten

Von Jürgen W. Falter

1. Einleitung

Knapp neun Millionen Mitglieder zählte die NSDAP am Kriegsende. Über zehn Prozent der deutschen Bevölkerung des „Großdeutschen Reichs“ waren folglich Anfang 1945 Parteigenossen.¹ Auf die rund 60 Millionen Wahlberechtigten bezogen waren damals sogar rund 15 Prozent aller infrage kommenden Personen in der Staatspartei des „Dritten Reiches“ organisiert. Keine Partei war jemals erfolgreicher in der deutschen Geschichte. Das gilt einerseits rein quantitativ – die NSDAP war mitgliedermäßig rund zehn Mal stärker als SPD oder CDU in ihren besten Zeiten. Es gilt aber auch in mancher Hinsicht, was ihre „Erfolgsbilanz“ angeht (obwohl man sich scheut, in diesem Zusammenhang überhaupt von Erfolg zu sprechen). In den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft wurden Deutschland und große Teile Europas stärker verändert als in den 70 Jahren davor und danach. Das bezieht sich in erster Linie natürlich auf die Hekatomben von Toten des Zweiten Weltkriegs und die Millionen Ermordeten des Holocaust, aber auch auf die Veränderung des Erscheinungsbilds praktisch sämtlicher deutscher und vieler europäischer Städte als Folge des Bombenkrieges; und nicht zuletzt bezieht es sich auf die tiefgreifenden Veränderungen der deutschen Gesellschaft und der deutschen Mentalität. Die Nachwirkungen sind bis heute zu spüren. Die Welt nach 1945 war durch das Handeln Hitlers und der NSDAP eine andere geworden.

Über wohl kein historisches Phänomen sind denn auch mehr Bücher geschrieben worden, ist intensiver geforscht worden, als über den Nationalsozialismus. Dennoch wissen wir über seine Massenbasis auch heute noch, 70 Jahre nach dem Zusammenbruch des NS-Systems, nicht alles, auf jeden Fall nicht genug. Zwar hat sich unsere Kenntnis über die Wähler der NSDAP seit den 1980er Jahren entscheidend verbessert. Über die Mitglieder dieser „absolutistischen Massenintegrationspartei“ (Sigmund Neumann) hingegen wissen wir noch immer vergleichsweise wenig. Es ist nicht einmal zweifelsfrei bekannt, wie viele Mitglieder die NSDAP insgesamt hatte, wie viele Personen jemals in die Partei eintraten, wie viele sie wieder verließen, wer diejenigen waren, die zu irgendeinem Zeitpunkt austraten und dann wieder eintraten usw. Wir wissen auch so gut wie nichts über die mehr als eine halbe Million zählen-

1 Dieser Beitrag überschneidet sich in Teilen mit der folgenden Veröffentlichung: Jürgen W. Falter, 10 Millionen ganz normale Parteigenossen. Neue Forschungsergebnisse zu den Mitgliedern der NSDAP 1925-1945, in: Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz, Abhandlungen der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, Jg. 2016, Nr. 4, Stuttgart 2016.

den sudetendeutschen und noch immer nicht genug über die rund 650.000 österreichischen Parteimitglieder oder die Parteigenossen, die in der Freien Stadt Danzig oder dem ebenfalls unter Völkerbundmandat stehenden Saargebiet lebten. Wenig wissen wir auch über die Parteieintritte in Zeiten der Aufnahmeperrre und noch immer zu wenig über die Frauen, die sich vor und nach der „Machtergreifung“ der Partei anschlossen.

Die meisten der heutigen Deutschen, selbst die historisch Interessierten, wissen zudem wenig oder gar nichts darüber, dass ab dem 1. Mai 1933 die Partei nicht mehr für die Allgemeinheit zugänglich war. Bis 1937, formal sogar bis 1939, und dann wieder ab 1942, gab es eine relativ strikt gehandhabte Aufnahmeperrre. Nur noch bestimmte, eng definierte Personenkreise durften überhaupt der Partei beitreten; dies führte beispielsweise dazu, dass 1934 die Zahl der Parteiaustritte die Beitritte überstieg und die NSDAP in diesem Jahr im Saldo einen Mitgliederverlust zu verzeichnen hatte.

2. Wie viele NSDAP-Mitglieder gab es?

Ein möglicher Anhaltspunkt für die Gesamtzahl der jemals der Partei beigetretenen Mitglieder ist die bisher höchste bekannte Mitgliedsnummer. Sie lautet nach heutigem Kenntnisstand 10.174.581. Diese Mitgliedsnummer wurde im April 1945 ausgegeben, also wenige Tage vor Kriegsende, was als ein Hinweis darauf gewertet werden kann, dass es, wenn überhaupt, nur ganz wenige höhere Mitgliedsnummern gegeben hat. Allerdings dürfte diese Zahl eher eine Überschätzung der aufaddierten Gesamtmitgliederzahl darstellen, da einerseits die ursprünglichen Mitgliedsnummern von Ausgetretenen, Verstorbenen und Ausgeschlossenen in der Regel nicht erneut vergeben wurden. Wiedereingetretenen wurden in der Regel neue Mitgliedsnummern zugeteilt, was aus Sicht der Partei eine gewisse Strafe darstellte, da eine niedrigere Mitgliedsnummer zumindest in den Anfangsjahren ein höheres soziales Prestige in der Partei bedeutete, insbesondere wenn man Träger des goldenen Parteiabzeichens war oder zu den sogenannten Alten Kämpfern gehörte, d.h. denjenigen, die vor der Reichstagswahl 1930 der Partei beigetreten waren. Überdies gab es ganze Nummernblöcke, die für bestimmte Sonderaktionen reserviert, aber nicht immer voll ausgeschöpft wurden, was ebenfalls zu einer Minderung der tatsächlichen Zahl aller jemals in der Partei organisierten Parteigenossen führte. Da es rund 200.000 Wiedereintritte gab und eine unbekannte, wohl nicht mehr zu rekonstruierende Zahl von Restnummern aus den erwähnten Nummernblöcken, die in der Regel gauweise zugewiesen wurden, liegt die maximale Zahl der jemals in der Partei organisierten Personen bei schätzungsweise zehn Millionen. Für das Reichsgebiet in den Grenzen von 1937, das sogenannte Altreich, bedeutete das knapp neun Millionen Bruttomitglieder, da von diesen zehn Millionen die österreichischen und sudetendeutschen Parteigenossen sowie die Parteimitglieder aus den besetzten, unter Zivilverwaltung

stehenden Gebieten wie Elsass, Lothringen, Luxemburg, dem Generalgouvernement, dem Reichsprotektorat Böhmen und Mähren usw. abgezogen werden müssen.

Auch was die Zahl der Parteimitglieder am Kriegsende angeht, verfügten wir bisher nur über grobe Schätzungen, die sich konsensual bei acht bis achteinhalb Millionen Parteigenossen eingependelt hatten, wobei die empirische Basis dieser Zahl eher löchrig ist. Unsere eigenen Schätzungen liegen bei knapp 8,8 Millionen, d.h. der wahre Wert sollte mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 Prozent zwischen acht und 9,5 Millionen Nettomitgliedern Ende 1944 liegen.² Während des ersten Vierteljahres 1945 sank die Zahl der Nettomitglieder leicht, da die Verluste durch Tod von den nun sehr spärlich werdenden Neueintritten nicht mehr kompensiert wurden.

Die Streubreite der in der Literatur anzutreffenden Schätzungen für die Zahl der Mitglieder an bestimmten Stichtagen wie dem 14. September 1930, dem Tag der Reichstagswahl, bei der die NSDAP erstmals mit 18,3 Prozent der gültigen Stimmen einen reichsweiten großen Wahlerfolg erzielte, oder dem 30. Januar 1933, dem Tag der Machtübertragung an Adolf Hitler als Reichskanzler, ist beträchtlich. Sie schwanken um mehrere 100.000, wobei vielfach die höchste zum jeweiligen Zeitpunkt ausgegebene Mitgliedsnummer mit der tatsächlichen Mitgliederzahl gleichgesetzt und d.h. nach dem bisher Gesagten: verwechselt wird. Denn die nach dem Bruttoprinzip vergebenen Mitgliedsnummern berücksichtigen den durch Parteiaustritte, Todesfälle usw. verursachten Mitgliederschwund nicht. Das wäre nur vernachlässigbar, wenn die Zahl der Austritte gering gewesen wäre. Tatsächlich verließen von den zwischen 1925 und 1929 eingetretenen Mitgliedern bis Kriegsende weit mehr als die Hälfte und von einzelnen Eintrittsjahren sogar bis zu 70 Prozent wieder die Partei. Und auch die Zahl der Todesfälle von Parteimitgliedern nahm in den Kriegsjahren beträchtlich zu; sie betrug unseren Hochrechnungen auf Basis unserer Stichproben zufolge für die Periode 1934 bis 1945 rund 460.000 Fälle.

Häufig wird in der Literatur auf die Angaben der Partei-Statistik von 1935 verwiesen, einer parteioffiziellen, nur für den internen Dienstgebrauch der Parteileitung bestimmten statistischen Auswertung der NSDAP-Mitgliederschaft. In dieser Quelle werden für den 14. September 1930 knapp 130.000 Parteimitglieder ausgewiesen, für den Tag der sogenannten Machtergreifung knapp 850.000. Ob die Parteistatistik eine vertrauenswürdige Quelle darstellt, war lange Zeit umstritten. In der Zwischenzeit herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass diese ausschließlich parteiinterne, durchnummerierte, nur einem ganz kleinen Kreis in der Reichsleitung und den Gauleitungen zugängliche Erhebung über die Zahl, die geographische Verbreitung und die soziale und demographische Zusammensetzung der Parteimitglieder durchaus

2 Diese Schätzungen stützen sich auf mehrere Stichproben von insgesamt knapp 50.000 Fällen, die meine Mitarbeiter und ich aus den erhalten gebliebenen rund zwölf Millionen Karten der NSDAP-Zentralkartei in einem zweistufigen Ziehungsverfahren erhoben haben. Näheres dazu bei Kristine Khachatryan/Jonas Meßner, Die Stichprobenziehung aus der NSDAP-Zentralkartei: Stichprobenverfahren und Stichprobenäquivalenz; sowie dies., Der Datensatz zu den Mitgliedern der NSDAP aus den Jahren 1925-1945: Datensatzstruktur, Datenbereinigung und Gewichtung, in: Jürgen W. Falter (Hrsg.), *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945*, Frankfurt a.M. 2016, S. 121-150, 151-176.

ernst zu nehmen ist. Sie diente weder nach innen noch nach außen propagandistischen, sondern in erster Linie bürokratischen und parteistrategischen Zwecken. Dennoch dürfen die von der Parteistatistik genannten Mitgliederzahlen für September 1930 und Januar 1933 nicht beim Nennwert genommen werden, da die bis zum Stichtag der Erhebung, dem 1. Januar 1935, erfolgten Austritte, Ausschlüsse usw., anders als die zahlenmäßig allerdings deutlich niedriger liegenden Wiedereintritte, sichtlich bei der Zählung nicht berücksichtigt wurden.³ Da aber gerade in den Anfangsjahren die Zahl der Austritte ungewöhnlich hoch lag, greifen die von der Parteistatistik angeführten Zahlen erkennbar zu niedrig. Tatsächlich kommen wir anhand unserer Stichproben auf fast 250.000 Nettomitglieder für 1930 und auf rund 920.000 Nettomitglieder für 1932, wobei sich diese Zahlen jeweils auf das Jahresende beziehen.

3. Zur Datengrundlage

Auf den Karteikarten der NSDAP-Zentralkartei sind bis zu 27 von uns erhobene Merkmale verzeichnet, nämlich die Mitgliedsnummer, der Vor- und der Nachname (aus dem Vornamen wurde das Geschlecht erschlossen), das Geburtsdatum, der Geburtsort, der Beruf bei Parteieintritt, der Familienstand (nur auf einem Teil der Karteikarten vermerkt), das Datum des Eintritts, eines möglichen Austritts, eines Wiedereintritts, ferner der Wohnort, die Ortsgruppe, der Gau, der Umzug zu einem möglichen zweiten Wohnort mit Datum, Ortsangabe, neuer Ortsgruppe und neuem Gau; schließlich, falls gegeben, der Umzug zu einem weiteren Wohnsitz mit Datum, Ortsangabe, neuer Ortsgruppe und neuem Gau sowie der Umzug zu einem vierten Wohnsitz mit den gleichen Informationen. Außerdem wurden von uns für die sich auf die Jahre 1934 bis 1945 beziehende Stichprobe Informationen über einen möglichen Parteiausschluss und zum eventuellen Tod eines Parteimitglieds einschließlich des Todesdatums erhoben.

Die nachfolgend dargestellten Auswertungen basieren auf mehreren, zu verschiedenen Zeitpunkten durchgeführten, Stichprobenziehungen aus der zentralen Mitgliederkartei der NSDAP, die heute im Bundesarchiv für die wissenschaftliche Forschung zugänglich ist, allerdings seit 1994, als die Bestände des Berlin Document Centers (BDC) von den Amerikanern an die Bundesrepublik Deutschland übergeben wurden, nur noch auf Mikrofilm.⁴ Zwei sehr umfangreiche, ursprünglich

3 Vgl. Peter Manstein, Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a.M. u.a. 1988, S. 145 f.

4 Tatsächlich handelte es sich um zwei Teilkarteien, die gemeinsam die Zentralkartei der NSDAP bildeten: eine alphabetisch untergliederte Kartei, die als sogenannte Reichskartei bezeichnet wurde, und eine ursprünglich geographisch nach Gauen und Ortsgruppen und erst dann alphabetisch untergliederte Kartei, die sogenannte Gaukartei; diese wurde nach dem Krieg zur Erleichterung der Recherche im Zuge des Entnazifizierungsprozesses ebenfalls alphabetisch geordnet, sodass der geographische Bezug nach Gauen und Ortsgruppen verloren ging.

rund 42.000 Fälle umfassende disproportionale Stichproben wurden von meiner damaligen Forschergruppe für die Eintrittsjahre 1925 bis 1933 bereits 1989 in Kooperation mit einem amerikanischen Team um den Soziologen William Brustein anhand der Original-Karteikarten im BDC gezogen. Sie wurden im Jahre 1990 durch eine weitere, knapp 30.000 Fälle umfassende proportionale Stichprobe ergänzt, die es ermöglichen sollte, die Informationen der beiden disproportionalen Stichproben zu „proportionalisieren“, also so zu gewichten, dass die ursprüngliche Relation der während dieses Zeitraums eingetretenen Mitglieder berechnet werden konnte. Eine disproportionale Ziehung mit einer Überrepräsentation der frühen Eintrittsjahre erschien geboten, da gerade in den Jahren 1925 bis 1928 die NSDAP nur vergleichsweise geringe Rekrutierungserfolge erzielen konnte.⁵ Die Beitritte dieses Zeitraums lagen zwischen knapp 18.000 und etwa 27.000 pro Jahr und betrugen nur rund drei Prozent aller bis 1933 erfolgten Beitritte.

Im Jahre 2012 wurden von der jetzigen Arbeitsgruppe des Verfassers zwei weitere, wiederum proportional und disproportional geschichtete Stichproben aus den beiden NSDAP-Mitgliederkarteien für die Jahre 1934 bis 1945 mit nunmehr rund 10.000 Fällen gezogen. Die Stichproben für die Jahre 1925 bis 1933 und 1934 bis 1945 wurden dann im Rahmen des noch laufenden Projektes in einem einheitlichen Datensatz zusammengeführt, sodass nun Analysen und Auszählungen für die Jahre 1925 bis 1945 durchgeführt werden können. Es handelt sich dabei weltweit um überhaupt die ersten Analysen, die sich auf die beiden zentralen Teilkarteien der NSDAP stützen können. Die weitaus meisten der vorliegenden reichsweiten Untersuchungen zur NSDAP-Mitgliedschaft, von denen es übrigens nur sehr wenige gibt, basieren auf der umfangreicheren, ursprünglich geographisch sortierten Gaukartei, die jedoch insgesamt, vor allem gegen Kriegsende, nachlässiger geführt worden zu sein scheint als die immer schon alphabetisch aufgebaute Reichskartei.⁶ Aus diesem Grunde basieren unsere Hochrechnungen der Parteimitgliedszahlen, Austritte und Wiedereintritte usw. auf den Angaben der alphabetischen Kartei, während die

5 Im Falle einer proportionalen, ungeschichteten Stichprobe wären diese Anfangsjahre selbst in großen Stichproben nur mit ganz wenigen Fällen vertreten gewesen, so dass sich keine sinnvollen Aussagen über die ersten vier oder fünf Jahre nach der formalen Neugründung der Partei am 27. Februar 1925 treffen ließen. Die Stichprobenziehung selbst erfolgte in einem zweistufigen Verfahren. Zunächst wurden zufällig Karteikästen ausgewählt, in denen dann nach einer systematischen Anweisung für die Anfangsjahre alle Mitgliedskarten und ab 1929 jede fünfte bzw. sechste Mitgliedskarte gezogen wurde. Es handelte sich mithin technisch gesprochen um eine so genannte Klumpenstichprobe. Vgl. zur Stichprobenziehung Torsten Schneider-Haase, Beschreibung der Stichprobenziehung zu den Mitgliedern der NSDAP vom 27. März – 7. September 1989 im Berlin Document Center, in: *Historical Social Research* 16 (1991), H. 3, S. 113-151.

6 Dass die alphabetische Kartei etwas genauer geführt worden ist als die ursprünglich geographisch aufgebaute Kartei, erscheint plausibel angesichts der Tatsache, dass im Amt für Mitgliedschaftswesen der NSDAP nach Kriegsbeginn nach eigenem Bekunden erhebliche Personalknappheit herrschte und der Zugang zur alphabetischen Kartei, wenn neue Informationen über Parteaustritte, Wiedereintritte, Todesfälle und Ähnliches aus den Ortsgruppen bei der Reichsleitung eintrafen, leichter war als der zur geographischen Kartei, wo man sich ja etwas mühsam zuerst über den Gau, dann über die Ortsgruppe bis zu den einzelnen Mitgliedern vorarbeiten musste.

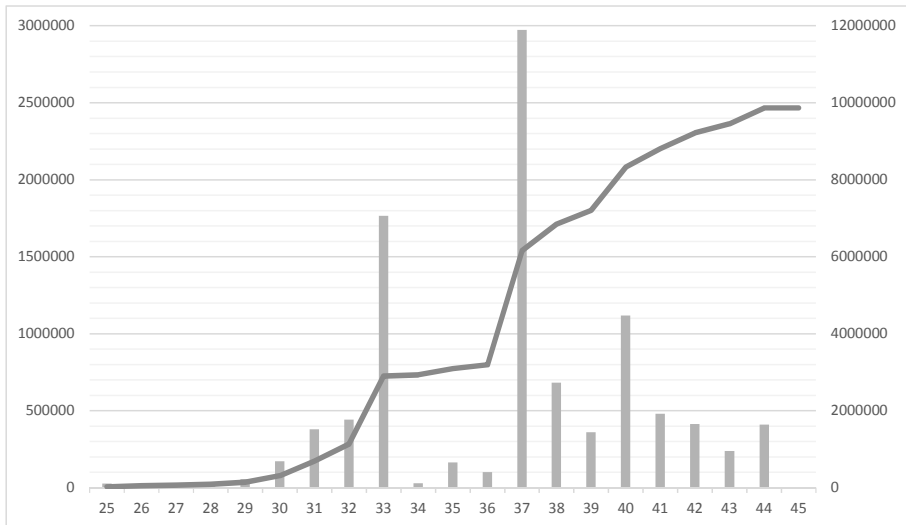
Auszählungen zur demographischen und sozialen Struktur der Parteimitglieder auf beiden Karteien beruhen.

4. Der Sturm auf die Partei

Insgesamt scheint die Partei im November 1923 vor dem reichsweiten Verbot rund 55.000 Mitglieder gehabt zu haben. Leider gibt es jedoch keine ähnlich vollständigen Informationen wie für die Zeit ab 1925 über die NSDAP-Mitglieder der Jahre 1919 bis 1923, also bis zum Verbot der Partei nach dem Bürgerbräuputsch und dem Marsch auf die Feldherrnhalle. Hierzu sind nur fragmentarische, teilweise lokal begrenzte Mitgliederlisten, die auch jeweils nur für bestimmte Zeitabschnitte gelten, erhalten geblieben. Eine reichsweite, recht akribisch geführte Mitgliederbuchführung in Form der erwähnten beiden zentralen Mitgliederkarteien gibt es erst für die 20 Jahre nach Neugründung der Partei am 27. Februar 1925. Aus diesem Grunde beschränken sich die nachfolgenden Ausführungen auf die Jahre 1925 bis 1945.

Abb. 1 stellt in Form von Säulen die jährlichen Bruttoeintritte in die Partei zwischen 1925 und 1945 dar. Die durchgezogene Linie gibt die jahresweise aufaddierten Eintritte, also die Gesamtzahl der bis zum jeweiligen Jahresende eingetretenen Parteigenossen, wieder. In den ersten vier Jahren nach der Wiederbegründung zeigt sich ein ganz allmählicher Zuwachs, der sich dann 1929 beschleunigt, um bis Ende 1932 stark anzusteigen.

Abbildung 1: Bruttoeintritte, jahresweise und kumuliert



Quelle: Eigene Berechnungen anhand des Mainz-Berlin-Minnesota-Datensatzes (MBM).

Die Partei hatte zu diesem Zeitpunkt rund 920.000 Mitglieder. Nach der sogenannten Machtergreifung, vor allem nach der Märzwahl 1933, erlebte die Partei einen ungeheuren Ansturm neuer Mitglieder. Über 1,7 Millionen sogenannte Märzgefallene traten der Partei im ersten Vierteljahr nach der „Machtergreifung“ bei, wodurch sich die Gesamtzahl der Parteimitglieder binnen weniger Wochen fast verdreifachte. Rund zwei Drittel aller Parteimitglieder von 1933 waren folglich erst nach der „Machtergreifung“ der NSDAP beigetreten. Ob sie wirklich alle von der nationalsozialistischen Doktrin überzeugte Konvertiten waren, sei zunächst einmal dahingestellt. Dieser Aspekt soll am Ende dieses Beitrags diskutiert werden.

Nach 1933 scheint der Ansturm auf die Partei dann weitgehend zu versiegen. Es sind nur noch sehr wenige Eintritte zu verzeichnen, was aber keineswegs auf eine Ausschöpfung des Potenzials hindeutet, sondern die Auswirkung der Schließung der Partei für das allgemeine Publikum zum 1. Mai 1933 darstellt.⁷ Eine solche Schließung lag durchaus in der Absicht Adolf Hitlers. Sie wurde von ihm bereits in „Mein Kampf“ und in vielen Reden der späten zwanziger Jahre angekündigt. Die Schließung galt streng genommen bis 1939. Allerdings wurde die Partei, wie man aus der Zahl der Neueintritte ablesen kann, 1937 breit geöffnet, auch wenn sie nominell nur für überzeugte, in Unterorganisationen der Partei bewährte Nationalsozialisten aufgemacht werden sollte. Als Gründe für diese sehr weitgehende Öffnung der Partei werden in der Literatur einerseits finanzielle Probleme, andererseits aber auch der ungeheure Erwartungsdruck derer genannt, die nach den Anfangserfolgen des Dritten Reiches unbedingt in die Partei wollten. Ein weiteres Motiv für diese Öffnung der Partei dürfte in dem 1937 ausgegebenen Ziel, 10 Prozent der Bevölkerung in der Partei zu organisieren, gelegen haben. Davor lag die Zielmarke bei 5 Prozent der Bevölkerung, wie aus der Partei-Statistik von 1935 hervorgeht.⁸ Im Frühjahr 1939 wird die Partei dann vorübergehend für alle geöffnet, um schon Anfang 1942 wieder recht konsequent geschlossen zu werden. Danach durften der Idee nach (fast) nur noch weltanschaulich bewährte, aus der Hitlerjugend (HJ) und dem Bund Deutscher Mädchen (BDM) ausscheidende, auf Basis ihrer nationalsozialistischen Überzeugung handverlesene Personen sowie Kriegsversehrte, Kriegshinterbliebene, Umsiedler und aus der Wehrmacht ausscheidende „Volksgenossen“ der NSDAP beitreten. Nach dem Attentat des 20. Juli 1944 durften schließlich auch Wehrmachtssoldaten der Partei beitreten, was ihnen zuvor aufgrund des Wehrgesetzes nicht gestattet war. Zur Wehrmacht eingezogene Personen, die bereits Parteimitglied waren, mussten ihre Mitgliedschaft während ihres Wehrdienstes ruhen lassen.

7 Tatsächlich tragen die weitaus meisten dieser sogenannten Märzgefallenen als Parteieintrittsdatum den 1. Mai 1933, obwohl man ab diesem Datum gar nicht mehr den Parteibeitritt beantragen konnte. Da sich die Bearbeitung der Aufnahmeanträge beim Reichsschatzamt der NSDAP bis ins Jahr 1936 hinzog, wurde der 1. Mai 1933 administrativ als kollektives Eintrittsdatum für diese Personengruppe festgesetzt.

8 Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hrsg.), Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1, Parteimitglieder, München 1935, S. 44.

Die Beitritte der Jahre 1935 und 1936 resultierten hauptsächlich aus Sonderaktionen, einerseits der sogenannten Aktion Schemm⁹ im Frühjahr 1935, andererseits der Aufnahme von ehemaligen Mitgliedern des Stahlhelms bzw. des Bundes Deutscher Frontsoldaten im Jahre 1936, und schließlich, Anfang 1937, von verdienten Funktionären der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) und der HAGO (Nationalsozialistische Handels- und Gewerbeorganisation). Hinzu kamen im Jahre 1935 und 1936 noch die Beitritte von Mitgliedern aus dem 1935 wieder mit dem Reich vereinigten Saargebiet sowie der zwar unter Völkerbundmandat stehenden, was die NSDAP-Parteiorganisation angeht aber mit dem Reich verbundenen, Freien Stadt Danzig.¹⁰ Die Beitritte der Jahre 1938 und 1939 schließlich gehen hauptsächlich auf das Konto österreichischer und sudetendeutscher Parteigenossen, die nach dem Anschluss bzw. der Annexion Österreichs und des Sudetenlandes jeweils zu mehreren Hunderttausenden in die Partei aufgenommen wurden. Dabei gab es in diesen und ähnlich gelagerten Fällen wie auch bei den sogenannten Sonderaktionen keine kollektiven Übernahmen von ganzen Organisationen oder Organisationsteilen, sondern nur individuelle Aufnahmen, die von den einzelnen Kandidaten beantragt und persönlich auf einem eigenen Formular unterschrieben werden mussten. Zusätzlich musste ab 1937 noch ein ausführlicher Fragebogen ausgefüllt werden, der auch Angaben über die Eltern, frühere Parteiaustritte und -strafen, Organisationsmitgliedschaften usw. enthielt.

Ein Blick auf die durchgezogene Linie in Abb. 1, auf die sich der rechts aufgetragene Maßstab bezieht, der sich größenordnungsmäßig von dem für die Säulen geltenden links abgetragenen Maßstab unterscheidet, belegt, wie viele NSDAP-Mitglieder in einem gegebenen Jahr insgesamt, unter Einbezug der Vorjahre, in die Partei eingetreten waren. Insgesamt waren es etwa zehn Millionen Mitglieder, die jemals in der Partei organisiert waren. Das übertrifft sogar noch die 1937 von Adolf Hitler ausgegebene Idealquote von etwa zehn Prozent der Bevölkerung, die in der Partei vertreten sein sollten.

5. Die neuen Mitglieder: sehr jung und überwiegend männlich

Bereits den Zeitgenossen entging nicht, wie jung die Mitglieder der NSDAP zumindest in den Anfangsjahren waren. Im Vergleich zu den anderen Parteien der Weimarer Republik war die NSDAP eine ausgesprochen junge, geradezu jugendliche Par-

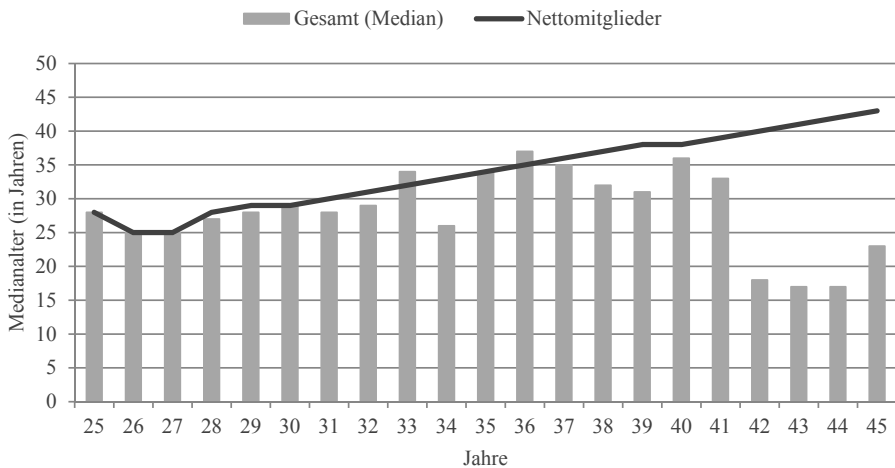
9 Die „Aktion Schemm“ war nach dem Gauleiter des Gaus Bayerische Ostmark, des späteren Gaus Bayreuth, Hans Schemm, benannt, der es schaffte, von der Reichsleitung eine Ausnahmegenehmigung für Parteibeiträge in seinem Gau zu erlangen, weil dort gemessen an der Bevölkerung und an anderen Gauen die Partei angeblich unterrepräsentiert war, was allerdings, wie wir anhand unserer Daten und der Angaben der Partei-Statistik von 1935 feststellen können, gar nicht der Fall war.

10 Vgl. hierzu neuerdings Anne Stroppe, Die NSDAP-Mitglieder im Gau Danzig-Westpreußen und im Saargebiet, in: Falter (FN 2), S. 335-360.

Die Mitglieder der NSDAP 1925-1945

tei. Das Durchschnittsalter ihrer Mitglieder lag bei Parteieintritt deutlich niedriger als das aller anderen Parteien; lediglich die KPD konnte da noch einigermaßen mithalten. Wie Abb. 2 belegt, steigt 1933, im Jahr der sogenannten Machtergreifung, der Altersdurchschnitt unter den neu eintretenden Parteigenossen signifikant an, um 1934 wieder abzusinken, sicherlich eine Folge des nunmehr gesteuerten Parteibeitritts, um dann erneut anzusteigen und nach der Schließung der Partei 1942 einen absoluten Tiefstand zu erreichen.

Abbildung 2: Medianalter der Neumitglieder und aller Mitglieder im jeweiligen Jahr



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage des MBM-Datensatzes.

Es sind nun die aus der HJ und dem BDM Ausscheidenden, die den Löwenanteil der neuen Mitglieder ausmachen. Ab 1943 wird sogar das Beitrittsalter, das bisher für Männer bei 18 und für Frauen bei 21 Jahren lag, auf 17 Jahre gesenkt, was erklärt, dass das Durchschnittsalter der neu Eintretenden bei nur 17 bis 18 Jahren liegt.¹¹

Die durchgezogene Linie in Abb. 2 beschreibt das Durchschnittsalter der in der Partei am Ende des jeweiligen Erhebungsjahres organisierten Gesamtmitgliedschaft. Aus ihr geht die allmähliche Alterung der NSDAP-Mitglieder klar hervor. Betrug das Durchschnittsalter in den ersten Jahren noch rund 25 Jahre, stieg es bis 1945 auf knapp unter 45 Jahre, ein gewissermaßen natürlicher Alterungsprozess,

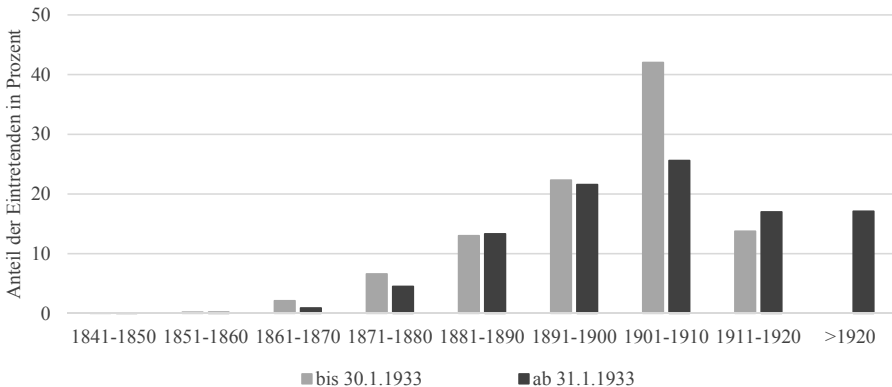
¹¹ Gemessen wird in Abb. 2 das durchschnittliche Alter der neu eintretenden Mitglieder durch den Median, der ein zentrales Maß der Mitte darstellt, durch das eine Verteilung in exakt zwei gleiche Hälften zerlegt wird, wobei der Median die mittlere Position in einer solchen Verteilung darstellt. Dieses Maß ist für die Bestimmung des Durchschnittsalters der NSDAP-Mitglieder besser geeignet als das geläufigere arithmetische Mittel, da ja die Verteilung nach unten durch das vor 1943 bei 18 bzw. 21 Jahren liegende Eintrittsalter gekappt ist.

der auch durch die gesteuerte Verjüngung der Partei während der Kriegsjahre nicht nennenswert aufgehalten werden konnte.

Es stellt sich die Frage, ob diese relative Jugendlichkeit der NSDAP-Neumitglieder, ähnlich wie im Falle der ja ebenfalls erst am Ende des Ersten Weltkrieges gegründeten KPD, lediglich eine Folge der Neuheit der Partei war. Neue Parteien ziehen nun einmal im Allgemeinen eher die Jungen an. Die Älteren sind, falls sie sich in einer Partei engagieren wollen, normalerweise schon in den bereits etablierten Parteien organisiert. Trifft diese Annahme zu, sollte sowohl das Durchschnittsalter der neu in die Partei eintretenden Personen als auch das Durchschnittsalter der Parteimitglieder insgesamt mit zunehmender Dauer der Existenz der neuen Partei zunehmen. Das ist, was Letzteres angeht, eindeutig der Fall; was Ersteres betrifft jedoch nicht, wenn man auf die – allerdings bewusst gesteuerte – Verjüngung der Partei ab 1942 blickt. Bei der Interpretation dieser Daten sollte man allerdings niemals vergessen, dass ab dem 1. Mai 1933 bis ins Jahr 1937 hinein und dann wieder ab 1942 die Mitgliederrekrutierung der NSDAP nur sehr selektiv erfolgte. Abgänger aus der HJ und dem BDM hatten zwischen 1933 und 1945, besonders aber ab 1942, stets eine bessere Chance, in die Partei aufgenommen zu werden als andere Bevölkerungsgruppen.

Plausibel ist es, mit Sebastian Haffner¹² und anderen die NSDAP insbesondere vor 1933 als eine Generationenbewegung anzusehen. In der Tat waren die Jahrgänge zwischen 1890 bzw. 1900 und 1910 in der Partei weit überrepräsentiert, wie in Abb. 3 zu erkennen ist.

Abbildung 3: Die Eintrittsgenerationen vor und ab dem Jahr der „Machtergreifung“ 1933



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage des MBM-Datensatzes.

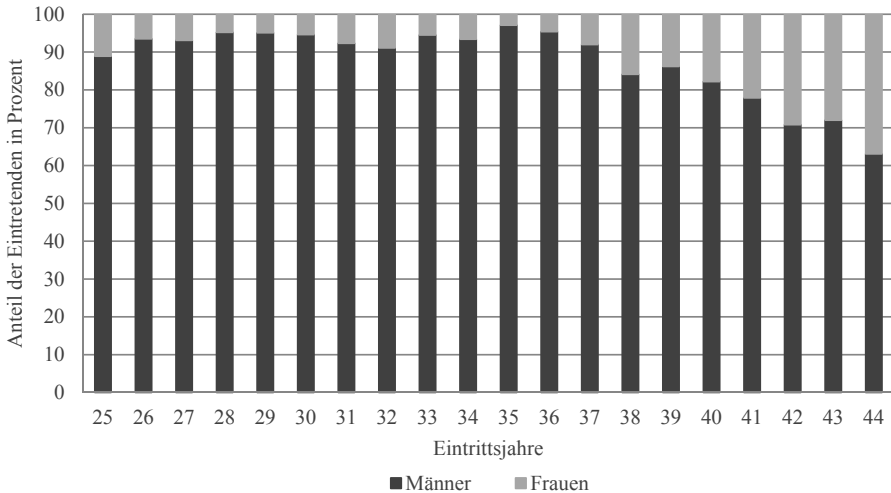
¹² Vgl. Sebastian Haffner, Germany: Jekyll and Hyde, London 1940.

Die NSDAP scheint zunächst vor allem die durch den Krieg geprägte, vom Frontsozialismus schwärmende Schützengrabengeneration überdurchschnittlich angezogen zu haben, später dann, etwa ab 1930, verstärkt deren direkte Nachfolgeneration, die die Entbehrungen des Krieges, den Verlust des Vaters und teilweise auch der Mutter als Kinder im Krieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie die nationale Demütigung und die Wirren der Revolution und der Aufstände während der ersten Republikjahre miterlebten. Die bisherige Literatur hat sich – einschließlich meiner eigenen Veröffentlichungen zum Thema¹³, von wenigen Ausnahmen abgesehen – bisher nicht hinreichend mit dieser Generationenthese auseinandergesetzt.¹⁴ Das ist schon deswegen von Belang, weil dadurch auch die Mittelstands- bzw. Volksparteithese, über die gleich noch zu sprechen sein wird, möglicherweise in einem neuen Licht betrachtet werden muss. Abb. 3 belegt, dass die These von der NSDAP als Generationenpartei, eine These, die beispielsweise auch im Zusammenhang mit dem Aufkommen der Grünen geäußert wurde, nicht ganz unberechtigt ist. Die Jahrgänge 1891 bis 1910 stellen fast zwei Drittel aller bis 1933 in die NSDAP eingetretenen Mitglieder. Nach 1933 lässt das Übergewicht der zwischen 1900 und 1910 geborenen Alterskohorte deutlich nach; die nunmehrige Staatspartei NSDAP zieht sichtlich andere an als die Hitlerbewegung der sogenannten Kampfzeit.

Was die Geschlechterverteilung der NSDAP-Neumitglieder angeht, ist es überkommene Weisheit, dass die NSDAP ganz überwiegend eine männerdominierte Partei war. Das ergibt sich unzweifelhaft auch aus den hier ausgewerteten Daten, wie Abb. 4 belegt.

-
- 13 Vgl. Jürgen W. Falter, Die „Märzgefallenen“ von 1933. Neue Forschungsergebnisse zum sozialen Wandel innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft während der Machtergreifungsphase, in: ders., Zur Soziographie des Nationalsozialismus. HSR Supplement 25 (2013), S. 280-302; ders., Wer wurde Nationalsozialist? Eine Überprüfung von Theorien über die Massenbasis des Nationalsozialismus anhand neuer Datensätze zur NSDAP-Mitgliedschaft 1925-1932, in: Helge Grabitz u.a. (Hrsg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag, Berlin 1994, S. 20-41.
- 14 Vertreter der Generationenthese sind u.a. Michael Kater, Torsten Kupfer, Peter Loewenberg, J. Paul Madden und Dieter Stachura. Vgl. hierzu ausführlicher samt der entsprechenden Literaturhinweise: Jürgen W. Falter, Was wissen wir über die NSDAP-Mitglieder? Ein Blick auf den Forschungsstand, in: ders. (FN 2), S. 89-119.

Abbildung 4: Neumitglieder nach Geschlecht und Jahr



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage des MBM-Datensatzes.

Allerdings sind gewisse Modifikationen angebracht. So war der Frauenanteil unter den NSDAP-Mitgliedern bzw. Neueintretenden zwar bis auf die Kriegsjahre geradezu vernachlässigbar klein. Gewarnt sei aber vor Überinterpretationen der Art, faschistische Bewegungen seien nun einmal männerdominiert gewesen und der Ort der Frau für sie durch die drei K's definiert, wobei das letzte K im nationalsozialistischen Sinne natürlich nicht für Kirche, sondern für Keller stehen sollte. Diese Überlegungen haben sicherlich ihre teilweise Richtigkeit, aber sie müssen im historischen Kontext interpretiert werden: Auch die Mitgliedschaft aller übrigen Parteien der Weimarer Republik, über die wir entsprechende Daten besitzen, war ausnahmslos männerdominiert. Frauenanteile unter Parteimitgliedern über 20 Prozent stellten in der damaligen Zeit die absolute Ausnahme dar.

Was auffällt, wenn man nach Unterschieden zwischen den weiblichen und männlichen NSDAP-Neumitgliedern sucht, ist zunächst das deutlich höhere Durchschnittsalter der Frauen in der NSDAP, aber auch ihre stärkere Rate der Erwerbstätigkeit. Ab 1942 steigt der Frauenanteil unter den neu Eintretenden beträchtlich, im Eintrittsjahr 1944 liegt er sogar bei 38 Prozent. Das ist vermutlich auf drei Faktoren zurückzuführen: zum einen auf die Tatsache, dass Millionen von Männern in die Wehrmacht eingezogen wurden und laut geltendem Wehrgesetz während dieser Zeit nicht Parteimitglieder werden durften bzw. ihre Parteimitgliedschaft ruhen lassen mussten; zum zweiten auf die dadurch und durch die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft gewandelte Rolle der Frau in der Gesellschaft; und zum dritten, das sollte nicht übersehen werden, auf eine von der Partei verordnete Geschlechterquotierung der neu in die Partei Aufzunehmenden, der zufolge nicht nur aus der HJ Ausschei-

dende, sondern auch BDM-Abgängerinnen mit einem vorgegebenen Prozentsatz (30 Prozent der HJ-Abgänger, 5 Prozent der BDM-Abgängerinnen) in die Partei aufgenommen werden sollten.

6. Keine reine Mittelschichtbewegung

Hinsichtlich der beruflichen Zusammensetzung und der sozialen Schichtung der Wähler und Mitglieder der NSDAP gab es jahrzehntelang einen nahezu unverrückbaren Konsens in Wissenschaft und Politik: Die NSDAP habe weit überwiegend aus Selbstständigen und Angestellten und damit aus Angehörigen vor allem der kleinen Mittelschicht bestanden. Arbeiter waren dieser Auffassung zufolge unter den Parteigenossen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung kaum vertreten, jedenfalls seien sie weit unterrepräsentiert gewesen. Grundlage dieser durch Wahl- und Mitgliederdaten bestenfalls teilweise gedeckten Annahme war die Vorstellung einer „Panik im Mittelstand“, die der deutsche Soziologe Theodor Geiger bereits im Jahre 1930 zu erkennen glaubte. Im Anschluss an Theodor Geiger entwickelte der amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset dann in den 1950er Jahren seine Theorie des Faschismus als Extremismus der Mitte.¹⁵ Insbesondere die Schicht der kleinen Selbstständigen und Gewerbetreibenden, die sich durch einen niedrigen Bildungsstand auszeichneten, habe sich durch die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft in ihrem sozialen Status und ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht gefühlt und den Eindruck gehabt, zwischen den Mühlsteinen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung auf der einen und der Großindustrie und der Tendenz zur Konzentration im Geschäftsleben (Stichwort „Warenhäuser“) auf der anderen Seite zerrieben zu werden. Zuflucht habe diese Schicht bei faschistischen Bewegungen gesucht, die ihr versprochen hätten, das Rad der Geschichte zurück zu drehen und den alten sozialen und ökonomischen Status wieder herzustellen.

Dass diese These für die Wähler nicht aufrechterhalten werden kann, ist mittlerweile weithin akzeptiert.¹⁶ Aber auch für die Mitglieder ist sie angesichts der neueren Forschungen von Michael Kater, Detlef Mühlberger und anderen nicht mehr unumstritten.¹⁷ Unsere eigenen Ergebnisse belegen, dass die NSDAP nicht nur von

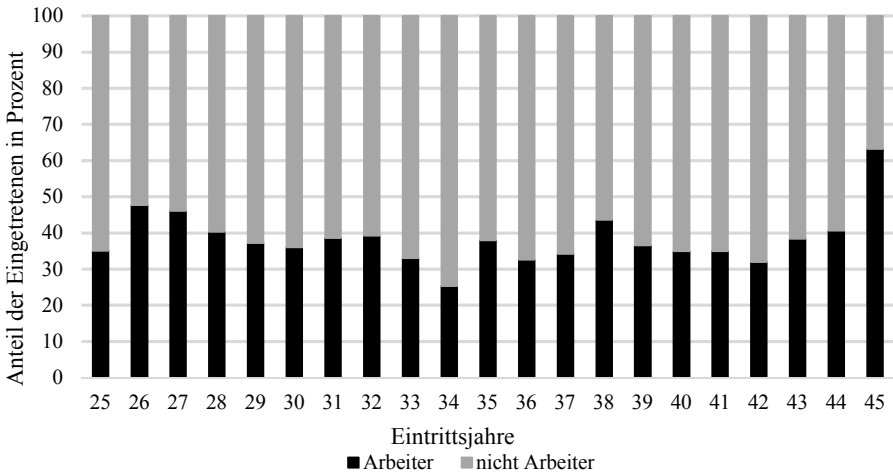
15 Vgl. Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 637-654; Seymour Martin Lipset, Der ‚Faschismus‘, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus. 4. Aufl., Köln 1976, S. 449-491.

16 Vgl. dazu Jürgen W. Falter, Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Die Theorien von Seymour Martin Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP im Lichte neuerer Forschungsergebnisse, in: Peter Steinbach (Hrsg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozess, Stuttgart 1982, S. 438-469; ders./Dirk Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1986), S. 179-216.

17 Vgl. nur Michael Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983; Detlef Mühlberger, The Sociology of the NSDAP. The Question of Working-Class Membership, in: Journal of Contemporary History 15 (1980), S. 493-511.

ihren Wählern, sondern auch von ihren Mitgliedern her gesehen eine beruflich wie schichtungsmäßig heterogen zusammengesetzte Partei war. Vor 1933 betrug der Arbeiteranteil unter den Neueintretenden rund 40 Prozent; 1933 und danach lag er im Schnitt bei 30 bis 35 Prozent (Abb. 5). Eine berufsmäßige Kontingentierung der neu in die Partei aufgenommenen Mitglieder scheint es im Gegensatz zum (allerdings nur teilweise gelungenen) Versuch, die alters- und geschlechtermäßige Zusammensetzung der NSDAP zu steuern, auch in den Zeiten der Parteischließung nicht gegeben zu haben.

Abbildung 5: Der Anteil von Arbeitern und Nichtarbeitern unter den Neumitgliedern nach Jahren



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage des MBM-Datensatzes.

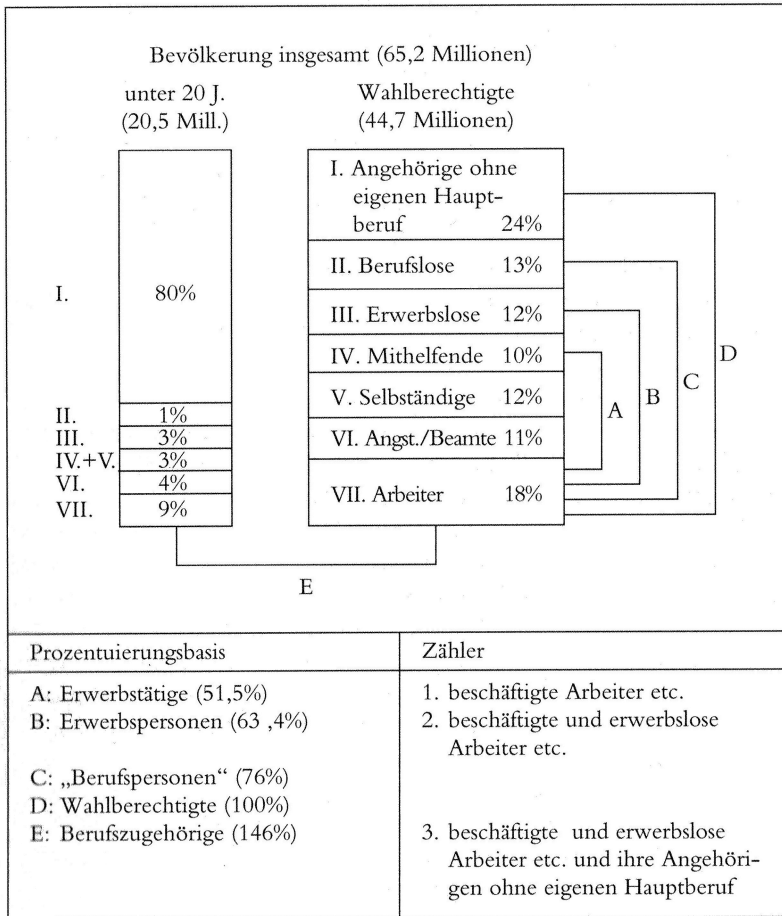
Ein Arbeiteranteil von rund 40 Prozent, wie es ihn vor 1933 gab, verträgt sich an und für sich schon nicht mit der These von der reinen Mittelstandsbewegung. Selbst in ihrer modifizierten Form der quantitativ weit überwiegend vom Mittelstand dominierten Bewegung erscheint ein so hoher Arbeiteranteil nicht theorieadäquat. Allerdings lässt sich die Frage, ob Arbeiter in der NSDAP unter- oder vielleicht sogar überrepräsentiert waren, nur durch den Vergleich mit den entsprechenden Bevölkerungswerten klären. Es stellt sich mithin die Frage nach dem angemessenen Vergleichsmaßstab, eine Frage, die leichter klingt, als sie sich sozialhistorisch beantworten lässt. Wie ein Blick in die Literatur lehrt, gibt es erhebliche Unsicherheit, was die für den Vergleich äquivalenten Bevölkerungskategorien sind: Sind es die Erwerbstätigen, sind es die Erwerbspersonen oder gar die sogenannten Berufspersonen? Das sind Termini der zeitgenössischen offiziellen Berufszählungen, hinter denen sich ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen verbergen (vgl. Abb. 6).

Die Erwerbstätigen sind eine intuitiv eingängige Kategorie, hierzu gehören tatsächlich nur diejenigen, die als abhängig Beschäftigte einen Arbeitsplatz haben oder die als Selbständige tätig sind. Die Arbeitslosen, und die gab es bekanntlich massenhaft am Ende der Weimarer Republik, nämlich sechs Millionen offiziell, sogar acht Millionen tatsächlich, zählen logischerweise nicht zu den Erwerbstätigen. Unter den NSDAP-Mitgliedern gab es allerdings ohne Zweifel auch viele Arbeitslose, selbst wenn sie auf den Mitgliedskarten als solche nicht auftauchen, da beim Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP nicht nach dem Erwerbsstatus, sondern nach dem erlernten oder ausgeübten Beruf gefragt wurde. Zu den Erwerbstätigen zählen naturgemäß auch nicht die sogenannten Berufslosen, damit sind vor allem Rentner und Pensionäre gemeint, die 1933 immerhin 13 Prozent der Bevölkerung ausmachten; und auch die Angehörigen ohne eigenen Hauptberuf, die nochmals rund ein Viertel der Wahlberechtigten ausmachten, sind in der Kategorie der Erwerbstätigen nicht berücksichtigt. Tatsächlich umfasst die Kategorie der Erwerbstätigen nur gut die Hälfte aller Wahlberechtigten und damit auch nur die Hälfte derjenigen, die für eine Mitgliedschaft in der NSDAP infrage kamen. Den Arbeiteranteil in der NSDAP mit dem Anteil der Arbeiter unter den Erwerbstätigen in der Bevölkerung zu vergleichen, ist folglich nicht sinnvoll. Das aber tun viele Untersuchungen. So kommt Michael Kater in seinem Standardwerk aus dem Jahre 1983, leicht abweichend von meinen eigenen Ergebnissen, zwar auf rund 36 Prozent Arbeiter unter den NSDAP-Beitretenden vor 1933, denen er aber rund 55 Prozent Arbeiter unter der erwerbstätigen Bevölkerung gegenüberstellt.¹⁸ Auf diese Weise gelangt er zu einer klaren Unterrepräsentation von Arbeitern innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft bzw. genauer: unter den neu der NSDAP beitretenden Personen. Adäquater wäre es gewesen, den Prozentsatz der Arbeiter in der NSDAP dem Prozentsatz der Arbeiter in der wahlberechtigten Bevölkerung der damaligen Zeit gegenüberzustellen, denn bis 1933, bis zur Schließung der Partei, konnte jeder, der wollte, in die Partei eintreten, vorausgesetzt er war weder Jude noch Farbiger noch, wie es damals hieß, Zigeuner oder Freimaurer oder Insasse einer Strafanstalt.

18 Kater (FN 17), S. 241 ff.

Analysen

Abbildung 6: Die möglichen Prozentuierungsbasen von sozialstrukturellen Anteilsvariablen



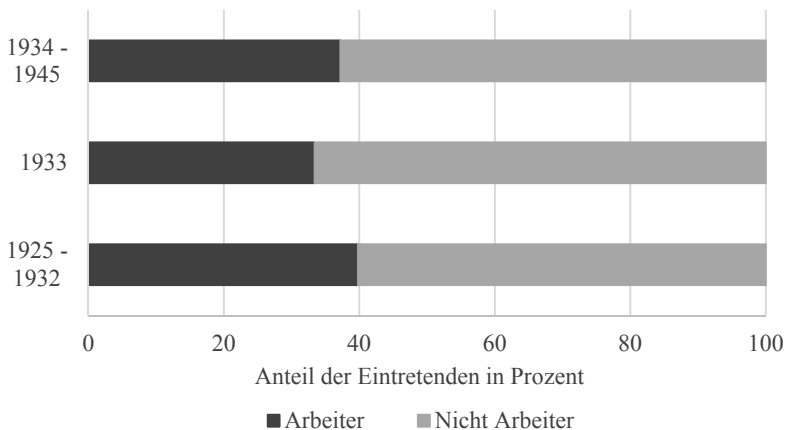
Quelle: Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 203.

Wie Abb. 6 zeigt, waren zwar 80 Prozent der unter 20-jährigen, immerhin 20,5 Millionen, Angehörige ohne eigenen Hauptberuf; knapp 20 Prozent jedoch zählten schon zu den sogenannten Erwerbspersonen, waren also Arbeiter, Angestellte, Selbständige, Mithelfende oder Erwerbslose (gemeint sind damit Arbeitslose). Und wiederum knapp die Hälfte dieser Erwerbspersonen unter 20 Jahren waren Arbeiter. NSDAP-Mitglied konnte man erst ab 18 bzw. 21 Jahren werden, Arbeiter usw. hingegen bereits mit 14 Jahren, sei es als Lehrling, sei es als Hilfsarbeiter oder Anzuerkennender. Das aber bedeutet nichts anderes, als dass der Arbeiteranteil in der Bevölke-

rung und natürlich auch unter den Erwerbstätigen oder den Erwerbspersonen nochmals um den Anteil vermindert werden müsste, der noch nicht 18 oder 21 Jahre, also noch nicht im Parteieintrittsalter, war.

Angesichts der Tatsache, dass mit den genannten Ausnahmen alle Deutschen, die im Mitgliedsalter standen, vor dem 1. Mai 1933 und wieder zwischen 1939 und 1942 in die Partei eintreten konnten, wenn sie es wollten, ließe sich argumentieren, der angemessene Vergleichsmaßstab sei die Vertretung der einzelnen Berufsgruppen und Schichten in der Gesamtbevölkerung. Da laut der amtlichen Berufszählung von 1933 aber nur 18 Prozent aller Wahlberechtigten erwerbstätige und nochmals rund 10 Prozent arbeitslose Arbeiter waren, mithin also insgesamt 28 Prozent, wären Arbeiter vor 1933 unter den NSDAP-Neumitgliedern mit rund 40 Prozent weit *überrepräsentiert* gewesen; und selbst nach 1933, als der Arbeiteranteil erkennbar zurückging, wäre noch eine klare Überrepräsentation dieser Schicht zu konstatieren (vgl. Abb. 7).

Abbildung 7: Prozentsatz von Arbeitern und Nichtarbeitern unter den Neumitgliedern



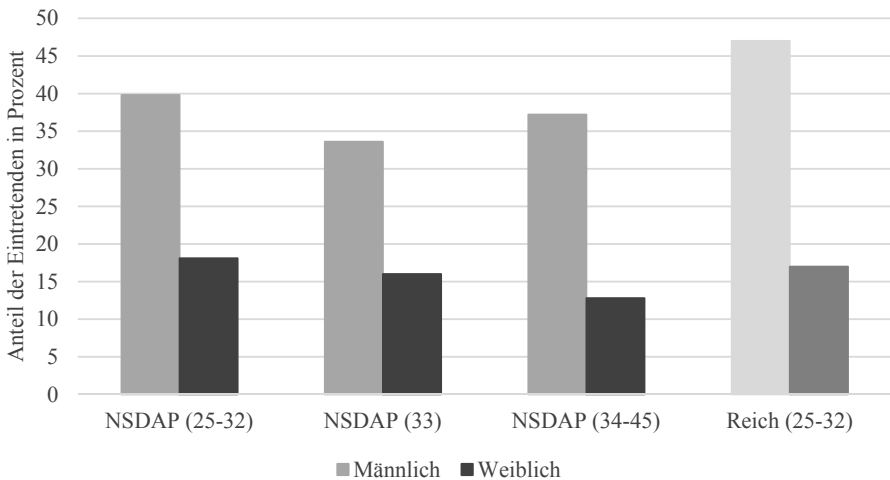
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage des MBM-Datensatzes.

Bei einer Prozentuierung nur auf die Erwerbspersonen sowohl in der Bevölkerung als auch in der Partei, von denen laut Berufszählung 1933 rund 44 Prozent der Wahlberechtigten beschäftigte oder arbeitslose Arbeiter waren, von den NSDAP-Neumitgliedern hingegen immerhin ebenfalls 43 Prozent, wären die dieser Berufszählungskategorie angehörenden Mitglieder in der Partei in etwa so stark vertreten gewesen wie in der wahlberechtigten Bevölkerung. Empirisch wird die Mittelschichtthese folglich, wie man es auch dreht und wendet, nicht von unseren Daten gedeckt, obwohl Angehörige der Mittel- und Oberschicht mit rund 57 Prozent der in der Partei organisierten Erwerbspersonen die Mehrheit der NSDAP-Mitglieder die-

ser Berufszählungskategorie stellten. Diese Zahl entsprach jedoch recht genau dem Bevölkerungsdurchschnitt; von einer Überrepräsentation der Mittelschichten innerhalb der neuen NSDAP-Mitglieder kann folglich ebenso wenig die Rede sein. Die Mittelschichttheorie kann somit als widerlegt angesehen werden. Tatsächlich war die NSDAP auch von ihren Mitgliedern her gesehen eine sozial ausgesprochen heterogen zusammengesetzte Partei.

Nun ließe sich argumentieren, es sei angemessener, angesichts der krassen Überrepräsentation von Männern innerhalb der NSDAP einen nach Geschlechtern differenzierten Vergleichsmaßstab zu wählen, also den Anteil von männlichen und weiblichen Arbeitern unter den NSDAP-Neuzugängen mit den entsprechenden Anteilen unter den wahlberechtigten Erwerbspersonen zu vergleichen. Das geschieht in Abb. 8, in der der Anteil von Arbeitern unter den NSDAP-Neuzugängen geschlechterspezifisch aufgeschlüsselt und mit dem Anteil von Arbeitern unter der wahlberechtigten Bevölkerung verglichen wird.

Abbildung 8: Der Anteil von Arbeitern unter den NSDAP-Neumitgliedern, geschlechterspezifisch aufgeschlüsselt



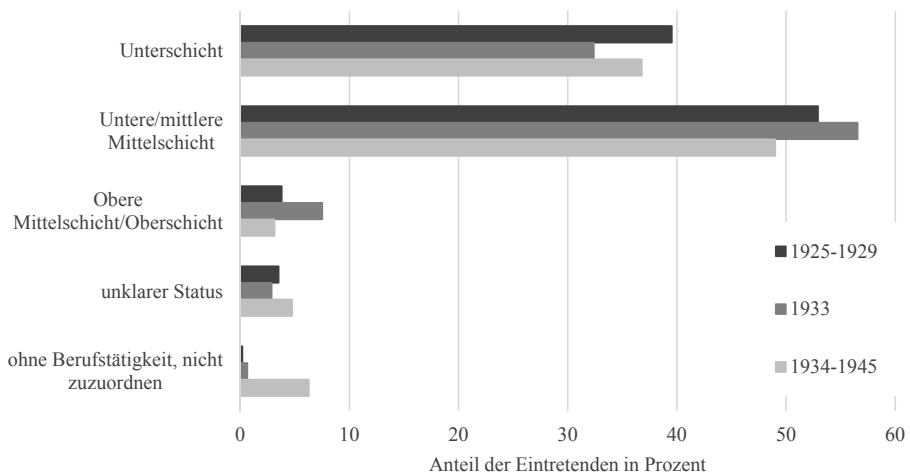
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage des MBM-Datensatzes.

Männliche Arbeiter sind vor 1933 im Vergleich zur Gesamtbevölkerung leicht unterrepräsentiert, Arbeiterinnen hingegen ganz leicht überrepräsentiert. 1933, nach der sogenannten Machtergreifung, verstärkt sich diese Unterrepräsentation bei den Männern, während weibliche Arbeiter nun ebenfalls leicht unterrepräsentiert sind. Ab 1934 steigt unter den männlichen NSDAP-Neumitgliedern der Anteil der Arbeiter wieder leicht an, ist aber immer noch im Verhältnis zur wahlberechtigten Bevölkerung um rund zehn Prozentpunkte unterrepräsentiert, während der Anteil der Arbeiterinnen unter den weiblichen NSDAP-Neumitgliedern weiter zurückgeht und da-

mit erneut leicht unterrepräsentiert ist. Insgesamt ist der Anteil von Arbeitern innerhalb der NSDAP über die drei Beobachtungsperioden hinweg rund doppelt bis dreimal so hoch wie der Anteil von Arbeiterinnen, was natürlich vor allem dem extrem hohen Anteil von Frauen unter den (wahlberechtigten) Angehörigen ohne eigenen Hauptberuf geschuldet ist.

Das Bild der NSDAP als einer beruflich und daraus abgeleitet auch schichtungs-mäßig heterogen zusammengesetzten Partei erfährt durch die in Abb. 9 präsentierten Auszahlungsergebnisse weitere Bestätigung. Für die Wählerschaft der NSDAP wurde das bereits seit den 1980er und 1990er Jahren nachgewiesen.¹⁹ Zur Unterschicht zählten vor 1933 rund 40 Prozent aller NSDAP-Neumitglieder, die untere und mittlere Mittelschicht umfasste etwas mehr als die Hälfte und die obere Mittelschicht und die Oberschicht nochmals rund 5 Prozent der Neuzugänge.

Abbildung 9: Anteil der sozialen Schichten an den NSDAP-Neumitgliedern



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage des MBM-Datensatzes.

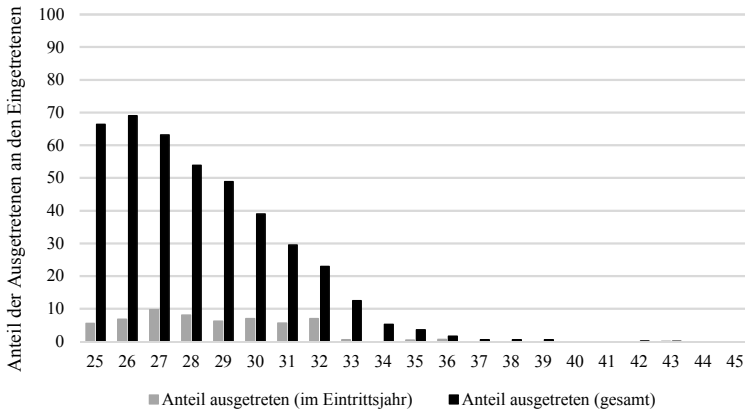
7. Nicht nur massenhafte Beitritte, sondern auch vielfache Austritte

Nur wenige wissen, dass die NSDAP häufiger für das allgemeine Publikum geschlossen als offen war. Noch weniger dürften wissen, dass es nicht nur massenhafte Eintritte, sondern, jedoch um eine gute Zehnerpotenz geringer, auch massenhafte Austritte gab. Insgesamt verzeichnen wir während der 20 Jahre ihrer Existenz nach der Neugründung unseren Daten zufolge eine gute Dreiviertelmillion Austritte aus der Partei. Dem stehen etwa 200.000 Wiedereintritte gegenüber. Ferner gab es zwi-

19 Vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 194 ff.

schen 1934 und 1945 rund 70.000 Ausschlüsse aus der Partei und eine knappe halbe Million Mitgliederverluste durch Tod, die weitaus meisten während der Kriegsjahre. Von den frühen NSDAP-Mitgliedern der Jahre 1925-1928 traten besonders viele wieder aus der Partei aus, bis zu 70 Prozent, wie Abbildung 10 zeigt.

Abbildung 10: Anteil der Ausgetretenen an den Eingetretenen pro Jahr



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage des MBM-Datensatzes.

Im Schnitt der Jahre 1925-1932 waren es immerhin gut 40 Prozent der Eintretenden, die der Partei irgendwann wieder den Rücken kehrten; nach Etablierung des Dritten Reiches, als die NSDAP zur Staatspartei geworden war, gab es zunehmend weniger Austritte. Doch dürfte es verwundern, wie viele Parteigenossen auch noch nach der sogenannten Machtergreifung und der Etablierung des „Dritten Reichs“ die Partei wieder verließen. In den Jahren 1934 und 1935 waren es nach unseren Berechnungen jeweils deutlich über 100.000. Das führte dazu, dass die Partei 1934 sogar einen Mitgliederrückgang verzeichnete, da mehr Mitglieder die Partei wieder verließen als sich ihr in diesem Jahr anschlossen, was natürlich auch auf die damalige sehr strikte Aufnahmepraxis zurückzuführen ist. Aufgenommen wurde nur ein ganz kleiner Personenkreis, viele davon in den Organisationseinheiten „Ausland“ und „Seefahrt“. Neben 1934 war 1945 ein Jahr des Mitgliederschwundes, diesmal aber nicht wegen vieler Parteiaustritte, sondern wegen der Kriegstoten unter den Mitgliedern, deren Zahl die der neuen, nur noch sehr spärlich stattfindenden Eintritte überwog.

Will man berechnen, wie sich die Partei in bestimmten Jahren demographisch und beruflich zusammensetzte, lassen sich natürlich nicht einfach die bisher vorgestellten Informationen über die Neumitglieder fortschreiben, sondern man muss dann die sogenannte Nettomitgliederschaft betrachten, also die aktuellen Mitglieder eines Jahres, die sich aus den zuvor Eingetretenen minus der Summe aus den Ausgetretenen, Ausgeschlossenen und Verstorbenen zuzüglich der Zahl der wieder Eingetretenen errechnen lässt. Nur wenn sich Austritte, Wiedereintritte, Parteiausschlüsse und

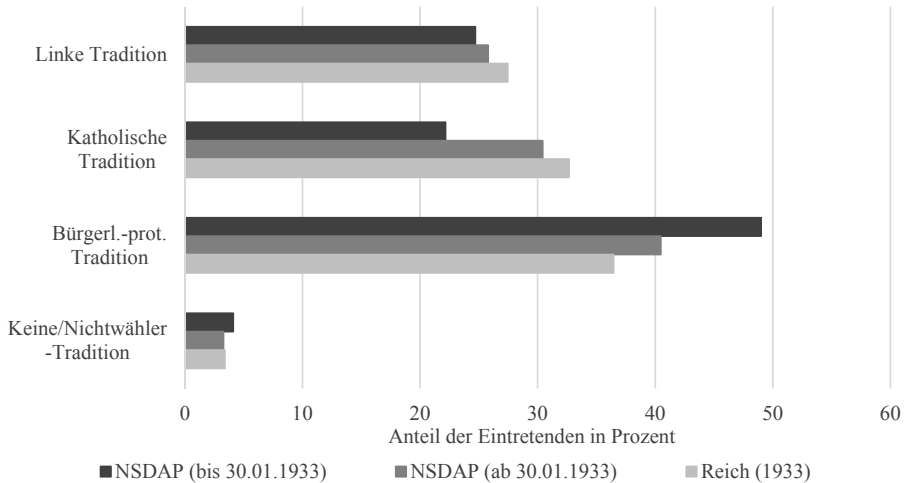
der Rückgang der Parteimitgliedschaft durch Todesfälle sozial und demographisch neutral verhielten, also zufällig erfolgten, wäre eine simple Fortschreibung möglich. Das aber ist nicht der Fall. So waren unter den Austretenden überdurchschnittlich viele Arbeiter zu finden, in manchen Jahren traten sogar – absolut gesehen – mehr Arbeiter als Nicht-Arbeiter aus der Partei aus, was tendenziell die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft in Richtung einer stärkeren Repräsentation des Mittelstandes veränderte, wenn auch im Saldo nur schwach und damit nicht hypothesenrelevant.

8. Der Einfluss unterschiedlicher politischer Kontexte auf das NSDAP-Wachstum

Was in den bisherigen Untersuchungen über die NSDAP-Mitgliedschaft nicht möglich war, ist eine Einbettung der auf den Mitgliedskarten verzeichneten Informationen in die jeweiligen lokalen Kontexte. Um das zu ermöglichen, war es nötig, die knapp 50.000 Fälle des Mitgliederdatensatzes mit den auf Gemeinde- bzw. Kreisebene vorliegenden Wahl- und Sozialdaten des früheren Weimarer Wahlprojektes des Verfassers zu verknüpfen. Das erlaubt es, lokale Kontexte unterschiedlicher Färbung zu identifizieren, aus denen die Mitglieder der Stichprobe stammen. Das kann einmal der konfessionelle Kontext sein, der zumindest für das Wahlverhalten zu Gunsten der NSDAP eine außerordentlich wichtige Rolle spielte; das kann der wirtschaftliche Kontext sein (welches ist der dominierende Wirtschaftssektor in einer Gemeinde?) oder auch die berufliche Zusammensetzung und die schichtungsmäßige Färbung der Wohngemeinden oder des Geburtsorts des jeweiligen Parteimitglieds; weiter der Grad der Arbeitslosigkeit, der Verschuldungsgrad von Gewerbe und Landwirtschaft oder die politische Tradition der Gemeinde, in der das Mitglied lebt oder aufgewachsen ist. Im vorgegebenen Rahmen ist es nur möglich, einen der unterschiedlichen Aspekte, die sich aus der Einbeziehung des jeweiligen lokalen Kontextes ergeben, näher zu untersuchen. Abb. 11 liefert einen Beleg für die Berechtigung der Theorie des politischen Konfessionalismus, der zufolge die milieugestützten Weltanschauungsparteien SPD und KPD auf der einen und das katholische Zentrum und sein bayerisches Pendant, die Bayerische Volkspartei (BVP), auf der anderen Seite eine Art Immunsierungseffekt gegenüber der nationalsozialistischen Ansteckung entfalteten.

Analysen

Abbildung 11: NSDAP-Mitglieder nach der politischen Tradition ihrer Gemeinde



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage des MBM-Datensatzes.

Insbesondere in Gemeinden mit katholisch-politischer Tradition hatte es die NSDAP vor 1933 nicht nur bei Wahlen, sondern auch, wie Abb. 11 zeigt, bei ihrer Mitgliederwerbung deutlich schwerer als in Gemeinden mit einer bürgerlich-protestantischen Tradition, in denen sich die NSDAP dieser Theorie nach vor allem auf die „politically unchurched middle class“ (Walter Dean Burnham) stützen konnte.²⁰ In Gemeinden mit einer linken Tradition hingegen war der Immunisierungseffekt deutlich geringer als von der Theorie vorausgesagt. Nach 1933, also nach dem Reichskonkordat mit der katholischen Kirche, sollten sich die Gemeinden mit katholischer Tradition allmählich dem Reichsdurchschnitt anpassen. Der Effekt der bürgerlich-protestantischen Tradition ließ nun nach, während der Einfluss der linken politischen Tradition nach wie vor zwar nur schwach ausgeprägt war, aber anders als in den katholischen Traditionsgebieten mehr oder minder gleich blieb.

9. Wie viele überzeugte Nationalsozialisten gab es in der NSDAP?

Ihren Charakter als revolutionäre, zu jedem persönlichen Opfer bereite Kadertruppe, wie von Adolf Hitler in *Mein Kampf* gefordert, hatte die NSDAP mit dem Ansturm der rund eineinhalb Millionen „Märzgefallenen“ von 1933 verloren. Die sogenannten Alten Kämpfer waren spätestens dann nur noch eine Minderheit in einer ständig

20 Vgl. Walter Dean Burnham, *Political Immunization and Political Confessionalism. The United States and Weimar Germany*, in: *Journal of Interdisciplinary History* 3 (1972), S. 1-30.

answellenden, die gesamte Gesellschaft durchdringenden totalitären Staatspartei. Die von Adolf Hitler so gefürchteten Konjunkturritter und Trittbrettfahrer dürften ab Mitte 1933 die große Mehrheit der Parteigenossen gestellt haben. Jung, zum Teil blutjung waren die „Alten Kämpfer“ gewesen, als sie sich in den ersten Jahren nach Neugründung der Partei im Februar 1925 der „Hitlerbewegung“ anschlossen. Deutlich älter waren diejenigen, die nach der Märzwahl 1933 und dann noch einmal im Frühjahr 1937 millionenfach in die Partei drängten. Die NSDAP war eine Partei, die sich in der Anfangszeit überwiegend aus „Jungen Kämpfern“ und nach ihrer Etablierung als Staatspartei des „Dritten Reiches“ mehrheitlich aus „Alten Opportunisten“ zusammengesetzt haben dürfte.²¹

Diese Überlegung führt geradezu zwangsläufig zu der Frage, wie viele überzeugte Nationalsozialisten es überhaupt in der Partei gab. Dahinter verbirgt sich die Hypothese, dass keineswegs alle eingeschriebenen Mitglieder der NSDAP auch in einem strengen weltanschaulichen Sinne überzeugte Nationalsozialisten waren. Dass dies keine lebensfremde, willkürliche oder gar den Nationalsozialismus verharmlosende Vermutung ist, belegen nicht nur zeitgenössische Berichte²² und autobiografische Notizen selbst mancher „Alter Kämpfer“, sondern auch einige der für die NSDAP-Mitgliedschaft entwickelten Erklärungsmodelle. Für die sogenannten Märzgefallenen berichtet William Sheridan Allen in seiner Thalburg-Studie, bei weitem nicht alle Personen, die sich der NSDAP im Frühjahr 1933 anschlossen, hätten dies aus tiefster nationalsozialistischer Überzeugung getan. Neben denen, die die „nationale Erhebung“ zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen trachteten, habe es diejenigen gegeben, die glaubten, sich oder ihre Familie durch einen Parteieintritt schützen zu müssen. Andere wiederum meinten, damit ihren Arbeitsplatz zu sichern oder die Chancen für eine Beförderung zu erhöhen. Wieder andere hätten sich der Partei aus reinem Konformismus angeschlossen, um mit den Wölfen zu heulen oder in Reaktion auf den wachsenden Terror während der ersten Monate nach der „Machtergreifung“. Viele schließlich traten Allen zufolge in die Partei ein, weil Druck auf sie ausgeübt wurde, am Arbeitsplatz, im Bekanntenkreis, nicht zuletzt auch zu Hause von den Ehefrauen. Einige Prominente seien dazu geradezu ultimativ gedrängt worden, so der Landrat oder der Chefredakteur der Lokalzeitung. Und dann habe es natürlich auch diejenigen gegeben, die schon lange den Wunsch hatten, Parteigenosse zu werden, sich aber beispielsweise als Beamte nicht trauten und erst jetzt wagten,

21 Diese Gegenüberstellung spielt auf den Titel des gerade erschienenen Sammelbandes an, in dem Ergebnisse des dem Beitrag zu Grunde liegenden Projektes dargestellt werden: Falter (FN 2).

22 Vgl. zum Beispiel die Ausführungen bei Sebastian Haffner, Germany: Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet, Berlin 1996 (englische Originalausgabe London 1940), S. 61 ff. Haffner geht von einem Anteil der „Nazis“ an der Gesamtbevölkerung von rund 20 Prozent aus; etwa 40 Prozent der Bevölkerung verhielten sich loyal und 35 Prozent illoyal zum Nationalsozialismus (S. 67). Den überzeugten Nationalsozialisten erkenne man nicht daran, „dass er Mitglied irgend einer NS-Gliederung oder der Partei ist“ (S. 68). Einen Nazi erkenne man daran, dass er der „allgemeinen und permanenten sadistischen Orgie [der antisemitischen Exzesse] vorbehaltlos zustimmt und sich daran beteiligt“ (S. 69).

ihren Wunsch zu realisieren. Endlich traten nach Allen einige – wenige – der Partei bei, damit auch „anständige“ Elemente in der NSDAP vertreten seien.²³ Nach Allen scheinen zumindest in Northeim am Harz unter den „Märzgefallenen“ die Opportunisten und Konjunkturritter überwogen zu haben.

Dass unter den Neumitgliedern viele Opportunisten und Karrieristen waren, hatte Adolf Hitler schon früh vorausgesehen. In der Partei wurde diesen Neumitgliedern mit einem gewissen Misstrauen begegnet, worauf schon der ironische Begriff der „Märzgefallenen“ hindeutet.²⁴ Aus diesem Grunde wurden alle Mitglieder, die nach dem 30. Januar 1933 eingetreten waren, von der Reichsleitung mit einer zweijährigen Bewährungszeit belegt, eine Regelung, die es zuvor nicht gab. „Diese Bewährungszeit wurde [...] angeordnet, da eine Gewähr für die unbedingte Zuverlässigkeit der Neuhinzugekommenen nicht immer gegeben sei. Die der Bewährung Unterworfenen bekamen nur eine Mitgliedskarte (und noch kein Mitgliedsbuch) und durften das Braunhemd noch nicht tragen; sie waren jedoch [...] schon vollgültige Mitglieder der NSDAP.“²⁵

Ähnlich skeptisch gegenüber den Beitrittsmotiven der mehr als eineinhalb Millionen Neumitglieder von 1933 ist auch die NSDAP-offizielle Parteistatistik von 1935, der zufolge schon nach dem ersten großen Wahlerfolg der Hitlerbewegung in der Reichstagswahl 1930 „eine gewisse Anzahl Konjunkturritter in die Partei eintraten [sic!]“, auch wenn damals „ein großer Teil zur Partei gekommen [ist], der auf jeden Fall als einwandfrei anerkannt werden konnte“.²⁶ Die vielen Beamten, insbesondere die Lehrer, die nach der Machtübernahme der NSDAP beitraten (ihr Anteil in der Partei vervier- bzw. versechsfachte sich gegenüber der Zeit vor der „Machtergreifung“), führten zu der Einschätzung, es handele sich dabei „zweifello[s] [...] um Konjunkturritter“. Aus diesem Grunde seien Beamte und Lehrer, die sich weder aktiv in der NSDAP betätigten noch weltanschaulich ausreichend gefestigt seien und bei denen „infolge Alters eine Revolutionierung ihrer Weltanschauung auch nicht zu erwarten [ist], zu gegebener Zeit als für die Partei nicht brauchbar aus der Partei zu entfernen“. Auch bei den Hausfrauen, die vor der Machtübernahme der NSDAP beitraten, standen nach parteioffizieller Ansicht nicht weltanschauliche Beweggründe, sondern „Sorge um die Erhaltung ihrer Familie und die Zukunft ihrer Kinder“ im Vordergrund.²⁷ Zwar werden in der Parteistatistik explizit nur die Beamten und insbesondere die Lehrer sowie die Hausfrauen mit dem Vorwurf des Opportunismus belegt, aber es ist offensichtlich, dass auch andere Berufsgruppen darunter fallen.

23 William Sheridan Allen, „Das haben wir nicht gewollt!“. Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930-1935, Gütersloh 1966, S. 141 f.

24 Vergleiche hierzu Falter (FN 13). Unter „Märzgefallenen“ verstand man ursprünglich mit durchaus positiver Konnotation die Toten der deutschen Revolution von 1848.

25 Hans Buchheim, Mitgliedschaft bei der NSDAP, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 2 Bde., München 1958-1966, hier: Bd. 1, S. 317.

26 Partei-Statistik, Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1: Parteimitglieder, Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1935, Seite VII.

27 Zitate ebd., S. 74 f.

In einer neueren Studie über den Aufstieg der NSDAP im Kreis Bernburg im damaligen Freistaat Anhalt finden sich Belege dafür, dass auch die Beitrittsmotive der zwischen 1937 und 1942 eingetretenen NSDAP-Mitglieder keineswegs ausschließlich oder auch nur überwiegend weltanschaulicher Natur waren. Unter dem Rubrum „Nachholender Gehorsam“ schreibt Torsten Kupfer, der Verfasser dieser äußerst informativen Untersuchung, „die seit 1937 erfolgenden Eintritte waren in ihrer übergroßen Mehrheit von Opportunismus getragen“. Allerdings seien „die opportunistischen Verhaltensweisen der Jahre 1932/33 und 1937/38 [...] deutlich anders gelagert: im ersten Fall vorausseilender Gehorsam von Personen, die in ihrer übergroßen Mehrheit aus eigenem Antrieb zur Partei stießen, im zweiten Fall eher nachfolgender Gehorsam von Leuten, die seit 1937 mehrheitlich Opfer des auf sie von verschiedenen Stellen ausgeübten Drucks zum Beitritt wurden“.²⁸ Beitrittsdruck erfolgte dabei sowohl von Seiten lokaler NSDAP-Funktionäre als auch durch Arbeitgeber. Dabei standen die lokalen NSDAP-Funktionäre selbst unter dem massiven Druck höherer Parteistellen, die 1937 ausgegebene Direktive zu erfüllen, die Zahl der NSDAP-Mitglieder bis auf ein Zehntel der Bevölkerung zu steigern. Willfähige oder genuin nationalsozialistisch orientierte Arbeitgeber drohten ihren Beschäftigten mit beruflicher Schlechterstellung, der Kündigung von Werkwohnungen oder dem Verlust des Arbeitsplatzes und manch anderen Nachteilen. „Von nationalsozialistischer Überzeugung war an keiner Stelle mehr die Rede, es ging einzig darum, die Mitgliedschaft der Zahl nach zu verstärken und die betreffenden Personen zu einem formalen Bekenntnis zu veranlassen.“²⁹ Nach Ansicht Kupfers sei „der Mehrzahl der bis 1931 in die NSDAP eintretenden Personen noch ein hohes Maß an ideologischer Überzeugtheit, Hingabe an die Partei bis hin zum Fanatismus zu unterstellen“.³⁰ Die Mehrheit der in ihrer übergroßen Zahl erst nach der „Machtergreifung“ in die Partei eingetretenen Mitglieder jedoch dürfte seiner Ansicht nach versucht haben, „sich ‚herauszuhalten‘, NSDAP-Mitglied zu sein, ohne zum Nationalsozialisten zu werden. Man flüchtete sich in Scheinaktivitäten und Nebenorganisationen und vermied es tunlichst, in der Partei selbst aktiv zu werden.“³¹

Diese anhand biografischen Materials vorgehende Rekonstruktion von Beitrittsmotiven findet insbesondere in dem von William Brustein vorgelegten ökonomisti-

28 Torsten Kupfer, *Generation und Radikalisierung. Die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921-1945*, Berlin 2006/2007, S. 168.

29 Ebd., S. 172.

30 Dieser Ansicht scheint auch Sebastian Haffner in seiner hellsichtigen zeitgenössischen Studie aus dem Jahre 1940 zu sein, der zwischen „alten und echten Nazis“ und „unechten und neuen Nazis“ unterscheidet. Vgl. Haffner (FN 22), S. 88 ff. In die gleiche Richtung weisende Belege auch bei Maria Regina Rumpf, *Die lebensalterliche Verteilung des Mitgliederzuganges zur NSDAP vor 1933: Aufgezeigt an einer Großstadt und einem Landkreis. Ein Beitrag zum Generationenproblem*, Dissertation 1951, o. O. (evt. Karlsruhe, wo ihr Doktorvater Willy Hellpach lehrte), S. 64 ff. Hier zitiert nach Henrik Neumann, *Die Mitglieder der NSDAP in Oppenheim und Nierstein am Rhein. Eine politikwissenschaftlich-sozialhistorische Analyse. Hausarbeit zur Erlangung des akademischen Grades eines Magister Artium, Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Mainz 2015*, S. 6.

31 Kupfer (FN 28), S. 184.

schen Erklärungsmodell Unterstützung, das den Beitritt zur NSDAP (auch) als Ergebnis einer auf den eigenen materiellen Vorteil ausgerichteten Abwägung des damit verbundenen Nutzens und der dabei entstehenden Kosten ansieht. Brustein verneint keineswegs die Bedeutung weltanschaulicher Motive für den Beitritt, aber viele der NSDAP-Neumitglieder vor allem nach 1930 und nochmals verstärkt nach der sogenannten Machtergreifung hätten sich der Partei angeschlossen, weil sie von ihr eine Besserung ihrer materiellen Lage erwarteten. Das waren natürlich, in der Sprache der Parteistatistik, die von Hitler bereits in den 1920er Jahren beschworenen und gefürchteten Opportunisten und Konjunkturritter. Selbst Hitler und mit ihm führende Funktionäre der Partei gingen folglich davon aus, dass keineswegs alle Parteigenossen überzeugte Nationalsozialisten seien.

Genau zu beziffern, wie viele der 10 Millionen NSDAP-Mitglieder in der Wolle gefärbte Nationalsozialisten waren und wie viele lediglich Karrieristen, Opportunisten und Konjunkturritter, erscheint im Nachhinein mangels zeitgenössischer Umfragen unmöglich. Wohl aber können wir anhand der verschiedenen Eintrittswellen und der Umstände, unter denen sie erfolgt sind, versuchen, Größenordnungen abzuschätzen. Wenn wir davon ausgehen, dass die große Mehrheit der vor der „Machtergreifung“ eingetretenen NSDAP-Mitglieder das, wie von Adolf Hitler vermutet, primär aus weltanschaulichen Motiven taten, so kommen wir auf die von ihm in „Mein Kampf“ angesprochene „historische Minorität“ von 600-800.000 überzeugten Nationalsozialisten. Auch unter den im Frühjahr 1933 eingetretenen Parteigenossen finden sich natürlich nicht nur Trittbrettfahrer, sondern zweifellos auch primär ideologisch motivierte Anhänger der Bewegung. Nach allem, was wir aus den vorliegenden Berichten über diese Zeit und auch über die zweite große Eintrittswelle nach der teilweisen Öffnung der Partei im Jahre 1937 sowie die dritte, etwas kleinere Eintrittswelle nach der zeitweisen vollständigen Öffnung der Partei im Jahre 1939 wissen, handelte sich dabei jedoch wohl eher um eine Minderheit. Dagegen dürften unter den Hunderttausenden, die in den Jahren der Aufnahmesperre der Partei beitreten konnten, namentlich unter den in die Partei aufgenommenen HJ-Führern und BDM-Führerinnen, überzeugte Nationalsozialisten bei weitem überwogen haben. Das gilt vor allem für die Kriegsjahre, als ab 1942 die Partei fast völlig geschlossen wurde und neben einigen kleineren, eng definierten Gruppen nur noch ein bestimmter, vorgegebener Prozentsatz ausscheidender, weltanschaulich gewissermaßen zertifizierter HJ- und BDM-Mitglieder in die Partei aufgenommen wurde. Bei diesen handelte es sich weitestgehend um junge, im Geiste des Nationalsozialismus aufgewachsene, im Dritten Reich sozialisierte Personen die, wie wir aus Umfragen der Nachkriegszeit wissen, ideologisch tatsächlich stark im Sinne der NSDAP geprägt waren.³²

Wir sollten bei unserem Schätzungsversuch umgekehrt nicht übersehen, dass es zweifellos auch außerhalb der NSDAP überzeugte Nationalsozialisten gab, die sich der NSDAP nicht als Mitglieder anschließen konnten, weil sie entweder das Mit-

32 Vgl. Jürgen W. Falter, Die Hypothek der Geschichte. Wie viele überzeugte Nationalsozialisten gab es?, in: Der Monat 39 (1986), H. 297, S. 61-82.

gliedsalter noch nicht erreicht hatten oder weil sie als Soldaten in der Wehrmacht dienten, denen bis zum 20. Juli 1944 der Beitritt zur NSDAP während der Dauer ihres Wehrdienstes untersagt war. Auch gab es vermutlich Fälle, in denen Personen der NSDAP entgegen ihrer eigenen Überzeugung nicht beitraten, weil berufliche Gründe dagegen sprachen oder der soziale und mentale Druck ihrer Umgebung oder ihrer Familie dem entgegen wirkte. Wenn wir aber fragen, wie hoch der Prozentsatz überzeugter Nationalsozialisten unter den NSDAP-Mitgliedern war, so scheint im Lichte der oben angestellten Überlegungen die Annahme plausibel, dass bei weitem nicht alle NSDAP-Mitglieder weltanschaulich überzeugte Nationalsozialisten waren. Es ist noch nicht einmal gewiss, ob das für die Mehrheit der zehn Millionen Menschen gilt, die zwischen 1925 und 1945 der NSDAP beigetreten waren. Nüchtern betrachtet erscheint es sogar eher als unwahrscheinlich. Ganz sicher gilt es nicht für die knapp eine Million Mitglieder, die die NSDAP während dieses Zeitraums wieder verließen. Typische NSDAP-Mitglieder dürften folglich eher die opportunistischen Mitläufer als die weltanschaulich 150-prozentig Überzeugten gewesen sein. Versteht man unter einem überzeugten Nationalsozialisten eine Person, deren eigene Vorstellungswelt mit den ideologischen Kernelementen des Nationalsozialismus übereinstimmte, mit dessen sozialdarwinistisch geprägter Rassenideologie, dem biologisch basierten eliminatorischen Antisemitismus, dem unbedingten Führerglaube, dem Antiparlamentarismus und dem chauvinistischen Nationalismus, dann dürfte diese Geisteshaltung in ihrer Reinform unter den NSDAP-Mitgliedern wohl nur von einer – wenn auch qualitativ wie quantitativ bedeutenden – Minderheit geteilt worden sein.³³

10. Fazit

Fassen wir die Ergebnisse der vorstehenden Analyse nochmals zusammen: Die Beitritte zur NSDAP entwickelten sich in den ersten Jahren nach der Wieder- bzw. genauer der Neugründung der Partei zunächst sehr zögerlich. Erst ab 1930, das heißt nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise mit ihrer rapide einsetzenden Massenarbeitslosigkeit und nach den ersten Wahlerfolgen zunächst bei verschiedenen Landtagswahlen und dann vor allem bei der Reichstagswahl 1930 gelang es der NSDAP, in nennenswertem Maße Mitglieder zu rekrutieren. Nach der sogenannten Machtergreifung schnellte der Zustrom neuer Mitglieder in die Höhe, die Mitgliederschaft verdreifachte sich auf einen Schlag; die Alten Kämpfer gerieten gegenüber den sogenannten Märzgefallenen klar in die Minderheit. Nach ihrer Schließung zum 1. Mai 1933 versiegte der Zustrom zur Partei nahezu total. Die weitgehende Öff-

33 Nicht entgegen steht dem die Erkenntnis, dass einzelne Elemente der NS-Ideologie nicht nur innerhalb der NSDAP, sondern generell unter den Deutschen der damaligen Zeit weit verbreitet waren. Vgl. für einschlägige demoskopische Befunde der Nachkriegszeit und der frühen Bundesrepublik: Ebd., S. 76-79.

nung im Frühjahr 1937 führte dann nochmals zu einer Verdoppelung der Zahl der Mitglieder, wobei ab 1938 auch Mitglieder aus den Anschluss- und Annexionsgebieten hinstießen, sodass die Partei Ende 1944 rund 8,8 Millionen Mitglieder aufwies. Insgesamt beigetreten waren der Partei zwischen 1925 und 1945 sogar rund 10 Millionen Parteigenossen; durch Austritte und Todesfälle verlor die NSDAP jedoch im Verlauf der Jahre auch wieder fast 1,2 Millionen Mitglieder.

Unsere Daten bestätigen die Annahme, dass es sich bei der NSDAP anfangs um eine ausgesprochen junge, ja geradezu jugendliche Partei handelte; die unter 30-jährigen überwogen unter den neuen Mitgliedern bei Weitem. Allerdings alterte die Partei mit zunehmender Existenzdauer allmählich; das Durchschnittsalter der Mitglieder stieg von 25 auf deutlich über 40 Jahre; daran änderte auch die gesteuerte Absenkung des durchschnittlichen Eintrittsalters während der Kriegsjahre wenig. Die weitaus meisten Eintretenden gehörten entweder der Schützengrabengeneration oder der Generation derer an, die den Krieg und die unmittelbare Nachkriegszeit mit ihren Entbehrungen und Demütigungen als Kinder und Heranwachsende erlebten. Ebenfalls bestätigt wurde die Beobachtung, dass die NSDAP eine sehr stark männerdominierte Partei war; allerdings stieg während des Krieges der Anteil der Frauen unter den neu eintretenden Parteimitgliedern bis auf fast 40 Prozent.

Nicht mit unseren Daten verträglich ist die – lange die wissenschaftliche wie auch die öffentliche Diskussion dominierende – These, bei der NSDAP habe es sich sowohl von ihren Mitgliedern als auch vor ihren Wählern her gesehen um eine reine oder doch weit überwiegende Mittelschichtpartei gehandelt. Ein Arbeiteranteil unter den Beitretenden vor 1933 von rund 40 Prozent ist jedoch mit der Mittelschichttheorie unvereinbar. Um welchen Typ von Arbeitern es sich handelte, wird näher zu untersuchen sein, doch legt hier nicht weiter ausgeführte Evidenz nahe, dass es keineswegs nur sogenannte atypische Arbeiter waren, die sich der NSDAP anschlossen. Über die Hälfte der Arbeitermitglieder der NSDAP waren unseren Daten zufolge Facharbeiter, von denen allerdings die meisten aus Handwerksberufen und nicht aus großindustriellen Kontexten stammten. Ein letzter Blick galt dem Einfluss der politischen Tradition der Wohngemeinde der Beitretenden. Hier bestätigte sich zumindest für die Zeit bis 1933 die Erwartung der Theorie des politischen Konfessionalismus, wonach ein katholisch geprägtes Milieu für die Ausbreitung der NSDAP ausgesprochen hinderlich war. Der ebenfalls von dieser Theorie unterstellte Immunisierungseffekt einer linken politischen Tradition hingegen erwies sich, zumindest was die Mitgliederrekrutierung der NSDAP vor 1933 angeht, als wesentlich schwächer. Dagegen stammten fast 50 Prozent der neuen NSDAP-Mitglieder vor 1933 aus Gemeinden mit einer bürgerlich-protestantischen Tradition, obwohl in diesen Gemeinden nur rund 37 Prozent der Wahlberechtigten lebten.

Auf die verschiedenen Erklärungsmodelle zur NSDAP-Mitgliederschaft konnte hier ebenso wenig intensiver eingegangen werden wie auf die Verschränkung verschiedener Merkmale wie Alter und Geschlecht, Beruf und Urbanisierung, die Kombination von Generationenthese und Volksparteithese oder die verschiedenen Kontextmerkmale und ihren Einfluss auf die Ausbreitung der Partei. So viel aber lässt

sich als Ergebnis der bisherigen Bemühungen um den Gegenstand festhalten: Es waren ganz unterschiedliche Motive und situative Gegebenheiten, die für den Beitritt zur NSDAP vor und nach 1933 ausschlaggebend waren. Für manche neu Eintretenden dürfte die sprichwörtliche „Panik im Mittelstand“ maßgeblich gewesen sein, für andere die Kriegs- und Nachkriegserfahrung oder die Wut über das Unvermögen der etablierten Parteien, die Folgen der Weltwirtschaftskrise zu bekämpfen, für wieder andere der Wunsch, sich einem charismatischen Führer zu unterwerfen; für nicht wenige schließlich dürfte ein einfaches Nutzen-Kosten-Kalkül darüber, ob der Parteibeitritt etwas bringe, ob dadurch die eigene Lage verbessert werde oder ob man sich und seine Familie durch einen Aufnahmeantrag in die NSDAP schütze, von ausschlaggebender Bedeutung für einen Parteibeitritt gewesen sein.

Insgesamt ergibt sich aus der vorliegenden Untersuchung, dass Einzelerklärungen mit Ausschließlichkeitscharakter wie die Klassen-, die hier nicht weiter behandelte Massen- und die Konfessionshypothese ebenso wie die Generationshypothese mit ihrem Anspruch scheitern, das Phänomen des NSDAP-Beitritts in seiner Gänze zu erklären; ihre statistische Erklärungskraft wird daher immer gering bleiben.

Logik der Gewalt – Eine vergleichende Untersuchung zum gewaltsamen Radikalisierungsprozess der „Sauerlandgruppe“ und des „Nationalsozialistischen Untergrundes“

Von Matthias Garbert

1. Problemaufriss, Fallauswahl und Fragestellung

Es ist wohl nicht übertrieben zu behaupten, dass islamistische¹ Terroranschläge² und deren Verhinderung seit eineinhalb Jahrzehnten zu den sicherheitspolitischen Kernthemen westlicher Demokratien gehören. Auch die wissenschaftliche Debatte blieb hiervon nicht unberührt: Kaum ein Aufsatz zum Thema kommt ohne eine Aufzählung der Anschlagsdaten der letzten Jahre aus.³ Diese illustrieren zugleich anschaulich, wie sensibel westliche Demokratien auf politische Gewalttaten reagieren. Dies gilt selbst dann, wenn Terroranschläge vereitelt wurden. Ein Beispiel, das in diesem Kontext für besondere Aufmerksamkeit sorgte, war die Zerschlagung der nach ihrem Verhaftungsort benannten *Sauerlandgruppe* im Jahr 2007. Leicht wird dabei vergessen, dass politische Gewalt nicht nur aus dem ideologischen⁴ Lager islamistisch motivierter Täter hervorgehen kann. Hierzulande belegen das nicht nur die Gewalttaten der *Roten Armee Fraktion* im letzten Jahrhundert, sondern auch die jahrelange Mordserie der rechtsextremen Zwickauer Zelle, die sich selbst als *Nationalsozialisti-*

- 1 Unter dem Begriff islamistischer Terror soll in dieser Studie eine religiös konnotierte Variante politisch motivierter Gewalt verstanden werden, die auf der Vorstellung beruht, dass islamische Normen nicht nur eine partikular-religiöse, sondern universell-politische Geltung besitzen, zu deren Durchsetzung auch Gewalt ein legitimes Mittel ist. Vgl. zum Islamismusbegriff: Guido Steinberg/Jan-Peter Hartung, *Islamistische Gruppen und Bewegungen*, in: Werner Ende/Udo Steinbach (Hrsg.), *Der Islam in der Gegenwart*, Bonn 2005, S. 681-695.
- 2 Vgl. zur Debatte über den Terrorismusbegriff: Alex P. Schmid, *The Definition of Terrorism*, in: Ders. (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Terrorism Research*, Abingdon/New York, NY 2011, S. 39-98.
- 3 Daniela Pisoiu merkt hierzu an: „It has become almost a cliché to begin terror writings with the memory of the three great attacks on the West, 9/11, 3/11 and 7/7. It is perhaps a comfortable anchor for emotion, drama and surprise in the readership”. Dies., *Islamist Radicalisation in Europe. An Occupational Change Process*, Abingdon/New York, NY 2011, S. 1.
- 4 Unter dem Begriff der Ideologie soll mit Kai Arzheimer ein System „von Ideen, Werten und Überzeugungen [verstanden werden, M.G.], die: a) eine gewisse Stabilität aufweisen b) von relevanten gesellschaftlichen Gruppen geteilt werden c) eine bestimmte Diagnose der sozialen und politischen Realität beinhalten d) relativ abstrakte Aussagen über eine wünschenswerte soziale und politische Realität treffen e) einen Katalog von konkreteren politischen Maßnahmen implizieren, mit deren Hilfe sich die Lücke zwischen c) und d) schließen lässt, f) Handlungsappelle an bestimmte soziale Gruppen richten und g) eine Legitimation für die Verteidigung, die Reform oder die radikale Veränderung der grundlegenden sozialen und politischen Verhältnisse einer gegebenen Gesellschaft bieten“. Ders., *Ideologien*, in: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Wiesbaden 2009, S. 83-108, hier: S. 86.

scher Untergrund (NSU) bezeichnete.⁵ Im medialen und politischen Diskurs wird die Frage, warum Menschen derartige Taten begehen, regelmäßig mit Verweis auf einen „Radikalisierungsprozess“ beantwortet. Was sich dahinter jedoch genau verbirgt, bleibt oftmals unscharf oder wird in plakative Schlagworte gefasst. Im schlimmsten Fall suggerieren derartige Erklärungsversuche einen Generalverdacht gegen ganze Bevölkerungsgruppen (z.B. „Muslime in Deutschland“) oder Regionen (z.B. „ostdeutsche Neonazis“). Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist dies doppelt problematisch: Erstens können hierdurch soziopolitische Folgeprobleme im großen Stil entstehen. Zweitens laufen Repressions- und Präventionsmaßnahmen gegen tatsächlich politisch motivierte Gewalttäter Gefahr, wirkungslos zu bleiben oder problemverschärfend zu wirken. Auch die (Sozial-)Wissenschaft konnte in diesem Kontext bislang keine unstrittigen und verallgemeinerbaren Erklärungsansätze zu gewaltsamen Radikalisierungsprozessen liefern, wenngleich in den letzten Jahren beispielsweise im Bereich islamistisch motivierter Gewalttaten in Europa einige wichtige Arbeiten erschienen sind.⁶

Einen Schritt nach vorne könnte in dieser Situation eine Studie von Donatella Della Porta bedeuten. Hierin identifiziert sie Gemeinsamkeiten ideologisch unterschiedlich begründeter Formen klandestiner politischer Gewalt, insbesondere mit Blick auf ihre Verursacher, die aus sozialen Bewegungen hervorgingen. Unter sozialen Bewegungen versteht Della Porta Netzwerke von Individuen oder Organisationen, die eine gemeinsame Identität besitzen und konfliktbehaftete Ziele mit unkonventionellen Maßnahmen erreichen wollen.⁷ Es mag verwundern, aber gemäß dieser Definition lassen sich sowohl salafistische⁸ Netzwerke als auch rechtsextreme⁹ Organisationen als soziale Bewegungen auffassen. Umso aufschlussreicher ist, dass die oben genannte *Sauerlandgruppe* und auch der NSU jeweils derartigen Strukturen entstammten. Beide Untergrundgruppen stehen im Mittelpunkt der nachfolgenden

5 Vgl. Jonas Grutzpalk, „Taten statt Worte“. Fünf Thesen zum kommunikationslosen Terrorismus des NSU, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II)*, Brühl 2012, S. 102-119, hier: S. 102.

6 Vgl. Olivier Roy, *Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung*, Bonn 2006; Farhad Khosrokhavar, *Inside Jihadism. Understanding Jihadi Movements Worldwide*, Boulder, CO 2009; Quintan Wiktorowicz, *Radical Islam Rising. Muslim Extremism in the West*, Lanham, MD 2005; Marc Sageman, *Leaderless Jihad. Terror Networks in the Twenty-First Century*, Philadelphia, PA 2008; Martin Schäuble, *Dschihadisten. Feldforschung in den Milieus*, Berlin/Tübingen 2011; Saskia Lützing/Benjamin Kraus/Corinna Mathes/Thomas Schwer, *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*, Köln 2010.

7 Vgl. Donatella Della Porta, *Clandestine Political Violence*, New York, NY 2013, S. 14.

8 Unter dem Begriff Salafismus wird in dieser Studie eine moderne, pseudotraditionelle Strömung des sunnitischen Fundamentalismus verstanden. „Charakteristisch für Salafisten ist, dass sie die im Koran und der Prophetenüberlieferung enthaltene Ambiguität systematisch ignorieren, selektiv rezipieren, wörtlich interpretieren und als einzig legitime Deutungsmöglichkeit postulieren“. Matthias Garbert, *Salafismus als Herausforderung für das Parlament*, Stuttgart 2016 (im Druck).

9 Unter Rechtsextremismus soll im Kontext dieser Untersuchung ein „Unterfall des politischen Extremismus“ verstanden werden, der „durch ein antidemokratisches und antiegalitäres Politikverständnis sowie durch Antipluralismus und ideologischen Monismus gekennzeichnet“ ist. Vgl. Manfred G. Schmidt, *Wörterbuch zur Politik*, 3. Aufl., Stuttgart 2010, S. 665 f.

Studie und sollen als Prüfsteine für Della Portas theoretische Überlegungen dienen. Dass die Wahl ausgerechnet auf diese zwei Gewaltgruppen fiel, hat vier Gründe: Erstens sind sie hinsichtlich ihrer ideologischen Verwurzelung scheinbar grundverschieden und ermöglichen damit einen ideologieübergreifenden Vergleich. Zweitens weisen die beiden Fälle gleichzeitig wenig räumliche und zeitliche Varianz auf, was ihre Vergleichbarkeit erhöht. Drittens sind sowohl die *Sauerlandgruppe* als auch der NSU hierzulande die empirisch besonders gut dokumentierten Fälle gewaltsamer Radikalisierungsprozesse. Viertens basieren Della Portas theoretische Schlussfolgerungen auf der Auswertung anderer Fallbeispiele, was die Gefahr von analytischen Zirkelschlüssen mindert.

Vor diesem Hintergrund liegt der nachfolgenden Studie die Frage zugrunde, inwieweit die gewaltsamen Radikalisierungsprozesse ideologisch unterschiedlich motivierter Untergrundgruppen einer gemeinsamen Logik folgen. Das Ziel der Studie besteht darin, mithilfe der theoretischen Schlussfolgerungen Della Portas die gewaltsamen Radikalisierungsprozesse der islamistischen *Sauerlandgruppe* und des rechts-extremen NSU vergleichend zu analysieren und hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu beurteilen.

Dieses Unterfangen gliedert sich in sechs Schritte. Zunächst wird das eigene Untersuchungsvorhaben im relevanten Forschungsstand verortet (2). Vor dem Hintergrund der dabei zutage tretenden Herausforderungen werden Della Portas theoretische Überlegungen vorgestellt (3). Diese bilden die analytische Heuristik, mit der im empirischen Teil der Arbeit die gewaltsamen Radikalisierungsprozesse der *Sauerlandgruppe* (4) und des NSU (5) untersucht werden. Die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieses Vergleichs werden abschließend zusammengefasst (6).

2. Herausforderungen der aktuellen Radikalisierungsforschung

Vor der Analyse der Ausgangsfragestellung ist es zunächst ratsam, Wege zu betrachten, die in Studien mit ähnlicher Problemstellung beschritten wurden. Hierbei gilt es, Abkürzungen sowie Irr- und Umwege zu identifizieren und auszuloten, wo gegebenenfalls neue Breschen zu schlagen sind. Als Ausgangspunkt all dessen kann die Grundfrage der Radikalisierungsforschung dienen. Sie lautet: Was passiert, bevor etwas passiert?¹⁰ Lange vor den Ereignissen des 11. September 2001 stand dabei

10 Vgl. Marc Sageman, The Stagnation in Terrorism Research, in: *Terrorism and Political Violence* 26 (2014), H. 4, S. 1-16, hier: S. 1; siehe auch Daniel Köhler, Über die Notwendigkeit einer deutschen Deradikalisierungsforschung und die entsprechenden Grundlagen, in: *Journal Exit-Deutschland* 1 (2013), S. 20-40, hier: S. 20 f.; Michael King/Donald M. Taylor, The Radicalization of Homegrown Jihadists: A Review of Theoretical Models and Social Psychological Evidence, in: *Terrorism and Political Violence* 23 (2011), H. 4, S. 602-622, hier: S. 602 f.; Mark Sedgwick, The Concept of Radicalization as a Source of Confusion, in: *Terrorism and*

bereits fest¹¹, dass politisch motivierte Gewalttäter regelmäßig¹² nicht geisteskrank sind und vor ihren Taten einen spezifischen Sozialisationsprozess durchlaufen.¹³ Gleichwohl markierten die Anschläge im Jahr 2001 und danach entscheidende Zäsuren für die Radikalisierungsforschung, da sie zu einer veränderten Problemwahrnehmung führten, die mit einer massiven Aufstockung von Forschungsgeldern einherging. Wenig überraschend wurden hieraus primär Projekte mit Bezug zu islamistischer Gewalt finanziert.¹⁴ Durchaus überraschend erscheint hingegen die überwiegend kritische Bewertung dieser Kraftanstrengungen. Beispielsweise bilanzierte Marc Sageman als führender Vertreter der Terrorismusforschung¹⁵ jüngst: „So far, academia has failed to provide deep insights into the turn to political violence [...] because of a lack of both primary sources and vigorous efforts to police the quality of research, thus preventing the establishment of standards of academic excellence and flooding the field with charlatans, spouting some of the vilest prejudices under the cloak of national security.“¹⁶

Dieses polemische Urteil, das nicht ohne Widerspruch blieb,¹⁷ wirft ein Schlaglicht auf die Probleme eines interdisziplinären Forschungsfeldes, die nicht nur empi-

Political Violence 22 (2010), H. 4, S. 479-494, hier: S. 479; Anja Dalgaard-Nielsen, Violent Radicalization in Europe. What We Know and What We Do Not Know, in: Studies in Conflict & Terrorism 33 (2010), S. 797-814, hier: S. 797; Lützing u.a. (FN 6), S. 1; Peter Neumann, Joining Al-Qaeda. Jihadist Recruitment in Europe, Abingdon/New York, NY 2008, S. 5.

- 11 Vgl. Infratest Wirtschaftsforschung GmbH, Politischer Protest in der Sozialwissenschaftlichen Literatur, Stuttgart 1978; Donatella Della Porta/Gary LaFree, Guest Editorial: Processes of Radicalization and De-Radicalization, in: International Journal of Conflict and Violence 6 (2012), H. 1, S. 4-10, hier: S. 6; Sageman (FN 10), S. 1; Martha Crenshaw, Terrorism Research: The Record, in: International Interactions: Empirical and Theoretical Research in International Relations 40 (2014), H. 4, S. 556-567, hier: S. 556 f.
- 12 Vgl. Edwin Bakker, Characteristics of Jihadi Terrorists in Europe (2001-2009), in: Rik Coolhaet (Hrsg.), Jihadi Terrorism and the Radicalisation Challenge. European and American Experiences, 2. Aufl., Farnham/Burlington, VT 2011, S. 131-144, hier: S. 141; Clark McCauley/Sophia Moskalenko, Mechanisms of Political Radicalization: Pathways Toward Terrorism, in: Terrorism and Political Violence 20 (2008), H. 3, S. 415-433, hier: S. 419.
- 13 Vgl. Sageman (FN 10), S. 2; Peter Neumann/Scott Kleinmann, How Rigorous Is Radicalization Research?, in: Democracy and Security 9 (2013), H. 4, S. 360-382, hier: S. 362 f.; Peter Neumann, Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-31/2013, S. 3-10, hier: S. 3; Daniela Pisoiu, Coming to Believe “Truths” about Islamist Radicalization in Europe, in: Terrorism and Political Violence 25 (2013), H. 2, S. 246-263, hier: S. 252 f.
- 14 Vgl. Joshua D. Freilich/Steven M. Chermak/Jeff Gruenewald, The Future of Terrorism Research. A Review Essay, in: International Journal of Comparative and Applied Criminal Justice (2014), S. 1-17, hier: S. 1; Sageman (FN 10), S. 2; Neumann/Kleinmann (FN 13), S. 364; Pisoiu (FN 3), S. 1.
- 15 Vgl. beispielsweise Andrew Silke, The Devil You Know. Continuing Problems with Research on Terrorism, in: Terrorism and Political Violence 13 (2001), H. 4, S. 1-14, hier: S. 12; Neumann/Kleinmann (FN 13), S. 379, oder aber Adam Roberts, Terrorism Research: Past, Present, and Future, in: Studies in Conflict & Terrorism 38 (2015), H. 1, S. 62-74, hier: S. 73.
- 16 Sageman (FN 10), S. 8.
- 17 Sagemans Urteil bildete den Auftakt einer Debatte über den Stand der Terrorismusforschung. Vgl. Marc Sageman, Low Return on Investment, in: Terrorism and Political Violence 26 (2014), H. 4, S. 1-7, hier: S. 1; Max Taylor, If I Were You, I Wouldn’t Start From Here: Response to Marc Sageman’s “The Stagnation in Terrorism Research”, in: Terrorism and Politi-

rischer Natur sind. Vielmehr existiert in der Radikalisierungsforschung bis heute kein theoretisch integrierter Analyserahmen.¹⁸ Dies spiegelt sich auch in einem Kaleidoskop verschiedener theoretischer Erklärungsansätze in der Literatur zu islamistisch und rechtsextrem motivierter politischer Gewalt wider. Eine gewisse Ordnungsfunktion kommt hierbei der jeweils gewählten Analyseebene zu.¹⁹ So erklären makrotheoretisch fundierte Studien rechtsextreme und islamistische Radikalisierungsprozesse als individuelle Reaktion auf kollektive Erfahrungen. Letztere können beispielsweise Identitätskrisen oder aber Erfahrungen relativer Deprivation und sozialer Diskriminierung umfassen.²⁰ Erklärungsansätze auf der Mesoebene führen Radikalisierungsprozesse hingegen primär auf soziale Interaktionen in Kleingruppen zurück, wo sich durch emotionale Bindungen, Gruppendruck und Indoktrination graduell die Sicht des Einzelnen und der Gruppe auf die Welt „radikal“ verändern könne.²¹ Schließlich lenken Mikroebenenansätze den Blick in erster Linie auf individuelle Anfälligkeiten für Radikalisierungsprozesse sowie personelle Konstellationen

cal Violence 26 (2014), H. 4, S. 1-6; David H. Schanzer, No Easy Day: Government Roadblocks and the Unsolvable Problem of Political Violence. A Response to Marc Sageman's "The Stagnation in Terrorism Research", in: Terrorism and Political Violence 26 (2014), H. 4, S. 1-5; Alex P. Schmid, Comments on Marc Sageman's Polemic "The Stagnation in Terrorism Research", in: Terrorism and Political Violence 26 (2014), H. 4, S. 1-9; Clark McCauley/Sophia Moskalenko, Some Things We've Learned Since 9/11. A Commentary on Marc Sageman's "The Stagnation in Terrorism Research", in: Terrorism and Political Violence 26 (2014), H. 4, S. 1-6; Jessica Stern, Response to Marc Sageman's "The Stagnation in Terrorism Research", in: Terrorism and Political Violence 26 (2014), H. 4, S. 1-7.

- 18 Vgl. Pia Lamberty, Methodologische Schwierigkeiten und Herausforderungen einer quantitativen Radikalisierungsforschung am Beispiel des Rechtsextremismus. Ein Über- und Ausblick, in: Journal Exit-Deutschland 3 (2013), S. 115-181, hier: S. 122; Daniela Pisoiu, Theoretische Ansätze zur Erklärung individueller Radikalisierungsprozesse: Eine kritische Beurteilung und Überblick der Kontroversen, in: Journal Exit-Deutschland 1 (2013), S. 41-87, hier: S. 45; Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler, Einleitung: Stand und Perspektiven der Forschung, in: Dies. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 9-21, hier: S. 18.
- 19 Vgl. Pisoiu (FN 18), S. 46; Alex P. Schmid, Radicalisation, De-Radicalisation, Counter-Radicalisation. A Conceptual Discussion and Literature Review, ICCT Research Paper March 2013, unter: <http://www.icct.nl/download/file/ICCT-Schmid-Radicalisation-De-Radicalisation-Counter-Radicalisation-March-2013.pdf> (28. Juli 2016), S. 4.
- 20 Vgl. Pisoiu (FN 18), S. 46; Jürgen R. Winkler, Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, in: Falter/Jaschke/Winkler (FN 18), S. 25-48, hier: S. 37-39; Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, 3. Aufl., Bonn 2010, S. 48-54; Monika Deutz-Schroeder, Theoretische Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und Jugendgewalt, in: Klaus Schroeder, Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, Paderborn 2004, S. 93-156, hier: S. 155 f.
- 21 Vgl. King/Taylor (FN 10), S. 605, 608; Sageman (FN 6), S. 224; Andreas Zick, Psychologie des Rechtsextremismus, in: Gerd Sommer/Albert Fuchs (Hrsg.), Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie, Berlin 2004, S. 263-276, hier: S. 269 f.; Lamberty (FN 18), S. 125-127; Manuela Caiani/Donatella Della Porta/Claudius Wagemann, Mobilizing on the Extreme Right. Germany, Italy, and the United States, Oxford/New York, NY 2012, S. 77.

in Gewaltgruppen.²² Auf allen drei Analyseebenen haben Wissenschaftler²³ verschiedener Disziplinen in den letzten Jahren wichtige Studien vorgelegt.²⁴ Diese besitzen jedoch auch analytische Blindstellen, so dass sie im Kontext der Ausgangsfragestellung dieser Studie nicht einfach übernommen werden können. Beispielsweise bleibt bei vielen Studien mit einer Makrofundierung unklar, wie Radikalisierungsprozesse konkret verlaufen und warum sich nur eine kleine Minderheit von Menschen Gewaltgruppen anschließt, obwohl doch unzählige andere Individuen den gleichen strukturellen Faktoren ausgesetzt sind.²⁵ Demgegenüber können Ansätze, die sich nur auf der Mesoebene bewegen, kaum erhellen, in welcher Beziehung kognitive zu gewaltsamen Radikalisierungsprozessen stehen und ob Sozialisationsprozesse allein ausreichen, ein Individuum zu politisch motivierten Gewalttaten zu veranlassen.²⁶ Schließlich werden Studien auf der Mikroebene oft Opfer ihres Detailreichtums, aufgrund dessen es kaum möglich ist, „eine generelle Erklärung zu finden, die in mehr als ein oder zwei Fällen gültig ist.“²⁷ Vor diesem Hintergrund wurde in der neueren Literatur zunehmend angemerkt, dass die Suche nach einzelnen kausalen Radikalisierungsdeterminanten eine erkenntnistheoretische Sackgasse darstellt.²⁸ So heißt es beispielsweise bei Borum: „Different pathways and mechanisms of terrorism involvement operate in different ways for different people at different points in time and perhaps in different contexts. [...] radicalization [...] might best be viewed as a set of diverse processes.“²⁹

Diese Sichtweise untermauert auch eine quantitative Untersuchung Edwin Bakkers. Er untersuchte 336 Personen in 65 Fällen jihadistisch-terroristischer Gewalttaten in Europa im Zeitraum von 2001 bis 2009.³⁰ Hinsichtlich des sozialen Hintergrunds der Täter, eventueller psychologischer Auffälligkeiten und der näheren Umstände ihrer jeweiligen Tatbeteiligung kam er zu dem Ergebnis, „that there is no standard jihadi terrorist in Europe.“³¹ Eine weitere erkenntnistheoretische Hypothek erwächst für die Radikalisierungsforschung aus der Tatsache, dass in der Literatur

22 Vgl. Dalgaard-Nielsen (FN 10), S. 806; Winkler (FN 20), S. 28 f.; Lamberty (FN 18), S. 132 f.

23 An dieser Stelle und im Folgenden wird das generische Maskulinum verwendet, um die Lesbarkeit des Textes zu erhöhen, sofern das Geschlecht eines Akteurs für den Aussagezusammenhang irrelevant ist.

24 Vgl. zum Forschungsstand zu Radikalisierungsprozessen im Bereich Islamismus Pisiou (FN 18) und Dalgaard-Nielsen (FN 10) sowie im Bereich Rechtsextremismus Lamberty (FN 18).

25 Vgl. Lamberty (FN 18), S. 124; Pisiou (FN 18), S. 48; Dalgaard-Nielsen (FN 10), S. 801; Winkler (FN 20), S. 28.

26 Vgl. Zick (FN 21), S. 270; Lamberty (FN 18), S. 128.

27 Pisiou (FN 18), S. 53; Falter u.a. (FN 18), S. 16.

28 Vgl. Tore Bjørge, Dreams and disillusionment: Engagement in and disengagement from militant extremist groups, in: Crime, Law and Social Change 44 (2011), H. 4, S. 277-285, hier: S. 277 f.; Pisiou (FN 18), S. 49-50; Eduard Matt, Radikalisierung und Gewalt. Zur neueren Diskussion um politisch und religiös motivierte Gewaltkriminalität, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 93 (2010), S. 461-474, hier: S. 464; Schmid (FN 19), S. 21.

29 Randy Borum, Radicalization into Violent Extremism I: A Review of Social Science Theories, in: Journal of Strategic Security 4 (2011), H. 4, S. 7-36, hier: S. 7.

30 Vgl. Bakker (FN 12), S. 138.

31 Ebd., S. 142.

kein Konsens über die Natur ihres Untersuchungsgegenstandes herrscht.³² Beispielsweise ist umstritten, in welcher Beziehung der Radikalisierungsbegriff zu ebenfalls konzeptionell umstrittenen Begriffen wie Extremismus³³ und Terrorismus³⁴ steht.³⁵ Auch über das Verhältnis von kognitiven Einstellungen und gewalttätigem Verhalten wird diskutiert.³⁶ In diesem Kontext liefern neuere empirische Befunde jedoch Hinweise dafür, dass kognitive Radikalisierungsprozesse in keinem unmittelbaren Zusammenhang zu politischen Gewalttaten stehen, nur eine Minderheit kognitiv radikalisierten Personen durch gewalttätiges Verhalten auffällig wird und sich darüber hinaus die Motive für extremistische Einstellungen und selbiges Verhalten grundlegend voneinander unterscheiden.³⁷ Vor diesem Hintergrund folgt der Verfasser Daniela Pisoiu in ihrer Feststellung, dass es sich bei gewaltsamen Radikalisierungsprozessen überwiegend um ein Klein- und Kleinstgruppenphänomen handelt.³⁸

Schließlich ist mit Blick auf die Ausgangsfragestellung dieser Arbeit essentiell, ob gewaltsame rechtsextreme und islamistische Radikalisierungsprozesse überhaupt sinnvoll miteinander vergleichbar sind. Die Einschätzungen in der Literatur variieren dabei in Abhängigkeit vom jeweils zugrunde gelegten Radikalisierungsbegriff.³⁹ Dass im Kontext dieser Studie nicht „Äpfel mit Birnen“ verglichen werden sollen, untermauern Befunde von Saskia Lützing u.a. In der bislang einzigen deutschen Vergleichsstudie zu den Biographien von Islamisten, Links- und Rechtsextremisten

32 Vgl. Schmid (FN 19), S. 5; Matt (FN 28), S. 462.

33 Der Extremismusbegriff ist mehrdeutig. Er soll in dieser Arbeit verfassungsrechtlich verwendet werden und wird dementsprechend „als Gegnerschaft zu den wichtigsten Spielregeln und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates definiert“. Schmidt (FN 9), S. 245.

34 Vgl. FN 2.

35 Vgl. Jürgen P. Lang, Was ist Extremismusforschung? – Theoretische Grundlagen und Bestandsaufnahme, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 41-85, hier: S. 41; Astrid Böttcher/Miroslav Mareš, Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen, München 2012, S. 54; Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 29; Alex P. Schmid/Joseph J. Easson, 250-plus Academic, Governmental and Intergovernmental Definitions of Terrorism, in: Alex P. Schmid (Hrsg.), The Routledge Handbook of Terrorism Research, Abingdon/New York, NY 2011, S. 99-157; Gero Neugebauer, Einfach war gestern. Zur Strukturierung der politischen Realität in einer modernen Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2010, S. 3-9.

36 Vgl. James Khalil, Radical Beliefs and Violent Actions Are Not Synonymous. How to Place the Key Disjuncture Between Attitudes and Behaviors at the Heart of Our Research into Political Violence, in: Studies in Conflict & Terrorism 37 (2014), H. 2, S. 198-211, hier: S. 199; Peter Neumann, The trouble with radicalization, in: International Affairs 89 (2013), H. 4, S. 873-893, hier: S. 873; Jürgen R. Winkler, Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2001, S. 38-68, hier: S. 61.

37 R. Kim Cragin, Resisting Violent Extremism: A Conceptual Model for Non-Radicalization, in: Terrorism and Political Violence 26 (2014), H. 2, S. 337-353, hier: S. 337; Khalil (FN 36), S. 200 f.; Schmid (FN 19), S. 39; Jamie Bartlett/Carl Miller, The Edge of Violence: Towards Telling the Difference Between Violent and Non-Violent Radicalization, in: Terrorism and Political Violence 24 (2012), H. 1, S. 1-21, hier: S. 16 f.; Della Porta/LaFree (FN 11), S. 7.

38 Vgl. Pisoiu (FN 18), S. 44.

39 Vgl. Schmid (FN 19), S. 35 f.

kommen die Forscher zu dem Ergebnis, „dass sich – unabhängig von ihrer Bindung an die jeweilige Ideologie bzw. extremistische Gruppierung – gleiche psychosoziale Grundmuster in den biographischen Entwicklungen der [...] untersuchten Akteure herausstellen.“⁴⁰

Angesichts dessen erscheint das Untersuchungsvorhaben der vorliegenden Studie sinnvoll, ist aber im Kontext der zahlreichen Problemkomplexe der aktuellen Radikalisierungsforschung gleichsam herausfordernd. Im Folgenden soll mit einer Heuristik Della Portas – bildlich gesprochen – ein „theoretisches Schwert“ vorgestellt werden, um den „gordischen Problemknoten“ der aktuellen Radikalisierungsforschung zu zerschlagen oder zumindest zu lockern.

3. Della Portas Ansatz zur Untersuchung klandestiner politischer Gewalt

Blickt man auf die Defizite der aktuellen Radikalisierungsforschung, verwundert es nicht, dass sich in der jüngeren Literatur zahlreiche Stimmen finden, die Anregungen zur Weiterentwicklung des bisherigen „state of the art“ gemacht haben. Weit verbreitet ist hierbei die Forderung, die vorhandenen theoretischen Ansätze besser zu integrieren.⁴¹ So mahnt beispielsweise Neumann ein ganzheitlicheres Radikalisierungsverständnis an, „which aims to find out how all the different pieces of the puzzle fit together.“⁴² Ganz ähnlich hält auch Pisoiu „das Anstreben einer höheren kategorischen Ebene“⁴³ im Forschungsfeld für wünschenswert. Vor diesem Hintergrund macht sie sich für den dreigliedrigen Radikalisierungsbegriff Anja Dalgaard-Nielsens stark, der keine normativen oder deterministischen Setzungen hinsichtlich ideologischer Unterschiede und der Gewaltfrage enthält.⁴⁴ Stattdessen versteht Dalgaard-Nielsen unter einem Radikalen zunächst schlicht eine Person, die einen tiefen Wunsch nach einem fundamentalen soziopolitischen Wandel hegt. Radikalisierung definiert sie dabei als die wachsende Bereitschaft, in diesem Kontext weitreichende gesellschaftliche Veränderungen anzustreben und zu unterstützen, die im Konflikt zur bestehenden Ordnung stehen oder diese direkt bedrohen. Demgegenüber handelt es sich bei gewaltsamer Radikalisierung in ihren Augen um einen Prozess, in dem radikale Ideen zunehmend von der Bereitschaft begleitet werden, selbst Gewalttaten zu verüben oder deren Ausführung zu unterstützen.⁴⁵ Diesem integrierten, differenzierten und kontingenten Verständnis von Radikalisierung folgt auch die vorliegende Studie. Ein derartiges Radikalisierungsverständnis erscheint sinnvoll, da hier-

40 Lützingen u.a. (FN 6), S. 67.

41 Vgl. Schmid (FN 19), S. 31, S. 39; Della Porta/LaFree (FN 11), S. 10; King/Taylor (FN 10), S. 618; Lamberty (FN 18), S. 165 f.

42 Neumann (FN 36), S. 892.

43 Pisoiu (FN 18), S. 59.

44 Vgl. ebd., S. 43 f.

45 Vgl. Dalgaard-Nielsen (FN 10), S. 798.

durch zahlreiche problematische Setzungen vermieden⁴⁶ und gleichzeitig ideologisch unterschiedliche Radikalisierungsprozesse als Variationen eines sozialen Phänomens begriffen werden können.

Schwieriger als eine überzeugende Begriffsdefinition ist es hingegen, einen passenden Analyserahmen für die Ausgangsfragestellung zu finden. Nicht zuletzt die geringe Fallzahl dieser Studie, die insgesamt defizitäre empirische Datenlagen im Forschungsfeld und die zersplitterte Theorielandschaft sprechen in diesem Kontext klar gegen die Suche „nach statistischen Zusammenhängen zwischen Variablen.“⁴⁷ Stattdessen erscheint es sinnvoller, den prozesshaften Verlauf der gewaltsamen Radikalisierung der *Sauerlandgruppe* und des NSU in den Mittelpunkt der empirischen Analyse zu stellen. Etwas formaler ausgedrückt geht es somit darum, Beziehungsgefüge-Interaktionsketten zu rekonstruieren und zu vergleichen, die in den Untersuchungsfällen durch bestimmte strukturelle Bedingungen gefiltert wurden, was wiederum bestimmte Wirkungen hervorgebracht hat.⁴⁸ Dieser etwas verklausulierte Satz beinhaltet das, was Della Porta unter Kausalmechanismen versteht, und bildet das analytische Herzstück ihrer neuesten Studie zu klandestiner politischer Gewalt. Konkret untersucht sie darin, welche Interaktionsprozesse und strukturellen Bedingungen räumlich, zeitlich und ideologisch unterschiedliche Varianten klandestiner politischer Gewalt gemeinsam haben. Hierzu nimmt sie in einem Zeitraum von den 1960er Jahren bis zur Gegenwart linke und rechte Untergrundorganisationen in Deutschland und Italien sowie die ethnonationalistische ETA in Spanien und die islamistische *Al-Qaida* im Nahen Osten in den Blick.⁴⁹ Unter der von diesen Akteuren ausgeübten klandestinen politischen Gewalt versteht sie das radikalste Repertoire kollektiver Aktionen, die von Gruppen⁵⁰ ausgeführt werden, die sich zu diesem Zweck im Untergrund gebildet haben, um mittels extremer physischer Gewalt⁵¹ Widersachern bei der Erreichung ihrer politischen Ziele zu schaden.⁵² Die so beschriebenen Vorstellungsinhalte passen gut zur Ausgangsfragestellung dieser Studie, da klandestine politische Gewalt in Della Portas Sinne zweckrational ist und somit

46 Vgl. den zweiten Abschnitt dieser Studie.

47 Renate Mayntz, Soziale Mechanismen in der Analyse gesellschaftlicher Makrophänomene, in: Dies., Sozialwissenschaftliches Erklären. Probleme der Theoriebildung und Methodologie, Frankfurt a.M. 2009, S. 97-121, hier: S. 98; dies., Sozialwissenschaftliche Erkenntnisinteressen und Erkenntnismöglichkeiten. Eine Einführung, in: Ebd., S. 7-36, hier: S. 18. Vgl. den zweiten Abschnitt dieser Studie.

48 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 24 f.

49 Vgl. ebd., S. 26-29, S. 293.

50 Della Porta versteht hierunter „relatively small groups [...] with limited military capacity and little or no control of territory“ (ebd., S. 10).

51 In diesem Kontext erläutert Della Porta (ebd., S. 9): „These forms include the intention to cause death or serious physical harm to civilians with the purpose of intimidating them and the use of extranormal means [...] that go beyond societal norms.“

52 Vgl. ebd., S. 6 f.

einer rekonstruierbaren Logik folgt.⁵³ Im Analyserahmen ihrer Studie verwebt Della Porta auf allen drei Analyseebenen geschickt Wissensbestände der sozialen Bewegungsforschung mit Befunden der Regional- und Terrorismusforschung.⁵⁴ Hierbei lässt sie sich nicht zu „Ad-hoc-Erklärungen“ verführen⁵⁵, sondern nimmt konsequent die Auswirkungen und Dynamik der Strukturmerkmale in den Blick, die sie bei gewaltsamen Radikalisierungsprozessen für zentral erachtet: (1) Relationalität, (2) Konstruktivismus und (3) Emergenz.⁵⁶

- (1) So sieht sie eine relationale Dynamik politischer Gewalt in der physischen und symbolischen Interaktion zwischen der sozialen Bewegung, aus der die Untergrundgruppe stammt, ihren Widersachern und Unterstützern. In Form von Kooperation, aber auch Wettbewerb beeinflusst dieser Interaktionsprozess, inwieweit bestimmte Aktionsformen gewählt, beibehalten oder verändert werden.⁵⁷
- (2) Ebenso wichtig ist in ihren Augen, wie Akteure die Wirklichkeit konstruierend deuten und diese Deutungen zum Bezugspunkt ihres Handelns machen.⁵⁸ Angesichts dynamischer Interaktionsprozesse setzt dies bei Untergrundgruppen einen kulturell flexiblen Deutungsrahmen voraus, der zur Interpretation von Gewalterfahrungen herangezogen werden kann. In diesem Kontext kann es zu emotional aufgeladenen Selbstvergewisserungsprozessen kommen, die nicht nur zu einer Anpassung des Deutungsrahmens führen, sondern auch den gruppeninternen Zusammenhalt festigen.⁵⁹
- (3) Schließlich macht Della Porta den emergenten Charakter des Phänomens dafür verantwortlich, dass es schlechterdings unmöglich ist, klandestine politische Gewalt kausal zu modellieren.⁶⁰ Vielmehr geht sie davon aus, dass Gewalt kontextbedingt, transformativ und verselbständigend auf individuelle und kollektive Präferenzen, Entscheidungen, Verhalten und Identitäten zurückwirkt.⁶¹

53 Hierzu schreibt Max Weber: „Zweckrational handelt, wer sein Handeln nach Zweck, Mitteln und Nebenfolgen orientiert und dabei sowohl die Mittel gegen die Zwecke, wie die Zwecke gegen die Nebenfolgen, wie endlich auch die verschiedenen möglichen Zwecke gegeneinander rational abwägt [...]. Sehr selten ist Handeln, insbesondere soziales Handeln, nur in der einen oder der anderen Art orientiert. [...] Ihre Zweckmäßigkeit für uns kann nur der Erfolg ergeben“. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der Verstehenden Soziologie*. Besorgt von Johannes Winkelmann, 5. Aufl., Tübingen 1980, S. 13.

54 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 22.

55 Vgl. Renate Mayntz, *Einladung zum Schattenboxen: Die Soziologie und die moderne Biologie*, in: Dies. (FN 47), S. 51-66, hier: S. 63; Dietmar Braun, *Handlungstheoretische Grundlagen in der empirisch-analytischen Politikwissenschaft. Eine kritische Übersicht*, in: Arthur Benz/Wolfgang Seibel (Hrsg.), *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft. Eine Zwischenbilanz*, Baden-Baden 1997, S. 45-73, hier: S. 49.

56 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 7, 18-20.

57 Vgl. ebd., S. 19, 282.

58 Vgl. ebd., S. 283.

59 Vgl. ebd., S. 19 f.

60 Vgl. ebd., S. 20 f., 283.

61 Vgl. ebd., S. 20; Chares Demetriou, *Clandestine Political Violence*, in: *Journal of Contemporary European Studies* 22 (2014), H. 3, S. 349-351, hier: S. 350.

Alle drei erkenntnistheoretischen Prämissen erscheinen im Spiegel des vorangegangenen Abschnitts plausibel und liegen daher auch dieser Studie zugrunde. Die Kausalmechanismen, die Della Porta vor dem Hintergrund dieser Annahmen aus ihren Untersuchungsfällen destilliert, lassen sich in zwei Blöcke unterteilen. Die Kausalmechanismen des ersten Blocks umfassen dabei die Interaktionsprozesse, die Della Porta für die Entstehung und den Verlauf von Protestbewegungen als relevant erachtet. Einen zweiten Block bilden die kausalen Mechanismen, die sie im Zusammenhang mit der Entstehung, dem Fortbestehen und dem Niedergang von Untergrundorganisationen identifiziert.⁶² Neben viel Lob für die Ergebnisse ihrer Studie findet sich in den Rezensionen zu Della Portas Untersuchung jedoch auch Bedauern darüber, dass sie die einzelnen von ihr identifizierten Mechanismen klandestiner politischer Gewalt nicht stärker formalisiert präsentiert.⁶³ Diese Anregung aufgreifend werden nachfolgend die im Kontext der Arbeit relevanten Kausalmechanismen⁶⁴ Della Portas in zwei Blöcken integriert skizziert. Sie bilden gleichzeitig den analytischen Rahmen für den empirischen Teil dieser Studie.

3.1. Wege in den Untergrund

Soziale Protestbewegungen stellen regelmäßig den Status quo geltender Ordnungs- und Regelungsstrukturen eines politischen Gemeinwesens in Frage.⁶⁵ Dies kann zu Konfrontationen zwischen Bewegungsmitgliedern und staatlichen Sicherheitskräften führen, die auf alle Beteiligten zurückwirken.⁶⁶ Della Porta beobachtet in diesem gut dokumentierten Zusammenhang⁶⁷, dass repressive Polizeimaßnahmen für die Mit-

62 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 30 f., ix.

63 Vgl. Demetriou (FN 61), S. 350; Manuel Winkelkotte, Besprechung von Donatella Della Porta, *Clandestine Political Violence*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 55 (2014), S. 412 f., hier: S. 413.

64 Da die „Sauerlandgruppe“ verhaftet wurde und der NSU ebenfalls ein abruptes Ende fand, bleiben Della Portas Überlegungen zum Niedergang von Untergrundgruppen in dieser Studie unberücksichtigt.

65 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 283.

66 Vgl. ebd., S. 38.

67 Vgl. allgemein hierzu Dieter Rucht, *Gewalt und neue soziale Bewegungen*, in: Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden 2002, S. 461-478, hier: S. 471 f., und Friedhelm Neidhardt, *Gewalt und Gegengewalt. Steigt die Bereitschaft zu Gewaltaktionen mit zunehmender staatlicher Kontrolle und Repression?*, in: Wilhelm Heitmeyer/Kurt Möller/Heinz Süner (Hrsg.), *Jugend – Staat – Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung*, Weinheim/München 1989, S. 233-243, hier: S. 243. Vgl. im Bereich Rechtsextremismus beispielsweise Michael Minkenberg, *Repression und Repressionswirkung auf rechtsradikale Akteure*, in: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hrsg.), *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*, Wiesbaden 2005, S. 303-324, und im Bereich Islamismus beispielsweise Werner Schiffauer, *Nicht-intendierte Folgen der Sicherheitspolitik nach dem 11. September*, in: Kurt Graulich/Dieter Simon (Hrsg.), *Terrorismus und Rechtsstaatlichkeit. Analysen, Handlungsoptionen, Perspektiven*, Berlin 2007, S. 361-375. Im Bereich theoretischer Überlegungen zu Interaktionseffekten siehe beispielsweise Uwe E. Kemmesies, *Co-Terrorismus: Neue Perspektiven für die Terroris-*

glieder von Protestbewegungen transformative Ereignisse bilden können⁶⁸, die drei wichtige strukturelle Wirkungen entfalten: (1) Je repressiver die Bewegungsmittglieder die Maßnahmen der Polizei wahrnehmen, desto höher werden die individuellen Risiken und Kosten für die Teilnahme an kollektiven Aktionen bewertet.⁶⁹ (2) Die moderaten Kräfte der Bewegung ziehen sich vor diesem Hintergrund entweder zurück oder radikalisierten sich ihrerseits. (3) Mit der zunehmenden Wahrnehmung der Repressionsintensität polizeilicher Maßnahmen ist somit zu erwarten, dass soziale Bewegungen quantitativ geschwächt, aber qualitativ radikalisiert werden.⁷⁰

Gleichwohl kommt es regelmäßig nicht nur mit der Polizei und politischen Gegnern zu radikalisierungsfördernden Auseinandersetzungen, sondern auch innerhalb der sozialen Bewegung selbst.⁷¹ Die von Della Porta in diesem Kontext identifizierte Entwicklungsdynamik⁷² konnten auch Malthaner und Waldmann feststellen: „Nicht selten kommt es zu einer zunehmenden Militanz in der Abschwungphase der breiteren Bewegung, wenn die offene Mobilisierung abnimmt und sich Teile der Bewegung zurückziehen; sie kann aber auch Resultat der Eskalation von Gewalt und von Kontroversen sein.“⁷³

Diese Entwicklung spiegelt einmal mehr die relationale Dimension politischer Gewalt wider, belegt aber auch deren Emergenz. Durch den Einsatz von Gewalt können die Mitglieder von Teilgruppen der Bewegung sukzessive in Richtung immer militanterer Aktionsformen sozialisiert werden. Derartige Handlungen wirken sich wiederum auf die Wirklichkeitsdeutung aller Beteiligten aus, was wiederum Folgen für zukünftige Interaktionsbeziehungen hat.⁷⁴ Neben Interaktionserfahrungen mit der Polizei beobachtet Della Porta auch, welchen starken Einfluss Familien-, Freundes- und/oder Bekanntenkreise auf die späteren Mitglieder von Untergrundgruppen besaßen.⁷⁵ Derartige soziale Beziehungsstrukturen bilden wichtige „Sinnvermittlungsinstanzen“ gewaltsamer Radikalisierungsprozesse, durch die Individuen

musprävention?, in: Rudolf Egg (Hrsg.), *Extremistische Kriminalität. Kriminologie und Prävention*, Wiesbaden 2006, S. 229-244, und Daniela Pisoiu/Klaus Hummel, *Das Konzept der „Co-Radikalisierung“ am Beispiel des Salafismus in Deutschland*, in: Klaus Hummel/Mikhail Logvinov (Hrsg.), *Gefährliche Nähe. Salafismus und Dschihadismus in Deutschland*, Stuttgart 2014, S. 183-197.

68 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 284.

69 Vgl. ebd., S. 30, 38.

70 Vgl. ebd., S. 67. Della Porta betont, dass das Eskalationspotenzial von Polizeieinsätzen in einem Zusammenhang mit der Regimeform eines Landes steht. Wie die von ihr konkret analysierten Fälle zeigen, schreiten gewaltsame Eskalationsprozesse in Demokratien deutlich langsamer voran. Dies deckt sich mit einem Befund der vergleichenden Regimeforschung, dass Demokratien im Vergleich mit Autokratien über eine deutlich höhere Konfliktverarbeitungskapazität verfügen. Vgl. ebd., S. 285; Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien. Eine Einführung*, Bonn 2010, S. 476.

71 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 71, 111.

72 Vgl. ebd., S. 112, 285.

73 Stefan Malthaner/Peter Waldmann, *Radikale Milieus: Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen*, in: Dies. (Hrsg.), *Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen*, Frankfurt a.M. 2012, S. 11-42, hier: S. 22.

74 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 30, 74, 112.

75 Vgl. ebd., S. 117, 143, 286.

für bestimmte politische Vorstellungsinhalte sensibilisiert werden.⁷⁶ Lützing u.a. ergänzen: „Mangels erlebter Geborgenheit und Orientierung im Elternhaus war die engere Clique für die Befragten das einzige verfügbare soziale Stützsystem. [...] Die über die Cliquen vermittelte (neue) soziale Identität der Befragten, z.B. als *Skinhead* oder *Jihadist*, rückte schnell gegenüber der personalen Identität – und den eigenen Problemen – in den Vordergrund und begünstigte dann die Radikalisierung in bzw. mit der Gruppe.“⁷⁷

Eine zentrale, fallübergreifende Beobachtung, die Della Porta im Kontext derartiger Interaktionsbeziehungen macht, ist die individuelle Bereitschaft, sich sukzessive an riskanteren und kostenintensiveren kollektiven Aktionsformen zu beteiligen.⁷⁸ Zweitens beobachtete sie das Zusammenwirken unterschiedlicher Generationen im Verlauf von gewaltsamen Radikalisierungsprozessen. Während die erste Generation von Radikalen noch überwiegend traditionellen Werten und Aktionsformen der sozialen Bewegung anhängt, aus der sie entstammen, ist die zweite Generation oftmals bereits deutlich stärker von verschiedenen Gewalterfahrungen geprägt.⁷⁹ Schließlich kommt Della Porta im Vergleich ihrer Untersuchungsfälle zu dem Befund, dass gerade die Organisations- und Handlungsformen der zweiten Generation keiner kausalen, sondern einer emergenten Entwicklungslogik folgen⁸⁰, was sich auch mit Beobachtungen von Lützing u.a. deckt.⁸¹ Vor diesem Hintergrund sollen nachfolgend die Kausalmechanismen vorgestellt werden, die Della Porta mit Blick auf das Leben von Gruppen im Untergrund identifiziert hat.

3.2. Leben im Untergrund

Als Akteure klandestiner politischer Gewalt identifiziert Della Porta in ihrer Studie Untergrundgruppen. In Bezug auf deren fallübergreifende Entstehungsbedingungen beobachtet sie Folgendes: (1) Je radikaler eine Gruppe wird, desto mehr isoliert sie sich von der sozialen Bewegung, aus der sie hervorgegangen ist. (2) Damit verringert sich jedoch auch die Notwendigkeit der Gruppe potenzielle Unterstützer propagandistisch zu überzeugen. (3) Gleichzeitig setzt die Gruppe immer häufiger tödliche Gewalt gegen den Staat und seine Vertreter ein, (4) der sie wiederum umso repressiver verfolgt.⁸² Della Porta beobachtet, dass mit dieser Entwicklung eine zunehmende Selbstisolation der Untergrundgruppen einhergeht; allein schon deshalb, um das Überleben und die Handlungsfähigkeit der Gruppe zu sichern. Gleichzeitig

76 Vgl. ebd., S. 143, 286.

77 Lützing u.a. (FN 6), S. 68 (Hervorhebung im Original).

78 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 286, 143.

79 Vgl. ebd., S. 144, 286 f.

80 Vgl. ebd., S. 144 f.

81 Diese bilanzieren: „Entgegen unserer Erwartung erfolgte der Übergang vom tatwilligen Extremisten zum Terroristen ungeplant und unvorhersehbar“. Lützing u.a. (FN 6), S. 72.

82 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 30, 243, 289 f.

bleiben die Untergrundgruppen jedoch regelmäßig begrenzt offen („semipermeabel“) für Unterstützung aus ihren jeweiligen Herkunftsmilieus.⁸³

Mit diesen organisatorischen Veränderungen gehen kognitive Transformationen einher. So beobachtet Della Porta, dass das Handeln von Untergrundgruppen an bestimmten normativen Vorstellungen orientiert ist. Diese Vorstellungen können als handlungsleitende und -begrenzende Institutionen im Scharpf'schen Sinne⁸⁴ interpretiert werden und zeigen wiederum im Weber'schen Sinne, dass das Handeln von Untergrundgruppen nicht nur zweck-, sondern auch wertrational⁸⁵ orientiert ist. Gleichwohl ist dieser normative Rahmen abhängig von der weiter oben beschriebenen emergenten Entwicklungslogik klandestiner politischer Gewalt und besitzt ein erhebliches Verselbstständigungspotenzial. Dieses kommt regelmäßig nach Gewalt-handlungen zum Tragen, statt diesem vorauszugehen.⁸⁶ Diese Beobachtung bringt Della Porta auf die Formel: „Justification follows escalation.“⁸⁷ Ursächlich hierfür ist die Notwendigkeit, strategisch nicht geplante, affektive Gewalthandlungen im Rückblick zu wertrationalem Handeln umzudeuten, um dieses gruppenintern und -extern legitimieren zu können.⁸⁸ Die dabei entwickelten Narrative verlieren jedoch in der sozialen Bewegung, der die Untergrundgruppe entstammt, inhaltlich sukzessive an Überzeugungskraft und Anschlussfähigkeit.⁸⁹ Dieser Entfremdungsprozess ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass sich die Handlungslogik von Untergrundorganisationen in einem Spannungsfeld bewegt, das soziale Bewegungen so nicht kennen: Einerseits müssen klandestine Gruppen mit ihren Handlungen sichtbar sein, um ihre Ziele zu erreichen. Andererseits gefährdet ihre Sichtbarkeit die Aktionsfähigkeit der Gruppe bis hin zu ihrem Überleben. Gleichzeitig generiert Sichtbarkeit auch Erfolgserlebnisse, die wiederum essentiell sind, um das zermürbende und gefährliche Leben im Untergrund vor sich selbst und anderen zu rechtfertigen.⁹⁰ In diesem von Zielkonflikten geprägten Zusammenhang beobachtet Della Porta, dass die Untergrundgruppen regelmäßig ein Selbstverständnis entwickeln, das elitär-avantgardisti-

83 Vgl. ebd., S. 30. Der Begriff „Milieu“ wird in dieser Studie synonym zum Begriff „Szene“ verwendet. Hierunter soll an dieser Stelle und im Folgenden die „politische Einstellungen und Verhaltensweisen mitprägende [...] gesellschaftliche Umwelt des Einzelnen oder einer sozialen Gruppe“ (Schmidt [FN 9], S. 502) verstanden werden.

84 Institutionen im Sinne von Fritz W. Scharpf sind „Regelsysteme [...], die einer Gruppe von Akteuren offenstehende Handlungsverläufe strukturieren. Diese Definition soll jedoch nicht nur formale rechtliche Regeln umfassen [...], sondern auch soziale Normen, die von den Akteuren im Allgemeinen beachtet werden und deren Verletzung durch Reputationsverlust, soziale Mißbilligung, Entzug von Kooperation und Belohnung oder sogar durch soziale Ächtung sanktioniert wird“. Ders., Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen 2000, S. 77.

85 Weber (FN 53) definiert dies als die Form des Handelns, das „nur in seinen Mitteln“ (S. 13), nicht aber hinsichtlich seiner Ziele zweckrational orientiert ist.

86 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 205, 289.

87 Vgl. ebd.

88 Vgl. ebd., S. 289.

89 Vgl. ebd., S. 30, 288 f.

90 Vgl. ebd., S. 201.

sche, manichäische und gewaltmystifizierende Züge aufweist.⁹¹ Parallel hierzu stellt Della Porta fest, dass mit dem Grad des gemeinsam geteilten Risikos der Handlungsformen regelmäßig die affektive Intensität der sozialen Bindungen zwischen den einzelnen Gruppenmitgliedern steigt. Derartige Bindungen zu gruppenexternen Bezugspersonen und die Kommunikation mit diesen nehmen hingegen sukzessive ab.⁹² Diese Entwicklungen führen im Ergebnis dazu, dass die Untergrundgruppe zum alleinigen emotionalen Bezugspunkt ihrer Mitglieder wird. Damit einher geht ein entsprechend hoher individueller Anpassungsdruck. Dieser wird noch dadurch verstärkt, dass die Gruppe sukzessive zur einzigen Interpretationsagentur externer Informationen avanciert.⁹³ Wirklichkeitsdeutungen, die nicht mit dem Gruppennarrativ kompatibel sind, verlieren in der Konsequenz dieser Entwicklung weitgehend an Überzeugungskraft, während die einzelnen Gruppenmitglieder in einer nahezu existenziellen Abhängigkeitsbeziehung zur Gruppe stehen.⁹⁴ Gleichzeitig zeigt sich, dass die eigentlichen politischen Ziele der Untergrundgruppe in diesem Kontext zunehmend in den Hintergrund rücken und durch Aktionsformen ersetzt werden, die das Überleben der Gruppe zum Primat des Gruppenhandelns machen.⁹⁵

Diese Beobachtungen Della Portas bilden den analytischen Rahmen für den nachfolgenden empirischen Teil der Studie. Aufgrund der Datenlage kann gleichwohl nur ein Teil von Della Portas Beobachtungen im Kontext der *Sauerlandgruppe* und des NSU untersucht werden.

4. Der gewaltsame Radikalisierungsprozess der Sauerlandgruppe

4.1. Entwicklungen bis zur Formierung der Gruppe

Die nach dem Ort ihrer Verhaftung am 4. September 2007 benannte *Sauerlandgruppe* umfasste in ihrem Kern Fritz Gelowicz (geb. 1979), Daniel Schneider (geb. 1985), Atila Selek (geb. 1985) und Adem Yilmaz (geb. 1979).⁹⁶ Drei der vier Mitglieder wurden vom Düsseldorfer Oberlandesgericht am 4. März 2010 zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, weil es das Gericht als erwiesen ansah, dass sie „als

91 Vgl. ebd., S. 31. Eine Rekonstruktion derartiger Weltbilder im salafistischen und rechtsextremistischen Milieu findet sich beispielsweise bei Matthias Garbert, *Allahs fehlgeleitete Söhne – Untersuchung radikalisierungsfördernder Argumentationsstrukturen auf salafistischen Internetseiten*, in: Hummel/Logvinov (FN 67), S. 261-278, sowie bei Kurt Möller/Nils Schuhmacher, *Rechte Glätzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads*, Wiesbaden 2007.

92 Vgl. Della Porta (FN 7), S. 147, 243, 261, 290 f.

93 Vgl. ebd., S. 252, 290.

94 Vgl. ebd., S. 31.

95 Vgl. Ebd., S. 261, 291.

96 Vgl. Stefan Malthaner/Klaus Hummel, *Islamistischer Terrorismus und salafistische Milieus. Die „Sauerland-Gruppe“ und ihr soziales Umfeld*, in: Malthaner/Waldmann (FN 73), S. 245-303, hier: S. 260; Schäuble (FN 6), S. 63.

Mitglieder der ausländischen terroristischen Vereinigung ‚Islamische Jihad-Union‘ [...] in Deutschland Sprengstoffanschläge geplant hatten.“⁹⁷ Dass es sich bei den geplanten Anschlägen um politische Gewalttaten gehandelt hätte, illustriert ein Abhörprotokoll des Bundeskriminalamtes. In diesem wird Yilmaz mit den Worten zitiert: „Wenn wir es am 11. September kriegen – die flippen doppelt so. Wir machen richtig die herbe Anschlag [sic!]“.“⁹⁸

Der gewaltsame Radikalisierungsprozess aller vier Gruppenmitglieder begann dabei „in salafistisch geprägten Moscheegemeinden oder Freundeskreisen.“⁹⁹ Während dem Verfasser für Yilmaz kaum Informationen vorliegen¹⁰⁰, sind die Biographien von Schneider, Selekt und Gelowicz besser dokumentiert. Letzterer ist Sohn Ulmer Akademiker, die sich in seiner Jugend scheiden ließen. Nach der Trennung seiner Eltern fiel Gelowicz durch schulisches Versagen, soziale Anpassungsstörungen und gewalttätiges Verhalten auf.¹⁰¹ Im Alter von 15 Jahren konvertierte er, angeregt durch einen gleichaltrigen muslimischen Freund, zum Islam.¹⁰² Zusammen mit diesem Freund besuchte Gelowicz ab dem Jahr 2002 regelmäßig das radikal-islamische *Multikulturhaus Ulm* (MKH),¹⁰³ wo er Ende 2003 auch Selekt kennenlernte. Selekt, der aus einem traditionellen türkischen Elternhaus stammt, fand den Weg ins MKH ebenfalls über einen Freund.¹⁰⁴

Schneiders Biographie weist diesbezüglich aufschlussreiche Gemeinsamkeiten auf. Genau wie Selekt und Gelowicz konvertierte er im Kontext einer Freundschaft mit einem Muslim im Alter von 19 Jahren im Jahr 2004 zum Islam.¹⁰⁵ Ähnlich wie im Fall von Gelowicz trennten sich auch Schneiders Eltern in seiner Jugend, wobei sie der nicht akademisch gebildeten saarländischen Mittelschicht zuzurechnen sind.¹⁰⁶ Auch Schneider hatte schulische Probleme und war ebenso wie Gelowicz vor seiner Konversion mit familiären und sozialen Schwierigkeiten konfrontiert.¹⁰⁷ Wie weiter oben bereits bei Lützing u.a. skizziert¹⁰⁸, lassen sich sowohl Gelowicz‘ als auch Schneiders Konversion zum radikalen Islam plausibel als zweckrationale Bewältigungsstrategie vielfältiger individueller Problemlagen interpretieren. In Be-

97 Vgl. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2010, 2. Aufl., Berlin 2013, S. 208.

98 Zitiert nach „Sauerland-Gruppe plante Anschlag auf Ramstein“ (5. Mai 2009), unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/terrorprozess-sauerland-gruppe-plante-anschlag-auf-ramstein-1798537.html> (28. Juli 2016).

99 Malthaner/Hummel (FN 96), S. 260.

100 Yilmaz entwickelte seit Mitte 2003 ein wachsendes Interesse am Islam und wandte sich in Frankfurt am Main radikal-islamistischen Kreisen zu, in deren Umfeld er relativ schnell jihadistisches Gedankengut verinnerlichte (vgl. ebd.).

101 Vgl. Marcel Rosenbach/Holger Stark, Der Hass des Abdullah, in: Der Spiegel (2008), H. 36, S. 44-50, hier: S. 46-48.

102 Vgl. ebd., S. 45.

103 Vgl. Malthaner/Hummel (FN 96), S. 264.

104 Vgl. ebd., S. 260 f.

105 Vgl. Schäuble (FN 6), S. 285.

106 Vgl. ebd.

107 Vgl. ebd., S. 63-72.

108 Vgl. FN 77.

zug auf Schneiders Biographie bringt dies Schäuble auf den Punkt: „Sie [die Konversion, M.G.] bot ihm [Schneider, M.G.] einen Neuanfang, eine ‚Neuorientierung‘ [...], neue Freunde, neue Bezugspersonen und ein Gefüge an sicheren Bindungen. Zugleich ergab nun der gescheiterte Lebensweg Sinn, denn er führte ihn zu diesem Wendepunkt.“¹⁰⁹

Obwohl sich Gelowicz und Schneider erst relativ kurze Zeit vor ihrer Verhaftung kennenlernten, wiesen ihre Radikalisierungsprozesse ebenfalls interessante Parallelen auf. Hinsichtlich der Interaktionsbeziehung der vier Gruppenmitglieder mit staatlichen Sicherheitsbehörden finden sich sowohl bei Gelowicz als auch bei Selek deutliche Hinweise darauf, dass die Wahrnehmung von Polizeimaßnahmen für beide eine radikalisierungsfördernde Wirkung entfaltete. So besuchten beide regelmäßig das MKH, das nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den Fokus der Medien und Sicherheitsbehörden geraten war. Was dies bedeutete, schildern Malthaner und Hummel so: „Funktionäre des MKH wurden von der Polizei vernommen, Besucher mussten regelmäßige Personen- und Fahrzeugkontrollen über sich ergehen lassen, und in mehreren Tageszeitungen erschienen Berichte, welche die ‚Ulmer Islamistszene‘ portraitierten. Insbesondere Gelowicz betonte in seinen späteren Aussagen den Einfluss, den diese ‚Verfolgungserfahrungen‘ im Umfeld des MKH auf seine Entscheidung, tatsächlich in den bewaffneten Jihad zu ziehen, hatte.“¹¹⁰

Hinzu kommt, dass Gelowicz Khaled El-Masri persönlich kannte und großen Anteil an dessen Verschleppung und Inhaftierung durch US-Behörden im Gefangenenlager Guantánamo nahm.¹¹¹ Außerdem war Ende 2004 von deutschen Behörden gegen Gelowicz und Selek ein Haftbefehl erlassen worden, nachdem die Polizei die Wohnungen der beiden durchsucht hatte. Beide erfuhren davon auf einer Pilgerreise in Mekka, und es erscheint plausibel anzunehmen, dass sie die Durchsuchungen und Haftbefehle als massive Repressionsmaßnahmen empfanden.¹¹² In Bezug auf Schneider kann festgehalten werden, dass dieser vor allem durch Gespräche mit radikalen Bezugspersonen den Eindruck gewann, Muslime würden weltweit verfolgt und es sei auch seine persönliche Pflicht, hiergegen gewaltsam zu kämpfen.¹¹³

Als soziale Bewegung, der alle vier Mitglieder der späteren *Sauerlandgruppe* im Rahmen ihres gewaltsamen Radikalisierungsprozesses angehörten, kann das salafistische Milieu in Deutschland ab Mitte der 2000er Jahre gelten. Hervorzuheben ist, dass dieses Milieu damals wie heute ein höchst heterogenes Bündel radikaler Strömungen des sunnitischen Islams darstellt.¹¹⁴ Diese Heterogenität resultiert nicht primär aus unterschiedlichen theologischen Vorstellungen, die sich vom Standpunkt

109 Schäuble (FN 6), S. 293.

110 Vgl. Malthaner/Hummel (FN 96), S. 264 f.

111 Vgl. Holger Schmidt, *Embedded Konvertit*, 11. August 2009, unter: <http://www.swr.de/blog/terrorismus/2009/08/11/embedded-konvertit/#more-823> (28. Juli 2016).

112 Vgl. Malthaner/Hummel (FN 96), S. 265.

113 Vgl. Schäuble (FN 6), S. 211.

114 Nina Wiedl, *Geschichte des Salafismus in Deutschland*, in: Behnam T. Said/Hazim Fouad (Hrsg.), *Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam*, Bonn 2014, S. 411-441, hier: S. 414.

westlich-demokratischer Fundamentalwerte als „Ideologie der Ungleichwertigkeit“¹¹⁵ zusammenfassen lassen. Vielmehr trennt unterschiedliche salafistische Strömungen die Frage, wie religiös gebotene Ziele im Spiegel der Gegenwart zu interpretieren und welche Mittel zu ihrer Verwirklichung legitim sind.¹¹⁶ Aus diesen heterogenen Wirklichkeitsinterpretationen¹¹⁷ resultiert das ambivalente Verhältnis „der salafistischen Bewegung“ gegenüber politisch motiviertem Gewalthandeln.

Mit dieser ambivalenten Haltung zur Legitimität von Gewalt waren Selek und Gelowicz auch in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld konfrontiert. Beispielfür hierfür sind Äußerungen von Yehia Yousif, der Ehrenvorsitzender des MKH und gleichzeitig Lehrer von Gelowicz und Selek war.¹¹⁸ Dieser verfügte selbst über Kontakte zu jihadistischen Ausbildungslagern in Pakistan sowie zu ehemaligen Jihadisten aus den Balkankriegen und deutete islamistische Gewalttaten im Irak und in Tschetschenien als legitime Akte der Verteidigung von Muslimen gegen „ungläubige Besatzer“.¹¹⁹ Auf der anderen Seite verurteilte Yousif die islamistisch motivierten Terroranschläge des Jahres 2004 in Madrid scharf.¹²⁰ Damit verkörpert er im Kontext von Della Portas Überlegungen ein Mitglied der ersten Generation, während Gelowicz und Selek der zweiten zugerechnet werden können. Sie bewunderten ehemalige Freunde aus dem MKH, die bereits in jihadistische Kampfgebiete ausgereist waren, und heroisierten diese in der von ihnen und anderen erstellten Zeitschrift „Denk mal Islamisch“.¹²¹ Angesichts des oben geschilderten Repressionsdrucks der Sicherheitsbehörden gegenüber dem MKH verwendeten die Mitglieder der Zeitschriftengruppe für ihre Tätigkeiten Decknamen. Zudem eigneten sie sich dezidiert konspirative Techniken der Kommunikation an und ließen große Vorsicht walten, mit wem sie über ihre Einstellungen zum bewaffneten Kampf sprachen.¹²² Gerade der Radikalisierungsprozess von Gelowicz wies ein hohes Maß an Eigeninitiative auf. Seine Vorstellungen vom bewaffneten Kampf erwiesen sich angesichts der ambivalenten Einstellung vieler Besucher des MKH zunehmend als hinderlich, um offen über eigenes jihadistisches Engagement zu sprechen. In diesem Kontext verlagerten Gelowicz und ein Kreis von Gleichgesinnten ihre Gespräche hierüber an Orte außerhalb des MKH.¹²³ Diese Entwicklung scheint exemplarisch für die von Della Porta beobachteten Isolationsprozesse im Zuge von gewaltsamen Radikalisierungs-

115 Claudia Dantschke, „Da habe ich etwas gesehen, was mir einen Sinn gibt.“ – Was macht Salafismus attraktiv und wie kann man diesem entgegenwirken?, in: Behnam T. Said/Hazim Fouad (Hrsg.), *Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam*, Bonn 2014, S. 474-502, hier: S. 489.

116 Vgl. Behnam T. Said, *Salafismus und politische Gewalt unter deutscher Perspektive*, in: Ders./Fouad (FN 115), S. 193-226, hier: S. 209; Aladdin Sarhan, *Gottgewollte Ordnung. Wer sind die Salafisten*, in: *Herder Korrespondenz* 66 (2012), H. 10, S. 523-526, hier: S. 526.

117 Vgl. exemplarisch Garbert (FN 91).

118 Vgl. Rosenbach/Stark (FN 101), S. 48.

119 Vgl. Malthaner/Hummel (FN 96), S. 262.

120 Vgl. ebd., S. 264.

121 Vgl. ebd., S. 262-264.

122 Vgl. ebd., S. 265 f.

123 Vgl. ebd., S. 263 f.

prozessen zu sein. Inwieweit diese Treffen auch zur Veränderung des normativen Handlungsrahmens von Gelowicz und Selek führten, lässt sich aufgrund der Datenlage nicht beurteilen.

Einer ähnlichen Entwicklungsdynamik folgte auch der Radikalisierungsprozess Schneiders. Der radikal-islamische Freundeskreis, dem er angehörte, besuchte regelmäßig eine lokale Moschee im saarländischen Neunkirchen, fiel dort jedoch wegen seiner radikalen Ansichten zunehmend negativ auf. Daraufhin wurden die Treffen in private Räumlichkeiten verlagert.¹²⁴ Dort beschäftigte sich Schneider, angeregt durch den Freund, der ihn auch zur Konversion bewegt hatte, immer stärker mit jihadistischem Gedankengut.¹²⁵ Nach einem Sprachschulbesuch in Ägypten reiste er schließlich über Umwege in ein Ausbildungslager der *Islamischen Jihad Union* (IJU) nach Pakistan.¹²⁶ Dort lernte Schneider Mitte 2006 schließlich auch Gelowicz, Yilmaz und Selek kennen, die ebenfalls den Entschluss gefasst hatten, am „bewaffneten Kampf“ teilzunehmen.¹²⁷

4.2. Entwicklungen bis zur Verhaftung der Gruppe

Ursprünglich wollte keines der Mitglieder der *Sauerlandgruppe* Anschläge in Deutschland verüben. Ihr Bestreben war es, sich bei der IJU militärische Kenntnisse anzueignen, um in muslimischen Ländern, wie dem Irak, Afghanistan oder Tschetschenien gegen die – aus ihrer Sicht – „ungläubigen Besatzer“ zu kämpfen.¹²⁸ Auch in den Kreisen, in denen sich Gelowicz, Yilmaz, Schneider und Selek in Deutschland bewegten, galt diese Form politisch motivierter Gewalt mehrheitlich als legitim.¹²⁹ Im Ausbildungslager der IJU erkannte die dortige Führungsriege jedoch das strategische Potenzial der vier Jihadisten aus Deutschland. Mit ihnen bot sich der IJU die Möglichkeit, durch Anschläge in Deutschland die innenpolitische Diskussion über das weitere militärische Engagement der Bundesrepublik in Afghanistan in ihrem Sinne zu beeinflussen.¹³⁰ Die Entscheidung, in Deutschland einen Anschlag durchzuführen, wurde dabei ohne Einbeziehung von Schneider und Selek getroffen.¹³¹ Es finden sich in diesem Kontext einige Hinweise darauf, dass den beiden die Selbstrechtfertigung dieser Taten schwerfiel. So sagte Yilmaz im Düsseldorfer Prozess über Schneider aus: „Man hat bei dem Abdullah (Schneider) mal gemerkt, dass er ein wenig hin und her gezweifelt hat. [...] Ich denke, das waren Zweifel daran, ob aus islamischer Sicht alles in Ordnung ist. [...] Wir haben ihn dann aufgeklärt und

124 Vgl. Schäuble (FN 6), S. 204-206.

125 Vgl. ebd., S. 211.

126 Vgl. ebd., S. 70 f.

127 Vgl. Michail Logvinov, Islamische Dschihad-Union als Auftraggeberin der „Sauerlandzelle“, in: Hummel/Logvinov (FN 67), S. 91-112, hier: S. 110 f.

128 Vgl. Malthaner/Hummel (FN 96), 269.

129 Vgl. ebd.

130 Vgl. Logvinov (FN 127), S. 111.

131 Vgl. Yassin Musharbash, Angeklagter gibt Details der Terrorplanungen preis, in: Spiegel Online vom 10. August 2009.

gesagt, [...] dass diese Zweifel nur von seinem Teufel sind. Wir haben ihm gesagt, er muss sein Ziel im Auge behalten.“¹³² Gelowicz hingegen war als Anführer der Gruppe fest vom neuen Kampfziel überzeugt und wird mit den Worten zitiert: „Egal, Hauptsache, Dschihad [um] das Leid der Muslime zu lindern“.¹³³

Beide Zitate belegen exemplarisch zahlreiche von Della Portas Kausalmechanismen. So wurde das Ziel des Gewalthandelns der *Sauerlandgruppe* extern und aus strategischen Überlegungen heraus geändert. Dem ging jedoch keine nennenswerte Gewalterfahrung oder aber eine situative Eskalation voraus, wodurch sich der individuelle normative Handlungsrahmen der Gruppenmitglieder hätte verändern können. Diese Änderungen mussten gruppenintern erfolgen, in dem Wissen, dass die Mehrheit des salafistischen Milieus in Deutschland Anschlägen hierzulande ablehnend gegenübersteht.¹³⁴ Während Selekt hieraus die persönliche Konsequenz zog, sich nur unterstützend an den Anschlägen zu beteiligen, und in die Türkei ausgereist war, bestärkten sich Yilmaz, Gelowicz und Schneider gegenseitig in ihrem Tun.¹³⁵ In diesem Kontext sagte Schneider im Prozess gegen die Gruppe folgendes aus: „[Ich sah es] als schicksalhafte Fügung und Willen Allahs an, dass wir als Deutsche in Deutschland Anschläge begehen sollten. In dieser Ansicht haben wir uns gegenseitig gefestigt und gestärkt. [...] Dies war keine Entscheidung von einem Moment auf den anderen, sondern vielmehr ein Prozess. Wir suggerierten uns quasi gegenseitig, dass dies eine von Gott gewollte Entscheidung sei.“¹³⁶

Dieses Zitat illustriert Della Portas Überlegungen zu kognitiven Schließungsprozessen von Untergrundgruppen, in deren Verlauf die Gruppe zur zentralen Interpretationsagentur der Wirklichkeit wird und die Umwelt kaum noch Einfluss auf deren Mitglieder nehmen kann. Exemplarisch für letztgenannten Aspekt ist die Tatsache, dass Schneider nach seiner Rückkehr aus dem Ausbildungslager der IJU im Februar 2007 bis zu seiner Verhaftung im September kaum noch Kontakt mit seiner Familie hatte und, wenn doch, mit ihnen wegen seiner Ansichten in Streit geriet.¹³⁷ Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Mitglieder der *Sauerlandgruppe* auf sich allein gestellt waren. Malthaner und Hummel beziffern die Zahl ihrer Helfer auf 30 bis 40 Personen.¹³⁸ Wenngleich die Gruppe aus diesem Kreis organisatorische und finanzielle Unterstützung erhielt, war gleichzeitig fast keine dieser Personen in die konkreten Anschlagspläne eingeweiht.¹³⁹ Auch dies entspricht den Beobachtungen Della Portas zur „Semipermeabilität“ von Untergrundgruppen in Bezug auf ihre Umwelt. Inwieweit sich ähnliche Muster im Fall des gewaltsamen Radikalisierungsprozess des NSU-Trios finden lassen, gilt es nachfolgend zu rekonstruieren.

132 Zitiert nach Malthaner/Hummel (FN 96), S. 272.

133 Zitiert nach Christian Denso, Hauptsache Jihad, in: Zeit Online vom 12. August 2009.

134 Vgl. vorheriger Abschnitt.

135 Vgl. Malthaner/Hummel (FN 96), S. 271.

136 Zitiert nach ebd., S. 272.

137 Vgl. Schäuble (FN 6), S. 268.

138 Vgl. Malthaner/Hummel (FN 96), S. 259.

139 Vgl. ebd., S. 271-273.

5. Der gewaltsame Radikalisierungsprozess des NSU

5.1. Entwicklungen bis zum Untertauchen der NSU-Mitglieder

Der NSU bestand in seinem Kern aus Uwe Böhnhardt (1977-2011), Uwe Mundlos (1973-2011) und Beate Zschäpe (geb. 1975).¹⁴⁰ Das Trio lebte von 1998 bis 2011 im Untergrund und ermordete in diesem Zeitraum – nach bisherigem Kenntnisstand – mindestens zehn Menschen, verletzte 24 Personen schwer und verübte 15 Raubüberfälle. Der November 2011 markiert das Ende des NSU: Böhnhardt und Mundlos entzogen sich nach einem missglückten Banküberfall ihrer bevorstehenden Festnahme durch Selbsttötungen, während sich Zschäpe kurze Zeit später der Polizei stellte.¹⁴¹ Das Trio kannte sich zu diesem Zeitpunkt bereits fast 22 Jahre. Dass es in diesem Zeitraum über ein Jahrzehnt unentdeckt morden, sprengen und rauben konnte, lag nicht allein an der peniblen Tatplanung und dem Versagen der Sicherheitsbehörden.¹⁴² Vielmehr agierte das NSU-Trio auch ohne zu kommunizieren¹⁴³ und verfolgte dennoch bei seinen Gewalttaten aus dem Untergrund ein klares politisches Ziel.¹⁴⁴ Dies belegt der Vorspann zum berühmten „Paulchen-Panther-Video“, der den NSU klar als Untergrundgruppe im Sinne Della Portas ausweist: „Der nationalsozialistische Untergrund ist ein Netzwerk von Kameraden mit dem Grundsatz – Taten statt Worte – Solange sich keine grundlegenden Änderungen der Politik, Presse und Meinungsfreiheit vollziehen werden die Aktivitäten weitergeführt.“¹⁴⁵

Wie im Fall von Gelowicz und Schneider darf auch die Jugend des NSU-Trios als problembelastet gelten. Beispielsweise ist das Heranwachsen des aus einem Akademikerhaushalt stammenden Böhnhardt durch den Unfalltod seines älteren Bruders, sein schulisches Versagen, delinquentes und gewalttätiges Verhalten, ferner durch

140 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die neue Dimension des Rechtsterrorismus. Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), Brühl 2012, S. 58-101, hier: S. 83 f.; Grutzpalk (FN 5), S. 102.

141 Vgl. Thüringer Landtag, Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“, Band I-III, Drucksache 5/8080, 16. Juli 2014, unter: http://www.thueringer-landtag.de/mam/landtag/aktuell/2014_8/drs58080.pdf (28. Juli 2016), S. 18.

142 Vgl. ebd., S. 18-19; vgl. Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Drucksache 17/14600, 22. August 2013, unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714600.pdf> (28. Juli 2016), S. 71.

143 Dies ist eine bis heute nicht geklärte Besonderheit des NSU-Terrors, die einer fundamentalen Charakteristik terroristischer Gewalt zuwiderläuft: „Dem Terroristen geht es weniger um den eigentlichen Zerstörungseffekt seiner Aktionen. Diese sind nur ein Mittel, eine Art Signal, um einer Vielzahl von Menschen etwas mitzuteilen. Terrorismus, das gilt es festzuhalten, ist primär eine Kommunikationsstrategie“. Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, 2. Aufl., Hamburg 2005, S. 15.

144 Vgl. Pfahl-Traughber (FN 140), S. 88 f.

145 NSU Watch, Transkript Bekennervideo NSU, Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum, November 2011 (korr. 05/2013), unter: <https://www.nsu-watch.info/files/2013/05/NSU-Transkript.pdf> (28. Juli 2016), S. 1.

den Aufenthalt in einem Kinderheim sowie in einer Jugendstrafanstalt geprägt gewesen. Der aktive Einstieg ins rechtsextreme Milieu lässt sich für Bönnhardt nach Verbüßung seiner Haftstrafe im Jahr 1992 datieren.¹⁴⁶ Nichtsdestotrotz gelang es ihm, eine Lehre zum Hochbaufacharbeiter erfolgreich abzuschließen.¹⁴⁷ Demgegenüber fiel der ebenfalls aus einem Akademikerhaushalt stammende Mundlos zunächst nicht durch delinquentes Verhalten auf. Dokumentiert ist gleichwohl, dass er sich in seiner Jugend mehrmals offen ablehnend gegenüber dem DDR-Regime positionierte. Nach der Wende schloss er eine kaufmännische Ausbildung ab, wobei er seine rechtsextreme Gesinnung ab dem Jahr 1993 offen zeigte.¹⁴⁸ Bereits 1991 war Mundlos mit einer Gewaltstrafe in Erscheinung getreten.¹⁴⁹ Zschäpe, Tochter zweier Mediziner, erlebte in ihrer Kindheit die mehrfache Trennung ihrer Mutter von wechselnden Partnern und wuchs überwiegend fern der Mutter bei ihren Großeltern auf.¹⁵⁰ Wegen Diebstahls trat sie im März 1991 erstmals polizeilich in Erscheinung.¹⁵¹

Ebenso wie bei der *Sauerlandgruppe* sind für die Mitglieder des späteren NSU-Trios zahlreiche Interaktionen mit den Sicherheitsbehörden dokumentiert. Hierbei ist aufschlussreich, dass Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe zwar erst Mitte der 1990er Jahre Straftaten mit klar rechtsextremem Hintergrund begingen, gleichwohl durch ihre Jugendstraftaten schon zuvor häufig in negativen Kontakt mit der Polizei geraten waren.¹⁵² Durch die Untersuchungsberichte des Deutschen Bundestages und des Thüringer Landtages ist dabei detailliert dokumentiert, wie die Interaktionen zwischen dem späteren NSU-Trio und der Polizei sukzessive eskalierten. Neben häufigen polizeilichen Hausdurchsuchungen bei Bönnhardt wurden er und Mundlos auch etliche Male festgenommen, wogegen sie sich des Öfteren gewalttätig zur Wehr setzten.¹⁵³ Die Mutter von Bönnhardt berichtete in diesem Zusammenhang, dass ihr Sohn und Mundlos von der Polizei gewalttätig misshandelt worden seien.¹⁵⁴ Auch Zschäpe schilderte im derzeit noch gegen sie laufenden Prozess in ihrer ersten Einlassung vom 9. Dezember 2015, das spätere NSU-Trio habe Gewalterfahrungen im Zusammenhang mit Polizeibeamten gemacht und hierauf mit „Wut und Aggression“¹⁵⁵ reagiert.

Gerade Bönnhardt und Mundlos handelten bei derartigen Gelegenheiten zwar oft affektiv, aber zunehmend auch zweckrational. Beispielsweise bewarf Mundlos im

146 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 142), S. 75; Jutta Jüttner, Der Nationalsozialistische Untergrund, in: Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin 2013, S. 61-93, hier: S. 67 f.

147 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 142), S. 75.

148 Vgl. ebd.; Jüttner (FN 146), S. 64 f.

149 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 142), S. 76.

150 Vgl. Jüttner (FN 146), S. 66 f.

151 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 142), S. 76.

152 Ebd., S. 76-81.

153 Vgl. ebd., S. 79 f.

154 Vgl. Thüringer Landtag (FN 141), S. 1066 f.

155 O. N., NSU Prozess Dokumentation. Die Aussage der Beate Zschäpe, in: Die Welt vom 9. Dezember 2015.

September 1995 zusammen mit einer großen Gruppe anderer Rechtsextremisten im thüringischen Ilmenau Streifenwagen der Polizei mit Steinen, jagte Beamte durch den Ort und dokumentierte so die Machtlosigkeit des Staates.¹⁵⁶ Für Januar 1997 ist zudem belegt, dass Mundlos und Bönnhardt versuchten, Zivilfahrzeuge der Polizei zu enttarnen, indem sie sich Zutritt zum Gelände der Jenaer Polizeidirektion verschafften, um dort die Kennzeichen der betreffenden Fahrzeuge zu ermitteln.¹⁵⁷ Im selben Monat wurde vor der betreffenden Polizeidirektion auch eine Bombenattrappe gefunden.¹⁵⁸ Vorher und nachher waren zahlreiche andere Bombenattrappen in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Jena abgegeben worden.¹⁵⁹ Dies kann als Indiz für eine zunehmende Militanz der Handlungsformen und eine Radikalisierung des späteren NSU-Trios und ihrer Unterstützer innerhalb des Jenaer Neonazi-Milieus gewertet werden. Umgekehrt verstärkten die Sicherheitsbehörden den Ermittlungsdruck auf dieses Milieu.¹⁶⁰ Im Zuge dieser intensiven Ermittlungen kam es unter anderem zur Observation von Bönnhardt und Mundlos, wodurch die Ermittler schließlich zur Bombenwerkstatt des Trios geführt wurden. Gleichzeitig markiert die unprofessionelle Durchsuchung der Objekte am 26. Januar 1998 auch das Datum, an dem Zschäpe, Bönnhardt und Mundlos in den Untergrund abtauchten.¹⁶¹ Anzumerken ist in diesem Kontext, dass im Dezember 1997 eine 27-monatige Freiheitsstrafe Bönnhardts rechtswirksam geworden war.¹⁶² Neben der drohenden Strafverfolgung hinsichtlich der Bombenfunde dürfte dies für ihn eine weitere starke Motivation gewesen sein, um unterzutauchen. Diese empirischen Befunde entsprechen weitestgehend den theoretischen Überlegungen Della Portas. Dasselbe lässt sich auch hinsichtlich ihrer theoretischen Annahmen und dem Nexus zwischen NSU und dem rechtsextremen Milieu feststellen, in dessen Kreisen sich Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe seit Beginn der 1990er Jahre bewegten.¹⁶³

Gerade die Phase zu Beginn der 1990er Jahre war von einem allgemeinen Wiedervereinigungspathos, aber gerade auch in den neuen Bundesländern von Erfahrungen sozioökonomischer Umwälzungen geprägt.¹⁶⁴ Gleichzeitig stieg aufgrund der Gewaltkonflikte in Südosteuropa die Zahl von Asylsuchenden, die nach Deutschland flohen, stark an. Dies wurde von breiten Kreisen der Bevölkerung zunehmend als innenpolitisches Problem wahrgenommen und rief diffuse „Überfremdungsängste“

156 Vgl. Andrea Röpke, Der Nationalsozialistische Untergrund und sein Netzwerk, in: Dies./Speit (FN 146), S. 122-148, hier: S. 124.

157 Vgl. ebd.; Deutscher Bundestag (FN 142), S. 80.

158 Vgl. Thüringer Landtag (FN 141), S. 1343.

159 Vgl. Röpke (FN 156), S. 130.

160 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 142), S. 115-118.

161 Vgl. Röpke (FN 156), S. 132 f.

162 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 142), S. 115-118.

163 Vgl. Jüttner (FN 146), S. 66-68.

164 Vgl. Samuel Salzborn, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2014, S. 38; Andreas Klärner/Michael Kohlstruck, Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in: Dies. (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Bonn 2006, S. 7-41, hier: S. 24 f.

hervor.¹⁶⁵ In dieser gesellschaftspolitischen Gemengelage kam es zu einer bis dato im Nachkriegsdeutschland nicht dagewesenen Welle fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten und Übergriffe, die zum Teil pogromartige Züge aufwiesen. Symbole dieser Entwicklungen waren die Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen.¹⁶⁶ Angesichts dieser Dimensionen kommen Koopmans und Rucht zu dem Schluss, dass es zwar keine geschlossene „rechtsextrem-soziale Bewegung“ in Deutschland gab, gleichzeitig sehen sie aber „Hinweise auf bewegungsförmige Elemente *innerhalb* des Rechtsradikalismus“ mit Blick auf die zu Beginn der 1990er Jahre weit verbreitete latente Akzeptanz fremdenfeindlicher Einstellungen und Handlungen in der Bevölkerung.¹⁶⁷

In diesem gesellschaftlichen Klima entstand 1992 in Thüringen die „Anti-Antifa“, ein rechtsextremes Personennetzwerk, das ab dem Jahr 1995 auch unter der Selbstbezeichnung *Thüringer Heimatschutz* (THS) auftrat.¹⁶⁸ Während diesem Zusammenschluss von Rechtsextremisten im Jahr 1994 rund 20 Personen zugerechnet wurden, stieg diese Zahl bis zum Jahr 2001 auf circa 170 Personen an, woraus sich auch intensive personelle Verflechtungen mit der NPD entwickelten.¹⁶⁹ Zu den Zielen dieser Gruppierung und ihrer Verbindung zum Trio des NSU bilanziert Röpke: „Der ‚Thüringer Heimatschutz‘ propagierte politischen Aktivismus und Gewaltbereitschaft. Er verstand sich vor allen Dingen auch als ‚Organ der Feindbeobachtung‘. ‚Anti-Antifa‘-Arbeit, Ausspähen der politischen Gegner, Observierung, war eine der wichtigsten Sachen, vor allen Dingen auch, eine rechte Erlebniswelt zu schaffen. In diesem Milieu haben sich die drei [das spätere NSU-Trio, M.G.] entwickelt. Die ‚Sektion Jena‘ wurde sogar von Uwe Bönnhardt und Uwe Mundlos als stellvertretende Anführer mit angeführt, und Beate Zschäpe war Mitglied.“¹⁷⁰

Die Zugehörigkeit des späteren NSU-Trios zu diesem rechtsextremen Netzwerk lässt sich in diesem Zusammenhang ab dem Sommer des Jahres 1995 belegen¹⁷¹ und korrespondiert mit entsprechenden Überlegungen Della Portas.¹⁷² Eine aufschlussreiche Schilderung der Entwicklungsdynamik dieser Zeit stammt von André Kapke. Der überzeugte Rechtsextremist, enge Weggefährte und mutmaßliche Unterstützer des NSU äußerte sich hierzu in der neu-rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“: „Wir [Kapke, Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe, M.G.] haben viel Zeit miteinander verbracht, auch privat. Das Politische war dabei manchmal sogar nebensächlich.

165 Vgl. Klärner/Kohlstruck (FN 164), S. 24 f.

166 Vgl. ebd.; Armin Pfahl-Traugher, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, S. 162 f.; Heinz Lynen von Berg, Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit der Wende, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 103-126, hier: S. 112-114.

167 Vgl. Ruud Koopmans/Dieter Rucht, Rechtsradikalismus als soziale Bewegung, in: Falter/Jaschke/Winkler (FN 18), S. 265-287, hier: S. 284 f. (Hervorhebung im Original).

168 Vgl. Jüttner (FN 146), S. 79.

169 Vgl. ebd.

170 Zitiert nach Deutscher Bundestag (FN 142), S. 92 (Hervorhebung im Original).

171 Vgl. Röpke (FN 156), S. 123.

172 Vgl. FN 75.

Und das, was wir zusammen erlebt haben – die Repression und die Angriffe von Linken – das schweißt zusammen. [...] Sicher haben wir uns damals immer mehr radikalisiert beziehungsweise politisiert. Die [das spätere NSU-Trio, M.G.] wollten irgendwann auch aktionistischer werden, um mehr Öffentlichkeit zu bekommen, aber das bedeutet ja nicht gleich Terrorismus. Deswegen hab ich das mit den Bombenattrappen auch nicht so ernst genommen. Die waren ja nicht zündfähig. Das sollte doch nur zeigen: Seht her, wir könnten, wenn wir wollten.“¹⁷³

Aus dem Zitat wird deutlich, dass der rechtsextreme Kreis rund um das spätere NSU-Trio eine enge Identifikationsgemeinschaft bildete, in dem konspiratives Verhalten eingeübt wurde und sich Bönnhardt, Zschäpe und Mundlos in den Monaten vor ihrem Untertauchen immer stärker radikalisierten. Als transformative Ereignisse im Sinne Della Portas dürfen in diesem Kontext die Serie von Bombenattrappen und die Enttarnung ihrer Urheber gelten, in deren Folge Bönnhardt, Zschäpe und Mundlos untertauchten, um sich ihrer Verhaftung zu entziehen.¹⁷⁴

5.2. Entwicklungen bis zum Ende des NSU

Als Bönnhardt, Zschäpe und Mundlos am 26. Januar 1998 untertauchten, waren sie zwar hochgradig radikalisiert, aber nicht allein. Sie wurden von verschiedenen Rechtsextremisten in Chemnitz und Zwickau versteckt.¹⁷⁵ Diese besorgten ihnen auch eine Waffe sowie falsche Identitäten und sammelten zudem Geld für die Untergetauchten innerhalb der rechtsextremen Szene.¹⁷⁶ Wie groß die Zahl der Helfer und Mitwisser nach ihrem Untertauchen war, ist eine derzeit noch nicht abschließend geklärte Frage. Als gesichert darf indes gelten, dass der NSU von mindestens einem Dutzend Personen organisatorische Hilfe beim Leben im Untergrund und bei der Vorbereitung seiner Gewalttaten erhielt.¹⁷⁷ Die Zahl der passiven Mitwisser dürfte unterdessen deutlich größer gewesen sein. Hierauf deuten szeneeinterne Publikationen und Liedtexte, aber auch andere Quellen hin.¹⁷⁸ Doch nicht nur zu Gesinnungsgenossen hielten Bönnhardt, Zschäpe und Mundlos Kontakt. Gut dokumentiert ist auch, dass das Trio bis zum Jahr 2002 konspirativen Kontakt zu den Eltern von

173 Felix Krautkramer/Moritz Schwarz, „Wir haben uns immer mehr radikalisiert“, in: Junge Freiheit vom 2. Dezember 2011, unter: <http://www.jf-archiv.de/archiv/11/201149120240.htm> (28. Juli 2016).

174 Vgl. o. N. (FN 155).

175 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 142), S. 313 f., 847.

176 Vgl. Jüttner (FN 146), S. 73-77.

177 Vgl. Pfahl-Traugher (FN 140), S. 90 f.

178 In der abschließenden Stellungnahme der FDP-Fraktion im NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages heißt es hierzu: „Das Thema NSU und dessen Umfeld sind keineswegs ausermittelt. Das sieht wohl auch der Generalbundesanwalt so, der wie erst am 11. Juni 2013 bekannt geworden ist, mittlerweile rund 500 Personen und nicht wie bislang bekannt, nur 129 Personen aus dem Umfeld des NSU abgeprüft hat“. Deutscher Bundestag (FN 142), S. 906. Wissenschaftliche Quellen lassen diese Bewertung plausibel erscheinen. Vgl. Röpke (FN 156); Grutzpalk (FN 5), S. 109 f.; Salzborn (FN 164), S. 50 f.

Böhnhardt pflegte.¹⁷⁹ Versuche, vor diesem Hintergrund die Entwicklungslogik des NSU zu rekonstruieren, sind gleichwohl schwierig. Wie oben bereits angemerkt, hat der NSU nicht nur weitgehend kommunikationslos agiert, sondern verfügt mit Zschäpe auch nur über ein einziges überlebendes Mitglied. Dennoch sind einige Fragmente über die Zeit des Trios im Untergrund bekannt, die ergänzt durch plausible Stimmen der Literatur Della Portas theoretische Überlegungen stützen.

So gibt es Hinweise darauf, dass Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe den Plan zur gezielten Ermordung von Bürgern mit Migrationshintergrund erst zwischen August 1998 und April 1999 fassten.¹⁸⁰ Böhnhardt und Mundlos sollen zunächst überlegt haben, die Bundesrepublik Richtung Südafrika zu verlassen, während Zschäpe mit dem Gedanken gespielt habe, sich zu stellen.¹⁸¹ Dies deutet auf kognitive Transformationsprozesse hin, die zwischen dem Untertauchen und dem Entschluss zu klandestinen politischen Gewalttaten liegen.

Weitere Hinweise auf die Emergenz, der gewaltsame Radikalisierungsprozesse auch nach dem Untertauchen von Akteuren unterliegen, liefert ein Blick auf die Taten des NSU. Die Raubzüge des Trios erfolgten dabei zur Sicherung des Lebensunterhalts der Gruppenmitglieder und deuten vom zeitlichen Muster her auf verbrauchsabhängige finanzielle Notwendigkeiten hin statt auf einem durchdachten Plan.¹⁸² Auch die Morde und Bombenanschläge des NSU lassen – nach aktuellem Kenntnisstand – kein zeitliches Muster erkennen.¹⁸³

Dass die Gewaltserie des NSU mit dem Mord an einer Polizistin am 24. April 2007 in Heilbronn¹⁸⁴ endete, kann ebenfalls im Sinne der Emergenz-Prämisse Della Portas interpretiert werden. Beispielsweise bilanzieren Berthold Hunger und Christina Elmer: „Aus Sicht des NSU war der Polizistenmord katastrophal verlaufen. Das könnte ein wichtiger Grund für die lange Tatpause gewesen sein. Zumindest legen das Tatenhistorie und Timing des Umzugs nahe.“¹⁸⁵ Eine Interpretation der Tatsache, warum Zschäpe ein Bekennervideo des NSU erst nach dem Tod von Mundlos und Böhnhardt versandte¹⁸⁶, liefert Jonas Grutzpalk. Er vergleicht mehrere mögliche Erklärungen für die kommunikationslosen Gewalttaten des NSU und kommt abschließend zu dem Ergebnis, „dass der NSU als gewalttätiges Sprachrohr einer Parallelgesellschaft auftrat, die sich aufgrund eines religioiden Sprachcodes und durch

179 Vgl. Thüringer Landtag (FN 141), S. 1504.

180 Vgl. Jüttner (FN 146), S. 78.

181 Vgl. Thüringer Landtag (FN 141), S. 502; Deutscher Bundestag (FN 142), S. 458. Auch Zschäpe selbst bestätigt diese Darstellung. Vgl. o. N. (FN 155).

182 Vgl. Steffen Winter, Kleines Besteck, in: Der Spiegel vom 30. April 2012, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-85431505.html> (28. Juli 2016). Dahingehend äußerte sich auch Zschäpe in ihren Prozesseinlassungen vom 9. Dezember 2015 und 21. Januar 2016; vgl. o. N. (FN 155); o. N., Beate Zschäpes Antworten im Wortlaut: „Ich trank den Alkohol heimlich“, in: Spiegel Online vom 21. Januar 2016.

183 Vgl. Pfahl-Traugher (FN 140), S. 87; Bertold Hunger/Christina Elmer, Die ungelösten Rätsel des NSU, in: Spiegel Online vom 22. Dezember 2014.

184 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 142), S. 639.

185 Hunger/Elmer (FN 183).

186 Vgl. Jüttner (FN 146), S. 92.

weitgehende Isolierung von des [sic!] restlichen Welt einen eigenen Sinnkosmos geschaffen hatte, in dem die Terroranschläge logisch erscheinen, ohne dass weiter darüber gesprochen werden müsste.“¹⁸⁷

Wenn Grutzpalks Deutung zutrifft, würde dies plausibel erklären, wie die Mitglieder des NSU-Trios konfligierende Handlungslogiken im Sinne Della Portas in einem kognitiv geschlossenen Weltbild auflösen und hieraus normative Handlungsorientierungen ableiten konnten. Ebenfalls aufschlussreich im Kontext von Della Portas Beobachtungen¹⁸⁸ ist in diesem Zusammenhang eine Einlassung Zschäpes zu Beginn des Jahres 2016 im NSU-Prozess. Darin führt sie aus, dass Böhnhardt, Mundlos und sie im Laufe ihres Lebens im Untergrund immer weniger „Gespräche politischer Art“¹⁸⁹ geführt hätten. Sollte dies zutreffend sein, wäre dies ein weiterer Hinweis auf die Gründe für das kommunikationslose Morden durch den NSU, wie sie Grutzpalk vermutet.

Weniger spekulativ erscheinen abschließend die Befunde zur Gruppen- und Beziehungsstruktur der NSU-Mitglieder. So kannte sich das Trio seit Anfang der 1990er Jahre. Ab 1993 waren Zschäpe und Mundlos zunächst ein Liebespaar, bevor sie ihn 1994 für Böhnhardt verließ. Zschäpe selbst schildert die Beziehung des NSU-Trios untereinander in ihren Prozesseinlassungen vom 21. Januar 2016 folgendermaßen: „Das Verhältnis zwischen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos würde ich so beschreiben, dass sie sehr, sehr gute Freunde waren, die sich blind vertrauten und aufeinander verlassen haben. Mein Verhältnis zu Uwe Mundlos würde ich so beschreiben, wie es zwischen Bruder und Schwester bestehen könnte, das heißt mehr als nur freundschaftlich. Das Verhältnis zu Uwe Böhnhardt beschreibe ich so, dass ich ihn geliebt habe.“¹⁹⁰

Gleichzeitig ist sie in ihren Einlassungen bemüht, sich selbst strafrechtlich möglichst weitgehend aus den Gewalttaten des NSU hinaus zu dividieren, und gibt in diesem Kontext an, sowohl finanziell als auch emotional von Böhnhardt und Mundlos abhängig gewesen zu sein.¹⁹¹ Vieles spricht aus Sicht des Verfassers jedoch dafür, dass es sich um prozesstaktische Schutzbehauptungen Zschäpes handelt. Die Taten des NSU erscheinen ohne eine funktionierende, gleichberechtigte Gruppenstruktur nur schwer vorstellbar, was auch die Generalbundesanwaltschaft in ihrer Anklageschrift so einschätzt.¹⁹²

Vor diesem Hintergrund scheint es plausibel, dass Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt in den 13 Jahren im Untergrund eine funktionale Einheit bildeten, die im Rahmen einer kognitiv geschlossenen Gruppenidentität ihre Mordtaten verübte. Inwieweit sich vor und nach ihrem Untertauchen im Spiegel der Ausgangsfragestellung

187 Grutzpalk (FN 5), S. 119.

188 Vgl. FN 95.

189 Vgl. o. N. (FN 182).

190 Vgl. ebd.

191 Vgl. ebd.

192 Zitiert nach Deutscher Bundestag (FN 142), S. 73.

Gemeinsamkeiten zwischen NSU und *Sauerlandgruppe* zeigen, soll nun abschließend diskutiert werden.

6. Schlussfolgerungen

Der vorangegangenen Untersuchung lag die Frage zugrunde, inwieweit gewaltsame Radikalisierungsprozesse ideologisch unterschiedlich motivierter Untergrundgruppen einer gemeinsamen Logik folgen. Als Untersuchungsfälle wurden hierbei die islamistische *Sauerlandgruppe* und der rechtsextreme NSU ausgewählt. Um beide Fälle zu rekonstruieren und zu vergleichen, erfolgte ein Rückgriff auf theoretische Überlegungen Della Portas. Dieser Vergleich förderte im Ergebnis zahlreiche fallübergreifende Gemeinsamkeiten zu Tage. So zeigten sich Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Biographien der Gruppenmitglieder, die in ihrer Jugendphase als mehrheitlich belastet gelten dürfen. Ebenso erfolgte in beiden Untersuchungsfällen die Sozialisation ins extremistische Milieu über Freundeskreise und Netzwerke, die in eine größere soziale Bewegung eingebunden waren. Innerhalb dieses Milieus kam es zu zahlreichen eskalativen Interaktionen mit der Polizei. Hierbei stellt sich das physische Gewaltniveau der Interaktionsbeziehungen mit der Polizei im Fall des NSU-Trios im Vergleich zur *Sauerlandgruppe* als wesentlich höher dar. Gemeinsam hatten beide Gruppen wiederum, dass sie sich im Zuge ihres Radikalisierungsprozesses zunehmend von ihrem radikalen sozialen Umfeld isolierten, ohne die Verbindungen komplett abubrechen.

Aber es sind auch Unterschiede zwischen beiden Untergrundgruppen feststellbar. Die kommunikationslosen, detailliert geplanten Mordanschläge des NSU und der lange Sozialisationsprozess in gewalttätig-rechtsextremen Kreisen deuten darauf hin, dass Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ein offenbar kognitiv geschlossenes Weltbild besaßen. Demgegenüber hatten Schneider und Selekt ernsthafte Zweifel an den extern angeordneten Gewalttaten der *Sauerlandgruppe*. Eine Erklärung hierfür kann in der unterschiedlichen Haltung der sozialen Bewegung zur Gewaltfrage gesehen werden, in der ihr konkretes soziales Umfeld verankert war und in der auch die Mitglieder der *Sauerlandgruppe* und des NSU sozialisiert wurden. In diesem Zusammenhang wurden eine rechtsextreme „Gewaltkultur“ Anfang der 1990er Jahre und eine salafistische Kultur der ambivalenten Rechtfertigung von Gewalt hervorgehoben. Ebenfalls unterschiedlich verlief die Sozialisation der Gruppenmitglieder hinsichtlich klandestiner politischer Gewalt. Begingen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe bereits lange vor ihrem Untertauchen zahlreiche rechtsextrem motivierte Straftaten, erstreckten sich beispielsweise die konspirativen Aktivitäten von Gelowicz und Selekt vor ihrer Reise ins Ausbildungslager der IJU „lediglich“ in der Mitarbeit an einer islamistischen Propagandazeitschrift.

Vergleicht man an dieser Stelle jedoch den Grad der Unterschiede zwischen *Sauerlandgruppe* und NSU unter qualitativen und quantitativen Gesichtspunkten, spricht mehr für als gegen die Annahme, dass gewaltsame Radikalisierungsprozesse

ideologisch unterschiedlich motivierter Untergrundgruppen zahlreiche Gemeinsamkeiten aufweisen und in diesem Sinne einer gemeinsamen Logik folgen. Dies wurde gerade durch den Rückgriff auf Della Portas kausalmechanische Überlegungen zu klandestiner politischer Gewalt deutlich, die sich als analytisch tragfähige Heuristik im Kontext der beiden Untersuchungsfälle erwiesen. Das innovative Potenzial dieser Heuristik konnte dabei zwar mitunter nicht voll ausgeschöpft werden, was aber der Datenlage zu beiden Untersuchungsfällen geschuldet war. Bedenkt man jedoch, wie es derzeit theoretisch um die Radikalisierungsforschung bestellt ist, stellt Della Portas Heuristik eine große analytische Innovation dar. Diese Innovation für die Analyse weiterer Fälle gewaltsamer Radikalisierungsprozesse fruchtbar zu machen, erscheint somit vielversprechend, muss jedoch zukünftigen Studien vorbehalten bleiben.

„Freitag“ und „Junge Freiheit“:
linke und konservative Alternativen in der medialen Debatte?
Eine Analyse der Berichterstattung über die deutsche Enthaltung
zur Libyenfrage 2011

Von Isabelle-Christine Panreck

1. Einleitung

Politikverdrossen und demokratiemüde – Krisendiagnosen zeichnen ein pessimistisches Bild der Bürger zeitgenössischer Demokratien. Für die Theoretikerin Chantal Mouffe liegt eine Ursache der Krise in einer schwächelnden politischen, öffentlichen Sphäre. Diese sei von Konsensstreben geprägt. Die Unterscheidung von Links und Rechts weiche dem Streben in Richtung der Mitte. Die jeder Gesellschaft eingeschriebenen Konflikte könnten so nicht mehr öffentlich im demokratischen System ausgetragen werden und suchten sich Ventile im religiösen Fundamentalismus oder politischen Extremismus.¹

Die Wochenzeitungen *Freitag* und *Junge Freiheit* erheben den Anspruch, Ereignisse der politischen Bühne aus einer dezidiert linken bzw. konservativen Perspektive zu betrachten und damit eine Alternative zur massenmedialen Berichterstattung darzustellen. Gelänge dem *Freitag* und der *Jungen Freiheit* ihr Vorhaben, leisteten sie der Forderung nach einem breiten publizistischen Spektrum jenseits der Mitte Folge. Doch werden die beiden Wochenzeitungen dem Anspruch gerecht, die mediale Debatte nach links und rechts auszuweiten, ohne selbst zum Ventil antidemokratischer Tendenzen zu werden? Der Aufsatz kontrastiert die Berichterstattungen des *Freitag* und der *Jungen Freiheit* über die strittige Enthaltung Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Libyenfrage 2011 mit einer Auswahl linker wie konservativer Tageszeitungen (*Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung*) und Wochenmagazinen (*Spiegel* und *Focus*).

Das Theoriekapitel schließt an Chantal Mouffes agonistisches Demokratiemodell an und ordnet es kritisch ein (Kapitel 2). Unberücksichtigt bleiben die normativen Politikempfehlungen der Publizistin Mouffe, die – durchaus polarisierend – für eine Wiederbelebung linker Kräfte im politischen Spektrum eintritt. Die Operationalisierung des demokratischen Ideals erfolgt im Anschluss an das demokratiethoretische Werk Chantal Mouffes einerseits und das Modell demokratischer Öffentlichkeit Claudia Ritzis andererseits (Kapitel 3).

1 Vgl. Chantal Mouffe, *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a.M. 2007.

Die Analyse des Fallbeispiels teilt sich in zwei Phasen: die Entscheidungsdebatten (11. März 2011 bis 16. März 2011) und die Evaluationsdebatten (18. März 2011 bis 21. März 2011). Die Verabschiedung der Resolution 1973 am 17. März 2011 markiert die Grenze zwischen den Zeiträumen (Kapitel 4 und 5). Für beide Phasen werden die printmedialen Debatten getrennt nach Zeitungen inhaltlich umrissen und mit dem demokratischen Ideal kontrastiert: Erfüllen *Freitag* und *Junge Freiheit* den Anspruch an eine konfliktgeladene Berichterstattung im gleichen Maße wie die um die Mitte zentrierten Printmedien? Erweitern die beiden Wochenzeitungen die gesamtmediale Debatte um neue Akteure und Perspektiven? Agieren *Freitag* und *Junge Freiheit* unter Akzeptanz der institutionellen Politik oder zeigen sie antidemokratische Tendenzen? Ein Vergleich der Einzelanalysen beider Phasen schließt die Betrachtung ab (Kapitel 6).

2. Konflikt als Ausgangspunkt und Ideal der Demokratie

„Was ist eine ‚gute Gesellschaft‘? Ist sie befriedet und harmonisch, eine Gesellschaft, in der grundlegende Meinungsverschiedenheiten überwunden sind und wo sich mit Blick auf die Interpretation der gemeinsamen Werte ein überlappender Konsens gebildet hat? Oder ist es eine Gesellschaft mit einer vibrierenden öffentlichen Sphäre, in der viele konfligierende Ansichten zum Ausdruck gebracht werden können, und wo es die Möglichkeit gibt, zwischen legitimen Alternativen zu wählen?“² Chantal Mouffe leitet mit diesen Fragen einen Aufsatz ein, in dem sie ihre grundlegenden Annahmen zur Konzeption einer agonistischen Demokratie verteidigt. Die Fragen verweisen auf den zentralen Punkt ihres Werkes: Konflikt als Grundlage und Bedingung für eine funktionierende Demokratie. Mouffe kritisiert das Konsensstreben liberaler und deliberativer Ansätze, beispielsweise von John Rawls und Jürgen Habermas. Der eigentliche Wert einer Demokratie liege nicht darin, einen sterilen Frieden über Konsens zu erreichen. Vielmehr führe die Anerkennung von Differenz und Konflikt zu einer stabilen demokratischen Ordnung.

Im Anschluss an Gramsci geht Mouffe von einem hegemonialen Streit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen aus. Die Strömungen seien unterschiedlich stark, woraus Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Teilen der Gesellschaft entstünden. Deliberative wie klassisch liberale Ansätze der Demokratietheorie streben laut Mouffe danach, die Machtverhältnisse aus einer Gesellschaft zu entfernen, um eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu errichten. Mouffe hält dieses Ziel jedoch für eine Illusion. Machtverhältnisse werde es immer geben, sie seien für eine Gesellschaft konstitutiv.³ Das Ideal der demokratischen Gesellschaft,

2 Dies., Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft, in: Martin Nonhoff (Hrsg.), Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld 2007, S. 41-53, hier: S. 41.

3 Vgl. ebd., S. 44.

die perfekte Harmonie und Transparenz realisiert, gibt Mouffe demnach auf.⁴ Was als Konsens in einer Gesellschaft wahrgenommen werde, sei das Ergebnis des Konflikts. Denn „Konsens ist in einer liberal-demokratischen Gesellschaft Ausdruck einer Hegemonie und der Kristallisation von Machtverhältnissen“.⁵ Eine der konfligierenden Gruppen habe sich im Wettstreit gegen die Konkurrenz durchgesetzt und so eine Erstarrung des Machtverhältnisses erwirkt.

Damit sich der Machtkampf und die stetige Infragestellung erstarrter Machtverhältnisse vollziehen kann, muss der Konflikt nicht als Niederlage, sondern als Bedingung und Ziel der Demokratie aufgefasst werden.⁶ Im Konflikt stehen sich die verschiedenen Akteure als Gleiche gegenüber: Gleichheit meint dabei nicht einen konkreten Zustand von zum Beispiel gleichverteiltem monetären Vermögen. Vielmehr handelt es sich in Anlehnung an Jacques Rancière um eine Gleichheit der Teilhabe.⁷

Im Anschluss an Carl Schmitt unterteilt Mouffe die Gesellschaft in „wir“ und „die anderen“. Während Schmitt das Konzept der Unterteilung in Freunde und Feinde auf den Pluralismus zwischen Staaten begrenzte und innerhalb der Staaten eine homogene Gesellschaft forderte, geht Mouffe einen Schritt weiter: Da eine Gesellschaft ohne Machtverhältnisse undenkbar sei, gebe es auch innerhalb der Gesellschaft Freunde und Feinde.⁸ Demokratie erzeuge einen Raum, in dem antagonistische Konfrontationen offen gehalten und Machtverhältnisse in Frage gestellt würden, damit kein Sieg endgültig gewesen sein kann.⁹ Die zentrale Aufgabe der Demokratie sei es nun, diesen Antagonismus zwischen Freunden und Feinden zu entschärfen.

Statt eines Antagonismus zwischen Freunden und Feinden soll ein Agonismus zwischen Freunden und Gegnern entstehen. Der Andere darf kein Feind mehr sein, den das Wir zerstören will, sondern ein Gegner, dessen Recht, seine Ideen zu verteidigen, das Wir achtet.¹⁰ Der Gegner sei ein legitimer Feind, mit dem das Wir gemeinsamen Grund teile: die ethisch-politischen Prinzipien der liberalen Demokratie Gleichheit und Freiheit. Die Deutung und Implementierung der Prinzipien seien Gegenstand des Konflikts. Unterliegt die Anerkennung der demokratischen Spielregeln einem Konsens, könne über die konkrete Auslegung von Normen und Werten keine Einigung erzielt werden.¹¹

Das radikale Moment in Mouffes Demokratietheorie liegt nicht in der Abschaffung der liberalen Demokratie. Mouffe ist nicht gegen den Staat. Demokratie brau-

4 Vgl. Chantal Mouffe, *Das demokratische Paradox*, Wien 2010, S. 102.

5 Ebd., S. 60.

6 Vgl. ebd., S. 105.

7 Vgl. Jacques Rancière, *Zehn Thesen zur Politik*, Zürich 2008, S. 28-32; ferner ders., *Demokratie und Postdemokratie*, in: Alain Badiou/ders. (Hrsg.), *Politik der Wahrheit*, Wien 2014, S. 119-156, hier: S. 156.

8 Vgl. Mouffe (FN 4), S. 64.

9 Vgl. ebd., S. 31.

10 Vgl. Mouffe (FN 2), S. 45.

11 Vgl. dies. (FN 4), S. 103.

che Institutionen.¹² Auch sind Kompromisse möglich. Sie seien Teil der Politik, dürften aber nicht als endgültig, sondern als Ruhepausen einer fortdauernden Konfrontation aufgefasst werden. Demokratie als Institutionengefüge, das Antagonismus in Agonismus wandelt, sei dabei keine Selbstverständlichkeit. Auch heute könne Demokratie scheitern. Gelingt die Transformation nicht, bräche der Antagonismus von neuem aus und stelle die Spielregeln der Demokratie in Frage.¹³ Er suche sich Ventile außerhalb der demokratischen Öffentlichkeit, zum Beispiel im religiösen Fundamentalismus oder im politischen Extremismus.¹⁴

Welche Reformen müssen im Anschluss an Mouffe folgen, um die Institutionen der liberalen Demokratie gegen ihre inneren Feinde – wie Fundamentalismus und Extremismus – zu schützen? Die Frage verweist auf eine Schwachstelle im Werk Mouffes. Aus der Theorie der „radikalen Demokratie“ entsteht ein recht klares Bild des „Politischen“ – also der gesellschaftlichen Sphäre, in der sich die Konflikte austragen lassen: Über lebendige Debatten entlang der politischen Links-Rechts-Pole sollen die Bürger in den demokratischen Prozess einbezogen und Politikverdrossenheit und Demokratiemüdigkeit verhindert werden. Die „Politik“ als institutionalisierte Form des „Politischen“ beschreibt Mouffe demgegenüber nur in Ansätzen.¹⁵ Mouffe hängt dem Verfassungsstaat an, fordert aber seine Reform. Wie diese Reform aussehen könnte, bleibt weitgehend offen.¹⁶

3. Operationalisierung des demokratischen Ideals

Aus dem Werk Chantal Mouffes lassen sich drei Bedingungen ablesen, denen eine demokratische Berichterstattung entsprechen sollte: Gleichheit und Differenz in der Sphäre des Politischen sowie Akzeptanz der institutionellen Politik. Den Ausgangspunkt für die Operationalisierung der Bedingungen Gleichheit und Differenz bildet Claudia Ritzis Modell zur Messung der demokratischen Qualität öffentlicher Diskurse.¹⁷

Die erste Bedingung – *Gleichheit* – versteht sich im Anschluss an Jacques Rancière als Gleichheit der Teilhabe: Je mehr Akteure am Streithandel teilnehmen, desto öfter verifiziert sich Gleichheit. Ritzi unterscheidet drei Möglichkeiten, im Diskurs sichtbar zu sein. Erstens als Subjektakteur: Wer agiert? Zweitens als Adressat: Wer wird im Diskurs adressiert? Drittens als Objektakteur: Über wen wird gesprochen? Die herausragende Rolle komme hierbei den Subjektakteuren zu¹⁸, auf die sich auch

12 Vgl. dies., *Agonistik. Die Welt politisch denken*, Berlin 2014, S. 14, 114 f.

13 Vgl. dies. (FN 1), S. 12.

14 Vgl. dies. (FN 4), S. 113.

15 Für einen ersten Ansatz eines reformierten liberalen Verfassungsstaats siehe dies. (FN 2).

16 Vgl. Andrew Schaap, *Political Theory and the Agony of Politics*, in: *Political Studies Review* 5 (2007), S. 56-74, hier: S. 72.

17 Vgl. Claudia Ritzi, *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik an zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven*, Wiesbaden 2014.

18 Vgl. ebd., S. 231-233.

dieser Aufsatz konzentriert. In Anlehnung an Ritzi sowie das Europub-Codebuch von Ruud Koopmans werden die Akteure bestimmt und anschließend anhand ihrer Rolle im politischen System unterschieden.¹⁹ Die erste Gruppe umfasst alle Akteure des politisch-rechtlichen Systems; hierunter fallen die am Gesetzgebungsprozess beteiligten sowie die ausführenden Gewalten. Die zweite Gruppe enthält Verbände und Forschungseinrichtungen. Die dritte Gruppe bilden die Medien, die vierte die Allgemeinheit bzw. Öffentlichkeit. Im Ideal einer demokratischen Berichterstattung nimmt eine Vielzahl an Akteuren aus jeder der vier Gruppen an der Debatte teil.

Die zweite Bedingung – *Differenz* – fragt nach der Vielfalt der Perspektiven in der Debatte. Aus wie vielen Perspektiven wird das erörterte Thema betrachtet? Stehen die Akteure dem Thema zustimmend, ablehnend oder neutral gegenüber? Welche Argumentationslinien befinden sich hinter den einzelnen Positionen? Über den Zeitverlauf kann sich die Anzahl der Perspektiven verändern: Je weniger Perspektiven die Berichterstattung aufgreift, desto schwächer ist ihre demokratische Qualität.

Zielen die ersten beiden Bedingungen auf die Sphäre des Politischen, richtet sich die dritte Bedingung – *Akzeptanz der institutionellen Politik* – auf das Verhältnis der Berichterstattung zur Sphäre der Politik. Ohne die Politik können die Konflikte der politischen Sphäre in einen schrankenlosen Pluralismus münden. Eine funktionierende Demokratie fordert indes, den Pluralismus in agonistische Bahnen zu lenken. Anstelle einer Freund-Feind-Beziehung tritt eine Freund-Gegner-Beziehung. Als zähmende Instanz benötigt die Demokratie die Institutionen der Politik, die die fundamentalen Spielregeln durchsetzen.²⁰ Akzeptiert die Berichterstattung die Sphäre der Politik als notwendige Bedingung agonaler Konflikte? Um die Frage zu beantworten, analysiert das Kriterium, inwiefern die Berichterstattung die grundlegenden Institutionen der Politik wie die Grundrechte und die nationalen, supra- und internationalen Parlamente als Rahmen bzw. Adressaten des politischen Streits begreift. Negiert die Berichterstattung die Politik als zähmende Instanz, muss unterschieden werden: Fordert die Berichterstattung eine legitime Reform der Politik, ist das Kriterium erfüllt. Begünstigt die Berichterstattung die Aushöhlung der grundlegenden Institutionen, verfehlt sie es.

19 Vgl. Ruud Koopmans, Codebook for the Analysis of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres, unter: <http://europub.wzb.eu/Data/Codebooks%20questionnaires/D2-1-claims-codebook.pdf> (27. August 2015), S. 23 f.

20 Vgl. Mouffe (FN 1), S. 12-33, 157 f.; ferner dies. (FN 12), S. 114 f.

4. Erste Phase:

10.-16. März 2011 – Diskussion über Flugverbotszone

4.1. Entscheidungsdebatten

Im Dezember 2010 verbrennt sich der 27-jährige Gemüsehändler Mohammed Bouazizi vor einem öffentlichen Gebäude in Tunesien. Seine Verzweiflung löst Proteste aus, die sich brandartig in der arabischen Welt ausweiten. Die Versuche des libyschen Diktators Gaddafi, das Übergreifen der Demonstrationen auf sein Land zu verhindern, scheitern: Am 15. Februar 2011 erreicht die Protestwelle Libyen. Gaddafis gewaltsames Vorgehen gegen die Demonstranten führt zur Eskalation und stellt die beobachtenden Staaten vor die Frage: Steht die internationale Gemeinschaft in der Verantwortung, Gaddafis Terror mithilfe eines militärischen Einsatzes von außen zu beenden? Am Wochenende des 10. und 11. März 2011 spitzt sich die Debatte zu: Der französische Präsident Nicolas Sarkozy wirbt offensiv für die Errichtung einer Flugverbotszone über dem libyschen Territorium. Er zwingt die westlichen Staaten, Position zu beziehen und setzt damit insbesondere Deutschland unter Druck, das als nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sitzt und dessen Außenminister Guido Westerwelle sich seit Beginn der Proteste als Unterstützer der Demonstranten hervorgetan hatte.

Mit Großbritannien, der Arabischen Liga und dem Nationalen Übergangsrat der Rebellen in Bengasi findet Sarkozy international starke Unterstützung. Innerhalb der deutschen Debatte bekennen sich nur wenige Akteure zur Durchsetzung einer Flugverbotszone. Der *Freitag* betrachtet die Libyen-Frage aus der Perspektive der internationalen Schutzverantwortung. Er würdigt den Einsatz des Europaparlamentariers Daniel Cohn-Bendit für eine Flugverbotszone: „Für den EU-Grünen geht es in Libyen um eine Grundsatzentscheidung [...]. Ein Versagen Europas, der Republik, der Freiheit, zu Hilfe zu kommen, darf es aus seiner Sicht nicht [...] geben. Cohn-Bendit glaubt, eine Flugverbotszone wäre dazu ausreichend. Doch würde man ihn fragen, ob er, wenn das nicht reicht, einen Militärschlag gegen den Diktator in Betracht zöge – er würde aus Überzeugung wohl ja sagen. Das Ziel ist der Sturz Gaddafis. Ob man seine Meinung teilt oder nicht: Cohn-Bendit ist bedeutend ehrlicher als viele andere. Die *R2P* ist ihm Verpflichtung, koste es was es wolle.“²¹ Dennoch kommt der *Freitag* zu dem Entschluss, die internationale Schutzverantwortung sei kaum mehr als ein Feigenblatt zur Legitimation zweifelhafter militärischer Einsätze: „Ist die *R2P* lediglich eine weitere Möglichkeit, opportune Interventionen zu legitimieren, so kann sie nicht die Glaubwürdigkeit gewinnen, die Voraussetzung für ihre universelle Anerkennung wäre. Im Gegenteil: Damit delegitimiert sich das Konzept

21 Otfried Nassauer, Das eigennützige Versprechen, in: Freitag vom 17. März 2011, S. 8 (Hervorhebung im Original).

selbst als weitere Form der Machtpolitik. Der Fall Libyen legt diese gravierende Schwachstelle offen. Konsequenz wäre es, das Konzept fallen zu lassen.“²²

Guido Westerwelle lehnt die Forderung nach einer Flugverbotszone strikt ab. Aufgrund der unübersichtlichen Lage in Libyen und der hohen Kosten eines Einsatzes bei unbekanntem Nutzen werde sich Deutschland nicht an einem militärischen Eingriff beteiligen. Laut *Spiegel* setzt Außenminister Westerwelle auf wirtschaftliche Sanktionen, statt auf das Militär: „Wir werden den Druck so lange halten und erhöhen“, verspricht [er], bis [Gaddafi] aus dem Amt ist.“²³ Prominente Unterstützung erhält Westerwelle von Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Was ist unser Plan, wenn wir eine Flugverbotszone einrichten und sie nicht funktioniert? Schicken wir dann Bodentruppen?“, fragte sie und fügte hinzu: „Wir müssen das zu Ende denken.““²⁴ Geschlossen sind die Reihen in der Union laut *Spiegel* jedoch nicht. Unter bestimmten Umständen könne sich ihr außenpolitischer Sprecher Philipp Mißfelder eine Intervention ebenso vorstellen wie die außenpolitische Sprecherin der Grünen Kerstin Müller: „Wenn man dem Regime zeigen will, dass man es ernst meint, dann muss man ein paar Optionen auf den Tisch legen.“ Das Beschießen von Demonstranten aus Kampffjets könne man durchaus als Verbrechen gegen die Menschlichkeit werten. Mißfelder betont, dass der Sicherheitsrat ein Eingreifen billigen müsse.“²⁵ Als Hindernis gegen einen militärischen Eingriff gibt der *Spiegel* jedoch die Kriegsmüdigkeit der deutschen Bevölkerung zu bedenken: „Ein Militäreinsatz also? Man rutscht da leicht in einen zweiten Krieg, und die Bevölkerung will mehrheitlich schon den in Afghanistan nicht führen.“²⁶

Für ihr risikoarmes Vorgehen ernennt Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle breite Unterstützung im politischen Feuilleton. Der *Focus* greift Angela Merkels Position auf²⁷ und untermauert sie durch die Risikoeinschätzung des ehemaligen KFOR-Kommandeurs Klaus Reinhardt, der in einem militärischen Einsatz die Gefahr sieht, die Krise könne sich auf die gesamte arabische Welt ausweiten. Er zieht die Diplomatie der militärischen Gewalt vor: „Meine Option ist: Vor militärischen Lösungen erst einmal alle diplomatischen Wege ausloten.“²⁸ Zudem räumt der *Focus* rechtliche Bedenken gegen eine Flugverbotszone ein. So vertritt der Strafrechtler Reinhard Merkel in dem Wochenmagazin die Position, ein militärischer

22 Ebd. (Hervorhebung im Original).

23 Zitiert nach: Julia Amalia Heyer/Alexander Jung/Christian Neef/Alexander Neubacher, Da läuft immer was, in: *Der Spiegel* vom 14. März 2011, S. 22.

24 Marc Huger/Dirk Kurbjuweit/Christian Neef/Ralf Neukirch/Christoph Schult/Petra Truckendanner, Hilfe von den Hilflosen, in: *Der Spiegel* vom 14. März 2011, S. 23.

25 Ebd., S. 24.

26 Ebd.

27 Vgl. Margarete van Ackeren/Peter Gruber/Andrea Claudia Hoffmann/Hans-Jürgen Moritz/Hans Rossler/Kerstin Schweighöfer/André Weikard/Margot Zeslawski, Zieht der Westen in den Kampf?, in: *Focus* vom 14. März 2011, S. 47.

28 Zitiert nach: Gudrun Dometeit, Angst vor einem neuen Krieg, in: *Focus* vom 14. März 2011, S. 50.

Einsatz sei völkerrechtlich nicht abgedeckt: „Das Völkerrecht kennt keine Interventionsmöglichkeit bei Bürgerkriegssituationen“.²⁹

Auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schließt sich der Argumentation der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des Bundesaußenministers Guido Westerwelle an. Holger Steltzner hält fest: „Vermögensstrafen für Diktatoren [...] sind oftmals besser und wirkungsvoller als unkalkulierbare militärische Abenteuer.“³⁰ Dennoch greift die Tageszeitung die Position einer Flugverbotszone „light“ auf, die der Grüne Daniel Cohn-Bendit und der CDU-Außenpolitiker Elmar Brok vertreten. So schlägt Brok vor, „dass mit Raketen von den Schiffen her Flugzeuge abgeschossen werden.“³¹

Die *Süddeutsche Zeitung* zitiert Guido Westerwelles Argumentation gegen eine Flugverbotszone: „[Die Bundesregierung] sieht in der Verhängung der Flugverbotszone eine militärische Intervention, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in einen Bodenkrieg münden würde. Das werde in der ganzen Region, warnt Westerwelle, zu einer Schwächung der demokratischen Bewegung führen.“³² Die Kritik an Westerwelles Position durch die Tageszeitung fällt deutlich aus: „Wenn Europa seine Ziele erreichen will, dann muss es Stabilität in Libyen schaffen. Nur wenn Frieden herrscht, kann das Land Öl liefern. Nur wenn in Tripolis eine funktionierende Regierung an der Macht ist, können Flüchtlingsströme verhindert werden. [...] Die Araber zeigen sich modern, streiten unter Führung ihrer Mittelklasse für Freiheit und Demokratie, die ihnen der Westen stets als einzig mögliche Regierungsform gepredigt hat. Und genau jetzt lassen Europäer und Amerikaner sie im Stich.“³³

Die *Junge Freiheit* nimmt Abstand von einer inhaltlichen Bewertung der Libyen-Frage. Sie nutzt die Krise, um Grundsatzkritik an der Sozialistischen Internationalen (SI) und der Europäischen Union (EU) zu üben. Insbesondere die EU scheitert in den Augen der Wochenzeitung am Libyenkonflikt: „Nun ist eine [...] Krise da – und die Politik der Brüsseler Mammutbürokratie steht da wie der sprichwörtliche Ochs vorm Scheunentor. Tatsache ist, dass die EU-Politik für den wirtschafts-, sicherheits- und stabilitätspolitisch für Europa wichtigen Mittelmeerraum gescheitert ist – allein deswegen, weil es in den nun beinahe 20 Jahren der angeblich ‚Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik‘ so gut wie keine europäische Außenpolitik für Nordafrika gab.“³⁴

29 Zitiert nach: Ackeren/Gruber/Hoffmann/Moritz/Rossler/Schweighöfer/Weikard/Zeslawski (FN 27), S. 47.

30 Holger Steltzner, Gaddafis Milliarden, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. März 2011, S. 1.

31 Zitiert nach: Thomas Gutschker, Die Wunschvorstellung von der leichten Militärmission, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. März 2011, S. 6.

32 Daniel Brössler, Riss durch Europa, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 16. März 2011, S. 9.

33 Tomas Avenarius, Flugverbot, jetzt, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 16. März 2011, S. 4.

34 Günther Deschner, Der Moloch in der Krise, in: *Junge Freiheit* vom 18. März 2011, S. 1.

4.2. Demokratische Eigenschaften der Berichterstattung

Die Bedingungen Gleichheit, Differenz und Akzeptanz der institutionellen Politik geben Aufschluss über die Demokratietreue der medialen Berichterstattungen. Gleichheit versteht sich dabei als Axiom. Ziel der Zeitungen sollte sein, möglichst viele verschiedene Akteure einzubeziehen.

Die gemäßigten Printmedien *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, der *Spiegel* und der *Focus* greifen geschlossen die Stellungnahmen der Bundesregierung auf. Unter einer Vielzahl an Akteuren der politisch-rechtlichen Elite sind Bundesaußenminister Guido Westerwelle und Bundeskanzlerin Angela Merkel federführend. Den Stellungnahmen der Regierung setzen die Zeitungen in erster Linie Perspektiven der parlamentarischen Opposition sowie im Falle der *Süddeutschen Zeitung* und des *Focus* Meinungen des Militärs gegenüber. Überdies platzieren die hauseigenen Journalisten Kommentare zu möglichen deutschen Entscheidungen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Freitag wie *Junge Freiheit* weichen von der Konzentration auf Mitglieder der Regierung wie der parlamentarischen Opposition ab. Im Falle des *Freitag* stehen sich die Positionen eines Journalisten, des grünen Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit und von Vertretern des Militärs gegenüber. Die *Junge Freiheit* nimmt keine externen Akteure in ihre Berichterstattung auf. Lediglich zwei Journalisten des Blattes geben Kommentare ab, die auf eine Kontrastierung mit der Regierungshaltung verzichten.

Gemein ist den gemäßigten Printmedien, dem *Freitag* und der *Jungen Freiheit* das Ignorieren von Akteuren aus der Zivilgesellschaft und der breiten Öffentlichkeit. *Freitag* wie *Junge Freiheit* vernachlässigen in ihrer Berichterstattung zwar die Regierungshaltung. Zu einer Ausweitung des Akteursradius führt dies aber jenseits der zeitungeigenen Journalisten nicht.

Führt die Distanz zwischen Regierung und *Freitag* sowie *Junger Freiheit* zu einer Erweiterung des inhaltlichen Spektrums der gesamten medialen Debatte? Das Ideal einer demokratischen Berichterstattung fordert eine Vielzahl an Perspektiven auf das erörterte Thema. Die Kategorie Differenz prüft, ob die Zeitungen durch die Berücksichtigung konfligierender Blickwinkel für Meinungsvielfalt sorgen.

Drei Hauptpositionen – Annahme und Ablehnung einer Flugverbotszone sowie Wirtschaftssanktionen als Alternative – prägen die Debatte um die deutsche Haltung. Mit Ausnahme des *Focus* stellen alle gemäßigten Printmedien die drei Hauptströmungen der Debatte gegenüber. Über die Auswahl und Gewichtung der einzelnen Argumente unterscheiden sich die Zeitungen. Räumt die *Süddeutsche Zeitung* der Position der Befürworter einer Flugverbotszone mehr Platz ein, tendiert der *Spiegel* zu einer Bevorzugung der Resolutionsgegner. Die Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* verläuft recht ausgeglichen, zeigt jedoch einen leichten Hang zur Position der Resolutionsgegner. Der *Focus* verzichtet auf eine Gegenüberstellung der verschiedenen Hauptströme und führt zwei Argumentationslinien gegen eine militärisch durchgesetzte Flugverbotszone an.

Bleibt die *Junge Freiheit* eine inhaltliche Stellungnahme schuldig, stellt der *Freitag* zwei Hauptströme gegenüber: Befürworter wie Gegner einer Resolution kommen zu Wort. Wenngleich pro Strömung lediglich eine Argumentationslinie aufgegriffen wird, deckt die linke Wochenzeitung die beiden konfligierenden Hauptpositionen ab. Den Schwerpunkt legt der *Freitag* auf die kritische Auseinandersetzung mit der internationalen Schutzverantwortung (R2P). Die Zeitungen des gemäßigten Spektrums räumen dieser Frage keinen Platz ein. Lediglich der *Spiegel* lässt das Konzept am Rande in seine Berichterstattung einfließen. Der *Freitag* erweitert so das Spektrum der im Gesamtdiskurs erörterten Perspektiven auf die deutsche Positionierung.

Mouffes agonistisches Demokratiemodell umfasst zwei Sphären: das Politische und die Politik. Zielen die Kriterien Gleichheit und Differenz auf das Politische, richtet sich das Kriterium Akzeptanz der Institutionen an die Politik. Erkennt die Berichterstattung die Politik als zählende Instanz an oder höhlt sie die Politik von Innen aus, indem die medialen Konflikte in einen schrankenlosen Pluralismus münden? Die gemäßigten Zeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, *Spiegel* und *Focus* stärken die bestehenden Institutionen der Politik. Als Adressaten der politischen Forderungen gelten insbesondere die Bundesregierung wie der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Aus der Masse heraus sticht der *Focus*: Vehementen als die übrigen Printmedien plädiert er für eine Orientierung am Völkerrecht.

Die Berichterstattung des *Freitag* wendet sich ebenfalls an die Institutionen der Politik. Ihre Forderungen adressiert die Wochenzeitung an die Bundesregierung wie die administrative Elite im Allgemeinen. Im Unterschied zu den gemäßigten Printmedien strebt der *Freitag* jedoch explizit eine Reform bestehender institutioneller Praxen an, indem er das Konzept der internationalen Schutzverantwortung (R2P) infrage stellt.

Die Berichterstattung der *Jungen Freiheit* grenzt sich von der Institutionentreue der gemäßigten Printmedien wie dem reformerischen Ansatz des *Freitag* ab. Das Wochenmagazin nutzt die Libyen-Frage für eine grundsätzliche Institutionenkritik an der Europäischen Union (EU) und der Sozialistischen Internationale (SI). Beide seien an der Libyen-Frage gescheitert. Die Kritik bleibt dabei eindimensional: Vorschläge für Reformen benennt die *Junge Freiheit* nicht. Mit Blick auf die nationale Ebene erkennt die Wochenzeitung die zählenden Institutionen jedoch an: Ihre Kritik an der supranationalen EU und der internationalen SI richtet sie je an nationale Akteure: die Bundesregierung und die SPD. Die fundamentale Kritik gleicht eher einer harschen Aufforderung zur Neugestaltung des Verhältnisses von nationaler zu supra- und internationaler Ebene, nicht aber einem Versuch, die institutionalisierte Politik per se zu untergraben.

5. Zweite Phase:

18.-21. März 2011 – Resolution 1973 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Situation in Libyen

5.1. Evaluationsdebatten

Am 17. März 2011 verabschiedet der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1973 und legitimiert das militärische Durchsetzen einer Flugverbotszone über libyschem Territorium. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hat sein Ziel erreicht: Neben der Grande Nation stimmen die USA und Großbritannien sowie sieben weitere Mitglieder des Sicherheitsrates für die militärische Unterstützung der libyschen Opposition. Deutschland enthält sich der Stimme – gemeinsam mit China, der Russischen Föderation, Indien und Brasilien.

Die *Süddeutsche Zeitung* greift Westerwelles Versicherung auf, die Deutschen stünden mit ihrer kritischen Haltung innerhalb der Europäischen Union keinesfalls allein dar. Der Eindruck der Isolation sei „völlig falsch“³⁵, schließlich vertrete Polen eine ähnliche Position. Zudem entlaste Deutschland seine Bündnispartner in Afghanistan, damit diese ihre Kontingente für den Libyeneinsatz abrufen könnten. Beifall für ihre Position erhält die Bundesregierung laut *Süddeutscher Zeitung* nur vom Parteivorsitzenden der Linken: „Westerwelle, lobt Ernst, habe das ‚richtigerweise so beschiedenen, dass Deutschland sich im Sicherheitsrat enthalten hat‘.“³⁶ Demgegenüber verurteile der Europa-Parlamentarier Daniel Cohn-Bendit die deutsche Enthaltung mit Blick auf die Situation der libyschen Opposition in den Kämpfen vor Ort: „[D]ie abwartende Haltung zahlreicher deutscher Spitzenpolitiker sei ‚menschlich und politisch völlig inakzeptabel‘.“³⁷ Der Journalist der *Süddeutschen Zeitung* Stefan Kornelius unterstützt Cohn-Bendits Kritik. Deutschland sei seiner Verantwortung den Libyern gegenüber nicht nachgekommen: „Das Zaudern Deutschlands [...] hat [...] alle Hoffnung zerstört. [...] Eine Lehre aber sollte die Politik im Umgang mit den Staaten Arabiens beherzigen: Es gibt sie nun, die falsche und die richtige Seite. Und es gibt keine Entschuldigung mehr für alle, die sich jetzt noch nicht entschieden haben, auf welche Seite sie eigentlich gehören.“³⁸ Die historischen Beziehungen zu den Amerikanern ruft der ehemalige Vorsitzende des Nato-Militärausschusses Klaus Naumann in der *Süddeutschen Zeitung* ins Gedächtnis. Er erinnert an die Befreiung Deutschlands durch die Alliierten und leitet hieraus die historische Verpflichtung ab, den ehemaligen Siegermächten zur Seite zu stehen: „Ich schäme mich für diese Haltung meines Landes, das seine Freiheit und seinen Wohlstand auch der Bereitschaft seiner Verbündeten verdankt, für die Deutschen einzutreten und das noch nicht ein-

35 Zitiert nach: Daniel Brössler/Susanne Höll, Das deutsche Jein, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 21. März 2011, S. 2.

36 Ebd.

37 Zitiert nach: *Süddeutsche Zeitung*, Krieg gegen Gaddafi, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 21. März 2011, S. 1.

38 Stefan Kornelius, Die Revolution erlahmt, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18. März 2011, S. 4.

mal den Traum der Einheit ohne sie hätte verwirklichen können.“³⁹ Ebenfalls aus Naumanns Feder stammt der Verweis auf das deutsche Interesse in der Libyenfrage. Mit der Enthaltung im Sicherheitsrat „wurde nicht deutsches Interesse gewahrt, sondern geschädigt.“⁴⁰

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* übt heftige Kritik an der Enthaltung Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Enthaltung schwäche die europäische Integration und isoliere Deutschland in der internationalen Politik. Stellvertretend kommt der CDU-Abgeordnete Ruprecht Polenz zu Wort: „Ich erkenne im Moment nicht, dass andere Länder der Union unsere Haltung teilen“⁴¹. Zudem verweist die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* auf Kritik, die aus den US-amerikanischen Feuilletons in die deutsche Debatte drängt: So habe Merkel lediglich aus Kalkül und mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gegen die Resolution 1973 gestimmt.⁴²

Der *Spiegel* greift die vielfältige Kritik an der deutschen Enthaltung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf: Der CDU-Politiker Ruprecht Polenz halte die Entscheidung Deutschlands, sich nicht an einer Flugverbotszone zu beteiligen, für „ein verheerendes Signal“.⁴³ Auch der FDP-Parlamentarier Alexander Graf Lambsdorff und die ehemalige SPD-Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul verurteilten die deutsche Enthaltung scharf. Wieczorek-Zeul spreche von „einer Schande“ [...]: „Gegenüber Despoten kann es bei solchen Entscheidungen keine Enthaltung geben.“⁴⁴ Doch räumt der *Spiegel* Guido Westerwelle in einem Interview Platz ein, die deutsche Entscheidung zu begründen: „Wenn man einen Militäreinsatz mit all seinen Unwägbarkeiten bis zum Ende denkt, womöglich bis zum Einsatz von Bodentruppen und einer jahrelangen Präsenz, dann komme ich zu dem Ergebnis: Nein, wir werden uns mit deutschen Soldaten nicht beteiligen, so ehrenwert auch die Motive unserer Partner sind, die sich anders entschieden haben.“ Laut Westerwelle entspricht die Enthaltung zur Resolution 1973 dem Willen des Volkes: „Ich will nicht, dass deutsche Soldaten beteiligt werden. 80 bis 85 Prozent der deutschen Bevölkerung teilen meine Position“.⁴⁵

Auch der *Focus* greift Westerwelles Verteidigung auf. Statt eines militärischen Einsatzes halte der Außenminister nach wie vor wirtschaftliche Sanktionen für die überlegene Alternative: Die „Instrumente der Finanz- und Wirtschaftssanktionen

39 Klaus Naumann, „Ich schäme mich für die Haltung meines Landes“, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. März 2011, S. 9.

40 Ebd.

41 Günter Bannas, Westerwelle: Wir sind in EU und Nato nicht isoliert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. März 2011, S. 4.

42 Vgl. Klaus-Dieter Frankenberger, Deutschland doch uncool, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. März 2011, S. 4.

43 Zitiert nach: Ralf Beste/Ralf Neukirch/René Pfister/Christoph Schult, „Ein verheerendes Signal“, in: Der Spiegel vom 21. März 2011, S. 32.

44 Zitiert nach: ebd., S. 33.

45 Zitiert nach: ebd.

[sind] [...] noch lange nicht ausgeschöpft‘.⁴⁶ Dennoch kritisiert das Wochenmagazin die deutsche Enthaltung. Sein Redakteur Uli Baur argumentiert, Westerwelle habe entgegen seiner Aussage im *Spiegel* nicht im Sinne der deutschen Bevölkerung gehandelt: „Guido Westerwelle weiß, dass die Mehrheit in Deutschland gegen Kriegseinsätze ist. Im Fall des menschenverachtenden Gaddafi könnte er sich getäuscht haben.“⁴⁷ Die europäische Integration habe unter der deutschen Position gelitten. Der *Focus* berichtet über die Enttäuschung in Brüssel: „Besonders tief ist die Depression für die Europäische Union. Weil die EU ‚viel zu zurückhaltend und uneinig‘ gewesen sei, so klagt etwa der liberale Europaabgeordnete und frühere belgische Premierminister Guy Verhofstadt, hätten Frankreich und England auf eigene Faust handeln müssen. Deren Initiative sei ‚gut‘, die deutsche Position dagegen ‚unbegreiflich und beklagenswert‘.“⁴⁸

Der *Freitag* nimmt die inhaltliche Kritik an Angela Merkels Libyenpolitik – insbesondere durch ausländische Medien⁴⁹ – zur Kenntnis. Der Schwerpunkt seiner Berichterstattung liegt aber auf einer übergeordneten europapolitischen Fragestellung. So argumentiert die Journalistin Ulrike Guérot, die Enthaltung der deutschen Regierung in der Libyenfrage sei nur ein kleiner Schritt des schon lange andauernden Marsches Deutschlands in die europäische Isolation: „Es ist schon lange her, dass Deutschland in Europa so isoliert war, wie in diesen Tagen, in denen Bundeskanzlerin Angela Merkel entschieden hat, den Militäreinsatz in Libyen nicht mitzutragen. Dass die deutsche Regierung in der EU so viel Gegenwind bekommt und dies ihr auch erkennbar unter die Haut geht, ist allerdings eher die Ausnahme und nicht die Regel. Denn die Aufregung über Merkels ‚Nein‘ verstellt den Blick darauf, dass sich Deutschland schon seit einiger Zeit kaum noch für Europa interessiert.“⁵⁰

Drastisch fällt die Kritik an der deutschen Position in der *Jungen Freiheit* aus. Sie druckt ein Interview mit Peter Scholl-Latour, der beklagt: „Die Bundesregierung hat sich töricht und geradezu schändlich verhalten. [...] Deutschland [enthält sich] als einziger Mitgliedsstaat der Europäischen Union bei der Resolution des Sicherheitsrates der Stimme. Damit verärgern wir nicht nur die Franzosen, die in dieser Frage die Initiative ergriffen haben, sondern auch die Amerikaner, die an der Bündnisfähigkeit Deutschlands allmählich zweifeln. Die deutsche Haltung ist ein Ausdruck von Feigheit.“⁵¹ Der Journalist Thorsten Hinz legt das Augenmerk seiner Kritik nicht auf die inhaltliche Position der deutschen Entscheidung, sondern auf die Art und Weise, wie die Bundesregierung sie vertritt: „Die Entscheidung der Bundesre-

46 Zitiert nach: Peter Gruber/Imke Henkel/Josef Hufenschulte/Hans-Jürgen Moritz/Olaf Opitz/Frank Thewes/Manfred Weber/André Weikard, Krieg gegen Gaddafi, in: *Focus* vom 21. März 2011, S. 45.

47 Uli Baur, Was ist mit Merkel passiert?, in: *Focus* vom 21. März 2011, S. 5.

48 Gruber/Henkel/Hufenschulte/Moritz/Opitz/Thewes/Weber/Weikard, Krieg gegen Gaddafi (FN 46), S. 45.

49 Rudolf Walther, Jede Menge Schüsse aus der Hüfte, in: *Freitag* vom 24. März 2011, S. 12.

50 Ulrike Guérot, Europa, nur eine Illusion? In: *Freitag* vom 24. März 2011, S. 15.

51 Zitiert nach: Christian Vollrath, „Töricht und schändlich“, in: *Junge Freiheit* vom 25. März 2011, S. 2.

gierung, dem Halbstarken im Pariser Elysee-Palast nicht in das Libyen-Abenteuer zu folgen, ist sachlich richtig, doch sie verdient kein Lob dafür. Denn hinter ihrer Weigerung steckt kein Konzept, sie entspringt nur den Zwängen von Landtagswahlkämpfen und haarsträubender Unprofessionalität.⁵² Hinz appelliert: „Was Deutschland endlich braucht, ist eine eigene außen- und sicherheitspolitische Denkschule sowie eine entsprechende Elite, die diese Bezeichnung auch verdient! Sonst steigt der Preis, den es für die Herrschaft provinzieller Parteipolitiker, fremdgesteuerter Bellizisten und gefühligter Pazifisten entrichtet, mit jedem Tag höher.“⁵³

5.2. Demokratische Eigenschaften der Berichterstattung

Die Kriterien Gleichheit, Differenz und Akzeptanz der institutionellen Politik prüfen, inwiefern die Berichterstattung dem demokratischen Ideal entspricht. Um dem Axiom der Gleichheit möglichst nahe zu kommen, muss eine Vielfalt an Akteuren in der medialen Berichterstattung sichtbar sein. Die gemäßigten Printmedien *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Spiegel* und *Focus* konzentrieren ihre Berichterstattung auf Akteure der politisch-rechtlichen Elite. In den gemäßigt konservativen Zeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Focus* stehen Vertreter der Regierung – insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel und Guido Westerwelle – im Mittelpunkt. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* legt überdies einen Schwerpunkt ihrer Berichterstattung auf Reaktionen zu der deutschen Enthaltung aus dem Ausland: Französische wie US-amerikanische Publizisten gehen in die Debatte ein. Die beiden mitte-links Printmedien *Süddeutsche Zeitung* und *Spiegel* legen ihr Augenmerk hingegen auf die Wortmeldungen aus den einzelnen Fraktionen des Deutschen Bundestages. Journalistische Kommentare begleiten die Berichterstattung aller gemäßigten Zeitungen.

Auf die Gegenüberstellung der eigenen journalistischen Position mit der Stellungnahme der Bundesregierung verzichten *Freitag* und *Junge Freiheit*. Der *Freitag* bindet neben der eigenen journalistischen Perspektive lediglich den Blickwinkel der französischen *Le Monde* ein. Die *Junge Freiheit* stützt ihre Berichterstattung auf die Evaluation eines hauseigenen Journalisten sowie auf ein Interview mit einem externen Publizisten. Weder der linke *Freitag* noch die konservative *Junge Freiheit* erweitert den Fächer der Akteure an der Gesamtdebatte. Trifft dieses Ergebnis auch auf das Spektrum der Perspektiven zu?

Insgesamt prägt eine Vielfalt an Meinungen und Positionen die gesamtmediale Debatte über die deutsche Enthaltung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Über die Evaluation der deutschen Enthaltung scheiden sich die Geister: Ein tiefer Graben spaltet Verteidiger und Kritiker, vermittelnde Position bleiben die Ausnahme. Das gemäßigte Spektrum um die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, den *Spiegel* und den *Focus* greift die Argumente aus beiden Lagern

52 Thorsten Hinz, Ohne Plan, in: *Junge Freiheit* vom 25. März 2011, S. 2.

53 Ebd.

auf. Über die Auswahl der Argumente wie über die journalistischen Kommentare zeigen sich innerhalb der einzelnen Medien Tendenzen in der Evaluation: Die *Süddeutsche Zeitung* schenkt den kritischen Argumenten besondere Aufmerksamkeit und schließt sich der Position in Kommentaren an. Gleiches gilt für die *Frankfurter Allgemeine* und den *Focus*. Im *Spiegel* halten sich Kritik wie Verteidigung die Waage.

Freitag und *Junge Freiheit* unterstützen die Kritiker der deutschen Enthaltung, ohne den Argumenten der Befürworter Raum zu geben. Der *Freitag* bettet die Libyen-Frage in eine übergeordnete Kritik an der Europapolitik der Bundesregierung ein. Er eröffnet dabei eine neue Perspektive auf die deutsche Ablehnung der Resolution 1973 und erweitert so das Meinungsspektrum in der Evaluationsdebatte. Selbiges kann die *Junge Freiheit* nicht von sich behaupten. Sie greift dieselben kritischen Argumente auf wie die gemäßigten Printmedien: die Gefahr der deutschen Isolation, die mangelnde deutsche Bündnisfähigkeit und der Schaden für die europäische wie westliche Sicherheitspolitik. Lediglich im schärferen Ton und im Mangel der Kontrastierung mit den Argumenten, die die deutsche Enthaltung befürworten, unterscheidet sich das Wochenblatt von seinen gemäßigten Konkurrenten.

Bleibt es beim schärferen Ton oder tendiert die *Junge Freiheit* dazu, die institutionalisierte Sphäre der Demokratie von Innen auszuhöhlen? Die Schelte für die Enthaltung in der Libyenfrage richten die *Junge Freiheit* wie der *Freitag* und die übrigen Printmedien überwiegend an die Bundesregierung und den Bundestag. Die Berichterstattung der Wochenzeitung übertrifft seine Konkurrenz aber in der Lautstärke ihrer Kritik: Insbesondere die Parole, die außenpolitische Elite Deutschlands müsse abgelöst werden, sticht ins Auge. Untergräbt die *Junge Freiheit* mit dem Ziel, die außenpolitische Elite Deutschlands auszutauschen, die zählende Instanz der Politik? Das agonistische Demokratiemodell lebt von einem Austausch zwischen den Sphären des Politischen und der Politik. In der Konsequenz muss die Interaktion beider Sphären den Prozess des Elitenaustauschs ermöglichen. Entscheidend ist, von welchen grundlegenden Ideen und Normen sich die neue Elite leiten lassen soll. Wie die neuen Normen aussehen sollen, führt die *Junge Freiheit* allerdings nicht aus.

6. Lücke zwischen medialer Mitte, Freitag und Junger Freiheit?

Der Beschluss der Resolution 1973 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen legitimiert die militärische Durchsetzung einer Flugverbotszone über libyschem Territorium. Stritten die Akteure in der Woche vor der Resolution über die Alternativen einer möglichen deutschen Position, fordert die Debatte im Anschluss an die Sitzung des Sicherheitsrats eine Evaluation der deutschen Enthaltung. Konflikte prägen beide Debatten. Über die Frage, wie die Konflikte in den einzelnen Printmedien ausgetragen werden, geben die Kriterien Gleichheit, Differenz und Akzeptanz der institutionellen Politik Aufschluss. Eine demokratische Berichterstattung bindet im Ideal eine Vielzahl an Akteuren wie Perspektiven ein und akzeptiert die institutionalisierte Po-

litik als zählende Ebene der Demokratie. Defizite zeigen alle untersuchten Printmedien in der Kategorie Gleichheit: Die zahlreichen Verbände, Stiftungen und Forschungseinrichtungen der Zivilgesellschaft sowie die breite Öffentlichkeit beeinflussen weder die Berichterstattung in den gemäßigten Printmedien noch die des *Freitag* und der *Jungen Freiheit*. Legen *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Spiegel* und *Focus* ihr Augenmerk auf Positionen der politisch-rechtlichen Elite – insbesondere der Mitglieder des Kabinetts –, verzichten *Freitag* und *Junge Freiheit* auf die Wiedergabe der Regierungsposition. Ihre medialen Debatten stützen sich überwiegend auf die Beiträge hauseigener Journalisten.

Erfüllen *Freitag* und *Junge Freiheit* trotz der Vernachlässigung der politisch-rechtlichen Elite den Anspruch der Perspektivenvielfalt? Die Einzelanalysen der Kategorie Differenz zeigen: Mit Ausnahme des *Focus* in der ersten Phase greifen die gemäßigten Printmedien stets die inhaltlichen Hauptströme der Debatten auf und sie kontrastieren detailliert die jeweiligen Argumentationslinien. Der *Freitag* fällt hinter die Berichterstattungen der gemäßigten Zeitungen zurück: Er nennt in der Entscheidungsdebatte zwar zentrale Punkte der Befürworter und Gegner einer Flugverbotszone, druckt in der Evaluationsdebatte jedoch nur kritische Meinungen. Eine weite Lücke klafft zwischen den gemäßigten Printmedien und der *Jungen Freiheit*: Verzichtet das Wochenblatt in der Entscheidungsdebatte gänzlich auf inhaltliche Positionen, berücksichtigt es in der Evaluationsdebatte ausschließlich Meinungen mit harscher Kritik an der Enthaltung Deutschlands.

Mit Blick auf ihre Berichterstattung bleiben *Freitag* und *Junge Freiheit* in beiden Kategorien – Gleichheit der Teilhabe und Differenz der Perspektiven – hinter den gemäßigten Zeitungen zurück. Statt einer Vielfalt an Akteuren und Perspektiven wählen *Freitag* und *Junge Freiheit* Akteure und Meinungen im Vergleich mit der *Süddeutschen Zeitung*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, dem *Spiegel* und dem *Focus* einseitig aus. Beide Wochenzeitungen erheben den Anspruch, eine linke bzw. konservative Alternative zur medialen Mitte zu bieten. Erfüllen *Freitag* und *Junge Freiheit* ihren Anspruch – erweitern sie das Akteurs- und Meinungsspektrum in der gesamtmedialen Debatte?

In der Kategorie Gleichheit verfehlen beide Wochenzeitungen ihr Ziel. Sie binden keine Akteursgruppe ein, die nicht schon das gemäßigte Spektrum beachtet. Im Fall der Kategorie Differenz unterscheiden sich *Freitag* und *Junge Freiheit*. Der *Freitag* entspricht seinem Anspruch, alternative Blickwinkel auf den Gegenstand der Außen- und Sicherheitspolitik zu werfen. Die Schwerpunkte der Entscheidungsdebatte – das Konzept der internationalen Schutzverantwortung (R2P) – und der Evaluationsdebatte – Einbindung der Entscheidung in eine politikfeldübergreifende europapolitische Perspektive – unterscheiden den *Freitag* von den gemäßigten Printmedien. Die *Junge Freiheit* hingegen scheitert in beiden Debatten am Anspruch, den Fächer an Perspektiven auszuweiten.

Akzeptieren die Berichterstattungen des *Freitag* und der *Jungen Freiheit* die institutionalisierte Politik als zählende Instanz ebenso wie die Printmedien der Mitte? *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Spiegel* und *Focus* agieren in

der Entscheidungs- wie der Evaluationsdebatte innerhalb der institutionalisierten Praxen. Reformen streben die Zeitungen nicht an. Als Adressaten ihrer Forderungen dienen nationale wie supra- und internationale Institutionen.

Der *Freitag* unterscheidet sich kaum von den Printmedien der Mitte: Er wählt ebenfalls nationale wie supra- und internationale Institutionen als Adressaten. Mit der Konklusion, die internationale Schutzverantwortung müsse überdacht werden, stößt er an, eine politische Norm neu zu evaluieren. Der *Freitag* zielt so auf eine Reform der Politik, nicht auf ihren Umsturz.

Die *Junge Freiheit* steht der Sphäre der Politik deutlich skeptischer gegenüber: Die Institutionenkritik der Entscheidungsdebatte – insbesondere an der Europäischen Union – trieft vor Alarmismus. Die Ablehnung der EU zielt jedoch eher auf die Neugestaltung des Verhältnisses von nationaler zu supranationaler Ebene, denn auf die grundsätzliche Aushöhlung der Politik. Auch richtet sich die *Junge Freiheit* in beiden Phasen nicht konsequent gegen die EU: In der Evaluationsdebatte erscheint die EU als Fluchtpunkt deutscher Außenpolitik. Die Kritik an der deutschen administrativen Elite ist in der Evaluationsdebatte scharf. Das Ziel, die Elite auszutauschen, führt jedoch nicht zwangsläufig zu einer Entkräftung der institutionellen Politik: Welchen grundlegenden Normen die neue Elite folgen soll, lässt die *Junge Freiheit* offen.

7. Schlussbetrachtung

Das agonistische Demokratiemodell Mouffes umfasst zwei Sphären: das Politische und die Politik. Das Politische schenkt der Demokratie einen Raum, in dem sich die jede Gesellschaft durchziehenden Konflikte öffentlich austragen lassen. Die Politik lenkt den Streit in agonistische Bahnen: Im Konflikt müssen die grundlegenden Spielregeln der Demokratie befolgt werden, damit sich kein schrankenloser Pluralismus entwickelt. Den Medien kommt in diesem Demokratiemodell eine wichtige Rolle zu: Sie tragen zu einer konfliktiven Öffentlichkeit bei, indem sie im Ideal eine Vielzahl an Akteuren und Perspektiven abbilden. Krisendiagnosen sehen das Ideal jedoch in Gefahr: Neigen die linken und rechten Pole der medialen Debatte nicht dazu, sich der Mitte anzugleichen?

Die beiden Wochenzeitungen *Freitag* und *Junge Freiheit* erheben den Anspruch, eine dezidiert linke und konservative Alternative in die mediale Debatte einzubringen. Erfüllen beide Wochenzeitungen den demokratischen Anspruch, vielfältige Konflikte abzubilden im gleichen Maße wie die gemäßigten Printmedien? Der Vergleich zeigt: *Freitag* wie *Junge Freiheit* räumen weniger Akteursgruppen und Perspektiven Platz ein als die Mitte-Zeitungen. Insbesondere die *Junge Freiheit* scheitert am Ideal, ein weites Spektrum an Akteuren und Perspektiven abzubilden.

Tragen beide Wochenzeitungen dennoch zu einer vibrierenden politischen Sphäre im Sinne des agonistischen Demokratiemodells bei, indem sie die Grenzen der medialen Debatte nach links und rechts ausweiten, ohne die zählenden Institutionen

der Politik zu untergraben? Der *Freitag* erfüllt den Anspruch überwiegend. Das linke Wochenmagazin bindet zwar keine anderen Akteursgruppen ein als die gemäßigten Printmedien, erweitert die Entscheidungs- wie Evaluationsdebatten aber um neue inhaltliche Perspektiven. Auch agiert der *Freitag* unter Anerkennung der institutionellen Sphäre der Politik. In der Debatte um die Reform der Politik ist die Wochenzeitung der gemäßigten Konkurrenz gar einen Schritt voraus, indem sie die kritische Evaluation einer politischen Norm – der internationalen Schutzverantwortung – anstößt.

Die *Junge Freiheit* verfehlt indes ihr Ziel, eine konservative Alternative zur gemäßigten Konkurrenz darzustellen. Die Wochenzeitung scheitert in der Differenz wie in der Gleichheitsdimension. Trotz des klassischen Politikfeldes der Außen- und Sicherheitspolitik bietet die *Junge Freiheit* weder inhaltlich eine Alternative zu den Massenmedien, noch bindet sie andere Akteure ein. Im schrillen Tonfall findet das Blatt indes ein Alleinstellungsmerkmal. Die Berichterstattung der *Jungen Freiheit* zeigt zudem eine größere Distanz zur institutionellen Politik. Die Forderungen, die Europäische Union als Rahmen deutscher Außenpolitik abzulösen und die deutsche außenpolitische Elite auszutauschen, sind jedoch per se nicht antidemokratisch. Mit Blick auf die Akzeptanz der institutionellen Politik ist aber entscheidend, wie das Vakuum gefüllt werden soll, sobald die Europäische Union als Fluchtpunkt deutscher Außenpolitik abgelöst und die außenpolitische Elite entmachtet ist. Die Antwort bleibt die *Junge Freiheit* schuldig.

Forum: Die „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Fragen

Die nicht zuletzt als Reaktion auf die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung und ihrer europäischen Verbündeten im Februar 2013 ins Leben gerufene Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) konnte schon bald darauf beachtliche Wahlerfolge erzielen und schneller als viele andere Neugründungen in Parlamente einziehen. Zwar scheiterte sie bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent noch knapp an der Fünfprozentklausel (Wahlgebiet Ost: 5,9 Prozent; Wahlgebiet West: 4,5 Prozent), doch setzte in der Folge eine bis heute anhaltende Siegesserie ein: Sie zog im Mai 2014 ins Europaparlament ein (7,1 Prozent). Bei den Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg kam sie im August und September 2014 auf 9,7, 10,2 und 12,2 Prozent. Bei den Wahlen in den Stadtstaaten Hamburg im Februar 2015 (6,1 Prozent) und Bremen im Mai 2015 (5,5 Prozent) gelangte sie auch in die Parlamente westlicher Länder, wenngleich auf einem bescheideneren Niveau.

Ein innerparteilicher Machtkampf führte im Sommer 2015 zum Parteiaustritt prominenter Mitglieder (wie des bisherigen Vorsitzenden Bernd Lucke und des ehemaligen BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel) und zur Bildung einer Konkurrenzformation namens „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA). Dies verursachte bei den Meinungsumfragen zeitweilig einen Rückgang der AfD-Zustimmungsraten. Die sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 dramatisch zuspitzende Flüchtlingskrise steigerte die Erfolgchancen der Partei erneut. So konnte sie im März 2016 in drei weitere Landesparlamente einziehen: in Sachsen-Anhalt mit 24,3 Prozent, in Baden-Württemberg mit 15,1 Prozent und in Rheinland-Pfalz mit 12,6 Prozent. Damit war die AfD in der Hälfte der deutschen Landesparlamente vertreten. Das Thema Asyl/Flüchtlinge blieb trotz des starken Rückgangs nicht zuletzt wegen spektakulärer Terroranschläge mit dschihadistischem Hintergrund und der – meist unzulässigen – Verquickung beider Themen auf Platz 1 der öffentlichen Problemwahrnehmung. So konnte die AfD auch bei den Wahlen vom September 2016 in Mecklenburg-Vorpommern (20,8 Prozent) und Berlin (14,2 Prozent) hohe Ergebnisse erzielen.

Insbesondere wegen ihrer Euro(pa)kritik wurde die seit 2015 von Frauke Petry und Jörg Meuthen geführte Partei schon in ihren Anfängen von einigen Beobachtern als politische Kraft mit „rechtspopulistischen“ Zügen bewertet. Die Abspaltung der Anhänger Luckes vom Sommer 2015 bestärkte Kritiker in ihrer Einschätzung. Seither mehrten sich – auch angesichts des öffentlichen Agierens Björn Höckes, des Fraktionsvorsitzenden der AfD im thüringischen Landtag – die Stimmen, welche die Partei als „rechtspopulistisch“, mitunter als „nationalistisch“ und „rechtsextremis-

tisch“ einordneten. Rufe nach einer Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz blieben nicht aus.¹

Um die Kontroverse über die Einordnung der AfD facettenreich zu beleuchten, hat die Redaktion des Jahrbuches drei Politikwissenschaftler gebeten, den folgenden Fragenkatalog zu beantworten. Auch dieses Forum soll dem (Wissenschafts-)Pluralismus Rechnung tragen. Zudem haben wir die Fragen an die AfD-Parteivorsitzenden Jörg Meuthen und Frauke Petry gerichtet, um das Selbstverständnis der Partei zu dokumentieren. Die Fragen gliedern sich wie stets im Forum in vier Blöcke:

- 1) Ist der Begriff des „(Rechts-)Populismus für die Charakterisierung einer Partei trennscharf? Lässt sich die Einordnung der AfD als „rechtspopulistisch“ für die Mehrheit ihrer Repräsentanten plausibel begründen? In welchem Maße erfüllt die Partei die mit dem Begriff „rechtspopulistisch“ verknüpften Kriterien wie Antielitendiskurs, charismatische Führung, Anspruch auf die Artikulation des „wahren Volkswillens“?
- 2) Begründen rechtspopulistische Tendenzen von vornherein eine Gegnerschaft zu fundamentalen Prinzipien demokratischer Verfassungsstaaten (Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaat, Gewaltenteilung)? Trifft diese Einordnung auf die Partei insgesamt zu, auf Teile von ihr, oder bewegt sich die AfD im demokratischen Spektrum? Wie ist sie im Vergleich zur Partei *Die Linke* und zur NPD demokratietheoretisch einzuschätzen?
- 3) Wie ausgeprägt ist bei der Partei die wirtschaftsliberale Komponente, die nationalkonservative und die rechtspopulistische? Repräsentiert sie einen harten Euroskeptizismus mit wohlstandschauvinistischen Positionen? Unterstützt sie islamophobe/muslimfeindliche, darüber hinaus fremdenfeindliche Tendenzen? Erfährt die Bundesrepublik Deutschland durch die AfD einen „Normalisierungsprozess“ im Vergleich zu anderen europäischen Staaten?
- 4) Was sind die Ursachen für die Erfolge der Partei? Vertritt sie Positionen, die früher in der CDU/CSU beheimatet waren? Gibt es Schnittmengen zur FDP? Wie lässt sich erklären, dass die AfD auch vom ehemaligen Elektorat der SPD und der Partei der *Linken* Stimmen bekommt? Wie bewerten Sie das Verhalten etablierter Kräfte gegenüber der AfD? Ist es notwendig, sinnvoll, unangebracht oder rechtswidrig, sie durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen?

U.B./A.G./E.J.

1 Vgl. zu entsprechenden Einschätzungen der „Lucke-Partei“ bereits: Alexander Gallus, Dokumentation 2013: Alternative zur Alternativlosigkeit? Zum politischen Ort der neu gegründeten Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), in: Uwe Backes/ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 26, Baden-Baden 2014, S. 127-136.

Fragenblock 1

Der Begriff „rechtspopulistisch“ wird der AfD von den Medien und den etablierten Parteien geradezu zwanghaft als Etikett angeklebt. Er soll offenbar als doppelte Stigmatisierung wirken: Populistisch und rechts ist gleich zweimal pfui. Insofern ist der Begriff durchaus trennscharf. Er sagt zwar inhaltlich wenig, markiert aber den Graben zwischen den etablierten Parteien und der AfD. Tatsächlich verhält es sich so, dass eine Demokratie als Herrschaft des *populus* per se im Wortsinne populistisch ausgerichtet ist. Wo Populismus als Schmä- und Schimpfwort kursiert, offenbart sich eine Entfremdung zwischen herrschender politischer Kaste und der Bevölkerung. Indem sie diese Entfremdung zum Ausdruck bringt, ist die AfD anscheinend populistisch.

Zu einer Demokratie gehören sowohl linke als auch rechte Parteien; das ist pluralistisches ABC. Ziel einer Demokratie kann es nur sein, dass sich sämtliche im Volk vorhandenen politischen Strömungen in Parteien abbilden und ihren Streit dort austragen, wo er hingehört: im Parlament. Wo ein staatlich geförderter, völlig undifferenzierter, oft mit Gewalt verbundener „Kampf gegen rechts“ stattfindet, treten enorme Demokratiedefizite zutage. Indem die AfD den Finger in diese Wunde legt, gilt sie als rechte Partei. Die AfD kann diese beiden Schmähbegriffe aushalten. Sie werden obsolet, sobald wieder normale demokratische Verhältnisse eingeleitet sind.

Die AfD führt keinen „Antielitendiskurs“, sondern allenfalls einen Diskurs gegen die etablierten Eliten. Inwieweit sich hinter den etablierten Parteien tatsächlich die Eliten dieses Landes versammeln und nicht bloß die Lautesten, sei dahingestellt. Wir glauben auch nicht an einen „wahren Volkswillen“, sondern an Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit.

Fragenblock 2

Die Frage ist bereits beantwortet. Die AfD bewegt sich nicht nur im demokratischen Spektrum, sie komplettiert und garantiert es. Wie die *Linke* und die NPD demokratietheoretisch einzuordnen sind, sollen Politikwissenschaftler entscheiden. Wie die AfD sie einordnet, ist klar: als politische Gegner. Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass die Medien gern eine politische Einordnung der AfD nach Einzelstimmen vornehmen, aber dabei vergessen, dass allein das Parteiprogramm und Verlautbarungen des Bundesvorstandes maßgebend sind.

Fragenblock 3

Alle drei genannten Komponenten gehören zur DNA der AfD. Die AfD ist Euro- und EU-skeptisch nicht aus wohlstandschauvinistischen Gründen. Wir sehen den Wohlstandschauvinismus einer Kassiererin, eines Mindestrentenbeziehers oder eines Handwerksmeisters nicht, was vermutlich schon wieder populistisch argumentiert ist. Allerdings: Wenn Widerstand gegen die Entwertung deutscher Sparguthaben, gegen die Alimentierung fremder Volkswirtschaften oder gegen Bürgschaften und Rückzahlungsverzicht für Milliardenschulden anderer Länder chauvinistisch ist, dann sind wir es wohl.

Die AfD hat keine Phobien, wir lassen uns diesen Begriff auch nicht aufzwingen. Wir sind allerdings grundgesetztreu und rechtsstaatsverliebt. Wo der Islam dem Rechtsstaat widerspricht und den Pluralismus angreift, wird die AfD ihm entschlossen entgegentreten. Es ist grotesk, dass man dergleichen hierzulande neuerdings betonen muss und sogar Parteien wie die *Linke* und die *Grünen* die Religionsfreiheit über Recht und Gesetz stellen, um nicht als „islamophob“ dazustehen. Die AfD ist weder fremden- noch muslimfeindlich; Ausländer, die sich in unsere Gesellschaft integrieren, unsere durch christlich-abendländische Tradition und Aufklärung begründeten Werte akzeptieren sowie ihre Rechnungen selber bezahlen, sind uns im Rahmen der Aufnahmekapazität unseres Landes sehr willkommen. Mit Muslimen, die friedlich ihren Glauben leben und aus ihm keinen politischen Anspruch herleiten, hat die AfD überhaupt kein Problem. Was wir verhindern wollen, ist die weitere ungesteuerte Einwanderung von Muslimen aus Ländern, in denen kein Fluchtgrund im Sinne des deutschen Asylrechts vorliegt. Als Partei, die dem sozialen Frieden verpflichtet ist und Deutschland als lebenswertes Land bewahren will, halten wir diese Masseneinwanderung von überwiegend unqualifizierten Menschen mit archaischen Glaubensvorstellungen im Kopf für hochgefährlich und tendenziell gesellschaftszerstörerisch.

Wir Deutschen waren politisch immer etwas verschlafen. Mit der AfD hat nun aber auch Deutschland als letztes Land Europas eine moderne Partei. Der Normalisierungsprozess beginnt verspätet, aber er beginnt.

Fragenblock 4

Die AfD besetzt zum Teil jene Positionen, die CDU, CSU und FDP lange verlassen haben. Diese Positionen waren oft bestens erhalten, wurden von vielen wertkonservativen Menschen geteilt, und es bestand nicht der geringste Grund, sie ohne Not zu räumen. Dies ist jedoch nur ein Aspekt des Erfolgs. Dass Wähler aus sämtlichen politischen Lagern zur AfD wechseln, zeigt, dass wir diejenige Partei sind, der man zutraut, auf die existentiellen Bedrohungen unseres Landes durch die Völkerwanderung, den immer diktatorischeren EU-Zentralismus und die neuen außenpolitischen Gräben im Osten angemessen zu reagieren. All dies traut man dem etablierten Lager nicht mehr zu. Eine weitere Ursache für den Erfolg der AfD ist die stickige geistige

Atmosphäre im Land unter der Käseglocke der politischen Korrektheit und die dauernde Bevormundung durch linksgrüne Weltverbesserer. Wir haben diesen Zeitgeist der Sprechverbote und des wohlmeinenden Problemzukeisterns bereits nachhaltig beschädigt und werden dies weiterhin tun. Dass die anderen Parteien unruhig werden und uns mit kräftiger Unterstützung der ihnen hörigen Medien in zuweilen klassenkämpferischer Manier attackieren, ist normal. Ob sie auch noch so weit gehen werden, den Verfassungsschutz einzubeziehen, wagen wir zu bezweifeln. Von der AfD gehen keinerlei verfassungsfeindliche Bestrebungen aus. Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz würden wir mit allen rechtlichen Mitteln angreifen. Wir werden aber keinen politischen Konkurrenten daran hindern, sich lächerlich zu machen.

Frank Decker, Universität Bonn

Fragenblock 1

Der Rechtspopulismusbegriff hat sich zur Kennzeichnung einer neuen und zugleich neuartigen Parteienfamilie in den westlichen Demokratien heute sowohl in der (Politik-)Wissenschaft als auch in der Alltagssprache durchgesetzt und etabliert. Der Rechtspopulismus kombiniert eine populistische Ideologie und Wähleransprache mit einer entschieden „rechten“ Positionierung auf der soziokulturellen, wertebezogenen Konfliktachse der Parteiensysteme. Unter Populismus wird eine rigorose Anti-Establishment-Orientierung verstanden. Die Kritik an den herrschenden politischen und gesellschaftlichen Eliten und dem von ihnen repräsentierten „System“ geht dabei einher mit einer Parteinahme für das sogenannte einfache Volk.

Populismus kann mit unterschiedlichen politischen Inhalten verknüpft werden; er ist keine exklusive Angelegenheit der politischen Rechten. Auf der Werteachse steht der Rechtspopulismus für ein kulturell „geschlossenes“ Identitätsverständnis, das an konservativ-autoritären Haltungen wie Ordnungsdenken, Festhalten an konventionellen Lebensformen, übertriebenem Nationalstolz (Chauvinismus) und Minderheitenfeindlichkeit festgemacht werden kann. Den harten Kern dieser Positionen bilden die Ablehnung der Migration und einer weiteren Vertiefung der Europäischen Integration („Euroskeptizismus“). Das „geschlossene“ Identitätsverständnis wird mit der populistischen Ideologie verbunden, indem man neben den Eliten auch bestimmte Gruppen der Gesellschaft aus der (nationalen) Gemeinschaft des Volkes ausschließt.

Der Rechtspopulismus steht nicht im Gegensatz zum Rechtsextremismus. Beide können sich überlappen, wie es unter Jean-Marie Le Pen z.B. beim französischen *Front National* der Fall war. Umgekehrt stand und steht die NPD für eine rechtsextreme Partei, der die typischen Attribute des Rechtspopulismus fehlen.

Zum Entstehungszeitpunkt der AfD war ihre Zugehörigkeit zur rechtspopulistischen Parteienfamilie noch nicht ausgemacht. Den Gründern der Partei um Bernd Lucke schwebte eher eine Art „besserer FDP“ vor, die wirtschaftsliberale mit euro-

skeptischen und gesellschaftspolitisch konservativen Positionen verbindet. Den Keim des Rechtspopulismus trug die AfD jedoch von Beginn an in sich. Schon bei der Bundestagswahl 2013 wurde die Partei mehrheitlich wegen ihrer zuwanderungskritischen Positionen gewählt und nicht primär wegen des Euro-Themas. Mit der Abspaltung des Lucke-Flügels Mitte 2015 haben jene Kräfte in der AfD den Sieg davon getragen, die die Partei auf einen konsequent rechtspopulistischen Kurs verpflichten wollten. Dadurch sind auch die rechtsextremen Kräfte in der AfD gestärkt worden.

Gegen die Zugehörigkeit der AfD zur rechtspopulistischen Parteienfamilie könnte man einwenden, dass ein anderes wichtiges Merkmal – das der charismatischen Führerschaft – bei ihr nicht erfüllt ist. Ein Vergleich der rechtspopulistischen Parteien in Europa zeigt allerdings, dass der charismatische Typus dort heute längst nicht mehr so stark verbreitet ist wie vermutet. Er kennzeichnet vor allem die Entstehungsphase der Parteien. In der nachfolgenden Phase der Verfestigung haben sich diese meistens aus der Abhängigkeit von ihren Anführern (und deren charismatischen Eigenschaften) befreit und ihre Organisation den Mainstream-Parteien angepasst.

In der Bundesrepublik ist die Institutionalisierung durch die starke Verrechtlichung des Parteiwesens ohnehin vorgegeben. Rechtspopulisten hätten hierzulande also gar nicht die Möglichkeit, eine Partei nach dem „Führerprinzip“ zu errichten, da Grund- und Parteiengesetz strenge demokratische Anforderungen an deren „innere Ordnung“ stellen. Darin liegt ein größeres Erfolgshemmnis für die AfD als im Wahlrecht oder den Regeln der Parteienfinanzierung. Verschärft wird das Problem durch das von ihr selbst propagierte plebiszitäre Demokratieverständnis, das sie konsequenterweise auch in der eigenen Organisation gelten lassen muss. Dies zeigt sich z.B. darin, dass die AfD häufig Mitgliederversammlungen anstelle von Delegierten entscheiden lässt. Mit ihrem Modell einer gleichberechtigten Doppelspitze in der Führung weist sie zudem Organisationselemente auf, die wir in der Bundesrepublik bisher nur von den linken Vertretern (*Grüne* und *Linke*) kannten.

Fragenblock 2

Der Populismus im Allgemeinen und der Rechtspopulismus im Besonderen ist nicht per se antidemokratisch. Wenn die heutige Demokratie eine Synthese aus der Volkssouveränität (der Demokratie im engeren Sinne) und der Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit bildet (die die Volkssouveränität „einhegt“), so steht der (Rechts-)Populismus gerade mit den zuletzt genannten demokratieschützenden Prinzipien auf Kriegsfuß. Indem er den – von ihm selbst behaupteten – vermeintlichen Volkswillen als oberstes Prinzip der staatlichen Ordnung „hypostasiert“, ist er von seiner Tendenz her antipluralistisch und antiliberal. Dies rückt ihn in die Nähe eines quasi-demokratischen Autoritarismus, was sich in Teilen der AfD z.B. an den unverhohlenen Sympathiebekundungen für Wladimir Putin und dessen Modell einer „gelenkten Demokratie“ festmachen lässt.

Trotz ihrer extremistischen Einsprengsel bewegt sich die AfD in der Bundesrepublik insgesamt weiterhin innerhalb des demokratischen, nicht systemfeindlichen Spektrums. Dies unterscheidet sie deutlich von der rechtsextremistischen NPD und verbindet sie auf der anderen Seite mit der Partei *Die Linke*. Während bei dieser jedoch in jüngster Zeit gewisse Anzeichen einer Entradikalisierung auszumachen sind, scheint die AfD immer stärker ins rechtsextreme Lager abzudriften. Das gilt nicht nur, aber besonders für Ostdeutschland, wo Teile der Partei offen rassistische und demokratiefeindliche Positionen vertreten. Wie schwierig es geworden ist, innerhalb der AfD klare Trennlinien zum Rechtsextremismus zu ziehen, zeigt der Umgang mit dem Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, dessen vom Bundesvorstand im Mai 2015 eingeleitetes Ausschlussverfahren nach der Abwahl Bernd Luckes eingestellt wurde. Höcke, der Kontakte zur Identitären Bewegung und zum NPD-Umfeld der Neuen Rechten pflegt, ist mit seinen radikalen Ansichten nicht nur den gemäßigeren Kräften um Jörg Meuthen ein Dorn im Auge, sondern auch vielen national-konservativen Vertretern, die sich um die Reputation der Partei im bürgerlichen Lager sorgen. Bleiben die künftigen Wahlergebnisse der AfD hinter den Erwartungen zurück, was nach einem Abflauen der Proteststimmung gegen die Flüchtlingspolitik leicht der Fall sein kann, dürfte die Auseinandersetzung innerhalb der Partei zwischen den Gemäßigten und Radikalen an Schärfe zunehmen.

Fragenblock 3

Manche Beobachter wollen der Verlegenheit, die AfD als rechtspopulistisch einzustufen, entkommen, indem sie unter Verweis auf die Personalquerelen und Richtungskonflikte in der Partei behaupten, diese bestehe aus drei im Grunde unverträglichen Strömungen: einer wirtschaftsliberalen, einer national-konservativen und einer rechtspopulistischen. Darin liegt aber ein Missverständnis, denn die Strömungen sind nicht nur miteinander vereinbar, sondern sogar aufeinander bezogen. Zusammen bilden sie die programmatische und elektorale „Gewinnerformel“ der neuen Rechtsparteien, in die sich auch die euroskeptischen Positionen problemlos einfügen. Der Populismus, der für die Anti-Establishment-Orientierung der Partei steht und bereits im Namen „Alternative“ zum Ausdruck kommt, fungiert dabei als übergreifendes Scharnier. Er kommt auch in der – aus der Systemkritik abgeleiteten – Forderung nach mehr direktdemokratischen Beteiligungsrechten zum Ausdruck, die sich laut ihrem Parteiprogramm am „Schweizer Vorbild“ orientieren sollen.

Die wirtschaftsliberalen und konservativen Positionen der Partei stellen ebenfalls keinen Gegensatz dar. Sie werden in einem nationalen „Besitzstands- oder Wettbewerbspopulismus“ zusammengeführt, der die Überlegenheit des eigenen Wirtschaftsmodells gegenüber anderen Ländern und Kulturen betont. Die aktuelle Misere der Südländer im Euroraum spielt dieser Argumentation in die Hände, lässt sie sich doch mit der vermeintlichen deutschen Tugendhaftigkeit unmittelbar verknüpfen. Dasselbe gilt für das von der AfD gegen den bestehenden Sozialstaat hochgehaltene Bild einer „Leistungsgesellschaft“, das sich z.B. in der Konzeption einer

ausschließlich auf Nützlichkeitsüberlegungen beruhenden Zuwanderungspolitik niederschlägt. Dies schließt sowohl an christlich-konservative als auch ordoliberalen Ordnungsvorstellungen an.

Das auf dem Stuttgarter Parteitag Ende April 2016 verabschiedete Parteiprogramm wartet mit einer Reihe von marktliberalen Forderungen auf (Auflösung der Bundesagentur für Arbeit, Stufenmodell der Einkommensteuer, Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses), die an die 2013 beschlossenen Leitsätze anschließen. Sie stoßen bei den Nationalkonservativen um Alexander Gauland auf Vorbehalte, die die AfD lieber auf einen sozialpopulistischen Kurs verpflichten und aus ihr die „Partei der kleinen Leute“ machen würden, die sie ausweislich ihrer Wählerstruktur heute größtenteils schon ist. Setzt sich diese von den Landesverbänden im Osten favorisierte Linie durch, entspräche das dem inhaltlichen Profil der meisten rechtspopulistischen Parteien in West- und Mitteleuropa.

Während sich die AfD – von ihrer Forderung nach einer kontrollierten Auflösung der Währungsunion abgesehen – wirtschaftspolitisch mit ihren liberalen Positionen in etwa auf derselben Linie wie die FDP bewegt, rangiert sie gesellschaftspolitisch deutlich rechts von der CDU und etwas weniger deutlich rechts von der CSU. Ihre migrationskritischen und islamfeindlichen Positionen entsprechen weitgehend denen der anderen Vertreter des europäischen Rechtspopulismus, dessen Nukleus von Parteien wie dem französischen *Front National*, der österreichischen FPÖ, der niederländischen *Partij voor de Vrijheid*, dem belgischen *Vlaams Belang* und der italienischen *Lega Nord* gebildet wird. In der Familien- und Geschlechterpolitik vertritt die AfD überwiegend konservative Positionen, was sie von einem Teil der Vertreter des Mainstreams (etwa Geert Wilders) unterscheidet. Deren vergleichsweise liberale Haltungen z.B. bei der Homosexuellengleichstellung sind auch dazu bestimmt, die antiislamische Stoßrichtung des Programms zu unterstützen.

Fragenblock 4

Mit dem Aufkommen der AfD hat sich das deutsche Parteiensystem im (west)europäischen Vergleich „normalisiert“. Dass die Ankunft des neuen Rechtspopulismus hierzulande so lange hat auf sich warten lassen, ist vor allem auf die ausbleibende Mobilisierungskraft des „Ausländerthemas“ zurückzuführen, dessen Politisierung mit Ausnahme der *Grünen* bis in die 2000er Jahre hinein alle Parteien (auch die SPD) vermieden. Die kulturellen Anerkennungskonflikte, die die Integration der Zuwanderer auslöste, wurden deshalb nur diskret ausgetragen – sie sollten tunlichst unter der Decke gehalten werden. Begünstigend wirkte sich ferner aus, dass die überwiegend aus der Türkei stammenden muslimischen Migranten in Deutschland weniger Probleme bei der Aufnahme bereiteten als etwa die maghrebinischen Zuwanderer in Frankreich.

Hauptverantwortlich für die Verweigerungshaltung waren die Unionsparteien, denen es so freilich gelang, die rechte Flanke des Parteiensystems zuverlässig abzusichern. Die Arbeitsteilung der CDU mit der bisweilen offen populistisch agierenden

bayerischen Schwesterpartei CSU erwies sich dabei als ebenso hilfreich wie das Fortwirken nationalkonservativer Traditionen in einem starken rechten Flügel. In Ostdeutschland, wo das rechtspopulistische Potenzial trotz oder gerade wegen des geringen Ausländeranteils noch größer war – und weiterhin ist – als im Westen, wurde das Vordringen der rechten Herausforderer zudem durch die postkommunistische PDS gebremst, die sich den Wählern hier als eigentliche „Protestalternative“ empfahl.

Bei ihrer Entstehung kam der AfD zugute, dass sie einerseits an verschiedene Vorgängerorganisationen anschließen konnte, die von der aufgelösten eurokritischen Partei *Bund freier Bürger* über die Initiative Soziale Marktwirtschaft bis hin zum konservativen Kampagnennetzwerk Zivile Koalition ihrer heutigen AfD-Europaabgeordneten Beatrix von Storch reichten. Auch die Sarrazin-Debatte im Jahre 2010 dürfte mit geholfen haben, das Terrain für den Rechtspopulismus zu ebnen. Andererseits haben die seit 2009 zusammen regierenden bürgerlichen Parteien Union und FDP durch ihren programmatischen Kurs und ihr Regierungshandeln Nischen im Parteiensystem geöffnet. Während die Liberalen nach dem knapp ausgefallenen Mitgliederentscheid für die Rettungspolitik als euroskeptische Stimme ausfielen, wurden in der Union unter Angela Merkels Führung hergebrachte Positionen in der Familien- und Gesellschaftspolitik reihum aufgegeben (durch die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften, Einführung einer Frauenquote in Unternehmen oder das Eintreten für ein modernes Zuwanderungsrecht), die jetzt die AfD besetzt.

Die Motivlagen der AfD-Wähler lassen sich vielleicht mit dem Begriffspaar „Unsicherheit“ und „Unbehagen“ am besten umschreiben. Unsicherheit bezieht sich dabei mehr auf die soziale Situation, also die Sorge vor Wohlstandsverlusten, während Unbehagen auf kulturelle Entfremdungsgefühle zielt, den Verlust vertrauter Ordnungsvorstellungen und Bindungen. Beide Motive verbinden sich im Bedürfnis, die staatlichen Leistungen auf die eigene, einheimische Bevölkerung zu konzentrieren („Wohlfahrtschauvinismus“). Letzteres erklärt zugleich, warum die AfD nicht nur solche nicht-extremistischen Überzeugungswähler aus dem bürgerlich-konservativen Bereich anzusprechen vermag, die sich von der nach links gerückten CDU im Stich gelassen fühlen. Ihre migrations- und gesellschaftspolitischen Positionen wirken vielmehr auch auf linke Wähler anziehend. Erstens stehen diese in den kulturellen Fragen bekanntlich meistens weiter rechts als die von ihnen eigentlich bevorzugten sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien. Und zweitens sind es gerade diese Gruppen, die die Hauptlasten der Globalisierung, der Digitalisierung und der offenen Grenzen zu tragen haben. Die sozialen Ursachen des Rechtspopulismus sind also keineswegs eine Schimäre, auch wenn es dessen Vertretern gelingt, sie in nationale oder kulturelle Konflikte „umzufälschen“.

Blickt man allein auf die nachfrageseitigen Bedingungen, ist mit einem baldigen Verschwinden der Erfolgsgrundlage des Rechtspopulismus nicht zu rechnen. Auch nach einem Abebben der Flüchtlingsdebatte verbleiben der AfD genügend thematische „Gelegenheiten“. Risiken drohen ihr in erster Linie von innen: durch inhaltliche

Richtungsstreitigkeiten, fortwährende personelle Machtkonflikte und die Erosion der Abgrenzung nach rechtsaußen. Gerade letzteres dürfte ihre eigentliche Achillesferse bleiben, die über das mittel- und langfristige Überleben des Rechtspopulismus in Deutschland entscheidet.

Die Bekämpfung der AfD wird dadurch nur scheinbar erleichtert, sind es doch eben jene rechtsextremen Tendenzen, die die anderen Parteien ständig in Versuchung bringen, sie politisch zu stigmatisieren. Damit werten sie die AfD ohne Not auf, indem sie den Außenseiterstatus bestätigen, aus dem die Rechtspopulisten ihre Glaubwürdigkeit ziehen. Eine Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz, so gerechtfertigt sie mit Blick auf deren verfassungsfeindliche Tendenzen und die Beobachtung anderer Parteien sein mag, würde denselben Effekt auslösen. Sie kann deshalb die eigentlich gebotene politische Auseinandersetzung nicht ersetzen. Diese muss zum einen darauf angelegt sein, die Destruktivität der Populisten zu entlarven, die ihre Finger zwar durchaus zu Recht in manche Wunden legen, aber doch niemals Lösungen anzubieten haben, die diesen Namen verdienen. Zum anderen müssen die Parteien ihre eigene Gestaltungsmacht einsetzen, um solche Lösungen herbeizuführen: durch eine realistische Zuwanderungspolitik, die die Grenzen der Aufnahmefähigkeit beachtet, durch nachhaltig wirkende Integrationsmaßnahmen und durch eine Politik des sozialen und kulturellen Zusammenhalts, die den gesellschaftlichen Entsolidarisierungstendenzen sowohl national als auch transnational begegnet.

Torsten Oppelland, Universität Jena

Fragenblock 1

Der Begriff des Rechtspopulismus ist ein politischer Kampfbegriff, der von politischen Gegnern des damit beschriebenen Phänomens üblicherweise in diskreditierender Absicht eingesetzt wird. Doch dasselbe gilt – oder galt zumindest in Zeiten des Kalten Krieges – für Begriffe wie „kommunistisch“ oder „marxistisch“ auch, ohne dass das dazu geführt hätte, diese Begriffe als wissenschaftliche Kategorisierungen aufzugeben. Der Begriff des Rechtspopulismus besitzt hinreichende Trennschärfe, um wissenschaftlich genutzt werden zu können. Die wesentlichen Kriterien sind im Fragenkomplex bereits genannt: Anti-Elitendiskurs, Anspruch, den „wahren Volkswillen“ auszudrücken, und – zumindest in vielen rechtspopulistischen Parteien – eine charismatische Führung, die freilich nicht für immer und alle Zeiten an dieselbe Person gebunden ist. Das zeigt etwa das Beispiel der FPÖ und der dominanten Führung durch Heinz-Christian Strache, der seinen Aufstieg zur Führung nach dem Ausscheiden Haider aus der Partei vollzogen hat. Dass der Weber'sche Charisma-Begriff auf solche Phänomene freilich nur bedingt passt, steht auf einem anderen Blatt. Die Trennschärfe des Begriffs hin zum Rechtsextremismus ist gegeben, denn zwar bewegen sich die politischen Problemlösungen und Einstellungen von Rechtspopulisten auf einer Rechts-Links-Skala im rechten Spektrum – natürlich, sonst wäre es

sinnlos von *Rechts*populisten zu sprechen –, aber die Ausprägungen sind andere als bei Rechtsextremisten. Was nicht bedeutet, dass es nicht zu sachlichen und personellen Überschneidungen kommen könnte, was in den Antworten auf die folgenden Fragen zu diskutieren sein wird.

Da das Grundsatzprogramm der AfD am 1. Mai 2016 mit großer Mehrheit auf einem Bundesparteitag verabschiedet wurde, muss man davon ausgehen, dass es für die politischen Positionen der Partei eine weitaus höhere Verbindlichkeit besitzt als die Äußerungen einzelner mehr oder weniger führender Parteimitglieder. Schon ein oberflächlicher Blick in dieses Programm lässt die Einordnung der AfD als „rechts-populistisch“ plausibel erscheinen. Bereits in der Präambel und im ersten Kapitel wird in geradezu verschwörungstheoretischer Manier der Diskurs von der „politischen Klasse“ eröffnet, die sich „zum heimlichen Souverän“ entwickelt habe und den „Bruch von Recht und Gesetz, die Zerstörung des Rechtsstaates und verantwortungsloses politisches Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft“² sowie ganz allgemein die „Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten“ habe.³ „Ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, [hat] die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen.“⁴ Derartige Analysen stellen eine grobe Verzerrung von einzelnen in der Politikwissenschaft sehr ernsthaft diskutierten Theoremen dar, die in ihrer anti-elitären Stoßrichtung geradezu idealtypisch widerspiegeln, was populistisch ist. Und gegen dieses vermeintlich usurpatorische Kartell wird in ebenso idealtypischer Weise an den Volkswillen appelliert, der sich in Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild ausdrücken können soll.

Die Forderung nach direkt-demokratischer Volksbeteiligung spielte bereits bei den Vorläuferorganisationen der AfD (wie dem 2012 gegründeten „Bündnis Bürgerwille“), in den ersten Wahlkämpfen, an denen die Partei sich beteiligt hat, und jetzt wieder im Grundsatzprogramm eine große Rolle. In einem Punkt freilich unterscheidet sich die AfD deutlich von anderen populistischen Bewegungen und Parteien, denn sie pflegt eine heimliche Lust, die eigene Führung zu demontieren, die offenbar stets Gefahr läuft, selbst als eine Art „Elite“ wahrgenommen zu werden. Dieser Impuls richtete sich zuerst gegen Bernd Lucke, den man anfangs auf Parteiversammlungen noch gefeiert hatte, jüngst aber auch erkennbar gegen die Bundesvorsitzende Frauke Petry. Von einer gewissen Form „charismatischer“ Führung kann, wenn überhaupt, nur auf Landesebene bei dem auf thüringischen Markt- und Domplätzen umjubelten Verbalradikalismus eines Björn Höcke die Rede sein.

2 Alternative für Deutschland, Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Stuttgart 2016, S. 6.

3 Ebd., S. 8.

4 Ebd.

Fragenblock 2

Nimmt man das Grundsatzprogramm der AfD als Maßstab, kann man kaum behaupten, dass die Partei ungeachtet der fast verschwörungstheoretisch anmutenden Begründungen mit ihren konkreten Forderungen zur Reform der bundesdeutschen Institutionen ein Gegner der fundamentalen Prinzipien demokratischer Verfassungsstaaten sei. Auch andere (Anti-Parteien-)Parteien haben oder hatten Sympathien für fakultative und obligatorische Referenden nach Schweizer Vorbild, für ein Gesetzesinitiativrecht der Stimmbürger, für die Trennung von Amt und Mandat, die Beschränkung der staatlichen Parteienfinanzierung (die im Übrigen die AfD selbst hart treffen würde), für ein Wahlsystem mit der Möglichkeit zum Kumulieren und Panaschieren, die Verkleinerung des Bundestages und Amtszeitbegrenzungen. Keine dieser Forderungen, die ebenso in völlig anderen, „unverdächtigen“ Kontexten diskutiert werden, weist auch nur im Mindesten auf eine Ablehnung von Rechtsstaatlichkeit oder Gewaltenteilung oder -kontrolle hin, eher im Gegenteil. Insofern kann auch von autoritären Tendenzen bei der AfD nicht ernsthaft die Rede sein.

Etwas schwieriger ist die Frage nach der Haltung der Partei zu ungeteilten Menschenrechten zu beantworten. Das zentrale Problem ist die Religionsfreiheit. Forderungen wie die Vollverschleierung „im öffentlichen Raum“⁵ generell zu verbieten, die „Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten“⁶ zu unterbinden, den Bau von Minaretten „als islamisches Herrschaftssymbol“⁷ zu verbieten oder Koranschulen zu schließen („solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen hat“⁸) werden zwar mit dem Rekurs auf den freiheitlichen und säkularen Rechtsstaat, der durch Islam und Scharia herausgefordert werde, begründet. Dennoch dürften sich hier äußerst schwierige verfassungsrechtliche Probleme im Hinblick auf die Gleichberechtigung der freien Religionsausübung auftun. Jenseits der grundrechtlichen Problematik senden Äußerungen wie die, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, unbestreitbar Signale auch an integrationswillige und bereits integrierte Muslime, die eher ein Zurückweisen als ein Willkommen ausdrücken. Ob die Partei mit derartigen Forderungen, die durchaus auf reale Probleme reagieren, die die AfD nicht erfunden hat – von den Parallelgesellschaften bis hin zum radikalen, gewaltbereiten Islamismus –, bereits das demokratische Spektrum verlassen hat, hängt letztlich davon ab, wie sie reagieren wird, wenn sie mit diesen Forderungen in konkreten Situationen, etwa im Hinblick auf den Bau einer Ahmadiyyah-Moschee in Erfurt, politisch und/oder vor Gericht scheitern wird. Derzeit wäre es wohl verfrüht zu behaupten, die AfD stehe außerhalb des demokratischen Spektrums.

Das gilt freilich gewiss nicht für alle Mitglieder, nicht einmal für alle Repräsentanten der Partei. Aber alle Parteien, etablierte eingeschlossen, haben innerhalb ihrer Mitglieder ein breites Spektrum an Einstellungen und Meinungen; das gilt auch für

5 Ebd., S. 50.

6 Ebd., S. 49.

7 Ebd., S. 50.

8 Ebd., S. 55.

Parteien wie *Die Linke* oder einst selbst für die SPD, in deren Jugendorganisation die Stamokap-Theorie diskutiert wurde, bei der man auch Zweifel haben konnte, ob sie noch ins demokratische Spektrum gehört. Bislang zumindest unternimmt die Führung der AfD noch erkennbare Anstrengungen, das in der Partei vorhandene Meinungsspektrum einzugrenzen und offen antisemitische oder andere rechtsextreme Meinungsäußerungen aus der Partei auszuschließen. Freilich, in einigen ostdeutschen Landesverbänden wirken diese Bemühungen zum Teil halbherzig, zum Teil werden sie offen unterlaufen. Das Abgrenzungsproblem der AfD wird zusätzlich dadurch erschwert, dass sich die NPD auch immer wieder in populistischer Manier der Themen bedient, zu denen es in Teilen der deutschen Bevölkerung starke Emotionen gibt, von Anti-Parteien-Affekten angefangen bis hin zu Überfremdungsängsten im Hinblick auf den Islam. Das ist bei der NPD jedoch eine Art Camouflage-Strategie, um Unterstützung für ein geschlossen rechtsextremes Weltbild zu generieren. Davon kann bei den AfD-Mitgliedern nicht die Rede sein, die sich in ihrem Grundsatzprogramm als „Liberalen und Konservativen“ als „freie Bürger unseres Landes“ und als „überzeugte Demokraten“⁹ definieren.

Fragenblock 3

Im neuen Grundsatzprogramm ist nach wie vor eine Reihe von wirtschaftsliberalen Forderungen enthalten, etwa hinsichtlich des Bürokratie- und Subventionsabbaus sowie der Vereinfachung des Steuer- und Krankenversicherungssystems. Dennoch ist unverkennbar, dass die Ereignisse des Jahres 2015 – der Exodus zumindest eines Teiles des wirtschaftsliberalen Flügels der Partei und die mit dem Flüchtlingszustrom zusammenhängende Themenkonjunktur – zu einer Verschiebung der programmatischen Schwerpunkte bei der AfD geführt haben. Zwar wurde auch schon in den Politischen Leitlinien von 2014 eine „Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme – auch aus Ländern der EU“ abgelehnt, dies war aber flankiert von einem Bekenntnis zum Asylrecht als einem individuellen Grundrecht. Im Grundsatzprogramm von 2016 fordert die AfD nun, das Asylrecht im Grundgesetz durch eine institutionelle Garantie in Form eines Asylgesetzes zu ersetzen. Darüber hinaus wird gefordert, Anerkennungsverfahren nur noch in den Herkunftsregionen der Asylsuchenden durchzuführen; dafür sollen „Außenstellen des BAMF sowie der Verwaltungsgerichtsbarkeit“¹⁰ in den Ländern eröffnet werden, die sich dazu bereitfinden. Schon die Politischen Leitlinien von 2014 enthielten – lange vor der Entstehung von Pegida – wiederholte Bekenntnisse zur abendländischen Kultur, aber der Begriff „Islam“ tauchte nicht auf. Das ist im Grundsatzprogramm, wie oben bereits beschrieben, deutlich anders, wobei das AfD-Führungspersonal immer wieder betont, dass sich die Islamkritik nicht gegen verfassungstreue und integrationswillige Muslime richte. Damit soll offensichtlich der Vorwurf der Islamophobie zurückgewiesen wer-

⁹ Ebd., S. 6.

¹⁰ Ebd., S. 60.

den, für den zumindest das Grundsatzprogramm kaum Anhaltspunkte liefert. Im Übrigen wendet sich die AfD dort ausdrücklich dagegen, Islamkritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“¹¹ zu diffamieren.

Nach wie vor nehmen konservative Positionen wie die am traditionellen Leitbild der Eltern-Kinder-Familie orientierte Familienpolitik, die den „demographischen Fehlentwicklungen“ in Deutschland entgegenwirken solle, breiten Raum im Programm ein; neu ist dabei jedoch der deutliche Zusammenhang zur Frage der Migration: „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“.¹² Dagegen findet sich die in den Politischen Leitlinien enthaltene, mit wirtschaftlichen Nutzenerwägungen begründete Befürwortung von Handelsabkommen wie TTIP im Grundsatzprogramm nicht mehr. Vielmehr werden solche Handelsabkommen grundsätzlich abgelehnt, „wenn diese intransparent und nicht öffentlich sowie ohne Beteiligung des Bundestages verhandelt werden [...] und unzulässig in nationales Recht eingreifen.“¹³ Insofern spiegelt das Grundsatzprogramm gegenüber den Politischen Leitlinien von 2014 eine deutliche Verschiebung des politischen Einflusses vom liberal-konservativen hin zum national-konservativen Parteiflügel wider.

Das gilt nicht für die Euro-Kritik, die zur politischen DNA der AfD gehört. Wenn man die entsprechenden Passagen des Grundsatzprogramms liest, muss man zugeben, dass der Duktus keineswegs populistisch ist, sondern äußerst sachlich, und dass man derartige Kritik an der Funktionsfähigkeit der Gemeinschaftswährung und der Rettungspolitik sowie an der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank in ähnlicher Form von vielen Ökonomen gehört hat, die keineswegs mit der AfD sympathisieren. Hier finden sich nach wie vor die Spuren eines ökonomischen Sachverstands, der die Partei mit Lucke nicht vollständig verlassen hat. Dass politische Positionen in Wahlkämpfen und auf den Marktplätzen vergrößert präsentiert werden, ist auch in anderen Parteien üblich. Die Sorge um die Grundlagen des deutschen wirtschaftlichen Wohlstands als „wohlstandchauvinistisch“ zu denunzieren, mag in der politischen Auseinandersetzung durchaus üblich sein, ist aber auch nichts Anderes als populistische Polemik.

Fragenblock 4

In meinem ersten Studiensemester habe ich bei Werner Kaltefleiter in Kiel gelernt, dass es zu Opposition *zum* System kommt, wenn es keine Möglichkeit gibt, Opposition *im* System auszudrücken. Der Aufstieg der AfD ist eine Bestätigung dieses politikwissenschaftlichen „Gesetzes“, auch wenn die AfD keine systemoppositionelle Partei im engeren Sinn ist, sondern eine politisch-inhaltliche „Alternative“ in den Politikfeldern bietet, in denen sich die etablierten Parteien in großen Zügen einig sind. Dies gilt insbesondere für die Europapolitik, einschließlich der Euro-Rettungs-

11 Ebd., S. 49.

12 Ebd., S. 41.

13 Ebd., S. 68.

politik, die im Bundestag mit großen Mehrheiten gebilligt wurde, ohne dass innerparteiliche Kritiker in den etablierten Parteien eine Chance gehabt hätten, mit ihrer Skepsis durchzudringen. Es gilt seit dem letzten Jahr aber auch in hohem Maße für die Flüchtlingspolitik, in der es eine inhaltliche Allparteienkoalition gab. Da beides nicht den in der Bevölkerung vorherrschenden Einstellungsmustern entspricht, hat sich eine neue Partei gegründet und erfolgreich die Vertretung der Bevölkerungsteile übernommen, die sich von den vorhandenen Parteien nicht mehr vertreten fühlte.

Daher ist es auch nicht überraschend, dass die AfD allen Parteien (mit Ausnahme der *Grünen*) Wählerstimmen abnehmen konnte. Teile der Wählerschaft der *Linken* in Ostdeutschland – in Westdeutschland ist sie zu klein, um signifikante Stimmenanteile an die AfD abgeben zu können – sind in hohem Maß dem politischen Wert der Gleichheit verpflichtet, wie wir aus vielen Umfragen zur politischen Kultur wissen. Dabei wird „Gleichheit“ offenbar nicht nur im Sinne geringer sozialer Unterschiede, etwa Einkommen und Vermögen betreffend, verstanden, sondern auch als Konformität, als Ähnlichkeit. Genau dies löst Vorbehalte gegenüber Fremden aus anderen Kulturen aus, die von der AfD sehr viel mehr bedient werden als von der *Linken*. Zudem bietet die AfD inzwischen sehr viel mehr als die in Ostdeutschland etablierte und regierende *Linke* die Möglichkeit, Protestwahlverhalten auszudrücken, was insbesondere an den hohen Stimmanteilen in der Gruppe der Arbeitslosen (36 Prozent in Sachsen-Anhalt) erkennbar ist. Für die SPD gilt Ähnliches; auch deren Wähler und Wählerinnen haben offenbar wenig Verständnis dafür, dass für die Euro-Rettungs- und Flüchtlingspolitik Milliardensummen zur Verfügung stehen, während in anderen Bereichen öffentlicher Ausgaben – insbesondere auf kommunaler Ebene – immer wieder gespart werden muss.

Bei der Union liegen die Dinge anders, was in der Frage nach den früher in der CDU beheimateten Positionen bereits zum Ausdruck kommt. „Ja zur Integration, Nein zur doppelten Staatsangehörigkeit“¹⁴, „Kinder statt Inder“¹⁵, „Wir waren nie ein Einwanderungsland und wir sind’s bis heute nicht“¹⁶, „Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!“¹⁷ – dies sind nur einige Beispiele für frühere CDU-Positionen, die heute fast in denselben Worten von der AfD vertreten werden. Die Reihe ließe sich auch für andere Politikfelder fortsetzen mit einer großen Ausnahme, der Europapolitik. Die Union hat, teils aus Gründen der Modernisierung, um neue Wählergruppen zu erschließen, teils aus koalitionspolitischen Erwägungen, ihre inhaltliche Position verändert, und die früheren Inhalte sind von der AfD übernommen worden, was kein Wunder ist, denn zahlreiche Lebensläufe in der Partei –

14 CDU/CSU-Unterschriftenaktion gegen die rot-grüne Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts, 1999 in Zusammenhang mit Landtagswahlkampf in Hessen.

15 CDU-Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen 2000.

16 Wolfgang Schäuble auf dem Integrationskongress des Deutschen Caritasverbandes in Berlin, 7. Dezember 2006, zit. nach: <http://www.tagesspiegel.de/politik/wir-sind-kein-einwanderungsland/783936.html>.

17 Angela Merkel auf dem Deutschlandtag der Jungen Union 2010, zit. nach: Spiegel Online vom 16. Oktober 2010; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/integration-merkel-erklart-multi-kulti-fuer-gescheitert-a-723532.html>.

angefangen bei ihrem Gründer, Bernd Lucke – weisen zum Teil langjährige CDU-Zugehörigkeiten auf. Das spiegelt sich auf der Ebene der Wähler; in Baden-Württemberg hat die AfD 190.000 frühere CDU-Wähler gewinnen können, nach früheren Nichtwählern der zweitgrößte Brocken.¹⁸ Für die FDP liegen die Dinge, weniger in der Migrations- und Integrationspolitik als in der Europapolitik, im Grunde ähnlich, weshalb die FDP in allen bisherigen Konkurrenzsituationen Wähler an die AfD abgegeben hat.

Das Verhalten der etablierten Parteien gegenüber der AfD war anfangs geeignet, die Kartellpartei-These zu bestätigen und der sich als Opfer darstellenden Partei damit weiteren Zulauf zu beschern. Insbesondere die Diskussion um die Teilnahme von AfD-Spitzenkandidaten an den entsprechenden Fernsehdiskussionen war außerordentlich schädlich. Seit dem Papier von Olaf Scholz von Mitte Mai 2016, in dem vor einer „Dämonisierung“ der Partei gewarnt und eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren politischen Forderungen und Positionen angemahnt wird¹⁹, ändert sich die Situation. Ähnliche Stimmen sind inzwischen öfter zu vernehmen, was hoffentlich zu einer Versachlichung in der Auseinandersetzung mit der AfD führen wird. Ob sich diese dadurch selbst auch eine gewisse Mäßigung in der politischen Debatte auferlegen wird, ist keineswegs sicher. Aber wenigstens wäre dann klarer, wo das rauere politische Klima in Deutschland seinen Ursprung hat. Dass die AfD in ihrem aktuellen Zustand von keiner etablierten Partei als Koalitionspartner in Betracht gezogen wird, ist geradezu selbstverständlich. Ob das so bleiben wird, sollte sie sich längerfristig in den Parlamenten halten und zu einer Mäßigung ihrer Rhetorik bereit sein, ist eine andere Frage, die sich derzeit noch nicht ernsthaft beantworten lässt.

Die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz ist nur dort angemessen, wo die politischen Ränder auszufransen beginnen und die Nähe zum Rechtsextremismus größer zu werden beginnt, also konkret etwa beim saarländischen Landesverband. Alles, was darüber hinausgeht, erschiene mir unangemessen.

Werner J. Patzelt, Technische Universität Dresden

Fragenblock 1

„Populismus“ ist der Name weniger einer politischen Richtung als vielmehr eines politischen Stils. Dieser kennzeichnet sich durch die – von Populisten selbst verwendete, ihnen nicht einfach nur zugeschriebene – Gegenüberstellung von „Volk“ und „Eliten“. Letztere gefährdeten, so das typische Empfinden von Populisten, das „Wohl des Volkes“, auf welche Weise und aus welchen Gründen auch immer. Weil

18 Infratest Dimap, unter: http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/analyse-wanderung.shtml#11_Wanderung_CDU.

19 Vgl. Jasper von Altenbockum, Keine falsche Furcht!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Mai 2016.

dieser Eindruck diffus ist, sich allerdings an konkreten – und dabei oft einseitig oder gar falsch verstandenen – Sachverhalten entzündet, sammeln sich in populistischen Stimmungen meist recht unterschiedliche Beschwerden und Anliegen. Je heterogener diese sind, umso schwieriger ist es, aus dem entsprechenden Empörungsvorläufer heraus eine wenigstens zeitweise mobilisierungsfähige Bewegung zu formen oder diese, fürs erste erfolgreich, über längere Zeit zusammenzuhalten.

Für die Neuformung einer populistischen Bewegung bedarf es eines aktuell virulent werdenden politischen Themas, dessen öffentliches Ansprechen jemanden – und zwar nicht selten in ganz zufälliger Weise – zur „Führungsfigur“ macht. Oft erweisen sich solche Leute später als mit der ihnen zugewachsenen Rolle überfordert. Für die Verfestigung einer populistischen Bewegung braucht es aber tatkräftige und weiterhin mobilisierende Führungsfiguren. Da diese einesteils selten sind, andernteils – wenn in einer populistischen Bewegung zusammenfindend – einander oft in die Quere kommen, ist die Stabilität populistischer Bewegungen auch aufgrund der defizitären Qualität und Kooperationswilligkeit ihres Führungspersonals stets prekär.

Ob die Inhalte einer populistischen Bewegung diese als (eher) links oder rechts, als eher politisch mittig oder als pro- bzw. anti-religiös ausweisen, tut bei der strukturellen Einschätzung einer Bewegung als „populistisch“ nichts Wichtiges zur Sache. Es ist allerdings zur Information über das politische Motivations- und Absichtgefüge einer populistischen Bewegung hilfreich, kennzeichnende Marker wie rechts, links, mittig, X-religiös usw. zu verwenden.

In der umrissenen Weise benutzt, ist der Begriff des Populismus ebenso trennscharf, wie das von ihm zu erfassende Phänomen trennscharf ist. Das heißt aber: Er ist gerade nicht sonderlich trennscharf, weil Populäres und Populistisches in der Politik nun einmal nahtlos ineinander übergehen. Solche Unschärfe liegt also nicht an Begriffsmängeln, sondern einfach an der Natur der begrifflich zu erfassenden Sache.

Das alles vorausgeschickt, lassen sich die weiteren gestellten Fragen so beantworten: 1) Klar wird unter den Repräsentanten und Mitgliedern der AfD der – für Populismus typische – „Anti-Eliten-Diskurs“ gepflogen. 2) Klar wird in den Reihen von Repräsentanten und Mitgliedern der AfD der Anspruch erhoben, zwar nicht allein, doch auf alle Fälle besser oder breiter als die „etablierten Parteien“ dasjenige zu artikulieren, was zwar nicht als „der wahre (homogene) Volkswille“ behauptet wird, sehr wohl aber als „die Meinung von breiten, von den etablierten Parteien nicht vertretenen Bevölkerungskreisen“. 3) Charismatische Führung ist in der AfD weder vorhanden, noch wird sie von Repräsentanten oder Mitgliedern als irgendwie wesentlich erwartet. Dringend erwartet wird allerdings Mannschaftsgeist in der Parteiführung, und erhofft wird, dass es endlich eine wenigstens während einiger Jahre wenig umstrittene Führungsfigur gäbe.

Die Etikettierung der AfD über „populistisch“ hinaus als „rechts“ begründet sich einesteils darin, dass diese Partei Inhalte vertritt, die im deutschen politischen Diskurs als rechts gelten. Dazu gehören u.a. der Wunsch nach einer Förderung traditioneller Familien mit geschlechtsverschiedenen Eltern sowie mit zwei und mehr Kindern; der Wunsch nach dem Fortbestand traditioneller deutscher Kultur, gerade an-

gesichts ihrer Herausforderung durch Migrationsprozesse; überhaupt eine patriotische Grundhaltung; oder das Verlangen nach weiterbestehender Nationalstaatlichkeit als bewährtem Rahmen von Demokratie. Andernteils ist unübersehbar, dass sich unter den Repräsentanten, den Mitgliedern und – vor allem – unter den Wählern der AfD besonders viele befinden, die sich selbst für klar rechts eingestellt erklären.

Fragenblock 2

Weder populistische Tendenzen im Allgemeinen noch rechtspopulistische Tendenzen im Besonderen begründen „von vornherein“ eine „Gegnerschaft zu fundamentalen Prinzipien demokratischer Verfassungsstaaten“. Das liegt auch darin begründet, dass es zwischen Populärem und Populistischem eine breite Übergangszone gibt.

Weil Rechtspopulismus nicht selten mit Rassismus einhergeht, ist in seinem Anziehungsbereich Gegnerschaft zur Idee allgemeiner, gleicher Menschenrechte allem Anschein nach deutlich weiter verbreitet als etwa im Anziehungsbereich von Linkspopulismus.

Mit Pluralismus hingegen kommen alle Spielarten von Populismus nicht gut zu recht. Deren Grundempfinden besteht ja gerade darin, die – in der Regel konkurrierenden – Elitegruppen einer Gesellschaft entfernten sich von dem, was „das Volk/die Bevölkerung“ viel klarer und einfacher erkenne; und deshalb handelten „die“ Eliten falsch, man selbst als „Alternative“ zu ihm/ihr aber richtig.

Gegnerschaft zum Rechtsstaat und zu Gewaltenkontrolle kommt – unabhängig von ihrer politischen Prägung – in den Reihen aller Populisten vor allem dann auf, wenn Verweise auf den Rechtsstaat und auf die Folgen von Gewaltenteilung zur Zurückweisung populistischer Forderungen genutzt werden. Derlei Gegnerschaft prägt sich deshalb umso stärker aus, je mehr sich Populisten radikalisieren. Ob sich letzteres bis hin zum Extremismus vollzogen hat, erkennt man daran, ob gewaltenkontrollierende Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und gleiche Rechte für alle Menschen von Populisten nicht nur problematisiert, sondern auch noch abgelehnt werden.

In der Anhängerschaft der AfD ist zu erkennen 1) eine den deutschen Durchschnitt wohl übersteigende, dennoch aber minoritäre Akzeptanz von Antisemitismus und kulturalistischem Rassismus; 2) Aversion gegen Pluralismus, soweit in dessen Rahmen gegnerische Sichtweisen ein großes Echo finden; 3) das übliche deutsche Normalmaß an Skepsis hinsichtlich der Praxis unseres Rechtsstaates und der Nebenwirkungen praktizierter Gewaltenkontrolle.

Insgesamt gibt es keinen Grund, die AfD als „außerhalb des demokratischen Spektrums“ befindlich einzuschätzen. Sie ist auf der politischen Rechten – wie auch Wählerstromanalysen in Ostdeutschland belegen – im Wesentlichen das Seitenstück dessen, was auf der politischen Linken die Masse der – mental und strukturell konservativen – Mitglieder der (alten) PDS gewesen ist. Von der NPD unterscheidet die AfD grundlegend, dass sie die politische Ordnung Deutschlands und dessen Grundwerte bejaht, also gerade innerhalb des Verfassungskonsenses eine andere Politik

herbeiführen will. Diese „andere Politik“ ist – ausweislich des Parteiprogramms – überwiegend eine solche, die früheren CDU-Positionen sowie vielen weiterhin vertretenen CSU-Positionen entspricht. Es ist deshalb die AfD keine „Anti-System-Partei“, sondern ein Alternativangebot innerhalb des Systems, das allerdings in unverkennbar populistischer Weise formuliert und beworben wird.

Fragenblock 3

Zu den Teilfragen halte ich die folgenden Antworten für richtig:

- 1) Die AfD will die Nation als bewährten Rahmen von Demokratie sowohl durch Fortbestand deutscher Kultur als auch durch eine Ausgestaltung der EU als quasi-de Gaulle'schem „Europa der Vaterländer“ aufrechterhalten. Gleiches gilt für traditionelle Familienstrukturen, bei deren Fortbestand – so die programmatische Annahme der AfD – die Notwendigkeit weiterer Einwanderung sinke. Beides zusammen kann man „nationalkonservativ“ nennen. Man sollte sich aber davor hüten, diesen Begriff bei Anwendung auf die AfD auch schon gleich nach „chauvinistisch“ klingen zu lassen.
- 2) Zum Rechtspopulismus der AfD siehe die Antworten zum Fragenkomplex (1).
- 3) Wirtschaftspolitisch ist die Position der AfD widersprüchlich, weil es nun einmal programmatisch schwierig ist, die sozialen Interessen jener „kleinen Leute“, die man in erster Linie vertreten will, mit einem ordnungspolitischen Kurs zu verbinden, der – gemäß in der Partei weiterwirkenden wirtschaftswissenschaftlichen Einsichten – auf anhaltende wirtschaftliche Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit Deutschlands im internationalen Wettbewerb abzielen soll.
- 4) Wenn „Wohlstandschauvinismus“ nicht mehr meint als den Versuch, den eigenen Wohlstand auch künftig gegen Übernutzung durch Zahlungspflichten innerhalb der Eurozone oder durch weit überproportionale Aufnahme von Geflüchteten zu sichern, wird zwar ein bewusst negativ klingendes Wort verwendet, der gemeinte Sachverhalt aber gut getroffen.
- 5) Die AfD ist klar skeptisch gegenüber den Folgen des Euro für die südeuropäischen Staaten, für den Zusammenhalt in der EU sowie für das künftige Wohlergehen Deutschlands. Außerdem vertritt sie die Position, die EU habe bei ihrer bisherigen Integrationspolitik (Euro, Schengen, Einwanderung etc.) den Bogen überspannt und gefährde durch ein „Weiter so!“ das Erreichte. Für diese Haltung ist „Euroskepsis“ wahrscheinlich ein besserer Begriff als „Euroskeptizismus“.
- 6) Klar vertritt ein Großteil der AfD-Mitglieder und AfD-Wähler islamophobe und (übergeneralisierte) muslimfeindliche Positionen.
- 7) Die AfD wünscht insgesamt weniger Zuwanderung und – vor allen Dingen – keine Fortsetzung der „passiven“ Zuwanderungspolitik über den Asylartikel des Grundgesetzes, über die Genfer Flüchtlingskonvention und über subsidiäre Schutzansprüche. Sie tritt stattdessen für eine „aktive“ Zuwanderungspolitik

dahingehend ein, dass Deutschland gemäß seinen eigenen Interessen festlegen soll, wen es dafür gewinnen will, künftig seinen Lebensmittelpunkt hierzulande zu haben. Ein Begriff wie (allgemeine) „Fremdenfeindlichkeit“ trifft diese Position nicht. Korrekt wären Begriffe wie „Ablehnung von Überfremdung“ oder „Ablehnung von Einwanderung in die Sozialsysteme“.

- 8) Lange Zeit konnte – anders als in Europas übrigen Ländern – in Deutschland keine rechtspopulistische Partei Fuß fassen. Zu den Ursachen gehört einesteils, dass die Union den politischen Raum von der Mitte bis hin zum rechten Narrensaum mit Nachdruck beherrschte, und andernteils, dass es gelang, jede Position rechts der Union unter Verweis auf die Verbrechen des Nationalsozialismus als inakzeptabel auszugrenzen. Das gelingt nicht mehr, seit die Union den rechten Rand sich selbst überlassen hat und es deshalb nicht mehr plausibel ist, alle Positionen und Personen rechts von einer sich nur noch als mittig verstehenden Union auch schon als (tendenziell) nazistisch zu etikettieren. In Verbindung mit den Euro- und Einwanderungskrisen haben beide Ursachen unserem Land eine sich verstetigende rechtspopulistische Partei beschert. Um der Regierbarkeit unseres Landes willen wäre es besser gewesen, es nicht soweit kommen zu lassen, also die „deutsche Ausnahme“ zu bewahren.

Fragenblock 4

Die wichtigsten Ursachen für den Erfolg der AfD sind die folgenden: 1) Die AfD wurde als seriöse Partei um ein reales Problem herum gegründet („Welchen Sinn hat die Eurorettungspolitik?“), dann aber solange von ihren politischen Gegnern als „rechtspopulistisch“ etikettiert, bis in großem Umfang rechts eingestellte Deutsche auf sie als mögliche rechte Alternative zu den etablierten Parteien aufmerksam wurden. Ihre anschließende bewusste Positionierung als „Partei rechts der Union“ trug zum weiteren Machtaufstieg der AfD insofern bei, als wiederum ein reales Problem („Wie kommen wir mit welcher Einwanderung welchen Ausmaßes zurecht?“) mit Antworten versehen wurde, die klar anders – und für viele Bürger überzeugender – klangen als die Antworten der anderen Parteien. Die „Summenformel“ für den Erfolg der AfD lautet somit: Die AfD schloss als mit seriösem Anspruch auftretende Nicht-Krawall-Partei jene Repräsentationslücke, welche die CDU fahrlässig zum rechten Rand hin hatte aufreißen lassen.

2) Sonderliche Schnittmengen zur FDP sehe ich nicht. Sie könnten allerdings entwickelt werden, wenn sich die AfD nicht als nationalkonservative, sondern als nationalliberale Partei aufstellte und – was allerdings etliche programmatische Anstrengungen bräuchte – in eine zeitgemäße Nachfolge des Deutschland einst prägenden Nationalliberalismus einträte.

3) Die zentrale Erklärung für die Anziehungskraft der AfD auf SPD- und Linke-Wähler lautet: Einige AfD-Positionen sind traditionell linke Positionen (gegen die Globalisierung, für ein besseres Leben gerade der einfachen Leute, gegen „kriegstreiberische Politik“ gegenüber Russland und im Nahen Osten, für mehr Volksab-

stimmungen etc.). Überdies leuchtet es vielen Leuten in Deutschland nicht ein, dass eine Begrenzung der Einwanderung (und dabei zumal jener in die – von den Einheimischen zu finanzierenden – Sozialsysteme der Bundesrepublik) an sich schon „rechts“ oder gar „rassistisch“ sein sollte. Also versagen zwar nicht unter den Eliten, sehr wohl aber unter den „einfachen Leuten“ viele konventionelle Abschreckungsstrategien „gegen rechts“.

Angesichts dieser Ursachen des Erfolgs der AfD ist das bislang praktizierte Verhalten etablierter politischer Kräfte gegenüber der AfD als schlechterdings politisch töricht zu bezeichnen. Statt ernst zu nehmen, von welchen Problemen das Aufkommen der AfD tatsächlich zeugt, und statt sich dann an einen offensiv geführten Diskurs über diese Probleme (samt Aufzeigen realistischer Problemlösungsmöglichkeiten!) zu machen, verharrt man denk- und verhaltenskonservativ in eingeschliffenen Kampffritualen: als rechtsradikal hinstellen, aus Diskussionsrunden ausgrenzen, für unwählbar erklären. Das aber verdingt nicht, weil die AfD nun einmal eine Partei ganz anderer Herkunft, Zusammensetzung und Zielsetzung ist als ehemals die DVU oder NPD. Untaugliche Reaktionen haben – unterm Strich – also für viele Bürger nicht die AfD, sondern gerade die etablierten Parteien unattraktiver gemacht. Deshalb kann bis auf weiteres die AfD sich nur selbst besiegen, etwa durch anhaltenden Führungsstreit oder durch innerparteiliche Akzeptanz rassistischer bzw. antisemitischer Positionen.

Eine systematische Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz wäre – milde formuliert – eine parlamentarisch zu kritisierende Verschwendung öffentlicher Mittel. Es ist aber sehr wohl angebracht, im Rahmen der ständigen Beobachtung des rechtsradikalen Narrensaums oder des rechtsextremistischen Verbrechertums aufzuklären, ob, welcher Art und wie weit es – ausgehend von beiden – persönliche oder organisatorische Vernetzungen hinein in die AfD gibt.

Antworten zu den Antworten

Wie kaum anders zu erwarten, weisen die AfD-Parteivorsitzenden den Vorwurf des Rechtsextremismus weit zurück. Die NPD sei eine politische Gegnerin, die AfD „grundgesetztreu und rechtsstaatsverliebt“. Sie geriere sich weder „fremden- noch muslimfeindlich“ und habe kein Problem mit Ausländern, „die sich in unsere Gesellschaft integrieren, unsere durch christlich-abendländische Tradition und Aufklärung begründeten Werte akzeptieren“. Von der Partei gingen „keinerlei verfassungsfeindliche Bestrebungen aus“ und eine „Beobachtung durch den Verfassungsschutz“ würde sie „mit allen rechtlichen Mitteln angreifen“. Was den Populismusvorwurf angeht, kehren die Parteirepräsentanten gleichsam den Spieß um: Werde „Populismus“ mit negativer Konnotation verwendet, offenbare sich „eine Entfremdung zwischen herrschender politischer Kaste und Bevölkerung“. Die AfD führe auch keinen „Antielitendiskurs“, sondern „allenfalls einen Diskurs gegen die etablierten Eliten“.

Die Antworten der Politikwissenschaftler gehen mit dieser Selbstdarstellung nur teilweise konform. Sie räumen ein, dass die AfD partiell Positionen (etwa in der Ausländer- und Familienpolitik) vertrete, von denen sich die CDU entfernt habe. Torsten Oppelland stützt sich insbesondere auf das im Mai verabschiedete Grundsatzzprogramm. Die Forderungen der AfD zur Reform der bundesdeutschen Institutionen (u.a. mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild) dokumentierten schwerlich eine Gegnerschaft zu den „fundamentalen Prinzipien demokratischer Verfassungsstaaten“. Hingegen sieht er ein in der Programmatik angelegtes Spannungsverhältnis zur Religionsfreiheit, wenn die Partei etwa für das Verbot von Minaretten plädiere und dezidiert bestreite, dass der Islam „zu Deutschland“ gehöre.

Was die Verwendung des Begriffs Populismus angeht, so dürfte wohl keiner der Fachvertreter den Parteivorsitzenden in ihrer Feststellung zustimmen, dieser sei ein Beleg für die Entfremdung zwischen Volk und politischer Elite. Der häufige Missbrauch des Begriffs wird konzidiert, die Verwendung als analytisches Werkzeug bei hinreichend trennscharfer Definition jedoch nicht in Abrede gestellt. Torsten Oppelland sieht im Grundsatzzprogramm alle wesentlichen Merkmale des Populismus erfüllt – mit einer Ausnahme: Weder werde die Partei charismatisch geführt, noch scheine sie darauf überhaupt Wert zu legen. Diesen Punkt betonen Werner J. Patzelt und Frank Decker, wobei Decker die Partei wiederum stärker als Oppelland und Patzelt im rechtspopulistischen Parteienspektrum Europas verankert sieht. Charismatische Führung sei jedoch kein notwendiges Merkmal des Populismus. Vielmehr würden nicht wenige Parteien dieser Familie in ihrer Anfangsphase charismatisch geleitet, befreiten sich im Prozess der „Verstetigung“ aber aus der „Abhängigkeit von ihren Anführern (und deren charismatischen Eigenschaften)“.

Was die Frage des Rechtsextremismus angeht, so vertritt Decker die Auffassung, dieser könne mit Rechtspopulismus einhergehen, während Oppelland eher dazu neigt, beide Phänomene als voneinander getrennt anzusehen. Auch wenn es rechtsextremistische Positionen innerhalb der Partei gebe, sei dies noch kein Beleg für den rechtsextremistischen Charakter der Partei insgesamt, schließlich seien früher auch innerhalb der heute „etablierten“ Parteien – er erwähnt sozialdemokratische Anhänger der Stamokaptheorie – vereinzelt Positionen vertreten worden, deren Vereinbarkeit mit den fundamentalen Prinzipien demokratischer Verfassungsstaaten mit guten Gründen in Frage gestellt werden könne. Decker betont dagegen die Stärkung rechtsextremistischer Standpunkte innerhalb der AfD infolge der Abspaltung ihres wirtschaftsliberalen Flügels. Auch Werner J. Patzelt hebt hervor, Rechtspopulismus gehe „nicht selten mit Rassismus“ einher und sei dann folglich mit der „Idee allgemeiner, gleicher Menschenrechte“ unvereinbar. Doch hält er es für zu weit gehend, die AfD in ihrer Gesamtheit „außerhalb des demokratischen Spektrums“ anzusiedeln, denn sie wolle Veränderungen überwiegend „innerhalb des Verfassungskonsenses“ herbeiführen. Anders als die NPD handele es sich nicht um eine „Anti-System-Partei“. Daher sei eine Beobachtung der Partei nur insoweit gerechtfertigt, als sie dazu diene, die Frage zu klären, welche „persönliche oder organisatorische Vernetzungen“ es innerhalb der AfD mit dem organisierten Rechtsextremismus gebe.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Diese Vernetzungen erkennen alle drei Politikwissenschaftler, Frank Decker am stärksten. Insgesamt stimmen sie in der Auffassung überein, die Auseinandersetzung mit der AfD sei in erster Linie politisch – also durch die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Forderungen – zu führen. Über die richtige Strategie – zwischen Integration und Stigmatisierung – im Umgang mit der AfD besteht keine Einigkeit, auch weil sie sich nach wie vor als ein schillerndes Phänomen darbietet, das die Grenze zwischen Politik, Populismus und Provokation nicht immer klar erkennen lässt.

U.B./A.G./E.J.

Daten, Dokumente, Dossiers

Wahlen 2015

Von Eckhard Jesse

1. Ausgangsposition

2015 war für die Bundesrepublik Deutschland ein ausgesprochen wahlarmes Jahr. Nur in den beiden Hansestädten Hamburg (im Februar) und Bremen (im Mai) gab es Wahlen. Das Interesse hielt sich angesichts des beschränkten bundespolitischen Charakters in Grenzen, zumal die nächsten Bundestagswahlen weit entfernt waren. In beiden Stadtstaaten wurde mit großen Überraschungen nicht gerechnet. Die SPD lag jeweils klar in Führung, stellte in Hamburg sogar die absolute Mehrheit der Mandatsträger.

2014 hatten Wahlen zum Europäischen Parlament, dem ersten Wahlgang nach der Bundestagswahl, und in drei ostdeutschen Bundesländern stattgefunden: Sachsen, Brandenburg und Thüringen.¹ Bei den Europawahlen schnitt die Union, wie jedes Mal seit der ersten Direktwahl 1979, am besten ab. Sie lag 10,0 Punkte vor der SPD. Die *Alternative für Deutschland* (AfD) und die Partei *Die Linke* hatten mit über sieben Prozent mehr als das Doppelte der FDP erreicht. Da das Bundesverfassungsgericht sowohl eine Fünfprozent- als auch eine Dreiprozenthürde für die Wahl zum Europäischen Parlament verworfen hatte, konnte die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) mit 0,9 Prozent der Stimmen ein Mandat durch Udo Voigt erringen. Die drei Landtagswahlen führten in mancher Hinsicht zu überraschenden Ergebnissen. Nur in Brandenburg kam es zur Fortsetzung der bisherigen rot-roten Koalition unter der Ägide der SPD, in Thüringen (das erste Mal überhaupt in einem Bundesland) zu einem rot-rot-grünen Bündnis (unter der Ägide der *Linken*), in Sachsen zu einer von der CDU geführten Koalition mit der SPD (wie bereits zwischen 2004 und 2009).

Damit ist die SPD in allen drei Ländern an der Regierung beteiligt, *Die Linke* zweimal, CDU und *Bündnis 90/Die Grünen* je einmal. Die erst im Frühjahr 2013 gegründete AfD zog jeweils klar in den Landtag ein: zunächst in den von Sachsen, ihrer Hochburg, kurz darauf, sogar mit einem zweistelligen Ergebnis, in die Landtage Brandenburgs und Thüringens, lag allerdings überall deutlich hinter der Partei *Die Linke*. Hingegen scheiterten die Liberalen bei allen drei Wahlen zu den Landesparlamenten, in denen sie zuletzt vertreten waren, klar an der Fünfprozenthürde (mit für die Partei deprimierenden Resultaten zwischen 1,5 und 3,8 Prozent). Der Ab-

1 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2014, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 27, Baden-Baden 2015, S. 97-113.

wärtstrend, der 2013 im Scheitern an der Fünfprozenthürde bei der Bundestagswahl gipfelte, setzte sich fort.

Die Linke erzielte in Thüringen mit 28,2 Prozent ihr bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl. Allerdings musste sie in Sachsen als Oppositionskraft leichte Verluste hinnehmen, in Brandenburg als Regierungskraft starke. Die NPD kam in Sachsen mit 4,9 Prozent nicht mehr in den Landtag, dem sie von 2004 an angehört hatte. Und auch in den anderen beiden Bundesländern, in denen sie noch niemals in den Parlamenten repräsentiert war, scheiterte sie mit 3,6 Prozent (Thüringen) und 2,2 Prozent (Brandenburg) jeweils an der Fünfprozenthürde.

Die Ausgangspositionen für die Partei *Die Linke* und die NPD konnten damit unterschiedlicher nicht sein.² Wie schon früher fielen die Perspektiven für die Partei *Die Linke* damit weitaus besser aus als für die NPD, zumal der Bundesrat Ende 2013 gegen diese einen Verbotsantrag angestrengt hatte. Das höchst ambitionierte Ziel der *Linken*: in beiden Stadtstaaten zweistellig zu werden; das bescheidene Ziel der NPD: die für die staatliche Teilfinanzierung ausschlaggebende Hürde von 1,0 Prozent der Stimmen zu überwinden. Das ist ein Unterschied von 10:1.

2. Bürgerschaftswahl in Hamburg

Die Hamburger Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 fand keine sonderlich große Aufmerksamkeit. Die allein regierende SPD unter ihrem populären Ersten Bürgermeister Olaf Scholz wollte ihre Mehrheit behaupten, die Grünen hofften auf eine Juniorpartnerschaft. Die CDU konnte gegenüber der SPD im Wahlkampf keinen Konfrontationskurs fahren, weil die Regierungspartei, zumal Olaf Scholz im Vergleich zu Dietrich Wersich (CDU), über hohes Ansehen verfügte. Das Ergebnis löste wenig Überraschungen aus.³ Da beide Volksparteien Stimmen einbüßten (die Verluste der oppositionellen CDU waren höher als die der regierenden SPD) und alle vier kleineren Konkurrenten (Grüne, *Die Linke*, FDP, AfD) in die Bürgerschaft gelangten, verlor die SPD ihre absolute Mandatsmehrheit. Die Bildung der rot-grünen Koalition war keine Überraschung. Erneut fiel die Zahl der ungültigen Stimmen mit 2,8 Prozent, mehrheitlich nicht intendiert⁴, wegen des als kompliziert empfundenen Wahlrechts hoch aus, freilich nicht ganz so hoch wie 2011.

2 Vgl. Uwe Backes, Organisationen 2014, in: Ebd., S. 114-125.

3 Vgl. Patrick Horst, Die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 15. Februar 2015: Rot-Grün für Olympia und für die Referendumsfestigkeit der hanseatischen Feierabenddemokratie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 46 (2015), S. 518-538.

4 Vgl. ders., Das neue Hamburger Wahlrecht auf dem Prüfstand: kontraproduktiv, aber schwer reformierbar, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (2011), S. 707-724.

Tabelle 1: Bürgerschaftswahl Hamburg (Stimmen in Prozent)*

SPD	45,6	(-2,8)
CDU	15,9	(-6,0)
Bündnis 90/Die Grünen	12,3	(+1,1)
Die Linke	8,5	(+2,1)
FDP	7,4	(+0,7)
AfD	6,1	(-)
PIRATEN	1,6	(-0,5)
Neue Liberale	0,5	(-)
NPD	0,3	(-0,6)
Die PARTEI	0,9	(+0,2)
ÖDP	0,4	(+0,1)
RENTNER	0,3	(-0,2)
Hamburger Bürgerliste	0,2	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl im Jahre 2011 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

„DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit.“⁵ So lautete der erste programmatische Satz in ihrem Wahlprogramm. Eingangs hieß es: „Eine soziale, demokratische und menschenfreundliche Politik braucht einen Politikwechsel in der EU, in Deutschland und auch in Hamburg.“⁶ Der Kapitalismus könne nicht das Ende der Geschichte sein. In 19 Punkten legte die Partei ihren Forderungskatalog vor. Sie votierte für ein sozialeres Hamburg, für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, für eine solidarische Flüchtlingspolitik, für einen sozialökologischen Umbau, für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Die Partei schloss rigoros jegliches Regierungsbündnis aus, als sei dies eine in Erwägung gezogene Alternative für die anderen Parteien. Der letzte Satz ist ein fettgedruckter Imperativ: „Empört euch, wehrt euch, organisiert euch!“⁷ Mit „Empört Euch“ spielt *Die Linke* auf den weit verbreiteten Essay des französischen Widerstandskämpfers Stéphane Hessel aus dem Jahre 2013 mit seiner Kampfansage an das Finanzkapital an.

Im Abschnitt „Keinen Fußbreit dem Faschismus und Rechtspopulismus“ rechnete die Partei mit anderen Positionen ab, nicht nur mit rechtsextremistischen. „Die Beurteilung von Menschen nach Verwertungs- und Ausbeutungskriterien wird von der NPD völkisch zugespitzt und bis zur physischen Vernichtung von Menschen ver-

5 DIE LINKE, Landesverband Hamburg, Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015. Für eine Politikwende – Hamburg für die Menschen und nicht für den Profit, Hamburg 2014, S. 4.

6 Ebd., S. 4.

7 Ebd., S. 74.

folgt. CDU/CSU, SPD und Grüne unterwerfen sich in ihrer Politik den herrschenden ökonomischen Verwertungsgeboten: Wer nützlich ist, kann bleiben, wer nicht, wird gnadenlos aussortiert. So schafft u. a. die inhumane Flüchtlingspolitik der SPD die sozialen Voraussetzungen dafür, dass rassistische Parolen verfangen können.“⁸ Eine besondere Kritik gilt der AfD (die FDP wird ignoriert) – sie verteidige mittels „sozialdarwinistischer Ideologien (Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamophobie, Diskriminierung von Langzeitarbeitslosen usw.)“⁹ die Ausbeutung der Menschen. *Die Linke* hingegen mache sich stark für eine „Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für internationale Solidarität und soziale Gleichheit“.¹⁰ Sie lehnte entschieden eine Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Sommerspiele 2014 ab.

Im Vorfeld der Wahl deutete sich für die Partei ein Konflikt an, der sich nach der Wahl entlud. Im November 2014 erhielt Dora Heyenn, jahrzehntelang in der schleswig-holsteinischen SPD aktiv, ehe sie 1999 aus- und 2005 in die WASG eingetreten war, nur 55 Prozent bei ihrer dritten Wahl zur Spitzenkandidatin (nach 2008 und 2011). Erst wollte sie die Wahl nicht annehmen, ließ sich dann jedoch dazu überreden.¹¹ Den Wahlkampf stellte die Partei stark auf sie ab. Auf Plakaten hieß es mit ihrem Kopf: „Mehr Menschlichkeit, das muss schon drin sein“. Von den Wählern, die sie kannten, waren mit ihr fast so viele zufrieden wie nicht zufrieden. Das ist für eine Politikerin aus den Reihen der Postkommunisten ein sehr gutes Ergebnis. Obwohl *Die Linke* mit 8,5 Prozent ihren Anteil gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl um 2,1 Punkte steigern konnte (und damit um ein Drittel), wurde sie nicht wieder Fraktionsvorsitzende. Das Gespann um Cansu Özdemir und Sabine Boedinghaus setzte sich mit 5:4 durch. Daraufhin trat Heyenn sogleich aus der Fraktion aus, blieb aber in der Partei und als fraktionslose Abgeordnete in der Bürgerschaft.¹² Im November 2015 verließ sie entnervt auch die Partei. Ihre Erklärung: „Der Prozess der Entfremdung beschleunigte sich immer deutlicher.“¹³

Die Partei konnte im Reservoir der SPD und der Grünen erfolgreich „wildern“. Sie erzielte zweistellige Ergebnisse bei Arbeitern und bei Arbeitslosen. Bei den Männern erreichte *Die Linke* 8,9 Prozent, bei den Frauen 8,0 Prozent. Anders als in den neuen Bundesländern erhielt sie bei den jüngeren Menschen mehr Stimmen als bei den älteren. So votierten 13,9 Prozent der 18- bis 24-jährigen Frauen für sie, aber

8 Ebd., S. 23.

9 Ebd., S. 24.

10 Ebd., S. 24.

11 Vgl. Jana Werner, *Die Linke zwischen Dauerdiskussion und Wahlkampf*, in: *Die Welt* vom 6. Januar 2015.

12 Vgl. u. a. den Artikel: fab/dpa, *Entmachtete Fraktionschefin verlässt Fraktion*, unter: <http://www.spiegel.de/politik> (2. März 2015).

13 Zitiert nach Sven-Michael Veit, *Heyenn nicht mehr links*, unter: <http://www.taz.de> (27. November 2015).

nur 2,2 Prozent der über 70-jährigen Frauen.¹⁴ Die Unterschiede nach dem Alter fallen größer aus als die Unterschiede nach dem Geschlecht.

Die NPD hatte sich unter ihrem nahezu unbekannten Spitzenkandidaten Lennart Schwarzbach, einem 24-jährigen Ingenieur, auf das Thema „Asyl“, „Asylbetrug“ und „Asylterror“ „eingeschossen“. So hieß es unter der Überschrift „Wir leisten Widerstand gegen den ÜBERFREMDUNGSIRRSINN“: „Während die Einheitsparteien im Rathaus auf unsere Kosten die Masseneinwanderung und den Asylbetrug fördern, fallen immer mehr Deutsche – trotz Arbeit – in Armut. Sozialwohnraum wird Zuwanderern zugewiesen. Der Staat zahlt. Wohnraumspekulanten machen Kasse. Kinderarmut und Rentner, die Pfandflaschen sammeln müssen, um finanziell über den Monat zu kommen, sind Erscheinungen, die noch vor Jahren undenkbar waren! Es ist kein Zufall. Zeitgleich mit der Masseneinschleusung der Fremden findet eine regelrechte Steuerabzocke der Deutschen statt. Das feste Sozialgefüge der Deutschen – über Generationen gewachsen – wird durch die ungerechte Einbeziehung der Fremden untergraben.“¹⁵ „Fremdländer“ verdüsterten das Antlitz Hamburgs. Eine weitere Forderung lautete: getrennte Beschulung von deutschen und fremdsprachigen Kindern.

Die Partei war im Wahlkampf so gut wie nicht präsent. Es gab lediglich zwei Wahlkundgebungen: „Asylbetrug ist kein Menschenrecht – Deutschland ist kein Einwanderungsland“ und „Deutschland ist kein Einwanderungsland – Multikulti Tod sicher“. „Beide Kundgebungen hatten kaum Außenwirkung in der Bevölkerung und wurden so massiv von Gegendemonstranten gestört, dass nur mit großem Polizeiaufgebot eine Konfrontation der Lager verhindert werden konnte.“¹⁶ Hingegen hieß es bei der NPD unter der Überschrift „Gelungene Kundgebung in Hamburg-Mitte“, die „zahlreichen Zuschauer und Passanten“ seien „über die drängenden Probleme der deutschfeindlichen und asozialen Politik der etablierten Einheitsparteien im Hamburger Rathaus aufgeklärt“¹⁷ worden. Was unter „zahlreich“ zu verstehen ist, kam nicht zur Sprache.

Auf den Wahlplakaten war u. a. zu lesen: „Asylflut stoppen“ – „Asylbetrug macht uns arm“ – „Volksgesundheit statt Pharmaprofite“. Die NPD hatte sich besonders Russlanddeutsche als Wahlklientel auserkoren. „Die Nationaldemokraten haben die antirussische Hetze [...] nicht mitgemacht und wehren sich gegen die Bevormundung aus Brüssel, Washington und Tel Aviv.“¹⁸ Das war einer von sechs Gründen, weswegen Russlanddeutsche für die NPD stimmen sollten. Die Realität sah anders

14 Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg am 15. Februar 2015, Bd. 1: Analyse, Hamburg 2015, S. 35.

15 Unter: www.npdhamburg.de (10. Februar 2015).

16 Verfassungsschutzbericht Hamburg 2015, Hamburg 2016, S. 173.

17 Gelungene Kundgebung in Hamburg-Mitte, unter: <http://www.npdhamburg.de> (8. Februar 2015).

18 Zur Bürgerschaftswahl am 15. Februar in Hamburg: Russlanddeutsche wählen NPD, unter: <http://www.npdhamburg.de> (11. Februar 2015).

aus – das Ergebnis von 0,3 Prozent erwies sich für die Partei als ein Desaster.¹⁹ Sie erhielt damit nur ein Drittel des Stimmenanteils vom letzten Mal. Eine Reaktion der Partei blieb aus, soweit feststellbar.

Das Wahlprogramm der AfD verdeutlichte in der Präambel die eigene Grundsatzposition. „Wir denken und handeln wirtschaftsliberal und wertkonservativ, vertreten die bürgerliche Kultur, Tradition sowie das Freiheitsstreben auf Grundlage unserer abendländischen Geschichte.“²⁰ Die Hamburger AfD verstand sich als „bürgerliche Partei“, die den „bürgerlichen Leistungsgedanken“ fördert, „bürgerliche Themen“ aufgreift – mit einem Programm der „bürgerlichen Vernunft“.²¹ Im Vordergrund rangierte Bildung, gefolgt von Wirtschaft. Die Themen „Innere Sicherheit“ sowie „Zuwanderung und Asyl“ spielten dagegen eine eher untergeordnete Rolle. Die Kritik am „dichten politischen Filz der Alt-Parteien“²² fiel gleichwohl deutlich aus.

Im Wahlkampf sah sich die AfD zahlreichen Anfeindungen zumal der Antifa ausgesetzt. Das Wahlergebnis von 6,1 Prozent bedeutete den ersten Einzug der Partei in ein westdeutsches Landesparlament. Als sich auf dem Parteitag im Juli 2015 der Flügel um Bernd Lucke von der AfD abgespalten hatte, übte der Hamburger Partei- und Fraktionsvorsitzende Jörn Kruse, Emeritus für Wirtschaftspolitik und zwischen 1968 und 1993 SPD-Mitglied, deutliche Kritik an den Gegnern Luckes. „Ich bin sicher, dass wir ein besseres Ergebnis erzielt hätten, wenn Parteimitglieder im Osten nicht mit rechten Sprüchen Wahlkampf gemacht hätten.“²³ Den Fraktionsvorsitz behielt Kruse wegen des Wählerauftrages bei, den Parteivorsitz nicht. Obwohl die Hamburger AfD-Fraktion sich als betont wirtschaftsliberal versteht, trat kein Mitglied zur Lucke-Konkurrenz über.

Die AfD bekam ihre Stimmen etwa im gleichen Umfang von der CDU, der SPD, „sonstigen“ Parteien und Nichtwählern. Ihr Elektorat zeigte sich mit der wirtschaftlichen Lage unzufriedener als die der etablierten Parteien. Die Partei war stärker bei der Arbeiterschaft und den Arbeitslosen vertreten, wenngleich nicht derart überproportional wie *Die Linke*. Für etwa zwei Drittel der Befragten beruhte die Wahl der AfD nicht auf ihren politischen Inhalten, sondern auf einem „Denkzettel“ an andere Parteien. Die AfD entpuppte sich als „Partei der Männer“ (7,9 Prozent; Frauen: 4,6 Prozent)²⁴ und „der Älteren“, wobei die geschlechtsspezifischen Unterschiede stärker als die altersspezifischen ausfallen. 9,1 Prozent der 60- bis 69-jährigen Männer

19 Vgl. den Artikel: NPD erleidet Schiffbruch bei Hamburger Bürgerschaftswahl, unter: <http://www.endstation-rechts.de> (16. Februar 2016).

20 Alternative für Deutschland, Landesverband Hamburg, Wahlprogramm – Bürgerschaftswahl 2015, Hamburg 2014, S. 5.

21 Für die Zitatbelege ebd., S. 5 f., 28.

22 Ebd., S. 6.

23 Zitiert nach Julia Witte, Kruse: „Nicht mehr meine Partei“, unter: <https://www.welt.de/regional/es/hamburg> (4. Mai 2016). Die Parteivorsitzende Frauke Petry etwa vertrat eine Gegenposition. Siehe Vera Kämper, AfD droht der nächste Krach, unter: <http://www.spiegel.de> (16. Februar 2015).

24 Für das Wahlverhalten der 16-17-Jährigen (AfD: 4,1 Prozent) ließen sich wegen der geringen Anzahl keine Angaben nach dem Geschlecht treffen.

stimmten für sie, aber lediglich 3,8 Prozent der 18- bis 24-jährigen Frauen. Nur in der Gruppe der 16- bis 17-Jährigen erreichte die AfD keine fünf Prozent.

3. Bürgerschaftswahl in Bremen

Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 10. Mai 2015 stieß auf eine noch geringere Aufmerksamkeit innerhalb und außerhalb des kleinsten Bundeslandes. Deswegen durfte die niedrige Wahlbeteiligung von 50,2 Prozent nicht verwundern. Der Wahlkampf verlief geräuschlos. Da Jens Böhrnsen („Bürgermeister, Hanseat, Bremer“) eine weitaus größere Popularität als seine Herausforderin Elisabeth Motschmann von der CDU besaß, schien nichts auf eine Überraschung hinzudeuten. Das Wahlergebnis war zum Teil erwartet worden (dass die CDU wieder zweitstärkste Partei würde, nachdem 2011 die Grünen wegen der Fukushima-Katastrophe diesen Rang eingenommen hatten), zum Teil nicht (dass die Regierungspartei SPD einen Verlust von 5,8 Punkten hinnehmen müsste).²⁵ Gleichwohl änderte dies nichts an dem folgenden Sachverhalt: Bremen ist das einzige Bundesland, in dem dieselbe Partei (ununterbrochen seit 1946) den Regierungschef stellt. Die SPD bildete erneut, wie im Wahlkampf signalisiert, eine rot-grüne Koalition, obwohl die beiden Parteien zusammen 12,2 Punkte eingebüßt hatten. Jedoch trat Böhrnsen von seinem Amt zurück, damit die politische Verantwortung für den Rückgang der SPD-Stimmen und für das schlechteste Abschneiden der Partei seit 1946 übernehmend. Carsten Sieling, bisher Bundestagsabgeordneter und früher Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft, avancierte zu seinem Nachfolger. Hier sitzen nunmehr sieben Parteien. Der FDP gelang diesmal der Einzug, anders als 2011, der AfD auf Anhieb.

Allerdings gab es ein Hin und Her um die Frage, ob der Partei auch in Bremerhaven der Sprung über die Fünfprozenthürde gelungen sei. Nach den Auszählung am Wahlabend war dies nicht der Fall (4,97 Prozent). Die AfD protestierte. Das Bremer Verwaltungsgericht gestattete ihr, die Stimmzettel zu prüfen. Da sie eine Reihe von Zählfehlern zuungunsten der eigenen Partei gefunden hatte, sprach ihr das Wahlprüfungsgericht im Dezember 2015 ein Mandat in Bremerhaven zu (und der SPD eines weniger)²⁶ – für ihren dortigen Spitzenkandidaten Thomas Jürgewitz, der zuvor bei der CDU, der FDP, den Freien Wählern und der Schill-Partei aktiv war. Doch im September 2016 entschied der von der SPD und dem Landeswahlleiter angerufene Staatsgerichtshof nach einer erneuten Stimmenauszählung, an der alten Mandatsverteilung sei festzuhalten. Die AfD konnte ihren Anteil in Bremerhaven zwar um 33 Stimmen erhöhen, aber das reichte nicht für das Überwinden der Fünfprozenthürde

25 Vgl. Lothar Probst, Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 10. Mai 2015: SPD und Grüne Verlierer der Wahl, aber Mehrheit knapp behauptet, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 46 (2015), S. 539-560.

26 Vgl. Bernd Schirrmeyer, AfD erstreitet einen Sitz mehr, unter: <http://www.taz.de> (21. Dezember 2015).

(4,99 Prozent).²⁷ Selbst wenn der Partei ein fünftes Mandat zugebilligt worden wäre, hätte sie keinen Fraktionsstatus erlangt. Drei Abgeordnete waren nach der Abspaltung des Flügels um Bernd Lucke der von ihm gegründeten Partei *Allianz für Fortschritt und Aufbruch* (ALFA) beigetreten. Sie konstituierten sich in der Bürgerschaft zur Gruppe „Bremer Bürgerliche Reformer“.

Aufgrund der Besonderheit des Bremer Wahlrechts reicht es, entweder im Wahlbereich Bremen oder im Wahlbereich Bremerhaven die Fünfprozenthürde zu überspringen. Dies schaffte die 2004 gegründete Wählervereinigung *Bürger in Wut* (BiW) unter ihrem langjährigen Vorsitzenden, dem Polizisten Jan Timke, in Bremerhaven (wie bereits 2007 und 2011). Damit zogen Repräsentanten von sieben politischen Strömungen in die Bürgerschaft ein. Wegen des komplizierten und auch in anderer Hinsicht kritikwürdigen Wahlrechts²⁸ lag die Zahl der ungültigen Stimmen mit 3,0 Prozent erneut hoch (2011: 3,3 Prozent).

Tabelle 2: Bürgerschaftswahl Bremen (in Prozent)*

SPD	32,8	(-5,8)
CDU	22,4	(+2,0)
Bündnis 90/Die Grünen	15,1	(-7,4)
Die Linke	9,5	(+3,9)
FDP	6,6	(+4,2)
AfD	5,5	(-)
BIW	3,2	(-0,5)
Die PARTEI	1,9	(-)
PIRATEN	1,5	(-0,4)
Tierschutzpartei	1,2	(-)
NPD	0,2	(-1,4)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl im Jahre 2011 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken

Die Linke war anders als bei der letzten Wahl 2011 nicht mehr zerstritten. Nicht so sehr die beiden Landesvorsitzenden Doris Achelwilm und Christoph Spehr bestimmten den Kurs der Partei, sondern es war vor allem die Fraktionsvorsitzende Kristina Vogt, die für Ruhe in den eigenen Reihen gesorgt hatte. *Die Linke* hatte vorher jede Regierungsbeteiligung eigens ausgeschlossen. Dies fiel ihr schon des-

27 Vgl. den Artikel: Bremerhaven – AfD bekommt kein zusätzliches Mandat in Bürgerschaft, unter: <http://www.spiegel.de/politik> (13. September 2016).

28 Vgl. Paul Tiefenbach, Das Bremer Bürgerschaftswahlrecht in der Kritik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 46 (2015), S. 578-588.

halb einfach, weil weder SPD noch Bündnis 90/Die Grünen eine Einbeziehung dieser Oppositionskraft in die Regierung in Erwägung zog.

Das Wahlprogramm der Partei zur Bürgerschaftswahl 2015 (es gab auch eine Kurzversion und eine Fassung in leichter Sprache) umfasste 82 Seiten. Im Vordergrund stand das Engagement für soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung. Im Vorwort hieß es: „Wir werben für einen grundsätzlichen Politikwechsel und eine sozialere, eine friedliche und solidarische sowie eine ökologische und emanzipatorische Gesellschaft, die nicht auf das Wohlergehen weniger, sondern auf die Interessen der breiten gesellschaftlichen Mehrheit ausgerichtet ist. Dazu müssen wir entschieden der gesellschaftlichen Spaltung entgegentreten, die seit Jahren fortschreitet und immer größere Teile der Gesellschaft von Teilhabe und selbstbestimmter Lebensgestaltung ausschließt.“²⁹ Die rot-grüne Landesregierung wurde heftig attackiert: Sie „hat keine Konzepte zur Umkehr dieses Prozesses entwickelt, sondern steht für eine weitere Vertiefung der sozialen Spaltung. Armutsbekämpfung steht nur auf dem Papier und ist in der Realität nichts weiter als Armutsverwaltung.“³⁰ Das Programm bestand aus fünf großen Kapiteln (Soziale Stadt; Recht auf Arbeit, Einkommen, Ausbildung und Freizeit; Gleichberechtigte Teilhabe für alle; Finanzen: In Zukunft investieren statt kaputt kürzen; Vielfalt leben, Gestaltungs- und Entscheidungsräume ausbauen), die wiederum in Unterkapiteln gegliedert waren. So hieß es unter der Überschrift „Kein Fußbreit dem Faschismus“: „Vereine und Institutionen, die antifaschistische Bildungs- und Unterstützungsarbeit leisten, müssen finanziell verlässlich gefördert werden. Der Geheimdienst und andere staatliche Vertreter*innen der sogenannten Totalitarismustheorie, mit der die singulären Verbrechen Deutschlands relativiert werden sollen, sind für uns dagegen keine geeigneten Partner*innen für geschichtspolitische Projekte.“³¹ Massive Kritik galt der „Schuldenbremse“. Es sei nötig, Einnahmen zu erhöhen, nicht Ausgaben zu senken. Die Partei, die sich der weiteren Privatisierung kommunaler Aufgaben widersetzte, warb mit drei Großflächenplakaten: „Moin Bremen, was geht?“ – „Soziale Politik, das geht!“ – „Bezahlbare Wohnungen, mehr Geld für Bildung, öffentliches Eigentum statt Privatisierung. Das geht.“

Die Linke erreichte mit 9,5 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte und zog damit das dritte Mal in die Bürgerschaft ein. Zu Recht konnte sie sich mit einem Anstieg um 70 Prozent als „eigentliche Gewinnerin der Wahl“³² fühlen. Ihr nutzte die Regierungsverantwortung durch die linke Konkurrenz, so dass sie in der Opposition mit ihrer Fixierung auf „soziale Gerechtigkeit“ in gewisser Weise ein Alleinstellungsmerkmal besaß. Die Partei schnitt überproportional gut bei den Arbeitslosen ab und – das deckt sich – bei den Wählern, die ihre persönliche wirtschaftliche Lage als schlecht betrachteten. Sie galt als eine Partei, die zwar keine Probleme löst, aber die

29 DIE LINKE, Bremen: Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015, Bremen 2015, S. 3.

30 Ebd., S. 3.

31 Ebd., S. 45.

32 Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE, Wahlbericht. DIE LINKE in den Bürgerschaftswahlen Bremen 2015, Bremen 2015, S. 2.

Dinge beim Namen nennt. Wie die repräsentative Wahlstatistik erhellt³³, war sie bei den Männern (10,9 Prozent) erfolgreicher als bei den Frauen (8,3 Prozent), bei den 16- bis 25-Jährigen (13,3 Prozent) erfolgreicher als bei den über 70-Jährigen (4,0 Prozent). Der Unterschied ist besonders krass, wird ihr Ergebnis bei den 16- bis 25-jährigen Männern (15,9 Prozent) mit dem bei den über 70-jährigen Frauen (2,7 Prozent) verglichen.

Die NPD war die einzige rechtsextremistische Partei, die sich in Bremen zur Wahl gestellt hatte, allerdings nur im Wahlbereich Bremerhaven unter ihrem Landesvorsitzenden Horst Görmann und ihrem Spitzenkandidaten Alexander von Malek. Offenbar fand die Partei keine geeigneten Kandidaten. Das letzte Mal war noch der frühere DVU-Vorsitzende Matthias Faust angetreten. Ihr Ergebnis von 0,2 Prozent (2011: 1,6 Prozent) fiel desaströs aus. Dies war angesichts eines fast vollständigen Wahlkampfverzichts vorhergesagt worden.³⁴ „Die in Bremerhaven angemeldeten Infotische blieben unbeachtet oder wurden abgesagt.“³⁵ Die Partei war ganz auf das Thema Asyl ausgerichtet. Ihre Hauptforderungen lauteten: konsequente Abschiebung von Islamisten; keine Errichtung weiterer Asylbewerberheime im Stadtstaat; Streichung der finanziellen Anreize; Investition dadurch freiwerdender Mittel für benachteiligte Familien.³⁶ Die Wahlplakate der NPD: „Asylantenflut stoppen oder Unterbringung in den Wohngebieten der Bonzen“; „Gegen Islamismus und Sozialabbau“. Der bremische Verfassungsschutzbericht stellte fest: „Sowohl das Wahlergebnis als auch der schwache Wahlkampf verdeutlichen die seit mehreren Jahren zunehmende Handlungsunfähigkeit des Bremer Landesverbandes. Seit 2011 trat der NPD-Landesverband kaum noch öffentlich in Erscheinung. [...] Der Bremer Landesverband kämpft seit Jahren mit einem starken Mitgliederrückgang, und es gelingt ihm nicht, insbesondere junge Aktivisten an sich zu binden.“³⁷

Der Wählervereinigung BiW, die sich als bürgerlich-konservativ versteht und im Wahlkampf auf die Einhaltung von „law and order“ gedungen hatte (z.B. Ausbau der Videoüberwachung), zumal in provokativer Form, war erneut der Sprung in die Bürgerschaft gelungen. Obwohl sie einen bundesweiten Anspruch erhebt, ist diese Wählervereinigung faktisch nur in Bremen aktiv, hier vor allem in Bremerhaven. Sie erreichte landesweit zwar lediglich 3,2 Prozent, aber im strukturschwachen Bremerhaven überwand sie mit 6,5 Prozent die Fünfprozenthürde (Wahlbereich Bremen: 2,7 Prozent). Während die Timke-Gruppierung bei den Männern (3,7 Prozent) besser abschnitt als bei den Frauen (2,8 Prozent), gab es keine großen Disproportionen nach dem Alter.³⁸

33 Vgl. Statistisches Landesamt der Freien Hansestadt Bremen, Bürgerschaftswahl 2015 im Land Bremen: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Bremen 2015, S. 10.

34 Vgl. Oliver Cruzcampo, Landtagswahl: NPD gibt Bremen auf, unter: <http://www.endstation-rechts.de> (6. März 2015).

35 Verfassungsschutzbericht Bremen 2015, Bremen 2016, S. 27.

36 Vgl. unter: www.facebook.com/NpdBremen.

37 Verfassungsschutzbericht Bremen 2015 (FN 35), S. 27.

38 Vgl. Statistisches Landesamt der Freien Hansestadt Bremen (FN 33), S. 10.

Landesweit kam die AfD auf 5,5 Prozent. Im Stadtstaat Bremen hatte sie sowohl bei der Bundestagswahl 2013 als auch bei der Europawahl 2014 klar unterdurchschnittlich abgeschnitten, so dass sich das Ergebnis für sie als Erfolg werten ließ, zumal durch die Konkurrenz der BiW. Das Wahlprogramm der AfD unter ihrem Vorsitzenden Christian Schäfer umfasste die Punkte Bildung, Familie und Soziales, Finanzen und Wirtschaft, Innere Sicherheit, Integration und Zuwanderung, Lebendige Demokratie. In der Präambel sprach sie von den „verkrusteten Strukturen“ nicht zuletzt aufgrund der seit 68 Jahren bestehenden sozialdemokratischen Hauptregierungsverantwortung im Stadtstaat, im Schlusswort von dem „Beharren auf dem Grundprinzip der Subsidiarität“.³⁹ Das Thema Flüchtlinge spielte im Wahlprogramm kaum eine Rolle, im Wahlkampf schon eher. Gleich der Partei *Die Linke* waren bei der AfD Arbeiter und Arbeitslose ebenso überrepräsentiert wie mit der eigenen wirtschaftlichen Lage Unzufriedene. Nach dem Wählerstromkonto profitierte die Partei gleichermaßen vom bisherigen CDU-Elektorat wie von dem der SPD und der Grünen, jedoch kaum von dem der FDP und der Partei *Die Linke*. Deutlich mehr erhielt sie von Wählern anderer Parteien. Die AfD, bei den Männern (7,5 Prozent) doppelt so stark wie bei den Frauen (3,7 Prozent)⁴⁰, erreichte nur in der Gruppe der 16- bis 25-Jährigen (3,6 Prozent) nicht die Marke von fünf Prozent. Die Extremwerte: Den 8,9 Prozent bei den 45- bis 59-jährigen Männern stehen 2,9 Prozent bei den 35- bis 45-jährigen Frauen gegenüber.

4. Fazit und Ausblick

In Hamburg blieb Olaf Scholz, aber die Regierungskonstellation (Rot-Grün trat an die alleinige Stelle der SPD) änderte sich, in Bremen blieb Rot-Grün, an der Spitze stand jedoch nicht mehr Jens Böhrnsen. Das rot-grüne Lager hatte sich in den beiden norddeutschen Stadtstaaten behauptet, wenn auch mit Verlusten. Hingegen stagnierte die CDU, während das „bürgerliche“ Pendant, die FDP, sich zur Überraschung vieler erholen konnte und noch vor der AfD lag. *Die Linke* gelangte jeweils auf den vierten Platz. Bremen und Hamburg sind damit neben dem Flächenstaat Saarland die Hochburgen der Partei in den alten Bundesländern. Das Umgekehrte gilt für die NPD, die nicht einmal die für die staatliche Teilfinanzierung erforderliche Marke von 1,0 Prozent erreichen konnte.

Die These vom Wandel des Parteiensystems kommt einer Binsenweisheit gleich.⁴¹ Aber in Deutschland scheint diese Veränderung besonders drastisch zu sein. Das Parteiensystem der Bundesrepublik war vor der deutschen Einheit lange

39 Alternative für Deutschland, Landesverband Bremen, Wahlprogramm 2015, Bremen 2015, S. 1, 59.

40 Vgl. Statistisches Landesamt der Freien Hansestadt Bremen (FN 33), S. 10.

41 Vgl. Frank Decker, Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zur Theorie und Empirie, Baden-Baden 2016; Oskar Niedermayer, Nichts ist mehr, wie es einmal war, in: Ders. (Hrsg.), Das Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2013, Frankfurt a.M. 2015, S. 311-329.

ein Hort der Stabilität. Mit der deutschen Einheit, entstand durch die PDS bzw. *Die Linke* ein Fünfparteiensystem. Nun steuert Deutschland auf ein Sechsparteiensystem zu: Neben den beiden Volksparteien sowie den rechts- und linkspopulistischen Kräften (AfD auf der einen, *Die Linke* auf der anderen Seite; jeweils stärker in den neuen als in den alten Bundesländern) behaupten sich die Grünen und auch die Liberalen, wie etwa die Ergebnisse in Hamburg und Bremen zeigen. Das deutsche Parteiensystem hat damit europäische Normalität angenommen. Die Ursachen für den Wandel sind vielgestaltiger Natur, struktureller, z. B. Erosion der herkömmlichen Milieus, und situativer, etwa die Euro(pa)Krise. Die „Konsenspolitik“, die als „alternativlos“ gilt, provoziert populistische Proteste. Rechts- (fixiert auf Antiimmigration) und Linkspopulismus (fixiert auf Antikapitalismus) weisen Affinitäten auf – in den Feindbildern (etwa Globalisierung, USA, EU) und im Politikstil: durch Versprechungen mit Blick auf das Füllhorn sozialer Wohltaten. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit bremste lange das erfolgreiche Aufkommen einer politischen Kraft, die mit Hinweis auf die deutsche Identität Punkte zu sammeln sucht, und die Existenz einer starken linken Protestpartei bildete zusätzlich ein Hemmnis. Aber der nicht nur subkutane Wandel der Union (mehr der CDU als der CSU) zu einer Partei, die kaum noch frühere Positionen aus dem konservativen Lager vertritt, hat eine Repräsentationslücke entstehen lassen, die nun eine neue Kraft füllt. Die bekannte These Oskar Niedermayers vom „fluiden Fünfparteiensystem“⁴², gekennzeichnet durch eine offene Wettbewerbssituation, bedarf daher, jedenfalls bezogen auf die Zahl der Parteien, einer Relativierung.

Der Wandel des Parteiensystems hat Auswirkungen auf die jeweilige Koalitionsbildung.⁴³ Diese hängt von vielen Unwägbarkeiten ab⁴⁴: von arithmetischen wie von politischen. Was nützt eine arithmetische Mehrheit für zwei Parteien, wenn ein politischer Konsens fehlt? So war es 2013 mit Schwarz-Grün⁴⁵ im Bund. Umgekehrt gilt: Was nützt ein politischer Konsens, wenn eine arithmetische Mehrheit fehlt? So könnte es 2017 mit Schwarz-Grün sein. Aus der Not geborene lagerübergreifende Dreier-Bündnisse, von den Wählern nicht „abgesegnet“ und mit Reibungsverlusten behaftet, provozieren neue Konflikte. Die zwei „Ampel“-Koalitionen in Brandenburg und Bremen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre scheiterten vor Ablauf der

42 Vgl. etwa Oskar Niedermayer, Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 9-35.

43 Vgl. Eckhard Jesse, Zum Kontext alternativer Koalitionskonstellationen. Das deutsche Parteiensystem im Wandel; Frank Decker, Von Schwarz-Rot zu Schwarz-Grün? Szenarien der Koalitionsbildung vor der Bundestagswahl 2017, jeweils in: Volker Kronenberg (Hrsg.), Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, Wiesbaden 2016, S. 9-21, 141-157.

44 Um dies an einem Beispiel zu zeigen: Die erste schwarz-grüne Koalition (in Hamburg 2008) war nur möglich durch den Einzug der Partei *Die Linke* in die Bürgerschaft. Bei einem Scheitern an der Fünfprozenthürde hätte es knapp für ein rot-grünes Bündnis gereicht, wie vor der Wahl angestrebt.

45 Vgl. zu dieser lagerübergreifenden Koalitionsvariante Christoph Weckenbrock, Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund, Baden-Baden 2016.

Legislaturperiode, und auch das 2009 gebildete schwarze „Ampel“-Bündnis im Saarland brach 2012 vorzeitig auseinander.

Was *Die Linke* betrifft, so will sie 2016 in den beiden westlichen Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erstmals in den Landtag gelangen, in den beiden östlichen Bundesländern Sachsen-Anhalt – erstmals – und Mecklenburg-Vorpommern – erneut – in die Regierung. Im Berliner Stadtstaat strebt sie wieder eine Regierungsbeteiligung an (wie zwischen 2002 und 2011). Das Aufkommen der AfD könnte ihr allerdings einen Strich durch die Rechnung machen. Diese schwächt die NPD weiter: Die Partei des harten Rechtsextremismus dürfte 2016 nicht mehr in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zurückkehren und kaum Aussichten haben, in einen anderen Landtag zu gelangen. Ihre Aussichten sind zappenduster, unabhängig vom Ausgang des seit 2013 anhängigen Verbotsverfahrens in Karlsruhe.

Organisationen 2015

Von Uwe Backes

1. Ausgangssituation und Rückblick

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Depolarisierungstrend im deutschen Parteiensystem schien im Jahr 2014 gebrochen. Dies war keineswegs die Folge von Gewichtsveränderungen am linken Flügel des politischen Spektrums. Die im Inneren heterogene Partei *Die Linke* hielt sich im langjährigen Vergleich auf bescheidenem Niveau – insbesondere in den westlichen Landesteilen, wo alle Versuche dauerhafter Etablierung mehr oder weniger gescheitert waren. Wenn von der Regierungsübernahme in Thüringen einstweilen keine kräftigen Impulse ausgingen, die auf eine Erhöhung des Koalitionspotentials auch auf Bundesebene hindeuteten, so lag das vor allem an den abweichenden außenpolitischen Orientierungen der Partei (pazifistisch, europaskeptisch, antiamerikanisch, antizionistisch, russlandfreundlich). Eine Repolarisierung ging vom rechten Flügel des Parteiensystems aus, wo Koalitionsoptionen eine weit geringere strategische Rolle spielten. Dies galt insbesondere für die – nach einer Parteispaltung nach rechts rückende – *Alternative für Deutschland* (AfD), die neben der schwelenden EU-Finanzkrise vom Bedeutungszuwachs der Asylproblematik profitierte und Wähler aus nahezu allen politischen Lagern zu mobilisieren vermochte. Dies gelang ihr, weil sie im Unterschied zu der vom Parteiverbot bedrohten *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) und deren Konkurrenten rechtsaußen „rechte“ Themen (nationalistische Europakritik, klassische Familienförderung, Sicherheit und Ordnung, restriktive Migrationspolitik) bediente und doch erkennbar Distanz zu NPD-Positionen hielt.

Mit Blick auf das Jahr 2015 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die AfD ihren Etablierungskurs fortsetzen, der NPD und deren rechtsextremistischen Rivalen das Wasser abgraben? War infolgedessen mit dem weiteren Niedergang der organisatorisch und finanziell geschwächten NPD zu rechnen? Würde das „politische Tief“ der *Linken* anhalten und das innerparteiliche Konfliktpotential weiter anwachsen lassen? Wie würden sich die Entwicklungen an den Rändern des Parteiensystems auf militante Gruppierungen auswirken? Könnte neben den klassischen Rechts-Links-Konfrontationen die Konfliktlinie zwischen Muslimfeinden und Islamisten/Salafisten weiter an Bedeutung gewinnen?

2. Linksextremismus

Den linken Flügel des politischen Spektrums dominierte wie in den Vorjahren die in rechtlicher Kontinuität zur früheren DDR-Staatspartei SED stehende, jedoch vielfältig transformierte und nur in einigen Unterorganisationen vom behördlichen Verfassungsschutz beobachtete Partei *Die Linke*. In den Parlamenten der östlichen Länder, wo die Partei die bei weitem stärksten Landtagsfraktionen unterhielt, überwogen vergleichsweise pragmatisch agierende Politiker. In Thüringen trat sie in Gestalt ihres ersten Ministerpräsidenten betont staatsmännisch auf. Bodo Ramelow nutzte im Oktober 2015 einen Israelbesuch, um auf ostentative Distanz zu solchen Parteifreunden zu gehen, die in ihrer Kritik am Verhalten Israels gegenüber den Palästinensern mitunter „gefährlich nah am Antisemitismus“¹ lagen. Im Unterschied zu früheren Jahren mied die Partei auch im Bundesvorsitz provokantes Auftreten. Mit den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sowie dem mediengewandten Gregor Gysi an der Spitze der Bundestagsfraktion verfügte sie über ein professionelles Leitungsteam, das die heterogenen Parteiflügel zusammenhielt und nach außen für ein moderates Erscheinungsbild sorgte.

Mit Besorgnis folgten die auf eine rot-rot-grüne Koalition hinarbeitenden Partei-„Reformer“ auf dem Bielefelder Parteitag (6./7. Juni 2015) daher der Rede Gregor Gysis, mit der er seinen bereits im Jahr zuvor verkündeten Entschluss bekräftigte, sein Amt als Fraktionsvorsitzender im Oktober 2015 turnusgemäß zu räumen, um es „in jüngere Hände zu legen“. Gysi zog eine Bilanz des eigenen politischen Wirkens und bezeichnete es als einen seiner größten Erfolge, der *Linken* weit höhere gesellschaftliche Akzeptanz verschafft zu haben, als dies am Ende der DDR möglich erschienen sei. Er appellierte an die Parteigenossen, diesen Weg konsequent weiter zu gehen und sich um eine Übernahme von Regierungsverantwortung im Bund wie in den Ländern zu bemühen. Dabei warb er – wohlwissend, dass dies bei seinen innerparteilichen Gegnern keine Selbstverständlichkeit sei – für die unbedingte Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien, deren Vorzüge er nicht zuletzt angesichts der gegen ihn geführten Prozesse (über die Art seiner einstigen Zusammenarbeit mit dem MfS²) erkannt habe. Für die von der Partei angestrebte Transformation des Kapitalismus komme angesichts der funktionierenden „politischen Demokratie“ der Bundesrepublik „nur der gewaltfreie Weg“ in Frage. „Wir müssen versuchen, eine Mehrheit der Menschen in unserem Land von unserem Weg zu überzeugen. Wenn uns das nicht gelingt, haben wir nicht das Recht, sie zu unserem Weg zu zwingen.“³ Zudem müsse man die Stärken des Kapitalismus bewahren und den Menschen deutlicher sagen, was zu erhalten und was zu überwinden sei. Dabei sollten die „Leistun-

1 Martin Machowecz, Bodo Ramelow. Hört mal her, so geht das nicht!, in: Die Zeit Online vom 29. Oktober 2015.

2 Vgl. Alexander Haneke/Guido Franke, Das Leben des Anderen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Mai 2015.

3 Gregor Gysi, „Macht aus alledem was draus!“. Rede auf dem Bielefelder Parteitag, unter: <http://www.linksfraktion.de/reden/macht-alledem-was-draus/> [12. August 2015].

gen“ der DDR benannt, zugleich aber auch ihre diktatorischen Züge nicht verschwiegen werden: „Wir brauchen ein zutiefst kritisches Verhältnis zum Staatssozialismus, also auch zur DDR. Wir müssen die Einschränkungen von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit deutlich herausarbeiten und so glaubhaft wie möglich garantieren, dass wir ein Höchstmaß an Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anstreben.“ Gysi ging so weit, seiner Partei gleichsam eine antiextremistische Haltung zu empfehlen, wenn er konstatierte: „Übrigens mag ich leidenschaftliche, engagierte, auch radikale Leute, aber keine Extremistinnen und Extremisten, schon weil sie frei von Humor und Toleranz sind. Dass Rechtsextremisten furchtbar sind, ist klar. Linksextremisten können aber auch mehr als unangenehm sein.“⁴

Dass solche Äußerungen bei den Parteihardlinern Missfallen erregten, zeigte die Reaktion des Bundessprecherrates der *Kommunistischen Plattform* (KPF), der zugleich – und mit Recht – bemängelte, auf dem Bielefelder Parteitag nicht angemessen zu Wort gekommen zu sein.⁵ Gysis Rede habe „die tiefen Differenzen“ bemängelt, „die es in der LINKEN im Verhältnis zu programmatischen Fragen und somit auch zu Grundfragen der täglichen Politik der Partei“⁶ gebe. Der Kapitalismus sei zu überwinden und nicht etwa zu reformieren. Und in der Frage einer Regierungsbeteiligung ließe sich nur durch eine Mitgliederbefragung erhellen, ob sich die Parteibasis für ein rot-rot-grünes Bündnis erwärmen lasse.

Wenige Tage nach dem Parteitag wurde bekannt, dass sich die bisherigen Stellvertreter Gysis im Fraktionsvorsitz, Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, bereit erklärt hatten, die Fraktion ab Oktober gemeinsam zu führen.⁷ Kritiker aus dem „Reformer“-Lager sprachen angesichts der Zusammenarbeit der Flügel-Repräsentanten von einem „Gleichgewicht des Schreckens“. Die „Reformer“ hätten mit dem „Kuhhandel“ „eine gefährliche Gegnerin machtpolitisch aufgewertet, ohne eine erkennbare Gegenleistung zu erhalten.“ Die Öffnung der Partei für die Politik Wagenknechts und ihres Ehemannes Oskar Lafontaine mache die *Linke* zur Geisel des „Rachefeldzugs Lafontaines gegen die Sozialdemokratie“.⁸

Die einstige KPF-Repräsentantin Wagenknecht sorgte vor allem durch Äußerungen zur Außen- und Flüchtlingspolitik für innerparteiliche Debatten. So kritisierte sie das Vorgehen der USA in Syrien, während sie das russische verteidigte.⁹ Angesichts der sich zum Jahresende zuspitzenden Flüchtlingskrise brachte sie die Idee einer Kontingentierung der Schutz- und Asylsuchenden ins Spiel – Gedankenspiele,

4 Ebd.

5 Vgl. den Parteitagsbericht von: Franziska Fislage, Vaterlose Linke. Parteitag Die Linke, Bielefeld, 6. bis 7. Juni 2015, Konrad-Adenauer-Stiftung/Hauptabteilung Politik und Beratung, Parteimonitor aktuell, Berlin, 16. Juni 2015.

6 „Wir geben es unumwunden zu!“ Erklärung des KPF-Bundessprecherrates zum Bielefelder Parteitag, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform vom 9. Juni 2015.

7 Vgl. Markus Decker, Ohne Wagenknecht kein Bartsch, in: Frankfurter Rundschau vom 9. Juni 2015.

8 Jpsb, Wagenknartsch oder Bartschknecht? Wie Rechts wird die „Neue Linke“?, in: Potemkin. Zeitschrift für eine kritische Linke vom 3. November 2015.

9 Vgl. Sebastian Fischer/Kevin Hagen, Linken-Fraktionschefin Wagenknecht: „Militärische Interventionen des Westens helfen dem IS“, in: Spiegel Online vom 7. Dezember 2015.

von denen sich der Parteivorstand alsbald distanzierte.¹⁰ Professionelle Beobachter bewerteten die Vorstöße Wagenknechts als Reaktion auf Unmut an der Partei- und Wählerbasis. Dort wünschten sich viele „einen strengeren Kurs gegenüber Flüchtlingen. Es sind auch traditionelle Linke-Wähler, die bei Pegida mitmarschieren.“ Verwiesen wurde u.a. auf Umfragen, denen zufolge sich „26 Prozent der Linken-Anhänger“ vorstellen könnten, „bei Demonstrationen gegen die ‚Islamisierung‘ Deutschlands mitzumachen.“¹¹

Hatte die Partei ihre Mitgliederzahl durch den Zusammenschluss mit der WASG 2007 zeitweilig zu erhöhen vermocht, sank diese ab 2010 wieder und erreichte nach Parteiangaben Ende 2015 mit rund 59.000 den niedrigsten Stand seit Beginn der 1990er Jahre (siehe Tab. 1). Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtete im Jahr 2015 neben der KPF folgende innerparteiliche Gruppierungen der *Linken* als „offen extremistische“ Zusammenschlüsse: die *Sozialistische Linke* (SL), die ein positives DDR-Bild verbreite; die *Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí*, die eng mit kubanischen Regimeorganisationen zusammenarbeite; die seit Ende 2012 als formeller innerparteilicher Zusammenschluss verfasste *Antikapitalistische Linke* (AKL), die sich positiv auf Marx und Lenin beziehe; die „orthodox“ marxistischen Zusammenschlüsse *Marxistisches Forum* und *Geraer/Sozialistischer Dialog* sowie die trotzkistischen Vereinigungen *Marx21* und *Sozialistische Alternative Voran* (SAV).¹² Die Mitgliederzahl dieser Zusammenschlüsse wurde insgesamt auf etwa 4.400 veranschlagt, was gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang bedeutete. Dabei dürften Doppelmitgliedschaften zu berücksichtigen sein. Die stärkste der genannten Gruppierungen, die KPF, hielt sich bei etwa 1.200 Aktiven.

Tabelle 1: SED, SED-PDS, PDS, Linkspartei. PDS, DIE LINKE – Mitgliederentwicklung, 1989-2015

Aug. 1989	2.300.000	Dez. 2002	70.800
Jan. 1990	700.000	Dez. 2003	65.800
Dez. 1990	281.000	Dez. 2004	61.400
Dez. 1991	172.600	Dez. 2005	61.300
Dez. 1992	146.700	Dez. 2006	60.200
Dez. 1993	131.400	Dez. 2007	71.700
Dez. 1994	123.800	Dez. 2008	76.000
Dez. 1995	114.900	Dez. 2009	78.000
Dez. 1996	105.000	Dez. 2010	73.700
Dez. 1997	98.600	Dez. 2011	69.500

10 Vgl. Kev, Flüchtlingskontingente. Linke-Vorstand stellt sich gegen Wagenknecht und Lafontaine, in: Spiegel Online vom 12. Dezember 2015.

11 Kevin Hagen, Das Dilemma der Linken, in: Der Spiegel vom 12. November 2015.

12 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin 2016, S. 141-147.

Daten, Dokumente, Dossiers

Dez. 1998	94.600	Dez. 2012	63.800
Dez. 1999	88.600	Dez. 2013	63.800
Dez. 2000	83.500	Dez. 2014	60.600
Dez. 2001	77.800	Dez. 2015	59.000

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzbehörden.

In den Reihen der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP) wurde die Flüchtlingskrise vor allem als Folge der internationalen Dominanz des „Großkapitals“ gedeutet. Als „Nutznießer dieses Systems“ sei die Bundesrepublik zugleich einer der „Verursacher“¹³ des Flüchtlingselends. Jedoch übten innerparteiliche Kritiker um die ehemalige Parteichefin Bettina Jürgensen scharfe Kritik am Kurs des amtierenden Parteivorsitzenden Patrick Köbele (geb. 1962), der die DKP mit dem geplanten Austritt aus der *Europäischen Linken* und seiner Betonung der klassischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus einschließlich des Konzepts der „Diktatur des Proletariats“ politisch zu isolieren drohe. Statt den „Kampf gegen den Reformismus“ ins Zentrum der Parteiaktivitäten zu stellen, müsse der „Kampf gegen den Klassengegner“ in breiten Bündnissen geführt werden, wolle man dem Endziel einer „kommunistischen Weltordnung“¹⁴ näher kommen. Auf dem Parteitag bestätigten die Delegierten den Vorsitzenden jedoch im Amt; sie befürworteten die Definition der DKP als „marxistisch-leninistische Partei“. Hingegen vertagte man den heftig umstrittenen Beschluss zum Austritt aus der *Europäischen Linken*. Mit Stolz vermeldete die Partei die Anwesenheit zahlreicher kommunistischer Gastdelegationen aus anderen Ländern sowie aus Deutschland von „Mitgliedern der Partei ‚Die Linke‘ und VertreterInnen der VVN-BdA, der Anti-Nazi-Koordination Frankfurt, der Friedenskoordination Berlin, des deutschen Freidenkerverbandes, der Gedenkstätte Ernst-Thälmann, der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH), der Tageszeitung ‚junge Welt‘ und des ‚Rotfuchs‘.“¹⁵ Der in den Vorjahren zu verzeichnende Mitgliederderrückgang setzte sich nicht fort; die Partei verzeichnete zum Jahresende rund 3.000 Mitglieder.¹⁶

Weiterhin Distanz zur DKP hielt die maoistische *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD) mit ihren rund 1.800 Mitgliedern (Ende 2015).¹⁷ Mit Stolz stellte sie ihr Engagement in der syrisch-kurdischen Stadt Kobanê heraus¹⁸, die kurdische Milizen im Januar vom „Islamischen Staat“ (IS) zurückerobert hatten.¹⁹ In

13 Detlef Fricke/Uwe Fritsch/Bettina Jürgensen/Leo Mayer/Volker Metzroth, 21. Parteitag der DKP: Was ist nötig? Wohin geht die DKP?, Frankfurt a.M., 14. November 2015.

14 Ebd.

15 „Volles Programm bei DKP-Parteitag“, in: Unsere Zeit vom 20. November 2015.

16 Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 132.

17 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 135.

18 „Gesundheitszentrum von Kobane feierlich übergeben“, in: Rote Fahne vom 26. November 2015.

19 „Deutsche Marxisten helfen beim Wiederaufbau von Kobane“, in: Spiegel Online vom 30. Juni 2015.

Zusammenarbeit mit der von ihr geführten *Internationalen Koordination Revolutionärer Parteien und Organisationen* (ICOR) und der im syrischen Westkurdistan aktiven, PKK-nahen *Partiya Yekîtiya Demokrat* (PYD) rief die MLPD zur Bildung internationaler „Brigaden“ auf – zwecks Einsatz beim Wiederaufbau in Kobanê, dem „derzeit fortgeschrittensten Kampf für Freiheit und Demokratie“.²⁰

Das geschlossene Auftreten der Partei kontrastierte scharf mit dem Sektierertum der in Deutschland aktiven trotzkistischen Zirkel. Ihr ideologischer Dogmatismus war mit hochgradiger strategischer Flexibilität gepaart. So engagierten sie sich teils in der *Linken* (*Marx21*, *Sozialistische Alternative Voran* [SAV]), teils eigenständig – wie der *Revolutionäre Sozialistische Bund* (RSB), der Fundamentalkritik am Kurs der *Linken* übte und mit anderen Splittergruppen in einer – in sich heterogenen – *Neuen Antikapitalistischen Organisation* (NaO) den Ausbruch aus dem politischen Ghetto probte.

Tabelle 2: Mitglieder linksextremistischer Organisationen, 2013-2015

	2013	2014	2015
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
Kern- und Nebenorganisationen	21.600	21.100	20.300
hiervon DKP	3.500	3.000	3.000
MLPD	1.900	1.800	1.800
RH	6.000	6.500	7.000
Gewaltbereite Linksextremisten	6.900	7.600*	7.700

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2014 und 2015. – * Ab 2014 „gewaltorientierte“ Linksextremisten mit der Teilmenge der „gewaltbereiten“.

Während das Mitgliederpotential der MLPD und trotzkistischer Gruppierungen stagnierte, stieg das der *Roten Hilfe* (RH) weiter an (Ende 2015: 7.000²¹). Die Vereinigung verstand sich als linke „Solidaritätsorganisation“ und genoss bei ihrer Klientel hohe Akzeptanz. Auf ihrer Homepage, auf Faltblättern und in Broschüren wurde die Bundesrepublik als repressives System dargestellt, dem Widerstand entgegenzusetzen sei. Unterstützung fanden auch Gewalttäter, sofern sie aus RH-Sicht legitime Ziele verfolgten: „Der antragstellende Genosse nahm an den Aktivitäten gegen den jährlichen Naziaufmarsch in Magdeburg teil. Bei Geplänkeln mit den Repressionsorganen, die versuchten, die Kundgebungen der Nazis zu schützen, wurde er festgenommen und wegen Widerstands und Körperverletzung angezeigt. Vom Strafbefehl über 800 Euro übernimmt die Rote Hilfe e. V. die Hälfte.“²²

Aktive mit RH-Unterstützung zählten auch zum „autonomen“ und „postautonomen“ Spektrum, von dem wie in den Vorjahren ein Großteil der polizeilich erfassten

20 MLPD, Rojava-Flugblatt, Sommer 2015.

21 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 137.

22 Rote Hilfe Zeitung, Nr. 4/2015, S. 5.

Gewalttaten ausging. Selten agierten die Täter über einen längeren Zeitraum hinweg unter einem Gruppenlabel. Meist wurden die Anschläge namenlos und ohne Rechtfertigungsschreiben oder unter wechselnden Phantasiebezeichnungen verübt. Zu den „Hotspots“ zählte der Verfassungsschutz neben den Städten Berlin und Hamburg die sächsische Metropole Leipzig, wo ein „Komitee der 1. Liga für Autonome“ der örtlichen Szene Ende 2015 ironisch anerkennend den Titel „Randalemeister 2015“ verlieh. Eine Liste der Aktivitäten enthielt nur für die erste Jahreshälfte folgende: „Angriff auf Polizeiposten in Connewitz“, „Scherbendemo mit 800 Menschen durch die Leipziger Innenstadt“, „Angriff auf die GRK Holding GmbH (vier Autos gehen in Flammen auf)“, Brände an Bahnanlagen gegen Legida-Aufmärsche, Angriff auf Polizeistation in Plagwitz, „Neonazi Alexander Kurth kassiert an einem Tag zwei Mal und verliert sein Handy“, Angriff auf KiK-Filiale, Angriff auf Deutsche Bank, „Besuch“ der Leipziger Staatsanwaltschaft, „Burschenschafter in Connewitz verprügelt“, Militanter Angriff auf Legida-Aufmarsch, Ausländerbehörde „entglast“, „militante Demonstration in der Innenstadt, Legida sabotiert“.²³ Ihren Abschluss fand die Serie mit den Ausschreitungen in der Leipziger Südvorstadt am 12. Dezember 2015, als rund 1.000 verummte Gewalttäter „faustgroße Steine aus dem Gehwegpflaster“²⁴ auf Einsatzbeamte warfen, Haltestellen zerstörten, die Fenster von Geschäften und Kreditinstituten einschlugen sowie Fahrzeuge und Container zerstörten. Im Szeneforum „indymedia“ wurde dennoch die mangelnde „Effizienz“ des Vorgehens bedauert. Die Barrikaden und Angriffe auf die Polizei hätten teilweise ihre Wirkung verfehlt: „Auch ein richtiger Steinhagel scheint sie nicht zu schockieren. Und wenn sie erstmal nahe ran sind, dann gehen wir meistens flitzen, manchmal sogar, obwohl wir zahlenmäßig krass überlegen sind und das bringt es irgendwie nicht.“²⁵

Im Rahmen des polizeilichen Erfassungssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) wurden 2015 im Phänomenbereich „links“ 1.608 (2014: 995) Gewalttaten erfasst, die eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Intention („linksextremistisch“) erkennen ließen. Der starke Anstieg gegenüber den Vorjahren war zum einen die Folge erhöhter Mobilisierung im „Kampf gegen rechts“ („Gidas“, AfD), wie die erwähnten Leipziger Ausschreitungen zeigen. Zum anderen sorgten mehrere Großereignisse von internationaler Bedeutung für heftige Proteste. Von zahlreichen Gewalttaten begleitet waren die Demonstrationen anlässlich der feierlichen Eröffnung des Gebäudes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main: „Während die offiziell angemeldete abendliche Demonstration unter Teilnahme von 17.000 Personen weitgehend friedlich verlief, hatten Autonome bereits in den frühen Morgenstunden die Frankfurter Innenstadt verwüstet, brennende

23 Komitee der 1. Liga für Autonome, Randalemeister 2015 (2. Dezember 2015), unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/160914> [6. Januar 2016].

24 Polizei Sachsen, Versammlungsgeschehen am 12. Dezember 2015, Leipziger Südvorstadt versinkt in Krawallen, unter: https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2015_39825.htm [27. 6. 2016].

25 A., Einen Monat später. Kurze Krawallauswertung vom 12. 12. in Leipzig, unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/167216> [9. Februar 2016].

Blockaden errichtet und zahlreiche Ladengeschäfte und Gebäude beschädigt. Ein Höhepunkt der Gewaltexzesse war der Angriff auf eine Polizeiwache in der Frankfurter Innenstadt, bei der allein vier Polizeifahrzeuge in Brand gesetzt wurden. Im Rahmen der Ausschreitungen wurden über 150 Polizeibeamte verletzt.²⁶ Auch während des G 7-Gipfels in Elmau (Juni 2015) kam es in einigen Städten zu Ausschreitungen. So wurde die Polizei in Garmisch-Partenkirchen „mit Flaschen, Feuerlöschern und Fahnenstangen angegriffen“.²⁷

Betrachtet man die Art der Delikte, so entfiel ein erheblicher Teil auf Körperverletzungen; in acht Fällen wurde die Tat als (versuchte) Tötung gewertet. Verübten linksextreme Täter ihre Gewalttaten oft aus der Distanz (Stein-, Flaschenwurf etc.), fehlte es nicht an direkten Konfrontationen mit Sicherheitskräften oder politischen Kontrahenten. Von besonderer Rohheit zeugte der Angriff auf einen NPD-Funktionär in Leipzig, dem ein „Antifaschist“ einen Schlag auf den Kopf versetzte, während ein anderer den Vorgang filmte. Die Täter stellten den Film anschließend als triumphales und einschüchterndes Dokument ins Netz. Wie in den Vorjahren entfielen zahlreiche Gewalttaten auf Landfriedensbrüche und Widerstandsakte, während Delikte, die meist größere Vorbereitungen erfordern und auf arbeitsteilige Gruppenstrukturen hindeuten (wie Sprengstoffanschläge oder Raub), vergleichsweise selten vorkamen.²⁸

Tabelle 3: Gesetzesverletzungen mit linksextremem Hintergrund, 2013-2015

	2013	2014	2015
Tötungsdelikte	3	7	8
Sprengstoffanschläge	1	1	4
Brandanschläge	45	62	69
Körperverletzungen	606	633	986
Raubüberfälle	19	15	21
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	403	231	472
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	28	44	46
Freiheitsberaubung	2	1	0
Erpressung	3	1	2
Gewalttaten insgesamt	1.110	995	1608

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2014 und 2015.

26 Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 105.

27 Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, München 2016, S. 173.

28 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 31-35.

Das Gros der registrierten Gewaltdelikte rechneten die Sicherheitsbehörden unverändert Tätern aus der Szene der *Autonomen* zu, deren Anhängerpotential 2015 leicht auf rund 6.300 Personen stieg.²⁹ Gewalt gegen politische Kontrahenten, staatliche Einrichtungen und Vertreter der Sicherheitsbehörden galt als legitimes Mittel des „Widerstandes“ gegen ein als repressiv wahrgenommenes politisches System. Einen Themenschwerpunkt bildete die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die Teil einer menschenfeindlich „selektierenden“, auf Verwertbarkeit von Arbeitskraft gerichteten Strategie zur Sicherung der „Festung Europa“ sei. Der – angeblich – institutionalisierte „Rassismus“ diene einer „Vulkangruppe“ als Rechtfertigungsgrundlage für umfassende Sabotage: „Wir rufen zur aktiven Fluchthilfe und Unterbringung illegalisierter Flüchtlinge auf. Wir rufen zu Sabotage aller Formen von militärischer Ausrüstung und aller Produktion fürs Militär auf. Wir rufen zum Hacken aller militärischer Kommunikationen weltweit auf. Wir rufen dazu auf, durch gezielte Anschläge auf Nazis und deren Strukturen deren Kräfte zu binden und dadurch Flüchtlingen und deren UnterstützerInnen den Rücken freizuhalten. Wir rufen auf zu Anschlägen auf alle Behörden, deren Zweck es ist, Menschen nach ihrer Verwendbarkeit im Kapitalismus zu sortieren und alle Überflüssigen abzuschieben. Wir rufen allerorten auf zu Anschlägen auf Infrastruktureinrichtungen aller Art, die dazu dienen, die Normalität und Ordnung aufrecht zu erhalten, die den Zusammenhalt und das Funktionieren der Festung Europa nach innen und außen garantieren.“³⁰

Angesichts der wahrgenommenen Ineffizienz vieler „autonomer“ Aktivitäten hielt der Trend zur Organisation in fester gefügten „postautonomen“ Strukturen an. Besonders erfolgreich war die durch Kampagnen wie „Blockupy“ erprobte *Interventionistische Linke* (IL), der die Sicherheitsbehörden rund 700 Aktive (2014: 500-600) in 30 lokalen Gruppen zurechneten. Im Mai 2015 erklärte die seit 1991 bestehende Gruppe „FeLS“ („Für eine linke Strömung“) ihr Aufgehen in der „neu entstehende[n] Berliner Ortsgruppe“ der IL: „Uns geht es weiterhin um wirksame Interventionen in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen, eine Vervielfältigung ihrer Kämpfe und ein Ringen um emanzipatorische gesellschaftliche Hegemonien – nicht um szeneorientiertes Sektierertum und die radikale Pose.“ Das Ziel sei die Formierung einer „mindestens bundesweit organisierten radikalen Linken [...], die sowohl gesellschaftlich wahrnehmbar wie ansprechbar ist und die zu einer radikalen Transformation der Verhältnisse beiträgt.“³¹

29 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 95.

30 Eine Vulkangruppe, Festung Europa sabotieren – wir schaffen das, unter: <https://de.indymedia.org/node/6789> [4. Dezember 2015].

31 FeLS, Aufhören, um weiterzumachen!, unter: <http://fels.nadir.org/de/1192/aufhoeren-um-weiterzumachen> [20. Juni 2015].

3. Rechtsextremismus

Die lange Zeit mobilisierungsfähigste Organisation am rechten Rand des politischen Spektrums, die NPD, verlor im Berichtsjahr weiter an Einfluss. Stimmenverluste bei Wahlen³² gingen mit einer personellen Schwächung (zahlreiche Rück- und Parteiaustritte von Mandatsträgern) einher. Der im Herbst 2014 neugewählte Parteivorsitzende Frank Franz (geb. 1978) war bemüht, das Image seiner Partei durch moderates Auftreten, eine intelligentere Nutzung der sozialen Medien und ein neues Sendeangebot („Deutsche Stimme-TV“) aufzuhellen.³³ Er ging auch zu früheren programmatischen Forderungen der Partei, insbesondere dem „Ausländerrückführungsprogramm“, erkennbar auf Distanz, wurde darin jedoch nur von einem Teil seiner Partei unterstützt. Als Gegenpol formierten sich die Anhänger des NPD-Vertreters im Europaparlament und langjährigen Bundesvorsitzenden Udo Voigt, der das lammfromme Auftreten des Amtsinhabers durch Netzwerkbildung mit NS-affinen Parteien im Ausland (u.a. der griechischen „Goldenen Morgenröte“) und internationale Auftritte in Sankt Petersburg und bei Diktator Assad in Damaskus konterkarierte.³⁴ Während dessen gelang es Franz, den Mitgliederrückgang einzudämmen. Jedoch konnte die Partei kaum vom heftig beklagten „Asylchaos“³⁵ profitieren, obwohl sie sich stärker als im Jahr zuvor „auf der Straße“ engagierte (steigende Zahl der Kundgebungen vor allem in Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) und die Proteste der vielerorts nach dem Vorbild der bundesweit viel Aufmerksamkeit erregenden „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) und deren Ableger und Nachahmer in anderen Städten zu beeinflussen und zu steuern suchte – mit unterschiedlichem Erfolg.³⁶

Wenn die Partei aus der „Flüchtlingskrise“ kaum Rückenwind erhielt, lag das vor allem an der Spaltung der AfD nach der Abwahl des Parteigründers Bernd Lucke auf dem außerordentlichen Bundesparteitag in Essen (4./5. Juli 2015), die mittelbar zu einer Stärkung des nationalistischen Parteiflügels führte. Der wichtigste Repräsentant dieser Richtung, der AfD-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag und beurlaubte Gymnasiallehrer Björn Höcke (geb. 1972), profitierte von der Einstellung des vom alten Bundesvorstand gegen ihn angestrebten Amtsenthebungsverfahrens und erfreute sich wachsenden Zuspruchs innerhalb seiner Partei. In einem innerparteilichen Netzwerk („Der Flügel“) sammelten sich die Unterzeichner und Unterstützer der „Erfurter Resolution“ (März 2015), deren Verfasser (neben Höcke u.a. der sachsen-anhaltische Landesvorsitzende André Poggenburg) Front gegen den „Multi-

32 Vgl. den Beitrag von Eckhard Jesse, Wahlen 2015, in diesem Band.

33 Vgl. das Interview mit Frank Franz, in: Deutsche Stimme, November-Ausgabe 2015.

34 Vgl. Frank Jansen, In Treue fest zu Diktator Assad, in: Der Tagesspiegel vom 23. Juni 2016.

35 So Frank Franz im Interview (FN 33).

36 Vgl. vor allem Werner J. Patzelt/Joachim Klose, Pegida. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016; Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller, PEGIDA – Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016; Karl-Siegbert Rehberg/Franziska Kunz/Tino Schlinzig (Hrsg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung?, Analysen im Überblick, Bielefeld 2016.

kulturalismus“ machten und sich als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“³⁷ definierten. Die in der zweiten Jahreshälfte sprunghaft ansteigende Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden erhöhte die Mobilisierungskraft der Streitthemen des „Flügels“ und trug zur Stärkung seiner innerparteilichen Position bei.

Die thüringische AfD veranstaltete in Erfurt gut besuchte Protestveranstaltungen gegen den „Asylwahnsinn“. In einem Interview für die nationalistische Zeitschrift „Sezession“ bezeichnete Höcke die Ankunft so vieler Menschen als „Invasion, also ungefragtes Eindringen“. Verantwortlich dafür sei die in Deutschland regierende, von „Maulhelden mit Untertanengeist“ geprägte „Pseudoelite“. Auf die Ankündigung des Dresdener „Pegida“-Anführers Lutz Bachmann angesprochen, eine eigene Partei gründen zu wollen, unterbreitete Höcke diesem ein Gesprächsangebot und schlug eine „Aufgabenteilung samt punktueller Zusammenarbeit“³⁸ vor. Im November sorgte eine Rede für Empörung, die Höcke im „Institut für Staatspolitik“, einem „neu-rechten“ Intellektuellenzirkel, gehalten hatte. Darin erklärte er Differenzen in der Geburtenrate von Afrikanern und Europäern mit der Verfolgung unterschiedlicher „Reproduktionsstrategien“. In Afrika dominiere als Folge der „Evolution“ der „Ausbreitungstyp“, der auf eine „möglichst hohe Wachstumsrate“ ziele, während in Europa „phylogenetisch“ der „Platzhaltertyp“ vorherrsche, der die „Kapazität des Lebensraums voll ausnützen“³⁹ wolle. Diese Erkenntnis erzwingen eine grundsätzliche Neuordnung der Asyl- und Einwanderungspolitik Deutschlands und Europas. Der AfD-Bundesvorstand distanzierte sich vom Inhalt der Rede. Höcke solle prüfen, inwieweit sich seine Auffassungen mit denen der Partei in Einklang befänden.⁴⁰ Der Dresdener Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt legte den rassistischen Charakter der Argumentation Höckes in einem Gutachten offen.⁴¹ Die innerparteilichen Quereilen blieben nicht ohne Einfluss auf die Mitgliederentwicklung. Ende 2015 meldete die AfD mit rund 16.400 Mitgliedern gut 4.000 weniger als ein Jahr zuvor.⁴²

Im Vergleich zu der der NPD war dies allerdings eine komfortable Position. Umso mehr galt das für die kleinen NPD-Konkurrenten am rechten Rand. Die *Pro-Bewegung* mit ihren kommunalen Hochburgen in Nordrhein-Westfalen setzte ebenso auf das Flüchtlingsthema, litt aber an internen Auseinandersetzungen und verlor im

37 Siehe den Abdruck auf der Homepage des „Flügels“, unter: <http://www.derfluegel.de/erfurter-resolution/> [12. Juli 2015].

38 Götz Kubitschek, „Unabwendbare Staatskrise“ – der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke im Gespräch, in: Sezession im Netz vom 15. September 2015.

39 Dokumentation der Rede unter: <https://www.youtube.com/watch?v=kMcStcmSv08> [30. November 2015].

40 „AfD-Vorstand legt Höcke indirekt Parteiaustritt nahe“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Dezember 2015.

41 Vgl. Werner J. Patzelt, Das „Höcke-Gutachten“ – oder: Wie erkennt man Rassismus bzw. Extremismus? (3. Januar 2016), unter: <http://wjpatzelt.de/?p=731> [10. Januar 2016].

42 Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland – Version 2016 neu, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, Berlin 2016, S. 2.

Berichtsjahr an Mitgliedern.⁴³ In Duisburg traten Pro-NRW-Stadträte zur Partei Die Republikaner (REP) über⁴⁴, die im Gegensatz zu früheren Jahren Wert auf Eigenständigkeit legte und seit längerem kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes mehr war. Dies galt hingegen nicht für die NS-affinen Kleinparteien *Die Rechte* und *Der Dritte Weg*. Sie fungierten als Auffangorganisationen für verbotene oder vom Verbot bedrohte „Kameradschaften“⁴⁵ und verzeichneten einen bescheidenen Anstieg ihres Mitgliederpotentials (siehe Tab. 4). „Asylflut stoppen“ war die zentrale, auf nahezu identischen Plakaten prangende Losung beider Organisationen im Berichtsjahr.

Tabelle 4: Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen, 2013-2015

	2013	2014	2015
„Subkulturelle“	7.400	7.200	8.200
Neonationalsozialisten	5.800	5.600	5.800
Die Rechte	500	500	650
Der III. Weg	--	200	300
NPD	5.500	5.200	5.200
Pro NRW	1.000	950	500
Sonstige	2.500	2.500	2.500

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2014 und 2015.

Im nordrhein-westfälischen Landesverband der *Rechten* engagierten sich ehemalige Aktive des *Nationalen Widerstandes Dortmund* (NWD), der *Kameradschaft Hamm* und der *Kameradschaft Aachener Land* (KAL), die im Sommer 2012 verboten worden waren. In der Partei *Der Dritte Weg* waren Ehemalige des – 2014 verboten – *Freien Netz Süd* (FNS) und des – seit längerem inaktiven – *Aktionsbüro Rhein-Neckar* (ABRN) tätig. Keine direkten Verbindungen bestanden zum Kasseler *Sturm 18*, den der hessische Innenminister im Oktober 2015 verbot. Der Vereinsgründer, Bernd Tödter (geb. 1975), wurde als „extrem gewalttätig“⁴⁶ beschrieben. Im Vorfeld des Verbots hatten die Sicherheitsbehörden fast 300 Straftaten von ehemaligen oder noch aktiven Mitgliedern überprüft.

Im Rahmen des polizeilichen Erfassungssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ wurden 2015 im Phänomenbereich „rechts“ 1.408 (2014: 990) Gewalttaten erfasst, die zugleich als verfassungsfeindlich galten. Sowohl die „fremdenfeindlichen“

43 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Düsseldorf 2016, S. 60-71.

44 „Duisburger Pro NRW-Stadträte zu Republikaner gewechselt“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 26. März 2015.

45 Vgl. den Beitrag von Marc Brandstetter in diesem Band.

46 Hanning Vogts, Kasseler Neonazis müssen in Haft, in: Frankfurter Rundschau vom 30. Mai 2016.

als auch die gegen „linke“ Kontrahenten gerichteten Gewalttaten nahmen stark zu.⁴⁷ Die weitaus meisten Delikte (knapp 80 Prozent) entfielen auf Körperverletzungen – mit weitem Abstand gefolgt von ganz überwiegend im Demonstrationsgeschehen verübten Gesetzesverletzungen (Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte zusammen etwa neun Prozent). Rechtsverstöße, die auf ein höheres Organisations- und Planungsniveau schließen lassen (wie Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle), blieben quantitativ unbedeutend. Eine in dieser Hinsicht relevante Gruppe, die *Old-school Society* (OSS), war Ziel einer Festnahme- und Beschlagnahmeaktion der Generalbundesanwaltschaft am 6. Mai 2015 wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Absicht der Gruppe sei es gewesen, „innerhalb Deutschlands in kleineren Gruppierungen Anschläge auf namhafte Salafisten, Moscheen und Asylbewerberunterkünfte zu begehen. Zu diesem Zweck beschafften den bisherigen Erkenntnissen zufolge die vier Festgenommenen Sprengmittel für etwaige terroristische Anschläge der Gruppe.“⁴⁸

Tabelle 5: Gesetzesverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund, 2013-2015

	2013	2014	2015
Tötungsdelikte	4	1	8
Sprengstoffanschläge	2	6	18
Brandanschläge	11	21	99
Körperverletzungen	704	871	1.116
Raubüberfälle	7	8	23
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	67	68	126
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	2	5	10
Freiheitsberaubung	1	1	0
Erpressung	3	7	7
Sexualdelikte	--	2	1
Gewalttaten insgesamt	801	990	1.408

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2013 bis 2015.

⁴⁷ Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 15-27.

⁴⁸ Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 15 vom 6. Mai 2015.

Das Bundeskriminalamt erfasste im Jahr 2015 1.005 „Attacken auf Asylunterkünfte“, davon 901 mit „rechtsradikalem Hintergrund“. Davon waren 173 (2014: 28) Gewalttaten, meist Brandstiftungen. Bei den namhaft gewordenen Tätern handelte es sich – wie bei rechtsextremen Gewalttaten im Allgemeinen – meist um junge Männer im Alter zwischen 18 und 35 Jahren. Die Mehrheit stammte aus den Orten, in denen sich die Unterkünfte befanden; etwa zwei Drittel von ihnen waren zuvor nicht als Anhänger bekannter rechtsextremistischer Vereinigungen in Erscheinung getreten.⁴⁹

Zu den Wechselwirkungen zwischen rechtsextremistischen Organisationen, fremdenfeindlicher Gewalt und „antifaschistischer“ Militanz vermittelten die Vorfälle in der sächsischen Kleinstadt Heidenau bei Dresden lehrreiche Eindrücke. Im August war bekannt geworden, „dass in Heidenau ein ehemaliger Baumarkt als Unterkunft für Asylbewerber eingerichtet werden sollte“.⁵⁰ Der örtliche NPD-Stadtrat Rico Rentzsch (geb. 1987) berichtete darüber auf seiner Facebook-Seite „Heidenau Hört zu“ und rief zu Protestkundgebungen auf. Ab dem 19. August fanden Demonstrationen statt, die größte am 21. August mit über tausend Teilnehmern, darunter viele verängstigte und aufgehetzte Bürger. „Dieser Aufzug bildete den Ausgangspunkt für gewaltsame Ausschreitungen in Heidenau am Veranstaltungstag und den darauf folgenden Tagen.“ Fremdenfeindliche Kleingruppen errichteten Blockaden, um die Anreise der Asylbewerber zu verhindern, und griffen die „Polizei mit Flaschen, Steinen und Feuerwerkskörpern“⁵¹ an. Inzwischen hatten die gewalttätigen Ausschreitungen in Heidenau bundesweite Aufmerksamkeit erregt. In der linksextremen „Szene“ wurde dazu aufgerufen, „Nazis [zu] jagen“.⁵² Am 23. August „vermummten und bewaffneten sich ca. 200 Personen auf dem Weg zu einer Kundgebung in Heidenau mit Stöcken und Latten. Sie griffen ein Polizeiauto an und beschädigten dieses. Später wurden drei Personen angegriffen und verletzt.“⁵³ Der NPD-Landesverband distanzierte sich später von den fremdenfeindlichen Ausschreitungen, während die örtlichen *Jungen Nationaldemokraten* (JN) den „erfolgreichen Widerstand“⁵⁴ feierten.

4. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Politisch-religiöse Fundamentalismen aus der christlich geprägten Mehrheitskultur waren im Berichtsjahr unverändert kaum von politischer Relevanz.⁵⁵ Dagegen stellten nach einem Gottesstaat strebende islamische Extremisten eine ernste Herausfor-

49 Vgl. Jörg Diehl, Gewaltwelle: BKA zählt mehr als tausend Attacken auf Flüchtlingsheime, in: Spiegel Online vom 28. Januar 2016.

50 Staatsministerium des Innern/Freistaat Sachsen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Dresden 2016, S. 134.

51 Ebd.

52 Ebd., S. 149.

53 Ebd., S. 150.

54 Ebd., S. 135.

55 Vgl. das „Zeitschriftenporträt“ von Alexander Kühn in diesem Band.

derung für die innere Sicherheit dar. Zwar fiel die entsprechende Personengruppe unter den in Deutschland lebenden Muslimen quantitativ kaum ins Gewicht; durch ihre Gewaltneigung und/oder ihre Verbindungen zu einflussreichen Unterstützern im Ausland blieb diese Gruppe im Zentrum der Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden. Dazu trugen die mörderischen Attacken mit zahlreichen Todesopfern im Nachbarland Frankreich bei (Januar und November 2015).

Eine besonders hohe Gefährdung stellten nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden die – u.a. vom saudi-arabischen Wahhabismus beeinflussten – Gruppierungen der „Salafisten“ dar, die in den Vorjahren lebhaften Zulauf verzeichnet hatten. Die Zahl der Aktiven stieg nochmals auf mehr als 8.350 Ende 2015 (2014 rund 7.000).⁵⁶ Es handelte sich um eine heterogene Gruppe, die teils vorzugsweise durch die Verbreitung von Wort und Schrift für ihre Ziele warb, teils aber auch zum Jihadismus neigte. Immerhin entstammten 68 Prozent der 677 behördlich erfassten Personen, die vom Jahr 2012 an bis zum Sommer 2015 nach Syrien und in den Irak ausgereist waren, dem „Umfeld bekannter Islamisten/Salafisten“.⁵⁷ Von denen unter ihnen, über die Informationen zu den Aktivitäten in den Ausreiseländern vorlagen (etwa die Hälfte), schlossen sich 76 Prozent dem *Islamischen Staat* (IS), elf Prozent der *Junud al Sham* und acht Prozent der *Jabhat al Nusra* an.⁵⁸ Keineswegs handelte es sich um ein ausschließlich durch Migration kurz- oder mittelfristig entstandenes Problem, denn 61 Prozent der Ausgereisten waren in Deutschland geboren, 64 Prozent besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit (36 Prozent nur diese). 116 Personen waren bekanntermaßen zum Islam konvertiert.⁵⁹

Von den namhaft gewordenen Ausgereisten befanden sich Ende Juni 2015 35 Prozent wieder in Deutschland; elf waren in Haft. Etwa 20 Prozent zeigten sich gegenüber den Sicherheitsbehörden kooperationsbereit. Die von der Personengruppe ausgehende potentielle Gefährdung wurde als hoch angesehen, auch wenn einige von ihnen desillusioniert zurückgekehrt waren. Im Laufe des Jahres 2015 erfolgten zahlreiche Festnahmen mutmaßlicher Mitglieder jihadistischer Gruppierungen und des IS. Im Dezember erging Haftbefehl gegen den aus einer katholischen Familie in Mönchengladbach stammenden, zum Islam konvertierten Prediger Sven Lau (geb. 1980).⁶⁰ Er habe im Jahr 2013 die neugegründete syrische Terrororganisation *Jaish al-muhajirin wa-l-ansar* (JAMWA) unterstützt, die „seit Mitte 2013 eng an die Ter-

56 Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 155.

57 Bundeskriminalamt/Bundesamt für Verfassungsschutz/Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus, Analyse der Radikalisierungshintergründe und –verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind (Fortschreibung 2015), o.O., 2015, verfügbar unter: http://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2016-06-15_17/anlage3.pdf?__blob=publicationFile&v=2, S. 16.

58 Vgl. ebd., S. 25.

59 Vgl. ebd., S. 14, 16.

60 Zur Person vgl. Nina Wiedl/Carmen Becker, Populäre Prediger im deutschen Salafismus. Hassan Dabbagh, Pierre Vogel, Sven Lau und Ibrahim Abou Nagie, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 187-215.

rororganisation ‚Islamischer Staat Irak und Großsyrien‘ angebunden“ sei. So habe er u.a. als „Anlaufstelle für Kampf- und Ausreisewillige insbesondere aus der salafistischen Szene im Großraum Düsseldorf“⁶¹ fungiert und nach einem Aufenthalt in Syrien Nachsichtgeräte für die Terrororganisation beschafft.

Insgesamt bildeten Anhänger des internationalen Jihadismus und sonstiger gewaltorientierter Gruppierungen unter den von den Verfassungsschutzbehörden erfassten islamischen Extremisten eine kleine, wenn auch größer gewordene, Minderheit. Allerdings wichen die Verfassungsschutzbehörden in ihrer Einschätzung des Gesamtpotentials islamischer Extremisten von früher genannten Zahlen ab. Dies war die Folge einer veränderten Einordnung der in der Türkei verbotenen, in Deutschland legal tätigen Vereinigung *Millî Görüş* (IGMG), die in früheren Jahren mit ihren mehrere Zehntausend umfassenden Mitgliedern und zahlreichen Moschee- und Kulturvereinen pauschal als extremistisch eingestuft worden war.⁶² Zwar sprachen die Behörden in älteren Berichten von Mäßigungsprozessen innerhalb der Organisation, zweifelten aber an deren ostentativen Bekenntnissen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, da die IGMG ihre Verbindungen zur türkischen, in Deutschland durch eine Auslandsvertretung präsente *Saadet Partei* (SP) und zum ideologischen Erbe des Organisationsgründers Erbakan pflegte. Das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg zog dennoch als erste Landesbehörde den Schluss, die Beobachtung der IGMG als Ganzes einzustellen. Zu beobachten seien lediglich Substrukturen mit klar erkennbaren extremistischen Tendenzen.⁶³ Im Bericht für das Jahr 2015 folgte das Bundesamt für Verfassungsschutz dieser Praxis. Die Zahl der „extremistischen Anhänger“ werde lediglich auf „bis zu 10.000 Personen“ geschätzt. Extremistische Tendenzen sah die Behörde in antisemitischen Verschwörungstheorien, etwa in der Zeitschrift *Millî Gazete*.⁶⁴

Weniger Dissens bestand im Blick auf legalistische islamistische Vereinigungen, deren Aktivitäten in Deutschland größtenteils auf die Unterstützung ihrer Mutterorganisationen im Ausland gerichtet waren. Dies galt etwa für die 1.040 Anhänger der *Muslimbruderschaft* (MB), die sich um die Vereinigungen *Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.* (IGD) und *Muslimische Jugend in Deutschland e.V.* (MJD) scharten. Sie polemisierten heftig gegen die ägyptische Militärregierung, die mit großer Härte gegen die Muslimbrüder vorgegangen war und deren Organisation 2013 als terroristisch verboten hatte, vermieden jedoch Kritik an der antidemokratischen und Frauen diskriminierenden Ideologie der Mutterorganisation.⁶⁵

61 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 52 vom 15. Dezember 2015.

62 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013, Berlin 2014, S. 248-256.

63 Vgl. „Millî Görüş ist nicht verfassungsfeindlich“, in: Die Welt vom 16. April 2014 (Interview mit dem Präsidenten des LfV Hamburg, Manfred Murck).

64 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 177 f.

65 Vgl. Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Stuttgart 2016, S. 66-69.

Tabelle 6: Mitglieder islamistischer Organisationen, 2013-2015

	2013	2014	2015
IGMG	31.000	?	10.000
MB	1.300	1.000	1.040
Hizb Allah	950	950	950
Türkische Hizbullah	350	360	360
Hizb ut-Tahrir	300	300	320
HAMAS	300	300	300
Tablighi Jama'at	700	700	650
Nordkaukasische Separatistenbewegung	250	220	200
Salafisten	5.500	7.000	8.350
Gesamtmitgliederzahl	43.190	43.890	?

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2014 und 2015.

Die unverändert auf ca. 300 Personen geschätzten Anhänger der „Islamischen Widerstandsbewegung“ *HAMAS* in Deutschland hatten 2013 durch die Entmachtung Mursis in Ägypten und die Parteinarbeit für Teile der syrischen Opposition ihre wichtigsten Unterstützer eingebüßt und konzentrierten sich auf Hilfen für ihre Mutterorganisation.⁶⁶ Gleichsam auf der anderen Seite der Front standen die rund 900 Anhänger der schiitisch-islamistischen *Hizb Allah*, denn die am Iran orientierte schiitisch-fundamentalistische, aggressiv-antiisraelisch agierende Partei im Libanon unterstützte mit ihren bewaffneten Kräften das syrische Militär.⁶⁷

Als *Türkische Hizbullah* beobachteten die Behörden in Deutschland lebende Funktionäre einer in Nordkurdisten teilweise gewaltsam operierenden Organisation überwiegend sunnitischen Kurden, die auf die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in der Türkei hinarbeiteten. Die Anhänger, deren Zahl leicht stieg (Ende 2015 unverändert rund 360 Personen), sammelten Spenden, verteilten Publikationen und veranstalteten Zusammenkünfte zur Unterstützung ihrer Gesinnungsgenossen in der Heimat.⁶⁸

Das gegen die panislamistische Vereinigung *Hizb ut-Tahrir* (die Zahl der Aktiven wuchs gegenüber dem Vorjahr leicht; 320 Ende 2015) verhängte Betätigungsverbot in Deutschland bestand fort. Ihre Anhänger agierten konspirativ und halfen ihren Gesinnungsgenossen in den syrischen Rebellengebieten.⁶⁹

66 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 194.

67 Vgl. ebd., S. 192 f.

68 Vgl. ebd., S. 197.

69 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin 2016, S. 61 f.

Die Zahl der Aktiven der 1926 in Indien entstandenen, den Lehren der islamistischen Deoband-Schule verpflichteten Missionierungsbewegung *Tablighi Jama'at* (TJ) ging leicht zurück (Ende 2015 ca. 650). „Die Aktivitäten der TJ in Deutschland werden über informelle Kontakte in einem hierarchisch aufgebauten Netzwerk herausragender Akteure koordiniert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Werbung neuer Anhänger, der Missionierung und der Durchführung ideologischer Schulungen.“⁷⁰

Die *Nordkaukasische Separatistenbewegung* (NKSB) blieb in die *Tschetschenische Republik Itschkeria* (CRI) und das *Kaukasische Emirat* (KE) gespalten. Zu den in Deutschland gewaltfrei agierenden Unterstützern rechneten die Verfassungsschutzbehörden rund 200 (2014: 220) Personen.⁷¹

5. Vergleich und Ausblick

Hatte das Thema rechtsextreme Gewalt bereits im Jahr 2014 durch vermehrte Übergriffe auf Migrantenunterkünfte neue Aktualität gewonnen, rückte es auch infolge der „Flüchtlingskrise“ und sich häufender Übergriffe auf Asylunterkünfte ins Zentrum medialer Aufmerksamkeit. Die Exzesse des jihadistischen Terrorismus jenseits des Rheins und die muslimische Identität der Mehrheit der in großer Zahl die Grenzen Deutschlands passierenden Flüchtlinge und Asylsuchenden, insbesondere aus Syrien und dem Irak, verliehen den Hassparolen militanter Asylgegner in Teilen der Bevölkerung scheinbare Plausibilität. Zugleich stachelten sie die wütenden Abwehrreaktionen linksmilitanter „Antifaschisten“ an, die mit Gewalt gegen ihre Antipoden wie auch Repräsentanten eines Staates vorgingen, dem sie heimliche Komplizenschaft mit Rechtsextremisten unterstellten. So zeigte vor allem die zweite Jahreshälfte Ansätze einer bedrohlichen Gewalteskalation.

Stärker als in den Vorjahren wirkten diese Prozesse auf das deutsche Parteiensystem ein. Dies galt weniger für die – vom Verbot bedrohte und ohnehin geschwächte – NPD als für eine nach rechts rückende AfD, deren nationalistischer Flügel auf die Mobilisierung euroskeptischer, chauvinistischer, nativistisch-identitärer und muslimfeindlicher Emotionen setzte und von den „Gida“-Protesten zu profitieren hoffte. Die nach „rechts“ wie „links“ schillernden Inhalte der Protestierenden beschäftigten auch die *Linke*, deren Parteibasis für solche Streitthemen kaum weniger empfänglich war und deren Führung fürchten musste, auf dem Wählermarkt gegenüber der Konkurrenz am rechten Rand zurückzufallen.

Mit Blick auf das Jahr 2016 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die vom Verbot bedrohte NPD weiter an Bedeutung verlieren und die AfD zunehmend nach rechts rücken? Könnte die AfD in eine ähnliche Rolle schlüpfen wie die erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien in Frankreich, den Niederlanden und Österreich? Würde die *Linke* dadurch indirekt geschwächt oder vollends auf einen links-

70 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 12), S. 201.

71 Vgl. ebd., S. 195 f.

populistischen Kurs gebracht? Konnte sich das eskalative Potential der „rechten“, „linken“ und jihadistischen Gewalt in seinen mannigfachen Wechselwirkungen weiter erhöhen? Und schließlich: Würde die militärische Schwächung des IS in Syrien und im Irak in eine deutliche Zunahme des internationalen Terrorismus auch in Deutschland münden?

Dokumentation 2015: Eine Mehrheit des Misstrauens – die europaweite Parteiskepsis

Von Alexander Gallus

1. Präsentation

Neben den Debatten über Globalisierung, Migration, Euro- und Flüchtlingskrise waren – auch damit zusammenhängend – jene über einen aufkommenden und sich verstärkenden Populismus in der jüngsten Vergangenheit regelmäßig vernehmbar. In Deutschland zogen in den letzten Jahren nicht zuletzt die Populisten von rechts, wie sie die *Alternative für Deutschland* versammelt, viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. In ihren Reihen und Führungsetagen finden sich recht unterschiedliche Vertreter: solche, die im leicht weichgespülten völkischen Tonfall smarter Nazis ihre alten Wahrheiten verkünden¹, und solche, die eine irgendwie geartete Erneuerung des Konservatismus (statt „Konsens“ und „Sozialdemokratisierung“) fordern, schließlich solche, die an neoliberale Lösungsmodelle glauben. Erst jüngst fragte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ein wenig ratlos, wie die AfD eigentlich richtig zu charakterisieren sei: „Rechts? Rechtspopulistisch? Rechtsradikal? Rechtsextrem?“² Die von der Partei ausgegebenen Ziele wirken unübersichtlich und widersprüchlich: Mal ist die Forderung nach weniger Staat, mal die nach mehr Staat zu vernehmen. Die Grenze zwischen Extremismus und Demokratie ist nur unscharf gezogen, gestaltet sich gelegentlich als gleitender Übergang, der schnell flutscht, sofern damit die Hoffnung auf Stimmenfang verbunden und das populistische Credo erfüllt wird, „dagegen“ und „anders“ zu sein als das – vermeintlich – „alternativlose“ und verkrustete Parteien-Tableau.

Die AfD ist Teil einer (rechts-)populistischen Herausforderung, wie sie in anderen Ländern schon länger diagnostiziert worden ist. All diese Gruppierungen und Parteien teilen und propagieren eine Aversion gegen das „Establishment“ und beflügeln binäre Weltbilder: vor allem solche, die einen Gegensatz zwischen denen „da unten“ (denen man eine Stimme geben will) und jenen „da oben“ (die Politik auf Kosten der Bürger betreiben) konstruieren. Populistische Parteien nehmen für sich daher nicht zuletzt in Anspruch, für „das Volk“ und „schweigende Mehrheiten“ zu

1 Vgl. Matthias Drobinski, Reinheitsfanatiker. Essay über die Alternative für Deutschland, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 12. August 2016; Toralf Staud, Höcke ist kein Nazi, unter: *Zeit Online* vom 19. Oktober 2015; Petry sieht „völkisch“ als positiven Begriff, unter: *faz.net* vom 11. September 2016.

2 Daniel Deckers, Rechts? Rechtspopulistisch? Rechtsradikal? Rechtsextrem, unter: *faz.net* vom 15. September 2016. Siehe dazu auch das „Forum“ in diesem Jahrbuch.

sprechen, ihnen endlich wieder eine Stimme – „Volkes Stimme“ – zu verleihen. Dieser Logik zufolge befindet sich der Bürgerprotest und -wille im Gegensatz zum Wollen und Handeln einer wenig beweglichen, oligarchisch-technokratischen politischen Elite. Im Mittelpunkt solcher Kritik stehen die etablierten Parteien und deren Leitfiguren.³

Populistische Parteien erheben den Anspruch, gegen die „Konzentration der etablierten Parteien in einer programmatisch diffusen Mitte“ anzukämpfen und stattdessen „den wahren“ Volkswillen zu repräsentieren, der von der – nur scheinbar – pluralistischen Parteiendemokratie, die in vielen westlichen Verfassungsstaaten den politischen Funktionsmechanismus bestimmt, ignoriert werde.⁴ Die Gefahr einer Polarisierung und Ideologisierung von den populistischen, zum Teil extremistischen Rändern her erscheint umso größer zu sein, je weniger demokratische (Volks-)Parteien ein glaubwürdiges, durch die Bevölkerung akzeptiertes und legitimes Gegengewicht darstellen. Vor dieser Herausforderung stehen Europas Demokratien derzeit – und schon seit geraumer Zeit.

Auf die Virulenz weist das hier dokumentierte Umfrageergebnis der Eurobarometer-Befragung vom Mai 2015 (zwischen dem 16. und 27. Mai 2015 anhand eines repräsentativen Bevölkerungsquerschnitts erhoben; in Deutschland: 1.554 Befragte) hin.⁵ Die Eurobarometer-Umfragen zur Erfassung der öffentlichen Meinung der Europäer (EU-Bürger und zum Teil auch in Bewerberländern) werden seit 1973 im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt. Umfang und Charakter dieser Repräsentativbefragungen haben sich seitdem wiederholt gewandelt. Die Daten für das Frühjahr 2015 zeigen im Ergebnis ein in den meisten europäischen Ländern nur äußerst gering ausgeprägtes Vertrauen in die Parteien an. Der Wert der Zustimmung liegt bei 16 Prozent (in Deutschland: 26 Prozent), während 78 Prozent (in Deutschland: 64 Prozent) der Befragten Parteien misstrauen. Dieser parteienskeptische Trend innerhalb der Bevölkerungsmeinung hält schon über längere Zeit hinweg an und hat sich seit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 ff. auf einem hohen Niveau verfestigt: Im Juni 2014 lag das Vertrauen bei 17 Prozent, das Misstrauen bei 78 Prozent, im November 2013 stand einer vertrauenden Minderheit von nur 14 Prozent eine 82 Prozent umfassende Mehrheit des Misstrauens gegenüber. Bei Stichproben im November 2012 lag diese Mehrheit bei 80 Prozent – so wie schon im Herbst 2010.⁶

3 Vgl. unter der Vielzahl aktueller Studien zum politischen Populismus nur Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus?* Ein Essay, Berlin 2016; Frank Decker/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden 2015.

4 Jürgen Kaube, *Das Volk ist nicht auffindbar*, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 30. Mai 2016.

5 Standard-Eurobarometer 83, Frühjahr 2015: *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Bericht. Befragung Mai 2015. Umfrage durch TNS opinion & social von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert, technische Spezifikationen: TS1-TS3*, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb83/eb83_publ_de.pdf (29. Juli 2016).

6 Standard-Eurobarometer 81: *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Bericht. Befragung: Juni 2014*, S. 68; Standard-Eurobarometer 80: *Die öffentliche Meinung in der Europä-*

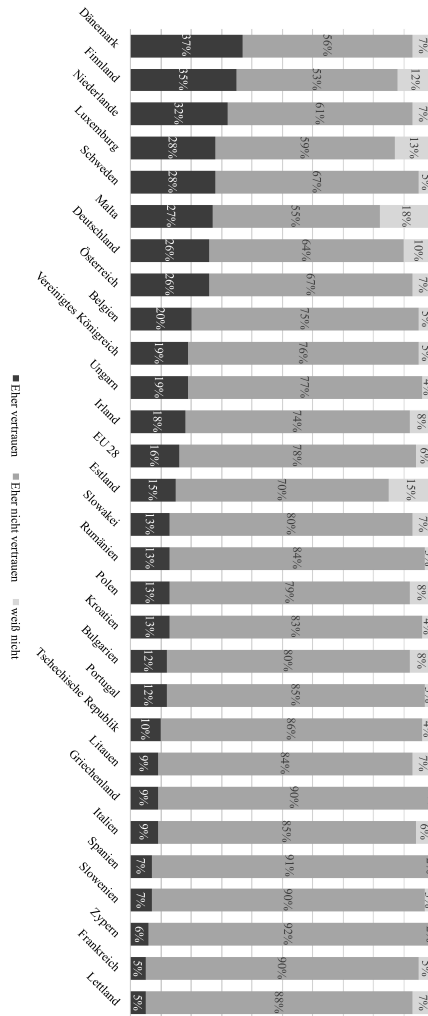
Dies sind besorgniserregende Werte, denn sie signalisieren eine Immunschwäche der europäischen Parteiendemokratien gegenüber Anti-Establishment-Bewegungen und populistischen Parteien, die sich zu Anti-Partei-Parteien stilisieren. Manch ein Beobachter befürchtet angesichts der geringen Akzeptanz und Attraktivität der Parteien, die unter solchen Voraussetzungen kaum angemessen den Willen der Bevölkerung repräsentieren können, bereits „das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen“.⁷ Ein solcher Warnruf ist nachvollziehbar und mag das Nachdenken über Reformprozesse innerhalb der Parteiendemokratie anstoßen, doch sollte er nicht als apokalyptisch gestimmter Verzweiflungsschrei missverstanden werden. Denn so sinnvoll das gleichsam seismografische Frühwarnsystem der Demoskopie ist, sollten hohe Einzelwerte auf der Richterskala der Bevölkerung, deren wiederholte Messung – zum Trend verdichtet – indes aufmerksam stimmen muss, nicht gleich für massive tektonische Verschiebungen gehalten werden.⁸ Weitere – systematische – Auswertungen von Daten der Meinungsforscher zur Demokratie-Evaluation spiegeln nicht zuletzt auch gefestigte Grundüberzeugungen einer liberalen Demokratie unter den Bürgern Europas wider: Die Gewährleistung freier und fairer Wahlen und von Rechtsgleichheit wie -sicherheit bildet eine Art demokratisches Minimum und steht nach wie vor weit oben auf der Prioritätenliste.⁹ Und schließlich mag ein historisierender Blick der Krisen-Diagnose zwar Dauer, aber auch weniger Dramatik verleihen. Denn schon vor fast genau 30 Jahren hatten zwei deutsche Politikwissenschaftler damit begonnen, prominente Kollegen aus dem In- und Ausland um Antworten auf die dringlich erscheinende Frage zu bitten: *Parteien in der Krise?*¹⁰

ischen Union. Bericht. Befragung: November 2013, S. 50; Standard-Eurobarometer 78: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Bericht. Befragung: November 2012, S. 40; Eurobarometer 74, Herbst 2010: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Bericht. Befragung: November 2010, S. 34; allesamt abrufbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_arch_en.htm (29. Juli 2016).

- 7 Hans-Jürgen Schlamp, Das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen, in: Spiegel Online vom 22. Februar 2016; Kaube (FN 4) wirft abschließend kritisch-provokant die Frage auf, „ob es möglich ist, gegen den Regierungsparteienkonsens der konservativen liberalsozialistischen Sammlung zu protestieren, ohne illiberal zu werden und das selbstausgedachte Volk gegen Minderheiten und Eliten und alles, was einem sonst nicht passt, auszurufen. Es ist eine Frage, die weniger an die Populisten als an jene Parteien im fatalen Konsens selbst ergeht. Die Alternative zu demokratischer, inner- und zwischenparteilicher Opposition ist, rechts wie links, eine Zunahme autoritärer Politik.“
- 8 Siehe auch die kritische „gemischte Bilanz“ zur Aussagekraft des Indikators Parteien-Vertrauen bei Heiko Biehl, Noch vertrauenswürdig? Konzept und Empirie des gesellschaftlichen Vertrauens in politische Parteien, in: Oskar Niedermayer/Benjamin Höhne/Uwe Jun (Hrsg.), Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest, Wiesbaden 2013, S. 67-92, Zitat: S. 86.
- 9 Vgl. umfassend die empirischen Daten und Analysen in: Mónica Ferrín/Hanspeter Kriesi (Hrsg.), How Europeans View and Evaluate Democracy, Oxford 2016, zusammenfassend zum minimalistischen Konsensus: S. 308.
- 10 Peter Haugns/Eckhard Jesse (Hrsg.), Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven, Köln 1987.

2. Dokumentation

Vertrauen in politische Parteien



Quelle: Standard-Eurobarometer 83, Frühjahr 2015: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Bericht. Befragung Mai 2015. Umfrage durch TNS opinion & social von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert, S. 72: Antworten auf die Frage: „Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ... den politischen Parteien“, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb83/eb83_publ_de.pdf (29. Juli 2016).

Sechzig Jahre nach dem KPD-Verbot

Von Werner Müller

1. Linke Parteien und das KPD-Verbot

Am 17. August 1956 verkündete das Bundesverfassungsgericht sein Urteil im Verbotsverfahren gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).¹ Sechzig Jahre später hat dieser Jahrestag auf Seiten der politischen Linken noch erhebliche Reaktionen hervorgerufen. Die Fraktion der „Linken“ im Deutschen Bundestag konstatierte „verheerende Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung Westdeutschlands“ durch dieses Urteil, einen „praktischen Ausschluss“ aller Kräfte links von der Sozialdemokratie aus der Politik, das Aufkommen einer „Gesinnungsjustiz“, die Folgen eines „fanatischen Antikommunismus“ in den 50er und 60er Jahren. Sie mahnte an, die „Geschichte des Kalten Krieges umfassend aufzuarbeiten“, das „Unrecht offiziell anzuerkennen“, sich bei den „Opfern zu entschuldigen und sie zu rehabilitieren.“² Ähnlich forderte Jan Korte, Vizechef der Linksfraktion im Bundestag, dass „Bundesregierung und Bundestag anerkennen, was es an Unrecht gegeben“ habe.³

Ronald Friedmann, Mitglied der Historischen Kommission der „Linken“, fügt dem „Sündenregister“ der „alten“ Bundesrepublik noch einige weitere Aspekte hinzu. Der Verbotsantrag vom November 1951 sei ein „besonders bössartiger Schritt auf dem Weg des militanten Antikommunismus“ gewesen; das Verbot vom September 1950, Mitglieder der KPD, der FDJ und weiterer kommunistischer Vorfeldorganisation im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, wertet er als „allgemeines Berufsverbot gegen alle Antifaschisten“. Die Strafrechtsänderungen aus dem Jahr 1951 schufen nach seiner Ansicht „politische Sonderjustiz“. Auf die Parallelen zum „Radikalerlass“ unter Willy Brandt 1972 wird selbstverständlich verwiesen.⁴

Die Landesgeschäftsführerin der „Linken“ in Sachsen, Antje Feiks, verbindet die Forderung nach Rehabilitierung der „Opfer der Verfolgung“ mit der Konstruktion langer Traditionen: „Die Zerschlagung der KPD und mit ihr eine [sic] Vielzahl von wirklichen und vermeintlichen kommunistischen Organisationen war nur der Vorge-

1 Vgl. Gerd Pfeiffer/Hans-Georg Strickert (Hrsg.), KPD-Prozess. Dokumentarwerk zu dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 3, Karlsruhe 1956, S. 581-746.

2 Die Linke im Bundestag. KPD-Verbot, unter: <http://www.linksfraktion.de/themen/kpd-verbot/?s=2> Zugriff – wie auch für die folgenden Texte – am 21. August 2016.

3 Unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1021256.nach-jahren-korte-fuer-aufhebung-von-kpd-verbot.html>.

4 Verbot. <https://www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/artikel/verbot>.

schmack auf die Kampagne der Adenauerregierung gegen alles, was links war in der Bundesrepublik. Mit der „Spiegel“-Affäre suchte die gleiche Regierung die Presse zu zähmen. Mit dem Radikalenerlass rückten Gewerkschafter, Friedensbewegte, selbst religiös motivierte Linke in den Fokus der Verfolgung. Man machte klar: Der Feind steht links.“⁵

Die Bundestagsabgeordnete der Linken, Inge Höger, fügte dem Problem KPD-Verbot noch eine weitere Stufe hinzu: Es bedeute „60 Jahre Wiederbewaffnung und Restaurierung des Kapitalismus“.⁶ Sie verwies auf die antikapitalistische Grundstimmung der Nachkriegszeit und die Bestrebungen der Gewerkschaften nach einer Neuordnung der Wirtschaft und zugleich einer Ablehnung der Wiederbewaffnung. Die „Guten“ auf dieser Seite waren, wen wundert’s, die Kommunisten. Das Parteiverbot „kriminalisierte Tausende politisch Andersdenkende. Verfolgt wurden Menschen, die sich gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik aussprachen, die gegen Nazibünde leien demonstrierten oder die Kontakte in die DDR hatten. Das KPD-Verbot und der Antikommunismus dienten als Grundpfeiler für Wiederbewaffnung, Restaurierung des Kapitalismus und Westbindung.“⁷

Selbstverständlich wurde die Kritik am KPD-Verbot nach sechzig Jahren auch in anderen Gruppierungen der „Linken“ aufgegriffen. Der Journalist Markus Bernhardt, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) nahe stehend, konstatierte: „Antikommunistische Repression und Hetze fanden im KPD-Verbot sicherlich ihren Höhepunkt, aber nicht ihr Ende.“⁸ Dem folgt ein Verweis auf den „Radikalenerlass“ von 1972 mit „millionenfachen Regelanfragen“. In diesem Zusammenhang kam es zu 11.000 Verfahren, etwa 1.200 Bewerber wurden abgelehnt, nahezu 300 Beamte aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Betroffen von den politisch motivierten ‚Säuberungsmaßnahmen‘ waren keineswegs nur Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), sondern auch linke Gewerkschafter und Aktivisten aus der Friedensbewegung.“ Auch er will eine Rehabilitierung: Diese „Schandflecke“ seien bis heute nicht aufgearbeitet. „Geschweige denn, dass die Opfer der faktisch bis heute anhaltenden antikommunistischen Repressionsstrategie jemals rehabilitiert oder für das ihnen angetane staatliche Unrecht entschädigt worden wären.“⁹

Auch aus den Reihen der DKP kamen ähnliche Töne gegen Kapitalismus und Wiederbewaffnung. Ihr zeitweiliger Bezirksvorsitzender in Baden-Württemberg Dieter Keller verortete die „Schuld“ bei der Teilung Deutschlands selbstverständlich im Westen: Die Währungsreform und die Gründung der Bundesrepublik hätten die

5 Antje Feiks, 60 Jahre KPD-Verbot, unter: <https://www.dielinke-sachsen.de/politik/detail/article-feiks-zu-60-jahre-kpd-verbot-opfer-der-verfolgung-rehabilitieren>.

6 Unter: http://www.inge-hoeger.de/nc/im_bundestag/reden/detail/kategorie/positionen-1/zurueck/aktuell-fcb8ab0a75/artikel/60-jahre-kpd-verbot-bedeutet-60-jahre-wiederbewaffnung-und-restaurierung-des-kapitalismus/.

7 Ebd., S. 2.

8 Unter: <https://www.jungewelt.de/2016/08-10/077.php>.

9 Ebd.

Spaltung Deutschlands „endgültig vollzogen.“¹⁰ Zu den Gründen des KPD-Verbots führt er aus: „In dem Maße, wie die KPD an der Einheit Deutschlands festhielt, die Konzeption eines antifaschistisch demokratischen Gesamtdeutschland vertrat und sich massiv gegen die Wiederaufrüstung und Militarisierung stemmte, dazu die Massen mobilisierte wurde sie zum Hemmnis der Kriegstreiber. Zur Gefahr für deren Verwirklichung imperialer Ziele. Hierin liegen die Hauptursachen für das Verbot.“¹¹ Ferner habe es bis in die Gegenwart fort gegolten. „Mit der Annexion der DDR in die BRD wurde das KPD-Verbot nicht aufgehoben und für unwirksam erklärt wie es das Urteil möglich macht sondern das Gegenteil trat ein [sic]. Es wurde auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet.“

Im DKP-Blatt „Unsere Zeit“ stellte Peter Dürrbeck fest, „dass die Verfolgung der KPD und ihrer Mitglieder mit der Gründung der Bundesrepublik einsetzte. Natürlich geschah das nicht nur aus Rache für die Niederlage des Faschismus, sondern die reaktionäre Politik in den USA und in Großbritannien begünstigten diese Entwicklung, wie auch der Korea-Krieg und die Niederlage der Günstlinge der USA in China sorgten für ein frostiges politisches Klima.“¹² Immerhin hält er zusammenfassend ein großes Defizit fest: „Nach wie vor fehlt aber eine gründliche Aufarbeitung der Geschichte der Bundesrepublik.“

Die DKP rief auch zu Aktionen auf. Für den September 2016 plante sie Demonstrationen in Karlsruhe, an der auch Mitglieder „befreundeter“ kommunistischer Parteien teilnehmen sollten. Als Hauptredner wurde der amtierende Parteivorsitzende Patrik Köbele angekündigt. In einer anschließenden Diskussion sollten auch die früheren DKP-Führer Herbert Mies und Willi Gerns zu Worte kommen. Für den gleichen Monat kündigte man in Berlin eine Informationsveranstaltung an.¹³

Die Forderungen der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) gingen naturgemäß über die der „Linken“ und der DKP hinaus. Sie trat ein für die „Aufhebung aller rechtlichen Einschränkungen des Parteienrechts von revolutionären Organisationen“.¹⁴ Ohne heftige Kritik an der damaligen KPD, Chruschtschows Entstalinisierung und die spätere Gründung der DKP ging es allerdings nicht: „Nun hätte die Spitze der jetzt illegalen Partei alle Kräfte sammeln und entschieden gegen dieses Verbot des Marxismus-Leninismus und seiner Partei in Deutschland kämpfen müssen. Stattdessen zog sie nach ihrer revisionistischen Entartung infolge des XX. Parteitags der KPdSU einen erbärmlichen Kniefall vor dem Antikommunismus vor. [...] Nach dem Verrat des Sozialismus durch eine neue Bourgeoisie in der ehemaligen Sowjetunion schwenkte auch die DDR-Führung und mit ihr die KPD-Führung auf diesen Kurs ein. Aufrechte Kämpfer für den Sozialismus [...] wie Willi Dick-

10 Unter: http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=6313:60-jahre-kpd-verbot&catid=117:dkp-forum&Itemid=292.

11 Ebd.

12 Unter: http://www.unsere-zeit.de/de/4830/theorie_geschichte/3126/Bis-heute-nicht-rehabilitiert.htm.

13 Unter: <https://www.jungewelt.de/2016/08-10/077.php>.

14 Unter: <https://www.rf-news.de/2016/kw33/zum-17.-august-1956-60-jahre-kpd-verbot> – In der Vorlage fett gedruckt.

hut,¹⁵ Vordenker und einer der Mitbegründer der MLPD, wurden aus der entarteten KPD ausgeschlossen.“¹⁶ Das Verbot der KPD wirke wie ein „Damoklesschwert über revolutionären und marxistisch-leninistischen Organisationen wie der MLPD“.

Im Kampf gegen den „Antikommunismus“¹⁷, dessen Kern jedoch nie präzisiert wird, sowie in der Rehabilitierung und Entschädigung der wegen kommunistischer Tätigkeit Verurteilten liegen die Gemeinsamkeiten der drei ansonsten recht heterogenen „linken“ Parteien. Dabei sprechen sie der bundesdeutschen Justiz zum Teil Rechtsstaatlichkeit ab. Der Verweis auf die große personelle Kontinuität der Justiz vom „Dritten Reich“ zur frühen Bundesrepublik fehlt nie. Auch das Wirken der KPD bleibt ausgeblendet – bis auf die ihr zugeschriebene „Opfer“-Rolle.

2. Die KPD als ausführendes Organ der SED

Fraglos war die SED-Führung die entscheidende Instanz für Programme, Politik, Kampagnen, aber auch Kaderfragen für die KPD im Westen in den Jahren vor ihrem Verbot.¹⁸ Das sich 1945 wieder konstituierende ZK der KPD wirkte wie selbstverständlich als Parteiführung für ganz Deutschland. Auch die (zwangsweise) Gründung der SED im April 1946 änderte daran nichts. Bis 1948 gehörten Westdeutsche ganz offiziell dem Parteivorstand der SED an. Zweimal unternahmen SED und KPD Versuche, die SED auf ganz Deutschland auszudehnen. Als das im Sommer 1947 gescheitert war, übernahm eine „Arbeitsgemeinschaft SED-KPD“ die formelle Leitung der West-Organisation. Erst im April 1948 wurde ein eigener Parteivorstand für die Westzonen gebildet.¹⁹ Auf Stalins persönliche Anregung wurden die offenen Beziehungen zwischen SED und KPD im Januar 1949 abgebrochen²⁰, tatsächlich wurden Anleitung und Kontrolle intensiviert. Im Februar 1949 wurde die Westkommission des Politbüros der SED unter der Leitung von Franz Dahlem gebildet.²¹ Sie sollte die auch von Stalin konstatierte Schwäche der KPD überwinden, die gescheiterte Einheitsfrontpolitik voranbringen und für ideologische Klarheit sorgen, daneben

15 Vgl. dazu die Erinnerungen Dickhuts in: Willi Dickhut: Was geschah danach? Zweiter Tatsachenbericht eines Solinger Arbeiters ab 1949, Essen 1990, S. 239-280 und 455-501.

16 Wie FN 14.

17 Vgl. Bernd Faulenbach, Erscheinungsformen des „Antikommunismus“. Zur Problematik eines vieldeutigen Begriffes, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011, hrsg. von Ulrich Mähler u.a., Berlin 2011, S. 1-13.

18 Vgl. im Detail Michael Lemke, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 51-391.

19 Vgl. im Einzelnen Werner Müller, Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“, Frankfurt a.M./New York 1979.

20 Vgl. Harald Neubert (Hrsg.), Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik von 1940 bis 1968 und die Folgen. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow, Berlin 2003, S. 179 f.

21 Lemke (FN 18), S. 55 ff.

die FDJ im Westen zu einer Massenbewegung entwickeln und natürlich die Deutschland- und Anti-Wiederbewaffnungspolitik der SED popularisieren.²²

Nach der ersten Bundestagswahl, die der KPD trotz großen Propagandaaufwandes (das Wahlprogramm hatte die Westkommission entworfen) ein eher enttäuschendes Ergebnis, aber immerhin den Einzug in den Bundestag bescherte, bildeten die „Säuberungen“ in der KPD im Jahre 1950 das wichtigste Tätigkeitsfeld. Deren Abschluss (in der immerhin der 2. Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Kurt Müller in Ost-Berlin verhaftet worden war) bedeutete zugleich auch einen Radikalisierungsschub. Die KPD forcierte die Propaganda für Friedenskomitees und Ausschüsse der Nationalen Front. Sie startete eine große Kampagne im Ruhrgebiet.²³ Nicht zuletzt unter dem Eindruck des Korea-Krieges grassierten „Kriegsangst und Katastrophenphantasien. Es ist dieser umfassende Bedrohungshorizont, in dem sich seit dem Frühjahr 1950 ein Politikwechsel hin zu einer offensiven und umfassenden antikommunistischen Abgrenzung vollzog“, bilanzierte Till Kössler.²⁴

Nach den Mitglieder- und Funktionärverlusten durch die „Säuberungen“ bedrohten wachsende Konflikte in Betrieben und Gewerkschaft Rückhalt und soziale Basis der KPD, vor allem im Ruhrgebiet. Schon im März 1950 forderte der Parteivorstand seine Mitglieder auf, „die ganze Kraft anzuspannen, um die Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes zu führen.“ Ein Jahr später forderte der „Münchener“ Parteitag, der in Weimar stattfand, mit seiner „These 37“ die Gewerkschafter auf, „Kampfhandlungen auszulösen auch gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer“.²⁵ Diese Aussagen nutzten die Gewerkschaftsführungen nun, um Kommunisten aus Funktionen zu verdrängen. Sie hatten Reverse zu unterschreiben, dass sie ihre Arbeit nur auf der Basis von Gewerkschaftsbeschlüssen leisteten. Im Weigerungsfalle drohte ihnen Ausschluss. Die KPD-Führung forderte, die Unterschrift zu verweigern, und drohte ebenfalls Ausschlüsse an. Die Konfrontationspolitik im Land und in den Gewerkschaften spiegelte sich auch in der Mitgliederentwicklung wider. Im April 1950 zählte die KPD 185.000, Ende 1952 nur noch 120.000 Mitglieder. Die höchst Zahl hatte im September 1947 bei 324.000 gelegen.

Zuvor waren die Positionen schon eindeutig. „Bedingungslos für die Politik der Sowjetunion“ zu kämpfen, hatte der Parteivorstand im Dezember 1949 am Vorabend der „Säuberungen“ gefordert.²⁶ So bekämpfte die KPD die Westintegration,

22 „National but not Nationalist“ und „Peace without Pacifism“ nannte treffend Patrick Major diese Strategie. Ders., *The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West-Germany, 1945-1956*, Oxford 1997, S. 123-148.

23 Sehr detailliert dazu Till Kössler, *Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968*, Düsseldorf 2005, S. 265-269, 318-327.

24 Ebd., S. 269.

25 Beide Zitate in Werner Müller, *Die Gründung des DGB, der Kampf um die Mitbestimmung, programmatisches Scheitern und der Übergang zum gewerkschaftlichen Pragmatismus*, in: Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute*, Köln 1990, S. 137 f.

26 Die ideologisch-politische Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Materialien der 14. Tagung des Parteivorstandes. Hrsg. vom Parteivorstand der KPD, Frankfurt a.M., o. J., S. 3.

die Montanunion und die Tendenzen zur Wiederbewaffnung. 1951 waren damit für die Bundesregierung die Zeichen unübersehbar, dass die KPD in Konfrontation zum Grundgesetz stand.²⁷ Einem Verbotsantrag stand sie aber noch zögerlich gegenüber, da sie Nachteile für die Wiedervereinigung befürchtete.

Die KPD selbst ging jedoch einen Schritt weiter in Richtung Radikalisierung: Im Dezember 1952 verabschiedete der Parteivorstand (!) das „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“.²⁸ Zunächst schilderte es die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik als amerikanischer „Kolonie“ in den düstersten Farben. „Die amerikanischen Imperialisten geben sich nicht damit zufrieden, die westdeutsche Bevölkerung zu versklaven, auszurauben und zu erniedrigen. Sie wollen Westdeutschland in einen neuen Aggressionskrieg hineinzerren, den sie vorbereiten.“²⁹ Die Adenauer-Regierung war nur Sklave und Handlanger dieser Tendenzen. So war die Konklusion eindeutig: „Deshalb muss das Regime Adenauer gestürzt und auf den Trümmern dieses Regimes ein freies, einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland geschaffen werden. Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten³⁰ kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der entscheidenden Stütze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen. Der Sturz des Adenauer-Regimes macht den Weg frei für eine Regierung der nationalen Wiedervereinigung, die sich auf alle patriotischen Kräfte in Westdeutschland stützt.“³¹ Wie nicht anders zu erwarten, billigte das ZK der SED wenige Tage später das Programm – schließlich hatte es ihre Westkommission entworfen. Die SED attestierte der Adenauer-Regierung (die KPD sprach immer von einem „Regime“), „das Volk und seine gerechten Interessen mit offenen faschistischen Maßnahmen und Methoden zu bekämpfen“.³² Diese Sprache erinnerte fatal an die „ultralinke“ Phase der KPD-Politik von 1928 bis 1935, in der die KPD alle politischen Gegner als „faschistisch“ definierte. Schrittweise nahm die Parteiführung nach dem 17. Juni 1953 die „revolutionären“ Momente aus dem Parteiprogramm von 1952 zurück.³³ Insbesondere der Volksaufstand in der DDR und die Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen im September 1953, bei der die KPD an der Fünfprozenthürde gescheitert war, beförderten den Prozess ihrer gesellschaftlichen und politischen Marginalisierung. So kritisierte das SED-Politbüro im April 1954 „Mängel in der Massenarbeit und besonders das Versagen der Partei in der Jugendarbeit“. Adenauer sei es gelun-

27 Vgl. Lemke (FN 18), S. 68.

28 Wiedergegeben in: Einheit 7 (1952), S. 1385-1397.

29 Ebd., S. 1387.

30 Diese Formulierung tauchte bereits knapp zwei Jahre zuvor in einem Bericht Max Reimanns an das ZK der SED im Januar 1951 auf. Vgl. Lemke (FN 18), S. 68.

31 Wie FN 28, S. 1390.

32 Erklärung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands, 11. November 1952, in: Einheit 7 (1952), S. 1398 f.

33 Vgl. Dietrich Staritz, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. II, Opladen 1984, S. 1663-1809, hier: S. 1734 f.

gen, „breite Kreise der Jugend“³⁴ zu gewinnen – damit hatten sich die Mobilisierungserfolge der Jahre 1950 und 1951 vor allem im Ruhrgebiet in das Gegenteil verkehrt.

Erstaunlicherweise hatte die KPD-Führung von 1952 an wenige vorbereitende Maßnahmen für die Zeit der Illegalität getroffen; sie rechnete offenkundig nicht mit einem Verbot. Sie plante hingegen Massenveranstaltungen und Demonstrationen – in der Annahme, die Menschen mobilisieren zu können. Erst spät, im November 1954, bereitete die KPD-Führung mit Hilfe der Westkommission der SED die Sicherung führender Funktionäre und die Fortführung der Parteiarbeit aus der DDR vor.³⁵ Zugleich ist das wenig erstaunlich, wurden doch alle wesentlichen politischen, personellen und finanziellen Entscheidungen in der SED getroffen.

3. Die strafrechtlichen Verfolgungen von Kommunisten

Abgesehen von Maßnahmen der Westalliierten kam es im September 1950 zu den ersten Sanktionen gegen Kommunisten in der jungen Bundesrepublik. Die Bundesregierung verschloss Gegnern der demokratischen Grundordnung den Zugang zum öffentlichen Dienst.

Betroffen waren in erster Linie die KPD und ihre Nebenorganisationen wie die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die „Nationale Front“, die „Friedenskomitees“ und andere, aber auch auf der anderen Seite die rechtsextremistische Sozialistische Reichspartei (SRP) und Otto Strassers Schwarze Front.³⁶

Die großen Demonstrationen der Jahre 1950 bis 1952 konnten nur mit Polizei- und Ordnungsrecht bekämpft werden, was nicht immer gelang. Im April 1951 wurden die „Volksbefragungs-Ausschüsse“ von FDJ und VVN verboten, kurz darauf die beiden Organisationen selbst. Vorausgegangen war eine verbotene Demonstration der FDJ vor dem Sitz der Alliierten Hohen Kommission, die von der Polizei aufgelöst wurde.³⁷

Im Juli 1951 wurde dann mit dem Strafrechtsänderungsgesetz der rechtliche Rahmen für politisch motivierte Straftaten gelegt. Bundesregierung und SPD-Opposition hatten zuvor eigene Entwürfe präsentiert, auch die Sozialdemokratie drängte auf eine Rechtsänderung. Alexander von Brünneck konstatiert, dem Gesetz lägen zwar staats- und demokratietheoretische Überlegungen zugrunde, aber die antikommunistische Tendenz trete offen zutage.³⁸ Es ging zudem von der Annahme aus, die Poli-

34 Lemke (FN 18), S. 75, FN 129.

35 Vgl. ebd., S. 71.

36 Hierzu und auch für das Folgende: Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt a.M. 1978, S. 55 ff.

37 Dies in Erinnerungsform: Hermann Weber, Leben nach dem „Prinzip links“. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2006, S. 68 f. Ferner erhellt diese Episode die Finanzierung der West-FDJ durch die FDJ der DDR. Heinz Lippmann und Joachim Hermann verteilten an die Funktionäre in großen Mengen Bargeld.

38 Vgl. Brünneck (FN 36), S. 73.

tik der KPD sei mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren. Den Befürwortern des Gesetzes war zweifellos die Labilität des jungen Staates bewusst, so dass ihnen ein weitreichender strafrechtlicher Schutz erforderlich schien. Die permanente Propaganda der SED aus dem Osten, die eine andere Republik propagierte, wirkte nicht zuletzt angesichts der Anwesenheit der Roten Armee in der DDR, des Staatstreiches in der Tschechoslowakei, der Revolution in China, des Ausbruchs des Korea-Krieges und der Debatte um das Strafrechtsänderungsgesetz.

In der Tat war die Zahl der Urteile wegen politischer Delikte in den Jahren bis 1966 recht hoch. Alexander von Brünneck zählt für die Delikte Hochverrat, Staatsgefährdung und Landesverrat insgesamt knapp 6.800 Verurteilte. Die weitaus größte Zahl von 1.655 fällt in das Jahr 1953, also noch vor dem KPD-Verbot. Weitere „Spitzen“ liegen in den Jahren 1955 und 1956 und in der Folgezeit der zweiten Berlin-Krise nach 1958 und dem Mauerbau 1961.³⁹

Diese Zahlenkurve lässt eine der Intentionen der Parlamentarier aus dem Jahr 1951 in keinem günstigen Licht erscheinen: Die Sicherheitslage einschließlich der inneren Stabilität der Bundesrepublik kann allenfalls die Spitze von 1953 erklären, wenn man davon ausgeht, dass die Delikte in den Vorjahren begangen worden waren. Betroffen waren hier zumeist FDJ-Mitglieder; die hohe Zahl von Urteilen ging laut Brünneck auf eine „gezielt geplante Aktion“ zurück. Auch Verurteilungen nach dem KPD-Verbot schlugen sich in der Statistik nicht besonders deutlich nieder. Allerdings ist davon auszugehen, dass eine Reihe leitender Funktionäre, wie der Parteivorsitzende Max Reimann selbst, in die DDR übergesiedelt waren.⁴⁰ Auch das Strafmaß lag im Allgemeinen nicht besonders hoch; es wurden lediglich zwei Zuchthausstrafen verhängt: gegen den FDJ-Funktionär Josef („Jupp“) Angenfort und gegen Otto John, den in die DDR gewechselten ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten.⁴¹

Aus rechtsstaatlicher Sicht waren die Urteile nicht zu beanstanden, aber die damit verbundenen Sanktionen rückten manches ins Zwielficht. Bewährungsaufgaben oder Pflicht zur Kostenerstattung belasteten viele der Verurteilten persönlich und materiell sehr, auch der Verlust des Arbeitsplatzes war möglich. „Die Sanktionen fungierten nicht zuletzt dadurch als politische Disziplinierung, dass sie die Kommunisten in den Augen dritter diffamierten“, hielt Brünneck fest.⁴² Dieser Aspekt wird noch unterstrichen durch die gewaltige Diskrepanz von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren und rechtsgültigen Verurteilungen: Der genannten Zahl Verurteilter stehen etwa 125.000 Ermittlungsverfahren gegenüber, daneben noch etwa 13.000 wegen des Verdachts rechtsextremer Täterschaft.⁴³

39 Ebd., S. 276.

40 So auch das eher erheiternde Beispiel des FDJ-Funktionärs Wolfgang Seiffert, der im Januar 1956 aus dem Gefängnis Anrath bei Krefeld entwich und dann in der DDR als „Held des deutschen Freiheitskampfes“ gefeiert wurde. Wolfgang Seiffert, Selbstbestimmt. Ein Leben im Spannungsfeld von geteiltem Deutschland und russischer Politik, Graz 2006, S. 58 ff.

41 Vgl. Brünneck (FN 36), S. 281.

42 Ebd., S. 274.

43 Vgl. ebd., S. 242.

Angesichts dieser Zahlen bleibt der Eindruck, dass die Verfolgungsbehörden weit über das eigentliche Ziel, die Stabilisierung der Verfassungsordnung, hinaus geschossen sind. Allenfalls für die ersten Monate des Jahres 1953 mag noch eine gewisse Unsicherheit zu verzeichnen gewesen sein. Mit der politischen und militärischen Westintegration, mit wirtschaftlicher Prosperität und vor allem nach dem Volksaufstand in der DDR ist eine Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit zu bezweifeln.

4. Der Prozess und seine Folgen

Unmittelbar nach dem Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die SRP folgte im November 1951 der gegen die KPD. „Es ging offensichtlich darum, die Schläge zwischen den Extremen zu verteilen“, urteilte Edgar Wolfrum.⁴⁴ Anders als das Verfahren gegen die SRP⁴⁵ kam es erst drei Jahre später zum tatsächlichen Beginn im November 1954; mehr als 50 Verhandlungstage folgten bis zum Sommer 1955. Wiederum mehr als ein Jahr verging bis zur Urteilsverkündung.⁴⁶

In ihrem Antrag führte die Bundesregierung an, dass die Ziele der KPD gemäß der „Lehre des Marxismus-Leninismus-Stalinismus“ verfassungswidrig seien, die KPD die Übertragung der Verhältnisse der DDR auf die Bundesrepublik als „Nahziel“ anstrebe und ihre aktuelle Politik des „nationalen Widerstandes“ auf die Errichtung einer Diktatur in Westdeutschland hinauslaufe. Dazu zeigte sie die Unvereinbarkeit der Verfassungswirklichkeit der DDR mit den Verfassungsgrundsätzen der Bundesrepublik auf.⁴⁷

Die Rechtsvertreter der KPD entgegneten mit politischen Erörterungen, basierend auf ihren aktuellen programmatischen Vorstellungen, die Bundesregierung betreibe die Einbeziehung Westdeutschlands „in eine Aufmarschbasis für die aggressive Kriegsfront der Atlantikpaktmächte.“ Daher sei sie, die Bundesregierung, bestrebt, „den Willen des deutschen Volkes auszuschalten und jeden Widerstand gegen ihre verhängnisvolle Politik zu brechen.“⁴⁸ Zugleich sah sie ihre eigene Politik durch das Potsdamer Abkommen vom August 1945 besonders geschützt. Sie meinte, dieses sei ein bindender völkerrechtlicher Vertrag und regule auch die Auslegung des Artikels 21 des Grundgesetzes. Damit sei die KPD gleichsam als demokratische Partei sanktioniert. Eine Behinderung ihrer Tätigkeit sei verfassungswidrig. Naturgemäß wehrte sich die Partei dagegen, als „Partei der DDR“ bewertet zu werden und beanspruchte

44 Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 65.

45 Henning Hansen, Die Sozialistische Reichspartei. Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei, Düsseldorf 2007, S. 239-270. Dieses Verfahren war in weniger als einem Jahr abgeschlossen.

46 Vgl. Pfeiffer/Strickert (FN 1).

47 Vgl. ebd., Bd. 1, S. 2-19.

48 Ebd., S. 22.

Unabhängigkeit. Recht wortreich versuchte sie zu erklären, wie der Satz ihres Statuts, ihre Politik habe in der DDR eine „feste Basis“, zu interpretieren sei. Für die „Eingliederung Westdeutschlands in das politische System“ der DDR sei sie niemals eingetreten.⁴⁹ Selbstverständlich wies sie die Kritik an der DDR, so an den Einheitslisten-Wahlen vom Oktober 1950 und am Blockparteien-System, zurück.

Während des Verfahrens nahm die KPD (mit dem „neuen Kurs“ in der Sowjetunion) das „Programm der nationalen Wiedervereinigung“ und den Satz vom „revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes“ zurück.⁵⁰ Nach Ende der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht stellte sie im April 1956 zum zweiten Mal einen Antrag auf Wiedereintritt in die mündliche Verhandlung mit einer Begründung, die ihre Abhängigkeit von der Sowjetunion und der DDR eher stützte, als dass sie ihr widersprach. Ihre Anwälte gaben nun an, es seien „Ereignisse eingetreten und Dokumente bekannt geworden, die von großer Beweiserheblichkeit“⁵¹ für ihr Anliegen seien – gemeint war der XX. Parteitag der KPdSU, ohne diesen jedoch zu benennen. So habe die Parteiführung zur Wahrung ihres Ziels einer Wiedervereinigung in einer Erklärung im März 1956 die Losung vom „revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes für nicht der Lage und den Bedingungen entsprechend und daher für falsch erklärt.“⁵² Die Rechtsvertreter der Bundesregierung monierten, diesem Widerruf komme allenfalls „taktische Bedeutung“ zu.⁵³

Gegen den Vorwurf, die „sozialistische Revolution“ sei begleitet von Gewaltanwendung, wandte sie nunmehr ein: „Gerade in jüngster Zeit haben maßgebliche Vertreter politischer Parteien, die auf dem Boden der Theorie des Marxismus-Leninismus als Grundlage ihrer Politik stehen, die grundsätzliche Haltung der marxistisch-leninistischen Theorie zu diesen Fragen erneut dargelegt.“ Sie beantragte daher, die Berichte des Parteivorsitzenden Reimann, von SED-Chef Walter Ulbricht, des KPdSU-Generalsekretärs Nikita S. Chruschtschow, des Generalsekretärs der KP Italiens Palmiro Togliatti und des Generalsekretärs der KP Frankreichs Maurice Thorez vom XX. Parteitag der KPdSU als Beweismittel zuzulassen. Immerhin hatte dieser Parteitag friedliche Wege zum Sozialismus nicht ausgeschlossen.⁵⁴ Diese Einlassungen konnten das Verbotsurteil auch nicht mehr aufhalten.

Vor der Verlesung des Urteils gab das Gericht eine Erklärung in „eigener Sache“ ab, die vielfach als Distanzierung vom Urteil interpretiert wurde. Dort wurde betont: „Das Verfassungsgericht kann ein Verfahren nicht von sich aus einleiten. Es bedarf dazu immer des Begehrens eines Antragstellers. Den Antrag, eine Partei zu verbieten, kann die Bundesregierung stellen. Es steht in ihrem politischen Ermessen und unter ihrer ausschließlichen Verantwortung“. Es betonte ferner: „Das Gericht hatte

49 Vgl. ebd., S. 42.

50 Staritz (FN 33), Bd. II., S. 1734 ff.

51 Pfeiffer/Strickert (FN 1), Bd. 3, S. 568-571.

52 Ebd., S. 569.

53 Ebd., S. 574 – im Original das Wort „taktisch“ kursiv.

54 Vgl. für vieles: Roy Medwedjew, Chruschtschow. Eine politische Biographie, Stuttgart/Herford 1984, S. 126.

also in diesem Verfahren lediglich über die Rechtsfrage zu befinden, ob nach den Zielen und dem Verhalten der KPD der gesetzliche Tatbestand des Art. 21 Abs. 2 GG vorliegt. Es hatte zu prüfen, ob diese Ziele mit den Grundvorstellungen unserer Demokratie vereinbar sind. Als Wissenschaftslehre ist die Doktrin des Marxismus-Leninismus nicht Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens.“⁵⁵

So besahen war das Urteil in sich logisch und stimmig. Politische Überlegungen, wie etwa mögliche Auswirkungen auf die Deutschlandpolitik oder die Verfolgung von Kommunisten ungeachtet der „Gefährdungslage“ der Bundesrepublik konnten dort nicht einfließen. In den „Leitsätzen“ zum Urteil hatte das Gericht formuliert: „Eine Partei ist nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung [...] nicht anerkennt; es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen.“⁵⁶ Das sah das Gericht im Jahre 1956 implizit also als gegeben an.

Zuletzt erwies sich das Verbotsurteil in einem zentralen Punkt als sehr „löchrig“: der Bildung von „Ersatzorganisationen“. Nach dem Verbot, das letztlich eine kleine, kaum noch aktionsfähige Organisation traf⁵⁷, versuchte die Partei in der Illegalität weiter zu wirken. Nicht wenige Kommunisten sahen in den deutschlandpolitischen Zielen der 1960 gegründeten Deutschen Friedens-Union (DFU) einen Ansatz zur politischen Arbeit. „Eine Konzeption, wie sie mit der Gründung der DFU realisiert wurde, bot einen Ausweg. Die Konzentration auf die Frage des Friedens und der Abrüstung entsprach zudem den Prioritäten der KPD nach dem XX. Parteitag der KPdSU.“⁵⁸

Unmittelbar vor und nach dem Verbot hatte es in der Bundesrepublik eine Debatte um eine mögliche Amnestie gegeben, die von Ernst Lemmer angestoßen worden war.⁵⁹ So „wandten sich SPD und liberale Kritiker nun vermehrt gegen eine Illegalisierung der KPD“.⁶⁰

Seit 1961 führte die illegale KPD eine permanente Kampagne zur Wiedenzulassung der Partei. 1967 gründeten fünf Kommunisten eine „Initiative für eine Wiedenzulassung der KPD.“⁶¹ Schließlich verständigten sich die Innenminister der Länder auf die Möglichkeit der Neugründung einer Kommunistischen Partei. Nachdem die Kommunisten das zunächst abgelehnt hatten, wurde letztlich (auch um auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung handlungsfähig zu sein) kurzfristig im September 1968 die DKP gegründet.

55 Pfeiffer/Strickert (FN 1), Bd. 3, S. 583.

56 Ebd., S. 581.

57 Vgl. Kössler (FN 23), S. 382 f.

58 So Rolf Schönfeldt, Deutsche Friedens-Union, in: Stöss, Parteien-Handbuch (FN 34), S. 848-876, hier: S. 854.

59 Vgl. Kössler (FN 23), S. 357 ff.

60 Ebd., S. 360.

61 Siegfried Heimann, Deutsche Kommunistische Partei, in: Stöss (FN 33), S. 901-981, hier: S. 903 f.

Sie war und blieb trotz finanzieller Förderung aus der DDR in der Wählergunst eine Sekte, konnte zeitweilig aber fast 50.000 Mitglieder rekrutieren. In den achtziger Jahren schrumpfte sie jedoch. Obwohl sich ihre Politik eng an der SED und der KPdSU orientierte, war sie beständig in der Zwangslage, ihre Positionen als grundgesetzkonform herauszustellen. Im Einklang mit der von der KPdSU geführten kommunistischen Weltbewegung propagierte sie eine „Bündnispolitik“ und den Weg einer „antimonopolistischen Demokratie“.⁶² Wie stabil der Kurs der Partei an der Seite von SED und KPdSU war, zeigt, dass innerparteiliche Auseinandersetzungen kaum nach außen drangen. So konnten der „Eurokommunismus“ der siebziger Jahre wie auch der Reformkurs Gorbatschows nach 1985 nicht oder kaum in die Partei eindringen. Wie ernst es der DKP mit ihrem Bekenntnis zum Grundgesetz war, demonstriert, dass die Partei faktisch von Gründung an einen illegalen Militärapparat mit Unterstützung der DDR aufbaute.⁶³

In der Nachfolge der Weimarer KPD und letztlich auch der KPD vor 1956 standen fraglos auch die in den siebziger und achtziger Jahren zu kurzer Blüte und dann raschem Niedergang gelangten maoistischen Parteien.⁶⁴ Dazu zählte die seit 1964 erstmals sichtbare Gruppe um den früheren Hamburger KPD-Funktionär Ernst Aust, die sich 1968 als Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten konstituierte.⁶⁵ Süd- und südwestdeutsche Gruppen einer weiteren KPD/ML (Revolutionärer Weg), ein Kommunistischer Arbeiterbund/Marxisten-Leninisten (KAB/ML) sowie Abspaltungen von der Aust-Partei fusionierten 1972 zum Kommunistischen Arbeiter-Bund Deutschlands (KABD), dessen ideologisch-politischer Kopf Willi Dickhut wurde.⁶⁶ Die Hauptdifferenzen zwischen den beiden Exponenten des Maoismus rührten daher, dass Dickhut die Gründung einer Partei für verfrüht hielt. Aus seiner Sicht waren „die ideologischen, politischen und organisatorischen Voraussetzungen“ noch nicht gegeben; die Publikation „eines theoretischen Organs“ sollte diesem Mangel abhelfen und den „Revisionismus“ aller anderen kommunistischen Gruppen entlarven.⁶⁷

Aus der Studentenbewegung in Berlin (West) ging die KPD (Maoisten) hervor, die 1970 als KPD/AO (Aufbauorganisation) gegründet wurde. Ihre Exponenten wa-

62 Insgesamt Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990.

63 Vgl. Hermann Weber, Wer war „Ralf Forster“? Der Leiter der DKP-Militärorganisation im Spiegel der Erinnerung und der MfS-Akten, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, Berlin 2006, S. 297-310.

64 Vgl. insgesamt Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001, S. 257-306 und 415-468.

65 Vgl. Jürgen Bacia, Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, in: Stöss (FN 33), S. 1831-1851.

66 Vgl. Zentralkomitee der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Geschichte der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, I. Teil: Entstehung, Entwicklung und Ende der „marxistisch-leninistischen Bewegung“, Stuttgart 1985, S. 91 ff., II. Teil, 1. Halbbd.: Parteiaufbau vom KABD zur MLPD, Düsseldorf 1986, S. 51 ff.

67 Vgl. Dickhut (FN 15), S. 459 f.

ren die Studentenfunktionäre Jürgen Horlemann und Christian Semler.⁶⁸ Zum vierten wäre zu nennen der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), der aus einigen Gruppen des Kommunisten Bundes (KB) hervorging. Ideologisches und politisches Zentrum war die Gruppe Neues Rotes Forum, die aus dem Heidelberger SDS hervorgegangen war. Der KBW war ebenfalls ein „Zerfallsprodukt der Studentenbewegung“.⁶⁹ Von diesen Organisationen konnten sich nach dem Zerfall des Maoismus nur zwei Gruppen über längere Zeit stabilisieren: die Partei um Willi Dickhut als Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) und ein Teil des KBW unter dem Namen Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK). Für alle gilt: Der Maoismus als ideologische Grundlage knüpfte an den stalinistischen Kommunismus an – die Entstalinisierung Chruschtschows galt als wichtigste Ursache für das „Schisma“ zwischen der Sowjetunion und China seit Ende der fünfziger Jahre. Gleiches gilt für die innerorganisatorischen Strukturen, die von extremer Hierarchie und hoher innerer Konspiration geprägt waren.⁷⁰ Auch damit führten sie stalinistische Strukturen fort.

Was bleibt vom KPD-Verbot? In den siebziger Jahren hatte sich das Spektrum kommunistischer Organisationen über die „orthodoxe“ DKP in das Feld des Maoismus breit aufgefächert. Jedoch blieben alle Gruppierungen jenseits der Propaganda bedeutungslos. Auffällig ist, dass es eine „eurokommunistische“ Richtung in Deutschland nicht gegeben hat. Über eine Aufhebung des KPD-Verbots zu diskutieren, erscheint angesichts dieser Entwicklung als Anachronismus. Das Urteil, obwohl juristisch korrekt, blieb immer politisch umstritten. Hermann Weber hielt es nach 50 Jahren für eine „Riesendummheit“.⁷¹ Auch wenn man dieser Auffassung folgt, gibt es keine Gründe, in dieser Zeit das Urteil aufzuheben und, wie gefordert, die Verurteilten zu rehabilitieren. Als realistischer erwiesen sich die Politiker seit 1956, die eine Amnestie für diesen Personenkreis forderten.

68 Vgl. Jürgen Bacia, Kommunistische Partei Deutschlands (Maoisten), in: Stöss (FN 33), S. 1810-1830. – Karl Schlögel/Willi Jasper/Bernd Ziesemer, Partei kaputt. Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken, Berlin (West) 1981.

69 Jürgen Bacia, Der Kommunistische Bund Westdeutschland, in: Stöss (FN 33), S. 1648-1662.

70 Vgl. die instruktiven Schilderungen in: Wir warn die stärkste der Parteien... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin (West) 1977.

71 „Das Urteil war eine Riesendummheit“, in: Westfälische Rundschau vom 17. August 2006.

Partei Gründungen als Reaktionen auf staatliche Verbote: „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“

Von Marc Brandstetter

1. Einleitung – Bewegung am rechten Rand

Der rechte Rand des deutschen Parteiensystems war in den letzten Jahren tiefgreifenden Veränderungen unterworfen. Die NPD, obwohl noch immer mitgliederstärkste Organisation, musste Federn lassen. Die Erfolge der Jahre 2004 bis 2011, als sie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zweimal in Folge in die Landtage einzog, konnte die Partei nicht fortsetzen. Zuletzt ging ihre Zustimmung bei Wahlen zurück, 2014 verfehlte sie in ihrem Stammland Sachsen mit 4,95 Prozent knapp die Fünf-Prozent-Hürde – es fehlten 824 Stimmen – und schied nach zwei Legislaturperioden aus dem Parlament aus. Diese Niederlage wirkte auf die parteiinternen Konflikte wie ein zusätzlicher Katalysator. Holger Apfel, langjähriger Kader und von 2011 bis 2013 Vorsitzender der Rechtsextremisten, stellte seiner einstigen Partei als Auskunftsperson vor dem Bundesverfassungsgericht ein schlechtes Zeugnis aus: Die NPD inszeniere Tabubrüche zur Erlangung größtmöglicher Aufmerksamkeit – ein Grund, warum die Öffentlichkeit ihre Schlagkraft überschätze. Die Partei sei ein „Popanz, der nicht ernst zu nehmen ist“.¹

Der Versuch, unterschiedliche rechtsextremistische Strömungen unter dem NPD-Dach zu vereinen, war und ist zum Scheitern verurteilt. Eine gleichzeitige Ansprache gemäßigter Wählerpotentiale auf der einen Seite und des harten Kerns der neonationalsozialistischen Straßenkämpfer auf der anderen kommt der Quadratur des Kreises gleich: Die Parteiflügel stehen sich unversöhnlich gegenüber. Personell blutet die NPD mehr und mehr aus, 2015 waren 5.200 Personen im Besitz eines Mitgliedsausweises.² Selbst die Parteispitze war von diesem Aderlass betroffen, aus verschiedenen Gründen verließen in den letzten Jahren mehrere prägende Führungsfiguren wie Apfel oder der frühere Bundesgeschäftsführer Eckard Bräuniger die Partei. Die „junge Garde“ mit Michael Schäfer, Andy Knappe und Patrick Kallweit, die sich im Parteienachwuchs „Junge Nationaldemokraten“ (JN) sammelte und bei der sächsischen Fraktion in Lohn und Brot stand, tritt nach dem Ausscheiden aus dem Landtag nicht mehr für die NPD in Erscheinung.

Die früheren „Kameraden“ bezichtigten Apfel Ende 2013 sexueller Übergriffe auf junge Partei-Sympathisanten, der bereits länger ausgebrannt wirkende Apfel trat

1 Zitiert nach Frank Jansen, Richter stellen Verbotsbefürwortern harte Fragen, unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/npd-verbotsverfahren-richter-stellen-verbotsbefuerwortern-harte-fragen/13048986.html> [eingesehen am 4. April 2016].

2 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin 2016, S. 45.

unter parteiinternem Druck aus der NPD aus. Heute betreibt er eine Kneipe auf Mallorca. Sein Nachfolger, der Schweriner Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs, übergab nach einem erfolglosen Jahr an Frank Franz, der seitdem die NPD (ähnlich der von Apfel favorisierten Linie) weniger radikal ausrichten will. Franz, nie mehr als ein Verlegenheitskandidat, stellt in seinen Beiträgen im Parteiblatt „Deutsche Stimme“ (DS) vorsichtig das „Abstammungsprinzip“ in Frage, was vermutlich dem laufenden Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht geschuldet ist.³ Kurzum: Die NPD steckt – wieder einmal – in einer tiefen Krise.⁴

Kaum besser erging es den anderen Rechtsaußenparteien: Rolf Schlierer gab 2014 nach 20 Jahren an der Spitze der „Republikaner“ (REP) auf⁵; im Vorjahr hatte die sich selbst als „national-konservativ“ charakterisierende Partei mit 0,2 Prozent der Stimmen bei der Bundestagswahl die Grenze zur Teilnahme an der staatlichen Parteiteilfinanzierung deutlich verfehlt. Politisch ist die knapp 4.800 Mitglieder zählende Partei längst in der Bedeutungslosigkeit verschwunden.⁶ Ihm folgte mit Johann Gärtner ein altgedienter Parteisolddat, der vorher seinem Ex-Chef 18 Jahre als Stellvertreter zur Seite gestanden hatte.

Die „Deutsche Volksunion“ (DVU), einst unter ihrem 2013 verstorbenen Vorsitzenden Gerhard Frey⁷ die mitgliederstärkste Organisation und bei mehreren Landtagswahlen erfolgreich, siechte zuletzt von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt dahin. Eine Parteileben im eigentlichen Sinn hatten die autoritär geführten Rechtsextremisten ohnehin nie entwickelt, nach dem Abgang ihres Gründers und Finanziers Frey brachen zusätzlich die Mitgliederzahlen ein. Freys Wunschnachfolger im Amt des DVU-Vorsitzenden, der frühere NPD-Funktionär Matthias Faust,⁸ war nicht in der Lage, das Steuer herumzureißen. Schließlich fusionierte ein Teil der Partei mit der NPD, während die Gegner des Zusammenschlusses Anfang 2012 die Selbstauflösung der Rest-DVU bekannt gaben.

Auch für die NPD blieben zählbare Erfolge aus: Alles in allem war die (gescheiterte) Fusion von NPD und DVU keinesfalls der anvisierte große Wurf. Die NPD hat sich aus der Konkursmasse der DVU bedient, die nüchtern betrachtet ohnehin gering war. Eine Vereinigung auf Augenhöhe – wie beide Partner stets versicherten – gab es nicht. Die NPD hat die DVU geschluckt, an Gewicht hat sie nicht zugelegt. Längst haben sich parteiförmig organisierte Alternativen gebildet, die als Auffangor-

3 Vgl. Frank Franz, Vielfalt bewahren, nicht nivellieren, in: Deutsche Stimme, April 2016, S. 2.

4 Vgl. Maik Baumgärtner/Christina Hebel/Sven Röbel/Steffen Winter, Ihr Kampf, in: Der Spiegel, Nr. 23/2016, S. 42 f.

5 Vgl. Marc Brandstetter, Abgesang auf die REP, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/republikaner/artikel/abgesang-auf-die-rep.html> [eingesehen am 4. April 2016].

6 Vgl. Die Republikaner. Rechenschaftsbericht für das Jahr 2013 gemäß §§ 23ff Parteiengesetz (PartG), in: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/4301, S. 251–273, hier: S. 269.

7 Vgl. Stefan Mayer, Biografisches Porträt Gerhard Michael Frey, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 14, Baden-Baden 2002, S. 207–221.

8 Vgl. Marc Brandstetter, Biografisches Porträt: Matthias Faust, in: Uwe Backes/Alexander Galus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 23, Baden-Baden 2011, S. 220–233.

ganisationen für eine dahinsiechende und möglicherweise durch Verbot ans Ende ihrer Existenz gebrachte NPD fungieren könnten.

2. „Die Rechte“

2.1. Gründung und Organisation

In „kleinem, geschlossenen Rahmen“ habe am Pfingstsonntag 2012 der Gründungsparteitag der Partei „Die Rechte“ in Hamburg stattgefunden, hieß es in einer spärlichen Mitteilung auf der Internetseite der ehemaligen DVU Niedersachsen. Bundesvorsitzender der neuen Partei sei Christian Worch, stellvertretende Bundesvorsitzende und Schatzmeisterin Ingeborg Lobocki, ehemalige DVU-Landesvorsitzende Schleswig-Holsteins, als Beisitzer fungiere Martin Ziegler, bis zuletzt Mitglied im DVU-Landesvorstand Schleswig-Holstein. Die Mitglieder der neuen Partei kämen vor allem aus der ehemaligen DVU, andere seien „parteilose Aktivisten“.

Wirklich „neu“ ist „Die Rechte“ keineswegs. Vielmehr sei sie auf den „Trümmern der DVU“ aufgebaut, teilten die Gründer in einer Stellungnahme vom 8. Juni 2012 mit. Nach dem Untergang der DVU sei die „Zeit reif für ein neues Projekt“. Deshalb sei das Parteiprogramm der DVU in einer sprachlich wie inhaltlich modernisierten Form übernommen worden.⁹ Gleichzeitig nahm die junge Partei eine Positionsbestimmung innerhalb der extremistischen Rechten vor: „„Die Rechte“ ist weniger radikal als die NPD, gleichviel, ob die NPD ihre Radikalität nun für seriös erklärt oder nicht. Und sie ist radikaler als die REPS und die PRO-Bewegung oder ein theoretisch möglicher, aber eher unwahrscheinlicher Zusammenschluss von beiden als REPRO.“¹⁰ Demnach dürften die Gründungsmütter und -väter damals eine andere Organisation vor Augen gehabt haben als die heutige, fast vollständig von NeONS-Aktivisten dominierte Partei.

Nach eigenen Angaben verfügt „Die Rechte“ in elf Bundesländern über Verbände: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, „Südwest“ (Rheinland-Pfalz und Saarland) und Thüringen.¹¹ In Mecklenburg-Vorpommern existiert seit Dezember 2015 ein Kreisverband in Schwerin, von dem bis auf einen „Fackelmarsch“ bislang keine Aktionen ausgingen.¹² Den Landesverbänden ist der Bundesverband übergeordnet, an dessen Spitze seit der Gründung der einschlägig vorbestrafte Neonationalsozialist

9 Vgl. DIE RECHTE: Warum DIE RECHTE?, unter: <http://die-rechte.com/warum-die-rechts/> [eingesehen am 14. April 2016].

10 Vgl. ebd.

11 Stand: 12. Juni 2016.

12 Vgl. Oliver Cruzcampo, Die Rechte gründete erste Gliederung in M-V – und meldet Fackelmarsch an, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/die-rechte/artikel/die-rechte-gruendet-erste-gliederung-in-m-v-und-meldet-fackelmarsch-an.html> [eingesehen am 14. April 2016].

Christian Worch steht. Mitte Mai 2016 wählte ein Parteitag in Dortmund Christoph Drewer und den Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt und früheren DVU-Mann, Roman Gleißner, zu Worchs Stellvertretern. Mit Alexander Kurth, einem früheren Leipziger NPD-Aktivisten, und dem Mitglied der verbotenen „Kameradschaft Hamm“, Sascha Krolzig, gehören dem zehnköpfigen Gremium weitere Aktivposten der Szene an.

Bundesweit verfügt „Die Rechte“ über 650 Parteigänger. Im Laufe des Jahres 2015 gaben die Neonationalsozialisten 150 neue Parteibücher aus, was einem Wachstum um fast 30 Prozent entspricht.¹³ Mitgliederstärkster Landesverband ist mit 300 „Kameraden“ die Gliederung in Nordrhein-Westfalen, die mit elf Kreisverbänden zugleich über die höchste Strukturdichte verfügt. 2014 wohnte mehr als die Hälfte aller Anhänger in diesem Bundesland.¹⁴ Den Landesvorsitz hatte bis Herbst 2015 der frühere Kopf der verbotenen Vereinigung „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO), Dennis Giemsch, inne. Die nächsten Monate lenkte Michael Brück als Kommissarischer Vorsitzender die Gliederung.¹⁵ Am 6. August 2016 übernahm mit dem Diplom-Juristen Sascha Krolzig ein weiterer erfahrener NS-Kader die Verantwortung als Landeschef.¹⁶ Dieser Verband bescherte der bis dahin nur wenige Dutzend Mitglieder umfassenden Partei im September 2012 eine Blutzufuhr. Die bisherigen Unterstützer dreier durch den nordrhein-westfälischen Innenminister Ralf Jäger nach dem Vereinsgesetz verbotenen Kameradschaften – neben dem NWDO waren die „Kameradschaft Hamm“ und die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) betroffen – sammelten sich unter dem durch das Parteienprivileg geschützten Dach der „Rechten“, um den Kampf gegen „das System“ fortzusetzen.

Im Gesamtkonstrukt „Die Rechte“ spielen die übergeordneten Verbände indes eine vergleichsweise kleine Rolle. Auf dem Landesparteitag in Nordrhein-Westfalen sagte der damalige Vorsitzende Giemsch, der Landesverband habe „keine politische Funktion“, sondern sei lediglich „eine Verwaltungseinheit“. ¹⁷ Die Aktivitäten gehen zumeist von den Kreisverbänden aus, die das Rückgrat der Partei bilden. Ähnlich wie beim Konzept der „Freien Kameradschaften“, zu dessen ideologischen Gründungsvätern Worch zählt, führen kleinere autonome Einheiten Demonstrationen, Kundgebungen, Konzerte, Informationsstände oder Flyer-Aktionen durch. Fast alle Funktionäre haben einen Vorlauf in „freien Strukturen“; ihr erlerntes Handwerk bringen sie in die neue Partei ein.

13 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 2), S. 45.

14 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2014, 2. überarb. Aufl., Düsseldorf 2015, S. 54.

15 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2015, Düsseldorf 2016, S. 72.

16 Vgl. „Die Rechte“. Neuer Landeschef – altbrauner Kurs, unter: <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/die-rechte-neuer-landeschef-altbrauner-kurs> [eingesehen am 8. August 2016].

17 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (FN 15), S. 78.

2.2. Programmatik

Die ideologischen Aussagen „Der Rechten“ stehen im Gegensatz zur personellen Zusammensetzung der Partei und zu ihrem Handeln. Da das Programm nach eigener Aussage auf den früheren Leitlinien der deutsch-national orientierten DVU fußt, überrascht die vergleichsweise moderate Ausrichtung nicht. An den Anfang der 19 Seiten stellen die Verfasser ein kaum glaubhaftes Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung: „Die Partei DIE RECHTE bekennt sich vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist“.¹⁸ Papier ist geduldig, „das System“ wird anders als in Reden von Parteifunktionären vor Gesinnungsgegnossen oder auf Demonstrations-Bannern nicht in Frage gestellt.

Das Programm ist dessen ungeachtet von typisch rechtsextremistischen Denkmustern durchzogen. Dort ist die Rede von der „Wahrung der [deutschen] Identität“, der „deutsche Charakter unseres Vaterlandes“ solle erhalten werden. Das Infragestellen des Paragraphen 130 Strafgesetzbuch in seiner heutigen Form sowie die Forderung nach einer „Korrektur“ der Oder-Neiße-Grenze, die völkerrechtlichen Grundsätzen widerspreche, passt ebenso ins Bild wie die vermeintlich „einseitige Vergangenheitsbewältigung in der Art einer Zuweisung von Kollektivschuld oder Kollektivverantwortung“. Nationalsozialistische Verbrechen, die ebenso wie „kommunistisches Unrecht“ durch ein Lippenbekenntnis „zutiefst“ bedauert werden, werden durch die Bezugnahme auf „schwere Kriegsverbrechen“ der Siegermächte relativiert.¹⁹ Gleichzeitig werden die „Leistungen und Leiden der Frontgeneration“²⁰ herausgestrichen. Wer diese leugne oder verächtlich mache, versündige sich am Andenken der Gefallenen.

Die Vordenker „Der Rechten“ benennen Feindbilder gemäß ihrer rückwärtsgewandten Weltanschauung. Zunächst fordern sie die „Eindämmung ungezügelter Zuwanderung“. Die Duldung von Ausländern sei aufzuheben. Asylverfahren sollten gestrafft und Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt wurde oder bei denen der Asylgrund weggefallen sei, sofort abgeschoben werden. „Ausländer, die wiederholt oder schwere Straftaten begangen haben“ – eine Erklärung, welche Delikte gemeint sind, vermeidet „Die Rechte“ an dieser Stelle –, sollten nach Verbüßung ihrer Haftstrafe ausgewiesen werden.²¹ Zwischen die Zeilen haben die Verfasser des Parteiprogramms eine dezidierte Islamfeindschaft geschrieben, die sich etwa im „ausnahmslosen Verbot des Schächtens von Tieren“ oder in der Ablehnung des Islamunterrichts an Schulen äußert. Denn dieser, gemeint ist vermutlich die Religion als Ganzes, stehe „nicht im Einklang mit den abendländischen Werten unserer Kultur“.²² Homosexuellen Partnerschaften, die nach Ansicht „Der Rechten“ die Funktionen der

18 Vgl. DIE RECHTE, Programm der Partei DIE RECHTE, o.O., o. J., S. 1.

19 Vgl. ebd., S. 1-4.

20 Vgl. ebd., S. 4.

21 Vgl. ebd., S. 2.

22 Vgl. ebd., S. 13 bzw. S. 16.

Familie nicht ersetzen könnten, soll die rechtliche Gleichberechtigung vorenthalten werden.²³ Ins Visier nimmt die Splitterpartei selbstredend die Europäische Union. An ihre Stelle soll ein „sozial-gerechtes Europa treten, welches auf souveränen Nationalstaaten basiert“. ²⁴

2.3. Wahlteilnahmen

Rund eineinhalb Jahre nach ihrer Gründung wagte „Die Rechte“ ihren ersten Wahlantritt. Ihrer inneren Überzeugung dürfte dies nicht entsprochen haben, aber die Partei muss die Anforderungen des Parteiengesetzes erfüllen, um weiterhin entsprechende Privilegien genießen zu können. Nach Paragraph 2 des Parteiengesetzes verliert eine Vereinigung ihre Rechtsstellung als Partei, wenn sie sechs Jahre lange weder an einer Bundestagswahl noch an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hat.

Zur Bundestagswahl 2013 trat „Die Rechte“ nur mit ihrem stärksten Landesverband Nordrhein-Westfalen an. Auf den ersten drei Plätzen wurden teils früher führende Kader der verbotenen Kameradschaften „Aachener Land“, Hamm und Dortmund gewählt. Als Spitzenkandidat zog der im Dezember 2013 in erster Instanz u. a. wegen Landfriedensbruchs, gemeinschaftlich begangener Sachbeschädigung und unerlaubten Waffenbesitzes zu einer einjährigen Jugendstrafe verurteilte Kreisvorsitzende der Aachener „Rechten“, André Plum²⁵, in den Wahlkampf; ihm folgten Sascha Krolzig und Michael Brück. Über 2.245 Wählerstimmen kam die Kleinstpartei nicht hinaus, was bundesweit einem Anteil von 0,0 Prozent entsprach. Die Hürden zur Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament gut acht Monate später verfehlte „Die Rechte“ gänzlich. Auf der Website des Bundesverbandes gestand die Partei einen „kleinen Rückschlag“ ein. Ihr war es nicht gelungen, die für einen Antritt notwendigen 4.000 Unterstützerunterschriften zu sammeln.²⁶ Der damals in Untersuchungshaft sitzende Listenführer „der Rechten“, Sven Skoda, konnte die eigenen Fußtruppen offensichtlich nicht auf die Straße bewegen. Die Staatsanwaltschaft warf Skoda die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, des „Aktionsbüros Mittelrhein“, vor.²⁷

Die beiden landesweiten Kandidaturen „Der Rechten“ endeten ebenfalls im Desaster. In Sachsen-Anhalt verbuchte die Partei am 13. März 2016 genau 2.353 Wählerstimmen; sie kam damit nicht über 0,2 Prozent hinaus. Angesichts einer „nie da-

23 Vgl. ebd., S. 5.

24 Vgl. ebd., S. 18.

25 Vgl. Partnerschaft für Demokratie Aachen – Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit: „Die Rechte“-Funktionär steht mit einem Bein im Knast, unter: <http://lap-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/138-die-rechte-funktionaer-steht-mit-einem-bein-im-knast> [eingesehen am 1. Juni 2016].

26 Vgl. DIE RECHTE, Kleiner Rückschlag, unter: <http://die-rechte.com/kleiner-rueckschlag/#more-1567> [eingesehen am 1. Juni 2016].

27 Vgl. Tomas Sager, Sturmtruppe „Die Rechte“, unter: <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/sturmtruppe-die-rechte> [eingesehen am 1. Juni 2016].

gewesenen pressestaatlichen Antirechtskampagne, massiver Wahlbehinderung durch Behörden und Kommunen, organisierter linksterroristischer Bandenüberfälle [...] und keinem Pfennig Geld in der Wahlkampfkasse“ wertete der Landesvorsitzende Roman Gleißner in Verkenntung der Tatsachen das Resultat als „Erfolg“ für den 50 Personen starken Verband.²⁸ Für Gespött hatte zuvor die Forderung „Der Rechten“ in ihrem Wahlprogramm gesorgt, Sachsen-Anhalt „zum Schutz seiner Bürger vor weiteren Invasoren mit einem 3 m hohen, gesicherten Maschendrahtzaun“²⁹ einzuzäunen. Schlagzeilen machte außerdem ein Werbeplakat mit der Botschaft „Wir hängen nicht nur Plakate“, dessen mehrdeutiger Aufdruck von der Staatsanwaltschaft Magdeburg als nicht strafrechtlich relevant eingestuft worden war.³⁰ In Baden-Württemberg wurden die Bürger am gleichen Tag an die Urnen gerufen, um ein neues Landesparlament zu bestimmen. „Die Rechte“ stellte in neun von 70 Wahlkreisen Bewerber auf und sammelte 713 Stimmen – 0,0 Prozent. Die Situation sei nicht „schönzureden“, gestand der Landesverband, der mit einem „25 Punkte-Programm“ in die Wahl gezogen war, auf seiner Website ein.³¹ Die Voraussetzungen der Partei waren ohnehin schwierig. Im August 2014 klagte die Staatsanwaltschaft Stuttgart ihren Ex-Landeschef Daniel Reusch wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung an.³²

Einen Achtungserfolg verbuchte die rechtsextremistische Partei bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen. In Dortmund, der Herzkammer „der Rechten“, reichte ein Prozent der Stimmen für einen Sitz im Stadtrat. Mit dem Spitzenkandidaten Siegfried („SS-Siggi“) Borchardt, einem der bekanntesten NS-affinen Hooligans Deutschlands, sprachen die Rechtsextremisten neben dem harten Kern der Szene außerdem den ein oder anderen „rechten“ Fußball-Fan an. Damit hatte Borchardt seine Schuldigkeit getan. Ungefähr sechs Wochen nach dem Wahltag erklärte der vorbestrafte Ex-Führungskader der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) seinen Rückzug: Die „zeitliche und gesundheitliche Belastung, die sich durch seine Doppeltätigkeit in Rat und Bezirksvertretung ergeben habe“, sei zu hoch. Ihm folgte mit Dennis Giemsch der seinerzeitige NRW-Landeschef „Der Rechten“ und ehemalige NWDO-Kopf, der seinerseits nach neun Monaten im Parlament die Flinte ins Korn warf. „Wirklich spannende Einblicke in die parlamen-

28 Vgl. Roman Gleißner, DIE RECHTE Sachsen-Anhalt holte 2.353 Stimmen zur Landtagswahl – Anstatt einer Analyse, unter: <http://www.rechte-sachsen-anhalt.com/die-rechte-sachsen-anhalt-holte-2-353-stimmen-zur-landtagswahl-anstatt-einer-analyse/> [eingesehen am 1. Juni 2016].

29 Vgl. DIE RECHTE, Wahlprogramm der Partei DIE RECHTE zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt am 13. März 2016, o. O., o. J., S. 7 (Schreibweise im Original).

30 Vgl. „Wir hängen nicht nur Plakate“: Keine Konsequenzen für Partei „Die Rechte“, unter: <http://www.naumburger-tageblatt.de/mitteldeutschland/magdeburg/-wir-haengen-nicht-nur-plakate--keine-sequenzen-fuer-partei--die-rechte--23667512> [eingesehen am 1. Juni 2016].

31 Vgl. DIE RECHTE Baden-Württemberg, Bericht zur Landtagswahl 2016, unter: <http://rechte-bw.com/?p=2390#more-2390> [eingesehen am 1. Juni 2016].

32 Vgl. ENDSTATION RECHTS, Bildung einer kriminellen Vereinigung: Früherer Die Rechte-Spitzenkader angeklagt, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/bildung-einer-kriminellen-vereinigung-frueherer-die-rechte-spitzenkader-angeklagt.html> [eingesehen am 1. Juni 2016].

tarischen Abläufe“ habe er nicht erhalten, schrieb er in einem kurzen Statement auf seinem Blog. Wie auch, einen echten Arbeitsnachweis war Giemsch, der an mehreren Sitzungen nicht teilnahm, schuldig geblieben.³³ Für Giemsch rückte mit Brück sein Stellvertreter auf Landesebene in die Volksvertretung nach. Der Jura-Student an der Universität Bochum, der ebenfalls ein Mandat in der Bezirksvertretung Huckarde inne hat, betreibt den einschlägig betitelten „Antisem.it“-Versand, bei dem neben Rechtsrock-CDs auch Pfefferspray zu haben ist. Ein weiteres Stadtratsmandat gewann „Die Rechte“ in Hamm. Außerdem gingen in Dortmund vier und in Hamm ein Sitz in den Bezirksvertretungen an die Partei, so dass unter dem Strich sieben Mandate zu Buche schlugen.³⁴

3. „Der Dritte Weg“

3.1. Gründung und Organisation

Das mittlerweile verbotene bayerische Neonazi-Netzwerk „Freies Netz Süd“ (FNS) verkündete Anfang Oktober 2013 auf seiner Website, „mehr als ein Dutzend Aktivisten“ hätten in Heidelberg am 28. September „in harmonischer Atmosphäre“ eine neue Partei ins Leben gerufen. „Der Dritte Weg“ (III. Weg) verstehe sich als „ganzheitliche Partei, welche neben dem Aufbau einer wahlpolitischen Alternative auch auf der Straße ihre politischen Ansichten vertreten, sich kulturell betätigen und den Gemeinschaftsgeist innerhalb der Partei durch Sport- und Freizeitangebote vertiefen möchte“. Als Vorsitzender der Kleinstpartei fungiert seit Beginn Klaus Armstroff aus dem rheinland-pfälzischen Weidenthal, der sich zuvor für die NPD engagiert hatte. Er gehörte dem von seiner Frau geleiteten NPD-Landesvorstand Rheinland-Pfalz an und saß für die rechtsextremistische Partei seit 2009 im Bad Dürkheimer Kreistag. Der von dem Ehepaar vertretene völkische Flügel lieferte sich 2013 harte Grabenkämpfe mit eher gemäßigeren Parteikadern um die begrenzten Ressourcen des Verbandes. Dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Markus Walter gelang es, seine Lebensgefährtin Ricarda Riefling gegen ein Landesvorstandsvotum als Listenführerin zur Bundestagswahl 2013 durchzuboxen, woraufhin die von 2008 an amtierende Armstroff nicht mehr für eine weitere Amtszeit zur Verfügung stand.³⁵

33 Vgl. „Neonazi Michael Brück im Dortmunder Stadtrat“, unter: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2015/04/24/neonazi-michael-brueck-im-dortmunder-stadtrat_19176 [eingesehen am 1. Juni 2016].

34 Vgl. Alexander Brekemann, 100 kommunale Mandate. Die Kommunalwahlergebnisse der extremen Rechten in NRW, in: LOTTA. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nr. 56/2014, S. 24 ff.

35 Vgl. Anton Maergerle, NPD – Querelen in Rheinland-Pfalz, in: Blick nach Rechts vom 12. Juni 2013, unter: <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/npd-querelen-in-rheinland-pfalz> [eingesehen am 15. Juni 2016].

Der Bundesvorstand der 300 Anhänger starken Partei umfasst neben Armstropp vier weitere Personen. Matthias Herrmann, Parteivize und Schatzmeister, wurde dem „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ zugeschrieben, einer der ehemals aktivsten Kameradschaftsstrukturen Deutschlands.³⁶ Der Beisitzer im Bundesvorstand, René Rodriguez-Teufer³⁷, war nach Angaben des hessischen Verfassungsschutzes Kopf dieser militanten Gruppierung.³⁸ Er kandidierte bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 2006 auf Platz drei der NPD-Landesliste.³⁹ Robin Liebers, ebenfalls Beisitzer, blickt auf eine NPD-Vergangenheit zurück. Er engagierte sich für die Parteijugend „Junge Nationaldemokraten“ (JN) und besuchte 2008 gemeinsam mit Matthias Fischer den sogenannten Tag der Ehre in Budapest, eine SS-Gedenkveranstaltung.⁴⁰ Der letzte „Spitzenmann“ Rico Döhler, Beisitzer und Stützpunktleiter „Hochfranken/Vogtland“, war nicht nur Kader der nicht mehr in Erscheinung tretenden „Revolutionären Nationalen Jugend Vogtland“ (RNJ), sondern ebenso früher Vorsitzender des bayerischen NPD-Bezirksverbandes Schwaben.⁴¹

Dass sich „Der Dritte Weg“ nicht, wie so viele Parteigründungen am rechten Rand vor ihm, zu einer politischen Eintagsfliege entwickelte, ist auch auf das zögerliche Vorgehen der bayerischen Staatsregierung gegen die dortige Neo-NS-Szene zurückzuführen. Im April 2012 sprach sich der Landtag des Freistaates für ein Verbot des „Freien Netz Süd“ aus, im Juli 2013 durchsuchten Polizeibeamte mehrere Wohnungen und stellten Beweismaterial sicher.⁴² Anschließend dauerte es zwölf Monate, bis der bayerische Innenminister Joachim Herrmann das Verbot aussprach – genug Zeit für die erfahrenen FNS-Kader um den Ex-JN-Funktionär Fischer, Ersatzstrukturen ins Auge zu fassen. Bereits von Juli 2013 an begab sich das Netzwerk unter den Augen der Behörden auf die Suche nach einer Nachfolgeorganisation. Ende des Jahres wurden die ersten personellen und strukturellen Kooperationen von FNS und „Drittem Weg“ bekannt. Spätestens ab Anfang 2014 übernahm „Der Dritte

36 Vgl. Anton Maegerle, Vitale braue Szene, in: Blick nach Rechts vom 13. Februar 2008, unter: <http://www.bnr.de/content/vitale-braune-szene> [eingesehen am 12. Juni 2016].

37 Die Unterlagen des Bundeswahlleiters nennen als Beisitzer einen Rene Teufer. Vermutlich handelt es sich um dieselbe Person.

38 Vgl. Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport (Hrsg.), Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2006, Wiesbaden 2007, S. 84.

39 Vgl. Klaus-Peter Klingelschmitt, NPD setzt auf deftige Wahlkampfkost, in: die tageszeitung vom 14. März 2006.

40 Vgl. NPD-Landesverband Niedersachsen: Für ein Europa der Vaterländer, unter: http://www.npd-niedersachsen.de/index/menue/58/thema/69/id/2064/akat/1/anzeigemonat/02/anzeigejahr/2008/infotext/Fuer_ein_Europa_der_Vaterlaender/Aktuelles.html [eingesehen am 12. Juni 2016].

41 Vgl. a.i.d.a., antifaschistische informations-, dokumentations- und archivsstelle München e.V., 14. April 2012, unter: https://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&view=article&id=2889:14-april-2012&catid=224:2012-april&Itemid=1365 [eingesehen am 12. Juni 2016].

42 Vgl. „Polizei sammelt Beweise gegen ‚Freies Netz Süd‘: unter: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/razzia-gegen-rechtsextreme-polizei-sammelt-beweise-gegen-freies-netz-sued-1.1717900> [eingesehen am 15. Juni 2016].

Weg“ bestehende FNS-Strukturen.⁴³ Damals pflegte das FNS zum späteren „Der Dritte Weg“-Vorsitzenden Armstroff bereits seit längerem Kontakt. Im März 2013 war der Ex-NPD-Kommunalpolitiker auf einer FNS-Veranstaltung als Redner aufgetreten.⁴⁴ Wenige Monate später fuhr das FNS seine Aktivitäten zurück; selbst die zuvor regelmäßig genutzte Internetseite der Neonationalsozialisten wurde kaum noch aktualisiert. Dafür stieg die Schlagzahl des „Dritten Weges“, der die politischen Aktionsfelder des FNS nahezu nahtlos übernahm. Ein Blick auf die Führungsebene der Partei zeigt eine auffallende Kontinuität zum FNS.

Nach seiner Satzung gliedert sich „Der Dritte Weg“ in vier Gebietsverbände: „Süd“, „West“, „Nord“ und „Mitte“.⁴⁵ In Erscheinung getreten sind bislang nur die beiden Gliederungen „Süd“ und „Mitte“. Den Verband „Süd“ – er umfasst die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg – gründete die Kleinstpartei am 8. Juni 2016. Geführt wird er von Kai Zimmermann⁴⁶, der bereits im FNS eine herausragende Rolle spielte. Während einer mehrjährigen Haftzeit von Fischer soll Zimmermann auf dessen Weisung die Leitung des streng hierarchisch aufgebauten Netzwerkes übernommen haben.⁴⁷ Der Gebietsverband „Mitte“, in dem Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg und Berlin zusammengefasst sind, ist gut sechs Monate älter. Er sei einer Parteimeldung zufolge am 9. Januar 2016 „in kämpferischer Atmosphäre“ ins Leben gerufen worden. An seiner Spitze stehen mit Fischer und Tony Gentsch zwei Neonationalsozialisten aus der obersten FNS-Führungsebene.⁴⁸ Darüber hinaus hat „Der Dritte Weg“ in den letzten rund zweieinhalb Jahren 21 sogenannte Stützpunkte gegründet und seine lokale Struktur gefestigt.⁴⁹ Damit verbunden war ein Mitgliederzuwachs binnen eines Jahres um 50 Prozent von 200 (2014) auf 300 „Kameraden“ (2015).⁵⁰ Erwartungsgemäß liegen diese in den Kernregionen der Partei im Süden Deutschlands, den neuen Bundesländern und in Rheinland-

43 Vgl. Johannes Hartl, „III. Weg“ will expandieren, in: Blick nach Rechts vom 19. Mai 2015, unter: <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/iii-weg-will-expandieren> [eingesehen am 15. Juni 2016].

44 Vgl. Thomas Witzgall, Freies Netz Süd orientiert sich weiter in Richtung neonazistischer Kleinstpartei, unter: <https://www.endstation-rechts-bayern.de/2013/11/freies-netz-sued-orientiert-sich-weiter-richtung-neonazistischer-kleinstpartei/> [eingesehen am 15. Juni 2016].

45 Vgl. § 9 Gebietsverbände der Satzung der Partei DER DRITTE WEG, unter: https://www.bund.eswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/DER_DRITTE_WEG.pdf [eingesehen am 15. Juni 2016].

46 Vgl. DER DRITTE WEG, „Der III. Weg“-Gebietsverband „Süd“ gegründet, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/6465/akat/1/infotext/Der_III._Weg_Gebietsverband_Sued_gegruendet/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html [eingesehen am 15. Juni 2016].

47 Vgl. Jonas Miller, Freies Netz Süd: Hinter den Kulissen einer Neonazi-Kameradschaft, unter: <http://www.br.de/nachrichten/rechtsextremismus/rechtsextremismus-freies-netz-sued-102.html> [eingesehen am 15. Juni 2016].

48 Vgl. DER DRITTE WEG, Gebietsverband „Mitte“ der Partei „Der III. Weg“ gegründet, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/6062/anzeigemonat/01/anzeige_jahr/2016/infotext/Gebietsverband_Mitte_der_Partei_Der_III._Weg_gegruendet/akat/1/such_0/Gebietsverband/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html [eingesehen am 15. Juni 2016].

49 Stand: 28. Juni 2016.

50 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 2), S. 45.

Pfalz. Die bayerischen „Stützpunkte“ entsprechen in etwa der Struktur des FNS.⁵¹ Die meisten Aktivitäten entfalten der Partei-Website zufolge die Stützpunkte „Nürnberg/Fürth“, „München/Oberbayern“ und „Ostbayern“ mit mehr als 100 Eintragungen. Die in „Sauerland-Süd“ und „Mittelmark (Havel)“ durchgeführten Aktionen lassen sich hingegen an zwei Händen abzählen.

„Der Dritte Weg“ stellt sich als elitäre Kader-Organisation auf. Interessenten müssen sich zunächst als „Fördermitglieder“ beweisen – ein entsprechender Antrag kann auf der Partei-Website heruntergeladen werden –, bevor der Schritt zum „Vollmitglied“ vollzogen werden kann. Die Abgrenzung dient laut Fischer dazu, ein „gesundes Wachstum“ der Partei sicherzustellen. Passive Mitglieder könnten über die Variante der Fördermitgliedschaft dauerhaft „ihren Anteil in Form von finanzieller Unterstützung am politischen Kampf leisten“. Von Vollmitgliedern werde hingegen „ein erhöhter Aktivismus sowie Einsatzbereitschaft“ erwartet.⁵² Die hohen Anforderungen der Partei an ihre Mitglieder werden nicht zuletzt in den finanziellen Erwartungen deutlich. Von Mandatsträgern, Staatssekretären, Ministern und sonstigen hauptberuflichen Wahlbeamten sollen neben den normalen Mitgliedsabgaben „Sonderbeiträge“ geleistet werden. Diese würden vom Gesamtverband in Absprache mit den Betroffenen festgelegt; der „Richtwert“ ist auf 70 Prozent des Einkommens angesetzt.⁵³

3.2. Programmatik

Seine programmatischen Grundlagen hat „Der Dritte Weg“ in einem kargen „Zehn-Punkte-Programm“, das kaum eine DIN A4-Seite füllt, und einem noch kürzeren „Selbstverständnis“ zusammengefasst. Beide Dokumente sind auf der professionell geführten, fortwährend aktualisierten Website einsehbar. Die Partei versteht sich, wie es im „Selbstverständnis“ heißt, als „national, revolutionär und sozialistisch“. Internationale und kapitalistische Ideologien sollten zugunsten eines „fortschrittlich sozialistischen und völkischen Staates“ überwunden werden. „Der Dritte Weg“ strebt die „totale Erneuerung auf allen Ebenen des völkischen Lebens“ an. Ziel sei eine „gerechte Gesellschaftsordnung“ mit der Losung „vom ICH zum WIR“.⁵⁴ Die Partei nimmt kein Blatt vor den Mund, die Ablehnung der Demokratie wird nicht durch eine Mimikry-Strategie verschleiert, sondern tritt vergleichsweise offen zu Tage.

51 Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, München 2016, S. 125.

52 Vgl. DER DRITTE WEG, „III. Weg“-Gesamtparteitag im grünen Herzen Deutschlands, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/4713/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html [eingesehen am 12. Juni 2016].

53 Vgl. DER DRITTE WEG, Finanzordnung der Partei DER DRITTE WEG, § 2, Absatz 2, Mitgliedsbeiträge, unter: https://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/DER_DRITTE_WEG.pdf [eingesehen am 12. Juni 2016].

54 Vgl. DER DRITTE WEG, Unser Selbstverständnis, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/63/Zehn_Punkte_Programm.html [eingesehen am 18. Juni 2016; Schreibweise im Original].

„Der Dritte Weg“ hat die Weltanschauung des „linken“ Flügels des historischen Nationalsozialismus um die Gebrüder Gregor und Otto Straßer sowie Ernst Röhm zum Vorbild, was sich nicht nur im gewählten Parteinamen widerspiegelt. Punkt 1 des Programms fordert an prominenter Stelle „die Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus“. Deshalb sollten „sämtliche Schlüsselindustrien, Betriebe der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie alle Großbetriebe“ verstaatlicht werden. Die Partei nennt ihren Entwurf „raumgebundene Volkswirtschaft“ – im Gegensatz zur „raumorientierten Volkswirtschaft“ der NPD.⁵⁵ Ihre Vorstellungen sieht die Partei nur in einer biologisch-homogenen Volksgemeinschaft umsetzbar.

Darüber hinaus warten die zehn Punkte mit den bekannten Allgemeinplätzen auf, etwa der Ablehnung der Stationierung „fremder militärischer“ Truppen auf „deutschem Territorium“, der Forderung nach einem NATO-Austritt (Punkt 8, „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“), der Einführung der „Todesstrafe für Kindermord“ (Punkt 3, „Deutsche Kinder braucht das Land“) oder der „Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“ (Punkt 10, „Deutschland ist größer als die BRD“).⁵⁶ Vermutlich meinen die programmatischen Köpfe damit das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937.

Die fremdenfeindlichen Positionen der rechtsextremistischen Partei stehen denen der NPD in nichts nach, im Gegenteil: „Kriminelle sowie dauerhaft erwerbslose Ausländer sind aus Deutschland stufenweise auszuweisen“, heißt es in Punkt 4 „Heimat bewahren“. Kaum überraschend nehmen die Verfasser nicht den Umweg über ethnopluralistische Argumentationsmuster, sondern äußern sich offen rassistisch. Ziel der Partei sei neben der „Schaffung bzw. Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt“ die „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ (Punkt 7, „Umweltschutz ist Heimatschutz“). Zur „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“ sei die „Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmissbrauch“ umgehend zu stoppen (Punkt 4, „Heimat bewahren“).⁵⁷

3.3. Wahlteilnahmen

„Wählt deutsch“ plakatierte „Der Dritte Weg“ bei seinem Wahlantritt zur Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz am 25. Mai 2014. Mit der Kandidatur in Bad Dürkheim versuchte die Partei, erstmals parlamentarisch Fuß zu fassen. Listenführer Armstroff, der von einem „Testlauf“ sprach, gehörte nach seinem Rückzug aus der NPD dem Kreistag als parteiloser Abgeordneter an. Sein Mandat konnte der damals 56-Jährige nicht verteidigen; „Der Dritte Weg“ kam über 0,5 Prozent der Stimmen nicht hinaus. Die Sammlung der benötigten 220 Unterstützungsunterschriften sei der Par-

55 Vgl. DER DRITTE WEG, Zehn-Punkte-Programm, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/63/Zehn_Punkte_Programm.html [eingesehen am 18. Juni 2016].

56 Vgl. ebd.

57 Vgl. ebd.

tei zuvor vergleichsweise einfach von der Hand gegangen. Im Wahlkampf setzte sie auf eine aggressive Stimmung gegen Flüchtlinge und Asylbewerber; „Kriminelle Ausländer raus“ und „Asylflut stoppen“ forderten zwei weitere Werbemotive.⁵⁸

Für die rheinland-pfälzische Landtagswahl 2016 ließ sich „Der Dritte Weg“ nichts Neues einfallen. Wiederum trat Armstroff als Spitzenkandidat unter dem Slogan „Wählt deutsch“ an. Die provokative Wahlkampfstrategie mit Aufmärschen und geschmacklosen Werbemotiven verfiel erneut nicht. „Der Dritte Weg“ gewann 0,1 Prozent der Stimmen (2.053 Stimmen). In einem ersten Statement gestand die Partei ihre Niederlage ein, die Erwartungen seien nicht erfüllt worden. Dabei steht das Resultat in einem krassen Gegensatz zum verkündeten Aufwand. Nach eigenen Angaben brachte „Der Dritte Weg“ gut 10.000 Plakate an die Laternen – fünfmal mehr, als er schließlich Stimmen sammelte.⁵⁹

Bundesweit verfügt die Kleinstpartei über keinen Parlamentssitz. Nach einem kurzen Gastspiel für den „Dritten Weg“ beendeten der Plauener Stadtrat Thomas Lauter und die Partei ihre Zusammenarbeit im Februar 2016.⁶⁰ Lauter, der bereits länger Kontakte zum „Dritten Weg“ pflegte, war zuvor von der NPD übergetreten. Der Wechsel des selbständigen Unternehmers wird mit dem mangelnden Engagement seiner einstigen Weggefährten von der NPD in der Kommunalpolitik begründet.⁶¹ Lauter war 2014 auf einem NPD-Ticket mit 1.227 Stimmen in die kommunale Volksvertretung gewählt worden. Gegenüber der „Freien Presse“ gab er an, damals „Fördermitglied“ des „Dritten Weges“ gewesen zu sein.⁶²

58 Vgl. DER DRITTE WEG, Bad Dürkheim: Kommunalwahl als Testlauf, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/4445/anzeigemonat/05/anzeigjahr/2014/infotext/Bad_Duerkheim_Kommunalwahl_als_Testlauf/akat/1/such_0/Bad/such_1/D%EF%BF%BD rkheim/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html [eingesehen am 19. Juni 2016].

59 Vgl. DER DRITTE WEG, Nach der Wahl ist vor der Wahl: 0,1 Prozent der Stimmen für den „III. Weg“ in Rheinland-Pfalz, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/6261/anzeigemonat/03/anzeigjahr/2016/infotext/Nach_der_Wahl_ist_vor_der_Wahl_0_1_stimmen_fuer_den_III_Weg_in_Rheinland_Pfalz/akat/1/such_0/Rheinland-Pfalz/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html [eingesehen am 18. Juni 2016].

60 Vgl. Rechter Stadtrat in keiner Partei. Thomas Lauter kontra Arbeitsgruppe, unter: <http://www.freipresse.de/LOKALES/VOGTLAND/PLAUEN/Rechter-Stadtrat-in-keiner-Partei-artikel9601609.php> [eingesehen am 12. August 2016].

61 Vgl. DER DRITTE WEG, Nationaler Stadtrat in Plauen wird Mitglied vom „III. Weg“, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/5444/anzeigemonat/06/anzeigjahr/2015/infotext/Nationaler_Stadtrat_von_Plauen_wird_Mitglied_vom_III_Weg/akat/1/such_0/Stadtrat/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html [eingesehen am 18. Juni 2016].

62 Vgl. Post an Stadträte „selten dämlich“, unter: <http://www.freipresse.de/LOKALES/VOGTLAND/REICHENBACH/Rechtsextremismus-Post-an-Stadtraete-selten-daemlich-artikel9480156.php> [eingesehen am 18. Juni 2016].

4. Taten und Worte – die politischen Aktionen der Parteien „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“

„Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“ nutzen das schützende Dach einer politischen Partei, um die bekannten Aktivitäten im Sinne ihrer neonationalsozialistischen Ideologie fortzuführen. Beide Organisationen dienen als Auffangbecken für Kader und Fußtruppen früherer Kameradschaften. Die „Macher“ achten darauf, den Anforderungen des Parteiengesetzes und den weiteren gesetzlichen Bestimmungen gerecht zu werden; möglichen Verbotsbestrebungen der Behörden soll keine Nahrung geliefert werden. Dabei wird der „klassischen Parteiarbeit“ in Form von Versammlungen, der Vorbereitung parlamentarischer Initiativen, der Beteiligung am gesellschaftlichen Diskurs oder von Grundsatzdebatten keine hohe Bedeutung beigemessen. Ein von der nordrhein-westfälischen Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten kam im November 2015 zu dem Schluss, ein Verbot „Der Rechten“ nach dem Vereinsgesetz sei wahrscheinlich nicht möglich. Trotz der offensichtlichen Kontinuität zu verbotenen NS-affinen Vereinigungen könne „Der Rechten“ der Rechtsstatus einer politischen Partei nicht abgesprochen werden.⁶³ Einen Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht könnten demnach nur die Bundesregierung, der Bundestag oder der Bundesrat stellen. Dieser Ausgangslage sind sich „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“ bewusst; alle Spielräume werden bis zur Schmerzgrenze ausgereizt. Provokation als Prinzip lautet die Devise.

Insbesondere die Dortmunder „Rechte“ verfolgt diese Strategie mit Nachdruck – egal, ob im Stadtrat oder auf der Straße. Kalkulierte Tabubrüche sollen der Splitterpartei eine Aufmerksamkeit in Medien und Öffentlichkeit sichern, die weit über ihre Bedeutung hinausgeht. Als damaliger Stadtverordneter stellte Giemsch eine Vielzahl entlarvender Anfragen. Im November 2014 fragte er die Verwaltung, wie viele „Menschen mit jüdischem Glauben“ in der Stadt bekannt seien. Außerdem bat er um eine Auflistung nach Bezirken. Diese Informationen seien, so das Papier, nicht nur für die „politische Arbeit“ relevant, sondern auch, um „einen angemessenen Umgang mit allen Religionen“ zu finden. Wie dieser „angemessene Umgang“ aussehen soll, lassen die Verfasser bewusst offen. Auf Facebook gab „Die Rechte“ damals Sorgen um „die Sicherheit unserer Mitbürger“ als Motivation für ihre parlamentarische Initiative an. Angesichts von möglichen „Stellvertreterkriegen für die Konflikte im Nahen Osten“ sei es wichtig zu wissen, „wieviele Menschen potentiell bedroht

63 Vgl. Schlechte Aussichten für ein schnelles Verbot der Partei „Die Rechte“ – Nach Gutachten keine Möglichkeit für ein vereinsrechtliches Verbot der Rechtsextremisten, unter: <http://www.mik.nrw.de/presse-mediathek/aktuelle-meldungen/aktuelles-im-detail/news/schlechte-aussichten-fuer-ein-schnelles-verbot-der-partei-die-rechte-nach-gutachten-keine-moegl.html> [eingesehen am 20. Juni 2016].

sein könnten“ [sic!]. Der Dortmunder Oberbürgermeister Ulrich Sierau sprach von einer „menschenverachtenden“ Anfrage.⁶⁴

Immer wieder geraten politische Gegner „Der Rechten“, Journalisten, Politiker oder Polizisten, ebenfalls in das Visier der Neonationalsozialisten. In seinen Reden im Rat nannte Brück mehrere Male die Privatadresse von Sierau im Zusammenhang mit dem Vorschlag, dort eine Flüchtlingsunterkunft zu eröffnen. Außerdem veröffentlichte der Dortmunder Kreisverband die Wohnanschrift eines Reporters; er rief zu „Hausbesuchen“ auf.⁶⁵ Die Botschaft lautet: „Wir wissen, wo ihr wohnt.“ Tatsächlich mobilisiert die Partei alljährlich in der Vorweihnachtszeit in das private Umfeld ihrer Gegner. Zuletzt verbot die Polizei die Kundgebungen. Auf einer weiter weg gelegenen Ersatzveranstaltung skandierten die Teilnehmer u. a.: „Gregor Lange aus der Traum, bald liegst du im Kofferraum“.⁶⁶ Lange ist der Polizeipräsident von Dortmund.

Bei Drohungen beließen es die Anhänger „Der Rechten“ nicht. Am 25. Mai 2014, dem Abend der Kommunalwahl, versuchten mehr als zwei Dutzend fast einheitlich in gelbe T-Shirts gekleidete Aktivisten, auf die Wahlparty im Dortmunder Rathaus zu gelangen. Dem Rollkommando stellten sich einige demokratische Politiker entgegen: Während der Auseinandersetzungen, bei denen Pfefferspray eingesetzt und Flaschen geworfen wurden, erlitten mehrere Personen Verletzungen. Für ihre Beteiligung an der als „Rathaussturm“ bekannten Aktion verurteilten verschiedene Gerichte mehrere Partei-Sympathisanten zu Geld- und Gefängnisstrafen. Daniel Grebe, Mitglied der Bezirksvertretung Scharnhorst, erhielt für diesen und einen weiteren Angriff 22 Monate Haft ohne Bewährung.⁶⁷ Im August desselben Jahres machte „Die Rechte“ mit einer parteinahen Bürgerwehr Schlagzeilen. Neben unverfänglich erscheinenden „Säuberungsaktionen von Grünanlagen und Kinderspielplätzen“ kündigte der „Rechte Stadtschutz“ gezielte Besetzungen des öffentlichen Raums an. Ihre Präsenz solle Straftaten verhindern. Außerdem plante die Gruppierung, die Polizei bei Fahndungen zu unterstützen oder Patrouillen in Gegenden durchzuführen, die von der Partei als Kriminalitätsschwerpunkte ausgemacht werden – etwa das „Umfeld von Asylantenheimen“.⁶⁸ Nach Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden sind „Die Rechte“-Mitglieder an einer Zelle beteiligt, die unter dem Namen „Bamberger

64 Vgl. Jannis Brühl, Neonazis wollen Juden zählen lassen, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/dortmund-neonazis-wollen-juden-zaehlen-lassen-1.2221584> [eingesehen am 20. Juni 2016].

65 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (FN 15), S. 80.

66 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (FN 14), S. 62.

67 Vgl. Martin von Braunschweig, Haftstrafe für Neonazi Daniel Grebe nach „Rathaussturm“, unter: <http://www.ruhrnachrichten.de/staedte/dortmund/44137-Dortmund~/Prozess-am-Amtsgericht-Haftstrafe-fuer-Neonazi-Daniel-Grebe-nach-Rathaussturm;art930,2882572> [eingesehen am 20. Juni 2016].

68 Vgl. Rechter Stadtschutz Dortmund: Nationale Solidarität organisieren, unter: <http://www.dortmundecho.org/2014/08/rechter-stadtschutz-dortmund-nationale-solidaritaet-organisieren/> [eingesehen am 20. Juni 2016].

Gruppe“ bekannt geworden ist. Die Beschuldigten stehen im Verdacht, als Angehörige einer kriminellen Vereinigung Sprengstoffanschläge vorbereitet zu haben. Bei Durchsuchungen im August 2015 wurden neben verschiedenen Waffen pyrotechnische Gegenstände sichergestellt.⁶⁹

Hinter vorgehaltener Hand begrüßt der „Dritte Weg“ auf seiner Website politische Gewalttaten, um die Ansiedlung von Asylbewerbern zu verhindern. Die Grenze zur Strafbarkeit überschreiten die Verfasser der Artikel dabei nicht. In einem Beitrag unter der zynischen Überschrift „Nach Brandanschlag bleibt Tröglitz asylantenfrei“ vom 6. April 2015 heißt es: „Sollten Personen, die sich gegen die zunehmende Überfremdung ihrer Heimat zur Wehr setzen, hinter dieser Aktion stecken, dann haben sie ihr Ziel erreicht. Vorerst kommen keine Asylanten nach Tröglitz – wir würden es uns wünschen, dass es auch dabei bleibt.“⁷⁰

Darüber hinaus hat die Partei einen Leitfaden aufgelegt, um lokale Strukturen im Kampf gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften zu unterstützen. Das auf der Partei-Website als pdf-Datei abrufbare Pamphlet mit dem Titel „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- bzw. verhindere ich die Einrichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft“ gibt auf 23 Seiten „Tipps“ zur Gründung einer Bürgerinitiative oder zur Vernetzung mit weiteren asylfeindlichen Initiativen.⁷¹ Das Papier flankiert die Kampagne „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft“, die nach Parteiangaben 2014 ins Leben gerufen wurde. Hauptbestandteil ist eine im Internet eingestellte interaktive Karte, auf der die „Macher“ Flüchtlingswohnheime mit einer roten Markierung versehen haben. Der gewählte Maßstab suggeriert gezielt den Anschein einer vollständigen Abdeckung an allen Ecken und Enden der Bundesrepublik. Partei-Sympathisanten sind aufgerufen, unter einer E-Mail-Adresse „geplante oder erbaute Asylantenheime in ihrer Region“ zu melden. Die ursprünglich bei „Google Maps“ erstellte Karte wurde, nachdem die Kampagne einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden war, von dem Unternehmen gelöscht. Auf der Website des „Der Dritte Weg“-Bundesverbandes ist eine Karte weiterhin einsehbar.⁷²

„Der Dritte Weg“ scheut nicht davor zurück, Drohungen zu konkretisieren. Im Frühjahr 2016 erhielten in den Augen der Partei unliebsame Politiker, Journalisten oder Unterstützer von Flüchtlingen eindeutig formulierte Postkarten. Die Schreiben waren teilweise direkt an die Privatadressen der Empfänger gerichtet. Auf der Rück-

69 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 2), S. 48.

70 Vgl. DER DRITTE WEG, Nach Brandanschlag bleibt Tröglitz asylantenfrei, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/5218/anzeigemonat/04/anzeigejahr/2015/infotext/Nach_Brandanschlag_bleibt_Troeglitz_asylantenfrei/akat/1/such_0/Nach/such_1/Brandanschlag/such_2/bleibt/such_3/Tr%EF%BF%BDglitz/such_4/asylantenfrei/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html [eingesehen am 25. Juni 2016].

71 Vgl. DER DRITTE WEG, Leitfaden. Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- bzw. verhindere ich die Einrichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft. Stand 08/2015, Bad Dürkheim 2015.

72 Vgl. DER DRITTE WEG, Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!, unter: http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/5598/Kein_Asylantenheim_in_meiner_Nachbarschaft.html/Kein_Asylantenheim_in_meiner_Nachbarschaft.html [eingesehen am 25. Juni 2016].

seite der „Gutscheine für die Ausreise aller Überfremdungsbefürworter Richtung Afrika“, die mit der von Demonstrationen bekannten Losung „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ überschrieben waren, sollen die „Unterstützer der volksfeindlichen Politik der Bundesregierung“ zwischen drei Arten der Ausreise wählen: „Ich wähle die Überfahrt mit einem Boot“, „Ich wähle den Landweg über die Balkan-Route“ oder „Ich würde gerne fliegen (zzgl. Zuschaltung)“. Verantwortlich für die Karte zeichnet Armstroff, als Kontakt gibt „Der Dritte Weg“ ein Postfach in Bad Dürkheim an.

Aktionen gegen Flüchtlinge bestimmen die politische Agenda „Der Rechten“ und des „Dritten Weges“, was sich nicht zuletzt in der gestiegenen Anzahl an Aktivitäten zeigt. Kam „Der Dritte Weg“ 2014 auf acht Demonstrationen, waren es im Folgejahr 31. „Die Rechte“ steigerte ihre Frequenz um mehr als 400 Prozent von 21 auf 95 Aufmärsche.⁷³ Beide Parteien erweisen sich durch den kontinuierlichen Strukturausbau als handlungsfähig. Die weiteren klassischen Themen des organisierten Rechtsextremismus treten derweil zurück, wenngleich „Der Dritte Weg“ sich etwas breiter aufstellt als die Ein-Themen-Partei „Die Rechte“. Zum 1. Mai beschwören beide Akteure regelmäßig die vermeintlich historischen Wurzeln des „Arbeiterkampftages“ im Nationalsozialismus. Die Demonstration „Der Rechten“ am 1. Mai 2016 in Erfurt stand unter dem Motto „Tradition verpflichtet – Kapitalismus zerschlagen“. Angeführt von einem „Schwarzen Block“ zogen die rund 250 Teilnehmer mit entsprechenden Parolen auf den Lippen durch die thüringische Landeshauptstadt. Mehrere Male suchte der aggressive Zug die Kraftprobe mit Gegendemonstranten und der Polizei; über kleinere Scharmützel und verbale Drohungen kamen die Provokationen allerdings nicht hinaus.⁷⁴ In Plauen, wo am selben Tag „Der Dritte Weg“ demonstrierte, lieferten sich Hunderte Neonationalsozialisten heftige Ausschreitungen mit den Sicherheitskräften, bei denen Pfefferspray und Wasserwerfer eingesetzt wurden. Nachdem die Organisatoren des Aufmarsches eine von der Polizei aus Sicherheitsgründen vorgeschlagene Verkürzung der Route abgelehnt hatten, lösten sie die Demonstration auf. Anschließend flogen gefüllte Plastikflaschen auf Polizisten, Journalisten und Beobachter. Einzelne Gewalttäter setzten ihre Schilder als Waffe ein. Die Beamten hatten Mühe, die rechtsextremen Randalierer zurückzudrängen. An diesem Umzug beteiligte sich ebenfalls ein radikaler „anti-kapitalistischer Block“, der bei der völkisch-orientierten „Dritte Weg“-Führung ob seines Gehabes nicht auf Sympathie zu stoßen schien.⁷⁵ Beide Demonstrationen wurden von sogenannten Anti-Antifa-Aktivisten begleitet, die zur Einschüchterung gezielt Pressevertreter und Gegendemonstranten fotografierten.

⁷³ Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 2), S. 63.

⁷⁴ Vgl. Marc Brandstetter, „Alle wehrfähigen Männer nach vorne“, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/die-rechte/artikel/alle-wehrfaehigen-maenner-nach-vorne.html> [eingesehen am 26. Juni 2016].

⁷⁵ Vgl. Thomas Witzgall, Plauen: Rechte Randalie mit Ankündigung, unter: <https://www.endstation-rechts-bayern.de/2016/05/plauen-rechte-randalie-mit-ankuendigung/> [eingesehen am 25. Juni 2016].

Für den „Dritten Weg“ spielen darüber hinaus Veranstaltungen mit einem direkten NS-Bezug eine gewichtige Rolle. Das „Heldengedenken“ im bayerischen Wunsiedel, wo früher der „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, beerdigt war, gehört seit Jahren zum Terminkalender der Neonationalsozialisten.

5. Fazit

Mit „Der Rechten“ und dem „Dritten Weg“ haben zwei Parteien die politische Bühne betreten, die in direkter Konkurrenz zum bisherigen Platzhirsch am rechten Rand des Parteiensystems, der NPD, stehen. Gerade in der aktionistisch-orientierten „Freien Szene“ gilt die NPD seit Längerem als bieder und wenig attraktiv. Diese Vorbehalte dürften sich unter dem amtierenden Vorsitzenden Frank Franz, der wie sein Vor-Vorgänger Holger Apfel einem gemäßigteren politischen Kurs folgt, nochmals verstärken. „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“ sind Profiteure der anhaltenden NPD-Schwächephase. Ob sie im Falle eines Verbotes der ältesten rechtsextremistischen Partei als Ersatzorganisationen in Betracht kommen, ist dennoch eher unwahrscheinlich. Bis auf Ausnahmen hat sich der radikalere NPD-Flügel bereits von dieser Partei abgewandt. Aus der Vergangenheit sind einzelne Übertritte bestätigt, dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass insbesondere „Der Dritte Weg“ aus Opposition zur NPD entstand. Da dessen Führung außerdem einen Elite-Anspruch erhebt, dürfte die NPD-Spitze kaum willkommen sein. Ähnliches ist für „Die Rechte“ anzunehmen, deren Parteichef Christian Worch seit einigen Jahren ein angespanntes Verhältnis zur NPD pflegt. Zudem haben beide Splitterparteien ihre Funktion als „Auffangbecken“ bereits erfüllt – für verbotene Kameradschaftsstrukturen. Zulauf könnten sie aus den wachsenden, sich weiter politisierenden asylfeindlichen Initiativen bekommen, die im ersten Halbjahr 2016 einen Radikalisierungsprozess durchgemacht haben.

Wahlerfolge sind für „Die Rechte“ und den „Dritten Weg“ in naher Zukunft aufgrund ihrer neonationalsozialistischen Ideologie nicht zu erwarten. Die Lehren aus der Vergangenheit haben in Deutschland nach wie vor Bestand. Für die „Köpfe“ beider Parteien dürfte dieses „Ziel“ freilich nachgelagert sein. Der Parteienstatus wird aus taktischen Gründen angestrebt, um Verbotsbemühungen zu erschweren. Das Augenmerk liegt vielmehr auf anderen Aktivitäten – wie Demonstrationen, Mahnwachen, Flyer-Aktionen oder Rechtsrock-Konzerten und Liederabenden.

Sowohl „Die Rechte“ als auch „Der Dritte Weg“ und ihre Vertreter bewegten sich mit ihren Aktionen auf einem schmalen Grat. Die Grenze zur Strafbarkeit wird verschiedentlich überschritten, Gewalt als Mittel der Politik nicht in letzter Konsequenz ausgeschlossen, wie die Demonstrationen der jüngeren Vergangenheit zeigen. In diesem Kontext werden die vollmundigen Verlautbarungen nicht aus vollem Herzen geleistet, sondern sind taktischen Erwägungen geschuldet. Mag die deutsche Demokratie insgesamt derzeit auch nicht von Kleinstparteien wie „Der Rechten“ oder dem

„Dritte Weg“ bedroht sein: Für Menschen, die nicht in das Weltbild der Rechtsextremisten passen, besteht dennoch ein tatsächliches Bedrohungspotential.

Menschenopfer und Selbstaufopferung: Die rituelle Dimension des Terrorismus im Zeitalter des Dschihadismus und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland

Von Benjamin Onasch

1. Vom Tabubruch zum Zivilisationsbruch

Die uralte Kulturregion zwischen Levante und Zweistromland, in der griechischen Mythologie einst als Wiege Europas besungen, hat sich in den vergangenen Jahren in einen alltäglichen Schauplatz unfassbarer Gräueltaten verwandelt. Die Bilder und Nachrichten, die uns aus diesem Sumpf der Grausamkeiten erreichen, wecken Erinnerungen an die dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte: Kreuzigungsalleen, wie wir sie bislang nur aus Filmen über Neros Christenverfolgungen kannten, bestialische Folterorgien, die an Schilderungen des Simplicius Simplicissimus aus dem Dreißigjährigen Krieg erinnern, Menschenjagden mit anschließenden Massenverklavungen, wie sie die frühe europäische Kolonialgeschichte kennzeichneten, sowie der Völkermord an den Jesiden, deren verzweifelter Überlebenskampf in den Bergen des Sindschar-Gebirges tragische Parallelen zu dem Genozid an den Armeniern und ihrer – von Franz Werfel literarisch verarbeiteten – Belagerung auf dem Musa Dagh vor einhundert Jahren aufweist. All diese zahllosen und unsäglichen Verbrechen haben eine furchtbare Normalität systematischer Unmenschlichkeit geschaffen, die in ihrem ganzen Ausmaß für viele Europäer trotz der Anschläge in Paris, Brüssel und Nizza noch immer unvorstellbar ist.

Zwei Verbrechen des „Islamischen Staates“ haben dessen Wahrnehmung in der westlichen Öffentlichkeit jedoch derart geprägt, dass ihnen ein emblematischer Stellenwert beigemessen werden muss: Die Enthauptung des US-amerikanischen Journalisten James Foley am 19. August 2014 – knapp zwei Monate nach der Ausrufung des „Kalifats“ – sowie die öffentliche Verbrennung des jordanischen Kampfpiloten Mu‘az al-Kasasbeh bei lebendigem Leib in einem eisernen Käfig, die der „Islamische Staat“ (vermutlich am 3. Januar 2015) in seiner „Hauptstadt“ Raqqa inszenierte. Die über das Internet verbreiteten Videos dieser Taten riefen zwar weltweit Entsetzen und Empörung hervor, aber nur die Verbrennung des Piloten wurde von maßgeblichen religiösen Autoritäten der islamischen Welt, wie z.B. Ahmad Mohammed al-Tayyeb, dem Scheich der al-Azhar-Moschee in Kairo, als „satanisch“ und „unislamisch“ verurteilt, da die Bestrafung bzw. das „Foltern“ durch Feuer alleine Gott

(Allah) vorbehalten sei¹. Die Täter sollten „gekreuzigt oder ihre Gliedmaßen amputiert“ werden, forderte al-Tayyeb. Sogar Abu Mohammed al-Maqdisi, seit Jahrzehnten einer der wichtigsten Ideologen des dschihadistischen Salafismus, sah sich kurz nach seiner Entlassung aus jordanischer Haft zu einer Distanzierung genötigt: „Wir sind gezwungen, deutlich zu machen, dass dies nicht der Islam ist“, verkündete der einstige geistige Ziehvater Abu Mus’ab al-Zarqawi, des Gründers der „al-Qa’ida im Zweistromland“, in einem Fernsehinterview.² Die Verbrennung al-Kasasbehs stellte offenbar selbst für einige Sympathisanten des „Islamischen Staates“ einen Tabubruch dar – der daraus offenbar Konsequenzen zog: Bis zum heutigen Tag wurde keine weitere Verbrennung eines Menschen durch Mitglieder dschihadistischer Terrororganisationen bekannt.

Faktisch folgenlos blieb hingegen die Enthauptung des Journalisten James Foley: Er war weder das erste (westliche) Opfer dieser dschihadistischen Mordpraxis noch das letzte. Bereits im Februar 2002 wurde der amerikanisch-israelische Journalist Daniel Pearl auf diese Weise in Pakistan ermordet; später rühmte sich Usama Bin Ladins damaliger Stellvertreter (und Planer der Anschläge vom 11. September 2001), Khaled Scheich Mohammed, der Tat: „I decapitated with my blessed right hand the head of the American Jew, Daniel Pearl, in the city of Karachi, Pakistan. [...] For those who would like to confirm, there are pictures of me on the Internet holding his head.“³ Im Mai 2002 wurde dem amerikanische Geschäftsmann Nicholas Berg vor laufender Kamera die Kehle durch- und der Kopf abgeschnitten. „Dokumentiert ist der Mord in einem körnigen Video, verbreitet übers Internet: Ein Mann im schwarzen Kampfanzug und mit langem Messer verliert eine Erklärung und ergreift dann den wehrlos knieenden, gefesselten Berg am Schopf. Was folgt, entzieht sich der Beschreibung.“⁴ Bei Bergs (auf den Filmaufnahmen nur verumumt zu sehenden) Mörder soll es sich um den o.g. Abu Mus’ab al-Zarqawi gehandelt haben – den Gründer jenes irakischen al-Qa’ida-Ablegers, aus dem später der „Islamische Staat“ hervorging. Zwar forderte Bin Ladins damaliger Stellvertreter, Aiman al-Zawahiri, in einem Brief al-Zarqawi auf, keine weiteren Videos von derartigen „Hinrichtungen“ zu verbreiten – nicht jedoch, weil die gefilmten Morde gegen religiöse Prinzipien verstoßen würden, sondern weil Muslimen derartige Bilder niemals

1 Siehe u.a. Rod Nordland/Anne Barnard, Militants’ Killing of Jordanian Pilot Unites the Arab World in Anger, in: New York Times (Online-Ausgabe) vom 4. Februar 2015, http://www.nytimes.com/2015/02/05/world/middleeast/arab-world-unites-in-anger-after-burning-of-jordanian-pilot.html?_r=0 (Stand: 15. Juli 2016) sowie Sami Aboudi/Suleiman Al-Khalidi, Clerics denounce burning alive of pilot as un-Islamic, Reuters vom 4. Februar 2015, unter: <http://mobile.reuters.com/article/idUSL6N0VE1QO20150204> (Stand: 15. Juli 2015).

2 Nicola Abé/Dieter Bednarz, Helden sterben nicht, in: Der Spiegel, Nr. 8/2015, S. 98 ff.

3 Mike Mount, Khaled Sheikh Mohammed. I beheaded American reporter, CNN-Bericht vom 15. März 2007, unter: <http://edition.cnn.com/2007/US/03/15/guantanamo.mohammed/index.html> (Stand: 16. Juli 2016.).

4 Tomas Avenarius, Eine unverkennbar grausame Handschrift, in: Süddeutsche Zeitung (Online-Ausgabe) vom 7. Dezember 2008, <http://www.sueddeutsche.de/politik/reportage-eine-unverkenbar-grausame-handschrift-1.870708> (Stand: 24. Juni 2016.).

„schmackhaft“ gemacht werden könnten.⁵ Ob dieses Schreiben al-Zarqawi tatsächlich beeindruckte, ist nicht bekannt: Er wurde 2006 nach zahlreichen weiteren Enthauptungen im Rahmen einer Anti-Terror-Operation getötet – wohl nicht zuletzt aufgrund von Hinweisen aus der örtlichen sunnitischen Bevölkerung, die den „Schiiten-Schlächter und Kopfab Schneider“⁶ mehr fürchtete als ihre schiitischen Gegner im inner-irakischen Bürgerkrieg. Spätestens seit der Proklamation des „Islamischen Staates“ und der Ausrufung eines „Kalifen“ Ende Juni 2014 scheinen al-Zarqawis Nachfolger – die sich mittlerweile im offenen, bewaffneten Konflikt mit dem syrischen al-Qaʿida-Ableger befinden – alle Bedenken hinsichtlich der abschreckenden Wirkung derartiger Enthauptungsvideos auf Muslime aufgegeben zu haben: Der Ermordung Foleys folgten im September 2014 die des amerikanisch-israelischen Journalisten Steven Sotloff sowie des britischen Entwicklungshelfers David Haines. Ebenfalls im September 2014 enthaupteten Dschihadisten, die sich zum „Islamischen Staat“ bekannten, in einem algerischen Nationalpark den französischen Bergführer Hervé Gourdel – auch das Video seiner Enthauptung wurde im Internet verbreitet. Zwei Monate später veröffentlichte der „Islamische Staat“ ein Video, das den Mord an Peter Kassig zeigte, einem amerikanischen Entwicklungshelfer, der in der Gefangenschaft zum Islam konvertiert war. Wiederum zwei Monate später, im Januar 2015, lösten die Videos der „Schlachtung“ der Journalisten Haruna Yukawa und Kenji Goto weltweites Entsetzen aus: „[T] his knife will not only slaughter Kenji, but will also carry on and cause carnage wherever your people are found. So let the nightmare for Japan begin“⁷, verkündete der aus London stammende und als „Jihadi John“ bekannt gewordene Schlächter des „Islamischen Staates“. Unbekannt hingegen ist die genaue Zahl der vielen muslimischen, koptischen, aramäischen, chaldäischen und jesidischen Opfer, die derartigen Morden – in manchen Fällen gleich zu Dutzenden – zum Opfer fielen.⁸

Das erste Opfer einer als Schächtung inszenierten Terrortat auf europäischen Boden war der niederländische Filmregisseur Theo van Gogh: Sein Mörder schoss ihn am 2. November 2004 zunächst auf offener Straße nieder, bevor er dem verwundet am Boden liegenden van Gogh die Kehle durchschnitt und ein Messer in die Brust ramnte, an dem er sein fünfseitiges Tatbekenntnis aufgespießt hatte. Auch dem

5 Vgl. Adam Taylor, From Daniel Pearl to James Foley: The modern tactic of Islamist beheading, in: Chicago Tribune (Online-Ausgabe) vom 21. August 2014, <http://www.chicagotribune.com/news/nationworld/chi-foley-pearl-islamist-beheadings-20140821-story.html> (Stand: 15. Juli 2016.).

6 Tomas Avenarius, Eine unverkennbar grausame Handschrift, in: Süddeutsche Zeitung (Online-Ausgabe) vom 7. Dezember 2008, <http://www.sueddeutsche.de/politik/reportage-eine-unverken-nbar-grausame-handschrift-1.870708> (Stand: 24. Juni 2016).

7 Karin Laube, Japanese hostage Kenji Goto seen beheaded in ISIS video, bringing abrupt end to negotiations to free him, The Associated Press vom 31. Januar 2015, in: <http://news.nationalpost.com/news/world/kenji-goto-the-last-japanese-hostage-seen-beheaded-in-unconfirmed-isis-video> (Stand: 22. Juli 2015.).

8 Eine – wenn auch vermutlich nicht vollständige – Übersicht über Enthauptungen durch den „Islamischen Staat“ kann unter https://en.wikipedia.org/wiki/ISIL_beheading_incidents abgerufen werden.

nächsten Opfer, dem britischen Soldat Lee Rigby, lauerten seine Mörder auf offener Straße auf: Er wurde am 22. Mai 2013 in London zunächst von zwei zum Islam konvertierten Briten nigerianischer Abstammung mit dem Auto angefahren und anschließend mit einem Küchenmesser sowie einem Fleischerbeil ermordet, wobei die Angreifer versuchten, ihn zu enthaupten. Zwei Jahre später, am 26. Juni 2015, wurde Hervé Cornara in Saint-Quentin-Fallavier von einem Angestellten seines Transportunternehmens erst niedergeschlagen und stranguliert, bevor dieser ihn enthauptete. Anschließend fuhr der Täter zu einer Flüssiggasfabrik, befestigte dort den abgeschnittenen Kopf seines Arbeitgebers – flankiert von zwei Bannern mit dem islamischen Glaubensbekenntnis – an einem Zaun und versuchte anschließend, einen Flüssiggastank auf dem Werksgelände zur Explosion zu bringen. Wiederum ein Jahr später, am 13. Juni 2016, erstach ein Dschihadist in Magnanville nahe Paris den Polizeibeamten Jean-Baptiste Salvaing vor dessen Wohnhaus. Anschließend nahm er dessen Lebensgefährtin Jessica Schneider und deren dreijährigen Sohn als Geisel. Als die französische Polizei die Wohnung stürmte, war das Kleinkind zwar noch am Leben, seiner Mutter hatte der Täter jedoch vor laufender Kamera die Kehle durchgeschnitten und das von dieser Tat gefertigte dreizehnminütige Video in Echtzeit per Facebook verbreitet. Die bislang (Stand: Juli 2016) wohl erschütterndste Abschachtung eines Menschen durch dschihadistische Terroristen musste Frankreich jedoch am 26. Juli 2016 erleben: Zwei junge Männer, nach eigenem Bekunden Mitglieder des „Islamischen Staates“, stürmten eine Kirche in Saint-Etienne-du-Rouvray bei Rouen in der Normandie, während dort der 84-jährige Priester Jacques Hamel die Heilige Messe las. „Dann ereigneten sich grausame Szenen“, so ein deutsches Nachrichtenportal, „die nur in Auszügen wiedergegeben werden können“ – Jaques Hamel habe „sich niederknien müssen, dann sei er ermordet worden“.⁹ Andere Quellen meldeten, dem Priester sei „die Kehle durchgeschnitten“¹⁰ worden; lokale Medien berichteten hingegen, er sei „geköpft“¹¹ worden. Auch in diesem Fall fertigten die Täter eine Videoaufnahme ihres Verbrechens an.

Im Gegensatz zur Verbrennung al-Kasasbehs folgte all diesen als Schlachtungen inszenierten Morden keine vergleichbar eindeutige und einhellige Verurteilung der im Namen Allahs verübten Verbrechen durch religiöse Autoritäten der islamischen Welt. Lediglich Dalil Boubakeur, Rektor der Grande Mosquée de Paris und ehemaliger Vorsitzender des Conseil français du culte musulman, verurteilte auf einer Demonstration französischer Muslime die Mörder Gourdels und sprach ihnen das

-
- 9 Stefan Simon, Terror in Frankreich: Angriff auf einen Ort der Zuflucht, in: Spiegel Online vom 26. Juli 2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/rouen-islamistischer-angriff-auf-einen-ort-der-zuflucht-a-1104807.html> (Stand: 26. Juli 2016).
 - 10 Martin Franke, „Ein lieber Mensch“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Online-Ausgabe) vom 26. Juli 2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ermordeter-priester-ein-lieber-mensch-14359147.html> (Stand: 27. Juli 2016).
 - 11 So zitiert in: Geiselnahme in der Normandie. Priester in Kirche geköpft – IS bekennt sich zu Terrorakt, Berliner Kurier (Online-Ausgabe) vom 26. Juli 2016, <http://www.berliner-kurier.de/news/panorama/geiselnahme-in-der-normandie-priester-in-kirche-gekoepft---is-bekennt-sich-zu-terrorakt-24455918> (Stand: 27. Juli 2016).

Recht ab, sich auf den Islam zu beziehen.¹² Die Berufung der Mörder Hamels auf Allah und den Islam bezeichnete er als „blasphemisches Sakrileg, das allen Lehren unserer Religion widerspricht.“¹³ Bis zum heutigen Tage bezeichnen sowohl muslimische als auch westliche Medien diese Verbrechen jedoch zumeist als „Hinrichtungen“ durch „Enthaupten“, die als Strafe für Apostasie oder „Götzendienst“ auf Grundlage des islamischen Rechts bzw. der islamischen Überlieferung (Koran, Hadith und Propheten-Biographie) vollstreckt würden. Die Selbstverständlichkeit, mit der das Abschlagen Wehrloser durch das Durchschneiden der Kehle und das Abschneiden des Kopfes mit dem Verweis auf strafrechtliche Traditionen erklärt oder gerechtfertigt werden soll, ist umso frappierender, als die in diesem Kontext wohl am häufigsten zitierte vermeintliche Belegstelle aus der islamischen Tradition – nämlich Sure 47, Vers 4 – für derartige Taten keinerlei Rechtfertigung liefert. Sie lautet in der Übersetzung von Rudi Paret: „Wenn ihr (auf einem Feldzug) mit den Ungläubigen zusammentrefft, dann haut (ihnen mit dem Schwert) auf den Nacken! Wenn ihr sie schließlich niedergekämpft habt, dann legt (sie) in Fesseln, (um sie) später entweder auf dem Gnadenweg oder gegen Lösegeld (freizugeben)! (Haut mit dem Schwert drein) bis der Krieg (euch) von seinen Lasten befreit [...]!“¹⁴

Die Enthauptungsvideos des „Islamischen Staates“ und anderer dschihadistischer Gruppen zeigen kein „reenactment“ früh-islamischer Schlachten, sondern nach eigenem Bekunden der Täter und ihrer Sympathisanten die Schlachtung von Menschen im Stil der rituellen islamischen Schächtung von Opfertieren: „Schlachtungen“ seien „die schönste Art zu töten“ – und zwar „nicht nur bei Schafen“, hatte ein islamischer Prediger kundgetan, der jahrelang in Österreich und Deutschland für den dschihadistischen Salafismus warb.¹⁵ Denis Cuspert (alias „Abu Talha al-Almani“), ein ehemaliger Gangster-Rapper aus Berlin, der innerhalb weniger Jahre zu einem der einflussreichsten Propagandisten des Dschihads in Deutschland avancierte, bekannte kurz nach seinem Beitritt zum „Islamischen Staat“ im August 2014 in einem in Syrien aufgenommenen Video: „Wir wünschen uns schon lange, einen zu schlachten, einen mit einem stumpfen Messer enthaupten zu können.“¹⁶ Und jener junge Mann afghanischer oder pakistanischer Herkunft, der am 17. Juli 2016 mit einem Messer und einer Axt zunächst vier chinesische Touristen in einem Regionalzug nahe Würzburg attackierte und auf der Flucht einer zufälligen Passantin die Axt zwei Mal in das Ge-

12 Vgl. French muslims condemn hostage beheading in Algeria, in: France24 vom 27. September 2014, <http://www.france24.com/en/20140926-france-muslims-condemn-hostage-beheading-algeria> (Stand: 15. Juli 2016).

13 Normandy town honours slain priest at memorial ceremony, in: France24 vom 28. Juli 2016, <http://www.france24.com/en/20160728-saint-etienne-rouvray-honours-slain-priest-memorial-ceremony-jacques-hamel> (Stand: 28. Juli 2016).

14 Der Koran, Übersetzung von Rudi Paret, Stuttgart 2007.

15 Vgl. Walter Müller, Jihadistenprozess: Schlachtungen als „schönste Art zu töten“, Der Standard (Online-Ausgabe) vom 13. Juli 2016, <http://derstandard.at/2000041041325/Jihadistenprozess-Schlachtungen-als-schoenste-Art-zu-toeten> (Stand: 14. Juli 2016).

16 Jörg Diehl, Islamismus: Verfassungsschutz warnt vor Dschihad-Romantik, in: Spiegel Online vom 17. September 2014, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/islamismus-verfassungsschutz-warnt-vor-dschihad-romantik-a-992150.html> (Stand: 18. Juli 2016).

sicht schlug, bevor er von Polizisten in Notwehr erschossen wurde, erklärte in einem zuvor gefertigten und kurz nach der Tat von einer IS-nahen Nachrichtenagentur verbreiteten Video: „Und ich werde euch in euren Häusern schlachten. Und ich werde euch mit diesem Messer schlachten. Und eure Hälse mit Äxten durchtrennen, so Gott will.“¹⁷

Angesichts der „Praxis, westlichen Geiseln vor laufender Kamera den Kopf abzuschneiden und die grausamen Bilder dann ins Internet zu stellen“, konstatierte Robert Misk bereits im Jahre 2004: „In all diesen Fällen wurde den Geiseln nach Art des Schächtens eines Tieres mit einem scharfen Messer die Kehle durchgeschnitten und danach der Kopf abgetrennt. [...] In einer bizarren Kollision der Welten kombinieren die Dschihadisten eine Art von Ritualmord mit den Möglichkeiten digitaler Kommunikation.“¹⁸ Tatsächlich handelt es sich bei den Menschen-Schlachtungen radikaler Dschihadisten sowohl um die Imitation als auch um die Pervertierung jenes Opferrituals, mit dem Muslime während des Opferfestes¹⁹ an jenen revolutionären Wendepunkt in der Religions-, Kultur- und Menschheitsgeschichte erinnern, der sich in Bibel²⁰ und Koran²¹ in der Geschichte der Beinahe-Opferung Isaaks (bzw. Ismaels) durch seinen Vater Abraham und der ersatzweisen Opferung eines Widders manifestiert: Es ist die Idee der „Lebensheiligkeit“ (Gunnar Heinsohn), es ist die Einsicht, dass aus der Tötung eines Menschen kein Heil erwachsen kann, mit der sich zunächst das frühe Judentum von seiner antiken Umwelt unterschied (und isolierte) und die später sowohl vom Christentum als auch vom Islam übernommen wurde. Es ist dieser innerste zivilisatorische Kern des so oft beschworenen abrahamitischen Konsenses, den die dschihadistischen Schlächter ebenso vernichten wollen, wie einst – nach Auffassung Heinsohns²² – auch Hitler.

„Gott ist kein Monster, das mit Blut genährt werden will“, mahnte der Erzbischof von Paris nach der bestialischen Ermordung des Priesters Jacques Hamel.²³ Wer dies aber dennoch glaubt und Menschen opfert (und zwar im ursprünglichsten Sinn des

17 Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=OeN41YJFW18> (Stand: 26. Juli 2016).

18 Robert Misk, Die Halsabschneider von Bagdad, in: taz vom 10. Juli 2004 (Online-Ausgabe), <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2004/07/10/a0189> (Stand: 10. Juli 2016).

19 Arab.: 'Id al-Adhā. Siehe auch John L. Esposito (Hrsg.), The Oxford Encyclopedia of the Modern Islamic World, Bd. 3, Stichwort: Sacrifice, Oxford 1995, S. 447.

20 Genesis, Kapitel 22.

21 Sure 37: 102-107.

22 Nach Heinsohns Überzeugung beabsichtigte Hitler, mit den Juden die Personifizierung der Idee der Lebensheiligkeit zu vernichten – einer Idee, die der Umsetzung seiner Pläne für eine rücksichtslose Gewinnung von „Lebensraum im Osten“ im Wege stand: „Die Botschaft des Judentums, dass man sich aus dem Menschenopfer kein Heil erwarten könne [...], soll mit der Auslöschung der Juden zunichte gemacht werden und erfüllt sich selbst noch an den Massenmördern, die nur Unheil erzeugen können.“ Gunnar Heinsohn, Was ist Antisemitismus? Der Ursprung von Monotheismus und Judentum – Warum Antizionismus?, Frankfurt a.M. 1988, S. 88.

23 Vgl. Jean-Marie Guénois, Gott ist kein Monster, das sich von Blut ernährt, in: Die Welt (Online-Ausgabe) vom 27. Juli 2016, <http://www.welt.de/politik/ausland/article157328210/Gott-ist-kein-Monster-das-sich-von-Blut-ernaehrt.html> (Stand: 30. Juli 2016).

Wortes!), der begeht nicht nur einen Tabubruch, sondern macht sich eines fundamentalen Zivilisationsbruches schuldig.

Die Vorstellung, die Manifestation einer „besseren“, als jenseitig oder zukünftig transzendenten Ordnung im Hier und Jetzt durch Menschenopfer erzwingen oder beschleunigen zu können, ist ein Kennzeichen totalitärer Ideologien.²⁴ Indem sich der Dschihadismus traditionelle religiöse Rituale durch Imitation aneignet und in einer perversierten Abwandlung durch stetige Wiederholung in unverwechselbare eigene Rituale transformiert, demonstriert er einerseits seinen totalitären Charakter²⁵ – „Der Totalitarismus liebt das Ritual“.²⁶ Andererseits unterstreicht er in zuvor nie dagewesener exemplarischer Weise, dass es sich bei totalitären Ideologien²⁷ um „politische Religionen“ handelt.

2. Gemeinschaft durch Opfer: Terrorismus und Ritual als Mittel der Kommunikation

Die rituelle Dimension des dschihadistischen Terrorismus erscheint vielen Betrachtern, so auch Eugen Sorg, offenkundig: „Der Dschihadismus ist ein Totenkult. Sein zentrales Ritual ist das Menschenopfer. Aufnahme im Blutorden findet derjenige, der einen lebenden Ungläubigen eigenhändig enthauptet. [...] Die Gotteskrieger sind

24 Für den Nationalsozialismus brachte dies Elie Wiesel auf den Punkt, indem er den Begriff des Holocaust – des „Ganzopfers“ (griech.: holókaustos, lat.: holocaustum) – als Bezeichnung für die Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten im allgemeinen Sprachgebrauch etablierte. In griechisch- und englischsprachigen Übersetzungen der hebräischen Bibel wird mit diesem Begriff die beabsichtigte Opferung Isaaks bezeichnet. „Ich nenne Isaak den ersten Überlebenden des Holocaust, weil er die erste Tragödie überlebte. Isaak war auf dem Weg, ein korban olah zu sein, was wirklich ein Holocaust ist. Das Wort ‚Holocaust‘ hat eine religiöse Konnotation. Isaak war bestimmt als Opfer für Gott.“ Elie Wiesel/Irving Abrahamson, *Against silence: The Voice and Vision of Elie Wiesel*, Bd. 1, New York 1985, S. 385; zitiert nach: Christoph Münz, *Wohin die Sprache nicht reicht...*, in: Bettina Bannasch/Almuth Hammer (Hrsg.), *Verbot der Bilder – Gebot der Erinnerung. Mediale Repräsentationen der Schoah*, Frankfurt a.M./New York 2004, S. 160.

25 Siehe dazu u.a.: Yehuda Bauer, *Der dritte Totalitarismus. Radikale Islamisten kämpfen um die Weltherrschaft. Das haben sie mit Hitler und Stalin gemein*, in: *Die Zeit* (Online-Ausgabe) vom 31. Juli 2003, http://www.zeit.de/2003/32/Essay_Bauer (Stand: 9. Februar 2015) sowie Paul Berman, *Die Verlockung des Totalitären*, in: *Die Zeit* (Online-Ausgabe) vom 2. Oktober 2014, <http://www.zeit.de/2014/39/islamismus-totalitarismus> (Stand: 9. Februar 2015).

26 Hans Maier, „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Baden-Baden 1999, S. 118-134, hier: S. 124.

27 Siehe u.a. Lothar Fritze, *Anatomie totalitären Denkens: Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung im Vergleich*, München 2012. Bei den von Fritze untersuchten totalitären Ideologien handelt es sich um „weltanschauliche Aussagesysteme“, die geeignet sind, „politische Zwangsmaßnahmen (scheinbar) zu legitimieren, bei denen Menschen physisch oder psychisch zu Schaden kommen oder gar getötet werden.“ Ebd., S. 505. Auch Fritze verwendet den Begriff des „Menschenopfers“, allerdings im Sinne des englischen „casualty“ bzw. „victim“, nicht jedoch im Sinn von „sacrifice“. Laut Fritze sind „Menschenopfer“ im Kontext von Nationalsozialismus und Bolschewismus Resultat einer utilitaristischen Ethik der „Gefahrenabwehr“, der jedoch eine falsche „Gefährdungsbewertung“ zugrunde liege (S. 512 ff.).

auch jederzeit bereit, das eigene Leben zu opfern, wenn sie mit diesem Akt nur möglichst viele Ungläubige in den Abgrund reißen können. Je gewaltiger das Gemetzel, desto näher fühlen sie sich der Erfüllung. Der Untergang der Welt bedeutet in der islamischen Mythologie die Geburt einer neuen, religiös gereinigten Welt.“²⁸ Jonathan Matusitz verweist hingegen in seiner Darstellung des rituellen Terrorismus auf das Beispiel des Unabhängigkeitskrieges zwischen dem früheren Ost-Pakistan (heute Bangladesch) und West-Pakistan (heute Pakistan): „[O]ver 2.5 million Hindus alone were killed by Muslims. [...] [T]he mutilation was appalling: eyes were gouged out, pregnant women were gutted and exenterated, male organs were severed, and women's breasts were amputated. In addition, many Muslim children have been indoctrinated into committing ritual terrorism. This explains the unfathomable extreme acts of violence such as children remorselessly taking part in the dismemberment of bodies and posing for photos in front of mutilated bodies.“²⁹

Für Matusitz handelt es sich beim rituellen Terrorismus vor allem um ein Reinigungsritual, welches der Sühnung von Entweihungen diene: „Ritual terrorism is essentially a purification rite that removes specifically marked uncleanness. [...] The purpose of ritual terrorism is to make terrorism a symbol of expiation, the act of atonement in order to please a deity.“³⁰ Im islamistischen Kontext werde, so Matusitz, die Verunreinigung in den Kategorien des religiösen Kollektivs gedacht: „[W]ithin the Islamist symbolic code, impurity is generally seen as a corruption of the ummah and a violation of the land by the Other.“³¹ Da der Islamismus in eine „Scham-Kultur“ („shame culture“) eingebettet sei, die Ehrlosigkeit und Ehrverlust vor allem durch weibliche Attribute zum Ausdruck bringe, seien islamistische Terrorakte oft mit sexuellen Übergriffen, Kastrationen und Genitalverstümmelungen verbunden. Beispielhaft dafür führt Matusitz den Terroranschlag von Mumbai (Bombay) im Jahr 2008 an: Dem Angriff mit Bomben und automatischen Waffen an mehreren Stellen im Stadtgebiet – ausgeführt von Mitgliedern der pakistanischen Terrororganisation Lashkar-e Taiba („Armee der Reinen“) – sowie den Geiselnahmen in zwei Hotels und dem Gemeindezentrum der jüdischen Chabad-Bewegung fielen mindestens 165 Menschen zum Opfer. „Among the killing of those 165 people, many acts of torture, and mutilation were perpetrated. During the mission [...] ten Pakistani terrorists unashamedly engaged in sexual humiliation, torture, and mutilation on a certain number of the hostages before killing them with their firearms. Particularly targeted were Jews and foreigners. [...] Rabbi Gavriel Noach Holtzberg and his six-month-pregnant wife, Rivka, were sexually attacked and their genitalia mutilated be-

28 Eugen Sorg, Handbuch des Dschihadismus. Kein Ungläubiger soll sich mehr sicher fühlen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Online-Ausgabe) vom 20. April 2015, <http://www.faz.net/-ggq5-82c8h> (Stand: 21. April 2015).

29 Jonathan Matusitz, *Symbolism in Terrorism, Motivation, Communication, and Behavior*, London 2015.

30 Ebd., S. 80 f.

31 Ebd., S. 79.

fore being shot. [...] Other reports said that the rabbi was castrated and the baby was taken out of the body of Rivka.“³²

Für Wolfgang Schmidbauer sind jene „Menschenopfer“ und „zahllosen Riten genitaler Verstümmelung“, von denen bereits die griechische Mythologie zu berichten wusste, Hinweise darauf, „dass eine archaische Schicht der menschlichen Psyche von der Phantasie beherrscht ist, das eigene, bedrohte Leben dadurch sichern zu können, dass fremdes Leben genommen wird.“³³

Auch der *modus operandi* des Selbstmordattentats, der als Selbstaufopferung deklarierten täterseitigen Selbsttötung, wird häufig mit dem Wunsch nach einem „ewigen Leben“ begründet und als solcher fast ausnahmslos in allen Bekennervideos muslimischer „Märtyrer“ explizit artikuliert. Das „ewige Leben“ im Paradies in einer Gemeinschaft mit Gott, dem Propheten, den Gefährten des Propheten, anderen „Märtyrern“, vor allem aber mit 72 „Paradiesjungfrauen“, ist ein zentraler Topos dschihadistischer Rekrutierungspropaganda. Derartige Angriffe üben jedoch auch auf Gegner und Außenstehende eine gewisse Faszination aus: Noch vor dem ersten neuzeitlichen Selbstmordattentat muslimischer „Märtyrer“ – dem Angriff auf die Unterkünfte der U.S. Marines in Beirut im Oktober 1983, dem 299 US-amerikanische und französische Soldaten zum Opfer fielen – konstatierten Fetscher und Rohmoser: „Das Argument: ‚Eine Sache, für die Menschen freiwillig in den Tod gehen, muss wahr sein‘ ist zwar kaum vernünftig und argumentativ beweiskräftig, aber es übt zu allen Zeiten eine nicht unerhebliche Wirkung aus.“³⁴ Aber auch im Falle des Selbstmordattentates ist die rituelle Dimension der Anschläge für viele Autoren offenkundig: Laut Waldmann sei es als „Fanal gedacht, das andere Gruppen zu dem gleichen Opferritual anstacheln soll.“³⁵

In Anbetracht der vielen unterschiedlichen Auffassungen zur rituellen Dimension des (islamistisch-dschihadistischen) Terrorismus stellen sich folgende Fragen: Gibt es einen systematischen, immanenten Zusammenhang zwischen Ritual und Terrorismus? Und wenn ja: Ist dieser Zusammenhang auf islamistische oder religiöse Formen des Terrorismus beschränkt? Und welche Schlussfolgerungen lassen sich aus einer Analyse der rituellen Dimension des Terrorismus ziehen?

Für die Beantwortung der Frage nach einem immanenten Zusammenhang zwischen Ritual und Terrorismus ist eine Begriffsklärung unerlässlich. Insbesondere im Fall des Terrorismus ist dies jedoch mit dem Problem verbunden, dass es bis zum heutigen Tage keine allgemein akzeptierte Definition dieses Phänomens gibt: „The world periodically experiences fresh, and well-publicized, spasms of terrorism. For all the millions of words, the hundreds of hours of television time, the legions of ex-

32 Ebd., S. 81.

33 Wolfgang Schmidbauer, *Der Mensch als Bombe. Eine Psychologie des neuen Terrorismus*, Reinbek bei Hamburg 2003, S. 212 f.

34 Iring Fetscher/Günther Rohmoser, *Analysen zum Terrorismus*, Bd. 1: Ideologien und Strategien, Opladen 1981, S. 37.

35 Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998, S. 118.

perts, there is surprisingly little clarity. What is terrorism in the first place?³⁶, fragte Benjamin Netanyahu schon vor dreißig Jahren. Zwei Jahre später lehnte Walter Laqueur, der Doyen der internationalen Terrorismusforschung, die Mitarbeit an einem Sammelband zum Thema „Politischer Terrorismus“ mit folgender Begründung ab: „Ten Years of debates on typologies and definitions have not enhanced our knowledge of the subject to a significant degree.“³⁷ Die offenkundigen Metamorphosen, die der Terrorismus seit Ende der 1980er Jahren durchlaufen hat, haben dieses Dilemma noch einmal verschärft: „If it was difficult to define terrorism before September 2001, then it has become even more so.“³⁸

Neben der Klage über das Definitionsdefizit und die damit verbundene Schwierigkeit, Terrorismus von anderen Formen der politischen, militärischen, kriminellen oder pathologischen Gewalt abzugrenzen, gehört auch die Frage nach den Ursachen für dieses Defizit zum festen Bestandteil des akademischen Terrorismus-Diskurses. Als Hauptprobleme gelten dabei die Normativität und die Subjektivität vieler Definitionsansätze: Gemeinhin wird Terrorismus als verwerflich beschrieben³⁹ – und als ein *modus operandi*, dessen sich (ausschließlich) der politische Gegner bedient: „One man’s terrorist is another man’s freedom fighter.“⁴⁰

Jedoch eröffnet gerade eine normative Betrachtungsweise die Möglichkeit, das Spezifische terroristischer Gewalt zu definieren: Es ist der immer wiederkehrende Eindruck, dass die Opfer terroristischer Gewalt „unschuldig“ und die Taten „sinnlos“ seien, da sie den Tätern (gemessen an ihren proklamierten politischen Zielen) keinen konkreten Vorteil brächten. „In fact, the victim may be totally unrelated to the terrorist’s cause. Terrorism is aimed at the people watching“⁴¹, so Brian Michael Jenkins. Auch Alex P. Schmid und Janny de Graaf machen diesen Aspekt zur Grundlage ihrer Definition des Terrorismus: „Terrorism is the deliberate and systematic use or threat of violence against instrumental (human) targets (C) in conflict between two (A,B) or more parties, whereby the immediate victim (C) – who might not even be part of the conflicting parties – cannot, through a change of attitude or behavior, dissociate themselves from the conflict.“⁴²

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen: Terrorismus basiert auf der Verfahrensweise „A schädigt C, um B zu einer bestimmten Reaktion zu veranlassen“. Ein ursprünglicher und direkter Bezug zwischen dem Angreifer (A) und dem Opfer (C) ist nicht erkennbar, daher wird dieses gemeinhin als „unschuldig“ betrachtet. Aus der Schädigung des Opfers erwächst dem Angreifer kein unmittelbarer Vorteil im

36 Benjamin Netanyahu, *Terrorism. How the West Can Win*, New York 1986, S. 7.

37 Alex P. Schmid/Albert J. Jongman (Hrsg.), *Political Terrorism. A New Guide to Actors, Authors, Concepts, Data Bases and Literature*, New York/Amsterdam 1988, S. 3.

38 Anthony Richards, *Conceptualizing Terrorism*, Oxford 2015, S. 3.

39 Schmid und Jongman bezeichnen Terrorismus als „violence we do not approve“. Schmid/Jongman (FN 37), S. 2.

40 Diese Phrase wurde vermutlich von Gerald Seymour in den öffentlichen Diskurs eingeführt; hier zitiert nach Netanyahu, S. 3; vgl. u.a. auch: Schmid/Jongman (FN 37), S. 30.

41 Zitiert nach Schmid/Jongman (FN 37), S. 36.

42 Zitiert nach ebd., S. 36.

Konflikt mit seinem Gegner (B), da der bezweckte Erfolg der Gewaltanwendung nicht im Verlauf oder mit Abschluss ihres Vollzuges eintritt, sondern erst durch einen derart ausgelösten Kausalablauf erzielt werden soll. Die spekulative Dimension dieses Verfahrens lässt das dabei eingesetzte Mittel der Gewalt und seine unmittelbaren Folgen – das Leid der Opfer – „sinnlos“ und illegitim erscheinen. Es handelt sich demnach beim Terrorismus um eine Kommunikationsstrategie, wobei die verbal oder visuell in Form von Selbstbezeichnungsschreiben oder Bekennergvideos übermittelte Botschaft lediglich von sekundärer Bedeutung ist und daher häufig fehlt. Von primärer Bedeutung ist vielmehr jene Botschaft, die die Gewalt selbst in den Köpfen der Zuschauer erzeugt. Dabei muss die Zielgruppe der terroristischen Botschaft nicht zwangsläufig mit dem Zielspektrum der terroristischen Gewalt übereinstimmen: Zwar verfolgen Terroristen mit ihren Anschlägen stets auch die Absicht, den Gegner in Furcht und Schrecken zu versetzen, d.h. ihn zu terrorisieren. Häufig tritt jedoch auch noch die Absicht hinzu, bislang passive oder unparteiische Zielgruppen für sich zu gewinnen, also neue zusätzliche Kräfte zu mobilisieren und zu rekrutieren. Neben der unmittelbaren Wirkung der terroristischen Gewalt als „Hoffungszeichen“⁴³ – als „Propaganda der Tat“ – können Terroristen dabei auch auf die Provokation des Gegners, also auf dessen unverhältnismäßige Reaktion, spekulieren, um entsprechende Mobilisierungseffekte unter den als „interessiert unterstellten Dritten“⁴⁴ (Herfried Münkler) zu erzielen.

Die Deutung des Terrorismus als eine Form der Kommunikation sowie deren potentielle Zwei-Dimensionalität – Terrorisierung des Gegners und Mobilisierung von Reserven – gehört mittlerweile zum Common sense der Terrorismusforschung. Dabei stellt sich jedoch die Frage, ob der Terrorismus nicht auch noch über eine dritte – verborgene – Dimension verfügt. Waldmann verweist indirekt auf diese Dimension, wenn er zum hohen Abstraktionsgrad der Texte der Roten Armee Fraktion (RAF) und der daraus resultierenden „Immunisierung gegen die Empirie“ anmerkt: „Sie waren nicht dafür gedacht, noch Unentschlossene für die Bewegung zu gewinnen, sondern nach der bereits getroffenen und vollzogenen Entscheidung für den Untergrund diesen Schritt zu rechtfertigen und unwiderruflich zu machen.“⁴⁵ Dass dieses Bedürfnis, Botschaften an die eigene (Kern-)Gruppe – faktisch also an sich selbst – zu übermitteln, nicht nur die RAF prägte, zeigt das von Donatella della Porta entwickelte und von Waldmann in diesem Zusammenhang zitierte Dreiphasenschema, das für die „letzte Phase“ terroristischer Gruppen eine zunehmende „Selbstbezogenheit“ konstatiert. In dieser Phase verwandele sich die Organisation „in ein primär selbstbezogenes Sozialgebilde, das auf das eigene Überleben hin orientiert sei.“⁴⁶ Die „zunehmende Konzentration der Terroristen auf die Erhaltung der eigenen Gruppe“ kor-

43 Waldmann (FN 35), S. 13.

44 Siehe dazu u.a. Herfried Münkler, Ältere und jüngere Formen des Terrorismus. Strategie und Organisationsstruktur, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Herausforderung Terrorismus. Die Zukunft der Sicherheit, Wiesbaden 2004, S. 29-43.

45 Waldmann (FN 35), S. 169.

46 Ebd., S. 178.

respondiere, so Waldmann, „mit einer Verselbständigung des Mittels der Gewalt gegenüber den damit verfolgten politischen Zwecken.“⁴⁷

Bereits am Beispiel der RAF lässt sich deutlich erkennen, dass dem Bedürfnis nach kollektiver Selbstvergewisserung seitens terroristischer Gruppen nicht nur durch verbale Botschaften Rechnung getragen wird, sondern auch durch Taten: Im Falle der RAF war dies vor allem der – als Mord durch den Staat inszenierte – kollektive Selbstmord⁴⁸ der in Stammheim inhaftierten RAF-Mitglieder im Oktober 1977, der an die im Untergrund lebenden Mitglieder der Terrorgruppe die Botschaft vermittelte, dass sie von ihrem Gegner keine Gnade zu erwarten und ihn daher umso rücksichtsloser zu bekämpfen hätten. Damit setzte die Terrorgruppe ihre bereits in der Gründungsphase etablierte Tradition fort, einen regelrechten Märtyrerkult um getötete oder durch Selbsttötung (Ulrike Meinhof, Holger Meins) aus dem Leben geschiedene Gruppenmitglieder zu entwickeln. Die „Todesnacht von Stammheim“ wurde zum Gründungsmythos der sogenannten „Dritten Generation“ der RAF, die sich von ihren Vorläufer-Generationen nicht nur durch ein höheres Maß an Konspiration, sondern auch an Selbstbezogenheit und internem Gruppendruck auszeichnete. Deutlich wurde dies vor allem durch die konsequente Weigerung inhaftierter Mitglieder dieser Generation, Angaben zu Tatabläufen und Mittätern zu tätigen, selbst dann nicht, wenn diesen keine Strafverfolgung mehr drohte. Offenbar hatte diese Generation ein Gemeinschaftsideal verinnerlicht, dass bereits Jean-Paul Sartre propagiert hatte – das Ideal einer „Eid-Genossenschaft“, die für sich die „Entfremdung“ durch (inneren) Terror aufhebt: „Der Terror, so haben wir gesagt, ist die Gewalt der gemeinsamen Freiheit gegen die Notwendigkeit, insofern diese nur durch die Entfremdung in irgendeiner Freiheit existiert. [...] Der Eid ist doch genau dies, das heißt die gemeinsame Produktion des Gewaltstatus durch vermittelte Wechselseitigkeit – schwören, das heißt als gemeinsames Individuum sagen: Ich verlange, dass man mich tötet, wenn ich von der Gruppe abfalle. Und diese Forderung hat kein anderes Ziel, als den Terror in mir selbst zu etablieren als freie Verteidigung gegen die Furcht und vor dem Feind.“⁴⁹

Das Beispiel der RAF, die erst zwei Jahrzehnte nach der „Todesnacht von Stammheim“ ihre Auflösung bekanntgab, beweist, dass terroristische Organisationen keinesfalls nur in ihrer Endphase zum Mittel der Selbstaffirmation greifen. Vielmehr stellt dieses Bestreben eine dauerhafte eigenständige – dritte – Dimension ter-

47 Ebd., S. 179 f.

48 Die beiden ehemaligen RAF-Mitglieder Susanne Albrecht und Monika Helbing sagten nach ihrer Verhaftung aus, dass es unter den RAF-Kadern einen Plan zur kollektiven Selbsttötung mit dem Titel „Suicide Action“ gegeben habe, wenn die Situation chancenlos werde. Beide beriefen sich dabei auf Brigitte Mohnhaupt, die nach ihrer Entlassung im Frühjahr 1977 wieder in den Untergrund ging, die Existenz eines solchen Planes aber bis zum heutigen Tage bestreitet. Siehe dazu u.a. ein Interview mit Irmgard Möller in der Rote Hilfe Zeitung (4/1997), unter <https://linksunten.indymedia.org/de/node/50450> (Stand: 29. Juni 2016).

49 Jean-Paul Sartre, Kritik der dialektischen Vernunft (Original: La Critique de la raison dialectique / Jahr der französischen Ersterscheinung: 1960), zitiert nach: Fetscher/Rohrmoser (FN 34), S. 307.

roristischen Handelns dar, derer sich die Täter in zeitlich variierendem Umfang bedienen. Das Wesen dieser Dimension ist – im Sinne Émile Durkheims – ritueller Natur: Sie dient der „inneren und moralischen Erneuerung“⁵⁰ der terroristischen Gruppe. Auch für terroristische Gruppen gilt, was Durkheim einst exemplarisch für die von ihm untersuchten „primitiven“ Stammesgesellschaften feststellte: „Erlöscht die Idee der Gesellschaft im Bewußtsein der einzelnen Individuen, werden die Glaubensüberzeugungen, die Überlieferungen, die Aspirationen der Kollektivität von den einzelnen nicht länger empfunden und geteilt, dann stirbt die Gesellschaft. [...] Sie ist nur in dem Maße wirklich, als sie einen Platz im menschlichen Bewußtsein einnimmt.“⁵¹ Derartige Ritual-Gemeinschaften müssen nicht notwendigerweise nur körperliche oder lebende Menschen umfassen: Auch Verstorbene, wie z.B. Ahnen oder Märtyrer, können von dieser Gemeinschaftsidee umfasst und durch Rituale einbezogen werden – das ritualisierte Gedenken (etwa in Ahnen- und Märtyrerkulten⁵²) ist nicht nur Ausdruck von Pietät, sondern vor allem ein Mittel der Bewahrung der Stabilität und Identität der Gemeinschaft. Rituale konstituieren Gemeinschaften und bewahren sie; sie sind Mittel der non-verbalen Binnenkommunikation einer Gemeinschaft, die dem Zweck der kollektiven Selbstaffirmation dienen. Vor allem im Opferritual, dem Durkheim eine fundamentale Bedeutung beimisst, wird der kommunikative Aspekt von Ritualen offenkundig: Es dient nicht nur der „Darbietung“ einer Opfergabe, sondern konstituierte in seiner ursprünglichen Form eine „Tischgemeinschaft“, war also eine „Kommunion“⁵³ im ursprünglichsten Sinne. Es ist die Umkehrung eben jenes kulturgeschichtlichen Sublimierungs- und Entwicklungsprozesses von der Opferung der Erstgeburt zum Verzehr der Hostie, die für rituell motivierten Terrorismus charakteristisch ist.

50 Émile Durkheim, *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*, Berlin 2014, S. 508 f.

51 Ebd., S. 509 f.

52 Die gemeinschaftsbewahrende Bedeutung des Märtyrers, aber auch die Pervertierung des Märtyrer-Begriffs im terroristischen Kontext wird besonders deutlich, wenn man sich den Märtyrer-Begriff Erich Fromms vergegenwärtigt: „Das Wort ‚Märtyrer‘ bedeutet im Griechischen und Lateinischen ‚Zeuge‘ und bezeichnet den, der freiwillig den Tod erleidet als Strafe dafür, dass er seinen Glauben oder einen Glaubensinhalt nicht aufgibt. Er ist Zeuge der Wahrheit seines Glaubens. Der Märtyrer kämpft nicht, er rächt seinen Tod nicht an denen, die ihn verurteilen; er versucht auch nicht, Gewalt anzuwenden, im Gegenteil, er ist ein Zeuge dafür, dass der Mensch eine Höhe erreichen kann, in der die Wahrheit stärker als alle Gewalt ist. Er versichert sich seiner Identität als Mensch dadurch, dass er sich seiner selbst treu bleibt, selbst wenn ihn dies sein Leben kostet. [...] Der Märtyrer ist meistens allein; er befindet sich in den Händen von Feinden, die ihn verspotten und ihm das Gefühl vermitteln, dass er ein Tor ist. [...] – Der Märtyrer verkörpert die größte spirituelle oder, anders gesagt, menschliche Selbstbehauptung; der Held repräsentiert die größtmögliche biologische Selbstbehauptung. Das Menschengeschlecht verdankt vielleicht sein physisches Überleben den Helden; in jedem Fall aber verdankt es sein spirituelles Überleben den Märtyrern.“ Erich Fromm, *Gesamtausgabe* in zwölf Bänden, Band XI, München 1999, S. 516 f., zitiert nach <http://fromm-online.org/maertyrer/>.

53 Durkheim (FN 50), S. 494 ff.

3. Thesen und Schlussfolgerungen

Eine rituelle Dimension ist allen Formen des Terrorismus inhärent – nicht nur seinen dschihadistischen oder religiösen Varianten. Bestrebungen, mittels Anschlägen nicht nur den Gegner zu terrorisieren und Reserven zu mobilisieren, sondern auch die eigene Gruppe zu stabilisieren, dürften insbesondere für Gründungs- und Krisenphasen terroristischer Gruppen charakteristisch sein. Im Falle des „Islamischen Staates“ folgte auf die Gründung im Juni 2014 zunächst eine Phase der rasanten territorialen Expansion, verbunden mit einem explosionsartigen Anstieg der finanziellen Mittel, z.B. aus dem Verkauf von Erdöl aus den eroberten Ölförderanlagen, aber auch an personellen Ressourcen, beispielsweise durch die „Einwanderung“ zehntausender ausländischer „Dschihad-Freiwilliger“. In diese Phase fallen u.a. die Enthauptungen westlicher Geiseln im „Herrschaftsgebiet“ des „Islamischen Staates“. Die Phase der darauffolgenden Krise, gekennzeichnet durch Gebietsverluste und Einnahmerückgänge sowie zunehmender Desertion⁵⁴, wurde hingegen von den „Schlachtungen“ in Frankreich begleitet.

Besonders ausgeprägt dürfte das Bedürfnis nach Identität, Selbstaffirmation und „Kommunion“ – also nach einer dezidiert rituellen Wirkung der eigenen Taten – bei solchen terroristischen Organisationen sein, die über eine totalitäre Ideologie verfügen, da sie, wie das Beispiel des „Islamischen Staates“⁵⁵ geradezu idealtypisch zeigt, auf einer „innerweltlichen Religiosität“ gründen, „die das Kollektiv der Rasse, der Klasse oder des Staates zum ‚Realissimum‘ erhebe[en] und damit ‚divinisier[en]‘.“⁵⁶

Ein in diesem Sinne ritueller Terrorismus ist zum einen an einer Wiederholung gleicher oder ähnlicher Anschlagsmuster bzw. „Inszenierungen“ zu erkennen. Zum anderen kennzeichnet solche Taten, die sich speziell an Opferritualen orientieren, dass die Täter nicht unbedingt ein Maximum an Opfern erzielen, sondern ihre Opfer vor allem individuell – von Angesicht zu Angesicht – töten wollen. Ritueller Terrorismus ist daher tendenziell von einer Umkehr jener Entwicklung gekennzeichnet, die Waldmann für den Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert als „Entpersönlichung der Anschläge“ diagnostizierte und durch die Verdrängung des „Dolchs“ durch die „Bombe“ versinnbildlicht hat.

Diese Schwerpunktverlagerung vom taktischen Ziel eines Anschlags (ein Maximum an Opfern an einem möglichst symbolisch aufgeladenen Ort) hin zur Art und Weise seiner Ausführung muss allerdings nicht zwangsläufig auch mit einem Übergang vom Massenmord- zum „individuellen“ Ritualmord-Terrorismus einhergehen. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass auch Rituale Wandlungen unterliegen

54 Siehe dazu u.a.: Islamischer Staat soll ein Fünftel seiner Kämpfer verloren haben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Online-Ausgabe) vom 5. Februar 2016, <http://www.faz.net/-gpf-8d717> (Stand: 5. Februar 2016.).

55 Siehe dazu u.a. Volker Perthes, Islamischer Staat (IS). Ein totalitäres, expansives und hegemoniales Projekt, in: <https://de.qantara.de/inhalt/islamischer-staat-ist-ein-totalitaeres-expansives-und-hegemoniales-projekt> vom 30. September 2014 (Stand: 29. Juli 2016).

56 Maier (FN 26), S. 123.

bzw. modifiziert werden können. Ein Indiz für eine derartige Modifizierung bzw. für den Versuch dschihadistischer Terroristen, Massenmord und Ritualmord zu kombinieren, könnte der starke Anstieg islamistischer Anschläge mit automatischen Waffen nach den Attentaten in Mumbai im Jahre 2008 sein. Mehrerer dieser Anschläge – z.B. die Massaker in der Redaktion von Charlie Hebdo und in einem jüdischen Supermarkt im Januar 2015, das Massaker in der Pariser Konzerthalle „Bataclan“ am 13. November desselben Jahres sowie die massenhafte Erschießung von Besuchern eines vornehmlich von Homosexuellen frequentierten Nachtclubs in Orlando (Florida) im Juni 2016 – lassen einen neuen *modus operandi* erkennen: Zwar nutzten die Täter in den meisten Fällen die Schnellfeuer-Funktion ihrer Waffen, um geschlossene Räume mit einer Vielzahl darin eingeschlossener Menschen unter ihre Kontrolle zu bekommen, jedoch ermordeten sie danach ihre Opfer (soweit es ihnen möglich war) durch die Abgabe von Einzelschüssen – eines nach dem anderen, von Angesicht zu Angesicht.

4. Ritualisierung des Terrorismus: Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland

Wie schon die eingangs zitierten Aufrufe deutschsprachiger Dschihad-Propagandisten zeigen, spielt die Aufforderung zur Verübung von Anschlägen nach rituellen Mustern – insbesondere in Form von Enthauptungen und „Märtyr器operationen“ – seit Jahren eine wichtige Rolle in der (an deutschsprachige Muslime adressierten) salafistisch-dschihadistischen Agitation und Propaganda, und zwar sowohl in der realen Welt der persönlichen dschihadistischen „Missionierung“ als auch in der virtuellen Welt des Internets: „Jihad-salafistische Propaganda, wie sie von Cuspert betrieben wird und über das Internet weitestgehend frei zugänglich ist, birgt die Gefahr, dass sich Menschen radikaliseren und dem Aufruf zur Ausreise in jihadistische Kampfgebiete Folge leisten, oder aber in Deutschland für terroristische Organisationen wie den IS unterstützend tätig werden könnten. In der Konsequenz kann die Gewaltorientierung in der salafistischen Szene weiter zunehmen und diese quantitativ weiter anwachsen“⁵⁷, stellte der Berliner Verfassungsschutz bereits im September 2014 fest. Cusperts „Veröffentlichungen wurden auf verschiedenen Web-Portalen und sozialen Netzwerken tausendfach angeklickt und dürften in den Radikalisierungsverläufen zahlreicher Personen einen festen Platz eingenommen haben. In drastischer Weise wird das bei Arid U. deutlich, der den einzigen jihad-salafistisch motivierten Anschlag auf deutschem Boden ausführte, bei dem Menschen ums Leben kamen. Arid U. hatte im März 2011 am Frankfurter Flughafen zwei Angehörige der US-Armee erschossen und zwei weitere schwer verletzt. Der Täter stand über Facebook in Kontakt zu Cusperts Profil und soll sich unmittelbar vor der Tat mit ji-

57 Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin/Abteilung Verfassungsschutz, Denis Cuspert – eine jihadistische Karriere, Berlin 2014, S. 25.

hadistischen Anaschid, auch von Cuspert, eingestimmt haben. Dies belegt die Wirkung, die jihad-salafistische Anaschid mit ihren stets zu Gewalt aufrufenden Texten haben können.⁵⁸

Seit dem Beginn seiner Karriere als salafistischer Dschihad-Propagandist im Jahre 2010 hat Cuspert die rituelle Dimension des islamistischen Terrorismus immer deutlicher und detaillierter hervorgehoben. In seinem 2012 veröffentlichten Naschid (Kampflied) „Der deutsche Löwe Murat K.“, indem er einen Gesinnungsgenossen feierte, der während einer Demonstration in Solingen zwei Polizeibeamte durch Stiche in den Unterleib⁵⁹ schwer verletzt hatte, beschränkte Cuspert sich noch auf einen einzelnen diesbezüglichen Hinweis: „Jeder Beleidiger des Propheten wird geschlachtet ob fern oder nah“. Und wisse O Bruder die Deutschen sind auch zum Greifen nah.“⁶⁰

Ein Jahr später besang er – mittlerweile in den Nahen Osten ausgereist – in seinem Naschid „Al-Jannah, al-Jannah“⁶¹ die Taktik des Massenmords durch Selbsttötung als Ausdruck einer Todessehnsucht der Märtyrer: „Ich wünsch’ mir den Tod und kann ihn nicht erwarten, bewaffnet mit Bomben und Granaten, [...] al-Jannah, al-Jannah, ich zünd’ die Bombe inmitten der Menge, drück’ auf den Knopf, al-Jannah, al-Jannah, mitten im Zentrum oder in der U-Bahn, drück’ auf den Knopf.“⁶² Wiederum ein Jahr später veröffentlichte Cuspert nach seinem Anschluss an den „Islamischen Staat“ im Sommer 2014 ein Video, das ihn (offenbar in Syrien) bei der Schändung einer Leiche und dem Posieren mit einem abgetrennten Kopf zeigte.

In seinem im April 2015 veröffentlichten Naschid „Für die Sache Allahs“ gibt sich Cuspert endgültig als Anhänger und Propagandist eines „Todeskultes“ zu erkennen, der auf „Menschenopfern“ beruht, wie ihn Eugen Sorge beschreibt (siehe oben). Gerichtet „an die Feinde Allahs“ droht Cuspert in diesem Video: „Augen gehen verloren, Körper ohne Beine, wir wollen euer Blut. Es schmeckt so wunderbar. Das Feuer ist entzündet. Wir werden euch verbrennen, erschlagen und ersticken. [...] Gekommen, um zu schlachten, beseitigen Kuffa.“⁶³ [...] Schwarze Maskenmänner. Aqida⁶⁴ scharf die Messer. Köpfe sind am Rollen. Schlachten für Allah. Gesichter sind verstümmelt. Blutverspritzte Wände. Gewinsel und Geheule, der Terror, er ist da. [...] Allah hat euch gerufen, kein Weg mehr geht nach draußen. Tank dein

58 Ebd., S. 15. Naschid (arab., Plural: Anaschid) = a capella vorgetragenes (Kampf-)Lied.

59 Vgl. dazu die eingangs zitierten Ausführungen Matusitzs zur rituellen Funktion von Kastration und Genitalverstümmelung im Kontext des islamistischen Terrorismus.

60 Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin/Abteilung Verfassungsschutz (FN 57), S. 17.

61 Al-Jannah (arab.) = das Paradies.

62 Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin/Abteilung Verfassungsschutz (FN 57), S. 19.

63 Kafir (arab., Plural: Kuffar) = Ungläubiger.

64 Aqidah (arab.) = Glaubenslehre/-überzeugung.

Auto voll Benzin, also Bruder gebe Gas. Der Nachbar ist ein Kafir, beleidigt den Gesandten. Nimm ein großes Messer, gib ihm sein Halal⁶⁵.⁶⁶

Bereits 2014 konstatierte der Berliner Verfassungsschutz, Cusperts Propaganda berge ein „erhebliches Mobilisierungsmoment für einschlägig radikalisierte Personen in Deutschland, die Reise nach Syrien anzutreten. Seine demagogische Propaganda kann junge Menschen für ein vorgebliches Paradiesversprechen ins Verderben locken.“⁶⁷ Im April 2016 kannten die deutschen Sicherheitsbehörden bereits mehr als achthundert Personen aus Deutschland, die den Aufrufen Cusperts und anderer Dschihad-Propagandisten gefolgt und in das syrisch-irakische Kampfgebiet gereist waren.⁶⁸

Dort erwartet die meist jugendlichen „Dschihad-Freiwilligen“ aus Deutschland jedoch kein Paradies, sondern ein regelrechtes „Schlachthaus“-Ritual“, wie ein deutsches Nachrichtenmagazin unter Berufung Erkenntnisse des Verfassungsschutzes im Frühjahr 2014 zu berichten wusste: „In Syrien werden ausländische Kämpfer offenbar dazu genötigt, Gefangenen die Kehle durchzuschneiden, um sich als vollwertige Dschihadisten zu beweisen. [...] Einzelne islamistische Gruppen unterhielten im syrischen Bürgerkrieg sogenannte Schlachthäuser, in denen die Gefangenen feindlicher Kriegsparteien untergebracht seien. Dorthin sollen wiederholt aus dem Ausland stammende Kampfwillige geführt worden sein, um sie an das Töten zu gewöhnen. Sogar 17- und 18-Jährige seien dazu angehalten worden, den Insassen die Kehle durchzuschneiden. Der Inlandsgeheimdienst fürchtet, dass auf diese Weise verrohte Jugendliche früher oder später auch nach Deutschland zurückkehren könnten.“⁶⁹

Ungefähr ein Drittel der ca. achthundert ausgereisten „Dschihad-Freiwilligen“ sollen mittlerweile (Stand: April 2016) wieder nach Deutschland zurückgekehrt sein⁷⁰ – aus welchen Gründen und mit welchen Motiven, kann nur in den wenigsten Fällen mit hinreichender Gewissheit gesagt werden. Unbekannt ist zudem die Zahl der durch den „Islamischen Staat“ im Rahmen des nahöstlichen Massen-Exodus‘ nach Deutschland eingeschleusten bzw. hierzulande reaktivierten oder neu rekrutierten Freiwilligen für terroristische Anschläge; im Juni 2016 waren den deutschen Sicherheitsbehörden 17 Personen bekannt, die vom „Islamischen Staat“ als Flüchtlinge

65 Halal (arab.) = geeignet (i.S. der Scharia). In diesem Kontext dürfte sich Cuspert zweifellos auf geschächtete Tiere beziehen, deren Fleisch für den Verzehr „geeignet“ (halal) ist.

66 Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 18/5615 vom 6. August 2015, S. 4.

67 Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin/Abteilung Verfassungsschutz (FN 57), S. 24.

68 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (April 2016), BfV-Newsletter 1/2016, <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter/newsletter-archiv/bfv-newsletter-archiv/bfv-newsletter-2016-1/bfv-newsletter-2016-01-08> (Stand: 4. August 2016).

69 Von Deutschland in den Dschihad – Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Salafisten aus Bremen, in: Der Spiegel, Nr. 14/2014 (Online-Ausgabe), <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/salafisten-aus-deutschland-im-dschihad-in-syrien-a-961514.html> (Stand: 2. August 2016).

70 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (FN 68).

getarnt nach Deutschland entsandt wurden, zudem gingen sie über 400 weiteren diesbezüglichen Hinweisen (unterschiedlicher Qualität) nach.⁷¹

Zweifelsfrei kann hingegen festgestellt werden, dass die zunehmende Ritualisierung des (islamistischen) Terrorismus sich verschärfend auf die Gefährdungslage in der Bundesrepublik auswirkt: Der ritualisierte dschihadistische Terrorismus ist gekennzeichnet durch eine maximale Selbstbezogenheit der Täter, eine totale Verselbstständigung der Gewalt und eine völlige Entgrenzung des Zielspektrums. Nach den Massenmord-Anschlägen von New York und Washington, von Madrid, London, Paris, Brüssel und Nizza hat der Todeskult des Dschihadismus mit den Ritualmord-Attentaten von Saint-Quentin-Fallavier, Magnanville, Saint-Etienne-du-Rouvray und Würzburg nunmehr auch die französische und deutsche Provinz erreicht.

„Ihr liebt das Leben, und wir lieben den Tod!“⁷²: Dieses offene Bekenntnis zum Zivilisationsbruch – diese abgrundtiefe Verachtung des Prinzips der Lebensheiligkeit – ist nicht nur eine Absage an die Menschlichkeit, sondern auch eine Kampfansage an die ganze Menschheit. Diese sieht sich nach den furchtbaren Gräueln des 20. Jahrhunderts nunmehr mit den Verbrechen und Gefahren eines neuen – dezidiert religiös begründeten – Totalitarismus konfrontiert, der die Welt nach Ansicht des Papstes bereits in einen „Dritten Weltkrieg“⁷³ gestürzt hat. Dieser Krieg wird nicht mit einem Sieg über den „Islamischen Staat“ beendet sein und kann auch nicht alleine mit militärischen, polizeilichen und nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen werden. Vielmehr ist es die zurzeit wohl wichtigste Aufgabe aller offenen Gesellschaften – aber auch eines jeden Einzelnen –, sich dieser Bedrohung und Herausforderung bewusst zu werden und Antworten auf die Frage zu finden, wie Freiheit, Sicherheit und Menschlichkeit auf Dauer zu verteidigen sind. Was letztendlich bleibt, ist „[d]ie entscheidende, zweifelnde Frage [...], ob der Mensch wirklich einen Drang zur Freiheit hat und ob er der Freiheit gewachsen ist. Oder ob er sich immer wieder Führer, Systeme und Ideologien sucht, die ihn von der Freiheit befreien und in Dienst nehmen. Eine politische Religion also, die ihm die Ungewissheit über Gut und Böse, Sinn und Sinnlosigkeit nimmt.“⁷⁴

71 Vgl. Manuel Bewarder, „Fürchten Verlagerung von IS-Aktivitäten nach Europa“, in: Die Welt (Online-Ausgabe) vom 28. Juni 2016, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article156656699/Fuerchten-Verlagerung-von-IS-Aktivitaeten-nach-Europa.html> (Stand: 7. August 2016).

72 So der „Militärsprecher der al-Qaida in Europa“ in einem Selbstbeziehungsvideo zu den Anschlägen in Madrid vom 11. März 2004; zitiert nach: „Es wird noch mehr Blut fließen“, in: Die Welt (Online-Ausgabe) vom 15. März 2004, <http://m.welt.de/print-welt/article300115/Es-wird-noch-mehr-Blut-fliesen.html> (Stand: 3. August 2016).

73 Papst sieht Terror „als Teil des Dritten Weltkrieges“, in: Die Welt (Online-Ausgabe) vom 14. November 2015, <http://www.welt.de/politik/ausland/article148849810/Papst-sieht-Terror-als-Teil-des-Dritten-Weltkriegs.html> (Stand: August 2016).

74 Karl Dietrich Bracher, Das 20. Jahrhundert als Zeitalter der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen demokratischen und totalitären Systemen, in: Jesse (FN 26), S. 137-151, hier: S. 148.

Biographisches Porträt: Jürgen Elsässer

Von Jürgen P. Lang

1. Lebenslauf

Dem badischen Pforzheim eilt der Ruf ausgeprägter Spießbürgerlichkeit voraus – keine Stadt, in der man die Wiege politischer Provokateure vermutet. Doch als er dort am 20. Januar 1957 zur Welt kommt, hat Jürgen Elsässer eine Vita prall gefüllt mit extremen ideologischen Volten vor sich. Rückblickend findet er dennoch einen mit dem Geburtsort kompatiblen roten Faden in seinem Leben. Er sei schon immer „wertkonservativ“ gewesen, selbst als kommunistischer Gymnasiallehrer im Stuttgart der reifen 1980er Jahre. Vom antiautoritären Erziehungsstil seiner „68er-Kollegen“ habe er schon damals nichts gehalten.¹ Man könnte diese Selbstauskunft als Legende abtun. Schließlich gab Elsässer sie Jahrzehnte später als Gründer und Chefredakteur der Zeitschrift *Compact* ab. „Wertkonservativ“ – das passt besser zu dem informellen, antiamerikanischen und prorussischen Netzwerk, in dem er heute die Strippen zieht. Vielleicht muss man Elsässer aber Glauben schenken: Denn sein Werdegang vom antideutschen Publizisten zum (rechts-)populistischen Agitator weist bei näherer Betrachtung mehr Brücken auf als Brüche. Die Übergänge vom Antideutschen zum Antiimperialisten und dann zum Deutschnationalen sind fließend – erstaunlich für jemanden, dessen Paradedisziplin es zu sein scheint, gegen den Strom zu schwimmen. Immerhin: Ein Opportunist war Elsässer lange Zeit nicht, auch das eine Konstante im Wandel.

Der zweite Abschnitt (nach der Schilderung des Lebenslaufs) analysiert Kontinuitäten und Diskontinuitäten in Elsässers politischem Leben. Wie kommt jemand dazu, seine politisch-ideologische Grundhaltung offenkundig ohne Selbstverleugnung radikal, bis ins Gegenteil zu ändern und dabei – so scheint es – das politische Spektrum in (fast) seiner kompletten Ausdehnung zu durchmessen? Hat Elsässer Recht, wenn er sich, Wertkonservatismus hin oder her, immer noch als „links“ bezeichnet? Oder ist der landläufigen (und nicht nur von Linken geäußerten) Meinung zuzustimmen, er sei zum ausgewiesenen Rechtsaußen mutiert? Elsässer möchte eine populistische Querfront eines selbsternannten „Volkswiderstands“ gegen die EU, die USA, die Zuwanderung und das angeblich alles kontrollierende Establishment schmieden, eine Bewegung, die beansprucht weder links noch rechts² zu sein, und deren Kritiker mutmaßen, sie wolle gerade die antidemokratischen Pole beider Richtungen einfangen. Verkörpert Elsässer selbst die rare Spezies des Linksrechtsextremisten? Die Be-

1 Vgl. Jürgen Elsässer, Die 6b und ich, in: *Compact*, 9/2015, S. 53.

2 Vgl. ders., Aufstand der Mitte, in: *Compact*, 6/2016, S. 42 f.

zeichnungen Antideutscher, Antiimperialist und Deutschnationaler verschlagworten die drei politischen Phasen des Grenzgängers. Ich möchte noch die vierte, unpolitische Kategorie des Verschwörungstheoretikers hinzufügen. Sie bleibt dem Abschnitt „Literatur“ vorbehalten, der Sprache, Argumentationsweise, Umgang mit Quellen und schließlich die in sich geschlossene (Schein-)Logik in Elsässers jüngeren Schriften ergründet.

Seine erste politische Heimat war der *Kommunistische Bund* (KB), in dessen Stuttgarter Zirkel er sich Anfang der 1980er Jahre zunächst als Sympathisant, dann als ordentliches Mitglied engagierte. Von der ursprünglich maoistischen Orientierung der K-Gruppe dürfte Elsässer nicht mehr allzu viel mitbekommen haben. Der KB vertrat zu seiner Zeit die These von der fortschreitenden „Faschisierung“ der bundesdeutschen Gesellschaft.³ An dieses ideologische Spezifikum knüpfte Elsässer an, als sich die Wiedervereinigung abzeichnete. Sein Aufsatz *Weshalb die Linke anti-deutsch sein muss* im KB-Blatt *Arbeiterkampf* gilt als Schlüsseltext einer politischen Richtung, die alles „Deutsche“ mit Auschwitz identifizierte. Der Autor forderte nichts weniger als „die Zerstörung des deutschen Staates und seine [...] Ersetzung durch einen Vielvölkerstaat sowie [die] Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft.“⁴ Der Holocaust wurde zum alles dominierenden negativen Bezugspunkt der Antideutschen. Bereits im ersten Satz seines ersten, 1992 erschienenen Buches bringt Elsässer das Credo der Strömung auf den Punkt – der für ihn typische Sarkasmus war nun voll entwickelt: „Die deutsche Nation ist keine anthropologische Tatsache, sondern eine kollektive Halluzination.“ Wer sie einer „Probe auf ihre Realitätstüchtigkeit“ unterziehe, beschreite einen „Sonderweg“⁵, der in Auschwitz ende. Jetzt, nach der Wiedervereinigung, sei es erneut so weit.

Einen Sonderweg selbst innerhalb der extremen Linken beschritt auch Jürgen Elsässer, der den KB damit in die Spaltung führte und sein schnelles Ende besiegelte. Während sich die Ex-Mitglieder mehrheitlich in Richtung PDS orientierten, ging Elsässers antideutsche *Gruppe K* auf scharfe Konfrontation zu den SED-Nachfolgern. Der Renegat rückte die PDS gar in „relative Nähe“ zur DVU und merkte süffisant an, vielleicht hätten „die Unionsparteien ja doch nicht so unrecht“⁶ mit Extremismuskonzept und Totalitarismustheorie. Über den „Antitotalitarismus könnte man diskutieren – wenn man die Nazis auf diese Weise vom Hals bekäme, würde man auch der PDS keine Träne nachweinen“.⁷ Die provokante These der „REP-tilisierung der PDS“⁸ – eine Anspielung auf die Partei *Die Republikaner* – vermochte El-

3 Vgl. Gaston Kirsche, Demontiert die Mythen! Zehn Jahre deutsche Einheit, in: *Jungle World* vom 11. Oktober 2000.

4 Jürgen/KB-Stuttgart [= Jürgen Elsässer], *Weshalb die Linke anti-deutsch sein muss*, in: *Arbeiterkampf* vom 5. Februar 1990.

5 Jürgen Elsässer, *Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschland*, Berlin 1992, S. 6.

6 Ders., *Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde*, Hamburg 1998, S. 104.

7 Ebd., S. 14.

8 Ders., *Die REP-tilisierung der PDS*, in: Sahra Wagenknecht/ders., *Vorwärts und vergessen? Ein Streit um Marx, Lenin, Ulbricht und die verzweifelte Aktualität des Kommunismus*, Hamburg 1996, S. 116.

sässer freilich nicht mit stichhaltigen Fakten zu untermauern. In geradezu autistischer Akribie suchte (und fand) er fast überall Anzeichen für vermeintlich „deutsch-nationale“ Symptome, die zusammengenommen in perhorreszierender Konsequenz in ein „Viertes Reich“ mündeten. Die Monokausalität des „Nie wieder Deutschland!“, das sich die *Gruppe K* sprichwörtlich auf die Fahnen geschrieben hatte, war frappierend – zwei Beispiele: „Wenn wir daher am 6. Juni [dem D-Day] auf etwas anstoßen, dann nicht auf die ‚Befreiung Deutschlands‘, sondern auf die Pläne zu seiner Auflösung, die an jenem Tag im Jahre 44 noch in voller Blüte standen“.⁹ Oder: „Die Spaltung Deutschlands war die größte historische Leistung der SED“.¹⁰ Dieser deftige ideologische Zynismus darf nicht verschleiern, dass Elsässer innerhalb der Antideutschen keineswegs der Radikalste war.

Der Golfkrieg 1991 stellte die Antideutschen vor die Zerreißprobe. Ein Teil der *Gruppe K* wich vom Kurs ab, wandte sich gegen den Krieg und verteilte die „Israel-Solidarität als Propagandainstrument zur Schwächung der Antikriegsbewegung“.¹¹ Elsässer machte diesen Rückfall auf orthodox-linken Positionen nicht mit. Zwar argumentierte auch er gegen den US-Militäreinsatz, stellte sich aber entschieden auf die Seite Israels.¹² Jede Kritik am jüdischen Staat blockte er als „probaten Ausweg für die Antisemiten, ihre Weltanschauung zu chiffrieren“¹³, ab. Während Elsässer in dieser kompromisslosen Parteinahme in der *Gruppe K* voranschritt, hielt er sich mit dem szenetypischen Proamerikanismus zurück. Nie ging er so weit wie der antideutsche Scharfmacher Wolfgang Pohrt, der sich zu der Forderung nach einem amerikanischen Atombombeneinsatz gegen den Irak verstiegen hatte. Auch in Pohrts scharfe Attacken auf die Friedensbewegung (die zu irakischen Giftgaseinsätzen geschwiegen hatte, beim Protest gegen die USA dafür umso lauter zu vernehmen war) schwenkte Elsässer erst Jahre später und unter anderen Vorzeichen ein.

Elsässer entfaltete in den 1990er Jahren eine rege publizistische Tätigkeit – zunächst als Mitherausgeber des *Gruppe K*-Organs *Bahamas*, noch heute mediale Speerspitze der Antideutschen. Gleichzeitig avancierte er zum Redakteur der Zeitung *Junge Welt*. Als deren Geschäftsführer das Blatt 1997 auf orthodox-kommunistischen Kurs trimmen wollte, rebellierte Elsässer; er hob zusammen mit anderen Redakteuren das antideutsche Gegenprojekt *Jungle World* aus der Taufe.¹⁴ Die größte Wirkung beschied ihm freilich seine langjährige Autorenschaft in der Zeitschrift *Konkret*. Der richtungsweisende Artikel *Schieß Deutschland*¹⁵ aus der Feder des Herausgebers Hermann L. Gremliza musste auf Elsässer wie eine Einladung gewirkt

9 Ders., Missverständnis zum D-Day, in: *Konkret*, 5/1994, S. 13.

10 Ders., Zu deutsch, in: Wagenknecht/Elsässer (FN 8), S. 14.

11 Patrick Hagen, Die Antideutschen und die Debatte der Linken über Israel, Köln 2004, S. 23.

12 Vgl. Jürgen Elsässer, Schafft zwei, drei, viele Sarajevo. Die Linke und die nationale Frage, in: Andrea Komlosy u.a. (Hrsg.), *Krisenherd Europa. Nationalismus, Regionalismus, Krieg*, Göttingen 1994, S. 420.

13 Ders. (FN 5), S. 64.

14 Vgl. Adrienne Braun, Wie aus einer Revolte in der „Jungen Welt“ die neue Wochenzeitung „Jungle World“ wurde, in: *Die Zeit* vom 12. September 1997.

15 Hermann L. Gremliza, *Schieß Deutschland*, in: *Konkret*, 10/1990, S. 8.

haben. Schwerpunkt seiner Veröffentlichungen in *Konkret* – er brachte es dort zum Leiter des Politikressorts – war der blutige Zerfall Jugoslawiens und die Reaktionen des Westens auf die Balkankriege.

Dieses Thema sollte Elsässer noch viele Jahre umtreiben. In den frühen Veröffentlichungen zeichnete er das Bild eines übermächtigen und kriegslüsternden Deutschland, das unter rot-grüner Regierung die zunächst zaudernden USA in den Militäreinsatz gegen Belgrad ziehe. Als Antideutscher konnte Elsässer nicht anders als sich kompromisslos auf die Seite der Serben zu stellen, die wie im Zweiten Weltkrieg Opfer eines im Kern nach wie vor „faschistischen“ Aggressors würden. „Es ist für mich ein antifaschistischer Reflex auf der Seite der Israelis und Juden wie der Jugoslawen und Serben zu stehen.“¹⁶ Freund und Feind waren scharf getrennt: Die bosnischen Muslime seien ein „erfundenes Volk“¹⁷, deren Staatschef Izetbegović ein Antisemit und pan-islamischer Hasspropagandist. Auf der anderen Seite teilten Serbien und Israel dasselbe Schicksal, nämlich die erzwungene Preisgabe von ihrem jeweiligen Volk besiedelter Gebiete. Dass Teile der deutschen Linken Parallelen zwischen Srebrenica und Auschwitz zogen – Bundesaußenminister Fischer nutzte diesen Vergleich 1999 als Begründung für den Bundeswehreininsatz im Kosovo – brachte Elsässer in ein argumentatives Dilemma. Die Auschwitz-Keule zu schwingen war, ob gerechtfertigt oder nicht, eigentlich Sache der Antideutschen. Nun drehte die Bundesregierung den Spieß um und wendete ihn ausgerechnet gegen das angebliche Deutschland-Opfer Serbien! Elsässers Lamento: Die Friedensbewegung gehe den Auschwitz-Vergleichen der bundesdeutschen Kriegstreiber auf den Leim und habe deren hinterhältigem Vorwurf, mit einer pazifistischen Gesinnung hätte man „nie Krieg gegen Nazi-Deutschland [...] führen können, [...] nichts mehr entgegenzusetzen“.¹⁸ Und an Rot-Grün erging die Botschaft: „Dem Nazi-Revisionismus haben diejenigen Tür und Tor geöffnet, die die Kategorien und Begrifflichkeiten, die die historische Forschung bisher aus gutem Grund für Hitlers ‚Endlösung‘ reserviert hatte, ungeniert auf einen x-beliebigen Bürgerkrieg anwendeten.“¹⁹ Die Intransigenz dieser Worte täuscht. Rückblickend waren sie Ausdruck eines verbalen Rückzugsgefechts, das die Tür zu Elsässers Abkehr von den Antideutschen öffnete.

Die Kriege gegen Afghanistan und den Irak nach dem Terror vom 11. September 2001 beschleunigten diesen Prozess. Während die aus ihrer Sicht antisemitisch motivierten Anschläge die Israel-Solidarität der Antideutschen festigten²⁰, entledigte sich Elsässer der Argumente seiner bisherigen Gesinnungsgenossen vollends. Kriegsgegner als Freunde des irakischen Diktators Saddam Hussein und als Antisemiten zu be-

16 Jürgen Elsässer/Andrei S. Markovits, Ein deutsches Coming-out?, in: Dies. (Hrsg.), „Die Fratze der eigenen Geschichte“. Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg, Berlin 1999, S. 198.

17 Jürgen Elsässer, Wenn das der Führer hätte erleben dürfen. 29 Glückwünsche zum deutschen Sieg über die Alliierten, Hamburg 1995, S. 39.

18 Ders., Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt, Hamburg 2000, S. 161.

19 Ebd., S. 164.

20 Vgl. Hagen (FN 11), S. 46.

zeichnen – „mit dieser Denunziationsprosa“ lasse „sich jede Form von Kapitalismuskritik als Antisemitismus interpretieren“²¹, wetterte er und begann sich gegen den US-Militäreinsatz zum Sturz des irakischen Regimes zu engagieren – unter anderem in *Konkret*, dessen Herausgeber Gremliza dem Waffengang weitaus wohlwollender gegenüberstand. Im Kontrast dazu wähnte der nunmehrige Antikapitalist Elsässer nicht moralische, sondern ökonomische Motive hinter dem Irak-Krieg: „Bush und Greenspan müssen dasselbe fürchten wie Hitler und Schacht: dass die inflationäre Geldblase nur so lange nicht platzt, wie ihre Armeen von Sieg zu Sieg eilen.“²² Dieser Aufsatz besiegelte die Kündigung bei *Konkret*. Elsässer bekam mit auf den Weg, „seine eigene politische Neuorientierung gegen den Willen des Herausgebers und der Redaktion sowie auf Kosten anderer Konkret-Autoren auf die Zeitschrift [...] übertragen“²³ zu haben. Es sollte nicht sein letzter Rauswurf sein.

Elsässer überzog von nun an die Antideutschen mit heftiger Polemik. Für sich entdeckte er Trümmer linksextremer Ideologien neu, die der alles dominierende Anti-Antisemitismus bislang weitgehend neutralisiert hatte. Er zog die Dimitroff-These aus der Schublade, die den „Faschismus“ als Folge des Kapitalismus (und nicht eines spezifischen „Deutschtums“) hinstellt.²⁴ Und er schwenkte – unter dem Eindruck des von heftigen Ausschreitungen begleiteten G8-Gipfels 2001 in Genua – in den linken Mainstream, bestehend aus Antiamerikanismus und Altermondialismus, ein. Diese Versatzstücke bettete er in einen leninistisch inspirierten Antiimperialismus, eine ideologische Unterfütterung, die er bei den „Globalisierungsgegnern“ vermisste: „Völlig unterbelichtet ist, dass sich die ökonomische Veränderung nicht im Selbstlauf vollzieht, sondern mit Gewalt, immer häufiger mit direkter militärischer Gewalt, durchgesetzt wird. Schlimmer noch: Wer das zum Thema macht, wird als Verschwörungstheoretiker abgetan.“²⁵ Die Hauptschuld an den aktuellen Kriegen trage nicht mehr Deutschland – anderes wäre nach der Absage von Bundeskanzler Schröder an eine Beteiligung der Bundesrepublik am Irakkrieg 2002 kaum zu verkaufen gewesen –, sondern der „Aggressionsdrang der US-Monopole“, die „nach Deckung ihrer fiktiven Kapitalmasse durch Herrschaft über Rohstoffe und Devisen“²⁶ suchten.

Die von Elsässer in den Jahren zwischen 2002 und 2009 – einer Art „Scharnierzeit“ – veröffentlichten Bücher sind ineinandergreifende Wegmarken seines ideologischen Wandels. Während *Der deutsche Sonderweg* (2003) Elsässers neu erwachten Antiamerikanismus manifestiert, birgt *Wie der Dschihad nach Europa kam*²⁷ (2005) die Kernbotschaft: Die US-Geheimdienste stecken hinter praktisch allem –

21 Jürgen Elsässer, Mit Auschwitz lügen, in: Junge Welt vom 9. Dezember 2002.

22 Ders., Deficit bombing, in: Konkret, 11/2002, S. 15.

23 Von Konkret, in: Konkret, 1/2003, S. 4.

24 Vgl. Jürgen Elsässer, Der deutsche Sonderweg. Historische Last und politische Herausforderung, Kreuzlingen/München 2003, S. 42.

25 Ders., Genua und Skopje, in: Konkret, 9/2001, S. 25.

26 Ders. (FN 24), S. 231.

27 Ders., Wie der Dschihad nach Europa kam. Gotteskrieger und Geheimdienste auf dem Balkan, St. Pölten/Salzburg 2005.

auch hinter dem islamistischen Terrorismus. Spurenelemente einer solchen Verschwörungstheorie wies bereits Elsässers Werk *Kriegslügen* (2004) auf, ein verbissener Versuch, das Massaker von Srebrenica zu relativieren und mit (vermeintlichen) Kriegsverbrechen der Kosovo-Albaner aufzurechnen. Auch hier konstruiert der Autor eine „geheime Allianz zwischen dem Pentagon und radikalen islamistischen Gruppen aus dem Mittleren Osten“.²⁸ Dass Elsässer allerdings zu dieser Zeit – im Gegensatz zu vorher und nachher – weit entfernt war, ein Antiislamist zu sein, beweist er in *Angriff der Heuschrecken* (2007). Der krude Antiamerikanismus diktierte ihm eine verschiedene Parteinarbeit unter anderem für die Hisbollah und Diktaturen unterschiedlicher Provenienz. Diese kombinierte er mit dem Verschwörungstheoretischen Kurzschluss, multikulturelle Gesellschaften, Migration und Befreiungsbewegungen seien eine „Strategie des Kapitals“²⁹ zur Destabilisierung der Nationen. Heraus kam eine abstrus-eklektische Logik: „Der notwendige Widerstand gegen den grassierenden Antiislamismus erfordert [...] den Bruch mit dem Yuppie-Multikulti und ergänzt den Kampf gegen die Inländerfeindlichkeit.“³⁰ Elsässer schlug sich auf die Seite Oskar Lafontaines, der im Sommer 2005 gegen den „Zustrom billiger Arbeitskräfte“³¹ polemisiert hatte.

Derart ideologisch munitioniert, verfasste Elsässer Artikel unter anderem für den *Freitag*, (erneut) für die *Junge Welt* sowie von April 2008 an für die der Partei *Die Linke* nahestehende Tageszeitung *Neues Deutschland* (ND). Dort schrieb er: „Bei der aktuellen Weltwirtschaftskrise geht es nicht nur um Ökonomie, sondern auch um Imperialismus [...]. Da die internationale Regulierung des weltweiten Casinos von Washington und London blockiert wird, muss nun der Nationalstaat handeln“.³² Damit dockte er nahtlos an Positionen des damaligen *Linken*-Vorstandsmitglieds Sahra Wagenknecht an, die schon länger gegen eben dieses „fiktive Kapital“ der „Finanzkasinos“ und für eine Rückbesinnung auf die Nationalökonomien zu Felde zog. Weil Elsässer seinen Worten auch Taten folgen ließ, währte die Zeit beim ND nur kurz. Bereits im Januar 2009 erklärte die Chefredaktion „den Autorenvertrag mit Jürgen Elsässer [für] beendet. Hintergrund ist eine von ihm gegründete ‚Volksinitiative‘, die zu einer ‚Volksfront‘ gegen das ‚anglo-amerikanische Finanzkapital‘ aufruft, der sich auch das ‚national bzw. alt-europäisch orientierte Kapital‘ anschließen möge. [...] Wir unterstellen Elsässer nicht, ins rechte Lager übergewechselt zu sein, möchten aber nicht als Plattform für sein Vorhaben erhalten“.³³ Damit brachte Elsässer auch in anderen linken Periodika keine Beiträge mehr unter. Dass der Leninist bereits mit beiden Beinen im Rechtspopulismus stand, hätte allerdings schon vorher

28 Ders., *Kriegslügen*. Vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozess, Berlin 2004, S. 84. Vier Jahre später legte Elsässer eine aktualisierte Fassung vor. Vgl. ders., *Kriegslügen*. Der NATO-Angriff auf Jugoslawien, Berlin 2008.

29 Ders., *Angriff der Heuschrecken*. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg, Bonn 2007, S. 50.

30 Ebd., S. 113.

31 Ebd., S. 109.

32 Ders., Bomben aus „fiktivem Kapital“, in: *Neues Deutschland* vom 20. Dezember 2008.

33 ND-Chefredaktion, In eigener Sache, in: *Neues Deutschland* vom 15. Januar 2009.

auffallen können. „Mit Staatsknete wird Multikulti, Gender-Mainstreaming und die schwule Subkultur gefördert, während die Proleten auf Hartz IV gesetzt werden und sich oft auch keine Kita, kein Schwimmbad und keine warme Wohnung mehr leisten können“³⁴, schrieb er zwei Jahre zuvor in der *Jungen Welt*, in der er an anderer Stelle eine Lanze für die nationalistische SNS in der Slowakei brach.³⁵

In Deutschland – und anderswo – teilen Rechts- und Linkspopulismus (etwa in Form der AfD oder partiell der *Linken*) dieselben Feind- und Freundprojektionen: gegen die USA, gegen die EU, gegen die „Finanzoligarchie“, für autoritäre Staatsmodelle wie Putins Russland.³⁶ Dass die Konjunktur populistischer Initiativen ökonomischen Verwerfungen folgt, ist historisch betrachtet alles anderes als präzedenzlos.³⁷ 2009, als Jürgen Elsässer die *Volksinitiative gegen das Finanzkapital* gründete, strebte die Finanzkrise gerade ihrem Höhepunkt zu. Das Projekt – es peilte ein „breites gesellschaftliches Bündnis“ der „Unterdrückten“³⁸ an – sah sich keiner politischen Richtung verpflichtet. Da passte es nicht ins Konzept, dass ausgerechnet vom damaligen NPD-Spitzenfunktionär Holger Apfel überschwängliches Lob kam: „Der Gründungsauftrag von Jürgen Elsässer für eine Volksinitiative gegen Finanzkapital ist ein bemerkenswertes Signal. Jürgen Elsässer betätigt sich als Eisbrecher, der auf nationaler Grundlage den Dualismus von rechts und links durch die Schaffung einer antiglobalistischen und antiimperialistischen Gerechtigkeitsbewegung überwinden will.“³⁹

Elsässer war gewieft genug, die Initiative mit scharfen Worten gegen die NPD abzugrenzen und keinen Verdacht über das Verständnis des Wortes „Volk“ aufkommen zu lassen. Man meine den „Volksbegriff der Französischen Revolution, nicht dessen altdeutsche Verkümmern auf Blutszugehörigkeit.“⁴⁰ Doch schnell war klar: Die Volksinitiative stieß bei Linken praktisch durchweg auf Ablehnung und versprühte umso mehr Charme nach rechts.⁴¹ An der Initiative selbst oder ihren Veranstaltungen beteiligten sich unter anderem der Chef der britischen UKIP, Nigel Farage, der Gründer des *Bundes Freier Bürger*, Karl Albrecht Schachtschneider, und der *Junge Freiheit*-Autor Wilhelm Hankel. Auch in seinem Ende 2010 etablierten

34 Jürgen Elsässer, Mit Gendermainstreaming gegen Nazis?, in: *Junge Welt* vom 8. Dezember 2006.

35 Ders., Querfront-Regierung in der Slowakei. Fragen an die Antifa, in: *Junge Welt* vom 6. Juli 2006.

36 Vgl. Rudolf van Hüllen, Wieviel „Putinismus“ steckt in der Linken? Ursachen und Hintergründe, in: Gerhard Hirscher (Hrsg.), *Wandel und Kontinuität. Was bleibt von der DDR und vom Kalten Krieg?*, München 2016, S. 43-49.

37 Vgl. Manuel Funke/Moritz Schularick/Christoph Trebesch, *Going to Extremes: Politics after Financial Crises 1870-2014*, London 2015.

38 Grundsatzerklärung der Volksinitiative, in: Jürgen Elsässer (Hrsg.), *Gegen Finanzdiktatur. Die Volksinitiative: Grundsätze, Konzepte, Ziele*, Berlin 2009, S. 12.

39 Zit. n. Martin Niewendick, Was macht Peter Scholl-Latour bei Jürgen Elsässer?, Manuskript, 20. Oktober 2012.

40 Vgl. Jürgen Elsässer, Gegen die Räuber, die die Welt beherrschen. Rede auf der ersten öffentlichen Versammlung der Volksinitiative am 10. Januar 2009, in: ders. (FN 38), S. 16.

41 Vgl. Carsten Hübner, Zweifelhafte Stars, in: *Neues Deutschland* vom 22. September 2010.

Magazin *Compact* konnte Elsässer zwar Autoren rechtskonservativer Provenienz und ausgewiesene Verschwörungstheoretiker gewinnen, jedoch niemanden aus dem linken Lager. Dass dies durchaus als Desiderat angesehen wurde, verraten wohlwollende Artikel etwa über Sahra Wagenknecht.⁴² Keine Frage: Elsässers lagerübergreifende Querfront blieb ein Wunschtraum. Lediglich auf den sogenannten „Montagsmahnwachen für den Frieden“ fanden auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise 2014 Putin-Anhänger aller politischer Richtungen zusammen – Elsässer agitierte dort scharf gegen die Ukraine und die USA. Einzig der „Putinismus“ erwies sich als probater Kitt zwischen den politischen Polen. Insofern erfüllen Elsässers Elogen auf das gegenwärtige politische System Russlands einen strategischen Zweck.

Putins Herrschaft hat für ihn Modellcharakter: „Von Russland kann man lernen, wie ein Nationalstaat, ganz auf die eigene Kraft und die eigenen Gesetze gestützt, den Spekulations- und Oligarchensumpf in den Griff bekommt. Putin hat die Raubtierkapitalisten, die Jelzin gefüttert hat, gebändigt.“⁴³ Ungefiltert verbreitet Elsässer Putins antiamerikanische Vision eines „Europa freier Völker von Lissabon bis Wladiwostok“. „NATO-Faschisten“, ukrainische „Putschregierung“, die von Kiew angestrebte „Endlösung der Russenfrage“ – er betätigte sich als williges Sprachrohr des Kreml und als Zweitverwerter des russischen Propagandasenders RT.⁴⁴ Und er pflegte wohlwollende Kontakte zu dem russischen Rechtsextremisten Alexander Dugin, der mit ambivalenten bis affirmativen Äußerungen zur NS-Herrschaft auffiel. Inhaltlich ähnelt Dugins dezidiert antiliberalen und antiamerikanischen *Internationale Eurasische Bewegung* dem gleichwohl weniger straffen Netzwerk um Elsässer, das die „Sorge um nationale Identität und Souveränität und eine tiefe Skepsis bis Ablehnung gegenüber demokratisch-liberaler Gesellschaftsentwürfe“⁴⁵ eint. Dass Elsässer auch die Entwicklungen in Ungarn unter Viktor Orbán begrüßte, liegt in dieser Logik. 2012 sorgte sein Freundschaftsbesuch beim seinerzeitigen iranischen Ministerpräsidenten und Holocaustleugner Ahmadinedschad nicht nur in der jüdischen Presse für Aufsehen.⁴⁶ „Wer vom Zionismus nicht reden darf, muss auch vom Faschismus schweigen“⁴⁷, schrieb Elsässer – als ob das eine Ursache des anderen war. Gegen den Vorwurf Jutta Ditfurths, ein „glühender Antisemit“ zu sein, zog er vor Gericht.

Von seinen Herrschaftsmaximen her würde Recep Erdoğan ebenfalls in die Galerie autoritärer Vorbilder passen. Doch der türkische Staatspräsident fungiert als Drohpotenzial in Elsässers Agitation gegen die „Überfremdung“ der Gesellschaft

42 Vgl. Martin Müller-Mertens, Sahra Wagenknecht: Die rechte Linke, in: *Compact*, 6/2016, S. 44 f.

43 Jürgen Elsässer, Die Demo auf der Titanic nützt nichts. Zu den linken Widerstandsaktionen gegen die Wirtschaftskrise – Rede im Russischen Haus zu Berlin, in: ders. (FN 38), S. 79.

44 Vgl. Thomas Korn/Andreas Umland, Jürgen Elsässer, Kremlpropagandist, in: *Die Zeit* vom 16. November 2006.

45 Wolfgang Storz, „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks, Frankfurt a.M. 2015, S. 6.

46 Vgl. Martin Krauss, Tee beim Diktator, in: *Jüdische Allgemeine* vom 10. Mai 2012.

47 Jürgen Elsässer, *COMPACT: Das Programm einer Buchreihe*, in: ders. (FN 38), S. 9.

hierzulande und die „Islamisierung des Abendlandes“.⁴⁸ „Gerade indem er die Migrationswaffe gegen Deutschland scharf hält, kann [Erdogan] Angela Merkel zur Unterstützung seiner Invasionspläne [gegenüber Syrien] zwingen.“⁴⁹ Elsässer folgt augenscheinlich einer opportunen politischen Konjunktur. Noch in der Ende 2010 erschienenen *Compact*-Nullnummer wandte er sich gegen Thilo Sarrazin, der in seinem Buch *Deutschland schafft sich ab* von einer Islamisierung der Bundesrepublik gewarnt hatte. Als gefährlichste Gegner identifizierte Elsässer damals „die eliminatorischen Zionisten und weltkriegsgeilen Neokonservativen“ in den USA. „Die Stoßtruppen für die Auflösung Deutschlands sind jedenfalls nicht die Muslime, sondern die Achtundsechziger.“⁵⁰ Das Schreckensszenario der Islamisierung, das *Compact* heutzutage entwirft, ist angesichts der früheren Positionierungen des Chefredakteurs wenig glaubwürdig. Konsistenter ist das Feindbild der 68er, das bis in seine Zeit als Antideutscher hineinreicht. Diesen Gegner macht Elsässers Magazin heute verantwortlich für eine multikulturelle Gesellschaft und für homo- und transsexuelle Lebensentwürfe, denen es wie die favorisierte *Alternative für Deutschland* (AfD) ein prononciert konservatives Familienbild⁵¹ entgegensetzt. Nicht zuletzt dafür stattete Elsässer Parteichefin Frauke Petry mit Vorschusslorbeeren aus.⁵² Von der AfD – sie holte im März 2016 unter anderem in Pforzheim ihre ersten Direktmandate bei Landtagswahlen – erwartet er allerdings, dass sie „sich als Volksopposition aufstellt, anstatt auf ein Regierungsbündnis mit der verkommenen Union zu spekulieren.“⁵³

2. Würdigung

Wer sich einen Weg durch Jürgen Elsässers bizarren politischen Lebenslauf schlagen will, kann die Axt im Keller lassen. Vom Antideutschen – eine Vergangenheit, die ihm heute „mächtig peinlich“⁵⁴ ist – zum Deutschnationalen: Das ist einerseits eine Entwicklung, deren Kontradiktion jeden Extremismusforscher herausfordern muss. Andererseits besteht sie aus folgerichtigen, ineinandergreifenden Phasen. Wer die Kontinuitäten herausarbeiten will, muss sich zunächst vergegenwärtigen: Elsässer war bereits in seiner ersten Phase als Antideutscher kein Antinationalist. Zwar schlug er sich auf die Seite des Luxemburg'schen Internationalismus und lehnte Lenins gegenteilige revolutionäre Strategie nationaler Eigenständigkeit der Ethnien ab, ein Konzept, das auch die Nationalsozialisten verfolgt hätten: „Die NSDAP [...] ermunterte [...] ‚unterdrückte Völker‘ zu Sezession und Expansion: Ungarn, Kroatien,

48 Ders., EU-Gipfel: Merkel leckt Erdogan die Stiefel, Manuskript, 30. November 2015.

49 Ders., Aleppo – das Stalingrad der Dschihadisten, in: *Compact*, 3/2016, S. 3.

50 Ders., Rechtspartei oder Volkspartei?, in: *Compact*, Nullnummer, Dezember 2010, S. 11.

51 Vgl. Antonie Rietzschel, Die Familienverschwörung, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 6. September 2013.

52 Vgl. Jürgen Elsässer, Die bessere Kanzlerin, in: *Compact*, 3/2016, S. 11 f.

53 Ders., Wer stoppt Merkel?, in: *Compact*, 1/2016, S. 3.

54 Ders., Rothfront marschiert, in: *Compact*, 9/2015, S. 19.

die Ukraine und die Slowakei eroberten sich ihre ‚nationale Selbstbestimmung‘ an der Seite von Nazi-Deutschland“.⁵⁵ Doch lediglich dieser *ethnische* Separatismus war Elsässer zuwider – Jugoslawien musste ihm als *worst case* erscheinen. Demgegenüber befürwortete er größere staatliche Einheiten ebenso entschieden wie den Blockdualismus zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation.⁵⁶ Beides habe alle Abspaltungsgelüste eingehegt. Und „zugespitzt könnte man sagen: Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition war nur möglich, weil sich eine weltweite Einheitsfront der Nationalisten gegen die Völkischen, der Nationen gegen die Stämme bildete.“⁵⁷

Elsässer zog eine historische Linie sezessionistischer Strategie vom NS-Regime bis zur deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung. Nach 1990 – so die noch antideutsche Argumentation – sei „die spezifisch deutsche Denktradition wieder aufgenommen“ worden, die „ein Volk als natürliche Blutsgemeinschaft definiert, in die man ausschließlich hineingeboren werden kann. [...] In der völkischen Welt-sicht können nur ‚originäre Völker‘ die Grundlage ‚gesunder‘ Staatenbildung sein, alles andere sind ‚Völkergefängnisse‘.“⁵⁸ Wie einst die Nationalsozialisten habe Jahrzehnte später das rot-grün regierte Deutschland aus reinem Machtkalkül den Zusammenhalt von Nationen und supranationalen Einheiten wie der EU zerstört. Die Linke habe sich als „Neue Mitte“ „mit den entfesselten Kapitalkräften und dem Militär verbündet, verfolgt aber auf dieser Grundlage, Marx zum Hohne, immer noch die alten Ziele: die Zerstörung von Nation und Staat. [...] De Gaulles Europa der Vaterländer geht unter in Fischers Europäischer Union der Stämme.“⁵⁹ Harsch ging Elsässer mit den „Achtundsechzigern“ ins Gericht. Indem sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker propagierten, „gerieten [sie] in Konflikt mit einem zentralen Postulat der orthodoxen Linken: der These vom Hauptwiderspruch und von der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt.“⁶⁰

Auf eine solch orthodox-kommunistische Lesart schwenkte Elsässer selbst ein. Das Schlüsselereignis Genua brachte ihm die Einsicht, „dass sich die nationalistische Welle am Globalismus gebrochen hatte: Die neuen Nationalstaaten auf dem Balkan büßten ihre Eigenständigkeit schnell wieder ein und wurden Kolonien des Internationalen Währungsfonds und der NATO.“⁶¹ Nation definierte Elsässer von nun an marxistisch: „Jede Nation ist nichts anderes als der gelungene Versuch unterschiedlicher Menschen einer Region, über die ursprüngliche Akkumulation von Kapital eine gemeinsame Ökonomie herzustellen. Jede Nationalökonomie und damit jede Nation ist ein künstliches Gebilde.“⁶² Das war durchaus nicht abwertend gemeint. Gleichzeitig verschwanden ethnische Begriffe aus seinem Wortarsenal. Der

55 Ders. (FN 12), S. 401.

56 Vgl. ders. (FN 17), S. 74.

57 Ders., *Make Love and War*. Wie Grüne und 68er die Republik verändern, Bonn 2002, S. 73.

58 Ders. (FN 25), S. 81.

59 Ders. (FN 18), S. 11.

60 Ders. (FN 57), S. 73.

61 Ders. (FN 29), S. 89.

62 Ders., *Deutsch-nationale Außenpolitik von CDU & CSU*, in: Ursel Sieber u.a. (Hrsg.), *Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU & CSU?*, Göttingen 1994, S. 74.

Nationalstaat galt ihm schon früh als Felsen in der Brandung der Globalisierung. Bereits 2001 schrieb er in *Konkret*, sich von den Antideutschen behutsam absetzend: „Antinationalisten könnten einwenden, die Zurückdrängung der Nationalstaaten sei doch etwas Positives, und schließlich werde auch Deutschland selbst in diesem Auflösungsprozess ‚dekonstruiert‘ werden. Aber „bis dato relativ homogene Nationalökonomien driften auseinander – und damit steht die Einheit der Nationalstaaten auf dem Spiel.“⁶³

Lenins Imperialismustheorie, die er vor nicht allzu langer Zeit abgelehnt hatte, gab ihm nun eine probate Gegenstrategie an die Hand: „Wie will man das entfesselte Kapital der Großmächte daran hindern, einen Staat nach dem anderen mit ökonomischem und schließlich militärischem Terror kaputtzumachen und dann dessen Filetstücke zu vertilgen? Müsste es nicht darum gehen, die Zusammenarbeit mit den Nationalisten [...] der bedrohten Staaten zu suchen [...]? Ein Bündnis mit den vom Imperialismus Unterjochten hat auch Lenin vorgeschlagen, mit der Propagierung des ‚Selbstbestimmungsrechts der Völker‘ wollte er kommunistische und antikoloniale Bewegungen verbinden.“⁶⁴ Lenin schuf den Übergang vom Antideutschen zum Deutschnationalen. Der sceneuntypisch schwach ausgeprägte Proamerikanismus des einen schlug problemlos in den radikalen Antiamerikanismus des anderen um. Diese antiimperialistische Brücke war indes kein Behelfssteg, sondern stand hier wie dort auf festen, tief in den beiden Phasen verankerten Fundamenten. Bereits als Antideutscher redete er einer starken Nation das Wort, als Leninist traf er Aussagen, die den Deutschnationalen vorwegnahmen: „Mit der Auflösung der Nationalstaaten schlüpft der allerneueste Imperialismus in die mittelalterliche Form: das Heilige Römische Reich atlantischer Nation. [...] Das Volk hingegen [...] wird als politischer Faktor abgeschafft.“⁶⁵

Die Nation ist das stabile Element im politischen Wandel Elsässers, ein Begriff, den er nur beizeiten mit unterschiedlichen Inhalten füllen musste: funktional (als Bollwerk gegen Separatismus), leninistisch (als Bollwerk gegen Imperialismus) – und schließlich rechtspopulistisch (als Bollwerk gegen die „Auflösung Deutschlands“). Dabei bewies Elsässer, dass sich beide letztgenannte Ausdeutungen keineswegs ausschließen müssen: „Im globalisierten Kapitalismus sind die Flüchtlinge tatsächlich nicht nur Opfer, sondern können auch eine Waffe der Veränderung sein – allerdings nicht im Interesse der Emanzipation, sondern für die Zwecke des Kapitals.“ Die multinationalen Konzerne instrumentalisierten „diejenigen, die aus den Elendszonen des Neoliberalismus fliehen, zum Angriff auf das Lohnniveau und den Sozialstaat in den Metropolen.“⁶⁶ Ein leninistisch geprägter Antiimperialist kann offensichtlich sehr wohl zugleich deutschnationaler Populist sein. Man braucht nicht weit in die Tiefen der Psychologie hinabsteigen, um eine weitere Konstante zu entdecken. Separatismus, staatlicher Zerfall, „Multikulti“: Elsässers Aversion gegen al-

63 Ders., Europa der Stämme, in: *Konkret*, 7/2001, S. 12 f.

64 Ders. (FN 24), S. 26.

65 Ders. (FN 29), S. 14.

66 Ebd., S. 50.

les, was tatsächlich oder vermeintlich Chaos, Instabilität, Veränderung und Kontrollverlust verheißt, ist offensichtlich. Er war stets – um an die eingangs zitierte Selbsteinschätzung anzuknüpfen – ein Strukturkonservativer.

Ist er auch ein Extremist? In seiner provokanten Art zu formulieren, kokettierte Elsässer in der letzten Phase auffallend häufig mit dem Wort „Volk“, bewusst haarscharf am Sprachgebrauch der Nationalsozialisten vorbei – hier bräuchte nur „ein Wort“ zu fehlen: „Wer ein Wort wie ‚Volk‘ ausmerzt, verhindert eine Diskussion um die Weiterentwicklung der Demokratie“.⁶⁷ Nach einem für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft wenig schmeichelhaften Ergebnis notierte er in seinem Weblog: „Jedem das Seine. Kein Volk ist schlechter als das andere. Aber absolut TÖDLICH ist das Vermischen: Wenn den Deutschen ihr Fleiß und ihre Kampfkraft ausgetrieben werden soll“.⁶⁸ Selbst wenn man Elsässers Unwissen darüber unterstellt, dass der Spruch „Jedem das Seine“ über dem Haupttor des KZ Buchenwald prangte: Die NS-These der Schwächung eines Volkes durch „Vermischen“ scheint hier deutlich durch. Gemünzt auf die Zuwanderung nach Deutschland stellt Elsässer rhetorische Fragen: „Werden sich die Deutschen noch rechtzeitig besinnen, bevor die frustrierten ‚Fachkräfte‘ hierzulande den Arabischen Frühling fortsetzen, der schon ihre Heimatländer in Schutt und Asche gelegt hat? [...] Gilt das [Widerstandsrecht] nicht erst recht, wenn nicht nur die Demokratie, sondern sogar das Volk beseitigt und durch ein anderes ersetzt werden soll?“⁶⁹ Die Deutschen sind, folgt man Elsässers Alarmismus, dabei auszusterben. Er kann also nur ethnisch definierte – wie er es nennt: „autochthone“⁷⁰ – Deutsche meinen, andernfalls würde er in Zuwanderung und „Vermischen“ keine Gefahr sehen. Die Abgrenzung seines Volksbegriffs vom rassistischen der Nationalsozialisten ist fadenscheinig und augenscheinlich nur strategisch bedingt: „Verengt sich der Protest auf deutsch-völkisch, wird er vom System zerquetscht, so berechtigt er auch sein mag.“⁷¹

Dieser Ritt am Rande des Abgrunds zum Rassismus mag als hinreichendes Indiz für die antidemokratische Einstellung Elsässers genügen. Einen affirmativen Bezug zu den Normen und Prinzipien eines freiheitlichen Gemeinwesens findet man an keiner Stelle seines umfangreichen Œuvres. Zwar trieben in der ersten Phase klarsichtige Feststellungen im Kielwasser der antideutschen Dogmen: Elsässers Befunde zur „repressiven“ DDR⁷² etwa hätten überzeugte Demokraten ebenso unterschreiben können wie die Hinweise auf Analogien von Kommunismus und Nationalsozialismus.⁷³ Doch diese Eintagsfliegen vergingen, sobald die Auschwitz-Fixierung einem

67 Ders. (FN 47).

68 Ders., 4:4 nach 4:0 – Deutschland schafft sich ab, Manuskript, 17. Oktober 2012 (Versalien im Original).

69 Ders., Widerstand in Hippie-Land, in: Compact, 10/2015, S. 3.

70 Götz Kubitschek/ders., Was tun? in: Compact Spezial, H. 9, o. D., S. 82. Elsässers Coautor Kubitschek ist eine der einflussreichsten Figuren der deutschen Neuen Rechten. Unter anderem fungiert er als verantwortlicher Redakteur der rechtsextremen Zeitschrift *Sezession*.

71 Ebd.

72 Vgl. Elsässer (FN 5), S. 30.

73 Vgl. ders. (FN 6), S. 53.

breiteren ideologischen Gerüst Platz machte. Was Elsässer unter Demokratie verstand, war stets austauschbar, nie ein universeller Wert an sich und nur in der Negation greifbar: Er wollte die Demokratie vor den „westlichen Regierungen“⁷⁴ schützen, vor dem „neoliberalen Ultraimperialismus“⁷⁵ und vor den „politisch Korrekten“⁷⁶, deren Zensurregime Meinungsfreiheit verhindere. Dass die von ihm favorisierten autoritären Systeme – so „souverän“ Ungarn, Iran und Russland sein mögen – nicht gerade als Garanten der Meinungsfreiheit glänzen, scheint Elsässer keine Probleme zu bereiten. Eine positive Definition von Demokratie lieferte er nicht – sieht man davon ab, dass Elsässer offenbar nationale Souveränität zu ihrer Voraussetzung erhob. Die angeblich fremdgesteuerte Bundesrepublik⁷⁷, der Elsässer mit fundamentaloppositioneller Attitüde begegnet, erfüllt dieses Kriterium in dieser Logik nicht.

Ist Elsässer also ein Linksrechtsextremist? Falls ja: Würde dieser Begriff eher einen Wandel oder eher einen Dauerzustand umschreiben? Wenn man Nationalismus als typisch rechte und den Einsatz für die vom „Kapital“ Unterdrückten als typisch linke Einstellung definiert, war Elsässer eindeutig schon als Linker rechts und ist heute als Rechter links. Wie viel davon Überzeugung ist und wie viel auf das Konto von Strategie und Imagepflege gehen, sei dahingestellt. Elsässer versteht es jedenfalls trefflich, sich als personifizierte Querfront zu inszenieren. In den Medien – sie interessierten sich außerhalb des linken Spektrums erst für den Rechtspopulisten – wird er gleichwohl meist anders wahrgenommen: als jemand, dessen linke Vergangenheit ein unbedeutendes und zusammenhangloses Vorspiel darstellt. Dabei hat diese Vergangenheit wesentlich zu dem beigetragen, was Elsässer heute politisch verkörpert. Seine Bedeutung sollte indes nicht überschätzt werden. Der einstige Publizist war in einschlägigen linken Kreisen ein Begriff, galt aber ob seiner oft unorthodoxen Ansichten als Außenseiter. Als Rechtspopulist hat er sich den Ruf des aggressiven, mitreißenden Agitators erarbeitet⁷⁸, eine Rolle, die er allerdings innerhalb des politisch-publizistischen und verschwörungstheoretischen Netzwerks um AfD und Pegida mit anderen teilt. Elsässers Einfluss wird davon abhängen, inwieweit die in Deutschland ungewohnte rechtspopulistische Welle anschwillt oder zurückgeht.

74 Ders., Terrorziel Europa. Das gefährliche Doppelspiel der Geheimdienste, St. Pölten/Salzburg 2008, S. 301.

75 Ders., Nationalstaat und Globalisierung. Als Linker vor der Preußischen Gesellschaft, Waltrop/Leipzig 2009, S. 31.

76 Ders., Brecht die Diktatur der politisch Korrekten!, in: ders. (FN 38), S. 72.

77 Vgl. ders., Die zweite Besetzung Deutschlands, in: Compact, 8/2015, S. 3.

78 Vgl. Fabian Leber, Die AfD-Basis jubelt Jürgen Elsässer zu, in: Der Tagesspiegel vom 25. April 2014.

3. Literatur

Geistreich, originell, verstiegen, verbissen, populistisch: Wer Wortwahl und Argumentationsweise in Elsässers unzähligen Veröffentlichungen Revue passieren lässt, spürt einen Wandel auf. Obige Reihung ist eine zeitliche. Seine Tätigkeit bei *Konkret* spitzte die Feder in den 1990er Jahren zu einer wortgewaltigen Kombination aus Scharfsinn und Polemik – dem Zynismus des offensichtlichen Vorbildes Grem-liza nur wenig nachstehend: „Die meisten Linken haben mit der Zäsur der Jahre 89/90 kapituliert und versuchen nun, den Arsch an die Heizung zu kriegen.“⁷⁹ Oder: „Wenn Arisierungsoffer ihr Eigentum zurückfordern, wird die PDS zur Partei der deutschen Haus- und Grundbesitzer.“⁸⁰ Das für Grem-liza typische Kokettieren mit der Sprache des „Dritten Reichs“ ist bei Elsässer keineswegs ein Phänomen jüngeren Datums. Der angriffslustige Schreibstil des Nonkonformisten verstärkte seinerzeit die Affronts gegen linke Dogmen: „Ein Teil [der Linken] spielt selbst gerne Brauner Peter und gibt die Hitler-Karte zwar nicht an Saddam, wohl aber an Sharon weiter – eine Steilvorlage für die Sehnsüchte der Deutschen, ihre Geschichte zu entsorgen.“⁸¹ Über die Jahre hinweg freilich verblasste Elsässers Sprachwitz zugunsten eines platten Populismus. Wo der antideutsche Publizist manchmal klug argumentierte und überraschende Schlüsse zog, griff der Agitator des Jahres 2014 zu einfachen Losungen: „Die alte Bundesrepublik kontrollierte noch ihre Grenzen. Heute sind die Schlagbäume weg, transnationale Kriminelle und illegale Einwanderer überfluten uns.“⁸²

Zu dieser Entwicklung trug erheblich sein proserbischer Feldzug bei. Elsässers Veröffentlichungen zur Jugoslawien-Thematik sind ein Paradebeispiel dafür, dass fixe Ideen – in diesem Fall die Relativierung serbischer Kriegsverbrechen – eine luzide Argumentation verhindern. Akribisch sammelte Elsässer belastende Indizien, ignorierte aber entlastende. Abwägen war seine Sache nicht. Und manchmal half ein versteckter Konjunktiv („könnten“) dabei, die „Wahrheit“ zu insinuieren, die er gerne haben wollte: „Einige der schlimmsten Verbrechen an Moslems könnten, anders als im Westen allgemein behauptet, nicht auf die Serben zurückgehen, sondern von Mujaheddin-Spezialisten verübt worden sein, um die Weltöffentlichkeit gegen die Serben aufzubringen.“⁸³ Quellenkritik fand so gut wie nicht statt. Vor allem in dem bereits erwähnten Buch *Wie der Dschihad nach Europa kam* bastelt er ganze Kapitel aus spärlicher und unhinterfragter Sekundärliteratur zusammen, um einen kausalen Zusammenhang zwischen Dschihadisten, deren Anschlägen und US-Geheimdiensten herzustellen: „Der Dschihadismus – nicht als intellektuelle Pest, sondern als militärische Kraft – ist zunächst nicht mehr als ein artifizielles Monster, das die USA

79 Elsässer (FN 62), S. 110.

80 Ders., „Denen geht es nur ums Geld“, in: *Konkret*, 8/1998, S. 32.

81 Ders., Oldies but Goodies, in: *Konkret*, 6/2002, S. 17.

82 Ders., Naidoo und die Lage der Nation, in: *Compact*, 11/2014, S. 3.

83 Ders., Deutschland und die islamische Welt, in: Ders. (Hrsg.), *Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen*, Hamburg 2002, S. 141.

im Nahen und Mittleren Osten (und in Kooperation mit Deutschland auch auf dem Balkan) kreierte haben.“⁸⁴ Diese Konstruktion ist keineswegs originell und offensichtlich von Alexandre del Valle⁸⁵ übernommen, der zu dieser Zeit im Verdacht stand, er gehöre „zu jener Fraktion der ‚Neuen‘ Rechten [...], bei der der frühere Doppelfeind USA/UdSSR durch den neuen Zwillingsgegner USA/Islamismus abgelöst worden ist.“⁸⁶

Elsässers Veröffentlichungen beschritten unaufhaltsam den Weg in den Sumpf der Verschwörungstheorien. Sein *Compact*-Magazin bot zusammen mit dem Kopp-Verlag bekannten Vertretern des Genres wie dem Journalisten Ken Jebsen oder dem Autor Gerhard Wisniewski eine Plattform. Letztgenannter ist einer breiteren Öffentlichkeit bekannt durch das seit 2007 erscheinende Jahrbuch *Verheimlicht – vertuscht – vergessen*.⁸⁷ Ob die „gefakte“ Mondlandung der US-Amerikaner, die Existenz von „Nazi-UFOs“ oder die Jux-Theorie über die Nichtexistenz Bielefelds – Verschwörungstheorien üben einen magischen Reiz auch auf Zeitgenossen aus, die an sich wenig empfänglich sind für Irrationales. Das erleichtert es, sie politisch zu instrumentalisieren – unter Antidemokraten kein seltenes Unterfangen. So war und ist im Rechtsextremismus die Annahme weit verbreitet, „dass die Juden die Hintermänner einer weltweiten Verschwörung waren, die nichts anderes zum Ziel hatte als die Zerstörung jeglicher Ordnung, aller Traditionen und der Unabhängigkeit der Nationalstaaten.“⁸⁸ Ersetze „Juden“ durch „USA“ – und schon sind wir bei Jürgen Elsässer. Um zu verstehen, was sich der neurechte Strategie von Verschwörungstheorien verspricht, gilt es, sich deren Funktionslogik⁸⁹ zu vergegenwärtigen.

Wie jede andere Theorie helfen Verschwörungstheorien, mit einer komplexen, oft verwirrenden und manchmal angsteinflößenden Wirklichkeit klarzukommen. Jede Theorie kann sich als falsch herausstellen, und Verschwörungstheorien, die zunächst nichts anderes sind als die Annahme einer Konspiration, können sich sehr wohl bewahrheiten. Doch während „normale“ Theorien Beweise fordern, um Bestand zu haben, leben Verschwörungstheorien ausschließlich vom Fehlen dieser Beweise. Anders ausgedrückt: Sie können nur aufrechterhalten werden, wenn sie sich *nicht* bewahrheiten. Was sich nicht beweisen lässt, hinter dem müssen dunkle Mächte und geheime Kräfte mit meist sinisternen Absichten stecken. Diese hätten, so die Verschwörungstheoretiker, nur eines im Sinn: die eigentliche Wahrheit zu verschleiern und eine falsche vorzugaukeln. Hinter dem Vorwurf der „Lügenpresse“ steckt genau

84 Ders. (FN 57), S. 19.

85 Vgl. Alexandre del Valle, *Islamisme et Etats-Unis: Une alliance contre l'Europe précédée de L'Islamérie après Manhattan*, Levier 2000.

86 Volkmar Wölk, *Der (S)choc(k) des Montags – Oder: Wie Jürgen Elsässer zur extremen Rechten kam*, in: *Der rechte Rand*, H. 103/2006, S. 14.

87 Vgl. zuletzt Gerhard Wisniewski, *Verheimlicht – vertuscht – vergessen*. Was 2015 nicht in der Zeitung stand, Rottenburg 2016.

88 Nicholas Goodrick-Clarke, *Im Schatten der Schwarzen Sonne. Arische Kulte, Esoterischer Nationalsozialismus und die Politik der Abgrenzung*, Wiesbaden 2009, S. 371.

89 Vgl. Kurt Hepfer, *Verschwörungstheorien. Eine philosophische Kritik der Unvernunft*, Bielefeld 2015.

diese Argumentation: „Wir“ (Unterdrückten, Fremdgesteuerten etc.) dürfen keinesfalls merken, wie es ist – andernfalls sei die Macht der Verschwörer bedroht. Solche Gedankengänge sind unter Extremisten nicht neu. Bereits Hitler geißelte in *Mein Kampf* die „mit jedem Mittel der Verleumdung und einer wahrhaft balkenbiegenden Lügenvirtuosität arbeitende[n] Tagespresse“.⁹⁰ Nach dem Krieg bedachte die 1968er-Bewegung die Springer-Zeitungen mit dem Verdikt „Lügenpresse“.

Indem Verschwörungstheoretiker eine separate „Wahrheit“ konstruieren (US-Geheimdienste sprengten das World Trade Center) und kategorisch gegen die „Lüge“ (mit Teppichmessern bewaffnete Terroristen lenkten entführte Flugzeuge gegen das World Trade Center) stellen, entstehen strikt voneinander getrennte Deutungswelten, wie gerufen für den Aufbau autistischer Freund- und Feindbilder. Mit diesem mobilisierenden Effekt kalkuliert Elsässer, der offenbar eine Art Weltbewegung der Verschwörungstheoretiker anstrebt. Mit Bedauern hieß es, die im Zuge der Verschwörungen um die Anschläge vom 11. September in den USA entstandene *Truther*-Bewegung zersplittere zu sehr, als dass sie Wirkungsmacht entfalten könne. Mit *Compact* möchte er dagegen „vereinigen statt spalten! Dabei geht es nicht um den Austausch von Nettigkeiten, sondern um ein strategisches Konzept“, das die Opposition gegen „Globalismus“ und die „Weltdiktatur des Finanzkapitals“⁹¹ einen soll.

Ob Elsässer selbst an die Verschwörungen glaubt, die er propagiert, ist angesichts dieser strategischen Motive zweitrangig. Verschwörungstheorien wird Elsässer in seinen Veröffentlichungen unbeschadet ihres jeweiligen Gegenstands weiter ausrollen und mit seiner Agitation dort hineinstecken, wo sich – tatsächliche oder vermeintliche – Ungereimtheiten, Widersprüche und offene Fragen auftun. Beste Bedingungen dafür bot bislang die Mordserie des NSU. Elsässer versuchte nachzuweisen, dass die Morde, insbesondere der an der Polizistin Kiesewetter, den Neonationalsozialisten lediglich in die Schuhe geschoben wurden. Die eigentlichen Täter seien die Geheimdienste, wobei Elsässer – nicht ganz stimmig – mal die amerikanischen⁹², mal die deutschen⁹³ oder die türkischen⁹⁴ ins Spiel bringt. Dass der NSU eine Marionette fremder Mächte war, ist eine Position, die auch die NPD vertritt. Einzelne Verdächtigungen, Mutmaßungen und Indizien verknüpft Elsässer – er bezweifelt unter anderem den Doppelselbstmord Böhnhardts und Mundlos⁹⁵ – zu einer „breit angelegten Geheimdienstverschwörung [...]“, die auf kausalen Zirkelschlüssen statt auf Fakten beruht.“⁹⁶ Verschwörungstheorien als – inhaltlich flexible – Variante antidemokratischer Indoktrinierung: Auf dieses Feld sollte sich die Extremismusforschung vorwagen.

90 Adolf Hitler, *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band, München 1943, S. 43.

91 Jürgen Elsässer, *Der Zerfall der Truther-Bewegung*, Manuskript, 7. März 2011.

92 Vgl. ders., *Heilbronner Mord: NSU von der CIA gefakt oder geführt*, Manuskript, 1. Dezember 2011.

93 Vgl. ders., *Bei Anruf Mord*, in: *Compact*, 8/2015, S. 33-35.

94 Vgl. ders., *Döner, Mord und Propaganda*, in: *Compact*, 4/2016, S. 17-19.

95 Vgl. ders., *Zwei Leichen und ein Minister*, in: *Compact*, 10/2015, S. 38-39.

96 David Begrich, *Zeitgeist Compact*, in: *Analyse & Kritik* vom 19. August 2014.

Länderporträt: Türkei

Von Gülden Hennemann

1. Darstellung

1.1. Einführung

Die Türkei ist in vielerlei Hinsicht ein kontroversenträchtiges und widersprüchliches Land. Die Geschichte des politischen Systems ist seit jeher von zahlreichen Konflikten geprägt, die teilweise bis in die Gegenwart nicht an Aktualität verloren haben. Von der Ausrufung der Türkischen Republik (*Türkiye Cumhuriyeti*) durch Mustafa Kemal Atatürk im Jahre 1923 bis heute gab es 64 Regierungen, 26 Ministerpräsidenten, zwei Militärputsche (1960 und 1980) und drei militärische Memoranden (1971¹, 1997 und 2007). Seit November 2002 wird die Türkei von der „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (*Adalet ve Kalkınma Partisi – AKP*) regiert, einer Abspaltung der islamistischen Bewegung „Nationale Sicht“ (*Milli Görüş – MG*), die insbesondere seit den Protesten um den Istanbul *Gezi*-Park im Jahre 2013 zunehmend in politische Bedrängnis gerät und die türkische Gesellschaft spaltet.

Bei genauerer Betrachtung der politischen Geschichte der Türkei bis in die Gegenwart fällt auf, dass zwei wesentliche politische Paradigmen das politische System und die Parteienlandschaft geprägt haben und weiterhin prägen: zum einen die ideologische Rechts-Links-Orientierung, zum anderen eine soziokulturelle Religiös-Säkular-Orientierung.² Die Konfliktlinien, die sich daraus ergeben, dominieren und beeinflussen die politischen Auseinandersetzungen bis heute, allerdings in unterschiedlichem Maße. So sind z.B. seit Antritt der AKP-Regierung im Jahre 2002 die Diskussionen soziokulturell geprägt und beschäftigen sich mit der Frage, wie islamistisch die Partei und somit die von ihr verfolgte Politik tatsächlich ist. Seit den *Gezi*-Protesten und dem brutalen Vorgehen der türkischen Staatsmacht im Jahre 2013 kann in den politischen Auseinandersetzungen zudem auch wieder verstärkt eine ideologische Rechts-Links-Orientierung festgestellt werden.

Neben diesen Paradigmen als Einflussfaktoren auf die Entwicklung der türkischen Politik und Parteienlandschaft muss auch die Rolle des türkischen Nationalis-

1 In der Fachliteratur wird die militärische Intervention vom 12. März 1971 häufig als „Militärputsch“ bezeichnet. Allerdings handelte es sich dabei um eine Aufforderung des Generalstabs an den damaligen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel, die Regierungsgeschäfte aufzugeben. Vgl. Abdulvahab Akıncı, *Türkiye'nin Darbe geleneği: 1960 ve 1971 müdahaleleri*, April 2014, http://iibfdergi.ogu.edu.tr/makaleler/10262928_9-1_N (4. Mai 2016).

2 Vgl. F. Michael Wuthrich, *National Elections in Turkey. People, Politics and the Party System*, Syracuse 2015, S. 29.

mus angeführt werden. Gilt Nationalismus hierzulande als negativ und als Symptom für Rechtsextremismus, wird Nationalismus von den meisten politischen Parteien in der Türkei als etwas Selbstverständliches und als Teil der türkischen Identität verstanden. Dies hängt mit Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk zusammen, der den Nationalismus (*Milliyetçilik*)³ als eines der staatlichen Grundprinzipien formulierte und darunter „die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit als auch den Zusammenhalt und die Einheit des türkischen Volkes“⁴ verstanden hatte.

Im politischen System der Türkei können verschiedene Formen des Nationalismus festgestellt werden. Tanıl Bora unterscheidet insgesamt fünf Formen, die das Ergebnis eines historischen und politischen Prozesses sind und die insbesondere in den 1990er Jahren die türkische Parteienlandschaft und Politik geprägt haben:⁵

1. offizieller Nationalismus/Atatürk-Nationalismus,
2. kemalistischer Nationalismus,
3. liberaler Neo-Nationalismus,
4. radikaler Nationalismus,
5. islamistischer Nationalismus.

Nach Tanıl Bora konnten die verschiedenen Nationalismen auch im 21. Jahrhundert fortbestehen, ohne sich wesentlich zu verändern. Von den derzeit insgesamt 97 gemeldeten Parteien⁶ können die meisten dem Nationalismus im Sinne des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk („Atatürk nationalism“⁷) zugeordnet werden. Allerdings finden sich auch Parteien, die einen „kemalistischen Nationalismus“ („Kemalist nationalism“⁸) vertreten, wie z.B. die „Republikanische Volkspartei“ (*Cumhuriyetçi Halk Partisi – CHP*), die einst von Atatürk als erste Partei der Türkei gegründet und als einzige Partei in der politischen Geschichte der Türkei nie verboten wurde. Darüber hinaus finden sich aber auch Parteien, die sich an einem „patriotischen Nationalismus“ (sozialistische bzw. kommunistische Parteien) oder „radikalen Nationalismus“ bzw. „türkischen Nationalismus“ orientieren, wie z.B. die „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (*Milliyetçi Hareket Partisi – MHP*).⁹ Unter diesen

3 Der türkische Nationalismus ist stark vom „Befreiungskampf“ im Ersten Weltkrieg geprägt. Die Aufteilung der Türkei durch die westlichen Staaten und die damit verbundene politische Entmachtung der Türken verursachte ein gesellschaftliches Trauma, das bis in die Gegenwart im Bewusstsein der türkischen Bevölkerung fest verankert ist.

4 Kemal Bozay u.a., Grauer Wolf im Schafspelz. Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft, Grünbach 2012, S. 23.

5 Vgl. Umut Özkırmılı, The topography of nationalism in Turkey. Actors, discourses and the struggle for hegemony, in: Riva Kastoryano, Turkey between Nationalism and Globalization, Oxon 2013, S. 71-86, hier: S. 78.

6 Vgl. Türkische Generalstaatsanwaltschaft (*Yargıtay Cumhuriyet Başsavcılığı*), März 2016, <http://www.yargitaycb.gov.tr/sayfa/faaliyette-olan-siyasi-partiler/documents/SPartiler14032016.pdf> (3. Mai 2016).

7 Vgl. Özkırmılı (FN 5), S. 76.

8 Vgl. ebd., S. 76.

9 Vgl. ebd.

Umständen erfolgt die Verortung extremistischer Parteien in der Türkei etwas anders.

Ein weiterer Faktor, der das politische System und somit die politischen Parteien in der Türkei prägt, ist eine Zehnprozenthürde bei Wahlen, die bis in die Gegenwart besteht.¹⁰ Für den Einzug in die Nationalversammlung müssen Parteien diese Hürde bei Wahlen auf nationaler Ebene überwinden; Wahlsiege auf kommunaler Ebene sind nicht ausreichend. Die Stimmen, die sich daraus als Überschuss ergeben, werden auf andere Parteien verteilt. Eine tatsächliche Abbildung des Wählerwillens ist somit nicht gewährleistet. Die Konsequenzen einer solch hohen Sperrklausel bei Wahlen fielen für die Parteien unterschiedlich aus. Bis auf wenige Ausnahmen gelang es z.B. der rechtsextremen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (*Milliyetçi Hareket Partisi – MHP*) immer wieder, trotz dieser hohen Sperrklausel in das türkische Parlament gewählt zu werden. Auch die islamistische Bewegung „Nationale Sicht“ (*Milli Görüş – MG*) konnte durch ihre Parteien wiederholt die Zehnprozenthürde überwinden. Lediglich die Parteien des linksextremen Spektrums erreichten weder auf kommunaler noch auf nationaler Ebene einen entsprechenden Wählerstimmenanteil.

1.2. Rechtsextremismus

1.2.1. Parteien

Der türkische Rechtsextremismus organisierte sich bereits früh im politischen System der Türkei. Insbesondere nach dem Übergang in ein Mehrparteiensystem begannen sich rechtsextreme Kräfte zu organisieren und durch Parteigründungen am politischen Prozess teilzunehmen.

10 In den Jahren zuvor hatte es im türkischen Wahlsystem keine Sperrklausel gegeben. Diese hohe Sperrklausel war einst von der Militärregierung 1982 im Rahmen einer Verfassungsänderung eingeführt worden, um den Einzug kleinerer und insbesondere kurdischer Parteien zu verhindern und zudem die Bildung von Regierungskoalitionen mit einer überschaubaren Anzahl an Parteien zu erleichtern. Vgl. Gerhard Schweizer, *Die Türkei – Zerreißprobe zwischen Islam und Nationalismus*, Stuttgart 2008, S. 196.

Tabelle 1: Entwicklung rechtsextremer Parteien in der Türkei

1958-1969	Republikanische Bauern- und Nationalpartei (<i>Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi – CKMP</i>)
1969-1980	Partei der Nationalistischen Bewegung (<i>Milliyetçi Hareket Partisi – MHP</i>)
1983-1985	Konservative Partei (<i>Muhafazakar Parti – MP</i>)
1985-1993	Nationalistische Arbeitspartei (<i>Milliyetçi Çalışma Partisi – MÇP</i>)
Seit 1993	Partei der Nationalistischen Bewegung (<i>Milliyetçi Hareket Partisi – MHP</i>)
Seit 1992	Große Einheitspartei (<i>Büyük Birlik Partisi – BBP</i>)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Politisch wird der türkische Rechtsextremismus bis heute hauptsächlich durch zwei Parteien vertreten: die „Partei der Nationalen Bewegung“ (*Milliyetçi Hareket Partisi – MHP*) und die „Große Einheitspartei“ (*Büyük Birlik Partisi – BBP*).¹¹ In der politischen Landschaft konnte sich jedoch lediglich die MHP als relevante Größe erhalten, wohingegen die BBP als eine Randerscheinung zwar weiterhin besteht, jedoch keinen relevanten Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse ausübt.

Erstmals trat bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1961 mit der „Republikanischen Bauern- und Nationalpartei“ (*Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi – CKMP*) eine rechtsextreme Partei an und erhielt auf Anhieb 14 Prozent der Wählerstimmen.¹² Ab 1965 konnte sich innerhalb der Partei Alparslan Türkeş als neuer Vorsitzender der türkischen Rechtsextremen durchsetzen.¹³ Unter seiner Führung wurde die CKMP im Jahre 1969 in „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (*Milliyetçi Hareket Partisi – MHP*) umbenannt.¹⁴ Im selben Jahr beteiligte sich die Partei an

- 11 Die BBP wurde 1993 als Abspaltung der MHP von Muhsin Yazıcıoğlu (1954-2009) gegründet. Im Unterschied zur MHP räumt die BBP dem Islam eine größere Rolle ein. Entsprechend sehen die Anhänger in der Religion auch ein politisches Ordnungssystem, das in einem „Großtürkischen Reich Turan“ umgesetzt werden soll. So gesehen handelt es sich bei der BBP um eine islamistisch-rechtsextreme Partei.
- 12 Am 27. Mai 1960 hatte es den ersten Militärputsch in der Türkei gegeben. Die Parlamentswahlen vom Oktober 1961 bedeuteten das Ende der Militärregierung und den Übergang in ein demokratisches System.
- 13 Alparslan Türkeş (1917-1997) war zunächst Oberst im türkischen Militär, bis er sich ab 1963 für eine politische Karriere in der Türkei entschied. Er war überzeugter Anhänger des Turanismus bzw. Panturkismus, der auf den türkischen Soziologen Ziya Gökalp (1876-1924) zurückgeht und die Vereinigung aller Turkvölker in einem „Großreich Turan“ unter Führung der Türkei zum Ziel hat. Von seinen Anhängern als *Başbuğ* („Führer“/„Leitwolf“) bezeichnet, prägte er mit seiner „Neun-Strahlen-Doktrin“ (*Dokuz Işık Doktrini*) die ideologische und politische Entwicklung der türkischen Rechtsextremen. Bis heute wird er vom rechtsextremen Spektrum verehrt.
- 14 Im Zuge des zweiten Militärputsches vom 12. September 1980 wurden Parteien und weitere Interessenvertretungen bis 1983 verboten. In dieser Zeit konnten sich zahlreiche Politiker nicht mehr politisch betätigen, da die regierende Militärjunta ihnen gegenüber teils entsprechende Verbote oder Gefängnisstrafen ausgesprochen hatte. Folglich organisierten sich die türkischen Rechtsextremen ab 1983 als „Konservative Partei“ (*Muhafazakar Parti – MP*) und als „Nationalistische Arbeitspartei“ (*Milliyetçi Çalışma Partisi – MCP*) neu. Erst 1993 wurde wieder der

den Parlamentswahlen, erhielt jedoch nur einen Wählerstimmenanteil von 2,2 Prozent. Türkeş nahm dieses Wahlergebnis zum Anlass, die Programmatik der Partei einer Kurskorrektur zu unterziehen und die Ideologie in den folgenden Jahren um die religiöse Komponente zu erweitern. Dadurch erhoffte sich Türkeş einen größeren politischen Erfolg und einen stärkeren Zuspruch innerhalb der Bevölkerung.¹⁵

Die folgenden Jahre sollten ihm Recht geben. Der Einfluss der Rechtsextremen nahm stetig zu, und so kam es im Jahre 1975 zum ersten politischen Erfolg für Türkeş. Unter der Bezeichnung „Nationalistische Front“ (*Milliyetçi Cephe*)¹⁶ wurde die MHP erstmals Koalitionspartner. Türkeş selbst wurde zu einem der insgesamt drei stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Ihren Erfolg konnte die MHP in den darauffolgenden Parlamentswahlen im Juni 1977 von 3,4 Prozent auf 6,4 Prozent weiter ausbauen, so dass sie erneut als Teil einer „Zweiten Nationalistischen Front“ (*İkinci Milliyetçi Cephe*)¹⁷ an den Regierungsgeschäften mitwirkte und Türkeş wieder einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten wurde.

Allerdings hielt dieser politische Erfolg nicht lange an. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konflikte Ende der 1970er Jahre führten die Türkei in chaotische Zustände, so dass es schließlich am 12. September 1980 zum zweiten Militärputsch in der türkischen Geschichte kam.¹⁸ Dieser Militärputsch bildete nicht nur für die weitere Entwicklung des politischen Systems der Türkei eine Zäsur, sondern auch für die MHP. So wurde die Partei von der Militärregierung verboten; 228 MHP-Funktionäre wurden verurteilt und inhaftiert.¹⁹ Für viele führte die Haftzeit zu einer weiteren ideologischen Radikalisierung: Hatten sie sich bis zum Militärputsch 1980 noch mit dem Staat identifiziert, so wuchs nun die Enttäuschung über ihn, da „sie genauso wie die Kommunisten als ‚Staatsfeinde‘ behandelt wurden.“²⁰ Als die Militärführung 1983 wieder Parteien zuließ, verteilten sich zahlreiche ehemalige rechts-extreme Mitglieder und Funktionäre auf andere Parteien. So engagierten sie sich insbesondere in der neuen „Mutterlandspartei“ (*Anavatan Partisi – ANAP*), die ideolo-

ursprünglich von Alparslan Türkeş gewählte Parteiname „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (*Milliyetçi Hareket Partisi – MHP*) übernommen.

15 Vgl. Gerhard Schweizer, *Die Türkei – Zerreißprobe zwischen Islam und Nationalismus*, Stuttgart 2008, S. 102.

16 An dieser Regierungskoalition, die bis 1977 bestand, beteiligten sich neben der rechtsextremen MHP auch die rechtskonservative „Gerechtigkeitspartei“ (*Adalet Partisi – AP*), die islamistische „Nationale Heilspartei“ (*Milli Selamet Partisi – MSP*) und die „Republikanische Vertrauenspartei“ (*Cumhuriyetçi Güven Partisi – CGP*).

17 An dieser Regierungskoalition, die von 1977 bis 1978 bestand, beteiligten sich neben der rechtsextremen MHP die „Gerechtigkeitspartei“ (*Adalet Partisi – AP*) sowie die islamistische „Nationale Heilspartei“ (*Milli Selamet Partisi – MSP*).

18 Der Militärputsch 1980 zielte zum einen auf ein Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen linken, rechten und islamischen Gruppierungen und somit auf ein Ende der bürgerkriegsähnlichen Zustände in manchen Städten und Regionen der Türkei, zum anderen wollte der Nationale Sicherheitsrat den Wahlerfolg der islamistischen Heilspartei von Necmettin Erbakan aushebeln. Vgl. auch Schweizer (FN 15), S. 103.

19 Vgl. Fikret Aslan/Kemal Bozay, *Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland*, Münster 2012, S. 71.

20 Ebd., S. 81.

gisch nationalistisch-rechtsextreme und islamisch-islamistische Elemente vereinte. Diese „Türkisch-Islamische Synthese“ (*Türk-İslam Sentezi*) wurde insbesondere von Turgut Özal in den 1980er Jahren vertreten und verbreitet. Entsprechend verlor die MHP auch ihr klassisches Wählerpotential an die neue Partei ANAP, was schließlich zu parteiinternen ideologischen und strategischen Auseinandersetzungen führte. Die Folge war eine Spaltung der türkischen Rechtsextremen. Unter der Führung von Muhsin Yazıcıoğlu wurde im Jahre 1993 die „Große Einheitspartei“ (*Büyük Birlik Partisi – BBP*) gegründet.²¹

Eine weitere Zäsur innerhalb des rechtsextremen Spektrums bildete der Tod des *Başbuğ* Alparslan Türkeş im Jahre 1997. Nach internen Streitigkeiten und Flügelkämpfen setzte sich schließlich Devlet Bahçeli als neuer Parteiführer durch.²² Mit ihm gelang es der Partei, an frühere politische Erfolge anzuknüpfen. Aus den Parlamentswahlen 1999 ging die rechtsextreme MHP mit einem Stimmenanteil von 18 Prozent als zweitstärkste Partei hervor, mit der Folge, dass Bahçeli bis 2002 stellvertretender Ministerpräsident war. Die Parlamentswahlen im Jahre 2002, die insgesamt einen Wendepunkt in der politischen Geschichte der Türkei darstellten, bedeuteten für die Rechtsextremen mit einem Stimmenanteil von 8,4 Prozent zwar einen herben politischen Rückschlag, doch blieb die MHP weiterhin bestehen.²³

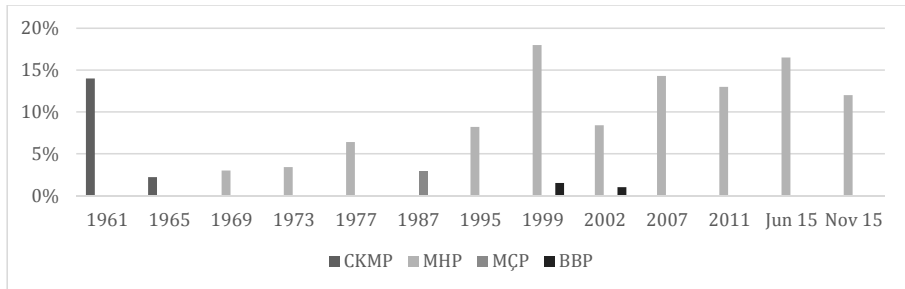
Mit der Machtübernahme der „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (*Adalet ve Kalkınma Partisi – AKP*) im Jahre 2002 begann auch für die türkischen Rechtsextremen eine politisch und ideologisch schwierige Phase. Trotz der politischen Übermacht der AKP gelang es den Rechtsextremen in den 2000er Jahren jedoch, ihr Wählerpotential weitestgehend zu erhalten, was auch die Wahlergebnisse der letzten Jahrzehnte dokumentieren.

21 Vgl. ebd., S. 82.

22 Devlet Bahçeli (geb. 1948) war bereits zu seiner Studienzeit Mitglied der MHP und engagierte sich insbesondere in den sog. Idealistenvereinen (vgl. Abschnitt 1.2.2. Nichtparteilicher Rechtsextremismus). Parteipolitisch begann seine Karriere 1987, als er in den Vorstand der MHP gewählt wurde. Im Jahre 1997 wurde er schließlich Vorsitzender der Partei.

23 Andere etablierte Parteien, wie z.B. die „Mutterlandspartei“ (*Anavatan Partisi – ANAP*), die „Partei des rechten Weges“ (*Doğru Yol Partisi – DYP*) oder die „Demokratische Linkspartei“ (*Demokratik Sol Partisi – DSP*), verloren so viele Wählerstimmen, dass die Wahlen 2002 für sie das politische Ende zur Folge hatten.

Abbildung 1: Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei Parlamentswahlen seit 1961



Quelle: Hoher Wahlausschuss (Yüksek Seçim Kurulu – YSK), vgl. <http://www.ysk.gov.tr/ysk/faces/GeneISecimler> (4. Mai 2016).

Allerdings verstärkten die Stimmenverluste von rund 4,5 Prozent zwischen den Wahlen im Juni und November 2015 die parteiinterne Krise im rechtsextremen Spektrum abermals. Zwar gelang es im Zuge des erneut aufgeflammt Konflikts mit der kurdischen Bevölkerung im Osten und Südosten der Türkei, die eigenen Anhänger wieder zu mobilisieren und sich politisch von anderen Parteien abzugrenzen, aber der Führungsstreit innerhalb der MHP und der rechtsextremen Bewegung konnte dadurch nicht zurückgedrängt werden. Noch ist unklar, ob sich die rechtsextremen Kräfte auch weiterhin dem bisherigen Kurs von Devlet Bahçeli anschließen werden oder ob es womöglich zum internen Bruch kommt.

1.2.2. Nichtpartei förmiger Rechtsextremismus

Parallel zu den Anstrengungen der türkischen Rechtsextremen, sich im politischen Rahmen als Partei zu etablieren, forcierte Alparslan Türkeş die Bildung einer paramilitärisch geprägten Jugendbewegung. Er nannte sie „Graue Wölfe“ (*Bozkurtlar*).²⁴ Sie rekrutierten sich hauptsächlich aus arbeitslosen Jugendlichen, wurden ab 1968 paramilitärisch ausgebildet und trainiert und für Gewaltaktionen (Anschläge, Mordaufträge u.ä.) eingesetzt. Türkeş sah in den „Grauen Wölfen“ eine Möglichkeit, die Gesellschaft und folglich die politische Ordnung gezielt einzuschüchtern und zu verunsichern, um dieses „Klima der Angst“²⁵ für seine parteipolitischen Ziele zu nutzen. Er wollte „mit Hilfe der Grauen Wölfe einen Bürgerkriegszustand [...] provo-

24 Die Bezeichnung „Graue Wölfe“ geht auf eine Überlieferung der türkischen Mythologie zurück, wonach das türkische Urvolk der „Göktürken“ durch eine Wölfin aus dem Tal namens Ergenekon herausgeführt wurde. Daher verwenden Anhänger der „Grauen Wölfe“ bis in die Gegenwart den sogenannten Wolfsgruß.

25 Vgl. Schweizer (FN 15), S. 101.

zieren, der den Ruf nach dem ‚starken Mann‘ laut werden und letztendlich zur Machtergreifung der Faschisten führen sollte.“²⁶

Die „Grauen Wölfe“, die bis heute fortbestehen, wurden über die Jahrzehnte zu einer gefürchteten paramilitärischen Organisation, die bis ins 21. Jahrhundert für äußerst brutale Anschläge und Übergriffe verantwortlich war. Ihre Aktivitäten richteten sich nicht nur gegen politische Gegner aus dem linken bzw. linksextremen Spektrum, sondern auch gegen ethnische und religiöse Minderheiten (z.B. Kurden, Griechen, Armenier, Aleviten). In den Jahren zwischen 1975 und 1980 wurden mehr als 5.000 politische Rivalen ermordet.²⁷ Diese „Terrorwelle“²⁸ verstärkte sich in den Jahren 1976 und 1977 und erreichte 1978 ihren Höhepunkt. Die meisten Übergriffe und Anschläge wurden nie ganz aufgeklärt.

Zusätzlich zu dieser paramilitärischen Einheit entstanden 1966 „Idealisten-Verein“ (*Ülkü Ocakları*), die ebenfalls bis heute bestehen und hauptsächlich als legaler Treffpunkt für türkische Rechtsextreme dienen. Die Vereine bieten darüber hinaus diverse Publikationen an, durch die sie ihr rechtsextremes Weltbild verbreiten und zugleich für ihre politischen Ziele werben.

1.3. Linksextremismus

1.3.1. Parteien

Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der linksextremen Parteien in der Türkei ist geprägt von zahlreichen politischen Betätigungsverboten, internen ideologischen Streitigkeiten und zahlreichen diversen Abspaltungen. Personelle, ideelle, strukturelle und organisatorische Verflechtungen erschweren zudem einen Überblick über die linksextreme Szene in der Türkei.²⁹

Die erste linksextreme Partei wurde zwar bereits 1920 gegründet („Kommunistische Partei der Türkei“ – *Türkiye Komünist Partisi* – *TKP*), doch erst nach dem Militärputsch vom 12. Mai 1960 und der im Juli 1961 eingesetzten neuen Verfassung konnte sich das linksextreme Spektrum in Form der „Türkischen Arbeiterpartei“ (*Türkiye İşçi Partisi* – *TIP*) erfolgreich organisieren. Ziel der TIP war es, auf legalen und somit parlamentarischen Weg die sozialistische Revolution zu erwirken, um schließlich einen Systemwechsel in der Türkei zu erreichen. Entsprechend distanziert verhielt sie sich zu Gruppierungen, die sich außerhalb der Parteistrukturen organisierten.³⁰ Bereits wenige Jahre nach der Parteigründung erzielte die TIP ihren

26 Vgl. Aslan/Bozay (FN 22), S. 60.

27 Vgl. Schweizer (FN 15), S. 101.

28 Vgl. Aslan/Bozay (FN 22), S. 66.

29 Der Schwerpunkt wird daher auf die wesentlichen parteipolitisch relevanten Entwicklungen gelegt.

30 Vgl. Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Historische Entwicklung der politischen Linksbewegung in der Türkei, 2006, S. 5, http://www.mik.nrw.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/entw_tuerkische_linke.pdf (12. Mai 2016).

ersten Wahlerfolg, als sie bei den Wahlen zur Türkischen Nationalversammlung im Jahre 1965 auf Anhieb 3 Prozent der Wählerstimmen erreichte und somit 14 Sitze im damaligen Parlament erlangte.³¹ Doch dieser politische Erfolg hielt nicht lange an. Im Zuge der gesellschaftlichen und politischen Spannungen spaltete sich die linksextreme Szene Ende der 1960er Jahre, was sich auch auf den politischen Erfolg der „Türkischen Arbeiterpartei“ als einzige gewählte linksextreme Partei auswirkte. Bis zu den Parlamentswahlen im Jahre 1969 entstand ein Spannungsverhältnis zwischen TIP und diversen Gruppierungen innerhalb der zunehmend aktiven Studentenbewegung, die sich außerhalb der Parteistrukturen hauptsächlich an Universitäten organisierte und sich in kurzer Zeit stark militarisierte. Die Enttäuschung über den unzureichenden und aus Sicht der Studentenbewegung nicht erfolgreichen revolutionären Einsatz auf parlamentarischem Weg führte schließlich zu einem Kurswechsel innerhalb der linksextremen Szene, der sich auch politisch bei der Wahl zur Nationalversammlung im Jahre 1969 niederschlug. Die TIP erlitt erhebliche Stimmenverluste und erhielt mit einem Wählerstimmenanteil von 2,7 Prozent nur noch zwei Sitze in der Türkischen Nationalversammlung.³² Die Möglichkeit, strukturelle, ideologisch-inhaltliche und personelle Konsequenzen aus diesem Wahldebakel zu ziehen und sich parteipolitisch neu zu orientieren, bestand für die TIP nicht mehr, da sie im Zuge der militärischen Intervention am 12. März 1971 verboten wurde.³³

Die übrigen Parteien, die in den 1970er Jahren aus dem linksextremen Spektrum entstanden, konnten sich in den folgenden Jahren nicht politisch etablieren. Dies lag hauptsächlich an den Auseinandersetzungen innerhalb der linksextremen Szene über die weitere strategische Ausrichtung, in deren Folge jene, die eine Revolution auf militantem statt parlamentarischem Weg befürworteten, einflussreicher wurden. Die strategischen Diskussionen wurden zusätzlich durch die generellen innenpolitischen Spannungen in der Türkei und durch teils sehr brutale Übergriffe der Staatsmacht verstärkt. Die Konsequenz war schließlich, dass parallel zu den Parteien Guerillagruppen entstanden, die ihre Mitglieder und Sympathisanten hauptsächlich aus der türkischen Studentenbewegung rekrutierten.³⁴

Im Laufe der 1970er Jahre verstärkten sich die innenpolitischen und wirtschaftlichen Spannungen in der Türkei, so dass die Ordnung zum zweiten Mal in der türkischen Geschichte durch ein militärisches Eingreifen wiederhergestellt werden sollte. Im Zuge des Militärputsches vom 12. September 1980 wurden alle Parteien, Ge-

31 Vgl. Hoher Wahlausschuss (*Yüksek Seçim Kurulu – YSK*), http://www.ysk.gov.tr/ysk/content/c_0nn/YSKUCM/path/Contribution%20Folders/SecmenIslemleri/Secimler/1950-1977-MVSecimleri/Turkiye.pdf (4. Mai 2016).

32 Vgl. ebd. (4. Mai 2016).

33 Zahlreiche Funktionäre wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, und erst nach Erlass einer Generalamnestie im Jahre 1974 gelang es einigen ehemaligen Mitgliedern der ersten „Türkischen Arbeiterpartei“ sich im Jahr darauf erneut unter demselben Parteinamen zu gründen und zu organisieren. Allerdings gelang es der zweiten „TIP“ nicht, an den früheren politischen Erfolg anzuknüpfen, so dass sie der politischen Bedeutungslosigkeit verfiel. Vgl. Özgür Mutlu Ulus *The Army and the Radical Left in Turkey*, London/New York 2011, S. 90.

34 Vgl. Abschnitt 1.3.2. Nichtparteiförmiger Linksextremismus.

werkschaften und sonstigen Vereine verboten. Zahlreiche Funktionäre, Mitglieder und Sympathisanten des linksextremen Spektrums wurden verhaftet, gefoltert, zu langjährigen Haftstrafen und teils zum Tode verurteilt. Darüber hinaus wurden Ausreiseverbote, Berufsverbote und politische Betätigungsverbote ausgesprochen.³⁵ Mitte der 1980er Jahre konnte innerhalb der Studenten- und Arbeiterbewegung erneut eine zunehmende Mobilisierung beobachtet werden. Allerdings entwickelte sie keine ähnliche politische Strahlkraft wie in den 1960er und 1970er Jahren. Ab Ende der 1980er Jahre unternahm die linksextreme Szene wieder Anstrengungen, sich parteipolitisch zu organisieren. Doch auch in dieser Hinsicht zeigte sich die Szene zu zersplittert und uneinig, so dass die wenigen bestehenden Organisationen und Parteien keinen politischen Einfluss entwickeln konnten.

Das linksextreme Spektrum ist bis in die Gegenwart stark zersplittert. Das zeigt sich auch an den 17 Parteien, die seit 2001 aus der linksextremen Szene gegründet wurden.

Tabelle 2: Bestehende linksextreme Parteien in der Türkei

Seit 1993	Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei (<i>Türkiye Sosyalist İşçi Partisi – TSIP</i>)
Seit 1993	Kommunistische Partei der Türkei (<i>Türkiye Komünist Partisi – TKP</i>)
Seit 1994	Partei der Freiheit und Solidarität (<i>Özgürlük ve Dayanışma Partisi – ÖDP</i>)
Seit 1996	Partei der Arbeit (<i>Emek Partisi – EMEP</i>)
Seit 1997	Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei (<i>Devrimci Sosyalist İşçi Partisi – DSIP</i>)
Seit 2001	Kommunistische Partei der Türkei (<i>Türkiye Komünist Partisi – TKP</i>)
Seit 2002	Partei der sozialistischen Demokratie (<i>Sosyalist Demokrasi Partisi</i>)
Seit 2004	Partei der proletarischen Bewegung (<i>Emekçi Hareket Partisi – EHP</i>)
Seit 2005	Partei der Befreiung des Volkes (<i>Halkın Kurtuluş Partisi – HKP</i>)
Seit 2006	Partei der Arbeiter-Brüderlichkeit (<i>İşçi Kardeşliği Partisi – IKP</i>)
Seit 2007	Revolutionäre Arbeiterpartei (<i>Devrimci İşçi Partisi – DIP</i>)
Seit 2010	Sozialistische Partei der Unterdrückten (<i>Ezilenlerin Sosyalist Partisi – ESP</i>)
Seit 2010	Arbeiterpartei der Türkei (<i>Türkiye İşçi Partisi – TIP</i>)
Seit 2010	Arbeiter-Bauern-Partei der Türkei (<i>Türkiye İşçi Köylü Partisi – TIKP</i>)
Seit 2011	Revolutionäre Volkspartei (<i>Devrimci Halk Partisi – DEV-Parti</i>)
Seit 2011	Partei der Freiheit und des Sozialismus (<i>Özgürlük ve Sosyalizm Partisi – ÖSP</i>)
Seit 2013	Partei des Neuen Sozialistischen Aufbaus (<i>Sosyalist Yeniden Kuruluş Partisi – SYKP</i>)
Seit 2014	Kommunistische Partei (<i>Komünist Parti</i>)

³⁵ Vgl. Mülkiyeliler Birliği E-Bülteni, Darbenin 29. Yılında Geçmişe bakmak. 12 Eylül Dosyası, 2009, S. 4-5, <http://mulkiye.org.tr/wp-content/uploads/2015/09/16-2009-Özel-Say1.pdf> (5. Mai 2016).

Länderporträt: Türkei

Seit 2014	Kommunistische Partei des Volkes (<i>Halkın Türkiye Komünist Partisi – HTKP</i>)
Seit 2015	Kommunistische Bewegung der Türkei (<i>Türkiye Komünist Hareketi – TKH</i>)
Seit 2015	Partei der Arbeiter-Demokratie (<i>İşçi Demokrasisi Partisi – IDP</i>)
Seit 2015	Partei der vereinten Revolutionäre (<i>Birleşik Devrimci Parti – Devrimci Parti</i>)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

So setzt sich die politische Erfolglosigkeit der linksextremen Parteien in der Türkei bis heute sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene fort. Zu einem Hoffnungsschimmer für die türkischen Linksextremen wurden allerdings die Bürgermeisterwahlen im Jahre 2014, als mit Fatih Mehmet Maçoğlu zum ersten Mal ein Mitglied der „Kommunistischen Partei der Türkei“ (*Türkiye Komünist Partisi – TKP*) zum Bürgermeister der ostanatolischen Stadt Ovacık bei Tunceli gewählt wurde.³⁶

1.3.2. Nichtparteilörmiger Linksextremismus

Ähnlich wie der parteilörmige Linksextremismus ist auch der nichtparteilörmige in der Türkei in zahlreiche Gruppierungen zersplittert. Diese haben ihren Ursprung in der Arbeiter- und Studentenbewegung der 1960er Jahre, allerdings entstanden die ersten militanten Guerillagruppen in den Jahren 1970 und 1971: die „Front der Volksbefreiungspartei der Türkei“ (*Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi – THKP-C*) und die „Volksbefreiungsarmee der Türkei“ (*Türkiye Halk Kurtuluş Ordusu – THKO*).³⁷ Ihre Taktik orientierte sich an jener lateinamerikanischen Guerillagruppen und bestand neben Banküberfällen hauptsächlich aus gezielten Entführungen und Bombenanschlägen.³⁸

Nach der militärischen Intervention am 12. März 1971 wurde der staatlich-militärische Verfolgungsdruck auf beide linksextreme Guerillagruppen erhöht. Die Führungsriegen der THKO (insgesamt 18 Personen)³⁹ und der THKP-C (insgesamt 27 Personen)⁴⁰ wurden ab Oktober 1971 abgeurteilt, teilweise zum Tode. Nach dieser ersten Zäsur organisierte sich die militante linksextreme Szene neu und gründete bereits 1972 eine Gruppierung namens „Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten“ (*Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist – TKP/M-L*), die bis heute besteht und seit 1974 auch in Deutschland vertreten ist. Ihr militanter Arm bezeich-

36 Vgl. Hoher Wahlausschuss (*Yüksek Seçim Kurulu – YSK*), <http://ysk.gov.tr/ysk/content/conn/YSKUCM/path/Contribution%20Folders/HaberDosya/BelediyeBaskanligi2014.pdf> (4. Mai 2016).

37 Beide Gruppierungen rekrutierten sich hauptsächlich aus der Studenten- und Arbeiterbewegung Ende der 1960er Jahre, fanden aber auch unter Bauern und Intellektuellen Unterstützer und Mitglieder.

38 Vgl. Ulus (FN 33), S. 126.

39 Vgl. ebd., S. 128.

40 Vgl. ebd., S. 129.

nete sich als „Arbeiter- und Bauern-Befreiungsarmee der Türkei“ (*Türkiye İşçi Köylü Kurtuluş Ordusu – TIKKO*). Allerdings konnten die TKP/M-L und ihr militanter Zweig TIKKO keinen entscheidenden Einfluss auf die nichtparteiliche linksextreme Szene der Türkei ausüben.⁴¹

Im Mai 1977 machte eine weitere Bewegung innerhalb der linksextremen Szene auf sich aufmerksam, die seitdem als „Bewegung des Revolutionären Wegs“ (*Devrimci Yol Hareketi – Dev Yol*) bekannt ist und ihre personellen und ideologischen Wurzeln ebenfalls in der einstigen Studentenbewegung hat. Doch bereits im darauffolgenden Jahr 1978 spaltete sich die *Dev Yol*, und aus ihr entstand eine neue Bewegung, die „Revolutionäre Linke“ (*Devrimci Sol – Dev Sol*), die sich in der organisatorischen, ideologischen und militanten Tradition der „Front der Volksbefreiungspartei der Türkei“ (*Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi – THKP-C*) sah und entsprechend agierte.

Wie schon die militärische Intervention von 1971 hatte auch der zweite Militärputsch vom 12. September 1980 für diese Gruppierungen verheerende Konsequenzen. Wieder wurden zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten verurteilt, verhaftet oder gefoltert. Zum staatlichen Verfolgungsdruck der 1980er Jahre kamen Streitigkeiten innerhalb der militanten linksextremen Szene hinzu, die schließlich Anfang der 1990er Jahre erneut zu Abspaltungen führten. Aus der *Dev-Sol*-Bewegung entstanden zwei Gruppierungen: 1993 die „Front der Volksbefreiungspartei der Türkei/ Revolutionäre Linke“ (*Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi/Devrimci Sol – THKP-C/Dev-Sol*) und 1994 die „Revolutionäre Front der Volksbefreiungspartei“ (*Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi – DHKP-C*). Im Gegensatz zur THKP-C/Dev Sol konnte sich die DHKP-C nicht nur in der Türkei, sondern auch im europäischen Ausland etablieren. Bis heute verübt sie Terroranschläge, wie z.B. im Februar 2013 auf die US-amerikanische Botschaft in Ankara, oder zieht durch die gezielte Tötung von Staatsvertretern, wie z.B. im Jahre 2015, als sie einen türkischen Staatsanwalt tötete, Aufmerksamkeit auf sich.

1.4. Islamismus

1.4.1. Parteien

Die von der kemalistischen Staatsmacht angeordnete Unterdrückung religiöser Bedürfnisse (u.a. durch Verbote) führte dazu, dass sich zu Beginn der Türkischen Republik islamische und islamistische Kräfte zunächst nur im Untergrund sammeln konnten. Mit dem Übergang zu einem Mehrparteiensystem konnten sich jedoch auch islamistische Parteien am politischen Prozess beteiligen. Unter Führung des Islamisten Necmettin Erbakan (1926-2011) entstand die Bewegung „Nationale Sicht“

41 Zuletzt wurde die TIKKO im Zuge des Syrien-Krieges an der Seite der kurdischen Milizen in Syrien verortet. Vgl. <http://www.haberler.com/illegal-sol-orgutler-bir-bir-pyd-ye-katiliyor-7504478-haberi/> (3. Mai 2016).

(*Milli Görüş* – MG), aus der im Laufe der politischen Geschichte der Türkei insgesamt sechs Parteien hervorgegangen sind.

Tabelle 3: Islamistische Parteien in der Türkei

1970-1971	Nationale Ordnungspartei (<i>Milli Nizam Partisi</i> – MNP)
1972-1980	Nationale Heilspartei (<i>Milli Selamet Partisi</i> – MSP)
1983-1998	Wohlfahrtspartei (<i>Refah Partisi</i> – RP)
1997-2001	Tugend-Partei (<i>Fazilet Partisi</i> – FP) ⁴²
Seit 2001	Partei der Glückseligkeit (<i>Saadet Partisi</i> – SP)
2010-2012	Partei der Volksstimme (<i>Halkın Sesi Partisi</i> – HAS-Parti) ⁴³

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Ideologisch unterschied sich Erbakan von den bisherigen islamisch geprägten Politikern in seiner Forderung, „die Trennung religiöser und politischer Institutionen müsse grundsätzlich aufgehoben werden, die Scharia sei wieder einzuführen, und ein Gremium geistlicher Rechtsgelehrter solle wieder wie einst zur Osmanen-Zeit alle Entscheidungen der Politiker kontrollieren.“⁴⁴ Diese islamistische Parteidoktrin wurde allen islamistischen Parteien zum Verhängnis, die von der türkischen Staatsmacht immer wieder wegen dieser antikemalistischen und antilaizistischen Ziele verboten wurden.

Trotz dieser Verbote gelang es Erbakan, das islamistische Spektrum in Parteien zu organisieren und sich über diese am politischen Prozess zu beteiligen. Seinen ersten politischen Erfolg erreichte er bei den Parlamentswahlen im Oktober 1973, als er 11,8 Prozent der Stimmen erhielt. Im Januar 1974 bildete seine „Nationale Heilspartei“ (*Milli Selamet Partisi* – MSP) sogar mit der „Republikanischen Volkspartei“ (*Cumhuriyetçi Halk Partisi* – CHP) eine Regierungskoalition, wodurch Erbakan als erster islamistischer Politiker zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt wurde. Allerdings hielt die Regierungskoalition aufgrund politischer Differenzen nur wenige Monate. Doch der MSP gelang es, sich an den darauffolgenden zwei Koalitionen der „Nationalistischen Front“ (*Milliyetçi Cephe*) jeweils als Koalitionspartner einzubringen und den stellvertretenden Ministerpräsidenten zu stellen. Dieser politische Erfolg der Islamisten hielt jedoch nur bis zum Militärputsch vom 12. September 1980, als auch Erbakan zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde.⁴⁵

Im Jahre 1983 gründete Erbakan erneut eine islamistische Partei, die „Wohlfahrtspartei“ (*Refah Partisi* – RP). Mit ihr erzielte er politische Erfolge wie nie zu-

42 Da bereits im Laufe des Jahres 1997 ein Verbot der „Wohlfahrtspartei“ zunehmend wahrscheinlicher wurde, gründeten einige Mitglieder vor dem offiziellen Verbot die „Tugend-Partei“, um die politische Arbeit nahtlos fortführen zu können.

43 Die „Partei der Volksstimme“ bestand lediglich zwei Jahre, bis sie sich schließlich der AKP anschloss.

44 Vgl. Schweizer (FN 15), S. 191.

45 Vgl. ebd., S. 193.

vor. Höhepunkt waren die Kommunalwahlen 1994, als die RP in den beiden wichtigen Städten Istanbul und Ankara jeweils das Amt des Bürgermeister besetzen konnte, und die Parlamentswahlen 1995, als die RP mit 21,8 Prozent der Stimmen zur stärksten politischen Kraft gewählt wurde.⁴⁶ Im Gegensatz zu den moderaten islamischen Parteien und Politikern forderte Erbakan eine Wirtschaftsordnung, die sich nicht an „westlichen Maßstäben“ orientieren, sondern islamisch geprägt sein sollte. Entsprechend wollte er „auf Grundlage von Koran und Scharia einen echten Wohlfahrtsstaat schaffen, erst dann könne ein Ausweg aus der sozialen Krise gefunden werden.“⁴⁷ Absoluter politischer Höhepunkt seiner Karriere und somit der Macht der Islamisten in der Türkei war die Wahl Erbakans zum Ministerpräsidenten 1996. Erstmals wurde in der türkischen Geschichte die Republik von einem islamistisch geprägten Politiker und Ministerpräsidenten angeführt. Erbakan konnte und wollte jedoch auch in dieser Position seine ideologischen Grundwerte nicht komplett aufgeben. So war seine Regierungszeit von diversen Krisen geprägt, die schließlich am 28. Februar 1997 zu einer erneuten Intervention des türkischen Militärs führten.⁴⁸ Erbakan trat als Ministerpräsident zurück, und die Wohlfahrtspartei wurde – wie seine früheren Parteien – im Januar 1998 verboten. Kurze Zeit danach entstand mit der „Tugend-Partei“ (*Fazilet Partisi* – FP) eine neue islamistische Partei. Doch schlechte Wahlergebnisse bei den Parlamentswahlen 1999 sowie ein erneutes Verbotungsverfahren führten dazu, dass die FP schon nach kurzer Zeit aus der Parteienlandschaft verschwand.

Die folgenden parteiinternen Auseinandersetzungen über die weitere ideologische und strategische Ausrichtung der islamistischen *Milli Görüş*-Bewegung führten schließlich zu einer Spaltung der Bewegung: Der konservative Flügel um Erbakan verfolgte weiter die bekannten Ziele eines Staates, in dem dieser nicht von der Religion getrennt ist. Ein reformistischer Flügel sammelte die „konservativen Muslime“ um den ehemaligen RP-Oberbürgermeister von Istanbul, Recep Tayyip Erdoğan (geb. 1954). Beide Politiker sammelten ihre Anhänger in eigenen Parteien: Erbakan gründete nach dem Verbot der FP die „Partei der Glückseligkeit“ (*Saadet Partisi* – SP), die weiterhin in der klassischen islamistischen Tradition der Milli Görüş steht, während Erdoğan mit seinem politischen Weggefährten Abdullah Gül die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (*Adalet ve Kalkınma Partisi* – AKP) ins Leben rief,

46 Der Erfolg Erbakans wurde durch eine jahrelange volksnahe Basisarbeit möglich. In der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre engagierten sich Politiker der RP vor Ort und unterstützten Bedürftige durch karitative Hilfsangebote (u.a. Suppenküchen, Hilfsdienste im Krankheitsfall). Dieses Engagement stand in schroffem Gegensatz zu den bisherigen Parteien, die zunehmend mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert waren und sich somit eher um die eigenen wirtschaftlichen und machtpolitischen Bedürfnisse kümmerten als um die zunehmend leidende und verarmende Bevölkerung..

47 Vgl. Schweizer (FN 15), S. 214.

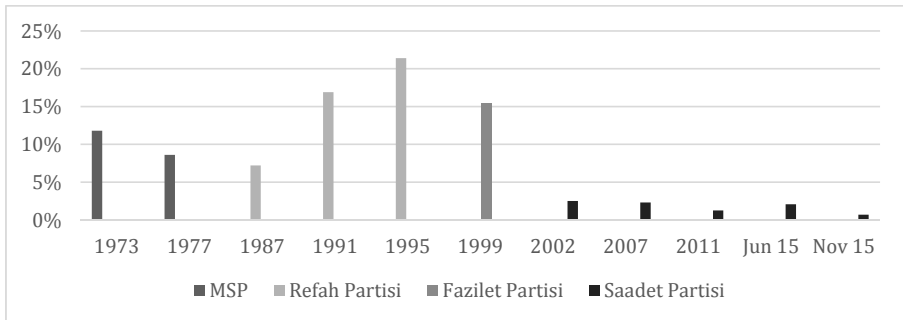
48 Dieser gewaltfreie militärische Eingriff ging als „postmoderner Staatsstreich“ in die Geschichte der türkischen Republik ein, da er lediglich auf einer Putschandrohung der Militärführung beruhte und dennoch seine Wirkung nicht verfehlte.

die sich ideologisch vom politischen Islam distanzierte und sich bis heute als „konservative islamische Partei“ versteht.

Für Erbakan und seine islamistische SP bedeutete diese Spaltung das politische Ende. In der Rückschau kann dieser Niedergang auch mit einer Fehlinterpretation früherer Wahlergebnisse erklärt werden: Erbakan verstand womöglich die Wahlerfolge Mitte der 1990er als Bestätigung seiner islamistischen Agenda. Im Grunde wurde die damals bestehende „Wohlfahrtspartei“ (*Refah Partisi – RP*) gewählt, „weil sie auffälliger als alle anderen Parteien soziale Hilfsdienste zu bieten hatte. Kaum Beifall hatten dagegen Erbakans Äußerungen zu einem politischen Islam bei einem großen Teil der Bevölkerung gefunden“.⁴⁹

Erdoğan hingegen hatte aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und distanzierte sich programmatisch von jeglicher islamistischen Agenda. Dadurch gelang es ihm zum einen, das hohe Frustrationspotential, das über die Jahre aufgrund zahlreicher Parteiverbote innerhalb der islamistischen *Milli Görüş*-Bewegung entstanden war, zu nutzen. Er trat nunmehr „energisch dafür ein, den Islam nicht mehr zu politisieren, sondern man müsse Wähler auch jenseits des eigenen religiösen Spektrums suchen und gläubige Muslime mit betont säkularer Ausrichtung ebenso ansprechen“⁵⁰ Zum anderen konnte Erdoğan auf diese Weise aus der allgemeinen politischen Unzufriedenheit und insbesondere aus der wirtschaftlichen Instabilität Vorteile für seine Partei ziehen. Er vermochte die Wähler mit seinen Versprechen hinsichtlich einer Demokratisierung der Türkei, der Ausweitung der Menschenrechte und schließlich der Annäherung an die Europäische Union zu überzeugen.

Abbildung 2: Ergebnisse islamistischer Parteien bei Parlamentswahlen seit 1973



Quelle: Hoher Wahlausschuss (Yüksek Seçim Kurulu – YSK), vgl. <http://www.ysk.gov.tr/ysk/faces/GeneIISecimler> (4. Mai 2016).

⁴⁹ Vgl. Schweizer (FN 15), S. 237.

⁵⁰ Ebd., S. 238.

1.4.2. Nichtparteilicher Islamismus

Zusätzlich zu der politischen Integration islamischer und islamistischer Kräfte durch politische Partizipation gab es seit den 1970er Jahren immer wieder Bewegungen und Organisationen, die das kemalistisch-laizistische System mittels einer militanten „islamischen Revolution“ bekämpfen wollten.

So gründete sich in den 1970er Jahren im Umfeld der damals aktiven islamistischen MSP – ähnlich der paramilitärischen Jugendorganisation der türkischen rechtsextremen MHP – eine Jugendbewegung, die stark islamistisch geprägt war: der „Verein der Sturmreiter“⁵¹ (*Akincılar Derneği – Ak Der*).⁵² Aus der Bewegung der *Akincılar* spaltete sich zunächst eine kleine Gruppe unter Führung des ehemaligen Mitbegründers und Mitglieds Salih Mirzabeyoğlu ab und nannte sich anfangs *Akinci Güç*.⁵³ Aus ihr entstand eine weitere islamistische Bewegung namens „Front der Vorkämpfer für den Islamischen Großen Osten“ (*İslami Büyük Doğu Akincılar Cephesi – IBDA-C*), die ab 1984 in Erscheinung trat und deren ideologischer Vordenker und Anführer Mirzabeyoğlu wurde. Die Bewegung richtete sich gegen das bestehende kemalistisch-laizistische Regime und befürwortete einen politischen Islam, den sie auch durch den Einsatz von Gewalt einführen wollte.⁵⁴

Trotz der jahrelangen Inhaftierung ihres ideologischen Vordenkers und Anführers konnte die Bewegung IBDA-C bis heute bestehen. In den vergangenen Jahren geriet sie erneut in die Schlagzeilen. So erschien im Oktober 2014 in der monatlichen Online-Zeitschrift *Adımlar* („Schritte“)⁵⁵, die als wichtiges Sprachrohr der Bewegung gilt, ein Artikel mit dem Titel „Islamischer Staat: Du von drüben, wir von hier aus“.⁵⁶ In der folgenden öffentlichen Diskussion sahen Kritiker der IBDA-C in diesem Artikel einen klaren Nachweis für die Militanz der Bewegung. Nur wenige Monate später standen die Zeitschrift und somit auch die Bewegung erneut im Fokus der Öffentlichkeit, als Unbekannte im März 2015 einen Anschlag auf die Istanbul Redaktionsräume der Zeitschrift *Adımlar* verübten, bei dem drei Redaktionsmitglie-

51 Die Bezeichnung „Sturmreiter“ bzw. *Akinci* bezieht sich auf eine Reitertruppe im Osmanischen Reich.

52 Dieser Verein wurde 1976 gegründet und entwickelte sich im weiteren Verlauf zu einer ebenfalls militanten Gruppierung, ähnlich wie die „Grauen Wölfe“. 1979 wurde der Verein durch die Ausnahmezustandsverwaltung verboten. Aktivisten und Sympathisanten erhielten nach dem Militärputsch 1980 Gefängnisstrafen. Im Jahre 2011 wurde der Verein erneut gegründet. Vgl. <http://akincilar.org.tr> (5. Mai 2016).

53 Die Gruppierung namens *Akinci Güç* publizierte im Laufe des Jahres 1979 eine Zeitschrift mit dem gleichnamigen Titel. Insgesamt wurden zwischen Juni und Oktober 1979 acht Ausgaben veröffentlicht. Sie bilden den ideologischen Grundstein für die spätere Bewegung der IBDA-C. Vgl. <http://idp.org.tr/dergiler/akinci-guc> (5. Mai 2016).

54 Mirzabeyoğlu steht in der Tradition des islamischen Autors und Denkers Necip Fazıl Kısakürek (1905-1983). Dieser entwickelte erstmals die Idee eines islamischen Großreichs im Osten (*İslami Büyük Doğu*).

55 Vgl. <http://www.adimlardergisi.com>. Unter <http://adimlardergisi.de> wird die Zeitschrift in deutscher Sprache veröffentlicht.

56 Wörtlich: „İŞİD sen oradan, biz buradan!“, vgl. <http://www.adimlardergisi.com/isid-sen-oradan-biz-buradan/> (3. Mai 2016).

der verletzt wurden und ein Autor ums Leben kam. Die Beerdigungszeremonie wurde von emotional geladenen Rache-Aufrufen und zahlreichen Sympathiebekundungen für den Verstorbenen wie für die Bewegung begleitet. Auch wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine belastbare Aussage zur weiteren Entwicklung der IBDA-C nicht möglich ist, zeigen solche Ereignisse, dass die Bewegung weiterhin über ein gewisses Potential an Aktivisten und Unterstützern verfügt.

Eine weitere Gruppierung, die sich außerhalb der Parteienstruktur etablieren konnte, ist die „Türkische Hizbullah“, die sich selbst inzwischen als „Hizbullah-Gemeinschaft“ (*Hizbullah Cemaati*)⁵⁷ bezeichnet. Aufgrund ihres sozialen Engagements, das sie nach 2003 im Osten und Südosten der Türkei durch den „Verein der Solidarität mit den Unterdrückten“ (*Mustazaflar ile Dayanışma Derneği – Mustazaf Der*) entwickelte, konnte die Bewegung trotz des hohen staatlichen Verfolgungsdrucks ihren Rückhalt in weiten Teilen der dortigen Bevölkerung erhalten. Auch wenn der Verein im Mai 2012 aufgrund seiner historischen und personellen Verbindungen zur „Türkischen Hizbullah“ verboten wurde, verfügt die Bewegung weiterhin über eine große Anhängerschaft in der Region, zumal sie durch ihre islamisch-islamistische Ausrichtung eine Alternative zur kurdischen linksextremen Separatistenbewegung darstellt.

2. Würdigung

In der Türkei haben sich die parteiförmigen Extremismen in den vergangenen Jahrzehnten unterschiedlich entwickelt. Während der türkische Rechtsextremismus in der türkischen Politik weiterhin sehr präsent und einflussreich ist, kann der Einfluss der islamistischen und linksextremen Parteien als marginal bezeichnet werden.

Eine Erklärung für den Erfolg der rechtsextremen MHP liegt weniger in einer Radikalisierung der türkischen Wähler, sondern vielmehr im programmatischen und rhetorischen Wandel der Rechtsextremisten seit 1997, der sich in einer zunehmend gemäßigeren politischen Ausrichtung manifestierte.⁵⁸ Dieser Strategiewechsel begann mit der Übernahme des MHP-Vorsitzes durch Devlet Bahçeli und wird bis heute von ihm verkörpert. Um für die türkischen Wähler attraktiv und somit wählbar zu werden, bemühte sich die MHP seitdem um einen Imagewechsel, indem sie sich von ihren extremen Positionen weitgehend distanzierte und sich stattdessen der „politischen Mitte“ näherte. Der politische Erfolg sollte nicht mehr durch „paramilitäri-

57 Die „Hizbullah-Gemeinschaft“ ist nicht mit der libanesischen „Hisbollah“ zu verwechseln. Die türkische Variante der „Hizbullah“, die Anfang der 1980er Jahre u.a. von Hüseyin Velioglu gegründet wurde, ist ideologisch stark sunnitisch und insbesondere sehr kurdisch geprägt. Sie versteht sich als eine Form der kurdischen Selbstbehauptung, allerdings mit einem islamischen bzw. islamistischen Schwerpunkt. Die „Hizbullah-Gemeinschaft“ steht somit bis in die Gegenwart in starker Konkurrenz zur PKK, was sich auch immer wieder in gewalttätigen Auseinandersetzungen äußert.

58 Vgl. ebd., S. 262.

sche Schlägertrupps“ erreicht werden, sondern durch eine überzeugende politische Agenda. Entsprechend verlor der nichtparteiliche Rechtsextremismus in Gestalt der „Grauen Wölfe“ stark an Bedeutung. Stattdessen konzentrierte sich die MHP unter Bahçeli v.a. auf zwei Punkte: erstens die Betonung der Einheit der türkischen Nation und somit Ablehnung kurdischer separatistischer Bewegungen⁵⁹ und zweitens die Warnung vor einem „Verlust des Türkischen“ durch eine zunehmend globalisierte Welt und durch eine „Europäisierung“ der Türkei. Auf diese Weise verlagerte die MHP ihren politischen Fokus von einem „Großtürkischen Reich Turan“ auf die Türkei als Republik und sprach durch eine solche „Heimatliebe“ zunehmend die städtische Mittelschicht an, was sich auch in entsprechenden Wahlergebnissen zeigte.

Im Vergleich zur Entwicklung des parteiförmigen türkischen Rechtsextremismus konnte die islamistische *Milli Görüş*-Bewegung – vertreten durch die „Partei der Glückseligkeit“ (*Saadet Partisi* – SP) – nach ihrem internen Richtungsstreit und der darauffolgenden Spaltung nicht mehr an frühere politische Erfolge aus den 1990er Jahren anknüpfen. Während sich die Mehrheit der *Milli Görüş*-Anhänger in der neuen „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (*Adalet ve Kalkınma Partisi* – AKP) von ihren extremen Positionen distanzierte, hielt eine Minderheit an der islamistischen Doktrin fest. Die strategische Ausrichtung der AKP seit 2002 zeigt, dass sie als „catch-all“-Partei⁶⁰ islamische, rechts-konservative und nationalistische Politik erfolgreich verknüpfte. Dabei ist es Erdoğan nicht nur gelungen, die AKP als Partei im politischen System zu etablieren, sondern dieses auch entscheidend zu prägen.

Was das parteiförmige linksextreme Spektrum in der Türkei betrifft, so ist es diesem nicht gelungen, sich ideologisch und strukturell zu vereinen. Zwar bestehen im türkischen System zahlreiche linksextreme Parteien, doch verfügen sie über kein ausgereiftes politisches Konzept, das sie für türkische Wähler attraktiv machen würde. Auch gelang es den türkischen Linksextremisten nicht, die gesellschaftliche Mobilisierung der *Gezi*-Proteste für ihre politischen Zwecke zu nutzen und als alternative politische Kraft in Erscheinung zu treten. Stattdessen scheint das nichtparteiliche linksextreme Spektrum in Gestalt der DHKP-C seit 2012 erneut aktiv zu werden. Besonders der Anschlag auf die US-amerikanische Botschaft in Ankara (Februar 2013) sowie die Geiselnahme eines türkischen Staatsanwalts⁶¹ in Istanbul (März 2015) zeigten das mögliche Potential der militanten linksextremen Szene. Entspre-

59 Lag der ideologische und politische Fokus der MHP in den 1960er und insbesondere in den 1970er Jahren auf einer antikommunistischen Agenda, so wandelte sich dieser Schwerpunkt und konzentrierte sich insbesondere seit den 1990er Jahren auf den Konflikt mit den Kurden bzw. mit der kurdischen Militanz.

60 Vgl. Wuthrich (FN 2), S. 262.

61 Bei dem Staatsanwalt handelte es sich um einen Ankläger im Fall des verstorbenen 15-jährigen Berkin Elvan, der im Rahmen der *Gezi*-Proteste von Tränengasgeschossen schwer verletzt wurde und schließlich diesen Verletzungen erlag. Unklar ist, welche Rolle der Jugendliche bei den Protesten gespielt hat: Nach Angaben der Familie wollte der Verstorbene lediglich Brot holen, als er von der Polizei angegriffen wurde. Die türkische Regierung sprach hingegen vom Verstorbenen als „Terroristen“, der Polizisten mit Steinen beworfen haben soll. Mit der Geiselnahme und Tötung des Staatsanwalts versuchte die DHKP-C diesen Vorfall, der bis heute zu

chend reagiert die türkische Staatsmacht auf solche Aktivitäten mit einem erhöhten Verfolgungsdruck gegenüber Mitgliedern und Aktivisten der DHKP-C. Inwieweit die militante Szene diesem staatlichen Druck standhalten und sich weiter organisieren kann, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht voraussehbar. Auffällig ist aber, dass die erhoffte Unterstützung für ein auch militantes Auflehnen gegenüber der staatlichen Übermacht weitgehend ausgeblieben ist. Die politische Dominanz der AKP und die Schwäche der parlamentarischen Opposition frustriert zwar insbesondere junge Bevölkerungsgruppen zunehmend, doch ist die Befürwortung militanter Protestformen eher marginal geblieben. Somit hat sich die Vermutung, dass die *Gezi*-Proteste und die Reaktionen der türkischen Regierung zu einem politischen Erstarren des linksextremen Spektrums führen würden, bisher nicht bestätigt.

Die Entwicklung der parteiförmigen Extremismen ist wesentlich auf den türkischen Wählerwillen zurückzuführen. Die Entscheidung der türkischen Wähler für oder gegen eine Partei ist vor allem von drei Faktoren abhängig: politischer Kontinuität, wirtschaftlicher Stabilität und gesellschaftlicher Ordnung. Entsprechend dieser pragmatischen Haltung bevorzugen die türkischen Wähler Parteien, welche die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen und ihre Politik am „Wohl der Menschen“ ausrichten. Gleichzeitig werden charismatische Politiker geschätzt, die über einen starken Führungswillen verfügen und ergebnisorientiert handeln.⁶² Die ideologische Ausrichtung einer Partei ist dabei zweitrangig. Diese „flexible politische Orientierung“ ist auf die Erfahrungen der 1960er und insbesondere 1970er Jahre zurückzuführen. Die damaligen ideologisierten politischen Auseinandersetzungen hatten nicht nur negative wirtschaftliche Folgen, sondern führten auch zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft. Seitdem beteiligen sich Parteien weniger an ideologischen Diskursen und Interessen einzelner Gruppen. Stattdessen konzentrieren sie sich auf die Interessen möglichst vieler Bevölkerungsgruppen und die der „Türkischen Nation“, um für die Wähler weiterhin attraktiv und wählbar zu bleiben.⁶³ Kombiniert mit der „politischen Flexibilität“ der türkischen Wähler entsteht daraus eine Situation, in welcher sich türkische Parteien nicht auf eine dauerhaft loyale Wählerschaft verlassen können.⁶⁴

Ein solches Wählerverhalten ist nicht ganz risikofrei für eine demokratische Gesellschaft, denn es erhöht die Chancen parteiförmiger Extremismen auf politische Partizipation und ermöglicht politische Einflussnahme, sobald diese ihr politisches Konzept an den zuvor genannten Faktoren ausrichten und dieses durch einen charismatischen politischen Führer vertreten. Gegenwärtig erfüllt weder das islamistische noch das linksextreme Spektrum diese Bedingungen. Entsprechend verfügen sie über keine politischen Partizipations- und Einflussmöglichkeiten. Doch besteht in einem derart geprägten politischen System für beide Extremismen durchaus die

emotionalen Diskussionen innerhalb der betroffenen Bevölkerung führt, aufzugreifen und sich in der öffentlichen Wahrnehmung als „Rächer“ zu positionieren.

62 Vgl. Wuthrich (FN 2), S. 90 ff.

63 Vgl. ebd., S. 101.

64 Vgl. ebd., S. 259.

Möglichkeit, mit einer neuen politischen Agenda und einem geeigneten Parteivorsitzenden aus der aktuellen politischen Bedeutungslosigkeit heraus wieder auf die politische Bühne zurückzukehren.

Die rechtsextreme MHP konnte sich im Vergleich zu den beiden parteiförmigen Extremismen etablieren. Gleichzeitig steht sie – verglichen mit den übrigen Oppositionsparteien CHP und HDP – der AKP politisch noch am nächsten und verfügt somit als möglicher Koalitionspartner über ein nicht zu unterschätzendes Machtpotential, was auch an der Schwäche der übrigen Parteien liegt. Doch die programmatische Aufweichung der einst von Alparslan Türkeş geprägten Prinzipien, der damit verbundene Vorwurf der „Profillosigkeit“ und der erhebliche Stimmenverlust bei den letzten Parlamentswahlen im November 2015 führten zu parteiinternen Auseinandersetzungen, die sich gegenwärtig zuspitzen und den amtierenden Parteivorsitzenden Bahçeli – nunmehr auch für die Öffentlichkeit sichtbar – stark unter Druck setzen.⁶⁵ Zusätzlich fiel die MHP zunehmend auch durch „politische Stimmungsschwankungen“ auf, welche die Partei als „willfähigen Helfer“ der AKP erscheinen ließen.

Welche Konsequenzen dieser Machtkampf bei den türkischen Rechtsextremen haben wird, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwer einschätzen. Denkbar wäre, dass Bahçeli als Vorsitzender abgelöst und durch jemanden aus dem „klassischen Türkeş-Flügel“ ersetzt wird. Damit würde die MHP jedoch womöglich einen Teil ihres Wählerpotentials verlieren, was wiederum zu einer politischen Degradierung führen könnte. Im Falle der islamistischen Bewegung *Milli Görüş* hatte ein vergleichbarer Machtkampf zu einer Spaltung geführt, in dessen Folge die Islamisten in die politische Bedeutungslosigkeit abrutschten.⁶⁶ Diese Erfahrung könnte der MHP möglicherweise auch bevorstehen, sollte sie Bahçeli abwählen.

3. Literatur

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des politischen Systems der Türkei ist nicht neu, was sich auch an der Fülle bisher veröffentlichter Untersuchungen zeigt. So beschäftigte sich die Forschung immer wieder mit dem Spannungsverhältnis zwischen Kemalismus und türkischem Islamismus bzw. zwischen Kemalismus und türkischem Nationalismus. Mit der Machtübernahme der AKP, die als Abspaltung der islamistischen *Milli Görüş*-Bewegung entstanden ist, konzen-

65 Auslöser für die aktuellen Streitigkeiten innerhalb der MHP ist das Ergebnis bei den Parlamentswahlen vom November 2015. Im Vergleich zu den Parlamentswahlen im Juni 2015 verlor die Partei innerhalb von nur fünf Monaten 4,5 Prozent der Wählerstimmen und kam nur noch auf 12 Prozent. Dadurch halbierte sich die Anzahl der Sitze von 80 auf 40. Gleichzeitig wurde die Kritik durch den Umstand verstärkt, dass die kurdische „Demokratische Partei der Völker“ (*Halkların Demokratik Partisi* – HDP) trotz Stimmenverlusten mehr Sitze im türkischen Parlament erzielte (insgesamt 59) und somit noch vor der MHP zur drittstärksten Partei wurde.

66 Vgl. Abschnitt 1.4. Islamismus.

trierten sich professionelle Beobachter in den vergangenen Jahren zudem verstärkt auf die Frage, wie viel Islamismus in dem von der AKP propagierten „neuen islamischen Konservatismus“ stecke. Diese und ähnliche Fragestellungen wurden von einigen Forschern genauer untersucht. Besonders aufschlussreich sind beispielsweise die Ausführungen von M. Hakan Yavuz aus dem Jahre 2009.⁶⁷ Darin beschäftigt er sich mit dem politischen Aufstieg der AKP bis etwa 2007. Für die Darstellung der allgemeinen politischen Entwicklungen in der Türkei nach 2007 ist die Untersuchung von Jenny White hervorzuheben.⁶⁸ White beleuchtet die politischen und gesellschaftlichen Umstände, die der AKP den politischen Erfolg ermöglichten. Auch geht sie der Frage nach, welche Konsequenzen die *Gezi*-Proteste hatten. Als weitere Autoren, die sich allgemein mit der türkischen Geschichte und Politik auseinandersetzen, können Andrew Mango⁶⁹, Gareth Jenkins⁷⁰ und Chris Morris⁷¹ genannt werden.

Die hier genutzten Publikationen wurden im Blick auf die Entwicklung extremer Parteien und Gruppierungen ausgewählt und sind somit nur als Ausschnitt der diversen Forschungsschwerpunkte zur Türkei zu verstehen. Einen allgemeinen Überblick zum politischen System bis Mitte der 2000er Jahre bietet Gerhard Schweizer. Einige Aspekte, die Schweizer aufführt, finden sich in detaillierter Form in der Ausarbeitung von F. Michael Wuthrich aus dem Jahr 2015 wieder.⁷² Wuthrich zeigt in seinem Buch insbesondere jene Faktoren auf, die bis ins 21. Jahrhundert das politische System und folglich das Wählerverhalten der Türkei beeinflusst haben bzw. weiterhin beeinflussen.

Für das Verständnis des türkischen Rechtsextremismus waren auch Untersuchungen zum Konzept des türkischen Nationalismus sehr hilfreich. Zu nennen sind hier insbesondere die Beiträge von Umut Özkırımlı und Baskın Oran aus dem Jahr 2013.⁷³ Die organisatorische Entwicklung der rechtsextremen MHP und ihrer paramilitärischen Einheit „Graue Wölfe“ konnte vor allem durch die Veröffentlichung von Fikret Aslan und Kemal Bozay aus dem Jahr 2012 dargestellt werden. Auch wenn der Untersuchungsschwerpunkt auf der Vernetzung der türkischen Rechtsextremen in Deutschland lag, ist es beiden Autoren gelungen, einen umfassenden Überblick zur historischen, ideologischen und organisatorischen Entwicklung des türkischen Rechtsextremismus in der Türkei zu liefern. Allerdings kommt die kritische Auseinandersetzung mit der Post-Türkeş-Ära der MHP, insbesondere in ideolo-

67 Vgl. M. Hakan Yavuz, *Secularism and Muslim Democracy in Turkey*, Cambridge 2009.

68 Vgl. Jenny White, *Muslim Nationalism and the New Turks*, Princeton 2013.

69 Vgl. beispielsweise Andrew Mango, *The Turks today: After Atatürk*, London 2004.

70 Vgl. beispielsweise Gareth Jenkins, *Political Islam in Turkey: Running West, Heading East?*, New York 2008.

71 Vgl. Chris Morris, *The New Turkey, The Quiet Revolution on the Edge of Europa*, London 2005.

72 Vgl. Wuthrich (FN 2).

73 Vgl. Özkırımlı (FN 5); Baskın Oran, *Exploring Turkishness: ‚Turkish‘ and ‚Türkiyeli‘*, in: Shane Brennan/Marc Herzog (Hrsg.), *Turkey and the Politics of National Identity*, London 2014, S. 26 f.

gischer Hinsicht, zu kurz, was sicherlich am gewählten Forschungsschwerpunkt liegt. So bleibt die Frage, inwieweit die MHP im 21. Jahrhundert noch ihren rechts-extremen Wurzeln entspricht und welche politischen Ziele sich dadurch für die Partei (z.B. bezüglich der Bedeutung eines „Großtürkischen Reiches Turan“) ergeben, insbesondere in der deutschen Politikwissenschaft weitgehend offen.

Was die Erforschung des türkischen Linksextremismus betrifft, so fällt auf, dass viele Fragestellungen noch nicht ausreichend analysiert sind. Die Untersuchungen in diesem Spektrum werden durch die zahlreichen Splittergruppen zusätzlich erschwert. Umso bemerkenswerter ist das Ergebnis der Arbeit von Özgür Mutlu Ulus aus dem Jahr 2011, in welcher er einen detaillierten historischen Überblick zur organisatorischen Entstehung und ideologischen Entwicklung des türkischen Linksextremismus bietet. Allerdings beschränkt sich seine Untersuchung auf die 1960er und 1970er Jahre. Die Entwicklungen und Folgen des Militärputsches vom 12. September 1980 für das türkische linksextreme Spektrum finden in der Forschung noch keine ausreichende Berücksichtigung. Anders verhält es sich allerdings mit der Forschung in der Türkei, die sich in den vergangenen Jahren zunehmend kritisch mit den politischen Folgen des zweiten Militärputsches vom 12. September 1980 beschäftigt und dabei auch die Entwicklung des türkischen Linksextremismus nachzeichnet.

Insgesamt besteht bezüglich der parteiförmigen und nichtpartieförmigen Extremismen in der Türkei noch weiterer Forschungsbedarf. Insbesondere die Entwicklungen nach dem Militärputsch 1980 und die Folgen der AKP-Regierungsjahre sind gegenwärtig nicht ausreichend dargestellt. Auch fehlen noch Untersuchungen, die sich mit dem Wandel des politischen Systems der Türkei von einem parlamentarischen zu einem präsidentialen System und den damit verbundenen möglichen Konsequenzen für Extremismen beschäftigen. So bleibt ungeklärt, inwieweit die zunehmend autokratisch geprägte politische Dominanz der AKP zu einer Radikalisierung bzw. Remobilisierung der parteiförmigen wie auch der nichtpartieförmigen Extremismen führen könnte.

Zeitschriftenporträt: Kurier der Christlichen Mitte

Von Alexander Kühn

1. Darstellung

Die Christliche Mitte wurde am 27. August 1988 in Köln als Abspaltung der Deutschen Zentrumspar- tei von Adelgunde Mertensacker und einigen ehemaligen Füh- rungsmitgliedern gegründet. Trotz des Weiterbestehens der Deutschen Zentrumspar- tei sieht sich die Christliche Mitte (CM) als legitime Zentrumspar- tei und behauptet, das Zentrum sei in „Christliche Mitte“ umbenannt worden.¹ Seit Januar 2015 macht sie dies mit dem Zusatz „Vormals Deutsche Zentrumspar- tei“ im Kopf ihrer Partei- zeitung *Kurier* deutlich. Sie möchte damit „an die lange Geschichte [...] [der] Partei, die bis auf die Frankfurter Paulskirche zurückgeht“² nachhaltig erinnern.

Das seit dem Jahr 1990 herausgegebene Periodikum trägt den Untertitel „Monats- zeitung für Religion und Politik“ und erscheint im A3-Format, mit schlicht gehaltenem Layout³ und einem Umfang von vier Seiten. Die Finanzierung läuft über kos- tenpflichtige Abonnements, Spenden und Parteigelder. Staatliche oder kirchliche Zuwendungen erhielt die Partei nach eigenen Aussagen nie.⁴ Die Christliche Mitte lässt seit vielen Jahren den *Kurier* bei einem unabhängigen Unternehmen in Waders- loh drucken⁵, einer Gemeinde in der Nähe von Lippstadt, dem Hauptsitz der Christ- lichen Mitte. Im Jahr 1998 verlegte die Partei das werbefreie Blatt mit einer monatli- chen Auflage von 22.000⁶ Heften. Bis zum Jahr 2014 sank diese Zahl auf 14.000⁷ Exemplare. Die Zeitung wird nach Angaben der Partei von 85.000⁸ Lesern in 47⁹ Ländern gelesen. Eine Bestätigung dieser Werte aus externen Quellen findet sich nicht. Die Division der angeblichen Leserzahl durch die Auflage ergibt, dass die Christliche Mitte davon ausgeht, jedes Exemplar werde von sechs Personen gelesen.

1 Guido Hoyer, Nichtetablierte christliche Parteien. Deutsche Zentrumspar- tei, Christliche Mitte, Christliche Partei Deutschlands und Partei Bibeltreuer Christen im Parteiensystem der Bundes- republik Deutschland, Frankfurt a.M. 2001, S. 22.

2 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 3/2015, S. 1.

3 Das Layout der Parteizeitung änderte sich von 1990 an nur wenig. Lediglich der Kopf der Zei- tung variiert. Ihrem Emblem – einem „C“ das ein „M“ umschließt – fügte sie ab dem Jahrgang 2008 ein Christenkreuz hinzu.

4 Vgl. ebd.

5 Siehe die letzte Seite jeder Ausgabe.

6 Vgl. Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst (REMID), Gott in den Bun- destag. Zielsetzung und Programmatik der Parteien Christliche Mitte (CM) und Partei Bibeltreu- er Christen (PBC), 2. Aufl., Marburg 2001, S. 7.

7 Diese Informationen gehen aus dem E-Mailverkehr vom August 2014 mit der CM hervor.

8 Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 9/2009, S. 4.

9 Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 10/2009, S. 1.

Da einige der Artikel im Internet verfügbar sind, könnte sich dieser hohe Wert auch aus den Besuchen auf der Internetpräsenz der Christlichen Mitte erklären. Die Vielzahl der Länder, in denen der *Kurier* Verbreitung finden soll, scheint hingegen frei erfunden. Möglicherweise erklärt die Partei sie durch „Dankesschreiben“¹⁰ aus diesen Ländern.

Ebenso gering wie die Auflage der Zeitung ist die Mitgliederstärke der Partei, die sich nicht exakt bestimmen lässt. Für 1998 gab die Partei 4.000¹¹ Mitglieder an. Dies ist jedoch äußerst unwahrscheinlich, es sei denn, die Christliche Mitte summierte ausschließlich die Eintritte, ohne die Austritte gegenzurechnen.¹² Anlässlich der Europawahl 2014 meldet die Partei auf den Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung „einige tausend Mitglieder“¹³; in einer Niederschrift des Bundeswahlausschusses für die Bundestagswahl 2013 findet sich die Angabe von „ca. 5.000“¹⁴ Mitgliedern. Bei Letztgenannten handelt es sich um eine Schätzung, die vermutlich weit über der tatsächlichen Mitgliederstärke liegt. Die ständigen Aufrufe im *Kurier*, Unterstützungsunterschriften für die Zulassung zur Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014 zu übersenden, sprechen für einen akuten Mangel an Mitgliedern und Unterstützern.¹⁵ Die Partei selbst verweist darauf, nicht die zahlenden Mitglieder, sondern ausschließlich die Mitstreiter zu zählen, welche Unterstützungsunterschriften übersenden. Anlässlich der Europawahl 2014 sollen etwa 8.000 Menschen ihre Gunst bezeugt haben.¹⁶

Die Christliche Mitte ist mit Blick auf den Erfolg bei Wahlen eine marginale Kraft. Bei Bundestagswahlen erreichte sie 1990 mit 9.824¹⁷ bzw. 0,08 Prozent der Wählerstimmen ihr stärkstes Ergebnis. Anlässlich der Bundestagswahl 2013 wurde sie zwar zur Wahl zugelassen, sie stellte aber weder Kandidaten noch eine Landesliste auf. Auch bei Landtagswahlen konnte die Partei nie Ergebnisse über 0,1 Prozent erreichen. Der Blick auf die europäische Ebene offenbart dasselbe Bild: Die

10 Vgl. ebd.

11 Vgl. REMID (FN 6), S. 5.

12 Vgl. Thomas Schirrmacher, Feindbild Islam. Am Beispiel der Partei „Christliche Mitte“, Nürnberg 2013, S. 78.

13 Bundeszentrale für politische Bildung, Christliche Mitte – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten. Parteiprofil, unter: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2014/180965/cm> [am 17. Februar 2016].

14 Bundeswahlausschuss, Niederschrift über die 1. Sitzung des Bundeswahlausschusses für die Bundestagswahl 2013 im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages am 4. und 5. Juli 2013 in Berlin, Berlin 2013, S. 14.

15 Unter anderem: CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 1/2014, S. 1. Für frühere Wahlen exemplarisch: CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 1/2009, S. 1.

16 Diese Informationen gehen aus dem E-Mailverkehr vom August 2014 mit der Christlichen Mitte hervor.

17 Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990, unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1990.html [am 17. Februar 2016].

Christliche Mitte erlangte mit aufgerundeten 0,2 Prozent¹⁸ (66.766 Stimmen) zur Europawahl 1994 ihr bestes Ergebnis. Sie selbst ist sich ihrer geringen Wählerschaft bewusst, deutet indes jedes Kreuz auf dem Wahlschein als einen „Akt der Demut und des Vertrauens zur kleinen Herde. Es erfordert Mut, sich zur CM zu bekennen.“¹⁹ Bundestagswahlen stilisiert die Partei gern zu Schicksalswahlen für „unser Vaterland“. Der Wähler dürfe sich nicht damit abfinden, von „GOTT-fernen Männern“ und „Gewohnheits-Ehebrechern“²⁰ regiert zu werden, weshalb die wahrhaft christliche Partei zu wählen sei.

Die Parteizeitung ist seit jeher stark von einer Reduktion auf bestimmte Themenbereiche gekennzeichnet. Eine Auszählung der 350 Artikel des Jahrgangs 1996 durch Thielking ergab: 49 machen die Bedrohung Deutschlands durch den Islam zum Thema, 30 beschäftigen sich mit Abtreibung, Sexualität und Bioethik und weitere 20 mit dem Glauben der Partei.²¹ Ein derartiges Übergewicht weist der Jahrgang 2012 ebenfalls auf: Von den 452 Beiträgen behandeln 48 den Islam, 78 Abtreibung und Sexualität (inklusive Prostitution und Homosexualität), 73 den christlichen Glauben und 44 die Warnung vor Esoterik.²² Somit entfällt über die Hälfte der Artikel auf nur vier Themenbereiche. In den Anfangsjahren des *Kuriers* dominierte das Thema Islam weniger, das Augenmerk lag auf den Bundes- und Landeshwahlkämpfen²³. Die Landesverbände der Partei zeigten sich in der Anfangsphase deutlich aktiver als gegenwärtig. Heute sind sie mit Blick auf die Mitgliederzahlen und die Wahlerfolge bedeutungslos und kaum mehr Thema im *Kurier*. Über die Jahrgänge und Ausgaben des *Kuriers* hinweg findet sich eine Menge an Redundanzen. Die immer gleichen Standpunkte werden überreichlich wiederholt und tauchen in jedem noch so nebensächlichen Thema auf.

Der Islam sei ein „Terror ausübende[s] weltweite[s] System, das sich als Religion ausgibt“²⁴ und die Durchdringung der Gesellschaft anstrebe. „Die ganze islamische Ausbreitung ist [...] zu einer Geschichte der Gewalt geworden.“²⁵ Anhänger des Korans seien per se Feinde der Wahrheit, und „der Versuch, [...] den Islam, zu zähmen, ist eitle Torheit.“²⁶ Die andauernde Islamisierung Deutschlands habe bereits zu Spannungen zwischen Deutschen und Muslimen geführt, „die in Einzelfällen bürgerkriegsähnlichen Charakter annehmen.“²⁷ Europa stehe heute vor der Wahl, sich

18 Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 4. Europäischen Parlament am 12. Juni 1994, unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/fruehere_europawahlen/ew1994.html [am 17. Februar 2016].

19 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 2/1998, S. 3.

20 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 5/1998, S. 1.

21 Vgl. Kai Oliver Thielking, Zwischen Bibel und Grundgesetz. Christliche Kleinparteien in der Bundesrepublik Deutschland, Marburg 1999, S. 60.

22 Eigene Auszählung.

23 Beispielhaft die Aprilausgabe 1990, in der etliche Beiträge zum Wahlkampf der Landesverbände erschienen. Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 4/1990, S. 1-4.

24 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 11/2010, S. 2.

25 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 11/2015, S. 2.

26 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 6/2014, S. 1.

27 CM, Muslime erobern Deutschland. Eine Dokumentation, 3. Aufl., Lippstadt o.J., S. 154.

den „milden, rettenden Gesetzen JESU unterzuordnen oder von der Knechtschaft des Islam unterworfen zu werden.“²⁸ Die Christliche Mitte bezichtigt alle Muslime, eine Eroberungsstrategie zu verfolgen, deren Anfang das Bekenntnis zum Grundgesetz sei. Moscheen fungierten in nicht-islamischen Staaten wie Deutschland als „Stützpunkte [...] auf dem Weg der Eroberung.“²⁹ Auf dieser Basis würden die Stärkung der muslimischen Gemeinschaft und die Verbreitung des Islams unter der deutschen Bevölkerung vorangetrieben.³⁰ Diesem „geballten Angriff ist die zur Zeit hierzulande [...] schwächelnde, zerrissene Christenheit nicht gewachsen.“³¹ Wer den Islam toleriere, verharmlose ihn: „Steter Gifttropfen führt auch zum Selbstmord.“³² Ferner sei der Islam seit seiner Gründung der Hauptakteur der Christenverfolgung weltweit.³³

Die Christliche Mitte prägt die Überzeugung einer nahenden Apokalypse, insbesondere die Legalisierung der Abtreibung sieht sie als Vorzeichen dafür. „Tatsächlich ist der Einbruch in den Mutterschoß der schlimmste Raubüberfall, der möglich ist. Wird das Schlimmste nicht mehr geahndet, wuchern geringere Straftaten.“³⁴ Die Christliche Mitte fordert seit ihrer Gründung³⁵, die Abtreibung wie jeden anderen Mord zu behandeln, mindestens aber die Umsetzung des § 218 Absatz 1 Satz 1 Strafgesetzbuch, der für einen Schwangerschaftsabbruch bis zu drei Jahre Haft vorsieht, und die Zurücknahme des § 218a, der Bedingungen festlegt, wann eine Abtreibung gestattet ist.³⁶ Jede Abtreibung ist für die Christliche Mitte „verfassungswidrig“³⁷. Für sie verbietet sich dieser „Gewalt-Einbruch“³⁸ auch im Falle einer Vergewaltigung, weil ein „erlittenes Unrecht [...] nicht die Tötung eines unschuldigen Kindes“ legitimiere. Da allein in Deutschland „1000 Kleinstkinder pro Tag zu Tode gemetzelt – und verbrannt“ werden, müsse die Öffentlichkeit, in Anlehnung an den Holocaust-Begriff, gegenwärtig von einem „Babocaust“³⁹ sprechen. Die Christliche Mitte degradiert die Mutter zu einem rechtlosen, zum Gebären verpflichteten Objekt: „Das Kind im Mutterleib ist nicht ungeboren, sondern auf Geheiß des Schöpfers darin geborgen.“⁴⁰ Schlimmer noch als die Missachtung des Kindes sei jedoch die Versündigung an Gott: „jede Tötung eines ungeborenen Menschen [ist] ein Schlag mitten hinein ins Gesicht des liebenden Gottes. Es gibt keine größere Demütigung, als ein von IHM gewolltes Geschöpf in den Staub des irdischen Nichts zu

28 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 4/2015, S. 3.

29 Adelgunde Mertensacker, Islam von A bis Z. Ein Kurzlexikon, 4. Aufl., Lippstadt 2012, S. 50.

30 Vgl. ebd. S. 46.

31 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 3/2015, S. 3.

32 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 4/2015, S. 4.

33 Vgl. Adelgunde Mertensacker, Allahs Krieg gegen die Christen. Christenverfolgung in Geschichte und Gegenwart, 2. Aufl., Lippstadt 2008, S. 7.

34 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 4/2014, S. 3.

35 Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 6/1990, S. 4.

36 Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 7/2012, S. 1.

37 Adelgunde Mertensacker, Schenk mir das Leben, Lippstadt o.J., S. 18.

38 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 4/2015, S. 3.

39 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 4/2009, S. 4.

40 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 2/2015, S. 3.

treten.⁴¹ Die Christliche Mitte versteht ihre Politik als „heilige Pflicht, auf die Verführung zur Tod-Sünde“⁴² hinzuweisen. Mit Bittschriften, Mahnschreiben, Klagen, Beratungsdiensten und der Mobilisierung der Öffentlichkeit (unter anderem durch Flugblätter) sei die Legalisierung der Abtreibung zu bekämpfen.⁴³

Die Partei tritt im *Kurier* und den übrigen Schriften entschieden gegen „alle familienfeindlichen Strömungen“⁴⁴ ein, darunter die Homosexualität. Es handele sich um eine „Krankheit, da sie die Lebens- und Arterhaltungsfunktionen stört.“ Allerdings sei aus psychologischer Perspektive ebenfalls eine Krankheit festzustellen: „und zwar eine erworbene Sexualneurose.“ Homosexuelle entwickelten „in der Regel eine pathologische Sex-Sucht, eine Hypersexualität in der ständigen Suche nach neuen Partnern und damit eine Versklavung an den naturwidrigen Sex-Trieb“.⁴⁵ Sie belasteten die Krankenkassen und damit die Gesellschaft mehr, „nicht nur wegen HIV, sondern auch wegen Hepatitis, Tripper, Syphilis, Chlamydia, Lungenentzündungen, Depressionen, Nikotin-, Drogen- und Alkoholsucht.“⁴⁶ Homosexualität widerspreche der göttlichen Lehre⁴⁷ und verletze die natürliche Ordnung.⁴⁸ „Hätten Betroffene Keuschheit und Reinheit vor Augen, würde Homosexualität fast bedeutungslos.“⁴⁹ Gott sehe für „diese Verirrung die Todesstrafe“⁵⁰ vor. Durch die Forderung im Grundsatzprogramm nach „Strafrechtsschutz vor der Homosexualität“⁵¹ knüpft die Christliche Mitte an rechtsextremes Gedankengut an. Dies untermauert – beispielsweise – der Artikel „Unreines Homo-Blut“⁵², in dem – faktisch korrekt – die Tatsache angesprochen wird, dass Homosexuelle von der Blutspende ausgeschlossen sind. Die Betonung der Reinheit des Blutes heterosexueller Menschen bildet allerdings einen Anknüpfungspunkt an das Rassendenken im Rechtsextremismus. Zwar stellt dies keinen eindeutigen Beleg für die rechtsextremistische Gesinnung der Partei dar, gleichwohl bewegte sie sich auch in ihrer Historie durch die Forderung nach Exklusion Homosexueller von der Gesellschaft wie „Seuchenkranke“⁵³ in der Umgebung der Ideologie.⁵⁴ Die Christliche Mitte befürwortet die „klassische“ Bezie-

41 Mertensacker (FN 37), S. 21.

42 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 5/2014, S. 3.

43 Vgl. ebd.

44 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 6/1990, S. 4.

45 Adelgunde Mertensacker, Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Homosexualität. Flugblatt der CM, Lippstadt o.J.

46 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 6/2015, S. 2.

47 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 7/2009, S. 2.

48 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 5/2015, S. 2.

49 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 3/2015, S. 3.

50 Mertensacker (FN 45).

51 CM, Grundsatzprogramm, unter: http://www.christliche-mitte.de/index.php?option=com_content&view=article&id=14&Itemid=27 (14. Juli 2014).

52 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 10/2009, S. 4.

53 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 7/2000. Zitiert nach: Hoyer (FN 1), S. 32.

54 Vgl. Carsten Paals, Christlich motivierte Kleinparteien in Deutschland und ihr Verhältnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Eine Fallstudie anhand der „Christlichen Mitte“ und der „Partei Bibeltreuer Christen“, ZVR-online Dokument, Nr. 45/2012, Rn. 37.

hung zwischen Mann und Frau in Form der Ehe. Außereheliche Sexualkontakte, insbesondere in Form von Prostitution, lehnt sie ab.⁵⁵

Die Christliche Mitte versteht sich als Sammelstelle für Christen, Konservative, Patrioten und unzufriedene ehemalige Mitglieder der CDU⁵⁶ ohne konfessionelle Bindung.⁵⁷ „Wir sind Christen aller Konfessionen.“⁵⁸ Entgegen dieser Aussage sieht sie die Spaltung des Christentums als „größte Wunde Deutschlands“ und nennt Luthers Reformation eine „Revolution und Rebellion, ein neuer, falscher Glaube, eine Irrlehre, ein Kampf gegen die kath. Kirche“.⁵⁹ In der Praxis ist sie katholisch ausgerichtet. Gott tritt als dreifaltiger, liebender, allwissender, allmächtiger und unfehlbarer Schöpfer auf, dem die katholische Kirche als höchste irdische Instanz nachgeordnet sei. Die Partei ist eine Vertreterin des Kreationismus⁶⁰ und befürwortet die Durchführung von Exorzismen.⁶¹

Als ein weiteres Kernthema der Zeitschrift gilt die Warnung vor jeder Form der Esoterik und Religiosität. Derartige Praktiken, wie „Wahrsagerei, Anbetung von Göttern, Zauberei und Götzenopfer“⁶², seien das Werk Satans und dessen Diener falsche Propheten. Die häufige Behandlung der Esoterik und ihrer Gefahren in der Parteizeitschrift *Kurier* nimmt teils absurde Züge an: Die Partei warnt beispielsweise vor der Lektüre der Harry-Potter-Bücher – diese verfolgten „das Ziel [...], Millionen Leser in den Bann von Magie, Hexerei, Umsessenheit und Besessenheit zu ziehen“.⁶³ Die Partei weist im Kontext der Esoterik teils einen Hang zu Verschwörungstheorien auf – etwa in ihrer Reihe „Briefwechsel mit einem Freimaurer“⁶⁴, in der sie von der geheimen Loge und deren Einfluss auf das Weltgeschehen phantasiert.

Neben diesen Schwerpunkten veröffentlicht der *Kurier* Artikelserien – insbesondere fällt in neueren Ausgaben eine Reihe zum Ausschluss Martin Hohmanns aus der CDU wegen einer als antisemitisch kritisierten Rede ins Auge. Vom Juni 2014 bis Ende 2015 erschienen 19 Artikel, die anscheinend Eva Hermans Buch „Das Medienkartell“⁶⁵ entnommen sind.⁶⁶ In den Kurzbeiträgen schildert Hohmann unter anderem seinen Lebensweg nach dem Ausschluss 2003, insbesondere seine juristi-

55 CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 5/2014, S. 3.

56 Vgl. Schirmacher (FN 12), S. 78.

57 CM, Grundsatzprogramm (FN 51).

58 CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 5/1990, S. 1.

59 Adelgunde Mertensacker, Was trennt die Konfessionen? Das Hl. Messopfer und das evangelische Abendmahl, Lippstadt o.J., S. 10.

60 Unter anderem: CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 1/2007, S. 2.; CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 2/2007, S. 2.

61 Unter anderem: CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 10/2008, S. 1. Mertensacker begleitete jahrelang Exorzismen, in denen sie „Erfahrungen“ über dämonische Belastungen sammelte. Vgl. Mertensacker (FN 59), S. 3.

62 Adelgunde Mertensacker, *Der Prophet Allahs*, 2. Aufl., Lippstadt 2006, S. 18.

63 CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 10/2007, S. 2.

64 Vgl. CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 4/1998, S. 3.

65 Eva Herman, *Das Medienkartell. Wie wir täglich getäuscht werden*, Rottenburg 2012.

66 Darauf deuten die Vermerke der Redaktion im Titel der Beiträge hin. Etwa zuletzt: „Martin Hohmann antwortet Eva Herman („Das Medienkartell“)“, in: CM, *Kurier der Christlichen Mit-*

schen Erfolge gegen diverse Medienunternehmen. Er habe die Juden nicht als „Tätervolk“ bezeichnet – dies sei gerichtlich bestätigt. Jeder, der Gegenteiliges behauptete, riskiere eine Geldstrafe.⁶⁷ Weiterhin beschäftigt sich die Artikelreihe mit dem „gouvernantenhaften Verhalten in den Medien“⁶⁸ und der Politikverdrossenheit in Deutschland.⁶⁹ Daneben reagierte die Christliche Mitte in ihrer Parteizeitung auf das von Michael Schmidt-Salomon herausgegebene Kinderbuch „Wo bitte geht’s zu Gott? fragte das kleine Ferkel“⁷⁰, das sich kritisch mit der Vorstellung eines Gottes auseinandersetzt. Beginnend mit einem offenen Brief an die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien⁷¹ gab die Partei bis April 2015 vier weitere Artikel zu den „Ferkelbuch-Beleidigungen“⁷² heraus. Bereits Artikelreihen in früheren Ausgaben hatten die Diffamierung bestimmter Organisationen oder Personenkreise zum Ziel. So gab die Christliche Mitte im Vorfeld der Bundestagswahlen 1994 eine Beitragsreihe zur Konkurrenzpartei „Partei Bibeltreuer Christen“ unter dem Titel „PBC, Sekte mit Parteienstatus“⁷³ heraus. In den Ausgaben von Januar bis November 1990 legte die Partei in der Reihe „Sein Wille geschehe auch auf der Erde“⁷⁴ anhand der zehn Gebote ihre politische und theologische Grundausrichtung dar, die sich über die Jahre nicht verändert hat.

In jeder Ausgabe des *Kuriers* publiziert die Christliche Mitte einen „offenen Brief“, der unterschiedliche Adressaten und Ziele hat. Häufig prangert die Partei Missstände an – sie insistiert dabei auf eine Änderung der Politik. Etwa forderte sie Angela Merkel auf, zum Schutz vor Kämpfern des „Islamischen Staates“ nur christliche Flüchtlinge aufzunehmen⁷⁵; im Jahr 2013 verlangte sie von der Rundfunk- und Fernsehanstalt ein Ende der „Gebühren-Diktatur“⁷⁶, und 1995 warnte sie „alle jungen Mädchen“⁷⁷ vor der Ehe mit einem Moslem. Darüber hinaus nutzt sie den *Kurier* als Danksagung an die „Mit-Verteiler“⁷⁸ der Schriften der Christlichen Mitte, als Nachruf⁷⁹, um Fragen zu beantworten⁸⁰ oder um informelle Beziehungen zu pflegen, etwa zu den „Deutschen Konservativen“ und deren Vorsitzendem Joachim Sie-

te, Nr. 12/2015, S. 2. In einer früheren Ausgabe ist Herman als Quelle genannt: Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 9/2014, S. 2.

67 Vgl. ebd.

68 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 9/2015, S. 2.

69 Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 9/2014, S. 2.

70 Michael Schmidt-Salomon, *Wo bitte geht’s zu Gott? fragte das kleine Ferkel*, Aschaffenburg 2007.

71 Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 12/2014, S. 2.

72 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 2/2015, S. 2.

73 Der erste Artikel erschien in: CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 8/1994, S. 4.

74 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 1-11/1990 S. 4.

75 Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 11/2015, S. 2.

76 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 4/2013, S. 2.

77 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 7/1995, S. 2.

78 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 7/2014, S. 2.

79 Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 1/2015, S. 2.

80 Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 7/2015, S. 2.

gerist.⁸¹ Dieser wurde im Jahr 1994 wegen Volksverhetzung und Anstachelung zum Rassenhass zu einer Haftstrafe verurteilt.⁸²

Neben Kurznachrichten, Gedichten und geistlichen Zitaten druckt die Partei am Ende jeder Ausgabe die Bundes- und Landeskontaktstellen, einen Aufnahmevertrag, ein Abonnementangebot sowie eine Telefonnummer zur Beratung von Schwangeren ab. Zudem kann der Leser in einem „Wissens-Test“ prüfen, ob er den *Kurier* mit Gewinn gelesen hat. Um ihn erfolgreich bestehen zu können, sei es notwendig, im Monat vier Exemplare zu beziehen – eines für das eigene Archiv und drei zur Weitergabe. In unregelmäßigen Abständen erscheinen Rubriken, in denen der *Kurier* seine Leser zu Wort kommen lässt, beispielsweise in „Der Kampf geht weiter“⁸³ oder in „Stimmen von KURIER-Lesern“.⁸⁴

Mit dem Tod Maria Adelgunde Mertensackers⁸⁵ verlor die Christliche Mitte nicht nur ihre langjährige Vorsitzende, sondern auch ihr „berühmt-berüchtigtes“ Mitglied und ihre eifrigste Autorin. Über die Biographie der 1940 Geborenen, die von der Gründung der CM bis zu ihrem Tod im Jahr 2013 den Vorsitz innehatte und sich als „Chefideologin“ ansprechen ließ⁸⁶, ist nur wenig zu erfahren. Außerhalb der CM-Publikationen finden sich kaum Informationen. Nach eigenen Angaben arbeitete sie bis 1985 als Pianistin als „Professorin der Erziehungswissenschaft“ an der Musikhochschule Dortmund. Wie Thomas Schirmmacher recherchierte, gab es dort allerdings nie einen derartigen Lehrstuhl; aus den Vorlesungsverzeichnissen geht keine Tätigkeit Mertensackers hervor.⁸⁷ Allerdings muss sie in Dortmund als Dozentin gewirkt haben: Im Jahr 1985 entließ die Schule sie aufgrund ihrer indoktrinierenden Haltung gegenüber den Studenten. Mertensacker verbreitete ihre Haltung zur Abtreibung und verweigerte bei Meinungsverschiedenheiten die Vergabe von Leistungsscheinen.⁸⁸ In der Folge wechselte sie in die Politik. Ursprünglich war sie für „das raue Klima der Politik nicht geschaffen. Doch sie verstand Politik als praktisches Christsein.“⁸⁹ Kurz vor ihrer erneuten Wiederwahl zur Parteivorsitzenden starb Mertensacker im Oktober 2013. Neben den Beiträgen im *Kurier* veröffentlichte Mertensacker zahlreiche Flugblätter, Bücher und Onlinebeiträge, insbesondere auf der katholischen Plattform gloria.tv.

81 Vgl. CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 2/2015, S. 2.

82 Vgl. Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe PDS/Linke Liste, Drucksache 12/7963, S. 1.

83 CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 6/2014, S. 3.

84 CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 2/2015, S. 4.

85 Aus Hochachtung vor der biblischen Figur Maria verwendete sie stets nur ihren Zweitnamen. Vgl. CM, *Kurier der Christlichen Mitte*, Nr. 10/2015, S. 3.

86 Hoyer (FN 1), S. 25.

87 Vgl. Schirmmacher (FN 12), S. 77.

88 Vgl. Einsicht, Nachrichten: Neues im Fall von Frau Prof. Mertensacker, Nr. 5/1995. Siehe ebenfalls: Edke Rudat, Wann beginnt das menschliche Leben?, in: *Das Ostpreußenblatt* vom 28. September 1985, S. 5.

89 Winfried Pietrek, Sie rettete mehr als 1000 Kinder. Eine große Frau hat uns verlassen, in: *Deutschland-Magazin*, Nr. 65-66/2014, S. 61.

Auf dieser ist auch der geistige Berater der Partei, Pfarrer Winfried Pietrek, mit einer Vielzahl an Video-Predigten zu finden. Für jede Ausgabe des *Kuriers* schreibt er unter seinem Namen mehrere Artikel, die das gesamte inhaltliche Spektrum der Christlichen Mitte abdecken. Vermutlich stammen auch weitere Beiträge von Pietrek, dies legen die Autorenkürzel „PWP“⁹⁰ und „W.P.“⁹¹ nahe. Die Partei möchte anscheinend ihren Autorenkreis breiter wirken lassen oder die Herkunft der Artikel verschleiern. Gegenwärtig ist Pietrek zusätzlich für das Deutschland-Magazin, der Zeitschrift der Deutschen Konservativen, als Journalist tätig. In seiner in jedem Heft wiederkehrenden Kolumne „Atemholen der Seele“ zeigt Pietrek den Heilsweg des Christentums auf. In einem Sonderheft⁹² zur Problematik der Vereinigung „Islamischer Staat in Irak und Syrien“ wird er, unter Verweis auf die Publikationen der Christlichen Mitte, zum Thema Islam und dessen Gefahrenpotenzial interviewt. Mitgliederüberschneidungen zwischen der Christlichen Mitte und den Deutschen Konservativen bestehen nach Aussagen des Vorsitzenden Joachim Siegerist nicht⁹³; allerdings gilt die verstorbene Mertensacker in den Publikationen der Deutschen Konservativen als „Freundin“⁹⁴.

Im Gegensatz zum Vorsitzenden der Partei, Josef Happel, der sich mit Artikeln im *Kurier* zurückhält, liefert sein Stellvertreter Klaus Günther Annen Beiträge für nahezu jede Ausgabe.⁹⁵ Annen ist Vorsitzender der „Nachrichten Europäischer Bürgerinitiativen“, einer Organisation, die für ein unbedingtes Lebensrecht wirbt. Der Betreiber des Portals babykaust.de leitet die „Initiative Nie Wieder!“, die unter anderem die Internetpräsenz abtreiber.com unterhält. Auf ihr finden sich Namen und Adressen von Ärzten und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Dies dürfte ein Versuch der Einschüchterung und Bedrohung sein⁹⁶, ebenso wie die zahllosen Klagen⁹⁷ Annens gegen Ärzte und Kliniken. Der vom Verfassungsschutz als antizionistisch und antiisraelisch bewerteten⁹⁸ Plattform „Muslimmarkt“ gab Annen im Jahr 2006 ein Interview, in dem er den Holocaust herunterspielte. Angesicht der

90 Das Kürzel steht vermutlich für „Pfarrer Winfried Pietrek“. Unter anderem in: CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 12/2015, S. 2.

91 Unter anderem in: CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 9/2015, S. 4.

92 Deutschland-Magazin, Der Islam könnte besiegt werden, doch ... Angst lähmt unsere Gehirne. Ein Interview mit Pfarrer Winfried Pietrek, Nr. 69/2014, S. 10 f.

93 Diese Informationen gehen aus dem E-Mail-Verkehr vom Mai/Juni 2014 mit Joachim Siegerist hervor, dem Vorsitzenden der Deutschen Konservativen.

94 Malina Andronesu, Mutter als Auslaufmodell?, in: Deutschland-Magazin, Nr. 70-71/2015, S. 33.

95 Unter anderem: CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 12/2015, S. 3.; CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 7/2015, S. 4.

96 Vgl. Julinoir, Neue Webseite von Abtreibungsgegner Klaus Günter Annen, unter: <https://no218nofundis.wordpress.com/2010/04/16/neue-webseite-von-abtreibungsgegner-klaus-gunter-annen/> (22. Februar 2016).

97 Siehe <http://www.abtreiber.com/anz/219-me.htm>. (22. Februar 2016).

98 Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 240.

– angeblich – neun Millionen Morde durch Abtreibung in Deutschland seit dem Jahr 1945 sei zu fragen: „Was war da der Holocaust?“⁹⁹

Über die restlichen Autoren der Parteizeitung ist nichts zu erfahren.¹⁰⁰ Hierzu zählen etwa Michael Feodor, „Sr. Anja“ oder Markus Miller. Ein Großteil der Artikel trägt keine Autorenanangaben oder ist mit nicht aufzuklärenden Kürzeln versehen. An wenigen Stellen zeichnet die „Kurier-Redaktion“¹⁰¹ verantwortlich, wobei nicht klar ist, wer ihr angehört.

2. Würdigung

Beiträge in der Parteizeitung *Kurier* sind häufig nach gleichem Muster aufgebaut: Nach einem längeren Zitat folgt die Bestätigung oder Ablehnung der zitierten Position in ein bis zwei Sätzen, abgeschlossen durch den Verweis auf die dem Thema entsprechende Publikation der Christlichen Mitte.¹⁰² Quellenangaben sind, wenn überhaupt angegeben, meist stark verkürzt und oft nicht auffindbar. Zusammenhänge zwischen den Beiträgen bestehen bis auf die genannten Artikelserien nicht.

In ihrer Parteizeitung und insbesondere in den von Mertensacker herausgegebenen Publikationen verlässt die Partei des Öfteren die sachliche Ebene und ergeht sich in Tiraden¹⁰³, die bis an die Straftatbestände der Verleumdung und Beleidigung heranreichen. Zahlreiche Anzeigen, u. a. wegen Volksverhetzung, verdeutlichen dies. Kontroversen oder Debatten finden im *Kurier* keinen Raum, lediglich die als absolut gesetzten Positionen der Christlichen Mitte kommen zum Tragen. Die Partei spielt mit den Ängsten und Sorgen ihrer Anhänger, indem sie gebetsmühlenartig eine potenzielle Verdammung in die Hölle bei Versündigung propagiert. Leser und Sympathisanten werden stets aufgefordert, die „lebensrettenden CM-Materialien“¹⁰⁴ zu verteilen, da nur der Missionierende die Gemeinschaft mit Gott erlangen könne. Untätigkeit oder die Wahl einer falschen Partei seien Sünde und führten zwangsläufig zur ewigen Trennung von Gott, die das größte aller Leiden darstelle. „Wer sich zur CHRISTLICHEN MITTE bekennt, muss allerdings seine heilige Pflicht wahrnehmen, die CM bekannter zu machen: Gewinnen neuer Mitstreiter durch unerschrockenen Einsatz in der Öffentlichkeit.“¹⁰⁵

99 Vgl. Muslim Markt, Muslim Markt interviewt Klaus Günter Annen, unter: <http://www.muslim-markt.de/interview/2006/annen.htm>. (22. Februar 2016).

100 Auf mehrfache Anfragen seitens des Autors reagierte die Partei nicht. Dies gilt sowohl für Fragen zu den Autoren des *Kuriers* als auch für allgemeine Anliegen wie etwa die Auflage der Parteizeitung.

101 Unter anderem: CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 3/2015, S. 2.

102 Exemplarisch kann hier der Artikel „Dringender Appell“ gelten, in: CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 12/2012, S. 1.

103 Vgl. Dirk van den Boom, Politik diesseits der Macht? Zu Einfluss, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1999, S. 97.

104 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 5/1995, S. 1.

105 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 5/1990, S. 1.

Der *Kurier* nimmt im Selbstverständnis der Partei eine herausgehobene Stellung ein: „Doch unbeirrt zieht der KURIER in die Schlacht. Wie David gegen Goliath. Nicht durch weichliches Nachgeben werden die Völker gerettet, sondern durch treues Festhalten an GOTTES Willen.“¹⁰⁶ Die Christliche Mitte betrachtet ihre Arbeit als eine Rettungsmission und einen Kampf zwischen „Gut“ und „Böse“. Die Gläubigen dürften auf den Sieg vertrauen: „Die CM hat bereits eine stattliche Armee vor GOTTES Thron.“¹⁰⁷ Der *Kurier* soll „Akzente setzen gegen gesellschaftlich-politische Strömungen, die den Bestand unseres Volkes und seiner abendländischen christlichen Kultur gefährden.“¹⁰⁸

Hauptanliegen der Partei ist seit ihrer Gründung unverändert die Erneuerung der Herrschaft Jesus im öffentlichen und privaten Leben. Gottes Gebote sollen wieder Richtschnur der Gesetzgebung und des Handelns werden.¹⁰⁹ Sie leitet die Rechte und Pflichten des Menschen aus dem „gottgewollten Naturrecht und [dem] christlichen Sittengesetz, den Zehn Geboten GOTTES“¹¹⁰ ab. Ihre „internationale Bedeutung“ – die weder aus der Primär- noch aus der Sekundärliteratur hervorgeht – sieht die Christliche Mitte als Grund, sich als „Sämann“¹¹¹ des wahren Glaubens zu verstehen. Sie begreift sich als „mahndendes Gewissen“ in der Politik und als letzte Verbliebene, die die Welt vor dem Zerfall bewahren könne, insbesondere mit Blick auf die Abtreibungsdiskussion: „Wenn wir nicht unsere Stimme für die Kinder, für CHRISTUS erheben – wer sonst wird es tun?“¹¹² Die Partei nimmt sich als kleine Herde wahr, der – dank ihrer Bindung an Gott – ein übernatürlicher Erfolg verheißen sei. Die politische Arbeit sei ihre Berufung und die Bindung der Politik an die zehn Gebote ihr Ziel.¹¹³

Diesem Selbstverständnis steht ihre begrenzte Außenwirkung entgegen, wie die eingangs erwähnten Auflagenzahlen des *Kurier* und die marginalen Wahlergebnisse der Partei belegen. Die Christliche Mitte tritt antisäkular, nationalistisch, antijudaistisch, kreationistisch, homo-, islamophob und misogyn auf – dies trägt ihr in weniger orthodoxen, anders- und nichtgläubigen Kreisen erhebliche Kritik ein. Die teils

106 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 11/2010, S. 4.

107 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 5/2014, S. 3.

108 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 3/1990, S. 1.

109 Vgl. CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 1/1990, S. 4.

110 CM, Grundsatzprogramm (FN 51).

111 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 1/2008, S. 1.

112 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 1/2014, S. 2.

113 Dazu siehe die zahlreichen, auf der Homepage der CM verfügbaren Hörvorträge von Merten-sacker. Darunter „Allahs Krieg gegen Christen“, „Was trennt die Christlichen Konfessionen? Charismatische Irrwege“ und insbesondere „Muslime erobern Deutschland“. Abrufbar unter: http://www.christliche-mitte.de/index.php?option=com_rokdownloads&view=folder&Itemid=30&id=4:cds (23. Februar 2016).

aggressiven Reaktionen¹¹⁴ auf Inhalte und Sprache¹¹⁵ der Partei wehrte Mertensacker ab, indem sie unterstellte, Kritiker täten dies nur zur „Abwehr psychischer Schmerzen“. Auslöser sei der Neid auf „das Bekenntnis zur Wahrheit und Moral [...] als Ideal, dem sie selber nacheifern sollten, dies aber nicht wollen.“¹¹⁶

Der Einflussradius des *Kurier* und der Christlichen Mitte ist im Wesentlichen auf die eigene Klientel beschränkt, auch wenn die Partei dies naturgemäß anders wahrnimmt. Dies ist vor allem in der Isolation der eigenen Anschauung im Sinne eines exklusiven Erkenntnisanspruchs und dem daraus gefolgerten dogmatischen Absolutheitsanspruch¹¹⁷ begründet. Durch die abgezirkelten Wertvorstellungen und die Konstruktion einer Binnenethik¹¹⁸ immunisiert sich die Christliche Mitte gegen Kritik und andere Weltanschauungen. Sie glaubt sich im Besitz einer höheren Moral, von der aus sie andersgläubige und nichtreligiöse Menschen verurteilt. Den Kontakt zu anderen Mono- und Polytheisten, Spiritisten, Atheisten und Nicht-Katholiken lehnt die Christliche Mitte vehement ab. Dies gilt ausdrücklich auch für die sonstigen christlichen Parteien in Deutschland, da „andere politische Gruppierungen [...] Missdeutungen der Bibel offen im Schilde“¹¹⁹ führten. Ihren mangelnden Erfolg und die geringe Mitgliederzahl sieht die Partei in der Unterdrückung des Christentums durch den – angeblich – staatlichen oktroyierten Unglauben begründet.

Das Programm der Christlichen Mitte trifft gegenwärtig nur bei einem sehr kleinen Teil der deutschen Bevölkerung auf Sympathie, jedoch bergen einige ihrer Inhalte, beispielsweise die Haltung zur Homosexualität, demokratiegefährdende Kraft. Sie können den Ausgangspunkt für eine Radikalisierung bilden, wie er in anderen Spektren des politischen und religiösen Extremismus auftritt. Eine Gefahr für breite Teile der Gesellschaft geht von der Christlichen Mitte und ihrer Parteizeitung derzeit nicht aus. Hingegen ist eine Gefährdung besonders betroffener Individuen und Gruppen nicht auszuschließen, wenn etwa der stellvertretende Vorsitzende Günther

114 So stellte die Plattform queer.de im Jahr 2013 gegen die Christliche Mitte Anzeige wegen Volksverhetzung. Die Positionen und insbesondere die Rhetorik der Partei gegenüber homosexuell lebenden Menschen veranlasste sie dazu. Vgl. Queer.de, Christliche Mitte: „Homosex ist keine Liebe“. Unter: http://www.queer.de/detail.php?article_id=19583 (27. April 2016). Die Christliche Mitte nimmt alljährlich am „Marsch für das Leben“ teil – einer Demonstration für ein unbedingtes Lebensrecht und gegen die Legalisierung der Abtreibungen. Die Partei beklagt immer wieder bei ihrem friedlichen Marsch von „Krawallmachern“ bedrängt zu werden.

115 Als noch harmloseres Beispiel kann der Artikel „Sie sind gegen den CM-Fernseh-Spot“ gelten, in dem der Kurier einer Kritikerin „Vorhaltungen“, „Enttäuschung“, „Groll“, Verbitterung und Irreführung unterstellt. Siehe: CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 6/1990, S. 3; alternativ der Artikel „Infame Spiegel-Hetze gegen CM“, in: CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 3/1998, S. 1.

116 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 11/2011, S. 3.

117 Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrinen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 12-16.

118 Vgl. Stefan Braun, Religiöser und separatistischer Extremismus. Neue Wesensformen bekannter antidemokratischer Bezüge, in: Beiträge zur Internationalen Politik & Sicherheit, Nr. 2/2005, S. 32 f.

119 CM, Kurier der Christlichen Mitte, Nr. 5/2009, S. 4.

Annen Adressen von Ärzten und Mitarbeitern von Abtreibungskliniken im Internet offen zugänglich macht.

3. Literatur

Der Forschungsstand zur Christlichen Mitte und ihrer Parteizeitung *Kurier* ist veraltet und defizitär. Aufgrund des minimalen Einflusses und der geringen Mitgliederzahl der Partei verwundert dies kaum. In der Dokumentation „Gott in den Bundestag“ vom REMID¹²⁰ erfolgt weder eine Analyse noch eine Wertung der Inhalte der Christlichen Mitte. Wie die Eigenzuschreibung „Dokumentation“ bereits andeutet, bietet das Papier nur eine unkommentierte Zusammenstellung von Informationen. Für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung ist das im Jahr 2001 novellierte Heft nicht geeignet, eher als Fundus für außergewöhnliche Zitate. Ebenso überaltert ist die Abhandlung von Kai Oliver Thielking¹²¹, der fünf, zur Jahrtausendwende aktuelle, christliche Kleinparteien, darunter die Christliche Mitte untersucht. Thielking will die Parteiprogrammatik analysieren, doch gelingt ihm dies nur unzureichend. Beispielsweise fehlen Auseinandersetzungen mit der Islamo- und Homophobie der Partei. Das schmale Werk ist allenfalls eine Einführung, die offenkundig nach einer Vertiefung verlangt.

Gleiches gilt für den Abschnitt über christlich-fundamentalistische Kleinparteien bei Dirk van den Boom.¹²² Der Autor widmet sich neben der Entwicklung der Parteien der stichwortartigen Gegenüberstellung von Programminhalten, etwa zur Abtreibung oder Familienpolitik. Jedoch bleibt der kurze Abschnitt oberflächlich und bietet lediglich einen Überblick. Inhaltlich tiefer geht dagegen die Studie von Guido Hoyer.¹²³ Die Abhandlung analysiert Ideologie und politische Praxis von vier christlichen Kleinparteien, darunter der Christlichen Mitte. Neben der Darstellung der Programmatik wartet die Abhandlung mit einer vergleichenden Betrachtung auf, die eine Zuordnung zum Fundamentalismusbegriff und Berührungspunkte mit dem Rechtsextremismus überprüft. Untersuchungen, welche die Christliche Mitte aus der Extremismusperspektive betrachten fehlen bisher gänzlich. Dies wird der Gefährlichkeit ihrer Glaubensinhalte, insbesondere mit Blick auf das Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat, nicht gerecht.

120 Vgl. REMID (FN 6).

121 Vgl. Thielking (FN 21).

122 Vgl. Boom (FN 103).

123 Vgl. Hoyer (FN 1).

Literatur

Literaturbericht:

The Known Unknown: Neoliberalismus, Demokratie und die Krise von fast allem

Von Matthias Lemke

- Thomas Biebricher**, Neoliberalismus zur Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Hamburg 2015 (*Junius Verlag*), 244 S.
- Rolf Steltemeier**, Liberalismus. Ideengeschichtliches Erbe und politische Realität einer Denkrichtung, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 703 S.
- Colin Crouch**, Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht. Postdemokratie II, 2. Auflage, Berlin 2015 (*Suhrkamp Verlag*), 250 S.
- Wendy Brown**, Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin 2015 (*Suhrkamp Verlag*), 330 S.
- Saskia Sassen**, Ausgrenzungen. Brutalität und Komplexität in der globalen Wirtschaft, Frankfurt a.M. 2015 (*Verlag S. Fischer*), 320 S.
- Joseph Stiglitz**, Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft, München 2015 (*Siedler Verlag*), 512 S.
- Philip Mirowski**, Untote leben länger. Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist, Berlin 2015 (*Verlag Matthes & Seitz*), 352 S.
- Peter Moeschl**, Privatisierte Demokratie. Zur Umkodierung des Politischen, Wien/Berlin 2015 (*Verlag Turia + Kant*), 127 S.
- Stefan Blankertz**, Anarchokapitalismus. Gegen Gewalt, Berlin 2015 (*Books on Demand*), 204 S.
- Martín Caparrós**, Der Hunger, Berlin 2015 (*Suhrkamp Verlag*), 844 S.
- Jürgen Reifemberger**, Neoliberalismus, Krise und die Zukunft des demokratischen Sozialstaats. Diskurse – Strategien – Argumente – Fakten, Marburg 2015 (*Tectum Verlag*), 270 S.
- Julia Schwanholz**, Parlamentsmacht in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die Einführung von Konjunkturprogrammen in Deutschland, Großbritannien und Schweden, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 216 S.
- Franz Walter/Stine Marg** (Hrsg.), Sprachlose Elite? Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen, Reinbek bei Hamburg 2015 (*Rowohlt Verlag*), 352 S.
- Heiko Giebler/Aiko Wagner** (Hrsg.), Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 399 S.
- Emunds, Bernhard/Hockerts, Hans Günter** (Hrsg.), Den Kapitalismus bändigen. Oswald Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik, Paderborn 2015 (*Verlag Ferdinand Schöningh*), 276 S.
- Joseph Vogl**, Der Souveränitätseffekt, Zürich/Berlin 2015 (*Verlag diaphanes*), 320 S.
- Tomáš Sedláček/David Graeber**, Revolution oder Evolution. Das Ende des Kapitalismus? Gespräch mit Roman Chlupatý, München 2015 (*Carl Hanser Verlag*), 144 S.

1. Einführung

Der Verfasser dieser Zeilen hat es nie für möglich gehalten und ist erstaunt, dass er einmal Donald Rumsfeld zitieren würde, noch dazu im Titel eines Literaturberichts. Doch die von Rumsfeld am 12. Februar 2002 im Rahmen einer Pressekonferenz im Pentagon entfaltete Epistemologie passt gut, wenn man einen Überblick über den Komplex an Phänomenen zu erlangen versucht, die landläufig unter dem Stichwort „Neoliberalismus“ subsummiert werden. Vorab ist nur so viel klar: Neoliberalismus existiert. Was er dagegen konkret sein soll, wie und warum er funktioniert, was er mit der Gesellschaft macht und ob er jemals vergeht, und wenn ja, wie, ist hochgradig kontrovers.

Ein schwieriges Feld also. Für den Neoliberalismus gilt ohne Zweifel heute das, was Max Kaase seinerzeit über den Begriff der politischen Kultur beklagte: ihn definieren zu wollen gleiche dem Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. Die Rede vom Neoliberalismus, zu dem Michel Foucault in der Biopolitik-Vorlesung von 1977/1978 am Collège de France gar die aus heutiger Sicht hochgradig harmlos erscheinende Soziale Marktwirtschaft zählte, ist spätestens seit Ende der 1970er Jahre überall verbreitet. Naomi Klein hat die Hegemonialwerdung dieser, auf den Lehren der Chicago School basierenden *Schock-Strategie* 2007 in ihrem gleichnamigen Buch¹ auf beeindruckende Art und Weise nachgezeichnet. Das alles war vor der Weltwirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise, die nach Bekanntwerden der Pleite von Lehman Brothers am 15. September 2008 ins Rollen kam. Und auch danach – wenn man von einem „danach“ sprechen kann, wo doch hinreichend umstritten ist, ob nicht ein „mittendrin“ angebrachter wäre – herrschte, etwa bei Colin Crouch, blanker Unglaube bis hin zu Entsetzen darüber, dass der Neoliberalismus immer noch nicht vom sprichwörtlichen Hof gejagt worden sei. Joris Luyendijk, Journalist des *Guardian*, hat hierzu am Ende seiner ethnographischen Studie *Unter Bankern*² die alles entscheidende Frage formuliert: In seinem Buch hat er die Spezies des Investmentbankers in den Blick genommen, wie sie – zumindest bis zur Umsetzung des Brexit – in ihrem natürlichen Habitat, der City of London, anzutreffen ist. Am Ende kommt Luyendijk nicht umhin festzustellen, dass eine neue Krise nach der alten durchaus möglich ist. Lerneffekte: Fehlanzeige. Die verblüffend einfache Frage dazu lautet: „Warum ändert sich eigentlich nichts?“

Diese Frage ist insofern bemerkenswert, als sie nicht nur das gegenwärtige Phlegma der Politik angesichts des scheinbar naturgesetzlichen, sprich: alternativlosen Gebarens des globalen Banken- und Kapitalgewerbes einfängt. Sie erlaubt auch die Strukturierung der für diesen Literaturbericht vorliegenden Titel in drei Gruppen: Definitionen, Diagnosen und Perspektiven – wiewohl klar sein dürfte, dass hiermit

1 Naomi Klein, *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*, Frankfurt a.M. 2007.

2 Joris Luyendijk, *Unter Bankern. Eine Spezies wird besichtigt*, Bonn 2015.

nicht eine strikte Kategorisierung als vielmehr eine inhaltliche Tendenz des jeweiligen Buches angezeigt wird.

2. Definitionen

Zwei Titel, die eher lexikalischen beziehungsweise definitorischen Charakter haben, seien diesem Literaturbericht vorangestellt. Denn sie ermöglichen auch dem Teil der Leserschaft eine systematische Orientierung über die zwischen Theorie und Praxis oszillierenden, kontroversen Diskurse zum Neoliberalismus, der zu diesem kritischen (oder, wie manche Interpreten meinen, unzulässig ideologisch, zumindest jedoch polemisch aufgeladenen) Begriff bislang kaum Berührungspunkte gehabt hat.

Der erste Titel ist die von Thomas Biebricher verfasste Einführung aus der bekannten Junius-Reihe, die den Anspruch erhebt, allgemein verständlich, umsichtig und systematisch an eine Thematik heranzuführen. Biebricher, der zu Eingang seines Bandes ausführlich auf die Umstrittenheit, normative Aufladung und Unschärfe des Begriffes eingeht, definiert Neoliberalismus performativ als „heterogenes Phänomen“ (S. 17) mit einer „Vielfalt an Wandlungsfähigkeit“ (ebd.) zwischen Privatisierung und Regulierung, das zudem eine praktische und eine theoretische Dimension aufweise. Während sich letztgenannte wesentlich in den Think Tanks des Colloque Walter Lippman, wo 1938 auch die Begriffsprägung erfolgte, der Mont Pèlerin Society und schließlich der Chicago School um Milton Friedman und Gary S. Becker verorten lässt, beginnt die politische Praxis des Neoliberalismus in den 1970er Jahren. Politische Experimente der „Chicago Boys“, die zunächst in Chile während der Militärdiktatur Augusto Pinochets staatliche Regulierung von Marktmechanismen zurückgebaut und Privatisierungsprozesse vorangetrieben haben, sind – in leicht abgewandelter Form – ab Ende der 1970er Jahre auch in anderen Ländern angewandt worden: Reaganomics, Thatcherismus, die späteren Politiken des Dritten Weges. All das waren Versuche, ein Mehr an ökonomischem Wachstum durch Deregulierung, Steuersenkung, Individualisierung und durch einen Rückbau staatlicher Interventionen in Marktmechanismen zu erzwingen. Damit änderte sich insbesondere auch in etablierten, westlichen Demokratien die Balance zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft: statt Government gab es Governance, Public-Private-Partnerships zur Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur nahmen ebenso signifikant zu, wie die Individualisierung der Daseinsvorsorge, etwa im Bereich der Renten- und Sozialversicherungen. Die Stärke von Biebrichers Analyse liegt, neben der differenzierten Erörterung der heterogenen theoretischen Quellen des Neoliberalismus, der es geschafft habe, „die Welt glauben zu lassen, es gäbe ihn nicht“ (S. 9), eindeutig in der Besprechung verschiedener nationaler politischer Programme – Großbritannien, USA, Deutschland – die plastisch vorführen, wie und wie sehr sich die oben angerissene Balance verschoben hat. Und was kommt nun? Die von Biebricher vertretene These einer künftigen „Ordoliberalisierung Europas“ (S. 206), das sich in Folge der Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise unter deutscher Führung hin zu einer

– auch von Habermas erhofften – „supranationalen europäischen Demokratie“ (S. 207) entwickeln werde, erscheint angesichts der derzeit allort aufblühenden populistischen Nationalismen, die mit dem Beschluss über den Brexit bereits substanzielle politische Erfolge vorzuweisen haben, kaum belastbar. Stattdessen scheint sich das auf politischer Ebene fortzusetzen, was die neoliberale Praxis in den vergangenen Jahrzehnten in die Köpfe der Menschen einzupflanzen vermocht hat: Individualisierung.

In der im Vergleich zu Biebrichers Einführung ungleich umfangreicheren Studie von Rolf Steltemeier, geht es – genau genommen – nicht um den Neoliberalismus, sondern um den *Liberalismus*. Steltemeiers ideengeschichtliche und theoretische Rekonstruktion ist hier aber insofern von Belang, als sie nach den Wechselwirkungen von (individueller) Freiheit und (rechtlicher) Gleichheit in (politischer) Gesellschaft fragt und damit an Grundbegriffe rührt, die eben auch im Zeitalter des Neoliberalismus von Belang sind. Drei Aspekte stehen dabei im Vordergrund: Neben einer „historischen Bestandsaufnahme des Liberalismus“ (S. 21), dem eindeutigen Schwerpunkt des Bandes, geht es Steltemeier um die Analyse der internationalen parteipolitischen Verankerung des Liberalismus und schließlich um die Frage, wie sich Tagespolitik und der Kernbestand liberaler Theorie zueinander verhalten. Als ideengeschichtlichen Kernbestand des Liberalismus identifiziert der Band – von Thomas Hobbes bis Mohammad Yunus reichend – vier Elemente, die als idealtypischer Liberalismus zudem tabellarisch aufbereitet werden (S. 568 ff.). In Fragen der Bürgerrechte stehe das Streben nach Verteidigung individueller Interessen gegen die „egalitären Zugriffstendenzen des Staates“ (S. 547) für diesen idealtypischen Liberalismus, in der Wirtschaftspolitik ist es die Förderung freien Handels. Sozialpolitisch steht die Rückführung staatlicher Alimentierungen zugunsten verbesserter „Bedingungen der Selbstverwirklichung“ (ebd.) im Vordergrund, während für außenpolitische beziehungsweise internationale Belange die Idee wechselseitiger Toleranz die zentrale Richtschnur darstelle. Ist eine solche politische Richtung heute noch relevant, zumal, wie das Fazit des Bandes konstatiert, der Zustrom an Wählern bei den liberalen Parteien durchaus größer sein könne? Steltemeier meint ja, und zitiert hierzu als „Credo eines zeitgemäßen Liberalismus“ (S. 677) Norbert Bolz. Dieser schreibt: „Liberal sein heißt, die moderne Gesellschaft und ihren Staat als Tatsache anzuerkennen und als Ärgernis zu bekämpfen“ (ebd.). Wie weit man damit gehen kann, haben – so könnte man polemisch einwenden – die „Chicago Boys“ ja durchaus eindrucksvoll gezeigt.

3. Diagnosen

An Diagnosen zum Thema Neoliberalismus und seinen – zumeist – als unheilvoll beschriebenen Auswirkungen herrscht kein Mangel. Dieser Hinweis sei diesem Kapitel insofern vorangestellt, als eine vollständige Übersicht über die Literatur, die in irgendeiner Form auf den Neoliberalismus Bezug nimmt, und wenn sie nur die im

Jahr 2015 erschienenen Titel zu berücksichtigen beansprucht, angesichts der Masse an verfügbaren Titeln scheitern wird. Auf den Neoliberalismus rekurrierende Gegenwartsdiagnostik ist en vogue, könnte man sagen, was implizit auch einen Rückschluss auf dessen gegenwärtige gefühlte und auch tatsächliche Deutungsmächtigkeit zulässt. Gegenwartsdiagnostik im Zusammenhang mit Erscheinungsformen des Neoliberalismus ist – vielleicht ist das ein kleiner gemeinsamer Nenner – nicht neutral. Ihr haftet immer eine Form von – manche würden sagen: links-romantischer – Empörung an, die mal deutlicher, mal subtiler formuliert sein mag, an deren Vorhandensein jedoch kaum Zweifel bestehen. Der Neoliberalismus und die mit ihm assoziierten Folgen lassen die Autoren, die sich damit beschäftigen, nicht kalt. Die nachstehenden vier Bände, die in diesem Zusammenhang zuerst besprochen werden, stammen allesamt von Autoren, die nicht nur über eine gewisse Prominenz in der Fachdebatte verfügen. Sie haben sich zudem bereits mehrfach in Publikationen der Vorjahre kritisch zur Thematik geäußert.

Eine der bekanntesten politikwissenschaftlichen Artikulationen dieser Empörung stammt von Colin Crouch. Seine bereits 2002 formulierte Postdemokratiediagnose, die den Niedergang westlicher Demokratien unter anderem mit einer neoliberalen Ökonomisierung immer umfangreicherer Daseinsbereiche zu erklären versucht, hat ihren Urheber auf einen Schlag in die globalen Top Ten linker Gegenwarts kritik kapapultiert. Der Band über *Die bezifferte Welt* ist der vierte in einer losen Reihe, die sich nach Erscheinen der *Postdemokratie* (2002) mit der Thematik beschäftigt. Im vorliegenden Band geht es Crouch, der sich bereits in früheren Publikationen über die Verharrungskraft neoliberaler (Austeritäts-)Politik nach der Wirtschafts- und Finanzkrise gewundert hat, primär darum, den Neoliberalismus als eine in immer mehr Lebensbereiche eindringende Rationalität, Denkungsart oder gar Ideologie zu beschreiben. Diese Übergriffigkeit, so Crouch, offenbare totalitäre Züge des Neoliberalismus, der sich als ein „Feind des Wissens“ (S. 13) in modernen Gesellschaften erweise: „Während sich der kaum noch durch politische Regulierungen beschränkte, von der Notwendigkeit vertrauensbildenden Verhaltens befreite und von extremen Konzentrationen ökonomischer Macht verzerrte Markt in immer neue Lebensbereiche ausbreitet, laufen alle diejenigen, die keiner politischen oder wirtschaftlichen Elite angehören, in wachsendem Maß Gefahr, von seinen Anbietern übers Ohr gehauen zu werden.“ (S. 15) Nudging etwa – also der Versuch subtiler Steuerung durch Schaffung entsprechender Anreizstrukturen – wäre so ein Unterfangen, Menschen systemkonform und gegen ihre eigentlichen Interessen zu manipulieren. Aber auch die immer ausgreifendere Anwendung von Kennziffern und Rankings, etwa im Öffentlichen Dienst oder im Gesundheitssystem, soll dazu beitragen, demokratische Gesellschaften effizienter und marktanaloger zu machen und ihnen damit – en passant – die Substanz ihrer politischen Kultur zu rauben: Vertrauen. Hierin liegt nach Crouch das eigentliche Problem des „neoliberalen Mantras“ (S. 235): „Der Neoliberalismus spielt in diesem Zusammenhang vor allem deshalb eine Rolle, weil seine Advokaten unerschütterlich behaupten, daß der Markt alle Vertrauensprobleme lösen werde, weil er Vertrauen überflüssig mache“ (S. 18). Was ist also tun? Crouchs

Fazit klingt verhalten, nicht so sehr, weil er mit einer Frage endet, sondern weil die von ihm entworfene Gegenwartsdiagnose einen so unentrinnbaren Zugriff des Marktes auf die demokratische Gesellschaft beschreibt, dem zu entkommen kaum möglich scheint. Während er in früheren Publikationen aller Ökonomisierung zum Trotz auf eine Stärkung der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure gesetzt hatte, hat sich dieser Akzent verschoben, und zwar zum Staat wie zum Individuum gleichermaßen: „Regulierungsbehörden, Inspektionsmaßnahmen und ein starkes Berufsethos haben sich bereits in der Vergangenheit als nützlich erwiesen“ (S. 235).

Auch Wendy Brown unternimmt den – stärker politiktheoretisch akzentuierten – Versuch einer kritischen Annäherung an eine hegemonial gewordene neoliberale Denkungsart, die – darin stimmt sie mit Crouch überein – nicht nur zunehmend die Fundamente westlicher Demokratien unterminierte, sondern einen „tiefen Antihumanismus“ (S. 268) markiere. In *Die schleichende Revolution* beschreibt Brown, die immer wieder auf die Diagnose biopolitischer Gouvernamentalität von Michel Foucault rekurriert hat, den zeitgenössischen Neoliberalismus nicht bloß als eine Ideologie oder eine Wirtschaftstheorie, sondern als eine vollständige Neuausrichtung allen Denkens, die deswegen so erfolgreich ist, weil es ihr gelingt, als „raffiniertes gesunder Menschenverstand, [als] ein Realitätsprinzip“ (S. 38) zu erscheinen. Unter diesen Vorzeichen drängt die neoliberale Ökonomisierung in immer mehr Bereiche vor: „Der Punkt ist vielmehr, daß die neoliberale Rationalität das Modell des Marktes auf alle Bereiche und Tätigkeiten ausdehnt – auch wo es nicht um Geld geht – und Menschen ausschließlich als Marktakteure auffaßt, immer, nur und überall als *Homini oeconomici*“ (S. 32). Anders als in früheren Entwürfen sei der *Homo oeconomicus* heute indes nicht mehr funktional auf Äußeres ausgerichtet, also etwa auf die Erzielung von Gewinn oder die Produktion von Gütern, sondern auf sein Inneres. Dem modernen, neoliberal subjektivierten Menschen gehe es um die Optimierung seiner selbst zum Zweck der Erzielung größtmöglicher Marktkonformität: Die „symbolische Kreditwürdigkeit“ (S. 35) und die Maximierung des jeweils individuellen Humankapitals haben sich, so Brown, selbstzweckhaft von jeglicher substanziellen Zweckhaftigkeit entkoppelt. Das wiederum habe massive Konsequenzen für liberale, demokratische Politik: „Im politischen Leben [...] transportiert die Neoliberalisierung demokratische politische Prinzipien der Gerechtigkeit in eine ökonomische Sprache, verwandelt den Staat selbst in einen Manager der Nation nach dem Modell eines Unternehmens [...] und höhlt einen Großteil der Substanz demokratischer Staatsbürgerschaft und sogar der Volkssouveränität aus“ (S. 37). Ist diese Entwicklung alternativlos? Gegenwärtig schrumpfen, so Brown, im Zuge der Ersetzung von Politik durch Governance die Räume aktiver, staatsbürgerlicher Gestaltung. Zudem sei es der „neoliberalen Demokratie“ (S. 253) in bisher ungekanntem Ausmaß gelungen, Kapitalismus und Demokratie als nachgerade identisch, als „Marktdemokratie“ (S. 251) darzustellen. Was bleibt, ist die Hoffnung, dass eine – im aufklärerischen Sinne – vernünftige Gestaltung der politischen Belange der Menschen durch die Menschen möglich bleibt, einfach deswegen, weil immer noch Alternativen denkbar sind. Eine schwache Hoffnung, aber immerhin eine Hoffnung.

„Die Ungleichheit hat in den letzten 30 Jahren erbarmungslos zugenommen“ (S. 40). In *Ausgrenzungen* wirft Saskia Sassen aus soziologischer Perspektive einen verstörenden Blick auf die globalen, entzivilisierenden – wie Harald Welzer das nennt – Krisenphänomene des „fortgeschrittenen Kapitalismus“ (S. 77) im 21. Jahrhundert. An den Rändern der Gesellschaft sind zunehmende soziale Ungleichheit, Zerstörung von Umwelt und Ressourcen, Migrationsbewegungen in bislang nicht gekanntem Ausmaß und massenhafte Inhaftierung von Menschen auch in etablierten Demokratien zu beobachten. All diese Dinge, so ihre These, seien auf wenige „destruktive Trends“ (S. 39) und „krasse Verschiebungen“ (ebd.) in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zurückzuführen, etwa auf massive Kapitalkonzentrationen, extrem wachsende soziale Ungleichheit und noch stärker wachsende Verschuldung insbesondere in den Ländern des globalen Südens. Diese Ursachen wiederum versucht Sassen im Begriff der Ausgrenzung zu bündeln: „Seit den 1980er Jahren verstärkt sich eine Dynamik, durch die Menschen aus der Wirtschaft und der Gesellschaft ausgegrenzt werden, und diese Dynamik ist heute in der normalen Funktionsweise der genannten Bereiche fest verankert“ (S. 92). Ein Beispiel für diese gesellschaftliche Verankerung von Ausgrenzung unter fortschrittlich-kapitalistischen Vorzeichen sieht sie in der Privatisierung von Gefängnissen, wie sie in zunehmendem Maße in den USA zu beobachten ist. Während staatliche Gefängnisse als steuerfinanzierte Institutionen dem Auftrag zur Herstellung von Sicherheit folgen und dazu gefährliche oder straffällig gewordene Bürger in Haft nehmen, folgen private Gefängnisse einer gänzlich anderen Logik, nämlich der von Hotels. Wie diese müssen sie, um einen möglichst hohen Profit abzuwerfen, ihre Betten möglichst lange füllen – ungeachtet der Tatsache etwa, ob eine alternative Resozialisierungsmaßnahme für die Betroffenen besser und die für Steuerzahler günstiger wäre. So entstehen im Gefängniswesen, aber auch in anderen Bereichen der Gesellschaft, „räuberische Formationen“ (S. 96), die entgegen gesellschaftlicher Interessen einer eigenen Logik folgen und diese der Gesellschaft aufzwingen. Auch wenn Sassen derlei Entwicklungen nicht explizit als Neoliberalisierung oder Ökonomisierung bezeichnet, so wird doch – mit Blick auf die Analysen von Crouch und Brown – die gemeinsame Stoßrichtung deutlich. Anstelle sich eines „gefährlich enggefassten Begriffs von Wirtschaftswachstum“ (S. 249) auszusetzen und folglich alle Seinsbereiche dem wirtschaftlichen Wachstum von Unternehmen unterzuordnen, so Sassens abschließendes Plädoyer, gelte es zu erinnern, dass „ein funktionierender liberaler Staat ein gewisses Maß an sozioökonomischer Umverteilung“ (S. 256) garantieren musste, um funktionieren zu können. Dass indes die liberale Demokratie – nicht nur wegen ökonomischer, sondern auch wegen brutaler sozialer und ökologischer Herausforderungen – das 21. Jahrhundert überstehen wird, erscheint ihr alles andere als ausgemacht.

Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz fokussiert in der Aufsatzsammlung *Reich und Arm*, ähnlich wie Sassen, die Ursachen und Folgen einer global immer weiter zunehmenden ökonomischen Ungleichheit. Der Band ist alleine schon deswegen lesenswert, weil er entgegen einer zeitgenössischen Sachzwanglogik immer wieder an eines erinnert, nämlich daran, dass Politik gestaltbar ist. Ausgangspunkt der

Überlegungen ist die Beobachtung, dass die amerikanische Gesellschaft, über deren Entwicklung seit der Präsidentschaft von George W. Bush Stiglitz primär schreibt, zutiefst gespalten ist: Während sich der Durchschnittsamerikaner frage, wie er wohl die Ausbildung seiner Kinder bezahlen solle, fragt sich das reichste Prozent eher, welchen Privatjet man kaufen und in welcher Steueroase man das eigene Vermögen am besten vor dem Zugriff des Fiskus in Sicherheit bringen könne. Und Stiglitz scheut nicht davor zurück, konkret zu werden, wenn es um die Beantwortung der Frage geht, wie es denn überhaupt so weit hat kommen können: „Ich bin allerdings der Ansicht, dass die Banken [...] die Hauptschuldigen sind. [...] Ratingagenturen spielten eine zentrale Rolle, denn sie glaubten fest an die Wunder der Finanzalchemie und verwandelten hochriskante Hypotheken in erstklassige Wertpapiere [...]“ (S. 76 f.). Der Befund mag soweit weder kontrovers noch überraschend sein, der folgende ist es vielleicht eher: „Es gibt einen wichtigeren Schuldigen, der tatsächlich in vielen verschiedenen Phasen dieses Krimis hinter den Kulissen die Fäden gezogen hat: das politische System der USA und insbesondere seine Abhängigkeit von Wahlkampfspenden“ (S. 86). Die Analysen des Ökonomen Stiglitz erweisen sich bis zu diesem Punkt als wesentlich konkreter, als es die vorangegangenen, politikwissenschaftlich oder soziologisch akzentuierten waren. Das ist insoweit charmant, als sich an eine konkrete Problemidentifikation auch wesentlich einfacher eine ebenso konkrete Lösungsstrategie anschließen lässt. Anstatt gegen hegemoniale Diskurse, Humankapitalisierung oder Selbstoptimierungspraktiken anzugehen, rät Stiglitz angesichts der krisenhaften Auswüchse des Gegenwartskapitalismus unter anderem dazu, verstärkt wieder auf Mechanismen unabhängiger staatlicher Kontrolle zu setzen. Die ökonomischen Verwerfungen in den USA seien dem Versagen des politischen Gestaltungswillens bei der Steuerung von Marktmechanismen anzulasten – und nicht etwa dem Markt selbst: „Ungleichheit ist also nicht nur vermeidlich, vielmehr würden uns bestimmte politische Maßnahmen ermöglichen, den bestehenden Wohlstand gleichmäßiger zu verteilen“ (S. 297). Im Unterschied zu den vorgenannten Diagnosen, die im wesentlichen von einer Konkurrenz von Markt und Staat beziehungsweise Politik ausgegangen waren, favorisiert Stiglitz offenkundig eine Perspektive, in der beide Verteilungs- und Entscheidungsmechanismen möglichst ausgewogen miteinander verzahnt werden. Das kann in der Konsequenz bedeuten, dass die Politik über massive Umverteilungsmaßnahmen entscheiden muss, die wiederum über Investitionsprogramme oder über Besteuerung realisiert werden können: „Praktisch jede politische Maßnahme, die eine Regierung ergreift, wirkt sich auf die Ungleichheit aus – das ist eine zentrale Botschaft dieses Buches“ (S. 283). Mit anderen Worten – der Staat ist auch im Zeitalter des Neoliberalismus handlungsfähig. Handelt er nicht, ist er – Kehrseite dieser ermutigenden Einschätzung – für das Unterlassen verantwortlich.

Der Befund, den diese vier Gegenwartsdiagnosen liefern, deutet zunächst auf eine gewisse Ernüchterung, um nicht zu sagen auf einen weitreichenden Pessimismus hin, wenn es um die vernünftige, demokratische Gestaltbarkeit der komplexen gesellschaftlichen Verhältnisse des 21. Jahrhunderts geht. Mit Ausnahme der wirt-

schaftswissenschaftlich akzentuierten Diagnose von Stiglitz gehen die Autoren davon aus, dass in dem Maße, in dem es den Imperativen des Marktes gelingt, als unabänderliche Naturgesetze oder als gesunder Menschenverstand zu erscheinen, politische Veränderungen unwahrscheinlicher werden. Anders formuliert: Die derzeitige Hegemonie neoliberalen Denkens und die damit forcierte Indienstnahme und Ausgrenzung der Masse Mensch stabilisiert sich selbst. Das erschwert nicht nur die Überwindung des Status quo, sondern unterminiert die Artikulation jedweder Kritik, egal ob diese sich selbst als euro-atlantische Linke oder als progressiv beschreiben mag. Dass die bestehenden Verhältnisse grundsätzlich kritikbedürftig sind, ist indes ebenso unstrittig, wie die Diagnose eines Ursache-Wirkungs-Zusammenhangs, dem eine Ausdehnung der Sphäre des Marktes bei gleichzeitiger Zurückdrängung des Demokratisch-Politischen zugrunde liegt. Der Staatsbürger wird seit Ende der 1970er Jahre, so ließe sich dieser Prozess auf einen Punkt bringen, mehr und mehr zum Konsumenten.

Neben diesen vier Diagnosen, die wegen der ebenso breiten wie einschlägigen Publikationshistorie ihrer Autoren eine besonders intensive Wirkung innerhalb des inner- wie außerakademischen Diskurses über die zeitgenössische Ökonomisierung entfalten dürften oder bereits entfaltet haben, liegen für den Berichtszeitraum eine Reihe weiterer hochinteressanter Publikationen vor, die zwei sehr unterschiedliche, jedoch auch sehr notwendige Perspektiven auf den Gegenstand anbieten: solche, die grundsätzlich versuchen zu verstehen, was überhaupt vor sich geht; und solche, die sich mit Detailfragen der Folgen neoliberaler Ökonomisierung befassen. Zunächst also zu einigen Bänden, die sich am Verstehen versuchen.

Philip Mirowski nimmt ein Erstaunen auf, das bereits Colin Crouch artikuliert hatte, als der sich über die Beharrungskräfte des Neoliberalismus über die Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise hinaus wunderte. In *Untote leben länger* geht es ihm im Rahmen einer pointiert formulierten wirtschaftshistorischen Analyse um die Frage, wieso die „ideologiefreie Ideologie“ (S. 36) des „neoliberalen Marktfundamentalismus“ (S. 39) bloß so „unbeschadet durch die Krise“ (S. 37) hat kommen und jeder Falsifizierung hat trotzen können. Um diese Frage zu beantworten, bedarf es einer Selbstverständigung darüber, was den zeitgenössischen Neoliberalismus ausmacht. Mirowski, dessen Diagnosen sich in Teilen an die Foucaults anlehnen, sieht im Neoliberalismus ein interessengeleitetes politisches Projekt, das institutionell in der Mont Pèlerin Society und ihren Vertretern verankert sei. Der konstruktivistische Charakter dieses auf die Umprogrammierung der Gesellschaft abzielenden Neoliberalismus lasse sich dabei wie folgt zusammenfassen: „Der reife Neoliberalismus findet am minimalistischen Nachwächterstaat der klassisch liberalen Tradition keinen Gefallen: Sein Hauptmerkmal sind vielmehr Vorschläge und Programme für die Beeinflussung, Übernahme und Transformation eines starken Staates“ (S. 10).

tes,³ der die vollkommene, dem eigentümlichen neoliberalen Idealbild der reinen Freiheit verpflichtete Gesellschaft durchsetzen soll“ (S. 46). Innovativ sei dieses Projekt, weil es als „handlungsorientierte politische Theorie“ (S. 48) jenseits der sonst üblichen Institutionen und Organisationen auftrete und so einen globalen Diagnoseanspruch mit landesspezifischen Interventionen widerspruchsfrei verbinden konnte. Mirowski macht deutlich, dass es dem neoliberalen Projekt keineswegs um die Zerstörung des Staates, sondern vielmehr um dessen Neudefinition gehe: „Eine Möglichkeit, Demokratie zu Zwecken der Machtausübung einzuschränken, bietet die Unterwerfung des Staates unter eine Marktlogik, die vorgibt, man könne ‚Bürger‘ durch ‚Kunden‘ ersetzen“ (S. 63). Damit werde letztlich die Vision realisierbar, wonach, wie Hayek einmal mit Blick auf Carl Schmitt angemerkt hatte, eine „autoritäre Regierung nach liberalen Grundsätzen“ (S. 91) handeln könne. Ausgehend von dieser Diagnose, die das neoliberale Projekt als wissenssoziologisch akzentuierte, internationale politische Strategie beschreibt, vermag Mirowski schließlich auch eine Antwort auf die Frage zu formulieren, warum der Neoliberalismus so unbeschadet durch die jüngsten Krisen gekommen ist. Seine Erklärung ruht auf insgesamt sechs Faktoren, die sich in der Summe so zusammenfassen lassen: Leugnung der „krisenbedingten kognitiven Dissonanz“ (S. 308), wodurch jede Widerlegung des eigenen Weltbildes unmöglich wird; Verstärkung der Einflussnahme auf die Krisendeutung, im journalistischen, im wissenschaftlichen und im Bereich der Protestbewegungen; massenhafte Produktion von Unwissenheit über die Krise. Alle diese und weitere Maßnahmen dienten dem gewünschten Ziel, „die Freiheit des Marktes, seine eigene, unergründliche Antwort auf die Krise zu finden“ (S. 309) zu bewahren. Analytisch spannend ist der finale Hinweis Mirowskis, wonach alle diese Maßnahmen des neoliberalen Projekts von einem „starken Staat in Momenten eines Ausnahmezustandes“ (ebd.) profitieren, die es erlaubten, jenseits gängiger Rechts- und Rechenschaftspflichten sowie demokratischer Verfahren bestimmte Interessen durchzusetzen. Gerade in diesem, zutiefst anti-demokratischen Sinne stehe das neoliberale Projekt, dem Mirowski mit der Mont Pèlerin Society einen verantwortlichen Akteur zuordnet, in tiefer Verbundenheit mit der autoritären denkerischen Tradition Carl Schmitts.

Die These, wonach das neoliberale Projekt die Grundfeste demokratischer Praxis unterminiert, vertritt auch Peter Moeschl in seiner Essaysammlung über die „aktuelle Degeneration des Politischen“ (S. 7). In dem Aufsatz „Privatisierte Demokratie“ führt er unter anderem aus, dass die „moderne Idiotie“ (S. 10) in eine „Entmündigungspolitik“ (ebd.) geführt hat, indem sie die Individuen zu Wirtschaftssubjekten

3 Zumindest dieser Teildiagnose könnte wohl auch Stefan Blankertz zustimmen, der in seinem Band über den *Anarchokapitalismus*, also den von Murray Rothbard (1926–95) inspirierten Entwurf einer rein auf Privatrecht basierenden Gesellschaft ohne staatliche Strukturen oder Institutionen, den „im Spätetatismus erreichten Stand staatlicher Durchherrschaft und Einflussnahme auf das Leben“ (S. 23) ebenfalls anprangert. Darüber hinaus versucht Blankertz kenntnis- und detailreich zu zeigen, inwiefern eine anarchokapitalistische Politik – die „Steigerung des Neoliberalismus ins Unendliche“ (S. 7) – ein wirksames Mittel gegen die von ebenjenem „Feind #1 der Menschheit: Dem Neoliberalen“ (ebd.) ausgehende Gewaltordnung darstellen könne.

gemacht habe, denen wiederum nur am Erfolg der eigenen Interessen gelegen sei: „Das Mantra des Privaten kennzeichnet die derzeitige Schwundstufe von Demokratie“ (S. 12). Diese Entwicklung, die durch eine umfassende Abkehr von einem qualitativ gehaltvollen, gemeinschaftsbezogenen Politikverständnis gekennzeichnet sei, drohe letztlich in einen „biopolitischen Autoritarismus“ (S. 14) abzugleiten. Die Stärke dieses und einiger der anderen Aufsätze dieses Bandes liegt offenkundig weniger in einer differenzierten Begriffsarbeit oder einer systematischen Entfaltung der Theorie des modernen Neoliberalismus. Sie tragen dennoch zum Verständnis dieses politischen Projekts bei, weil sie – auf ganz unterschiedliche Art und Weise – dem bestehenden, konkreten Unbehagen an einer Gesellschaft Ausdruck verleihen, die wesentlich auf Effizienz als „allgemeingesellschaftlicher Konstante“ (S. 35), Markt und Wettbewerb aufbaut und damit fundamentalen menschlichen Bedürfnissen zuwiderläuft.

Hunger ist für Martín Caparrós, einem der führenden öffentlichen Intellektuellen der spanischsprachigen Welt, nicht nur Ausdruck eines solchen fundamentalen menschlichen Bedürfnisses. Hunger ist für ihn auch eine Metapher, in der sich die Widersinnigkeit einer Welt bündelt, in der jedes Jahr neun Millionen Menschen – darunter drei Millionen Kinder unter fünf Jahren – an Unterernährung sterben, während mehrere hundert Millionen an Fettleibigkeit leiden. Sein Buch, das sich im Stile einer groß angelegten Reportage liest, die im dörflichen Niger ebenso beheimatet ist wie auf dem Parkett der Chicagoer Börse, ist voll der Empörung, ohne dabei wütend oder maßlos zu wirken, eher traurig, mitunter gar ermattet, was sich in Sätzen wie diesem niederschlägt: „Die Welt produziert genug Nahrung für alle, doch ein Drittel konsumiert so ungehemmt, dass für die anderen nichts übrig bleibt“ (S. 811). Die Frage, die sich angesichts eines solchen Befundes aufdrängt, lautet unweigerlich: Warum ist das so? Noch etwas nachdrücklicher: „Wie zum Teufel können wir weiterleben, obwohl wir wissen, dass diese Dinge geschehen?“ (S. 12) Wie können wir damit leben, dass zum Befüllen des Tanks eines PKW mit Ethanol E85 170 Kilo Mais erforderlich sind, eine Menge, von der ein Kind ein Jahr leben könnte? Caparrós macht daraus eine sehr einfache Rechnung: „Jedes Jahr werden 900 Millionen Tanks befüllt. [...] Der Agrotreibstoff, den die Autos in den USA verbrennen, würde ausreichen, um sämtlichen hungernden Menschen auf der Welt jeden Tag ein halbes Kilo Mais zu geben“ (S. 391). Aber offensichtlich funktionieren weder die globalen Lebensmittelmärkte noch die globale Politik so, dass derlei Unmenschlichkeiten obsolet würden. Genauso entscheidend wie das globale Versagen von Märkten und Politik, wenn es um die verantwortungsvolle globale Verteilung von Nahrungsmitteln geht, ist indes unser eigenes Versagen: „Der ganze Apparat“, so Caparrós, „stützt sich auf zwei oder drei Pfeiler. Er würde nicht funktionieren, wenn wir nicht annähen, dass alles voneinander unabhängig ist: dass der arme, hungernde Mann in Ma-daoua nichts damit zu tun hat, dass ich in Buenos Aires, Chicago, Barcelona ein ruhiges, sorgenfreies Leben führe“ (S. 743). Es ist nicht zuletzt dieser ins Zynische, ins Gleichgültige überspitzte Individualismus, der dazu beiträgt, dass jeden Tag tausende Menschen an Hunger oder Folgeerkrankungen sterben, allesamt Tode, die ver-

meidbar wären. Caparrós vorzuwerfen, dass er vielfach Bekanntes – man könnte auch sagen: allzu gern Vergessenes – hervorkramt, gekonnt arrangiert und darüber die Frage nach möglichen Auswegen übergeht, ist wohlfeil. Denn genau genommen steckt der Ausweg aus diesem abermillionenfachen Leiden und Sterben im vorstehend zitierten Satz. Genauso wie Stiglitz verweist Caparrós auf einen ebenso banalen und doch häufig nicht beherzigten Umstand. Wir alle könnten auch anders, noch dazu ohne viel Aufwand, und die Spaltung der Welt ließe sich überwinden: „Die Verbindungen herzustellen“, so geht der Satz bei Caparrós weiter, „ist ein entscheidender Akt der Rebellion“ (ebd.).

Jürgen Reifenberger geht es in seiner Studie weniger um eine Rebellion gegen die bestehenden Verhältnisse eines dysfunktionalen globalen Nahrungsmittelmarktes. In *Neoliberalismus, Krise und die Zukunft des demokratischen Sozialstaats* steht vielmehr die historisch-prozedurale Analyse des ebenso filigranen wie schwierigen Verhältnisses von Staat und Markt im Vordergrund. Schwierig ist dieses Verhältnis, weil es – mit Blick auf die westlichen Demokratien – mit der Hegemonialwerdung des Neoliberalismus zu einer Verabsolutierung des Markt- und Wettbewerbsgedankens beigetragen habe. Die Demokratie, so der allerorten überwiegende Eindruck, ist auf der Strecke geblieben: „Der Gedanke des funktionalen Zusammenhangs zwischen ökonomischer Verteilungsgerechtigkeit, sozialem Ausgleich und Stabilität der Demokratien rückt zusehends in den Hintergrund“ (S. 9). Wie konnte es dazu kommen? Reifenberger deutet aus Perspektive der sozialen Demokratie an, wie es mit Hilfe der „Master-Idee neoliberaler Agenden“ (S. 51) gelungen ist, den Konsens der ordoliberalen sozialen Marktwirtschaft der frühen Bundesrepublik aufzubrechen. Deren Liberalisierungsstrategie beruhe auf der Umsetzung dreier Prinzipien: der Eigenverantwortlichkeit handelnder Akteure, der Entscheidungsautonomie dieser Akteure und schließlich jenem einer unbedingten Geltung von Konkurrenz und Wettbewerb, die jeglicher staatlicher Intervention oder Regulierung vorzuziehen sei. Das Ganze der Gesellschaft – also die Summe der u.a. sozialen, ökonomischen, politischen Beziehungen – würde so einer „Atomisierung in Wirtschaftseinheiten“ (S. 52) unterworfen: „So gesehen stellt der Neoliberalismus ein Gegenmodell nicht nur zu sozialistischen, sondern auch zu wohlfahrtsstaatlichen Konzepten dar“ (S. 53). Konkrete Schritte zur Umsetzung dieser neoliberalen Reformprogrammatik ließen sich unter dem Stichwort Deregulierung subsummieren: Privatisierung staatlicher Aufgaben, Subventionsabbau und die Liberalisierung der Arbeitsmärkte (in Deutschland paradigmatisch die sogenannte „Agenda 2010“). Und die Zukunft? Die sieht für Reifenberger düster aus, denn eine „Abkehr von einem globalen finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregime“ (S. 182) sei genauso wenig zu erwarten, wie eine Rückkehr zu den „Normen und Verpflichtungen der sozialen Massendemokratien“ (S. 181). So stimmig und so anschlussfähig viele der hier vorgestellten und historisch eingeordneten Entwicklungen neoliberaler Ökonomisierung auch sein mögen – den entscheidenden Schritt, nämlich die Suche nach dem konkreten „Wie“ der He-

gemonialwerdung eines überall auf Widerstand stoßenden ökonomischen Systems, geht Reifenberger, im Unterschied etwa zu Mirowski,⁴ nicht.

Nach diesen eher grundsätzlich orientierten, auf das Verstehen der Bedingungen und Grundlagen einer neoliberalen Welt ausgerichteten Studien seien nun noch zwei Bände vorgestellt, die sich stärker auf Detailfragen fokussieren. Julia Schwanholz geht in ihrer politikwissenschaftlichen Dissertation mit dem Titel *Parlamentsmacht in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise* der Frage nach, „wie viel Macht [...] Parlamente in der Krise“ (S. 16) geltend machen können, um erfolgreich gestaltend auf die Krisendynamik einzuwirken, und welche Arten von Parlamentsmacht unterschieden werden können. Denn Krisen gelten als Zeiten der Exekutive, die, so die generelle Annahme, durch ihre Aktivitäten die Legislative tendenziell marginalisiert. Zur Beantwortung der Forschungsfragen entwirft Schwanholz ein vergleichend angelegtes Forschungsdesign, das in eigenen Fallstudien die Einführung von Konjunkturprogrammen in Deutschland, Großbritannien und Schweden analysiert. In kurzer zeitlicher Folge, im November und Dezember 2008, haben die drei genannten Länder Konjunkturprogramme erlassen, die als „Mischung aus Leistungs- und Anreizprogrammen“ (S. 18) zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur klassische Krisenreaktionsmuster darstellten. Insofern für die Bereitstellung dieser Programme Haushaltsmittel der jeweiligen Staaten erforderlich waren, tangierten diese die Parlamentshoheit und seien daher auch als parlamentarisch induzierte Maßnahmen ökonomischer Krisenintervention zu bezeichnen. Im Zuge der Rekonstruktion einschlägiger Akteurskonstellationen und Handlungen durch Process Tracing gelingt es Schwanholz, „sequenzielle Kausalmechanismen“ (S. 19) in den parlamentarischen Entscheidungsverfahren zu identifizieren. Ihre qualitative Inhaltsanalyse, die sie mit 22 leitfadengestützten Interviews mit beteiligten Politikern flankiert, mündet unter anderem in den – letztlich recht allgemein formulierten – Befund, dass „alle drei Parlamente am Beispiel der Untersuchungsfälle auch in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 funktionierten und in diesem Sinne mächtig waren“ (S. 173 f.). Unterschiedliche Ausprägungen von Parlamentsmacht ließen sich durch jeweils spezifische Kombinationen „vor allem institutioneller und parteipolitischer, nicht jedoch [durch] nicht-elektorale Determinanten“ (S. 174) erklären. Die im Zuge der globalen Neoliberalisierung immer wieder diagnostizierte Etablierung einer starken, auf die

4 Ähnlich wie Mirowski unternehmen auch Franz Walter und Stine Marg in *Sprachlose Elite* den Versuch, mit der Akteursdimension dieses konkrete „Wie“ neoliberaler Ökonomisierung zu erschließen. Der von BP Europa SE geförderte Band geht, so die Herausgeber in der Einleitung, der Frage nach, wie er denn beschaffen sei, der „Unternehmer [als] eine Schlüsselfigur der Gegenwart“ (S. 10), in der doch viele seit der Wirtschafts- und Finanzkrise lediglich „Zocker und Hasardeure“ (ebd.) zu erkennen vermögen. Um dieses Bild zu präzisieren, wertet die vorliegende Untersuchung „circa 250 Gesprächsstunden [mit] rund 160 Managern, Gesellschaftern, Vorstandsvorsitzenden, Betriebsdirektoren, Geschäftsführern und Unternehmern zu ihrem Politik- und Gesellschaftsbild, ihrer persönlichen Biographie, ihren Wertvorstellungen und vielem mehr“ (S. 16) aus. Und wie lautet der Befund über das Unternehmertum? Ganz am Ende der Studie steht dazu ein ebenso unauffälliger wie radikaler Satz. Unternehmerische Selbständigkeit sei in keinem der führenden Industrieländer so schlecht angesehen wie in Deutschland: „Eine Festanstellung im öffentlichen Dienst reizte mehr“ (S. 341).

Durchsetzung von Regierungshandeln zugespitzten Staatlichkeit gewinnt durch dieses Ergebnis nicht weiter an Plausibilität. Andererseits bliebe natürlich zu fragen, inwieweit die sich in der Parlamentsmacht manifestierenden politischen Agenden jenseits jener der Exekutive bewegen. Wären sie mit jener der Exekutive deckungsgleich, würde es schwierig, das Parlament als eigenständig gestaltenden politischen Akteur in der Krise zu behaupten, wie es der Begriff der Parlamentsmacht nahelegt.

Der Zusammenhang von *Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten* steht im Mittelpunkt des von Heiko Giebler und Aiko Wagner herausgegebenen Sammelbandes. Die dort versammelten Beiträge, so die Herausgeber in ihrer Einleitung, gehen abschließend der Frage nach, „welche Auswirkungen ökonomische Entwicklungen auf das politische Verhalten bzw. verhaltensrelevante Einstellungen und Orientierungen haben – sowohl in Bezug auf die Bürgerinnen und Bürger als auch auf die Parteien“ (S. 9). Regierungen, so die Herausgeber weiter, erführen dann Zuspruch, wenn die Wirtschaft prosperiere. Diesen ebenso einfachen wie vielfach bestätigten Zusammenhang beleuchten die Beiträge aus vier unterschiedlichen Perspektiven, allesamt um den Begriff des ‚economic voting‘, also „eines Wahlverhaltens, das durch wirtschaftliche Bedingungen determiniert ist“ (S. 11), gruppiert. Seit dem Beginn der Weltwirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2007 seien derlei Wahlverhalten und entsprechende Wählergruppen unter bestimmten Bedingungen und mit spezifischem Output vermehrt zu beobachten. Thorsten Faas und Jürgen Maier untersuchen in ihrem Beitrag aus der Rubrik „Wann wird ökonomisch gewählt?“ (S. 235) den Zusammenhang von Wirtschaftslage und entsprechender Kompetenzzuschreibung mit Blick auf das Fernsehduell zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück aus dem Jahr 2013. Economic voting, so ihr Fazit, sei „nichts ‚Natürliches‘“ (S. 263), sondern müsse „konstruiert und etabliert werden“ (ebd.), gerade auch im Umfeld medialer Großereignisse um eine Wahl. Faas und Maier ziehen diesen Schluss, weil erst das von ihnen wegen des „gut kontrollierbaren Umfelds“ (S. 262) untersuchte Fernsehduell dazu geführt habe, dass tatsächlich messbare Präferenzen mit den theoretischen Erwartungen in Einklang gestanden hätten. So etwa habe sich die positive wirtschaftliche Stimmung erst nach dem Duell zugunsten der Zustimmungsraten des Regierungslagers niedergeschlagen. Daniela Braun und Markus Tausendpfund gehen mit Blick auf die Frage nach den Konsequenzen von economic voting der Frage nach, wie sich – in verschiedenen europäischen Ländern – die Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Unterstützung der Regierung ausgewirkt hat: „Je tiefgreifender sich die Wirtschaftskrise in einem Land manifestiert“, so eine ihrer analyseleitenden Hypothesen, „desto stärker ist ihr negativer Einfluss auf die politische Unterstützung der Bürger“ (S. 336). Hinsichtlich dieser Hypothese kommen Braun und Tausendpfund im Zuge einer multivariaten Mehrebenenanalyse unter anderem zu dem Ergebnis, dass in den untersuchten Staaten die Unterstützung für die Demokratie grundsätzlich höher ausfalle als jene für die Regierung. Gerade in den Ländern, die – wie Griechenland, Spanien, Portugal, aber auch Irland und Zypern – ab 2008 besonders stark von der Krise betroffen waren, sei die Unterstützung der Regierung sehr deutlich abgefallen, wohingegen derlei für weniger betroffene Staaten nicht zu beob-

achten sei. Das spreche „für eine klare Bestätigung [der] theoretischen Annahme“ (S. 355) – auch, was das große Ganze des Bandes anbelangt. Ökonomie und Demokratie, so ließe sich resümieren, sind keinesfalls distinkte Sphären: Sie durchdringen einander.

4. Perspektiven

Was kommt – so bliebe nach den Diagnosen über die gegenwärtige neoliberale Ökonomisierung zu fragen – nach dem Neoliberalismus? Oder zumindest, wenn es denn kein „nachher“ geben sollte: Wohin führt der Neoliberalismus? Der Literaturbericht ist nicht unbedingt der Ort politischer Kaffeesatzleserei – wohl aber der, an dem es einen Blick auf jene Publikationen zu werfen gilt, die schwerpunktmäßig einen Ausblick auf die Zeit jenseits der derzeitigen neoliberalen Hegemonie wagen wollen. Das Vorhandensein von neoliberaler Hegemonie und folglich auch von ihren Auswirkungen ist unter den hier versammelten sozialwissenschaftlichen wie ökonomischen Diagnosen nicht ernsthaft umstritten. Ausblick kann dabei mindestens zweierlei bedeuten: den Entwurf einer – zumeist – dystopischen Zukunftsprognose wie das Aufzeigen alternativer politischer, sozialer und ökonomischer Handlungsstrategien.

Joseph Vogls Band *Der Souveränitätseffekt* ist, wenn es um eine differenzierte Analyse der Entstehung und Wirkung des modernen Finanzkapitalismus geht, ein Ort politischer Dystopie par excellence. Sein ideengeschichtlich überaus differenziert und klar vorgetragenes Argument über das „aktuelle finanzökonomische Regime“ (S. 29) heißt: Ökonomie und Politik stellten in der Neuzeit keine distinkten Sphären mehr dar, vielmehr sei – hier bewegt sich Vogl in der Diktion Foucaults – die „Entstehung neuzeitlicher Regierungskunst von einer wechselseitigen Durchdringung beider Bereiche“ (ebd.) geprägt gewesen. Deutlich werde diese Amalgamierung im Begriff der politischen Ökonomie als Wohlstandswissenschaft, wie Rousseau das bereits 1755 in seinem Artikel zur *Économie politique* in der *Encyclopédie* von Diderot und d’Alembert angedeutet hat: „Die neuzeitliche Ökonomie eröffnet [...] nicht nur ein Interventionsfeld, das politische Sorge auf weitläufige und komplexe Verhältnisse zwischen Reichtümern, Bevölkerungen und Verkehrsweisen richtet [...]. Die damit verbundenen Ordnungskategorien importieren auch ein theologisches Raster, das administrative Operationen mit einer providenziellen Ausrichtung versieht“ (S. 46). Bereits hier schält sich, so Vogl, die Behauptung einer Eigengesetzlichkeit des Ökonomischen heraus, was spätere Interpreten etwa als Postulat der Naturgesetzlichkeit des modernen Neoliberalismus beschrieben haben: „Seit Ende des siebzehnten Jahrhunderts bedeutet gutes Regieren also ökonomisches Regieren“ (S. 61). Dieses gute Regieren vollzieht sich unter liberalen Auspizien in zwei Sphären: einmal in jener des Rechts, an das die politische Herrschaft gebunden ist; und einmal in jener des Marktes, in der ökonomisches Regieren – im Sinne der Rousseau’schen *Volonté générale* – selbstregulativ funktioniert. Der moderne Neoliberalismus tendiere nun dazu, diese im Liberalismus angelegten Sphären der Regie-

rung zu verschmelzen, indem er „die Ausübung von Macht selbst nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu regeln“ (S. 66) versuche. Die „Ökonomisierung des Regierens“ (S. 143) habe, so Vogl weiter, etwa in Form der Zentralbanken neue Institutionen hervorgebracht, die ihrerseits erfolgreich um manifesten politischen Einfluss gerungen haben: „Die Bindung des Souveräns ging mit einer Apotheose der Finanz einher, die Emanzipation von Finanzmacht wurde durch die Selbstbeschränkung politischer Souveränität garantiert“ (ebd.). Moderne Staatlichkeit sei damit immer als ein komplementärer Prozess der Herausbildung politischer und ökonomischer Regierungstechniken zu denken, wobei sich diese in Form des modernen Finanzregimes gegenüber der institutionalisierten Politik durchgesetzt haben. Denn das moderne Finanzregime, so Vogl, „positioniert sich als parademokratische Ausnahme-macht. Es bindet durch Schulden und Schuldigkeit. [...] Souverän ist, wer eigene Risiken in Gefahren für andere zu verwandeln vermag und sich als Gläubiger letzter Instanz platziert“ (S. 251). Nimmt man den Begriff des Gläubigers letzter Instanz als Institution gewordenen Fluchtpunkt einer Perfektionierung von Regierung, dann – und darin liegt das Dystopische der Analyse Vogls – hätte die neoliberale Ökonomisierung der Gegenwart gesiegt. Der moderne Finanzkapitalismus und die von ihm entwickelte Herrschaftstechnik, wie sie derzeit etwa in Form der sogenannten „Trojka“ politische Wirkung entfalten, würden tatsächlich das Ende der Geschichte markieren.

Es geht aber auch weniger dystopisch, zumindest etwas. In einem gemeinsamen Interviewband, der als Streitgespräch angelegt ist, prognostizieren der tschechische Ökonom Tomáš Sedláček und der amerikanische Ethnologe David Graeber das *Ende des Kapitalismus* – wenn auch verhalten und mit einem Fragezeichen versehen. Dieses Fragezeichen schwebt aber weniger über dem Umstand, dass es zu eben jenem Ende kommen werde – denn ein freier Markt ohne jegliche Regulierung führe unweigerlich in eine Sackgasse. Wesentliche Uneinigkeit besteht zwischen Sedláček und Graeber vielmehr darüber, wie genau sich das prognostizierte Ende vollziehen werde, ob es also tatsächlich ein Ende des Gegenwartskapitalismus geben wird oder eher einen Wandel. „Wie wahrscheinlich ist es denn“, so formuliert Roman Chlupatý die in diesem Zusammenhang einschlägige Frage an die beiden Diskutanten, „dass wir nach einem potenziellen Kollaps die Dinge auf eine neuartige Weise wieder zusammensetzen werden?“ (S. 139) Die Antworten auf diese Frage fallen denkbar unterschiedlich aus. Für Graeber stellt der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine nachgerade unausweichliche Option dar: „Ich rechne damit, dass es eine Reihe dramatischer Ereignisse geben wird, die nahezu unvermeidlich sind“ (S. 138). Angesichts dieser Prognose sieht er in der demokratischen Wiederaneignung und Organisation der Kontrolle gemeinschaftlicher Belange, wie sie etwa von Occupy vorgelebt wurde, die vordringlichste Aufgabe der kommenden Zeit. Auch wenn das von ihm beschriebene Szenario sehr risikobehaftet sei und chaotisch anmute, so Graeber, so sei ein Versuch der Umwälzung immer noch besser als mit den pathologischen Strukturen des bestehenden Systems weiterzumachen. Sedláček hingegen, der sich selbst als „Reformkapitalist“ (S. 141) bezeichnet, kapriziert sich

weniger auf den Zerfall des Kapitalismus, als vielmehr auf dessen Potenzial, sich zu verändern – und damit auch sich selbst zu reformieren.⁵ Was nicht bedeutet, dass er dem Gegenwartskapitalismus positiv gegenüberstünde: „Ich würde viel eher sagen, gut, hier gibt es einige Probleme, viele Probleme, das System funktioniert nicht mehr. Es ist auf die Dauer unhaltbar, es ist tot [...]. Lasst uns daher versuchen, es zu ändern, so gut es geht“ (ebd.). Dennoch gelte es, Veränderung nicht um jeden Preis zu erzwingen, und Reformprozesse maßvoll zu gestalten. Denn: „Chaos ist sehr gefährlich“ (S. 142). Jenseits dieser beiden Modelle künftiger Entwicklung – Revolution hier, Reform dort – bleibt schließlich noch die Frage, was denn für die Zeit nach dem Ende der neoliberalen Hegemonie zu wünschen wäre. Im Zeitalter des Neoliberalismus, so sind sich Sedláček und Graeber trotz ihrer unterschiedlichen politisch-strategischen Präferenzen einig, sei die Ökonomie jenseits jeglicher Rückkopplung an gesellschaftliche Belange mehr und mehr zu einem Selbstzweck degeneriert. Ihre unmenschlichen Züge – wie sie auf so bedrückende Art und Weise Martín Caparrós nachgezeichnet hat – haben sich im globalen Maßstab brutal durchgesetzt. Wenn „gewissermaßen eine Wiedergeburt des Menschlichen“ (S. 143) gelänge, so Tomáš Sedláček, wäre schon viel erreicht. Dem kann auch David Graeber beipflichten.

5. Was bleibt? – ein Fazit

Zu Eingang dieses Literaturberichts hatte ich den Neoliberalismus – unter Rückgriff auf die Epistemologie Donald Rumsfelds – als known unknown bezeichnet. Was hat sich nach Durchsicht der vorstehenden Literatur aus dem Jahr 2015 an diesem Bild geändert? Drei Dinge, die den Neoliberalismus als dominante ideologische Erscheinung des späten 20. und des frühen 21. Jahrhunderts greifbarer machen, scheinen mir erwähnenswert:

- (1) Der Neoliberalismus existiert. Biebricher hatte zu Recht darauf hingewiesen, dass es ‚den‘ Neoliberalismus nicht gebe. Zu heterogen sei das Feld wirtschaftlicher Theorien, die für sich reklamieren, in der Tradition liberaler Markt- und Wirtschaftstheorie zu stehen. Versteht man Neoliberalismus jedoch als – neutral formuliert – politische Strategie, dann ist die Verwendung des Singulars allerdings legitim. Als politischer Strategie geht es diesem Neoliberalismus

5 In eine ähnliche Richtung argumentiert auch der Band von Bernhard Emunds und Hans Günter Hockerts, die im Anschluss an Oswald Nell-Breuning (1890–1991) Überlegungen präsentieren, wie man *Den Kapitalismus bändigen* könne. Als öffentlichem Intellektuellen sei es Nell-Breuning, so die Herausgeber in ihrer Einleitung, um eine Aussöhnung der Kirche mit der Arbeiterbewegung gegangen. Anstelle sich jedoch den Begriff der sozialen Marktwirtschaft zu eigen zu machen, habe er auf dem des „sozial temperierten Kapitalismus“ (S. 12) bestanden, um den von ihm als grundlegend erachteten Konflikt zwischen Arbeit und Kapital nicht begrifflich zu verschleiern. Nell-Breuning, dem es um eine sozialpartnerschaftliche Ausbalancierung dieses Konflikts gegangen sei, könne durch sein Insistieren auf pragmatischer „politischer Klugheit“ (S. 14) auch angesichts der Verwerfungen der neoliberalen Ökonomisierung wertvolle Impulse zur Krisenbewältigung liefern.

darum, staatliche Institutionen als Garanten einer umfassenden Marktgesellschaft in Dienst zu nehmen. Neoliberalismus zielt damit weniger auf den Rückbau von Staatlichkeit, sondern vielmehr – darin liegt sein expansiver, auf Hegemonie ausgerichteter Charakter – auf eine Ausdehnung ökonomischer Logiken und Handlungsimperative in möglichst viele Bereiche der Gesellschaft und damit nicht zuletzt auch in die Politik.

- (2) Als politische Strategie hat der Neoliberalismus Urheber. Dieser Umstand verdient insofern Beachtung, als wesentliche Teile der neoliberalismuskritischen Literatur auf der von Michel Foucault formulierten Diagnose biopolitischer Gouvernementalität aufsetzen, die Byung-Chul Han 2014 gar zu einer Herrschaftstechnik der Psychopolitik zugespitzt hat.⁶ Damit einher geht meistens eine gewisse Leere, wenn es um die Zuschreibung von Verantwortung für die gegenwärtige Entwicklung geht. Im Zweifelsfall bleibt lediglich, folgt man der Logik der Selbstoptimierung und Subjektivierung in modernen Gesellschaften, das eigene Selbst als Urheber neoliberaler Ökonomisierung. Im Unterschied zu dieser Sichtweise, die auf die Diagnose einer Selbstunterwerfung hinausläuft, betonen Autoren wie Mirowski und Vogl, dass es mit neoliberalen Think Tanks, wie der Mont Pèlerin Society, oder Banken ein ganzes Spektrum an mehr oder minder souveränen Akteuren gebe, die aktiv auf eine neoliberale Ökonomisierung hinwirken. Der neoliberalen Ökonomisierung Gesichter verliehen zu haben, vereinfacht nicht nur das ohnedies komplizierte Adressieren von Kritik. Es ermöglicht auch die Reflexion über gesellschaftliche Reformen – von der institutionellen Umgestaltung bis hin zur Re-Demokratisierung.
- (3) Neoliberalismus – und dieser Punkt zielt nicht zuletzt auf die eingangs aus dem Band von Joris Luyendijk zitierte Frage – ist kein Naturgesetz. Nimmt man die beiden vorstehenden Punkte ernst, so gilt, trotz aller ideologischen Vereinnahmung der Gegenwart durch das politische Projekt des Neoliberalismus, welches die eigene wirtschaftliche Ideologie gerne als gesunden Menschenverstand oder als alternativlos darstellt: Auch und gerade die heutige Gesellschaft ist weit davon entfernt, sich in einem Zeitalter der Postkontingenz zu befinden, in dem kollektiv verbindliches Entscheiden nicht mehr nötig und folglich auch nicht mehr aushandlungsbedürftig wäre, weil ohnehin schon alles vorherbestimmt oder berechnet ist. Im Gegenteil: Die menschlichen Verhältnisse – und damit das Politische ebenso wie das Ökonomische – sind nach wie vor kontingent, also gestaltbar und angesichts all des Leidens an und in der Gesellschaft: dringend gestaltungsbedürftig.

6 Byung Chul Han, Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken, Frankfurt a.M. 2014.

Sammelrezension:

Dschihadismus und der Islamische Staat

Von Michail Logvinov

- Christoph Reuter**, Die schwarze Macht. Der Islamische Staat und die Strategie des Terrors, München 2015 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 351 S.
- Peter R. Neumann**, Die neuen Dschihadisten. IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus, Berlin 2015 (*Ullstein Verlag*), 256 S.
- Rainer Hermann**, Endstation Islamischer Staat? Staatsversagen und Religionskrieg in der arabischen Welt, München 2015 (*Deutscher Taschenbuch-Verlag*), 142 S.
- Olivier Hanne/Thomas Flichy de la Neuville**, Der Islamische Staat. Anatomie des Neuen Kalifats, Berlin 2015 (*Vergangenheitsverlag*), 180 S.
- Bahnam T. Said**, Islamischer Staat. IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigaden, München 2015 (*Verlag C.H. Beck*), 223 S.
- Janusz Biene/Julian Junk** (Hrsg.), Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Herausforderungen für Politik und Gesellschaft, Frankfurt a.M. 2015 (*Verlag epubli*), 157 S.
- Janusz Biene/Martin Schmetz** (Hrsg.), Kalifat des Terrors. Interdisziplinäre Perspektiven auf den Islamischen Staat, Frankfurt a.M. 2015 (*Verlag epubli*), 100 S.
- Guido Steinberg**, Kalifat des Schreckens. IS und die Bedrohung durch den islamistischen Terror, 2015 (*Knaur Taschenbuch*), 208 S.
- Loretta Napoleoni**, Die Rückkehr des Kalifats. Der Islamische Staat und die Neuordnung des Nahen Ostens, Zürich 2015 (*Rotpunkt-Verlag*), 158 S.
- Jürgen Todenhöfer**, Inside IS – 10 Tage im „Islamischen Staat“, München 2015 (*C. Bertelsmann Verlag*), S. 286.
- Petra Ramsauer**, Die Dschihad-Generation. Wie der apokalyptische Kult des Islamischen Staates Europa bedroht, Wien 2015 (*Verlagsgruppe Styria*), 208 S.
- Wieland Schneider**, Krieg gegen das Kalifat. Der Westen, die Kurden und die Bedrohung „Islamischer Staat“, Wien 2015 (*Verlag Braumüller*), 248 S.
- Ahmad Mansour**, Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen, Frankfurt a.M. 2015 (*S. Fischer Verlag*), 271 S.

Im Vergleich zu den weniger „prominenten“ Krieksakteuren in anderen Weltregionen sind die Entstehungsgeschichte und das „Regierungssystem“ des (nicht nur) so genannten Islamischen Staates gut dokumentiert und vielseitig reflektiert. Es wurden allein im deutschsprachigen Raum zahlreiche Analysen von – renommierten und weniger bekannten – Experten sowie Journalisten mit und ohne direkten Zugang zum Forschungsgegenstand veröffentlicht. Dabei haben sich die meisten Autoren im Gegensatz zum chronologischen Ansatz – so wie er im Buch von Charles R. Lister *Al-Qaida, The Islamic State and The Evolution of an Insurgency* zu finden ist – für eine weniger dichte Beschreibung entschieden. Dafür aber darf der Leser umso mehr

analytischen Tiefgang und Antworten auf einige brennende Fragen erwarten: Woher kam der IS(IS)? Wer sind seine Eliten? Welche Faktoren haben den Aufstieg des dschihadistischen Kalifats ermöglicht? Mit welcher Terrorismusform haben wir es zu tun? Was ist die Doktrin des IS(IS)? Warum ziehen so viele europäische Kämpfer in den Dschihad? Wer sind die europäischen Dschihadisten und warum radikalisieren sie sich? Welche Gefahren drohen Europa mit Blick auf die Syrienrückkehr?

Die zu besprechenden Bücher kommen aus der Feder von Autoren mit verschiedenen (beruflichen) Hintergründen. Bereits im Hinblick auf unterschiedliche, wissenschaftliche oder journalistische, Herangehensweisen fällt auf, dass Journalisten etwas facettenreichere Analysen anbieten, die die Entwicklung des IS(IS) mit mehr oder weniger wertvollen Interviews und/oder weniger bekannten Hintergrundinformationen sowie persönlichen Erfahrungen aus der Region kombinieren. Nur wenige Wissenschaftler können mit authentischen Reiseberichten oder wie auch immer gearteten Feldforschungen aufwarten. Selten sind empirisch fundierte Untersuchungen unterschiedlicher Cluster von europäischen Ausreisenden bzw. Tätertypen.

Beginnen möchte ich mit der minutiös recherchierten Abhandlung des *Spiegel*-Korrespondenten Christoph Reuter. *Die schwarze Macht. Der „Islamische Staat“ und die Strategen des Terrors* hat auf dem Büchermarkt ein Alleinstellungsmerkmal. Denn Reuter ist es gelungen, hinter die Kulissen des IS-Machtapparats auf Grundlage interner Unterlagen des Kalifats zu schauen und seine Übernahme- wie auch Expansionsstrategie detailreich zu skizzieren. Im guten journalistischen Stil, an mancher Stelle jedoch etwas langatmig und nicht ohne Wiederholungen, schildert der Nahost-Experte die militärische Strategie, wechselnde Allianzen, die Ausbreitung in Syrien und anschließend den Eroberungszug im Irak sowie die mediale Strategie des Schreckenskalifats. Die Reaktion der Nachbarstaaten sowie die Kolonien, in denen die IS-Strategen ihre siegreiche Vorgehensweise erneut anwenden, sind ebenfalls Themen des Buches. Detailreich sind überdies Informationen über das „Apartheid“-Regime der irakischen Schiiten sowie die Versuche der syrischen Eliten, mit inszenierten Terroranschlägen und Freilassungen bekannter Dschihadisten und Ideologen die terroristischen Gefahren heraufzubeschwören. Angaben zum Alltag und zu der Beuteökonomie des IS(IS) sind so kenntnisreich wie einleuchtend. Das besondere Verdienst des Autors besteht darin, die durch und durch pragmatische Vorgehensweise der einstigen irakischen Militärs und Nachrichtendienstmitarbeiter in ihrer Rolle als IS-Entscheidungsträger sowie die Strategien „feindlicher Übernahme“ herauszustellen. Die Aufzeichnungen eines ehemaligen irakischen Geheimdienst-Obersten, Haji Bakr, zeigen mit aller Deutlichkeit, dass all die religiösen Heilserwartungen und Wunschbilder bzw. Träume von einem Kalifat vordergründig als Vehikel zum Machterwerb der nüchternen Planer aus den Baath-Reihen dienten. Mit Blick auf die Zukunft des scheinbar schwer angeschlagenen IS gilt es, der Mahnung von Reuter Gehör zu schenken: Rückschläge seien programmatisch wie theologisch bereits einkalkuliert. Angesichts dessen, dass der IS im Irak von denselben schiitischen Milizen bekämpft werde, die die Sunniten jahrelang unterdrückt hätten, brau-

che er lediglich auf die Fehler der Anti-IS-Koalition und schiitischer Todesschwadronen zu warten.

In *Die neuen Dschihadisten* analysiert Peter Neumann vor allem Herkunft und Motivlage europäischer Dschihadisten, Radikalisierungsursachen und Deradikalisierungsstrategien. Die Historie des transnationalen Terrorismus dient als Rahmen, weniger als selbstständige Analyseeinheit. Nichtsdestotrotz förderte Neumann einige Erkenntnisse zutage, durch die sich sein Buch von vergleichbaren Analysen abhebt. So verdient sein Hinweis auf das „Management der Barbarei“ (*The Management of Savagery*) von Abu Bakr Naji als Blaupause für den ISIS und später IS besondere Aufmerksamkeit. Das Ziel bestehe demnach darin, eine staatliche Überreaktion zu provozieren, um Chaos zu stiften und die Phase der Grausamkeit einzuleiten. Brutale Methoden in dieser Phase beschleunigten den Übergang zur Stabilität und zur totalen Ordnung. Überdies weist der Experte darauf hin, es sei irreführend, das islamische Substrat des IS zu leugnen wie auch seinen Islam mit dem der nicht radikalen Muslime gleichzusetzen. Der Autor behandelt den IS als das, was er sei, nämlich als Staat, welcher sich so verstehe und dementsprechend handele. Im Vergleich zu autoritären Regimen erscheine die totale IS-Ordnung mit effizienten und allen zugänglichen Scharia-Gerichten der Bevölkerung als Fortschritt. Mit Grausamkeiten wie Massenvernichtungen syrischer und irakischer Soldaten, die im Westen für Aufschrei sorgen, hätten die wenigsten Bewohner des IS ein Problem. Dennoch sei sein „Regierungs“- und Wirtschaftsmodell nicht überlebensfähig. Mit Blick auf die Motivation der (europäischen) Kämpfer unterscheidet Neumann drei Typen: 1) „Verteidiger“ aus der ersten Generation (2012-2013), denen es um die Verteidigung der sunnitischen Bevölkerung ging; 2) „Sinnsucher“ als Vertreter einer dschihadistischen Gegenkultur, die ihr Bedürfnis nach Identität, Gemeinschaft, Macht und Männlichkeit befriedigen. Sie sind oft die sozial Schwachen und im Westen „Gedemütigten“ und 3) „Mitläufer“, für die die Bindung an eine Gruppe im Vordergrund stehe. Ich vermisste in dieser Taxonomie den Typus eines „Überzeugten“ bzw. „religiös Inspirierten“. Womöglich ist er unter westlichen Dschihadisten jedoch schwach ausgeprägt. Auch unter Rückkehrern haben sich verschiedene Typen herauskristallisiert: 1) die „Gestörten“, die durch Krieg einen psychischen Schaden genommen hätten; 2) die „Desillusionierten“, die sich von der Gruppe distanzieren; 3) die „Gefährlichen“, deren Überzeugungen durch den Kampf gestärkt wurden und 4) die „Unentschiedenen“, die sich dem Terrorismus weder zugewendet noch explizit von ihm distanzieren hätten. Mit Blick auf die erfolgreiche Popularisierung der Einsame-Wölfe-Doktrin und eine Konkurrenzsituation zwischen IS und Al-Qaida legt der Autor nahe, verschiedenen Gruppen mit differenzierten und zielgerichteten Methoden zu begegnen. Neumann macht überdies auf eine Konfliktlinie aufmerksam, welche eine noch schwerwiegendere strategische Bedrohung sei als dschihadistischer Terrorismus – Konfrontation zwischen Islamisten und Muslimfeinden. „Wer Demokratie und das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Europa bewahren will, braucht einen Präventionsansatz, der den Zusammenhang zwischen allen Formen der Radikalisierung versteht“, betont der Autor (S. 204).

Der *FAZ*-Redakteur und profunde Kenner der islamischen Welt, Rainer Hermann, hat mit *Endstation Islamischer Staat? Staatsversagen und Religionskrieg in der arabischen Welt* eine scharfsinnige historisch-politische Analyse der aktuellen Krisen im Nahen und Mittleren Osten verfasst. Staatszerfallserscheinungen infolge der schlechten Regierungsführung und Abkopplung der Interessen von Regierenden und Regierten gelten ihm dabei als Folie, auf der die arabischen Umbrüche und die unterdrückenden Reaktionen der Obrigkeit als beinahe logische Konsequenzen erscheinen. Besonders einleuchtend zeigt der Autor verschiedene, auch religiös gerahmte Interessenkonflikte zwischen den involvierten Staaten und stellt eine – in seinem Argumentationsrahmen schlüssige wie besorgniserregende – Prognose auf: Die arabische Welt steuere auf einen islamischen „Dreißigjährigen Krieg“ zu. Vom Clash of Civilizations, der durch die islamische Mitte gehe, ist im Buch die Rede. Die Ergebnisoffenheit aktueller Krisen und Umbrüche bringt Hermann mit einer pointierten Diagnose auf den Punkt: Der „Dreißigjährige Krieg der Araber“ stehe erst an seinem Beginn, und niemand wisse, wann und wie er ende. Der IS werde dabei keine Endstation sein. Entscheidend sei, was auf ihn folge. Eine Zuspitzung der aktuellen Konfliktlagen ist somit nicht auszuschließen.

Die französischen Wissenschaftler Olivier Hanne und Thomas Flichy de la Neuville betonen in ihrem Buch *Der Islamische Staat. Anatomie des Neuen Kalifats* die religiöse und historische Dimension des Kalifatsideals. Es mangelt auch hier nicht an kenntnisreichen Schilderungen sozialer Missstände und politischer Faktoren, die das Erstarken des IS möglich machten. So weisen die Autoren darauf hin, dass der Einsatz von Fassbomben trotz des medialen Framings keine Erfindung des Assad-Regimes war, sondern bereits von der schiitischen Regierung im Irak gegen die sunnitische Zivilbevölkerung praktiziert wurde. Die Kommandostruktur des IS sowie die Zusammenarbeit zwischen radikalen Islamisten und früheren Funktionären der Baath-Partei und des aufgelösten Militärs, komplexe Verflechtungen der Stammesstrukturen, das abgekartete Spiel der Nachbarländer, das Alltagsleben im IS und die Reaktionen des Westens – all diese Themen werden ebenfalls pointiert erklärt. Dennoch stellt die Auseinandersetzung mit der Dschihadkultur und dem Kalifatstraum den Kern der Abhandlung dar, weshalb sich der Leser auch in die Geschichte der arabischen Dynastien der Umayyaden und der Abbasiden zu vertiefen hat. Aus operativer Sicht mag die „Historisierung der Terrorbarbarei“ als unnütze Abschweifung erscheinen. Doch glaubt man den Autoren, ist die Wiederbelebung des Kalifats nicht bloß eine Reminiszenz, sondern ein ganzes politisches Programm. Mit Blick auf den instrumentellen Einsatz des religiösen Mobilisierungsdiskurses durch den IS stellt sich sein Aufstieg in der Tat als „ein Sieg über die Vergangenheit [...] von der Größe eines Gottesgeschenks“ dar. Auch der Alias-Name des selbst ernannten Kalifen ist Programm und lässt sich ohne historischen Bezug nicht entziffern. Es ist eine der Leistungen der Wissenschaftler, die historisch-symbolische und pragmatisch-instrumentelle Dimension der IS-„Politik“ mit einem Mehrwert miteinander zu verknüpfen. Zudem diskutieren sie verschiedene Entwicklungsszenarien, um am Ende, allen rationalen Erwägungen zum Trotz, ihre Pointe erneut hervorzuheben: „Wenn ein

Volk sich wie im Traum bewegt, können Bombardierungen im Allgemeinen nichts bewirken, erst recht nicht, wenn sie von schlafwandlerischen Eliten ferngesteuert werden“ (S. 144). Alles in allem ist Olivier Hanne und Thomas Flichy de la Neuville ein spannendes Standardwerk gelungen.

Im Vergleich zum obigen Titel liefert der junge und produktive Islamexperte Behnam T. Said ein etwas anders geartetes Werk. *Islamischer Staat. IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigaden* richtet sich allem Anschein nach an ein etwas weniger informiertes, aber an den aktuellen Entwicklungen interessiertes Lesepublikum. Daher beschränkt sich der Autor auf die neueste Geschichte der arabischen Welt und setzt bei den Ereignissen in Syrien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Bürgerkrieg und Aufstand in Hama) an. Sogleich stellt sich allerdings die Frage, warum gerade das syrische und nicht das irakische „lange Gedächtnis des Dschihad“ dergestalt in den Vordergrund gerückt wird. Dank seiner Expertise gelingt es dem Autor, komplexe Entwicklungen in verständlicher Form zu vermitteln. Obwohl das Buch weniger analytisch als beschreibend ist, leisten die zusammengetragenen Erkenntnisse der historischen Forschungen einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der aktuellen Krise in Syrien und dem Irak. Eine besondere Erwartungshaltung hatte der Rezensent an das dritte, „deutsche“ Kapitel („Deutsche im syrischen Dschihad“), denn Said ist Nachrichtendienstmitarbeiter und verfügt qua Profession über profunde Kenntnisse der Szene und nicht-triviale Zugänge zum Forschungsgegenstand. Diese – zugegebenermaßen hohe – Erwartung wurde jedoch enttäuscht. Denn ein interessierter Beobachter entdeckt in der Abhandlung über den „deutschen Dschihad“ nicht viel Neues. Auch der analytische Zugang unterscheidet sich kaum von der weit verbreiteten alltagstheoretischen Herangehensweise. Dennoch ist an dieser Stelle zu betonen, dass das vom Autor (nach)gezeichnete Bild keinesfalls farbenarm oder nur rudimentär erscheint – ganz im Gegenteil. Im Gegensatz zu einigen Islamwissenschaftlern mit polizeilichem Hintergrund verbreitet Said auch keine monokausalen Erklärungen mit Blick auf „die“ Syrienrückkehrer, sondern argumentiert sachlich und multikausal unter Berufung auf vorliegende Studien, denen zufolge nur ein vergleichsweise kleiner Prozentsatz darauf aus ist, den Krieg nach Europa zu tragen. Angesichts der hohen Zahlen von Ausreisenden sei die Gefahr dennoch nicht zu unterschätzen. In diesem Punkt stimmen die Argumentationen von Said und Neumann überein, obwohl Neumann – von mehr Rückkehrclustern ausgehend – die Gefahrendimension differenzierter ausarbeitet. Zusammenfassend: Es liegt eine solide wie facettenreiche „Einführung“ in die Geschichte des Dschihad im Irak und Syrien inklusive Auswirkungen auf Deutschland und (weniger) Europa vor.

Die Essay-Sammlung *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Herausforderungen für Politik und Gesellschaft* hinterlässt einen widersprüchlichen Eindruck. Der Publikation liegen keine theoretischen Hypothesen zugrunde, eine nicht formalistische, über das Einleitungskapitel hinausgehende, konzeptionelle Klammer wie auch Struktur fehlen, so dass am Ende einige interessante und wichtige, aber größtenteils mosaikartige Darstellungen entstanden sind, welche sich nicht ohne Weiteres in ein Gesamtbild fügen. Die Herausgeber nennen das einen „bewusst pluralen

Blick“. Je nach Blickwinkel handelt es sich also um eine „plurale“ Ideensammlung oder eine weniger geglückte, weil unsystematische, Annäherung an die Phänomene des Salafismus und Dschihadismus. Nicht allen Autoren ist es überdies gelungen, komplexe Entwicklungen in die Form eines Kurzeinsatzes ohne Informationsverluste respektive Argumentationsverkürzungen zu gießen. Negativ fällt auf, dass die Herausgeber sich anscheinend in einem völligen Neuland der breiten Forschungslandschaften wähnten und es nicht für nötig hielten, die Ergebnisse ihrer Arbeit in die Forschungstradition einzuordnen. So identifizierten Biene und Junk zu Recht die „Versicherheitlichung des Betrachtungsgegenstandes“ und das „Außer-Acht-Lassen von Heterogenität“ als Probleme der Auseinandersetzung mit dem Salafismusphänomen – und gaben als einzigen Quellenverweis eine Publikation von Biene et al. an, obwohl sich mindestens ein halbes Dutzend deutscher Wissenschaftler bzw. Salafismusexperten vor den Herausgebern mit Zweck-Mittel-Konflikten der Radikalisierungsprävention und Gefahrenabwehr auseinandersetzte. Obendrein ist die angeführte Publikation hinsichtlich der angesprochenen Probleme nicht sonderlich aussagekräftig.

Im Essay-Band *Kalifat des Terrors. Interdisziplinäre Perspektiven auf den islamischen Staat* sind die Abhandlungen über durchaus wichtige Themen noch kürzer ausgefallen, weshalb sie die ganze Palette an Erklärungsansätzen oder aktuelle Entwicklungen in ihrer Komplexität aus verständlichen Gründen teils nicht abdecken können.

Einer der besten Kenner des internationalen Dschihad, der Autor von *German Jihad: On the Internationalization of Islamist Terrorism*, Guido Steinberg, machte es in *Kalifat des Schreckens. IS und die Bedrohung durch den islamistischen Terror* vor, wie komplexe Zusammenhänge in ihrer Vielfältigkeit in einem analytisch anspruchsvollen Erklärungskonstrukt aufgehen können. Der Autor verfügt nicht nur über exzellente fachliche Expertise, auch sicherheitsbehördliche Informationen kommen ihm in seiner Funktion als Prozessgutachter zugute. So ist Steinberg eine vielschichtige Analyse des IS(IS) gelungen, die manch einen Leser vielleicht überfordern mag. Denn der Islamismusexperte schildert die Entstehung und Funktionslogik des Kalifats – „polyphon“ – aus der Geschichte des transnationalen Terrorismus heraus und fügt dieser „Grundstimme“ eine Vielzahl weiterer Argumentationslinien hinzu, welche von politischen, sozialen und historischen Ermöglichungsbedingungen für das Aufkommen des Schreckenskalifats handeln. Selten werden diese jedoch unabhängig voneinander reflektiert, im Gegenteil: Entwicklungsstränge greifen ineinander, Wechselwirkungen, lokale und internationale Auswirkungen- wie Erscheinungsebenen sind Bestandteile des Gesamtnarrativs. Detailliert arbeitet Steinberg Konfliktlinien zwischen Al-Qaida und IS-Vorgängerorganisationen wie später dem IS heraus, die immer wieder für „schwarzes Blut“ im dschihadistischen Lager sorgten und Grenzen der Kooperation markierten. Steinberg zitiert interne Dokumente, zeigt, wie durchdacht – zugleich nicht frei von Selbstüberschätzung und Fehlern – die terroristische Strategie im Irak bereits in ihren Anfängen war und weist auf „katastrophale Fehler“ der Gegner hin, die dazu führten, dass aus einem „Kommandeur

eines Fünf-Mann-Lagers“ (Zarqawi) der Führer einer später so starken Terrorgruppe werden konnte. Während zahlreiche Al-Qaida-Experten nach wie vor unterstellen, der Organisation ginge es vor allem darum, die Welt in Flammen zu setzen, erinnert Steinberg, wie auch Reuter, an einen Plan aus dem Jahr 2005, kurz vor oder sofort nach dem Abzug der Amerikaner eine „islamische Autorität“ oder ein „islamisches Emirat“ im Irak auszurufen. Der Ideengeber: die damalige Nummer Zwei der Al-Qaida, Zawahiri. Schon 2006 erhielt der Anführer der irakischen Al-Qaida mit der Selbstbezeichnung „Islamischer Staat im Irak“ einen Ehrentitel des Kalifen – „Befehlshaber der Gläubigen“. Darauf folgte der Niedergang des Schattenkalifats und – infolge der antisunnitischen Politik Nuri al-Maliki – die Wiederauferstehung des dschihadistischen Phoenix. Was die Beschaffenheit der auf dem Territorium des Irak und Syriens aktiver Gruppierungen und Bündnisse angeht, so hätte ihre Darstellung etwas detailreicher ausfallen können. Auch der Entwicklung des IS(IS) zwischen 2011 und 2014 widmet der Autor nur sechs Seiten. Zugleich fehlt es nicht an Informationen, die für deren Verständnis ausschlaggebend sind. So beschreibt Steinberg den IS als Guerillatruppe mit Merkmalen einer konventionellen Armee – eine neue Qualität, die auf das Engagement der früheren Hussein-Eliten zurückzuführen sei. Besonders neu sei diese Entwicklung jedoch nicht und mit jener im Jahr 2003 vergleichbar. Mit Blick auf Unterschiede zwischen IS und Al-Qaida betont der Autor das positivere Menschenbild der Bin-Laden-Organisation. Im Gegensatz sei Baghdadi ein Menschenfeind, der nicht daran glaube, viele Muslime von seinen Ideen überzeugen zu können. Dies spiegelt sich in der „Innenpolitik“ wider. Hinsichtlich der Bedrohung für Europa betont der Experte, dass der IS weniger auf den Kampf gegen den Westen aus war. Sonst hätte er weniger europäische Dschihadisten als Selbstmordattentäter in Großsyrien „verbraten“. Dass der Konkurrenzdruck zwischen beiden Vorreitern des transnationalen Dschihad zu Anschlägen führen wird, steht für Steinberg außer Frage. Hier sieht er vor allem Al-Qaida unter Zugzwang. „Die wichtigste Bedrohung geht von einer möglichen Zusammenarbeit der Al-Qaida-Zentrale, der jemenitischen al-Qaida, der Nusra-Front und europäischen Freiwilligen in Syrien aus – und diese Bedrohung ist für den Westen zunächst eine größere als die seitens des IS“. Somit revidiert Steinberg seine frühere These, der zufolge Al-Qaida gefährlicher sei als der IS, nicht. Zwar gab ihm beispielsweise das Vorgehen der Amerikaner gegen die so genannte „Chorasan“-Brigade teilweise Recht. Doch aktuelle Entwicklungen zeigen vorerst, dass die IS-Mobilisierung und -Logistik erfolgreicher sind. Grundsätzlich stellt sich die Frage, warum Steinberg die IS-Lenker mit nachrichtendienstlichem und militärischem Hintergrund für weniger bedrohlich hält als eine dezimierte und vergleichsweise laienhafte Al-Qaida.

Die als Expertin auf dem Gebiet der Terrorismusfinanzen bekannte Journalistin Loretta Napoleoni entwickelt in ihrem Buch *Die Rückkehr des Kalifats. Der Islamische Staat und die Neuordnung des Nahen Ostens* eine Art Gegenentwurf zu den gängigen westlichen Erklärungsversuchen. Sie geht mit Nachrichtendiensten und Analytikern hart ins Gericht, indem sie verbreitete Sichtweisen unter Rückgriff auf offene Quellen zu widerlegen sucht und manch eine Anekdote über die europäische

Informationsgewinnung erzählt. So schildert sie Impressionen einer Journalistin, um zu zeigen, dass Geheimdienste und „Mainstream-Medien“ nach einer langen Phase der Ignoranz schließlich „den falschen Leuten Gehör schenkten“. Francesca Borri wurde vor ihrer Reise nach Aleppo im Mai 2014 berichtet, das Regime stehe kurz vor der Niederlage und die Rebellen seien auf dem Vormarsch, weshalb der Weg von der türkischen Grenze nach Aleppo sicher sei. Doch die Journalistin musste feststellen, dass Rebellen sich aus dem Staub machten und die Stadt in Assads Händen war. Dies wollten weder kontaktierte Nachrichtendienste noch Medien hören – sie „sagten immer wieder, dass das nicht den Informationen entspreche, die sie über Facebook und Youtube erhielten“, zitiert die Autorin Borris Geschichte. Diese scheinbar unbedeutende Episode, die dazu noch angesichts der wechselhaften Häuserkämpfe als Interpretationssache erscheinen mag, erinnert zugleich an eine Reihe falscher Diagnosen und Prognosen sowohl nachrichtendienstlicher als auch medialer Couleur, an die man sich im Nachhinein anscheinend nur ungern erinnert. Da sagte etwa der deutsche Auslandsnachrichtendienst im Jahr 2012 die Endphase des Assad-Regimes voraus und sah die syrische Armee durch Fahnenflucht massiv geschwächt, ohne allerdings zu erwähnen, dass die gemeinten Deserteure vor allem Sunniten waren. Das Einsickern der als Flüchtlinge getarnten IS-Zellen hielten beide deutsche Nachrichtendienste für ein übertriebenes Szenario. Und viele Medien verbreiten gern Bilder von feiernden Menschen nach dem IS-Rückzug, ohne darauf einzugehen, dass sie in der Regel kurdisch sprechen. Sunnitische Araber, die wegen der vorrückenden schiitischen Todesschwadronen um ihr Leben fürchten müssen, sind naturgemäß nicht in Feierlaune – und passen nicht ins Bild. „Kenne deinen Feind“, dieses Motto gerät laut Napoleoni immer wieder in den Hintergrund. Die Autorin vergleicht den IS für dessen Anhänger mit dem, was Israel für die Juden symbolisiert. Nach ihrem Dafürhalten erscheine die Ausrufung des Kalifats vielen Sunniten als Aufstieg eines verheißungsvollen politischen Gebildes. Doch verberge sich hinter der religiösen Fassade zugleich eine militärische und politische Maschinerie. Die IS-Propaganda laufe so erfolgreich, weil die sunnitischen Strategen von den Besten – den USA und Großbritannien während des Irak-Krieges – gelernt hätten. Drei wesentliche Argumentationslinien sind im Buch auszumachen. Erstens sei die irakische Maliki-Regierung noch unbeliebter gewesen als Al-Qaida. Der Krieg im Irak und Syrien, in dem alte verfeindete Lager erneut aufeinandertreffen, stärke daher den Glauben, die Lösung aller politischen Probleme läge in der Wiederrichtung des Kalifats. Zweitens entdeckt Napoleoni nicht viel Neues am IS. Sein Aufstieg wäre anhand der erfolgreichen Finanzgeschäfte vorhersehbar gewesen. Drittens sei das Kalifat entgegen den Berichten westlicher Medien weder brutaler noch barbarischer als andere bewaffnete Formationen der jüngsten Vergangenheit. Die Gewalt des IS stelle ein Instrument der Missionierung dar, dabei gingen die westliche und sunnitische Sicht der Dinge weit auseinander. Die Autorin zeigt zudem, dass der IS ein soziales Gesicht hat und im Gegensatz zu den Taliban Legitimation und Anerkennung der Zivilbevölkerung sucht. Die Dschihadisten richteten beispielsweise Armenküchen, Anlaufstellen für Gesundheitspflege und Sozialprogramme ein. In der Tat finden

solche Eigenberichte nur selten Erwähnung. Etwas provokant betont die Journalistin, dass der IS durch seinen religiösen Diskurs bereits mehr Nationen für seine Sache mobilisiert hat als seine Gegner für Bekämpfungsmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund ruft die Prognose der Autorin – der Dritte Weltkrieg vormodernen Charakters – wenig Optimismus hervor.

Seit seinem Erscheinen belegt das Buch von Jürgen Todenhöfer *Inside IS – 10 Tage im „Islamischen Staat“* Spitzenplätze auf sämtlichen Bestsellerlisten. Völlig zu Recht, wenn man bedenkt, auf welches Abenteuer sich der nicht unumstrittene Autor eingelassen hat. Unabhängig davon, wie authentisch der Reisebericht mit Blick auf das Verhalten des Autors und seiner Begleiter im IS ist, ermöglicht das Werk einige interessante Einblicke in den Alltag des Kalifats und die Denkweise seiner Kämpfer. Man kann nicht ausschließen, dass Todenhöfer seine Repliken, welche im Buch zitiert werden, etwas beschönigt hat. So stellte es zumindest ein Mitreisender dar. Wortreiche Schilderungen der Ängste und Zweifel wie auch der Vorbereitungen auf das Schlimmste im Fall einer Geiselnahme können manchem Leser negativ aufstoßen. Es stellt sich vor dem Hintergrund der aufgebauten Angstkulisse auch die Frage, ob es die naheliegende Option war, zwei junge Männer mit auf die Reise zu nehmen. All das sind aus meiner Sicht jedoch eher zu vernachlässigende Details. Wichtiger erscheint einigen Kommentatoren demgegenüber die Frage, ob Todenhöfer schließlich im Interesse des IS gehandelt hat. So wirft Peter Neumann dem Autor vor, er habe sich instrumentalisieren lassen, indem er ein Bild zeichne, das dem IS-Kalkül entspreche. „Was er berichtete, war genau die Botschaft, die der Islamische Staat der Öffentlichkeit im Westen vermitteln wollte“. Es sind wahrscheinlich solche Bilder, die durch das Buch transportiert werden und auf Kritik stoßen: „Mossul macht einen verdammt normalen Eindruck. Wie andere Großstädte im Nahen Osten. Nichts sieht nach ‚IS-Steinzeit‘ aus. Im Gegenteil. Mossul ist eine vibrierende, lebendige Großstadt, mit viel Verkehr und unzähligen Menschen auf den Straßen. [...] Mossul ist jetzt eine rein sunnitische Stadt. Das Leid der Ermordeten und Vertriebenen [Schiiten und Jesiden] sieht man nicht“. Oder auch die Charakterisierung der IS-Kämpfer als „clever“, „gefährlich“, „mit einer fast rauschartigen Begeisterung und Siegeszuversicht“. Das, was Neumann kritisiert – „in Wirklichkeit ist der Islamische Staat nicht so geeint und ideologisch geschlossen“ –, und Erkenntnisse des Autors, welche er durch Beobachtung vor Ort und zahlreiche Interviews gewinnen konnte, sind jedoch kaum vergleichbare Ebenen. Mit Blick auf die geschilderte Normalität des Alltags und die grausigen Selbstdarstellungen des IS sei überdies angemerkt, dass beinahe alles, was wir über das Erscheinungsbild des IS zu wissen glauben, durch ihn selbst vermittelt wurde. Wie Reuter zu Recht betonte, manipulierte das Kalifat unsere Wahrnehmung von Anfang an. Nicht der Reisebericht an sich – diese Erzähldimension ist in mancher Hinsicht sogar etwas fade –, sondern zahlreiche Gespräche und Interviews mit Dschihadisten aus verschiedenen Ländern und vor allem Deutschland macht das Buch Todenhöfers so interessant und wichtig. In dieser Hinsicht ist der Bericht *Inside IS* unumstritten einzigartig.

Auch die Krisenreporterin und studierte Politologin Petra Ramsauer hat für ihr Buch *Die Dschihadgeneration. Wie der apokalyptische Kult des Islamischen Staats Europa bedroht* einige Städte im IS besucht und sich mit ihren Einwohnern unterhalten. Darüber hinaus hat sie eine beachtliche Anzahl an Studien und Analysen verwertet, so dass es ihre Abhandlung durchaus mit jenen der wissenschaftlichen Experten aufnehmen kann. Der journalistische und wissenschaftliche Schreibstil ließen sich dabei nicht immer konfliktfrei miteinander verbinden. Denn während sich die Politologin Ramsauer um nüchterne Objektivität ihres Narrativs bemüht, arbeitet die Journalistin mit anderen Stilmitteln. Anders ist nicht zu erklären, warum der Leser mit Überschriften wie „Dschihadmania“, von dem reißerischen Titel „Die Dschihadgeneration“ ganz zu schweigen, oder Erklärungen nach dem Motto „Gotteskrieger zu sein ist sexy“ konfrontiert wird. Sieht man von solchen, quantitativ vernachlässigbaren Simplifizierungen ab, überzeugt die dargebotene Qualität. Der Autorin ist es gelungen, das „Paralleluniversum IS“ abzubilden. Ramsauer argumentiert gegen die gängige Meinung, der Islamische Staat habe mit dem Islam nichts zu tun, und interpretiert ihn in Anlehnung an Graeme Wood als religiösen Endzeitkult, dessen theologisches Fundament man erst einmal begreifen müsse. Darüber hinaus weist sie auf einen der Architekten des Dschihad hin, dessen Werk *Der Aufruf zum globalen islamischen Widerstand* intensiver rezipiert werden sollte. Das 1600 Seiten starke „Strategiepapier“ von Abu Musab al-Suri, der 2011 aus einem Gefängnis in Damaskus freigelassen wurde, popularisiert das Konzept einer individualisierten Dschihad-Bewegung, das mit großer Wahrscheinlichkeit vom Dschihadideologen und seinen Mitstreitern umgesetzt wurde. Dessen Bestandteile sind unter anderem: eine von der neuen Heimat, dem IS, ausgehende Motivation der Kämpfer – auch und vor allem in Europa – und die Kraft der sozialen Medien. Das dschihadistische Pamphlet fungierte zudem nach Ramsauer als Blaupause für die IS-Rekrutierungsstrategie. Die Autorin schließt sich der weniger verbreiteten Meinung an, dass nicht die Syrienrückkehrer die größte Gefahrenquelle seien, sondern die hiesigen IS-Sympathisanten bzw. -Aktivisten. Wie ist mit Syrien-Rückkehrern umzugehen? Während einige Islamwissenschaftler mit polizeilichem Hintergrund in Deutschland diese Gruppe etwas undifferenziert als Gefahr einstufen, berichtet Ramsauer über ein Mentoringprogramm der Stadt Aarhus, aus der 33 Jugendliche ausreisten – und die Hälfte zurückkam. Inhaftiert wurde keiner von ihnen, im Gegenteil bekam ein Großteil eine zweite Chance – mit einer bemerkenswerten Folge. Mit dem Start des Programms hörten nämlich die Ausreisen auf. Von der „Radikalisierung übers Internet“ wie „Turboradikalisierung“ hält Ramsauer ebenfalls nicht viel und verweist auf eine Studie des Berliner Verfassungsschutzes, deren Ergebnisse die Rolle realer Netzwerke hervorheben. Sie legt zudem nahe, dass die Zahl der Ausreisenden in Europa viel höher sein dürfte, weil man das Problem zu spät erkannt hätte. Grundsätzlich stimmt Ramsauer der Einschätzung zu, dass das Aufkommen des IS für den Westen so überraschend war, weil niemand genau darauf achtgegeben habe, was in den Jahren zuvor geschehen ist. Der Fall al-Suri dient der Autorin als eines der besten Beispiele für die sich selbst erfüllende dschihadistische Prophezeiung in Syrien, welche von Reuter sehr

detailreich beschrieben wurde. Mit Blick auf das „soziale Gesicht“ des IS – und im Gegensatz zu den im Westen besser bekannten barbarischen Zügen – zitiert die Journalistin einen Zeugen mit den Worten: Ihre Versuche, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, seien unermüdlich. Abschließend sei auf einen Aspekt hingewiesen, der nach der Zerschlagung einer IS-Frauenzelle Mitte September 2016 in Frankreich aktuell wurde. Mit jedem neuen (vereitelten) Anschlag in Europa glauben viele Journalisten ohne Sachkenntnis, eine „neue“ Strategie des IS erkannt zu haben. Auch der Vorfall in Frankreich stellte keine Ausnahme dar (Frauen als Attentäterinnen). Ramsauer zitiert diesbezüglich Experten und Studien, die darauf hindeuten, dass von Frauen inzwischen ein bedeutendes Terrorrisiko ausgehe. So waren in den USA 15 Prozent der 2015 unter Terrorismusverdacht verhafteten Personen Frauen – mit steigender Tendenz. Bereits Zarqawi setzte auf Frauen als Attentäterinnen, von der nigerianischen IS-Provinz in Westafrika ganz zu schweigen. Ein Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes schätzte radikalisierte Frauen als „perfekte Terroristinnen“ ein. Wer sich also keine Gedanken macht und die Empirie nicht kennt, kann spezifische Gefahren nicht erkennen (NSU-Syndrom). Die Autorin dieses facettenreichen Buches gehört nicht zu diesem Kreis. Ihre Expertise hat die IS- und Radikalisierungsforschungen bereichert.

Der stellvertretende Ressortleiter der Tageszeitung *Die Presse*, Wieland Schneider, setzt sich in *Krieg gegen das Kalifat. Der Westen, die Kurden und die Bedrohung „Islamischer Staat“* mit einer Problemdimension auseinander, die zwar hochaktuell ist, aber in der Regel nur oberflächlich behandelt wird. Die „kurdische Politik“ und die kurdische Frage in der Geschichte und Gegenwart sind entscheidend für das Verständnis aktueller Peripetien in der Region – dieses kenntnisreiche Buch lässt daran keinen Zweifel. Denn die aktuellen Verwerfungen zwischen Schiiten, Kurden und sunnitischen Arabern sowie die Logik der Stellvertreterkriege sind ohne Berücksichtigung der Entwicklungen seit den 1980er Jahren im Irak nur schwer nachzuvollziehen. Schneiders Argumente und Erklärungsansätze überzeugen angesichts seines profunden Wissens und der Regionalexpertise, die auf seinen vor Ort gesammelten Erfahrungen aufbauen. Während viele Autoren und Experten die „Zeit der Wirren“ als Folge des Arabischen Frühlings deuten, zeigt der Autor, dass praktisch das ganze 20. Jahrhundert aus der Sicht der Kurden und später auch Schiiten mit Aufständen und brutaler Unterdrückung assoziiert wird. Die Perspektive Schneiders auf die arabischen Aufstände stellt einen wichtigen Beitrag zur unvoreingenommenen Wahrheitsfindung dar. Auch im Irak sei nämlich 2012/2013 ein Hauch des Arabischen Frühlings zu spüren gewesen. In Falludscha und Ramadi protestierten friedliche Demonstranten gegen die Politik Bagdads. Die Hauptstadt der Provinz Anbar sei das ganze Jahr über das Zentrum der Massenkundgebungen gewesen, über die allerdings etwas weniger berichtet wurde. Maliki reagierte auf die Ereignisse mit einem für autoritäre Herrscher typischen Gewaltreflex, ließ Protestcamps auflösen und ging repressiv gegen unerwünschte Politiker vor. „Bei den Operationen kam es zu Schießereien mit mehreren Toten“, woraufhin die sunnitischen Stämme eine bewaffnete Revolte starteten und die Armee aus den Städten vertrieben. Obwohl der

Premier Maliki das Vorgehen – erfolgreicher als Assad – als Kampf gegen den IS rechtfertigte, kann auch in diesem Fall von einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung die Rede sein. Denn der IS sei nur ein Teil der revoltierenden Gruppen gewesen, das Rückgrat bildeten jedoch arabische Stämme. Interessant ist vor diesem Hintergrund die Erklärung für die reibungslose Übernahme der Stadt Mossul durch den IS. Auch in dieser Millionenstadt hätte es einen Aufstand gegeben. Es revoltierten lokale sunnitische Stämme und einstige Baath-Funktionäre gegen die Zentralregierung und öffneten dem IS die Stadttore. Auch hier sei er nur ein Teil der Allianz gewesen. Schließlich wandte sich der IS gegen die neue Baath-Partei, so Schneider, und die Baathisten hätten sich zurückgezogen. Die Kurden, für die Sieg oder Niederlage im Kampf gegen den IS eine existenzielle Frage sei, konnten sich dem Krieg nicht entziehen. Schneiders Buch widmet sich ihrer Rolle im Kampf gegen das Schrecken-skalifat.

„Psychologen an die Antiterrorfront!“, so hat Petra Ramsauer eines der Unterkapitel ihrer Abhandlung überschrieben. Im Buch von Ahmad Mansour *Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen* suchte ich nach Belegen dafür, dass Psychologen eine wichtige Stütze im Kampf gegen den Terrorismus sein können. Da es sich um das einzige Werk aus dem Präventionsbereich handelt, das explizit aus psychologischer Perspektive argumentiert, nehme ich es etwas genauer unter die Lupe. Im Fall von Mansour muss man wissen, dass wir es mit einem israelischen Araber zu tun haben, der in seiner Jugend selbst Berührungspunkte mit islamistischen Szenen hatte und heute als Psychologe in Berlin mit radikalen Jugendlichen arbeitet. Im Grunde schreibt er im Buch nicht nur seine Geschichte nieder, sondern er beschreibt auch eigene Berufserfahrungen durch das Prisma der eigenen Biografie. Das zweite, nicht unwesentliche Moment: Der Autor schreibt als Psychologe (seine „soziologischen“ Überlegungen sind eher zu vernachlässigen), der es mit sozialen „Pathologien“ zu tun hat, also sucht er nach „pathologischen“ Ursachen und produziert pathologisierende Erklärungen. Zu solchen einseitigen und am Ende gefährlichen Verkürzungen kommt es, wenn ein Arbeitsfeld nach scheinbaren Evidenzen der Erschließbarkeit besetzt wird – Islamwissenschaftler seien im Fall des islamistischen Terrorismus die Fachleute, Psychologen seien in Radikalisierungsfällen bessere Experten. Im ersten Fall übersieht eine ganze Armee der sicherheitsbehördlichen Islamwissenschaftler etwa das Aufkommen eines Islamischen Staates und den Strategiewechsel des Terrorismus in Europa, während „einsame Wölfe“ und „Selbst- bzw. Turboradikalisierung übers Internet“ hoch im Kurs stehen. Im zweiten Fall werden soziale, kulturelle und sicherheitspolitische Faktoren „verpsychologisiert“ und auf einige wenige Variablen zurückgeführt. Der Autor betont, dass aufgrund seiner Erfahrungen Theorie und Praxis in seiner Arbeit zusammengehören. Welche theoretischen Erklärungsansätze liegen ihr zugrunde? Mansour identifiziert das fehlende Ur-Vertrauen zwischen Mutter und Kind, Schamgefühle sowie ein intolerantes Über-Ich als Prädiktoren für salafistische Radikalisierung. Es seien „beschädigte Psychen“, die auf ein großes kompensatorisches Angebot der Extremisten zurückgreifen. Und: Ist eine mütterliche Figur im realen Leben unerreich-

bar, so der Autor, könne ein Guru oder Gott – strafenden und ablehnenden Eltern ähnelnd – als Objekt an deren Stelle rücken. Ähnlich wird mit Blick auf die oft fehlende Vaterfigur argumentiert. Sozialpsychologen sprechen dagegen von einer erschwerten Identifikation mit den Eltern infolge einer Diasporasituation und Entfremdungserscheinungen wegen der Andersartigkeit der Eltern (Binnen- und Außenkonflikte). Weitere Faktoren seien nach Mansour: Opferrolle, Tabuisierung der Sexualität und Angstpädagogik (Traumatisierung durch Schamgefühle).

Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht nur die – unter Vorbehalt beantwortete – Frage, warum etwa ein Drittel der bekannten Salafismusanhänger Mädchen seien, sondern vor allem auch die Frage, warum ein nicht zu ignorierender Teil (deutsche) Konvertiten sind, die keine – kulturell bedingte – Tabuisierung der Sexualität erleben, keine Schamgefühle entwickeln und in keine Opferrolle schlüpfen mussten, *bevor* sie sich radikalisierten. Überdies sind viele Fälle bekannt, in denen die religiöse Erziehung einschließlich der so genannten Angstpädagogik keine Rolle gespielt hat. Wenn sie so ein wirksames und zugleich zerstörerisches Mittel darstellt, warum werden dann die entsprechenden Traumata oft erst nach einer Phase des ausschweifenden jugendlichen Lebensstils mit Feiern, Alkohol, sexuellen Kontakten und manchmal auch Drogen akut? Wenn der (radikale) Islam als Ausweg aus der Misere gesehen wird, und wir nehmen eine Rolle der Angstpädagogik eher als Verstärker an, so gehören der ausschweifende Lebensstil mit möglicher Devianz und Kriminalität sowie gesellschaftliche Reaktionen darauf als Faktoren mit dazu. Womöglich finden sich diese Jugendlichen auch wegen des so genannten „stigmatizing shaming“ (Stigmatisierung) durch die Instanzen der informellen Sozialkontrolle in einer Situation, in der sie weniger Anschlussmöglichkeiten an nicht deviante Peers haben? Als Türke oder Araber kann man sich schlecht einer rechten Clique anschließen. Salafisten sind hingegen bekanntlich schmerzfrei. In diesem plausiblen Szenario wäre ein Beweis für selbst verschuldete Stigmatisierungsprozesse erbracht, die Mansour unter dem Label der weiter gefassten „Diskriminierung“ bestreitet. Dass die zweite und vermehrt die dritte Einwanderergeneration, die ihre Gastrolle abgelegt hatten, eine besondere Sensibilität für Diskriminierungs- und Zurückweisungserfahrungen entwickelte, ist im Übrigen längst erwiesen. Neben der Distanzierung vom Elternhaus ergibt das „anomische“ Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft eine Stresssituation, in der die Hinwendung zum von ethnischen Einflüssen bereinigten Islam nicht so unplausibel erscheint.

Dies macht deutlich, dass soziologische und sozial-psychologische Modelle der Delinquenz und Kriminalität weiter führen als psychoanalytisch inspirierte bzw. reine persönlichkeitspsychologische Erklärungen. Will man diese auf die Primärprävention anwenden: Wie sollten sie operationalisiert werden? Die Ratschläge des Autors – Biografiearbeit als Teil des Unterrichts sowie Elternaufklärung usw. – sind daher symptomatisch: So verstandene Präventionsmaßnahmen müssen auf Kohorten, ob abweichend oder nicht, angewandt werden. Es verwundert nur wenig, spricht doch der Psychologe von der „Generation Allah“. Auch so können Stigmatisierungszeremonien inszeniert werden. Viel wichtiger ist der Hinweis auf Erziehungsdefizi-

te, die in der Ablehnung der westlichen Werte münden. Fraglich bleiben Diagnosen wie die folgende: „Zugleich standen Sie während ihrer gesamten Kindheit und Jugendzeit unter dem Einfluss der Milieus ihrer Eltern, der religiösen, ideologischen, patriarchalen Ideenwelt, aus der ihre Eltern stammen“. Was auf den ersten Blick plausibel scheint, ist in Wirklichkeit eine nicht haltbare Behauptung. Schließlich sind Kinder und Jugendliche Einflüssen weiterer Sozialisationsinstanzen ausgesetzt. Um die Mär von der „Generation Allah“ mit Leben und Spannung zu füllen, baut der Autor eine Angstkulisse auf, indem er behauptet, dass erstens Jugendliche, die den Salafisten willig folgen würden, eine Gefahr für die Demokratie in *sämtlichen* Fällen seien. Zweitens lehnt er das kriminologische Axiom ab, dem zufolge in der Mehrheit der Fälle Delinquenz und/oder Kriminalität zu den vorübergehenden Erscheinungen der Jugendphase zählen.

Wenn man bedenkt, dass das Buch von Mansour mit Blick auf das Bemühen um Wissenschaftlichkeit eine herausragende Stellung hat, bekommt man Zweifel, ob es sinnvoll ist, Millionen an Steuergeldern an orientierungs-, weil konzeptlose Präventionsinitiativen zu vergeben. Anscheinend besteht ihr Mehrwert vor allem darin, dass die Sozialarbeiter für gefährdete, bereits deviante Jugendliche „einfach da sind“ und sich um sie kümmern. Denn besondere multikausale Überlegungen liegen offensichtlich nur in Ausnahmefällen vor. Diese Vorgehensweise bewirkt jedoch, dass lediglich Symptome behandelt werden. Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und soziale Angebote, die Jugendliche an die Mehrheitsgesellschaft und die Instanzen der informellen Sozialkontrolle binden, bringen jedoch mehr als nur reaktives „Sich-um-die-Problemfälle-Kümmern“. Wenn man Mansour glauben darf, gehört die Präventionsbranche ohnehin auf den Prüfstand. Denn er entlarvt im Buch eine von „freien Trägern beherrschte Projektmafia“ und Präventionsbetrug.

Zusammengenommen liegt im Schrifttum über den IS und mögliche dschihadistische Radikalisierungseinflüsse solides Wissen vor, das bei der Präventionsarbeit Beachtung finden muss. Denn der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis scheint nur unter Vorbehalt zu funktionieren. Es sind überdies Strategien zu überlegen, wie die Bearbeitung akuter Problemlagen durch sozialpolitische Maßnahmen flankiert werden kann. Denn die Symptombekämpfung und die rein kognitiv ausgerichtete Primärprävention tangieren die sozialstrukturellen Schief lagen wohl kaum. Mit Blick auf den IS lassen sich zusammenfassend zwei Argumentationsmuster ausmachen, die sich scheinbar widersprechen. Viele Autoren wie auch einige US-amerikanische Sicherheitsexperten verstehen ihn als eine religiös inspirierte sozial verankerte Bewegung. Andere, wie beispielsweise Christoph Reuter, halten das für einen Fehler. Bedenkt man jedoch, wie erfolgreich islamistische und dschihadistische Akteure verschiedener Couleur im Irak und Syrien waren, wie viele Islamisten auf die IS-Seite gewechselt haben und wie viele Kämpfer der religiöse Diskurs mobilisiert hat, wird klar, dass neben den sozialen und politischen Faktoren auch der „sunnitische Traum von einem Kalifat“ eine Rolle spielt(e). Die Einflüsse des islamistischen Gedankenguts auf bzw. die Instrumentalisierung des Islam durch die Baath-Eliten als Ermöglichungsfaktoren des Dschihadismus im Irak und Syrien blie-

Sammelrezension

ben demgegenüber im besprochenen Schrifttum weniger reflektiert. Es ist allerdings zu beachten, dass beispielsweise in den syrischen schulischen Curricula Dschihad und Märtyrertum im Dienst für das Vaterland einen nicht zu ignorierenden Platz hatten.

»Kontrovers besprochen«:

„Schwankender Westen“

Udo di Fabio, *Schwankender Westen. Wie sich ein Gesellschaftsmodell neu erfinden muss*, München 2015 (*Verlag C. H. Beck*), 273 S.

Von Thomas Biebricher (1)

„The West is the best“, befand einst Jim Morrison im Doors-Lied *The End*. Zumindest war er das einmal, wenn man der Grundthese von Udo di Fabios Buch *Schwankender Westen. Wie sich ein Gesellschaftsmodell neu erfinden muss* Glauben schenken möchte.

Der Aufbau des Buchs, das 2015 beim C. H. Beck Verlag in München erschienen ist, ergibt sich auf naheliegende Weise aus dieser Fragestellung: Sein zentraler Mittelteil, der zehn der insgesamt 16 Kapitel umfasst, ist der Rekonstruktion der normativ-praktischen Grundlagen dessen gewidmet, was di Fabio als „den Westen“ bezeichnet. Eingerahmt werden diese Betrachtungen von einem einleitenden Überblick über aktuelle Krisentendenzen und einem Ausblick auf mehr oder weniger bedrohliche Zukunftsszenarien, deren Eintreten insbesondere davon abhängt, ob der Westen es vermag, sich auf das zurückzubessern, was seine Identität ausmacht.

Der Westen ist für di Fabio in erster Linie kein geographisches, sondern ein kulturell-ideelles Konstrukt, das zwar globalen Einfluss, wenn nicht sogar Vorherrschaft, erlangt habe, aber mittlerweile mit äußeren Herausforderungen wie inneren Erosionsprozessen konfrontiert sei: „Der starke Westen ist inzwischen beinahe überall herausgefordert und bedroht, durch seine Gegner und durch seine eigenen Fehler. Doch Fehler lassen sich korrigieren. Wenn die Einsicht in den Wert der eigenen Ordnung wächst, wird auch der neuzeitliche Westen wieder aufsteigen und sich zugleich verwandeln in die universale Perspektive der Zivilisation“ (S. 48).

Die Aussicht auf eine „fortbestehende Dominanz des Westens“ (S. 49) mag manchen Vertretern der postkolonial informierten Vorstellung von ‚Multiplen Modernen‘ durchaus bedenklich erscheinen, für di Fabio steht sie aber als Positivszenario der Gefahr von vermehrten (Bürger-)Kriegen und einer Senkung des zivilisatorischen Niveaus insgesamt als Folge von „Ordnungs- und Orientierungsverlusten“ (ebd.) gegenüber.

Doch was zeichnet diesen vermeintlich wohlwollenden Kultur-Hegemon namens „Westen“ aus? Di Fabio spürt den Ursprüngen von dessen großer Erzählung nach und wird fündig im Dreiklang von Humanismus, Renaissance und Aufklärung, wie sie sich insbesondere im europäischen und später im nordamerikanischen Kontext seit dem 16. Jahrhundert entwickelt haben, wobei er Wert darauf legt, dass zwischen

jenen vernunftgeprägten Quellen westlicher Zivilisation und religiösen, sprich jüdisch-christlichen Vorstellungen, kein grundsätzlicher Widerspruch bestehe (vgl. S. 63 und 84). Auf den Punkt gebracht, bestehe der kulturelle Ertrag dieser Kultur-epoche in der positiven Anthropologie einer Gattung, deren „besondere Konditionalität in der Nicht-Konditionalität“ (S. 84), also der Freiheit, bestehe.

Dieses humanistisch geprägte Bild des Menschen als nicht festgestelltes Tier (Nietzsche), das zur Erschaffung seiner selbst und seiner Welt ermächtigt wie verurteilt ist, wird zur tragenden Säule in di Fabios Konstruktion des Westens. Ausgehend von der individuellen Ebene lassen sich nun Schritt für Schritt die Fragen klären, wie freiheitsbegabte Individuen sich gesellschaftlich organisieren, bzw. koordinieren können (Antwort: durch Verträge), welche Herrschaftsform mit ihrer Freiheit kompatibel ist (Antwort: der demokratische Rechtsstaat) und welche Wirtschaftsordnung diesem Wesen am ehesten entspricht (Antwort: eine ordoliberal geprägte soziale Marktwirtschaft). Natürlich weist di Fabio in dieser durchaus plausiblen und nicht nur für den Laien aufschlussreichen Rekonstruktion punktuell auf problematische Tendenzen hin, doch insgesamt liegt mit Hegel der Eindruck nahe, dass das Wirkliche in etwa das Vernünftige ist – wenigstens bevor der Westen zu schwanken begann: „Die normative Signatur des Westens ist folgerichtig als System konsistent“ (S. 215). In diesem Zitat deutet sich auch schon an, dass die hegelianische Referenz letztlich insofern irreführend ist, als der eigentliche Gewährsmann des ehemaligen Verfassungsrichters di Fabio der gelernte Jurist Niklas Luhmann ist. Denn das sozialtheoretische Gegenstück zur Anthropologie der Freiheit ist die funktionale Differenzierung; beide bedingen sich gegenseitig, und so verweist di Fabio auch auf eine „systemtheoretisch angeleitete Theorie der Freiheit“ (S. 221), die dem besseren Verständnis der Probleme der westlichen Moderne dienen könne.

Diese Probleme interpretiert di Fabio dementsprechend vornehmlich – aber nicht ausschließlich, wie sich noch zeigen wird – als Entgrenzungen, bzw. Übergriffigkeiten zwischen verschiedenen Funktionssystemen. Das evolutionstheoretisch begründete Erfolgsgeheimnis des Westens besteht im Respekt vor der Eigenlogik dieser Systeme sowie der konsequenten Selbstbeschränkung insbesondere des politischen Systems, das allerdings regelmäßig seine Position als bestenfalls *primus inter pares* gegenüber anderen Teilsystemen missverstehe und in vermuteter Allzuständigkeit und technokratischer Selbstüberschätzung versuche, diese gemäß seiner eigenen Funktionslogik zu beeinflussen.

Das Problem unzulässiger Grenzüberschreitungen – das di Fabio mittlerweile ja auch in geografischer Hinsicht beschäftigt, wie das Rechtsgutachten zur Flüchtlings- und Grenzpolitik zeigt, welches er mit zwei anderen ehemaligen Verfassungsrichtern kürzlich für den Freistaat Bayern verfasst hat – sieht er auch bei der Euro-Rettungspolitik, die in diesem unmittelbar nach der deutschen Grenzöffnung im September 2015 erschienenen Buch noch als die zentrale Herausforderung bzw. Krise des Westens erscheint (vgl. S. 197-230): Es handelt sich um die Verletzung der No-Bailout-Klausel der europäischen Verträge und zwar insbesondere durch die indirekte Staatsfinanzierung der Europäischen Zentralbank, deren vermeintliche Mandats-

überschreitung zu diesem aber auch zu allgemein konjunkturpolitischen Zwecken di Fabio nicht weniger als fünfmal als Beleg für die bedenklichen Folgen fehlender Selbstbeschränkung anführt (vgl. z.B. S. 44, 163, 193). Eine kritische Einschätzung der zumindest unorthodoxen Interpretation der eigenen Aufgabe von Seiten der EZB ist sicherlich angebracht, aber an ihr lassen sich auch gewisse Schwächen und Einseitigkeiten des Buches festmachen.

Zunächst ist dies die kleinteilige Struktur des Buches, dessen Unterabschnitte fast nie länger als eine Seite sind. Dies führt dazu, dass Gedankengänge beständig durch neue Überschriften unterbrochen werden, wobei die systematische Verbindung der Unterabschnitte nicht immer klar ersichtlich ist und an manchen Stellen der Eindruck fehlender Stringenz und eben auch Redundanz, wie im Falle der EZB, entsteht. Vermutlich sollen die Kurzabschnitte ein angenehmeres, weil kurzweiliges, Leseerlebnis ermöglichen, aber der Klarheit in der Argumentationsentwicklung ist damit nicht immer gedient. Darüber hinaus deutet der Fokus auf die Eurokrise (deren Auslösung durch die Bankenkrise di Fabio übrigens übergeht) auf eine gewisse Verengung des Westens auf Kontinentaleuropa hin, die aber doch nur im Hinblick auf dessen Renaissance-Ursprünge gerechtfertigt wäre. In den Anfangs- und Schlusskapiteln, bzw. dem Epilog, weitet sich di Fabios Blick auf globale Zusammenhänge, aber in der normativ-praktischen Rekonstruktion des Westens kommen beispielsweise die USA und ihr Beitrag zu dessen Kultur fast nie vor. Zuletzt scheint sich die Perspektive noch weiter zu verengen, wenn nämlich die Frage der richtigen Wirtschaftsordnung für Europa mit Verweis auf eine Wirtschaftsverfassung beantwortet wird, wie sie einst schon von ordoliberalen Vordenkern wie Walter Eucken und Franz Böhm gefordert worden war (S. 220), die natürlich auch im Buch Erwähnung finden (S. 122, FN 168; S. 210). Möglicherweise ist dies eine durchaus sinnvolle Forderung, aber es wirkt doch etwas parochial, wenn scheinbar am urdeutschen ordoliberalen Wesen zwar nicht die Welt aber doch immerhin Europa oder gar der Westen insgesamt genesen sollen.

Udo di Fabio gilt vielen Beobachtern als Stimme eines modernen Konservatismus, und so kann sich auch seine Problemdiagnose des Westens nicht auf intersystemische Ungleichgewichte beschränken. Probleme sind auch dort vorhanden, wo sie für den kühlen Blick der Systemtheorie unerkennbar bleiben, nämlich der Kultur des Westens. Die Ursache für dessen Krise, notiert di Fabio schon auf Seite 36, sei „nicht die Marktwirtschaft, nicht der Kapitalismus, es ist auch nicht die Demokratie als Herrschaftsform, sondern eine jahrzehntelang verfestigte falsche Mentalität...“ Dominiert in den rekonstruktiven Kapiteln die systemtheoretische Sichtweise, so steht am Anfang und Ende des Buchs die Kulturkritik im Mittelpunkt, die bekannte konservative Topoi aufruft: „In ihrer ideellen Trägheit und dem ziellosen Hedonismus verbrauchen die westlichen Gesellschaften nicht nur natürliche Ressourcen, sondern auch psychosoziale Schätze von Alltagsvernunft und Anstand. Sie verlieren den klugen Respekt vor vernünftigen Institutionen“ (S. 21). Doch für die potente Kombination aus sozialwissenschaftlicher Finesse in Form von Systemtheorie einerseits und althumanistischer Kritik an Werteverfall und kulturellem Niedergang ander-

rerseits muss di Fabio den Preis der Inkonsistenz entrichten. Wie sich die beiden Perspektiven zueinander verhalten kann er schließlich nicht erklären, denn dies würde eine Gesellschaftstheorie erfordern, die beide in einer stimmigen Synthese vereinigen könnte. Di Fabio selbst formuliert das entsprechende Desiderat: „Was ebenso fehlt, ist eine normativ grundierte Theorie der Gesellschaft, die beide Sphären zu integrieren versteht und sie nicht unentwegt gegeneinander ausspielt: Moral gegen Faktizität, [...] System gegen Lebenswelt“ (S. 219). Man hat allerdings schon von einem solchen Entwurf gehört; es handelt sich um die *Theorie des kommunikativen Handelns* und wurde vor 35 Jahren von Jürgen Habermas vorgelegt. Warum di Fabio dieses Monumentalwerk nur ein einziges Mal und zwar kurioserweise mit Verweis auf eine Passage zum Strukturwandel der Kleinfamilie in einer Fußnote erwähnt, muss sein Geheimnis bleiben.

Von Wilfried von Bredow (2)

Wer in der politischen Auseinandersetzung heute mit Begriff und Konzept des „Westens“ hantiert, meint damit in aller Regel nicht einen geografischen Sachverhalt, obwohl die Geographie dann irgendwie doch eine Rolle spielt. Für di Fabio ist der Westen ein „Gesellschaftsmodell“, das auf einem bestimmten Welt- und Menschenbild beruht. In dessen Mittelpunkt stehen die Freiheit des Individuums und der Glaube an die Optimierbarkeit der allgemeinen Lebensumstände. Mit dieser Bestimmung reiht er sich ein in die Phalanx unterschiedlicher Autoren, die in jüngster Zeit diesen Begriff so oder ähnlich verwendet haben. Besonders bekannt wurde etwa Samuel P. Huntington, der den Westen als Zivilisation oder Kulturkreis bezeichnet. Um 700 oder 800 n. Chr. habe der sich herausgebildet, mit dem geografischen Schwerpunkt in Europa. Später dann habe er sich nach Latein- und Nordamerika ausgedehnt. Während der Phase des Kalten Krieges im Ost-West-Konflikt umfasste der Westen die nordatlantische Wertegemeinschaft plus ihre Verbündeten auf anderen Kontinenten, zum Beispiel auch Australien und Japan. Japan ist für Huntington allerdings ein eigenständiger Kulturkreis. Lateinamerika vielleicht auch.

Ähnlich wie Huntington konstatiert di Fabio, dass der Westen in eine Krise geraten ist, wobei er, anders als Huntington, den Akzent nicht auf die äußeren Konflikte mit anderen Kulturkreisen legt, vielmehr hauptsächlich die inneren Probleme des Westens in den Blick nimmt. Die ergeben sich aus der nachlassenden Spannkraft des westlichen Gesellschaftsmodells, aus wachsender Fragmentierung (d.h. Ausbildung von Parallelgesellschaften), der Ausbreitung von kollektivem Selbstzweifel (z. B. aus unreflektierter Kapitalismus-Kritik) einerseits und als Folge des naiven Glaubens an sozialtechnische Steuerbarkeit der Gesellschaft andererseits, ferner aus der Erosion soziokultureller Zukunftssorge und einem verbreiteten Hang zum Hedonismus. Das klingt nach Verfallsgeschichte. Kein Wunder also, dass als Motto der Arbeit eine ätzende Bemerkung von Alastair Bonnett über die Wahrnehmung des Westens aus asiatischer Sicht dient: Früher sei der Westen eine inhumane und seelenlose

Modernisierungsmaschine gewesen, wohingegen er heute behäbig geworden und nicht mehr wettbewerbsfähig sei. Nun, das ist gewiss eine kräftige Zuspitzung. Aber mit diesem Motto hat di Fabio für seine Studie von Anfang an einen Moll-Ton angeschlagen, der den ganzen Text durchzieht.

Dennoch geht es hier um mehr als nur wieder einmal die kulturkritische Klage um den Untergang des Abendlandes. Der Autor hat, wie das einem Publizisten nach einer brillanten Karriere als Verfassungsjurist auch ansteht, einen ausgeprägten Spürsinn für die Schnittstellen von ideellen Grundlagen (Normen und Werten) und deren institutionellen Ausformungen. Beides bildet schließlich den Rahmen für das Zusammenleben von Menschen, für die Stabilität der Gesellschaft, einschließlich der nötigen Flexibilität. Hier stützt er sich im übrigen auf den Ansatz von Niklas Luhmann, der in seinen späten Arbeiten besonderes Gewicht auf die mit der Differenzierung moderner westlicher Gesellschaften gewachsene Teilautonomie der Funktionssphären Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft oder Religion gelegt und deutlich gemacht hat, wie verhängnisvoll sich die Nichtachtung solcher Teilautonomie für die Gesamtentwicklung dieser Gesellschaften auswirken kann.

Dreieinhalb der insgesamt sechs Teile umfassenden Schrift sind denn auch jeweils einer dieser Funktionssphären gewidmet: Religion, Recht, Politik und Wirtschaft. Wenn, so di Fabios These, die gesellschaftliche Differenzierung angehalten oder gar zurückgedreht wird, dann kann das langfristig nur üble Folgen insgesamt haben, selbst wenn es kurzfristig wie ein Erfolg erscheint. „Die wechselseitige Überforderung der großen der modernen Gesellschaft [...] führt zu Störungen“ (S. 224 f.). Als Beispiel dienen ihm die vielen Staatseingriffe in das Marktgeschehen: „Wer die Mechanik des Marktes durch politische Macht verformt, muss die Verteilungs- und Rationalitätsleistungen politisch mehr schlecht als recht ersetzen. Damit schrumpfen nicht nur die Quellen des Wohlstandes, auch das politische System wird deformiert“ (S. 142). Kurze kritische Anmerkungen zur Finanzkrise, der Schuldenkrise in der EU und der EZB-Politik unter Mario Draghi illustrieren diese These.

So entwickelt sich di Fabios Schrift zu einer weit ausholenden Philippika gegen die dekadent gewordenen, die Basisnorm der personalen Freiheit (für alle) beiseite schiebenden Eliten der westlichen Gesellschaften. Die Argumentation, gestützt durch zahlreiche, die Belesenheit des Autors eindrucksvoll belegende Zitate, ist durchweg liberal-konservativ eingefärbt. Dem bringt der Rezensent viel Sympathie entgegen, sowohl bei den Einzelbeispielen als auch im Gesamtbild.

Und dennoch wächst bei der Lektüre trotz der Zustimmung zu vielen Behauptungen und Forderungen des Autors auch, ja parallel dazu, eine gewisse Irritation. Sie entsteht zunächst deshalb, weil di Fabio, gerade weil er so weit ausholt und interessante Ausflüge in die Geistesgeschichte oder Rechtsphilosophie unternimmt, die Konturen seiner Basiskonzepte und -begriffe ein Stück weit verwischen muss. Anders würde er zu große Schwierigkeiten bekommen, seine Kritik am Westen, wie er ihn heute sieht, als Abweichung vom, etwas antiquiert ausgedrückt, Wesen des Westens zu formulieren. Wir erinnern uns: der Westen als „Gesellschaftsmodell“. Im ersten Kapitel spricht der Autor emphatisch auch vom „Glanz eines Ideensystems“

und der (allerdings der Gefährdung zur Maßlosigkeit ausgesetzten) „unwiderstehliche Faszination eines Lebensstils“, die dem Westen eigen seien. Dies und noch ein paar attraktive Eigenschaften mehr sollen den Westen ausmachen. So gut das klingt, so wenig tragfähig sind solche Zuschreibungen angesichts der zahlreichen politischen Zielkonflikte, mit denen sich die westlichen Gesellschaften und ihre politischen Systeme herumschlagen müssen. Ganz zu schweigen von den dunklen Seiten von Humanismus und Aufklärung, die sich oft genug in der Vergangenheit manifestiert haben. Und gegenwärtig bedrückt uns dieser Zielkonflikt zwischen Humanität und Realpolitik angesichts der Flüchtlingskrise wieder einmal mit hoher destruktiver Intensität. Unübersehbar ist auch die große Breite an ganz unterschiedlichen Lebensstilen in den modernen westlichen Gesellschaften. Überhaupt weist „das“ westliche Gesellschaftsmodell (oder die Moderne) zahlreiche innere Abweichungen auf. Und damit sind noch nicht einmal die vielen „multikulturellen“ Einflüsse auf dieses Modell gemeint, welche die Globalisierung in den letzten Jahrzehnten mit sich gebracht hat und die sich weiter verstärken werden. Würde man in einem Gedankenspiel diese Einflüsse, wie sie sich etwa aus den aktuellen Flüchtlingsströmen ergeben, auf Null zurückfahren und die kollektive Identität der westlichen Gesellschaft in ihrem jetzigen Zustand festzurren, so ergäben sich eben nicht lauter homogene Gesellschaften, deren Mitglieder sich demselben Wertesystem verbunden fühlten und nur wenig voneinander abweichende Lebensstile pflegen würden. Das „Wir“ in dem Slogan „Wir sind das Volk“ trifft, wenn er als Exklusion benutzt wird, nur auf eine Minderheit zu. Dasselbe gilt zum Beispiel auch für die „wahren Finnen“ oder entsprechende Gruppierungen in anderen westlichen Gesellschaften.

Was sich bei vielen Einzelbeobachtungen der aktuellen politischen und kulturellen Entwicklungen, es sei wiederholt und unterstrichen, als fundierte und sehr anregende Kritik erweist, bleibt im Gesamtentwurf di Fabios doch auf dem – in diesem Fall hohen – Niveau von intellektueller Sonntagsprosa.

Manche politische Sachbücher sind halt wie ein Hologramm: Verändert sich beim Lesen minimal der Blickwinkel, dann wird aus einem gelehrten und zum Nachdenken provozierenden Text ein pompöses Potpourri aus Klischees und subjektiven Meinungen. So ist es mir bei der Lektüre dieser Studie gegangen. Nur Beckmesserei des Kritikers?

Von Christoph Degenhart (3)

*„Wie fragmentarisch ist Welt und Leben!
Ich will mich zum deutschen Professor begeben,
der weiß das Leben zusammenzusetzen,
und macht ein verständlich System daraus...“.*

Ob Heinrich Heine damit Niklas Luhmann und dessen Systemtheorie bereits vorweggenommen hat, mag dahinstehen. Udo di Fabio, ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts und Professor für öffentliches Recht an der Universität Bonn, sieht jedenfalls die westliche Welt in einer Situation wachsender Fragmentierung

durch „Entstehung von Parallelwelten, Subkulturen, die untereinander abgeschlossene Sozialordnungen und Weltdeutungen entwickeln“. Und er sieht diese westliche Welt – genauer: die „westliche Gesellschaftsform“, deren Bewahrung ihm zentrales Anliegen ist –, gegründet auf ineinander verzahnte soziale Funktionssysteme, als die er Markt, Wissenschaft, Recht, Politik und Erziehung benennt; Funktionssysteme, die sich durch „hohe Grade an Autonomie (Freiheit) und Selbstbezüglichkeit“ auszeichnen. Denn Westen, das ist für die Fabio kein geografischer Begriff, sondern bezeichnet für ihn die Gesellschaftsordnung, gegründet auf den Menschenrechten, auf der Freiheit der Person, auf Selbstbestimmung und Demokratie, auf Meinungsfreiheit, auf Privateigentum und Vertragsfreiheit. Dabei hat er sehr deutlich das kontinentaleuropäische Gesellschaftsmodell im Blick, das politische und wirtschaftliche System Europas. „Westen“, das ist für ihn doch in erster Linie Europa, in zweiter Linie der „globale Westen insgesamt“; und wenn er, wie schon der Titel seiner Schrift belegt, dieses westliche Gesellschaftsmodell in Gefahr, ja geradezu im Zustand einer multiplen Dauerkrise sieht, so ist dies vor allem die Krise Europas. Diese abstrakte Definition des „Westens“ als des westlichen Gesellschaftsmodells vermag in der Tat einerseits dazu beizutragen, dieses Modell als ein „verständliches System“ aus ineinandergreifenden Teilsystemen zu entwickeln, unterschätzt andererseits aber die sehr unterschiedlichen Ausformungen dieses Modells in den westlichen Gesellschaften.

Während nach den Umbrüchen des Jahres 1989 und der, jedenfalls zeitweisen, Beendigung der Ost-West-Konfrontation die Überlegenheit des westlichen Gesellschaftsmodells, gegründet auf Demokratie und Marktwirtschaft, nahezu Konsens war, jedenfalls im Westen, haben seither Staats- und Gesellschaftsformen, die autoritäre politische Strukturen mit marktwirtschaftlicher Entfaltungsfreiheit verbinden, eine gewisse Anziehungskraft entwickelt. Die Aufforderung „Enrichissez vous!“ setzt nicht zwingend einen demokratischen Rechtsstaat voraus. Di Fabio verweist hier auf das Beispiel Chinas, wo die Diktatur Marktwirtschaft und Privateigentum als kalkulierten und limitierten Freiraum fördert. Marktwirtschaft aber hängt, so di Fabio, von ihrer Eingliederung in rechtsstaatliche und demokratische Strukturen ab und ist daher prägendes Element westlicher Zivilisation, des westlichen Gesellschaftsmodells.

Diese Feststellungen finden sich im ersten Teil der Schrift, die den Symptomen und Ursachen der aktuellen Krise gewidmet ist. Wenn Institutionen wie der demokratische Rechtsstaat oder die soziale Marktwirtschaft nicht gepflegt und intakt gehalten werden, so di Fabio, dann droht ihnen die Dauerkrise. Nachdem etwa Häberle 1989 von der Weltstunde des Verfassungstaates gesprochen hatte, sieht di Fabio nunmehr eine gewisse Tendenz zu dessen Delegitimierung. Für die Zukunft zeichnet di Fabio zunächst ein negatives Szenario mit Ordnungsverlusten und Zivilisationsverlusten, sieht aber dann doch in der wahrscheinlich fortbestehenden Dominanz des Westens auch Positives.

In weiteren Abschnitten seiner Schrift widmet der Autor sich den normativen Prämissen des westlichen Gesellschaftsmodells: den immanenten Bedingungen der neu-

zeitlichen Freiheitsidee, nicht zuletzt auch der prägenden Wirkung der Privatrechtsordnung, die, was nicht so recht deutlich wird, durch eine immer stärkere Überlagerung zivilrechtlicher Privatautonomie durch staatliche Fürsorge- und Gleichstellungspolitik zunehmend an Gestaltungskraft und Leitfunktion verliert. Auch insoweit beschreibt di Fabio vor allem Krisenerscheinungen, wie etwa – allerdings nur am Rande gestreifte – Erosionen der Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der Verschiebung der Grenzen zwischen sozialstaatlich motivierter Hilfestellung und paternalistischer Fürsorge. Grundprinzip für die westliche Gesellschaft ist ein Nebeneinander von freier persönlicher Entfaltung und kollektiver Selbstregierung in der Demokratie, für das di Fabio den nicht auf Anheb verständlichen Begriff einer normativen Doppelhelix entwickelt. Ungeachtet aller Krisenerscheinungen schließlich sieht er eine Dominanz des Westens seit 1945 und 1990: Der Westen ging letztlich wegen seines überlegenen Wirtschaftssystems und der Anziehungskraft der Freiheit als Sieger des Kalten Krieges vom Platz, und damit einhergehend sieht er Wirtschaft als Schicksal der Demokratie: Keine Marktwirtschaft, so di Fabio, ohne stabilen demokratischen Rechtsstaat. Von besonderem Interesse ist angesichts der aktuellen Entwicklungen die Auseinandersetzung mit der Krise Europas, für die di Fabio eine Abwärtsspirale permanenter Verteilungskämpfe drohen sieht, sollte sich die erwartbare Entwicklung der EU zu einem Transferverbund durchsetzen – tatsächlich ist sie in vollem Gange: Die Währungsunion ist allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz eine Haftungs- und Transferunion. Auch für die Zukunft der EU sieht di Fabio zwei unterschiedliche Perspektiven, eine zentralistische Option, und eine dezentrale Perspektive, die eine Gemeinschaftsbildung mit der Integrationskraft eines Nationalstaats, also de facto eine Staatenbildung, für praktisch unmöglich hält. Hier tritt nun wieder das zentrale Anliegen di Fabios, hier ganz Schüler Luhmanns, hervor, die unzulässige Entdifferenzierung der Funktionssysteme der Gesellschaft zu unterbinden.

Und wie sollte sich nun das Gesellschaftsmodell neu erfinden? Letztlich, indem „der Westen“ sich auf seine traditionellen Werte besinnt. Insgesamt also eine scharfsinnige, anspruchsvolle Analyse eines krisenhaften, von Fragmentierung bedrohten Zustandes von „Welt und Leben“ der westlichen Gesellschaftsordnung. Wie „der Westen“, sollte er denn schwanken, wieder zum sicheren, festen Gang zurückfinden kann, darauf kann auch di Fabio keine definitive Antwort geben. Der Versuchung, dies alles zu einem geschlossenen System zusammenzusetzen zu wollen, erliegt der Professor nicht.

Rezensionsessay:

NSU und deutsche Sicherheitsarchitektur – eine unendliche Geschichte

Von Hans-Gerd Jaschke

Hajo Funke, Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung. Unter Mitarbeit von Ralph Gabriel, Münster 2015 (*Kontur Verlag*), 406 S.

Die rechtsextreme Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) wird verantwortlich gemacht für zehn Morde, fünfzehn Raubüberfälle, zwei Sprengstoffanschläge und eine besonders schwere Brandstiftung. Die zehn Mordtaten, davon neun gegen Menschen mit Migrationshintergrund, wurden in der Zeit zwischen 2000 und 2006 begangen. Die beiden Haupttäter, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, begingen Selbstmord, als Ende 2011 die Festnahme kurz bevorstand. In dem am 6. Mai 2013 begonnenen Prozess gegen die dritte im Bunde, Beate Zschäpe, und vier weitere Angeklagte vor dem Oberlandesgericht München verhält sich die Angeklagte überaus schweigsam. Informationen aus erster Hand, von den Akteuren selbst, sind dünn gesät. Gleichwohl sind mittlerweile zahlreiche Publikationen über den NSU erschienen, deren empirische Grundlagen jedoch nicht selten schmal sind. Es kommt der geringe zeitliche Abstand seit dem Bekanntwerden der Mordserie hinzu, so dass der NSU-Komplex weiterhin zahlreiche Fragen aufwirft. Die Einsetzung eines zweiten NSU-Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag am 25. November 2015, bei dem es unter anderem um die Unterstützer des NSU gehen soll, bestätigt den insgesamt noch bescheidenen Kenntnisstand.

Zu diesem Umfeld von Fakten und Interpretationen, Spekulationen, Skandalisierungen, Nicht- und Halbwissen gehören polizeiliche und geheimdienstliche Interventionen und Nicht-Interventionen, die zum Teil verdeckt abliefen. Eine wichtige Rolle spielten dabei V-Leute des Verfassungsschutzes. Zu den dünnen Informationen über den NSU selbst, die Motive seiner Akteure und sein soziales Umfeld tritt somit eine Akteursgruppe hinzu, deren Profession und gesetzlicher Auftrag es ja gerade ist, im Spannungsbogen zwischen öffentlich, vertraulich und geheim zu operieren. Alles in allem: Stoff wie gemacht für Thriller, Doku-Soaps, investigativen Journalismus, Fiktion und Verschwörungstheorien, aber auch für parlamentarische Untersuchungsausschüsse und – nicht zuletzt – sozialwissenschaftliche Analysen.

Hajo Funke ist ein kenntnisreicher, erfahrener, anerkannter und überaus engagierter Analytiker und Dokumentarist rechtsextremistischer Entwicklungen.¹ Den vorlie-

¹ Vgl. Internetpräsenz: www.hajofunke.de.

genden Band, der in einem in der sozialwissenschaftlichen Debatte bislang kaum bekannten, eher randständigen Verlag erschienen ist, nennt er eine „offene Untersuchung“, „ein Fragment“, „Ansätze eines Zwischenberichts“ (S. 26). Als Grund dafür nennt er nicht, wie zu vermuten wäre, den geringen zeitlichen Abstand zu den Geschehnissen, das Schweigen der NSU-Aktivistinnen oder die angedeuteten Probleme der Datenbeschaffung. Die Vorläufigkeit und Relativierung wird vielmehr begründet mit der Blockadepolitik der Verfassungsschutzbehörden, die Aufklärung und Transparenz verhinderten und somit auch die Wahrheitsfindung über das Versagen der Sicherheitsbehörden in der NSU-Affäre. Das sind schwerwiegende, aber nicht neue Vorwürfe. Sie sind der Tendenz nach von den bisherigen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zur NSU-Affäre bestätigt worden.² Funke, selbst Sachverständiger in Untersuchungsausschüssen, verwendet heuristisch Stilmittel der Reportage, der Collage und der Dokumentation, aber auch der kritischen Zeitdiagnostik und der auf penible Ereignisrekonstruktion zielenden Kriminalistik vor dem Hintergrund einer konsequent auf Gewaltenteilung und staatliche Transparenz setzenden Demokratietheorie. Er stützt sich vor allem auf Berichte parlamentarischer Untersuchungsausschüsse sowie eigenständige Recherchen und Gespräche mit Zeitzeugen. Eine Kernthese durchzieht das ganze Buch wie ein roter Faden: Einige Sicherheitsbehörden, allen voran das Bundesinnenministerium, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, verhinderten bewusst die notwendige Aufklärung. Die Rede ist von gezielt lancierten „Aufklärungsblockaden“: Innenministerium und BfV reagierten, wenn überhaupt, nur unter öffentlichem Druck, es handele sich, so Funke, „nach wie vor [um] ein Schattenreich jenseits rechtsstaatlicher Kontrolle und Verantwortung“ (S. 25). Hintergrund sei der Einsatz von einflussreichen V-Leuten, die „zur Radikalisierung im Umfeld des NSU beigetragen“ hätten (S. 24).

Teil 1 konzentriert sich auf drei Mordanschläge des NSU: auf die Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn (2007), die Kölner Attentate in der Probsteigasse (2001) und in der Keupstrasse (2004) sowie in einem Kasseler Internet-Café (2006). In all diesen Fällen sind schwere Mängel bei der Arbeit der zuständigen Sicherheitsbehörden zu verzeichnen: Fehlerhafte Ermittlungen der Polizei, die rechtsextreme Tatmotive ausschließt und an der Verdächtigung von Familienangehörigen stur festhält, behördliche Ignoranz von Zeugenaussagen und Behinderungen von Ermittlungen gegen einen Verfassungsschutzmitarbeiter durch das hessische Innenministerium sind Handlungsmuster, die Funke anhand vieler Beispiele auch in den folgenden Kapiteln analysiert und vertieft. Es ist eine Mischung aus individuellen Fehlern, Behördenversagen und gezielter Vertuschung, wenn es um die Staatsräson geht. Bei dieser Gemengelage verhandelter Aufklärung ist eine Gruppe die besonders treibende Kraft: die V-Leute der Verfassungsschutzbehörden.

2 Vgl. Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen, NSU-Terrorismus: Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und Empfehlungen für die Sicherheitsbehörden, Frankfurt a.M. 2015.

Teil 2 beschäftigt sich mit ihrer Rolle in der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene. Das strategische Ziel der Verfassungsschutzbehörden sei es, über diese Spitze die Kontrolle über die militanten Gruppen zu gewinnen unter Inkaufnahme einer mobilisierenden, antreibenden Funktion der „agents provocateurs“. So lautet die These Funkes, so ist es auch von Zeugen in den Untersuchungsausschüssen beschrieben worden. Sie wird belegt anhand von Beispielen und Ereignissen. Allerdings sind Funkes Überlegungen sowohl einleuchtend als auch fragwürdig: Die Gleichsetzung von Informant des Verfassungsschutzes und „Drahtzieher“ bleibt nebulös. Es wäre von großer Bedeutung, die soziale Figur des agent provocateur in der rechtsextremen Szene genauer zu porträtieren: Worin besteht der Handlungsspielraum, wo liegen Möglichkeiten und Grenzen, wieviel ist Initiative, wie weit reicht der Arm und die Kontrolle der behördlichen V-Mann-Führer? Wie weit reicht der Einfluss von Informanten wie Kai Dalek tatsächlich, wenn er als einer von mehreren Organisatoren der Rudolf-Heß-Gedenkmärsche fungiert und wenn er, wie Funke weiter schreibt, „am Aufbau des rechtsextremen Thule-Netzes beteiligt“ war (S. 140)? Sind fragwürdige Zeugen wie Timo Brandt, selbst V-Mann, wirklich glaubwürdig, wenn sie behaupten, Dalek sei in den bayerischen Kameradschaften „unsere Führungskraft“ gewesen (S. 142)? Selbst wenn die Organisatoren der Heß-Gedenkmärsche „mehrheitlich“ (S. 145) V-Leute waren, muss man dann folgern, die Sicherheitsbehörden hätten den organisierten Rechtsextremismus kontrolliert und gesteuert? Ist nicht auch eine andere Deutung denkbar: Verfassungsschutzbehörden ist es gelungen, geheime Informationen über militante rechtsextreme Organisationen zu beschaffen? Aber: Wie weit reichten diese Informationen?

Die drei Netzwerke Blood & Honour, Hammerskins und Ku-Klux-Klan (KKK) bewegten sich im Umfeld des NSU. Auch sie waren, wie Funke überzeugend dokumentiert, durchsetzt mit V-Leuten. Weil diese Netzwerke, so Funke, Kontakte unterhielten zum NSU, ist davon auszugehen, dass die Verfassungsschutzbehörden frühzeitig über die Aktivitäten des NSU Bescheid wussten. Mehr noch: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat, so die Kernthese dieses Buches, die militanten rechtsextremen Gruppen beeinflusst, gesteuert, V-Leute der Strafverfolgung entzogen und alles dafür getan, die öffentliche Aufklärung dieser Vorgänge zurückzuhalten und Vorgänge zu vertuschen. Ausgerechnet das Bundeskriminalamt wird hierfür als wichtiger Kronzeuge benannt. Funke nimmt Bezug auf ein im *Spiegel* 2012 zuerst zitiertes geheimes Schreiben des BKA vom Februar 1997, worin dem Bundesamt für Verfassungsschutz vorgeworfen wird, durch massiven Einsatz von V-Leuten Brandstiftung zu betreiben und so die Gewalt von rechts gar noch zu befeuern (vgl. S. 244 ff.).³ Hier wird ein weiterer Aspekt der NSU-Affäre leider nur in Ansätzen sichtbar gemacht: Dieser Vorgang verweist nämlich einmal mehr auf bereits in die 1990er Jahre zurückreichende mangelnde Kooperation zwischen Sicherheitsbehör-

3 Das BKA-Papier enthält eine Reihe schwerer Vorwürfe. Vgl. die Details bei Fabian Virchow, Nicht nur der NSU. Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung, Erfurt 2016, S. 75 f.

den, aber auch auf mehr oder weniger offenes Misstrauen und Konflikte untereinander. Worauf basieren derartige Konflikte? Sind sie der föderalen Struktur der Sicherheitsarchitektur geschuldet, die in der globalisierten Welt der Bedrohungen längst nicht mehr zeitgemäß ist? Es ist schade, dass der Autor auf solch fundamentale Fragen nicht weiter eingeht.

Funke recherchiert und analysiert in einem komplexen Feld der staatlichen Sicherheitsarchitektur, in dem systematisches und empirisch gehaltvolles Arbeiten schwierig ist. Er verwendet amtliche Berichte und Dokumente, Zeugenaussagen vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und in Strafverfahren, selbst und von anderen durchgeführte Interviews, wissenschaftliche und journalistische Quellen sowie eigene Beobachtungen und Vermutungen. Es ist praktisch unmöglich, die von ihm vorgelegten Belege im Einzelnen empirisch zu überprüfen. Zu sehr unterscheiden sie sich im Hinblick auf ihre Nachprüfbarkeit. Aber diese methodischen Probleme können und sollen nicht Kriterium einer Einschätzung sein. Entscheidend ist vielmehr das Gesamtbild, das gestützt wird vor allem durch Berichte der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zur NSU-Affäre und die Schlussfolgerungen, die aus der Affäre zu ziehen sind.

Eine zentrale, eher grundsätzliche Frage bleibt unbeantwortet. Es ist die nach dem unauflösbaren Spannungsverhältnis zwischen Transparenz und Diskretion: Wie muss man sich einen Inlandsgeheimdienst wie das Bundesamt für Verfassungsschutz vorstellen, der effektiv mit nachrichtendienstlichen Mitteln arbeitet (auch mit V-Leuten) und zugleich ein Höchstmaß an Transparenz seiner Aktionen anbietet? Starke Kontrolle des Dienstes könnte ihn lähmen, zu schwache könnte ein undurchschaubares Eigenleben zementieren. Funke gibt auf diese gewiss nicht einfache Frage keine überzeugenden Antworten. Er plädiert „für ein Ende der bisherigen Geheimorganisation im Ausnahmezustand und ohne effiziente Kontrolle“ (S. 362). An ihrer Stelle solle es „eine unabhängige Institution geben, die die nötigen Informationen über Terrorgefährdung sammelt, zugleich besser kontrolliert und besser ausgebildet ist [...]. Da wo nötig, können in den Staatsschutzabteilungen in sehr begrenztem und eingeschränktem sowie effizienter kontrolliertem Maße verdeckte Ermittler, gegebenenfalls in Ausnahmefällen V-Leute oder Informanten sowie elektronische Maßnahmen eingesetzt werden, aber nicht vom Verfassungsschutz“ (S. 363).

Hier stellt Funke eine Errungenschaft der Gewaltenteilung nach der NS-Diktatur zur Disposition: das sogenannte „Trennungsgebot“, nämlich die Trennung von Polizei und Geheimdiensten. Der entsprechende „Polizeibrief“ der alliierten Militärgouverneure vom April 1949 sollte vor dem Hintergrund des Staatsterrors durch Reichssicherheitshauptamt und Gestapo in der Zeit des Dritten Reiches sicherstellen, dass eine politische Polizei, die zugleich polizeiliche und geheimdienstliche Aufgaben wahrnimmt, ausgeschlossen bleibt. Man kann gewiss darüber diskutieren, ob diese Trennung heute angesichts von ressortübergreifenden Einrichtungen, wie dem 2004 gegründeten Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ), in dem 40 nationale Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten, tatsächlich überhaupt noch besteht. Auch darf nicht übersehen werden, dass die Polizei in bestimmten Fällen politisch

motivierter Kriminalität nachrichtendienstliche Mittel einsetzen kann. Das Spezifikum der polizeilichen Staatsschutzabteilungen bei BKA und Landeskriminalämtern besteht darin, dass sie nicht erst seit heute mit nachrichtendienstlichen Mitteln und ausgestattet mit dem Gewaltmonopol politisch motivierte Straftaten im engen Sinne bekämpfen. Ein wesentliches Merkmal der geheimdienstlich unterstützten Terrorprävention ist nun aber nicht nur die Verfolgung von Straftaten, sondern auch die Ausforschung des Vorfeldes, der Absichten und Planungen gewaltbereiter Gruppen. Dies war und ist jedoch die Domäne der Verfassungsschutzbehörden, nicht der Polizei. Würde man den Verfassungsschutz abschaffen und die Möglichkeiten der Polizei auf die Vorfeldbeobachtung ausweiten, einschließlich des Einsatzes verdeckter Ermittler und, selbstredend, ausgestattet mit dem Gewaltmonopol, dann hätte man eine politische Polizei geschaffen, die durch den „Polizeibrief“ gerade verhindert werden sollte.

Einige weitere Aspekte hat Funke zu wenig bedacht. Erstens: Was ist das für eine „unabhängige vom Parlament eingesetzte Institution“? Wie sammelt sie Informationen, was unterscheidet sie vom Verfassungsschutz, wer bürgt für die Qualität der beschafften Information, wodurch wird Unabhängigkeit gewährleistet? Und zweitens: Inwieweit sollen die Mitarbeiter „besser ausgebildet“ sein? Woher wissen wir, dass die Ausbildung für den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz an der Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung den Anforderungen nicht genügt? Hier bewegt sich Funke auf unsicherem, spekulativem Terrain.

Gleichwohl und insgesamt gesehen hat Funke nicht nur ein lesenswertes, engagiertes und kompetentes Buch über das Staatsversagen im NSU-Komplex vorgelegt. Mehr noch: Künftige Analysen dieser Thematik werden an dieser verdienstvollen Vorarbeit nicht vorbeikommen.

»Wieder gelesen«:

Sontheimers „antidemokratisches Denken“

Von Christian Nestler

Kurt Sonthheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, 3. Aufl., München 1992 (*Deutscher Taschenbuchverlag*), 336 S.

In Zeiten, in denen eine Gruppierung unter dem Titel „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) behauptet, Proteste aus der Mitte der Gesellschaft auf die Straße, vornehmlich in Dresden, zu bringen, während zeitgleich die Anschläge von Paris, Kopenhagen und Brüssel diesen abstrakten Demonstrationen einen konkreten Anlass gaben, gilt es, Freiheit und Demokratie zu stärken.¹ Die Bemühung von Politik und Medien seit Ende 2014, Pegida relativ einhellig als camouflierte rassistische Hetzveranstaltung, bzw. antidemokratische Attitüde zu kennzeichnen,² mag begründet sein, greift aber in der Argumentation zu kurz. Eine neuerliche Lektüre von Kurt Sontheimers „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“ bietet die Möglichkeit, die zugespitzte Frage zu stellen, ob die Bundesrepublik nach dem Aufkommen der *Alternative für Deutschland* (AfD) im Jahr 2013, welche einen deutlichen demoskopisch ermittelten Zuspruch in der Folge der „Flüchtlingskrise“ und sukzessive Mandatsgewinnung auf verschiedenen elektoralen Ebenen verbuchen kann,³ eine konservative Wende durchmacht? Sontheimers Buch bietet, trotz abweichendem Kontext, einen möglichen analytischen Rahmen einer differenzierten und fundierten Betrachtung,⁴ die auch den gegenwärtigen Zeitgeist auf die Probe stellen kann. Durch eine typenbildende Analyse des deutschen Natio-

-
- 1 „Wir werden unsere Freiheit nicht einschränken, wir werden sie gebrauchen. Wir verteidigen gerade jetzt das freie Wort, die Demokratie, die ohne Pressefreiheit ihre Lebenskraft verliert.“ Hierzu: Bundespräsidialamt (Hrsg.), Bundespräsident Joachim Gauck zu den Folgen der Anschläge von Paris am 9. Januar 2015 in Schloss Bellevue, Pressemitteilung vom 9. Januar 2015.
 - 2 Exemplarisch kann die Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin 2015 herangezogen werden, bzw. die Berichterstattung in den seriösen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen.
 - 3 Christian Nestler/Jan Rohgalf, Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs, in: *Zeitschrift für Politik* 64 (2014), S. 389–413.
 - 4 Inzwischen gibt es selbstverständlich jüngere, materialreiche Studien zur Situation in der Weimarer Republik. Sontheimers Buch bleibt aber gerade durch seinen pointierten Schreibstil ein Evergreen. Als sehr gut lesbares Beispiel zur neuesten Forschung: André Postert, *Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Opposition. Die jungkonservative Klub-Bewegung in der Weimarer Republik und ihre Auflösung im Nationalsozialismus*, Baden-Baden 2014.

nalismus gibt er im Subtext – in dieser Weise nicht intendiert – den obigen klaren Ratschlag für die politischen und gesellschaftlichen Eliten im 21. Jahrhundert.⁵

Es handelt sich um die Habilitationsschrift des Autors, deren erste Auflage 1962 in der Nymphenburger Verlagshandlung München erschien.⁶ Im Jahr 1968 wurde, unter anderem aufgrund des großen Verkaufserfolges,⁷ die um ein Viertel gekürzte, und damit preiswertere Studienausgabe, herausgegeben. Sontheimer erschien es im Nachhinein, „dass der Text durch die Straffung eher gewonnen hat“ (S. 9). Aus Anlass der Wahlerfolge, die die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zwischen 1966 und 1967 erzielte (sie zog in sechs Landesparlamente ein), fügte Sontheimer einen zusätzlichen Abschnitt zum „Antidemokratischen Denken in der Bundesrepublik“ an. Diese dreißigseitige Ergänzung wurde wiederum im Vorwort zur ersten Taschenbuchausgabe 1978 als „nicht mehr aktuell“ bezeichnet, zudem sei „die geistig-politische Lage der Bundesrepublik wesentlich anders als 1968“ (S. 9). Bis zu ihrer 4. und damit letzten Auflage 1994 wurde die Ausgabe dann unverändert gedruckt.

Das Werk gliedert sich nach der Einleitung in drei Teile. Zunächst wird der historische Kontext beschrieben (S. 21-111). Wesentliche Topoi der Darstellung sind: die relevanten politischen Gruppierungen, der antidemokratische Habitus, die Politisierung des Irrationalismus, der Wandel der deutschen Staatsrechtslehre und schließlich das alles vorherige überformende Kriegserlebnis in der Ambivalenz von Heroismus und gesellschaftlich-menschlichem Abgrund. In einer Nusschale lassen sich die Ausgangsbedingungen auf folgendes reduzieren: „Die Demokratie von Weimar war nicht das Ergebnis einer demokratischen Volksbewegung, sondern eher das Produkt einer Aporie; eine Demokratie quasi aus Verlegenheit. Theodor Eschenburg hat sie mit einer treffenden Wendung eine ‚improvisierte Demokratie‘ genannt“ (S. 21).⁸

Es schließt die Darstellung der antidemokratischen Gruppierungen des rechten politischen Spektrums ein, aber mehr noch die ihrer ideologischen Verfasstheit (S. 113-278). Sontheimer kategorisiert sechs ideologische Strömungen: Deutsch-Na-

5 Gleichwohl lässt sich das Motiv „Bonn [bzw. Berlin] ist nicht Weimar“ als Aufforderung in Sontheimers Schriften verstehen. „In diesem existentiellen Sinn war es ein historisches Trauma, das Menetekel des Untergangs der Weimarer Republik, das zum wenig verborgenen Leitmotiv [...] wurde“. Hierzu: Alfons Söllner, Kurt Sontheimer (1928-2005), in: Eckhard Jesse/Sebastian Liebold (Hrsg.), *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zelenstin*, Baden-Baden 2014, S. 711-723, hier: S. 714.

6 Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1962, 413 S.

7 Insgesamt gab es vier Auflagen der Habilitationsschrift, bis 1968 die Studienausgabe erschien. Der Rechtsnachfolger der Nymphenburger Verlagshandlung, C.H. Beck, gibt keine Verkaufszahlen mehr in die Öffentlichkeit, trotzdem kann für die Taschenbuchausgabe die Gesamtauflage mit etwa 22.000 beziffert werden. Bei den vorhergehenden Publikationen ist ebenfalls eine deutlich fünfstellige Auflage zu vermuten.

8 Problematisch sind ebenfalls die aufgestellten Spielregeln der Republik: „Der Sinn jeder Verfassung, die den Wendepunkt einer politischen Entwicklung bezeichnen soll, ist es, ein bestimmtes Aktionsprogramm zu verkünden, in dessen Namen die Organisation einer neuen Gesellschaftsordnung stattfinden soll.“ Weimar gab sich in dieser Hinsicht eine „Verfassung ohne Entscheidung“. Otto Kirchheimer, *Politik und Verfassung*, Frankfurt a.M. 1981, S. 52, 54.

tionalismus, die Konservative Revolution, den Revolutionären Nationalismus, den Nationalbolschewismus, die Deutsch-Völkischen sowie den Nationalsozialismus. Sie alle übten auf ihre je eigene Art antidemokratische Kritik an Liberalismus, Parlamentarismus, Parteienstaat der Weimarer Verfassung, indem variierende Formen antiliberalen Staatsdenkens, der Ruf nach einem Führer und die Vision des Reiches von ihnen propagiert wurden. Zusätzlich arbeitet Sontheimer im Hauptteil seines Buches acht kennzeichnende Grundbegriffe heraus, die das Wesen des antidemokratischen Denkens verdeutlichen: Volk, Gemeinschaft, Nation, Organismus, Entscheidung, die neue Politik, die neue Freiheit und der nationale Sozialismus. Abgerundet werden die inhaltlichen Ausführungen durch eine Analyse, welche Ideen und Gruppen Einfluss auf die Politik der Weimarer Republik nahmen (S. 279-316). „Die Weimarer Republik erlebte einen Ansturm des Geistes gegen die politische und soziale Wirklichkeit, wie ihn kaum eine andere Phase der deutschen Geschichte verzeichnet. Selten erreichte der Anspruch des Geistes, sich über die platte Realität zu erheben, eine solche Verstiegtheit, eine so schonungslose Radikalität“ (S. 306). Die Rückkehr zur „liberalen parlamentarischen Demokratie“ nach dem Zweiten Weltkrieg ist hier nach nur folgerichtig, denn „die freiheitlich-demokratische Lebensform [erscheint] uns nach den leidvollen Erfahrungen mit unserer jüngsten Geschichte mit Recht als eine zwar nicht vollkommene, in ihrer Substanz jedoch menschenwürdige Ordnung“ (S. 315).

Nach der Publizierung war die Resonanz auf das Werk zwiespältig. Die Kritik spiegelte in der Folge nicht selten die politische Positionierung der Rezensenten. Die besondere Leistung Sontheimers ist darin zu sehen, dass er abseits interessanter Einzelpersonen in den 1960er Jahren die Ideen- und Gruppierungsgeschichte der „konservativen Revolution“ betrachtete. Dabei wird ihm allerdings eine fehlende soziologische Einbettung, die Anbindung an die breitere europäische Entwicklung und ein simplifizierendes antidemokratisches Freund-Feind-Denken vorgeworfen. Ebenfalls falle die „Entlastung“ der „Konservativen Revolution“ – selbst der positiven – Rezeption der Zeit zu schwach aus.⁹ Dabei ist die kritisch gestimmte wissenschaftliche Öffentlichkeit dem Werk wesentlich abgeneigt. Das wird nicht zuletzt dadurch deutlich, dass die Arbeit im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte entstanden war (S. 9) und nach der Verteidigung nicht in dessen Schriftenreihe aufgenommen wurde.¹⁰

Aus Sicht der gegenwärtigen Forschung stellen sich viele der von Sontheimer diskutierten Fragen nicht in gleicher Weise dar, da die Betrachter jener Zeit vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen der Jahre 1918 bis 1945 diskutierten. Mit Blick auf die Begrifflichkeiten soll an dieser Stelle lediglich eine Überlegung von Richard Stöss bemüht werden. Dieser hatte festgestellt, dass der Gegensatz zu „de-

9 Vgl. Klaus Epstein, Bericht über das Schrifttum: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 657-777.

10 Siehe hierzu: Riccardo Bavaj, Hybris und Gleichgewicht – Weimars „antidemokratisches Denken“ und Kurt Sontheimers freiheitlich-demokratische Mission, in: Zeithistorische Forschung 3 (2006), S. 315-321; Bedrich Loewenstein, Kurt Sontheimers Republik, Göttingen 2013.

mokratisch“, nicht „antidemokratisch“ sondern „nichtdemokratisch“ sein müsste.¹¹ Diese logische Eingabe mag korrekt sein, aber „anti“ bleibt die begrifflich extensivere und damit für die Erinnerungspolitik präzisere Bewertung des Ideenkosmos der Weimarer Zeit. Inwieweit nach 1945 dann „anti“ durch „nicht“ ersetzt werden kann oder muss, ist die Entscheidung einer offenen und differenzierten Fachdiskussion. Für die Fortführung der begrifflichen Verwendung plädiert neben der Gewohnheit (Pfadabhängigkeit) beispielsweise Uwe Backes¹² und, wie unten gezeigt wird, Sontheimer selbst. Weiterhin wird deutlich, dass sich Sontheimers Analyseraster, mit Blick auf das rechte antidemokratische Denken entwickelt, auf das (extreme) linke Ideenspektrum in der Weimarer Republik wie in Fortführung auf die Bundesrepublik übertragen ließe. In diese analytische Erweiterung wäre gleichfalls die Erforschung totalitärer Sprache(n) einzureihen.¹³

Sontheimer verfasste sein Werk in einer Zeit, als er mit seiner Publikation noch lebende Personen traf, die ihrerseits wiederum politische Positionen in der Bonner Republik innehatten. Das zeigt die ambivalente Veröffentlichungs- und Rezeptionsgeschichte des Buches. Wenn es inzwischen auch umfänglichere Untersuchungen gibt, bleibt Sontheimer aufgrund seines Stils und wegen seines Blickes auf das große Ganze lesenswert. Als Menetekel ist Weimar gerade für die wiedervereinte Bundesrepublik und ihre kollektive Erinnerung ein symbolischer Stolperstein, den es zu achten gilt. Nichts ist besser geeignet, diesen Hinweis zu erneuern, denn Sontheimers Ruf als öffentlicher Intellektueller wurde letztlich neben seiner Fähigkeit als Autor durch diese fundierte wissenschaftliche Analyse begründet.¹⁴

Eine halbe Rolle vorwärts nach der Rolle rückwärts in Bezug auf den in der Studienausgabe enthaltenen und dann gestrichenen Exkurs zum „Antidemokratischen Denken in der Bundesrepublik“ vollzog Sontheimer 2004 in seinem Beitrag „Die Kontinuität antidemokratischen Denkens. Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik“.¹⁵ Dieser erschien im Sammelband „Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?“ und bestätigte zwar die Besorgnis, die von dieser Bewegung ausging, beruhigte aber unter anderem als Gegenstück zu Hans Magnus Enzensbergers Ausführungen und hält fest, dass die Umstände völlig andere waren und dass die Bevölkerung sich für diese antidemokratischen Ideen nicht in gleicher Weise erwärmte.¹⁶

11 Vgl. Richard Stöss, Zum „differenzierten Extremismusbegriff“ von Eckhard Jesse, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 169-183, hier: S. 180 f.

12 Uwe Backes, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland und die muslimische Welt – eine Entwicklungsskizze, in: Ebd., S. 393-408.

13 Prominent etwa bei: Victor Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1999.

14 Vgl. Söllner (FN 5), S. 713.

15 Kurt Sontheimer, Die Kontinuität antidemokratischen Denkens. Von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 19-29.

16 Ebd., S. 27 f.

Die Entwicklung seit dem September 2015 macht deutlich, dass die Stimmung in der Bundesrepublik sehr volatil sein kann. Tatsächlich gibt es eine Polarisierung zwischen der Position, die die Bundeskanzlerin mit ihrem „Wir schaffen das!“ gesetzt hat, und jenen, die sich hinter der Parole „Merkel muss weg!“ formieren. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im März 2016 hat dieser Gegensatz zu einem signifikanten Anstieg der Wahlbeteiligung geführt. Die AfD fungiert dabei als Vehikel dieser in sich sehr differenzierten Antihaltung.¹⁷ Die Momentaufnahme im April 2016 erweckt den Eindruck einer Renaissance von dem Wunsch nach einer starken Nation – verbunden mit Termini, die Sontheimer für das Weimarer antidemokratische Denken identifiziert hatte: etwa Volk, Gemeinschaft, Nation, Entscheidung oder die neue Politik – und damit möglicherweise einer konservativen Wende. Die Bundestagswahl 2017 wird hier der entscheidende Indikator für die weitere Bewertung der Sachlage sein.

Von Sontheimers Buch bleibt in dieser Situation der klare, aber subtile Ratschlag, dass die geistige und politische Elite des Landes sich zur Demokratie und Freiheit bekennen sollte. Nach über 60 Jahren Demokratie scheint diese Überlegung in der Gegenwart überholt. Doch erfolgreiche Praxis garantiert keinen Bestand für die Ewigkeit. Im neuen Jahrtausend wird ein *plébiscite de tous les jours*, wie ihn Ernest Renan noch für die Nation forderte, für den Erhalt der seit dem Zweiten Weltkrieg gewonnenen Freiheiten nötig sein. In einer offenen Diskussion wäre hier möglicherweise die Adaptierung von Hermann Brochs 1946 geforderter „Radikalität der Mitte“¹⁸ wünschenswert.

17 Christian Nestler, Die Alternative für Deutschland (AfD) im Wahljahr 2016, unter: http://www.boell-mv.de/fileadmin/user_upload/doc/Policy_Paper_16_Nestler_-_Heinrich-Boell-Stiftung.pdf (19. April 2016).

18 Hermann Broch, Für die Radikalität der Mitte, in: Dieter Hildebrandt/Siegfried Unseld (Hrsg.), Deutsches Mosaik, Frankfurt a.M. 1972, S. 260-275.

Literatur aus der „Szene“:

Ein Produkt der Verschwörungsindustrie

Von Farid Hafez

Udo Ulfkotte, Die Asylinindustrie. Wie Politiker, Journalisten und Sozialverbände von der Flüchtlingswelle profitieren, 2. Aufl., Rottenburg 2015 (*Kopp Verlag*), 272 S.

Udo Ulfkotte wird von seinem hauseigenen Verlag als Bestsellerautor (etwa *Mekka Deutschland*) gepriesen. Seine neue Schrift *Die Asylinindustrie. Wie Politiker, Journalisten und Sozialverbände von der Flüchtlingswelle profitieren* steht mit seinem reißerischen Titel neben anderen wie *Die geheime Migrationsagenda*, *Der Dritte Weltkrieg – Schlachtfeld Europa* oder *Lügenpresse*, die alle nahelegen, dass der Verlag Informationen gibt, die andere – die herrschenden Schichten – zu verheimlichen oder zu vertuschen suchen.

Das Buch gibt – ähnlich wie Thilo Sarrazin in seinem Bestseller *Deutschland schafft sich ab* – vor, „voller Fakten und über 750 Quellenangaben“ zu sein. Dieses Zahlenspiel täuscht. Blickt man auf die Quellen, so zählen dazu neben qualitativ hochwertigen Medien wie *Frankfurter Allgemeine*, *Süddeutsche Zeitung* und *The Guardian* auch der Boulevard (*Stern*, *Bild*), Facebook-Seiten von Pegida, die der Neuen Rechten zugeordnete Zeitschrift *Junge Freiheit* sowie die prominente islamfeindliche Webpage *PI-News*. Als Quellen über die hochgepriesenen „Fakten“ werden also mitunter in Diskurs eindeutig als politische Sprachrohre positionierte „Quellen“ angegeben.

Ulfkotte wurde an verschiedenen Orten als Verschwörungstheoretiker kritisiert. Ein Faktencheck von MMEDIA zu Ulfkottes angeblichem Bestseller *Mekka Deutschland* stellt diesem ein schlechtes Zeugnis aus und straft es mit der Bemerkung ab, dass Ulfkottes Buch der Gegen-Beweis zum ewig behaupteten Tabu sei, wonach man nichts sagen dürfe. Im Gegenteil, findet der Autor: „Man darf sogar den allergrößten Unsinn zum Islam schreiben und veröffentlichen.“

Wie steht es nun um Ulfkottes *Asylinindustrie*? Wie der Religionswissenschaftler Michael Blume verdeutlichte, können berechtigte und unberechtigte Verschwörungstheorien voneinander unterschieden werden, indem sie einer Überprüfung unterzogen und damit falsifizierbar werden. Werden Verschwörungserzählungen jedoch von Mythen bestimmt, fällt die Überprüfbarkeit weg. In diesem Sinne gibt uns Ulfkotte mit seinen über 750 Quellenangaben die Möglichkeit, seine Darstellungen genau zu überprüfen. Das soll im Folgenden anhand eines Ausschnitts gemacht werden.

Im ersten Kapitel versucht der Autor zu klären, dass die deutsche Willkommenskultur gescheitert sei. Es sei nicht alles „Friede, Freude, Eierkuchen“, wie die „Leitmedien und Politiker“ behaupten würden. Ulfkotte behauptet, der „Massenandrang von Asylbewerbern aus fernen Kulturkreisen“ würde „von Politik und Medien ausschließlich positiv dargestellt“. Eine leicht durchzuführende Recherche zeigt jedoch, dass weder alle Teile der politischen Elite noch die Medien ein ausschließlich positives Bild von geflüchteten Menschen und Asylwerbern zeichnen. Im Gegenteil: Angela Merkels Ansage („Wir schaffen das!“) zog und zieht sowohl innerparteilich als auch von anderen Parteiangehörigen harte Kritik auf sich. Ebenso sind mediale Berichterstattungen alles andere als „ausschließlich positiv“. Ulfkottes Behauptungen gehen an der Realität vorbei. Es folgt eine Aussage, in der Ulfkotte sich auf Getuschel als Beweis für eine Vergewaltigung bezieht. Das ist eine etwas dünne Faktenlage. Zitate von besorgten Bürgern wie jene von Ewald Eckert schmückt er aus und legt diesem Aussagen in den Mund, welche in den Quellen nicht auffindbar sind. Aus realen Zitaten wie: Asylsuchende hätten „Alltagsprobleme etwa in Sanitäreinrichtungen angesprochen“, wird bei Ulfkotte eine negative Verdrehung, wonach Flüchtlinge sich aus der Position der (nicht legitimen) Forderung heraus „beschwert“ hätten. Zugleich unterstellt Ulfkotte dem hessischen SPD-Politiker Thorsten Schäfer-Gümbel, er würde sich die Sorgen der Geflüchteten anhören, nicht aber jene von Edeka, Aldi und Kik. Quellen für die Behauptung, dass die Handelsketten Probleme hätten, fehlen ebenso wie zu der von ihm behaupteten Ignoranz Schäfer-Gümbels.

Neben dem Hinzudichten von „Fakten“ gibt es auch Beispiele für selektives Lesen. So wird ein Vorfall in Radeburg erzählt, wo 13 Libyer auf 60-70 qm zusammengepfercht leben. Aufgrund von wiederholter Ruhestörung wurde die Wohnung nach vier Wochen geräumt. Ulfkotte erzählt die Geschichte unvollständig und lässt wichtige Informationen aus, die zeigen, dass die Ruhestörung nicht von allen 13 Personen begangen wurde, sondern von einem Teil. Relativierungen, die im Originalartikel vorkommen, werden so ausgelassen. Darüber hinaus behauptet Ulfkotte, dass der von ihm paraphrasierte Artikel mit einem Satz schließt, den Ulfkotte zum Beweis des Endes der Willkommenskultur zitiert. De facto endet er aber mit einem Satz, der das genaue Gegenteil behauptet. Die Anwohner dieses Vorfalls sprechen sich nämlich explizit für eine weitere Unterbringung von geflüchteten Menschen aus. Ebenso verzerrt sind andere Rezeptionen von Ulfkottes „Quellen“. Er übertreibt und verzerrt die „Fakten“, um sie damit in einem anderen Licht stehen zu lassen, die sich dann als Beweis für seine Thesen lesen. Während in Neumünster Helfer von durchreisenden Asylsuchenden meinten: „Das ist teilweise schon eklig. Aber in Anbetracht der vielen Menschen, die hier in so kurzer Zeit durchgeschleust wurden, ist das ja auch kein Wunder. Und wir haben schon schlimmere Sachen gemacht“, heißt es bei Ulfkotte: „Die 60 ehrenamtlichen Helfer der örtlichen Feuerwehr durften im Zuge dieser Veränderung für die Sozialindustrie und die Asylbewerber den Müll wegtragen. Sie mussten Schutzkleidung anziehen und einen Mundschutz tragen, weil es in dem Objekt schlimmer aussah als in einem wochenlang nicht gereinigten

Schweinestall.“ Ulfkotte knüpft damit an Halbwahrheiten an, bezieht sich auf einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Begriffe. Er formt sie in übertriebener Weise um, verallgemeinert und verdreht damit die Sichtweise.

Die Überprüfung der Rezeption von Udo Ulfkottes Behauptungen anhand seiner „Quellen“ ergibt, wie Michael Blume auf eine mögliche Falsifizierung vorgeschlagen hat, dass Ulfkotte zwar viele Quellen anführt, die Inhalte dieser Quellen aber verzerrt darstellt. Im Sinne der Theorie der Projektion macht Ulfkotte damit das, was er den Eliten aus Politik und Medien vorwirft: Fakten verdrehen, Unwahrheiten aussprechen und Menschen in die Irre leiten.

Hauptbesprechungen:

Gewalt – und die Liegestühle auf einem Kreuzfahrtschiff

Von Helmut Müller-Enbergs

Jörg Baberowski, Räume der Gewalt, Frankfurt a.M. 2015 (*S. Fischer Verlag*), 263 S.

Gewalt ist der Begriff, der als Klammer zu den laufenden Forschungsprojekten des Historikers Jörg Baberowski anzunehmen ist. Da wäre das Buchprojekt zu den Wegen aus der Gewalt, das sich mit Nikita Chruschtschow im Allgemeinen und mit der Entstalinisierung im Besonderen befasst. Ferner ein weiteres Publikationsvorhaben zu Stalin als Karriere eines Gewalttäters. Und von Kerstin Bischl als DFG-Projekt das Dissertationsvorhaben zu Geschlechterverhältnissen, Gewalt und Sinnstiftung in der Roten Armee der Jahre 1941 bis 1945. Und eben das, was an erster Stelle dieser vier Forschungsprojekte steht – das Buch mit dem internen Titel „Gewaltträume“, das als *Räume der Gewalt* im September 2015 in Druck ging, und kaum, dass es die Ladentische erreicht hat, im Oktober abermals aufgelegt wurde.

Das Feuilleton wie das politische Sachbuch brachten freundliche Besprechungen aus der Feder von Rezensenten, die nach Lektüre mitunter verstört wirken. Hannes Hintermeier sieht in dem Buch den Versuch, „Dämonen“ zu bezwingen – „und eine Warnung aus[zu]sprechen“.¹ Gustav Seibt vermisst in dem Buch – zu Unrecht – die Thematisierung des Mitleides (siehe darin S. 41), das er gleichwohl mit dem Wissen zur Seite legte, dass Gewalt „wohl zum Menschen“ gehöre und „immer abrufbar“ sei.² Und Martin Ebel hält es für „kein Buch für den Nachttisch, es könnte Albträume verursachen“.³ Herfried Münkler findet schließlich, Baberowski habe „auf einfache Lösungsvorschläge und große Theorien“ verzichtet.⁴ Worum geht es bei *Räume der Gewalt*?

Das dem Historiker Dietrich Geyer zugeeignete Buch hat sechs, überwiegend gleich große Kapitel, in deren erstem Baberowski Gewalt definiert – jedoch nicht wirklich klar, vielmehr steht der Begriff an sich, als sich selbst erklärend. Um dann festzustellen: „Was immer die Gewalt auch sein mag, stets wird sie als Abweichung, als Irrweg, Abweg oder Krankheit vorgestellt, die eines Tages geheilt sein wird“ (S. 23). Das schließt der Autor jedoch aus: „Der Mensch wird nicht, was er ist, er ist

1 Vgl. Hannes Hintermeier, Geteilter Mord ist unwiderstehlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Oktober 2015.

2 Vgl. Gustav Seibt, Schreckenskammern, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. Oktober 2015.

3 Vgl. Martin Ebel, „Katzen kratzen, Hunde beißen, Menschen töten“, in: Die Welt vom 30. Oktober 2015.

4 Vgl. Herfried Münkler, Wo kommt all die Gewalt her?, in: Die Zeit vom 21. Januar 2016.

immer schon komplett gewesen. Deshalb war die Gewalt zu allen Zeiten eine Möglichkeit, und kein Aufklärungsprogramm hat Menschen je daran gehindert, sich das Verletzen und Töten anderer Menschen vorzustellen. Nicht die Gewalt ist das Rätsel, sondern dass wir uns über sie wundern“ (S. 27). So weit, so gut. Nur beschreibt Baberowski überwiegend Gewalt von Soldaten, Offizieren, Polizisten und Lagerkommandanten (S. 41), die ihr Handeln als im staatlichen Auftrag deuten können. Der Staat dient demnach als Legitimation, der sich selbst eben nicht mit der „Liebe“ und dem „Bedürfnis nach sexueller Befriedigung“ als „Selbstverständlichkeit, als Teil menschlicher Grundaussstattung“ (S. 19) befasst.

Das beißt sich freilich mit den Erwägungen, die Norbert Elias in *Über den Prozess der Zivilisation* angestellt hat. In dieser erstmals 1939 erschienenen Analyse wird von gewandelten Persönlichkeitsstrukturen in Folge von Umschichtungen bei den Sozialstrukturen ausgegangen. Dazu zählen technische Entwicklungen und die gesellschaftliche Ausdifferenzierung, die zugleich zu einer Bildung staatlicher Gewaltmonopole und dem Zunehmen gegenseitiger Abhängigkeiten unter den Menschen führen. Im Ensemble dieses Prozesses schwinden, so die Annahme, emotionale Impulse, mehren sich reflektierte Handlungen und gebiert die Zivilisierung ein Absinken der Gewaltbereitschaft. Mit den Worten von Elias, die Baberowski zitiert: Die Angriffslust ist „durch eine Unzahl von Regeln und Verboten, die zu Selbstzwängen geworden sind, eingengt und gebändigt. Sie ist so verwandelt, ‚verfeinert‘, ‚zivilisiert‘, wie alle anderen Lustformen, und nur noch im Traum oder in einzelnen Ausbrüchen, die wir als Krankheiterscheinungen verbuchen, tritt etwas von ihrer unmittelbaren und unregelmäßigen Kraft in Erscheinung“ (S. 51). Dem hält Baberowski entgegen: „Die Gewalt verschwindet nicht, sie ist als latente Bedrohung stets präsent. Ihre Zerstörungskraft hängt allein davon ab, unter welchen Umständen und auf welche Weise sie ins Werk gesetzt, gelenkt oder dosiert wird“ (S. 70). In einem Satz: Für Baberowski ist der Zivilisationsprozess ein Mythos. Damit hat er den Blütenstaub, der auf Elias' Fortschrittsoptimismus liegt, gründlich weggeblasen. So ist der Eindruck, der nach der Lektüre beim Leser entstehen soll.

Im dritten Kapitel widmet sich Baberowski „Moderne und Gewalt“ – als Entgrenzung. Freilich weiß der Autor um das Gewaltmonopol des Staates. Nur findet er: „Das staatliche Gewaltmonopol ist eine Vorkehrung, die uns voreinander schützt, es bewahrt uns davor, Opfer privater Gewalt zu werden. Aber es schützt uns nicht vor der Gewalt derer, die die Waffen kontrollieren. Denn wer garantiert uns, dass die Machtmittel des Staates nur zur Erhaltung des Friedens, nicht aber zur Verbreitung von Terror verwendet werden? Wer Gewalt eindämmen will, muss selbst imstande sein, Gewalt auszuüben“ (S. 78). Eben – das ist der Kern des staatlichen Gewaltmonopols. Und an diesem Punkt erweist sich als Nachteil der Untersuchung Baberowskis, dass Staat bei ihm stets abstrakt bleibt; abgekoppelt von der Legitimation des Staates selbst und seiner inneren Verfasstheit. Die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, die Teilung der Gewalten, in Tateinheit mit der „vierten Gewalt“, den Medien, stellte sich in den vergangenen fünf Dutzend Jahren deutlich anders dar als Diktaturen wie Stalins Sowjetunion oder Hitlers Drittes Reich.

Diese Feindifferenzierung nicht vorzunehmen, erscheint als Achillesferse bei den abgesteckten *Räumen der Gewalt*, die vorrangig Akteure in Diktaturen beschreiben. Gewalt gab es auch in der Demokratie – nur kann sie geahndet werden.

Nach der strukturellen Gewalt, die Baberowski im vierten Kapitel verhandelt, ragt in dem dann folgenden das zur „Anthropologie der Gewalt“ im Vergleich zu den anderen Kapiteln mit seinem Umfang deutlich heraus. Dabei lassen sich die Ausführungen in drei Sätzen zusammenfassen: „Der Mensch wird nicht, was er ist, er ist niemals ein anderer gewesen. Stets war die Gewalt eine Möglichkeit, sich Aufmerksamkeit zu verschaffen und Macht durchzusetzen“ (S. 136) und: „Die Gewalt gehört zu unserem Schicksal“ (ebd.).

Macht, Herrschaft und Gewalt kommen bei Baberowski im sechsten Kapitel auf dem Schiffsdeck daher. Nach dem Aufmarsch der einschlägigen Autoren aus dem gut sortierten Zettelkasten – ob Hannah Arendt, Elias Canetti, Thomas Hobbes oder Max Weber – weiß der Leser: „Macht ist, was der Mensch aus ihr macht.“ Und wem sich nicht erschließen sollte, wie Macht und Herrschaft korrespondieren, wird von Baberowski auf ein Kreuzfahrtschiff eingeladen, das eine limitierte Anzahl an Liegestühlen bereit hält. Da wäre eine Gruppe, die mit aufgelegten „weißen Handtüchern“ die Verfügungsgewalt der Stühle beansprucht, und eine Mehrheit, die leer ausgeht. „Warum“, eröffnet Baberowski den Reigen der Konflikte mit der Frage, „unterwirft sich die Mehrheit der Minderheit, obwohl sie keinen Gewinn davon hat?“ Seine Antwort: „Weil es gefährlich ist, sich einer entschlossenen Gruppe zu widersetzen, wenn man nicht weiß, ob auch andere zur Rebellion bereit sind. Würden die Entschlossenen Gewalt anwenden? Und wer würde dem Widersacher zur Hilfe kommen? Die Lage ist unübersichtlich, es gibt keine Erwartungssicherheit. [...] Gegen den Einsatz von Gewalt kann sich die Mehrheit nicht behaupten. [...] Damit aus Macht Herrschaft werden kann, müssen die Machtverhältnisse legitimiert werden“ (S. 202–205). Den Fragen, welches Ordnungsprinzip auf dem Kreuzfahrtschiff gilt und wie dessen Durchsetzung geregelt ist, geht Baberowski nicht nach. Insofern ist Herfried Münkler beizupflichten: Baberowski hat in den eloquenten Ausführungen auf einfache Lösungsvorschläge und große Theorien verzichtet; sie enden banal: „Ein Leben ohne Macht ist nicht vorstellbar, weil es ein Leben ohne Gewalt nicht gibt“ (S. 213).

Die Erklärung dafür bietet Baberowski bereits im Vorwort, in dem er die Intention des Buches offenlegt: „Mehr als fünfzehn Jahre habe ich mich mit den Schrecken der stalinschen Gewaltherrschaft beschäftigt. Diese Erfahrung hat mich gelehrt, dass Menschen zu allem fähig sind, wenn sie sich in einem Raum bewegen, in dem Gewalt nicht verboten, sondern geboten ist. Und sie hat mich davon überzeugt, dass man über die Wirkung der Gewalt nichts erfährt, wenn sie nicht als blutiges Geschehen empfunden wird. Der Leser soll sich schlecht fühlen, ihm soll übel werden, damit er versteht, dass Gewalt kein abstraktes, klinisch sauberes Geschehen ist, sondern Verletzte und Tote, Schmerz und Blut und Tränen verursacht. Wer darüber nicht schreiben will, sollte über die Gewalt schweigen“ (S. 11). Es hätte daher nicht geschadet, wenigstens am Ende des Buches die Frage zu beantworten, wann welche

Literatur

Macht Gewalt zügelt und wie es sich mit dem staatlichen Gewaltmonopol in unterschiedlichen politischen Systemen verhält. Es geht nicht nur um die Verteilung der Liegestühle an sich, sondern auch um das Ordnungsprinzip, das deren gerechte Verteilung garantiert.

Rumpelkasten politischer Arbeit

Von Jürgen Schmidt

Willy Brandt/Helmut Schmidt, Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958-1992). Herausgegeben und eingeleitet von Meik Woyke, Bonn 2015 (*Verlag J. H. W. Dietz Nachf.*), 1101 S.

In seinem letzten Brief an Willy Brandt vom 17. Juni 1992 schrieb Helmut Schmidt, Brandt solle diese Zeilen als „Zeichen der Freundschaft und der Solidarität zwischen Männern“ nehmen, „die aus gleichen Gründen für die gleiche Sache gekämpft haben“. Knapp vier Monate später verstarb Willy Brandt im Alter von 78 Jahren. Der von Meik Woyke herausgegebene Briefwechsel zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt dokumentiert jedoch keineswegs eine lebenslange Männerfreundschaft zweier sozialdemokratischer Politiker. Privates und Persönliches taucht in diesen 717 Briefen nur am Rande auf. Selbst Geburtstags- und Genesungswünsche wirken oftmals kühl und distanziert – manchmal hatten beide auch keine Bedenken, unpersönliche Standardgrußkarten zu verschicken. Die „persönliche Nähe“ sei „noch ausbaufähig“ gewesen, kommentiert nicht unironisch der Herausgeber, der sich daher auch für den Buchtitel „Partner und Rivalen“ entschied.

Besonders rund um die Nachrüstung und den NATO-Doppelbeschluss 1981/82 sowie nach dem Ende von Helmut Schmidts Kanzlerschaft 1982 bringt der Briefwechsel den Konflikt zwischen beiden Führungspersönlichkeiten zum Ausdruck. Zu „dem Unmut mir gegenüber [...], dem Du gegenüber Deinen Gesprächspartnern dieser Tage ziemlich freien Lauf gibst“, wollte sich Brandt am 11. Oktober 1982 lieber erst gar nicht äußern (S. 910). Stattdessen hielt er Helmut Schmidt in einem weiteren Brief vor: „In Wirklichkeit musst Du selbst wissen, dass Du ohne mich kaum länger, sondern wohl eher kürzer und vielleicht mit weniger Erfolg im Amt gewesen wärst“ (S. 915). Schmidt wiederum konterte eine Woche später, dass unter Brandts Parteivorsitz schon Anfang der 1970er Jahre „die politische Disziplin unserer Partei nach außen sich aufzulösen [began]“ (S. 919) und sich Brandt offenbar „bis an die Grenze der Selbstachtung“ habe überwinden müssen, die Politik der Regierung in manchen Punkten mitzutragen, „während Du im Innern erkennbar andere Meinungen hegtest“ (S. 922 f.).

Bereits vorher hatte es immer wieder Scharmützel zwischen den beiden gegeben, besonders wenn Schmidt Brandts Führungsstil in der Partei und in der Regierung als zu lax und zu großzügig ansah. Auf entsprechende Vorschläge Schmidts reagierte Brandt am 22. Dezember 1970 empfindlich: „Dein gutgemeinter, freundschaftlicher Rat, ich solle deutlicher sagen, wo die Reise lang geht, hilft auch nicht viel weiter. Erstens kann keiner von uns mehr aus seiner Haut – aus seinem Stil – heraus. Zweitens liegt die Lösung der meisten unserer Probleme wirklich in ‚kollektiven‘ Ant-

worten“ (S. 329). Darauf führte sich Schmidt oberlehrerhaft auf, verwies auf sein jüngstes Buch, in dem er sich aus seiner „dreijährigen Erfahrung als Fraktionsvorsitzender“ Gedanken „über ‚Führen durch ein Team‘“ gemacht habe: „die Essenz: Derjenige, der nach außen die Hauptverantwortung trägt, muß innerhalb des Führungsteams notfalls (nach Diskussion versteht sich) die Entscheidung treffen“ (S. 333).

Eine Rarität stellen daher jene Äußerungen dar, in denen über den Respekt und die Anerkennung der politischen Leistung des anderen blitzlichtartig persönliche Verbundenheit sichtbar wird. Im August 1968 – Schmidt hatte von Brandt einen heiteren Sommerurlaubsbrief aus Trondheim erhalten – schrieb Schmidt zurück, beim Aufräumen seines Schreibtisches in seinem „Urlaubshäuschen in Schleswig-Holstein“ seien ihm „Eisenbahnfahrkarten in die Hand“ gefallen, die er „im Spätsommer 1961 zur Propaganda für Dich“ habe drucken lassen: „Ich weiß nicht, ob es bei Dir ein ganz privates Archiv oder Rumpelkasten gibt (letzteres ist bei mir der Fall), in dem Du solche an sich nichtigen Erinnerungen aufbewahrst. Falls ja, so passen die beiden Fahrkarten vielleicht dazu“ (S. 203).

Lassen sich solche Reminiszenzen ohne großen editorischen Apparat für die Leser verstehen, gilt dies für viele der abgedruckten Briefe nicht. Es bedurfte akribischer Arbeit, die in die erläuternden Anmerkungen floss, um sich Hintergründe, Zusammenhänge und Feinheiten klar zu machen. Teils kryptische Äußerungen, wie etwa die von Bundeskanzler Brandt vom Oktober 1972 über eine Verstimmung im Kabinett wegen eines EG-Memorandums, sind nur dank der Fußnoten verständlich: Brandt hatte in einem Memorandum ausloten lassen, wie innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine größere Bürgernähe hergestellt werden könne, damit die EWG nicht nur als reine wirtschaftspolitische Einheit wahrgenommen werde. Die Denkschrift war auf Staatssekretärssebene abgestimmt worden, hatte aber offenbar nicht alle Kabinettsmitglieder erreicht. Zahlreiche weitere Beispiele aus anderen Politikfeldern ließen sich für den immensen Kommentarbedarf anführen.

In dem Bemühen, den kompletten Briefwechsel zwischen beiden Politikern zu edieren, schleppt das Buch Ballast mit sich, der zum Überblättern verführt – staubtrockene Aktenvorgänge über die Versetzung von Generälen, wovon der Verteidigungsminister Schmidt den Bundeskanzler Brandt in Kenntnis setzen musste, Schriftverkehr über den „Entwurf des Postverfassungsgesetzes“ von 1973 oder über die „Erhöhung der Kreditlinie der Bundesbank zur Bezahlung von Bezügen der DDR (Swing)“ (S. 571) gehören dazu. Viele der in Dokumenten angerissenen Themen sind „lose Enden“, werden nicht wieder im Briefverkehr aufgegriffen – es bedarf der Arbeit der Politik-, Geschichts- und Sozialwissenschaften, um mit Hilfe weiterer (und aussagekräftigerer) Quellen daraus „eine Geschichte zu machen“.

Nun sind allgemein Quelleneditionen nicht dazu da, um sie von der ersten bis zur letzten Seite zu lesen. Vielmehr dienen sie als eine Art Steinbruch, aus denen sich die Forschung bedienen kann, gleichzeitig sind sie eine Dienstleistung, die den Weg in manches Archiv erspart. In beiderlei Hinsicht leistet diese Quellenedition Vorbildliches. Ein detailliertes, feingliedriges Register hilft Personen und Vorgänge durch die Quellen nachzuverfolgen; eine hervorragende Einleitung legt eine grobe

Spur durch den Wust an Material, untersucht den Schreibstil und die Briefkultur der beiden Protagonisten, erörtert die Bedeutung (und Begrenztheit) der Briefkultur als politisches Kommunikationsmittel angesichts von nicht überlieferter *face-to-face*-Kommunikation und nicht dokumentierten Telefongesprächen, blickt sogar auf das Trägermaterial der Botschaften, das in manchen Fällen auch schon einmal eine Menü-Karte sein konnte oder ein auf die Schnelle geschriebener Zettel, etwa wenn Brandt während eines überlangen Koalitionsgesprächs zwischen SPD und FDP am 2. Februar 1982 Schmidt mitteilte: „Lieber Bundeskanzler, meine Frau – nicht nur der Arzt – sagt, zwölf Stunden seien genug. Ich bin schon eine Viertelstunde drüber und wünsche gute Schlussergebnisse, die ich mittragen werde“ (S. 70, 888). Brandt verließ darauf die Sitzung, die noch bis tief in die Nacht fortgeführt wurde. Schließlich erfüllt das Buch seine Funktion als Dienstleistung hervorragend, da von den 717 Dokumenten 685 zum ersten Mal zugänglich werden, ohne ein Archiv aufsuchen zu müssen.

Dennoch ist der Quellenwert ambivalent zu beurteilen. Auf der einen Seite werden viele Themen wie die Verteidigungs-, Finanz- und Außenpolitik sowie die „Wiedergutmachung“ unter vielfältigen Aspekten sichtbar. Helmut Schmidt etwa begründet ausführlich seinen Mehrbedarf für den Wehretat als Verteidigungsminister. In seiner Rolle als Finanzminister dagegen legt er Wert auf strenge Haushaltsdisziplin, und als Wirtschaftsminister fertigt er ausführliche Dossiers über die „Krise des Weltwirtschaftssystems“ und die „Präponderanz des Ökonomischen“ (S. 699 f.) an, die er – „Amtlich geheimgehalten!“ – an Willy Brandt und den Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner mit dem Vermerk verschickt: „Laßt Euch bitte von der Länge nicht erschrecken: es ist gut lesbar (weil ich es selbst geschrieben habe!)“ (S. 585). Doch vieles bleibt kaleidoskopisch, gibt kein Gesamtbild von den jeweiligen Politikfeldern.

Eine Perspektive, die die Quellenedition dagegen eröffnet, ist der Blick auf Politik als Arbeit. Die intellektuellen Anstrengungen sowie das Ringen um innerparteiliche Positionen werden sichtbar. Brandt erteilt Schmidt den Ratschlag, er müsse den „Eindruck vermitteln, daß Du um die Partei wirbst“ (S. 672). Gegenseitig schickten sich die beiden Briefkopien von Parteifunktionären über die Stimmung in der Partei zu. Als Schmidt 1974 ein Parteimitglied zitierte, das gegen „extremistische Jungakademiker“ polemisierte (S. 574), antwortete Brandt mit einer Gegenstimme und resümierte: „Es gibt dieser Tage, wie nicht anders zu erwarten, unterschiedliche Reaktionen“ (S. 578). Am Ende seiner Kanzlerschaft erregte sich Helmut Schmidt über den „sozialdemokratischen Opportunismus“ gegenüber einem „realitätsfeindlichen Romantizismus“ in der Jugend und Gesellschaft (gemeint waren die Friedensdemonstranten gegen den NATO-Doppelbeschluss); er beschwerte sich über „das Gewährenlassen jungsozialistischer Arroganz“, während in der Partei „die arbeitenden Menschen in den Büros und Betrieben [...] immer mehr an den Rand gedrängt“ würden (S. 920 f.).

Darüber hinaus verdeutlicht der Briefwechsel die physischen und psychischen Anstrengungen dieser politischen Arbeit. Es finden sich Klagen über die „Verwilde-

rung der Wahlkampfsitten“, Terminkollisionen werden sichtbar. In einem langen handgeschriebenen Brief schreibt Kanzler Schmidt an Brandt am 7. Januar 1975: „Ich habe seit dem Tage vor Weihnachten bis vorgestern im wesentlichen geschlafen, um ein unangenehmes physisches Tief zu überwinden“ (S. 615). Schließlich zeigen die Briefe, wie es am Ende von Willy Brandts Kanzlerschaft darum ging, enge Mitarbeiter in neue Positionen zu bringen. Um diese zahlreichen Facetten politischer Arbeit zu entdecken, muss man sich durch die Seiten durcharbeiten; eine Mühe, die sich – abhängig vom Erkenntnisinteresse – lohnt.

Rechtsextremismus 2.0

Von Jürgen P. Lang

Frank Decker/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 414 S.

Wir erleben Zeiten, in denen sich Extremismus und Populismus augenscheinlich vor allem im Kampf um – vermeintlich – rechte Werte ausdrückt. Ein selbsternannter „Volkswiderstand“ um Pegida und AfD wendet sich gegen „Überfremdung“, „Lügenpresse“, „Islamisierung“ und „Meinungsdiktatur“ und schafft den von Verschwörungstheorien¹ verstärkten Ängsten der Menschen eine passgenaue Projektionsfläche. Davon lebt der subkutane Netz-Diskurs, in dem Fakten und Beweise zunehmend zu stören scheinen. Das Buch problematisiert zu Recht, dass das Internet 2.0 keineswegs nur demokratiefördernd wirkt, sondern geschlossene, nur sich selbst befruchtende Debattenräume schafft: die Ausgangsbasis für einen Großangriff auf den verachteten Diskurs demokratischer Politiker und Leitmedien, die in dieser Auseinandersetzung nicht immer eine glückliche Hand beweisen. Der Norweger Anders Behring Breivik lebte in einer solchen autistischen Parallelwelt, in der er ideologisch aufrüstete, sich stimulierte und selbst neu erfand. Den Computer ließ er an, als er nach Jahren der Isolation ins Freie trat und Massenmord beging.

Mit sechs Aufsätzen bildet Norwegen den Schwerpunkt des Sammelbands. An manchen Stellen eher dürftig aktualisiert, an anderen um neue Beiträge ergänzt, entsprang er einer Fachtagung im April 2013, die den Horizont über die Politikwissenschaft hinaus erweitern wollte. Entsprechend nähern sich die Analysen dem Phänomen des Einzel-Terroristen Breivik von verschiedenen Seiten. Psychologisch: „Die Banalität des Bösen ist im Fall Breivik die Bedeutung kindlicher Traumata für den Hass des erwachsenen Mannes“ (S. 183). Medial: Es waren einzig „die im Netz aufgefundenen Informationen [...], die ihn radikalisierten“ (S. 247). Ideologisch: „Auffällig ist die Affinität, die Breivik zu dem Typ Nationalsozialismus hat, für den Heinrich Himmler und die SS standen: Rittermystik, Rasse und die sadistische Faszination für Deportation, Gewalt und Ausmerzungen“ (S. 270 f.). Die fruchtbare Vielschichtigkeit der Beiträge offenbart einen Mangel an Vergleichen – eine Konfrontation Breiviks mit dem offenkundig nicht ganz so isolierten, aber vom Motiv her ähnlichen Zellenterrorismus des NSU wäre vielversprechend gewesen.

Auch die Frage, inwieweit der „alte“, „völkische“ Rassismus von Breivik und NSU in die „neuen“ rechtspopulistischen Strömungen zumal in Deutschland hineinreicht, wird nicht gestellt: Was hat es zu bedeuten, wenn Demonstranten „Volksver-

1 Vgl. dazu meinen Beitrag „Biographisches Porträt: Jürgen Elsässer“ in diesem Jahrbuch.

räter“ – ein Begriff, der zu Zeiten des Nationalsozialismus ein Verbrechen bezeichnete – skandieren oder Thüringens Vorsitzender der *Alternative für Deutschland* (AfD), Björn Höcke, biologistische Theorien über die Fortpflanzung der Afrikaner unter die Leute bringt? Mitherausgeber Frank Decker prognostiziert, das „Problem der Abgrenzung nach ganz rechtsaußen“ (S. 85) könnte Parteichefin Frauke Petry zu schaffen machen. Als erste relevante rechtspopulistische Partei in Deutschland sei die AfD mit dem Anspruch gescheitert, wirtschaftsliberale und rechtskonservative Positionen „zu einer stabilen programmatischen Formel und gemeinsam getragenen Wettbewerbsstrategie“ (S. 82) zu verbinden. Decker sieht die AfD nun in Richtung einer ostdeutschen Regionalpartei – und damit in Konkurrenz zur *Linken* – driften. Die beiden, sich keineswegs exkludierenden ideologischen Fixpunkte, die die AfD in die Spaltung führten, finden in einigen westeuropäischen rechtspopulistischen Parteien einen Niederschlag. Die instruktiven Untersuchungen zur Geschichte der österreichischen FPÖ und der *Schweizerischen Volkspartei* verdeutlichen diese Spannungen zwischen Wirtschaftsliberalität auf der einen, Nationalismus und Xenophobie auf der anderen Seite.

Die Analysen zu Entstehung und Wandel dieser Organisationen in ausgewählten Ländern nehmen in dem Band breiten Raum ein. Aus ihnen ragt Ann-Cathrine Jungars Vergleich der Partei *Die Finnen* mit der *Schwedenpartei* heraus. Trotz unterschiedlicher Traditionen hätten sie einander ideologisch angenähert. Beide Parteien belegen, dass Isolation im politischen System (*Schwedenpartei*) nicht zu Radikalisierung führen und umgekehrt Regierungsbeteiligung (*Die Finnen*) keine Mäßigung nach sich ziehen muss. Vor allem die Immigrationsfrage habe zu einer Verschärfung der Programmatik geführt – eine Tendenz, die heutzutage die meisten rechtspopulistischen Parteien Europas kennzeichnet. Das Thema verdrängt das einstige Erfolgsrezept der EU-Gegnerschaft mehr oder weniger stark. Beispiel Niederlande: Geert Wilders’ „fight against ‚Islamisation‘ became a theme of increasing importance“ (S. 208). Beispiel Großbritannien: „UKIP’s success in recent years has come about partly because it has laid increasing stress on [...] its status as a ‚people’s army‘ opposed to immigration“ (S. 219). In der dänischen DF stünden inzwischen sogar „ethnonationalistische Inhalte“ (S. 140) im Vordergrund. Der Volksbegriff der *Dansk Folkeparti* schließe, so Clemens Wirries in seinem Überblick, ganze gesellschaftliche Gruppen von ebendiesem Volk aus. Die Radikalisierung und ideologische Neuausrichtung erklärt die Erfolge einschlägiger Organisationen gerade in den wirtschaftlich prosperierenden Ländern. Abstiegsängste, konstatieren die Herausgeber in ihrem einleitenden Beitrag, versuchten „die neuen populistischen Parteien mit der Wiederherstellung traditioneller Ordnungsvorstellungen und gemeinschaftlicher Bindungen, sei es an die Nation, Religion oder Familie, zu beantworten“ (S. 15). Augenscheinlich sind aus einstigen Wohlstandschauvinisten Wertekrieger geworden.

Dass dabei die Grenze zum Extremismus überschritten wird, machen die meisten Untersuchungen deutlich. Gleichwohl lässt das Buch theoretische Grundfragen außen vor und wirft unterschiedliche Begriffe in einen Topf. Während Populismus im

allgemeinen auf phänomenaler Basis bestimmt wird und aus diesem Grund zu definitiven Zirkelschlüssen verleitet, ist der normativ, als Gegensatz zu demokratischen Werten und Prinzipien fundierte Extremismusbegriff trennschärfer. Beide Termini müssen einander nicht ausschließen. Es wäre in jedem Fall hilfreich gewesen, sich über ihre Verwendung zu verständigen. Unklare Formulierungen wie „rechtsradikaler Populismus“ (S. 18) verraten gleichwohl, dass hier eine paneuropäische, demokratiefeindliche Strömung verhandelt wird, die einen weiten Bogen von unbestimmten Ressentiments bis hin zum manifesten Terrorismus spannt. Methodendiskussion betreibt einzig Miroslav Mareš. Sein Aufsatz führt – allerdings unausgesprochen – die Überkommenheit der klassischen Ansätze von Herbert Kitschelt oder Michael Minkenberg vor Augen. Mareš schlägt eine sinnvolle Typologisierung vor. Sie unterscheidet zwischen autoritärem Konservatismus, (Neo-)Faschismus und einer dritten, auf jüngere Phänomene gemünzten Spielart: „Eine neue extreme Rechte ohne Verbindungen zu einem traditionellen, rechtsextremen, ideologischen Hintergrund mit starken Elementen der nationalen Exklusivität und Xenophobie“ (S. 54).

Was tun? Die Präskription, auf die der Band eigentlich großen Wert legt, macht ein wenig ratlos, nicht nur weil die entsprechenden Beiträge zu den schwächeren gehören. Dass Internetpropaganda in einer liberalen Gesellschaft – normative Erwägungen einmal beiseite – nicht mit Verboten beizukommen ist, dürfte jedem einleuchten. Manche Vorschläge wirken nachgerade altbacken bis naiv: Mit – ohnehin vorhandenen – Internet-Aktivitäten der politischen Bildung oder der Leitmedien knackt man keinen rechtsextremistischen Netz-Autismus, wenn auch Lars Gule zu folgendem Befund kommt: „(Rechts)extreme Positionen beruhen häufig auf mangelndem Wissen. Das gilt nicht zuletzt für die verschwörungstheoretischen Elemente, die Islamophobie oder Antisemitismus wesentlich kennzeichnen“ (S. 331). Sollte das stimmen, hat Deutschland ein Problem: Laut einer OECD-Studie ist die Bundesrepublik abgeschlagenes Schlusslicht, was den Bildungsstandard der Nutzer sozialer Internet-Medien – allen voran *Facebook* – betrifft.² Hierzulande versteht es vor allem die NPD trefflich, die Online-Plattform zu nutzen. Julian Barlen und Marc Brandstetter weisen in diesem Zusammenhang auf einen bedenklichen Missstand hin: Die AfD generierte in wenigen Monaten nach ihrer Gründung eine sehr viel größere Facebook-Gemeinde als die etablierten großen Parteien. Besonders frappierend ist die Relation zu den Mitgliederzahlen: Die AfD hat 5,8 mal mehr Facebook-Sympathisanten als Mitglieder, die NPD sogar 8,6 mal mehr. Bei Union, SPD und *Grünen* ist das Verhältnis umgekehrt, was nicht nur an deren sehr viel größeren Mitgliederbestand liegt. Selbst die *Piraten* können als „Internet-Partei“ von solchen Werten nur träumen. Es reicht nicht mehr aus, wenn demokratische Parteien eine Website betreiben. Sie müssen hineingehen in Foren, Timelines und Chats und dort für ihre Werte und gegen Extremismus eintreten.

2 Vgl. OECD, Government at a Glance 2015, Paris 2015, S. 145-153.

Geschichte des Verfassungsschutzes

Von Dominik Rigoll

Constantin Goshler/Michael Wala, „Keine neue Gestapo“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek bei Hamburg 2015 (*Rowohlt Verlag*), 464 S.

Anders als die Geschichte ostdeutscher Sicherheitsinstitutionen war die Geschichte der „inneren Sicherheit“ in der Bundesrepublik lange eine Domäne der Politologie¹ und der Rechtswissenschaften.² Daneben gibt es eine seit den 1970er Jahren stetig steigende Zahl an Publikationen, die mehr oder weniger explizit Partei ergreifen – mit der Absicht, die „streitbare Demokratie“ entweder zu legitimieren³ oder zu delegitimieren.⁴ Ein Manko der nicht-historischen Studien besteht darin, dass sie, wenn überhaupt, nur punktuell auf unveröffentlichtes Material zurückgreifen.⁵ Dies hat nicht nur zur Folge, dass wir bis heute wenig über die interne Vorbereitung und die konkrete Umsetzung selbst so grundlegender Entscheidungen wie die Verbote der SRP und der KPD in den 1950er Jahren wissen. Es bedeutet auch, dass die vielen politischen Konflikte, die in der alten Bundesrepublik um die Frage entbrannten, wie der Schutz vor „inneren Feinden“ möglichst rechtsstaatlich ausbuchstabiert werden sollte, quellengesättigt lange Zeit nicht historisiert wurden. Erst seit gut zehn Jahren ändert sich dies langsam. Ein erster Forschungsschwerpunkt lag auf der Bekämpfung des linken Terrorismus im „roten Jahrzehnt“, ein zweiter auf der Frühgeschichte

1 Etwa Hans-Gerd Jaschke, *Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik*, Opladen 1991; Mario Petri, *Terrorismus und Staat. Versuch einer Definition des Terrorismusphänomens und Analyse zur Existenz einer strategischen Konzeption staatlicher Gegenmaßnahmen am Beispiel der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik Deutschland*, München 2007.

2 Vgl. insbesondere die bis heute grundlegenden Arbeiten von Johannes Lameyer, *Streitbare Demokratie. Eine verfassungshermeneutische Untersuchung*, Berlin 1978, und Alexander von Brünneck, *Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968*, Frankfurt a.M. 1978; einen aktuellen Einstieg bietet Markus Thiel (Hrsg.), *Wehrhafte Demokratie. Beiträge über die Regelungen zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung*, Tübingen 2003.

3 Beispielhaft verwiesen sei hier nur auf die Berichte der Ämter für Verfassungsschutz.

4 Vgl. etwa Nils Leopold/Sebastian Schiek (Hrsg.), *Innere Sicherheit als Gefahr*, Berlin 2003.

5 Eine Ausnahme ist die – leider unveröffentlichte – Studie von Eckhard Jesse, *Streitbare Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Das Beispiel des Extremistenbeschlusses von 1972*, Ms. Habil., Trier 1989.

te der „streitbaren Demokratie“.⁶ Zuletzt spannten einige Studien den Bogen von den 1950er zu den 1970er Jahren.⁷

Das Buch der beiden Bochumer Historiker Constantin Goshler und Michael Wala über *Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit* gehört einerseits in die zuletzt genannte Kategorie. Es zeichnet souverän die Geschichte des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) bis Mitte der 1970er nach, wobei sich der Fokus zunächst auf die Frage nach personeller und sachlicher NS-Kontinuität, dann auf die mediale Kritik an der Praxis des Amtes ab den späten 1950ern und schließlich auf die Bekämpfung des Linksradikalismus zur Zeit der Studentenbewegung und der Roten Armee Fraktion richtet. Andererseits ist das Buch aber auch in jener mittlerweile recht langen Reihe von Publikationen einzusortieren, deren Erkenntnisinteresse weniger auf die konkrete Sachpolitik einer Institution abzielt als auf die Art und Weise, wie sie mit der NS-Vergangenheit umging.⁸ Tatsächlich ist diese „umgangsgeschichtliche“ Dimension nicht nur für die Kapitel über die 1950er Jahre von zentraler Bedeutung, als die Frage nach dem Gestapo-Erbe auf der Hand lag, sondern auch, wenngleich abgeschwächt, für die Kapitel über die nachfolgenden Dekaden.

In den ersten Jahren nach seiner Gründung 1950 fahndete das Bundesamt nicht nur nach linken und rechten „Feinden der Demokratie“. Es war zugleich auf der Suche nach seinem Platz in der transatlantischen Sicherheitsarchitektur des Kalten Krieges. Die Alliierten, aber auch deutsche Wiederaufbaupolitiker, standen vor der Aufgabe einer „doppelten Eindämmung“ (S. 21). Geschützt werden sollte das junge Gemeinwesen nicht nur vor Kommunisten, sondern auch vor Neonazis – und vor einer „Renazifizierung“ des Staatsapparates durch die massenhafte Rekrutierung von Belasteten und Mitläufern, gerade im Bereich „innere Sicherheit“. Einer der spektakulärsten Befunde der Autoren lautet, dass die „engmaschige Kontrolle der Alliierten“ in den 1950er Jahren ein „zweigeteiltes Bundesamt“ generierte: eine „offizielle Behörde“, in der einstige Gestapo-, SS-, SD- und Abwehr-Angehörige zunächst keine Anstellung fanden, und ein halblegales „Nebenbundesamt“ für derart belastete, wie es hieß, „freie Mitarbeiter“. Letztere agierten „unkontrolliert von den Sicherheitsdirektoren, dem Innenministerium und zunehmend auch ohne Aufsicht der Amtsspitze des Bundesamts selbst“ (S. 54). Jedoch war das Bundesamt jener Jahre weit entfernt von der Machtposition, die es seit seinem Ausbau in den 1970er Jahren

6 Vgl. etwa Matthias Dahlke, *Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972-1975*, München 2011; Stephan Scheiper, *Innere Sicherheit. Politische Anti-Terror-Konzepte in der Bundesrepublik während der 1970er Jahre*, Paderborn 2010; Wolfgang Buschfort, *Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947-1961)*, Paderborn 2004.

7 Karrin Hanshew, *Terror and Democracy in West Germany*, Cambridge 2012; Dominik Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*, Göttingen 2013; Josef Foscaphoth, *Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik*, Göttingen 2012.

8 Einen Überblick bieten Christian Mentel/Niels Weise, *Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung*, München/Potsdam 2016.

innehat. Kanzleramt und Innenministerium richteten ihre Inlandsaufträge in dieser Frühphase vorzugsweise an die Organisation Gehlen, die der CIA unterstand und 1956 zum Bundesnachrichtendienst (BND) wurde. Selbst die Loyalität des BfV-Vizepräsidenten Albert Radke galt nicht seinem Vorgesetzten Otto John, der als einstiger NS-Gegner in seiner Behörde isoliert war, sondern „eindeutig Gehlen“ (S. 56). Dessen Mitarbeiter freilich hatten in großer Zahl der Abwehr, der SS, dem SD und der Gestapo angehört.⁹

In den 1960er Jahren stand das BfV zunehmend angesichts seiner dubiosen Personalpolitik in der Kritik und ebenso wegen seiner konkreten Praxis, wenn diese als unrechtsstaatlich, ja sogar selbst als Bedrohung empfunden wurde („Wer schützt uns vorm Verfassungsschutz?“, S. 202). Als treibende Kraft hinter einer ganzen Reihe von Medienskandalen, die das Bundesamt nun erschütterten, machen die Autoren zum einen Angehörige der so genannten HJ-Generation aus, die zunehmend in die Redaktionen der großen Zeitungen und Zeitschriften aufrückten und sich von dort aus anschickten, „den bislang vorherrschenden obrigkeitsstaatlichen ‚Konsensjournalismus‘ aufzubrechen“. Mit ihren „gezielten Normverletzungen“ – namentlich die Publikation von Dokumenten, die das Bundesamt kompromittierten – beförderten diese Journalisten „gleichermaßen die Demokratisierung der Öffentlichkeit und ihre Karrieren“ (S. 199). Zum anderen wird aber auch deutlich, dass diese Affären viel mehr waren als ein Kampf zwischen freiheitsliebenden Journalisten und bornierten Staatsschützern. So informierte die Presse die betroffenen Behörden in der Regel vorab, so dass diese ihre Reaktion auf die Enthüllungen „meist vorbereiten“ konnten (S. 205). Außerdem breiteten auch die Redaktionen ihr Wissen durchaus „selektiv“ aus, „zumal sich in ihren Reihen gleichfalls Mitarbeiter mit einer Vergangenheit bei SS und SD fanden, die ihre intimen Kenntnisse über Personal und Strukturen des nationalsozialistischen Herrschaftsapparats nutzen konnten und zugleich über Kontakte zu den Geheimdiensten verfügten“ (S. 209). Nicht selten war der Konkurrent aus Pullach in die auf Köln zielenden Angriffe involviert – auch und gerade, wenn es um personelle NS-Belastungen ging, was wegen des hohen Belastungsgrads beim BND besonders erklärungsbedürftig erscheint.¹⁰

Für die 1970er Jahre schließlich konstatieren die Autoren einen zwar langsamen, aber doch spürbaren „Abschied vom Staatsschutz“ (S. 275). Noch 1964 bestand die Aufgabe des BfV in den Worten seines Präsidenten Hubert Schrübbers letztlich im „Schutz vor einem Umsturz“. Sieben Jahre später, eine Koalition aus SPD und FDP

9 Vgl. Christoph Rass, *Leben und Legende. Das Sozialprofil eines Geheimdienstes*, in: Jost Dülffer u.a. (Hrsg.), *Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945-1968. Umriss und Einblicke*, Berlin 2013, S. 26-52 (unter: http://www.uhk-bnd.de/wp-content/uploads/2013/05/UHK-BND_Bd2_online-12.pdf).

10 Axel Schildt hat unlängst darauf hingewiesen, dass es nicht nur Linke und junge Leute waren, die NS-Belastungen anprangerten. Auch der NS-affine Publizist – und zeitweise BND-Informant – Kurt Ziesel initiierte eine Kampagne gegen liberale und gemäßigt konservative Intellektuelle mit NS-Belastung. Vgl. Axel Schildt, *Im Visier: Die NS-Vergangenheit westdeutscher Intellektueller. Die Enthüllungskampagne von Kurt Ziesel in der Ära Adenauer*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 64 (2016), S. 37-68, insbes. S. 63.

hatte inzwischen im Bund die Regierungsgeschäfte übernommen, sprach derselbe Schrübbers ungleich zurückhaltender von der „Sicherung des Freiheitsraumes unserer Bürger, ihrer freien Entfaltung und der Inanspruchnahme ihrer vielfältigen Rechte“ (S. 278). Ein weiterer Unterschied zur Frühzeit des Kalten Krieges bestand den Autoren zufolge darin, dass „die Gegner nun plötzlich aus wohlsituierten Kreisen kommen“ konnten (S. 283). Dies überrascht insofern, als es bereits in den friedensbewegt-neutralistischen, vom Verfassungsschutz eng überwachten Vereinigungen der 1950er Jahre von Menschen aus dem Bürgertum – viele davon mit NS-Verfolgungserfahrung – nur so gewimmelt hatte.¹¹ Von der bisherigen Forschung klar gestützt wird hingegen der Befund, dass mit dem Begriff „innere Sicherheit“ nun auch die Kategorie „Gesellschaft“ – verstanden „gleichermaßen als Schutzobjekt und als Gefahrenquelle“ (S. 299) – größere Bedeutung erlangte. Appelliert wurde zugleich an „die Bereitschaft des Bürgers, sich für seinen Staat zu engagieren, sich zu ihm zu bekennen“ (Bundesinnenminister Genscher, ebd.). Allein auf das zivilgesellschaftliche Engagement wollten sich die sicherheitspolitischen Akteure indes weiterhin nicht verlassen, im Gegenteil: Basierend auf Plänen, die bereits in den Jahren vor Entstehung der RAF von der Großen Koalition geschmiedet worden waren, wurden die Planstellen des BfV von knapp 1.000 im Jahr 1968 auf über 2.000 ein Jahrzehnt später mehr als verdoppelt (S. 309).

Constantin Goshler und Michael Wala haben ein durchweg angenehm lesbares Buch geschrieben, das nicht nur für Spezialistinnen und Spezialisten der „inneren Sicherheit“ von Interesse ist, sondern für alle, die sich mit der Frage beschäftigen, wie die Genese der westdeutschen Demokratie mit hochgradig belastetem Personal vonstatten gehen konnte und welche Grenzen der Demokratisierung deshalb zunächst gesetzt waren. Nach Wolfgang Buschforts Studie über die Frühgeschichte des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes ist *Keine neue Gestapo* ein zweiter, wichtiger Schritt auf dem Weg zur quellengesättigten Historisierung der Inlandsgeheimdienste. Dabei steht diese Historisierungsarbeit in vielerlei Hinsicht noch immer am Anfang, denn sowohl Buschfort als auch Goshler/Wala können wegen ihrer vergangenheitspolitischen Blickrichtung – und natürlich aufgrund der schwierigen Quellenlage (S. 16) – nur ein relativ vages Bild davon vermitteln, wie die Arbeit der Verfassungsschützer und ihrer V-Leute, deren Gesamtzahl bis 1990 in die Zehntausende ging, konkret aussah – ob am Schreibtisch oder im Außendienst. Auch die Frage nach den messbaren Auswirkungen der Geheimdiensttätigkeit auf das Handeln von Regierungen beziehungsweise nach den Folgen für die von ihr Betroffenen wird unter Rückgriff auf Medienberichte zwar immer wieder gestreift, harrt aber einer archivgestützten Beantwortung.

11 Vgl. Dirk Mellies, Trojanische Pferde der DDR? Das neutralistisch-pazifistische Netzwerk der frühen Bundesrepublik und die Deutsche Volkszeitung 1953-1973, Frankfurt a.M. 2007, S. 141.

Dem Sozialismus eine neue Chance geben

Von Tilman Mayer

Axel Honneth, Die Idee des Sozialismus, Berlin 2015 (*Suhrkamp Verlag*), 167 S.

Manchmal ruft die Lektüre dieses Buchs Erinnerungen an die Karikatur mit Karl Marx im Mittelpunkt wach, die nach 1989 auftauchte und den Spruch enthält: „Sorry, war nur ein Experiment“. Axel Honneths Mühen gelten einem erneuerungsbedürftigen Sozialismus, den er in kritischer Absicht aufarbeitet und um einen Theorieansatz erweitert, der einem neuen Sozialismus verhelfen soll, auch in der Zukunft theoretisch verankert und handlungsfähig zu sein.

Die Arbeit ist so aufgebaut, dass zunächst der klassische Sozialismus der Frühsozialisten sowie der von Karl Marx konfiguriert dargestellt wird – und zwar durchaus schon in kritischer Aufarbeitung, um dann aufzuzeigen, welche Schwierigkeiten ein der Moderne gewachsener Sozialismus hat und wie dieser dann angepasst aussehen könnte. Honneths Hauptvorwurf gegenüber den Theoretikern des klassischen Sozialismus: Sie argumentierten nur entlang des aufkommenden Industrialismus und konzentrierten sich ganz auf die wirtschaftliche Sphäre. Damit vergaben sie jegliche Chance, darüber hinaus weisende gesellschaftliche Veränderungsprozesse aufzugreifen und zu entwickeln. Mehr noch: Der Dogmatismus der Klassiker lässt aufgrund des geschichtsphilosophischen Determinismus gar nicht zu, dass jenseits der ökonomischen Sphäre ein Handlungsspielraum entsteht. Die Klassengesellschaft ist, was ihre künftige Aufgabe angeht, derartig fixiert und die Trägerschicht des Proletariats derartig festgelegt, dass Spielräume für andere emanzipatorische Entwicklungen nicht vorstellbar sind. Da sich die Fixierung auf die soziale Klasse und den Geschichts determinismus längst als obsolet erledigt haben, gerät der Sozialismus in die Gefahr, wie viele andere politische Strömungen nur eine normative Ordnung propagieren zu wollen – ohne soziale Absicherung.

Ein sehr utopisches Moment – nichtsozialistische Kritiker würden freundlich formuliert sagen: eine arg schräge Annahme – steckte aber im Marx'schen Denkansatz zu Produktionsverhältnissen, so Honneth, „in denen die Menschen sich wechselseitig in ihrer je individuellen Bedürftigkeit anerkennen: in einer ‚Assoziation freier Produzenten‘, wie es in späteren Schriften heißen wird, [hier] sind die Mitglieder nicht länger durch das bloß anonyme Ineinandergreifen ihrer jeweils privaten Zwecke aufeinander bezogen, sondern teilen untereinander die Besorgnis um die Selbstverwirklichung aller anderen“ (S. 39). Dieses „brüderlich“ genannte Mythologem geistert auch bei Honneth noch durch das ganze Buch, ohne allerdings die Form von Sozialkitsch anzunehmen. Vielmehr steht im Mittelpunkt das Bemühen, den Freiheitsbegriff zu reformulieren. Sich als Gleiche zu verstehen, die untereinander auf

Ausbeutung oder Instrumentalisierung verzichten, gehöre zum ursprünglichen Kernbestand des aus diesem Geist erneuerbaren Sozialismus. Die Idee der sozialen Freiheit sei eben nicht nur auf die kleinen Gemeinschaften konzentriert, sondern auch auf ganze Gesellschaften bezogen. Die Kritik am kapitalistischen Privategoismus dürfe nicht den Wert der individuellen Freiheitsrechte eskamotieren.

Honneths Bemühen gilt dem Versuch, Freiräume zu identifizieren für ein neues Projekt des Sozialismus, das stärker der Realität entspricht. Dafür sei der sozialen Differenzierung der Gesellschaft Rechnung zu tragen, um dem Vorhaben des Sozialismus, soziale Freiheit zu verwirklichen, in anderen Teilsystemen zu entsprechen. So haben die intimen, persönlichen Beziehungen ihre Freiheit fördernde Bedeutung ebenso wie die demokratische Teilhabe an der Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern, die – dem frühsozialistischen Anspruch zuwiderlaufend – noch immer als Bürger eine zentrale Rolle spielen. Nur wenn es gelänge, in diesen drei Feldern: also in den freiheitsgewährleistenden Produktionsverhältnissen, in den persönlichen Beziehungen in Liebe und Familie und in den demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der sozialen Freiheit Entfaltungschancen zu geben, wäre ein neues sozialistisches Experiment in der Geschichte angebracht. Die jeweiligen Epochen müssen, so Honneth, über soziale und ökonomische Experimente herausfinden, welchen Weg sie in der aktuellen Entwicklung der Gesellschaft einschlagen möchten und sinnvollerweise können, weswegen eine Archivierung derartiger Experimente, um eine Analyse erfolgreicher Prozesse zu dokumentieren, überlegenswert wäre. Im dogmatischen Sozialismus dagegen sei der Abstand zu einem experimentellen Verständnis geschichtlichen Handelns kategorisch gewesen, weil ja der Glaube an einen gesetzmäßigen Verlauf der (ökonomischen) Geschichte irgendeines Experiments sicherlich nicht bedurfte.

Für diesen neuen, reformulierten, „postmarxistischen“ (S. 87) Sozialismus, der den Prozess der Gewinnung sozialer Freiheit erfolgreicher betreiben solle, gibt es laut Honneth keine Trägerschichten mehr im Sinne der alten Klassen, etwa des Proletariats, und es existierten auch keine sozialen Bewegungen mehr, wie die alte Arbeiterbewegung, auf die man bauen könne. Vielmehr sei es so, dass die Öffentlichkeit der Bezugspunkt eines reflexiven Sozialismus sei. Und auf sie komme es an: national wie international. Eine Art Organismus des Zusammenspiels von persönlichen ökonomischen und demokratischen Bedingungen der Realisierung sozialer Freiheit würde dazu führen, dem Sozialismus eine neue Realisierungschance und damit neuen Experimenten „institutioneller Wege der Vergesellschaftung der Wirtschaft“, „alternativer Verwendungsweisen des Marktes“ (S. 93) Raum zu geben.

Der erneuerte Sozialismus ist insofern in einen fortgesetzten Prozess des Kampfes um Anerkennung begriffen, der für ausgegrenzte Schichten oder Gruppen die Barrieren beseitigt, die sie von der Nutzung des revolutionären Versprechens von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausschließt. Diese Aussage leuchtet unmittelbar ein, wenn an die Emanzipation der Frau gedacht wird. Jedenfalls sieht Honneth im Ergebnis des Anerkennungsprozesses die Entwicklung sozialer Freiheit folgendermaßen kontextualisiert: „Die drei Freiheitssphären sollten in Zukunft nach Möglich-

keit derart aufeinander bezogen sein, dass jede dabei soweit wie eben möglich ihre nur je eigenen Normen folgt, sie gemeinsam im ungezwungenen Zusammenspiel aber die beständige Reproduktion der übergeordneten Einheit der Gesamtgesellschaft bewirken“ (S. 144). Dass sich die beratenden Bürgerinnen und Bürger, also eine kritische Öffentlichkeit, sich der Sache annehmen, ist aufklärerisch-optimistisch gedacht und die Idee des Sozialismus in deren Hände gelegt. Ob die so Denkenden zu guten Ratschlägen kommen werden, das ist ein historisches Experiment wert.

Ob der Ansatz insgesamt zukunftsfruchtig ist? Für Intellektuelle sicherlich, jedenfalls diskutabel. Ob der sozialen Demokratie ein Weg gewiesen ist? Diese muss mehr das spezifisch Soziale modern denken und gestalten wollen und verstärkt die Idee des Fortschritts und der Emanzipation ins Zentrum der Überlegungen stellen. Auch ist die Schutzmacht der Gewerkschaften im Vergleich zum allzu ausgedachten Kult um die Kommunikationskultur und Deliberation nicht zu übersehen. Den Gedanken der sozialen Freiheit zu profilieren, gehört zu den besonderen Stärken des Bandes.

Ziviler Ungehorsam im Interesse historischer Aufklärung – die Kampagnen von Beate und Serge Klarsfeld

Von Philipp Gassert

Beate Klarsfeld/Serge Klarsfeld, *Erinnerungen*. Mit einem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Arno Klarsfeld, München/Zürich 2015 (*Piper Verlag*), 624 S.

Beate Klarsfeld hat ihre Erinnerungen schon einmal publiziert: 1972, als ihr Ruhm einen ersten Höhepunkt erreichte, nach der Ohrfeige für Kurt Georg Kiesinger und der gescheiterten Entführung von Ex-SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka. Nun legt sie, gemeinsam mit ihrem Mann Serge, diesen doppelten Erinnerungsband vor. Sie kommen alternierend zu Wort. Im Stil eines „Abenteuerbuchs“ (so Sohn Arno, S. 9) führen die Erinnerungen die Geschichte dieses außergewöhnlichen deutsch-französischen Paares bis in die Gegenwart fort. Sie hätten es lange abgelehnt, ihre Memoiren zu verfassen. Doch mit Blick auf ihre Enkel wollten sie der Welt zeigen, dass es möglich sei „über sich selbst hinauszuwachsen“ (S. 603).

Der politische Stil der Klarsfelds ist einzigartig. Ihr Mut und ihre Ausdauer sind legendär. In einer Serie von Kampagnen zur Demaskierung von NS-Verbrechern haben sie weder sich selbst geschont, noch sind sie müde geworden. Ihre Protestinszenierungen brachten sie regelmäßig mit dem Gesetz in Konflikt. Sie gingen mehrfach kurzzeitig ins Gefängnis, sie wurden Opfer eines Attentatsversuchs (S. 407). Während andere vergangenheitspolitische Akteure wie Simon Wiesenthal sich auf Recherche, Dokumentation und mediale Intervention konzentrierten, machten sich die Klarsfelds das aktionistische Repertoire der Neuen Linken zu eigen. Mit der Vereinigung *Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France* gründeten sie ihre eigene „Bewegung“.

Die Erinnerungen zeigen, dass gezielte Regelverletzungen in den Klarsfeld-Kampagnen im Zeitverlauf an Bedeutung verloren. Mit dem Wandel des erinnerungspolitischen Feldes seit den 1970ern, als der Holocaust von der Peripherie ins Zentrum westlicher Identitäten rückte, standen ihnen konventionelle Wege vermehrt offen. Serge als Anwalt konzentrierte sich früh, zunehmend unterstützt von Arno, auf eine medial flankierte Gerichtsstrategie. Beate drang ab einem Punkt in den 1980ern dank ihres hohen öffentlichen Bekanntheitsgrads mit Fernsehinterviews, Vorträgen und Publikationen mühelos durch. Sie mussten nicht mehr zu zivilem Ungehorsam greifen, um ihre Themen öffentlich zu platzieren. Indes bleiben die Klarsfelds ihren Anfängen in der Protestbewegung treu. Bis heute begegnet man ihnen bei Demonstrationen, wie jüngst gegen den antisemitischen Komiker Dieudonné (S. 576 f.).

Was motivierte die Klarsfelds zu ihrem Engagement? Sie führen vor allem ihre persönliche Prägung an. Ihre gegensätzliche Familiengeschichte habe sie zu idealen,

sich gegenseitig ergänzenden Partnern gemacht. Anfangs spielte wohl sie den aktiveren Part. Als junge Deutsche empfand sie in Serges Freundeskreis das Stigma der NS-Vergangenheit besonders stark. Dessen Vater, Arno Klarsfeld, wurde als Jude und Mitglied der Résistance in Auschwitz ermordet. Serge entkam nur knapp aus den Fängen der Gestapo. Seine Vorfahren gehörten zum großbürgerlichen, kosmopolitischen Judentum Osteuropas, das nach der Emanzipation im späten 19. Jahrhundert eine kurze, großartige Blüte erlebt hatte und durch die beiden Weltkriege weitgehend vernichtet wurde. Man liest diese tragische Familiengeschichte mit fassungslosem Bedauern über eine verlorene Welt.

Für Beate Künzel war der Weg ins selbstgewählte Exil nach Paris der Weg in die Freiheit. Aufgewachsen im ruinierten, geteilten Nachkriegsberlin, dachte sie mit 21 Jahren „nur noch an eins: weg aus dieser Stadt“ (S. 19). Raus aus der bedrückenden kleinbürgerlichen Welt ihrer Eltern, die sich in keiner Weise für den Nationalsozialismus schämten oder verantwortlich fühlten, sondern jahrelang die Verluste an persönlichem Eigentum durch Krieg und Ausbombung bejammerten. 1966 fragte sie, was sie und „viele andere deutsche Frauen veranlasst hat, von zu Hause wegzugehen“. Dahinter sah sie den „Wunsch nach Befreiung“ (S. 87). Der Wunsch nach weiblicher Emanzipation überkreuzte sich generationstypisch mit erinnerungspolitischen Komponenten. Sie wollte ein „Deutschland befreit von jeglichem Hang nach Sühne“ (S. 158), so das Gedicht „Die Ohrfeige, die Deutschland brauchte“ (1968). Es wird hier kommentarlos wieder abgedruckt, obwohl es eine Gleichsetzung junger deutscher Gefallener in Stalingrad mit jüdischen Toten in Auschwitz enthält. Ihre Position 1968 war der des dafür viel kritisierten Helmut Kohl verwandt. Auch sie sah deutsche Schuld anfangs als Schuld älterer Generationen und reklamierte für sich quasi „die Gnade der späten Geburt“.

Die Klarsfelds zählten im vergangenheitspolitischen Feld zu den kreativsten Pionieren, dank einer bis dahin in diesem Kontext wenig erprobten Strategie zivilen Ungehorsams. Rein politische und juristische Wege zur Aufarbeitung von NS-Unrecht waren bekanntlich lange Zeit verschlossen, Demokratisierung und justizielle „Vergangenheitsbewältigung“ in der frühen Bundesrepublik gegenläufige Prozesse. Mehr Demokratie bedeutete wegen der Volkskontinuität eine Ausblendung individueller Schuld und wenig Gerechtigkeit für die Opfer. Nachdem es in der Besatzungszeit zu einer Welle von NS-Prozessen gekommen war, brach die Verfolgung nach 1949 innerhalb kürzester Zeit ab. Viele Täter kamen davon und verzehrten straffrei ihre Pensionen. Dagegen wehrten sich die Klarsfelds mit ihren „ungehorsamen“ Aktionen.

Ohne ihr Engagement wäre diese Bilanz noch erschütternder. Tatsächlich führte der von den Klarsfelds mitangestrengte Prozess gegen Lischka et al. zur einzig erfolgreichen Verurteilung von Tätern aus dem sogenannten „Frankreich-Komplex“. Auch sind die Klarsfelds Teil eines beginnenden Menschenrechtsaktivismus, der schließlich Türen zur Verfolgung von NS-Tätern wieder öffnete, so dass heute die kleinsten noch überlebenden KZ-Aufseher, damals zwanzigjährige „Befehlsempfänger“ (S. 562), verurteilt werden können – wenn auch um den Preis der Entwicklung

neuartiger, problematischer Rechtsinstrumente. Serge kritisiert die Ausdehnung des Schuldbegriffs durch deutsche Gerichte, wenn Angeklagte auch dann verurteilt werden können, obwohl ihnen individuell kein Verbrechen nachgewiesen werden kann, sie aber als Teil des Apparats an Orten der Vernichtung stationiert waren. Als Jurist hält er tradierte Prinzipien wie die Unschuldsvermutung hoch. Auch plädiert er dafür, „historische Wahrheit“ nicht im Interesse historischer Gerechtigkeit zu verbieten. Er stellt sich vor Pius XII., die Schweiz und die französische Eisenbahngesellschaft SNCF (S. 566 ff.).

Beate Klarsfeld wurde in Deutschland aufgrund ihrer verbalen und physischen Angriffe auf Kiesinger bekannt. In Frankreich hingegen ist der Beitrag des Paares zur Entführung von Klaus Barbie oder zum Prozess gegen Maurice Papon prominenter. Die Erinnerungen zeigen, dass Beates hochsymbolische und in Deutschland historisch wirkmächtigste Aktion vom Muster ihrer übrigen Kampagnen abweicht. Diese richteten sich in aller Regel gegen NS-Verbrecher, die an der Judenverfolgung direkt oder indirekt beteiligt waren oder gegen Antisemiten wie Jean-Marie Le Pen. Der Angriff auf Kiesinger war exzeptionell. Zwar versprach sie, den hoch belasteten SPD-Politiker Karl Schiller ebenfalls zu ohrfeigen, sofern dieser zum Kanzler gewählt werden würde (S. 158). Aber sie schwieg, als mit Walter Scheel ein ehemaliges NSDAP-Mitglied 1974 zum Bundespräsidenten aufstieg. Es scheint, dass sich die Klarsfelds nach der Kiesinger-Ouvertüre von einer historisch unfruchtbar gewordenen ostentativen „Renazifizierung“ hoher politischer Verantwortlicher verabschiedeten, sofern diese vor 1945 untergeordnete Rollen gespielt hatten.

Kiesinger hatte das Pech, zu einem Zeitpunkt zum Kanzler gewählt zu werden, als sich um 1968 ein auch mit groben antifaschistischen Parolen ausgekämpfter Generationskonflikt zuspitzte. In Westdeutschland war dieser Konflikt eng an die Haltung zur NS-Vergangenheit gekoppelt, die in diesem Deutungskonflikt hemmungslos instrumentalisiert wurde. Klarsfeld folgte diesem Muster. Über Kiesingers Opportunismus im „Dritten Reich“ und die Symbolik seiner NSDAP-Parteimitgliedschaft muss man sprechen. Doch verschwieg er weder seine Tätigkeit für die Rundfunkpolitische Abteilung im Auswärtigen Amt noch verheimlichte er seinen Eintritt in die Partei. Bis 1967/68 galt seine Vorgeschichte schlicht als wenig anstößig. Sie war typisch für die deutschen Funktionseliten. Doch dieser gesellschaftliche Konsens einer Akzeptanz „normaler Vorgeschichten“ zerbröckelte um 1968. Die Ohrfeige war eine Aktion aus dem Geist der Studentenbewegung, die eine andere Republik wollte und dabei zu historischen Skandalisierungen griff. Auch Beate kämpfte damals für Sozialismus.

Das Handeln der neulinken Provokationseliten ist historisch erklärbar und psychologisch nachvollziehbar. Dennoch ist es bedauerlich, dass sie neue Erkenntnisse zu Kiesinger nicht mehr rezipiert. Sie reproduziert überholte Aussagen aus den späten 1960ern und verweist in Fußnoten auf veraltete Literatur (S. 102 f.). Es war und ist es nicht einfach, Kiesinger 1933-1945 quellenmäßig zu greifen. Dieses Informationsdefizit war stets die Schwachstelle ihrer Kampagnen. Sie versuchte mit fragwürdigen „Dokumentationen“ gegenzusteuern. Dabei ist es geblieben. Indes gäbe es

neue Dokumente, die ihre Argumentation, „Kiesinger war Nazi“, sogar festigen könnten. Sie stützt sich weiter auf die dürftige Darstellung von Reimund Schnabel von 1967, ein peinliches Machwerk Ostberliner Provenienz. Sie rückt Kiesinger in die Nähe von hochrangigen SS-Funktionären wie Franz Alfred Six, die im Auswärtigen Amt im „Schatten der Partei und insbesondere der SS aufstiegen“ (S. 102). Als Kronzeuge wird ausgerechnet ein wichtiger Komplize des NS-Staates angeführt, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (AA) Ernst von Weizsäcker. Was dem Bild des „Kriegsverbrechers“ Kiesinger entgegensteht, wird ausgeblendet: Klarsfeld entgeht, dass dessen Dienstverpflichtung ins AA von einem Schüler vermittelt worden war, der als verdeckt agierender Kommunist in Paris der Résistance half.

Es kann die politische und moralische Problematik herausgearbeitet werden, die in der Wahl eines ehemaligen NSDAP-Mitglieds zum Kanzler liegt, ohne diesen zum Kriegsverbrecher oder bedeutenden Schreibtischtäter stempeln zu müssen. Dies fiel 1968 schwer, weil in der APO eine naiv-monolithische Sicht auf die Gesellschaft der Jahre 1933 bis 1945 vorherrschte. Beate zitiert einen Brief von Henri Frenay, führendes Mitglied der Résistance, vom 21. September 1967. Der hochdekorierte Widerstandskämpfer wirft ihr vor, über Kiesinger ein „Scherbengericht“ abzuhalten, obwohl der kein führender Nazi gewesen sei (S. 97). Sie steht zu ihrer damaligen Enttäuschung über Frenay und setzt sich auch nach fünfzig Jahren nicht mit dessen Einwänden ernsthaft auseinander. Wäre es, angesichts seitheriger Erfolge, Verdienste und Ehrungen nicht an der Zeit, eigene „jugendliche Fehler“ zu korrigieren? Wäre nicht ein Eingeständnis an der Tagesordnung (wie damals von einer älteren Generation erwartet), es in nachvollziehbarer Empörung über die Kanzlerwahl mit der „Wahrheit über Kiesinger“ nicht so genau genommen zu haben? Und wäre nicht ein kurzes selbstkritisches Wort fällig, dass sie sich von der DDR-Propaganda einspannen ließ?

Memoiren sind eine Form der Selbstdarstellung und nicht der Ort der Zertrümmerung selbst geschaffener Mythen. Ein differenzierter Blick auf ihr damaliges Handeln hätte der Beate von heute mehr Sympathien eingebracht als die ungefilterte Wiederholung alter Aussagen zu Kiesingers „Nazi-Akte“ (S. 101). Sie wirkt mit Blick auf Kiesinger wenig abgeklärt. Sie bleibt bei den Lebenslügen der 68er, wenn sie ihn weiter als verdeckten Nazi porträtiert, der nach 1945 „nicht wirklich einen Gesinnungswandel vollzogen“ habe (S. 106). Sie hält den Kanzler von 1968 für einen unverbesserlichen Faschisten, der „aus der Bundesrepublik ein Land der Revanchisten machen“ wollte. Das war schon damals Humbug und ist es heute erst recht. Dass die Demokratie von NS-belastetem Personal mitaufgebaut wurde, ist aus zahlreichen „Enthüllungen“ über linksliberale Intellektuelle von Günter Grass bis Hans Ernst Schneider/Hans Schwerte sattem bekannt. Kiesingers Wandel war genuin und setzte in US-amerikanischer Internierung 1945/46 ein. In ihrer Mehrheit wurden aus ehemaligen Nationalsozialisten keine NPDler und Neofaschisten. Viele übten sich in einen demokratischen politischen Stil ein und förderten liberale Reformen, so Kiesinger während der Bildungsexpansion der 1960er Jahre. Demokratischer Wandel verdankte sich auch der Anpassungsbereitschaft dieser „Ehemaligen“.

Dies war, wie wir heute klar sehen, nur um den Preis der „gewissen Stille“ (Hermann Lübbe) gegenüber eigenem Verhalten vor 1945 zu haben.

Die Erinnerungen enden mit der Auszeichnung des Klarsfeld-Paars mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse am Symboldatum des 20. Juli 2015, nachdem sie ein Jahr zuvor ebenfalls gemeinsam vom französischen Präsidenten zu Offizieren der Ehrenlegion ernannt worden waren. Bundespräsident Joachim Gauck würdigt ihren Einsatz „gegen Antisemitismus und politische Unterdrückung und für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen“ (S. 604). Beate sieht darin, wie auch in ihrer Nominierung zur Kandidatin der Partei *Die Linke* für das Amt der Bundespräsidentin (S. 540 ff.), eine offizielle Korrektur ihrer Verurteilung 1968 durch einen eilfertigen Amtsrichter zu einer einjährigen Freiheitsstrafe, die sie nicht antreten musste, da ihr damaliger Anwalt Horst Mahler Berufung einlegte und keine Fluchtgefahr bestand. Noch am gleichen Abend konnte Beate ihre Kampagne gegen Kie-singer mit einem Auftritt im Audimax der TU Berlin ungehindert fortsetzen und am folgenden Tag in Brüssel. Nicht auszudenken, wie der Staat im Zeitalter des Terrors auf einen derartigen Vorfall heute reagieren würde.

Klarsfeld hat durch den von ihr symbolisch gemeinten Akt der Ohrfeige mit dazu beigetragen, dass die deutsche Gesellschaft über sich selbst neu nachzudenken begann. Darin liegt ein Verdienst. Der Lebensweg beider Klarsfelds repräsentiert auf einer übergeordneten Ebene den Aufstieg des Holocausts zum zentralen Ort im Gedächtnis Europas. Daran zu erinnern, worauf nicht zuletzt die europäische Zusammenarbeit beruht, leisten die Erinnerungen keinen geringen Beitrag. Wie sehr diese Impulse in der Breite der Gesellschaft noch tragen, ist eine Frage, die sich bei der Lektüre stellt. Angesichts neuer Menschenfeindlichkeit in Europa ist das Engagement der Klarsfelds ein Vorbild, wenn auch nicht immer ihre Methoden.

Wolfgang Schnur – abgeschminkt

Von Matthias Kluge

Alexander Kobylinski, Der verratene Verräter. Wolfgang Schnur: Bürgerrechtsanwalt und Spitzenspitzel, Halle 2015 (*Mitteldeutscher Verlag*), 383 S.

Am Freitag, dem 9. März 1990, erschien in der systemkonformen DDR-Tageszeitung *Junge Welt* ein Beitrag, in dem Wolfgang Schnur unterstellt wurde, ein Stasi-Mann zu sein (vgl. S. 358 f.). Daraufhin schrieb der Rezensent einen wütenden Leserbrief: Wie denn ausgerechnet diese Zeitungsredaktion mit ihrer so unrühmlichen Vergangenheit als Sprachrohr und Erfüllungsgehilfe der staatlichen Jugendpolitik dazu käme, einen so honorigen Mann wie Wolfgang Schnur mit Schmutz zu bewerfen. So oder ähnlich dürften damals viele Bürgerbewegte gedacht oder ebenfalls geschrieben haben. Die Enthüllung der wahren Identität Schnurs Anfang März 1990 war für christlich-friedensbewegte Kreise im Lande so ungeheuerlich, dass es zunächst nicht zu fassen war.

Wenn Wolfgang Schnur etwa in Dresden zu tun hatte, dann hat er dort immer bei Harald Bretschneider übernachtet, dem damaligen sächsischen Landesjugendpfarrer und geistigen Vater der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“. Die Enttarnung Wolfgang Schnurs hat Menschen wie Rainer Eppelmann oder Harald Bretschneider so schwer zugesetzt und sie derart verbittert, dass sie an diesem Schlag womöglich lebenslang zu laborieren haben.

Folgt man den landläufigen Vorstellungen, so war Manfred „Ibrahim“ Böhme der zweitprominenteste „Spitzenspitzel“ (Kobylinski) und Schnur die unangefochtene Nummer eins. Über Böhme liegen schon seit etlichen Jahren mehrere biographische Entwürfe vor, so etwa Birgit Lahanns *Genosse Judas* (1992) und Christiane Baumanns *Rekonstruierter Lebenslauf* (2009). Umso augenfälliger ist es, dass seit dem Herbst 1989 reichlich fünfundzwanzig Jahre ins Land gehen mussten, ehe zur Nummer eins der vormaligen „Spitzenspitzel“ ein erster biographischer Wurf vorgelegt wird. Das Thema war längst überfällig; ob Kobylinski dem gerecht zu werden vermag, das bleibt indes diskussionswürdig.

Der Autor ist ein ehemaliger Mandant Schnurs. Er hatte, gemeinsam mit Freunden, durch Flugblätter zum Boykott der Kommunalwahlen von 1984 aufgerufen und war inhaftiert worden (vgl. S. 13-16, 259-263). Die evangelische Kirche half den insgesamt vier Jugendlichen, indem sie Schnur mit ihrer Verteidigung beauftragte. Zudem ist Kobylinski, Jahrgang 1964, Pfarrerssohn aus Erfurt (S. 106). Dennoch wirkt der Autor eigenartig kirchenfremd und sieht in den innerkirchlichen Strukturen nicht durch. So verlegt er etwa das Christliche Friedensseminar Königswalde aus der Landeskirche Sachsen in die Kirchenprovinz (KPS) Sachsen (S. 175). Und weil er

Landeskirche und Kirchenprovinz Sachsen nicht auseinander halten kann, fabuliert er, Christoph Demke sei nach 1976 Bischof in Dresden gewesen (S. 107); tatsächlich ist Demke ab 1983 Bischof der Kirchenprovinz Sachsen gewesen.

Wie dem auch sei – der ehemalige Mandant trifft seinen seinerzeitigen Verteidiger Jahrzehnte später ganz zufällig im Zeitungsladen des Berliner Bahnhofs Zoo wieder und spricht ihn an (S. 7). Daraus resultiert schließlich eine Abfolge von Gesprächen, die neben dem Studium der Stasi-Akte Schnurs die Grundlage seiner Darstellung bildet. Kobylinski arbeitet auf zwei Ebenen. Auf der ersten Ebene skizziert er im chronologischen Nachvollzug Schnurs Vita. Diese Stringenz durchbricht er immer dann, wenn er über die eigenen Begegnungen mit ehemaligen Opfern Schnurs spricht. Dann kommt ganz der Journalist durch, der nun auf die Ich-Form zurückgreift (vgl. etwa S. 40, 92, 110, 167, 258, 276, 306).

Schnur, geboren am 8. Juni 1944 in Stettin, lernt seinen Vater nie kennen. Die Mutter will ihn nicht. So kommt er gleich aus der Entbindungsklinik ins Heim. Seine Mutter will ihn auch später nicht, als er den Kontakt zu ihr sucht. Dafür wird er sich ein Leben lang rächen. Die Staatssicherheit unterhält seit September 1964 einen offiziellen Kontakt zu ihm, und noch vor seinem 21. Geburtstag unterschreibt er am 4. Juni 1965 eine Verpflichtungserklärung als IM „Torsten“ (S. 39 f.). Schnur ist der IM „Torsten“ der Bezirksverwaltung (BV) Rostock und nicht zu verwechseln mit dem IM „Torsten“ der BV Karl-Marx-Stadt, dem Spitzensportler Ingo Steuer, der dort von Januar 1985 an geführt wurde.

Seine Spitzelkarriere beginnt ganz klein, indem er auf die Junge Gemeinde seines Heimatortes Binz und auf die Bausoldaten in nahe gelegenen Prora angesetzt wird. Zwar werden erst ab 1984 Bausoldaten massenhaft in Prora stationiert, um beim Bau des Fährhafens Mukran mitzuarbeiten, doch sind kleinere Ansammlungen dieser uniformierten Staatsfeinde bereits 1965/66 in Prora nachweisbar. Dabei ist er ebenso skrupellos wie erfolgreich. So folgt Schnurs atemberaubende Karriere im innerkirchlichen Raum, die sich nicht nur aus seinem enormen Arbeitspensum (S. 283) erklärt – was sein Körper mit mehreren Kreislaufzusammenbrüchen quittiert (S. 342, 358). Vielmehr muss er wie ein rettender Engel wahrgenommen worden sein: Endlich ein Anwalt, dem man vertrauen kann, weil er sich glaubwürdig als Christ darstellt; und der tatsächlich Betroffenen hilft. Damit legitimiert er sich übrigens noch heute. Der Preis für wirksame Hilfe sei eben der Verrat gewesen (S. 11, 361). So funktionieren Verdrängungsmechanismen, so kann er ohne Gewissensbisse durchs Leben schreiten.

Über Schnurs Aufstieg zum Parteivorsitzenden des *Demokratischen Aufbruchs* und den folgenden Absturz hatte man schon 1998 in Wolfgang Jägers und Michael Walters Studie *Die Allianz für Deutschland* nachlesen können. Dort heißt es: „Unter den engeren Mitarbeitern Schnurs bestand seit einigen Wochen der Verdacht, dass sein [Schnurs] bisweilen destruktiv wirkender Arbeitsstil das bewusste Ziel haben könnte, der Partei zu schaden“ (ebd., S. 138). Diesen Vorwurf übernimmt Kobylinski nicht. Er erwähnt aber „plötzliche Angstzustände“ Schnurs im Januar 1990 (S. 353).

Wenn Schnur seine Mandanten trifft, dann ist er ganz ihr Anwalt und erscheint (gerade in der U-Haft) als rettender Engel (S. 175). Wenn Schnur seinen Führungsoffizier trifft, plaudert er nicht nur alles aus, sondern erfindet auch noch Verdächtigungen (S. 180). Und wenn Schnur mit westdeutschen Diplomaten (von der Ständigen Vertretung in Ostberlin) zu tun hat, übergibt er konspirativ ganze Aktenordner mit Unterlagen zu den gerade aktuellen politischen Prozessen in der DDR (S. 192). Kein Wunder also, wenn Kobylinski sinniert: „Vielleicht gibt es *den* identitären Kern von Wolfgang Schnur einfach nicht“ (S. 297). Hier trifft er sich mit Lahann, die schon 1992 über Böhme als einen „Mann ohne Identität“ (Einbandrückseite) schrieb.

Das hat sich auch das MfS gefragt. So wird er vom 3. September 1980 bis zum 28. September 1983 (S. 185, 250) selbst im „Operativen Vorgang“ (OV) „Heuchler“ bearbeitet. Auch danach bleibt dieses Misstrauen gegenüber dem eigenen Mann. So schreibt etwa Generalmajor Böhm, Leiter der BV Dresden, am 9. Dezember 1985 dem Leiter der BV Karl-Marx-Stadt, Generalmajor Gehlert: „Schnur spielt ein böses Spiel!“ Schnur behält (nicht nur hinsichtlich seiner unübersichtlichen Finanzen) gern etwas für sich. So verschweigt er etwa, dass er im Oktober 1983 den amerikanischen Diplomaten Walter E. Andrusyszyn zum Königswalder Friedensseminar mitbringt.

Was hat Schnur als Stasi-Zuträger, als „allseitigen Informationsstaubsauger“ (S. 266) so erfolgreich gemacht? Gewissenlos und arbeitswütig mögen andere IM auch gewesen sein. Sein insgesamt undurchsichtiges Wesen, sein „diabolischer Blick“ (S. 172) etc. haben bei Manfred Stolpe und anderen kirchlichen Amtsträgern durchaus gemischte Gefühle geweckt, wie Stolpe in seiner Autobiographie schreibt. Aber konsequent vor Schnur gewarnt hat einzig Fritz Reschke vom sächsischen Jungmännerwerk: „Der gefällt mir nicht!“ Es ist also nicht nur die scheinbar seriöse und diskrete Art in Schnurs Auftreten; ihm wird auch aktiv zugearbeitet durch die mentale Bedürftigkeit vieler Pfarrer und bürgerbewegter Akteure, die ihm nur allzu gern ihr grenzenloses Vertrauen schenken.

Sieht man den abschließenden Anmerkungsapparat durch, so fällt schnell auf, wie wenig korrespondierende Literatur der Autor quer gelesen und eingearbeitet hat. Zur Bemerkung, dass sich Schnur ab 1980 nicht mehr im Zuständigkeitsbereich der BV Karl-Marx-Stadt sehen lassen durfte, werden beispielsweise keine weiterführenden Literaturhinweise gegeben (etwa Gunter Gericks Arbeit *SED und MfS* von 2013). Die Darstellung folgt strikt dem chronologischen Ablauf der 39 eingesehenen (von insgesamt 41) Aktenbände der MfS-Akte. Dadurch entgeht dem Verfasser etwa, dass der kurz erwähnte Diplomat Andrusyszyn 1990 auf amerikanischer Seite an den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung beteiligt sein sollte. Viele Zeitzeugenbefragungen hat Kobylinski lediglich telefonisch abgearbeitet; er dürfte also nach der Verschriftlichung kaum signierte und somit autorisierte Zeitzeugenaussagen haben. Aus der im Anmerkungsapparat ersichtlichen Engführung resultiert wohl auch manch sachlicher Fehler neben falschen Namensschreibungen. Es bleibt insgesamt bei einem recht journalistischen, nicht durchweg wissenschaftlich fundierten Arbeitsstil. Manches wirkt wie „mit heißer Nadel gestrickt“.

Es verbleibt noch eine Frage: Schnur wird im Buchtitel als *Der verratene Verräter* apostrophiert. Kobylinski sagt es nicht expressis verbis, er vermittelt aber unterschwellig den Eindruck, dass der ehemalige Rostocker Führungsoffizier Jürgen Fiedler es war, der den Spitzel Anfang 1990 hat auffliegen lassen. Warum hat er das getan? Möglicherweise situationsgebunden aus dem momentanen Gefühl heraus, jetzt selber jeglichen Halt unter den Füßen zu verlieren. Möglicherweise auch, weil der *Demokratische Aufbruch* exakt in diesen Wochen lautstark die konsequente Auflösung des MfS forderte (S. 354). Außerdem war Schnur mit den Rostocker Führungsoffizieren nie gut zurechtgekommen, wie Kobylinski erkennen lässt (S. 306). „Hier steht der künftige Ministerpräsident!“, hatte Schnur auf Wahlkundgebungen mehrfach ausgerufen (S. 355); nun folgt der tiefe Fall. Schon sehr lange geistert die Vorstellung von der KGB-Gruppe „Ljutsch“ („Strahl“) durch die Fachliteratur, deren Aufgabe es gewesen sei, in einer sich unausweichlich reformierenden DDR MfS-Leute in die Spitze aller sich neu formierenden politischen Strömungen zu lancieren und dort durchzusetzen. Als bekannteste Belege werden dafür üblicherweise der DA-Vorsitzende Wolfgang Schnur (als IM „Torsten“ und „Dr. Ralf Schirmer“), der SPD-Vorsitzende Manfred „Ibrahim“ Böhme (als IM „August Drempke“, „Paul Bonkarz“, „Bernd Rohloff“ oder „Maximilian“) und der CDU-Vorsitzende Lothar de Maiziere (als IM „Czerny“) genannt. Freya Klier hat damit auch Namen wie Gregor Gysi und Friedrich Schorlemmer in Verbindung gebracht. Wenn es dieses Projekt tatsächlich jemals gab (in das ein kleiner Major aus einer Provinz-BV sicher nicht eingeweiht war), dann wäre der Verrat am Verräter Wolfgang Schnur eine Art innerbetriebliches Missgeschick des MfS gewesen.

Mittendrin und zwischen den Stühlen

Von Klaus von Beyme

Claus Leggewie, Politische Zeiten. Beobachtungen von der Seitenlinie, München 2015 (Verlag C. Bertelsmann), 475 S.

Claus Leggewies Erinnerungen dürften unter den Memoiren der Kollegen in der Politikwissenschaft einmalig sein. Sie enthalten wertvolle Auseinandersetzungen mit der Zunft im weitesten Sinne, wobei die Politikwissenschaft eher eine Nebenrolle spielt. Sozial- und Kulturwissenschaften im weitesten Sinne werden gekonnt abgehandelt. Freimütig bekennt der Autor, dass er immer Kulturwissenschaftler sein wollte. Politikwissenschaft hat er daher interdisziplinär betrieben.

Politische Wissenschaft hieß für ihn nie, Leidenschaften zu unterdrücken, sondern sie klassisch für einen vernünftigen Entwurf der *res publica* zu aktivieren. Als Jugendlicher betonte er seinen „Antifaschismus“. Als Student der Geschichte hatte er daher seine Probleme mit Ex-Nazis wie Theodor Schieder oder Werner Conze. Der als links geltende Hans-Ulrich Wehler mit seiner unsentimentalen Strukturgeschichte beeindruckte Leggewie hingegen. Zunehmend wurde er auch als „Antifaschist“ differenzierter und empfand zum Beispiel die Entehrung Theodor Eschenburgs in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft 2012 als „überkorrekt“ und die Verteidigung des Altmeisters durch seine Tübinger Schüler als „überemphatisch“.

In der Politikwissenschaft wurde er Doktorand bei Bassam Tibi, mit dem er sich jedoch entzweite, weil Leggewie zu sehr im linken Milieu verankert war. Es war eine turbulente Zeit: Anschnallpflicht im Auto galt damals in der Linken zum Teil schon als „Unterdrückung“. Verwunderlich für den Rezensenten war diese Kontroverse zwischen Tibi und Leggewie sehr wohl: Als ich einen Ruf nach Frankfurt bekam, war Tibi mein heftigster Gegner, weil ich nicht links genug schien. Später rief er mich freilich an und fragte, wie ich mit den ewigen Störungen der Linken in meinen Veranstaltungen zu Recht käme. Auch Tibi hat zunehmend Konzessionen an „das System“ gemacht. In allen Phasen seiner Laufbahn hatte Leggewie große Vorbehalte gegenüber dem sowjetisch geprägten Sozialismus und wurde nie zu einem „Russland-Versteher“.

Als Politikwissenschaftler wurde für Leggewie die „Demokratiewissenschaft“ wichtig, aber trotz seiner linken Vergangenheit äußerte er sich gegen Schluss seines Werkes skeptisch zu dem Rummel um die plebiszitäre Demokratie, den rechte und linke Populisten initiierten. Gegen präzise formulierte Volksentscheide hatte er nichts einzuwenden. Aber die Kehrseite der Plebiszite hat er im Gegensatz zu blauäugigen Anhängern der direkten Demokratie nicht übersehen, wie beim Scheitern

der kalifornischen Proposition 34 zur Aufhebung der Todesstrafe oder bei der erfolgreichen „Volksinitiative gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz, die zur Zeit auch bei deutschen Rechten Furore macht. Sein Vorschlag: „die Verstetigung deliberativer Gremien zu einer vierten Gewalt“, die er „Konsultative“ nannte, ist beherzigenswert.

Publizistisch stark vertretene Politologen wie Wilhelm Hennis, Eugen Kogon oder Dolf Sternberger hinterließen mehr Eindruck bei Leggewie als die „Kärner“ des Faches, zu denen sich auch dieser Rezensent rechnet. Alfred Grosser bewunderte er, obwohl er an der „Sciences Po“ in Paris nicht heimisch werden konnte. Kollegen hatten ihn früh vor Fernsehauftritten gewarnt, weil sie den wissenschaftlichen Ruf ruinieren könnten. Vielfach sprach jedoch nur dezenter Neid aus solchen Kommentaren. Leggewie gab zu, dass die Öffentlichkeitsauftritte nicht alle der politischen Urteilsbildung dienten.

Den Reputationsrummel der Zunft machte Leggewie andererseits auch nicht mit. Der „Social Science Citation Index“ interessierte ihn nicht, was den Rezensenten natürlich zur Überprüfung herausfordert. Resultat: Zahlreiche Zitierungen zeigt der Index im Falle Leggewies, aber wenn man die Vorworte zu Editionen von berühmten sozialwissenschaftlichen Schriftstellern von Georg Simmel bis Ted Gurr und Marshall McLuhan abzieht, sind selbst die in Zeitungen vielfach rezipierten Werke eher seltener in den Hinweisen wissenschaftlicher Bücher zu finden.

Leggewies Karriere fiel durch seine frühe Beschäftigung mit Algerien, der Palästina-Frage, dem Bosnien-Konflikt und den Moscheen in Deutschland auf. Er war hier Trendsetter, längst ehe der Islam zum Modethema wurde. Den Untertitel des Buches *Beobachtungen von der Seitenlinie* muss man nicht allzu wörtlich nehmen. Leggewie ist „mittendrin“ im System und speist mit Spitzenpolitikern und Starpublizisten. Mit einigen darunter, wie Cohn-Bendit, war er eng befreundet. Im Ausland beklagte er gelegentlich, dass viele mit ihm Mittagessen wollten, er abends aber allein blieb. Das hat ihm vermutlich später die Professur „in der Provinz“, in Gießen, versüßt, da war man auch abends gefragt. Die Herabsetzung seiner Universität wurde jedoch sogleich – wie bei anderen Sottisen – mit einer differenzierten Betrachtung über die bedeutenden Gelehrten und Gelehrten an diesem Ort wieder gutgemacht. Gleichwohl war die Position als Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen ab 2007 für ihn attraktiver als eine Feld-Wald-und-Wiesen-Professur. Die Professoren kamen oft nicht gut weg. Ein „kollektives Professorenversagen“ und Einzelgängertum werden in dieser Studie vielfach angeprangert. Leggewie wunderte sich über die „Stalltreue zu Ziehvätern“ (wie Jürgen Habermas, Thomas Luckmann oder M. Rainer Lepsius) bei vielen seinen Kollegen. Er selbst war stolz „angenehm vaterlos“ zu sein. Schon in seiner linken Jugend gerierte Leggewie sich ziemlich unabhängig und bekannte, dass er kein Antikommunist, sondern ein „besserer Kommunist“ sein wollte. Mit dem Sowjetkommunismus und dem Osten hatte er daher nie viele Verbindungen, aber auch seine Urteile über die Vereinigten Staaten, wo er längere Zeit lehrte, fielen vergleichsweise kritisch aus. Leggewie hatte erfreulich wenige Hemmungen zu Auftritten mit Radikalen von links und von rechts, wie

Franz Schönhuber, den er zum sympathischen „Fascho“ erklärte. Thilo Sarrazin hingegen wurde als „Dumpfbürger“ abgetan. Die – überwiegende – Toleranz des Autors ist vermutlich aus der eigenen Vita zu erklären, als er vor dem Gang nach links als „Adenauer-Linker“ eingeordnet wurde, was er auch rückwirkend eher als einen Ehrentitel empfand.

Mit Politikern hatte er keine Berührungängste – er begrüßte persönlich fast alle Kanzler seit Adenauer. Leggewie amüsierte sich notfalls über die „thatcherhafte“ Frau Merkel. Einigen Politikern kam er nahe. Im Fall von Joschka Fischer lobte er die „Leidenschaft“, selbst wenn sie gelegentlich in einen Zickzackkurs führte, wie in der Billigung militärischen Eingreifens im Kosovo. Trotz aller abrupt wirkenden Wendungen schien ihm die moralisch fundierte Wendung Fischers „geradliniger als alle linke Konsequenz“. Nach einer Umfrage unter deutschen Politikwissenschaftlern von Christine Landfried behaupteten etwa zwei Drittel, sie hätten an wissenschaftlicher Politikberatung mitgewirkt. Bemerkenswert war der Einfluss der Konsultierten nicht bei allen – aber durchaus im Falle Leggewies. Gleichwohl fiel die Bilanz seiner Beratungserfolge auch für ihn zwiespältig aus, etwa beim Staatsangehörigkeitsrecht 2014.

Die Migrationsproblematik hat Leggewie behandelt, erneut, ehe sie ein Modethema wurde. Im Gegensatz zu anderen Linken empfand Leggewie sich nie als einen „erklärten Ausländerfreund“ – er hat bescheiden auf die Zuschreibung der Erfindung des Begriffes „Multikulti“ reagiert, die er nur importiert hatte. Leggewie konnte daher immer wieder differenziert Stellung nehmen und übersah nicht die Folgen von zu starker Einwanderung in der Asyl-Welle der Gegenwart. So schien der Autor bereit, sich gelegentlich zwischen alle Stühle zu setzen. Seine Differenziertheit in der Sicht auf die Parteienlandschaft brachte ihn in den paradoxen Ruf „linker Aufwertungsliterat der neuen Rechten“ zu sein.

Leggewies Jugendwunsch, „Schriftsteller“ zu werden, ist auf wissenschaftliche Weise erfüllt worden. Das Buch ist gut geschrieben und enthält viele intelligente Bonmots. Statt Gedichte zu schreiben hat er sich früh dem Journalismus zugewandt. Dieser neigte seiner Meinung jedoch dazu, Menschen „fertigzumachen“. Leggewie wollte Menschen respektieren und distanzierte sich von der Eitelkeit in diesem Metier. Der Journalismus hat positiven Einfluss auf Leggewies Art zu schreiben hinterlassen, wenngleich einige Kollegen daran vermutlich Anstoß nehmen werden.

Ungleichheit in der industriellen Gesellschaft

Von Gangolf Hübinger

M. Rainer Lepsius, Soziale Schichtung in der industriellen Gesellschaft. Mit einem Geleitwort von Oliver Lepsius und einer Einführung von Wolfgang Schluchter, Tübingen 2015 (*Verlag Mohr Siebeck*), 164 S.

In den frühen 1960er Jahren wuchs in der Bundesrepublik der Hunger nach sozialwissenschaftlicher Theorie und verstärkte die Rivalitäten in den akademischen Denkmilieus. Eine erhebliche öffentliche Wirkung erzielte das „Institut für Sozialforschung“, die sogenannte „Frankfurter Schule“ oder „Kritische Theorie“ um Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Ihr wurde die „intellektuelle Gründung der Bundesrepublik“ zugeschrieben, eine starke These, der wissenschaftsgeschichtlich unter Verweis auf die philosophische Schule von Joachim Ritter in Münster heftig widersprochen worden ist.¹ Weniger beachtet ist bis heute ein drittes Milieu, das ich als „Achse Ralf Dahrendorf – M. Rainer Lepsius“ bezeichnen will. Das liegt nicht zuletzt daran, dass M. Rainer Lepsius seine ausgefeilte Theorie der sozialen Schichtung, mit der er die expandierende Soziologie der frühen 1960er auf eine professionelle Grundlage stellen wollte, in dieser Zeit der intellektuellen Polarisierungen nicht veröffentlicht hat. Und überhaupt zu seinen Lebzeiten nicht. M. Rainer Lepsius starb am 2. Oktober 2014, und es ist das Verdienst von Oliver Lepsius, Wolfgang Schluchter und des Mohr-Siebeck-Verlages, dass diese bedeutende Schrift nunmehr in gedruckter Form vorliegt; sie ist für die theoretische Orientierung wie für die Geschichte des sozialwissenschaftlichen Denkens gleichermaßen von Wert.

Den Protagonisten der drei genannten Denkschulen ist eines gemeinsam. Sie entstammen der „Generation '45“, einer Altersgruppe, geboren zwischen 1928 und 1932, waren 1945 im „Flak-Helfer-Alter“ und werden in ihrer wissenschaftlichen Laufbahn von zwei Problemen umgetrieben, von der Frage nach der Demokratie in Deutschland und nach den Konfliktmustern industriekapitalistischer Gesellschaftsordnungen. Auch Lepsius, wenngleich dem Generationen-Konzept gegenüber skeptisch eingestellt, sah im „Antifaschismus“ einen entscheidenden Antrieb für die Soziologie in der Gründungszeit der Bundesrepublik: „Es bestand ein die Generationen übergreifender, die Schulen überwölbender Antifaschismus, der unterstellt werden konnte auch bei den Generationsgenossen, die man nicht genauer kannte.“²

1 Clemens Albrecht u.a., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a.M. 2003; Jens Hacke, Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2006.

2 Blicke zurück und nach vorne. M. Rainer Lepsius im Gespräch, in: Adalbert Hepp/Martina Löw (Hrsg.), M. Rainer Lepsius. Soziologie als Profession, Frankfurt a.M. 2008, S. 11-75, hier: S. 15.

Die Aufgabe des Soziologen sei es jedoch keinesfalls, den eigenen gesellschaftlichen Erfahrungsraum ideenpolitisch oder kulturkritisch zu bebildern, er habe ihn vielmehr in ein soziologisches Erkenntnisobjekt zu überführen. Dazu bedarf es der begriffstrengen Verfremdung durch eine analytische Strukturierung. Genau das ist die Absicht der Habilitationsschrift. Lepsius entfaltet in ihr eine kritische Theorie eigener Art zur Struktur der „Gesamtgesellschaft“, zu den Erwartungen ihrer „Vollbürger“ und zu den realen Bedingungen sozialer Ungleichheit.

Fundamentale Kritik übt Lepsius an marxistischen Klassenlehren, aber nicht weniger an Modellen einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“. Erstere gehörten mit ihrer ökonomistischen Fixierung auf „Eigentum“ ins kämpferische Arsenal des 19. Jahrhunderts, letztere erschienen ihm blind für die Erscheinungsformen sozialer Differenzierung. Diese werde besser erfasst durch den aus den Vereinigten Staaten stammenden Strukturfunktionalismus, für den er Robert K. Merton schätzt. Aber auch der wird einer partikularen Kritik unterzogen: zu stark auf Positionsdifferenzierungen im gesellschaftlichen Gefüge beschränkt, zu wenig flexibel für kulturelle Deutungsmuster, in denen sich Individuen und Gruppen in diesem Gefüge selbst verorten. Wichtiger ist ihm Ralf Dahrendorf. Immer wieder wird in der Habilitationsschrift Dahrendorfs Tübinger Antrittsvorlesung von 1961 *Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen* zitiert.³ Bis in die Begrifflichkeit folgt sie den dortigen Überlegungen zu differenzierten Rangordnungen oder zu normgerechtem Sozialverhalten durch Sanktionen. Aber auch Dahrendorf wird einer spezifischen Kritik unterzogen. Seine „Erklärung der Schichtung aus der Sozialstruktur von Macht und Herrschaft“⁴ bleibe zu statisch und unterkomplex, um die „multidimensionalen“ Prozesse, in denen sich soziale Hierarchien aufbauen und Ungleichheiten verfestigen, in ihrer Dynamik angemessen zu erfassen.

Wie Dahrendorf durchmustert Lepsius das Angebot der politischen und sozialen Ideengeschichte von der schottischen Frühaufklärung bis zu Talcott Parsons und landet bei Max Weber. Als einzigem widmet er Weber einen eigenen Abschnitt seiner Habilitation (Kapitel 3.2). Webers Ausführungen über „Stände und Klassen“ aus *Wirtschaft und Gesellschaft*⁵ gelten ihm als überzeugend und anschlussfähig, um das „Problem der sozialen Lage“ (Kapitel 3) mit dem „Problem der Bewertung“ dieser Lage (Kapitel 4) und dem „Problem der Erscheinungsformen“ im historischen Wandel (Kapitel 5) ins Verhältnis zu setzen.

Mit Max Weber gewinnt Lepsius das dreipolige Modell, das auch für seine spätere Soziologie so charakteristisch ist. Neben der ökonomisch bedingten Klassenlage mit Erwerb und Eigentum spielen darin „Rangordnungen“ von Prestigegruppen („status groups“) mit differenzierter Lebensführung eine entscheidende Rolle. Es sind Selbst- wie Fremdzuschreibungen, aus denen – der dritte Pol – Handlungsmus-

3 Ralf Dahrendorf, *Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen*, Tübingen 1961.

4 Ebd., S. 26 f.

5 Jetzt im Rahmen der historisch-kritischen Gesamtausgabe neu ediert: Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie*, unvollendet 1919-1920, hrsg. von Knut Borchardt, Edith Hanke und Wolfgang Schluchter, Tübingen 2013 (MWG I/23), S. 592-600.

ter entstehen, die bis in illusionäre Selbstverblendungen hinein wirken können. Als Beispiele nennt Lepsius das „hypertrophe Selbstwertgefühl von Industriemanagern und die ‚geistige‘ Einbildung von ‚Gebildeten‘“ (S. 127). Beide Beispiele verdeutlichen den Erfahrungshorizont der frühen 1960er Jahre. Schichtungsanalysen im Zeitalter des globalen Finanzkapitalismus und der digitalisierten Wissenskulturen werden eher die Investmentbanker und die Microsoft-Eliten hervorheben.

Worauf es Lepsius ankommt, ist der methodologische Gewinn. Erst, wenn in hinreichender Differenzierung die drei Dimensionen in ihren wechselseitigen Abhängigkeiten erforscht sind, lassen sich Rückschlüsse auf soziale Ungleichheit und hierarchisierende Machtverteilung in einer Industriegesellschaft benennen. Im sechsten Kapitel, „Soziale Ungleichheit und soziale Schichtung“, laufen diese Überlegungen zusammen. In komprimierter Sprache bringt es Lepsius auf folgenden Nenner: „Kategorien von Menschen, zwischen denen eine im Lebenslauf typischerweise nicht aufhebbare Positionsungleichheit besteht, die sich womöglich regelmäßig über Generationen erstreckt, sind der strukturelle Ausgangspunkt für die Entstehung von Schichten. Hinzu tritt ihre kulturelle Definition als soziale Einheiten. Beidem liegt eine Wertvorstellung zugrunde, auf die sich die strukturelle Ungleichheit und die kulturelle Deutung der Ungleichheit beziehen“ (S. 119). Bemerkenswert ist die Stringenz, mit der Lepsius den „gedachten Ordnungen“ und kulturellen Vorstellungswelten eine soziale Gestaltungskraft zuspricht und damit einen originellen Beitrag leistet zur alten Max-Weber-Frage, wie neben Institutionen und Interessen auch Ideen in der Geschichte wirksam werden.

Das Buch schließt mit statistischem Datenmaterial aus der zeitgenössischen Forschung zu Berufen, Berufsprestige, Einkommensverhältnissen und Schichtbezeichnungen der westdeutschen Gesellschaft. Lepsius schreibt diesem Überblick, in dem er noch keine hinreichende empirische Umsetzung seiner Schichtungstheorie sieht, nur einen „impressionistischen Charakter“ zu und hätte dies vermutlich so nicht veröffentlicht. Zu der kam es aus mehreren Gründen nicht. Während Ralf Dahrendorf 1965 sein Erfolgsbuch über *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* präsentierte,⁶ wurde Lepsius wissenschaftspolitisch und organisatorisch voll in den Aufbau der Wirtschaftshochschule Mannheim eingespannt, an die er unmittelbar nach seiner Habilitation berufen worden war.

1966 erschien sein vielleicht wirkungsmächtigster Aufsatz, der auch als eine Umsetzung seiner komplexen Schichtungstheorie angesehen werden kann. „Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft“ geht wie die Habilitationsschrift einer These des britischen Soziologen T. H. Marshall nach, zu dessen Schülern an der London School of Economics übrigens auch Ralf Dahrendorf gehörte. Für den Zusammenhang von sozialer Differenzierung und materieller Ungleichheit setzt sich Lepsius mit Marshalls These auseinander, „daß sich Klassenkonflikte immer dann verschärfen, wenn der Anspruch auf Vollbürgerschaft (citizenship) nicht soweit erfüllt ist, daß die gewährten Gleichheitsrech-

6 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.

te ihrerseits die bestehende Ungleichheit legitimieren.“⁷ Wie nun die Deutschen in Kaiserreich und Weimarer Republik ihre politischen Parteien formten, um Demokratisierung entweder zu fördern oder zu blockieren, dazu hat Lepsius seine berühmte These von den vier „je relativ geschlossenen Sozialmilieus“ entwickelt, die sich durch „eine komplexe Konfiguration religiöser, regionaler, sozialer und wirtschaftlicher Faktoren“ scharf voneinander abgrenzen.⁸ Eine weitere Umsetzung, noch im selben Jahr, galt dem politischen Extremismus.⁹

Die jetzt vollständig¹⁰ vorliegende Habilitationsschrift, von Oliver Lepsius mit einem sorgfältigen Sach- und Personenregister versehen, lässt sich als Schlüsseltext für das Verständnis von Lepsius' Lebenswerk lesen. Ob zur Verfassung Deutschlands und Europas oder zu den Potenzialen Max Webers, immer geht es in herausfordernder Komplexität um die „wechselnden Verbindungen“ zwischen politischen Ordnungen, sozialen Hierarchien und kulturellen Orientierungen. Aktuell ist das nicht allein dadurch, dass „soziale Ungleichheit“¹¹ inzwischen wieder ganz oben auf der wissenschaftlichen Agenda steht.

7 M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966), Wiederabdruck in: Ders., Demokratie in Deutschland, Göttingen 1993, S. 25-50, Zitat: S. 26.

8 Ebd., S. 37 f.

9 M. Rainer Lepsius, Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen der nationalsozialistischen Machtergreifung (1966), Wiederabdruck in: Ebd., S. 51-79.

10 Abschnitte aus Kapitel 5.3. „Schichten und Subkulturen“ und 6.2. „Der Ordnungsentwurf der Schichtung“ wurden bereits in leichter Überarbeitung einbezogen in den Aufsatzband von M. Rainer Lepsius, Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1988, dort unter dem Titel „Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung“, S. 96-116.

11 Vgl. etwa Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013.

Der starke Diktator – eine neue Hitler-Biografie

Von Barbara Zehnpfennig

Peter Longerich, Hitler. Biographie, München 2015 (*Siedler Verlag*), 1296 S.

In einem Interview mit dem *Börsenblatt* erklärte Peter Longerich, dass er seine Hitler-Biographie vor allem als Gegenentwurf zu dem zweibändigen Werk von Ian Kershaw aus den Jahren 1998 und 2000 betrachte. Habe Kershaw versucht, Hitler „aus dem System heraus zu erklären“, so sei es sein Anliegen gewesen, „der Figur mehr Handlungsspielraum“ zu geben. Diese Selbstcharakterisierung kennzeichnet Longerichs Ansatz treffend, und sie verdeutlicht ebenso, wo die Schwierigkeiten der Historiografie liegen. Einfach zu sagen, „wie es eigentlich gewesen ist“, wie der große Historiker Leopold von Ranke es einmal formulierte, erscheint schlechterdings nicht möglich. Das würde bereits bei der selbsterlebten Zeit nicht gelingen. Denn weder kann man jemals alle Informationen über die relevanten Fakten erlangen, noch wäre es denkbar, einen Überstandpunkt einzunehmen, der Zusammenhänge und Kausalitäten frei von jeder perspektivischen Verzerrung erfasste. Geschichtsschreibung ist immer auch Geschichtsdeutung.

Das gilt natürlich noch mehr für die Darstellung einer nicht selbsterlebten Vergangenheit; hier ist man ganz auf die überlieferten Zeugnisse und Dokumente angewiesen, deren Valenz ihrerseits durch Prüfung und Interpretation ermittelt werden muss. Als Historiker ist man dem Faktischen verpflichtet, dem Konstruktivismus aber immer sehr nahe. Das Objektivitätsideal ist nur in Selbstpreisgabe aufzugeben, doch erreichbar zu sein scheint es nicht.

Daraus erklärt sich auch, dass es so viele unterschiedliche Hitler-Bilder gibt. Da steht der größtenwahnsinnige Despot neben dem ewigen Zauderer, der eiskalt planende Massenmörder neben dem unberechenbaren Psychopathen, der schwache, von den Umständen bestimmte Diktator neben dem brutalen Machtmenschen. Ob man Hitler als Getriebenen oder als den Antreibenden jenes menscheiterschütternden Geschehens deutet, das untrennbar mit dem Nationalsozialismus verbunden ist, ist nicht primär eine Frage der Faktenlage. Es ist, so hat man oft den Eindruck, wenn man sich mit der historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus befasst, eine Frage der Vorentscheidung, wie man Hitler zu sehen gewillt ist – bzw. welche Rolle man der einzelnen Person im historischen Geschehen überhaupt zuzuerkennen bereit ist.

Peter Longerich hat sich in seiner Biografie dafür entschieden, Hitler nicht als austauschbaren Funktionsträger in einem autopoietischen System darzustellen. Er nimmt ihn als Person ernst und geht dabei so weit, Verhaltensweisen und politische Entscheidungen, die in früheren Biografien als Ergebnis des Augenblicks, als spon-

tane Reaktionen auf unvorhergesehene Konstellationen, ja als Prinzipienlosigkeit gedeutet wurden, auf Taktik, Kalkül und strategische Planung zurückzuführen. Sein Hitler ist ein Machtstrategie, der sich die Entscheidungen nicht aus der Hand nehmen lässt, der geschickt politische Gegner gegeneinander ausspielt, der seinen überlegenen Machtwillen mit sicherem Instinkt durchzusetzen versteht. Mit psychischen Deformationen wird hier nichts erklärt, wenn sie auch, wie der Autor konzediert, in der Form von Bindungsschwäche, Gefühlsarmut etc. eine motivationale Rolle gespielt haben mögen. Man sollte Hitler nicht unterschätzen; das scheint der Subtext zu sein, der Longerichs Darstellung zugrundeliegt.

Man hat ihm deshalb vorgeworfen, es mit seiner Ablehnung einer funktionalistischen oder strukturalistischen Erklärung des Nationalsozialismus zu weit getrieben und z.B. den Judenmord zu ausschließlich als dem Willen Hitlers entsprungen erklärt zu haben – so Dietmar Süß in der *Süddeutschen Zeitung*. Auch habe er das gesellschaftliche Umfeld, in dem Hitler zum Erfolg gelangen konnte, die Zustände in den besetzten Gebieten, die Wirklichkeit des Krieges, das System der Kollaboration, der Technokratie, des Geschäftemachens etc. ausgeblendet – so Ulrich Herbert in *Die Zeit*. In der Tat hat eine Hitler-zentrierte Sichtweise ihren Preis; Vieles bleibt unerwähnt. Doch schon so, bei der Nachzeichnung von Hitlers Weg vom „Niemand“ bis hin zum starken, am Ende allerdings gescheiterten Diktator, kommt Longerich auf über 1000 Seiten Text. Welchen Umfang hätte das Buch erreicht, hätte er all das Geforderte ebenfalls berücksichtigt?

Doch es sind wohl nicht nur pragmatische Gründe, die zu der genannten Beschränkung führten. Die andere Geschichte – in der Hitler nur ein Faktor von vielen ist, deren Zusammenwirken dann zur Realität des NS-Staates führte – ist oft genug erzählt worden. Sich unter Einbeziehung der neuesten Forschungsergebnisse auf die Schilderung zu konzentrieren, wie ein Mann letztlich kraft eigener Willensanstrengung und machttaktischen Geschicks aus dem Nichts zum Führer Deutschlands und zu einer der wesentlichen Ursachen einer Neuordnung der Welt werden konnte, war ein Desiderat. Das ist keine Rehabilitation der „Große-Männer-machen-Geschichte“-Perspektive. Es ist ein notwendiges Korrektiv gegenüber einer Wirklichkeitsdeutung, die das Subjekt zunehmend in Strukturen und Funktionen aufgehen lässt und damit von seiner Verantwortung entlastet. Natürlich sind es immer auch die Umstände, die Erfolg ermöglichen oder Scheitern begünstigen. Doch wie man die Umstände für sich zu gebrauchen versteht, liegt in diesen selbst nicht beschlossen. Hier spielt das Subjekt eben doch eine Rolle, und dies nachzuweisen, erscheint als ein wesentliches Anliegen von Longerichs Biografie.

So entfaltet er Hitlers Auf- und Abstieg in sieben Schritten, in denen es letztlich immer Hitler selbst war, der an den zentralen Stellen die Entscheidungen traf und die Weichen für das Kommende stellte. Am Anfang ist Hitler nach Longerichs Darstellung noch ein ziellos dahinlebender Sonderling; die frühe Politisierung, über die Hitler in *Mein Kampf* spricht, hält Longerich für eine rückwärtsgewandte Projektion. Erst nach dem Ersten Weltkrieg und aufgrund der Ausbildung zum Propagandisten durch die Reichswehr entdeckt Hitler seine politische Begabung und bekommt die

Kontakte in das völkische und rechtsextreme Milieu, die es ihm in der Folge erlauben, eine mächtige Parteiorganisation aufzubauen. So geschickt, wie er innerhalb der Partei die Führungsrolle erringt, bahnt er sich dann auch den Weg zur Kanzlerschaft. Immer gelingt es ihm, Konkurrenten gegeneinander auszuspielen, günstige Konstellationen für sich zu nutzen, einen Alternativweg zu finden, wenn der eigentlich geplante Weg nicht gangbar ist.

Einmal an der Macht, schneidet Hitler den Staat gezielt auf eine Ein-Mann-Diktatur zu. Obwohl er dazu natürlich seine Partei braucht, bleibt er auch hier immer dominant – besonders klar erkennbar bei der Ausschaltung der innerparteilichen Konkurrenten, des linken Straßer-Flügels und des Röhm-Lagers in der SA. Innenpolitisch behält sich Hitler stets die letzte Entscheidung vor, ob es nun die Staatsorganisation, die Kulturpolitik, die Kirchenpolitik oder die Rüstungspolitik betrifft. Außenpolitisch passt er seine Expansionspläne den sich ergebenden Konstellationen an; wenn eine Bündnisoption sich nicht realisieren lässt (Großbritannien), nutzt er die neugewonnene Freiheit gegenüber diesem ausgeschiedenen Bündnispartner für eine noch rücksichtslosere Wendung gegen die Westmächte. Longerich betont, wie raffiniert Hitler Innen- und Außenpolitik verknüpft: Das eine verwendet er als Schubkraft für das andere, oder er kompensiert einen Misserfolg auf der einen Seite durch das triumphale Herausstellen von Erfolgen auf der anderen. Dass Hitler letztlich scheitert, erklärt Longerich aus dessen Hybris. Sein Traum von einem Imperium, das drei Kontinente übergreifen sollte, fand weder in der Bevölkerung Rückhalt noch in den realen Kräfteverhältnissen, wie sie sich im Krieg gezeigt hatten.

Wie fügt sich nun in dieses – durchaus schlüssig mit Fakten untermauerte – Bild eines um ständige Kontrolle besorgten Diktators der Judenmord? Auch hier besteht Longerich darauf, dass mit ihm letztlich der Führerwille exekutiert wurde. In dem internationalen Bündnisystem, das sich dem NS-Staat entgegenstellte, glaubt Hitler, die jüdische Weltverschwörung manifestiert zu sehen, vor der er immer gewarnt hatte. So forciert er ab 1941, also mitten im Krieg, gewaltsam die Deportation und Ermordung der europäischen Juden. Für Longerich ist Hitler ganz zweifellos ein ideologisch motivierter Täter.

Doch an diesem Punkt stellen sich Fragen: Wenn Hitler tatsächlich erst spät und primär durch äußere Umstände politisiert wurde, wieso konnte er dann einen so obsessiven Antisemitismus entwickeln, dass er diesem letztlich sogar seine Kriegsziele und sein eigenes Leben unterordnete? Wenn Hitler anfangs ein „Niemand“ war, woher nahm er auf einmal die Kraft, die halbe Welt in einen Strudel der Vernichtung zu reißen? Wenn Hitler in *Mein Kampf* all das theoretisch fordert, was Longerich dann als Hitlers Praxis beschreibt: Flexibilität der Mittel bei unerschütterlichem Festhalten am Ziel, Provokation von Konkurrenzsituationen, rein instrumentelle Nutzung von Bündnissen etc. – warum nimmt Longerich dann nicht ernst, was Hitler über den Zusammenhang und damit auch das Gewicht seiner innersten Überzeugungen erkennen lässt? Bei Longerich werden Hitlers Antriebe letztlich nicht klar. Ideologische Ausrichtung und politische Praxis gehen nicht jene innige Verbindung ein, die

man *Mein Kampf* entnehmen und mit der man die Erklärung von Hitlers Tun noch viel weiter treiben kann.

Man fällt nicht auf Hitlers Selbststilisierung herein, wenn man sein Denken ernst nimmt. In seinem Denken zeigt sich ein Mensch unverstellt, selbst wenn er Fakten verfälscht. Hitler war ein von seiner Mission, den „jüdischen“ Weltkommunismus aufhalten zu müssen, Getriebener. Das dazu eingesetzte Mittel, die Deutschen rassistisch, politisch, mental zu einer Kampfgemeinschaft zusammenzuschmieden, verfolgte er in der Praxis so systematisch, wie in *Mein Kampf* theoretisch entwickelt. Longerichs Biografie zeigt, dass Hitler nichts dem Zufall überließ. Woher hatte er dazu die Kraft, wenn nicht aus dem fanatischen Glauben an seine Mission?

Logokratiedemokratie

Von Rüdiger Schütt

Daniel Münzner, Kurt Hiller. Der Intellektuelle als Außenseiter, Göttingen 2015 (*Wallstein Verlag*), 414 S.

Anzuzeigen ist die erste umfassende Biographie über Kurt Hiller (1885-1972), verfasst als Dissertation an der Universität Rostock vom Historiker Daniel Münzner. Als klassische Lebensbeschreibung will der Verfasser sein Werk freilich nicht verstanden wissen, wie er in seiner Einleitung deutlich macht: „Diese Arbeit ist keine Biographie in dem Sinne, dass sie die Genese eines individuellen Charakters, einer spezifischen Persönlichkeit untersucht. Hier stehen strukturelle Faktoren, die Ausgrenzungserfahrungen linker Intellektueller, ihre Staats- und Demokratieskepsis in der Weimarer Republik und ihr gewandeltes Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt. Kurt Hiller dient dabei nur als prototypisches Beispiel, an dem die Verknüpfungen zwischen individuellem Erleben und politischem Denken untersucht werden“ (S. 12 f.).

Münzners Band will also keineswegs die vielleicht noch ausstehende Rowohlt-Monographie über den „großen vergessenen Publizisten“ (Klappentext) Kurt Hiller ersetzen und verweigert sich gängigen Modellen biographischer Arbeiten, die sich zum Beispiel mit der Herkunft und Familie ihres Protagonisten beschäftigen. Insofern finden sich auch keinerlei fotografische Abbildungen in dem Band. Worum es geht, steht im Untertitel: *Der Intellektuelle als Außenseiter*. Untersucht wird Kurt Hiller als ein Intellektueller, gar als dessen „prototypisches Beispiel“ im Rahmen einer kontextualisierten Intellectual History, beginnend schon vor dem Ersten Weltkrieg und endend in den Zeiten von Studentenbewegung und Außerparlamentarischer Opposition. Hiller, das wird bei der Lektüre klar, war immer dabei, als Beobachter, Kommentator und – ein von ihm mitgeprägter Begriff –: „Aktivist“. Dabei ist seine Lebensgeschichte so facettenreich und spannend, dass sie ohne weiteres Romanautoren inspirieren und Filmregisseure zu ambitionierten Biopics animieren könnte.

Kurt Hiller war einer der wichtigsten und umtriebigsten literarisch-politischen Publizisten im ausgehenden Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mitstreiter von Tucholsky und Ossietzky. Seine eigene, selbst entwickelte Lehre nannte er, unter Berufung auf Platons Staatslehre, Logokratie (Herrschaft des Geistes), frei nach dem Motto: Intellektuelle an die Macht! Der promovierte Jurist war radikaler Demokrat und Pazifist, er war maßgeblicher Autor der *Aktion*, des *Sturm* und der *Weltbühne* und, nicht zuletzt, wortmächtiger Vorkämpfer der Homosexuellenbewegung. Im Mai 1933 wurde Hiller verhaftet und in verschiedenen Konzentrationslagern miss-

handelt, ehe ihm – 1934 unter nicht endgültig geklärten Umständen entlassen (siehe dazu in dem Band S. 180) – über Prag und Paris die Flucht nach England gelang, wo er fast 15 Jahre als Informant des britischen Inlandgeheimdienstes MI5 tätig war. Von London aus kritisierte er nach Kriegsende vehement restaurative Tendenzen der Adenauer-Ära und machte sich für eine deutsch-deutsche Wiedervereinigung stark, bevor er 1956 nach Hamburg remigrierte. Hier publizierte er zumeist in kleinen und kleinsten Zeitschriften, gelegentlich aber auch im zentralen Organ der 68er-Bewegung, nämlich in *konkret*. Der charismatische Hiller versammelte eine Gruppe junger Linksintellektueller um sich, zu denen Klaus Rainer Röhl und Peter Rühmkorf zählten. Rühmkorf, dessen anfängliche Hiller-Euphorie später deutlich abkühlte, beschrieb den „APO-Opä“ (S. 281) als „eine der einseitigen Persönlichkeiten par excellence + von hohem Range“, gar als „einen ihrer Prototypen“.¹ Diese Einseitigkeit bewunderte Rühmkorf ebenso sehr wie er sie ablehnte. Der Sponti-Dichter sah Hillers politische Persönlichkeit durch Beharrlichkeit gekennzeichnet, „im Alter das Gleiche äußernd, was der Jüngling, was dann der Mann vertrat, und zu allen Zeiten immer nur eine Richtung“.²

Rühmkorf hat diese Eigenart Hillers treffend beschrieben. Und es stimmt: Schon in sehr jungen Jahren vertritt Hiller zu vielen Themen die gleichen Positionen wie als älterer und alter Mann. Insofern ist Münzners Herangehensweise logisch und fruchtbar. Denn seine Arbeit ist zwar insgesamt chronologisch angelegt, im Einzelnen aber thematisch gegliedert. Auf Grundlage gedruckter Quellen – Hiller selbst hat seine „Philosophie“ im Laufe der Jahrzehnte immer wieder in Buch- und Aufsatzform an die Öffentlichkeit getragen –, aber auch mithilfe zahlreicher ungedruckter Materialien aus Archiven und Bibliotheken, nicht nur in Deutschland, sondern auch aus den Londoner National Archives, widmet sich die „Biographie“ Hillers großen Lebensthemen, dem Kampf für die Rechte der Homosexuellen und dem Kampf für die Demokratie. Münzner gelingt es, Hillers Positionen anschaulich herauszuarbeiten und in den größeren zeithistorischen Kontext zu stellen. Dabei liest sich die Untersuchung an keiner Stelle akademisch-trocken, sondern immer (und das ist als Kompliment gemeint!) unterhaltsam und originell.

Durchaus angemessen erscheint die Ausführlichkeit, mit der sich Münzner Hillers Wirken in der Weimarer Zeit widmet (S. 107-185). Denn als prominenter Mitarbeiter der legendären *Weltbühne* erschrub sich Hiller eine Bedeutung, wie er sie vorher nicht hatte und wie er sie auch nach 1933 (die *Weltbühne* wurde von den Nationalsozialisten verboten) nie wieder erlangen sollte. Insofern ist das Werk auch flankierend und ergänzend im größeren Kontext einer *Heimat* „*Weltbühne*“³ zu sehen. Denn die publizistische Plattform vieler Linksintellektueller war Hillers wichtigstes Sprach-

1 Peter Rühmkorf, Brief an Kurt Hiller, 26. Februar 1954, in: Rüdiger Schütt (Hrsg.), Zwischen den Kriegen. Werner Riegel, Klaus Rainer Röhl und Peter Rühmkorf – Briefwechsel mit Kurt Hiller 1953-1971, München 2009, S. 122.

2 Ebd.

3 Vgl. Alexander Gallus, *Heimat* „*Weltbühne*“. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012.

rohr. Nach 1945 sollte es ihm nicht mehr gelingen, regelmäßiger Mitarbeiter einer Zeitschrift zu werden, die auch nur annähernd die Bedeutung von Ossietzkys Journal gehabt hätte. Stattdessen musste sich der streitbare Publizist, der mit seinen Texten immer Politik machen wollte, mit ambitionierten, aber randständigen Blättern und Mini-Auflagen von 200 Exemplaren begnügen, wie etwa den hektographierten Zeitschriften *Zwischen den Kriegen* oder *Lynx*. Bei der Gelegenheit: Zwar ist die Biographie gründlich recherchiert, doch ausgerechnet beim Thema *Lynx* entdeckt der Rezensent einen Fehler, indem er auf Seite 295 über sich erfährt: „Zu allererst antikonservativ“ – unter diesem Schlagwort gaben die ehemaligen *Lynx*-Autoren Wolfgang Beutin und Rüdiger Schütt einen Gedenkband über Kurt Hiller heraus.“ Eine Marginalie zwar, aber es muss erwähnt werden: Die Zeitschrift *Lynx – Anmerkungen zu Politik und Kultur* erschien von 1960 bis 1966 in insgesamt 32 Heften. Ab Heft 2 lag die alleinige Redaktion bei Wolfgang Beutin (geb. 1934), damals Assistent an der Universität Hamburg. Rüdiger Schütt, der diese Zeilen schreibt, erblickte im Oktober 1966 das Licht der Welt, zu einer Zeit, als das letzte *Lynx*-Heft gerade ausgeliefert wurde.

Aber Schwamm drüber. So etwas passiert und schmälert das Verdienst dieser ersten ausführlichen Biographie über Kurt Hiller in keiner Weise. Bei der Lektüre wird deutlich, wie Hiller politisch dachte und handelte. Man erfährt über seine Strategien, politische Ziele zu erreichen und darüber, wie er sich ein Netzwerk an einflussreichen Persönlichkeiten aufbaute. Die Liste der Namen ist lang. Sie findet sich in einem sorgfältig eingerichteten Register wieder, bei dessen Lektüre man den Eindruck bekommt, dass Hiller wirklich jeden kannte. Dieser Eindruck verstärkt sich, da gar nicht alle namhaften Personen, mit denen er in Kontakt stand, berücksichtigt werden (konnten), zum Beispiel fehlen Hans Henny Jahnn und Hans Wollschläger. Ein effektiver „Netzwerker“ war Hiller dennoch nicht, denn es wird auch deutlich, wie er durch seine kompromisslos-undiplomatische Art wichtige Kontakte immer wieder zerstörte, so dass er am Ende praktisch ohne politischen Einfluss war. In seinem Fazit bescheinigt Münzner Hiller immerhin die Fähigkeit zur späten Einsicht. Denn im Laufe seines langen Lebens habe er die wichtige Erkenntnis gewonnen, „Parteien als notwendiges Übel zu akzeptieren und sich ihrer in Form der Sozialdemokratie für seine politischen Ziele zu bedienen“ (S. 357). So ist eine von Hillers letzten Veröffentlichungen ein Wahlaufuf mit dem programmatischen Titel „Wählt Willy Brandt“,⁴ erschienen postum im November 1972 in der Zeitschrift *konkret* (vgl. S. 291, 351).

4 Kurt Hiller, Wählt Willy Brandt, in: konkret, Nr. 27, 16. November 1972, S. 50 f.

Nationalismus gegen Europa

Von Fabian Fischer

Anton Pelinka, Die unheilige Allianz. Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa, Wien u.a. 2015 (*Böhlau Verlag*), 195 S.

Am 25. Januar 2015 bildete die *Syriza* Partei Griechenlands eine Koalition mit den *Unabhängigen Griechen* und beschloss damit ein Bündnis gegen Europa. Wie kann eine linkspopulistische, eigentlich dem Internationalismus verpflichtete Partei sich mit Rechtspopulisten verbinden, die mit ihrem Vorsitzenden Panagiotis Kammenos für ein „nationales Erwachen und Aufstehen“ und gegen die internationale „Verschwörung“ der Europäischen Union agitieren?

Der österreichische Politologe Anton Pelinka befasst sich mit den Ursachen dieser „unheiligen Allianzen“ im politischen Extremismus. Zwar leugneten linke und rechte Extremisten Gemeinsamkeiten in ihren Weltbildern, aber nüchtern betrachtet seien viele Übereinstimmungen zu beobachten. Pelinka, der sich stets konsequent gegen den Rechtspopulismus Jörg Haiders wehrte, kann sicher nicht der ideologischen Gleichmacherei beschuldigt werden. Ausdrücklich macht er klar, die Feststellung einer Gemeinsamkeit dürfe nicht als Gleichsetzung der Extreme verstanden werden (S. 37). Im Vordergrund seiner Kritik steht die Verteidigung der Europäischen Union als antinationalistisches „Friedensprojekt“ (S. 101), das vor Zerreißen nicht gefeit sei.

Was sind die Ursachen der Feindschaft und was eint, respektive entzweit die Extreme in ihrem Kampf gegen Europa? Die Ursachen sind schnell benannt: Europa ist kein ideologisches Projekt, sondern ein Produkt der politischen Mitte (S. 38). Die Extreme haben an dem Prozess der Einheit nicht mitgewirkt und die Erfolge Europas erinnern an die totalitären Niederlagen des 20. Jahrhunderts. Benötigt der Linksextremismus, für seine letztlich rückwärtsgewandte Ideologie, das Bild des Zusammenbruchs des „Kapitalismus“ oder „Neoliberalismus“, so zehrt der Rechtsextremismus von dem alten Bild der Ungleichheit der Ethnien und der Vorstellung einer ethnisch homogenen Nation. Beide Extreme, so Pelinka, richten sich gegen die Werte und Realität der Europäischen Union (S. 115 f.).

Im Bündnis gegen die europäische Idee überwiegen nicht die ideologischen Unterschiede links- und rechtsextremer Parteien, sondern ihr gemeinsamer Nationalismus, Antimodernismus und ihre Demokratiefeindschaft. Dies äußert sich bezogen auf die Europäische Union in der Ablehnung ihrer weiteren Vertiefung und der Verteidigung eines nationalen Wohlfahrtsstaates. Beide Extreme bedienen sich Verschwörungstheorien, die hinter der Globalisierung vermutet werden. Darüber hinaus finden sich Parallelen in der Agitation gegen transnationale Sündenböcke (wie „die

Banken“, „die Amerikaner“) und teilweise in antijüdisch-antizionistischen Reflexen (S. 124). Die ideologischen Unterschiede der Extremisten macht Pelinka an ihren Feindbildern fest: So agiert die extreme Rechte beispielsweise gegen Migranten, während die extreme Linke vorrangig „neoliberale Kapitalisten“ bekämpft.

Problematisch ist Pelinkas Charakterisierung des Wertes „extremistisch“ als relativ. Denn nach dem theoretischen Verständnis ist das Extremismuskonzept dezidiert normativ und resultiert aus der Verteidigung demokratischer Minimalprinzipien. Ohne die demokratietheoretische Fundierung, die das ideologische Moment der Demokratie ausmacht, wäre der Wert „extremistisch“ nicht haltbar. Trotzdem hat Pelinka Recht, wenn er aufzeigt, wie die Interpretation demokratischer Prinzipien einem Wertewandel unterliegt (S. 30).

Den Extremismus „außerhalb des akzeptierten Interessen- und Meinungsspektrums“ (S. 31) zu lokalisieren, stimmt nur in Teilen. Tatsächlich zeigen beispielsweise die Geringschätzung des gesellschaftlichen Pluralismus und die breite Akzeptanz einfacher Feindbilder, wie salonfähig extremistische Elemente auch in Mehrheitsdiskursen bisweilen sind. Hier hätte eine Begriffsbestimmung des „Euroskeptizismus“ und „Antieuropäismus“ Klarheit gebracht. Pelinka nutzt beide Begriffe ohne sie zu definieren. Damit entgleitet ihm ein mögliches Analysefundament, das sein Buch systematisiert hätte. Was eint und unterscheidet den „Antieuropäismus“ linker und rechter Couleur in aktuellen Diskursen? Welche Themen nutzen die Extremisten, um ihrer Agitation Widerhall zu verschaffen? Welches sind konkrete Gemeinsamkeiten, die den miteinander verfeindeten Extremisten zu denken geben sollten? Und: Was unterscheidet das Feindbild EU von legitimer Kritik an ihr?

Im Hinblick auf eine positive Bestimmung des Extremismus zeigt Pelinka eindrucksvoll die Mechanismen reduktionistischen Denkens. Zu Recht führt er „die Sehnsucht nach Eindeutigkeit“ (S. 53) für das Reüssieren totalitären Denkens ins Feld und macht klar, wie Freiheit den Wunsch nach Gewissheit konterkariert. Neu ist seine Verquickung von Identitätskonstruktion und Fundamentalismus. Extremisten konstruieren ihre Identität durch Vereinfachung und verdrängen alle weiteren mit ihr verflochtenen Aspekte. Die „Flucht vor komplexen Mehrfachidentitäten“ (S. 51) gibt dem Fundamentalismus Nahrung. Das Europa der Union sei insoweit aus „verständlichen Gründen ein ständiges Ärgernis und eine Provokation für Nationalisten jedweder Prägung“ (S. 100).

Ist der Nationalismus gemeinsamer Nenner der „identitätstriefenden“ rechtsextremen Weltanschauung, so nutzt die extreme Linke einen ideologischen Überbau, um „ihren de facto nationalistischen Widerstand gegen die Einigung Europas zu rechtfertigen“. Ihren Ansprüchen nach substanzieller Gleichheit und der Aufhebung des Klassenwiderspruchs „kann Europa es niemals recht machen“ (S. 10). Darin erschöpft sich leider die Analyse Pelinkas zum eigentlichen Thema. Mitunter finden sich scharfsinnige Gedanken: Beispielsweise zeigt der Antizionismus, dass die Linke eben nicht „national blind“ ist, da sie Israel anders beurteilt als die Regime, die sich um diesen Staat herum etabliert haben (S. 81). Die Maßstäbe für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte sind unterschiedlich, dies zeigen nationale Präfe-

renzen. Aber genau das ist auch das Problem der Untersuchung. Sie zielt weniger auf die Perzeption der Extremisten und ihrer Strategien im Kampf gegen die EU als auf eine generelle Beurteilung rechts- und linksextremer Ideologien.

So vermisst der Leser, dass antieuropäische Extremisten selbst zu Wort kommen und ihre expliziten und impliziten Standpunkte offengelegt werden: Die Partei *Die Linke*, der *Front National*, die *Schwedendemokraten* und die *Kommunistische Partei Frankreichs* finden kurze Erwähnungen, ohne dass sich eine genauere Untersuchung anschließt (S. 124). Eine schärfere begriffliche Differenzierung zwischen Populismus und Extremismus und ein kleinerer Untersuchungsrahmen (bezogen auf konkrete Akteure) hätte die Analyse vertieft. Dennoch, und das ist das klare Verdienst Pelinkas, zeigt die Arbeit, wie antiemanzipativ und rückwärtsgewandt die Antimodernisten dem einmaligen Friedensprojekt EU von Beginn an gegenüberstanden. Die neue Bruchlinie verläuft nicht mehr entlang der Rechts-Links-Achse, sondern zwischen Forderungen nach der Aufhebung und der Verteidigung des Nationalismus (S. 125).

Es bleibt zu hoffen, dass diese Studie den Grundstein für weitere systematische, methodisch innovative Untersuchungen legt und das bislang schwach ausgeleuchtete Forschungsfeld des Antieuropäismus erhellt. Eine klare Analyse europafeindlicher Agitation kann im Übrigen tatsächliche Demokratiedefizite in der EU von dem Vorwurf des Antieuropäismus befreien und den demokratischen Diskurs schärfen helfen. Denn erst mit Hilfe differenzierter Kritik und des Aufzeigens tatsächlicher Mängel kann ein Jahrhundertprojekt wie die EU weiter reifen.

Die Geschichte der Gegenwart

Von Elke Seefried

Andreas Rödder, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015 (*Verlag C.H. Beck*), 494 S.

Die „Geschichte der Gegenwart“ hat Konjunktur. Stand die Forschung in den letzten Jahren im Banne der 1970er Jahre, die als Umbruchsjahrzehnt identifiziert wurden, so rückt die Zeitgeschichte nun unserer Gegenwart immer näher.¹ Andreas Rödder wählt in seiner höchst lesenswerten Darstellung einen systematischen Zugang: Er geht von den Grundproblemen der Gegenwart aus und blickt zurück in die Geschichte, um die Entstehung von Phänomenen und Entwicklungen zu erklären und aktuelle Lösungsstrategien zu diskutieren. Ausgangspunkt ist einerseits die Zeit um 1900: In der ausgeprägten Industriegesellschaft der „Hochmoderne“ entdeckt der Autor vielerlei Parallelen und Ursprünge heutiger Problemlagen. Ein zweiter Referenzpunkt sind die 1970er und 1980er Jahre, in der die klassische Moderne in Frage gestellt worden sei. Seitdem wandelten sich, so Rödder, die Lebenswelten mit Digitalisierung und Globalisierung „dramatisch“. Zugleich sei angesichts aktueller Entwicklungen zu fragen: „Bedroht der Kapitalismus die Demokratie? Ist Deutschland zu groß für Europa? Welche Rolle spielt das Ende des Ost-West-Konflikts für die internationalen Krisen des 21. Jahrhunderts, und wie fällt die Bilanz der europäischen Integration aus?“ (S. 11) Im Zentrum steht die Frage, ähnlich wie in Andreas Wirschings *Der Preis der Freiheit*, was nach 1990 aus der Freiheit des Westens geworden sei. Der „Sehepunkt“ liegt bei Rödder auf der deutschen Geschichte, die in europäische, transatlantische und globale Bezüge eingeordnet wird, wobei der eigene „westliche“ Standpunkt stets sichtbar bleibt.

Der Band ist in acht Großkapitel unterteilt, welche technologische, ökologische, ökonomische, soziale und politische Aspekte beleuchten. Das erste Kapitel behandelt einsichtig grundsätzliche Fragen der technologischen Entwicklung, die in der Bedeutung der Digitalisierung münden. Ausführlicher gerät zweitens der Blick auf die Ökonomie, welcher insbesondere die allgegenwärtige Rede vom Neoliberalismus differenziert: Die „Zweiteilung der Nachkriegszeit in einen (guten) Nachkriegskonsens und den (bösen) Neoliberalismus [...] übersieht einige wesentliche Faktoren“. Die marktorientierte Politik der 1980er und 1990er Jahre versteht er als „Aufbruch aus festgefahrenen Steuerungsmodellen der Nachkriegsmoderne“: „Das Prob-

1 U.a. Daniel T. Rodgers, *Age of Fracture*, Cambridge/Mass. 2012; Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, 2. Aufl., München 2012; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 3. Aufl., Göttingen 2012; dies./Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen u.a. 2016.

lem waren nicht die Marktreformen und Liberalisierungen der achtziger Jahre. Das Problem waren die Verselbständigung, die ausbleibende ordnungspolitische Nachsteuerung und die mangelnde Einhegung außer Kontrolle geratender Entwicklungen in den neunziger Jahren, vor allem in den USA“ (S. 53). Kürzer fällt das dritte Kapitel zu Umwelt und Ökologie aus. Die tiefe Zäsur hin zu ökologischen Denkmustern und Praktiken um 1970 wird nur knapp angesprochen. Die These, dass die Umweltbewegung ein Phänomen des „Westens“ gewesen sein soll (S. 76), wäre mit Blick auf die Umwelt- und Friedensgruppen in der DDR zu hinterfragen.

Thesenreich ist vor allem das vierte Kapitel, das einen Wandel politisch-sozialer Ordnungsvorstellungen vom Brechen der „keynesianischen Modernisierungsideologie“ in den 1970er Jahren bis zum postmodernen Dekonstruktivismus beschreibt, aus dem dann „die neue Ganzheitsvorstellung der ‚Kultur der Inklusion‘ hervorging“ (S. 108). Rödder beschreibt in Anknüpfung an die aktuelle Forschung², wie auf das Brechen der Planungs- und Steuerungseuphorie in den 1970er Jahren ein marktradikales Modernisierungsparadigma folgte, das auch Bildung und Hochschulen erfasste: Das Leitbild der „unternehmerischen Universität“ implizierte nicht nur mehr Markt, sondern auch neue sozialtechnokratische Modernisierungsideen, die zu „Verlusten kritischer Potentiale von Wissenschaft, zur Bildung neuer Kartelle und zu erhöhter Regulierung“ führten (S. 110). Pointiert sind seine Überlegungen zu einer dominierenden „Kultur der Inklusion“, welche im Zuge der postmodernen Dekonstruktion tradierter Ordnungsvorstellungen entstanden sei und ein Leitbild der Antidiskriminierung generiert habe, das der Anerkennung von Diversität und der Gleichstellung der Geschlechter nach festen Modellen überragende Bedeutung zuerkenne. Damit sei nicht nur eine neue, verbindliche Ordnung konstruiert worden, welche den Rahmen des Sagbaren vorgebe und dem Anspruch der postmodernen Dekonstruktion entgegenlaufe; ebenso habe die Kultur der Inklusion zu einem „Zielkonflikt zwischen gesamtgesellschaftlicher Geschlechtergerechtigkeit und individueller Leistungsgerechtigkeit“ geführt (S. 122).

Dies greift der Autor im fünften – sozialgeschichtlichen – Kapitel mit etwas anderer Zielrichtung auf: Er konstatiert nicht nur, dass sich die Vermögen in Deutschland von den Einkommen zunehmend abkoppelten, dass die Reichen immer reicher würden, auch wenn die deutsche Gesellschaft eine Mittelschichtgesellschaft sei. Ihm geht es vor allem um ein familienorientiertes Wertemodell, das er zu kurz gekommen sieht: Es gebe, so Rödder, einen lagerübergreifenden Konsens, der in erster Linie gleichstellungspolitische Ziele habe, denen originär familienpolitische oder demographische Ziele nachgeordnet seien. Kinder würden als Hindernis für die weibliche Erwerbstätigkeit verstanden. Dies müsse durch „family mainstreaming“ (S. 182), einen Politikansatz, der Kinder und Familien zu einem vorrangigen Gegenstand mache, aufgebrochen werden. Die Frage ist zum einen, ob ein Gegensatz zwi-

2 Vgl. u.a. die in Anmerkung 1 genannten Titel sowie Margit Szöllösi-Janze, „Der Geist des Wettbewerbs ist aus der Flasche!“ Der Exzellenzwettbewerb zwischen den deutschen Universitäten in historischer Perspektive, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 14 (2011), S. 49-73.

schen Gleichstellung und Familienorientierung konstruiert werden muss und nicht beide Aspekte – in der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – verknüpft sind. Zum anderen leuchtet es kaum ein, warum drohende demographische Probleme höher zu gewichten sein sollten als die Wahlfreiheit der Frau. Im Hinblick auf die Wahlfreiheit sieht Rödder jedoch Ungleichgewichte, weil politische Akteur(innen) Mütter aufforderten, rasch wieder zu arbeiten, und damit den Rahmen des Sagbaren vorgaben.

Kaum weniger Aktualität besitzt das sechste Kapitel über „Vater Staat“: Rödder skizziert hier die neue Bedeutung des Nationalstaats in einer Welt der Globalisierung, macht in der NSA-Affäre eine ungehemmtere (national)staatlich-exekutive Gewalt aus, die aus der Digitalisierung erwachse (S. 217), und reflektiert über den Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus. Die These, dass sich der Demokratiebegriff vom formalen Organisationsprinzip für politische Entscheidungen zum gesellschaftlichen Prinzip sozialer Teilhabe geweitet habe, wäre mit Blick auf die großen Erwartungen zu prüfen, die schon um 1900 in die Demokratie gesetzt worden waren. Abwägend sind seine Überlegungen zu den Implikationen der Finanzkrise, die nicht ein „neohayekianisches Wirtschaftsregime“ des Kapitals (Wolfgang Streeck) diagnostizieren, sondern stärker mit Werner Plumpe argumentieren, dass der moderne Staat sich beim Versuch überhoben habe, den Kapitalismus zu bändigen, und durch den damit verknüpften Finanzierungsbedarf selbst abhängig von den Finanzmärkten geworden sei (S. 234 f.).

In den beiden letzten Abschnitten durchmisst Rödder die Geschichte der europäischen Integration und die Weltpolitik seit 1990. Der Autor einer Monographie zur Wiedervereinigung³ betont, dass die Bundesregierung noch im Herbst 1989 den Prozess einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion offen halten wollte, ehe dann die deutsche Konzession für das französische Ja zur Wiedervereinigung die Zustimmung zur Einberufung der entsprechenden Regierungskonferenz gewesen sei. Zwar habe es auch ökonomische Gründe für den Euro gegeben – etwa die Weiterentwicklung des Binnenmarktes; doch hätte die Währungsunion nicht „auf rationalem Kalkül, sondern in grundlegenden Überzeugungen, europäischen Erzählungen und Bildern“ beruht (S. 297). Mangelnde Ausgleichsmechanismen in den Verträgen und mangelnder politischer Wille zur Einhaltung der Regeln hätten zur Euro-Krise geführt, so dass die Währungsunion eine „Fehlkonstruktion“ sei und die historisch einmalige Leistung der Integration durch ihre Überdehnung gefährdet werde (S. 336 f.). Argumentiert Rödder hier ökonomisch, so konstatiert er geostrategische Fehler der europäischen Außenpolitik nach 1990: Er zitiert den Vater des Realismus, John Lewis Gaddis, mit seiner These, die Osterweiterung der EU sei ein Verstoß gegen das Gebot historischer Klugheit, und schlägt damit den Bogen zur aktuellen Ukraine-Krise.

3 Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.

Rödder hat ein furioses Werk vorgelegt, das kenntnisreich aus einer Masse an Material gearbeitet ist, thesenreich argumentiert und ein sprachliches Vergnügen ist. Er setzt eigene Schwerpunkte – mit allen epistemologischen Implikationen, welche die Doppelrolle des Historikers als Zeitzeuge mit sich bringt, der sich von eigenen Werturteilen und Kontextbedingungen nicht frei machen kann – und auch nicht frei machen will. Dies gilt ebenso für die gewählten Referenzpunkte: Die nationalsozialistische Vergangenheit findet sehr wenig Raum, und die DDR-Geschichte interessiert mehr im Hinblick auf ihre sozioökonomischen denn auf ihre politischen und kulturellen Folgen. Auf jeden Fall wird dieses pointierte Werk noch eine Weile in der Diskussion sein.

Auf der Suche nach dem allgemeinen Besten

Von Peter Graf Kielmansegg

Peter Schmitt-Egner, Gemeinwohl. Konzeptionelle Grundlinien zur Legitimität und Zielsetzung von Politik im 21. Jahrhundert, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 285 S.

„There is no such thing as a uniquely determined common good that all people could agree on or be made to agree on by the force of rational argument.“ Dieser Satz aus Josef Schumpeters berühmtem Buch *Capitalism, Socialism, and Democracy*, geschrieben in den frühen vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, gerichtet gegen das, was Schumpeter „die klassische Doktrin der Demokratie“ nannte, konnte einige Jahrzehnte als so etwas wie ein sozialwissenschaftlicher Schlusssatz einer mehr als zwei Jahrtausende für das europäische politische Denken zentralen Debatte gelesen werden. Dass die Politikwissenschaft das Thema Gemeinwohl beiseite legte, hatte viele Gründe; Schumpeters Buch, so einflussreich es war, war mehr Symptom als Ursache. Aber sein sorgfältig begründetes Verdikt brachte die Überzeugung, dass wissenschaftlich mit dem Begriff und der Sache, die er meinte, nichts anzufangen sei, brillant auf den Punkt.

Inzwischen, ein dreiviertel Jahrhundert später, hat sich das Blatt erneut gewendet. Seit geraumer Zeit gibt es wieder wissenschaftliche Annäherungsversuche. Auch die Politikwissenschaft ist sich nicht mehr so sicher, dass sie zum Thema nichts zu sagen habe; die Rechtswissenschaft ist ohnehin immer unbefangener mit ihm umgegangen. Allerdings umkreiste man den Gegenstand zunächst einmal vorsichtig in Sammelbänden. Die bieten Raum für viele Standpunkte und Sichtweisen. Sie sind in gewisser Weise die Publikationsform der Unverbindlichkeit. Eine Monographie ist etwas ganz anderes. Und wenn es um das Thema Gemeinwohl geht, gehört immer noch Mut dazu, den Schritt vom Sammelband zur Monographie zu tun. Peter Schmitt-Egner hat ihn getan. Seine Studie präsentiert das Thema schon im Titel mit herausfordernder Eindeutigkeit. Man darf darin durchaus den Versuch sehen, eine neue Runde in der sozialwissenschaftlichen Gemeinwohldebatte einzuläuten.

Grundsätzlich gibt es zwei Ebenen, auf denen das Gemeinwohlthema erörtert werden kann: die deskriptive und die normative. In deskriptiver Absicht etwa lässt sich die Frage nach den Gemeinwohlkonzeptionen unterschiedlicher politischer Ordnungen und Kulturen stellen; nach der Bedeutung von Gemeinwohldiskursen im politischen Prozess; nach dem propagandistischen oder manipulativen Gebrauch der Gemeinwohlciffre im politischen Machtkampf; nach den normativen Prämissen unterschiedlicher Gemeinwohlkonzepte – die Zahl möglicher und sinnvoller Fragestellungen ist groß. Auf der normativen Ebene geht es letztlich immer um die Begrün-

dung einer bestimmten Gemeinwohlkonzeption, mit allem argumentativen Beiwerk, das dazugehört.

Mit der deskriptiven Aufgabe hat die Wissenschaft, wenn sie das Thema denn überhaupt aufgreifen will, keine Probleme. Sie kann es aufnehmen, ohne sich auf ein bestimmtes Gemeinwohlkonzept festlegen zu müssen. Aber kann Wissenschaft Letztbegründungen für eine bestimmte Konzeption vom allgemeinen Besten liefern? Wer seinen Max Weber gelesen hat, wird mit Nein antworten. Soll sich Wissenschaft dennoch an dieser Aufgabe abarbeiten, in der Hoffnung, dass irgendein Erkenntnisgewinn dabei herauspringen werde? Schmitt-Egner wagt es. Es ist die klare Absicht seines Buches, eine inhaltlich bestimmte Gemeinwohlkonzeption gedanklich zu entfalten und ihren Geltungsanspruch einsichtig zu machen; eine Gemeinwohlkonzeption – das ist ihr besonderes Profil –, die auf die neuartigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts antwortet. In den Worten des Autors: Da Buch „will die theoretischen Grundlagen für eine Gemeinwohlpraxis des 21. Jahrhunderts legen“. Kein bescheidenes Vorhaben, aber gewiss ein dringendes. Die Prämisse des Unternehmens ist die – um es mit Schumpeters Worten gegen Schumpeter zu formulieren –, dass diese Grundlegung „by the force of rational argument“ möglich sei.

Das Buch geht in drei Schritten vor. Nach einem kurzen Rückblick auf die einschlägige Diskursgeschichte wird im ersten Teil skizziert, welche Probleme und Aufgaben auf dem Weg zu einer systematisch ausgearbeiteten Gemeinwohlkonzeption zu bewältigen sind, grundsätzlich und an der Schwelle zum 21. Jahrhundert im Besonderen. Der zweite, zentrale Teil entwickelt „die konzeptionellen Grundlinien“ (so die Formulierung im Untertitel des Buches) des nach Überzeugung des Autors für die Politik des 21. Jahrhunderts maßgeblichen Gemeinwohlprogramms. Der dritte Teil setzt dann dieses Gemeinwohlprogramm in Beziehung zu dem europäischen Integrationsprojekt (dem die wissenschaftliche Arbeit des Autors bisher vor allem galt) als einem wichtigen, wahrscheinlich dem wichtigsten Versuch, die politischen Koordinaten für die Verwirklichung des Gemeinwohls durch einen neuen Modus der Kooperation von Staaten zu verändern.

Die Kernthese des Buches lautet: Wir sind im 21. Jahrhundert auf einer Entwicklungsstufe angelangt, auf der das Gemeinwohl letztlich global und generationenübergreifend gedacht werden muss, wenn wir die Möglichkeit zivilisierten Überlebens für die Menschheit offenhalten wollen. Eben daran, dass es ums Überleben geht, macht sich die Erwartung des Autors fest, dass die Verbindlichkeit seines Gemeinwohlprogramms rational begründbar sei. Mit seiner Kernthese trifft er fraglos einen entscheidenden Punkt: Wir müssen, was die Ziele unseres politischen Handelns angeht, lernen, global und generationenübergreifend zu denken. Kaum einer wird dem widersprechen. Aber niemand hat eine Antwort auf die Fragen, die sich aus dieser Einsicht ergeben. Das globale und generationenübergreifende Gemeinwohl muss ja im Kern als die Gesamtheit der Bedingungen der für alle Menschen und die Gemeinschaften, in denen sie leben, zu gewährleistenden Möglichkeit, selbstverantwortlich ihr Leben zu gestalten, also ihr Eigenwohl zu suchen, verstanden werden. Es geht, heißt das, um die Wechselbeziehungen zwischen Eigenwohl

und Gemeinwohl. Je höher hinauf aber die Hierarchie vom einzelnen Menschen bis zu den großen und ganz großen Ordnungen des Zusammenlebens reicht, desto komplexer werden diese Wechselbeziehungen. Immer handelt es sich, ökonomisch gesprochen, darum, die negativen externen Effekte des Eigenwohlstrebens unter Kontrolle zu bringen. Bis hinauf zum Staat haben wir dafür allmählich Regeln entwickelt, die leidlich funktionieren, wenn Staatlichkeit leidlich funktioniert. Aber darüber hinaus? Autoritäten, die die negativen externen Effekte des Strebens der Staaten nach ihrem Eigenwohl unter Kontrolle bringen könnten, gibt es (noch) nicht. Man kann das europäische Integrationsprojekt als Versuch begreifen, jedenfalls für eine regionale Staatengruppe einen Schritt in diese Richtung zu tun. Dann wird sofort einsichtig, welch wichtige Rolle der dritte Teil im Gesamt dieser Studie spielt.

Schmitt-Egners Bemühungen richten sich freilich weniger darauf, die praktischen Probleme zu erörtern, denen sich das Postulat, Gemeinwohl global und generationenübergreifend zu denken und diesem Gemeinwohlverständnis entsprechend zu handeln, gegenüber sieht. Es geht ihm vor allem darum, eine Art von analytischer Apparatur zu entwickeln, die der politikwissenschaftlichen Erörterung des Gemeinwohlthemas dienen soll.

Durchgehend greift das Buch bei der Entfaltung dieser „analytischen Apparatur“ auf die von Ernst Fraenkel in seiner Auseinandersetzung mit Rousseau in die Gemeinwohldebatte eingeführte Gegenüberstellung von Gemeinwohl a priori und Gemeinwohl a posteriori zurück, verwendet die Begriffe – aus guten Gründen – aber nicht so wie Fraenkel. Fraenkel wollte zwischen einer Gemeinwohlvorstellung, die das Gemeinwohl als ein der Politik vorgegebenes und aufgegebenes inhaltlich fixiertes politisches Programm ansieht, und einer Gemeinwohlvorstellung, die das Gemeinwohl als Resultat eines nach bestimmten Regeln ablaufenden politischen Prozesses begreift, unterscheiden. Schmitt-Egner weist gegen Fraenkel zu Recht darauf hin, dass jede Vorstellung vom allgemeinen Besten auf ein normatives Apriori zurückgreifen muss und keine Vorstellung vom allgemeinen Besten von den Ergebnissen des politischen Prozesses, dem Aposteriori, absehen kann. Und betont unter Verwendung des Fraenkel'schen Begriffspaares, dass einerseits der Modus der Politik, andererseits die Ergebnisse der Politik gleichermaßen Gemeinwohlüter sind. Der rechtsstaatlich-demokratische Modus der Politik ist für Schmitt-Egner der einzige, der seinen Gemeinwohlkriterien genügt, aber der Modus ist eben nur eine unter mehreren Dimensionen des Gemeinwohls. Das ist schlüssig. Aber dass das vorbelastete a priori/a posteriori-Begriffsschema hier wirklich zur Klarheit beiträgt, darf man bezweifeln. Eine ähnliche Frage stellt sich für das aus der Legitimitätsdiskussion übernommene Begriffspaar input-output, das in Schmitt-Egners analytischer Apparatur eine ebenso prominente Rolle spielt.

Die Konzentration auf Begriffe, analytische Kategorien, konzeptionelle Schemata geht naturgemäß mit einem hohen Abstraktionsgrad einher, der nicht selten die Gefahr birgt, dass es den Thesen, in die die analytische Arbeit einmündet, an inhaltlicher Substanz fehlt, ja dass sie gelegentlich beinahe zu Tautologien werden. Sie geht auch mit einer über weite Strecken trockenen, blassen Sprache einher, die zudem

häufig mit Wortscheusalen wie „throughput-Legitimität“ belastet ist. Die Lektüre ist mühsamer, als man sie sich wünscht. Überall da, wo der Text sich intensiver und konkreter inhaltlich auf die Gemeinwohlproblematik einlässt, gewinnt er entschieden; etwa in dem Abschnitt, in dem Schmitt-Egner die verschiedenen Felder gemeinwohlorientierten Handelns ins Auge fasst, Politik, Recht, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, schließlich die Kultur.

Um zwei dieser Stichworte herauszugreifen: Der Befund, dass unsere Art des Wirtschaftens, die auf der gegenwartsfixierten rücksichtslosen Ausbeutung aller natürlichen Ressourcen basiert, den Gemeinwohlerfordernissen auf extreme Weise widerspricht, wird niemanden überraschen. Die Frage ist nur, ob dafür primär mächtige Partikularinteressen verantwortlich sind oder nicht an erster Stelle unser aller Lebensweise und Lebensstil.

Was die Kultur angeht, so heißt Gemeinwohlorientierung vor allem Förderung der Entwicklung eines zeitgemäßen Gemeinsinns. Schmitt-Egner weist ganz zu Recht immer wieder darauf hin, dass Gemeinsinn unerlässlich für gemeinwohlorientiertes Handeln sei. Die Hoffnung, die einmal den Liberalismus beflügelte, eine unsichtbare Hand werde aus dem Eigennutzstreben der Vielen ohne weiteres das Gemeinwohl für alle hervorgehen lassen, teilen nicht mehr Viele. Die Handlungsspielräume der auf das Gemeinwohl verpflichteten Amtsträger sind eng, wenn es bei den Bürgern an Gemeinsinn ganz und gar fehlt. Andererseits wissen wir, dass die Bedingungen für das Gedeihen belastbaren Gemeinsinns nur in kleinen, überschaubaren Gemeinschaften mit großer Integrationskraft günstig sind, Familien an erster Stelle. Wie soll Gemeinsinn ausgerechnet in einer Welt wirkräftig werden, in der es immer schwieriger wird, Gemeinwohl in begrenzten Räumen zu denken. Wer kann sich denn für das Weltganze verantwortlich fühlen? Das gilt selbst für Staaten, vom Einzelnen zu schweigen.

Auf diese Fragen finden sich auch bei Schmitt-Egner keine Antworten. Wie denn überhaupt die Schlüsselfrage „Wie ist der Übergang von einer Zivilisation, die so, wie sie immer noch gelebt wird, schlechterdings nicht zukunftsfähig ist, zu einer Zivilisation, die gelernt hat, mit begrenzten Ressourcen dauerhaft zu leben, zu denken und wie lässt er sich rechtzeitig bewerkstelligen?“ unbeantwortet ist, nicht nur in diesem Buch, sondern, soweit zu sehen ist, überhaupt. Sie liegt, wie man hinzufügen muss, auch gar nicht im Fokus von Schmitt-Egners Interessen. Die richten sich, wie gesagt, auf das detaillierte, formale Ausbuchstabieren seiner Gemeinwohlkonzeption.

Möglicherweise wäre der Autor mit seinem respektablen Versuch weitergekommen, wenn er sich ein weniger anspruchsvolles Ziel gesteckt hätte. Der Versuch, das Gemeinwohl positiv zu bestimmen, bleibt notwendig entweder an eine Ebene sehr hoher Abstraktion gebunden oder führt rasch in Kontroversen hinein, die eben nicht mehr „by the force of rational argument“ entschieden werden können. Das Gemeinwohl lässt sich aber auch „negativ“ bestimmen, nämlich als die Verhinderung des Gemein-Schädlichen, im innersten Kern als Katastrophenvermeidung. Auf die Politik bezogen lautet die Frage dann: Welches sind die Übel, denen die Politik unter

allen Umständen entgegenzuwirken hat? Sie ist deutlich bescheidener als die Frage, welches Gut die Politik zu verwirklichen habe. Aber die Chancen, sich über eine konkrete Antwort zu verständigen, sind ebenso deutlich größer. Auch lässt sich bei dieser Bescheidung mit der aus den immer dichter werdenden Wechselwirkungen zwischen allen Ebenen des Gemeinschaftslebens – bis hin zur globalen – resultierenden fortschreitenden Komplexität der Gemeinwohlthematik besser umgehen. Und ist der gewonnene Freiraum für die diskursive Bestimmung dessen, was die konkurrierenden politischen Kräfte den Bürgern als ihre Version des positiven Gemeinwohls präsentieren, nicht dem Selbstverständnis einer freiheitlichen Gesellschaft gemäß als ein dichtes positives Gemeinwohlprogramm, das Anspruch auf allgemeine Verbindlichkeit erhebt?

Die Größe und die Schwierigkeit des Themas, dem sich Schmitt-Egner gestellt hat, werden in diesen fragenden Überlegungen noch einmal sichtbar. Kein einzelner Beitrag kann mehr leisten als der Diskussion einige neue Impulse zu geben. Dazu hat das vorgestellte Buch das Zeug. Schade, das darf der Rezensent am Ende nicht verschweigen, dass es schlecht lektoriert ist. Zu viele orthographische und grammatische Fehler sind stehengeblieben.

Pionierstudie zu linksextremen Einstellungen

Von Eckhard Jesse

Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder, Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Frankfurt a.M. 2015 (*Peter Lang Verlag*), 653 S.

Die Zahl der Studien zu den verschiedensten Facetten des Rechtsextremismus ist Legion, auch die zum Fundamentalismus. Hingegen finden linksextremistische Positionen weder in der Öffentlichkeit noch in der Wissenschaft nicht nur Deutschlands die nötige Aufmerksamkeit. Das gilt zumal für die Einstellungsforschung, bei der die Analyse des Rechtsextremismus dominiert und in der Öffentlichkeit auf große Resonanz stößt.¹ Die empirische Wissenschaft macht um das Thema Linksextremismus einen großen Bogen. Hier betreten Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder vom Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berliner weithin Neuland, wenngleich eine Reihe von Arbeiten vorliegt – freilich mit Schwächen, wie die Verfasser in ihrer ausführlichen Kritik der einschlägigen Forschung zeigen. „Fast alle Studien gelangen zu dem Ergebnis, dass sich nur schwer eine Trennlinie zwischen demokratisch, radikal oder extrem links eingestellten Personen ziehen lasse“ (S. 93).

Das dickleibige, aus einem Forschungsprojekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hervorgegangene Werk handelt eine Vielfalt von Aspekten ab: so die Geschichte des Linksextremismus der Bundesrepublik Deutschland, das Selbstverständnis linksextremer Gruppierungen, die Rolle der „Autonomen“, den Streit um den Extremismusbegriff, die von der Linksjugend [solid] und der Grünen Jugend initiierte Kampagne „Ich bin linksextrem“, die Funktion der Gewalt im (Links-)Extremismus, politisch motivierte Gewalttaten von „links“ und „linksextrem“, den revolutionären 1. Mai, Feindbilder von Linksextremisten, Irrungen und Wirrungen der 68er im Wandel. Ungeachtet der Heterogenität der nicht immer aufeinander bezogenen Themen: Das Autorenduo bezieht Position, etwa bei der Kritik an dem verbreiteten Begriff vom „Extremismus der Mitte“, und es weist auf den (selten erwähnten) Anstieg der Gewalttaten von linksaußen im letzten Jahrzehnt hin. In der Tat ist die offizielle Unterscheidung zwischen politisch „links“ und politisch „linksextrem“ motivierten Gewalttaten schwer verständlich, tauchen doch die

1 Vgl. zuletzt: Andreas Zick/Anna Klein, *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, Bonn 2014; ders./Beate Küpper, *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn 2015; Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*, Gießen 2015; dies. (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016*, Gießen 2016.

„bloß“ politisch links motivierten Gewalttaten, immerhin mehr als 30 Prozent aller Gewalttaten aus diesem Spektrum, im Verfassungsschutzbericht nicht auf. Was weniger gefällt: die zurückhaltend-lavierende Einordnung der Partei *Die Linke*, die zudem kaum behandelt wird, und, unter Berufung auf Samuel Salzborn, das Plädoyer für einen „dynamischen“ Extremismusbegriff – als sei dieser ein Gegensatz zu einem „normativen“. Liegen „dynamisch“ und „normativ“ denn auf einer Ebene?

Kernstück des Monumentalwerkes ist eine repräsentative Befragung zu extremistischen Einstellungen. Die Autoren haben nach einer Vorstudie über politische Einstellungen 95 linksaffiner Jugendlicher eine Linksextremismusskala erstellt, die aufgrund von Pretests folgende Dimensionen erfasst: Anti-Kapitalismus und Anti-Faschismus – Anti-Rassismus – Demokratiefeindlichkeit – kommunismusnahes Geschichtsbild/Ideologie. Jede der vier Dimensionen wird mit einer Reihe von Items abgefragt (S. 583).

Für Demokratiefeindschaft gibt es drei Items: Die Aussage „Unsere Demokratie ist keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben“, teilen 61 Prozent der Befragten; „Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution“, sagen 20 Prozent; „In unserer Demokratie werden Kritiker schnell als Extremisten abgestempelt“, meinen 45 Prozent. Für die Dimension kommunismusnahes Geschichtsbild/Ideologie sind ebenfalls drei Items abgefragt worden: „Nur im Sozialismus/Kommunismus ist ein menschenwürdiges Leben möglich“ (Zustimmung: 13 Prozent); „Der Sozialismus/Kommunismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“ (Zustimmung: 42 Prozent); „Die soziale Gleichheit aller Menschen ist wichtiger als die Freiheit des Einzelnen“ (Zustimmung: 42 Prozent).

Einige Items sind recht weich gewählt, so das zweite und dritte bei dem kommunismusnahen Geschichtsbild. Und alle drei Items bei der Demokratiefeindlichkeit erfassen nicht spezifisch linksextremistische Positionen, sondern ebenso rechtsextremistische und fundamentalistische. Hier fehlt es an Trennschärfe. Die 1362 Befragten konnten zustimmen (ein Punkt), eher zustimmen (zwei Punkte), eher nicht zustimmen (drei Punkte), nicht zustimmen (vier Punkte). Die niedrigste Punktzahl liegt damit bei 14, die höchste bei 56. Wer bei den Items im Schnitt einen Wert von 2 oder weniger erreicht, firmiert als Person mit einem nahezu geschlossenen linksextremen Weltbild, wer auf einen Durchschnittswert zwischen 2 und 2,5 kommt, als Person mit einem überwiegend geschlossenen Weltbild.

Vier Prozent der Bevölkerung wiesen ein weitgehend geschlossenes und 13 Prozent ein überwiegend geschlossenes linksextremistisches Gesellschafts- und Weltbild auf, im Osten (28 Prozent) deutlich mehr als im Westen (14 Prozent).² Bei jedem Item liegt „der“ Osten vor „dem“ Westen. Diese Differenzierung, die sich auch darin zeigt, dass das Selbstverständnis linksextremer Gruppierungen berücksichtigt wird, überzeugt insgesamt. Mit zunehmendem Bildungsgrad sinke der linksextre-

2 Die Terminologie „geschlossenes Weltbild“ und „teilweise geschlossenes Weltbild“ wäre wohl treffender.

mistische Anteil. Nur 13 Prozent der Männer wiesen ein linksextremistisches Weltbild auf, aber 20 Prozent der Frauen. Beide Ergebnisse irritieren. Bekanntermaßen sind Männer stärker (rechts- und links-)extremistisch orientiert als Frauen (die Wahlforschung ist da eindeutig), und gebildete Schichten neigen eher zum Linksextremismus als ungebildete, wie die Analyse von Gewalttättern zeigt. Einstellungen und Verhalten müssen nicht zusammenfallen.

Wie immer man manche Dimensionen und Items bewerten mag: Die mangelnde Liberalität ist frappierend (so befürworten 37 Prozent die Position, für Rechtsextremisten solle es weder Meinungsfreiheit noch Demonstrationsrecht geben). Und dass lediglich 48 Prozent für die Beibehaltung des staatlichen Gewaltmonopols eintreten, verwundert nicht nur die Autoren. Ihre Schlussfolgerung, „die Legitimation des staatlichen Gewaltmonopols bröckelt“ (S. 592), muss so nicht stimmen, denn die folgenden drei Items bejahen jeweils nur sieben Prozent: „Zur Durchsetzung politischer Ziele ist auch der Einsatz von Gewalt gegen Personen erlaubt“; „Gegen gesellschaftliche Zwänge und staatliche Gewalt hilft nur Gegengewalt“; „Zur Durchsetzung politischer Ziele ist auch der Einsatz von Gewalt gegen Sachen erlaubt“ (S. 591). Vielleicht ist der Begriff des „staatlichen Gewaltmonopols“ vielen Befragten schlicht unbekannt.

Bei der in mancher Hinsicht wenig erfreulichen Diagnose wäre eine ausführlichere Therapie wünschenswert gewesen. Das ändert aber nichts an dem Befund: Eine solche empirische Studie ist ein Schritt in die richtige Richtung.³ Noch besser: Bei einer Extremismusskala für Rechts-, Links- und religiösen Extremismus gleichermaßen wäre Vergleichbarkeit innerhalb des gesamten Extremismusspektrums mit Blick auf Einstellungsmuster gegeben. Daran hapert es.

3 Inzwischen kam eine Anschlussstudie der Autoren heraus, die weithin die früheren Ergebnisse bestätigt: Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder, *Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen*, Frankfurt a.M. 2016.

Transformationsforschung – innovativ und systematisch

Von Manuel Becker

Tom Thieme, Eliten und Systemwechsel. Die Rolle der sozialistischen Parteiführungen im Demokratisierungsprozess, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 394 S.

Die Friedliche Revolution von 1989 und der sich anschließende Weg zur Wiedervereinigung 1990 können mittlerweile als ein von der zeithistorischen Forschung sehr umfassend bearbeitetes Thema gelten. Es ist auffällig, dass die großen Untersuchungen zu diesem Thema in erster Linie von prominenten Zeitzeugen oder von Historikern stammen – um mit den Gesamtdarstellungen von Ehrhart Neubert¹ und Andreas Rödder² nur zwei bekannte Beispiele zu nennen. Demgegenüber existieren wenige dezidiert politikwissenschaftliche Studien. Dabei berühren die Vorgänge in den Jahren 1989/90, in denen sich „Geschichte im Zeitraffer“ abspielte, genuin politikwissenschaftliche Fragestellungen und Untersuchungshorizonte. Dies gilt insbesondere für das Feld der Transformations- oder Transitionsforschung, in dem die Habilitationsschrift von Tom Thieme angesiedelt ist.

Dieses Forschungsfeld erfreut sich insbesondere seit jener Zeit der Übergänge von der Diktatur zur Demokratie in vielen Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes einer großen Beliebtheit. Wesentliche Erkenntnisziele sind die Offenlegung von Verbrechen, die strafrechtliche Verfolgung begangenen Unrechts und die Aussöhnung mit ehemaligen Opfern. Im Zentrum steht dabei die Frage, „wie man mit Personen umgehen soll, die als Befehlsgeber das alte Regime bestimmt und als Funktionsträger und Mitläufer für sein Funktionieren gesorgt haben.“³ Als wegweisend gilt heute die im Auftrag des United States Institute for Peace herausgegebene internationale Zusammenstellung von insgesamt 21 Fallstudien. Der Umgang mit Menschenrechtsverletzungen wurde immer wieder als eines der Kernprobleme beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie beschrieben: Es liegt eine gewisse Spannung darin aufgehoben, die moralisch notwendige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einerseits voranzutreiben, sie andererseits aber auch so zu gestalten, dass die stets fragile Konsolidierung demokratischer Verhältnisse nicht beeinträchtigt wird. Für Opfer brutaler Regime ist es von zentraler Bedeutung, ihre Peiniger der irdischen Gerechtigkeit zu überantworten, soll die neu aufzubauende Demokratie eine Überlebenschance haben. Es stellt sich indes die Frage, wie mit den alten Eliten in den jungen Demokratien zu verfahren ist.

1 Ehrhart Neubert, *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München 2008.

2 Andreas Rödder, *Deutschland, einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009.

3 Helmut König: *Aufarbeitung oder Integration? Zum Umgang mit den Erbschaften von Diktaturen*, in: *Merkur* 64 (2010), S. 291-298, hier: S. 292.

Mit dem letztgenannten Themenbereich beschäftigt sich Thiemes Studie. Nun stellt sich die Frage nach der Rolle der Eliten im Fall der DDR in ganz besonderer Weise. Anders als bei den sonstigen ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten, die einen Komplettumschwung von der Diktatur zur Demokratie zu gestalten hatten, liegt das Spezifikum der deutschen Konstellation darin, dass sich sowohl das Staatsvolk als auch das Staatsgebiet nach der durch Revolution zerschlagenen Staatsgewalt an ein über Jahrzehnte gewachsenes, funktionierendes und etabliertes demokratisches Staatswesen ankoppeln konnte.

Die Entfaltung des theoretischen Bezugsrahmens umfasst mit knapp 70 Seiten beinahe ein Viertel der gesamten Studie. Das Fundament bildet die analytisch trennscharfe Abgrenzung zentraler Begrifflichkeiten: Thieme setzt zunächst allgemein beim Systemwechsel, der Transformation und der Demokratisierung ein, um sodann auf die Begriffe „Akteure“, „Massen“ und „Eliten“ überzuleiten und schließlich mit „Werteeliten“, „Funktionseliten“, „Machteliten“ und „Gegeneliten“ die verschiedenen funktionslogischen Facetten des für seine Studie so zentralen Elitenbegriffs differenziert aufzuzeigen (vgl. S. 43-65). Kompakt werden die einschlägigen Systemwechseltheorien vorgestellt, um auf dieser Grundlage einen eigenen Ansatz zu entwickeln. Es spricht für den Verfasser, dass er dabei nicht vorgibt, einen wie auch immer gearteten „Königsweg“ zwischen struktur- oder akteurzentrierter, zwischen systemischer oder handlungsorientierter Perspektive gefunden zu haben. Thieme entscheidet sich mit Blick auf sein Untersuchungsanliegen plausiblerweise für einen akteurzentrierten, deskriptiv-empirischen Ansatz, der zur Kompensation der ihm inhärenten Schwächen mit system-, struktur- und kulturtheoretischen Konzepten angereichert wird (vgl. S. 75 f.). Unter Rückgriff und in Fortentwicklung der auf Guillermo O'Donnell und Philippe C. Schmitter zurückgehenden Unterscheidung zwischen einer Liberalisierungs- und einer Demokratisierungsphase identifiziert Thieme (1) das Ende des autokratischen Systems, (2) die Institutionalisierung der Demokratie und (3) die Etablierung der Demokratie als die drei entscheidenden Phasen des Systemwechsels (vgl. S. 77-91). Zudem entfaltet er ein Typenmodell der Partieliten, das sich entlang der beiden Dimensionen „Ziele“ (demokratisch/autoritär) und „Strategien“ (Integration/Exklusion) aufspannt. Aus dieser Optik generiert er vier Idealtypen von Partieliten: die „harten Antidemokraten (Orthodoxe)“, die „weichen Antidemokraten (Pseudodemokraten)“, die „angepassten Demokraten (Opportunisten)“ und die „überzeugten Demokraten“ (S. 91-97). Abgerundet wird der Theorieteil durch eine Charakterisierung von Systemwechseln, für die die Unterscheidung zwischen konsensualen/dissensualen Systemwechseln von besonderer Bedeutung ist und die jeweils mit gut durchdachten Merkmalskatalogen ausgestattet werden (vgl. S. 107-110).

Mit diesem theoretisch-methodischen Rüstzeug hervorragend präpariert, steigt der Verfasser mit der Rolle der sozialistischen Partieliten im Systemwechsel der DDR in die empirische Analyse seines zentralen Fallbeispiels ein. Sie macht mit 180 Seiten den Löwenanteil und das Herzstück der Arbeit aus. Bewundernswert ist die analytische Stringenz. Die theoretisch entfalteten drei Phasen dienen zur Vorstrukt-

rierung des Kapitels: Die Endphase des autokratischen Systems setzt Thieme zwischen 1985 und 1989 an, die Institutionalisierungsphase zwischen November 1989 und März 1990, die Etablierungsphase zwischen 1990 und 1995. Zu jeder dieser drei Phasen wird zunächst auf die interne Kontinuität und den Wandel der Partieliten eingegangen, und zwar jedes Mal in (1) personeller, (2) organisatorischer und (3) ideologisch-programmatischer Hinsicht. Darauf folgt für jede Phase eine spezifische Untersuchung der Partieliten, Funktionseliten und der Gegeneliten. Der dritte Analyseschritt variiert hingegen und trägt so den Spezifika der jeweiligen Phase besonders Rechnung: In der Endphase des Machtmonopols der SED sind es unvorhergesehene politische Schlüsselereignisse wie die Niederschlagung der Proteste in China, die Grenzöffnung in Ungarn und nicht zuletzt der Fall der Mauer; in der Institutionalisierungsphase sind es die Bildung neuer Institutionen und die Entwicklung hin zu den Volkskammerwahlen; in der Etablierungsphase stehen Fragen der Vergangenheitsbewältigung im Vordergrund. Insofern bietet Thieme den historisch-individuellen Faktoren einen angemessenen Raum, wohingegen er sich sonst strikt an der zuvor politologisch entwickelten kategorialen Entfaltung seiner Indikatoren und Kriterien orientiert.

Es bleibt jedoch nicht bei der Einzelfallbetrachtung. Im vierten Kapitel der Arbeit werden die Entwicklungen in der DDR/Ostdeutschland in eine vergleichende Perspektive mit denjenigen in Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei gesetzt. Mit Blick auf die Rolle der Akteure ergibt sich für Thieme ein matrizenhaftes Muster: (1) umfassender politischer Wandel unter Bewahrung personeller Kontinuität (Ungarn); (2) teilweiser politischer Wandel bei Wahrung personeller Kontinuität (Polen); (3) teilweiser politischer Wandel bei umfassender personeller Erneuerung (Tschechien, DDR/Ostdeutschland); (4) umfassender politischer Wandel bei umfassender personeller Erneuerung (Slowakei) (S. 335). Der vergleichende Blick auf die Prozessstypologien in den fünf Untersuchungsfällen führt zu erhellenden Ergebnissen: Wesentlich ist die – weiter oben bereits angedeutete – Unterscheidung zwischen einem konsensualen und einem dissensualen Systemwechsel. Während Ungarn als einziger Fall alle sechs von Thieme definierten Merkmale eines konsensualen Systemwechsels erfüllt – nämlich: freiwillige Öffnung, Dialog statt Repressionen, Konsens bei der Schaffung demokratischer Institutionen, gleichberechtigte Verhandlungen, Bekenntnis zur Demokratie sowie Einigkeit bei der Bewältigung der Vergangenheit –, zeigt sich für die DDR/Ostdeutschland das gegenteilige Bild. Es lässt sich am ehesten von einem dissensualen Systemwechsel sprechen, da die alten Regimeeliten lediglich das Kriterium des Demokratiebekenntnisses, und dieses auch nur teilweise, erfüllten. Diesen interessanten, aus der vergleichenden Perspektive gewonnenen Befund legt Thieme plausibel und gut nachvollziehbar dar (vgl. S. 342-347).

Eine besondere Stärke der Habilitationsschrift, das sei nochmals festgehalten, ist ihre von Anfang bis Ende konsequent und stringent „durchgezogene“ Systematik. Die intensive theoretisch-methodische Reflexion erweist sich als das entscheidende politikwissenschaftliche Rückgrat der Arbeit. Wohl selten sind das Ende der DDR und die Eingliederung in die Bundesrepublik politikwissenschaftlich so reflektiert

und kohärent analysiert und eingeordnet worden. In den primär zeithistorisch ausgelegten Arbeiten sucht man dergleichen vergeblich. Hierin liegen das besondere Verdienst und der Mehrwert von Thiemes Studie. Die von ihm entwickelten Kategorien und Typologien – sei es das vierteilige Schema der Regimeeliten, sei es die Phasenmodellierung der Systemwechsel, seien es die Merkmalsausprägungen von konsensualen oder dissensualen Systemwechseln – laden dazu ein, sie auf weitere Anwendungsfälle, beispielsweise im lateinamerikanischen oder im asiatischen Kontext, zu übertragen. Eine Übersetzung ins Englische wäre wünschenswert, damit diese richtungsweisende Studie auch von der internationalen Transformations- und Transitionsforschung zur Kenntnis genommen und rezipiert werden kann.

Extremismus im Visier des Verfassungsschutzes

von Robert Philippsberg

Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015 (Bezugsadresse: <http://www.verfassungsschutz.de>), 267 S.

Die militärischen Erfolge und die anschließende Ausrufung des Kalifats in Syrien bzw. im Irak durch die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) am 29. Juni 2014 wirkten sich aufgrund ihrer internationalen Mobilisierungswirkung auch auf die jihadistische Szene in Deutschland aus. Die Beschäftigung mit dem IS, gegen den der Bundesinnenminister am 12. September 2014 ein Betätigungsverbot erließ, war ein zentraler Grund, weshalb der Islamismus im Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2014 zu den wichtigsten Themen zählte. Neben dem Islamismus war jedoch auch der Rechtsextremismus ein Schwerpunkt des Berichts, was insbesondere an dem starken Anstieg der rechtsextremistischen Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte lag, die sich gegenüber 2013 verdreifacht haben. Diese starke Zunahme macht eine besondere Aufmerksamkeit seitens des Verfassungsschutzes notwendig, vor allem vor dem Hintergrund der lange unentdeckten Mord- und Anschlagserie der rechtsterroristischen Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU).

Der Verfassungsschutzbericht 2014 greift auf eine bewährte Struktur zurück, weist jedoch gegenüber dem Vorjahr ein paar Neuerungen auf. Diese Veränderungen finden sich bei der Begriffsverwendung, indem bei der Darstellung der politisch motivierten Kriminalität der Terminus „gewaltbereit“ durch den weiter angelegten Begriff „gewaltorientiert“ ersetzt wird. Zudem enthält ein Anhang nunmehr eine Übersicht über die Verbote extremistischer Bestrebungen seit 1990. Außerdem befindet sich dort ein nach Phänomenbereichen getrenntes Register mit Kurzporträts beobachteter Vereinigungen, welche früher in den dazugehörigen Kapiteln integriert waren. Hinsichtlich seiner Struktur ist der Verfassungsschutzbericht folgendermaßen aufgebaut: Nach dem Vorwort des Innenministers gibt es zunächst ein Kapitel zur politisch motivierten Gewalt, in dem entsprechende Statistiken kommentiert dargestellt werden. Anschließend folgen die zentralen Kapitel des Berichts, die sich in chronologischer Reihenfolge dem Rechtsextremismus, dem Linksextremismus und dem Islamismus widmen. Daran schließen sich Kapitel zu den sicherheitsgefährdenden und extremistischen Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus) an, zur Spionage und sonstigen nachrichtendienstlichen Aktivitäten sowie zur Scientology Organisation.

Im Bereich des Rechtsextremismus stellt der Nachrichtendienst fest, dass „mittlerweile jeder zweite Rechtsextremist als gewaltorientiert einzuschätzen ist“ (S. 32) – er verweist auf die seit Jahren steigende Anzahl fremdenfeindlicher Gewalttaten

mit rechtsextremistischem Hintergrund, die 2014 einen neuen Höchststand seit Einführung des geltenden Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ im Jahr 2001 erreicht hat. Bei den rechtsextremen Parteien spielt die völkisch gesinnte NPD nach wie vor die bedeutendste Rolle – sie wird daher im Bericht stärker als andere Parteien in diesem Spektrum thematisiert. Die Partei versucht „gezielt bürgerliche Demonstrationen für sich zu vereinnahmen“ (S. 33) und setzte ihren Agitationsschwerpunkt bei den Wahlkämpfen 2014 auf die Asyl- und Flüchtlingsthematik. Die vom Parteiverbot bedrohte NPD befindet sich jedoch aufgrund eines anhaltenden Mitgliederschwunds sowie einer Serie von Wahlniederlagen auch unter dem neuen Parteivorsitzenden Frank Franz in der Krise und steht noch schlechter da als unter seinem – nur kurz amtierenden – Vorgänger Udo Pastörs. Im Kapitel zum Rechtsextremismus wird auch über die teilweise sehr gewalttätigen Demonstrationen von den Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) und relativ kurz über die Kundgebungen der Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) sowie über ihre Ableger berichtet. Eine intensivere Thematisierung von Pegida und ihren Ablegern wäre angebracht gewesen, schließlich fanden auf diesen Demonstrationen „Wutbürger“ mit Rechtsextremisten zusammen, was zuvor nicht üblich war¹.

Das Kapitel zum Linksextremismus unterscheidet sich im Aufbau von dem zum Rechtsextremismus. So findet keine gesonderte Berichterstattung über linksextreme Parteien statt. Diese werden lediglich in Kurzporträts im Anhang des Berichts aufgeführt. Der Fokus der Berichterstattung liegt stattdessen eindeutig auf der Thematisierung unterschiedlicher Formen von linksextremer Gewaltanwendung und auf gewaltorientierten Vereinigungen im Linksextremismus, nicht zuletzt aus dem Bereich der Autonomen. Bei der Thematisierung linksextremer Gewalt wird darauf aufmerksam gemacht, dass „Niveau und Akzeptanz von Gewalt [...] in den letzten Jahren angestiegen [sind,] insbesondere gegenüber politischen Gegnern (vor allem Rechtsextremisten) und der Polizei“ (S. 65). Hierbei kam es im Berichtsjahr auch zu sieben versuchten Tötungsdelikten, von denen sich sechs gegen Polizeibeamte richteten. Die Fokussierung auf den gewaltorientierten Linksextremismus und seine Gruppierungen ist ein Novum in der bisherigen Praxis der Berichte des Bundesamts für Verfassungsschutz, anders als im Bericht des Bremer Landesamts für Verfassungsschutz, der dies schon seit mehreren Jahren praktiziert, wobei dort Kurzporträts linksextremer Parteien fehlen. Begründet wird dieses Vorgehen mit dem Hinweis, dass orthodox kommunistische, maoistische und trotzkistische Gruppen in den letzten Jahren massiv an Bedeutung verloren haben und „anders als bei den gewaltbereiten autonomen Gruppen keine spürbare Gefahr für das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben aus[geht]“². Diese Feststellung ist zutreffend, da z.B. linksextreme Parteien wie die DKP gegenwärtig politisch bedeutungslos sind und nur Teile der Partei *Die Linke* zum linksextremen Spektrum gezählt werden können. Die Fokus-

1 Vgl. z.B. Maik Baumgärtner, Neue Deutsche Welle, in: Der Spiegel, Nr. 51/2014, S. 23.

2 Der Senator für Inneres und Sport der Freien Hansestadt Bremen, Verfassungsschutzbericht 2014, S. 39.

sierung im Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz erscheint vor diesem Hintergrund als eine durchaus gerechtfertigte Neujustierung, zumal Kurzporträts einzelner Organisationen im Anhang aufgeführt werden.

Im Kapitel zum Islamismus spielen internationale Konflikte und deren Bedeutung für die Sicherheitslage in Deutschland eine besondere Rolle. Im Berichtsjahr wird daher dem Krieg in Syrien und im Irak und speziell dem IS wegen dessen starker Mobilisierungswirkung auf die jihadistische Szene eine besondere Aufmerksamkeit zuteil. Es wird auf die starke Zunahme an deutschen oder aus Deutschland kommenden Islamisten hingewiesen, die in eines dieser Länder ausreisen und sich dort einer islamistischen Gruppe anschließen. Aufgrund ihrer aktiven Teilnahme an Kampfhandlungen oder des Besuchs eines terroristischen Ausbildungslagers stellen sie bei ihrer Rückkehr ein „erhebliches Sicherheitsrisiko“ (S. 89) dar. Die Gefährdungslage durch terroristische Angriffe in Deutschland wird weiterhin als hoch eingeschätzt, da mittlerweile nicht nur al-Qaida, sondern auch der IS zu Anschlägen im Westen, auf westliche Einrichtungen oder auf dessen Staatsbürger im Ausland aufrufen. Ein wichtiges Thema im Kapitel über den Islamismus sind die Demonstrationen in Deutschland aus Anlass des eskalierenden Gaza-Konflikts zwischen Israel und der islamistischen Terrororganisation Hamas. Die Kundgebungen wurden nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes „in der Hauptsache von Islamisten getragen“, und es fiel auf, dass sich dort „eine große Zahl vorwiegend migrantischer Jugendlicher [...] in hasserfüllter Art und Weise offen antisemitisch äußerte“ (S. 104). Zentral ist in dem Kapitel auch die Beschäftigung mit dem Salafismus, der ein „wesentliches Rekrutierungsfeld für den Jihad“ (S. 109) bildet. Im Berichtsjahr schlossen sich in Deutschland nicht nur deutlich mehr Anhänger als im Vorjahr dieser islamistischen Strömung an, sondern er sorgte auch aufgrund der Patrouille der so genannten Sharia Police durch die Innenstadt von Wuppertal für Aufsehen. Im nicht-terroristischen Bereich wird im Gegensatz zu den Vorjahren allein die islamistische Milli Görüs Bewegung betrachtet.

Worin liegt nun der Mehrwert des Verfassungsschutzberichts und an welchen Stellen zeigen sich die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit? Zu den wesentlichen Defiziten zählt die Tatsache, dass keine tiefergehende Beschäftigung mit den unterschiedlichen Ideologien erfolgt. Stattdessen wirkt die Analyse der Einzelphänomene stark deskriptiv, was auch der Form der Berichte geschuldet ist. Eine fundierte Betrachtung der Ideologien würde jedoch dazu beitragen, dass dem Leser einerseits klarer ersichtlich wird, wieso von einer bestimmten Weltanschauung eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen kann. Allerdings wäre es möglich, deutlicher auf die zentralen Unterschiede, ebenso die punktuellen Gemeinsamkeiten bei den Ideologien einzugehen und damit den Leser besser in die Lage eigener Urteilsbildung zu versetzen. Ein weiteres Manko des Verfassungsschutzberichts ist die schwierige Nachvollziehbarkeit der Kriterien, die zur Aufnahme oder Nicht-Aufnahme einer Organisation in den Bericht führen. Trotz der Angabe von generellen Gründen variiert die Beobachtungspraxis zwischen den Bundesländern zum Teil erheblich, was besonders deutlich am Umgang mit der Partei *Die Linke*

Literatur

wird. Dies offenbart das Gewicht politischer Gründe. Trotz mancher Defizite bietet der Verfassungsschutzbericht einen guten Überblick über die zentralen Entwicklungen und Tendenzen in der extremistischen Szene. Zudem enthält er auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnene Informationen, die – ungeachtet der Frage nach der Verhältnismäßigkeit – dazu beitragen können, ein vollständigeres und wahrheitsgetreueres Bild über das Auftreten und die Aktivitäten einer extremistischen Organisation zu erhalten. Dies alles macht den Verfassungsschutzbericht zu einem Hilfsmittel für wissenschaftliche Untersuchungen.

Der „Westen“ in der Gegenwart und die Tragfähigkeit eines normativen Konzepts

Von Martina Steber

Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 4: Zeit der Gegenwart, München 2015 (Verlag C.H. Beck), 687 S.

Mit dem vierten Band kommt Heinrich August Winklers monumentale *Geschichte des Westens* zu ihrem Abschluss. Er behandelt unsere Gegenwart, genauer die 25 Jahre seit dem Ende des sowjetischen Imperiums. Das Projekt einer deutschsprachigen *Geschichte des Westens*, das Winkler um 2007 in Angriff nahm, floss einerseits aus seiner vorangehenden Interpretation der deutschen Geschichte als eines „Weges nach Westen“ und andererseits aus der „jüngsten Geschichte“ selbst, wie der Autor im ersten Band betonte.¹ Wenn nun jene Fragen, die zum Projekt geführt haben, in der Zeit wurzeln, die historisch untersucht wird, so ist dies in zweierlei Hinsicht interessant: zum einen weil die brennenden Themen der Gegenwart in historische Zusammenhänge gesetzt neu beleuchtet werden; zum anderen weil so die Potenziale einer Geschichtsschreibung der unmittelbaren Gegenwart getestet werden, deren Herausforderungen gerade darin bestehen, trotz der Einbettung des Historikers und seines Fragens in gegenwärtige Kontexte analytische Distanz zu gewinnen und zudem eine Geschichte zu erzählen, die noch nicht abgeschlossen ist.

Wie also erschließt sich Winklers Geschichte des gegenwärtigen „Westens“ vor diesem Hintergrund? Den vier Bänden zugrunde liegt ein normatives Konzept des „Westens“, sie beruhen auf einer historischen Modellbildung. Der „Westen“ im Winkler’schen Sinne ist gekennzeichnet durch die Anerkennung der unveräußerlichen Menschenrechte, des für alle geltenden gleichen Rechts, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie. Er ist ein Demokratieprojekt. Hervorgegangen aus den „atlantischen Revolutionen“ des späten 18. Jahrhunderts, der Amerikanischen (1776) wie der Französischen Revolution (1789), reichen die historischen Wurzeln des „normativen Projekts des Westens“ weit zurück. Seine „Gründungskonstellation“ und „Grundstruktur“ (S. 583) identifiziert Winkler in der Herausbildung des Dualismus weltlicher und kirchlicher Herrschaft während des hohen Mittelalters im Einflussraum der weströmischen Kirche. In den von Ostrom beeinflussten Kulturen habe sich diese Trennung nicht durchgesetzt, so dass solche Gebiete in Winklers Modellanordnung nicht als Teil des „Westens“ gelten können. Weder Griechenland noch Bulgarien oder Rumänien gehören damit zum „Westen“ à la Winkler. Mit den atlantischen Revolutionen wurde, so der Autor, dem

1 Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 1: Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 2009, S. 14.

„Westen“ das Projekt des „Westens“ zum Auftrag gegeben – ein Auftrag, der fort-dauert und an dem sich der „Westen“ stets neu messen lassen muss. Die „Verwestlichung des Westens“² habe mithin im späten 18. Jahrhundert begonnen, eine Menge Ungleichzeitigkeiten aufgewiesen und sei erst nach 1989/91 im historischen Raum des „Westens“ zumindest in verfassungsrechtlicher Hinsicht verwirklicht worden. Von der „Ostgrenze des alten Okzidents bis zur Westküste der USA und Kanadas“ herrsche seitdem der „normative Grundkonsens“ der „Ideen von 1776 und 1789“ (S. 607). Der „Westen“ als normatives Projekt könne allerdings nie an sein Ende kommen, er sei so universal wie die Menschenrechte, die seinen Kern bilden. Die Bewegungsrichtung der „Verwestlichung“, so konstatiert der Autor, greift seit 1989/91 ins Globale aus.

Die Jahrzehnte dieses normativen Grundkonsenses und seines globalen Ausgreifens beschreibt Winkler in seinem vierten Band. Er wählt dafür einen klassisch politikhistorischen Zugriff. In einem weiten Panorama wird die Geschichte jener Staaten und ihrer internationalen Beziehungen ausgebreitet, die per definitionem als Teil des „Westens“ gelten, sowie jener Spieler wie Russland, die für das Verständnis „westlicher“ Politik nötig sind. Das geschieht in chronistischer Form, gut lesbar, informativ. Es handelt sich um eine beeindruckende Syntheseleistung. Der Leser wird über die politische Entwicklung der Vereinigten Staaten ebenso unterrichtet wie über die Reform der Europäischen Union oder die französische Innenpolitik. Bis ins Jahr 2014 reicht die kundige Darstellung. In diesem „Krisenjahr“, in dem der Nahe Osten brannte, der islamistische Terror alltäglich wurde und mit der Annexion der Halbinsel Krim der ukrainisch-russische Konflikt eskalierte, endete endgültig die seit dem Ende des Kalten Krieges gehegte Erwartung einer globalen Durchsetzung der westlichen Werte. 2014 stellt für Winkler daher einen Epocheneinschnitt dar, der sich zugleich mit einer Hoffnung verbindet: dass nämlich die doppelte Bedrohung durch den Islamismus wie ein autokratisches Russland die Bedeutung „westlicher“ Werte verdeutlichen und den von Gegensätzen, Misshelligkeiten und Vertrauensverlust geprägten „Westen“ zu neuer Stärke führen werde.

Der „Westen“, so resümiert Winkler, „muss sich erneut auf Zeiten einstellen, in denen alles auf seinen Zusammenhalt ankommt“ (S. 576) – wie zu Zeiten des Kalten Krieges, müsste man hinzufügen. Denn Winklers leitendes Modell des „Westens“ ist selbst historisch: Es ist ein Kind der Kultur des Kalten Krieges, und Winklers *Geschichte des Westens* ein mit publizistischer Macht ausgestatteter Versuch, dieses Modell in die Zeit danach zu retten, zumal angesichts einflussreicher Stimmen diesseits und jenseits des Atlantiks, die Zweifel am „Westen“ anmelden oder seine Existenzberechtigung ganz infrage stellen.³ Der 1938 geborene Winkler steht mit seinem ganzen persönlichen Projekt in einer Tradition bundesrepublikanischer, linkslibera-

² Ebd., S. 21.

³ Vgl. Robert Kagan, *Paradise and Power. America and Europe in the New World Order*, London 2003; James C. Bennett, *The Anglosphere Challenge. Why the English-Speaking Nations Will Lead the Way in the Twenty-First Century*, Lanham 2004; Jeffrey Anderson u.a. (Hrsg.), *The End of the West? Crisis and Change in the Atlantic Order*, Ithaca/London 2008; Christopher S.

ler Westernisierer, die es als ihre Lebensaufgabe betrachteten, die Demokratie nach amerikanischem, britischem oder französischem Vorbild fest in der politischen Kultur Deutschlands zu verankern. Sie fanden ihren Ankerpunkt in der Idee des Westens. An dieser Stelle sei nur an Ernst Fraenkel (1898-1975) und Richard Löwenthal (1908-1991) Wirken erinnert.⁴ Wie Winkler verstanden sie sich als *public intellectuals*, als Aufklärer für die Sache des „Westens“ und Deuter ihrer Gegenwart. Der Begriff des „Westens“ hat also eine eigene Geschichte, in die sich Winklers monumentales Werk einordnet.⁵

Was also passierte mit „dem Westen“ – verstanden im Winkler’schen Sinne – nach seinem Triumph über den sowjetischen Kommunismus? Zur Erinnerung: Der „Westen“ hatte sich seit 1945 als multidimensionaler, internationaler Raum ausgebildet: institutionalisiert in internationalen Organisationen wie der NATO oder der OECD sowie in weiteren multilateralen Bündnissystemen, eng vernetzt über Wirtschaftsbeziehungen, multinationale Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und wissenschaftliche Kooperationen, kulturell durchdrungen und mit Sinn versehen durch die intellektuelle und publizistische Öffentlichkeit. Mit dem Ende der Bipolarität verlor dieser „Westen“ sein Gegenüber und damit einen Gutteil seiner Relevanz. Winkler führt solche Neuaufbrüche im Politischen vor: die Orientierung der USA weg von Europa hin zum pazifischen Raum, die fortschreitende Globalisierung des Welthandels und der Produktion, die veränderte Rolle der NATO usw. Doch verzichtet er darauf, diese Entwicklungslinien auf sein Modell des „Westens“ zu beziehen. Man fragt sich an vielen Stellen, was das Dargestellte für das normative Projekt des „Westens“ denn nun bedeuten mag. Welche Folgen zeitigte etwa die „Verwestlichung“ der ostmitteleuropäischen Staaten nach 1989/91, die von Winkler als Geschichte von Demokratisierung und wirtschaftlicher Strukturreformen erzählt wird, die aber zugleich, wie Philipp Ther gezeigt hat, eine rücksichtslose Implementierung neoliberaler Überzeugungen mit verheerenden sozialen Folgen darstellte?⁶ Gehörte diese Seite nicht zum Projekt des „Westens“? Finden wir Winklers idealisierten „Westen“ dann doch eher in dem sozialdemokratischen Schulterschluss der 1990er Jahre, als Ideen einer „neuen Mitte“ international die Runde machten? Und wie passt sich der Rückbau der Wohlfahrtsstaatlichkeit in die Geschichte des „Westens“ ein? Ist sie Teil einer „Infragestellung der normativen Grundlagen des Westens durch den Westen selbst“, als deren einen Antriebsfaktor Winkler die „Globalisie-

Browning/Marko Lehti (Hrsg.), *The Struggle for the West. A Divided and Contested Legacy*, London/New York 2010.

4 Vgl. Riccardo Bavaj, „Germany and Western Democracies“. The Spatialization of Ernst Fraenkel’s Political Thought, in: Ders./Martina Steber (Hrsg.), *Germany and „the West“*. The History of a Modern Concept, Oxford/New York 2015, S. 183-198; ders., „Western Civilization“ and the Acceleration of Time. Richard Löwenthal’s Reflections on a Crisis of „the West“ in the Aftermath of the Student Revolt of „1968“, in: Themenportal Europäische Geschichte (2010), unter: <http://www.europa.clío-online.de/2010/Article=434> (15. August 2016).

5 Vgl. Bavaj/Steber (FN 4).

6 Vgl. Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014.

„rung des Kapitals“ (S. 608 f.) ausmacht? Wie passt das aber zu jenen neoliberalen Deutungen des „Westens“, die in den USA kultiviert werden und die in Deutschland etwa durch die gewichtige Stimme Udo di Fabios präsent sind?⁷ Oder ein anderes Beispiel: Kann die judeo-christliche Basis des „Westens“ in den zunehmend säkularisierten Gesellschaften der postindustriellen Welt überhaupt noch tragen, nicht zu sprechen von den postkommunistischen Gesellschaften Ostmitteleuropas? Kurz: Das normative Modell, das dem Buch zugrunde liegt, dient als bloßer Rahmen und wird analytisch in den darstellenden Kapiteln kaum fruchtbar gemacht.

Der nationalstaatlich zentrierte, politikgeschichtliche Fokus tut ein Übriges, um „den Westen“ eher im Nebulösen zu belassen als die Transformation der Strukturen des Kalten Krieges nach 1989/91 zu erhellen. Zivilgesellschaftliche Foren und Netzwerke, kulturelle Verschränkungen, intellektuelle Deutungsangebote werden nur am Rande erwähnt. Dass „der Westen“ als normatives Projekt aber gerade einer beständigen intellektuellen Deutung und Versicherung bedurfte, dass zivilgesellschaftliches Engagement „den Westen“ erst erfahrbar machte, das zeigt die Formierung des „Westens“ im Kalten Krieg. Seine Geschichte des „Westens“ sollte eine „Problem- und Diskursgeschichte“ sein, so kündigte Winkler im ersten Band an,⁸ um die Diskrepanzen zwischen normativem Projekt und politischer Praxis zu illustrieren. Leider hat er sich im vierten Band für einen anderen Weg entschieden. Das ist umso paradoxer, als sein eigenes Werk doch gerade von der Kraft der intellektuellen Selbstverständigung des „Westens“ zeugt.

Kann das normative Modell des „Westens“ die Geschichte der Gegenwart aufschließen helfen? Auf der einen Seite wird so die Prägekraft der Strukturen des Kalten Krieges deutlich, die in den internationalen Krisen der letzten Jahre wieder verstärkt hervortreten. Auf der anderen Seite führt der konzentrierte Blick auf Demokratisierungsphänomene dazu, dass entscheidende Prozesse, die die Geschichte unserer Zeit prägen, in ihrer Bedeutung nicht erfasst werden, wie das besonders für die ökonomische Dimension der Globalisierung auffällt. Auch deshalb scheint das Buch frappierend außerhalb der derzeitigen Forschungslandschaft zu stehen – die Sammel Fußnoten am Ende jedes Kapitels sorgen nicht dafür, die Argumentation in den derzeitigen Debatten zu verankern. Recht deutlich zeigen sich die Grenzen des Konzepts an der Interpretation der globalen Migrationsströme. Tatsächlich befindet sich „der Westen“ in einem „moralischen Dilemma“ (S. 500), doch kann das Modell der Universalität der „westlichen Werte“ und ihrer globalen Ausbreitung die Ursachen und historischen Bedingtheiten der Migrationsbewegung nicht ausreichend erklären. Die Konstellationen haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges verschoben – die historiografischen Konzepte sollten dies widerspiegeln. In einer zeithistorischen Auseinandersetzung mit der Gegenwart werden sie alle in das Denken und Sprechen

7 Vgl. Udo di Fabio, *Die Kultur der Freiheit*, München 2005; ders., *Schwankender Westen. Wie sich ein Gesellschaftsmodell neu erfinden muss*, München 2015.

8 Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 1 (FN 1), S. 22.

Hauptbesprechungen

unserer Zeit eingewoben sein. Umso mehr tut es not, diese geschichtstheoretischen Probleme zu reflektieren. Das normative Projekt des „Westens“ hat es verdient.

Kurzbesprechungen

Werner Abel/Enrico Hilbert, „Sie werden nicht durchkommen.“ Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution, Bd. 1, Lich (Hessen) 2015 (*Edition AV*), 567 S.

Rechtzeitig zum 80. Jahrestag des Beginns des Spanienkrieges erscheint ein voluminöses Nachschlagewerk mit den Namen und biographischen Angaben von 3.531 ermittelten Spanienkämpfern, die in den Interbrigaden, aber auch in Militäreinheiten der Spanischen Republik, bei den Anarchisten und in der Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit (Partido Obrero de Unificación Marxista; POUM) kämpften, als Ärzte oder Krankenpflegerinnen ihren Dienst taten oder als Journalisten berichteten. Ebenso wenig fehlen Schriftsteller oder Künstler.

Es gab bislang weder im internationalen Rahmen noch für den deutschen Sprachraum ein ähnliches Nachschlagewerk, obgleich auch das in zweiter Auflage 2008 von Hans Landauer und Erich Hackl herausgebrachte *Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer* 386 Namen enthält (gleichfalls eine große Zahl, bedenkt man den Größenunterschied zu Deutschland). Die Verfasser stützen sich auf ein sehr umfangreiches gedrucktes Material und Archivalia aus Berlin, Moskau und Madrid, darunter Bestände über die Interbrigaden des Servicio de Información Militar, des Militärgeheimdienstes der Spanischen Republik. Dessen Akten wurden im Spanienkrieg auch von den spanischen Kommunisten genutzt, um linke Kritiker ausfindig zu machen, insbesondere wenn diese bei der POUM oder den Anarchisten kämpften oder gar Sympathisanten Trotzki waren – es war auch die Zeit der Moskauer Prozesse.

Man erfährt viel über menschliche Schicksale: Wer wusste schon, dass Peter Blachstein, der der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) angehörte, im POUM-Bataillon kämpfte und von der stalinistischen Geheimpolizei festgenommen wurde? Anfang 1938 gelang ihm die Flucht nach Frankreich, von wo er nach Norwegen und Schweden ging. Der Marxist, Jude und Homosexuelle blieb im Nachkriegsdeutschland benachteiligt. Die Kanzlerschaft Willy Brandts – er fehlt natürlich nicht im Lexikon – bedeutete auch hier eine Zäsur: Blachstein wurde Botschafter in Jugoslawien; einer von sehr wenigen Antifaschisten im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik. Viele Biographien zeigen auf bedrückende Weise die Ausgrenzung und Diffamierung der Spanienkämpfer in der Bundesrepublik. Ihr Einsatz für die parlamentarische Republik wurde den Interbrigadisten nicht auf die Rente angerechnet – die Angehörigen der „Legion Condor“ hatten es besser.

Das Lexikon belegt einmal mehr die äußerst selektive Erinnerungspolitik der DDR. Wer bei sogenannten „parteifeindlichen“ Gruppierungen mitgemacht hatte, musste dies verschweigen. Kam es heraus, folgten oft Repressalien. Die Aberkennung der Rente als „Kämpfer gegen den Faschismus“ war das Mindeste, worauf

auch Reiner Tosstorff in seinem Vorwort hinweist (weiter am Band beteiligt waren Dieter Nelles, Friedrich Villis, Harald Wittstock und der Verleger Andreas Hohmann).

Hingewiesen sei auf zwei von relativ wenigen falschen Angaben: Anna Siemsen war, anders als im Buch behauptet, keine Jüdin, und Gerhart Eisler war in den USA zu keiner Zeit der konspirative Leiter der Niederlassung des sowjetischen Militärgenheimdienstes GRU. Da die Kriterien der Aufnahme in das Lexikon die deutsche Staatsbürgerschaft oder die Zugehörigkeit zu einer deutschen Partei waren, fehlen einige Namen deutschsprachiger Spanienkämpfer, die als Österreicher, Tschechen, Slowaken, Ungarn oder Rumänen tätig waren. Dennoch muss das Fehlen von Manfred Stern (General Kléber) verwundern, zumal seine Brüder Leo und Wolf im Band vertreten sind. Manfred Stern war zwar zumeist außerhalb der KPD tätig, doch gehörte er ihr im Herbst 1923 an, als er in den missglückten Aufstandsplanungen für einen „deutschen Oktober“ eine zentrale Rolle spielte.

Insgesamt ist dieses Lexikon nicht nur von historischem Wert, sondern sollte auch als ein Lehrstück über den Umgang mit der Vergangenheit in verschiedenen Zeiten gelesen werden.

Mario Keßler

Ulrich von Alemann/Eva G. Heidbreder/Hartwig Hummel/Domenica Dreyer/Anne Gödde (Hrsg.), Ein soziales Europa ist möglich. Grundlagen und Handlungsoptionen, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 367 S.

Sabine Riedel, Die kulturelle Zukunft Europas. Demokratien in Zeiten globaler Umbrüche, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 292 S.

Die beiden Bände beschäftigen sich mit Erosionserscheinungen in der heutigen Europäischen Union. Während Sabine Riedel sich dabei mit der Dramatik wachsender nationalistischer Tendenzen in Europa und an seinen Grenzen auseinandersetzt, thematisiert die Herausbergemeinschaft um Hartwig Hummel – insgesamt etwas positiver gestimmt – die Gefahren für den sozialen Zusammenhalt in der europäischen Staatengemeinschaft die sich aus den Phänomenen wie hoher Jugendarbeitslosigkeit, dem Auseinanderdriften von Arm und Reich und dem Diktat reicher Mitgliedsländer gegenüber schwachen Schuldnerländern, und dessen Folgen ergeben.

Riedel, Mitarbeiterin der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) gelingt es, mit Hilfe einer präzisen Begrifflichkeit und der Gegenüberstellung von Wilensnation und Kulturnation, den Unterschied zwischen modernen Nationalstaat, der frei von Diskriminierungen allen Bürgern gleiche Rechte vermittelt, gegen einen eigentlich überwunden geglaubten neuen Nationalismus, in dessen Zentrum die Betonung ethnischer Zugehörigkeiten steht, und die daraus erwachsenden Gefahren herauszuarbeiten. Sie spannt einen Bogen dieser Tendenzen vom Baltikum, wo wie z.B. in Estland der 40 Prozent russisch-sprachige Bevölkerungsanteil heute staatenlos ist, über Ungarn, wo Orban sich seine Macht auch mithilfe des Wahlrechts von Millionen Auslandsungarn sichert, über westeuropäische Separationsbestrebungen bis hin

zum Nationalismus an unseren Außengrenzen wie z.B. in der Türkei, deren Nationalismus sich außerdem eines staatlich kontrollierten und gesteuerten Islam bedient. Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine, zu dem ein Brüsseler Spitzenbeamter mal bemerkte, dass das nur die Spitze des Eisberges möglicher ethnisch bedingter, kriegerischer Auseinandersetzungen in ganz Osteuropa sei, gelingt es der Autorin deutlich zu machen, dass an unseren europäischen Außengrenzen Gefahren drohen, die den Zusammenhalt, ja möglicherweise die Existenz der Europäischen Union selbst in Frage zu stellen, geeignet sind. Sicher, wer einzelne Ethnien privilegiert, diskriminiert andere. Ungleichbehandlungen führen zu sozialen Spannungen und destabilisieren ganze Staaten. Das passiert zur Zeit durch Ungarn, Rumänien und Bulgarien, von den bis heute nicht überwundenen, nationalistischen Tendenzen in Exjugoslawien ganz zu schweigen.

Demgegenüber stellen die Autoren mit der Thematisierung eines sozialen Europas die Erfolge um die Verankerung von Sozialpolitik in den rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union heraus. Mehrere Beiträge zu der Verrechtlichung sozialer Grundrechte, ihren Inhalten, Grenzen und Perspektiven, und ihre weitere Verankerung durch den Europäischen Gerichtshof sind profund und empfehlenswert. Dabei gelingt es dem Band durch die Komplexität des EU-Rechts und die europäische Bürokratie hindurch gerade auf die substanziellen und lebensnahen Wirkungen dieser neuen Sozialaspekte der Europäischen Union abzuheben. Andererseits thematisiert der Band natürlich auch die europäischen Demokratiedefizite; das kann gar nicht ausbleiben, wenn man die Notwendigkeit und die Möglichkeiten demokratischer Kontrolle und Öffentlichkeit beschreibt. Und spätestens bei der Beschreibung der Wirkungen der europäischen Fiskalpolitik gegenüber Griechenland, aber auch Italien, Spanien und Portugal wird deutlich, wieviel verbrannte Erde bei jenen entstanden ist, welche durch eine bessere Sozialpolitik Europas überhaupt erreicht werden sollen. Das alte Paradigma, dass die europäische Entwicklung durch seine Krisen gefördert wird, muss sich jetzt aufs Neue beweisen, sonst droht Absturz.

Stephan Hilsberg

Heike Amos, Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte, Göttingen 2015 (*Verlag Vandenhoeck & Ruprecht*), 655 S.

Über den Begriff Deutschlandpolitik im Titel der umfangreichen Studie mag man zunächst stolpern, zumal der Begriff Deutschland seit den frühen 1970er Jahren aus dem Wortschatz der SED getilgt worden war und es demzufolge auch keine Deutschlandpolitik mehr gab. „Was ist Deutschland“, soll Willi Stoph beim Treffen mit Bundeskanzler Willy Brandt 1971 gesagt haben, „ein Hotel in Leipzig.“ Konsequenterweise wurde das Hotel „Deutschland“ 1974 in „Hotel am Ring“ umbenannt. Ebenso erging es vielen anderen sprachlichen Bezügen auf die deutsche Nation einschließlich der Nationalhymne. Doch die nationale Frage ließ sich durch Sprachregelungen nicht aus der Welt schaffen. Gerade die verkrampten Versuche der öffent-

lichen Verdrängung bewiesen die Allgegenwart der deutschen Nation als kulturelle Einheit.

Die SED-Führung versuchte mit allen Mitteln im Westen Einfluss zu gewinnen, das Bild der DDR zu verbessern und gleichzeitig die DDR-Bevölkerung von westlichen Einflüssen abzuschotten. Dabei verband sie mit der „BRD“ eine Menge. Der Häftlingsverkauf war eine lukrative Geldquelle, auch durch die Gestattungsproduktion, Intershop und Genex verdiente die DDR kräftig. Von einer Abschottung konnte also keine Rede sein. Gleichzeitig gab sie die Parole aus, dass sich gerade in den Zeiten der Entspannungspolitik der ideologische Klassenkampf verschärfen würde.

Die Autorin begibt sich in epischer Breite in dieses Geflecht einander widerstrebender Initiativen. Nach dem Mauerbau stand zunächst die so genannte Westarbeit im Vordergrund. Die ältere Generation der SED-Führer fühlte und dachte immer noch gesamtdeutsch. Selbst die Verfassung von 1968 enthielt den eindeutigen Bezug auf die deutsche Einheit. Für diesen Weg in eine gesamtdeutsche Zukunft brauchte man die KPD und später die DKP, ebenso das Bündnis mit anderen Friedenskräften und linken Sozialdemokraten.

Aber auch in den demokratischen Parteien versuchte die SED Dialogpartner zu gewinnen – so in der SPD. Es war ein Teil jener Politik des „Wandels durch Annäherung“, die schließlich am 21. Dezember 1972 zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrags führte. Damit war für die DDR der Weg frei für die lange erstrebte völkerrechtliche Souveränität, die Mitgliedschaft in der UNO und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu westlichen Ländern. Doch der DDR fehlte die innere Legitimation. Was nun folgte, war ein zwei Jahrzehnte dauernder Eiertanz.

Den langen Marsch in den Untergang, der neben ökonomischen und außenpolitischen Faktoren vor allem mit dem Fehlen einer nationalen Identität zu tun hatte, zeichnet die Autorin in allen Details nach. Vieles davon hat man schon in Zeitungen und Journalen lesen können, manches haben wissenschaftliche Studien bereits früher an das Tageslicht gebracht. Doch wo auch immer man das dicke Buch aufschlägt, beeindruckt es durch eine Vielzahl an Fakten, die durchgängig auf einer unermüdlichen Aktenarbeit basieren. Überraschend ist beispielsweise die Intensität und die Zahl von SED-Funktionären, die unter vielerlei Vorwänden in den 1960er Jahren in den Westen reisten, um dort Kontakte zur SPD und zur Gewerkschaft zu knüpfen. Noch überraschender sind die übertriebenen Hoffnungen, die man in Ostberlin mit der KPD verband. Man erblickte in dieser Partei die Avantgarde einer künftigen progressiven Umgestaltung der „BRD“, an deren Ende eine Art Wiedervereinigung im Zeichen des Sozialismus stehen sollte. Wenigstens die Funktionäre um Walter Ulbricht scheinen in stillen Stunden von einer solchen Entwicklung geträumt zu haben. Selbst bei dem Saarländer Honecker kamen 1987 solche Tagträume zum Durchbruch, als er die alte Heimat wiedersah. So gut die SED-Führung durch ihre Vertrauensleute und Agenten im Westen auch immer informiert gewesen sein mag, ihr verqueres Weltbild machte sie blind für die Wirklichkeit und unfähig zu einer dauerhaften Gestaltung ihrer Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands.

Stefan Wolle

Christian Ante, Chancen und Risiken direkter Demokratie. Direktdemokratische Partizipation auf kommunaler Ebene in Deutschland und in der Schweiz, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 355 S.

Die international vergleichende Forschung zu direktdemokratischen Institutionen hat in den vergangenen Jahren einen deutlichen Aufschwung genommen. Die meisten Veröffentlichungen in diesem Bereich konzentrieren sich auf die nationale oder die regionale Ebene. Die kommunale Ebene hat dagegen relativ wenig Beachtung gefunden. Dabei erscheinen Kommunen als ein ausgesprochen fruchtbarer Kontext, um erfahrungsgesättigte Erkenntnisse über die vieldiskutierten „Chancen und Risiken“ direkter Demokratie zu gewinnen. In kleinräumigen Einheiten lässt sich die unmittelbare Beteiligung der Bürgerschaft bei politischen Sachentscheidungen besonders gut organisieren. Darüber hinaus bildet die große Anzahl kommunaler Gebietskörperschaften eine günstige Ausgangsbasis für quantitativ vergleichende Untersuchungen. Somit stößt die Gießener Dissertation von Christian Ante in eine zentrale Forschungslücke, wenn sie die direktdemokratische Praxis ausgewählter Gemeinden im Schweizer Kanton Aargau und im südlichen Baden-Württemberg ins Visier nimmt.

Auf den ersten Blick scheint es eine vielversprechende Studie zu sein. Im Zentrum steht die demokratietheoretisch bedeutsame Frage, „ob in parlamentarisch-repräsentativ verfassten demokratischen Ordnungen Steigerungen der Input-Legitimation mittels direktdemokratischer Verfahren nur durch Einbußen bei der Output-Legitimation erreicht werden können“ (S. 35). Um dies zu klären, hat der Autor einen Datensatz zusammengestellt, der systematische Informationen zur direktdemokratischen Praxis und zu haushaltspolitischen Parametern von jeweils 31 ausgewählten Gemeinden im Aargau und in Baden-Württemberg für die Jahre 2000 bis 2010 enthält.

Leider erweist sich die genauere Lektüre als weitgehende Enttäuschung. Die eigentliche Analyse, die im dritten Kapitel präsentiert wird, nimmt lediglich ein Drittel des gesamten Textes ein. Davor und danach finden sich ausschweifende Erörterungen zu Struktur, Funktionsweise und Konsequenzen direktdemokratischer Institutionen, die nur lose mit dem empirischen Kern der Studie verknüpft sind. In der über 50 Seiten umfassenden Einleitung wird der Gegenstand „direkte Demokratie“ zunächst aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven – „Governance“, „partizipatorische Ansätze“ und „Vetospieler-Theorie“ – dargestellt, ohne dass sich daraus ein spezifischer Erkenntnisgewinn ergibt. Die Arbeitshypothesen sind jedenfalls weder besonders originell noch hinreichend konkret, um eine differenzierte Untersuchung direkter Demokratie auf kommunaler Ebene anzuleiten. Für die Analyse selbst teilt der Autor die Fälle nach dem formalrechtlichen „Ausmaß der direkten Demokratie“ in drei Gruppen ein: Aargauer Kommunen mit Gemeindeversammlung („groß“), Aargauer Kommunen mit Einwohnerrat („mittel“) und baden-württembergische Kommunen mit Gemeinderat („gering“). Auf diese Weise wird die direktdemokratische Praxis nur sehr grob erfasst. So überrascht es nicht, dass sich keine sys-

tematischen Zusammenhänge zwischen der Input-Dimension direkter Demokratie und den haushaltspolitischen Outcome-Variablen ergeben. In Ermangelung aussagekräftiger Befunde beginnt der Autor das Auswertungskapitel mit „weiterführenden Fragen“ zu „Rechtsstaatlichkeit“, „Minderheiten“ und „politischen Parteien“ (S. 237-248) – Aspekte, die zuvor gar nicht untersucht wurden. Die allgemeine Schlussfolgerung der Arbeit – „Ein ‚bisschen‘ mehr direkte Demokratie kann gewagt werden“ (S. 271) – wird mit Plausibilitätsargumenten begründet, die im Wesentlichen der Literatur entnommen sind. Dazu hätte es freilich keiner empirisch vergleichenden Analyse bedurft.

Florian Grotz

Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hrsg.), *Umbrüche und Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989*, Berlin 2015 (*Metropol Verlag*), 160 S.

Benjamin von dem Berge, *Im Osten was Neues: die Osterweiterung der Europarteien und ihr Einfluss auf mittel- und osteuropäische Partnerparteien*, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 576 S.

Beide Bücher befassen sich mit Entwicklungen in Ostmitteleuropa. Der Sammelband von Andreas H. Apelt, Robert Grünbaum und Martin Gutzeit thematisiert die Rahmenbedingungen des Zusammenbruchs des Staatssozialismus. Benjamin von dem Berge beschäftigt sich mit der Westeuropäisierung der nach 1989 entstandenen Parteien. Im Tagungsband *Umbrüche und Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989* wird eine Gratwanderung zwischen der Betrachtung nationaler Besonderheiten und regionaler Gemeinsamkeiten der Transformationsprozesse beschritten. Die Beiträge von Bernd Stöver und Stefen Karner bieten eine historische Einbettung der Revolutionen. Der Schwerpunkt liegt auf internationalen Entwicklungen in den 1970er und 1980er Jahren wie auf den Perspektiven der USA und der Sowjetunion. Die anschließende Podiumsdiskussion schlägt einen weiten Bogen zu den Oppositionsbewegungen in Polen, der ČSSR, der DDR und Ungarn. Diese Perspektiven werden durch Länderberichte zu den Akteuren der Transformationen erweitert. Neben der politischen Transformation stellen André Steiner und eine zweite Podiumsdiskussion die Ausgangslage der wirtschaftlichen Transformation dar. Somit kann die Gleichzeitigkeit des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs auch im begrenzten Rahmen des Tagungsbandes erfasst werden. Allerdings fehlt eine resümierende Zusammenführung der Themen. Die Podiumsdiskussionen versuchen diese Zusammenführung, freilich sind sie inhaltlich häufig von Länderexpertise und somit der Betrachtung nationaler Besonderheiten geprägt.

Benjamin von dem Berge widmet sich in seiner Mannheimer Dissertation der Osterweiterung der Europarteien. Unter der übergeordneten Forschungsfrage, warum es trotz grundsätzlicher Veränderungsresistenz politischer Parteien zur „Westeuropäisierung“ mittelosteuropäischer Parteien kam, untersucht der Autor die Strategien und Resultate der Einflussnahme von Europarteien. Die explorative Studie erstreckt sich für die EVP und SPE und deren Partnerparteien in Ungarn, Ru-

mänien und der Slowakei für den Zeitraum von 1989 bis 2012. Die im theoretisch fundierten Forschungsdesign formulierten Erwartungen werden anhand einer Prozessanalyse überprüft. Eine empirische Voruntersuchung präsentiert die Ergebnisse von Recherchen in den Archiven der EVP und SPE. Die empirische Hauptuntersuchung erweitert diese Perspektive und bezieht auch die Positionen der Partnerparteien ein. Seine Basis sind qualitative Inhaltsanalysen und quantitative Darstellungen von Codierungshäufigkeiten von 38 Experteninterviews. Der Autor resümiert, dass sowohl die Wandlungsbereitschaft der Partnerparteien als auch die Professionalität der Europaparteien jene Westeuropäisierung erklären. Zusätzlich werden zeitliche Aspekte berücksichtigt. So entstehen für die Einflussstrategien der Europaparteien und die Entwicklung der Programmatik der Partnerparteien aufschlussreiche Phasenmodelle.

Insgesamt handelt es sich um eine facettenreiche und methodisch fundierte Arbeit. Die detaillierte Beschreibung der Entwicklung der Partnerparteien im Anhang sowie die Ergebnisse der Archivarbeiten verleihen lexikalischen Charakter. Häufige Zwischenzusammenfassungen erlauben eine punktuelle Erfassung des Inhalts, die allerdings zum Teil repetitiv wirken.

Kristin Eichhorn

Hannah Arendt/Eric Voegelin, Disput über den Totalitarismus, hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut in Zusammenarbeit mit dem Voegelin-Zentrum, Göttingen 2015 (*Verlag V&R Unipress*), 110 S.

Als 1951 Hannah Arendts Totalitarismusbuch in den USA erschien, enthielt es ein „Preface“ und „Concluding Remarks“, die ab der deutschen Erstfassung von 1955 fehlten. Warum Arendt diese Tilgungen vornahm, will der vorliegende Band untersuchen. Ursula Ludz und Ingeborg Nordmann heben den Einfluss der 1953 in *The Review of Politics* geführten Debatte zwischen Arendt und Eric Voegelin hervor. Diesen Disput offenzulegen ist das Ziel der Sammlung, die die erweiterte Neuauflage des Bandes *Über den Totalitarismus* darstellt. Enthielt Letzterer bereits die Übersetzungen des Vorworts und der abschließenden Bemerkungen, den *Review of Politics*-Disput (bestehend aus einer Rezension Voegelins, Arendts Replik und einem Resümee Voegelins) sowie einen, nun nochmals erweiterten, Beitrag von Bachmann, so ist die Neuauflage um einen Briefwechsel zwischen Arendt und Voegelin sowie einen Beitrag von Michael Henkel ergänzt. Den neu hinzugekommenen Elementen soll im Folgenden das Hauptaugenmerk gelten.

Die Briefe dürften in erster Linie von philologischem Interesse sein. In Voegelins Brief vom 16. März 1951 sind im Kern bereits die Argumente der Rezension von 1953 angelegt, es finden sich aber auch später nicht weiter vertiefte Andeutungen, etwa zu Arendts Hobbes-Interpretation. Während Arendts Antwort vom 22. April 1951 kurz ausfällt und nur knapp auf die Kritiken eingeht, ist ein ebenfalls abgedruckter Entwurf vom 8. April nicht nur inhaltlich – neben direkten Erwiderungen

finden sich Elemente ihrer späteren politischen Theorie –, sondern auch aufgrund des laxen Stils äußerst lesenswert. Der Zeitschriftendisput selbst ist vor allem bedeutsam, da Arendt durch Voegelins harsche Kritik an ihrer „emotional bestimmte[n] Methode“ (S. 45), die verantwortlich für „theoretische Entgleisungen“ (S. 51) und „bedauernswürdige Oberflächlichkeiten“ (S. 44) sei, zu einer, so Nordmann, „seltenen [...] methodischen Selbstreflexion“ (S. 72) veranlasst wurde.

Auch für Henkel ist der Streit noch heute aktuell: Voegelins Beitrag könne die heutige, auf die „institutionellen, historischen und biographischen Dimensionen“ (S. 86) beschränkte Totalitarismusforschung erweitern. Um dessen Verständnis des Totalitarismus nachvollziehbar zu machen, führt Henkel sehr kenntnisreich in die Begriffe der Gnosis und der politischen Religion ein. Vor diesem Hintergrund erneuert er Voegelins Vorwurf, dass totalitäre Herrschaft allein „aus der psychisch-verhaltensmäßigen und der institutionellen Ebene nicht ausreichend begriffen werden könne“ (S. 95), indem er der Totalitarismusforschung vorhält, das Konzept der politischen Religion allenfalls sozialpsychologisch-reduktionistisch, das Gnosiskonzept gar nicht adaptiert zu haben. Obgleich er Arendts Gnosis-Bewertung als „zu allgemein und unspezifisch“ zustimmt, vertritt er die These, Voegelins Überlegungen sei „ein zumindest heuristischer Wert“ (S. 106) beizumessen. Dessen „Metatheorie des Totalitarismus“ könne als kritisches Korrektiv dienen. Im Zentrum stehe die „provokierende Frage, wann und wo Liberalismus totalitär wird“ (S. 106f.).

Bei aller Anerkennung der Fragestellung muss man dem Autor aber nicht in jeder These folgen. Mögen die totalitär anmutenden Bestrebungen der Transhumanisten evident sein, so klingen die Klagen, dass sich heute „Lebensformen wie die natürliche Familie unter dem Banner individueller Selbstverwirklichung einer aggressiven Diffamierung und einer staatlich beförderten Zerstörung ausgesetzt sehen [...] und] in der Abweichungen vom öffentlich proklamierten Konsens in gesellschaftspolitischen Fragen zunehmend mit sozialer Ächtung belegt werden“ (S. 108) doch sehr schrill und ihrerseits zeitgeistgeprägt. Wenn es auch zu begrüßen ist, „die Frage nach den totalitären Tendenzen in der Gegenwart hochzuhalten“ (S. 110), so ist die „hinter manchen Deutungen des Gender-Begriffs“ stehende, „konstruktivistisch[e]‘ Antwort [...] bezüglich der Frage nach der Natur des Menschen“ (S. 109) gewiss nicht die bedrohlichste.

Paul Sörensen

Colin J. Beck, *Radicals, Revolutionaries and Terrorists*, Cambridge 2015 (*Polity Books*), 208 S.

Anthony Richards, *Conceptualizing Terrorism*, Oxford 2015 (*Oxford University Press*), 192 S.

Hartmut Zinser, *Religion und Krieg*, Paderborn 2015 (*Wilhelm Fink Verlag*), 200 S.

Seit den Anschlägen des 11. September 2001 sind die Terrorismusexperten wie die sprichwörtlichen Pilze aus dem Boden geschossen. Wie zu erwarten war, entstand auch hier eine ganze Expertengeneration, die sich auf Islamismus und Religionswis-

senschaften spezialisiert hat. Umso mehr ist es notwendig, dass die grundlegenden Probleme der Terrorismusforschung hierbei nicht aus den Augen verloren werden. Denn noch immer ermangelt es dem Terrorismusbegriff einer international anerkannten Definition, noch immer wird zu wenig thematisiert, dass die terroristische Logik, unabhängig von Motiven und Herkunft der Täter, doch stets immer gleich bleibt. Insofern ist der Band von Richards dringend notwendig – er tritt einen Schritt zurück und versucht sich an einer generellen Systematisierung. Die elementaren Vorbedingungen, dass es in den Sozialwissenschaften keine Objektivität gibt und auch Terrorismus letztlich nichts als ein soziales Konstrukt ist, sind dabei nicht deutlich genug zu betonen.

Richards schildert die Instrumentalisierung des Begriffs durch autoritäre, aber auch demokratische Staaten. Terrorismus wird ferner als Negativbild westlicher Staaten gesehen, als „hostis“ im Sinne Carl Schmitts, der neben seiner Feindbedeutung letztlich auch die Funktion innehat, uns der Vorzüge unserer Ordnungen immer wieder zu vergewissern. Dazu gehört die konkrete Bezugnahme auf Dinge, die eben nicht zum Terrorismus gehören (Terror, Guerilla) und vielleicht einer Verschlangung des Begriffs durch Entrümpelung des terminologischen Augiasstalls zuarbeiten. Die Monographie ist eine Rückbesinnung auf den Mainstream der Forschung, der wohlthuend unterhaltsam geschrieben ist.

Ähnlich bewegt sich Hartmut Zinser mit seiner Studie über den Zusammenhang zwischen Krieg und Politik. Auch er kommt um die terminologischen Probleme nicht herum. Etwas befremdlich ist hier, dass er sich ausufernd dem Klassiker Carl von Clausewitz widmet, andere, vor allem modernere Theorien zum Thema hingegen nur in einem übergeordneten Kapitel abhandelt. Umso aufschlussreicher aber ist der Fokus auf die Rolle des Heldentums: ein Perspektivenwechsel ist hier ausgesprochen ratsam. Wo exakt besteht der Unterschied zwischen den Märtyrern des sogenannten „Islamischen Staats“ und denjenigen der christlichen Mythologie? Alleine das Erleiden der Ungerechtigkeit und die Selbstaufopferung stehen dem offensiven Akt der Selbsttötung im Islam gegenüber, wie ihn der Fundamentalismus begreift. Es ist hochaktuell, die römischen Klassiker und damit die Frage nach dem gerechten Krieg wieder zu thematisieren. In den Mittelpunkt rückt die *intentio*, die Wirkabsicht und das Motiv. Der Brückenschlag zu Richards ist hier eindeutig – Krieg und Religion und Terrorismus sind allesamt soziale Konstrukte und damit einer gewissen menschlichen – und damit defizitären – Logik unterworfen.

Becks Darstellung, der Radikalisierungsprozesse ebenso untersucht wie Lebensläufe radikaler Organisationen, trifft genau den Nerv der Forschung. Gegenwärtig dominieren verschiedenste Radikalisierungstheorien, vor allem in der Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass sich westliche Jugendliche, mit oder ohne Migrationshintergrund, fundamentalistischen muslimischen Organisationen anschließen. Er thematisiert ein Bewegungsgesetz, dem radikale Organisationen unterliegen. Nicht selten degenerieren radikale Gruppen zu terroristischen Organisationen und unterwerfen sich damit eigenen Lebenszyklen. Darin wird die Fähigkeit der Gruppen betont, innovativ zu handeln und sich permanent zu erneuern. Methodisch problema-

tisch ist der Versuch, Schnittmengen zwischen den Bereichen „Revolution“, „Terrorismus“ und „Radikalismus“ zu finden (S. 160). Das begriffliche Beziehungsgefüge ist erstens schief, die Begriffe bewegen sich auf verschiedenen Ebenen. Terroristen sind stets auch radikal in ihren Ansichten, selbst wenn Revolutionen nicht immer zu ihren Zielstellungen gehören. Zweitens ist die Einordnung sachlich nicht zutreffend; Anarchisten nicht dem Kreis der Revolutionen zuzuordnen erweist sich als verkürzt, und die Begriffe der „Islamist militants“ wie der „contemporary left/right radicals“ sind zu allgemein gefasst, hinter ihnen stehen extrem heterogene Organisationen.

Alle drei Bände zeigen das ganze Dilemma der Terrorismusforschung auf: Sie kommt nicht ohne interdisziplinäre Bezugnahmen aus und droht daher stets so allgemein zu werden, dass nur an der Oberfläche gekratzt werden kann. Spezialisierungsversuche führen oft zu begrifflichem Wirrwarr. Vor diesem Hintergrund verfolgen die Autoren einen fundierten und auch innovativen Ansatz.

Alexander Straßner

Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 7: Literatur, Film, Theater und Kunst, Berlin u.a. 2015 (*Verlag De Gruyter Saur*), 598 S.

Im Mai 1936 forderte die NSDAP-Kreisleitung Leipzig, das Denkmal „des Vollblutjuden Felix Mendelssohn-Bartholdy“ abzureißen. Der später zum Widerstand gehörende Oberbürgermeister Carl Goerdeler lehnte das ab, trotzdem nutzte sein Stellvertreter dessen Abwesenheit und ließ das Denkmal im November 1936 zerstören. Diese Geschichte ist vermutlich kaum noch bekannt. Steven Spielbergs Film *Schindlers Liste* oder die *Todesfuge* von Paul Celan sind heute dagegen wohl ebenso bekannt wie Leni Riefenstahls Film *Triumph des Willens* oder *Nathan der Weise* von Gotthold Ephraim Lessing, aber wer weiß noch um Hugo Bettauers *Stadt ohne Juden* oder das antijüdische Gutachten, das der Schweizer Schriftstellerverband für die Eidgenössische Fremdenpolizei im Jahre 1937 verfasste? Nimmt man noch zur Kenntnis, dass der spätere entschiedene NS-Gegner Heinrich Mann seinen 1900 erstmals erschienenen und immer wieder neu aufgelegten Roman *Im Schlaraffenland* mit antisemitischen Stereotypen garnierte?

Der Antisemitismus gehört ohne Zweifel zu den am meisten dokumentierten, analysierten und interpretierten Themen der Geschichte, seine Bandbreite reicht vom christlichen und muslimischen Antijudaismus über die Verschwörungstheorien des 19. und 20. Jahrhunderts bis zum exterministischen Antisemitismus der Nationalsozialisten und der moderneren Ideologie des Antizionismus. Die Popularisierung des Antijudaismus und Antisemitismus, die Verbreitung von Vorurteilen, Klischees und Stereotypen erfolgte bis in die Gegenwart aber nicht nur über rein vordergründige Propaganda, sondern nutzte auch die Möglichkeiten, die künstlerische Ausdrucksformen boten. Dieser Methode bediente sich die Abwehr und Kritik des Antisemitismus, vor allem bei dem Versuch, jene Tragödie des jüdischen Volkes darzustellen,

die seit dem erfolgreichen amerikanischen Film Holocaust einen zwar im Grunde nicht korrekten, aber dennoch international akzeptierten Namen erhielt. Dass die Wirkung des mit künstlerischen Mitteln verbreiteten Antisemitismus beträchtlich war, weiß man in Deutschland z.B. aus der Rezeptionsgeschichte von Artur Dinters *Die Sünde wider das Blut* oder Veit Harlans Film *Jud Süß*. Selbst Wissenschaftlern, vor allem den nur politisch und historisch Interessierten ist es unmöglich, alles das zu rezipieren, was über Jahrhunderte mit künstlerischen Ausdrucksformen zu diesem Thema geschaffen worden war. Aus diesem Grund bietet dieses Lexikon die ausgezeichnete Möglichkeit, sich über bekannte und unbekannte Protagonisten und ihre Werke in der Literatur, im Film, Theater oder der Bildenden Kunst zu informieren. 107 Autoren bearbeiteten fast 300 Lemmata, die ältesten Einträge beziehen sich auf das 15. Jahrhundert, die jüngsten auf das Jahr 2008. Der Erkenntniswert vergrößert sich durch die Entscheidung der Herausgeber beträchtlich, sich nicht national zu begrenzen, sondern eine möglichst breite internationale und im Einzelfall gründliche Übersicht zu geben. So wird über den 2006 im Iran veranstalteten „Internationalen Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb“ ebenso gründlich informiert wie über die polnische Debatte um das Buch *Nachbarn* von Jan Gros, der den Polen vorwarf, sich an der Ermordung der polnischen Juden beteiligt zu haben. Man erfährt viel über die nationalsozialistische Film-, Literatur und Musikpolitik, ebenso über die antisemitische Literatur im Rumänien der Vorkriegszeit und den Versuch, den lange verschwiegenen Anteil Rumäniens am Genozid an den Juden künstlerisch zu bewältigen. Leider wurde der 1932 umgekommene und überaus erfolgreiche französische Schriftsteller Albert Londres mit seinen Büchern zur jüdischen Frage nicht aufgenommen, was insgesamt den überwältigenden Informationsgehalt des Lexikons nicht mindert.

Werner Abel

Thomas Bernauer/Gabriele Spilker, Einladung zur Politikwissenschaft, Baden-Baden 2015 (Nomos Verlag), 183 S.

Hans-Jürgen Bieling u.a. (Hrsg.), Kursbuch Politikwissenschaft. Einführung – Orientierung – Praxis, Schwalbach/Ts. 2015 (Wochenschau Verlag), 191 S.

Es ist zur Mode geworden, Überblickswerke zu schreiben, die weder Fisch noch Fleisch sind: Sie sind keine Einführungen, da sie nicht auf einen vollumfänglichen Überblick zielen. Sie sind keine Handbücher, da sie einer knappen, eher skizzenhaften Vorgehensweise folgen. Sie sind keine Lehrbücher, da ihnen ein didaktisches Konzept fehlt. Sie sind, wie Thomas Bernauer und Gabriele Spilker formulieren, „appetizers“ (S. 6), die dem Leser das Fach schmackhaft machen und einen ersten Eindruck vermitteln sollen. In jenes Genre gehören die *Einladung zur Politikwissenschaft* und das *Kursbuch Politikwissenschaft*.

Letztgenanntes – Herausgabe eines Professorenquintetts mit vorwiegend didaktischem Hintergrund – will in neun Kapiteln einen „Einblick in und einen Überblick über die zentralen Themen und Fragestellungen der wichtigsten Teilgebiete“ (S. 7)

geben. Zu Wort kommen Kenner ihrer Materie, darunter Hubertus Buchstein (Politische Theorie), Sabine Kropp (Politisches System Deutschlands) und Hans-Joachim Lauth (Methoden). Die Kapitel bieten indes nicht allein einen Themen-, sondern vor allem einen theoretisch-methodischen Eindruck von jeder Subdisziplin. Sabine Kropp schildert etwa nicht den Wandel des deutschen Föderalismus, nicht die Politik „über die Bande“ Karlsruhe, nicht den Sozialstaatsumbau, sondern den Schritt zum Neo-Institutionalismus und den Trend zur Governanceforschung – aber auch die Reformunfähigkeit und die Europäisierung des deutschen Systems. Die Abschnitte über „Internationale Politische Ökonomie“ sowie über Europa sind, da sie keine Subdisziplinen repräsentieren, „the odd ones out“. Gleichwohl: Jedem der Autoren ist es gelungen, die Konjunkturen der letzten Jahrzehnte innerhalb seines Bereichs konzipiell nachzuzeichnen. Man fragt sich nur, wer die Zielgruppe ist. (Angehende) Studenten oder interessierte Bürger dürften sich von der Perspektive des Bandes nicht angesprochen fühlen, da dieser weniger die „großen Fragen“ und die zugehörigen Antworten liefert, sondern vor allem das Fach selbst stückweise porträtiert. Er setzt mithin größeres Vorwissen voraus. Kollegen dürften sich wiederum an der Kürze der Beiträge stoßen.

Anders kommt die *Einladung zur Politikwissenschaft* daher – interne Fachgrenzen ignorierend, essayistisch und mit einer klaren Zielgruppe. Die Autoren arbeiten sich in sieben Abschnitten durch die großen Fragen der Politikwissenschaft: von der postulierten Überlegenheit der Demokratie über den Einfluss von Lobbygruppen bis hin zu Kriegsursachen. Methodische und theoretische Moden spielen keine Rolle. Inhaltlich dominiert die vergleichende Regierungslehre: Ungelöste Rätsel und Kontroversen fehlen aus den Internationalen Beziehungen weitgehend, aus der Politischen Theorie vollständig. Der Disclaimer zu Beginn (sich „Themen nur sehr selektiv [zu] nähern“ – S. 7) immunisiert gleichwohl gegen diese Schlagseite. Erfreulicherweise schreiben die beiden Autoren recht leichtfüßig; sie verzichten – wie auch das *Kursbuch* – darauf, Leser mit Fußnotenwäldern einzuschüchtern. Eine Auswahl wichtiger Literatur am Ende jedes Kapitels wäre für den Laien, der sich Appetit geholt hat und nun seinen Hunger stillen will, allerdings erfreulich gewesen. Wer jemanden kennt, der mit dem Gedanken spielt, Politikwissenschaft zu studieren, sollte ihm dieses Buch schenken. Es vermittelt einen guten Eindruck davon, welchen Aufgaben sich das Fach widmet. Etwas Wasser gehört dennoch in den Wein: Beide Bände präsentieren mit ihrer Auswahl „wichtiger“ Aspekte immer auch eine Anleitung zur Mainstreamforschung, ein Lob der Mode.

Tom Mannewitz

Volker Best, Koalitionssignale bei Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1990 bis 2012, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 549 S.

Bei der Erforschung von Koalitionssignalen handelt es sich um ein bisher unterschätztes und nicht ausreichend erforschtes Thema. In vielen Parlamenten gibt es

keine absoluten Mehrheiten einzelner Parteien, so dass die dort vertretenen Parteien – weitgehend losgelöst vom Einfluss der Bürger – die Regierungsbildung unter sich aushandeln. Dies kann zur Delegitimierung des politischen Systems beitragen. Ist durch hinreichend glaubwürdige Koalitionssignale hingegen bereits vor der Wahl klar, auf Basis welcher Wahlergebnisse sich welche Regierungen bilden, stellen fehlende absolute Mehrheiten ein geringeres Problem dar. Volker Best gelingt es ausgezeichnet, diese hohe Relevanz der Koalitionssignal-Forschung darzulegen. Gleichzeitig arbeitet er die bisherige Literatur zu Koalitionssignalen und präelektoralen Koalitionen kenntnisreich und umfassend auf und macht hierbei deutlich, dass großer Forschungsbedarf besteht, verschiedene Typen von Koalitionssignalen systematischer als bisher zu unterscheiden und diese empirisch zu erfassen.

Die vergleichsweise breite Darstellung formaler Koalitionstheorien und der Parteiensystem-Forschung zu Beginn mag vielleicht nicht zwingend nötig sein. Diese Themen weisen zwar Berührungen mit dem Hauptuntersuchungsgegenstand auf, bringen dem Leser diesen aber nur bedingt näher. Unglücklicherweise beinhaltet dieser Überblick auch einen leider häufig zu findenden Fehler zum Zusammenhang von *minimal connected winning coalitions* und *minimal winning coalitions*. Äußerst gelungen sind dafür die entwickelte Methodik zur Erfassung von Koalitionssignalen und die darauf basierenden Typologien von Koalitionssignalen und präelektoralen Koalitionen. Hier zeigt der Autor in überzeugender Weise, dass eine einfache dichotome Einteilung in ‚Koalitionssignal vorhanden‘ und ‚kein Koalitionssignal vorhanden‘ vielfach unterkomplex ist. Vielmehr gilt es zu berücksichtigen, ob Signale explizit oder implizit gesendet werden, wie umstritten sie innerparteilich sind, ob sie mit Bedingungen verknüpft werden und anderes mehr. An dieser von Best entwickelten Typologie kommt künftig kein Forscher vorbei, der sich tiefergehend mit Koalitionssignalen befassen möchte.

In seinem empirischen Teil zeigt Best, dass seine Methodik auch praktisch anwendbar ist, indem er die Koalitionssignale zu allen Landtagswahlen zwischen 1990 und 2012 erfasst und kategorisiert. Spätestens an dieser Stelle wird klar, welche vielfältigen Erkenntnisse aus Bests Typologie gezogen werden können. Durch den verfeinerten Blick auf Koalitionssignale lassen sich zahlreiche für die Politikwissenschaft spannende Frage beantworten, die in dieser Form bisher kaum Beachtung fanden. Welche Parteien senden häufiger positive Koalitionssignale, welche schließen eher Bündnisse aus? Wo sind die Koalitionssignale wechselseitig, wo gehen sie nur von einem der Partner aus? Werden Koalitionen, die im Wahlkampf signalisiert werden, bei entsprechenden Mehrheiten auch nach der Wahl gebildet? Welche Parteien lösen sich nach der Wahl am häufigsten von ihren zuvor getätigten Signalen? Wer an den Antworten auf diese und zahlreiche weitere Fragen dieser Art interessiert ist, dem sei Volker Bests Buch dringend empfohlen!

In seinen Schlussbetrachtungen unterschätzt Volker Best möglicherweise sogar die Anschlussfähigkeit seiner Arbeit, wenn er vermutet, „[q]uantitativ-statistische Forschungsdesigns dürften sich allerdings eher schwer tun, sie [seine Typologie] zu integrieren“ (S. 423). Richtig ist, dass wohl ein enormer Aufwand betrieben werden

muss, um Koalitionssignale in dieser Detailliertheit zu erheben. Gerade Bests Arbeit liefert aber eine hervorragende Datenbasis für quantitative Forschungsdesigns, etwa um Fragen nachzugehen, ob manche Parteiensysteme systematisch zu bestimmten Typen gesendeter Koalitionssignale führen, oder durch welche formalen Koalitionstheorien sich die gesendeten Signale erklären lassen. Best öffnet damit die Tür für zahlreiche weitere Arbeiten.

Eric Linhart

Marcus Beyer, Außenpolitische Deutungsverwaltung im SED-Regime. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR, Frankfurt a.M. 2015 (*Peter Lang Verlag*), 274 S.

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit existierte im idyllischen Babelsberg bei Potsdam, nur wenige Schritte von der Mauer entfernt, das „Institut für Internationale Beziehungen“ (IIB). Es handelte sich dabei um die wichtigste Ausbildungsstätte der künftigen Diplomaten der DDR. Insgesamt durchliefen ungefähr 2.000 Studenten diese Kadenschmiede, an der 40 Professoren und Dozenten, 80 wissenschaftliche Mitarbeiter, 50 Sprachlehrer und 40 technische Mitarbeiter tätig waren. Es handelte sich bei aller Bedeutung also eher um eine kleine Bildungseinrichtung.

Um ihren elitären Status zu verstehen, muss man daran erinnern, dass nur ein winziger Bruchteil der DDR-Bevölkerung die Chance hatte, jemals die eng ummauerte Welt des Ostblocks zu verlassen, und dass selbst in dieser geschrumpften Welt die Reisemöglichkeiten sehr beschränkt waren. Die wenigen Auserwählten, die mit einem Reisepass in der Tasche das Land für längere oder kürzere Zeit verlassen durften, befanden sich in einem unauflösbaren Zwiespalt. Sie mussten gegenüber Freunden, Bekannten und Verwandten die Fahne des Sozialismus hochhalten – also auch den „antifaschistischen Schutzwall“ gutheißen, den zu überwinden sie die größten Mühen auf sich genommen hatten. Schlimmer noch war der innere Zwiespalt. Sie sahen auf ihren Reisen den Wohlstand und die Freiheit der westlichen Welt und wollten davon wenigstens jene paar Krumen genießen, die ihnen ihre Obrigkeit zubilligte. Von ihnen wurde absolute ideologische Prinzipienfestigkeit, gleichzeitig aber ein offener Sinn und kritische Intelligenz erwartet. Sollten doch ihre Analysen und Berichte für die Führung eine Entscheidungshilfe sein. Unterm Strich hieß das: Sie sollten mit ideologischen Scheuklappen durch die Welt laufen, zugleich sprachlich gewandt, politisch gebildet und von hoher Intelligenz sein.

Mit der Erziehung solcher gespaltenen Persönlichkeiten konnte man gar nicht früh genug beginnen. Beim IIB konnte man sich nicht bewerben wie bei einer normalen Hochschule. Die Diplomatschmiede suchte sich wie eine Geheimorganisation ihre Kader selbst. Die Maßstäbe der Auswahl finden sich in einem lesenswerten Dokument der FDJ (S. 162). Kriterium Nummer eins war die „Treue zur Partei der Arbeiterklasse“, der zweite Punkt „die Bereitschaft, jederzeit mit der Waffe in der Hand unter Einsatz des Lebens die sozialistischen Errungenschaften zu schützen und

zu verteidigen“. Es folgen der „unauslöschliche Haß gegen die Feinde des Sozialismus“ und ähnliche Punkte, schließlich noch ein „guter Gesundheitszustand“.

Solche „Edelmenschen“ begannen nach dem Abitur bzw. nach der Ableistung des Militärdienstes eine fünfjährige Ausbildung. Auch hier stand die ideologische Schulung ganz oben. Die Mitgliedschaft in der SED war formal keine Bedingung, man ging aber davon aus, dass spätestens im Verlauf des Studiums ein Aufnahmeantrag gestellt wurde. Absolventen waren „Parteiarbeiter auf außenpolitischem Gebiet [...], die als klassenbewußte, marxistisch-leninistisch gebildete und fachlich qualifizierte Kader der Partei und des Staates in der Lage sind [...] den Anforderungen [...] gerecht zu werden“. (S. 165 f.) Natürlich wurde auch eine intensive Sicherheitsüberprüfung durchgeführt. Westverbindungen waren streng untersagt, selbst Kontakte ins sozialistische Ausland meldepflichtig.

Auch die Studienpläne, die ausführlich dokumentiert sind, wimmeln nur so von politischen Bekenntnissen, die stets die ideologisch gewünschten Resultate voraussetzten. Es ist nicht ohne Reiz, sich vorzustellen, wie ein derartig ideologisch aufgepumpter Jungdiplomat zum ersten Mal über die Boulevards von Paris schlendert. Leider gibt es dazu keine Aufzeichnungen und auch im Rückblick keine ernsthafte Reflexion. Die Absolventen der Kaderschmiede, die sich in apologetischen Publikationen reichlich zu Wort gemeldet haben, sehen sich als Fachleute und Spezialisten, die nach dem Untergang ihres Staates ungerecht behandelt wurden. Insofern ist nicht verwunderlich, dass viele Zöglinge der Diplomatenschule die Mitarbeit verweigerten oder sich an nichts erinnern konnten. So verzichtete der Autor gänzlich auf Zeitzeugeninterviews und beschränkt sich auf die gedruckten Erinnerungen.

Stefan Wolle

Klaus von Beyme, Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und Staat. Zum Verhältnis von Politik und Religion in Deutschland, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 275 S.

Ufuk Olgun, Islamische Religionsgemeinschaften als politische Akteure in Deutschland. Eine Analyse zur politischen Strategiefähigkeit, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 275 S.

Mit dem durch Individualisierung und Pluralisierung charakterisierten Religionswandel der vergangenen Jahrzehnte ist auch Bewegung ins Denken über das Verhältnis von Politik und Religion in Deutschland geraten. Nach der (vermeintlichen) „Rückkehr der Religionen“ wurde die Säkularisierungstheorie einer grundlegenden Revision unterzogen. Menschen hörten nicht auf zu glauben, sie verlagerten aber zunehmend ihre Religionspraxis aus organisierten religiösen Institutionen in informellere Räume und Strukturen, erklären uns Religionswissenschaftler heute. In der Rechtswissenschaft wurde angesichts der neuen Vielfalt an Religionsgemeinschaften in Deutschland gar ein ganzes Fachgebiet umbenannt. Juristen sprechen nicht mehr vom Staatskirchenrecht sondern verwenden den inklusiveren Begriff des Religionsverfassungsrechts. Denn Verwaltungen, Gerichte und Gesetzgeber sind gegenwärtig gefordert, auf die Anfragen verschiedenster Gruppierungen nach Anerken-

nung als Religionsgemeinschaft und nach der Möglichkeit der Umsetzung ihrer Religionsfreiheit zu reagieren.

So formierten sich, wie Ufuk Olgun in seiner Kasseler Dissertation ausführlich darstellt, islamische Religionsgemeinschaften als politische Akteure. Olgun unterzieht insgesamt fünf islamische Organisationen einer politischen Strategieberleuchtung und wendet damit eine Perspektive aus der Parteienforschung auf andere politische Akteure an. Die vier Mitgliedsverbände des Koordinationsrates der Muslime in Deutschland (KRM), einem Zusammenschluss islamischer Organisationen auf Bundesebene, charakterisiert Olgun dabei als kooperative Konkurrenten, die auf Landesebene gegeneinander um Anerkennung buhlen. Insbesondere anhand der Entwicklungen, die zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Hessen in Kooperation mit der Ahmadiyya Muslim Jamaat und der islamischen Organisation DI-TIB führten, gelingt es Olgun Abwägungsprozesse auf Seiten muslimischer Akteure in Aushandlungen mit der Landesregierung zu verdeutlichen.

Gerade wenn Politik und Religion getrennt sind, erklärt der emeritierte Politikwissenschaftler Klaus von Beyme, ist der Kontakt zwischen den beiden notwendig. Das Verhältnis zwischen Religion und Politik sei im 21. Jahrhundert allerdings komplizierter geworden und schwanke nun zwischen der politischen Förderung von berechtigten Interessen der großen Kirchen wie der religiösen Minderheiten auf der einen und der Abwehr von den von extremistischen religiösen Gruppen ausgehenden Gefahren auf der anderen Seite. In der Analyse fallen etablierte Großkirchen und islamische Akteure, die als einzige Vertreter nichtchristlicher Religionen aufgegriffen werden, weitgehend auseinander. Während bei den ersten Konflikten um Familienpolitik, Scheidung, Abtreibung und Homosexualität, Sterbehilfe, Kirchenasyl, Gemeinschafts- und Bekenntnisschule sowie um das Blasphemieverbot charakteristisch sind, geht es bei islamischen Verbänden um Formen sichtbarer Religionspraxis wie Moscheen, Minarette, Kopftuch, Vollverschleierung – bei von Beyme wie in öffentlichen Debatten fälschlicherweise als Burka bezeichnet – sowie um den Islam im deutschen Rechtssystem, um Religion und Gewalt, Konflikte um Kunst und Medien und um Integration. Im letztgenannten Themenfeld referiert der Autor unter dem Titel „Kooperation von Christen und Muslimen“ Ergebnisse von Studien zu Einstellungen der nicht mehr nur christlichen Bevölkerung der vergangenen Jahre zu Migration, Integrationsklima und Muslimen. Beide Publikationen greifen hochaktuelle Themen auf, lassen jedoch Raum für weitere Forschungen zu Religion und Politik angesichts der neuen Vielfalt religiöser Akteure.

Riem Spielhaus

Oleg Chlewnjuk, Stalin. Eine Biographie, Berlin 2015 (*Siedler Verlag*), 590 S.

Stalin-Biographien haben in Russland Konjunktur. Allein 2015 im Vorfeld des 70. Jahrestages des „djen pobedy“, des „Tages des Sieges“ über den nationalsozialistischen Aggressor, füllten die Regale Moskauer Buchhändler eine kaum mehr zu

überblickende Zahl von Lebensbeschreibungen über den blutrünstigen „roten Zaren“, dessen extensives Terror- und Gewaltregime die Sowjetunion im Innern nachhaltig erschüttert, zugleich aber auch das Land am Ende des Zweiten Weltkriegs von einer Regional- zur Welt- und Supermacht befördert hatte. Unter den gegenwärtigen russischen Stalin-Biographen gibt es viele, die sich von Präsident Putins geschichtspolitischen Bestrebungen vereinnahmen lassen und sich einer soliden wissenschaftlichen Aufarbeitung jener schicksalsträchtigen Epoche entziehen. Oleg Chlewnjuk gehört nicht zu diesen Historikerkreisen, im Gegenteil. Der international renommierte Moskauer Zeithistoriker zeigt sich als unabhängig und bringt für sein Vorhaben die denkbar besten Voraussetzungen mit: Er ist nicht nur mit dem Metier „Stalinismus“ fest vertraut, sondern auch ein profilierter Kenner der einschlägigen russischen Archive. Die Materialgrundlage seiner Biographie bilden die inzwischen zugänglichen Aufzeichnungen des Politbüros der VKP(b), editierte Dokumentensammlungen und Stalins persönliches Archiv. Gleichwohl waren ihm unzählige Dokumente, die tagtäglich in Form von diplomatischen Noten, Berichten oder Memoranden etwa der Staatssicherheit über Stalins Schreibtisch gingen und heute im Präsidentenarchiv der Russländischen Föderation lagern, nicht zugänglich.

Chlewnjuk nimmt in seiner Studie eine sehr überzeugende antirevisionistische Position ein: Für ihn ist der „Große Terror“ der 1930er-Jahre alles andere als ein „spontan und von unten entstanden[es]“ Phänomen, weshalb er die damit einhergehende Auffassung, „Stalin habe nur wenig mit ihm zu tun gehabt“, ins Reich der Legenden verweist. Ebenso wenig teilt er die geschichtsklitternde These, „den Stalinismus zur natürlichen Voraussetzung für die nötige Modernisierung der Sowjetunion und die Kriegsvorbereitung“ zu erklären (S. 11). Insbesondere in den auf „Stalins Revolution“ (S. 171-232) sowie „Terror und drohender Krieg“ (S. 245-302) fokussierten Kapiteln seines Buches liefert er eine Vielzahl einleuchtender Belege, die dezidiert gegen eine solche Interpretation sprechen.

Wie jeder Stalin-Biograph vor ihm war auch Chlewnjuk mit der Frage konfrontiert, welche Abschnitte im Leben des sowjetischen Diktators Gegenstand eingehender Untersuchung sein sollten. Das gilt umso mehr, als er beansprucht, „eine wirklich neue Biographie“ (S. 18) schreiben zu wollen. Am Ende reiht aber auch er sich ein in den Mainstream der allgemeinen Stalin-Biographik: Es ist abermals der Innenpolitiker, der im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, flankiert von einigen wenigen Aspekten außenpolitischen Wirkens. Damit ist eine Chance vertan worden, einen grundlegend anderen Blick auf den „Voshd“, den „Führer“ der UdSSR zu erlangen, der gerade auch die Außen- und Sicherheitspolitik als eine vornehmlich seiner Person vorbehaltenen Domäne betrachtete.

Und trotzdem hat Oleg Chlewnjuk ein lesenswertes Buch vorgelegt, das aus einer ganz besonderen Perspektive heraus bewertet werden muss: Es ist eine Studie, die in erster Linie auf eine russische Leserschaft zielt und gerade für diese Klientel, gemessen an den dortigen Stalinismus-Interpretationen, grundstürzend neue Einsichten bietet. Darin liegt vor allem das Verdienst der Biographie, die sich wohltuend und

grundlegend von der in Russland ansonsten weit verbreiteten Stalin-Apologetik unterscheidet.

Stefan Kreuzberger

Carl Deichmann, Der neue Bürger. Politische Ethik, politische Bildung und politische Kultur, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 186 S.

Lisa Heschl u.a. (Hrsg.), L'État, c'est quoi? Staatsgewalt im Wandel, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 329 S.

Die Unterscheidung zwischen Legalität und Moralität, die seit der Aufklärung dem friedlichen Zusammenleben der freien Bürger in einem demokratischen Rechtsstaat diene, scheint angesichts des Strukturwandels der Öffentlichkeit und der Weiterentwicklung der modernen Partizipationskultur nicht mehr haltbar zu sein. Die zunehmende Moralisierung der politischen Diskurse fordert die moralische Urteilskraft der Bürger heraus und verlangt nach neuen Kompetenzen. Die Entwicklung der politisch-moralischen Deutungsmuster wird dadurch erschwert, dass der souveräne Staat sich zunehmend zu einem schwachen Akteur in einem komplexen und multipolaren System internationaler Abhängigkeiten transformiert. Beide Publikationen befassen sich jeweils mit den Herausforderungen des „neuen Bürgers“ und der Frage der Staatlichkeit in der heutigen Zeit.

Carl Deichmann legt den Schwerpunkt seiner Publikation auf die politische Ethik und beschäftigt sich mit der Umdeutung der ethischen Dimensionen der Bürgerrolle in der Demokratie. Das zentrale Ziel seiner Publikation besteht in der Analyse der Funktionen, so wie der Ausgestaltung politisch-moralischer Deutungsmuster als Interpretationen der politischen Realität. Der Autor orientiert sich in seiner gesamten Analyse an hermeneutischer Politikdidaktik wie hermeneutischer politischer Ethik und plädiert für ihre stärkere Integration. Die neuen Handlungskompetenzen der Bürger bilden sich nicht nur aus der Auseinandersetzung mit der politischen Ordnung, sondern zunehmend auch aus der Konfrontation mit den internationalen politischen und wirtschaftlichen Problemen. Deshalb wird ein Kapitel des Buches den internationalen Beziehungen und deren ökonomischen Dimensionen gewidmet.

Die Internationalisierung von Politik und Wirtschaft stellt die Souveränität des Staates in Frage. Mit dem Wandel der Staatsgewalt befasst sich der Tagungsband der 54. Assistententagung Öffentliches Recht 2014. Der Inhalt des Bandes ist die schriftliche Fassung von 14 Referaten. Die sechs ersten Beiträge sind den grundlegenden Zugängen zu Staatlichkeit und Staatsgewalt gewidmet. Sie fragen nach dem Wesen des Staates aus unterschiedlichen Perspektiven. Der erste rekurriert auf Habermas und Foucault. Der zweite versucht, die Staatslehre Hans Kelsen zu erneuern. Einige Beiträge beschäftigen sich mit der Thematik des Übergangs der Einzelstaaten zum „Weltstaat“ und der Frage, ob aus einer Völkerrechtsgemeinschaft ein Weltstaat entstehen könnte. Dieser dürfe jedoch nur eine subsidiäre „Weltorganisationsform“ haben bzw. „subsidiärer Weltstaat“ auf Grundlage einer demokratischen Weltverfassung sein. Ein weiterer Themenkomplex des Bandes ist der Finanzhoheit gewidmet.

Im Mittelpunkt steht die Frage: Inwiefern können die finanziellen Rechte und Pflichten eines Staates Einfluss auf dessen Verfasstheit haben? Das Ausfransen der Staatsgewalt ist ein weiterer Themenkomplex des Bandes. Die Internationalisierung der Politik einerseits und das Subsidiaritätsprinzip andererseits führen angesichts des fehlenden politischen Mandats der Kommunen zu einem Spannungsverhältnis und einer Verschärfung der Konflikte im Staat. Der letzte Beitrag des Bandes beschäftigt sich mit der Diskurstheorie und der Souveränität als eine kommunikativ verflüssigte Macht. Die Volkssouveränität ist demnach nichts anderes als ein Netzwerk von Verhandlungen und Diskursen, welches kommunikative Macht generiert und dadurch die rationale Lösung pragmatischer, ethischer und moralischer Fragen ermöglicht. Die Gegenüberstellung der zwei oben genannten Publikationen führt zu dem Schluss: Die positivistische Trennung von Recht und Moral sei obsolet und könne aufgehoben werden.

Farah Dustdar

Daniel Duben, Strategien gegen Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 2015 (*Peter Lang Edition*), 256 S.

Martin Endemann u.a. (Hrsg.), Zurück am Tatort Stadion, Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußball-Fankulturen, Göttingen 2015 (*Werkstatt-Verlag*), 384 S.

Daniel Duben gibt bereits im Vorwort zu erkennen, dass er selbst Fußballfan ist, sein Interesse am Forschungsgegenstand dürfte daher auch biographisch bedingt sein. Was in anderem Kontext problematisch sein kann, erweist sich hier als Stärke. Denn dem Autor gelingt nach umfassender Sichtung der einschlägigen Literatur und zahlreichen qualitativen Experteninterviews durch seine Praxisnähe eine Kontextualisierung, die der sozialwissenschaftlichen Literatur zum Thema zuweilen abgeht. Diskutabel ist, ob seine Prämisse, NPD, freie Kameradschaften und andere Akteure des rechtsextremen Spektrums verwendeten eine besonders hohe Energie in die „Infiltration“ des Fußballfan-Milieus, so stimmt. Doch dankenswerterweise listet Duben die einschlägigen Beispiele für Machtkämpfe zwischen alternativ-libertären, subkulturell geprägten Ultra-Szenen und den Apologeten einer reaktionär-nationalistischen Fankultur detailgetreu und gut belegt auf, ohne in Katastrophismus zu verfallen oder zu suggerieren, die erwähnten Beispiele seien „pars pro toto“ zu werten.

Nach einer recht erschöpfenden Darstellung von Projekten, die sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verschrieben haben, wie sie zum Beispiel in homophoben Äußerungen („was für ein schwuler Zweikampf“) zu Tage treten, konstatiert Duben, dass es im „offiziellen Fußball“, also auf Verbandsebene, noch Defizite gebe, die zum Teil auch auf ein Ignorieren von in der Forschung erarbeiteten Modellen und Handlungsempfehlungen beruhen. Allerdings ist nur rund die Hälfte der von Duben zur Diskussion gestellten Forschungsergebnisse von den Praktikern aus Polizei, Vereinen, Fan- und Sozialarbeit als „sinnvoll“ bewertet worden, die andere Hälfte wird als praxisfern verworfen.

Nach einer fundierten Kritik an der Herangehensweise einzelner Akteure, deren Engagement oft im plakativ-Bekennnishaften bleibe und weder finanziell noch konzeptionell ausreichend unterfüttert sei, fordert der Autor die Einsetzung einer Arbeitsgruppe aus allen im Gegen-Rechts-Kontext relevanten gesellschaftlichen Gruppen und die bessere finanzielle Ausstattung bewährter Akteure. Das ist nun nicht unbedingt eine originelle These – im Gegensatz zu der Forderung, DFB und DFL müssten untersuchen, inwiefern ihre Strukturen und ihre personelle Ausstattung dem postulierten „Kampf gegen rechts“ entgegenstünden. Eine umso zutreffendere Bemerkung, als nach Einschätzung vieler Fachleute der durchaus vorhandene gute Wille an der Spitze der Verbände durch das mangelnde Problembewusstsein in den Landesverbänden konterkariert werde. Doch diese Randbemerkung soll das Verdienst dieses Buches nicht schmälern, das ebenso kenntnisreich wie stringent die Problemstellungen alle relevanten Strategien benennt und erörtert.

Den Anspruch der Wissenschaftlichkeit erheben die Verfasser des Buches *Zurück am Tatort Stadion* nicht. Doch ihr Kompendium umfasst kompetente Abhandlungen und Analysen zu allen relevanten Themenfeldern im Bereich der Anti-Diskriminierungsarbeit. Dankenswerterweise wird auch der hierzulande oft sehr germanozentrische Blick geweitet, ja sogar problematisiert (nicht nur im Kapitel über das „Sommermärchen“ der WM 2006). Die Situation in Frankreich oder dem ehemaligen Jugoslawien wird ebenso kompetent dargestellt wie die Situation in den äußerst heterogenen deutschen Fanszenen. Nicht selten gelang es den vier Herausgebern, die ihrerseits zu den einschlägigen Fachleuten gehören, dabei, die jeweils bestmöglichen Autorinnen und Autoren zu gewinnen. Stellvertretend für viele sei hier Kai Tippmann genannt, der das Kapitel über Rassismus im italienischen Fußball aufarbeitet. Ein überaus lesenswertes Buch mit ausführlichem Literaturverzeichnis.

Christoph Ruf

Gereon Flümman, *Streitbare Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Der staatliche Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus im Vergleich*, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 450 S.

Wie soll eine Demokratie mit ihren Feinden umgehen? Als Antworten auf diese Frage haben sich verschiedene Modelle herausgebildet. Dazu gehört auch das Konzept der „streitbaren Demokratie“, das unterschiedliche Ausgestaltungsformen kennt. Dies macht der Politikwissenschaftler Gereon Flümman in seinem Buch *Streitbare Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten* anhand einer komparativen Fallstudie deutlich. Seine Hauptfragestellung lautet: „Wie gehen die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus um?“ (S. 16). Demnach liegt hier der Fokus nicht auf den gewalttätigen, sondern den legalistischen Formen. Flümman grenzt darüber hinaus seine Analyse auf den Links- und Rechtsextremismus ein. Darauf bezogen fragt er weiter nach den Gefahrenpotentialen und den Schutzinstrumenten.

Nach Ausführungen zu den Erscheinungsformen und zur Theorie des Extremismus in Deutschland und den USA präsentiert er zunächst seine Arbeitsdefinition von streitbarer Demokratie: Es handle sich dabei um „eine Demokratie, deren staatliche Institutionen politische Freiheitsrechte von oppositionellen Extremisten beschneiden können, ohne dass diese notwendigerweise die Gewaltschwelle übertreten müssen“ (S. 105). Das besondere Forschungsinteresse bestehe dann weniger in der Frage, ob eine Demokratie streitbar sei, sondern wie Maßnahmen gegen Extremismus ausgestaltet würden. Um hier Antworten zu finden, bedient sich Flümann verschiedener Cluster: Rahmenbedingungen streitbarer Demokratie, wertgebundene Elemente der Verfassung, Einhegungsinstrumente gegen extremistische Organisationen und Personen jenseits des Strafrechts, strafrechtliche Sanktionsmöglichkeiten gegen Extremismus sowie staatliche Beobachtung und Benennung von politischem Extremismus.

Den Kern der Arbeit bildet ein bilanzierender Vergleich. In der Gesamtschau kommt Flümann zu dem Ergebnis, „dass sich der Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland fundamental unterscheidet, wobei in Deutschland eine Tendenz zu repressiven Maßnahmen gegen Extremisten vor Übertretung der Gewaltschwelle vorherrscht, während die Vereinigten Staaten nichtgewalttätigen extremistischen Strömungen breitere Freiräume ermöglichen“ (S. 406). Die Stärke seiner Fallstudie liegt im hohen Erkenntnisgewinn durch systematische Vergleiche. Flümann nutzt ein selbst entwickeltes Analyseraster, das differenzierte Einschätzungen ermöglicht. Dabei hebt der Autor auch bedeutsame Einflussfaktoren wie die der politischen Kultur hervor. Die Besonderheiten in Deutschland erklären sich in der Tat auch durch die Diktaturerfahrungen. Insbesondere bei gegensätzlichen Auffassungen – wie der Praxis gegenüber Holocaust-Leugnern – wird dies deutlich. Andere Differenzen zu den USA – etwa beim Umgang mit der „Scientology“-Organisation – reißt der Autor nur kurz an. Dies gilt auch für Probleme der demokratietheoretischen Legitimation, die zwar inhaltlich thematisiert, aber etwas zurückhaltend kommentiert werden. Flümann liefert darüber hinaus eine Fülle von beachtenswerten Einsichten, etwa zur Problematik von zivilgesellschaftlichen Alternativen zur staatlichen Beobachtung von Extremismus. Bilanzierend hat man es mit einer gelungenen und lesenswerten Studie zu tun.

Armin Pfahl-Traugher

Sebastian Friedrich, Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland, Berlin 2015 (*Verlag Bertz+Fischer*), 109 S.

Alban Werner, Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, Köln/Karlsruhe 2015 (*Neuer ISP Verlag*), 207 S.

Die beiden Bücher weisen eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten auf: Beide sind aus linker Perspektive geschrieben und in Verlagen mit dezidiert linken Programmen erschienen; beide Autoren sind oder waren ausweislich ihrer Webseiten Promo-

tionsstipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und beide schreiben genderpolitisch korrekt von Pegida-„DemonstrantInnen“ (Friedrich, S. 20) oder „deutschen RechtspopulistInnen“ (Werner, S. 30), obwohl in diesen Kreisen die Zahl der Männer weit überwiegen dürfte. Trotz der linken Perspektivgebundenheit gehen beide insgesamt fair mit dem Gegenstand um, urteilen auf der Basis breiter Recherche abgewogen und leugnen die Breite des politischen Meinungsspektrums innerhalb der AfD nicht. Beide Bücher haben freilich auch dasselbe Problem, nämlich dass es schwer ist, über die AfD halbwegs aktuelle Bücher zu schreiben. Denn beide sind im letzten Jahr erschienen und behandeln die Entwicklung der Partei bis in die erste Jahreshälfte 2015; seitdem ist aber viel passiert, und manche Wertungen der Autoren würden sie nach heutigem Stand wahrscheinlich nicht mehr aufrechterhalten.

Neben diesen Gemeinsamkeiten gibt es natürlich auch Unterschiede. Das fängt beim Umfang an: Das kleine Büchlein von Friedrich ist in einem an Reclam-Hefte erinnernden Oktavformat aufgemacht, und insofern bieten die gut einhundert Seiten sehr viel weniger Informationen und Interpretationen als die gut zweihundert Seiten von Werner. Sebastian Friedrich sieht in den Debatten um die Bücher von Thilo Sarrazin und der früheren Nachrichtensprecherin Eva Herman ein Symptom, dass sich der bürgerliche Konservatismus von den Unionsparteien schon seit längerem nicht mehr vertreten sieht. Hinzu sei in der Finanzkrise seit 2007 eine „Krise des National-Neoliberalismus“ gekommen, und deshalb interpretiert er die AfD mit ihren verschiedenen Strömungen, Flügeln und internen Konflikten als ein „rechtskonservativ-national-neoliberales Bündnis“, wobei etwas unterbelichtet bleibt, was am Neoliberalismus eigentlich national ist. Da Friedrich die AfD als die Vertretung des „reaktionären Teil[s] der Mittelschicht“ (S. 80 ff.) versteht, unterschlägt er, dass sie sich von linken Protestbewegungen in der „basisdemokratischen Perspektive“ (S. 85) gerade nicht unterscheidet, sondern nicht nur mit der Forderung nach Volksabstimmungen, sondern auch in der Gestaltung der Programmarbeit an genau diese Perspektive anknüpft.

Die ausführlicheren Analysen der Entstehung, des Führungspersonals und der bisher existierenden Programme von Alban Werner sind differenzierter und origineller. So sieht er beispielsweise in Alexander Gauland, Konrad Adam und sogar Hans-Olaf Henkel „organische Intellektuelle“ (S. 56 f.) im Sinne Antonio Gramscis, deren Fehlen zum Scheitern von AfD-Vorläuferparteien wie dem Bund freier Bürger von Manfred Brunner beigetragen habe. Erst solche Persönlichkeiten hätten entscheidend bewirkt, dass ähnlich gesinnte Leute Hemmschwellen überwunden hätten und dass Stigmatisierungsversuche trotz zahlreicher personeller Überlappungen zum Rechtsextremismus bislang gescheitert seien. Zudem ist Werners Analyse der Gegensätze und Widersprüche des wirtschaftsliberalen und des nationalkonservativen AfD-Flügels so exakt, dass er die Parteispaltung fast schon prognostiziert hat. Dagegen wird seine Kritik der „Erzählungen“ zur Euro-Krise (S. 133 ff.), die sehr stark postkeynesianischen Deutungsmustern folgt, nicht überall auf Zustimmung stoßen. Die abschließenden Thesen des Autors zum Umgang mit der AfD, in denen er unter anderem von einer Dämonisierung abrät, sind durchaus bedenkenswert. Dass allerdings

Angela Merkel „für die Demokratie in Europa [...] gefährlicher als die AfD“ (S. 184) sei, kann man wohl nur mit dem richtigen, „fortschrittlichen“ Weltbild nachvollziehen.

Torsten Oppelland

Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), *Eingreifende Denkerinnen. Weibliche Intellektuelle im 20. und 21. Jahrhundert*, Tübingen 2015 (*Verlag Mohr Siebeck*), 251 S.

Ein Mädchen spielt mit Puppen, ein Junge mit Autos. Dieses uns seit Kindertagen begleitende Gerücht hält sich bis heute hartnäckig. Es verweist auf die weiterhin fehlende Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft. Unser soziales Geschlecht ist allzu oft eng gestrickt; wir können es nicht gänzlich abstreifen, wenngleich es uns am Atmen hindert. Unser Geschlecht legt unseren Träumen Zügel an. Dieses Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern zieht sich wie ein roter Faden durch alle Lebensbereiche, auch durch die Wissenschaftslandschaft. So verwundert es kaum, dass Protagonisten der Intellektuellengeschichtsschreibung zumeist Männer waren bzw. sind. Die Historikerin Ingrid Gilcher-Holtey stemmt sich dem Patriarchat entgegen, indem sie ihren Sammelband als „Arbeit am Mythos“ (Hans Blumenberg) versteht, wonach die Geschichte stets eine Geschichte des Geschlechterkampfes gewesen sei, die nur einen Sieger kannte: das männliche Geschlecht. Sie will zeigen, dass und wie weibliche Intellektuelle die öffentliche Debatte des 20. Jahrhunderts mitgeprägt haben. Im Mittelpunkt eines solchen Jahrhunderts weiblicher Intellektueller stehen Hannah Arendt, Simone de Beauvoir, Erika Mann und Judith Butler.

Indes kämpft die Bielefelder Forscherin gegen Geister, die sie zuvor eigens gerufen hat. Lässt man ihr wissenschaftliches Œuvre zur Intellektuellengeschichte Revue passieren, spielen Denkerinnen nur eine marginale Rolle. Ihr missfällt folglich etwas, zu dem sie selbst beiträgt – eine Form kognitiver Dissonanz? Das wäre noch zu verzeihen, wenn sie sich nicht gleichermaßen zum Ziel gesetzt hätte, einen spezifisch weiblichen Typus des Intellektuellen herauszuarbeiten, um ihn hernach von seinem männlichen Pendant zu unterscheiden. Sie richtet ihre Kritik an klassische Intellektuellendefinitionen, etwa aus der Feder Michel Foucaults, Joseph Schumpeters und Pierre Bourdieu, die Frauen ausgrenzen würden. Sie möchte die Weiblichkeit ihrer Forschungsobjekte unterstreichen – ein Ansatz, der Geschlechterstereotype reproduziert. Er unterstellt, eingreifende Denkerinnen unterscheiden sich in ihrem Handeln und Denken qua ihres Geschlechts von ihren männlichen Kollegen. Weibliche Intellektuelle sind nach dieser Logik zuallererst Frauen und erst in zweiter Linie Intellektuelle.

Zum Glück halten sich die Autorinnen und Autoren des Bandes nicht an diese Vorgabe. Bei ihnen stehen die Mechanismen der Ausgrenzung weiblicher Intellektueller im Zentrum. Hervorzuheben ist insbesondere die Auseinandersetzung von Henning Marmulla – der sich explizit gegen den Ansatz des Bandes wendet – mit der

japanisch-amerikanischen Künstlerin Yoko Ono, die aufgrund ihrer Herkunft und ihres Geschlechts einer doppelten Marginalisierung im Kunstbetrieb ausgesetzt ist. Sein Resümee lautet: Die Wirksamkeit von Stellungnahmen weiblicher Intellektueller ist gering, und zwar vornehmlich aus einem Grund – weil sie Frauen sind.

Das weibliche Geschlecht scheitert an männlichen Machtstrukturen. Die „Ordnung des Diskurses“ schließt Denkerinnen aufgrund ihres Geschlechts von vornherein aus. Wir sollten uns daher davor hüten, einen weiblichen Intellektuellentypus zu kreieren, der die vermeintlichen Unterschiede der Geschlechter noch weiter manifestieren und die Ungleichbehandlung damit rechtfertigen würde. Ziel sollte vielmehr eine geschlechtsneutrale Intellektuellenforschung sein, die die Geistesgeschichte als ein Produkt beiderlei Geschlechts und ihrer Beziehung untereinander ansieht. Es gilt, den Anteil der bisher Anteillosen in Politik, Kultur und Wissenschaft angemessen zu berücksichtigen. Als einen Schritt in diese und damit richtige Richtung kann auch der vorliegende Sammelband – trotz seiner bedenklichen Schwerpunktsetzung – angesehen werden.

Laura Stellbrink

Dieter Gosewinkel (Hrsg.), *Anti-liberal Europe. A Neglected Story of Europeanization*, New York 2015 (*Bergahn Books*), 200 S.

Europa, ein dicht vernetztes Gefüge von Staaten und Völkern, gilt als „Projekt“ des friedfertigen Zusammenlebens früherer Feindstaaten, dessen Erfolg bislang vor allem auf sozio-ökonomischem Ausgleich fußt (so u.a. Wilfried Loth in seinem Panorama *Europas Einigung – eine unvollendete Geschichte* von 2014). Sind sich darüber Politiker wie Forscher nicht einig? Die Zwistigkeiten beginnen anderswo: Die immanente Perspektive: Europa funktioniert innerhalb des „Systems“ nicht nur nach liberalen Normen, sondern auch durch „Hauen und Stechen“, zudem mit einer Dynamik bislang starker Zentralisierung (darauf weist etwa Hermann Lübke immer wieder hin). Denken in Alternativen: Trieben antiliberaler Entwürfe die Integration voran, indem u.a. das „Abendland“ als Sammlungswort (Vanessa Conze) oder „Europa der Regionen“ als Mittel, dem *Ordre nouveau* aus einer historischen Sackgasse zu helfen (Undine Ruge), Eingang in die Integrationsdiskurse der Nachkriegszeit fanden? Die Frage, ob solche Entwicklungen sich bis heute weiterverfolgen lassen, bleibt außen vor. So wird nicht klar, inwieweit heutige antiliberalen Ideen „alte“ Konzepte aufgreifen oder strukturell „neue“ Strategien verfolgen – Stichwort: separatistischer Regionalismus. Wie sich Messlatten mit den Einstellungen ändern: Das „Abendland“ mutierte vom Integrationsmittel zum Spaltpilz. Es ist zurück auf der Bühne. Die darunter versammelten Ansichten sind indes andere als jene der Nachkriegszeit.

„Can there be right and wrong Europe’s?“, fragt Martin Conway im Nachwort des Bandes (S. 179), der sich dem Konzept, sodann der „kolonialistischen“ bzw. „konservativen“ Eigenart des antiliberalen Europabegriffs und schließlich dessen Ausprä-

gung in Diktaturen zuwendet. Der oft moralisierten Debatte will Conway eine phänomenologische Sicht entgegensetzen: Faktisch habe sich die Definition einer auf Grundfreiheiten basierenden Nutzengemeinschaft durchgesetzt (die parallel – besonders in der Bundesrepublik – gestärkte normative Sicht auf die liberale Demokratie, die bestimmte Prinzipien festschreibt, bleibt dabei als Argument unberücksichtigt). Dass im Zuge der räumlichen Ausdehnung der Europäischen Union (und bevor die populistischen Bewegungen der letzten Jahre aufkamen) fast alle antiliberalen Ideen und Regime marginalisiert waren, erscheint inzwischen fern der „dunkleren“ Gegenwart.

Die Texte, überwiegend englische Zusammenfassungen größerer deutscher Forschungsarbeiten, die teils unter merkwürdigen Übersetzungen wichtiger Begriffe leiden, belegen die Geschichte des Niedergangs dieser Ideen: Michael Freeden erinnert an die Gegensätze innerhalb dieser Konzepte, Fabian Klose an „Europa“ als kolonialen Druckmittel, Jürgen Elvert an NS-Konzepte und Peter Schöttler an deutsch-französische Verständigungsmühen von Gustav Krukenberg in drei Zeiten, während Jana Wuestenhagen den nationalen Zugang der Ostblockstaaten am Beispiel der DDR problematisiert.

Das Narrativ der europäischen Integration, als Gegenfolie in dem Band stets präsent, wirkt im Lichte der Beiträge zugleich gefestigt (vor allem durch die föderative Idee) wie durchlöchert – etwa durch das Fortbestehen antidemokratischer Strömungen aus der Zwischenkriegszeit, wie sich u.a. in persönlichen Bindungen zeigte. Das vage und integrierende Konzept „Europa“ erscheint als Mittel, verschiedenste Denkmodelle mit der politischen Realität nach 1945 zu versöhnen. Es wäre nun gewinnbringend, Historiker und Politologen an einen Tisch zu bringen: Wann trug die antiliberale Strömung als „Kitt“ dazu bei, Skeptiker für die institutionelle Integration zu gewinnen, indem deren Ideen beispielsweise in neue „Reservatrechte“ eingingen? An welchen Brennpunkten bildet sie eine Gefahrenquelle?

Sebastian Liebold

Gideon Greif/Itamar Levin, Aufstand in Auschwitz. Die Revolte des jüdischen „Sonderkommandos“ am 7. Oktober 1944, Köln/Weimar/Wien 2015 (*Böhlau Verlag*), 387 S.

Peter Huth (Hrsg.), Die letzten Zeugen. Der Auschwitz-Prozess von Lüneburg. Eine Dokumentation, Stuttgart 2015 (*Reclam Verlag*), 277 S.

Nea Weissberg/Jürgen Müller-Hohagen (Hrsg.), Beidseits von Auschwitz. Identitäten in Deutschland nach 1945, Berlin 2015 (*Lichtig Verlag*), 346 S.

Die Häftlinge des „Sonderkommandos“ wagten den Aufstand an dem Ort, den die Autoren „Todesplaneten“ (S. 11) nennen. Sieben Kapitel dokumentieren, sorgsam recherchiert, den Verzweiflungsakt. Den Leser erwartet – trotz des einführenden wie flüssigen Sprachstils – eine bedrückende Lektüre. Der Band schildert eingangs die Geschichte des „Sonderkommandos“ in Auschwitz, die Historie des Vernichtungslagers eingeschlossen.

Zwei Kapitel beschreiben das Verhalten der allgemeinen Untergrundbewegungen gegenüber dem „Sonderkommando“ und den Widerstandsgruppen in Birkenau. Eine prekäre Situation: Zwar gab es bereits Pläne zum Aufstand, aber angesichts der ungewissen Erfolgsaussichten wurde er immer wieder aufgeschoben. Der Tod war in Birkenau für jeden allgegenwärtig, doch für das „Sonderkommando“ lief die Uhr anders. Nach den Ungarn-Transporten, der Liquidierung des Familienlagers und mit dem Vorrücken der Roten Armee war klar, die Deutschen würden alle Zeugen beseitigen. Kapitel V bis VII erläutern Vorbereitung, Verlauf und Folgen des gescheiterten Aufstandes. Sie geben den Tapferen Namen und Gesichter. Wenige überlebten und wurden zu Zeugen der Verbrechen. Ein notwendiges Buch – Mahnung und Gedenken zugleich.

Der Lüneburger Auschwitz-Prozess erfuhr enorme Aufmerksamkeit. Journalisten der Berliner *Tageszeitung* dokumentieren unkommentiert die 17 Prozesstage gegen Oskar Gröning. 70 Jahre nach Kriegsende verurteilte ein deutsches Gericht den ehemaligen SS-Mann wegen „Beihilfe zum Mord in 300 000 rechtlich zusammentreffenden Fällen“ (S. 240) zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren. In einer Art Prozessprotokoll geben vor allem die Aussagen der Auschwitz-Überlebenden Zeugnis über die deutschen Verbrechen. Die Hochbetagten waren von weit her angereist, weil der Prozess ihnen die Möglichkeit bot, der Welt über das Erlebte zu berichten – und weil sie auf (späte) Gerechtigkeit durch die deutsche Justiz hofften. Aufschlussreich stellen sich die Beiträge der Nebenklagevertreter und der Sachverständigen, das Plädoyer des Staatsanwaltes sowie die Urteilsbegründung des Richters dar, nicht weniger bemerkenswert erscheinen die Bekenntnisse Grönings. Nur ein Siebtel der bundesdeutschen Ermittlungsverfahren führte zu Strafverfahren. Am Ende stand bei nicht einmal der Hälfte von ihnen ein Urteil. Deshalb ist das Verfahren hoch zu schätzen, weil es überdies vielleicht einer der letzten Auschwitz-Prozesse war.

Beidseits von Auschwitz sammelt dreißig Beiträge von Autoren aus Deutschland, Israel, Polen, Österreich, Rumänien und der Schweiz, die zwischen 1929 und 1987 geboren sind und sich auf ganz persönliche Weise mit dem Erbe des Holocaust auseinandersetzen. Die Identitätsfrage durchzieht alle Texte. Die zweite Generation der Shoa empfand, wie die Kinder der Täter, die Decke des Schweigens als bedrückend und verunsichernd. Somit offenbaren die Beträge – von Juden und Nichtjuden – schmerzhaft Identitätskonflikte. Yaacov Noar, Kind Holocaustüberlebender, reflektiert die Weitergabe der Angsttraumata seiner Eltern. Sie „waren selbst verlorene Kinder“ (S. 51). Darunter litt auch er. Noar fühlte sich zeitlebens wie eine „Gedenk-kerze“ (S. 52). Ursula Sperling-Sinemus resümiert: „Das Schreiben dieses Textes war ein ständiger Lernprozess, ein Erinnern und Durcharbeiten“ (S. 208). Ihr Weg auf der Suche nach Wahrheiten (auch über die Täter-Rolle des Vaters und des Stiefvaters) durch alle Verwirrungen war erfolgreich. Fazit: Ein wertvolles, mehrperspektivisches wie sensibles Konvolut über die Auseinandersetzung mit der Shoa.

Dorit Seichter

Konrad Hummel, Demokratie in den Städten. Neuvermessung der Bürgerbeteiligung – Stadtentwicklung und Konversion, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 192 S.

Der Autor berichtet aus seiner langjährigen „kommunalpolitischen Praxis“ als fachlich Verantwortlicher qua Amt – zuletzt als Beauftragter des Oberbürgermeisters für Konversion – und stellt dafür „teilweise analytische, essayistische oder dokumentarische Beiträge Mannheimer Stadtentwicklung zur Konversion in den Jahren 2011 bis 2014 und ihrer umfassenden Bürgerbeteiligung“ (S. 19) zusammen, die als „Mannheimer Projekt“ (S. 20) benannt sind.

Dieser Ambition folgend lese ich die lose angeordneten 12 Kapitel samt Apparat, zu dem im Anhang einige „Schaubilder zur Beteiligung in der Konversion“ gehören, als eine Text- und Materialsammlung zu einem exemplarischen Fall mit seiner raumzeitlichen Festlegung auf „Mannheim“ als Ort, an dem die Transformationen der globalen Nachkriegsordnungen wirkungsvoll und anschaulich werden. Die weitgehend noch ausstehende methodologisch angelegte Reflexion des Materials im Format einer Fall- und Diskursanalyse sollte die impliziten Bewertungen des Berichterstatters Konrad Hummel positionieren und den Maßstab für ‚Neuvermessungen‘ näher begründen.

Die Konversion vordem militärisch genutzter Flächen in diesen Dimensionen und in diesen Lagen im Verhältnis zur Gesamtstadt kann gemäß seiner Verlaufsform und seiner Unabgeschlossenheit sowohl als ein singulärer (Sonder-)Fall wie auch als ein repräsentativer Typus von Urbanisierung im globalen 21. Jahrhundert angesehen werden. Für die Akteure der kommunalpolitischen Praxis entsteht mit dem Abzug des US-Militärs und einer „freiwerdenden“ Fläche von 5 Mio. qm „Neuland“, wie auf einem der Schaubilder im Anhang zu lesen ist (S. 177), eine bedeutsame Phase der exemplarischen Stadtentwicklung, die programmatisch von der Mitwirkung und Teilhabe der Bürger in demokratisch legitimierten Verfahren bestimmt werden sollte.

Die Berichterstattung zum Mannheimer Projekt zeigt, welche der bis dato gebotenen Möglichkeiten einer demokratischen Verfassung in einer zivilisierten Praxis des Zusammenlebens wahrgenommen, akzeptiert und realisiert wurden und welche Welt- und Menschenbilder als Vor(ein)stellungen der Beteiligten in der Situation dazu beitragen. Der Autor behandelt drängende Fragen: Sind die Beteiligungsverfahren geeignet, das Gemeinwohl gegenüber den Partikularinteressen zu stärken? Welche politische Gemeinschaft artikuliert ihr Wohl? Wer verfügt in praxi über die formellen und informellen Rechte einer Bürgerin bzw. eines Bürgers?

Die weiteren Ereignisse der militärischen Auseinandersetzungen, der Kriege in Südosteuropa, Nahost und Nordafrika überholen jäh die Programmatik des Mannheimer Projektes. Die Flüchtenden, Asylbewerberinnen und Zuwanderer markieren eine weitere historische Zäsur der Stadtentwicklung. Nur drei oder vier Jahre später und knapp außerhalb des Berichtszeitraums liegend klingt die Interkulturelle Strategie für das „Franklin Village“ von 2011 eher wie eine Verknennung der Notlage derzeitig dort Anwesender – unzutreffend wären sie Bewohner zu nennen: die Ereignis-

se sind mit dem eingeführten Vokabular und den Konzepten der Beteiligung „möglichst aller in der Stadt“ (S. 19) nicht zu fassen – gerade in der existenziellen Prüfung geben die Begriffe wenig her an Orientierungswissen für praktische Entscheidungen im Zusammenleben.

Die Position des Autors als ein teilnehmender Beobachter ermöglicht ein reiches Material an perspektivisch gebundenen Beschreibungen und Bewertungen des breit angelegten Beteiligungsverfahrens. Er konstatiert die widerstrebenden Logiken, denen die Beteiligten folgen. Die Spannungen markieren die Arena der Aushandlungen zur (Ver)Teilung der Entscheidungsmacht im exemplarischen Fall und über den Fall hinaus.

Für die weitere Professionalisierung von Mediatoren, Moderatoren, Beratern und anderen Beteiligten, die zwischen den verschiedenen Logiken zu vermitteln haben, sind die „dokumentarische(n) Beiträge Mannheimer Stadtentwicklung“ ein wertvolles originelles Material, das vervollständigt und gesteigert werden kann.

Christine Weiske

Thomas Jäger (Hrsg.), *Handbuch Sicherheitsgefahren*, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 547 S.

Johannes Hürter (Hrsg.), *Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren*, Berlin 2015 (*Verlag de Gruyter Oldenbourg*), 333 S.

Die Kriterien für ein Kompendium sind durchaus anspruchsvoll: Es sollte sich um ein kurz gefasstes Lehrbuch handeln, das den Wissens- und Forschungsstand eines bestimmten Gebietes überblickartig zusammenfasst. Insofern ist Thomas Jäger als Herausgeber und den Autorinnen und Autoren mit dem *Handbuch Sicherheitsgefahren* ein klassisches Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff gelungen. Das Werk schließt die Lücke, die die Kompendien *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen* der Bundesakademie für Sicherheitspolitik sieben Jahre nach ihrer letzten Ausgabe hinterlassen haben. Das Handbuch deckt mit Beiträgen unter einer interessanten Gliederung praktisch alle Facetten moderner Sicherheitspolitik ab: Ressourcen, Energie und Klima, Organisierte Kriminalität, Terrorismus, Internet und Kommunikation, Transport und Infrastruktur, Waffen, Finanzen, Krieg und Staatszerfall, Demografie, soziale Sicherheit, Migration und Informationsschutz. Positiv fällt auch auf, dass eine Verzahnung der (interdependenten) Sicherheitsfragen angeboten wird, die in den meisten Fällen hervorragend gelingt. Dennoch hätte bei einzelnen Themen durchaus Verbesserungspotential bestanden. Bisweilen eignen sich Beiträge – wie z.B. der über „Terrorismus“ – weniger für einen Überblick über den Forschungsstand, weil dieser sehr knapp und selektiv wiedergegeben wird. Zudem werden an manchen Stellen Themenfelder gleichrangig behandelt, obwohl sie es nicht sind. Die „Fragile Staatlichkeit“ zum Beispiel ist eher eine übergeordnete Thematik für Problemfelder wie Organisierte Kriminalität, innerstaatliche Gewaltakteure und (islamistischen) Terrorismus. Bei diesen Anmerkungen handelt es sich allerdings um Kritik an dem hohen Niveau, das der Sammelband ohne Frage aufweist. Der Heraus-

geber und die Autoren leisten einen wertvollen Beitrag zur breiten Erörterung eines modernen Sicherheitsbegriffes, der sowohl im erweiterten als auch vernetzten Sinn verstanden wird. Daher eignet sich dieses Kompendium als neues Referenzwerk über zeitgenössische Sicherheitsfragen.

Eine weitere Lücke, allerdings ganz anderer Art, schließt der Sammelband *Terrorismusbekämpfung in Westeuropa* von Johannes Hürter. Bei der heutigen ausführlichen Beschäftigung mit politischer Gewalt islamistischer Prägung wird häufig vergessen, dass ebensolche auch mit „rechter“, „linker“ oder „ethnonationaler“ Motivation möglich ist, die in den 1970er Jahren auch stattfand. Fraglich ist bei terroristischer Gewalt immer, ob deren Bekämpfung möglich ist, ohne Recht und Freiheit liberaler westlichen Demokratien auszuhöhlen. Diese Frage stellte sich in Westeuropa bereits in den 1970er und 1980er Jahren, als z.B. Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland von sozialrevolutionären, separatistischen und ethnonational motivierten (palästinensischen) Terroristen herausgefordert wurden. Im ersten Teil des Bandes „Innere Sicherheit und staatliche Gewalt“ geht es in vier Beiträgen darum, wie der Staat in den 1970er Jahren der Sicherheitszusage gegenüber der Bevölkerung nachkam und wie das Verhältnis von Staatsmacht und Bürgerfreiheit gestaltet wurde. Der zweite Teil beschäftigt sich in fünf Beiträgen mit der wichtigen Analyse von Terrorismus als Kommunikationsstrategie mit dem Gegner; der dritte Teil widmet sich in vier Beiträgen der internationalen Terrorismusbekämpfung. In der Einführung stellt der Herausgeber fest: „Die Auseinandersetzung mit Terrorismus in den 1970er und 1980er Jahren etablierte in den betroffenen westlichen Demokratien sowie in den internationalen Beziehung eine neue innere Sicherheitspolitik, die den Kern der liberalen Verfassungen berührte und den demokratischen Staat veränderte“. Dies herauszuarbeiten, gelingt dem Sammelband sehr gut. Zudem bildet er mit sehr wenigen Lücken einen umfassenden und aktuellen Stand der historischen Terrorismusforschung ab. Im Ergebnis handelt es sich daher sowohl für Gewaltforscher als auch für Geschichtswissenschaftler um ein sehr lohnenswertes Werk.

Kai Hirschmann

Stefan Karner u.a. (Hrsg.), *Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990. Interne sowjetische Analysen*, Berlin 2015 (*Metropol Verlag*) 372 S.

Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum (Hrsg.), *Das letzte Jahr der DDR. Von der Volkskammerwahl zur Wiedervereinigung*, Berlin 2015 (*Metropol Verlag*), 145 S.

Auf eine umfang- und kenntnisreiche Einleitung von Stefan Karner, Mark Kramer, Olga Pavlenko, Peter Ruggenthaler und Manfred Wilke (haben diese fünf Autoren wirklich den Text gemeinsam verfasst?) von rund 120 Seiten folgen 41, zum Teil längere Dokumente zum Vereinigungsprozess aus interner sowjetischer Sicht. Sie betreffen den Zeitraum zwischen dem Mauerfall bis zum Februar 1991 – endend mit dem Mitschnitt zweier Telefonate zwischen Michail Gorbatschow und Helmut Kohl. Sie zeigen die deutschlandpolitischen Positionen unterschiedlicher sowjetischer Instanzen und Institutionen mit dem zeitlichen Schwerpunkt vom Dezember 1989 und

dem September 1990. Naturgemäß verschieben sich in dieser Zeit auch die Themen: Ein Bericht der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin vom Ende Dezember 1989 sieht bereits den Sozialismus und die unabhängige Existenz der DDR bedroht. Die Gefahr des weltweiten Niedergangs des Sozialismus wurde dann auf dem Februar-Plenum des ZK der KPdSU beschworen.

Gorbatschow hatte schon Ende Januar eingesehen, dass eine deutsche Wiedervereinigung unvermeidlich sein werde. Er versuchte nun, Zeit zu gewinnen. Die sowjetische Politik reagierte mehr als sie agierte und gestaltete. Warnungen vor einem „revanchistischen“ Deutschland tauchten ebenso auf die Sorgen um die Erhaltung der „Errungenschaften“ der DDR. Dominant wurde und blieb naturgemäß der Sicherheitsaspekt. Auf sowjetischer Seite präferierte man für den Einigungsprozess „4 plus 2“ statt „2 plus 4“-Verhandlungen, auch die Einbeziehung des Warschauer Paktes war beabsichtigt, scheiterte aber schnell, da sich dort schon Desintegrationstendenzen zeigten.

Selbstverständlich waren die folgenden Debatten um eine NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands intensiv und heftig kontrovers. Zwischenlösungen wie eine Bündnisfreiheit wurden wiederholt vorgetragen. Noch im Februar 1990 wick Kohl in einem Gespräch mit Gorbatschow der Frage aus, ob sich die NATO auf das DDR-Territorium ausdehnen könne. Ein möglicher Beitritt weiterer ehemals osteuropäischer Staaten wurde nicht einmal erwähnt. Im Mai 1990 zeigte sich Gorbatschow in Gesprächen mit US-Präsident George Bush in der Bündnis-Frage zunächst unnachgiebig, stimmte letztlich einer Kompromiss-Formulierung zu, die Bündnis-Entscheidung des vereinigten Deutschlands zu respektieren.

Parallel dazu engte der wirtschaftliche Niedergang der Sowjetunion und die Notwendigkeit umfangreicher Wirtschafts- und Kredithilfe den Handlungsspielraum ihrer Führung ein – dieser Aspekt wird zu Recht in der Einleitung aufgegriffen, findet sich jedoch im Dokumententeil nicht wieder. Auch wenn Gorbatschow-Berater Anatolij Tschernjajew im Juni 1990 resigniert festhielt, es sei sinnlos, sich gegen die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zu stemmen, blieb die Stationierung sowjetischer Truppen im vereinigten Deutschland ein Thema. Immerhin hatte sich Tschernjajew schon im Mai 1990 eingestanden: „Wir haben verloren“ (S. 250). Kohl und US-Außenminister James Baker hätten es geschafft, die sowjetischen Konditionen einfach zu ignorieren. Es blieben Befürchtungen, wie von der Internationalen Abteilung des ZK geäußert, dass Deutschland zu wirtschaftlichen Übermacht werden könne.

Der von Andreas Apelt und Robert Grünbaum besorgte Band behandelt, wenn man es genau nimmt, nicht das letzte Jahr, sondern nur die letzten rund sieben Monate der DDR. Im Fokus steht dabei die Volkskammer nach der Wahl vom 18. März 1990. Zwei Podiumsdiskussionen mit damals politisch Aktiven und Wissenschaftlern behandeln die Rolle des frei gewählten Parlaments im Einigungsprozess. Alfred Grosser ist der einzige, der diesen Fokus überschreitet, er beleuchtet die ostdeutsche Entwicklung aus französischer Perspektive. Werner Patzelt steuert auf knappem Raum eine historische Bilanz bei.

Werner Müller

Christan Krell (Hrsg.), *Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie*. 49 Porträts, Bonn 2015 (*Verlag J.H.W. Dietz Nachf.*), 368 S.

Erhard Eppler, *Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen*, Berlin 2015 (*Ullstein Verlag*), 336 S.

Was „Soziale Demokratie“ ist und war, versucht das von Christian Krell herausgegebene Buch anhand von 49 Kurzportraits zu klären. Weder handelt es sich dabei durchweg um ausgewiesene Sozialdemokraten, noch würde man unter der Überschrift „Vordenker/innen“ ohne Weiteres den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert vermuten, was der ihm gewidmete Text auch einräumt. Die Autoren, mehrheitlich junge oder bereits profilierte Vertreter verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, fragen nach der praktischen Umsetzung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie bewegen sich damit in einer Tradition des Nachdenkens am Rande des politischen Geschehens, die etwa Gesine Schwan oder Thomas Meyer – beide steuerten Texte bei – in der deutschen Sozialdemokratie selbst lange gepflegt haben.

In der Einleitung werden „Vordenker/innen“ vom Label „Intellektuelle/r“ abgegrenzt, denn es dürfe nicht übersehen werden, wie neben „zahlreiche[n] Akademiker[n] [...] ebenso Handwerker oder hochgebildete Autodidakten“ (S. 13) die Aufgabe des Vordenkens übernommen haben. Theoretisch vermag dies nicht gänzlich zu überzeugen, immerhin aber erweist sich die Bezeichnung als pragmatischer Griff, durch den personenbezogen möglichst viele Elemente dieser in der Arbeiterbewegung entstandenen Idee darstellbar sind. Nur sechs Frauen sowie drei Vertreter der katholischen Arbeiterbewegung haben ihren Platz in der knapp 370 Seiten umfassenden Schrift gefunden. Das Buch argumentiert im Detail kritisch, im Ganzen kann es jedoch notwendig nur an der Oberfläche dessen kratzen, was „Soziale Demokratie“ meint. Positiv sind die Querverweise hervorzuheben, die die geistige Breitenwirkung einiger Protagonisten – etwa Hermann Hellers und Leonard Nelsons – verdeutlichen. Das Überblickswerk bietet von Fall zu Fall mehr oder weniger Literaturhinweise, weist gelegentlich explizit auf Forschungslücken hin und eröffnet zahlreiche Ansatzpunkte zur Vertiefung.

Der Sozialdemokrat Erhard Eppler ist der Einzige noch lebende „Vordenker“ in Krells Publikation. Epplers neues Buch ist nicht das erste autobiographische Werk, das er – neben einer hohen Anzahl von politischen Sachbüchern als aktiver und im Ruhestand befindlicher Politiker – veröffentlicht hat. Die selbst formulierte Frage, ob er „wirklich ein eitler Intellektueller, der immer recht haben wollte“ (S. 92) gewesen sei, verneint Eppler. Warum er dennoch, auch ohne etwaige Charakterschwächen, vielfach als Intellektueller wahrgenommen wurde und wird, erklärt sich, wenn man anmerkt, dass Konzepte „des“ Intellektuellen genauso wenig normativer Überfrachtung bedürfen, wie die Grenze zwischen dem Berufspolitiker und dem Intellektuellen Eppler zu scharf gezogen werden kann. Dass er ein *zoon politikon* ist und war, wird jedem klar, der sich mit Epplers Biographie näher befasst. Wie er zur Politik fand, was ihn antrieb, über vierzig Jahre die Geschicke nicht nur seiner Partei,

sondern auch der Republik und darüber hinaus zu beeinflussen zu versuchen – darüber gibt das Buch des promovierten Germanisten pointiert und gut lesbar Auskunft. Damit verbunden ist eine Reise durch die deutsche Geschichte, ausgehend von den Jahren der NS-Diktatur, über den Streit um die deutsche Teilung, die Entstehung der sozialen Bewegungen der 1970er/1980er Jahre, die deutsche Einheit bis in die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts. Gelegentlich skizziert der Autor Weggefährten, Mentoren und Gegner, die gleichfalls unter Krells „Vordenkern“ – so etwa Carlo Schmid, Willy Brandt und Fritz Erler – zu finden sind.

Beide Lektüren deuten an, wie historisch und doch aktuell Elemente einer Ideengeschichte der vergangenen eineinhalb Jahrhunderte sind. Eppler gibt seine Sicht auf aktuelle politische Probleme, so das Verhältnis zu Russland, authentisch wieder und zeigt, dass das „Vordenken“ keine ausschließliche Sache der Vergangenheit, sondern auch der Gegenwart und Zukunft ist.

Lars Tschirschwitz

Thomas Krumm, Föderale Staaten im Vergleich. Eine Einführung, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 351 S.

Roland Sturm, Der deutsche Föderalismus. Grundlagen – Reformen – Perspektiven, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 397 S.

Die Bücher beschäftigen sich mit demselben Gegenstand: Föderalismus. Sie betrachten diesen Gegenstand aber aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln. Roland Sturm untersucht in 23 Kapiteln den deutschen Bundesstaat aus einer normativen Perspektive, die er von einer „nominalistisch orientierten ‚positiven‘ Föderalistentheorie“ abgrenzt (S. 7). Sturm betont somit den Zusammenhang von Demokratie und Föderalismus. Welche Folgen sich aus einem föderalen Staatsaufbau ergeben, ist mithin eine substanzielle Frage, die mit einer bloß formal-nominalistischen Beschreibung einer Staats- und/oder Verwaltungsstruktur nicht befriedigend beantwortet werden kann.

Sturm unterteilt seinen Band in fünf Abschnitte. Nach den beiden einleitenden Kapiteln, in denen er die demokratietheoretischen Prämissen der föderalen Ordnung in Deutschland freilegt und die aktuelle politische und wissenschaftliche Debatte rekapituliert, behandelt er die Rolle des Bundesrates, der, so betont Sturm, nicht nur Machtkonzentration verhindern und Freiheit sichern hilft, sondern auch einen rationalisierenden Effekt auf den politischen Entscheidungsprozess ausübt. Die Beteiligung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes lässt sich normativ also gut begründen. In Abschnitt IV wird die Föderalismusreform untersucht, der Sturm ein ernüchterndes Zeugnis ausstellt. Sie bleibt deutlich unter ihren Möglichkeiten und schöpft das partizipatorische und demokratische Potential, das im Bundesstaat steckt, nicht aus. Eigenständige Landespolitik ist damit nur noch in Randbereichen möglich, die der Autor im letzten Teil des Bandes ausleuchtet. Insgesamt legt Sturm damit eine umfassende, gut geschriebene und von hoher Sachkenntnis geprägte Stu-

die vor. Allerdings wäre ein Hinweis, darauf, welche der in diesem Band versammelten Beiträge schon früher veröffentlicht wurden, durchaus hilfreich gewesen.

Thomas Krumm untersucht Föderalismus aus der Gegenperspektive, und zwar in dreierlei Hinsicht: Erstens legt er ein Lehrbuch vor, will also nicht eigene Forschungsergebnisse resümieren, sondern eine „länderorientierte, empirische Einführung“ (S. V) in die vergleichende Föderalismusforschung geben. Zweitens geht es Krumm um methodische Aspekte. Der Band richtet sich denn auch vor allem an „Studierende der vergleichenden Politikwissenschaft und der European Studies sowie an Leserinnen und Leser mit Interesse an föderalismuspolitischen Fragestellungen“ (S. V). Drittens versteht Krumm – um die Begrifflichkeit von Sturm aufzunehmen – Föderalismus eher nominalistisch als Mehrebenensystem, in dem demokratisch regiert werden muss. Dementsprechend ist der Band aufgebaut: Neben der Einleitung umfasst er zwei methodische Abschnitte (Kapitel 1 und 13), vier Kapitel zu spezifischen Themen der vergleichenden Föderalismusforschung (Kapitel 3 bis 6) sowie die Darstellung von sechs föderalen – oder quasi-föderalen – politischen Systemen (USA, Deutschland, Österreich, Schweiz, Belgien und Spanien). Krumm legt ein hoch informatives und methodisch reflektiertes Lehrbuch vor, das zudem auch für die vergleichende Föderalismusforschung wichtige Anregungen bietet. Allerdings vermisst man am Schluss doch eine Antwort auf die Frage, welche Erkenntnis denn der Autor aus dem Vergleich der föderalen oder quasi-föderalen Systeme gezogen hat. Ein zusammenfassendes Schlusskapitel, in dem die Befunde auf die eingangs ausgeführten Theorien und Konzepte bezogen und bewertet worden wären, hätte dem Lehrbuch ohne Zweifel gut getan.

Doch unbeschadet der kritischen Anmerkungen bleibt festzuhalten: Mit Sturms und Krumms Arbeiten liegen zwei wichtige Studien zum Föderalismus vor, die viele Leser und Leserinnen verdient haben.

Werner Reutter

Michael Kunze, Sigmund Neumann. Demokratielehrer im Zeitalter des internationalen Bürgerkriegs, Berlin-Brandenburg 2015 (*be.bra wissenschaft Verlag*), 300 S.

Die Gründungsgeschichte der Politikwissenschaft in Deutschland wurde in neuerer Zeit durch einige intellektuelle Biographien profiliert. Es waren häufig auch Emigrations- und Remigrationsgeschichten. Alfons Söllner betreute in Chemnitz mehrere anregende Dissertationen zu weniger bekannten Autoren wie Gurian (Thümmmler), Kirchheimer (Schale), Löwenstein (Lang), die die theoretische Höhenlage mieden und wesentliche Beiträge zur Empirisierung und komparativen Ausrichtung des Faches gaben. Sigmund Neumann (1904-1962), nicht mit seinem Namensvetter Franz Leopold zu verwechseln, ist hier schon deshalb interessant, weil er sich fast ausschließlich auf die Parteienforschung als Kernfeld politikwissenschaftlicher Forschung konzentrierte und mit dem Wandel der Parteienlandschaft auch eine politi-

sche Diagnostik seiner Zeit entwickelte, die er als einer der ersten Autoren als „zweiten 30jährigen Krieg“ begriff.

Neumann wurde 1904 in Leipzig geboren, studierte in Heidelberg, Grenoble und Leipzig, promovierte 1927 in Leipzig bei Hans Freyer, war aber auch von Alfred Weber stark beeindruckt. Nach seiner Promotion über den „preußischen Konservatismus“ wechselte er als Mitarbeiter an die Berliner Hochschule für Politik und wurde Leiter der Berliner Volkshochschule. 1932 erschien sein bekanntes Buch *Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege*, das Karl Dietrich Bracher als „Rettungsversuch in letzter Stunde“ 1965 neu herausbrachte. Als Mitarbeiter der Deutschen Hochschule für Politik hatte Neumann vergleichsweise gute Möglichkeiten, sich in der Emigration als Politikwissenschaftler zu etablieren. Er ging 1933 zunächst nach London und wechselte 1934 dann in die USA an die kleinere Wesleyan University, die er nur für diverse Gastprofessuren noch verließ. Ab 1949 kehrte er zu Gastprofessuren und Vorträgen nach Deutschland zurück und beteiligte sich intensiv am Aufbau der bundesdeutschen Politikwissenschaft. Trotz mancher Bemühungen wurde er aber nicht mehr an eine deutsche Universität berufen.

Kunze berücksichtigt eingehend Neumanns Nachlass; er rekonstruiert die Biographie, insbesondere auch das Engagement für den Aufbau der bundesdeutschen „Demokratiewissenschaft“, erörtert aber vor allem Neumanns wichtigste Schriften und deren Rezeption bei den Zeitgenossen. Kunze möchte Neumann mit seinem Gesamtwerk und seinem „Demokratieidealismus“ (15) emphatisch als „Klassiker“ anerkannt wissen. Kunzes gelegentlich etwas umständliche Ausführungen legen die These nahe, dass Neumanns Werk als Problemgeschichte vom „Wesen und Wandel“ der Parteien sein Gewicht hat. Neumanns prägnantes Buch über die Weimarer Parteienlandschaft ersetzt den Terminus der „Weltanschauungspartei“ durch den Begriff der „Integrationspartei“ und unterscheidet zwischen „demokratischen“ Integrationsparteien (wie die SPD) und der „diktatorischen“ Formierung. *Permanent Revolution* (1942) klärt die Differenz mit einem starken und differenzierenden Totalitarismuskonzept und *The Future in Perspective* (1946) blickt für das amerikanische Publikum auf die historischen Gründe der europäischen Katastrophe zurück. Der Sammelband *Modern Political Parties* gibt dann ein breites komparatives und normatives Fazit.

Neumanns Problemgeschichte ließe sich politisch noch schärfer in den Entstehungskontext stellen und im Angelpunkt des Parteibegriffs theoretisch diskutieren. Kunze macht aber deutlich, dass die Parteienforschung in Sigmund Neumann einen Pionier und Gründer hat, der die Parteien positiv als Organisationskern politischer Prozesse begriff.

Reinhard Mehring

Heléne Lööw, *Nazismen i Sverige 2000-2014*, Stockholm 2015 (*Ordfront-Förlag*), 287 S.

In den meisten europäischen Ländern entstanden in den 1920er Jahren faschistische und nazistische Bewegungen und Parteien. Dies war auch in Schweden der Fall, wo sie aber stark zersplittert waren. Gleichwohl kam ihnen politische Bedeutung zu, nicht nur aufgrund der politischen Nähe zu NS-Deutschland. Darauf hat die Historikerin Heléne Lööw in ihren bisherigen Studien *Nazismen i Sverige* (Der Nazismus in Schweden) für die Jahre 1924 bis 1979 und 1980 bis 1999 aufmerksam gemacht. Der dritte Band *Nazismen i Sverige 2000-2014* nimmt die Entwicklung in den letzten 15 Jahren in den Blick. Bereits in der Einleitung macht die Autorin deutlich, dass die Aufmerksamkeit für den gewaltorientierten und neonazistischen Rechtsextremismus nach dem Rückgang der terroristischen Aktivitäten geschwunden sei. Das öffentliche Interesse für politische Gefahren von „rechts“ richte sich zu sehr auf die Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten). Demgegenüber will Lööw die Besonderheiten der international vernetzten „White Power“-Bewegung hervorheben.

Zunächst geht es um die Entwicklung der einschlägigen Gruppen, wobei ähnlich wie in Deutschland ein Umstrukturierungsprozess weg von festen Organisationen hin zu einem losen Netzwerk konstatiert wird. Danach bilden Feiern und Rituale der „White Power“-Bewegung einen inhaltlichen Schwerpunkt, geht es hier doch um Ehrentage wie den Todestag Karl XII. oder den 1. Mai und Vorbilder wie Adolf Hitler oder David Lane. Dem schließen sich Ausführungen zu Ideologie und Taktik der neonationalsozialistischen Schweden an, wobei Lööw insbesondere auf die Rolle des Antisemitismus als verbindendem Kitt der Szene eingeht. Die Kommunikationsstrategie, Mobilisierung und Propaganda stehen danach im Zentrum ihrer Betrachtung, auch hier etwa bezogen auf die Bedeutung des Internets, eine antisemitische Kampagne oder die Rekrutierungsstrategien gegenüber Jugendlichen. Und schließlich geht die Autorin auf Konflikte und den Straßenkampf der „White Power“-Bewegung ein, gleichermaßen bezogen auf eine Symbiose ihrer organisierten und nicht-organisierten Teile.

Lööw erweist sich in diesem dritten Band von *Nazismen i Sverige* erneut als eine ausgezeichnete Kennerin der Materie, die anhand einer Fülle von Primärmaterialien anschaulich und klar die Entwicklung und Positionen der dortigen Szene nachzeichnet. Damit ist sie „die“ Historikerin des schwedischen Rechtsextremismus. Gleichwohl weist die quellengestützte Darstellung mit ihrem großen Kenntnisreichtum auch analytische Leerstellen auf: Denn viele Fragen, die sich zur „White Power“-Bewegung aus einer politischen und sozialen Betrachtung heraus stellen würden, harren angesichts der deskriptiv-historischen Perspektive einer Antwort. So liefert Lööw zwar ein exaktes Bild der neonationalsozialistischen Bewegung, aber sie erscheint wie ein Phänomen im luftleeren Raum. Unklar bleibt, in welchem Maße gesellschaftliche Aspekte wie ihre Bedeutung oder ihre Ursachen hier eine Rolle spielen. Auch der Kontext von Sverigedemokraterna und „White Power“-Bewegung wird nicht näher thematisiert. Mehr Analyse hätte die starke Darstellung verdient gehabt.

Armin Pfahl-Traugher

Tom Mannewitz, Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 548 S.

Tom Mannewitz ist mit diesem Buch ein Standardwerk gelungen. Genau genommen handelt es sich um zwei Bücher: eine Kritik der bisherigen Forschung zur politischen Kultur seit Almond und Verba und eine Analyse regionaler politischer Kultur, die der umständliche Untertitel ankündigt. Der Terminus „politische Kultur“ als Sammelbegriff für alle politischen Orientierungen einer Gesellschaft erscheint Mannewitz „unterkomplex“, weshalb er sich auf den politisch-kulturellen Input beschränkt. Orientierungspunkt seines Zwei-Ebenen-Modells ist der demokratische Verfassungsstaat. Die gesamtdeutsche politische Kultur erscheint dem Autor in sich widersprüchlich. So kollidiert der Ruf nach einem starken Wohlfahrtsstaat mit dem nach einem libertären Gesellschaftsmodell sowie einer freiheitlichen Grundorientierung.

Mannewitz will einen vernachlässigten Aspekt der Forschung, die Regionalisierung, ins Zentrum der Analyse rücken, die das gängige Gerede über Ost-West-Gegensätze in der politischen Kultur kritisch prüft. Dabei stützt er sich auf vielfältige Bevölkerungsumfragen und identifiziert so drei Regionalkulturen: eine „libertär-konstitutionelle“ im Süden, eine „demokratisch-konstitutionelle“ im Westen, eine „sozialistisch-revolutionäre“ im Osten.

Lediglich die zweitgenannte umfasst alte und neue (Thüringen) Länder gleichermaßen. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt scheinen in keinen der drei Typen zu passen. Das nördlichste ostdeutsche Bundesland schien gekennzeichnet durch eine Geringschätzung politischer Umbrüche, bedingter Inkaufnahme von Grundrechtsverletzungen und hoher Akzeptanz des konstitutionellen Wahlregimes. Auch Sachsen-Anhalt weist noch sozialistische Wertmuster auf und verbindet sie mit dem Festhalten des Status quo und der Sehnsucht nach einer Expertenherrschaft. Als wichtigste Ursachen für regionale Unterschiede erscheinen die wirtschaftlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten im Bundesgebiet. Die zweite viel bemühte Variable „Religion“ scheint auch im Generationenwechsel im Osten nicht zu einer Verringerung des Laizismus zu führen. Gleichwohl sinkt im Osten der Einfluss der DDR-Vergangenheit und der Religion. Damit werden weitere Faktoren an Einfluss gewinnen: Bildung und Urbanität vor allem. Sie wirken im Westen wie im Osten, zumal etwa im Ruhrgebiet in einigen Städten ein unterentwickeltes „ostdeutsches“ Niveau entsteht.

Die Studie überwindet die herkömmlichen Ost-West-Thesen. Die intellektuelle Redlichkeit des Verfassers nimmt alle möglichen Einwände vorweg und diskutiert zahlreiche offene Fragen. Das macht es Laien nicht leicht das Buch zu lesen, zumal die Diskussion der Literatur unerschöpflich ist. So weist Mannewitz darauf hin, dass die Forschung sich zu sehr auf „Themen der Stunde“ konzentriert und tiefer liegende Werte selten Aufmerksamkeit erlangen. Er gibt zu, dass es oft nicht möglich ist, diese anders als über die Messung von Einstellungen zu dokumentieren. Auch Antwort-

verzerrungen sind nicht ungewöhnlich, etwa durch die „Tendenz zur Mitte“. Interviewzahlen sollten nach dem Vorbild der Bertelsmann-Stiftung erhöht werden. Den Gegensatz von qualitativ-historischer und quantitativ-vergleichenden Ansätzen empfindet Mannewitz ebenso als unbefriedigend. Die Mängel und Meriten des Rational-Choice-Ansatzes und der sozialpsychologischen Erklärungsansätze als indirekter Prädiktor für das Wahlverhalten werden verständnisvoll analysiert.

Es gibt nach dieser bahnbrechenden Studie keinen krassen Ost-West-Gegensatz, sondern verschiedene Graustufen, die vor allem das wirtschaftliche Niveau der Regionen widerspiegeln. Erfreulicherweise schlägt der Autor am Ende die Brücke zur Praxis: Er plädiert auf Basis seiner Ergebnisse für einen „Solidarpakt für strukturschwache Regionen“, der die Politik im Ost-West-Verhältnis effektiv verändern könnte.

Klaus von Beyme

Renate Martinsen (Hrsg.), *Ordnungsbildung und Entgrenzung. Demokratie im Wandel*, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 261 S.

Die Beiträge des prominent besetzten Bandes verfolgen ein doppeltes Erkenntnisinteresse. In Anlehnung an den ‚constructivist turn‘ stehen die Bedingungen der Möglichkeit von Erkenntnis ebenso im Fokus, wie konkrete politikwissenschaftliche Fragestellungen: „In den Beiträgen des Bandes geht es darum, das Verständnis der theoretisch gehaltvollen Begriffe ‚Ordnungsbildung‘ und ‚Entgrenzung‘ aus gesellschafts- und politiktheoretischer Warte zu vertiefen und zugleich anhand des Themenschwerpunkts ‚Demokratiewandel‘ zu beleuchten.“ (S. 13). Politischer Wandel im Sinne eines kontinuierlichen Prozesses der Ausdifferenzierung, so die Herausgeberin in ihrer Einleitung, sei ein zentrales Merkmal zeitgenössischer Staatlichkeit. Die Demokratie als Herrschaftsform ist insofern gut geeignet, diesen kontinuierlichen Prozess strukturell einzufangen, weil sie selbst ein Produkt gesellschaftlicher Differenzierung sei.

Vor diesem Hintergrund geht Ludger Heidbrink in seinem Beitrag der Frage nach, ob die liberal verfasste Demokratie nach zwei erfolgreichen Jahrhunderten aktuell nicht an ihre Grenzen stoße und in ein „postliberales Stadium“ (S. 97) eingetreten sei. Die Einschränkung individueller Freiheitsrechte zeichne dieses Stadium ebenso aus, wie die Abnahme sozialer Gleichheit, die Zunahme von Unsicherheit und die Fragmentierung demokratisch verfasster politischer Prozesse. Daraus zeitdiagnostisch eine „Wiederkehr des Politischen“ (S. 99) zu folgern, die zwar unter wesentlich prekären Bedingungen, jedoch gestützt durch eine hinreichende Selbstbindung der Individuen immer noch in den Lage sei, demokratische Strukturen hervorzubringen, erscheint recht kurz gegriffen. Zwar betont Heidbrink ausdrücklich, dass der Postliberalismus eine Antwort auf die Frage nach dem Regieren finden müsse. Dass diese Antwort aber auch autoritär – und damit antiliberal und anti-politisch – ausfallen könnte, hätte ein weiteres Ausbuchstabieren verdient gehabt.

Christiane Bausch untersucht in ihrem Beitrag den überaus wichtigen Effekt, den derzeit Migrationsbewegungen auf den Zustand westlicher Demokratien ausüben. Ausgehend von der Feststellung, dass Andersartigkeit diskursiv konstruiert wird, folgert sie aus postkolonialer wie feministischer Perspektive, dass Inklusion und Exklusion in demokratische Gemeinwesen immer politisch aushandelbar sind. Dass wiederum bedeutet, dass die Zuerkennung von politischen Teilhaberechten nicht nur Staatsbürger_Innen zukommen dürfe. Gerade Migranten als einer „strukturell benachteiligten Gruppe“ (S. 236) mit spezifischen Interessenslagen dürfe der Zugang zu demokratischer Mitgestaltung nicht verwehrt werden. Das gelte insbesondere dann, wenn die mit der Zuschreibung von Andersartigkeit einhergehende Subjektivierung als das erkannt werde, was sie eigentlich ist: eine illegitime und zudem destruktiv wirkende Form der Ausgrenzung.

In der Summe zeigt sich, dass die Reflexion über die fluiden Bedingungen demokratischen Regierens in der Gegenwart überaus fruchtbar sein kann. Selbst wenn man nicht jede Diagnose teilen mag, so bietet die konstruktivistische Perspektive, die die Beiträge einnehmen, dennoch einen ebenso unschätzbaren wie schlichten Vorteil: nämlich den, die politischen wie gesellschaftlichen Dinge anders zu sehen.

Matthias Lemke

Undine Materni/Heike Stephan (Hrsg.), *Die Bewaffnung der Nachtigall, Tagebücher von Klaus Renft 1968-1997*, Berlin 2015 (*BuschFunk Musikverlag*), 239 S.

Die Geschichte von Nonkonformität, Opposition und Widerstand in der DDR ist mindestens genauso lang wie die Geschichte des Staates selbst. Darin eingebettet hatte die Klaus-Renft-Combo immer einen exotischen Platz mit Kult-Status. Der Studie geht es zunächst um den Bandgründer Klaus Renft selbst, in dessen Lebenslauf sich die Geschichte der Band allerdings spiegelt.

Undine Materni kommt aus dem Literaturbetrieb. Ihre Mitherausgeberin, Heike Stephan, war Renfts Lebensgefährtin während seiner letzten neun Lebensjahre. Der Erscheinungszeitpunkt scheint exakt auf den 40. Jahrestag des Verbotes der legendären Band am 22. September 1975 abgestimmt zu sein, doch mag das eher Zufall sein. Im Untertitel wird die Lektüre von Renfts Tagebüchern der Jahre 1968 bis 1997 versprochen. Auch der Zeitgeschichtler und Beat-Fan Bernd Lindner meint in seinem allzu euphorisch geratenen Vorwort, die Tagebücher lägen „nun nahezu vollständig gedruckt“ vor. Bei näherer Betrachtung erweisen sich die Texte allenfalls als ausgesuchte Auszüge. Lediglich „allzu private Aufzeichnungen“ (S. 11) wollen die Herausgeberinnen gestrichen haben. Das Problem ist, dass dies undurchschaubar bleibt. Wenn die Textauswahl etwa furios auf kürzestem Raum von März 1991 zu März 1992 und sofort weiter zu März 1993 springt, dann müsste der Altrock-er Renft in jener Zeit ansonsten ausschließlich Intimitäten notiert haben. Hier geht es also eher im Schweinsgalopp durch die Zeitenläufe.

Die Herkunft des 1942 geborenen Klaus wirkt eher bedrückend. Es sind arme Verhältnisse und das Kind hat permanent Angst, ins Heim gesteckt zu werden. Frühzeitig lernt er die Kneipen in der Umgebung des Elternhauses kennen. Der leibliche Vater ist allenfalls Hassfigur; schon früh will Klaus dessen Familienname Jentzsch loswerden. Im gesamten Buch wird dieser Vater nur einmal ganz am Rande erwähnt, einzig ein Familienfoto mit ihm findet sich. Ab 1958 besteht für kurze Zeit eine erste Renft-Combo und im Herbst 1965 wird seine zweite Formation, „The Butlers“, aufgelöst. Bis Januar 1972 finden sich dann aber jene Musiker, die zur legendären „Klaus-Renft-Combo“ werden sollten. Ihr glamouröser Höhenflug in der ersten Hälfte der 1970er Jahre darf als allseits bekannt vorausgesetzt werden. Die Leipziger galten als der rebellische und gesellschaftskritisch ambitionierte Antipode zu den Ostberliner „Puhdys“. Da ist durchaus auch Geld da: Die Band besitzt einen Pkw „Sachsenring“ (21); Renft selbst kann in Ostberlin Baugrund erwerben und ein Eigenheim errichten lassen. Das passt nicht ins tradierte Klischee der Band. Aber für Renft ist dieses ausschweifende halbe Jahrzehnt der ausgelebte Kontrast zu den bedrückenden Verhältnissen seiner Jugend.

Die Texte lassen jegliche Reflexion darüber vermissen, welche Rolle er und die Band in der DDR eigentlich spielen. Ist ihre auf der Bühne ausgelebte Widerborstigkeit nicht genau jenes Überdruckventil, mit dem die realsozialistischen Machthaber überbordende Lebensfreude, Selbstbehauptungswillen und Fernweh einer ganzen Generation Jugendlicher gezielt zu kanalisieren vermögen? Ist diese Frage heute ausdiskutiert?

Natürlich war es nur eine Frage der Zeit, bis dieser sprichwörtliche Tanz auf viel zu dünnem Eis zum Einbruch führt. Das ist dieser 40. Jahrestag, an den die Publikation nun anknüpfen kann. Die anderthalb Jahrzehnte nach der Ausreise 1976 in den Westen werden für Renft zur wenig glamourösen Zitterpartie. Glanzvoll (und anrührend) wird erst wieder die triumphale DDR-Tournee im April/Mai 1990. Neben den permanenten Alkoholproblemen spitzen sich bald fortgesetzte Befindlichkeiten unter den Musikern zu. Es wird regelrecht zur Qual, nachträglicher Zeuge dieser verbiesterten Selbsterfleischung zu werden. Renft stirbt nach langem Krebsleiden am 9. Oktober 2006. Die Tagebuch-Auszüge enden bereits mit November 1997. Dann begann die Zeit mit seiner letzten Lebensgefährtin Heike Stephan. Aber wer vermag zu glauben, dass er in diesen fehlenden Jahren keine substanziellen Überlegungen mehr notiert hat?

Auf die Tagebuchauszüge werden andere Musiker mit ihren eigenen Memoiren antworten – auch als ein Korrektiv. Letztlich wird man sich weiterhin über Marginalien zanken. Es bleibt anderen Zeitgenossen überlassen, Rolle und Funktion unangepasster Rockmusik in der DDR zu verorten und (kontrovers) zu bewerten.

Matthias Kluge

Horst Meier, Verbot der NPD – ein deutsches Staatstheater in zwei Akten. Analysen und Kritik 2001-2014, Berlin 2015 (*Berliner Wissenschafts-Verlag*), 398 S.

Die abwehrbereite Demokratie verfügt über unterschiedliche Mechanismen, systemgefährdende Parteien von politischer Einflussnahme auszuschließen: Der politische Diskurs bietet den notwendigen Raum, um Wähler davon zu überzeugen, diesen Parteien kein Mandat zu erteilen. Darüber hinaus bleibt dem Rechtsstaat das denkbar scharfe Schwert des Parteienverbots.

Bislang gab es zwei erfolgreiche Parteienverbotsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland: Nachdem 1952 die Sozialistische Reichspartei verboten worden war, entschied das Bundesverfassungsgericht 1956, auch die Kommunistische Partei Deutschlands zu verbieten. In jüngster Vergangenheit entzündet sich die politische Kontroverse an der Verfassungsmäßigkeit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Nachdem ein erstes NPD-Verbotsverfahren im Jahr 2003 eingestellt worden war, beantragte der Bundesrat im Dezember 2013 erneut ein Parteienverbot. Ein Urteil durch das Bundesverfassungsgericht steht derzeit noch aus.

Der vorliegende Band versteht sich als „eine Art Lesebuch“ (S. 21) und versammelt Texte, Analysen und Kritiken aus den Jahren 2001 bis 2014, die sich mit dem Verbot der NPD befassen. Sowohl Meiers Texte, als auch andere Autoren, die Meier zu Wort kommen lässt, argumentieren gegen ein NPD-Verbot. Der Band liest sich daher wie ein Vademekum, das unterschiedliche Gründe anbietet, die gegen ein neuerliches Verbotsverfahren sprechen.

Aus Meiers Sicht wird die Gefährlichkeit der NPD vielfach überschätzt; es sei geradezu eine Paradoxie, „dass ihr lange währender Niedergang von einem unaufhalt-samen Aufstieg der Verbotsbegehren begleitet wird“ (S. 35). Weder im Programm noch in der politischen Tat sieht Meier ausreichend Gründe, die den Schluss einer Untergrabung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nahelegen: „Die Kleinstpartei NPD [...] ist, nüchtern betrachtet, dazu nicht in der Lage“ (S. 120). Man mag in den Zielen der NPD das hässliche Antlitz der Parteiendemokratie erkennen; dennoch ist es die Aufgabe aller Demokraten, „jede noch so anstößige Artikulation friedlicher Opposition als integralen Teil des politischen Wettbewerbs um Ideen und Mehrheiten zu begreifen“ (S. 89). Horst Meier befürwortet eine enge Auslegung des Art. 21 Abs. 2 GG, wonach ein Parteienverbot mit hohen verfassungsrechtlichen Hürden verbunden ist. Demnach sei es „schlicht indiskutabel“ (S. 40), eine Partei in präventiver Absicht zu verbieten. Hier gilt es, stets das Wechselspiel von Parteienfreiheit und Parteienverbot mitzudenken. „Um die NPD wäre es nicht schade, doch jedes Parteienverbot aktualisiert die Frage nach dem legalen Spielraum von Opposition“ (S. 114). Meier vertraut auf die Überlegenheit der politischen Debatte und gleichzeitig auf die Reife einer gefestigten und stresstauglichen Demokratie: „Das wiederkehrende Urteil der Wähler ist vernichtender als eines von Richtern jemals sein könnte“ (S. 347).

Insgesamt bietet der Band eine Fülle überzeugender Argumente gegen einen weiteren Verbotsantrag gegen die NPD. Allerdings wird Meiers Grundhaltung, die sich

aus staatsrechtlichen Überlegungen sowie aus liberal-demokratischen Überzeugungen speist, an einigen Stellen verwässert.

Als symbolischen Rahmen der bisherigen zwei Verbotsverfahren wählt Meier die Analogie eines Theaterstücks, wobei der erste und der zweite Akt in der Vergangenheit liegen. Das Bestreben, ein erneutes NPD-Verbotsverfahren zu forcieren, wird wie folgt kommentiert: „Im Deutschen Staatstheater wird vor vollem Haus das Schauspiel vom *Parteiverbot ohne Not* aufgeführt“ (S. 25). Diese süffisante Attitüde ist der Argumentation insgesamt abträglich. Daneben illustriert der Autor seine Texte mit eigenen, karikierend daherkommenden und sperrigen Fotos, die ebenfalls kaum als Argumentationsverstärker wirken. Dennoch ist Horst Meier die Zusammenstellung überzeugender Texte gelungen, die nicht nur ihre Leser in der Wissenschaft finden, sondern ebenfalls im Kreis von Staatsrechtlern genau rezipiert werden sollten.

Helge F. Jani

Horst Möller, Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, Berlin u.a. 2015 (*Piper Verlag*), 831 S.

Peter Siebenmorgen, Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß, München 2015 (*Siedler Verlag*), 768 S.

Franz Josef Strauß war unzweifelhaft einer jener Politiker, die die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich prägten. Mehr als vier Jahrzehnte gehörte er als Abgeordneter, Bundesminister für Atomfragen, für Verteidigung, für Finanzen, als Bayerischer Ministerpräsident und als CSU-Vorsitzender zu den zentralen Politikerfiguren des Landes. Als Intellektueller, Machtmensch und streitbarer Rhetoriker polarisiert Strauß bis heute. Erstaunlicherweise gab es lange Zeit keine gründliche Biographie dieses Mannes, sieht man einmal von seinen eigenen, unvollständig gebliebenen, *Erinnerungen* ab. Erst 2015, als der 1988 verstorbene Strauß 100 Jahre alt geworden wäre, wurden gleich mehrere Biographien publiziert.

Der Historiker Horst Möller legte pünktlich zum 100. Geburtstag ein geradezu monumentales Werk vor. Monumental ist nicht nur der Umfang des Werkes, sondern auch der Inhalt: Möller zeichnet auf 831 Seiten die Geschichte eines Politikers nach, dessen Biographie – „länger als die aller anderen Politiker der Nachkriegszeit“ (S. 9) – aufs Engste mit der deutschen Geschichte verwoben war. Möller geht im Wesentlichen chronologisch vor: Von der Kindheit über die „Lehrjahre in der Parteipolitik“ und als Minister in Adenauers Kabinetten und in der ersten Großen Koalition, bis hin zur Zeit als Oppositionspolitiker und als Ministerpräsident beschreibt der Historiker vor allem die politische Karriere des „bayerischen Kraftwerks“. Nur vereinzelt kommt Privates zur Sprache, etwa seine enge „Familienbindung“ (S. 297). Beindruckend ist das Quellenmaterial, zu dem Möller Zugang hatte: Über 300 Regalmeter umfasste der schriftliche Nachlass, den der Historiker auswerten durfte.

Schon nach wenigen Seiten Lektüre wird erkennbar, dass Möller Strauß mit großer Sympathie begegnet. Zwar werden in der Darstellung auch die Widersprüchlich-

keiten, Fehler und Skandale des CSU-Politikers nicht ausgespart, aber es sind vor allem die politischen Erfolge, die er herausstellt. Strauß wird z.B. als visionärer Verteidigungspolitiker beschrieben, dessen Leistungen beim Aufbau der Bundeswehr ihn zum „Baumeister der frühen Bundesrepublik“ (S. 288) gemacht hätten. In seiner Tätigkeit als Finanzminister (1966 bis 1969) habe sich seine „unbedingte Zukunftsorientierung“ (S. 412) gezeigt. Der von Strauß vermittelte Milliardenkredit an die DDR zählte nach Möllers Bewertung zu den „erfolgreichsten und nachhaltigsten“ (S. 615) deutschlandpolitischen Initiativen. Und die Entwicklung der CSU zur erfolgreichsten Partei in Bayern sei „wesentlich durch die Persönlichkeit von Franz Josef Strauß getragen“ worden (S. 688).

Dass der Politikwissenschaftler und Journalist Peter Siebenmorgen in seiner Biographie viel kritischer mit Strauß umgeht, erkennt man bereits an den Überschriften der Unterkapitel. Da ist von einer „verhängnisvollen Affäre“ die Rede (der Affäre um den *Spiegel*); Strauß sei „Im Abseits, zermürbt“ (nach dem Rücktritt als Verteidigungsminister) oder „Der traurige König“ (als Bayerischer Ministerpräsident).

Sprachlich ist dieses Buch ein Vergnügen. Aber Siebenmorgen verschweigt in den fast 770 Seiten nichts – weder die Skandale, die privaten Affären, die Alkohol-exzesse noch den Dauerkrieg mit Helmut Kohl. Er beschreibt Strauß als einen Mann, der „wie kein zweiter Politiker der bundesdeutschen Geschichte von seinen Passionen getrieben wurde“. Jedoch kann auch dieser Autor sich der Faszination nicht entziehen. Strauß sei „genial und brachial zugleich“ gewesen. Strauß' Rolle als „konservativer Modernisierer“ (S. 367) wird durchaus positiv gewürdigt. Im Gegensatz zu Möller sieht Siebenmorgen freilich den „Ausnahmepolitiker“, „dieses Jahrhunderttalent“, am Ende gescheitert: Als Ministerpräsident sei sein Leben „perspektivlos“ (S. 627) geworden. Zuletzt habe er nur „Trostpreise“ erlangen können.

Klaus Stüwe

Christoph Möllers, Die Möglichkeit der Normen. Über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität, Berlin 2015 (*Suhrkamp Verlag*), 464 S.

Unter einer Norm, die durch Verbindlichkeit zur Ordnung eines Gemeinwesens beiträgt, versteht Christoph Möllers in dem demokratietheoretisch ebenso wichtigen wie streitbaren Werk die „Möglichkeit einer abweichenden Weltbeschaffenheit“ (S. 14). Wer hier „schlechte“ Möglichkeiten (etwa aus der Geschichte) aufzählt, wird von ihm mit der Einschränkung der „positiven Markierung einer Möglichkeit“ (ebd.) beschieden und auf den Apostel Paulus verwiesen: Die Norm setzt eine Grenze zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll oder sein könnte. Vom optimistischen Blick durchdrungen, die Verwirklichung einer passablen Rechtskultur verändere die Welt, erfindet Möllers den Schalthebel eines „Realisierungsmarkers“ (S. 155). Im – modernen – Bewusstsein um die Vielfalt sozialer Normen erlaube dieser, durch Affirmation und Gewohnheit (S. 158 und 169), aber ohne zwangsläufig ein Subjekt zu haben und mit Sanktionsmechanismen bewährt zu sein (S. 162

und 171), zunächst die Norm als Norm erkennbar zu machen – etwa durch eine amtliche Verlautbarung. Sodann treten zeitlich und räumlich geprägte Formalisierungstendenzen ein; die Wirklichkeit der Normen ist – bei aller Weltkenntnis – für ihn ein juristisch in Gänze fassbares Problem.

Nicht jeder kann alternative Wege einschlagen (objektive Hinderungsgründe); umgekehrt gibt es viele, die an wichtigen Schalthebeln sitzen und ständig die „Weltbeschaffenheit“ ändern. Die Frage von Macht und Herrschaft bleibt bei Möllers merkwürdig blass, obwohl er teils von „Befehlen“ als Beispielen für diese „Marker“ spricht (der französische Philosoph Bertrand de Jouvenel gehört ausweislich seiner „Reinen Theorie der Politik“ von 1963 zu den wenigen Analysten dieses sozialen Interaktionsmusters). Den Leser wundert es, dass lebensnahe Szenen, die aus dem Konzept eine praktische Philosophie von Tragweite machen würden, zugunsten von allgemeinen Mechanismen zurücktreten. Und wo sich der einflussreiche Jurist in die Niederungen des Konkreten begibt, behandelt er die Kunstästhetik, eine Perspektive, die wohl dem prekär Beschäftigten im Kampf mit dem Sozialgesetzbuch oder dem Helfer in einem Flüchtlingsheim keine unmittelbar einleuchtende Handlungsmaxime darstellen dürfte.

Schwache empirische „Erkennbarkeit“ (S. 67) unterstellt Möllers den Theorien von Immanuel Kant, David Hume, Michel Foucault und „den“ Realisten in aller Welt. Begriffliche Hypothesen entdeckt er in der Anwendung des reinen Vernunftbegriffs – allerdings gemildert durch Jürgen Habermas' Theorie rationalen Handelns, das auf Verständigung zielt –, in Humes' „subjektiven Präferenzen“ wie in Foucaults „Präferenz für internalisierende Machttechniken“ (S. 88), daneben in der realistischen Vorliebe, Fakten zu Normen zu erheben. Die These „soziale Normen funktionieren anders“ (S. 95) bettet Möllers kaum in breite sozialwissenschaftliche Diskurse ein. Angelsächsische und französische Forschungen insbesondere zur Rechtsphilosophie zitiert er hingegen weidlich. Gerade weil Normen großteils festgeschriebene Verallgemeinerungen versinnbildlichen, z.B. was Eigentumsrechte oder die Ehe angeht (im zweiten Fall schmilzt der Konsens), sollte die Politikwissenschaft jene Normendebatte aufgreifen, die fragt, wie sowohl individuelle Freiheiten als auch allgemeine Regeln unter dem Dach der Norm vereinbar sein können.

Vermag Möllers den Anspruch einzulösen, ein Orientierungsmuster ohne Bezug auf Moral und rationale (und irrationale) Begründungen für soziale Festschreibungen zu bieten? Seine „Erträge“ lassen sich als eine Weiterentwicklung des Neopluralismus lesen: Bei allen Hierarchien innerhalb von normativen Ordnungen bleibt ihre – u.a. durch Orte und Traditionen bedingte – Heterogenität die wichtigste Eigenart, die es zu schützen gilt. Möllers tritt als Ethiker auf, dem Eigenverantwortung behagt. Mit Paulus soll jeder Mensch durch „Techniken der Selbstdistanzierung“ (S. 15), verstanden als Distanz zum Geschehen, sein Gewissen prüfen.

Sebastian Liebold

Ursula Münch/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Die neue Offenheit. Wahlverhalten und Regierungsoptionen im Kontext der Bundestagswahl 2013, Frankfurt a.M./New York 2015 (*Cambridge Verlag*), 388 S.

Michael Herrmann, Strategisches Wählen in Deutschland, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 149 S.

Oliver Strijbis/Kai-Uwe Schnapp (Hrsg.), Aktivierung und Überzeugung im Bundestagswahlkampf 2013, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 205 S.

Das Wählerverhalten in Deutschland gibt zunehmend Rätsel auf. Demoskopen kämpfen bei ihren Vorhersagen mit der Kurzfristigkeit und Volatilität von Wahlergebnissen. Die Erfolge kleiner Parteien und das Nicht- und Wechselwählen machen Vorhersagen über den Parteienwettbewerb risikoreich. Die Faktoren der Beeinflussung von Wählerentscheidungen nehmen nicht zuletzt mit der Pluralisierung der Medien (vom Internet bis zur Tageszeitung) ständig zu. Die drei hier betrachteten Bände bieten gut geeignete Hilfestellungen, um Facetten des Wählens besser zu verstehen.

Der von Ursula Münch und Heinrich Oberreuter editierte Sammelband widmet sich der Bundestagswahl 2013 in thematischer Breite. Neben Wahlergebnis und Wahlverhalten (auch mit drei Beiträgen von Vertretern der Meinungsforschungsinstitute) werden Wahlkampf, Parteiensystem und Regierungsbildung beleuchtet. Einige Beiträge sind zuvor an anderer Stelle erschienen. Die Aufsätze teilen nicht den gleichen Fokus. Meistens geht es darum, das Wahlergebnis und die Regierungsbildung zu verstehen, einige Male darum, Theorien zu testen. Der Band bietet insgesamt ein rundes Bild der Ereignisse und lenkt die Aufmerksamkeit auf Themen, die intensiver diskutiert werden sollten – wie die Annahmen zur „asymmetrischen Demobilisierung“ (Viola Neu), zur Politikverdrossenheit (Wolfgang Donsbach u.a.) und zur Entpolitisierung der Wahlkampfberichterstattung (Kerstin Reinisch).

Obwohl in diesem Band öfter einmal von strategischem Wählen die Rede ist, wird auf die Arbeiten von Michael Hermann kein Bezug genommen. Dieser hat frühere Beiträge und neuere Überlegungen zu diesem Thema in einem Bändchen zusammengestellt, das strategisches Wählen sowohl hinsichtlich der Erst- als auch hinsichtlich der Zweitstimme empirisch untersucht und eine mathematisch fundierte Theorie liefert. Sein Buch sollte im Zusammenhang mit dem Beitrag von Joachim Behnke im Band von Münch und Oberreuter gelesen werden, denn die Reform des deutschen Wahlsystems hat die Parameter strategischen Wählens entscheidend verschoben. Der beobachtete Anteil der strategischen Wähler war vorher in Deutschland mit ein bis drei Prozent bereits gering und dürfte, wenn sich das Wissen über das neue Wahlsystem bei den Wählerinnen und Wählern weiter verbreitet, noch mehr schrumpfen.

Oliver Strijbis und Kai-Uwe Schnapp präsentieren die Arbeiten eines einjährigen Forschungsseminars mit Studierenden der Universität Hamburg. Sie stellen diese in aller Bescheidenheit vor, die angesichts der Literaturlage der Beiträge angebracht ist. Allerdings sollte man diesen Band nicht als studentische Fingerübung abtun.

Hier wurde originell nachgedacht. Beispielsweise ermittelt der Band, ob für die Vorhersage von Wahlergebnissen neben Umfragen nicht auch Prognosemärkte, auf dem Internet basierende Finanzmärkte, herangezogen werden sollten. Auf kleiner empirischer Basis wird dies getestet, wobei sich, da es sich um Wetten auf das Wahlergebnis handelt, die Frage stellt, wieso die Autoren solche Wetten in der traditionellen Form, wie beispielsweise im Vereinigten Königreich, ignorieren. Originell, aber nicht überzeugend, ist die Suche nach einem Zusammenhang von Börsenkursen und Wahlergebnis. Da hätte es bessere Wirtschaftsindikatoren gegeben. Weiterführend ist aber das Bemühen um eine Typologisierung von Wahlkampfeignissen, um den Einfluss von Wahlkämpfen auf das Wahlergebnis besser zu verstehen.

Roland Sturm

Kari Palonen/José María Rosales (Hrsg.), *Parliamentarism and Democratic Theory. Historical and Contemporary Perspectives*, Opladen u.a. 2015 (*Verlag Barbara Budrich*), 324 S.

Holger Straßheim/Tom Ulbricht (Hrsg.), *Zeit der Politik. Demokratisches Regieren in einer beschleunigten Welt*, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 294 S.

2008 fragte *Der Spiegel* in einer Serie nach der Zukunft der Demokratie – er stellte dabei zwei Bilder gegenüber. Auf dem einen war eine bunte Gruppe Demonstrierender mit einem Transparent zu sehen, auf dem stand: „Flughafenausbau stoppen!“ – auf dem anderen Bild standen acht chinesische Polizisten inmitten von Glas, Stahl, Marmor und Beton des Pekinger Flughafens in Reih und Glied. Um Zivilgesellschaft und Demokratie schien es nicht zum Besten zu stehen.

An diesem Eindruck hat sich bis heute nicht viel geändert. Beim Parlamentarismus gehe es, wie Palonen und Rosales ausführen, um die argumentative Entfaltung und Regelung kollektiv verbindlicher Entscheidungsfindung. Im Zuge des „deliberative turn“ sei ihm ein zunehmendes Maß an Aufmerksamkeit zu Teil geworden. Eine Gruppe von Aufsätzen widmet sich dem gewandelten Bedeutungsspektrum von Parlamentarismus, der im 19. Jahrhundert stark abwertend konnotiert war. Joris Gijzenberg vergleicht Klagen über den Parlamentarismus in Westeuropa in der Zwischenkriegszeit. Von der Rechten wie von der Linken artikuliert, wird darin nicht die Abschaffung des Parlamentarismus als solchem gefordert. Vielmehr zielen sie auf eine Verbesserung repräsentativer Verfahren – mit Blick auf die politischen Parteien oder das Wahlrecht – und damit auf eine Stärkung der Demokratie ab. Insbesondere habe sich die Forderung einer nachhaltigen Stärkung der Exekutive gegenüber dem Parlament durchgesetzt. Andere Autoren umkreisen die Performanz parlamentarischer Systeme. Maija Setälä untersucht das Instrument deliberativer Mini-Publics. Diese könnten dann zu einem erheblichen Qualitätsanstieg demokratischer Entscheidungen beitragen, wenn sie einen festen Platz im Institutionengefüge zugewiesen bekämen, auch von Nichtregierungsvertretern einberufen werden könnten und für alle Bürger offen wären. Dadurch käme es zu einem intensiveren Austausch von politischer Öffentlichkeit und gewählten Repräsentanten. Ihre Anwendung, so räumt Setälä freilich ein, sei äußerst voraussetzungsreich. Aus Sicht der Herausgeber sei die parla-

mentarische Demokratie zwar nicht das schnellste System, wenn es um die Implementierung von Veränderungen gehe; es könne allerdings noch am besten mit Krisen umgehen. Ob das auch für die Schnelllebigkeit heutiger Gesellschaften gilt, lassen sie offen.

Straßheim und Ulbricht greifen diesen Aspekt auf, indem sie zeigen, dass Hartmut Rosas These von der allgegenwärtigen Beschleunigung auch vor der Demokratie nicht halt macht. Für die Systematisierung politischer Zeitanalysen – etwa im Multiple-Streams-Ansatz – gebe es zwei wichtige Gründe. Erstens sei angesichts immer dichter getakteter, komplexerer Entscheidungszusammenhänge die Zeit zu einer zentralen Ressource für politische Entscheidungsträger geworden, die Gelegenheitsfenster nutzen und Abläufe koordinieren müssten. Zweitens lägen immer mehr Gegenwartsdiagnosen vor, die jenseits einer Analyse von Zeit als politischer Ressource die Veränderung von Zeitlichkeit selbst problematisierten, indem sie auf die Entflechtung von gesellschaftlichen Problemdiagnosen und politischen Lösungen oder auf die vermeintliche Langsamkeit repräsentativ-demokratischer Entscheidungsfindungen hinwiesen. In methodologischer Hinsicht ragt der Beitrag von Henning Laux und Hartmut Rosa hervor, in dem ein epistemologischer Rahmen für politische Zeitforschung entworfen wird. Die „Vermessung demokratischer Zeitstrukturen“ (S. 68) anhand von Zeitdimensionen – Radius, Volumen, Tempo, Sequenz und Relation – macht deutlich: Eine angemessene Gegenwartsdiagnose des Politischen wird sich seiner gesellschaftlichen Einbettung nicht verschließen können. Wolfgang Merkel und Andreas Schäfer fügen noch hinzu: „Souverän ist, wer über die Zeit verfügt“ (S. 236). Mit der Forderung nach Effizienzsteigerungen allein, so ist dieser Satz zu deuten, ist politischen und vor allem demokratischen Entscheidungsprozessen nicht geholfen.

Matthias Lemke

Robert Philippsberg, Demokratieschutz im Praxistest, Deutschlands Umgang mit extremen Vereinigungen, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 386 S.

Die Renaissance der politik- und rechtswissenschaftlichen Untersuchungen im Umgang mit politischem Extremismus im demokratischen Verfassungsstaat erhält mit der Münchener Dissertationsschrift von Robert Philippsberg weitere Nahrung. Die Studie legt anhand einer Betrachtung des Umgangs mit rechts- und linksextremistischen, sowohl gewalttätigen als auch legalistischen Gruppierungen den Fokus auf die Praxis des Demokratieschutzes in Deutschland. Konkret betrachtet Philippsberg den Umgang sowohl von staatlichen wie von intermediären Akteuren (Parteien, Medien, Zivilgesellschaft) mit ausgewählten extremistischen Parteien, Vereinen und terroristischen beziehungsweise militanten Gruppen. Als Fallbeispiele wählt er aus dem Parteienspektrum die NPD, *Pro Deutschland*, die DKP und *Die Linke* aus, auf Vereinsebene die verbotene HNG und die Rote Hilfe sowie schließlich den NSU, die Revolutionären Zellen und die Revolutionären Aktionszellen als Beispiele für

militante oder terroristische Formationen. Die Datengrundlage besteht einerseits aus einem reichhaltigen Konvolut an Experteninterviews mit aktiven und ehemaligen Akteuren aus Politik, Journalismus, Wissenschaft und Behörden. Andererseits nimmt Philippsberg eine ebenso mühsame wie verdienstvolle Auswertung von Parteiprogrammen, -websites und -zeitschriften sowie der Tages- und Wochenpresse vor – von der *Jungen Freiheit* bis zur *Jungen Welt* und so gut wie allem, was politisch dazwischen angesiedelt werden kann. Eine derart detaillierte Untersuchung relevanter Teile der öffentlichen und veröffentlichten Meinung in diesem Themenfeld war zuvor nicht auffindbar.

Die Ergebnisse sind gleichwohl wenig überraschend: Dogmatischer Extremismus erfährt staatlicherseits eine umfassende Abgrenzung, während gemäßigt extremistisch auftretende Akteure mit einer partiellen Abgrenzung umgehen müssen und militante oder terroristische Gruppen repressiv bekämpft werden. Ob sich Parteien oder die Medien mit extremistischen Organisationen befassen, hängt von deren politischer Relevanz ab. Zivilgesellschaftliche Initiativen kümmern sich zuvörderst um den Rechtsextremismus und weniger bis gar nicht um linksextremistische Bestrebungen (vgl. S. 327-334). So weit, so erwartbar.

Was bisweilen etwas überrascht ist die mangelnde Kenntnisnahme der neueren Forschung zur streitbaren Demokratie, die als theoretisches Konzept in der vorliegenden Studie fast keine Rolle spielt. Anstatt auf den Vorarbeiten von Markus Thiel, Otto Pfersmann, Gregory H. Fox/Georg Nolte, Martin Klamt und anderen aufzubauen, betrachtet Philippsberg die streitbare Demokratie der Alltagssprache entsprechend bloß als Bezeichnung des deutschen Demokratieschutzmodells und nicht als allgemeinen Untersuchungsrahmen für den Umgang mit Extremismus in Demokratien. Demokratietheoretische Fragestellungen sucht der Leser nahezu vergebens. Auch was die Begrifflichkeit des politischen Extremismus angeht, bleibt die Studie hinter ihren Möglichkeiten zurück: Dass die vergleichende Extremismusforschung „radikale Kritik und das Ansinnen nach weitergehender Partizipation [...] eher skeptisch beurteilt und gegebenenfalls als Gefahr einstuft“ (vgl. S. 47), ist in dieser Pauschalität keine triftige Aussage, die überdies nicht mit Beispielen belegt wird. So bleibt auch die Darstellung der extremistischen Landschaft analytisch eher schwach. Der Autor macht sich kaum Mühe zu begründen, warum er Organisationen als „extremistisch“ oder „zumindest teilweise extremistisch“ (vgl. S. 85 ff.) bezeichnet (vgl. S. 85-113). Die Lektüre hinterlässt daher einen zweischneidigen Eindruck: Eine beeindruckende Materialfülle geht mit analytischen Defiziten und mitunter mangelndem Mut zu klaren, begründeten Urteilen einher. Einer eventuellen Neuauflage ist zudem ein intensives Lektorat zu wünschen.

Gereon Flümman

Donatella della Porta/Mario Diani (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Social Movements*, Oxford 2015 (*Oxford University Press*), 835 S.

Die Publikation einschlägiger Einführungen, Lehrbücher, Fachzeitschriften und Handbücher ist ein Beleg dafür, dass sich ein wissenschaftliches Teilgebiet konsolidiert hat. Hätte es für das Themenfeld soziale Bewegungen dafür noch eines Belegs bedurft, so ist er hiermit erbracht. Das Handbuch steht an der Seite ähnlicher Werke, insbesondere *The Blackwell Companion to Social Movements* (2003) und *The Wiley Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements* (3 Bände, 2013). Die beiden Herausgeber Donatella della Porta und Mario Diani sind renommiert und international bestens vernetzt. 83 Autorinnen und Autoren haben, einschließlich der Einleitung, 53 Beiträge verfasst. 38 Beiträger kommen aus den USA, drei weitere aus Kanada, der Rest ganz überwiegend aus Europa, darunter nur ein Autor aus Osteuropa. Dies spiegelt ein generelles Defizit des weitgehend von Europäern und Nordamerikanern besetzten Forschungsfeldes. Autorinnen und Autoren aus anderen Kontinenten sind in der sich als „international“ verstehenden Diskussion fast gänzlich abwesend. Insofern ist es dieses Handbuch ein Spiegel des Mainstream. Vertreten sind viele der älteren und erfahrenen Repräsentanten des Feldes (z.B. Sidney Tarrow und Bert Klandermans), daneben auch eine mittlere Generation (z.B. Olivier Fillieule und Francesca Poletta) sowie, durchaus erfreulich, ein gutes Dutzend von Beiträgern, die noch in einer frühen Phase ihrer akademischen Karriere stehen.

Die Einleitung ist zweigeteilt: In „Mapping the Field“ würdigen die Herausgeber dessen Etablierung und Ausdifferenzierung als eines eigenständigen wissenschaftlichen Gegenstandsbereichs; sie anerkennen zudem die enge Verbindung mit diversen Nachbarfeldern, darunter politische Partizipation, Interessengruppen, Nicht-Regierungsorganisationen und Kulturwissenschaften. Die Herausgeber haben bewusst davon abgesehen, die Entwicklung sozialer Bewegungen seit den letzten Jahrzehnten sowie einzelne theoretische Richtungen und „Schulen“ im Handbuch darzustellen. Im Mittelpunkt stehen vielmehr „the responses that social movement researchers have attempted to provide to a few key themes and issues, mapping some of the different lines of investigation that have developed in recent years“ (S. 6).

In „Expanding the Field“, dem zweiten Teil der Einleitung, verweisen die Herausgeber auf benachbarte Themen und Felder des Gegenstands soziale Bewegungen innerhalb und außerhalb der Soziologie und Politikwissenschaft. Daraus, in Verbindung mit den zuvor erwähnten Schlüsselaspekten, ergab sich die Gliederung des Handbuchs in insgesamt acht Teile, denen jeweils zwischen fünf und acht Beiträge zugeordnet sind. All dies lässt sich hier nicht im Einzelnen würdigen. Die Aufzählung der Teile vermittelt immerhin einen Eindruck der großen thematischen Spannweite: Core Theoretical Perspectives, Social Movements and Structural Processes, Micro-Dynamics of Contention, How Movements Organize, Repertoires of Collective Action, Cultures of Contention, Political and Non-Political Opportunities and Constraints, Movements' Contributions to Social and Political Change.

Der Band bietet einen ausgezeichneten Überblick zum Stand des Forschungsfeldes; er hat für Studierende, mehr noch Lehrende und Forschende, einen hohen Gebrauchswert. Entsprechend dem Charakter eines Handbuches werden Einblicke und Überblicke geboten, die, bezogen auf das jeweilige Thema, unausweichlich bestimmte Teilaspekte, darunter auch theoretische Präferenzen, privilegieren. Methodologische Fragen, die inzwischen in gesonderten Sammelbänden im Detail behandelt wurden, bleiben ganz ausgeklammert. Somit fehlt auch eine Reflexion darüber, inwieweit bestimmte Werthaltungen die Herangehensweise an den Gegenstand beeinflussen – ein Thema, das neuerdings Autorinnen und Autoren als „activist-researchers“ und „movement intellectuals“ aufgegriffen haben.

Dieter Rucht

Matthias Quent/Peter Schulz, Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 311 S.

Jan Ackermann/Katharina Behne/Felix Buchta/Marc Drobot/Philipp Knopp, Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 256 S.

Rasant steigt die Zahl rechtsextremistischer Attacken auf Asylbewerber und ihre zum Teil bewohnten Unterkünfte. Ein Teil der Täter scheint bis unter die Schädeldecke fanatisiert. Umso so wichtiger ist es, bereits auf lokaler Ebene Faktoren zu identifizieren, die Rechtsextremismus begünstigen oder hemmen. Dem widmet sich der Band „Rechtsextremismus in lokalen Kontexten“. Aus vergleichender Perspektive analysiert er rechtsextremistische Szenen in vier Thüringer Städten. Ein zentrales Ziel der Autoren besteht darin, einen auch praktischen Beitrag gegen Rechtsextremismus zu leisten.

Zu den Faktoren, die – bei aller lokalen Unterschiedlichkeit - Rechtsextremismus normalerweise hemmen, gehören u.a. Bildung, eine aktive Zivilgesellschaft, Engagement von örtlichen Verantwortungsträgern, ein hoher Kontroll- und Verfolgungsdruck durch die Polizei sowie berufliche Perspektiven und ein plurales Freizeitangebot für junge Leute. Zu den begünstigenden Faktoren zählen die Autoren demgegenüber lokale Autoritäten, die sich mehr um den Ruf ihres Ortes sorgen („braunes Nest“) als um minderheitenfeindliche Propaganda, Einschüchterungen und Gewalt. Dass vor einer Therapie gegen Rechtsextremismus eine sorgfältige Diagnose stehen sollte, hat das Beispiel „Sebnitz“ gezeigt. Die Autoren des Bandes drücken sich dafür, die zentrale und komplexe Frage zu beantworten, warum Rechtsextremismus in Ostdeutschland deutlich stärker verbreitet ist. Ebenfalls übergehen und unterschätzen die Autoren, wie wichtig es erfahrungsgemäß ist, eindeutige Demokraten für ein Engagement gegen Rechtsextremismus zu sensibilisieren und zu aktivieren. Das würde Glaubwürdigkeit, Akzeptanz und Effizienz von antiextremistischen Initiativen erhöhen. Hingegen gemeinsam mit linksextremen Sektierern gegen Rechtsextremismus vorzugehen, verschreckt viele Teile der politischen Mitte. Über weite Stre-

cken kratzen die unterkomplexen Analysen des Bandes letztlich nur wortreich und gedankenarm an der Oberfläche ihres wichtigen Themas.

Das Kernanliegen des Bandes über die „Metamorphosen des Extremismusbegriffes“ besteht dagegen darin, im Wandel der Zeit den Gebrauch des Extremismus-Terminus in Wissenschaft, Publizistik und Behörden zu untersuchen. Die Autoren unterstellen reflexartig zunächst eine Gleichsetzung „von rechts und links“ durch den Extremismus-Begriff, obwohl Vergleiche gemeinhin gerade keine Gleichsetzungen bedeuten, sondern neben Ähnlichkeiten insbesondere auch Unterschiede herausarbeiten. Daraufhin monieren die Autoren des empirisch nur schwach abgestützten Bandes, der – angeblich – gleichsetzende Extremismus-Begriff ziele einerseits darauf, „fortschrittliche“ Positionen zu diskreditieren, um andererseits rechtsextremistische Denk- und Handlungsmuster in der politischen Mitte zu vernachlässigen oder gar auszublenden. Im Widerspruch dazu unterscheiden sich Elemente rechtsextremistischen Denkens und Handelns in der Mitte quantitativ und qualitativ deutlich von mehr oder minder geschlossenen Weltbildern und einschlägigen Handlungsmustern lupenreiner Rechtsextremisten. Unterschiede zwischen Mitte und Rändern zu nivellieren, hieße daher, (Rechts-)Extremismus zu verharmlosen und den Extremismus-Begriff abzustumpfen. Selbst die Trennung der RAF-Gefangenen in Stammheim von normalen Kriminellen resultierte, so die Autoren, aus der Konzentration des Extremismus-Begriffs auf die politischen Ränder. Dass Baader, Ensslin & Co. Umgang mit normalen Kriminellen rigoros – und ziemlich erfolgreich – ablehnten, ignorieren die Autoren groteskerweise.

Harald Bergsdorf

Christoph Rohde/Jodok Troy (Hrsg.), Macht, Recht, Demokratie. Zum Staatsverständnis Hans J. Morgenthau, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 247 S.

Angela Marciniak, Politische Sicherheit. Zur Geschichte eines umstrittenen Konzepts, Frankfurt a.M./New York 2015 (*Campus Verlag*), 369 S.

Zwar lernt man früh von Max Weber, was „Machtpolitik“ ist und mit Ernst Fraenkel weiß man bald, dass Durchsetzung von Interessen untrennbar mit der Demokratie verbunden ist, einen guten Ruf hat deshalb Morgenthau noch lange nicht. Der vorzügliche Sammelband von Rohde/Troy bündelt endlich die Diskussion um eine „neue“ Rezeption: Ob nun Weber, Fraenkel oder eben Morgenthau – alle waren Verfechter der liberal-parlamentarischen Demokratie und begriffen den „realistischen“ Ansatz als Bedingung, obrigkeitsstaatliche bzw. totalitäre Vorstellungen zu überwinden. Die NS-Diktatur betrieb ja nicht „Realismus“, sondern war hochideologisiert und Morgenthau habe als demokratischer Emigrant hierauf eine Antwort gesucht. Er sei, so Behr, ein „Kritiker des Nationalstaates und Nationalismus“ (S. 163) und habe die Schmittsche „Freund-Feind“-Formel „als gefährliche Verengung der Vielfalt und Offenheit“ (S. 165) und metaphysische Substanzialisierung von Politik scharf kritisiert. Auch der Neo-Realismus sei einer reduktionistischen Ontologisierung erlegen. Für Morgenthau beinhalte das „national interest“ nur ein historisch gebundenes

Konzept zur Analyse des Nationalstaats, der als Monstrum auch in normativer Hinsicht zu überwinden sei. Wie beim Machtrealismus und Interessenpluralismus Kelsens ging es ihm um die Existenz einer Demokratie „among nations“, die halbwegs zivilisiert agieren sollten, weil sie die eigenen und anderen Interessen „realistisch“ beurteilen. Selbst im anglo-amerikanischen Raum, wo „Macht und Frieden“ zur Pflichtlektüre zähle, sei wegen dieser fehlenden Differenzierung von „Macht“ im analytischen und im normativen Sinne die Rezeption durch die „Neo-Realisten“ verfälscht worden. Morgenthau, so Kindermann, „litt lebenslang unter dem Fehlurteil er sei ein ‚Apologet‘ der Machtpolitik“ (S. 21). Gegenüber Kissinger, der sich als „Realpolitiker“ mit ihm einig glaubte, habe er diese halbierte Lesart ausdrücklich zurückgewiesen (vgl. Behr, S. 170). Hier erinnert Reichwein an Morgenthaus Ablehnung des Vietnamkriegs. Die „Verbreitung demokratischer Werte [...] durch militärische Zwangsmaßnahmen erachtete“ er als „radikale Form der Fremdbestimmung“ (S. 105 f). Der Vietnamkrieg habe den USA als demokratisches Vorbild nur geschadet. Kein Wunder, dass er, als „Linker“ gemobbt, schließlich seinen Einfluss als außenpolitischer Berater eingebüßt habe. Und mit mehr „Morgenthau“ wären uns wohl, so Rhode, die ideologisierten Abenteuer der Neocons im Mittleren Osten erspart geblieben (vgl. S. 90).

Auch innenpolitisch lässt sich von Morgenthau in einem Land lernen, das dauernd auf der „Suche nach Sicherheit“ (Conze) zu sein scheint und dessen „German Angst“ zum geflügelten Wort wurde. Marciniak untersucht „Sicherheit“ ideengeschichtlich-theoretisch anhand dreier Vordenker: Hobbes – Bentham – Morgenthau. Alle hätten ihr Denken in Epochenumbrüchen entfaltet: angesichts von Bürgerkrieg und Säkularisierung, Liberalismus und Industrieller Revolution bzw. Weltkrieg und atomarer Bedrohung. Bei Hobbes führe die kreatürliche Furcht um das nackte Leben zum „sterblichen Gott“ des absoluten Leviathan; bei Bentham das Misstrauen gegen den Mitmenschen zur Idee der allgegenwärtig-präventiven Sicherheitsgesellschaft, die in seinem „Panoptikum“ ikonografischen Ausdruck bekommen hat. Morgenthau kommt am Besten weg. Seine „Sicherheit“ zielen demgegenüber auf die realistisch-pragmatische Balancierung von Risiken. So könne „Sicherheit überhaupt nur noch in einer angemessenen Form des Umgangs mit Unsicherheit bestehen“ (S. 350) und müsse in einer Demokratie prozedural immer neu ausgehandelt werden.

Robert Chr. van Ooyen

Alvin H. Rosenfeld, Das Ende des Holocaust, Göttingen 2015 (*Verlag Vandenhoeck & Ruprecht*), 273 S.

Wie vermittelt man den Holocaust einem amerikanischen Farmer aus Midwest ebenso ansprechend wie einem Afroamerikaner oder einem Asian-American? Das Holocaust-Museum in Washington D.C. erhielt deshalb eine klassische amerikanische Triumphalisierungsgeschichte, die man von anderen Gedenkstätten des Landes her kennt. Die Narration, die sich zuerst an die düsteren Fakten hält, musste zwangsläufig

fig in einer positiven Botschaft enden: dem Überleben nach dem Holocaust und dem Neuaufbau einer Existenz als Neubürger in den USA. Der amerikanische Besucher verlässt das Museum in dem stolzen Gefühl, einer wunderbaren Nation anzugehören, die die Rechte und Freiheiten aller Menschen gewährt. Hat er irgendetwas vom Holocaust gelernt oder ist der einzige Effekt seines Besuchs die Selbstvergewisserung seiner eigenen Überlegenheit? Das ist die Frage.

Alvin H. Rosenfeld untersucht das „Erzählen“ des Holocaust, also die Art und Weise, wie dieses Jahrhundertverbrechen heute kommuniziert wird. Dabei betont er die zentrale Rolle, die Medien, Kunst und Kultur bei der Vermittlung des Holocaust zukommt. Kaum einer hat je ein wissenschaftliches Werk zu diesem Thema gelesen – sehr zum Bedauern des Fachhistorikers –, doch hat fast jeder einen fiktionalen Film zur Ermordung der europäischen Juden gesehen. Die beständige Um- und Neuinterpretation des Topos führe deshalb dazu, so Rosenfeld, dass unser Verständnis des Holocaust nicht nur im Fluss, sondern zudem von unseren kulturellen Normen abhängig sei.

Mannigfaltige Beispiele führt Rosenfeld dazu aus Kunst und Literatur, aber auch aus der Fachdebatte an, um seine Hauptthese zu untermauern: Der Holocaust werde immer weniger in seinem eigentlichen Schrecken dargestellt, sondern vielmehr bagatellisiert, instrumentalisiert, trivialisiert und manchmal sogar verfälscht: Das Ende des Holocaust sei nahe. Man mag Rosenfeld in vielen seiner Ausführungen durchaus zustimmen, besonders da er mit viel Herzblut bei der Sache ist, doch verharret er letztlich auf einem recht banalen Niveau. Vielfach referiert er seitenlang Geschmacklosigkeiten einzelner Autoren, die sich aber glücklicherweise kaum verallgemeinern lassen. Das Werk erscheint damit als engagiertes Pamphlet, dem man in vielen Details zustimmen mag. Doch fehlen eigene analytische Einordnungen beinahe völlig. Das Buch stützt sich weitgehend auf die Interpretationen von renommierten Forschern zur Erinnerungskultur. Zudem fehlt dem Autor grundlegendes Wissen zur Erinnerung an den Holocaust. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Hinblick auf Deutschland etwa glaubt er das Land immer noch auf dem Niveau des Historikerstreits der 1980er Jahre verharrend. Kein Wunder, denn die von ihm als Beleg verwendete Literatur ist auch zumeist ein Vierteljahrhundert alt.

Problematisch ist zudem seine Interpretation des brutalen Ausrottungsversuchs an den europäischen Juden. Diesen bezeichnet er als „Raserei“ und „unkontrollierten emotionalen Ausbruch“ (S. 53). Diese Analyse greift jedoch erschreckend kurz und ignoriert langjährige Forschungen zu Entstehungsbedingungen des Massenmordes, auch wenn sich das ungeheuerliche Verbrechen nie gänzlich wird begreifen lassen. Die jahrhundertelangen Pogrome gegen Juden könnte man vielleicht als „Raserei“ titulieren, der industrielle Massenmord des Holocaust unterscheidet sich aber von diesen gerade durch seine kaltblütige „Rationalität“, selbst wenn in Teilen, z.B. in Litauen, gezielt auf Pogromstimmungen gesetzt wurde.

Allein Verwunderung verbleibt, wenn Rosenfeld sich abschließend dem „2. Holocaust“ zuwendet – einem befürchteten militärischen Angriff Irans auf Israel mit dem schrecklichen Ziel, die „Juden zurück ins Meer zu treiben“. Dann tappt er in die

gleiche Falle, die er anderen vorwirft: Denn was stellt dieser gedankliche Konnex zwischen der Ermordung der europäischen Juden und einem Krieg zwischen Iran und Israel anderes dar als eine Bagatellisierung und Instrumentalisierung des Holocausts?

Michael Mayer

Frank Schirrmacher (Hrsg.), *Technologischer Totalitarismus. Eine Debatte*, Berlin 2015 (*Suhrkamp Verlag*), 283 S.

Florian Süssenguth (Hrsg.), *Die Gesellschaft der Daten. Über die digitale Transformation der sozialen Ordnung*, Bielefeld 2015 (*transcript Verlag*), 285 S.

Die digitale Revolution ist in vollem Gange. Beide Bände beschäftigen sich mit der Analyse ihrer Auswirkungen und präsentieren auf unterschiedliche Weise einen vielschichtigen Blick auf diese Diskussion. Beide Bände eint die Grundanlage, statt eines fächerverbindenden Ansatzes anhand eines Nebeneinanders verschiedener Disziplinen differenzierte Sichtweisen zu präsentieren; dagegen unterscheiden sie sich maßgeblich in ihrem Ziel und in ihrem Gehalt.

Frank Schirrmachers reicher Verdienst um die kritische Auseinandersetzung mit der Digitalisierung rührt wesentlich daher, diese Debatte mit einer Vielzahl führender Stimmen aus Politik, Publizistik, Wirtschaft und Journalismus geprägt und das Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als ihren Austragungsort etabliert zu haben. Sein Band sammelt diese Beiträge aus dem Jahr 2014 in chronologischer Reihenfolge, beginnend mit Martin Schulz' Aufruf, die Folgenabschätzung des digitalen Zeitalters normativ zu gestalten. Die bereits dem Titel innewohnende gefährvolle Kulisse bestimmt große Teile der Aufsätze. So beschreibt Shoshana Zuboff die technologische Revolution als einen „kollektiven faustischen Albtraum“ (S. 39), Michael Ignatieff stellt Überlegungen an, wie „die Demokratie die Technologien zähmen kann“ (S. 53), und Gerhart Baum spricht der Europäischen Gemeinschaft „bei der Bändigung der Datenmärkte eine Schlüsselfunktion“ (S. 58) zu.

Neben diesen und anderen technikkritischen Essays ringen im lesenswertesten Abschnitt des Buches unter anderem Mathias Döpfner, Joaquín Almunia und Francisco Pinto Balsemão – als Reaktion auf einen Artikel von Eric Schmidt, dem damaligen Executive Chairman und vormaligen CEO von Google – um neue publizistische Geschäftsmodelle und den Einfluss von Verlagen und Medienunternehmen im digitalen Zeitalter. Dennoch verliert sich die in Buchform gegossene Feuilletondebatte mangels Strukturierung bisweilen in der Fülle der Themen zwischen Datenschutz, E-Democracy und Wettbewerbsrecht. Sie bildet damit gleichwohl einen authentischen Überblick über den häufig selbstreflexiven Digitalisierungsdiskurs.

Florian Süssenguth zeigt den Umgang mit dieser Debatte in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen auf und versammelt neben innersozialologischen Kontroversen auch Befunde aus den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Dabei bestehen die einzelnen Beiträge, die aus einer Summer School zur digitalen Demokratie hervorgingen, durch ihre unpräntiösen Analysen, welche sich wohltuend von sons-

tigen vordergründig bedeutungsschweren Abhandlungen zur Digitalisierung abheben. Besonders aus dieser Perspektive irritiert indes die Wahl des Titels, will Süssenguth doch explizit dem Versuch widerstehen, „die vielfältigen Effekte der Digitalisierung durch das Ausrufen einer Gesellschaft der Daten [...] auf eine eindeutige Zeitdiagnose zu reduzieren“ (S. 8). Dem Anspruch des Herausgebers, einen Mehrwert aus dem Nebeneinander der Disziplinen zu generieren, wird insbesondere der erste Teil des Bandes mit dessen informativen Untersuchungen theoretischer Zugänge gerecht. Die anwendungsorientierteren Beiträge unter der Überschrift „Data Trouble?“ im zweiten Teil neigen gleichsam dazu, im Rauschen der Buzzwords zu verhallen.

Robert Steudtner

Gregor Schöllgen, Gerhard Schröder. Die Biographie, München 2015 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 1038 S.

In die Kanzlerjahre Gerhard Schröders fallen Entscheidungen, die das Land nachhaltig verändert haben. Atomausstieg, Staatsbürgerschaft und Zuwanderung, Homo-Ehe, Steuerreform, Agenda 2010 – in der Summe ist ein Modernisierungsschub in Gang gesetzt worden. In krasssem Gegensatz dazu steht das sprichwörtliche Chaos, das seine Regierung so einmalig gemacht hat. Ihr vorzeitiges Ende liegt in der Logik des Anfangs. Selbst Schöllgen unterstellt keinen Plan, als Schröder nach der Kanzlerschaft griff. Wie aber kann sich einer bleibende Verdienste erwerben, der nach dem Prinzip Zufall und „instinktgesteuert“ (S. 945) regiert? Schöllgen findet Schröder großartig und nennt ihn beizeiten, kaum dass er Kanzler ist, einen „Staatsmann“. Bislang dachte man, ein Staatsmann versuche, die Wirklichkeit nach den historischen Möglichkeiten zu gestalten, und stehe nach der aktiven Zeit in hohem Ansehen. Für Schöllgen genügt es, wenn der Kanzler „im Kreis der Großen und Mächtigen erkennbar Respekt“ (S. 452) gewinnt und gute Figur macht.

Mit dem ungewöhnlichen Anspruch, *Die Biographie* geschrieben zu haben, unterstellt der Autor, es gebe keine andere Lesart. Dazu passt, dass er immer wieder Sätze einstreut, die nur eine Botschaft variieren: Schröder ist ein großer Mann. Wie in einem Protokoll wird der Lebensweg nachgezeichnet, chronologisch und kleinteilig, der Aufstieg aus Armut und familiärer Unordnung, der unbedingte Wille emporzukommen und etwas zu gelten, der Eintritt in die SPD, die auch eine andere Partei hätte sein können, die ideologischen Schlachten bei den Jusos, die er spielerisch, nach Maßgabe seines Fortkommens schlägt, die Karriere im Bundestag und in Niedersachsen, das bewegte Eheleben, die Kanzlerschaft mit Kriegen und „deutschem Weg“, Krisen und Krächen und jeder Menge Gesetzen. Das Warum wird nicht erörtert. Das Personal ist dem Autor alles. Wer Schröders Weg kreuzt, wird in immer gleichen Wendungen vorgestellt. Der Historiker Schöllgen mag die Historisierung nicht. Über die individualistischen 1968er, die Schröder auch repräsentiert hat – kein Wort. Dabei haben sie das einst solidarische Wesen der Sozialdemokratie außer

Kraft setzen müssen. Mehr Gemeinsamkeiten als mit Helmut Schmidt, den der Autor zu seinem Ahnherren stilisieren möchte, hatte Schröder mit Oskar Lafontaine. Es war kein Zufall, dass beide der deutschen Einheit nichts abgewinnen mochten, sich durch nichts und niemanden umstimmen ließen und 1990 in trauter Eintracht gegen die Währungsunion votierten. Schöllgen aber versteht sogar, dass der Ministerpräsident zuerst an „Niedersachsen und seine Menschen“ (S. 201) gedacht hat. Der Autor erhebt den Anspruch auf Vollständigkeit, unterschlägt aber, dass Willy Brandt Schröder eingeladen hat, ihn am 19. Dezember 1989 nach Magdeburg zu begleiten und Volkes Stimme zu hören. Für die Fotos hat Schröder posiert, gelernt jedoch nichts. Der Zusammenstoß zweier Egomane war unvermeidlich, zumal Lafontaine nur destruktiv agieren kann und von jedem Verantwortungsgefühl frei ist. Auch Schröders jahrelange Profilierung auf Kosten der Partei, die Hybris, Politik gleichsam im Alleingang betreiben zu können, mit Instinkt, aber ohne Einbindung, wären vor 1968 nicht möglich gewesen. Ausgerechnet den Arbeitsmarkt reformieren zu wollen, ohne die Gewerkschaften einzuweihen, das konnte nicht gut gehen. Tatsächlich hat in dem Unwillen vorauszudenken und der Unfähigkeit zu führen, das Chaos seine tiefere Ursache. Ein „Basta“ (S. 536) ist nun einmal keine Führung.

Den berüchtigten Auftritt nach der Wahl 2005 erklärt Schöllgen als Reaktion auf die Medienkampagne, die Schröder habe ertragen müssen. Was folgt, steht im Zeichen Putins und des Geldes und ist überraschend nur durch das Maß an Bewunderung, das der Biograf seinem Helden entgegenbringt. Schöllgen will Schröder überhöhen und macht ihn dadurch kleiner als angebracht.

Brigitte Seebacher

Gesine Schwan/Robert Menasse/Hauke Brunkhorst, Weil Europa sich ändern muss, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 118 S.

Peter Graf Kielmansegg, Wohin des Wegs, Europa? Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 162 S.

Ein „Weiter so“ im Projekt Europa kann es nicht geben, darin sind sich die vier Autoren einig. Ausgehend von ihrer großen Sympathie für die europäische Idee, liefern sie unterschiedliche Lagebeurteilungen und Entwicklungsempfehlungen. Die Politologin Gesine Schwan hofft in ihrem Interviewbeitrag, die Krise könnte einen neuen Anstoß geben, Gemeinschaftlichkeit auf das Tableau europäischer Debatte zu bringen. Nur wenn die teambildende, kooperative Potenzialentfaltung des Einzelnen (S. 33) in den Vordergrund rücke, könne jene „Kultur der Verantwortungslosigkeit“ (S. 31), die den Kern der Krise bilde, überwunden werden. Zudem gelte es, das dichotome Denkmuster – nationale Souveränität versus Kompetenzübertragung an die EU – mittels verschränkter Souveränität (S. 36) zu lösen: Europäische und nationale Parlamentarier sollten gemeinsam Beurteilungen zur Haushaltsaufstellung verfassen, auf diese Weise die regionalen Interessen mit dem europäischen Projekt verzahnen und es in die nationale Öffentlichkeit zu tragen.

Für eine verstärkte Diskussionskultur spricht sich auch der Soziologe Hauke Brunkhorst aus. Das Hauptproblem Europas offenbare sich im Ausschluss von Alternativen jenseits von Austerität und Wettbewerbsrecht. Die Elitenpolitik sei in der Verwaltung der „markt embedded states“ (S. 96) kaum noch handlungsfähig. Die Machtverlagerung hin zum Europäischen Rat, der weder auf nationaler noch europäischer Ebene wirksam kontrollierbar sei, aber bedrohe die Demokratie. Eine legitimierte politische Union lebe von der öffentlichkeitswirksamen Präsentation und Wahlmöglichkeiten klarer Alternativen. In jedem Fall gelte es, die Demokratie vor ihrem Verschwinden in der Technokratie zu bewahren.

Bei der schwindenden Problemlösungsfähigkeit der Nationalstaaten in länderübergreifenden Aufgaben setzt auch der Schriftsteller Robert Menasse an. Diese bildeten zusammen mit nationalen Sonderinteressen einen Grundwiderspruch, der sich symptomatisch in der Krise spiegele: Eine transnationale Währung ohne gemeinsame Wirtschafts- und Fiskalpolitik sei schlicht „Wahnsinn“ (S. 55). Folglich müsse das „nachnationale Europa“ (S. 58) vorangebracht werden, da sich die Idee der Subsidiarität – unter gemeinsamen europäischen Rahmenbedingungen etwa in der Sozial- oder Bildungspolitik – in kleineren Einheiten besser entfalte. Eine „Europäische Republik der vernetzten Regionen“ (S. 62) nehme Rücksicht auf die Vielfalt, ohne eine Supernation anzustreben.

Die Verschiedenheit von Kommunikations-, Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften innerhalb der EU ist auch in der Diagnose des emeritierten Politologen Peter Graf Kielmansegg zentral: Aufgrund dieser fehlenden kollektiven Identität entbehre die Entwicklung einer europäischen Demokratie ihrer eigenen Grundlage. Die Legitimität der europäischen Ordnung schmelze mit fortschreitender Integration dahin, wenn sich die politischen Gewichte zugunsten des Primates der Regierungen und der Sachzwänge verschieben. Diese These zieht einen roten Faden durch seine lehrreiche, siebenteilige Essaysammlung, in der es durch die lose Verknüpfung der Beiträge zu Redundanzen kommt. Sein Plädoyer für eine „lernende Europapolitik“ (S. 32) setzt auf die europäische Vorreiterrolle bei konkreten Projekten – etwa in der globalen Klimapolitik.

Graf Kielmansegg appelliert, Sozialwissenschaftler müssten sich ihrer Verantwortung stellen und zukunftsorientierte Beiträge leisten (S. 95). Vorbildlich und auf leicht verständliche Weise folgen die vier Autoren beider Bücher dieser Aufforderung. Zuweilen wünscht man, die Interviewten gingen ausführlicher auf einzelne Reformideen ein. So sehr ihre Schwerpunkte variieren, so sehr sind sie sich in ihrer Frage nach der Zukunft der Europäischen Union schließlich einig: Der mündige Bürger Europas soll ins Zentrum des Wandels rücken.

Sandra Wirth

Martin Sebaldt, Pathologie der Demokratie. Defekte, Ursachen und Therapie des modernen Staates, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 252 S.

Peter Rinderle, Demokratie, Berlin/Boston 2015 (*Verlag Walter de Gruyter*), 216 S.

Eine Besonderheit der neuen, schnörkellos geschriebenen Monographie des Regensburger Politikwissenschaftlers Martin Sebaldt besteht darin, „demokratische Defekte“ als „Pathologien“ zu kennzeichnen. Ziel seines Buches ist es, diese „Pathologien“ umfassend zu typologisieren. Der Zustand der „Gesundheit“ wird dabei nicht an einem normativen Ideal von Demokratie, sondern einer „funktional“ angelegten Argumentation gemessen (S. 50). Als Fluchtpunkt gilt die „evolutionäre Stabilität“ politischer Ordnungen bzw. deren „überlegene Fitness“ (S. 51). Der jeweilige Zustand der „Gesundheit“ lässt sich in diesem Kontext „als ‚goldene Mitte‘ zwischen zwei pathologischen Extremen begreifen“ (vgl. S. 67), so dass es zu jedem der von Sebaldt herausgearbeiteten (acht) Problemfelder je „zwei“ Pathologien gibt. Zu den Problemfeldern gehören demnach die Herrschaftsdelegation und die Differenzierung der Gesamtgesellschaft („Strukturen“), die Inklusion im Bereich der Willensbildung und die Flexibilität in der Normanwendung („Prozesse“) sowie die Frage der Ressourcenpflege, die Regulierungsdichte, die Systemintegration und die Identitätspflege bzw. Wertprägung („Funktionen“). Jedes dieser Problemfelder kann empirisch eine „pathologische Unterentwicklung“, eine „funktionale Mitte“ oder eine „pathologische Überentwicklung“ aufweisen. Dabei wird nochmals zwischen drei Ebenen je Problemfeld unterschieden: einer prinzipiellen Ebene, einer Handlungsebene und einer Demokratietypenebene. Das bedeutet z.B. im Falle des Problemfelds „Herrschaftsdelegation“, dass auf der Ebene der Prinzipien die „dosierte Treuhandschaft“ als „funktionale Mitte“ den pathologischen Extremen „Heteronomie“ und „Autonomie“ gegenübersteht. Auf der Ebene der „Handlungsmuster“ bildet dementsprechend die „responsive Eigenverantwortung“ die Mitte und steht den beiden Extremen „Kontrollmanie“ und „Kontrollphobie“ gegenüber. Auf der Typebene spricht der Autor im Idealfall von einer „treuhänderischen Demokratie“, die einem „imperativen“ Typ einerseits und einem „delegativen“ andererseits gegenübersteht. Dieses Muster buchstabierte Sebaldt im weiteren Verlauf seiner Studie für die restlichen sieben Problemfelder. Die daraus resultierende Typologie bereichert die Theorie „defekter Demokratien“ um eine neue funktionale wie inhaltliche Dimension und bietet eine vielversprechende Grundlage für weiterführende theoretische und empirische Studien. Freilich betont der Autor selbst, dass seine Modellierung (noch) daran mangelt, kein systematisches Set an Indikatoren zur Messung der Befunde bereitzustellen und keine Aussage darüber zu erlauben, ob sich die einzelnen Defektbefunde hinsichtlich ihrer jeweiligen „Letalitätsgrade“ (man könnte noch ergänzen: hinsichtlich ihrer Universalisierbarkeit) unterscheiden.

Einen stärker philosophisch-einführenden Charakter hat das schlanke Buch des Tübinger Philosophen Peter Rinderle mit dem schlichten Titel *Demokratie*. Rinderle geht den beiden Fragen nach: „Welchen Wert hat die Demokratie? Und wie sollten ihre Institutionen aussehen?“ Ähnlich wie Sebaldt betont Rinderle dabei die Not-

wendigkeit einer „Komplementarität“ institutioneller Arrangements, die gemeinhin als starre Dichotomien konstruiert werden (etwa „Partizipation“ und „Repräsentation“ oder „Mehrheitsprinzip“ und „öffentliche Deliberation“). Und warnt Sebaldt im Falle intergenerationeller Gerechtigkeitsansätze vor „Austerität“ und „Ressourcensucht“, spricht Rinderle von einer Vernachlässigung einer „Gegenwartsbetroffenheit“ (S. 163). Freilich thematisiert Rinderle als Philosoph auch Dichotomien mit normativer Bedeutung und stellt vor allem die Entgegensetzung von „intrinsischen“ und „instrumentellen“ Rechtfertigungen in Frage. Darüber hinaus sind vor allem die sehr gut begründeten Einwürfe gegen Ansätze lesenswert, die Demokratie durch nicht-elektorale Repräsentationen (z.B. mithilfe von „liquid democracy“ und Losverfahren) oder der Realisierung einer „globalen Demokratie“ zu erneuern suchen (vgl. S. 122-124 und 150-159).

Lazaros Miliopoulos

Markus Steinbrecher/Evelyn Bytzek/Ulrich Rosar/Sigrid Roßteutscher (Hrsg.), Europa, europäische Integration und Eurokrise. Öffentliche Meinung, politische Einstellungen und politisches Verhalten im Mehrebenensystem der Europäischen Union (= Sonderheft der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft), Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 237 S. **Nabila Abbas/Annette Förster/Emanuel Richter** (Hrsg.), Supranationalität und Demokratie. Die Europäische Union in Zeiten der Krise, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 235 S.

Die Europäische Union (EU) ist seit Jahren in der Krise. Sie ringt mit inneren und äußeren Bedrängnissen, deren Bedeutung für die Legitimation der EU ein Desiderat der Forschung ist. Die schwindende Zustimmung der Bürger aufgrund einer – so die Annahme – mangelnden demokratischen Legitimation und eines verloren gegangenen „permissive consensus“ (Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold) sind diskutierte Krisenphänomene. Beide Sammelbände wenden sich diesem Thema zu. Das von Markus Steinbrecher u.a. herausgegebene Sonderheft der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft geht auf die Jahrestagung des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einschätzungen“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 2013 zurück. Es befasst sich mit dem Verhältnis des Bürgers zur EU und versucht die Ursachen herauszuarbeiten, warum die Wahlbeteiligung sinkt, europäische Institutionen an Vertrauen verlieren und eine euroskeptische Stimmung für ein „relativ junges politisches System wie das der EU“ (S. 2) dauerhaft negative Wirkung haben kann. Das Heft „untersucht Positionen, Meinungen, Einstellungen und politisches Verhalten der Bürger und Bürgerinnen im Kontext der EU und der europäischen Integration“ (S. 2).

Der erste Teil legt den Schwerpunkt auf das Institutionenvertrauen, der zweite Teil befasst sich mit dem Einfluss von Eliten, mit der Wirkung von Parteipräferenzen auf die Wahlbeteiligung, mit dem Verhältnis zwischen Eliten und Bürgern sowie mit der politischen Kultur hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Legitimität der EU-Institutionen. Der dritte Teil nimmt die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Blick und fragt, welche Rückwirkung sie auf die Akzeptanz der EU hat. Hier wie auch in ande-

ren Beiträgen könnte sich bemerkbar machen, dass die Untersuchungen auf Daten basieren, die zwischen 2006 und 2009 bzw. bis 2012 erhoben wurden, d.h. vor den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) 2014. Die Wirtschaftskrise, die Folgen der Zuwanderung und internationale Konflikte haben sich erst nach der Datenerhebung voll nieder geschlagen. So provozieren fast alle Beiträge die Frage, welches Ergebnis die Studien heute bringen würden – schließlich haben in allen Ländern EU-Skeptiker und nationalistische Parteien Zulauf. Die von den Verfassern nicht in die Untersuchung einbezogenen Wanderungsbewegungen waren das schlagende Argument für die erfolgreichen Brexiteers.

Wie sich in dem supranationalen, nichtstaatlichen Mehrebenensystem der EU Legitimation herstellen lässt, behandelt der Band von Nabila Abbas u.a. Legitimationsdefizite des europäischen Regierens stehen im Zentrum des ersten Teils. Den Verfassern ist bewusst, dass die europäischen Institutionen aufgrund mangelnder Staatlichkeit anders bewertet werden müssen. Der zweite Teil setzt sich mit den Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Legitimation auseinander – die EU wird als neoliberales Unternehmen zur Herstellung von Marktfähigkeit verstanden. Der dritte Teil ist eine Suche nach Anknüpfungspunkten für Legitimität, z.B. beim EP oder in nationalen Parlamenten in Zeiten des intergouvernementalen Krisenmanagements. Der vierte Teil wendet sich möglichen Auswegen zu: durch eine Politisierung, durch Referenda oder durch öffentliche Konfliktaustragung. Richter merkt an, dass sich Demokratisierungsbestrebungen wohl „auf absehbare Zeit nicht plausibel auf die supranationale Integration projizieren lassen“ (S. 231). Der Widerspruch zwischen der Politik der Nationalstaaten, den Eingriffsrechten der EU Widerstand entgegen zu setzen, und dem Bedarf an besserer Legitimation der Entscheidungen aufgrund der Staatsähnlichkeit und Regelungsdichte der Union scheint sich nicht lösen zu lassen.

Beate Neuss

Roland Sturm, Die britische Westminsterdemokratie. Parlament, Regierung und Verfassungswandel, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 449 S.

Frank Decker, Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zur Theorie und Empirie, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 265 S.

Julian Krüper/Heike Merten/Thomas Poguntke (Hrsg.), Parteienwissenschaften, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 324 S.

Seit seiner Dissertation hat sich Roland Sturm als Fachmann für Großbritannien profiliert. Für seinen voluminösen Band zur Westminsterdemokratie hat er Publikationen der letzten 30 Jahre in überarbeiteter Form zusammengestellt. In der Einleitung (I.) zu „Regieren in der Westminsterdemokratie heute“ hebt Sturm das Verschwinden des „Westminstermodells“ durch verschiedene Wandlungen hervor. 27 Einzelbeiträge behandeln (II.) „Parlament und Regierung in der Westminsterdemokratie“, (III.) „Die Regierungszeiten von Tony Blair und Margaret Thatcher“, (IV.) „Devolution – der Weg des Vereinigten Königreichs zum ‚union state‘“ und (V.) „Die Nordirlandfrage – umstritten, gelöst?“. Abgrenzungen zwischen den Kapiteln bleiben va-

ge. So finden sich „Grundzüge des Regierens im Westminster-Modell“ in II.4, „Regieren in Großbritannien“ in II.8, „„Modernes Regieren“ in der Ära Tony Blair“ in III.8. Der Kenntnisreichtum der Texte ist evident, deren Einordnung dagegen nur schwer nachvollziehbar. Personen- und Sachregister fehlen; der Leser wird auf die lohnende Lektüre verwiesen.

Frank Deckers *Parteiendemokratie im Wandel* enthält Theorie und Empirie zur deutschen Parteiendemokratie. In Auseinandersetzung mit Giovanni Sartori bestimmt Decker „Partei“ als „mehr oder weniger festgefügt[en] Personenverband“ mit „gemeinsame[n] politische[n] Ansichten und Interessen“ und dem Ziel einer „Beteiligung an der staatlichen Herrschaft“ (S. 11). Decker will damit auch totalitäre Einheitsparteien erfassen, die er von Sartoris Begriff ausgeschlossen sieht, obgleich Sartori sein Kriterium der Wahl formal versteht „(free or unfree)“ und singuläre Parteien ausdrücklich einschließt. Die Abgrenzung von Parteien – bei Sartori durch Wahlen – fehlt bei Decker, der meint, nur einzelne „unbedeutende Parteien am Rande des politischen Geschehens“ nicht erfasst zu haben (S. 12). Democrats und Republicans in den USA werfen insoweit Fragen auf. Deckers Ansicht, konservative und faschistische Parteien gehörten der gleichen „Richtung“ an (S. 14), dürfte (Dimension „Verfassungsstaat“) Widerspruch auslösen. In seinen Ausführungen zu Parteiensystem und Parteien in Deutschland rät Decker zu einigen Veränderungen (Parteienfinanzierung, Partizipation, Bundesrat, Präsidentenwahl u.a.).

Der von Julian Krüper, Heike Merten und Thomas Poguntke edierte Band *Partei-
enwissenschaften* umfasst 14 Beiträge eines Symposions. Mit seinen historischen, politologischen, ökonomischen und juristischen Artikeln widerspricht er Klaus von Beyme, der Parteien als Forschungsobjekt „der Politikwissenschaft fast exklusiv überlassen“ sieht (S. 9). Dessen Beitrag „Zum Stand der Parteienforschung“ steht einführend neben Horst Dreiers Ausführungen zu Parteien in Weimarer Verfassungsrecht und Staatsrechtslehre. „Political Parties as Epistemic Actors“ (Michael Baumann/Geoffrey Brennan) sowie „Politische Parteien und Verfassungstheorie“ (Matthias Jestaedt) bieten „theoretische Perspektive[n]“; „Realbedingungen politischer Parteilarbeit“ (Integrationsfähigkeit von Parteien, direkte Demokratie, sozialer Wandel und Wahlsysteme) werden von Helmuth Schulze-Fielitz, Dian Schefold, Elmar Wiesendahl und Dieter Nohlen thematisiert, Parteiorganisation, Finanzen und Rechnungslegung unter „Rechtsbedingungen politischer Parteien“ behandelt. Zur „Zukunft der Parteien“ diskutiert Thomas Poguntke die „Präsidentialisierung“ des politischen Prozesses, Emanuel V. Towfigh die Gewaltenteilung und Dieter Grimm Parteien als Akteure einer transnationalen Öffentlichkeit in der EU – insgesamt ein breites Themenspektrum.

Jürgen Plöhn

Adam Tooze, Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931, München 2015 (*Siedler Verlag*), 719 S.

Klaus Weinbauer/Anthony McElligott/Kirsten Heinsohn (Hrsg.), Germany 1916-23. A Revolution in Context, Bielefeld 2015 (*transcript Verlag*), 266 S.

Axel Weipert, Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015 (*be.bra Verlag*), 476 S.

Während es erinnerungskulturell weiterhin gerechtfertigt erscheint, mit Blick auf die Umbruchphase am Ende des Ersten Weltkriegs in Deutschland von einer „vergesenen Revolution“ zu sprechen, so ist doch in letzter Zeit ein anwachsendes Interesse der Zeitgeschichtsforschung an ihr zu diagnostizieren. Das dürfte zum einen an der üblichen Jubiläumsdynamik liegen. Zum anderen erhalten revolutionäre Auf- und Umbrüche wieder mehr Aufmerksamkeit aufgrund aktueller zeitdiagnostischer Impulse und eines Gefühl neuer Verunsicherung. Da scheint es angebracht, auch die durcheinandergewirbelten und doch prägenden Zeiten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts von Neuem in Augenschein zu nehmen.

Der Yaler Historiker Adam Tooze vergleicht den Ersten Weltkrieg mit einer Sintflut, die eine Neuordnung der Welt geradezu notwendig machte. Er betrachtet dafür den Zeitraum bis zur großen Weltwirtschaftskrise am Anfang der 1930er Jahre. Als Kenner der deutschen Szenerie blickt er häufig ins Herz Europas, aber keineswegs ausschließlich. Denn Tooze verfolgt einen wahrhaft transnational-globalen Anspruch. Die Jahre zwischen 1916 und 1931 geraten bei ihm zu jener Schlüsselphase, in der Europa gegenüber einer neuen Pax Americana zurücktrat. Darunter versteht er weit mehr als internationale Politik; vielmehr die sich herausbildende und auch für die Problemgeschichte unserer Gegenwart relevante „Dominanz der amerikanischen, kapitalistischen Demokratie“, die auf „moralischer Autorität“, „militärischer Macht“ und „wirtschaftlicher Überlegenheit“ (S. 16 f.) beruht(e). Das alles klingt nicht ganz neu; und doch ist es die Akzentsetzung, denn Tooze streicht heraus, wie sehr die „westliche“ Demokratie nicht nur als Idee, sondern als Staat, Wirtschaftsverflechtung und Imperium den Ton angab. Er ist indes weit davon entfernt, aus dieser Konstellation heraus eine geradlinige, gar eine Erfolgsgeschichte zu schreiben, vielmehr widmet er sich zahlreichen Inkonsequenzen wie Ambivalenzen und jener „Hegemoniekrise“, die sich schon rund um die Friedensordnung von Versailles zeigte und noch stärker in den Jahren der „Great Depression“, die Extremisten Auftrieb verschaffte und die Nationalsozialisten an die Macht führen half.

Auch der Sammelband von Klaus Weinbauer u.a. setzt nicht erst 1918/19 ein, sondern betrachtet die deutsche Revolution *in Context*. Transformationen von (politischer) Gewalt, die in den Weltkrieg zurück reichen, ohne sich einfach aus ihm abzuleiten, geraten in diesem durchweg lesenswerten Band ebenso in den Blick wie nationale Grenzen überschreitende Vergleiche und Verflechtungen. Vor allem aber steht das Vorhaben in der Tradition einer „Kulturgeschichte der Politik“, die sich mit Kommunikation und Erfahrungsverarbeitung auseinandersetzt. Das Erschei-

nungsbild der Revolution als Massenphänomen, sich wandelnde Geschlechterrollen und das politische Wirken von Intellektuellen werden u.a. näher betrachtet.

Von letzteren und ihrer Organisation in „Räten geistiger Arbeiter“ handelt ebenfalls ein Kapitel in Axel Weiperts quellenbasierter Dissertation. Er zeichnet genauer als bisher die Rolle der Räte in einer Zeit nach, als die Arbeiter- und Soldatenräte ihre Hochphase schon hinter sich hatten. Einen zeitgenössischen Begriff aufgreifend spricht Weipert von einer „zweiten Revolution“, die indes keinem einheitlichen Programm folgte, sich vielmehr heterogen und widersprüchlich darbot und letztlich scheiterte. Diese gelungene Rekonstruktion von Räteambitionen führt uns gleichwohl vor Augen, wie sehr es noch die ersten Jahre nach dem Weltkrieg wiederzuentdecken gilt: als eine gestaltungs offene, aufregende Zeit voller Hoffnungen und Enttäuschungen.

Alexander Gallus

Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller, Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden, Dresden 2015 (ZVD), 78 S.

Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015 (transcript Verlag), 207 S.

Nach den ersten Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) im Herbst 2014 zirkulierte eine Reihe von Thesen zum Charakter der Bewegung: Die Teilnehmer stammten von den sozialen Rändern der Gesellschaft, besäßen einen geringen Bildungsgrad und hegten zumindest latent fremdenfeindliche Ressentiments. Erste wissenschaftliche Untersuchungen, die diese Annahmen diskutierten, ließen bis Januar 2015 auf sich warten.

Den Anfang machten die Dresdner Politologen Hans Vorländer, Maik Herold und Steven Schäller. Im Rahmen ihrer Studie wurden bei drei Demonstrationen in Dresden insgesamt 397 Personen befragt, um „einen aussagekräftigen Querschnitt der PEGIDATEilnehmer [...] zu erheben und dabei sowohl ihre soziodemographische Zusammensetzung als auch ihre zentralen Motivationen zu ermitteln“ (S. 12). Mancher Befund steht den bisherigen Annahmen entgegen. So stamme der durchschnittliche PEGIDA-Demonstrant aus der Mittelschicht; er sei männlich, rund 48 Jahre alt, gut ausgebildet, berufstätig und verdiene etwas überdurchschnittlich. Hinsichtlich der Motivation der Demonstranten überrascht, dass der plakative Mobilisierungsgrund – die „Islamisierung des Abendlandes“ – bei einer großen Mehrheit der Befragten keine Rolle spielte oder hinter anderen Protestgründen zurücktrat. Die meisten gaben an, zu demonstrieren, weil sie unzufrieden mit der Politik und den Medien seien. Die Autoren vermuten dahinter „zum Teil tief sitzende Enttäuschungen gegenüber der seit nunmehr 25 Jahren auch in Sachsen geltenden Ordnung des Grundgesetzes“, den Wunsch nach mehr „Responsivität und Volksnähe der politischen Elite“ (S. 65) sowie ein „„gefühltes“ Repräsentationsdefizit“ (S. 53). Insoweit bringen sie „grundlegende[r] Entfremdungserscheinungen gegenüber dem politi-

schen System der Bundesrepublik“ (S. 53 f.) zum Ausdruck. Die Frage bleibt offen, wie aussagekräftig die Studie ist, wenn fast zwei Drittel aller Angesprochenen eine Befragung verweigerten. Schließlich ist es sehr wahrscheinlich, dass es die radikaleren zwei Drittel der Demonstranten waren, die eine Kooperation mit den „Geschwätzwissenschaften“ ablehnten. Liegt hier bloß, wie von den Autoren eingeräumt, eine „leichte“ Verzerrung zugunsten der auskunftsbereiten Mittelschicht vor?

Erste Erkenntnisse über PEGIDA liefern auch die Göttinger Politikwissenschaftler Lars Geiges, Stine Marg und Franz Walter mit ihrer im März 2015 erschienenen Studie. In acht Kapiteln werden Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Bewegung nachgezeichnet und Ergebnisse von quantitativen wie qualitativen Erhebungen präsentiert. Die aus Interviews und einer Onlineumfrage ermittelten soziodemographischen Merkmale der Demonstranten stimmen weitgehend mit den bisherigen Befunden überein. Aber auch hier ist anzunehmen, dass der harte ideologische Kern die Teilnahme verweigerte. Aufschlussreich sind die Gruppendiskussionen mit PEGIDA-Anhängern, die kollektive Wahrnehmungen offenbaren: die Besonderheit Sachsens, die Kritik an „Staatsmedien“ und „Systempolitikern“, das Gefühl von Wir-und-die-anderen. Deutlich wird aber auch: „Bei Pegida waren größtenteils diejenigen unterwegs, die sich für Politik interessieren und mitunter recht gut Bescheid wissen über das politische Personal, über politische Initiativen oder Reformen“ (S. 106). Insgesamt attestieren die Autoren den PEGIDA-Anhängern ein identitäres Demokratieverständnis, in dem Pluralismus und Minderheitenrechte nur eine marginale Rolle spielen. Die Zivilgesellschaft dürfe folglich nicht nur als Hort löblicher Tugenden wie Liberalität und Toleranz verstanden werden. Auch Ängste, Aggressionen, Ausgrenzungen und Verachtung gegenüber dem politischen Prozess gehörten dazu. Den Göttinger Autoren ist eine ausgewogene Bestandsaufnahme gelungen, welche ebenso die Auswirkungen politischer Heimatlosigkeit und kultureller Entfremdung thematisiert, ohne die problematischen Aspekte der Protestbewegung zu bagatellisieren.

Christoph Adler

Ines Weber, Sozialismus in der DDR. Alternative Gesellschaftskonzepte von Robert Havemann und Rudolf Bahro, Berlin 2015 (*Ch. Links Verlag*), 344 S.

Die Beschäftigung mit der DDR-Philosophie aus ideengeschichtlicher Sicht war in den 1990er Jahren ein Desiderat, das seit einiger Zeit aus unterschiedlichen Blickwinkeln behoben wird. Die Dissertation *Sozialismus in der DDR* von Ines Weber unternimmt nun den Versuch, das Denken zweier DDR-Oppositioneller zu bestimmen: von Robert Havemann und Rudolf Bahro. Bereits der Titel deutet an, dass Weber den Sozialismus nicht als „real existierend“ betrachtet, sondern als Forderung der Opposition – eine These, die zum Gebiet des philosophischen Denkens der DDR einen Zugang bilden kann.

Die vielleicht entscheidende Frage an die Dissertation ist auf methodischem Gebiet zu stellen: Reicht es, die Konzeptionen von Havemann und Bahro rein innertheoretisch zu beurteilen? Für Weber sind die beiden Bezugskordinaten, auf deren Rekonstruktion sie viel Zeit und Schärfe verwendet, einerseits der Marxismus (S. 47-95) und andererseits die politische Praxis der DDR (S. 96-151). Einen archimedischen Punkt außerhalb dieses Gefüges bezieht sie nicht ein, ihr fehlen somit auch die methodischen Mittel, eventuelle falsche Voraussetzungen, innerkonzeptionelle Brüche und der gleichen mehr als „Fehler“ zu enttarnen. Dies zeigt sich in dem Moment, wo die Autorin die Antwort auf die Frage danach, ob Havemann und Bahro „tatsächlich freiheitliche Alternativen“ entwerfen konnten, an den „politischen Standpunkt“ verweist (S. 315).

Das Hauptaugenmerk der Arbeit liegt auf den philosophischen Ansätzen von Havemann (S. 152-228) und Bahro (S. 229-301), die – jeweils ausgehend von der Biographie – in ihrer Genese und Wirkung rekonstruiert werden. Dies ist bereits eine Leistung, gerade aus vergleichender Perspektive (S. 302-315), die wichtige Einblicke in die DDR-Philosophie abseits der staatlichen Ideologieproduktion liefert. Nicht zuletzt, da sowohl Havemann als auch Bahro durch ihre jeweilige Schulbildung zumeist in apologetischer Konnotation untersucht werden. (Die Ausnahme sind die Studien Alexander Ambergers und Guntolf Herzbergs.)

Innerhalb ihrer Analyse eröffnet Weber verschiedene innovative Zugänge zur Thematik, so, um einen Punkt exemplarisch herauszugreifen, wenn sie Havemanns philosophische Überlegungen an dessen naturwissenschaftliche Ausbildung zurückbindet. Jene Grundlage seines Denkens teilte Havemann allerdings mit Vertretern der offiziellen SED-Philosophie (u.a. mit Hermann Ley, Klaus Zweiling, Georg Klaus). Denn die parteioffiziellen und die meisten oppositionellen Wissenschaftler verband der Anspruch, mit Bezug zu Engels *Dialektik der Natur* und Lenins *Philosophischem Nachlass* den Materialismus vor den Idealismus zu stellen. Und gerade Havemann hatte sich an diesem Unterfangen in den 1950er und 1960er Jahren als Teil der Partei-Dogmatiker engagiert beteiligt.

Positiv hervorzuheben ist zudem, dass Weber die „gängigen“ Interpretationsmuster mit Blick auf Bahro durchbricht. Denn sie sieht bereits in dessen *Alternative* jene Trends angelegt, die dann sein spiritualistisch-esoterisches Spätwerk – vor allem die *Logik der Rettung* – prägten. So gesehen schilderte Bahro mit der *Alternative* eben keinen „besseren Sozialismus“, sondern die nächste Sackgasse.

Den Schriften von Havemann und Bahro eignet eine gewisse Naivität: Wenn man die DDR entbürokratisiere, ein wenig demokratischer gestalte, die SED reformiere, noch stärker gegen den „Westen“ argumentiere und wieder Rosa Luxemburg lese, dann werde alles gut. Weber ist, da sie auch diese weit verbreitete Einstellung kritisch durchleuchtet, eine überaus kenntnisreiche Arbeit gelungen, die sich in der Forschung ihren Platz sichern wird. Denn sie fokussiert auch jene systemimmanenten Probleme, die die Konzeptionen von Havemann und Bahro stärker an die „offizielle“ Politik der DDR banden, als beiden bewusst war.

Andreas Heyer

Susanne Wein, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 2014 (*Peter Lang Verlag*), 524 S.

Kerstin Thieler, „Volksgemeinschaft“ unter Vorbehalt. Gesinnungskontrolle und politische Mobilisierung in der Herrschaftspraxis der NSDAP-Kreisleitung Göttingen, Göttingen 2014 (*Wallstein Verlag*), 504 S.

Judenfeindliche Haltungen kamen während der Weimarer Republik vielfach zum Ausdruck. Auch im Reichstag waren sie zu hören. In ihrer Dissertation geht Susanne Wein der Frage nach, welche Rolle sie in den Debatten des deutschen Parlaments bis 1930 spielten. Nach allgemeinen Ausführungen zur Stellung des Reichstags im politischen System und zur Arbeitsweise der Abgeordneten, legt die Autorin dar, wie verbreitet antisemitische Haltungen in den politischen Parteien waren. Anschließend konzentriert sie sich auf vier Themenfelder: die Debatten über die Zuwanderung von Ostjuden nach Deutschland Anfang der 1920er Jahre, die mit dem Namen des jüdischen Unternehmers Julius Barmat verbundene Korruptionsaffäre 1924/25, sowie die Verhandlungen über den Dawes-Plan 1924 und den Young-Plan 1929/30. Ein großes Ausmaß hatten derlei Invektiven, die die Reichstagspräsidenten gemeinhin nicht rügten, nicht. An fünf Abgeordneten des Reichstages mit jüdischer Herkunft – Ruth Fischer, Kurt Löwenstein, Tony Sender, Julius Moses und Georg Bernhard – erforscht Wein darüber hinaus, ob sie antisemitischen Angriffen durch andere Abgeordnete ausgesetzt waren und wie sie darauf reagierten. Sie begegneten dem zumeist gelassen.

Trotz eines guten Ertrags veranlasst die Arbeit zu etlichen kritischen Anmerkungen: Die Einleitung ist allzu breit angelegt und theoretisch überfrachtet. Im gesamten Text gibt es mannigfache Wiederholungen. Die Aussagen über den politischen Hintergrund sind oft fehlerhaft – so hatte der Reichstag im Kaiserreich durchaus kein so geringes Gewicht, wie die Autorin meint. Bismarck sprach schließlich mit Recht davon, es bestehe ein latenter Parlamentarismus. Die Politisierung der Bevölkerung ergab sich keineswegs erst nach 1918, und nicht erst jetzt musste das Regieren als interessenpolitischer Ausgleich gelernt werden. Die Bedeutung des Versailler Vertrags und der Reparationen für die politische Meinungsbildung unterschätzt die Autorin gewaltig. So wies Theodor Heuß 1932 in seiner Schrift *Hitlers Weg* darauf hin, dass der Versailler Vertrag die eigentliche Kraftquelle der nationalsozialistischen Bewegung war.

Während des Dritten Reiches war der NSDAP daran gelegen, möglichst alle Deutschen ganz hinter sich zu bringen. Dem dienten die ständige Propaganda und eine breit angelegte Gesinnungskontrolle durch alle Gliederungen der Partei. Diesen Prozess der Sozialdisziplinierung untersucht Kerstin Thieler am Beispiel der damals knapp 50.000 Einwohner zählenden Universitätsstadt Göttingen, in der Weimarer Zeit eine Hochburg der NSDAP. Sie stützt sich dabei auf umfangreiches Aktenmaterial.

Die Autorin zeichnet die Entwicklung der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung der Göttinger Ortsgruppen und den von ihr sehr hoch veranschlagten Stellen-

wert der „Volksgemeinschaft“ innerhalb der Partei nach. Sodann stellt sie eingehend die Göttinger Kreisleitung als regionale Volksgemeinschaftsagentur vor und richtet den Blick auf die Ansprüche der Partei an die Volksgenossen. Etwa die Hälfte des Buches ist den von staatlichen Stellen oder Privaten angeforderten politischen Beurteilungen von Göttinger Bürgern gewidmet – bei der Ausstellung von Reisepässen, bei Beförderungen, Ehrungen oder dem Beginn von Beschäftigungsverhältnissen. Die Kreisleitung wurde durch die zahlreichen Anfragen außerordentlich belastet, zugleich sorgten Einmischungen anderer Institutionen für Komplikationen.

Die Göttinger reagierten oft mit äußerlicher Anpassung. Dies konforme Verhalten war nicht gleichbedeutend mit ideologischer Überzeugung. Es gab fraglos eine ehrliche Bejahung der nationalsozialistischen Herrschaft, aber daneben viel Opportunismus und Indifferenz und auch offene Ablehnung. Quantifizieren lassen sich diese Haltungen nicht, da der Quellenbestand unvollständig ist. Auch betont die Autorin, dass der Göttinger Befund nicht für das Reich verallgemeinert werden darf. Es handelt sich um eine instruktive Studie auf einem von der Forschung bisher wenig bearbeiteten Feld. Straffungen hier und da hätten die Lesbarkeit erhöht.

Hans Fenske

Alfred Weinzierl/Klaus Wiegrefe (Hrsg.), *Acht Tage, die die Welt veränderten. Die Revolution in Deutschland 1989/90*, München 2015 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 368 S.

Horst Möller u.a. (Hrsg.), *Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess*, Göttingen 2015 (*Verlag Vandenhoeck & Ruprecht*), 834 S.

25 Jahre nach der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit wird vielfach Bilanz gezogen. In dem von Alfred Weinzierl und Klaus Wiegrefe herausgegebenen Band nehmen *Spiegel*-Autoren und Historiker in 20 Beiträgen acht Tage des Umbruchjahres 1989/90 in den Blick – zentrale Stationen, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Friedliche Revolution zur Deutschen Einheit führte. Der von Horst Möller u.a. zusammen mit dem Institut für Zeitgeschichte München-Berlin herausgegebene Band liefert mit 170 Dokumenten des Auswärtigen Amtes und des DDR-Außenministeriums einen Beitrag zum fundierten Verständnis der Umbrüche 1989/90.

Lobenswert an beiden Werken ist die Botschaft: Nicht ein Einzelereignis verursachte den Zusammenbruch der DDR; vielmehr waren die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit ein Prozess. Wer einen Überblick hierzu sucht, dem ist das Buch *Acht Tage, die die Welt veränderten* zu empfehlen. Der Leser stößt auf Bekanntes – überwiegend aktualisierte Wiederabdrucke von Artikeln, die bereits zwischen 1989 und 2014 im *Spiegel* erschienen sind. Neben Exkursen zum Verhandlungsgeschick der handelnden Akteure oder glücklichen Zufällen der Geschichte wartet der Band auch mit unterhaltsamen Kuriositäten auf. Dabei ist jedoch sehr weit hergeholt, dass Angela Merkel „das DDR-Element der diskursiven Stile in die Politik trägt“ (S. 17), wie Dirk Kurbjuweit anführt. Fachkundiger ist der Essay von Heinrich August Winkler, der den Untergang der DDR mit früheren Revolutionen

der Jahre 1848 und 1918 vergleicht und in den internationalen Kontext einbettet: „Die Revolutionen von 1989 im Baltikum, in Polen, Ungarn, der DDR, der Tschechoslowakei, aber auch in Bulgarien und Rumänien summierten sich zur europäischen Revolution seit 1848“ (S. 338).

Wer neue Erkenntnisse sucht, wird mit dem Buch *Die Einheit* nicht enttäuscht. Darin sind 170 Schlüsseldokumente beider deutscher Außenministerien im Zeitraum vom 7. Juli 1989 (Vermerk über ausreisewillige DDR-Bürger in Ungarn) bis zum 26. November 1990 (KSZE-Gipfel vom 19. bis 21. November in Paris) präsentiert. Vorausgeschickt wird eine umfangreiche Einleitung, um „auch interessierte Leser außerhalb der Historiker- und Wissenschaftlerzunft“ (S. 10) anzusprechen. Wenn gleich es schwer sein dürfte, diesem Anspruch gerecht zu werden, deckt die Sammlung detaillierte Zusammenhänge des komplexen Einigungsprozesses angemessen und anschaulich auf.

Einigkeit besteht bei den Autoren beider Werke darin, dass die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit bis heute Meilensteine der deutschen Geschichte sind. Weinzierl und Wiegrefe würdigen den Herbst 1989 als ein Ereignis, „das in der Weltgeschichte seinesgleichen sucht: Ein Volk steht auf gegen seine Unterdrücker [...]. Und es fällt kein einziger Schuss“ (S. 11). Der von Möller u.a. herausgegebene Band spannt den Bogen weiter: „Die Einheit Deutschlands 1989/90 veränderte die Welt: Wie kein anderes Ereignis markiert sie das Ende des Kalten Krieges“ (S. 7).

Gerade deshalb lohnt neben der Erinnerung an die Glücksmomente der deutschen Geschichte eine verstärkte Orientierung auf die Umbrüche und Revolutionen im gesamten ostmitteleuropäischen Raum. Die Analyse von Gemeinsamkeiten, aber auch Besonderheiten der jeweiligen Länder, die zum Ende des Kalten Krieges beigetragen haben, liefert einen zentralen Beitrag, weitere Antworten zu finden und neue Fragen zu formulieren.

Heike Tuchscheerer

Andreas Zick/Beate Küpper (Hrsg.), *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn 2015 (*Verlag J.H.W. Dietz Nachf.*), 220 S.

Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*, Gießen 2015 (*Psychosozial-Verlag*), 208 S.

Die Frage, wie sich PEGIDA und der neue Populismus in Deutschland sozialwissenschaftlich untersuchen lassen, treibt seit deren Gründung im Jahr 2014 viele Wissenschaftler um. Das Novum dieser Protestbewegung stellt alle bisherigen Forschungen und ihr methodisches Werkzeug vor enorme Herausforderungen, denen sich die Autoren mit ganz unterschiedlicher Herangehensweise nähern.

Als Ausgangspunkt ihres Sammelbandes *Wut, Verachtung, Abwertung* wählen die Autoren Daten der im Jahr 2014 von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Studie *Fragile Mitte – Feindselige Zustände*, die sie unter neuen Gesichtspunkten empirisch untersuchen. In dieser Studie wurden zwischen Juni und August 2014 2000 zufällig ausgewählte Bürger telefonisch befragt. Der Sammelband stellt eine

empirische Ergänzung der Studie dar und versucht die enorme Dimension von Wut, Verachtung und Abwertung, welche zumindest in Teilen der deutschen Bevölkerung vorhanden ist, greifbar werden zu lassen. Dass die politische Mitte fragil ist, dabei menschen- und demokratiefeindliche Orientierungen aufweist, untersucht und belegt die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 2006. Der Befund überrascht daher wenig. Die genannten Phänomene, die sich teilweise in einer feindseligen und gewaltbereiten Stimmung akkumulieren, werden aber gänzlich neu betrachtet. Die Akteure benutzen ihre Wut, ihre Verachtung und Abwertung – mitunter versteckt als Sorgen und Ängste –, um menschenverachtene Einstellungen gegenüber den als fremd Gebrandmarkten in der Gesellschaft zu festigen. Besondere Aufmerksamkeit verlangt dabei der Beitrag „Sozialschmarotzer – der marktförmige Extremismus der Rechtspopulisten“ von Andreas Hövermann, Eva Groß und Andreas Zick. Die Autoren spüren den negativen Auswirkungen einer harten Kosten-Nutzen-Analyse für unser soziales Zusammenleben nach, welche Vorurteile, Stereotype und Ungleichwertigkeitsideologien bedienen. Dies wird besonders in der gesellschaftlichen Unterscheidung zwischen ökonomisch wertvollen und weniger nützlichen Einwanderern deutlich.

Zentraler Befund des Bandes ist, dass diese Stimmungen nicht nur bis in die gesellschaftliche Mitte reichen, sondern darüber hinaus nachhaltig unsere Zivilgesellschaft gefährden. Ein Klima der Furcht, Unsicherheit und auch Mutlosigkeit entsteht bei all jenen, die als fremd wahrgenommen werden. Ganz besonders sind Flüchtlinge betroffen. Die zunehmende Gewalt gegenüber ihnen macht das gesellschaftliche Ausmaß dieser vielfältig untersuchten Phänomene deutlich.

Auf Grundlage derselben Mitte-Studie untersucht der Sammelband *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* die Unterordnung unserer Gesellschaft unter das Primat der Wirtschaft. Die auf Wachstum ausgerichtete Gesellschaft entfesselt autoritäre Aggressionen, welche sich gegen all jene richten, die als Bedrohung der wirtschaftlichen Stärke angesehen werden. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen seit 2014 stetig rückläufig ist, allerdings konnten sich rechtsextreme Einstellungen konsolidieren. Dieses Phänomen wird als sekundärer Autoritarismus beschrieben, welcher eine steigende Intoleranz gegenüber einzelnen Gruppen wie Asylbewerbern charakterisiert. Seiner europapolitischen Dimension wird durch den Beitrag „Deutschland mitten in Europa – Politische Einstellungen und Europa-Skepsis“ von Johannes Kiess, Oliver Decker und Elmar Brähler Rechnung getragen, die jene Abwertung und die Euro-Skepsis erstmalig miteinander in Beziehung setzen. Eine Analyse der politischen Kultur, der parteipolitischen Sphäre sowie eine Bestandsaufnahme unserer Zivilgesellschaft runden den Sammelband ab.

Ann Andrea Petzel

Kommentierte Bibliographie

- Abu Rumman, Mohammad**, Ich bin Salafist. Selbstbild und Identität radikaler Muslime im Nahen Osten, Bonn 2015 (*Verlag J.H.W. Dietz*), 237 S. – Der Autor schildert seine mit Hilfe qualitativer Interviews gewonnenen Erkenntnisse über die Motivlage und das Selbstverständnis einer traditionellen bzw. konservativen oder (in Nordafrika) akademischen Schule des Salafismus, welche sich akademischen (Hadithwissenschaft), pädagogischen sowie missionarischen Zielen verschreibt und in deutlichen Worten von politischen Aktivitäten distanziert, sowie des aktionistischen und dschihadistischen Salafismus. Sein Klassifikationsschema zeigt den arabischen Ursprung der etwas missglückten Dreiteilung des deutschen und europäischen Salafismus in puristische, politische und dschihadistische Strömungen.
- Albertazzi, Daniele/Duncan McDonnell**, Populists in Power, London 2015 (*Routledge*), 203 S. – Die Studie zeigt, dass von einem generellen politischen Scheitern nicht gesprochen werden kann, wenn „Populisten“ mitsteuern können. Aber das Ergebnis hängt von der Fallauswahl ab. Systematisch verglichen werden nur Italien (Popolo della Libertà und Lega Nord) und die Schweiz (SVP).
- Althaus, Horst**, Stendhal – Balzac – Flaubert – Zola. Beiträge zur französischen Gesellschaftsgeschichte, 2. Aufl., Tübingen 2015 (*Francke Verlag*), 304 S. – Der Autor präsentiert französische Geschichte im „Wellengang der Regime und die Zeugen“ (S. 253). Letztere sind vor allem Schriftsteller und Literaten, die als Intellektuelle – Émile Zolas „J'accuse“ lässt grüßen! – Wohl und Wehe von Staat, Nation und Gemeinwesen, gelegentlich auch den Kampf für unverbrüchliche universale Werte ihr Eigen nannten. Die zweite Auflage ist um ein Vorwort und ein aktualisiertes Literaturverzeichnis ergänzt worden.
- Aly, Götz**, Volk ohne Mitte. Die Deutschen zwischen Freiheitsangst und Kollektivismus, Frankfurt a.M. 2015 (*S. Fischer Verlag*), 272 S. – Der Band versammelt Rede- und Textmanuskripte Alys der letzten Jahre, die thematisch um Ursachen, Wirkung, Aufarbeitung und Kritik totalitärer Ausschweifungen der Deutschen im 20. Jahrhundert zirkulieren. Eine systematische Analyse des „Volkes ohne Mitte“ liefert Aly hingegen nicht, sondern befasst sich mit verschiedenen Facetten – wie deutschem Antisemitismus, NS-Kunstraub und Kriegswirtschaft, Intellektuellenportraits zu Ludwig Börne, Wilhelm Röpke, Theodor Schieder und Werner Conze, ferner mit der Aufarbeitung der Euthanasiamorde.
- Ambrosius, Gerold u.a.** (Hrsg.), Föderalismus in historisch vergleichender Perspektive. Band 2: Föderale Systeme: Kaiserreich – Donaumonarchie – Europäische Union, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 373 S. – Nachdem der erste Band eine Sammlung biographischer Porträts von Mitgliedern des Bundesrats von 1867 bis 1919 lieferte, widmet sich der zweite Band dem historischen Vergleich und der gesellschaftlichen Dimension von föderalen Ordnungen: vom Deutschen Reich von 1871 bis zur Europäischen Union; vom Post- und Telegraphenwesen bis zur Regulierung von Eisenbahnsystemen. Auch fehlen Beiträge zum demokratietheoretischen Potenzial des Föderalismus nicht. Dabei bewegen sich die Einzelstudien mitunter abseits rein politikwissenschaftlicher Debatten. Gerade angesichts des deutschen föderalen Erbes vermerkt Gerhard Lehmbruch, mit einem historischen Instrumentarium können begehbare Pfade des Vergleichs zu anderen Traditionen erschlossen werden.
- Andersen, Uwe**, Der Deutsche Bundestag, 2. Aufl., Schwalbach/Ts. 2015 (*Wochenschau Verlag*), 271 S. – Der Bundestag ist das Herzstück der deutschen Demokratie. In diesem vor allem für die politische Bildung bestimmten Band kommen nicht nur Wissenschaftler zu Wort, sondern auch Praktiker. So setzt sich Bundestagspräsident Norbert Lammert mit der Parlamentarismuskritik auseinander.

- Apelt, Andreas H./Robert Grünbaum** (Hrsg.), Das letzte Jahr der DDR. Von der Volkskammerwahl zur Wiedervereinigung, Berlin 2015 (*Metropol Verlag*), 145 S. – Der schmale Band ist aus einer Tagung der Deutschen Gesellschaft und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hervorgegangen. Politiker und Wissenschaftler unterschiedlicher Couleur loten eine Phase aus, in der Geschichte im Zeitraffer zu erleben war.
- Badiou, Alain/Slavoj Žižek**, Die Idee des Kommunismus, Bd. III, Hamburg 2015 (*Laika Verlag*), 252 S. – Alain Badiou Konzeptualisierung einer neuen emanzipatorischen Politik besteht im und als Denken der radikalen Destruktion des „real existierenden Sozialismus“. Dadurch koppelt er die Möglichkeit dieses neuen Projekts an den absoluten Tod des vergangenen und transzendiert den Gegensatz zwischen nostalgischem Dogmatismus und plattem Antikommunismus. Die Beiträge aller Konferenzbände bewegen sich in diesem Rahmen. Wie die beiden vorangegangenen Bände zeichnet sich der dritte Band vor allem durch interessante Beiträge und die Bekanntheit mit den Arbeiten in Deutschland bisher eher unbeachteter Autoren aus.
- Balik, Stanislav/Michal Kubát**, Theorie und Praxis undemokratischer Regime. Theoretische Vertorung und Fallbeispiele, Opladen 2015 (*Verlag Barbara Budrich*), 187 S. – Dass sich die Autoren mit der Thematik undemokratischer Regime auseinandergesetzt haben, ist ehrenwert. Begriffe wie Totalitarismus, Autoritarismus oder auch Stalinismus, um nur einige zu nennen, werden sauber voneinander unterschieden. Die bekannten Konzepte autoritärer Regime von Linz, Merkel und Aron werden vorgestellt, diskutiert und an Fallbeispielen überprüft. Neue Erkenntnisse bringt dieses Buch leider nicht ans Licht.
- Barnouw, David**, Das Phänomen Anne Frank, Essen 2015 (*Klartext-Verlag*), 180 S. – Den siebzigsten Todestag der Anne Frank nimmt der Autor zum Anlass, um sich mit der Rezeption der berühmten Tagebücher auseinander zu setzen. Untersucht werden Übersetzungen, Adaptionen für Theater und Film, Authentizitätsdebatten, die Bedeutung als literarisches Werk und Streitigkeiten über die Urheberrechte an den Texten.
- Becker, Peter Karl/Sebastian Liebold**, Kleiner Markt im großen Plan. Drei Unternehmerinnen in der DDR, Beucha/Markkleeberg 2015 (*Sax-Verlag*), 79 S. – In der reich bebilderten Schrift werden drei Unternehmerinnen aus der Planwirtschaft der DDR gewürdigt. Inhaberin einer Weinhandlung in Quersfurt, einer Druckerei in Schwarzenberg und eines Geschäfts für Medizintechnik in Karl-Marx-Stadt. Diese Fälle erfahren eine allgemeine Einbettung in die Unternehmensforschung zur DDR.
- Bednarz, Liane/Christoph Giesa**, Gefährliche Bürger. Die Neue Rechte greift nach der Mitte, München 2015 (*Hanser Verlag*), 220 S. – Der kritische Kommentar leuchtet die Strategien der neuerechten Bewegungen aus, mit denen diese zunehmend erfolgreich in die bürgerliche Mitte vordringen und die freiheitlich-demokratische Ordnung gefährden. AfD und Pegida bilden das Gravitationszentrum und den Schwerpunkt. Bednarz als CDU- und Giesa als FDP-Mitglied betonen gezielt ihre bürgerlich-liberale Position, aus deren Perspektive sie für die Demokratie in Deutschland eintreten.
- Békés, Csaba u.a.** (Hrsg.), Soviet Occupation of Romania, Hungary, and Austria 1944/45–1948/49, Budapest/New York 2015 (*Central European University Press*), 390 S. – Sind die Hauptphasen der Geschichte erst einmal einigermaßen aufgearbeitet, erhalten Zwischen- und Übergangszeiten ebenfalls einige Aufmerksamkeit. Es waren häufig Abschnitte voller Hoffnungen, aber auch voller Enttäuschungen und Bitternis. Im wahren Sinne Zeugnis legen davon die hier abgedruckten 75 Dokumente ab, die einen genaueren Eindruck sowjetischer Besatzungspolitik in Ungarn, Rumänien und Österreich rund um das Ende des Zweiten Weltkriegs ermöglichen, als wir ihn bislang gewinnen konnten.

- Benz, Wolfgang.** Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments, Schwalbach 2015 (*Wochenschau Verlag*), 254 S. – Hier werden die Erkenntnisse der langjährigen Antisemitismusforschung Wolfgang Benz' zusammengefasst. Er zeigt, wie sich die Judenfeindschaft in Religion, Gesellschaft und Staat durch die Geschichte zieht und auch heute leider noch immer aktuell ist. Ein wichtiges Buch, welches zudem deutlich macht, dass die Forschung auf diesem Gebiet nicht aufhören darf.
- Bermbach, Udo,** Houston Stewart Chamberlain. Wagners Schwiegersohn – Hitlers Vordenker, Stuttgart/Weimar 2015 (*Verlag J. B. Metzler*), 636 S. – Diese (Werk-)Biografie über „Wagners Schwiegersohn“ und „Hitlers Vordenker“ (1855–1927) zeigt schlüssig auf, dass Chamberlain kein primitiver Rassist war. Bermbach will Chamberlain nicht rehabilitieren, wohl aber ein differenziertes Bild zeichnen. Das ist ihm überaus gut gelungen.
- Biermann, Kai/Thomas Wiegold,** Drohnen. Chancen und Gefahren einer neuen Technik, Berlin 2015 (*Ch. Links Verlag*), 224 S. – Die Autoren befassen sich mit unbemannten Fahrzeugen, die sich in der Luft, am Boden und im Wasser bewegen können. Sie stellen Vor- und Nachteile der neuen Technologie dar, die vornehmlich im Militär zur Aufklärung und als Waffe genutzt wird, aber auch breite zivile Verwendung findet. Ethische, rechtliche und technische Fragen des zivilen und militärischen Einsatzes der unbemannten Maschinen werden kenntnisreich, ausgewogen und kritisch aufbereitet.
- Bock, Florian,** Der Fall „Publik“. Katholische Presse in der Bundesrepublik Deutschland um 1968, Paderborn 2015 (*Verlag Ferdinand Schöningh*), 553 S. – Diese Publikation in einer Reihe der (katholischen) Kommission für Zeitgeschichte beruht auf einer Bochumer Dissertation aus dem Jahr 2013. Überaus gründlich aus Archivquellen und umfangreicher Literaturrecherche erarbeitet, präsentiert sie ein Lehrstück konfessioneller Publizistik am Beispiel von *Publik*. Dieses zwischen 1968 und 1971 bischöflich geförderte Medium dient als Sonde für einen Katholizismus, der ob des gesellschaftlich-politisch-kulturellen Wandels seinen Standort in der westlichen Welt und speziell in der Bundesrepublik neu bestimmen oder zumindest akzentuieren musste. Angesichts der – lobenswerten – kleinteiligen Genauigkeit, behält der Autor die größeren Kontexte souverän im Blick.
- Boehling, Rebecca u.a.** (Hrsg.), Freilegungen. Spiegelungen der NS-Verfolgung und ihrer Konsequenzen, Göttingen 2015 (*Wallstein Verlag*), 279 S. – Bei dem Buch handelt es sich um den vierten Band des *Jahrbuchs des International Tracing Service* (ITS), der sich ab 2007 zu einem internationalen Dokumentations-, Forschungs- und Bildungszentrum über Themen der NS-Verfolgung und des Holocaust entwickelt hat. Der Band dokumentiert und analysiert die Arbeit des ITS selbst, die enorme transnationale Dimensionen ausgebildet hat und für die historische Forschung ebenso wie für gegenwärtige Bildungsbedürfnisse von Bedeutung ist. Eine große Rolle spielt aktuell die Digitalisierung der ITS-Dokumente.
- Bonn, Moritz Julius,** Zur Krise der Demokratie. Politische Schriften in der Weimarer Republik 1919-1932, hrsg. von Jens Hacke, Berlin 2015 (*Verlag Walter de Gruyter*), 305 S. – Moritz Julius Bonn gehört zu den großen Vergessenen einer Intellectual History des 20. Jahrhunderts. In der Reihe „Schriften zur europäischen Ideengeschichte“ versammelt Jens Hacke „klassische“ Texte eines liberalen Denkers, der über die Verfasstheit des Rechtsstaates und des Parlamentarismus ebenso wie zu einem demokratisch moderierten Kapitalismus etwas zu sagen hatte. Bonn war ein Gemäßigter, an dem sich das intellektuelle Innovationspotential der Weimarer Republik jenseits der Extreme ablesen lässt.

- Bredow, Wilfried von**, Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär. Deutschland seit der Vereinigung, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 301 S. – Kaum ein Vertreter der Internationalen Politik versteht es wie der Autor, anschaulich für Anfänger und forschungsgesättigt für Fortgeschrittene zugleich zu schreiben. Einem Überblick zu Sicherheitskonzepten folgen Einschätzungen zu Krieg und Militär im Zeitenwandel, zu Frieden und Interventionsgeist der Gegenwart, ehe die Bundeswehr untersucht wird. Der Teil zum „Abschied von der Wehrpflicht“ sticht heraus. Erfahrungen aus der Einsatzrealität der letzten Jahre beschließen das Lehr- und Studienbuch.
- Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung** (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Wien 2015 (*Bezugsadresse*: <http://www.bmi.gv.at>), 68 S. – Der Bericht behandelt gewaltorientierte Vereinigungen und Bestrebungen u.a. in den Bereichen „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamistischer Extremismus und Terrorismus“ für das Berichtsjahr 2014.
- Bundeskriminalamt/Bundesamt für Verfassungsschutz/Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus**, Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind (Fortschreibung 2015), o.O. 2015 (*Bezugsadresse*: www.innenministerkonferenz.de), 50 S. – Die Studie präsentiert die Ergebnisse einer systematischen statistischen Auswertung der im Sommer 2015 vorliegenden sicherheitsbehördlichen Informationen zu den 677 Personen, die von 2012 bis Juli 2015 nach Syrien und in den Irak ausreisten.
- Cilliers, Jakkie**, Future (im-)perfect? Mapping conflict, violence and extremism in Africa, Pretoria 2015 (*Bezugsadresse*: www.issafrica.org), 24 S. – Die Leiterin des „Institute for Security Studies“ geht u.a. der Frage nach dem Zusammenhang zwischen islamischem Extremismus und bewaffneten Auseinandersetzungen im subsaharischen Afrika nach.
- Conze, Eckart u.a.**, Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 27. Jg., Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 316 S. – Das aktuelle Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung widmet sich anlässlich des 200. Geburtstags von Otto von Bismarck (am 1. April 2015) dem Themenschwerpunkt „Deutscher Liberalismus und Bismarck“. Analysieren die vorliegenden Beiträge vollumfänglich das Spannungsverhältnis des Liberalismus mit der Politik des „Eisernen Kanzlers“, so bleibt dies nicht nur auf die Auseinandersetzung im deutschen Kaiserreich beschränkt, sondern nimmt auch die besondere Rolle Bismarcks als staatspolitische „Figur“ im 20. Jahrhundert in den Fokus.
- Crome, Erhard**, AfD. Eine Alternative?, Berlin 2015 (*Spotless Verlag*), 127 S. – Den Aufstieg der Partei „Alternative für Deutschland“ nimmt Erhard Crome zum Anlass nicht nur einer strukturellen und genealogischen Untersuchung der Partei und ihrer Relevanz, sondern sieht darin vor allem ein Symptom für die Situation der politischen Kultur der Bundesrepublik, die es zu problematisieren gilt.
- Damberg, Wilhelm/Karl-Joseph Hummel** (Hrsg.), Katholizismus in Deutschland. Zeitgeschichte und Gegenwart, Paderborn 2015 (*Verlag Ferdinand Schöningh*), 230 S. – Der Band spannt die Perspektiven einer zeithistorischen Katholizismusforschung breit auf, die dem Eindruck hermetischer Abgeschlossenheit, die bisweilen aufzukommen drohte, entgegenzuwirken sucht. An Glanzmomente des katholischen Widerstands und den Einfluss während der Ära Adenauer erinnern einzelne Aufsätze, vor allem suchen die Beiträge – nicht immer genügend trennscharf – indes nach künftigen Perspektiven der Katholizismusforschung oder wenigstens nach ihrem Ort innerhalb einer „Religionsgeschichte als ‚Problemgeschichte der Gegenwart‘“, so Thomas Großbölting.
- Dard, Olivier** (Hrsg.), Références et thèmes des droites radicales au XXe siècle (Europe-Amériques), Bern u.a. 2015 (*Peter Lang SA*), 368 S. – Ausgewiesene Experten behandeln die ideologischen Verbindungen einer in Europa wie in Amerika verbreiteten „radikalen Rechten“ in ihrem kulturellen Umfeld. Die Beiträge des Bandes umspannen nahezu das gesamte 20. Jahrhundert.

- Dawisha, Karen**, Putin's Kleptocracy. Who Owns Russia?, New York 2015 (*Simon & Schuster*), 445 S. – Die in Oxford/Ohio lehrende Russlandexpertin hat eine Fülle an Dokumenten und Zeugenaussagen zusammengetragen, die zeigen, in welchem Maß Putins Aufstieg und neoimperiale Ambitionen mit persönlichem Gewinnstreben und der Unterhaltung klientelistischer Netzwerke verknüpft sind.
- Dayé, Christoph/Stephan Moebius** (Hrsg.), Soziologiegeschichte. Wege und Ziele, Berlin 2015 (*Suhrkamp Verlag*), 575 S. – Die Herausgeber verfolgen ein so einfaches wie schwieriges Ziel: Form und Gehalt einer Wissenschaft der Geschichte der Soziologie zu eruieren, um historische „Entstehungsprozesse und Verlaufsformen soziologischer Theorien, Methoden“ (S. 7), deren Akteure und gesellschaftliche Funktion wie ihre Kontexte zu erforschen. So sei Soziologiegeschichte als Klassikergeschichte, Begriffsgeschichte, Problemgeschichte und Schulgeschichte zu verstehen, ergänzt Dirk Kaesler, der anhand von Klassikern einen Spagat zwischen „historischer Ignoranz“ und einer „Vergeudung von Zeit und Energie für die weiterführende Forschung“ (S. 193) durch die Historisierung des Fachs vorschlägt. Sein Votum ordnet sich in verschiedene Ansätze zur Soziologiegeschichtsschreibung wie in Debatten über das Wie und Wohin ein. Karl-Siegbert Rehberg entdeckt in einer mehrdimensional verstandenen Soziologiegeschichte ferner den Wert von ideengeschichtlichen Forschungen, bei der die Rekonstruktion von Modellen und Anknüpfungspunkten davor bewahre, dem vermeintlichen Versprechen der Innovation zu verfallen.
- Decker, Gunnar**, 1965. Der kurze Sommer der DDR, München 2015 (*Carl Hanser Verlag*), 496 S. – Der Band dokumentiert anhand ausgewählter Künstler und Intellektueller, wie sich die DDR Mitte der 1960er Jahre geistig öffnete und Diskussionen über den richtigen Weg des Sozialismus zuließ, bis sich die Hardliner um Erich Honecker durchsetzten. Nach dem 11. Plenum der DDR im Jahre 1965 ging das Regime mit Repressalien gegen parteikritische Künstler vor. Decker sieht im Geschehen dieser Zeit den Beginn der Entwicklungen, die 1989 zum Zusammenbruch des Sozialismus führten.
- Deichmann, Carl**, Der neue Bürger. Politische Ethik, politische Bildung und politische Kultur, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 186 S. – Ein Buch über Bürger, neue Formen der „Ertüchtung“ als Zeichen einer neuen Moral, über permanente Aufgaben der politischen Ethik (Mäßigung) und der politischen Kultur („gutes Leben“). Ein Buch über Neues: Wie kann die politische Bildung auf den Wertewandel in der Gesellschaft reagieren? Das Buch fragt zwar nicht, ob es überhaupt regulative Ideen braucht, dafür lernt man etwas über Verantwortung: Bildung ist nötig für gerechte Urteile der Bürger über bestimmte Politikfelder (Gesundheit, internationale Wirtschaftsbeziehungen).
- Diaz-Bone, Rainer/Christoph Weischer** (Hrsg.), Methoden-Lexikon für die Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 450 S. – Wegen seiner inhaltlichen Breite füllt das Lexikon, bei dem „Qualis“, „Quantis“ und solche, die sich dazwischen sehen, fündig werden, eine Lücke in der Methodenliteratur: Von A wie „a posteriori“ bis Z wie „Zwillinge, statistische“ – die kursorische Suche nach fehlenden Begriffen verlief erfolglos. Nützliche Literaturverweise am Ende jedes Schlagwortes hätten den Band vielleicht gesprengt.
- Diehl, Paula**, Das Symbolische, das Imaginäre und die Demokratie. Eine Theorie politischer Repräsentation, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 387 S. – Wie Menschen sich im System wiederfinden, hängt, so die These der Habilitationsschrift der transatlantisch wie deutsch-französisch vernetzten Schülerin von Herfried Münkler, von drei Kriterien ab, die sich über die gesamte abendländische Geschichte verfolgen lassen: Symbolizität (d.h. vereinfachte Kommunikation), Performativität (d.h. Sinn stiftende Rituale) und von dem Imaginären (Ansporn durch die „Möhre“ vor Augen). Keinen Denker der Repräsentationsforschung ausschließend, bemüht sich die Theorie um Konsens.

- Dinkel, Jürgen**, Die Bewegung bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927-1992), Berlin 2015 (*Verlag Walter de Gruyter*), 364 S. – Band 37 der für Qualität bekannten „Studien zur Internationalen Geschichte“ präsentiert eine Gießener Dissertation, die epochenübergreifend und transnational angelegt ist. Künftige Forschungen werden sich an diesem historisch überaus solide gearbeiteten Standardwerk zur Geschichte der Bündnisfreiheit ausrichten müssen. Es ist nebenbei Beleg dafür, wie verkürzt es wäre, das Zeitalter des Kalten Krieges auf ein simples bipolares Schema zu reduzieren. Schön wäre es gewesen, hätte der Verfasser ungeachtet seines weiten globalen Blicks auch deutsche bündnisfrei-„neutralistische“ Ambitionen stärker gewürdigt.
- Döhler, Marian/Jochen Franzke/Kai Wegrich** (Hrsg.), Der gut organisierte Staat. Festschrift für Werner Jann zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 588 S. – Werner Jann hat immer wieder Fragen nach der Leistungs- und Handlungsfähigkeit des Staates erörtert. Die ihm gewidmete Festschrift, die nicht der Beliebigkeit frönt, nimmt sich dieser Thematik an.
- Dunkel, Franziska/Corinna Schneider** (Hrsg.), Frauen und Frieden? Zuschreibungen – Kämpfe – Verhinderungen, Opladen 2015 (*Verlag Barbara Budrich*), 198 S. – Was ist das Spezifische, wenn Frauen für Frieden eintreten? Protagonistinnen der Frauenfriedensbewegung und Frauenfriedensarbeit stellt der Band ebenso vor wie Pazifistinnen, Friedensnobelpreisträgerinnen, Frauenarchivarinnen und Aktivistinnen des Frauensicherheitsrats Deutschland. Die in der Einleitung konzedierte weitreichende Gleichstellung wird nicht in Beziehung zur Marginalisierungsthese gesetzt.
- Dworok, Gerrit**, „Historikerstreit“ und Nationswerdung. Ursprünge und Deutung eines bundesrepublikanischen Konflikts, Köln u.a. 2015 (*Böhlau Verlag*), 528 S. – Schon seit vielen Jahren herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass der so genannte Historikerstreit, der Mitte der 1980er durch die Feuilletons der westdeutschen Qualitätspresse tobte, nur sehr wenig von genuin geschichtswissenschaftlichen Motiven gelenkt wurde. (Geschichts-)Politische Antriebsmomente im Kampf um „kulturelle Hegemonie“ und Einflussphären prägten diese womöglich heftigste Intellektuellendebatte der alten Bundesrepublik. In seiner Würzburger Dissertation ordnet Gerrit Dworok diesen Streit zwischen linksliberalen und liberalkonservativen Flügeln – neben manchen intellektuellen Solitären – in den Selbstverständigungsprozess deutscher Nationswerdung ein.
- Ehrlich, Susanne u.a.** (Hrsg.), Schwierige Erinnerung. Politikwissenschaft und Nationalsozialismus. Beiträge zur Kontroverse um Kontinuitäten nach 1945, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 103 S. – Das Thema ist nicht zuletzt durch die Kontroverse um Theodor Eschenburg in aller Munde. Im Vordergrund stehen zwei Komplexe: die Frage nach der Existenz einer Politikwissenschaft zwischen 1933 und 1945 sowie die Frage nach der Kontinuität über 1945 hinaus.
- Embacher, Serge/Susanne Lang** (Hrsg.), Recht auf Engagement. Plädoyers für die Bürgergesellschaft, Bonn 2015 (*Verlag J.H.W. Dietz Nachf.*), 176 S. – Die Idee einer Bürgergesellschaft (im Singular) ist mit demokratischem Fortschrittsglauben verbunden; Beteiligung gilt als Heilmittel gegen politische Verdrossenheit und bürokratische Intransparenz. Dass im Konzept Aktionismus und neue Ungleichheit stecken, klingt ebenso an wie (etwas versteckt) die teils exklusive Wirkung partizipativer Politik. Freiwillige – das ist eine unbehagliche Diagnose – tun oft etwas, ohne „politisch“ mitzureden. Der Band erinnert an Michael Bürschs Eintreten für eine stärkere Bürgerbeteiligung.
- Engel, Ulf/Frank Hadler/Matthias Middell** (Hrsg.), 1989 in a Global Perspective, Leipzig 2015 (*Leipziger Universitätsverlag*), 462 S. – Die Autoren des Bandes stellen die Transitionen des Jahres 1989 in den Staaten des ehemaligen „Ostblocks“ in eine weitere internationale Vergleichsperspektive, in der u.a. die USA, China, Korea, Indien, Australien, Afrika, El Salvador und Kolumbien in den Blick geraten.

Enzensberger, Hans Magnus, Versuche über den Unfrieden, Berlin 2015 (*Suhrkamp Verlag*), 184 S. – „Daß meine vier Essays über den Unfrieden nach so vielen Jahren noch nicht veraltet sind, ist natürlich ein schlechtes Zeichen. [...] Viel Mühe ist seither darauf verwendet worden, die Konflikte, von denen sie handeln, zu verharmlosen oder zu verleugnen. Das hat alles nichts genutzt. Die Lage ist zu gefährlich geworden, als daß man sie Politikern und Demagogen überlassen dürfte“ (S. 11). Mit Hans Magnus Enzensberger meldet sich einer der letzten deutschen Großintellektuellen zu Wort und erhebt den mahnenden Zeigefinger. Überdies präsentiert er in geschliffenem Deutsch vier Essays aus den Jahren 1992 bis 2015, die alles andere als veraltet wirken. Sie handeln von Migrationsbewegungen, Bürgerkriegsszenarien, einem „Versuch über den radikalen Verlierer“ und einer weit über sich hinaus weisenden Parabel zum blutigen Tai-ping-Aufstand aus der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Erdle, Birgit/Werner Konitzer (Hrsg.), Theorien über Judenhass – eine Denkgeschichte. Kommentierte Quellenedition (1781-1931), Frankfurt a.M. 2015 (*Campus Verlag*), 361 S. – Der Band versammelt kommentierte Beiträge über den Antisemitismus vom Vorabend der Französischen Revolution (Christian Wilhelm Dohm) bis kurz vor die Machtübergabe an die Nationalsozialisten (Felix Weltsch). Dabei wird deutlich, dass nicht nur der Antisemitismus Teil der Moderne war, sondern auch, dass die Kritik am Antisemitismus selbst die Topoi aufgriff, die durchaus ambivalenten Charakter hatten. Grundsätzlich betonen die Herausgeber, dass der Antisemitismus – und dies haben vor allem Autoren der Hochmoderne erkannt – sehr wohl ohne Juden auskommen kann, weshalb auch jede Rechtfertigung ins Leere laufen muss. Aus diesem Grund muss sich die Analyse des Antisemitismus auf den „Zusammenhang der sich durch Judenfeindschaft konstituierenden Gruppen“ orientieren.

Ettrich, Frank/Dietmar Herz (Hrsg.), Willy Brandt. Politisches Handeln und Demokratisierung, Opladen 2015 (*Budrich Uni Press*), 270 S. – Das Kompendium versammelt die Beiträge des ersten Willy-Brandt-Symposiums der Erfurter Willy Brandt School of Public Policy. Während sich ein Teil der Beiträge Willy Brandts historischem Wirken (insbesondere während des skandinavischen Exils und seines späteren friedens- wie entwicklungspolitischen Engagements) widmen, suchen andere seine Ausstrahlung bis heute zu belegen. Besonders lebendig verwebt Herausgeber Dietmar Herz historisch-politikwissenschaftliche Analyse mit der (distanzierten) Erinnerung des Zeitgenossen an jene zum Mythos gewordene sozialdemokratische Jahrhundertgestalt.

Eugster, David/Sibylle Marti (Hrsg.), Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Wissens- und Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015 (*Klartext Verlag*), 300 S. – Die Herausgeber wollen jenseits der realen Konfliktherde die Sinngebungen des Kalten Krieges, also dessen Metaphern, Figuren, Emotionen und Simulakren zur Sprache bringen. Dass diese Imaginationen durchaus Realität besaßen, wird vor allem in den Aufsätzen zu den militärischen und Zivilschutzübungen (Ziauddin, Marti, Deville und Guggenheim) mehr als deutlich. Dass Imaginationen aber stets unter dem Vorbehalt realer politischer Ereignisse standen, veranschaulicht insbesondere Sarasins Beitrag über die „Grenze des ‚Abendlandes‘ als Diskursmuster im Kalten Krieg“.

Europol (Hrsg.), TE-SAT 2015. EU Terrorism Situation and Trend Report, Den Haag 2015 (*Bezugsadresse*: <http://www.europol.europa.eu>), 57 S. – Auf der Grundlage nationaler Polizeidaten und –informationen vermittelt der Europol-Bericht einen Überblick zur Bedrohungslage im Berichtsjahr 2015. Gegenstand des Berichts sind folgende Bereiche: religiously inspired terrorism, ethno-nationalist and separatist terrorism, left-wing and anarchist terrorism, right-wing terrorism, single-issue terrorism.

Felsch, Philipp, Der lange Sommer der Theorie. Geschichte einer Revolte. 1960-1990, München 2015 (*Verlag C.H. Beck*), 327 S. – Theorie ist so ziemlich zeit- und raumlos. Das lässt sie erhaben wirken und als einen sicheren Rückzugsort in Krisensituationen erscheinen. Sie erklärt Verunsicherung oder weiß sogar einen Ausweg in Utopia zu weisen. Denn der Nicht-Ort bleibt häufig auch ganz theoretisch. Papperlapapp, sagt sich Philipp Felsch da, denn der Kultur- und Wissenschaftshistoriker drängt die Theorie in jene Zeit zurück, in der sie gelebt, gelesen, gelitten wurde. Er ist ein dreister Historisierer, schreibt von verlegerischen Kontexten und habituellen Akten des Lesens, die von Schriftinhalten und einzelnen Theoremen so gar nichts wissen wollen. Es geht hier im Geiste ganz materiell zu. Diese innovative Ideengeschichte gibt Denkanstöße und lässt uns in eine nicht zuletzt von Theorie bekiffte Zeit der alten Bundesrepublik wieder eintauchen.

Fischer, Michael, Horst Mahler. Biographische Studie zu Antisemitismus und Antiamerikanismus und Versuchen deutscher Schuldabwehr, Karlsruhe 2015 (*KIT Scientific Publishing*), 529 S. – Diese Karlsruher Dissertation ist die bislang gründlichste und umfassendste Studie zu Horst Mahlers wendungsreichem Lebensweg zwischen links und rechts, Extremismus und Demokratie. Trotz der zum Teil schwierigen Quellenlage gelingt es Michael Fischer, ein tragfähiges empirisches Fundament zu gießen. Das Werk ist als Biografie in klassischer Weise chronologisch angelegt. Insbesondere mittels der Leitperspektiven auf Antisemitismus und Antiamerikanismus glückt es dem Autor, Kontinuitätslinien in Mahlers politischem Denken und Handeln ungeachtet eklatanter Brüche freizulegen.

Fischer, Torben/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, 3. Aufl., Bielefeld 2015 (*transcript Verlag*), 488 S. – Das auf der obersten Gliederungsebene chronologisch angelegte, darunter systematisch-sachlich sortierte Lexikon hat sich innerhalb kürzester Zeit als unverzichtbares Nachschlagewerk zum so spezifisch deutsch klingenden Thema „Vergangenheitsbewältigung“ bewährt. Angesichts der Unerschöpflichkeit und zeitlichen Offenheit des Problemfeldes sei die Prognose gewagt, dass es sich bei der dritten, überarbeiteten und erweiterten Auflage nicht um die letzte handeln wird.

Fleck, Christian, Etablierung in der Fremde. Vertriebene Wissenschaftler in den USA nach 1933, Frankfurt a.M./New York 2015 (*Campus Verlag*), 475 S. – Mit dieser Studie, die zum Teil auch ältere Texte nochmals versammelt, bietet Christian Fleck eine gute Zusammenschau zur Wissenschaftsemigration in Folge der nationalsozialistischen Herrschaft. Strukturelle Aspekte und die Arbeit von Hilfsorganisationen nimmt der Autor dabei ebenso gekonnt in den Blick, wie er biographische Einzelgeschichten schreibt. Besonders aufschlussreich ist das Kapitel zu dem Pionier der empirischen Sozial- und Politikforschung Paul F. Lazarsfeld.

Flügel-Martinsen, Oliver/Franziska Martinsen (Hrsg.), Demokratietheorie und Staatskritik aus Frankreich. Neuere Diskurse und Perspektiven, Stuttgart 2015 (*Franz Steiner Verlag*), 240 S. – Der Titel ist Programm: In zwölf Beiträgen (neben der Einleitung) werden dreizehn politische Philosophen aus Frankreich untersucht, die im Sinne eines kritischen Verständnisses ihrer Profession zu einer Erneuerung der Demokratietheorie aufrufen. Ihre Auswahl reicht von Étienne Balibar, Alain Brossat, Catherine Colliot-Thélène, Miguel Abensour, Alain Badiou und Claude Lefort bis hin zu Marcel Gauchet oder Jean-Luc Nancy. Neben ihrer Suche nach dem politischen Subjekt und dem demokratischen Souverän kritisieren die Denker eine politische Entfremdung wie die zu starke Begrenzung auf den Nationalstaat. Insofern sind die kurzen und überblicksartigen Beiträge als begrifforientierter Einstieg zu empfehlen.

Flügge, Manfred, Das Jahrhundert der Manns, Berlin 2015 (*Aufbau Verlag*), 416 S. – Das ist Familiengeschichte, das ist deutsche Zeitgeschichte, das ist Literaturgeschichte. Dieser Band enthält von allem etwas, das macht ihn zu einer gelehrigen und unterhaltsamen Angelegenheit. Das Buch ist solide recherchiert und von einem nüchternen Tonfall geprägt. Alle Familienmitglieder kommen zu ihrem Recht, auch wenn das T für Thomas besonders großgeschrieben und der Exilzeit mehr Aufmerksamkeit als anderen Phasen geschenkt wird.

- Franzius, Claudio/Tine Stein** (Hrsg.), Recht und Politik. Zum Staatsverständnis von Ulrich K. Preuß, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 213 S. – Mit Sympathie zeichnen die einzelnen Beiträge einzelne Grundbegriffe in Preuß' Schriften – Öffentlichkeit, Bürgerschaft, Europa, Völkerrecht und v.a. Verfassung – nach. Wie bei vielen linken Politiktheoretikern, ist der Begriff „Staatsdenken“ ambivalent, gehen doch seine verfassungstheoretischen und politischen Überlegungen über eine Fixierung auf den Staat hinaus, wie auch die Herausgeber in ihrem einleitenden Text unterstreichen.
- Fritz Bauer Institut/Katharina Rauschenberger/Werner Konitzer** (Hrsg.), Antisemitismus und andere Feindseligkeiten. Interaktionen von Ressentiments, Frankfurt a.M. 2015 (*Campus Verlag*), 197 S. – Anhand von Beispielen aus Geschichte und Gegenwart analysieren die Autoren die Interaktionen unterschiedlicher Formen gruppenbezogenen Hasses, wobei der Fokus insbesondere auf den Antisemitismus gelegt wird. Der Band ist chronologisch gegliedert und stellt damit anschaulich Entwicklungen, Kontinuitäten und Brüche in der Bedienung des Ressentiments dar.
- General Intelligence and Security Service** (Hrsg.), Annual Report 2014, Den Haag 2015 (*Bezugsadresse*: <https://www.aivd.nl>), 44 S. – Der englischsprachige Jahresbericht des niederländischen Inlandsnachrichtendienstes informiert kursorisch u.a. über verschiedene Formen des Terrorismus (Schwerpunkt: Jihadismus), Radikalisierungsprozesse (insbesondere zum Islamismus), Rechtsextremismus, Linksextremismus sowie Tierrechtsextremismus.
- Gottschlich, Jürgen**, Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier, 2. Aufl., Berlin 2015 (*Christoph Links Verlag*), 343 S. – Der Mitbegründer der *taz* zeichnet in seiner historischen Reportage die „deutsch-türkische Waffenbrüderschaft“ vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges nach und zeigt die deutsche Mittäterschaft am Völkermord an den Armeniern auf.
- Graf, Friedrich-Wilhelm u.a.** (Hrsg.), Geschichte intellektuell. Theoriegeschichtliche Perspektiven, Tübingen 2015 (*Verlag Mohr Siebeck*), 533 S. – Anlässlich des 65. Geburtstages von Gangolf Hübinger, dem in Frankfurt/Oder lehrenden Historiker, umreißen 27 Beiträge vielfältige Weisen und Akteure, Geschichte zu denken, zu theoretisieren und zu schreiben. Friedrich Wilhelm Graf leitet zuvor in das wissenschaftliche Werk Hübingers ein, das er mit „Problemgeschichte(n)“ und der Diskussion um Ordnungen und ihre Eruptionen in den letzten beiden Jahrhunderten überschreibt. Die Rolle des Historikers als Intellektueller wie interdisziplinäre Perspektiven auf die Geschichtsschreibung werden gleichermaßen in kleinteiligen Aufsätzen eruiert. So entsteht ein Forschungsüberblick in Einzelstudien.
- Greenberg, Udi**, The Weimar Century. German Emigrés and the Ideological Foundations of the Cold War, Princeton 2015 (*Princeton University Press*), 276 S. – Das gleichermaßen anregende und streitbare Buch beschreibt die politiktheoretischen Analysen von Carl J. Friedrich, Ernst Fraenkel, Waldemar Gurian, Karl Loewenstein und Hans J. Morgenthau im Kontext der Nachkriegsplanung und -politik in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik. Greenberg will zeigen, wie stark diese Autoren vom Untergang der Weimarer Republik geprägt waren und als intellectual cold warriors ein demokratietheoretisch defensives Konzept entwarfen, welches nachhaltig die Nachkriegsordnung prägte.
- Großmann, Thomas**, Fernsehen, Revolution und das Ende der DDR, Göttingen (*Wallstein Verlag*), 296 S. – Dass das Reale Effekte seiner Repräsentation ist, verkündeten bereits Jean Baudrillard (*Der symbolische Tausch und der Tod* u.a.) und Günther Anders (*Die Welt als Phantom und Matrise*). Thomas Großmann greift in seiner Dissertation, wenn auch mit weit geringerer Radikalität, das Konzept medialer Performativität auf und fragt nach mobilisierenden wie dynamisierenden Wirkungen medialer Berichterstattung über den Fall des SED-Regimes.

- Grothe, Ewald** (Hrsg.), Ernst Rudolf Huber. Staat – Verfassung – Geschichte, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 303 S. – Neben dem „Kronjuristen des Dritten Reiches“, Carl Schmitt, war gleichermaßen dessen Schüler Ernst Rudolf Huber nach 1945 politisch gebrandmarkt. Dessen ungeachtet hat er mit seiner Deutschen Verfassungsgeschichte seit 1789 ein Standardwerk hinterlassen, weswegen sein Name in der Reihe Staatsverständnisse nicht fehlen darf. Der Sammelband verbindet Untersuchungen zu persönlichen wie akademischen Netzwerken mit begrifflich-theoretischen Auseinandersetzungen sowie politisch-juristischen Tätigkeiten Hubers.
- Gu, Xuewu/Hanns Jürgen Küsters** (Hrsg.), Was Deutschland und die Welt im Innersten zusammenhält. Politik und Intellektuelle in der deutschen Zeitgeschichte und die Rolle Deutschlands in einer globalisierten Welt – Symposien zum 80. Geburtstag von Professor Dr. Hans-Peter Schwarz, Sankt Augustin/Berlin 2015 (*Konrad-Adenauer-Stiftung*), 253 S. – Hans-Peter Schwarz ist einer der bedeutendsten Zeithistoriker und Politikwissenschaftler Deutschlands. Davon legt dieser Band eindrucksvoll Zeugnis ab.
- Gusy, Christoph** (Hrsg.), Evaluation von Sicherheitsgesetzen, Wiesbaden 2015 (*Springer VS*), 250 S. – Seit Jahren mit ziviler Sicherheit befasst, versammelt Gusy Beiträge zur Form und zur Technik (wann muss eine Evaluation erfolgen?) wie zu materiellen Gesichtspunkten: Dient ein Gesetz dem avisierten Ziel? Ist die Eingriffsintensität angemessen? Das Parlament wie die Öffentlichkeit soll eine Basis für Entscheidungen erhalten. Mögen die Schlüsse aus der Evaluation vieler Evaluationen den „Praktikern“ nützen: Die Legislative sollte ihre Kontrollfunktion besser wahrnehmen.
- Guzy, Nathalie/Christoph Birkel/Robert Mischkowitz** (Hrsg.), Viktimisierungsbefragungen in Deutschland, Bd. 1: Ziele, Nutzen und Forschungsstand, Bd. 2: Methodik und Methodologie, Wiesbaden 2015 (*Bundeskriminalamt*), 590 und 424 S. – Die Bände nehmen eine umfassende Bestandsaufnahme zum Stand von Viktimisierungsbefragungen in Deutschland vor. Für die Extremismusforschung von besonderem Interesse ist Marc Coesters Beitrag zur Hasskriminalität.
- Hanel, Tilmann**, Die Bombe als Option. Motive für den Aufbau einer atomtechnischen Infrastruktur in der Bundesrepublik bis 1963, Essen 2015 (*Klartext Verlag*), 264 S. – Tilmann Hanel untersucht in seiner Dissertation die Nuklearpolitik der Bundesrepublik in der Adenauerzeit. Seine Ausgangsthese lautet: Jene hinter dem Einstieg in die als friedlich deklarierte Kernkraftnutzung stehenden Motive seien überwiegend militärisch-außenpolitischer Natur gewesen. Hanel spürt dazu den nuklearpolitischen Ambitionen von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft sowie Militär nach und fragt schließlich nach den Folgen der Bemühungen dieser vier Akteursgruppen. Das Buch trägt zwar alle denkbaren Argumente für eine militärische „Option“ zusammen, handfeste Belege für die Thesen des Autors sucht der Leser aber meist vergeblich.
- Hansen, Imke**, „Nie wieder Auschwitz!“ Die Entstehung eines Symbols und der Alltag einer Gedenkstätte 1945-1955, Göttingen 2015 (*Wallstein Verlag*), 310 S. – Mit dem Ruf „Nie wieder Auschwitz!“ des polnischen Premierministers Józef Cyrankiewicz lässt die Autorin ihre Geschichte des Gedenkortes Auschwitz-Birkenau beginnen. Er repräsentiere eine integrierende, auf die Zukunft gerichtete Haltung, verschiedene Geschichtsbilder, Erfahrungen und Akteure – auch in der Betonung von Kampf, Widerstand und Solidarität der ehemaligen Häftlinge – zu vereinen. Wie das vormalige Symbol für Vernichtung und die Shoa zu einer Gedenkstätte mit Ausstellungs- und Diskussionsalltag wurde, bestimmt daher nicht nur erinnerungspolitische Debatten. Imke Hansen beschreibt es zugleich als Teil der Geschichte Polens, des Kommunismus und des Lebens vor Ort. Sie orientiert sich an den Gestaltungsprozessen rund um Auschwitz-Birkenau: den Interpretationen der Lagergeschichte und ihrer Insassen, den Akteuren ihrer Wiedergabe sowie an deren Konzepten und Narrativen.

- Hartmann, Jürgen**, Demokratie und Autokratie in der vergleichenden Demokratieforschung. Eine Kritik, Wiesbaden 2015 (*Springer VS*), 192 S. – Einhergehend mit einer umfänglichen Bilanzierung klassischer und zeitgenössischer Literatur zur Demokratie(-forschung) zeigt Jürgen Hartmann Desiderata dieser auf. Seine Kritik bezieht sich auf begriffliche Ungenauigkeiten und Grauzonen, fehlende methodische Systematik, bzw. dem Trend zur quantifizierenden Methode, der Vereinfachung komplexer Sachverhalte und blinde Flecken der Scientific Community. Die fundierte und systematische Auseinandersetzung wird lediglich durch mangelndes Lektorat des Manuskriptes getrübt.
- Häusler, Alexander/Rainer Roeser**, Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg 2015 (*VSA-Verlag*), 158 S. – Der Aufstieg der AfD hat sich aus Sicht der Parteien- wie Extremismusforschung als „Glücksfall“ erwiesen, dem verdrießlichen Zirkel immer kleinteiligeren Fragen zu den altbewährten Untersuchungsobjekten zu entkommen. Entsprechend ausufernd ist mittlerweile die AfD-Literatur. Unabhängig davon bietet das Überblickswerk von Alexander Häusler – und das ist letztlich auch seine erklärte Intention – facettenreiche „Hintergrundinformation[en] zur vertiefenden Auseinandersetzung“.
- Hayek, Friedrich August**, Geld und Konjunktur. Band I: Frühe und unveröffentlichte Schriften, 1924-1931, Tübingen 2015 (Mohr Siebeck), 548 S. – Diese Auskopplung aus den Gesammelten Schriften in deutscher Sprache des Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek beinhaltet vor allen Dingen geld- und konjunkturtheoretische Schriften. Die Kritik an einer inflationistischen Geldpolitik als Ursache von Wirtschaftskrisen lohnt sich angesichts der aktuellen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu lesen. Auch die historischen Untersuchungen zur Entwicklung des Geldwesens können Interesse erheischen.
- Heer, Sebastian**, Parlamentsmanagement. Herausbildungs- und Funktionsmuster parlamentarischer Steuerungsstrukturen in Deutschland vom Reichstag bis zum Bundestag, Düsseldorf 2015 (*Droste Verlag*), 373 S. – Der Autor behandelt in seiner Dissertation parlamentarische Steuerungsstrukturen: das Präsidium, den Ältestenrat und die Parlamentarischen Geschäftsführer. Die theoretisch ambitionierte Arbeit wäre in ihren empirischen Teilen ausbaufähig gewesen. So ist der Leser etwas ratlos.
- Heitmann-Kroning, Imke**, Deutsche Sicherheitspolitik zwischen „never alone“ und „never again“. Der Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, Opladen 2015 (*Barbara Budrich*), 318 S. – Die unstrittige These von außenpolitischen Aktionen im Bündnisrahmen („nie allein“) und unter Wahrung der historisch grundierten strengen Verteidigungsprämisse („nie wieder“) führt dazu, einige einsatzpraktische Probleme handhabbar zu machen, etwa das „normale“ Auftreten Deutschlands als internationaler Akteur oder die (verbale) Vermeidung von Kampfeinsätzen. Eine Stärke ist der Hinweis auf die Bedeutung der Kultur in der Zielregion.
- Hellmann, Gunther/Daniel Jacobi/Ursula Urrestarazu Stark** (Hrsg.), „Früher, entschiedener und substantieller?“ Die neue Debatte über Deutschlands Außenpolitik, Sonderausgabe der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 491 S. – Der Ansatz, vielfach von Politikern vorgetragen und historisch durchaus stichhaltig, leidet an fehlender Umsetzung vor allem bei der Bundeswehr. Mit Handbuchcharakter werden Grundsätze der „neuen“ Außenpolitik vorgestellt, die vor allem eine „aufgerüstete“ Rhetorik anzeigen, wie der lesenswerte Schlussbeitrag kundtut.
- Hermelin, Stephan**, Abendlicht. Mit einem Nachwort von Kathrin Schmidt und einer Rede von Klaus Wagenbach, Berlin 2015 (*Verlag Klaus Wagenbach*), 128 S. – Erinnerungen des aus Chemnitz stammenden Schriftstellers, 1979 erstpubliziert, erläutern politische Geschichte aus einer literarischen Sicht; an ihnen zeigt sich, wie der kommunistische Widerstand und Leid als „Gepäck“ zu einer kritisch-loyalen Position im Kultursystem der DDR führte. Eine Nachrede auf ihn betont Unerschrockenheit und die Fähigkeit zum Ausgleich. Dass Hermlin 1961 den Mauerbau rechtfertigte, bleibt dabei unerwähnt.

Kommentierte Bibliographie

- Hildebrandt, Achim u.a.**, Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 387 S. – Die vier Nachwuchswissenschaftler wenden sich in zwölf praxisorientierten, gut verständlichen Artikeln eigens an MA-Studenten, die regelmäßig am Wunsch scheitern, die im Buch präsentierten Verfahren effektiv und effizient in ihre Arbeiten einzubinden. Darum: jedem Kandidaten mit hohem methodischen Anspruch empfohlen – von Experimenten über Mehrebenenanalysen bis hin zur Triangulation.
- Hillebrand, Ernst** (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn 2015 (*Dietz Verlag*), 190 S. – Die steckbriefartigen Beiträge im ersten Teilabschnitt des Bandes befassen sich mit rechtspopulistischen Parteien in Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Österreich, Polen, der Schweiz, Tschechien sowie Ungarn und stellen oberflächliche Überblicke dar, ohne tiefgreifende Analysen zu bieten. Die Beiträge des zweiten und dritten Abschnitts sind als politische Plädoyers gegen Populismus und für eine Revitalisierung bürgernaher Politik zu betrachten – mit deutlich links-liberaler Couleure.
- Hofmann, Birgit**, Der „Prager Frühling“ und der Westen. Frankreich und die Bundesrepublik in der internationalen Krise um die Tschechoslowakei 1968, Göttingen 2015 (*Wallstein Verlag*), 472 S. – Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um die gekürzte Version einer Dissertation. Birgit Hofmann untersucht detailliert das Verhalten des Westens während des „Prager Frühlings“. Nah an den Quellen orientiert werden an den Beispielen Deutschlands und Frankreichs dem Leser die divergierenden Politiken gegenüber der UdSSR aus der jeweiligen Perspektive deutlich, die eine einheitliche westliche Außenpolitik im Hinblick auf die weitere Blockkonfrontation folgenreich paralyisierte.
- Holzer, Boris**, Politische Soziologie, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 205 S. – Der Bielefelder Soziologieprofessor richtet den Blick auf die Schnittstelle von Soziologie und Politikwissenschaft und beleuchtet die Interdependenz von gesellschaftlicher Grundlage und politischer Ordnung. Hierzu gibt er einen Überblick über Teilbereiche, Gegenstände und Herausforderungen der politischen Soziologie.
- Hölzing, Philipp**, Ein Laboratorium der Moderne. Politisches Denken in Deutschland 1789 – 1820, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 244 S. – Mit der Französischen Revolution beginne das moderne politische Denken in Deutschland, schließlich kristallisieren sich in ihr seine drei Hauptströmungen – Liberalismus, Republikanismus und Konservatismus – heraus, um zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen spezifisch nationalen Anstrich zu erhalten. Diese These verfolgt Philipp Hölzing anhand ausgewählter Autoren, die idealtypisch gemustert werden – von Immanuel Kant, G. W. F. Hegel über Friedrich Schiller, Friedrich Schlegel bis hin zu Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich von Gentz. Die knappen Beiträge bleiben jedoch schemenhaft. Zweifelloso liefert der Autor neue Ansätze zur Erforschung des Republikanismus, gleichwohl skizziert er die Experimentierräume jenes Laboratoriums zu unscharf.
- Huber, Florian** (Hrsg.), Kind, versprich mir, dass du dich erschießt. Der Untergang der kleinen Leute 1945, Berlin 2015 (*Berlin Verlag*), 303 S. – Huber schildert ausführlich und anhand persönlicher Dokumente und Erinnerungen die Endzeitstimmung. Viele sahen nicht nur aus Angst vor Gewalttaten der Roten Armee keinen Ausweg. Im Chaos und die Rache fürchtend, wählten Deutsche ungewöhnlich zahlreich den Freitod. Beachtenswert: Nicht wenige Deutsche hatten sich mit dem Nationalsozialismus arrangiert, sogar identifiziert – und standen 1945 vor den Trümmern ihres Lebens.
- Huff, Tobias**, Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, Göttingen 2015 (*Verlag Vandenhoeck & Ruprecht*), 470 S. – Entgegen der gängigen Vorstellungen von der DDR als ökologischem „failed state“ wagt Tobias Huff einen differenzierten Blick auf die Umweltgeschichte der DDR, die er in Zehn-Jahres-Schritten periodisiert. Die Sicht auf die SED-Diktatur als einem monolithischen Block lässt sich nach Huff, der Berührungen von Teilen der Partei mit oppositionellen Umweltgruppen aufzeigt, im Bereich der Ökologie nicht halten.

- Human Rights Watch** (Hrsg.), World Report 2015, New York 2015 (*Bezugsadresse*: <http://www.hrw.org>), 644 S. – Der Bericht informiert über Menschenrechtsverletzungen weltweit (Berichtsjahr 2014).
- Jäckel, Michael/Uwe Jun** (Hrsg.), Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation, Berlin/Toronto 2015 (*Verlag Barbara Budrich*), 205 S. – Der lesenswerte Überblick veränderter politischer Kommunikationsstrategien erläutert die bisherigen Versuche der Parteien, ihre Wahlkampfkommunikation im social web zu optimieren und zeigt deren Schwächen auf. Bisweilen überraschen nicht nur die Befunde eines bisher geringen Einflusses digitaler gegenüber traditioneller Medien, sondern auch deren Begründungen.
- James, Sabatina**, Scharia in Deutschland. Wenn die Gesetze des Islam das Recht brechen, München 2015 (*Knaur Klartext Verlag*), 144 S. – Die Autorin versucht die These zu belegen, dass der Islam unvereinbar mit der westlichen Kultur und Lebensweise sei und warnt vor einer übertriebenen gesellschaftlichen und politischen Toleranz, welche die westlichen Rechtsstaaten ihre Souveränität kosten werde. Die Argumentation erfolgt unausgewogen, zum Teil auf Grundlage von Verallgemeinerungen und stark gefärbt durch die persönlichen Erfahrungen der Autorin.
- Jesse, Eckhard**, Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln u.a. 2015 (*Böhlau Verlag*), 488 S. – Der Band enthält bereits publizierte Beiträge zu den Themen Extremismus und Demokratie. Dabei findet der Rechtsextremismus ebenso Berücksichtigung wie der Linksextremismus.
- Jesse, Eckhard** (Hrsg.), Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus, Baden-Baden (*Nomos Verlag*), 223 S. – Die Beiträge des Sammelbandes versuchen den Begriff der „Gefahr“ für die Extremismustheorie fruchtbar zu machen. In dieser neuen und erweiterten Perspektive, die bisher marginalisierte Themenfelder ins Zentrum rückt, werden weitere operationale Differenzierungen möglich, die das Phänomen „Extremismus“ in all seinen Facetten weiter ausleuchten.
- Jonsson, Stefan**, Masse und Demokratie. Zwischen Revolution und Faschismus, Göttingen 2015 (*Wallstein Verlag*), 342 S. – Der schwedische Literaturwissenschaftler Stefan Jonsson liefert mit seinem höchst lesenswerten Buch eine Archäologie, mit deren Hilfe er den „Massen“-Diskurs der Zwischenkriegszeit freilegt. Er konzentriert sich dabei nicht zuletzt auf intellektuelle Stimmen in Deutschland und Österreich. Er verbindet literatur- mit geschichts-, politik- und kulturwissenschaftlichen Perspektiven.
- Juchler, Ingo** (Hrsg.), Hermeneutische Politikdidaktik. Perspektiven der politischen Ethik, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 151 S. – Der Band versammelt die Beiträge der am 26./27. April 2013 an der Universität Potsdam durchgeführten ersten Jahrestagung der Arbeitsgruppe Hermeneutische Politikdidaktik der DPJE. Weil die hermeneutische Politikdidaktik ausgehend vom jeweiligen Vorverständnis der Schüler die Herausbildung einer politischen Ethik als zentrale Kompetenz schärfen soll, steht in den Beiträgen der Zusammenhang von Didaktik und Ethik im Mittelpunkt.
- Juhász, Attila/Lóránt Györi/Péter Krekó/András Dezső**, „I am Eurasian“. The Kremlin connections of the Hungarian far-right, Budapest 2015 (*Political Capital/SDI*), 53 S. – Ausgehend vom Fall des ungarischen Europaabgeordneten Béla Kovács werden die Beziehungen der antikomunistisch-prorussischen Jobbik zum Kreml und umgekehrt detailliert analysiert.
- Kaeding, Michael/Niko Switek** (Hrsg.), Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 417 S. – Dieser Band bietet eine umfassende Bilanz und Analyse der Europawahl von 2014. Nach einer ebenso ausführlichen wie kenntnisreichen Einleitung und einem Grußwort aus der Feder Martin Schulz' widmen sich die Hauptteile „Wahlkampf und Wahlkampagnen“ (gleich zweimal – das ist etwas unglücklich gewählt), „Europäische Parteienfamilien und nationale Parteiensysteme“, „Regieren im politischen System der EU“ und dem „Blick von Außen auf die Wahl“. Die Beiträge sind überwiegend auf Deutsch, einige auch in englischer Sprache verfasst worden. Gleich zwei Analysen sind der AfD gewidmet, eine den Einflüssen rechtsextremer Tendenzen in Südeuropa.

- Kempf, Udo/Hans-Georg Merz/Markus Gloe** (Hrsg.), Kanzler und Minister 2005-2013. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 279 S. – In 32 Kurzporträts werden die prägenden Köpfe (und deren Leistungen) der schwarz-roten (2005-2009) und schwarz-gelben (2009-2013) Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel analysiert. Der Regierungsstil eines Bundeskanzlers schlägt sich nicht zuletzt in der Kabinettszusammensetzung nieder, wie die Autoren zeigen.
- Kessel, Stijn van**, Populist Parties in Europe. Agents of Discontent?, London 2015 (*Palgrave Macmillan*), 239 S. – Der Autor untersucht 31 europäische Staaten mit der Methode der Qualitativen Vergleichsanalyse (QCA), um die Bedingungen ihres Wahlerfolgs noch differenzierter zu erklären, als es in den bekannten Studien bislang geschehen ist. Vertiefende Betrachtungen gelten populistischen Parteien in den Niederlanden, Polen und Großbritannien.
- Kimmel, Elke/Marcus Heumann**, Abgesang der Stasi. Die letzten Monate der Staatssicherheit im Originalton, Berlin 2015 (*Christoph Links Verlag*), 1 Tonträger – Die Staatssicherheit dokumentierte den Machtzerfall selbst; aufgezeichnete Telefonate von September 1989 bis Januar 1990 demonstrieren, wie paralysiert der „Frosch“ vor der „Schlange“ saß. Ein Beispiel ist der Umgang mit dem umlagerten Dresdner Hauptbahnhof am 3. Oktober 1989. Tondokumente und Kommentare schaffen ein lebhaftes Behördenportrait in einer singulären Umbruchzeit.
- Klühs, Franz**, August Bebel. Der Mann und sein Werk, Hamburg 2015 (*Severus Verlag*), 351 S. – An Biographien über den „Arbeiterkaiser“ herrscht wahrlich kein Mangel. Was die vorliegende von anderen unterscheidet, ist die zeitliche, politische und auch persönliche Nähe des Autors zum Leben August Bebels. Sie wurde im Jahr 1923 erstmals veröffentlicht. Aus diesem Grunde mag sie nicht den wissenschaftlichen Anforderungen der Biographieforschung genügen, sie ist indes ein wichtiges Zeitdokument in zweierlei Hinsicht: Sie zeigt einerseits die Deutungskämpfe um den Heroen der Arbeiterbewegung und andererseits wie die Weimarer SPD angesichts der wachsenden Probleme und innerparteilichen Differenzen Ahnenpflege betrieb.
- Knapp, Gabriele/Adriane Feustel/Inge Hansen-Schaberg** (Hrsg.), Flüchtige Geschichte und geistiges Erbe. Perspektiven der Frauenexilforschung, München 2015 (*edition text + kritik*), 213 S. – Die ersten Beiträge ziehen eine Zwischenbilanz zum aktuellen Forschungsstand der Frauenexilforschung und werfen neue Fragestellungen auf. Die Autoren versuchen, Antworten auf die Frage zu finden, wie die Forschungsergebnisse für eine geschlechtergerechte Erinnerungs- und politische Bildungsarbeit genutzt werden können und wie historische Erfahrungen mit Exil und Migration auf den heutigen Kontext angewendet werden können.
- Kneuer, Marianne** (Hrsg.), Standortbestimmung Deutschlands. Innere Verfasstheit und internationale Verantwortung, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 325 S. – Dieser Band der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft unterscheidet sich von vielen politologischen Veröffentlichungen dadurch, dass er sich nicht in Detailverliebtheit verliert, sondern eine Grobvermessung vornimmt, um zentrale Problemfelder im Ganzen (den sprichwörtlichen Wald vor lauter Bäumen) wieder in den Blick zu bekommen: ob die Westbindung der Bundesrepublik nach dem Ende des Kalten Krieges, Charakter und Transformation ihrer Sozialstaatlichkeit, die Entwicklung, Reformfähigkeit und -bedürftigkeit des Föderalismus oder die Würdigung von Plebisziten und Protest innerhalb der repräsentativen Demokratie. Abschließend beleuchtet der Bielefelder Soziologe Stefan Kühl sogar die bundesdeutsche Hochschulpolitik kritisch.
- Knill, Christoph u.a.** (Hrsg.), Moralpolitik in Deutschland. Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte im historischen und internationalen Vergleich, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 262 S. – Staatliche Regulierung ist meist in praxisnahen Lebensbereichen nötig: etwa in der Biopolitik (Stammzellforschung), in Sexual- (gleichgeschlechtliche Partnerschaften) und Suchtpolitik (Drogenkonsum). Im Münchner Projekt zu veränderten Moralpolitiken, das den Band ausstaffiert, werden Rahmenbedingungen und konkrete Beispiele behandelt. Positiv sticht der Vergleich unter der Frage stetiger Liberalisierung hervor; fraglich erscheint, ob alle Felder auf einer Ebene liegen (Homosexualität, Glücksspiel).

- Knill, Christoph/Jale Tosun**, Einführung in die Policy-Analyse, Opladen/Toronto 2015 (*Verlag Barbara Budrich*), 284 S. – Der Band bietet einen Überblick über begriffliche und theoretische Grundlagen der Policy-Analyse, auch mit einem breiteren, interdisziplinären Fokus. Sprachlich stets verständlich bietet das Lehrbuch sowohl für fortgeschrittene Politikwissenschaftler als auch junge Bachelor-Studenten praxisorientierte Analyseinstrumente. Konkretes Anliegen der Autoren ist es zudem, Forschungslücken und Desiderata der Policy-Analyse aufzuzeigen und junge Forscher zu inspirieren.
- Kollmorgen, Raj/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagener** (Hrsg.), Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 799 S. – Das Handbuch berücksichtigt alle einschlägigen Aspekte zur Thematik: theoretische Paradigmen – Forschungsansätze – Methoden – historische Wellen und Typen von Gesellschaftsformationen – Sphären – transformatorische Grundprobleme. Es handelt sich um ein Standardwerk.
- Koniczek, Constantin**, Strategische Interaktionen im Feld des Regierens. Die PDS als Kooperationspartner der SPD auf Landesebene, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 533 S. – Das eng bedruckte Inhaltsverzeichnis erstreckt sich über acht Seiten. Hier wäre eine zusätzliche Inhaltsübersicht ratsam gewesen, um den Eindruck von theoretisch-empirischer Kleinteiligkeit nicht entstehen zu lassen. Denn insgesamt gelingt es dieser Hallenser Dissertation, den Einfluss der PDS in roten-roten Bündnissen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zwischen 1998 und 2004 so eingehend und ausführlich wie nie zuvor zu erörtern. Die Studie beginnt und endet mit einem Diktum Theodor Eschenburgs, der einmal behauptete, kleineren Koalitionspartnern gelinge es, „die Farbtöne des Regierungskurses zu verstärken oder abzumildern, nicht aber die Grundfarbe selber zu bestimmen“. Dabei erwies sich die PDS in den untersuchten Fällen allerdings als recht erfolgreich.
- Korte, Karl-Rudolf** (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 540 S. – Der Band vereint Beiträge aus den vier Subdisziplinen zur Bundestagswahl 2013. Die Analysen reichen von der Ausgangssituation und dem Wahlkampf über Erklärungen für den Verlauf und Ausgang der Wahl bis hin zu den Folgen der Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung.
- Korte, Karl-Rudolf** (Hrsg.), Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 350 S. – Emotionen finden in der Politik(-wissenschaft) als Ausdruck des Irrationalen wenig Bedeutung – wenngleich Politik genuin emotional ist. Der Band versammelt zahlreiche Beiträge und versucht sich an einer normativen wie empirischen Re-Emotionalisierung der Politikwissenschaft. Mit einem interdisziplinären Fokus werden Relevanz, Forschungsperspektiven und praxisorientierte Fallstudien einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung betrachtet und somit das rein rationalistische Paradigma auf den Prüfstand gestellt.
- Krämer, Felix**, Moral Leaders. Medien, Gender und Glaube in den USA der 1970er und 1980er Jahre, Bielefeld 2015 (*transcript Verlag*), 416 S. – Der Autor verknüpft in seiner Dissertation die Medien-, Religions- und Geschlechtergeschichte der USA von den 1960er bis zu den 1980er Jahren unter einer gemeinsamen Überschrift: der Suche nach einem „moral leader“, der in Zeiten vielfältiger gesellschaftlicher Krisen eine politische und moralische Führungsfigur verkörperte. Felix Krämer analysiert ein „medial-politisches Machtarrangement“ (S.9) anhand von Fernsehsendungen. Er weist profund nach, wie in der Auseinandersetzung mit der feministischen, der afroamerikanischen Bürgerrechts- und der Homosexuellenbewegung sowie mit ihren Rufen nach Gleichberechtigung evangelikale Positionen transportiert wurden, die eine neue moralische Führung innerhalb der amerikanischen Gesellschaft einforderten. Zu ihrem exemplarischen Typus wurde Ronald Reagan – weiß, männlich, heterosexuell, erfolgreich, freiheitlich orientiert und moralisch gefestigt.

- Kriesi, Hanspeter/Takis S. Pappas** (Hrsg.), *European Populism in the Shadow of the Great Recession*, Colchester 2015 (*ECPR Press*), 378 S. – In diesem Band analysieren die 16 Beiträge der 22 Autoren 25 Parteien in 17 Ländern. Fünf Regionen sind berücksichtigt: die nordische (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden), die westliche (Belgien, Frankreich, Niederlande, Schweiz), die südliche (Griechenland, Italien), die mittel-östliche (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) und die angelsächsische (Großbritannien, Irland). Der Band, reichhaltig mit Abbildungen und Tabellen ausgestattet, will empirisch prüfen, wo, wann, wie und wie stark der parteiförmige Populismus nach der großen Rezession 2008/09 zu reüssieren vermochte. Die Herausgeber bilden eingangs vier Hypothesen. Diese erfahren schlüssige Antworten. Zwischen Krise und Populismus gebe es nur eine diffuse Beziehung. Das Werk, systematisch angelegt und sorgfältig komponiert, leistet einen bedeutsamen Beitrag zur schillernden Populismusthematik.
- Kron, Thomas**, *Reflexiver Terrorismus*, Weilerswist-Metternich 2015 (*Verlag Velbrück Wissenschaft*), 510 S. – Terrorismus als Bestandteil einer Weltrisikogesellschaft ist der Gegenstand dieses opulenten und klug geschriebenen Werkes, dessen These die sicherheitspolitischen Akteure beherzigen sollten: „Der doppelkontingente Prozess von Antizipation, Reaktion, Lernen und wiederum Antizipation führt unter komplexen Bedingungen zu einer wechselseitigen Anpassung der handlungsleitenden Strategien aneinander.“ (S. 300)
- Krumeich, Gerd**, Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn 2015 (*Verlag Ferdinand Schöningh*), 362 S. – Systematisch untersucht der Autor die Geschehnisse, die zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges geführt haben. Zudem bietet er einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zur Kriegsschuldfrage. Krumeich kommt zu der Erkenntnis, dass die verantwortlichen Entscheidungsträger selbst im Vorfeld weder zum Ziel hatten, noch damit rechneten, dass der Krieg derartige Ausmaße annehmen würde. Die 50 im Wortlaut abgedruckten Schlüsseldokumente, welche die damaligen Ereignisse auch für Laien nachvollziehbar machen, bilden die größte Stärke dieses Werkes.
- Kruse, Heinz**, *Demokratie in einer globalen Welt. Überwindung der Denk- und Handlungskrise unserer Parteien*, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 273 S. – Der Autor diagnostiziert eine Krise der Parteiendemokratie, die sich in einer gegenseitigen Entfremdung von Bürgerschaft und politischen Akteuren äußere. Eine Ursache sei die weitgehende Interessenkongruenz von Partei- und Wirtschaftseliten, weswegen de facto eine „Herrschaft von Oligarchen aus Wirtschaft und Finanzen“ (S. 99) vorläge. Als Ausweg schlägt Kruse eine „Verfassung vom Volk“ vor, die das Grundgesetz ablösen und eine stärker plebiszitär orientierte „Bürgerdemokratie“ ermöglichen soll.
- Kulish, Nicholas/Souad Mekhennet**, Dr. Tod. Die lange Jagd nach dem meistgesuchten NS-Verbrecher, München 2015 (*Verlag C.H. Beck*), 351 S. – 57 Einzelkapitel, umfänglich recherchiert, erzählen vom Leben des Dr. Aribert Heim: SS-Arzt in Mauthausen. Ein Spruchkammerverfahren 1948 sprach ihn frei. Unbelehrt praktizierte er in Baden-Baden, bevor er sich nach Ägypten absetzte. Die nachlässige Suche der deutschen Behörden hinterlässt ein ungutes Gefühl.
- Lachapelle, Guy/Philippe J. Maarek** (Hrsg.), *Political Parties in the Digital Age. The Impact of New Technologies in Politics*, Berlin/Boston 2015 (*Verlag Walter De Gruyter*), 181 S. – Anhand diverser Länderbeispiele erörtert der Band den Einfluss neuer Kommunikationstechnologien auf die Arbeit der Parteien und den politischen Prozess. Trotz einer stärkeren Tendenz zum öffentlichen Diskurs im social web erschwere ihnen dessen Neigung zur Personalisierung der Debatten bislang ein erfolgreiches Agenda-Setting.
- Langebach, Martin/Michael Sturm** (Hrsg.), *Erinnerungsorte der extremen Rechten*, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 303 S. – Das Sammelwerk, in dem vor allem Nachwuchswissenschaftler zu Worte kommen, analysiert anhand von zwölf Beispielen die Geschichtspolitik von Rechtsextremisten, etwa zum 1. Mai, zur Waffen-SS, zum Luftkrieg, zum 8. Mai 1945, zu Rudolf Heß. Nicht alle Beiträge sind differenziert gehalten.

- Laser, Kurt u.a.**, Der Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain – die Begräbnisstätte der Opfer zweier Revolutionen, Berlin 2015 (*trafo Verlag*), 519 S. – Der von der Geschichtskommission Friedrichshain-Kreuzberg der Partei *Die Linke* herausgegebene Band ist eine begrüßenswerte Initiative, einen Berliner Gedenkort ins Zentrum zu rücken, der ansonsten eher im Schatten der florierenden Berliner Erinnerungskultur liegt. Er regt zum Besuch des Friedhofs der Märzgefallenen im Friedrichshainer Volkspark an und erinnert daran, dass die Rede von den Deutschen als einem revolutionsaversen Volk so nicht richtig ist. Zugleich deutet er aber – ungeachtet manch revolutionsnostalgischer Intonierung – auch an, weshalb es gerade angesichts dieser Thematik bis heute zu Spannungen zwischen einer radikal und einer reformerisch gestimmten Linken kommt.
- Lehmann, Max**, Bismarck. Eine Charakteristik, hrsg. von Gertrud Lehmann, Bremen 2015 (*Donat Verlag*), 352 S. – War der Historiker Max Lehmann (1845-1929) zu Lebzeiten ein gleichermaßen bekannter wie umstrittener Vertreter seiner Zunft, so ist er heute nur mehr der Fachwelt ein Begriff, was nicht zuletzt daran liegt, dass keines seiner Werke in einer aktuellen Ausgabe zur Verfügung steht. Mit der Veröffentlichung seiner an der Universität Göttingen gehaltenen Bismarck-Vorlesungen hat seine Tochter nun einen Teil seiner Schriften aufgelegt, die Lehmann nicht nur als frühen Kritiker Bismarcks, sondern zugleich als leidenschaftlichen Gegner der b russischen Geschichtsverklärung zeigen.
- Liebert, Ulrike/Janna Wolff** (Hrsg.), Interdisziplinäre Europastudien. Eine Einführung, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 496 S. – Dieser Band bietet einen guten Einstieg in das Fach der Europawissenschaft und richtet sich daher vor allem an Studienanfänger, die einen guten Einblick in die historische Entwicklung und die juristischen Grundlagen der Union sowie ihre Konfliktfelder innerhalb wie außerhalb erhalten. In den einzelnen Kapiteln werden wichtige Begriffe und Persönlichkeiten in einem Kästchen hervorgehoben und darin kurz und bündig erklärt. Ein Werk, welches das komplexe Europa für den Leser verständlich herunterbricht.
- Lilla, Mark**, Der hemmungslose Geist. Die Tyrannophilie der Intellektuellen, München 2015 (*Kösel Verlag*), 223 S. – Der an der Columbia Universität lehrende Ideenhistoriker Mark Lilla geht in seinem Werk der Frage nach, wie und warum Intellektuelle der „Tyrannophilie“ – für ihn die Verehrung von Diktatoren und Despoten – verfallen und verfielen. In dem Buch finden sich kurze Essays zu Martin Heidegger, Carl Schmitt, Walter Benjamin, Alexandre Kojève, Michel Foucault und Jacques Derrida. Die Fragestellung spielt in den einzelnen Kapiteln leider keinerlei Rolle. Lilla fasst lediglich bereits erschienene Biographien zu den Intellektuellen zusammen und verwendet diese Informationen, um seiner Abscheu gegenüber ihnen Ausdruck zu verleihen. Einen Blick in die Werke der behandelten Autoren wagt er kaum, sodass sich keine eigenständigen Gedanken finden lassen. Ob man so Ideengeschichte betreiben kann, bleibt mehr als fraglich.
- Loewenstein, Bedrich**, Der Fortschrittsglaube. Europäisches Geschichtsdenken zwischen Utopie und Ideologie, Darmstadt 2015 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 520 S. – Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zum Fortschrittsglauben legt der Ideenhistoriker Bedrich Loewenstein als Alterswerk vor. Man mag zweifeln, ob ein wissenschaftliches Werk ohne theoretisch-methodisches Korsett gelingen kann; freilich gewinnt das Buch hierdurch ungemein an Fahrt. Angesichts der Überfülle formalistisch-korrekturer, aber (gerade deshalb?) langweiliger Streifzüge durch die Ideengeschichte ist diese Vorgehensweise ein Gewinn. Loewenstein erzählt eine Geschichte im besten Sinne und bettet seine Untersuchungen in einen gesellschafts- und kulturgeschichtlichen Rahmen ein.
- Löw, Konrad**, „Lasst uns trotzdem weiterkämpfen!“ Erfahrungen mit dem Versuch, „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ zu leben. Eine Autobiografie, Bad Schussenried 2015 (*Gerhard Hess-Verlag*), 302 S. – Konrad Löws Buch reiht sich in die von Politikwissenschaftlern in den letzten Jahren publizierten Autobiografien ein. Der scharfe Marxismusgegner, der lange in Bayreuth gelehrt hat, ist kein Opportunist, aber mitunter nicht frei von Selbstgerechtigkeit.

- Magenau, Jörg**, Princeton 66. Die abenteuerliche Reise der Gruppe 47, Stuttgart 2015 (*Verlag Klett-Cotta*), 223 S. – Der Publizist Jörg Magenau nimmt uns nochmals mit auf die intellektuelle Reise der Gruppe 47, jener Gruppe der „jungen Generation“, die in Westdeutschland während der Nachkriegszeit für eine geistige Erneuerung sorgen wollte. Der Adenauer-Staat behagte ihren Vertretern nicht, sie machten restaurativen Mief darin aus. In Princeton 66 wurde dann das Ende der mittlerweile recht etablierten, fast ein wenig behäbigen Gruppe eingeleitet. Denn neue junge Stürmer und Dränger hielten sich nun für die Avantgarde. Magenaus langer Essay liest sich gefällig, wenngleich sein Neuigkeitswert eher gering ist.
- Maggioni, Monica/Paolo Magri** (Hrsg.), *Twitter and Jihad. The Communication Strategy of ISIS*, Mailand 2015 (*Bezugsadresse: www.ispionline.it*), 172 S. – Die Autoren des Bandes analysieren die Diskurse, Propagandamittel und -strategien des selbsternannten „Kalifats“ mit Schwerpunkt auf den sozialen Medien.
- Makhotina, Ekaterina u.a.** (Hrsg.), *Krieg im Museum. Präsentationen des Zweiten Weltkriegs in Museen und Gedenkstätten des östlichen Europa*, München 2015 (*Verlag Vandenhoeck & Ruprecht*), 376 S. – Als identitätsstiftender Referenzpunkt der europäischen Erinnerungskultur kommt dem Zweiten Weltkrieg mit seinem konstitutiven Teil des Holocausts eine herausragende Bedeutung zu. In 14 Kapiteln untersuchen die Autoren des Bandes ausgewählte osteuropäische Museen und unterstreichen die sich seit 1944/45 je nach gesellschaftlichem Narrativ wandelnde Heterogenität der osteuropäischen Gedächtnislandschaft.
- Matos, Saulo de**, *Zum normativen Begriff der Volkssouveränität. Rechtsphilosophische und verfassungstheoretische Versuche der Legitimierung des politischen Handelns*, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 299 S. – Saulo de Matos Intention seiner Dissertation liegt in der normativen Begründung politischen Handelns, das im Namen der Volkssouveränität erfolgt. Diesem Thema nähert er sich zunächst durch eine funktionale Definition des Begriffs der Volkssouveränität, um in einem zweiten Schritt einen ideen- und begriffsgeschichtlichen Dialog zwischen den relevanten Protagonisten des Spätmittelalters und der Moderne herzustellen.
- McCarthy, Thomas**, *Rassismus, Imperialismus und die Idee menschlicher Entwicklung*, Berlin 2015 (*Suhrkamp Verlag*), 402 S. – Wer glaubt, Imperialismus und Rassismus seien überwundene Epochen menschlicher Entwicklung, der wird dank McCarthy eines Besseren belehrt: Es ist der Entwicklungsbegriff selbst, der Hierarchien zwischen Menschen konstituiert, in dem er einen vermeintlich entwickelten von einem unterentwickelten und diesem untergeordneten Zustand abgrenzt. Damit lässt sich eine Theorie des Neoimperialismus und -rassismus entwerfen, die sowohl die bräsige Kritik des Bundesfinanzministers an den südeuropäischen Ländern als auch den kulturellen Rassismus angesichts der Flüchtlingsdebatte auf den Begriff bringt.
- Medrow, Lisa/Daniel Münzner/Robert Radu** (Hrsg.), *Kampf um Wissen. Spionage, Geheimhaltung und Öffentlichkeit 1870-1940*, Paderborn 2015 (*Verlag Ferdinand Schöningh*), 243 S. – Der Band geht auf eine von Rostocker Doktoranden initiierte Tagung zurück, die ein brandaktuelles Thema – nämlich Geheimnis(verrat), Transparenz und Öffentlichkeit in der Demokratie – aufgreift und vor allem historisch zu grundieren sucht. Die einzelnen Untersuchungen beziehen sich auf das 19. und 20. Jahrhundert und nehmen zum Teil einen transnational-globalen Blickwinkel ein. Eröffnet wird dieses durchweg lesenswerte Kompendium durch einen gelungenen Forschungsbericht, der uns auf ein „Spannungsfeld der Moderne“ führt, das wir so schnell nicht wieder werden verlassen können.
- Merkel, Wolfgang** (Hrsg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 506 S. – Allenthalben ist von „Krisen“ die Rede, ohne dass dieser ubiquitäre Begriff immer operationalisiert wird. In diesem Werk zur „Partizipation“, zur „Repräsentation“ und zum Regieren ist das anders. Leider wird die Extremismusproblematik nicht eigens behandelt.

- Meyer, Gerd**, Mut und Zivilcourage. Grundlagen und gesellschaftliche Praxis, Opladen 2015 (*Verlag Barbara Budrich*), 275 S. – Der Band fragt nach Motiven für couragiertes Handeln: Wann und weshalb setzen sich Menschen gewaltfrei für andere ein? Meyer schreibt einerseits ein Grundlagenwerk, fördert andererseits aber auch Anregungen zur Zivilcourage in ganz praktischer Hinsicht. Er ruft zu mehr Engagement für andere auf.
- Meyer, Kristina**, Die SPD und die NS-Vergangenheit. 1945–1990, Göttingen 2015 (*Wallstein Verlag*), 549 S. – Die Autorin erörtert in ihrer Dissertation, wie die SPD mit der NS-Vergangenheit umgegangen ist. Die Kernthese: Die SPD habe eine „kontinuierliche Gratwanderung zwischen Versöhnungsbedürfnissen und Aufarbeitungsbemühungen“ vollzogen.
- Michalik, Susanne**, Multiparty Elections in Authoritarian Regimes. Explaining their Introduction and Effects, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 148 S. – Die Autorin argumentiert, dass Mehrparteienwahlen mehr seien als scheindemokratische Instrumente. Sie hätten sowohl Einfluss auf die Innenpolitik als auch auf die Außenpolitik der betreffenden Staaten und bergen trotz der autokratischen Herrschaftsform das Potenzial für demokratische Entwicklungen. Untermauert werden die theoretischen Betrachtungen durch empirische Fallstudien.
- Middelberg, Mathias**, „Wer bin ich, dass ich über Leben und Tod entscheide?“ Hans Calmeyer – „Rassereferent“ in den Niederlanden 1941–1945, Göttingen 2015 (*Wallstein Verlag*), 270 S. – Hans Calmeyer gehört zu den „Gerechten unter den Völkern“. Er war „Rassereferent“ und konnte über Leben und Tod entscheiden. Juden wurden vor dem Holocaust bewahrt, weil er (gefälschte) Unterlagen im Sinne der Bittsteller auslegte. Allerdings gibt es Kritiker, die ihn als Rädchen im Getriebe der NS-Diktatur ansehen.
- Ministerstvo Unutra České Republiky** (Hrsg.), Report on Extremism on the Territory of the Czech Republic in 2014, Prag 2015 (*Bezugsadresse: <http://www.mvcr.cz>*), 95 S. – Der Bericht vermittelt den Kenntnisstand der tschechischen Sicherheitsbehörden zum Rechts- und Linksextremismus in seinen regionalen Schwerpunkten, informiert über repressive Demokratieschutzmaßnahmen und die Spezifik politisch motivierter Gewalt im Berichtsjahr 2014.
- Minkenberg, Michael** (Hrsg.), Transforming the Transformation? The East European radical right in the political process, London/New York 2015 (*Routledge*), 376 S. – Die Beiträge des Bandes vermitteln ein komplexes Bild von den Entfaltungsbedingungen und der Entwicklungsdynamik rechtsextremer Parteien und Gruppierungen in den Transformationsstaaten des östlichen Europa.
- Möllers, Martin H. W.**, Öffentliche Sicherheit und Gesellschaft. Debatten im Kontext historischer Ereignisse seit 9/11, Frankfurt a.M. 2015 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 179 S. – Der Band präsentiert im weitesten Sinne sicherheitspolitische Kontroversen nach der Zäsur des 11. September 2001: so zum „Großen Lauschangriff“, zum Verbotsverfahren gegen die NPD, zum Versammlungsrecht von Rechtsextremisten. Möllers befürchtet, Sicherheit werde auf Kosten der Freiheit gehen.
- Möllers, Martin H. W.**, Polizeiwissenschaft 2. Rezensierte Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M. 2015 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 282 S. – Der zweite von vier Bänden zur Polizeiwissenschaft enthält einschlägige, bereits publizierte Rezensionen. Auch der wohlwollende Leser fragt sich: Hat das einen großen Mehrwert?
- Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen** (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2014/2015, Frankfurt a.M. 2015 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 666 S. – Das achte Jahrbuch umfasst neben dem Sonderthema „NSU und Reform der Sicherheitsarchitektur“, einschließlich einer Dokumentation, darunter „Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes“ die folgenden Rubriken: Extremismus/Radikalismus – öffentliche Sicherheit in Deutschland – europäische Sicherheitsstruktur – internationale Sicherheit.

- Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen**, NSU-Terrorismus: Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und Empfehlungen für die Sicherheitsbehörden, Frankfurt a.M. 2015 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 239 S. – Der Sonderband enthält nicht nur eine – durch die Autoren auf die wichtigsten Ergebnisse gekürzte – Dokumentation der NSU-Untersuchungsausschüsse in Berlin und Thüringen, sondern stellt gewichtige Fragen im Kontext der Fehler staatlicher Sicherheitsorgane. Martin H. W. Möllers geht der Überlegung nach, wie sich die Sicherheitsbehörden effektiver kontrollieren lassen, begleitet von sinnvollen Ansätzen einer Umgestaltung der Verfassungsschutzbehörden durch Robert van Ooyen.
- Montgomery, Scott L./Daniel Chirot**, The Shape of the New. Four Big Ideas and How They Made the Modern World, Princeton/Oxford 2015 (*Princeton University Press*), 492 S. – Dies ist eines jener Bücher, die nach einer Lösung der Weltformel klingen. Die liefert es freilich nicht. Es zeigt aber in lesenswerter und klug argumentierender Weise auf, wie avantgardistische, auch revolutionäre Ideen geschichtskräftige Macht entfalteten. Das gelte für Adam Smith, Karl Marx, Charles Darwin und die Jefferson-Hamilton-Debatten („Making Democracy“). Die Autoren sprechen in allen vier Fällen von „Inventors of Modernity“ – das mag man kritisch hinterfragen wollen – und setzen diesen „gegenaufklärerische“ Bestrebungen entgegen, die bis zum radikalen Islam reichen. Das Buch erinnert schon in einer wenig altmodischen Weise an die Macht der Ideen (und Ideologien), ohne sich mit methodischen Reflexionen über die Messmöglichkeiten solcher Wirkungsweisen lange aufzuhalten.
- Müller, Dirk**, Bismarck. Biographie, Braunschweig 2015 (*Verlag Ideenbrücke*), 132 S. – Während er den einen als bedeutendster Kanzler galt, den Deutschland jemals hervorgebracht hatte, stilisierten ihn andere zu einem „Dämonen“, der direkt oder indirekt für alles mitverantwortlich gemacht wurde, was in der deutschen Geschichte später schief laufen sollte. Müller hat mit dem vorliegenden Werk eine kurze und dezent bebilderte Biographie verfasst, in der er nicht nur die Ursachen für die unterschiedlichen Deutungsmuster rekonstruiert, sondern mit der er zugleich ein Einstiegswerk in die Thematik vorlegt, das auf verständliche Art und Weise den neuesten Stand der Forschung wiedergibt.
- Münkler, Herfried**, Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt in 20. und 21. Jahrhundert, Berlin 2015 (*Rowohlt Verlag*), 400 S. – Münkler zeichnet unsere verstörende Gegenwart zwischen (nicht erklärten) „Kriegen“. Die USA und Europa stehen angesichts anhaltender Flüchtlingsströme, bzw. der Terrorbedrohung, vor massiven Herausforderungen. Wer die Komplexität des (neuen) „Krieges“, der islamistischen Terrorgruppen oder der politischen Reaktionen darauf verstehen will, dem sei das Buch empfohlen.
- Münkler, Herfried**, Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg 2015 (*Edition Körber-Stiftung*), 203 S. – Deutschland als „Macht in der Mitte“ Europas obliege es, den auseinander strebenden Kräften die Idee der Balance entgegen zu halten, so lautet Herfried Münklers knappes Plädoyer. Europa und Deutschland seien Garanten für Sicherheit und Stabilität. Münkler benennt zunächst die zentrifugalen Kräfte, um dann für eine starke Mitte einzutreten. Er erkennt zugleich ein „Politisierungsparadox“ (S. 143), das die aktuellen Debatten bestimmt: für ein vermeintliches „Elitenprojekt“ Europa in einem nationalstaatlichen Rahmen zu werben, und damit auch zu scheitern. Und dennoch sieht Münkler in Deutschland die „Friedensmacht“ innerhalb Europas.
- Muhle, Susanne**, Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2015 (*Verlag Vandenhoeck & Ruprecht*), 670 S. – In den 1950er und 1960er Jahren wurden rund 400 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland (und West-Berlin) in die DDR verschleppt. Susanne Muhle betritt mit ihrer Dissertation Neuland. Die Entführungspraxis des Ministeriums für Staatssicherheit wird ebenso detailliert geschildert. Auch die biografischen Hintergründe, die Mentalitäten und die Handlungsspielräume der Entführer kommen eingehend zur Sprache.

- Nicosia, Francis R.**, Nazi Germany and the Arab World, New York 2015 (*Cambridge University Press*), 301 S. – Der Autor rekonstruiert minutiös die sich mit der Kriegslage wandelnde Interessenstruktur der NS-Führung im Verhältnis zur arabischen Bevölkerung und deren Vertretern in Nordafrika, im Nahen und Mittleren Ostens sowie auf der arabischen Halbinsel.
- Nicosia, Francis R./Lawrence D. Stokes** (Hrsg.), Germans Against Nazism. Nonconformity, Opposition and Resistance in the Third Reich. Essays in Honour of Peter Hoffmann, New York/Oxford 2015 (*Berghahn Books*), 443 S. – Zu Ehren des Widerstandsforschers Peter Hoffmann, dessen vorangestelltes Schriftenverzeichnis nur die neuesten Veröffentlichungen umfasst, entwerfen die Autoren des Bandes, allesamt ausgewiesene Experten, ein breit angelegtes Panorama des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime.
- Nirenberg, David**, Anti-Judaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens, München 2015 (*Verlag C.H. Beck*), 587 S. – Die mit ungezählten Beispielen veranschaulichte These des Buches ist so einfach wie erdrückend: Der Judenhass ist seit dem alten Ägypten bis zur Gegenwart ein wesentlicher, ja konstitutiver Bestandteil des westlichen Denkens. Der theoretische Kern der Argumentation liegt dabei in der Annahme, der ausgemachte Antijudaismus zahlloser Intellektueller und Philosophen gründe in einer Rezeption der paulinischen Rede, dass der Buchstabe tötet, aber der Geist lebendig mache.
- Nitschke, Peter** (Hrsg.), Gottfried W. Leibniz: Die richtige Ordnung des Staates, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 116 S. – Der nur schmale Band widmet sich Aspekten des politischen Denkens dieses letzten Universalgelehrten, für den der Staat nur im Rahmen einer gleichermaßen göttlichen wie vernünftigen Harmonie zu denken ist. Obwohl er sich damit als prämoderner Frühaufklärer erweist, ist er gerade aufgrund dieses universellen Anspruchs zur Zielscheibe späterer Generationen geworden. So mag man wie William Drischler meinen, dass Leibniz konsistenter als Hobbes argumentiere, die Rezeption der beiden geht eindeutig zugunsten des Letzteren aus, was nicht zuletzt die zahlreichen Hobbes-Bände (auch in der Reihe „Staatsverständnisse“) belegen. Vielleicht ist es aber auch ein Beleg dafür, wie zweischneidig das Schicksal als Klassiker sein kann.
- Nitschke, Peter** (Hrsg.), Kulturwissenschaften der Moderne. Band 3: Das 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2015 (*Peter Lang Verlag*), 208 S. – Dieser Band sucht eine Annäherung an die Kulturwissenschaften während des 20. Jahrhunderts. Einen kompetenten kurzen Überblick bietet die Einleitung Peter Nitschkes, der in Vechta Politische Theorie und Ideengeschichte lehrt. Besonders lehrreich ist auch der Beitrag aus seiner Feder über „Kulturprobleme der Moderne“ zwischen optimistischer und pessimistischer Überhöhung. Nicht weniger erkenntnisbringend sind die Aufsätze über Plakatpropaganda im Ersten Weltkrieg (übrigens exzellent illustriert) und die Verortung des Bundespräsidentenamts in politisch-kultureller Hinsicht.
- Nolte, Ernst**, „Ich bin kein Prophet“. Ein Gespräch mit Ernst Nolte über den Islam und Europa, Berlin 2016 (*Edition Europolis*), 32 + 32 S. – Das von Markus C. Kerber geführte Interview mit dem 2016 verstorbenen Berliner Historiker ist in deutscher und französischer Sprache erschienen. Nolte zeigt sich skeptisch gegenüber der Vorstellung eines „aufgeklärten“ Islam.
- Nolte, Ernst**, Historische Existenz. Zwischen Anfang und Ende der Geschichte? Reinbek/München 2015 (*Lau Verlag*), 765 S. – Ernst Nolte nimmt einen gewaltigen Untersuchungshorizont in den Blick. Es geht ihm um nichts weniger, als das Wesen und die Existenzweise der genuine Geschichte als Gesamtheit zu verstehen. Als „historische Existenz“ begreift Nolte die 5000-jährige Zeitspanne seit der neolithischen Revolution, mit der die „Vorgeschichte“ endet, bis in unsere Gegenwart. Nolte lässt seine Untersuchungen in der Frage kulminieren, ob das Zeitalter der Globalisierung eine „Nachgeschichte“ als Ende der eigentlichen historischen Existenz einleitet.

- Nonn, Christoph**, Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert, 2. Aufl., München 2015 (*Verlag C.H. Beck*), 400 S. – Die bis heute diskutierten Bismarckbilder sind selten frei von Tendenzen der Heroisierung oder Dämonisierung und zeichnen ihn gleichermaßen als Modernisierungsverhinderer oder weißen Revolutionär, als Kriegstreiber oder Friedenspolitiker, als Genie oder als bösen Geist der Deutschen. Christoph Nonn hat sich all dieser Postulate angenommen und schraffiert vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte ein Bild des Reichskanzlers, das ihn als Kind seiner Zeit zeigt, ohne dabei jedoch seinem politischen Handeln einen strukturalistischen Determinismus zugrunde zu legen, mit der Folge, dass die „Entzauberung“ des „Genies“ oder des „Dämonen“ eine neue Faszination an der Person zu wecken vermag.
- Notheisen, Laura**, Zum Holocaust in der Ukraine. Babyn Jar und die Aktion 1005 im Spiegel von Vernehmungsberichten, hrsg. von Erhard Roy Wiehn, Konstanz 2015 (*Hartung-Gorre Verlag*), 58 S. – Der Forschungsbericht informiert über Kenntnisstand und Quellenproblematik zur Aktion 1005, mit der die NS-Machthaber nach der verlorenen Schlacht von Stalingrad die in der Ukraine verübten Massenmorde zu vertuschen suchten.
- Ohlert, Martin**, Zwischen „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“. Integrationsleitbild und -politik der im 17. Bundestag vertretenen Parteien, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 728 S. – Demografischer Wandel und zunehmende Migration nach Deutschland befeuern die Debatte um das Integrationsleitbild, deren Pole „Multikulturalismus“ einerseits sowie „Leitkultur“ andererseits bilden. Martin Ohlert untersucht anhand dieser Leitbilder die Integrationspolitik von CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen seit den 1950er Jahren mit speziellem Fokus auf den Zeitraum von 1998 bis 2013.
- Öhlinger, Theo/Klaus Poier** (Hrsg.), Direkte Demokratie und Parlamentarismus. Wie kommen wir zu den besten Entscheidungen?, Köln u.a. 2015 (*Böhlau Verlag*), 407 S. – Der Sammelband erörtert – mit Blick auf Österreich – Chancen und Gefahren der direkten Demokratie. Verschiedene Reformen kommen zur Sprache.
- Oliveira, Júlio Aguiar de/Stanley L. Paulson/Alexandre Travessoni Gomes Trivisonno** (Hrsg.), Alexy's Theory of Law. Proceedings of the Special Workshop ‚Alexy's Theory of Law‘ held at the 26th World Congress of the International Association for Philosophy of Law and Social Philosophy in Belo Horizonte, 2013 (= ARSP Beiheft 144), Stuttgart 2015 (*Franz Steiner Verlag*), 187 S. – Die Beiträge umfassen wesentliche Schwerpunkte von Robert Alexys rechtstheoretischen Arbeiten: die Theorie der juristischen Argumentation, die Theorie der Grundrechte, die Prinzipientheorie und Rechtstheorie. Die Aufsätze sind keine bloßen Rekonstruktionen, sondern sparen nicht mit Kritik. Das Buch wendet sich vor allem an jene, die ein tiefergehendes Interesse an Rechtstheorie haben.
- Ooyen, Robert Chr. van**, Bundesverfassungsgericht und politische Theorie. Ein Forschungsansatz zur Politologie der Verfassungsgerichtsbarkeit, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 269 S. – Der Sammelband mit bereits publizierten Beiträgen analysiert u.a. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Bedeutsam ist der Beitrag „Der Streit um die Staatsgerichtsbarkeit aus demokratietheoretischer Sicht: Triepel – Kelsen – Schmitt – Leibholz“.
- Ooyen, Robert Chr. van**, Das Amt des Bundespräsidenten. Fehldeutungen im parlamentarischen Regierungssystem, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 138 S. – Nach einem Überblick zum Amt des Bundespräsidenten behandelt der Verfasser fünf Aspekte, an denen sich Fehldeutungen charakterisieren lassen: zur Kompetenzüberschreitung des Bundespräsidenten, zu seiner Integrationsfunktion, zur Direktwahl, zu den „echten“ und „unechten“ Vertrauensfragen sowie zur Zukunft des Amtes. Der Begriff „Fehldeutungen“ soll das Interpretationsraster zu den bereits publizierten Beiträgen bilden.

- Ottmann, Henning/Pavo Barišić** (Hrsg.), *Deliberative Demokratie*, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 237 S. – Der Band beinhaltet die verschriftlichten Vorträge eines 2013 in Split durchgeführten Symposiums und umfasst die enorme Spannbreite, die von der politischen Philosophie des Aristoteles und anderer Klassiker über Jürgen Habermas' Politikverständnis bis hin zur deliberativen Demokratie in der EU reicht. Zu empfehlen ist Ottmanns skeptischer Beitrag, in dem er nach den Voraussetzungen deliberativer Politik fragt.
- Pauley, Bruce F.**, Hitler, Stalin, and Mussolini. Totalitarianism in the Twentieth Century, 4. Aufl., Malden/Oxford (*Wiley Blackwell*), 370 S. – Eingängig geschrieben und entschieden urteilend vermittelt das Standardwerk grundlegende Einsichten zur Struktur und Funktionsweise der Bewegungen und Regime unter den drei Diktatoren. Unterschiede wie Gemeinsamkeiten werden differenziert erfasst und beschrieben.
- Pavlik, Jennifer**, „Uninteressiertes Weltinteresse“. Über die Ausbildung einer ästhetischen (Denk-)Haltung im Werk Hannah Arendts, Paderborn 2015 (*Wilhelm Fink Verlag*), 203 S. – Den Dreiklang von menschlichem Denken, Urteilen und Handeln bei Hannah Arendt für ihr Verständnis von Politik nutzbar zu machen, um den öffentlichen Raum des Miteinander-Handelns zu gestalten, ist nicht erst seit Seyla Benhabib oder Hans Jonas ein belebter Pfad der Forschung. Mit Immanuel Kants *Kritik der Urteilskraft* versteht Arendt das Urteilen als politische und ästhetische Teilhabe. Jennifer Pavlik bewegt sich in ihrer Dissertation jedoch nicht über das ästhetische Moment hinaus, ihr entgehen neuere Forschungen zu einem politischen und auch rechtlichen Institutionensetting bei Arendt abseits des öffentlichen Raumes als Grundlage des menschlichen Handelns.
- Perels, Joachim**, Der Nationalsozialismus als Problem der Gegenwart, Frankfurt a.M. 2015 (*Peter Lang Verlag*), 291 S. – Der Band versammelt neben zahlreichen bereits veröffentlichten Beiträgen auch kleinere neue Aufsätze und Verschriftlichungen gehaltener Vorträge zur Vergangenheitspolitik, der Zeitgeschichtsforschung und dem Kontinuitätsproblem deutscher Justiz im 20. Jahrhundert. Wie sehr diese Lebensthemen vom Justizmord an seinem Vater Friedrich Justus Perels gezeichnet wurden, veranschaulicht der letzte Beitrag des Bandes, der nicht ohne Grund mit einer Notiz der Mutter endet: „Sorgt dafür, dass die Menschenverachtung, Menschenquälerei und Rechtlosigkeit, wie wir sie – und der apa (mein Vater) im Besonderen – erlebt haben niemals wiederkehrt.“ (S. 288)
- Plöhn, Jürgen**, Vertrauen und Verantwortung in den politischen Systemen westlicher Demokratien. Band 2: Der Fall der Regierenden in parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien. Empirische Studien zum Amtsverlust in Deutschland und den USA, Frankfurt a.M. 2015 (*Peter Lang Verlag*), 824 S. – Dieser zweite Band einer Habilitationsschrift allein eignet sich aufgrund seines stattlichen Umfangs zum Blätterpressen und -trocknen. Noch besser eignet er sich zur Lektüre, zumal er in einer klaren, jargonfreien Sprache abgefasst worden ist. Für die Vereinigten Staaten (Regierungen Nixon bis Carter) und die Bundesrepublik Deutschland (Regierungen Brandt bis erste Regierung Kohl) jeweils einzeln und dann vergleichend untersucht Plöhn eingehend die Bedeutung der beiden V-Wörter, deren Beitrag zur Funktionstüchtigkeit westlicher Demokratien nicht unterschätzt werden sollte.
- Popiolek, Ursula** (Hrsg.), Aufklärung ohne Grenzen. 25 Jahre Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus. Jubiläumssalmanach 2015, Berlin 2015 (*OEZ Berlin Verlag*), 574 S. – Ursula Popiolek u.a. gründeten im revolutionären Herbst 1989 im Nikolaiviertel Ostberlins eine Gedenkbibliothek mit in der DDR verbotenen Büchern über Ursachen und Folgen des Kommunismus, die sich zu einer Begegnungsstätte ehemaliger politischer Opfer und Oppositioneller wie auch zu einem Ort politischer Bildung entwickelte. Der Band dokumentiert die Rezensionen aller Vorträge, die in der 25-jährigen Geschichte der Gedenkbibliothek gehalten wurden. Er wird durch eine umfangreiche Bibliographie abgerundet.

- Power, Nina**, Das kollektive politische Subjekt. Aufsätze zur kritischen Philosophie, Ulm 2015 (*Laika Verlag*), 262. – Mit aufrüttelnden Ausführungen der These, die weibliche Emanzipation sei von der Konsumgesellschaft absorbiert worden (*Die eindimensionale Frau*), erregte Nina Power erstes Aufsehen. Der Aufsatzband *Das kollektive politische Subjekt* steht im Zeichen einer „Hermeneutik“ politischer Subjektivierungen. In spannenden und scharfsinnigen Aufsätzen tritt Power diesbezüglich in Diskussion mit Agamben, Althusser, Badiou, Bosteels, Chomsky, Critchley, Rancière und Sartre, die sie aus Gründen historischer Parallelen im Lichte von Marx und Feuerbach führt.
- Rabasa, Angel/Cheryl Benard**, Eurojihad. Patterns of Islamist Radicalization and Terrorism in Europe, New York 2015 (*Cambridge University Press*), 229 S. – Die in Washington wirkenden Sozialwissenschaftler arbeiten auf der Grundlage zahlreicher Fallbeispiele (vor allem aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und Spanien) die Muster islamistisch-jihadistischer Radikalisierung in Europa heraus. Eine ihrer zentralen Thesen lautet: Es gibt keinen einfachen kausalen Zusammenhang zwischen den Integrationsdefiziten der muslimischen Bevölkerung und der Wahrscheinlichkeit des Auftretens islamistisch motivierter Gewalt.
- Raue, Paul-Josef**, Die unvollendete Revolution. Ost und West – Die Geschichte einer schwierigen Beziehung, Essen 2015 (*Klartext Verlag*), 168 S. – Die Beiträge Paul-Josef Raues, vor 1999 Korrespondent in der DDR, seit 2009 Chefredakteur der *Thüringer Allgemeinen* schildert an Beispielen anschaulich Konflikte zwischen Ost und West – in der Politik, in der Kultur, in der Wirtschaft und in der Wissenschaft. Allerdings überzeichnet der Journalist wohl das Ausmaß der Streitigkeiten.
- Reese-Schäfer, Walter/Samuel Salzborn** (Hrsg.), „Die Stimme des Intellekts ist leise“. Klassiker/innen des politischen Denkens abseits des Mainstreams, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 378 S. – Der Tagungsband reflektiert Prozesse der Kanonbildung innerhalb der politischen Theorie und Ideengeschichte: Wer wird zum Klassiker des politischen Denkens erklärt? Welche äußeren Mechanismen tragen zum Auf und Ab seiner Re-Lektüren bei? Welche Transformationen durchläuft jenes Klassikerverständnis selbst? Neben methodischen Fragen werden Einzelstudien behandelt, die exemplarisch jenes Klassikerstatut oder seine Verweigerung diskutieren. Somit reifen die Rezeptionsgeschichten, die Inklusionen und Exklusionen wie ihre Begründungen selbst zum Material der Ideengeschichte und offenbaren die Deutungskämpfe um ihren Gehalt.
- Reich-Reinicki, Marcel/Peter Rühmkorf**, Der Briefwechsel, hrsg. von Christoph Hilse und Stephan Opitz, Göttingen 2015 (*Wallstein Verlag*), 335 S. – Wieder einmal ist eine gelungene Edition aus dem Hause Wallstein anzuzeigen: diesmal zwischen dem streitbaren Schriftsteller Rühmkorf und dem streitbaren Autor Reich-Reinicki. Beide waren „beinahe befreundet“, wie Reich-Reinicki im Juni 2000 schrieb, bevor sie in Zwist miteinander gerieten – um sich dann doch wieder auszusöhnen. Die Korrespondenz zwischen 1967 (erst richtig ab 1974) und dem Jahr 2000 lebt von Spannungsreichtum und Lebendigkeit. Man hat den Eindruck, da wollten sich zwei außergewöhnliche, eigensinnige Literaten etwas beweisen. Einiges ist über Literatur(geschmack) zu erfahren, ebenso über intellektuell-politische Zustände in deutschen Landen.
- Reinalter, Helmut** (Hrsg.), Neue Perspektiven der Ideengeschichte, Innsbruck 2015 (*innsbruck university press*), 160 S. – Im Tagungsband zu seinen Ehren verweist der Philosoph und Historiker Helmut Reinalter auf die verschlungenen Forschungspfade der Ideengeschichte, die „Entstehung, Veränderung und Wirkung von Ideen“ (S. 17) untersucht. Vormalig als Geistesgeschichte verstanden, nun als Mentalitäts- oder Sozial- bzw. Kulturgeschichte oder auch als Intellectual History transportiert, entwickle sie sich zu einer Wissensgeschichte mit stärker interdisziplinären Fragestellungen. Dies unterstreichen Streifzüge zu einer politikwissenschaftlichen, germanistischen oder kulturwissenschaftlichen Betrachtung.

- Reinhardt, Volker** (Hrsg.), Jugend und Politik. Empirische Studien zur Wirkung politikverbundener Projektarbeit, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 149 S. – Anhand zweier Studien wird die Korrelation von Demokratie-Lernen und Projektunterricht einerseits und politischer Motivation und Handlungsbereitschaft von Schülern andererseits aufgezeigt. Der erste Teil beleuchtet die Auswirkungen auf das Interesse und die Handlungsbereitschaft der Schüler, der zweite Teil nimmt die Perspektive der Lehrer ein, die das Projekt durchgeführt haben.
- Reinhardt, Volker/Stefano Saracino/Rüdiger Voigt** (Hrsg.), Der Machtstaat. Niccolò Machiavelli als Theoretiker der Macht im Spiegel der Zeit, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 357 S. – Der Band diskutiert die Rezeptionswege machiavellistischen Denkens in der Renaissance, im Zeitalter der Konfessionskriege, des Nationalismus und der Moderne und kann so ganz unterschiedliche Facetten seines bis heute umstrittenen Denkens dokumentieren. Was leider fehlt – der Beitrag von Voigt über das Verhältnis von Schmitt und Machiavelli ausgenommen – ist dessen Rezeption vor dem Hintergrund der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts, etwa bei Leo Strauss, Eric Voegelin, Max Horkheimer, René König, aber auch bei Hans Freyer.
- Röber, Jörg**, Zukunftsfähig durch Regionsbildung? Institutionenbildung in politisch-administrativen Verflechtungsräumen, Opladen, Berlin, Toronto 2015 (*Budrich UniPress*), 289 S. – Die Dissertation fragt am Beispiel der Bodenseeregion, ob angesichts der wachsenden politischen und administrativen Verflechtung gerade im Prozess der europäischen Vergemeinschaftung das Territorialprinzip durch ein funktionelles Prinzip abgelöst wird. Die an den Schriften Patsy Healy orientierte Arbeit unterscheidet kulturelles und strukturelles Kapital und verweist trotz der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf das Beharrungsvermögen institutioneller Pfade, denen innovative Kulturtypen gegenüberstehen. Aus diesem Spannungsverhältnis leitet der Autor seine politische Handlungsempfehlung ab.
- Saint Victor, Jacques de**, Die Antipolitischen. Mit einem Kommentar von Raymond Geuss, Hamburg 2015 (*Hamburger Edition*), 130 S. – Das Essay spießt die demokratische Euphorie, wie sie im Internet kursiert und auf eben jenes gern projiziert wird, auf, um nach den Folgen für die vermeintlich ungebrochene Stimme des Volkes zu fragen. Die damit verbundene Kritik an den politischen Institutionen der repräsentativen Demokratie, die vom Autor prinzipiell durchaus geteilt wird, erweist sich jedoch als billiger Populismus, der nicht nach Verantwortung strebt, sondern nach unpolitischem Amüsement giert und nach neuen charismatischen Führern sucht. Die Probleme moderner Gesellschaften, da sind sich beide Autoren einig, liegen weniger im politischen Institutionensetting, denn in der ökonomischen Ordnung, von der die neuen Wutbürger aber lieber schweigen.
- Salzborn, Samuel**, Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Theorien im Kontext, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 201 S. – Den Autor verfolgt zwei Ziele: den Kampf um Ideen als Forschungsfeld wiederzubeleben; und diesen Streit um Deutungen und Ordnungsentwürfe überblicksartig zu schraffieren. Er favorisiert eine kontextorientierte Ideengeschichtsschreibung, die sich an einer „Rekonstruktion der politischen und sozialen Bedingungen [versuche], die zur Entstehung und Veränderung von politischen Theorien geführt haben“ (S. 7 f.). Samuel Salzborn liefert ein gut lesbares, wenn auch sehr knappes Panorama – von der Begründung politischer Ordnung im Denken der Aufklärung bis zu den Brüchen der Moderne im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert. Wer einen schnellen Einstieg sucht, dem sei dieser Band zur Vertiefung empfohlen.
- Salzborn, Samuel** (Hrsg.), Zionismus. Theorien des jüdischen Staates, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 211 S. – Der Sammelband stellt markante Vertreter des Zionismus vor, die als Vorläufer und Begründer des Staates Israel wirkten. Obwohl das historische Tableau bedauerlicherweise bis in die 1950er Jahre enggeführt wird, machen auch die hier versammelten Beiträge deutlich, wie heterogen die politischen, religiösen und gesellschaftlichen Vorstellungen innerhalb des Zionismus waren, bzw. wie unterschiedlich die jüdische Gemeinschaft auf den Zionismus als politischem Programm reagierte.

- Sasanka, Pawel/Slawomir Stępień**, The Cold War. A Short History of a World Divided, Warschau 2015 (*The Institute of National Remembrance*), 364 S. – Der opulente Band ist ein Ausstellungskatalog. Er verfolgt die Geschichte des Kalten Krieges vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu den Reformen Gorbatschows in der Sowjetunion und ihren Folgen in Bildern – mit meist kurzen Erläuterungen und einigen längeren Ausführungen sowie einer abschließenden Chronologie.
- Saull, Richard u.a.** (Hrsg.), The Longue Durée of the Far Right. An international historical sociology, London/New York 2015 (*Routledge*), 226 S. – Die Autoren des Bandes suchen die Frage nach der epochenspezifischen Bedeutung von Faschismus und Populismus im Rückgriff auf sozialstrukturelle und ökonomische Faktoren zu beantworten.
- Schacherl, Ingrid u.a.**, Hochschule verändern. Gleichstellungspolitische Innovationen im Hochschulreformprozess, Opladen 2015 (*Verlag Barbara Budrich*), 225 S. – Die Autorinnen liefern einen Über- und Einblick in Möglichkeiten und Grenzen von Hochschulgestaltung im Zeichen von Gleichstellung. Der Band versammelt die empirisch gewonnenen Forschungsergebnisse von EQUISTU („Equality Implementation Standards for Universities“).
- Schäfer, Alfred**, 1968 – Die Aura des Widerstandes, Paderborn 2015 (*Ferdinand Schöningh*), 218 S. – Alfred Schäfer unternimmt in seinem interessanten und sehr lesenswerten Buch den Versuch, das Phänomen „1968“ anhand eines (scheinbaren) Paradoxons zu erhellen: Er zeigt, dass der Anspruch rationaler Gesellschaftskritik und emanzipatorischer Bestrebungen seitens der Aktivisten von sakralen Charakteristika durchdrungen waren, die als zentrale organisatorische Bindungskraft der kontrahegemonialen Proteste fungierte.
- Schaeffer, Ute**, Ukraine. Reportagen aus einem Land im Aufbruch, Berlin 2015 (*Wagenbach Verlag*), 157 S. – Die Autorin beobachtete als Journalistin über Jahre hinweg Politik und Gesellschaft der Ukraine. Sie analysiert die wechselvolle Entwicklung einer ukrainischen Identität, die durch die russische Intervention gefestigt wird. Sie erörtert die Ursachen des Maidan und der Systemschwächen – Korruption, Vetternwirtschaft, Bürokratismus – sowie die Chancen, sie durch die Zivilgesellschaft zu überwinden. Eine Hilfestellung durch die EU für die Zivilgesellschaft und den Staat ist unabdingbar.
- Schambach, Sigrid** (Hrsg.), Stadt und Zivilgesellschaft. 250 Jahre Patriotische Gesellschaft von 1765 für Hamburg. Geschichte – Gegenwart – Perspektiven, Göttingen 2015 (*Wallstein Verlag*), 256 S. – Ein seltsamer Name, so scheint es heute, für eine mildtätige und auf das gute Miteinander der Menschen in der Stadt ausgerichtete Gesellschaft: Der Band erhellt den aufklärerischen Toleranzgedanken, das Verhältnis von Eigeninteresse und Gemeinwohl ebenso wie Bildungsinitiativen und Förderungen für das Kunstgewerbe. Wann reduziert städtisches Wirken Aktivitäten der (Hamburger) Bürger? Nach Themen geordnete biographische Texte geben der Geschichte ein Gesicht.
- Scheidler, Fabian**, Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation, Wien (*Promedia Verlag*), 271 S. – Den zentralen Begriff aus Lewis Mumfords Klassiker *Mythos der Maschine* aufgreifend, der damit die für den Okzident typische gesellschaftliche Organisationsform bezeichnete, propagiert Fabian Scheidler für das 21. Jh. das Auseinanderbrechen der „Megamaschine“. In seinem sehr lesenswerten und spannenden Buch zeichnet er in einem Parforceritt ihre lange Geschichte und ihrer perfiden Logik(en) nach und skizziert, wie die eröffnete Möglichkeit einer fundamentalen systemischen Veränderung widerspruchslös in Angriff genommen werden kann.

- Schellenberg, Britta/Martin Becher** (Hrsg.), Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Herausforderungen und Gelingensfaktoren in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Ein deutsch-tschechischer Sammelband, Schwalbach a.T. 2015 (*Wochenschau Verlag*), 221 S. – Opfer extremistischer Gewalt gut zu beraten und zu versorgen, ist eine nötige und verdienstvolle Aufgabe. Lokale Bündnisse zu betreiben, erfordert demokratischen Weitblick (indes kann nicht jeder, der gegen Rechtsextremismus ist, als Demokrat bezeichnet werden). Neonazis als Bürger an bestimmten Stellen nicht zu bedienen („kein Bier für Nazis“), ist kein Zeichen von bürgerschaftlicher Stärke – der Band hat „Schlagseite“.
- Schletter, Christian**, Grabgesang der Demokratie. Die Debatten über das Scheitern der bundesdeutschen Demokratie von 1965 bis 1985, Göttingen 2015 (*Verlag Vandenhoeck & Ruprecht*), 410 S. – Die Bundesrepublik Deutschland wurde früher bisweilen als „Schönwetterdemokratie“ bezeichnet. Der Verfasser hat in seiner Dissertation Bedrohungsszenarios anhand von Artikeln im *Rheinischen Merkur* und im *Spiegel* untersucht. Insgesamt gab es mehr konservative Bedrohungsszenarios als linke (z. B. die Angst vor einem anonymen Machtapparat); beim Thema „Angst vor einem neuen Führer“ war es umgekehrt.
- Schmelzle, Cord**, Politische Legitimität und zerfallene Staatlichkeit, Frankfurt a.M. 2015 (*Campus Verlag*), 309 S. – Der Autor wirft die Frage auf: „Was geht verloren, wenn Staaten zerfallen?“ Auf eine Analyse des Legitimitäts- und Autoritätsbegriffs folgen theoretische Betrachtungen über zerfallene Staatlichkeit, humanitäre militärische Interventionen und externe Herrschaft. Schmelzle kommt zu dem Schluss, dass humanitäre Interventionen und Übergangsregierungen politisch legitim sein können, wenn lokale Institutionen ihren staatlichen Aufgaben nicht mehr nachkommen wollen oder können.
- Schmidt, Jürgen**, Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, Frankfurt 2015 (*Campus Verlag*), 285 S. – Die Studie bietet eine weitreichende Analyse der Lebenswelten der Arbeiter und zeichnet dabei die historische Entwicklung vom 19. bis in das 21. Jahrhundert nach. Das Buch informiert nicht nur über die verschiedenen Formen der Arbeit, sondern verschafft einen globalen Blick auf neue Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse, die mit klassischen Begriffen nicht mehr exakt beschreibbar erscheinen.
- Schneider, Norbert F./Sabine Diabaté/Kerstin Ruckdeschel** (Hrsg.), Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben, Opladen 2015 (*Verlag Barbara Budrich*), 288 S. – Der Band bietet eine Auflistung der existierenden Familienleitbilder in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren kulturellen, religiösen und regionalen Ursachen und Unterschieden sowie den Folgen für die demografischen Prozesse und Empfehlungen für die Familienpolitik, die sich daraus ergeben.
- Schneider, Wolf**, Hottentottenstottertrottel. Mein langes, wunderliches Leben, Berlin 2015 (*Rowohlt Verlag*), 447 S. – Der Autor, Jahrgang 1925, war Journalist in bekannten Zeitungen, später Leiter der Hamburger Journalistenschule. Er schildert anschaulich und stilsicher (natürlich!) sein arbeitsreiches Leben. Mit political correctness kann er wenig anfangen.
- Scholl, Stefan**, Begrenzte Abhängigkeit. „Wirtschaft“ und „Politik“ im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2015 (*Campus Verlag*), 446 S. – Die Bielefelder Dissertation beantwortet die Frage, welche Richtung im Geflecht zwischen Politik und Wirtschaft stärker ausgeprägt ist, vor allem aufgrund Weimarer und NS-Erfahrungen: Die „goldene Zeit“ der Bundesrepublik sah eine „begrenzte Abhängigkeit“, weil der Ordoliberalismus selbst klare Grenzen kannte. Im Wohlfahrtsstaat gingen diese zunehmend verloren. Die quellennahe Arbeit profitiert durch die Methode der historischen Politikforschung. Die normative Frage nach dem „richtigen“ Verhältnis ist weniger stichhaltig beantwortet.

- Schönherr-Mann, Hans-Martin** (Hrsg.), Gewalt, Macht, individueller Widerstand. Staatsverständnisse im Existentialismus, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 300 S. – Der Münchener Philosoph untersucht Vorläufer und Streiter existentialistischen politischen Denkens in ihrer Aklamation des Individuums und der individuellen Freiheit. Neben den Wegbereitern unterscheidet er einen metaphysischen Existentialismus von einer emanzipatorischen Form, nicht ohne die Rolle Martin Heideggers, Hannah Arendts und anderer Diskutanten im 20. Jahrhundert zu vergessen. Seine textorientierten Lektüren extrahieren politische Deutungen bisher vernachlässigter Autoren, die eine demokratische Teilhabe begründen, ohne sich in romantische Szenen zu verfangen. So entstehen exemplarische Anknüpfungspunkte für neuere Rezeptionen.
- Schulz, Daniel**, Die Krise des Republikanismus, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 306 S. – Angesichts einer vielfach diagnostizierten Krise der modernen Demokratie stehen ihre liberalen und republikanischen Traditionstränge gleichermaßen in der Diskussion. Daniel Schulz beschreibt jenen Republikanismus als „komplexes, gebrochenes und mitunter gar widersprüchliches Gebilde der politischen Theorie und Ideengeschichte“ (S. 9), mit dessen Deutungsmustern gerade eine präzise Beschreibung jener Krisenerscheinungen möglich sei. Die Debatten um individuelle Autonomie und die Begründung des Bürgers wie um den Verlust der Nationalstaaten zeichnet der Autor anhand französischer Denker nach: von ihrer postmodernen Dekonstruktion bei Michel Foucault, Pierre Bourdieu und Jacques Derrida wie zu ihrer Rekonstruktion bei Claude Lefort, Marcel Gauchet oder Pierre Rosanvallon. Ähnlich den Streitgesprächen um die Zukunftsfähigkeit liberalen Denkens liegt seine analytische Verve in der ideenhistorischen Deutung von politischen Diskursen, die immer auch eine Neubalancierung implizieren.
- Schwarz-Friesel, Monika** (Hrsg.), Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 318 S. – Die Herausgeberin möchte auf ungenügende Konzepte von Antisemitismus innerhalb der deutschen Debatte aufmerksam machen, „die Judenfeindschaft und Antisemitismus entweder als etwas Historisches oder als bloßes Randgruppenphänomen bzw. Vorurteilssystem von Extremist_innen, Fundamentalist_innen und Psychopath_innen oder Ungebildeten“ (S. 14) beschreiben. Vielmehr seien antisemitische Stereotype und Narrative ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Die 15 Beiträge untersuchen ausgewählte Fälle: die Debatte um Günter Grass und Jakob Augstein, Kommentarspalten in deutschen und britischen Tageszeitungen, Fragen zur Berichterstattung über Israel, den Nahost-Konflikt und die politische Sprache einer Kritik an Israel. Auf die historischen Hintergründe und die individuellen Motivlagen antisemitischer Narrative sowie auf die verbreitete Unwissenheit bei ihrer Verwendung aufmerksam zu machen, sind ein Verdienst. Wie von Samuel Salzborn bemerkt, gilt es gleichermaßen, über Strategien zu ihrer Überwindung nachzudenken.
- Šedivý, František**, Uran für die Sowjetunion. Mit einer Einführung von František Bártík. Leipzig 2015 (*Evangelische Verlagsanstalt*), 229 S. – In seinen Erinnerungen schildert der Schriftsteller František Šedivý seine Zeit als politischer Häftling in den Uranbergwerken. Vieles war über das Lagersystem nicht bekannt. František Bártík gibt eingangs einen Überblick zur Geschichte des Uranbergbaus und der Uran-Lager in Böhmen.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz**, Linke Gewalt in Berlin 2009-2013, Berlin 2015 (*Bezugsadresse*: www.verfassungsschutz-berlin.de), 70 S. – Die verdienstvolle Studie schließt inhaltlich wie methodisch an die vorangegangene Untersuchung „Linke Gewalt in Berlin 2003-2008“ an. Es handelt sich um eine der wenigen seriösen empirischen Analysen zum Thema. Taten, Tatverdächtige und Opfer werden gleichermaßen behandelt.
- Seyferth, Peter** (Hrsg.), Den Staat zerschlagen! Anarchistische Staatsverständnisse, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 306 S. – Dieser weitere Band der Reihe „Staatsverständnisse“ richtet seinen Blick auf politische Denker, deren Ansinnen darin begründet liegt, den Staat mit seinem Herrschaftssystem zu zerstören. Von den vier „Klassikern“ des Anarchismus, Max Stirner, Pierre-Joseph Proudhon, Michail Bakunin und Pjotr Kropotkin über den postmodernen Anarchismus Gustav Landauers bis hin zu heutigen Ansichten des Anarchismus liefert dieser Band ein fundiertes, umfassendes Bild dieses Staatsverständnisses und räumt mit Stereotypen gründlich auf.

- Smith, Mike**, Boko Haram. Der Vormarsch des Terror-Kalifats, München 2015 (*C. H. Beck*), 288 S. – Einer der besten Kenner der nigerianischen islamistischen Szene brachte eine überzeugende historische Abhandlung auf den Markt, die sich von vielen anderen Büchern über Boko Haram vor allem durch einen multiperspektivischen Ansatz und Quellenvielfalt abhebt. Mike Smith zeigt, dass die terroristische Gewalt im Allgemeinen und die von Boko Haram im Einzelnen nur unter Berücksichtigung der komplexen Interaktionen zwischen den Protestakteuren und dem Staat zu verstehen ist.
- Snyder, Timothy**, Black Earth. Der Holocaust und warum er sich wiederholen kann, München 2015 (*Verlag C.H. Beck*), 488 S. – Mit seinem Buch *Bloodlands* stieg der weltweite Bekanntheitsgrad des Yaler Historikers rapide an. Er wurde von der Fachwelt wie einer breiteren interessierten Öffentlichkeit überwiegend gefeiert. *Black Earth* beginnt mit einem Kapitel über „Hitlers Welt“ und endet mit dem über „Unsere Welt“. Es ist vielleicht dieser recht unverhohlene Präsentismus, der Snyder nun vermehrt Kritik einbrachte. Die Kapitel dazwischen liefern eine – nur schwer verdaubare – Geschichte der Judenvernichtung, die sich Hitler einst in den Kopf gesetzt hatte und die in den NS-Todesfabriken grausame Realität werden sollte.
- Soininen, Suvi/Tuula Vaarakallio** (Hrsg.), Challenges to Parliamentary Politics. Rhetoric, Representation and Reform, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 167 S. – Der lesenswerte Band wirft Schlaglichter auf Fragen der parlamentarischen Repräsentation im Kontext von Globalisierung, Krisen und supranationalen Institutionen. Ein Schwerpunkt liegt auf der politischen Rhetorik. Untersucht wird unter anderem, inwieweit wirtschaftliche Betrachtungsweisen die parlamentarische Debatte beeinflussen. Andere Beiträge nähern sich der Thematik aus historisch-theoretischer Perspektive.
- Sommermann, Karl-Peter** (Hrsg.), Sachverständige Politikberatung. Funktionsbedingung oder Gefährdung der Demokratie?, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 215 S. – Dieser Band, in dem Juristen, Politik- und Verwaltungswissenschaftler schreiben, geht auf ein Speyerer Symposium zurück. Die verschriftlichten Ergebnisse leuchten das Feld der Politik- und Gesellschaftsberatung breit aus, am Ende auch das diffizile Problemfeld aus „bürokratischer Expertise und Demokratie in Europa“.
- Stambolis, Barbara** (Hrsg.), Die Jugendbewegung und ihre Wirkungen. Prägungen, Vernetzungen, gesellschaftliche Einflussnahmen, Göttingen 2015 (*V & R unipress*), 392 S. – Der Band geht auf eine im März 2013 durchgeführte Tagung anlässlich des 100. Jahrestages des Treffens auf dem Hohen Meißner zurück, enthält aber auch weitere Texte (Laqueur, Klönne, Ciupke, Philipp, Moser, Schäfers, Beckmann, Nielsen-Sikora, von Freytag-Loringhoven). Aufschlussreich ist, dass im Band die 1920er Jahre und die Nachkriegszeit dokumentiert werden – das Desiderat tritt plastisch hervor.
- Steinbach, Peter**, Nach Auschwitz. Die Konfrontation der Deutschen mit der Judenvernichtung, Bonn 2015 (*Verlag J. H. W. Dietz Nachf.*), 108 S. – Das Essay beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern die Erinnerung an das Vernichtungslager Auschwitz – stellvertretend für die NS-Gewaltverbrechen – die gegenwärtige politische Kultur prägt. Steinbach sieht die Gefahr, dass die Worte „Nie wieder!“ zu einer leeren Worthölse verkommen könnten und nimmt sowohl das Individuum als auch die Politik ins Visier.
- Stern, Fritz**, Zu Hause in der Ferne. Historische Essays, München 2015 (*Verlag C.H. Beck*), 222 S. – Der 2016 gestorbene deutsch-amerikanische Historiker legt hier in gebündelter Form zumeist publizierte Essays vor, die oft auf Reden zurückgehen. Sie befassen sich u.a. mit dem Widerstand gegen Hitler, ebenso mit historischen Persönlichkeiten (Willy Brandt, Albert Einstein, Fritz Haber, Heinrich Heine).

- Stratmann, Simon**, Armutspolitik in Deutschland – Konzepte und Konflikte im Parteienwettbewerb. Studie zur Parteiprogrammatik seit den 1980er Jahren, Opladen 2015 (*Verlag Barbara Budrich*), 390 S. – Aufgrund aktueller ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Krisen steigt die absolute und relative Armut in Europa und den USA. In der Dissertation wird der Zusammenhang zwischen Armut, sozialen Konflikten und politischer Repräsentation in zeithistorischer Perspektive anhand der Programmatik der etablierten Parteien analysiert.
- Strube, Sonja Angelika** (Hrsg.), Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie, Freiburg i.Br. 2015 (*Verlag Herder*), 317 S. – Der Band thematisiert Formen und Elemente rechtsextremistischer Ideologie(n) innerhalb des christlichen Glaubensspektrums. Wohl aufgrund der anspruchsvollen Annahme des Gebots der „Nächstenliebe“ ist die Thematik ein innerhalb der Extremismusforschung weitgehend marginalisiertes Gebiet, das der Band ins Zentrum rückt und damit neue Forschungsperspektiven eröffnet.
- Switek, Niko**, Bündnis 90/Die Grünen. Koalitionsentscheidungen in den Ländern, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 392 S. – Dass die Grünen das Bild eines „widerspenstigen Regierungspartners“ für sich vereinnahmen, der sich auf seine „Andersartigkeit und Unangepasstheit“ (S. 348f.) beruft, widerspricht nicht ihrer Haltung, gerade auf Länderebene flexible Koalitionssignale zu senden, um grüne politische Inhalte umzusetzen. Die Dissertation ermittelt jene innerparteilichen Spielräume bei neuen Sondierungen abseits einer rot-grünen Koalition. Niko Switek's fünf Beispiele von Verhandlungen mit der CDU, mit SPD und FDP bzw. SPD und Linke zwischen 2005 und 2011 zeigen die programmatische Offenheit der Akteure in den Bundesländern. Die grün-schwarze Regierungskoalition in Baden-Württemberg seit 2016 belegt seine Beobachtung.
- Taylor, Frederick**, Coventry. Der Luftangriff vom 14. November 1940: Wendepunkt im Zweiten Weltkrieg, München 2015 (*Siedler Verlag*), 448 S. – Ein Exkurs zur Stadtgeschichte leitet die sorgfältig recherchierte Studie über die Verwüstung des wichtigen britischen Rüstungsstandorts ein. Das Buch schildert detailliert den massiven deutschen Luftangriff samt Folgen; Ereignisse und Zeitzeugenberichte inbegriffen. Taylor besticht durch Objektivität, z. B. bei der kritischen Analyse der verschiedenen britischen Vorkehrungsmaßnahmen.
- Thiemeyer, Guido/Jenny Raflik** (Hrsg.), Les partis politiques européens face aux premières élections directes du Parlement Européen/European Political Parties and the First Direct Elections to the European Parliament, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 215 S. – Ein Buch über politische Geschichte im klassischen Sinne: Wie entstanden transnationale Kooperationen der Parteien angesichts der ersten Direktwahlen zum Straßburger Parlament? Der teils englische, teils französische Band bietet einen theoretischen Vorspann, Beiträge zu den „Parteienfamilien“ und einen quellennahen Bericht über die mit den Wahlen einhergehende Politisierung des EU-Haushalts.
- Thierse, Stefan**, Governance und Opposition im Europäischen Parlament. Minderheitenrechte und Agendakontrolle im legislativen Entscheidungsprozess, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 352 S. – Genauer und gründlicher als bislang untersucht diese Bonner Dissertation die Rolle von Opposition im Europäischen Parlament, das in vielerlei Hinsicht nicht nach den Maßstäben parlamentarischer Systeme – mit Regierungsmehrheit und oppositioneller Minderheit – funktioniert. Der Autor verknüpft dabei souverän quantitative mit qualitativer Methodik.

- Tielke, Martin** (Hrsg.), Schmitt und Sombart. Der Briefwechsel von Carl Schmitt mit Nicolaus, Corina und Werner Sombart, Berlin 2015 (*Verlag Duncker & Humblot*), 263 S. – Die meisten der hier abgedruckten Briefe entstammen aus der Korrespondenz zwischen Carl Schmitt und seinem zunächst „treu ergebenden Schüler“ (S. 19) Nicolaus Sombart. Die kaum zu überschätzende Bedeutung Schmitts für den jungen Sombart ist bekannt, auch Stationen seiner Distanzierung beginnend mit der bei Alfred Weber eingereichten Dissertation. Der Briefwechsel veranschaulicht zudem eine nicht häufig benannte Quelle für die Schmitt-Faszination der Schüler: die Liebesbeziehung zwischen Meister und Spätadoleszenten über politische und theoretische Barrieren hinweg. Dass dieses Verhältnis mit dem jeweiligen Aufstieg des Schülers – hier eher: dem Abstieg des Lehrers nach 1945 – porös wurde und schließlich zur Kränkung Schmitts führen musste, liegt auf der Hand – die Briefe und die Einordnung im Nachwort des Herausgebers sprechen eine aufklärende Sprache.
- Torp, Cornelius**, Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Alter und Alterssicherung in Deutschland und Großbritannien von 1945 bis heute, Göttingen 2015 (*Verlag Vandenhoeck & Ruprecht*), 472 S. – Vor dem Hintergrund der demografischen Strukturänderungen in westlichen Industriestaaten untersucht Cornelius Torp an den Länderbeispielen Deutschland und Großbritannien Fragen der Alterssicherungssysteme, sozialer Ungleichheit sowie sozialer Gerechtigkeitsnormen. Der zeitgeschichtliche Blick ruht auf der Phase vom Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart und umfasst somit sowohl die Hochphase des „Goldenen Zeitalters“, als auch Krisen und moderne Anpassungsprozesse an sich ändernde Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen.
- Trinn, Christoph**, Konflikt und Komplexität. Die Intensität innerstaatlicher Gewaltkonflikte in systemtheoretischer Perspektive, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 370 S. – Gegenstand der Publikation ist die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen der Prognostizierbarkeit von gewaltsamen Eskalationen innerstaatlicher Konflikte. Trinn zeigt die einheitlichen kausalen Gesetzmäßigkeiten und Eskalationsmuster innerstaatlicher Konflikte auf und kommt zu dem Ergebnis, dass der Ausbruch von Gewalt trotz allem unvorhersehbar ist.
- Tucker, Aviezer**, The Legacies of Totalitarianism. A Theoretical Framework, New York 2015 (*Cambridge University Press*), 260 S. – „Post-Totalitarismus“ nennt die in Harvard lehrende Politikwissenschaftlerin die Rudimente und Folgewirkungen des Totalitarismus in den sozialen und politischen Systemen, die nach dem Untergang des „Spätotalitarismus“ (dem Endstadium der totalitären Regime) in den Staaten des ehemaligen „Ostblocks“ entstanden.
- Urban, Thomas**, Katyn 1940. Geschichte eines Verbrechens, München 2015 (*Verlag C.H. Beck*), 249 S. – Der Verfasser, langjähriger Osteuropakorrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, schildert die Ermordung von mehr als 20.000 polnischen Offizieren und Offiziersanwärtern durch die sowjetische Geheimpolizei. Die minutiöse Studie fußt auf ausgewählten Quellen.
- U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism** (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2014, Washington D.C. 2015 (*Bezugsadresse: <http://www.state.gov>*), 389 S. – Der Bericht bilanziert die Aktivitäten terroristischer Gruppen auf allen Kontinenten und beleuchtet knapp deren Organisation, Ideologie und Strategie.
- Voegelin, Eric**, Was ist Geschichte?, hrsg. von Peter J. Opitz, Berlin 2015 (*Verlag Matthes & Seitz*), 176 S. – Ordnung und Symbolhaftigkeit der Welt versuchte Voegelin zu verstehen; seine teils als „dunkel“ und erratisch bezeichnete Geschichtsphilosophie bezieht das Streben nach Gotteserkenntnis ein. Weniger bekannt ist die Auseinandersetzung mit Common-Sense-Positionen. Dort und im Essay „Ewiges Sein in der Zeit“ kritisiert er Karl Jaspers' Begriff der Achsenzeit; Ideen zur systematischen Beschreibung von Transzendenzerfahrungen bleiben indes als „Textur“ gesellschaftlicher Ordnungen vage.
- Voigt, Rüdiger**, Denken in Widersprüchen. Carl Schmitt wider den Zeitgeist, Baden-Baden 2015 (*Nomos Verlag*), 330 S. – Der Band versammelt fast ausschließlich bereits veröffentlichte Arbeiten von Rüdiger Voigt, der sich nicht nur in zahlreichen Sammelbänden um die historische Deutung des Plettenberger Staatsrechtslehrers verdient gemacht hat, sondern diesen stets mit Blick auf aktuelle Problemlagen liest.

- Voigt, Rüdiger** (Hrsg.), *Legalität ohne Legitimität? Carl Schmitts Kategorie der Legitimität*, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 300 S. – Angesichts der verbreiteten Debatte um Politikverdrossenheit, stellt sich manchem die Legitimitätsfrage und zu Carl Schmitt als inspirierendem politischen Denker, aktuelle Defizite zu problematisieren oder gar „unorthodoxe Lösungsmöglichkeiten“ (S. 8) aufzuzeigen. Nach der Darstellung seines Legitimitätsdenkens werden verschiedene Legitimitätsressourcen mit und gegen Schmitt beleuchtet. Besonders herausgehoben werden die Fragen nach dem Stellenwert direkter Demokratie sowie die Legitimitätsverschränkungen in der internationalen Ordnung.
- Voigt, Sebastian**, *Der jüdische Mai '68*. Pierre Goldman, Daniel Cohn-Bendit und André Glucksmann im Nachkriegsfrankreich, Göttingen 2015 (*Verlag Vandenhoeck & Ruprecht*), 384 S. – Im Mai 1968 solidarisierten sich studentische Demonstranten mit Daniel Cohn-Bendit, einem ihrer Wortführer in diesen Monaten, der von den französischen Behörden an der Wiedereinreise nach Frankreich gehindert wurde. Als Kind deutscher Juden 1945 staatenlos in Frankreich geboren, kulminierte in dieser Episode die europäische Kriegs- und Nachkriegsgeschichte, indem die Protestierenden seine Identität stellvertretend reklamierten und so auf die dahinter verborgenen politischen und sozialen Ausschlussmechanismen hinwiesen. Sebastian Voigt untersucht die persönlichen Erfahrungen dreier linker Protagonisten in diesen Tagen des Protests, um ihre Reaktionen – von der Ablehnung Pierre Goldmans, über die Verve Cohn-Bendits und die vorsichtige Kritik André Glucksmanns – erfahrungsgeschichtlich zu erfassen. In Rückblicken auf die Eltern und die persönlichen Erinnerungen entstehen exemplarische Kapitel zur französischen Intellektuellengeschichte.
- Voigts, Gunda**, *Kinder in Jugendverbänden. Eine empirische Untersuchung zu Strukturen, Konzepten und Motiven im Kontext der gesellschaftlichen Debatten um Inklusion*, Opladen 2015 (*Verlag Barbara Budrich*), 359 S. – Die Autorin bearbeitet ein bislang kaum beachtetes Forschungsfeld. Ihre Dissertation analysiert umfassend und dicht beschrieben die Integration von Kindern in Jugendverbänden auf der Grundlage von Experteninterviews und Fragebögen an Praktiker. Kinder sind für Jugendverbände eine sehr bedeutende und heiß umkämpfte Zielgruppe, es mangelt aber bislang an ausgereiften Konzepten zu ihrer Beteiligung.
- Wawzyniak, Halina**, *Demokratie demokratisieren. Plädoyers für ein besseres Wahl-, Abgeordneten- und Parteienrecht*, Hamburg 2015 (*VSA Verlag*), 198 S. – Die Berliner Bundestagsabgeordnete der *Linken* Halina Wawzyniak will die Demokratie wieder lebendiger werden lassen. Dabei plädiert die gelernte Juristin nicht für eine Abschaffung der repräsentativen, parlamentarischen Parteiendemokratie, sondern sucht insbesondere nach einer Verbesserung der Kommunikationswege zwischen Bürgern, Abgeordneten, Parteien und Regierung. Sie verharret nicht bei Kritik, unterbreitet vielmehr konkrete rechtliche Reformvorschläge. Das schützt den Leser aber nicht vor der einen oder anderen Worthülse eines gewöhnlichen Politikersprechs – etwa: „Eine lebendige Demokratie verlangt nach Aufklärung, nicht nach Populismus“ (S. 192).
- Wenzelburger, Georg/Reimut Zohlhörer** (Hrsg.), *Handbuch Policy-Forschung*, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 749 S. – Die Autoren geben einen Überblick zum mittlerweile unüberschaubaren Forschungsstand und den aktuellen Debatten der Politikfeldanalyse. In drei Teile gegliedert werden Theorieansätze und Methoden der Policy-Forschung erläutert sowie die wichtigsten Politikfelder analysiert.
- Wettig, Gerhard**, *Die Stalin-Note. Historische Kontroversen im Spiegel der Quellen*, Berlin 2015 (*Bebra-Wissenschaftsverlag*), 210 S. – Die historiographische Diskussion um die Stalin-Offerte vom März 1952 reißt nicht ab. Nun bekräftigt Gerhard Wettig in seinem materialgesättigten Überblick zu dieser Forschungskontroverse seine frühere Position: Die Stalin-Note sei nicht mehr als ein propagandistischer Schachzug Stalins gegenüber dem Westen gewesen; sie enthielt keinen ernstzunehmenden Vorschlag und war auch nicht allein an die Adresse der DDR gerichtet. Profund ruft der Band jene Debatte in Erinnerung, ohne sie wesentlich neu zu justieren.

- Wiborg, Susanne/Jan Peter Wiborg**, Glaube, Führer, Hoffnung. Der Untergang der Clara S., München 2015 (*Verlag Antje Kunstmann*), 317 S. – Die Autoren spüren dem Leben ihrer Tante Clara Sabrowski nach, einer BDM-Funktionärin, die mit 24 Jahren auf der Insel Rügen verstorben ist – getötet nicht durch einen sowjetischen Soldaten, sondern wohl durch einen Nationalsozialisten. Die Auswertung der Briefe zeigt eine vom Nationalsozialismus tief überzeugte Person. So anschaulich das Buch geschrieben ist: Die Autoren spekulieren zum Teil, und sie sind nicht frei von nachträglicher Besserwisseri.
- Wicke, Christian**, Helmut Kohl's Quest for Normality. His Representation of the German Nation and Himself, New York/Oxford 2015 (*Berghahn Books*), 249 S. – Helmut Kohl verkörpert für den Autor deutschen Nationalismus, nicht in erster Linie als ideologisches Projekt, sondern in seiner Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit. Neben Einleitung und Schlussbetrachtung eröffnet die klar argumentierte Studie fünf Kapitel über Nationalismuskonzept und -begriff, sodann über Kohl als „Catholic Nationalist“, „Liberal Nationalist“, „Romantic Nationalist“ und „Nationalist Historian“. Über Kohl hinaus will Wicke vor allem zeigen, dass sich Nationalismus/Nationalgefühl als ebenso dynamisches wie kulturgeschichtlich grundiertes Konzept mittels eines biographischen Zugangs besonders gut erschließen lässt.
- Willms, Johannes**, Bismarck. Dämon der Deutschen. Anmerkungen zu einer Legende, München 2015 (*Deutscher Taschenbuch Verlag*), 335 S. – Ein Opportunist sei Bismarck gewesen, ein finsterner Hasardeur und Machtpolitiker, der vor dem Hintergrund seiner Zeit dem Grundsatz huldigte, dass nichts wahr sei als der Schein und der deswegen in seinen letzten Jahren „sein Werk und Wirken ins Überlebensgroße“ transzendierte. Willms in der Wehler'schen Tradition stehende Biographie provoziert – nicht, weil sie schlecht recherchiert wäre, wohl aber dafür, dass beim Lesen der Eindruck entsteht, Bismarck hätte zu Lebzeiten ein anderer sein müssen, um das nach ihm folgende Übel der deutschen Geschichte abzuwenden.
- Winker, Gabriele**, Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld 2015 (*transcript Verlag*), 205 S. – Von der Beobachtung ausgehend, dass der Dienst am Menschen u.a. im Bereich von Erziehung oder Pflege einerseits gravierende Mängel aufweist, andererseits aber lediglich als Kostenfaktor gesehen wird, den es aus ökonomischer Sicht zu reduzieren gilt, entwickelt Winker ihr Konzept der „Care Revolution“. Ein Zusammenschluss jener, die sich diesem Dienst und dem Ethos verpflichtet fühlen, erhöhe die Chance für größere gesellschaftliche Mitspracherechte, politische Aufmerksamkeit und soziale Veränderung.
- Winkler, Heinrich August**, Zerreißproben. Deutschland, Europa und der Westen. Interventionen von 1990 bis 2015, München 2015 (*Verlag C.H. Beck*), 230 S. – Der Berliner emeritierte Geschichtsordinarius schreibt Bücher von monumentalem Umfang wie ebensolcher Gelehrsamkeit. Er ist aber niemand, der sich im akademischen Elfenbeinturm verschanzt. Ganz im Gegenteil: Er war und ist ein im besten Sinne öffentlicher Professor, dessen Stimme auch in der Tages- und Wochenpublizistik (und sogar, wenngleich selten: in der Talkshow) zu vernehmen ist. Der Band versammelt lesenswerte essayistische Miniaturen aus seiner Feder, die sich gebündelt als deutsche, europäische und westliche Standortbestimmung in turbulenten Zeiten präsentieren.
- Wirsching, Andreas u.a.** (Hrsg.), Erinnerung an Diktatur und Krieg. Brennpunkte des kulturellen Gedächtnisses zwischen Russland und Deutschland seit 1945, Berlin/Boston 2015 (*Verlag De Gruyter/Oldenbourg*), 390 S. – 29 Autoren aus Deutschland und Russland befassen sich mit Aspekten der Erinnerung – zur Wahrnehmung von Diktatur und Krieg; gemeinsame Erinnerungsorte und ihre unterschiedliche Wahrnehmung; Schicksal einzelner Nationalitäten und Gruppen der sowjetischen Bevölkerung im historischen Gedächtnis; Bewahrung von „Erinnerungen des Schreckens“ in Russland und Deutschland; Befreiung und Besatzung. Fast in allen Beiträgen dominiert Sachlichkeit.

- Wolffsohn, Michael**, Zum Weltfrieden. Ein politischer Entwurf, München 2015 (*Deutscher Taschenbuch Verlag*), 207 S. – Die Destabilisierung weiter Teile der Erde nimmt der Historiker zum Anlass, einen radikalen Vorschlag zu unterbreiten: Da das aktuelle politische Denken unfähig sei, die vielfältigen Konflikte zu lösen, müsse der Nationalstaatsgedanke grundlegend überdacht werden. Die Deckungsgleichheit von Nationalität und Staatsgebiet sei eine problematische Fiktion, weshalb ein föderatives System an die Stelle des traditionellen Staatenmodells treten solle.
- Wunderle, Ulrike**, Experten im Kalten Krieg. Kriegserfahrungen und Friedenskonzeptionen US-amerikanischer Kernphysiker 1920-1963, Paderborn 2015 (*Verlag Ferdinand Schöningh*), 436 S. – Die von Anselm Doering-Manteuffel betreute Tübinger Dissertation erscheint als Band 84 in der renommierten Reihe „Krieg in der Geschichte“. Es handelt sich dabei um eine auf breites, bislang nicht ausgeschöpftes Quellenmaterial gestützte Arbeit, die Expertentätigkeit im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik und im Spannungsfeld zwischen Krieg(erfahrung) und Frieden(skonzeption) genauer als bislang ausleuchtet. Der gewählte Zeitraum ermöglicht biographisch-zäsurübergreifende Analysen, die erfahrungs-, kultur-, politik- und wissenschaftsgeschichtliche Perspektiven im Sinne einer weit ausgreifenden „Intellectual History“ vereint.
- Zeller, Manfred**, Das sowjetische Fieber. Fußballfans im poststalinistischen Vielvölkerreich, Stuttgart 2015 (*ibidem-Verlag*), 323 S. – Dass dem vermeintlich unpolitischen Fußballsport eine identitätsstiftende Bedeutung zukommt, ist mittlerweile Allgemeinplatz. Zeller zeichnet daher die Narrative aus dem sowjetischen Fußball nach, die gesellschaftliche Antagonismen wie jenem zwischen Moskau und Kiew verstehen helfen. Das Werk ist also nicht nur etwas für Fußballfans.
- Ziegler, Jean**, Ändere die Welt! Warum wir die kannibalische Weltordnung stürzen müssen, München 2015 (*Verlag C. Bertelsmann*), 288 S. – Der so bekannte wie umstrittene Autor attackiert in diesem Buch abermals das globalisierte Finanzkapital. Die planetarische Zivilgesellschaft soll dieses stürzen. Zuweilen fehlt es der Streitschrift an einem roten Faden.
- Zimmermann, Til/Nikolaus Dörr**, Gesichter des Bösen. Verbrechen und Verbrecher des 20. Jahrhunderts. Mit einem Geleitwort von Heribert Prantl, Bremen 2015 (*Donat Verlag*), 287 S. – Das bebilderte Buch präsentiert ähnlich aufgebaute Beiträge über 168 politische Verbrecher – von Sani Abacha, Militärdiktator Nigerias, bis Mohammed Zia ul-Hag, Militärdiktator Pakistans. Der älteste Verbrecher: Leopold Louis Philippe Marie Victor, König von Belgien; der jüngste: Mohammed Atta, Al-Qaida-Kämpfer. Vorgeschaltet ist eine „Anleitung zum Verständnis“ (z. B. Auflistung der Verbrechen: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Friedensverrat, Kriegsverbrechen, Mord, Racketeering – gemeint sind Bereicherungsdelikte –, Terrorismus, Freiheitsverrat, Drogenhandel, Waffenhandel, Wahlbetrug) sowie ihre nähere Erläuterung. Durch die Art der Gestaltung eignet sich das Werk bestens für die politische Bildung.
- Zohlnhöfer, Reimut/Thomas Saalfeld** (Hrsg.), Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013, Wiesbaden 2015 (*Springer VS Verlag*), 647 S. – Das Handeln der schwarz-gelben Koalition sei eine Reaktion äußerer Umstände – diese Grundthese untersuchen die Autoren des Sammelbandes. Neben der strategischen Positionierung von Regierungs- und Oppositionsparteien, der Rolle des Bundesrates und anderen innenpolitischen Rahmenbedingungen, ist es vor allem die Euro-Krise, von der aus das Regierungshandeln versucht wird zu erklären und zu legitimieren.

Zeitschriftenauslese

Backes, Uwe, Ideologien und politisch motivierte Gewalt, in: Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik, H. 6/2015, S. 5-14. – Nach einem Forschungsüberblick werden fünf Ansätze vorgestellt, die über die Inhalte der Ideologeme hinaus deren Strukturen zu ergründen suchen: der religionspolitische, der erkenntniskritische, der sprachkritische, der entwicklungspsychologische und der konzeptmorphologische Ansatz. Die von deren Vertretern erarbeiteten Analysekategorien können als Grundlage einer geistigen Architektur der Extremideologien dienen, deren Kern ein dualistisches Freund-Feind-Schema bildet, das in allen politisch motivierten Gewaltgruppen vorzufinden ist, wie roh und rudimentär auch immer ihre Legitimierungsbemühungen sein mögen. Diese Kernideologeme auf meist geringem intellektuellem Niveau spielen nichtsdestoweniger eine bedeutende Rolle als identitätsbildende, motivierende wie legitimierende Kräfte.

Bösch, Frank, Zwischen Schah und Khomeini. Die Bundesrepublik Deutschland und die islamische Revolution im Iran, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63 (2015), S. 319-349 – Der Potsdamer Zeithistoriker rückt das Jahr 1979 als wichtige Zäsur der jüngeren Geschichte ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Ein zentrales Ereignis an der Jahreswende 1978/79 war die islamische Revolution im Iran, ohne deren Verständnis auch aktuelle Herausforderungen eines extremistischen Islamismus kaum angemessen erfasst werden können. Insofern schreibt Frank Bösch auch eine Problemgeschichte unserer Gegenwart. Minutiös zeichnet er anhand bislang unzugänglicher Akten die Politik der Bundesregierung nach, wie sie „auf die islamische Revolution reagierte, zwischen interessengeleitetem Pragmatismus und außenpolitisch gebotener Bündnistreue zu den USA lavierte und so hinter den Kulissen als Vermittler zwischen Teheran und Washington fungieren konnte“ (S. 319). Ein Ausblick widmet sich der Frage, wie die Folgen der islamischen Revolution in einen ab Anfang der 1980er Jahre neu aufgeblühten Menschenrechtsdiskurs eingeflochten wurden.

Deutz-Schroeder, Monika, Linksradikalismus und Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, H. 37/2015, S. 76-93. – Heute wollen weniger Bürger einen „Systemwechsel“ nach linksaußen als Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre. Die linksextreme Szene, verantwortlich für die in den letzten Jahren gestiegene Militanz, ist von jungen Leuten geprägt. „Linksextremisten spielen sich – damals wie heute – als Revolutionswächter und Gedankenpolizei auf; sie möchten vorschreiben, was zu tun, zu denken und zu lassen ist. Dies mag ihnen in ihren Milieus mitunter auch gelingen. Mit diesem Verständnis von Politik geraten sie aber in eine doppelte Frontstellung: Sie stehen nicht nur gegen die Vertreter des Establishments, sondern auch gegen die breite Masse der Bevölkerung. Mit ihrer Gewaltausübung bringen sie gemäßigte Linke gegen sich auf, die befürchten, Gewaltexzesse würden die Themen überlagern und diskreditieren, mit denen die Linke ihre Basis verbreitern könnte“ (S. 93).

Hordt, Arne u.a., Aufruhr! Zur epochenübergreifenden Beschreibung beschleunigten sozialen Wandels in Krisenzeiten, in: *Historische Zeitschrift* 301 (2015), S. 31-62 – Schreiben fünf Autoren einen geistes- respektive geschichtswissenschaftlichen Aufsatz, so ist das ungewöhnlich und deutet auf eine weit ausgreifende Themen- und Fragestellung hin, die anders nicht zu bewältigen wäre. Im konkreten Fall ist so viel Expertise vonnöten, weil hier politisch-sozialer Wandel in auf Geschwindigkeit drängenden Krisenzeiten über die Epochen hinweg – zwischen dem Mittelalter und dem 20. Jahrhundert –, in vergleichender und begrifflich-theoretisch anspruchsvoller Hinsicht untersucht wird. Die Grundidee entspringt dem Tübinger Sonderforschungsbereich „Bedrohte Ordnungen“. Als Leitperspektive formuliert das Quintett: „Wie lässt sich das Verhältnis von kurzfristiger sozialer Unruhe zu langfristigen Veränderungen für die historisch arbeitenden Wissenschaften bestimmen? Der Beitrag löst mit Hilfe des Begriffs ‚Aufruhr‘ die Analyserichtung historischen sozialen Wandels von zielgerichteten Schemata, wie z.B. Revolution, und betont demgegenüber die Eigenlogik von Verlaufsformen“ (S. 62). Mittels der Konzentration auf fünf Merkmale von Aufruhr – „Gruppencharakter und Gesellschaftsbezug“, „Öffentlichkeit“, „Gewalt“, „Verdichtung von Raum und Zeit“, „Komplexität und Kontingenz“ – sollen Vergleiche und Verknüpfungen möglich werden, um Antworten auf die Grundfrage nach den Dynamiken historischen Wandels näherkommen zu können.

Kailitz, Steffen, Nach dem „Großen Krieg“ – vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 bis 1939, in: *Totalitarismus und Demokratie*, 12 (2015), H. 1, S. 21-45. – Die globale Geschichte der Demokratie der Zwischenkriegszeit weist Elemente des Triumphes wie des Desasters auf. Zwischen 1914 und 1920 verdreifachte sich die Zahl der Demokratien weltweit beinahe. In der kurzen Periode zwischen Frühjahr 1919 und Mitte 1920 explodierte die Zahl der Demokratien geradezu. Aber der seinerzeit von einem Teil der Zeitgenossen euphorisch gefeierten „Explosion“ folgten noch in der ersten Hälfte der 1920er Jahre Rückfälle und in den 1930er Jahren eine tiefe Zäsur infolge der Weltwirtschaftskrise. Weder danach noch davor konnte man den Fall so vieler Demokratien beobachten wie in den Jahren 1933/34, unter ihnen auch solche in hochentwickelten Industriegesellschaften wie Deutschland und Österreich.

Logvinov, Michail, Radikalisierung und Gewalt in rechtsextremen Milieus, in: *Kriminalistik* 69 (2015), H. 3, S. 153-158. – Der Autor kritisiert die Verbreitung eines „pathologisierenden“ Ansatzes in der Rechtsextremismusforschung, „dessen Erklärungsbemühungen sich im Wesentlichen auf die Eruiierung der sozialen und biographischen Problemkumulationen konzentriert“. Als Alternative wird ein Ansatz des „eingebetteten Individuums“ vorgeschlagen, in dessen Mittelpunkt die handelnde Person mit einem ihr „zugänglichen sozialen Erfahrungshorizont und Kapital (Mikroebene)“ steht, das vor dem Hintergrund der „Zugehörigkeit zu kollektiven Sinnlieferanten (Metaebene)“ die sich nicht unmittelbar erschließenden makrostrukturellen Gegebenheiten interpretiert und in Handlungsmaximen übersetzt. Diese Heuristik bietet im Gegensatz zu rein mikro- bzw. makrotheoretischen Perspektiven den Vorteil, soziale Dynamiken zu erfassen.

Prinz, Sebastian, Die Linkspartei und der Unrechtsstaat DDR, in: *Politische Studien* 66 (2015), H. 6, S. 44-53. – Für die Bildung der rot-rot-grünen Koalition im Herbst 2014 unter dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow war eine Anerkennung der DDR als „Unrechtsstaat“ durch die Partei *Die Linke* eine wichtige Voraussetzung. Im Koalitionsvertrag hieß es dann, die DDR sei „in der Konsequenz ein Unrechtsstaat“ gewesen. Nach dem Koalitionsvertrag wiederholte kein Repräsentant der Partei diesen Begriff, dem eine stigmatisierende Konnotation anhafte. Viele distanzieren sich eigens vom Terminus „Unrechtsstaat“ mit Blick auf die DDR. Obwohl im Koalitionsvertrag eigens festgeschrieben war, eine Kooperation mit Gruppierungen, die das DDR-Unrecht relativieren, solle unterbleiben, hielten sich Repräsentanten der Partei *Die Linke* in der Folge nicht daran. SPD und Bündnis 90/Die Grünen protestierten nicht.

Thieme, Daniel/Antonius Liedhegener, „Linksaußen“, politische Mitte oder doch ganz anders?

Die Positionierung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im parteipolitischen Spektrum der postsäkularen Gesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 56 (2015), H. 2, S. 240-277. – Eine Inhaltsanalyse aller 17 Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland zwischen 1990 und 2010 („Strafe – Tor zur Versöhnung 1990; „Arbeit, Leben und Gesundheit“ 1990; „Die ökologische Krise als Nord-Süd-Problem“ 1991; „Einverständnis mit der Schöpfung“ 1991; „Verantwortung für ein soziales Europa!“ 1991; „Gemeinwohl und Eigennutz“ 1993; „Identität und Verständigung“ 1994; „Mündigkeit und Solidarität“ 1994; „Handwerk als Chance“ 1997; „Herz und Mund und Tat und Leben“ 1998; „Räume der Begegnung“ 2002; „Maße des Menschlichen“ 2003; „Gerechte Teilhabe“ 2006; „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ 2007; „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ 2008; „Umkehr zum Leben“ 2009; „Im Alter neu werden können“ 2010) zeigt eine große Nähe zu den Positionen der SPD und der Grünen, weniger zur Partei *Die Linke*: im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, im Bereich der Außenpolitik, im Bereich der Umweltpolitik und im Bereich der Bildungspolitik. Nur im Bereich der Gesellschaftspolitik ist die EKD rechts der Skalenmitte angesiedelt, zwischen der Union und der SPD.

U.B./A.G./E.J.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Abbas, Nabila/Annette Förster/Emanuel Richter (Hrsg.), Supranationalität und Demokratie – 459
- Abel, Werner/Enrico Hilbert, „Sie werden nicht durchkommen!“ – 402
- Abu Rumman, Mohammad, Ich bin Salafist. Selbstbild und Identität radikaler Muslime im Nahen Osten – 470
- Ackermann, Jan/Katharina Behne/Felix Buchta/Marc Drobot/Philipp Knopp, Metamorphosen des Extremismusbegriffes – 450
- Albertazzi, Daniele/Duncan McDonnell, Populists in Power – 470
- Alemann, Ulrich von/Eva G. Heidbreder/Hartwig Hummel/Domenica Dreyer/Anne Gödde (Hrsg.), Ein soziales Europa ist möglich – 403
- Althaus, Horst, Stendhal – Balzac – Flaubert – Zola – 470
- Aly, Götz, Volk ohne Mitte – 470
- Ambrosius, Gerold u.a. (Hrsg.), Föderalismus in historisch vergleichender Perspektive – 470
- Amos, Heike, Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989 – 404
- Andersen, Uwe (Hrsg.), Der Deutsche Bundestag – 470
- Ante, Christian, Chancen und Risiken direkter Demokratie – 406
- Apelt, Andreas H./Robert Grünbaum (Hrsg.), Das letzte Jahr der DDR – 430
- Apelt, Andreas H./Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hrsg.), Umbrüche und Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989 – 407
- Arendt, Hannah/Eric Voegelin, Disput über den Totalitarismus – 408
- Baberowski, Jörg, Räume der Gewalt – 333
- Badiou, Alain/Slavoj Žižek, Die Idee des Kommunismus – 471
- Balik, Stanislav/Michal Kubát, Undemokratische Regime – 471
- Barnouw, David, Das Phänomen Anne Frank – 471
- Beck, Colin J., Radicals, Revolutionaries, and Terrorists –
- Becker, Peter Karl/Sebastian Liebold, Kleiner Markt im großen Plan – 471
- Bednarz, Lisa/Christoph Giesa, Gefährliche Bürger – 471
- Békés, Csaba u.a., Soviet Occupation of Romania, Hungary and Austria 1944/45–1948–49 – 471
- Benz, Wolfgang, Antisemitismus – 472
- Benz, Wolfgang (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus – 411
- Berge, Benjamin von dem, Im Osten was Neues – 407
- Bermbach, Udo, Houston Stewart Chamberlain – 472
- Bernauer, Thomas/Gabriele Spilker, Einladung zur Politikwissenschaft – 412
- Best, Volker, Koalitionssignale bei Landtagswahlen – 413
- Beyer, Marcus, Außenpolitische Deutungsverwaltung im SED-Regime – 415
- Beyme, Klaus von, Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und Staat – 416
- Biebricher, Thomas, Neoliberalismus zur Einführung – 279
- Bieling, Hans-Jürgen u.a. (Hrsg.), Kursbuch Politikwissenschaft – 412
- Biene, Janusz /Julian Junk (Hrsg.), Salafismus und Dschihadismus in Deutschland – 297

Literatur

- Biene, Janusz/Martin Schmetz, Kalifat des Terrors – 297
- Biermann, Kai/Thomas Wiegold, Drohnen – 472
- Blankertz, Stefan, Anarchokapitalismus – 279
- Bock, Florian, Der Fall „Publik“ – 472
- Boehling, Rebecca u.a., Freilegungen – 472
- Bonn, Moritz Julius, Zur Krise der Demokratie – 472
- Bredow, Wilfried von, Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär – 473
- Brown, Wendy, Die schleichende Revolution – 279
- Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 – 473
- Bundeskriminalamt/Bundesamt für Verfassungsschutz/Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus, Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind – 473
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 – 393
- Caparrós, Martín, Der Hunger – 279
- Chlewnjuk, Oleg, Stalin – 417
- Cilliers, Jakkie, Future (im-)perfect? Mapping conflict, violence and extremism in Africa – 473
- Conze, Eckart u.a. (Hrsg.), Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung – 473
- Crome, Erhard, AfD – 473
- Crouch, Colin, Die bezifferte Welt – 279
- Damberg, Wilhelm/Karl-Joseph Hummel (Hrsg.), Katholizismus in Deutschland – 473
- Dard, Olivier (Hrsg.), Références et thèmes des droites radicales au XXe siècle (Europe-Amériques) – 473
- Dawisha, Karen, Putin's Kleptocracy – 474
- Dayé, Christian/Stephan Moebius (Hrsg.), Soziologiegeschichte – 474
- Decker, Frank, Parteiendemokratie im Wandel – 460
- Decker, Frank/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa – 341
- Decker, Gunnar, 1965 – 474
- Decker, Oliver/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus – 468
- Deichmann, Carl, Der neue Bürger – 419
- Di Fabio, Udo, Schwankender Westen – 312
- Diaz-Bone, Rainer/Christoph Weischer (Hrsg.), Methoden-Lexikon für die Sozialwissenschaften – 474
- Diehl, Paula, Das Symbolische, das Imaginäre und die Demokratie – 474
- Dinkel, Jürgen, Die Bewegung Bündnisfreier Staaten – 475
- Döhler, Marian/Jochen Franzke/Kai Wegrich, Der gut organisierte Staat – 475
- Duben, Daniel, Strategien gegen Rechtsextremismus im Fußballstadion – 420
- Dunkel, Franziska/Corinna Schneider (Hrsg.), Frauen und Frieden? – 475
- Dworok, Gerrit, Historikerstreit und Nationswerdung – 475
- Ehrlich Susanne u.a., Schwierige Erinnerung – 475
- Embacher, Serge/Susanne Lang (Hrsg.), Recht auf Engagement – 475

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Emunds, Bernhard/Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Den Kapitalismus bändigen – 279
- Endemann, Martin u.a. (Hrsg.), Zurück am Tatort Stadion – 420
- Engel, Ulf/Frank Hadler/Matthias Middell (Hrsg.), 1989 in a Global Perspective – 475
- Enzensberger, Hans Magnus, Versuche über den Unfrieden – 476
- Erdle, Birgit/Werner Konitzer (Hrsg.), Theorien über Judenhass – eine Denkgeschichte – 476
- Ettrich, Frank/Dietmar Herz, Willy Brandt – 476
- Eugster, David/Sibylle Marti (Hrsg.), Das Imaginäre des Kalten Krieges – 476
- Europol (Hrsg.), TE-SAT 2015 – 476
- Felsch, Philipp, Der lange Sommer der Theorie – 477
- Fischer, Michael, Horst Mahler – 477
- Fischer, Torben/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland – 477
- Fleck, Christian, Etablierung in der Fremde – 477
- Flügel-Martinsen, Oliver/Franziska Martinsen (Hrsg.), Demokratietheorie und Staatskritik aus Frankreich – 477
- Flügge, Manfred, Das Jahrhundert der Manns – 477
- Flümann, Gereon, Streitbare Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten – 421
- Franzius, Claudio/Tine Stein (Hrsg.), Recht und Politik – 478
- Friedrich, Sebastian, Der Aufstieg der AfD – 422
- Fritz Bauer Institut/Katharina Rauschenberger/Werner Konitzer (Hrsg.), Antisemitismus und andere Feindseligkeiten – 478
- Funke, Hajo, Staatsaffäre NSU – 320
- Geiges, Lars/Stine Marg/Franz Walter, Pegida – 463
- General Intelligence and Security Service (Hrsg.), Annual Report 2014 – 478
- Giebler, Heiko/Aiko Wagner (Hrsg.), Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten – 279
- Gilcher-Holtey, Ingrid, Eingreifende Denkerinnen – 424
- Goschler, Constantin/Michael Wala, „Keine neue Gestapo“ – 344
- Gosewinkel, Dieter (Hrsg.), Anti-liberal Europe – 425
- Gottschlich, Jürgen, Beihilfe zum Völkermord – 478
- Graf, Friedrich Wilhelm/Edith Hanke/Barbara Picht, Geschichte intellektuell – 478
- Greenberg, Udi, The Weimar Century – 478
- Greif, Gideon/Itamar Levin, Aufstand in Auschwitz – 426
- Großmann, Thomas, Fernsehen, Revolution und das Ende der DDR – 478
- Grothe, Ewald (Hrsg.), Ernst Rudolf Huber – 479
- Gu, Xuewu/Hanns Jürgen Küsters, Was Deutschland und die Welt im Innersten zusammenhält – 479
- Gusy, Christoph (Hrsg.), Evaluation von Sicherheitsgesetzen – 479
- Guzy, Nathalie/Christoph Birkel/Robert Mischkowitz (Hrsg.), Viktimisierungsbefragungen in Deutschland – 479
- Hanel, Tilmann, Die Bombe als Option – 479
- Hanne, Olivier/Thomas Flichy de la Neuville, Der Islamische Staat – 279
- Hansen, Imke, „Nie wieder Auschwitz“ – 479
- Hartmann, Jürgen, Demokratie und Autokratie in der vergleichenden Demokratieforschung – 480
- Häusler, Alexander/Rainer Roeser, Die rechten „Mut“-Bürger – 480

Literatur

- Hayek, Friedrich August von, Frühe und unveröffentlichte Schriften 1924-1931 – 480
- Heer, Sebastian, Parlamentsmanagement – 480
- Heitmänn-Kroning, Imke, Deutsche Sicherheitspolitik zwischen „never alone“ und „never again“ – 480
- Hellmann, Gunther/Daniel Jacobi/Ursula Urrestarazu Stark (Hrsg.), „Früher, entschiedener und substantieller“? – 480
- Hermann, Rainer, Endstation Islamischer Staat? – 297
- Hermlin, Stephan, Abendlicht – 480
- Herrmann, Michael, Strategisches Wählen in Deutschland – 445
- Heschl, Lisa u.a. (Hrsg.), L'Etat c'est quoi? – 419
- Hildebrandt, Achim u.a., Methodologie, Methoden, Forschungsdesign – 481
- Hillebrand, Ernst (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa – 481
- Hofmann, Birgit, Der „Prager Frühling“ und der Westen – 481
- Holzer, Boris, Politische Soziologie – 481
- Hölzing, Philipp, Ein Laboratorium der Moderne – 481
- Honneth, Axel, Die Idee des Sozialismus – 348
- Huber, Florian, Kind, versprich mir, dass du dich erschießt – 481
- Huff, Tobias, Natur und Industrie im Sozialismus – 481
- Human Rights Watch (Hrsg.), World Report 2015 – 482
- Hummel, Konrad, Demokratie in den Städten – 428
- Hürter, Johannes (Hrsg.), Terrorismusbekämpfung in Westeuropa – 429
- Huth, Peter (Hrsg.), Die letzten Zeugen – 426
- Jäckel, Michael/Uwe Jun (Hrsg.), Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation – 482
- Jäger, Thomas (Hrsg.), Handbuch Sicherheitsgefahren – 429
- James, Sabatina, Scharia in Deutschland – 482
- Jesse, Eckhard, Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen – 482
- Jesse, Eckhard (Hrsg.), Wie gefährlich ist Extremismus? – 482
- Jonsson, Stefan, Masse und Demokratie – 482
- Juchler, Ingo (Hrsg.), Hemeneutische Politikdidaktik – 482
- Juhász, Attila/Lóránt Györi/Péter Krekó/András Dezső, „I am Eurasian“ – 482
- Kaeding, Michael/Niko Switek (Hrsg.), Die Europawahl 2014 – 482
- Karner, Stefan u.a. (Hrsg.), Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990 – 430
- Kempf, Udo/Hans-Georg Merz/Markus Gloe (Hrsg.), Kanzler und Minister 2005-2013 – 483
- Kessel, Stijn van, Populist Parties in Europe – 483
- Kielmannsegg, Peter Graf, Wohin des Wegs, Europa? – 456
- Kimmel, Elke/Marcus Heumann, Abgesang der Stasi – 483
- Klarsfeld, Beate/Serge Klarsfeld, Erinnerungen – 355
- Klühs, Franz, August Bebel – 483
- Knapp, Gabriele/Adriane Feustel/Inge Hansen-Schaberg (Hrsg.), Flüchtlinge Geschichte und geistiges Erbe – 483
- Kneuer, Marianne (Hrsg.), Standortbestimmung Deutschlands – 483
- Knill, Christoph u.a. (Hrsg.), Moralpolitik in Deutschland – 483
- Knill, Christoph/Jale Tosun, Einführung in die Policy-Analyse – 484

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Kobylnski, Alexander, Der verratene Verräter – 351
- Kollmorgen, Raj/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.), Handbuch Transformationsforschung – 484
- Koniczek, Constantin, Strategische Interaktionen im Feld des Regierens – 484
- Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013 – 484
- Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Emotionen und Politik – 484
- Krämer, Felix, Moral Leaders – 484
- Krell, Christian (Hrsg.), Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie – 432
- Kriesi, Hanspeter/Takis S. Pappas (Hrsg.), European Populism in the Shadow of the Great Recession – 485
- Kron, Thomas, Reflexiver Terrorismus – 485
- Krumeich, Gerd, Juli 1914 – 485
- Krumm, Thomas, Föderale Staaten im Vergleich – 433
- Krüper, Julian/Heike Merten/Thomas Poguntke (Hrsg.), Parteienwissenschaften – 460
- Kruse, Heinz, Demokratie in einer globalen Welt – 485
- Kulish, Nicholas/Souad Mekhennet, Dr. Tod – 485
- Kunze, Michael, Sigmund Neumann – 434
- Lachapelle, Guy/Philippe J. Maarek (Hrsg.), Political Parties in the Digital Age – 485
- Langebach, Martin/Michael Sturm (Hrsg.), Erinnerungsorte der extremen Rechten – 485
- Laser, Kurt u.a., Der Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain – 486
- Leggewie, Claus, Politische Zeiten – 360
- Lehmann, Max, Bismarck – 486
- Lepsius, M. Rainer, Soziale Schichtung in der industriellen Gesellschaft – 363
- Liebert, Ulrike/Janna Wolff (Hrsg.), Interdisziplinäre Europastudien – 486
- Lilla, Mark, Der hemmungslose Geist – 486
- Loewenstein, Bedrich, Der Fortschrittsglaube – 486
- Longerich, Peter, Hitler – 367
- Löw, Helène, Nazismen i Sverige 2000–2014 – 436
- Löw, Konrad, „Lasst uns trotzdem weiterkämpfen!“ – 486
- Magenau, Jörg, Princeton 66 – 487
- Maggioni, Monica/Paolo Magri (Hrsg.), Twitter and Jihad – 487
- Makhotina, Ekaterina u.a. (Hrsg.), Krieg im Museum – 487
- Mannewitz, Tom, Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat – 437
- Mansour, Ahmad, Generation Allah – 297
- Marciniak, Angela, Politische Sicherheit – 451
- Martinsen, Renate (Hrsg.), Ordnungsbildung und Entgrenzung – 438
- Matos, Saulo de, Zum normativen Begriff der Volkssouveränität – 487
- McCarthy, Thomas, Rassismus, Imperialismus und die Idee menschlicher Entwicklung – 487
- Medrow, Lisa/Daniel Münzner/Robert Radu (Hrsg.), Kampf um Wissen – 487
- Meier, Horst, Verbot der NPD – 441
- Merkel, Wolfgang, Demokratie und Krise – 487
- Meyer, Gerd, Mut und Zivilcourage – 488
- Meyer, Kristina, Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990 – 488

Literatur

- Michalik, Susanne, Multiparty Elections in Authoritarian Regimes – 488
- Middelberg, Mathias, „Wer bin ich, dass ich über Leben und Tod entscheide?“ – 488
- Ministerstvo Unitra České Republiky (Hrsg.), Report on Extremism on the Territory of the Czech Republic in 2014 – 488
- Minkenberg, Michael (Hrsg.), Transforming the Transformation? – 488
- Mirowski, Philip, Untote leben länger – 279
- Moeschl, Peter, Privatisierte Demokratie – 279
- Möller, Horst, Franz Josef Strauß – 442
- Möller, Horst u.a., Die Einheit – 467
- Möllers, Christoph, Die Möglichkeit der Normen – 443
- Möllers, Martin H. W., Öffentliche Sicherheit und Gesellschaft – 488
- Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen, NSU-Terrorismus – 489
- Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen, Polizeiwissenschaft 2 – 488
- Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen, Jahrbuch Öffentliche Sicherheit – 488
- Montgomery, Scott L./Daniel Chirot, The Shape of the New – 489
- Müller, Dirk, Bismarck – 489
- Münch, Ursula/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Die neue Offenheit – 445
- Münkler, Herfried, Kriegssplitter – 489
- Münkler, Herfried, Macht in der Mitte – 489
- Münzner, Daniel, Kurt Hiller – 371
- Muhle, Susanne, Auftrag: Menschenraub – 489
- Napoleoni, Loretta, Die Rückkehr des Kalifats – 297
- Neumann, Peter R., Die neuen Dschihadisten – 297
- Nicosia, Francis R., Nazi Germany and the Arab World – 490
- Nicosia, Francis R./Lawrence D. Stokes (Hrsg.), Germans Against Nazism – 490
- Nirenberg, David, Anti-Judaismus – 490
- Nitschke, Peter (Hrsg.), Kulturwissenschaften der Moderne – 490
- Nitschke, Peter (Hrsg.), Gottfried W. Leibniz – 490
- Nolte, Ernst, „Ich bin kein Prophet“ – 490
- Nolte, Ernst, Historische Existenz – 490
- Nonn, Christoph, Bismarck – 491
- Notheisen, Laura, Zum Holocaust in der Ukraine – 491
- Ohlert, Martin, Zwischen „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“ – 491
- Öhlinger, Theo/Klaus Poier (Hrsg.), Direkte Demokratie und Parlamentarismus – 491
- Olgun, Ufuk, Islamische Religionsgemeinschaften als politische Akteure in Deutschland – 416
- Oliveira, Júlio de u.a., Alexy's Theory of Law – 491
- Ooyen, Robert Chr. van, Bundesverfassungsgericht und politische Theorie – 491
- Ooyen, Robert Chr. van, Das Amt des Bundespräsidenten – 491
- Ottmann, Henning/Pavo Barisic (Hrsg.), Deliberative Demokratie – 492
- Palonen, Kari/José María Rosales, Parliamentarism and Democratic Theory – 446
- Pauley, Bruce F., Hitler, Stalin, and Mussolini – 492
- Pavlik, Jennifer, „Uninteressiertes Weltinteresse“ – 492
- Pelinka, Anton, Die unheilige Allianz – 374

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Perels, Joachim, Der Nationalsozialismus als Problem der Gegenwart – 492
- Philippberg, Robert, Demokratieschutz im Praxistest – 393
- Plöhn, Jürgen, Vertrauen und Verantwortung in den politischen Systemen westlicher Demokratien – 492
- Popiolek, Ursula (Hrsg.), Aufklärung ohne Grenzen – 492
- Porta, Donatella della/Mario Diani (Hrsg.), The Oxford Handbook of Social Movements – 449
- Power, Nina, Das kollektive politische Subjekt – 492
- Quent, Matthias/Peter Schulz, Rechtsextremismus in lokalen Kontexten – 450
- Rabasa, Angel/Cheryl Benard, Eurojihad. Patterns of Islamist Radicalization and Terrorism in Europe – 493
- Ramsauer, Petra, Die Dschihad-Generation – 297
- Raue, Paul-Josef, Die unvollendete Revolution – 493
- Reese-Schäfer, Walter/Samuel Salzborn (Hrsg.), „Die Stimme des Intellekts ist leise“ – 493
- Reich-Ranicki, Marcel/Peter Rühmkorf, Der Briefwechsel – 493
- Reifenberger, Jürgen, Neoliberalismus, Krise und die Zukunft des demokratischen Sozialstaates – 279
- Reinalter, Helmut (Hrsg.), Neue Perspektiven der Ideengeschichte – 493
- Reinhardt, Volker (Hrsg.), Jugend und Politik – 494
- Reinhardt, Volker/Stefano Saracino/Rüdiger Voigt (Hrsg.), Der Machtstaat – 494
- Reuter, Christoph, Die Schwarze Macht – 297
- Richards, Anthony, Conceptualizing Terrorism – 409
- Riedel, Sabine, Die kulturelle Zukunft Europas – 403
- Rinderle, Peter, Demokratie – 458
- Röber, Jörg, Zukunftsfähig durch Regierungsbildung? – 494
- Rödder, Andreas, 21.0 – 377
- Rosenfeld, Alvin H., Das Ende des Holocaust – 452
- Said, Behnam T., Islamischer Staat – 297
- Saint Victor, Jacques de, Die Antipolitischen – 494
- Salzborn, Samuel, Kampf der Ideen – 494
- Salzborn, Samuel (Hrsg.), Zionismus – 494
- Sasanka, Pawel/Sławomir Stępień, The Cold War – 495
- Sassen, Saskia, Ausgrenzungen – 279
- Saull, Richard/Alexander Anievas/Neil Davidson/Adam Fabry (Hrsg.), The Longue Durée of the Far Right – 495
- Schacherl, Ingrid u.a., Hochschule verändern – 495
- Schäfer, Alfred, 1968 – 495
- Schaeffer, Ute, Ukraine – 495
- Schambach, Sigrid (Hrsg.), Stadt und Zivilgesellschaft – 495
- Scheidler, Fabian, Das Ende der Mega Maschine – 495
- Schellenberg, Britta/Martin Becher (Hrsg.), Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus – 496
- Schirmmacher, Frank, Technologischer Terrorismus – 454
- Schletter, Christian, Grabgesang der Demokratie – 496
- Schmelzle, Cord, Politische Legitimität und zerfallene Staatlichkeit – 496

Literatur

- Schmidt, Jürgen, Arbeiter in der Moderne – 496
- Schmitt-Egner, Peter (Hrsg.), Gemeinwohl – 381
- Schneider, Norbert F./Sabine Diabaté/Kerstin Ruckdeschel (Hrsg.), Familienleitbilder in Deutschland – 496
- Schneider, Wieland, Krieg gegen das Kalifat – 297
- Schneider, Wolf, Hottentottenstottertrottel – 496
- Scholl, Stefan, Begrenzte Abhängigkeit – 496
- Schöllgen, Gregor, Gerhard Schröder – 455
- Schönherr-Mann, Hans-Martin, Gewalt, Macht, individueller Widerstand – 497
- Schroeder, Klaus/Monika Deutz-Schroeder, Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! – 386
- Schulz, Daniel, Die Krise des Republikanismus – 497
- Schwan, Gesine/Robert Menasse/Hauke Brunkhorst, Weil Europa sich ändern muss – 456
- Schwanholz, Julia, Parlamentsmacht in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise – 297
- Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.), Gebildeter Antisemitismus – 497
- Sebaldt, Martin, Pathologie der Demokratie – 458
- Šedivý, František, Uran für die Sowjetunion – 497
- Sedláček, Tomáš/David Graeber, Revolution oder Evolution – 279
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz, Linke Gewalt in Berlin 2009-2013 – 497
- Seyferth, Peter (Hrsg.), Den Staat zerschlagen – 497
- Siebenmorgen, Peter, Franz Josef Strauß – 442
- Smith, Mike, Boko Haram – 498
- Snyder, Timothy, Black Earth – 498
- Soininen, Suvi/Tuula Vaarakallio, Challenges to Parliamentary Politics – 498
- Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Sachverständige Politikberatung – 498
- Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik – 325
- Stambolis, Barbara (Hrsg.), Die Jugendbewegung und ihr Wirkungen – 498
- Steinbach, Peter, Nach Auschwitz – 498
- Steinberg, Guido, Kalifat des Schreckens – 297
- Steinbrecher, Markus u.a. (Hrsg.), Europa, europäische Integration und Eurokrise – 459
- Steltemeier, Rolf, Liberalismus – 279
- Stern, Fritz, Zu Hause in der Ferne – 498
- Stiglitz, Joseph, Reich und Arm – 279
- Straßheim, Holger/Tom Ulbricht (Hrsg.), Zeit der Politik – 446
- Stratmann, Simon, Armutspolitik in Deutschland – 499
- Strijbis, Oliver/Kai-Uwe Schnapp, Aktivierung und Überzeugung im Bundestagswahlkampf 2013 – 445
- Strube, Sonja Angelika (Hrsg.), Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie – 499
- Sturm, Roland, Die britische Westminsterdemokratie – 460
- Süssenguth, Florian (Hrsg.), Die Gesellschaft der Daten – 454
- Switek, Niko, Bündnis 90/Die Grünen – 499
- Taylor, Frederick, Coventry – 499

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Thieler, Kerstin, Volksgemeinschaft unter Vorbehalt – 466
- Thieme, Tom, Eliten und Systemwechsel – 389
- Thiemeyer, Guido/Jenny Raflik (Hrsg.), Les partis politiques européens face aux premières élections directes du Parlement Européen – 499
- Thierse, Stefan, Governance und Opposition im Europäischen Parlament – 499
- Tielke, Martin (Hrsg.), Schmitt und Sombart – 500
- Todenhöfer, Jürgen, Inside IS – 297
- Tooze, Adam, Sintflut – 462
- Torp, Cornelius, Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat – 500
- Troy, Jodok/Christoph Rohde, Macht, Recht, Demokratie – 451
- Tucker, Aviezer, The Legacies of Totalitarianism – 500
- Ulfkotte, Udo, Die Asylindustrie – 333
- Urban, Thomas, Katyn 1940 – 500
- U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2014 – 500
- Vogl, Joseph, Der Souveränitätseffekt – 279
- Voigt, Rüdiger, Denken in Widersprüchen – 500
- Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Legalität ohne Legitimität? – 501
- Voigt, Sebastian, Der jüdische Mai '68 – 501
- Voigts, Gunda, Kinder in Jugendverbänden – 501
- Vorländer, Hans/Maik Herold/Steven Schäller, Wer geht zu Pegida und warum? – 463
- Walter, Franz/Stine Marg (Hrsg.), Sprachlose Elite? – 279
- Wawzyniak, Halina, Demokratie demokratisieren – 501
- Weber, Ines, Sozialismus in der DDR – 464
- Wein, Susanne, Antisemitismus im Reichstag – 466
- Weinhauer, Klaus/Anthony McElligott/Kirsten Heinsohn (Hrsg.), Germany 1916-1923 – 462
- Weinzierl, Alfred/Klaus Wiegrefe (Hrsg.), Acht Tage, die die Welt veränderten – 467
- Weipert, Axel, Die Zweite Revolution – 462
- Weissberg, Nea/Jürgen Müller-Hohagen (Hrsg.), Beidseits von Auschwitz – 426
- Wenzelburger, Georg/Reimut Zohlhnhöfer (Hrsg.), Handbuch Policy-Forschung – 501
- Wettig, Gerhard, Die Stalin-Note – 501
- Wiborg, Susanne/Jan Peter Wiborg, Glaube, Führer, Hoffnung – 502
- Wicke, Christian, Helmut Kohls Quest for Normality – 502
- Willms, Johannes, Bismarck – 502
- Winker, Gabriele, Care Revolution – 502
- Winkler, Heinrich August, Geschichte des Westens – 397
- Winkler, Heinrich August, Zerreißproben – 502
- Wirsching, Andreas u. a. (Hrsg.), Erinnerung an Diktatur und Krieg – 502
- Wolffsohn, Michael, Zum Weltfrieden – 503
- Woyke, Meik (Hrsg.), Willy Brandt/Helmut Schmidt – 337
- Wunderle, Ulrike, Experten im Kalten Krieg – 503
- Zeller, Manfred, Das sowjetische Fieber – 503
- Zick, Andreas/Beate Küpper, Wut, Verachtung, Abwertung – 468

Literatur

- Ziegler, Jean, Ändere die Welt – 503
Zimmermann, Til/Nikolaus Dörr, Gesichter des Bösen – 503
Zinser, Hartmut, Religion und Krieg – 409
Žižek, Slavoj/Alain Badiou (Hrsg.), Die Idee des Kommunismus – 471
Zohlnhöfer, Reimut/Thomas Saalfeld (Hrsg.), Politik im Schatten der Krise – 503

Mitteilungen und Hinweise

Weimarer Republik e. V.

Der Weimarer Republik e. V. wurde im Februar 2013 gegründet und hat sich das Ziel gesetzt, die Erinnerung an die erste deutsche Demokratie wachzuhalten. Dabei geht es vor allem darum, die Gründung der Republik 1918/19 als eine echte Chance zu begreifen, in Deutschland eine dauerhafte freiheitlich-demokratische Ordnung zu etablieren. Der Weimarer Republik e. V. möchte auf dieser Grundlage in zweierlei Richtung die Erinnerungskultur Deutschlands bereichern. Erstens geht es darum, die Errungenschaften der Weimarer Republik darzustellen, ihre bahnbrechenden Leistungen im Wahlrecht, im Sozial- und Arbeitsrecht, in der Bildung, Kultur und Wissenschaft. Und zweitens bietet sie viele Ansatzpunkte, um für heutiges politisches Handeln zu lernen, vor allem über mögliche Gefährdungen der Demokratie. Hierfür bietet die Weimarer Republik, gerade weil sie scheiterte und von der NS-Diktatur abgelöst wurde, einen wertvollen Erfahrungsschatz.

Um dieses Ziel zu erreichen, entwickelt der Weimarer Republik e. V. eine ganze Reihe von Aktivitäten. Schwerpunkte dabei sind die museale Darstellung des Themas, die wissenschaftliche Forschung und die politische Bildung. Im musealen Bereich kann glücklicherweise an die Bemühungen des Stadtmuseums Weimar angeknüpft werden, wo seit Februar 2014 eine erfolgreiche Sonderausstellung unter dem Titel *Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919* gezeigt wird. In Ergänzung zu dieser Exposition, die am Gründungsort der ersten deutschen Demokratie eine ausführliche Würdigung der damaligen Ereignisse vornimmt, hat der Weimarer Republik e. V. im Jahr 2015 eine multimediale Wanderausstellung erarbeitet, die bis Mitte 2018 und damit im Vorfeld des 100. Jahrestages der Republikgründung durch ganz Deutschland tourt. Dabei kommen vier Kinowürfel zum Einsatz, in denen zahlreiche Filmaufnahmen und Fotos zum Thema präsentiert werden. Die populäre Darstellung ermöglicht es, für die Wanderausstellung massenwirksame Orte wie Einkaufszentren und Bahnhöfe zu nutzen.

In der wissenschaftlichen Forschung strebt der Weimarer Republik e. V. an, die verschiedenen Aktivitäten in Deutschland stärker miteinander zu vernetzen. Dazu dienen Konferenzen, Workshops und Vortragsveranstaltungen. Zudem befindet sich eine Schriftenreihe unter dem Titel *Weimarer Schriften zur Republik* in Vorbereitung. Im Jahr 2016 lobt der Weimarer Republik e. V. erstmals drei Preise für die besten Examensarbeiten zur Weimarer Republik aus, die im Dezember vergeben werden. Bislang gibt es kein wissenschaftliches Zentrum zur Weimar-Forschung in Deutschland, der Verein plant daher, ein solches Zentrum in Weimar entstehen zu lassen. Es soll perspektivisch im „Haus der Weimarer Republik. Forum für Demo-

kratie“ Platz finden, dessen Einrichtung derzeit geplant wird. Eine ausführliche Standortdiskussion hat ergeben, dass das bisher für das Bauhausmuseum genutzte Gebäude am Theaterplatz, direkt gegenüber vom Deutschen Nationaltheater als Symbolort der Weimarer Republik, der beste Ort für ein solches Haus wäre. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, um bereits im Jubiläumsjahr 2018/19 in Weimar einen angemessenen Erinnerungsort zur Verfügung zu haben, der perspektivisch als lebendiger Ort deutscher Demokratiegeschichte fungieren kann.

Der 100. Jahrestag der damaligen Ereignisse bietet die Chance, einen starken Widerhall in der Öffentlichkeit zu finden und aus historischer Perspektive eine fruchtbare Debatte über unsere aktuelle Demokratie zu führen. Das politische Bildungskonzept des Weimarer Republik e. V. basiert daher auf dem Grundsatz, keine ausschließliche Rückschau auf die Ereignisse zwischen 1918 und 1933 zu betreiben, sondern dieses Thema in die Gegenwart zu projizieren. Ziel ist es, den Wert von Freiheit und Demokratie möglichst vielen Bürgern zu verdeutlichen und sie zugleich zu ermutigen, sorgsam mit diesem hohen und keineswegs selbstverständlichen Gut umzugehen.

Deshalb sucht der Weimarer Republik e. V. die Vernetzung mit zahlreichen Partnern. Dazu gehören Museen, Vereine, Archive, Stiftungen, Universitäten und Hochschulen, Parteien, Medien und weitere Institutionen. Möglich wird sein Wirken durch ein Förderprojekt des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz auf Beschluss des Deutschen Bundestages. Damit bekennt sich die Bundesrepublik Deutschland eindeutig zur Weimarer Republik als wichtigem Teil der deutschen Demokratiegeschichte.

Kontakt: Weimarer Republik e.V., Jenaer Straße 4, 99425 Weimar; E-Mail: verein@weimarer-republik.net; Internet: www.weimarer-republik.net; Telefon: (03643) 827572.

John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung e. V.

Das John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung wurde im Jahr 2009 auf Initiative von Prof. Dr. Ulrike Ackermann als An-Institut der SRH Hochschule Heidelberg gegründet und ist inzwischen eine eigenständige gemeinnützige Forschungseinrichtung mit den Zielen der Förderung von Wissenschaft und Bildung. In den ersten sieben Jahren seines Bestehens kann das Freiheitsinstitut bereits auf viele erfolgreiche Projekte, Publikationen, Konferenzen sowie zahlreiche öffentliche Diskussions- und Bildungsveranstaltungen zurückblicken. Die breite Medienresonanz spiegelt die öffentliche Wirksamkeit des Instituts wider. Inzwischen ist es mit seinen Forschungen und wissenschaftlichen Stellungnahmen eine wichtige Instanz in der öffentlichen Debatte geworden. Das John Stuart Mill Institut ist eine Forschungseinrichtung, die sich den Herausforderungen und Gefährdungen der wirtschaftlichen, politischen und individuellen Freiheit widmet: die Folgen staatlicher Bevormundung, die Krise Europas, die Bedrohung westlicher Werte und Lebensstile sowie die digitale Revoluti-

on stehen im Fokus seiner Forschungsarbeit. Grundlegende Themenbereiche sind die sozial- und kulturwissenschaftliche Liberalismus- und Freiheitsforschung. Das Institut folgt einem antitotalitären Impuls.

Der *Freiheitsindex Deutschland* und die damit verbundenen Forschungsarbeiten erfreuen sich inzwischen großer nationaler und sogar internationaler Beachtung. 2016 wird der Freiheitsindex Deutschland (eine Kombination aus Repräsentativumfrage und Medieninhaltsanalyse der deutschen Leitmedien des publizistischen Spektrums) zum sechsten Mal durchgeführt. Die Ergebnisse samt zugehöriger Buchpublikation werden alljährlich in den Räumen der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt. Aufgrund der regelmäßigen Wiederholung erlaubt das Datenmaterial stichhaltige Aussagen zu längerfristigen Trendentwicklungen und informiert über den gesellschaftlichen, politischen und medialen Stellenwert der Freiheit in Deutschland. Schwerpunkte des Indexes 2015 waren die „westlichen Werte“ und eine zusätzliche Befragung der Mitglieder der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer zum Thema „Freiheit und Rechtsprechung“. Im Jahr 2016 wird der „westliche Lebensstil“ im Fokus stehen.

In seinen weiteren Forschungsschwerpunkten hat das Institut etwa im November 2014 die „2. Heidelberger Konferenz zum digitalen Wandel“ durchgeführt. Diese präsentierte und diskutierte Ergebnisse des von der Klaus Tschira Stiftung geförderten Forschungsprojekts *Öffentlichkeit und Privatheit im digitalen Wandel* sowohl im Kreise von Fachwissenschaftlern als auch im Rahmen einer vom Deutschlandradio Kultur übertragenen öffentlichen Podiumsdiskussion im Deutsch-Amerikanischen Institut Heidelberg (DAI). Unter dem Thema „Privacy and Data Protection in Europe: Traditions, Practises, Discourses“ hat das Institut im November 2015 die Veranstaltungsreihe in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Netzpolitik der Universität Heidelberg, dem ZKM in Karlsruhe und dem Internationalen Wissenschaftsforum Heidelberg fortgeführt. Als Förderer der Konferenz wurde die Fritz Thyssen Stiftung gewonnen. Bislang sind zwei Bände (*Selbstbestimmung oder Fremdbestimmung? Soziales Leben im Netz* und *Im Sog des Internets. Öffentlichkeit und Privatheit im digitalen Zeitalter*) zur Dokumentation der Ergebnisse erschienen.

2012 konnte im Rahmen eines aufwändigen Editionsprojektes der erste Band der Ausgewählten Werke John Stuart Mills veröffentlicht werden. Inzwischen sind bereits vier Bände erschienen, der jüngste mit Texten Mills zur „Wirtschaftsordnung“. Weitere Bände zu „Demokratie und Repräsentation“ und zu Mills Beziehungen zu seinen Zeitgenossen werden bis zur Frankfurter Buchmesse im Oktober 2016 folgen. Die Publikation von Band 3 mit Mills Hauptschrift „On Liberty/Über die Freiheit“ nahm das Institut zum Anlass für eine international besetzte Mill-Konferenz. Bei der Veranstaltung in der Hamburger Bucerius Law School, die in Kooperation mit der Universität Hamburg und der Leuphana Universität Lüneburg durchgeführt und vom Mill Institut konzipiert wurde, diskutierten renommierte Mill-Forscher ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse und die Aktualität von Mills Werk.

Ein neu aufgenommenes Projekt widmet sich der kulturwissenschaftlichen Erforschung des Wandels von Lebensstil und Genuss angesichts staatlicher und gesell-

Mitteilungen und Hinweise

schaftlicher Moralpolitiken. In dessen Zusammenhang ist aktuell die Publikation *Genuss – Askese – Moral. Über die Paternalisierung des guten Lebens* erschienen.

Kontakt: John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung e.V., Von-der-Tann-Straße 44, 69126 Heidelberg; E-Mail: info@mill-institut.de; Internet: www.mill-institut.de; Telefon: (06221) 6725349.

Personenverzeichnis

- Abacha, Sani 503
Abbas, Nabila 459, 460
Abé, Nicola 208
Abel, Werner 402, 412
Abendroth, Wolfgang 326
Abensour, Miguel 477
Abraham 212
Abrahamson, Irving 213
Abu Rumman, Mohammad 470
Ackeren, Margarete van 101 f.
Ackermann, Jan 450
Ackermann, Ulrike 517
Adam, Konrad 423
Adenauer, Konrad 180, 183, 346, 362, 473
Adler, Christoph 464
Adorno, Theodor W. 363
Agamben, Giorgio 493
Ahmadinedschad, Mahmud 232
Akinci, Abdulvahab 241
Al-Assad, Baschar 161
Albertazzi, Daniele 470
Albrecht, Clemens 363
Albrecht, Susanne 218
Alemann, Ulrich von 403
al-Gaddafi, Muammar 100 f., 105
Al-Kasabeh, Mu'az 207 f., 210
Allen, William Sheridan 57 f.
al-Maliki, Nuri 303, 308
Al-Maqdisi, Abu Mohammed 208
Almond, Gabriel 437
Almunia, Joaquín 454
al-Suri, Abu Musab 306
Al-Tayyeb, Ahmad Mohammed 207 f.
Altenbock, Jasper von 128
Althaus, Horst 470
Althusser, Louis 493
Aly, Götz 470
al-Zarqawi, Abu Musab 208, 307
Al-Zawahiri, Aiman 208, 303
Amberger, Alexander 465
Ambrosius, Gerold 470
Amos, Heike 404
Anders, Günther 478
Andersen, Uwe 470
Anderson, Jeffrey 398
Andrusyszyn, Walter E. 353
Angenfort, Josef 182
Annen, Klaus Günther 271
Ante, Christian 406
Apelt, Andreas 407, 430 f., 471
Apfel, Holger 188 f., 205, 231
Arendt, Hannah 335, 408 f., 424, 492, 497
Aristoteles 492
Armstrotf, Klaus 195-197, 200, 204
Aron, Raymond 471
Arzheimer, Kai 65
Aslan, Fikret 245, 248, 261
Atatürk, Mustafa Kemal 241 f.
Atta, Mohammed 503
Augstein, Jakob 497
Aust, Ernst 186
Avenarius, Tomas 102, 208
Baader, Andreas 451
Babrowski, Jörg 333-335
Bachmann, Lutz 162
Bacia, Jürgen 186 f.
Backes, Uwe 7 f., 10, 17 f., 71, 114, 135, 139 f.,
152, 189 f., 328, 504
Badiou, Alain 97, 471, 477, 493
Bahçeli, Devlet 246 f., 257 f., 260
Bahro, Rudolf 464, 465
Baker, James 431
Bakker, Edwin 68, 70
Bakr, Haji 298
Bakunin, Michail 497
Balibar, Étienne 477
Balík, Stanislav 471
Balzac, Honoré de 470
Bannas, Günter 106
Bannasch, Bettina 213
Barbie, Klaus 357
Barišić, Pavo 492
Barlen, Julian 343
Barmat, Julius 466
Barnard, Anne 208

Personenverzeichnis

- Barnouw, David 471
 Bártík, František 497
 Bartlett, Jamie 71
 Bartsch, Dietmar 154
 Baudrillard, Jean 478
 Bauer, Yehuda 213
 Baum, Gerhart 454
 Baumgärtner, Maik 189, 391
 Baur, Uli 107
 Baurmann, Michael 461
 Bausch, Christiane 439
 Bavaj, Riccardo 327, 399
 Beauvoir, Simone de 424
 Bebel, August 483
 Becher, Martin 496
 Beck, Colin J. 409 f.
 Becker, Carmen 166
 Becker, Garry 281
 Becker, Manuel 389
 Becker, Peter Karl 471
 Beckmann, Christopher 498
 Bednarz, Dieter 208
 Bednarz, Liane 471
 Begrich, David 240
 Behne, Katharina 450
 Behnke, Joachim 445
 Behr, Hartmut 451
 Békés, Csaba 471
 Bendix, Reinhard 47
 Benhabib, Seyla 492
 Benjamin, Walter 486
 Bennett, James C. 398
 Bentham, Jeremy 452
 Benz, Arthur 74
 Benz, Wolfgang 411, 472
 Berg, Heinz Lynen von 88
 Berg, Nicholas 208
 Berge, Benjamin von dem 407
 Berger Ziauddin, Silvia 476
 Bergsdorf, Harald 451
 Berman, Paul 213
 Bermbach, Udo 472
 Bernard, Cheryl 493
 Bernauer, Thomas 412
 Bernhard, Edmunds 279
 Bernhard, Georg 466
 Bernhard, Markus 176
 Best, Volker 413-415
 Beste, Ralf 106
 Bethge, Horst 27
 Beutin, Wolfgang 373
 Bewarder, Manuel 224
 Beyer, Marcus 415
 Beyle, Marie-Henri (Stendhal) 470
 Beyme, Klaus von 360, 416 f., 438, 461
 Biebricher, Thomas 10, 279, 289, 312
 Biehl, Heiko 173
 Bieling, Hans-Jürgen 412
 Biene, Janusz 297
 Biermann, Kai 472
 Bin Laden, Usama 208
 Birkel, Christoph 479
 Bischl, Kerstin 333
 Bischoff, Jörg 28
 Bismarck-Schönhausen, Otto Eduard Leopold
 von 486, 489, 502
 Bjørge, Tore 70
 Blachstein, Peter 402
 Blair, Tony 460 f.
 Blankertz, Stefan 279, 288
 Blume, Michael 332
 Blumenberg, Hans 424
 Bock, Florian 472
 Böckenförde, Ernst-Wolfgang 24
 Boedinghaus, Sabine 142
 Boehling, Rebecca 472
 Böhme, Manfred 351, 353 f.
 Bönnhardt, Uwe 85-92, 240, 320
 Böhrnsen, Jens 145, 149
 Bolz, Norbert 282
 Bonn, Moritz Julius 472
 Bonnett, Alastair 315
 Boom, Dirk van den 272, 275
 Bora, Tanil 242
 Borchardt, Knut 364
 Borchardt, Siegfried 194 f.
 Börne, Ludwig 470
 Borri, Francesca 304
 Borum, Randy 70
 Bösch, Frank 504
 Bosteels, Bruno 493
 Bötticher, Astrid 71
 Boubakeur, Daniel 210
 Bourdieu, Pierre 424, 497
 Bozay, Kemal 242, 245, 248, 261
 Brabant, Marion 186
 Bracher, Karl Dietrich 224, 435
 Brähler, Elmar 386, 468, 469

Personenverzeichnis

- Brandstetter, Marc 7, 163, 188 f., 204, 343
 Brandt, Timo 322
 Brandt, Willy 17, 175, 340, 373, 402, 404, 433, 476, 498
 Braun, Adrienne 227
 Braun, Daniela 292
 Braun, Dietmar 74
 Braun, Stefan 274
 Bräuniger, Eckard 188
 Braunschweig, Martin von 202
 Braunthal, Gerard 18
 Bredow, Wilfried von 10, 315, 473
 Breivik, Anders Behring 341
 Brekemann, Alexander 195
 Brennan, Geoffrey 461
 Brie, André 18
 Broch, Hermann 329
 Brok, Elmar 102
 Brossat, Alain 477
 Brössler, Daniel 102, 105
 Brown, Wendy 279, 284 f.
 Browning, Christopher 398
 Brück, Michael 191, 193, 195, 202
 Brühl, Jannis 202
 Brunkhorst, Hauke 456 f.
 Brünneck, Alexander von 181 f.
 Brunner, Manfred 423
 Brustein, William 39, 59 f.
 Buchheim, Hans 58
 Buchstein, Hubertus 413
 Buchta, Felix 450
 Burnham, Walter Dean 56
 Buschfort, Wolfgang 345, 347
 Bush, George W. 229, 286
 Bush, George 431
 Butler, Judith 424
 Bytzek, Evelyn 459
- Caiani, Manuela 69
 Calmeyer, Hans 488
 Canetti, Elias 335
 Caparrós, Martin 279, 289 f.
 Carter, Jimmy 492
 Celan, Paul 411
 Chamberlain, Stewart Houston 472
 Chermak, Steven M. 68
 Chiot, Daniel 489
 Chlewnjuk, Oleg 417
 Chomsky, Noam 493
- Chruschtschow, Nikita 177, 184, 186, 333
 Cilliers, Jakkie 473
 Ciupke, Paul 498
 Clausewitz, Carl von 410
 Coesters, Marc 479
 Cohn-Bendit, Daniel 100, 102 f., 105, 351, 477, 501
 Conway, Martin 425 f.
 Conze, Eckart 452, 473
 Conze, Vanessa 425
 Conze, Werner 360, 470
 Coolsaet, Rik 68
 Cornara, Hervé 210
 Cornelius, Torp 500
 Cragin, R. Kim 71
 Crenshaw, Martha 68
 Creuzberger, Stefan 419
 Critchley, Simon 493
 Crome, Erhard 473
 Crouch, Colin 279 f., 283, 285, 287
 Cruzcampo, Oliver 148, 190
 Cuspert, Dennis 211, 221-223
 Cyrankiewicz, Józef 479
- Dabbagh, Hassan 166
 Dahlem, Franz 178
 Dahlke, Matthias 345
 Dahrendorf, Ralf 363-365
 Dalgaard-Nielsen, Anja 68, 70, 72
 Damberg, Wilhelm 473
 Dantschke, Claudia 82
 Dard, Olivier 473
 Darwin, Charles 489
 Dawisha, Karen 474
 Dayé, Christoph 474
 Decker, Frank 117, 134, 149 f., 172, 341, 460 f.
 Decker, Gunnar 474
 Decker, Markus 154
 Decker, Oliver 386, 468, 469
 Deckers, Daniel 171
 Degenhart, Christoph 10, 317
 Deichmann, Carl 419
 Demetriou, Chares 74 f.
 Demirel, Süleyman 241
 Demke, Christoph 351
 Denso, Christian 84
 Derrida, Jacques 486, 497
 Deschner, Günther 102
 Deutz-Schroeder, Monika 69, 386, 388, 504

Personenverzeichnis

- Deville, Joe 476
Dezső, András 482
Di Fabio, Udo 10, 312-319, 400
Diabaté, Sabine 496
Diani, Mario 449
Diaz-Bone, Rainer 474
Dickhut, Willi 177 f., 186 f.
Diehl, Jörg 165, 211
Diehl, Paula 474
Dinkel, Jürgen 475
Ditfurth, Jutta 232
Doering-Manteuffel, Anselm 377, 503
Döhler, Marian 475
Döhler, Rico 196
Dometeit, Gudrun 101
Donsbach, Wolfgang 445
Döpfner, Mathias 454
Dörr, Nikolaus 503
Draghi, Mario 316
Dreier, Horst 461
Drewer, Christoph 191
Dreyer, Domenica 403
Drischler, William 490
Drobinski, Matthias 171
Drobot, Marc 450
Duben, Daniel 420
Dugin, Alexander 232
Dülffer, Jost 346
Dunkel, Franziska 475
Durkheim, Émile 219
Dürrbeck, Peter 177
Dustdar, Farah 420
Dworok, Gerrit 475

Easson, Joseph J. 71
Ebel, Martin 333
Ebert, Friedrich 432
E-Bülteni, Mülkiyeliler Birliği 250
Eckert, Ewald 331
Edmunds, Bernhard 295
Ehrlich, Susanne 475
Eichhorn, Kristin 408
Einstein, Albert 498
Eisler, Gerhart 403
Elias, Norbert 334
El-Masri, Khaled 81
Elmer, Christina 90
Elsässer, Jürgen 7, 225-240, 341
Elvan, Berkin 258

Elvert, Jürgen 426
Embacher, Serge 475
Ende, Werner 65
Endemann, Martin 420
Engel, Ulf 475
Ensslin, Gudrun 451
Enzensberger, Hans Magnus 328, 476
Eppler, Erhard 432
Epstein, Klaus 327
Erbakan, Necmettin 252-255
Erdle, Birgit 476
Erdoğan, Recep Tayyip 232 f., 254 f.
Erler, Fritz 433
Ernst, Klaus 105
Eschenburg, Theodor 326, 475, 484
Esposito, John L. 212
Ettrich, Frank 476
Eucken, Walter 314
Eugster, David 476

Faas, Thorsten 292
Falter, Jürgen W. 8, 35, 45, 47, 50, 53, 57 f., 60, 69 f., 88
Faulenbach, Bernd 178
Faust, Matthias 148, 189
Feiks, Antje 175 f.
Felsch, Philipp 477
Fenske, Hans 467
Feodor, Michael 272
Ferrín, Mónica 173
Fetscher, Iring 21, 215, 218
Feuerbach, Ludwig 493
Feustel, Adriane 483
Fiedler, Jürgen 354
Fillieule, Oliver 449
Fischer, Fabian 374
Fischer, Joschka 228, 234, 362
Fischer, Matthias 196-198
Fischer, Michael 477
Fischer, Ruth 466
Fischer, Sebastian 154
Fischer, Torben 477
Fislage, Franziska 154
Flaubert, Gustave 470
Fleck, Christian 477
Flichy de la Neuville, Thomas 297, 300 f.
Flügel-Martinsen, Oliver 477
Flügge, Manfred 477
Flümann, Gereon 13, 421, 448

Personenverzeichnis

- Foley, James 207-209
 Förster, Annette 459
 Forster, Ralf 186
 Fouad, Hazim 81 f.
 Foucault, Michel 280, 284, 296, 419, 424, 444, 486, 497
 Fox, Gregory H. 448
 Fraenkel, Ernst 383, 399, 451, 478
 Frank, Anne 471
 Franke, Guido 153
 Franke, Martin 210
 Frankenberg, Günter 31 f.
 Frankengerger, Klaus-Dieter 106
 Franz, Frank 161, 189, 205, 391
 Franzius, Claudio 478
 Franzke, Jochen 475
 Freeden, Michael 426
 Freilich, Joshua D. 68
 Frenay, Henri 358
 Frey, Gerhard 189
 Freyer, Hans 435, 494
 Freytag-Loringhoven, Konstantin von 498
 Fricke, Detlef 156
 Friedman, Milton 281
 Friedmann, Ronald 175
 Friedrich, Carl J. 478
 Friedrich, Sebastian 422 f.
 Frisch, Max 28 f.
 Frister, Erich 25
 Fritsch, Uwe 156
 Fritze, Lothar 213
 Fritzl, Hermann 24
 Fromm, Erich 219
 Fuchs, Albert 69
 Funke, Hajo 320 f., 324
 Funke, Manuel 231

 Gallus, Alexander 7, 10, 114, 135, 139, 171, 189, 328, 463
 Garbert, Matthias 8, 65 f., 79
 Gärtner, Johann 189
 Gassert, Philipp 355
 Gauchet, Marcel 477, 497
 Gauck, Joachim 325, 359
 Gauland, Alexander 120, 423
 Gaulle, Charles de 131, 234
 Gehrcke, Wolfgang 223
 Geiger, Theodor 47
 Geiges, Lars 463 f.

 Gelowicz, Fritz 79-85, 92
 Genscher, Hans-Dietrich 347
 Gentsch, Tony 197
 Gentz, Friedrich von 481
 Gerns, Willi 177
 Gessenharter, Wolfgang 328
 Geuss, Raymond 494
 Geyer, Dietrich 333
 Giebler, Heiko 279, 292
 Giemsch, Dennis 191, 195, 202
 Giesa, Christoph 471
 Gijsenberg, Joris 446
 Gilcher-Holthey, Ingrid 424
 Gleißner, Roman 194
 Gloe, Markus 483
 Glotz, Peter 22, 24 f., 30
 Glucksmann, André 501
 Gödde, Anne 403
 Goerdeler, Carl 411
 Goethe, Johann Wolfgang von 481
 Gogh, Theo van 209
 Gökalp, Ziya 244
 Goldman, Pierre 501
 Goodrick-Clarke, Nicholas 239
 Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 186, 430 f., 495
 Görmann, Horst 148
 Goschler, Constantin 343, 345, 347
 Gosewinkel, Dieter 425
 Goto, Kenji 209
 Gottschlich, Jürgen 478
 Gourdel, Hervé 209 f.
 Graeber, David 279, 294
 Graf, Friedrich Wilhelm 478
 Gramsci, Antonio 96, 423
 Grass, Günter 358, 497
 Graulich, Kurt 75
 Grebe, Daniel 202
 Greenberg, Udi 478
 Greif, Gideon 426
 Greiffenhagen Martin 19 f.
 Greiffenhagen, Sylvia 19 f.
 Gremlitz, Hermann L. 227, 229
 Grimm, Dieter 461
 Gröning, Oskar 427
 Gros, Jan 412, 469
 Großbölting, Thomas 473
 Grosser, Alfred 361, 431
 Großmann, Thomas 478

Personenverzeichnis

- Grothe, Ewald 479
Grotz, Florian 407
Gruber, Peter 101 f., 107
Gruenewald, Jeff, 68
Grünbaum, Robert 407, 430 f., 471
Grutzpalk, Jonas 66, 89-91
Gu, Xuewu 479
Guénois, Jean-Marie 212
Guérot, Ulrike 107
Guggenheim, Michael 476
Gül, Abdullah 254
Gurian, Waldemar 334, 478
Gurr, Ted 361
Gutschker, Thomas 102
Gutzeit, Martin 407
Guzy, Nathalie 479
Györi, Lóránt 482
Gysi, Gregor 153 f., 355
- Haber, Fritz 498
Habermas, Jürgen 96, 281, 361, 419, 444, 492
Hacke, Jens 363, 472
Hackl, Erich 402
Hadler, Frank 475
Hafez, Farid 10, 330
Haffner, Sebastian 44, 57, 59
Hagan, John 75
Hagen, Kevin 154 f.
Hagen, Patrick 227 f.
Haider, Jörg 122, 374
Haines, David 209
Hamel, Jacques 210-212
Hamilton, Alexander 489
Hammer, Almuth 213
Han, Byung-Chul 296
Haneke, Alexander 153
Hanel, Tilmann 479
Hänisch, Dirk 47
Hanke, Edith 364
Hankel, Wilhelm 231
Hanne, Oliver 297, 300 f.
Hansen, Henning 183
Hansen, Imke 479
Hansen-Schaberg, Inge 483
Hanshaw, Karrin 345
Happel, Josef 271
Harlan, Veit 412
Hartl, Johannes 197
Hartmann, Jürgen 480
- Hartung, Jan-Peter 65
Haungs, Peter 173
Häusler, Alexander 480
Havemann, Robert 464 f.
Hayek, Friedrich August von 288, 480
Healys, Patsy 494
Hebel, Christina 189
Heer, Sebastian 480
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 481
Heidbreder, Eva G. 403
Heidbrink, Ludger 438
Heidegger, Martin 486, 497
Heim, Aribert 485
Heimann, Siegfried 185
Heine, Heinrich 317, 498
Heinsohn, Gunnar 212
Heinsohn, Kirsten 462
Heitmann-Kroning, Imke 480
Heitmeyer, Wilhelm 75
Helbing, Monika 218
Heller, Hermann 432
Hellmann, Gunther 480
Hellpach, Willy 59
Hemmer, Hans-Otto 179
Henkel, Hans-Olaf 113
Henkel, Imke 107
Henkel, Michael 408
Hennemann, Gülden 8, 241
Henningsen, Bernd 172, 341
Hennis, Wilhelm 361
Hepfer, Kurt 239
Hepp, Adalbert 363
Herbert, Ulrich 368
Herman, Eva 268 f., 423
Hermann, Joachim 181
Hermann, Rainer 297, 300
Hermlin, Stephan 480
Herold, Maik 161, 463
Herrmann, Joachim 196
Herrmann, Matthias 196
Herrmann, Michael 445
Herz, Dietmar 476
Herzberg, Guntolf 465
Heschl, Lisa 419
Heß, Rudolf 205, 458
Hessel, Stéphane 141
Heumann, Marcus 483
Heuß, Theodor 466
Heyenn, Dora 142

Personenverzeichnis

- Heyer, Andreas 465
 Heyer, Julia Amalia 101
 Hilbert, Enrico 402
 Hildebrand, Ernst 481
 Hildebrandt, Achim 481
 Hildebrandt, Dieter 329
 Hiller, Kurt 371-373
 Hiller, Markus 272
 Hilsberg, Stephan 404
 Hilse, Christoph 493
 Hintermeier, Hannes 333
 Hinz, Thorsten 107 f.
 Hirscher, Gerhard 231
 Hirschmann, Kai 430
 Histor, Manfred 17, 26
 Hitler, Adolf 37, 41 f., 53, 56-58, 60, 212 f.,
 228 f., 238, 240, 367-370, 436, 472, 492, 498
 Hobbes, Thomas 282, 335, 408, 452, 490
 Hocke, Björn 113, 119, 123, 161 f., 171, 342
 Hockerts, Hans Günther 279, 295
 Hoffmann, Andrea Claudia 101 f.
 Hoffmann, Peter 490
 Hofmann, Birgit 481
 Höger, Inge 176
 Hohmann, Andreas 403
 Hohmann, Martin 268
 Höhne, Benjamin 173
 Höll, Susanne 105
 Holtzberg, Gavriel Noach 214
 Holtzberg, Rivka 214
 Holzer, Boris 481
 Hölzing, Philipp 481
 Honecker, Erich 405, 474
 Honneth, Axel 348
 Hordt, Arne 505
 Horkheimer, Max 363, 494
 Horlemann, Jürgen 187
 Horst, Patrick 140
 Hövermann, Andreas 469
 Hoyer, Guido 263, 267, 275
 Huber, Ernst Rudolf 479
 Huber, Florian 481
 Hübinger, Gangolf 363, 478
 Hübner, Carsten 231
 Hufenschulte, Josef 107
 Huff, Tobias 481
 Hujer, Marc 101
 Hüllen, Rudolf van 231
 Hume, David 444
 Hummel, Hartwig 403
 Hummel, Karl-Joseph 473
 Hummel, Klaus 76, 79-82, 84
 Hummel, Konrad 428
 Hunger, Berthold 90
 Huntington, Samuel P. 315
 Hürter, Johannes 429 f.
 Hussein, Saddam 228, 238
 Huth, Peter 426
 Imbusch, Peter 75
 Isaak 212 f.
 Ismael 212 f.
 Iztetbegović, Alija 228
 Jäckel, Michael 482
 Jacobi, Daniel 480
 Jäger, Ralf 191
 Jäger, Thomas 429
 Jahnn, Hans Henny 373
 Jakobsen, Kjetil 172, 341
 James, Sabatina 482
 Jani, Helge F. 442
 Jann, Werner 475
 Jansen, Frank 161, 188
 Jaschke, Hans-Gerd 8, 18, 69, 88, 320, 344
 Jasper, Willi 187
 Jaspers, Karl 500
 Jebsen, Ken 239
 Jefferson, Thomas 489
 Jelpke, Ulla 223, 270
 Jenkins, Brian Michael 216
 Jenkins, Gareth 261
 Jesse, Eckhard 7, 10, 13, 17 f., 23, 25, 71, 114,
 135, 139, 150, 161, 173, 189, 213, 224, 326,
 344, 386, 482
 John, Otto 182, 346
 Jonas, Hans 492
 Jongman, Albert J. 216
 Jonsson, Stefan 482
 Juchler, Ingo 482
 Juhász, Attila 482
 Jun, Uwe 173, 482
 Jung, Alexander 101
 Jungars, Ann-Cathrine 342
 Junk, Julian 297
 Jürgensen, Bettina 156
 Jürgewitz, Thomas 145
 Jüttner, Jutta 86-90

Personenverzeichnis

- K., Murat 222
Kaase, Max 280
Kaeding, Michael 482
Kaesler, Dirk 474
Kagan, Robert 398
Kailitz, Steffen 505
Kaina, Viktoria 65
Kallweit, Patrick 188
Kaltefleiter, Werner 126
Kant, Immanuel 444, 481, 492
Kapke, André 88
Karner, Stefan 407, 430
Kastoryano, Riva 242
Kater, Michael 44, 47, 49
Kaube, Jürgen 172 f.
Keller, Dieter 176
Kelsen, Hans 419, 452, 491
Kemmesies, Uwe E. 75
Kemper, Vera 144
Kempff, Udo 483
Kerber, Markus C. 490
Kershaw, Ian 367
Kessel, Stijn van 483
Keßler, Mario 403
Khachatryan, Kristine 37
Khalil, James 71
Khosrokhaver, Farhad 66
Kielmansegg, Peter Graf 381, 456 f.
Kiesewetter, Michèle 240, 321
Kiesinger, Kurt Georg 355, 357 f.
Kiess, Johannes 386, 468 f.
Kimmel, Elke 483
Kindermann, Gottfried-Karl 452
King, Michael 67, 69, 72
Kipping, Katja 153
Kirchheimer, Otto 326, 434
Kirsche, Gaston 226
Kısakürek, Necip Fazıl 256
Kissinger, Henry 452
Kitschelt, Herbert 343
Klamt, Martin 448
Klandermaun, Bert 449
Klärner, Andreas 87
Klarsfeld, Arno 355 f.
Klarsfeld, Beate 355, 357, 359
Klarsfeld, Serge 355, 357, 359
Klaus, Georg 465
Klein, Anna 386
Klein, Naomi 280
Kleinmann, Scott 68
Klier, Freya 354
Klingelschmitt, Klaus-Peter 196
Klönne, Arno 498
Klose, Hans-Ulrich 21-23
Klose, Joachim 161
Kluge, Matthias 351, 440
Klühls, Franz 483
Knape, Andy 188
Knapp, Gabriele 483
Kneuer, Marianne 483
Knill, Christoph 483 f.
Knopp, Philipp 450
Köbele, Patrick 156
Kobylnski, Alexander 351-354
Koenen, Gerd 186
Kogon, Eugen 361
Kohl, Helmut 356, 430 f., 443, 492, 502
Köhler, Daniel 67
Kohlstruck, Michael 87
Kojève, Alexandre 486
Kolzig, Sascha 191, 193
Komlosy, Andrea 227
Koniczek, Constantin 484
König, Helmut 389
König, René 494
Konitzer, Werner 476, 478
Koopmans, Ruud 88, 99
Korn, Thomas 232
Kornelius, Stefan 105
Korte, Karl-Rudolf 175, 223, 484
Koschnick, Hans 19, 25 f.
Kössler, Till 178, 185
Kowalsky, Wolfgang 88
Krämer, Felix 484
Kramer, Mark 430
Kraus, Benjamin 66
Krauss, Martin 232
Krautkrämer, Felix 89
Krekó, Péter 482
Kriesi, Hanspeter 173, 485
Kron, Thomas 485
Kropotkin, Pjotr 497
Kropp, Sabine 413
Krumm, Thomas 433 f.
Krumreich, Gerd 485
Krüper, Julian 460 f.
Kruse, Heinz 485
Kruse, Jörn 144

Personenverzeichnis

- Kubát, Michal 471
 Kubitschek, Götz 162, 236
 Kühn, Alexander 9, 165, 263
 Kukish, Nicholas 485
 Kunz, Franziska 161
 Kunze, Michael 434 f.
 Künzel, Beate 356
 Kupfer, Torsten 44, 59
 Küpper, Beate 386, 468
 Kurbjuweit, Dirk 101
 Kurth, Alexander 158, 191
 Küsters, Hanns Jürgen 479
- Lachapelle, Guy 485
 Laclau, Ernesto 96
 Lafontaine, Oskar 154, 230, 456
 LaFree, Gary 68, 71 f.
 Lahann, Birgit 353
 Lamberty, Pia 69 f., 72
 Lambsdorff, Alexander Graf 106
 Lameyer, Johannes 344
 Lammert, Norbert 470
 Landauer, Gustav 497
 Landauer, Hans 402
 Landfried, Christine 362
 Lane, David 436
 Lang, Jürgen P. 7, 71, 225, 341
 Lang, Markus 434
 Lang, Susanne 475
 Lange, Gregor 202
 Langenbach, Martin 485
 Laqueur, Walter 216, 498
 Laser, Kurt 486
 Lau, Sven 166
 Laube, Karin 209
 Lauter, Thomas 199
 Lauth, Hans-Joachim 413
 Laux, Henning 447
 Lazarsfeld, Paul F. 477
 Le Pen, Jean-Marie 117, 357
 Leber, Fabian 237
 Lefort, Claude 477, 497
 Leggewie, Claus 360, 362
 Lehmann, Gertrud 486
 Lehmann, Max 486
 Lehmsbruch, Gerhard 470
 Lehti, Marko 399
 Leibholz, Gerhard 491
 Leibniz, Gottfried W. 490
- Lemke, Matthias 9, 279, 439, 447
 Lemke, Michael 178, 180
 Lemmer, Ernst 185
 Lenin, Wladimir I. 155, 226, 235
 Leopold II. (Leopold Ludwig Philipp Maria Viktor) 503
 Leopold, Franz 434
 Leopold, Nils 343
 Lepsius, Oliver 363
 Lepsius, Rainer M. 361, 363-366
 Lessing, Gotthold Ephraim 411
 Levin, Itamar 426
 Ley, Hermann 465
 Liebers, Robin 196
 Liebert, Ulrike 486
 Liebold, Sebastian 326, 426, 444, 471
 Liedhegener, Antonius 506
 Lilla, Mark 486
 Lindberg, Leon N. 459
 Lindner, Bernd 439
 Linhart, Eric 415
 Linz, Juan José 471
 Lippmann, Heinz 181
 Lipset, Seymour M. 8, 47
 Lischka, Kurt 355
 Lister, Charles R. 297
 Lobocki, Ingeborg 190
 Loewenberg, Peter 44
 Loewenstein, Bedrich 327, 486
 Logvinov, Michail 9, 76, 79, 83, 297, 505
 Longerich, Peter 367-370
 Lööw, Helène 436
 Lorenz, Mathias N. 477
 Loth, Wilfried 425
 Löw, Konrad 486
 Löw, Martina 363
 Löwenstein, Karl 434, 478
 Löwenstein, Kurt 466
 Löwenthal, Richard 399
 Lübke, Hermann 31, 425
 Lucke, Bernd 7, 113, 117, 119, 123, 126, 128, 144, 146, 161
 Luckmann, Thomas 361
 Ludz, Ursula 408
 Luhmann, Niklas 313, 317, 319
 Lützing, Saskia 66 f., 71 f., 77, 80
 Luxemburg, Rosa 465
 Luyendijk, Joris 280, 296

Personenverzeichnis

- Maarek, Philippe J. 485
Machiavelli, Niccolò 494
Machowecz, Martin 153
Maçoğlu, Fatih Mehmet 251
Madden, J. Paul 44
Maegerle, Anton 196
Magenau, Jörg 487
Maggioni, Monica 487
Magri, Paolo 487
Mahler, Horst 359, 477
Mähler, Ulrich 178
Maier, Hans 213, 220
Maier, Jürgen 292
Maizière, Lothar de 354
Makhotina, Ekaterina 487
Malek, Alexander von 148
Mallmann, Walter 23
Malthaner, Stefan 76, 79-82, 84
Mango, Andrew 261
Mann, Erika 424
Mann, Heinrich 411
Mannewitz, Tom 38, 413, 437 f.
Mansour, Ahmad 297, 310
Marciniak, Angela 451 f.
Mareš, Miroslav 71, 343
Marg, Stine 279, 291, 463 f.
Markovits, Andrei 228
Marmulla, Henning 424
Marshall, Thomas Humphrey 365
Marti, Sibylle 476
Martinsen, Franziska 477
Martinsen, Renate 438
Marx, Karl 155, 226, 234, 348, 493
Materni, Undine 439
Mathes, Corinna 66
Matos, Saulo de 487
Matt, Eduard 70 f.
Matusitz, Jonathan 214, 222
Mayer, Leo 156
Mayer, Michael 454
Mayer, Stefan 189
Mayer, Tilman 348
Mayntz, Renate 73 f.
McCarthy, Thomas 487
McCauley, Clark 68 f.
McDonnell, Duncan 470
McElligott, Anthony 462
McLuhan, Marshall 361
Medrow, Lisa 487
Mehring, Reinhard 435
Meier, Horst 441 f.
Meinhof, Ulrike 218
Meins, Holger 218
Mekhennet, Souad 485
Mellies, Dirk 347
Menasse, Robert 456, 457
Mendelssohn-Bartholdy, Felix 411
Mentel, Christian 345
Merkel, Angela 101-103, 106-108, 121, 127, 233, 269, 292, 362, 424, 467
Merkel, Reinhard 101
Merkel, Wolfgang 447, 484, 487
Merten, Heile 460 f.
Mertensacker, Adelgunde 266-272
Merton, Robert K. 364
Merz, Hans-Georg 483
Meßner, Jonas 37
Metzroth, Volker 156
Meuthen, Jörg 7, 113-115, 119
Meyer, Gerd 488
Meyer, Kristina 488
Meyer, Thomas 432
Michalik, Susanne 488
Middelberg, Mathias 488
Middell, Matthias 475
Mies, Herbert 177
Miliopoulos, Lazaros 459
Mill, John Stuart 10, 517-519
Miller, Carl 71
Miller, Jonas 197
Milošević, Slobodan 230
Minkenberg, Michael 75, 343, 488
Mirowski, Philip 279, 287 f., 291, 296
Mirzabeyoğlu, Salih 256
Mischkowitz, Robert 479
Misik, Robert 212
Mißfelder, Philipp 101
Moebius, Stephan 474
Moeschel, Peter 279, 288
Mohammed, Khaled Scheich 208
Mohnhaupt, Brigitte 218
Möller, Horst 442 f., 467 f.
Möller, Irmgard 218
Möller, Kurt 75, 79
Möllers, Christoph 443 f.
Möllers, Martin H. W. 321, 488 f.
Montgomery, Scott L. 489
Morgenthau, Hans J. 451 f., 478

Personenverzeichnis

- Moritz, Hans-Jürgen 101 f., 107
 Morris, Chris 261
 Morrison, Jim 312
 Moser, Eva 498
 Moses, Julius 466
 Moskalenko, Sophia 68 f.
 Motschmann, Elisabeth 145
 Mouffe, Chantal 95-99, 104
 Mount, Mike 208
 Mühlberger, Detlef 47
 Muhle, Susanne 489
 Müller, Dirk 489
 Müller, Hans-Peter 186
 Müller, Jan-Werner 172
 Müller, Kerstin 101
 Müller, Walter 211
 Müller, Werner 9, 175, 178, 179, 432
 Müller-Enbergs, Helmut 333
 Müller-Hohagen, Jürgen 426
 Müller-Mertens, Martin 232
 Mumford, Lewis 495
 Münch, Ursula 445
 Mundlos, Uwe 85-92, 240, 320
 Münkler, Herfried 21, 217, 333, 335, 474, 489
 Münz, Christopher 213
 Münzner, Daniel 371-373, 487
 Musharbash, Yassin 83
 Mussolini, Benito 492
- Nagie, Ibrahim Abou 166
 Naidoo, Xavier 238
 Naji, Abu Bakr 299
 Nancy, Jean-Luc 477
 Napoleoni, Loretta 297, 303
 Narr, Wolf-Dieter 25 f.
 Nassauer, Otfried 100
 Naumann, Klaus 106
 Neef, Christian 101
 Neidhardt, Friedhelm 75
 Nell-Breuning, Oswald 295
 Nelles, Dieter 403
 Nelson, Leonard 432
 Nero Claudius Caesar Augustus Germanicus 207
 Nestler, Christian 9, 325, 329
 Netanyahu, Benjamin 216
 Neu, Viola 445
 Neubacher, Alexander 101
 Neubert, Ehrhart 389
 Neubert, Harald 178
- Neugebauer, Gero 71
 Neukirch, Ralf 101, 106
 Neumann, Henrik 59
 Neumann, Peter R. 297
 Neumann, Peter 68, 71 f.
 Neumann, Sigmund 35, 434 f.
 Neuss, Beate 460
 Nicosia, Francis R. 490
 Niedermayer, Oskar 149 f., 162, 173
 Nielsen-Sikora, Jürgen 498
 Nieß, Charlotte 25
 Niewendick, Martin 231
 Nirenberg, David 490
 Nitschke, Peter 490
 Nixon, Richard 492
 Noar, Yaacov 427
 Noelle-Neumann, Elisabeth 19 f.
 Nohlen, Dieter 461
 Nolte, Ernst 47, 490
 Nolte, Georg 448
 Nonhoff, Martin 96
 Nonn, Christoph 491
 Nordland, Rod 208
 Nordmann, Ingeborg 408 f.
 Notheisen, Laura 491
- O'Donnell, Guillermo 390
 Oberreuter, Heinrich 445
 Oertzen, Peter von 22
 Ohlert, Martin 491
 Öhlinger, Theo 491
 Olgun, Ufuk 416 f.
 Oliveira, Júlio Aguiar de 491
 Onasch, Benjamin 8, 207
 Ono, Yoko 425
 Ooyen, Robert Chr. van 321, 452, 488 f., 491
 Opitz, Olaf 107
 Opitz, Peter J. 500
 Opitz, Stephan 493
 Oppelland, Torsten 122, 134, 424
 Oran, Baskin 261
 Orbán, Victor 232
 Ossietzky, Carl von 371, 373
 Ottmann, Henning 492
 Özal, Turgut 246
 Özdemir, Cansu 142
 Özkırımlı, Umut 242, 261
- Paals, Carsten 267

Personenverzeichnis

- Palonen, Kari 446
Panreck, Isabelle-Christine 7, 95
Pappas, Takis 485
Paret, Rudi 211
Parsons, Talcott 364
Pastörs, Udo 189, 391
Patzelt, Werner J. 128, 134, 161 f., 431
Pauley, Bruce F. 492
Paulson, Stanley L. 491
Paulus von Tarsus 443 f.
Pavlenko, Olga 430
Pavlik, Jennifer 492
Pearl, Daniel 208 f.
Pelinka, Anton 374 f.
Perels, Joachim 492
Perthes, Volker 220
Petri, Mario 343
Petry, Frauke 7, 113-115, 123, 144, 171, 233
Petzel, Ann Andrea 469
Pfahl-Traugher, Armin 66, 85, 88-90, 274, 422, 437
Pfeiffer, Gerd 175, 183-185
Pfeiffer, Thomas 328
Pfersmann, Otto 448
Pfister, René 106
Philipp, Michael 498
Philippberg, Robert 393, 447 f.
Piel, Edgar 19
Pietrek, Winfried 270 f.
Pinto Balsemão, Francisco 454
Pisoiu, Daniela 65, 68-72, 76
Pius XII. 357
Plöhn, Jürgen 461, 492
Plum, André 193
Poggenburg, André 161
Poguntke, Thomas 460, 461
Pohrt, Wolfgang 227
Poier, Klaus 491
Polenz, Ruprecht 106
Poletta, Francesca 449
Popiolek, Ursula 492
Porta, Donatella della 66-69, 71-79, 82, 84, 87-93, 217, 449
Power, Nina 493
Prantl, Heribert 503
Preuß, Ulrich K. 31, 478
Prinz, Sebastian 505
Probst, Lothar 145
Proudhon, Pierre-Joseph 497
Putin, Wladimir Wladimirowitsch 118, 418, 456, 474
Quent, Matthias 450
Rabasa, Angel 493
Radu, Robert 487
Raflik, Jenny 499
Raj, Kollmorgen 484
Ramelow, Bodo 153, 505
Ramsauer, Petra 297, 306, 308
Rancière, Jacques 97, 493
Ranke, Leopold von 367
Raphael, Lutz 377
Rass, Christoph 346
Raue, Paul-Josef 493
Rauschenberger, Katharina 478
Rawls, John 96
Reagan, Ronald 484
Reese-Schäfer, Walter 493
Rehberg, Karl-Siegbert 161, 474
Reichel, Peter 21
Reich-Ranicki, Marcel 493
Reifenberger, Jürgen 279, 290
Reimann, Max 182 f.
Reinalter, Helmut 493
Reinhardt, Klaus 101
Reinhardt, Volker 494
Reinisch, Kerstin 445
Reißmüller, Johann Georg 28
Renft, Klaus 439 f.
Rentzsch, Rico 165
Reschke, Fritz 353
Reusch, Daniel 194
Reuter, Christoph 297 f., 305, 310
Reutter, Werner 434
Richards, Anthony 216, 409 f.
Richter, Emanuel 459 f.
Riedel, Sabine 403
Riefenstahl, Leni 411
Riefling, Ricarda 196
Riegel, Werner 372
Rietzschel, Anton 233
Riexinger, Bernd 153
Rigby, Lee 209
Rigoll, Dominik 18, 34, 344 f.
Rinderle, Peter 458 f.
Ritter, Joachim 363
Ritzi, Claudia 95, 98 f.

Personenverzeichnis

- Röbel, Sven 189
 Roberts, Adam 98
 Rödder, Andreas 377-380, 389
 Rodriguez-Teufer, René 196
 Roeser, Rainer 480
 Rohde, Christoph 451 f.
 Rohgalf, Jan 325
 Röhl, Klaus Rainer 372
 Röhm, Ernst 199
 Rohmoser, Günter 215, 218
 Römmele, Andrea 65
 Röpke, Andrea 86-89, 470
 Rosa, Hartmut 447
 Rosales, José María 446
 Rosanvallon, Pierre 497
 Rosar, Ulrich 459
 Rosen, Klaus Henning 32
 Rosenbach, Marcel 80, 82
 Rosenfeld, Alvin H. 452 f.
 Rossler, Hans 101 f.
 Roßteutscher, Sigrid 459
 Rothbard, Murray 288
 Rousseau, Jean-Jacques 293, 383
 Roy, Olivier 66
 Rucht, Dieter 75, 88, 450
 Ruckdeschel, Kerstin 496
 Ruf, Christoph 421
 Ruggenthaler, Peter 430
 Rühmkorf, Peter 372, 493
 Rumpf, Maria Regina 59
 Rumsfeld, Donald 280, 295

 S., Clara 502
 Saalfeld, Thomas 503
 Sageman, Marc 66-69
 Sager, Thomas 194
 Said, Behnam T. 81 f., 297, 301
 Saint Victor, Jacques de 494
 Salvaing, Jean-Baptiste 210
 Salzborn, Samuel 87, 89, 493 f.
 Saracino, Stefano 494
 Sarasin, Philipp 476
 Sarhan, Aladdin 82
 Sarkozy, Nicolas 100
 Sarrazin, Thilo 121, 233, 330, 362, 423
 Sartori, Giovanni 461
 Sartre, Jean-Paul 218, 493
 Sasanka, Pawel 495
 Sassen, Saskia 279, 285

 Saull, Richard 495
 Schaap, Andrew 98
 Schacherl, Ingrid 495
 Schachtschneider, Karl Albrecht 231
 Schaeffer, Ute 495
 Schäfer, Alfred 495
 Schäfer, Andreas 447
 Schäfer, Michael 188
 Schäfer-Gümbel, Thorsten 331
 Schäfers, Bernhard 498
 Schäller, Steven 161, 463
 Schale, Frank 434
 Schambach, Sigrid 495
 Schanzer, David H. 69
 Scharpf, Fritz W. 78
 Schäuble, Martin 66, 79-81, 83 f.
 Schäuble, Wolfgang 127
 Scheel, Walter 357
 Schefold, Dian 461
 Scheidler, Fabian 495
 Scheingold, Stuart A. 459
 Scheiper, Stephan 345
 Schellenberg, Britta 496
 Schemm, Hans 42
 Scherb, Armin 18
 Schieder, Theodor 360, 470
 Schiek, Sebastian 343
 Schiffauer, Werner 75
 Schildt, Axel 346
 Schiller, Friedrich 481
 Schiller, Karl 357
 Schirmmacher, Frank 454
 Schirmmacher, Thomas 264, 270
 Schirrmeister, Bernd 145
 Schlamp, Hans-Jürgen 173
 Schlegel, Friedrich 481
 Schlemmer, Thomas 377
 Schletter, Christian 496
 Schlierer, Rolf 189
 Schlinzig, Tino 161
 Schlögel, Karl 187
 Schluchter, Wolfgang 363 f.
 Schmelzle, Cord 496
 Schmetz, Martin 297
 Schmid, Alex P. 65, 69-72, 216
 Schmid, Carlo 433
 Schmidbauer, Wolfgang 215
 Schmidt, Eric 454
 Schmidt, Helmut 340, 26, 456

Personenverzeichnis

- Schmidt, Holger 81
Schmidt, Jürgen 337, 496
Schmidt, Manfred G. 66, 71, 76
Schmidt-Egner, Peter 381 f.
Schmidt-Salomon, Michael 269
Schmitt, Carl 288, 410, 479, 486, 491, 500 f.
Schmitt-Egner, Peter 381-385
Schmitter, Phillippe C. 390
Schmitz, Kurt Thomas 179
Schnabel, Reimund 358
Schnapp, Kai-Uwe 445
Schneider, Corinna 475
Schneider, Daniel 79-81, 83-85, 92
Schneider, Jessica 210
Schneider, Norbert 496
Schneider, Wieland 297
Schneider, Wolf 496
Schneiders, Thorsten Gerald 166
Schnur, Wolfgang 351-354
Scholl, Stefan 496
Schöllgen, Gregor 455
Scholl-Latour, Peter 107, 231
Scholz, Olaf 128, 140, 149
Schönfeldt, Rolf 185
Schönherr-Mann, Hans-Martin 497
Schönhuber, Franz 362
Schöttler, Peter 426
Schröder, Gerhard 229, 455 f.
Schroeder, Klaus 69, 386, 388
Schroeder, Wolfgang 88
Schubarth, Wilfried 71
Schubert, Thomas 328
Schuhmacher, Nils 79
Schularick, Moritz 231
Schult, Christoph 101, 106
Schultz, Tanjev 16
Schulz, Daniel 497
Schulz, Martin 454, 482
Schulz, Peter 450
Schulze-Fielitz, Helmuth 461
Schumpeter, Josef Alois 381 f., 424
Schütt, Rüdiger 371, 372 f.
Schwan, Gesine 432, 456
Schwanholz, Julia 279, 291
Schwarz, Hans-Peter 479
Schwarz, Moritz 89
Schwarzbach, Lennart 143
Schwarz-Friesel, Monika 497
Schweer, Thomas 66
Schweighöfer, Kerstin 101 f.
Schweizer, Gerhard 243, 245, 247 f., 253-255, 261
Scotloff, Steven 209
Sebaldt, Martin 458 f.
Sedgwick, Mark 67
Šedivý, František 497
Sedláček, Tomáš 279, 294
Seebacher, Brigitte 456
Seefried, Elke 377
Seibel, Wolfgang 74
Seibt, Gustav 333
Seichter, Dorit 427
Seiffert, Wolfgang 182
Selek, Atila 79-84, 92
Semler, Christian 187
Sender, Tony 466
Setälä, Maija 446
Seyferth, Peter 497
Seymour, Gerald 216
Sharon, Ariel 238
Siebenmorgen, Peter 442 f.
Sieber, Ursel 234
Siegerist, Joachim 269 f.
Sieling, Carsten 145
Sierau, Ulrich 202
Silke, Andrew 68
Simmel, Georg 361
Simon, Dieter 75
Simon, Stefan 210
Six, Alfred 358
Skoda, Sven 193 f.
Smith, Adam 489
Smith, Mike 498
Snyder, Timothy 498
Soininen, Suvi 498
Söllner, Alfons 326, 328, 434
Sombart, Corinna 500
Sombart, Nicolaus 500
Sombart, Werner 500
Sommer, Gerd 69
Sommer, Theo 33
Sommermann, Karl-Peter 498
Sontheimer, Kurt 28 f., 325-328
Sørensen, Paul 409
Sorge, Eugen 213 f., 222
Spehr, Christoph 146
Speit, Andreas 86
Spielberg, Steven 411

Personenverzeichnis

- Spielhaus, Riem 417
Spilker, Gabriele 412
Stachura, Dieter, 44
Stalin, Josef W. 178, 213, 334, 417 f., 492
Stambolis, Barbara 498
Staritz, Dietrich 180, 183
Stark, Holger 80, 82
Staud, Toralf 171
Steber, Martina 397, 399
Stein, Ekkehart 23
Stein, Tine 478
Steinbach, Guido 65, 297, 302
Steinbach, Peter 47, 498
Steinbrecher, Markus 459
Steinbrück, Peer 292
Steiner, André 407
Stellbrink, Laura 425
Steltemeier, Rolf 279, 282
Steltzner, Holger 102
Stendhal (s. Beyle, Marie-Henri) 470
Stephan, Heike 439 f.
Stepień, Sławomir 495
Stern, Fritz 498
Stern, Jessica 69
Stern, Leo 403
Stern, Manfred 403
Stern, Wolf 403
Sternberger, Dolf 361
Steudtner, Robert 455
Stiglitz, Joseph 279, 285-287, 290
Stirner, Max 497
Stokes, Lawrence D. 490
Stolpe, Manfred 353
Stoph, Willi 404
Storch, Beatrix von 121
Storz, Wolfgang 232
Stöss, Richard 69, 71, 180, 185-187, 327
Stöver, Bernd 407
Strache, Heinz-Christian 122
Stramann, Simon 499
Straßer, Gregor 199
Straßer, Otto 199
Straßheim, Holger 446 f.
Straßner, Andreas 411
Straube, Sonja Angelika 499
Strauß, Franz Josef 442 f.
Strauss, Leo 494
Strickert, Hans-Georg 175, 183-185
Strijbis, Oliver 445
Stroppe, Anne 42
Sturm, Michael 485
Sturm, Roland 433, 446, 460
Stüwe, Klaus 443
Sünker, Heinz 75
Süssenguth, Florian 454 f.
Switek, Niko 482, 499
Szöllösi-Janze, Margit 378
Tarrow, Sidney 449
Tausendpfund, Markus 292
Taylor, Adam 209
Taylor, Donald M. 67, 69, 72
Taylor, Frederick 499
Taylor, Max 68
Thatcher, Margaret 460
Ther, Philipp 399
Thewes, Frank 107
Thiel, Markus 448
Thieler, Kerstin 466
Thielking, Kai Oliver 265, 275
Thiem, Rainer 22
Thieme, Tom 328, 392, 506
Thiemeyer, Guido 499
Thierse, Stefan 499
Thorez, Maurice 184
Thümmeler, Ellen 434
Thyssen, Fritz 518
Tibi, Bassam 360
Tiefenbach, Paul 146
Tielke, Martin 500
Timke, Jan 146, 148
Tippmann, Kai 421
Todenhöfer, Jürgen 297, 305
Togliatti, Palmiro 184
Tooze, Adam 462
Tosstorff, Reiner 403
Tosun, Jale 484
Towfigh, Emanuel V. 461
Travessoni Gomes Trivisonno, Alexandre 491
Trebesch, Christoph 231
Triepe, Heinrich 491
Triffterer, Otto 23
Trinn, Christoph 500
Troy, Jodok 451
Truckendanner, Petra 101
Tschernajew, Anatolij 431
Tschira, Klaus 518
Tschirschwitz, Lars 433

Personenverzeichnis

- Tucholsky, Kurt 371
 Tuchscheerer, Heike 468
 Tucker, Aviezer 500
 Türkeş, Alparslan 244-247

 Uka, Arid 221
 Ulbricht, Tom 446
 Ulbricht, Walter 184, 226, 405
 Ulfkotte, Udo 10, 330-332
 Ulus, Özgür Mutlu 251, 262
 Umland, Andreas 232
 Unseld, Siegfried 329
 Urban, Thomas 500
 Urrestarazu Stark, Ursula 480

 Vaarakallio, Tuula 498
 Valle, Alexandre del 239
 Veit, Sven-Michael 142
 Velioglu, Hüseyin 257
 Verba, Sidney 437
 Verhofstadt, Guy 107
 Villis, Friedrich 403
 Virchow, Fabian 322
 Voegelin, Eric 408, 494, 500
 Vogel, Pierre 166
 Vogl, Joseph 279
 Vogl, Jürgen 293, 296
 Vogt, Kristina 146
 Voigt, Rüdiger 494, 500 f.
 Voigt, Sebastian 501
 Voigt, Udo 161
 Voigts, Gunda 501
 Voigts, Hanning 163
 Vollradt, Christian 107
 Vorländer, Hans 463

 Wagemann, Claudius 69
 Wagener, Hans-Jürgen 484
 Wagenknecht, Sahra 154, 226 f., 230, 232
 Wagner, Aiko 279, 292
 Wagner, Richard 472
 Wala, Michael 343, 345, 347
 Waldmann, Peter 75, 79, 85, 215, 217 f., 220
 Walter, Franz 279, 291, 463 f.
 Walter, Markus 195
 Wawzyniak, Halina 501
 Weber, Alfred 435
 Weber, Hermann 181, 186, f.
 Weber, Ines 464 f.
 Weber, Manfred 107

 Weber, Max 74, 78, 122, 335, 364, 366, 382, 451
 Weckenbrock, Christoph 150
 Wegrich, Kai 475
 Wehler, Hans-Ulrich 360, 366
 Wehner, Herbert 339
 Weidenfeld, Werner 217
 Weikard, André 101 f., 107
 Wein, Susanne 466
 Weinbauer, Klaus 462
 Weinzierl, Alfred 467
 Weipert, Axel 462 f.
 Weischer, Christoph 474
 Weise, Nils 345
 Weiske, Christine 429
 Weissberg, Nea 426
 Weizsäcker, Ernst von 358
 Welzer, Harald 285
 Wenzelburger, Georg 501
 Werner, Alban 422 f.
 Werner, Jana 142
 Wersich, Dietrich 140
 Westerwelle, Guido 100-103, 105-108
 Wettig, Gerhard 501
 White, Jenny 261
 Wiborg, Jan Peter 502
 Wiborg, Susanne 502
 Wicke, Christian 502
 Wiczorek-Zeul, Heidemarie 106
 Wiedl, Nina 81, 166
 Wiegold, Thomas 472
 Wiegrefe, Klaus 467
 Wiesel, Elie 213
 Wiesendahl, Elmar 461
 Wiktorowicz, Quintan 66
 Wilders, Geert 120, 342
 Wilke, Manfred 186, 430
 Willms, Johannes 502
 Winkelmann, Johannes 74
 Winkelkotte, Manuel 75
 Winker, Gabriele 502
 Winkler, Heinrich August 397-399, 467, 502
 Winkler, Jürgen R. 69-71, 88
 Winter, Steffen 90, 189
 Wirries, Clemens 342
 Wirsching, Andreas 377, 502
 Wirth, Sandra 457
 Wisniewski, Gerhard 239
 Witte, Julia 144
 Wittstock, Harald 403

Personenverzeichnis

- Witzgall, Thomas 197, 205
Wolff, Janna 486
Wolffsohn, Michael 503
Wolfrum, Edgar 183
Wölk, Volkmär 239
Wolkow, Wladimir K. 178
Wolle, Stefan 405, 416
Wollschläger, Hans 373
Wood, Greame 306
Worch, Christian 190 f., 205
Woyke, Meik 337
Wuestenhagen, Jaga 426
Wunderle, Ulrike 503
Wuthrich, F. Michael 241, 261

Yavuz, M. Hakan 261
Yazıcıoğlu, Muhsin 244, 246
Yilmaz, Adem 79 f., 83 f.
Yousif, Yehia 82
Yukawa, Haruna 209
Yunus, Mohammad 282

Zehnpfennig, Barbara 367
Zellentín, Gerda 326
Zeller, Manfred 503
Zeslawski, Margot 101 f.
Zezschwitz, Friedrich von 23
Zia ul-Hag, Mohammed 503
Zick, Andreas 69 f., 386, 468, 469
Ziegler, Jean 503
Ziesel, Kurt 346
Ziesemer, Bernd 187
Zimmermann, Kai 197
Zimmermann, Til 503
Zinser, Hartmut 409 f.
Žižek, Slavoj 471
Zohlhnhöfer, Reimut 501, 503
Zola, Émile Édouard Charles Antoine 470
Zschäpe, Beate 85-92, 320
Zuboff, Soshana 454
Zweiling, Klaus 465

Autorenverzeichnis

- Dr. Werner Abel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter i. R., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Christoph Adler, B. A., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Uwe Backes, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.
- Dr. Manuel Becker, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstr. 25, 53113 Bonn.
- Dr. Harald Bergsdorf, Politikwissenschaftler, Walramstr. 9, 53919 Weilerswist.
- Dr. Klaus von Beyme, Prof. em., Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Politikwissenschaft, Bergheimer Str. 58, 69115 Heidelberg.
- Dr. Thomas Biebricher, Vertretungsprofessor, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Politikwissenschaft, Theodor-W.-Adorno-Platz 6, 60629 Frankfurt am Main.
- Dr. Marc Brandstetter, Wismarsche Straße 152, 19053 Schwerin.
- Dr. Dr. Wilfried von Bredow, Prof. em., Philips-Universität Marburg, Politikwissenschaft, Altes Schulhaus Göttingen, 35094 Lahntal.
- Dr. Stefan Creuzberger, Prof., Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock.
- Dr. Frank Decker, Prof., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstr. 25, 53113 Bonn.
- Dr. Christoph Degenhart, Prof., Universität Leipzig, Rechtswissenschaft, Burgstr. 21, 04109 Leipzig.
- Dr. Farah Dustdar, Publizistin, 59, bd. Prince Felix, 1513 Luxemburg – Kirchberg.
- Kristin Eichhorn, M. A., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Rainer Erb, PD, Technische Universität Berlin, Zenrum für Antisemitismusforschung, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin.
- Dr. Jürgen W. Falter, Prof., Johannes Gutenberg Universität Mainz, Politikwissenschaft, Colonel-Kleinmann-Weg 2, 55099 Mainz.
- Dr. Hans Fenske, Prof. em., Albert-Ludwigs Universität Freiburg, Geschichtswissenschaft, Rempartstraße 15 – KG IV, 79085 Freiburg.
- Fabian Fischer, M. A., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09197 Chemnitz.
- Dr. Gereon Flümman, Bundeszentrale für politische Bildung, Adenauerallee 86, 53113 Bonn.
- Dr. hc. Karl Wilhelm Fricke, Publizist, Dransdorfer Straße 32, 50968 Köln.
- Dr. Alexander Gallus, Prof., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Matthias Garbert, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Deutsche Hochschule der Polizei, Zum Roten Berge 18-24, 48165 Münster.
- Dr. Philipp Gassert, Prof., Universität Mannheim, Geschichtswissenschaft, 68161 Mannheim.
- Dr. Florian Grotz, Prof., Helmut Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Politikwissenschaft, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg.
- Dr. Farid Hafez, Universität Salzburg, Politikwissenschaft, Rudolfskai 42, A-5020 Salzburg.

Autorenverzeichnis

- Gülden Hennemann, Bayerisches Staatsministerium der Justiz, Prielmayerstr. 7, 80335 München.
- Dr. Andreas Heyer, Publizist, Gliesmaroderstr. 1, 38106 Braunschweig.
- Stephan Hilsberg, MdB a.D., Albrechtstr. 14 E, 10117 Berlin.
- Dr. Kai Hirschmann, stv. Direktor des Instituts für Krisenprävention, Girarstr. 1-5, 45131 Essen.
- Dr. Gangolf Hübinger, Prof., Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Geschichtswissenschaft, Logenstr. 11-12, 15230 Frankfurt (Oder).
- Dr. Helge F. Jani, Publizist, Krochmannstr. 8, 22299 Hamburg.
- Dr. Hans-Gerd Jaschke, Prof., Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Politikwissenschaft, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin.
- Dr. Eckhard Jesse, Prof., em., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Mario Keßler, Prof., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.
- Dr. Peter Graf Kielmansegg, Prof. em., Universität Mannheim, Politikwissenschaft, Kastanienweg 9, 69514 Laudenbach.
- Dr. Matthias Kluge, freier Dozent, Leipziger Str. 156, 08451 Crimmitschau.
- Dr. Alexander Kühn, Leunaer Weg, 04179 Leipzig.
- Dr. Jürgen P. Lang, Bayerischer Rundfunk, Kolumbusstr. 1, 81543 München.
- PD Dr. Matthias Lemke, Deutsches Historisches Institut Paris/Institut historique allemand, 8 rue du Parc-Royal, F-75003 Paris.
- Dr. Sebastian Liebold, Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Eric Linhart, Prof., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09197 Chemnitz.
- Dr. Dr. Michael Logvinov, Bonhoefferplatz 15, 01159 Dresden.
- Dr. Tom Mannewitz, Jun.-Prof., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Michael Mayer, Akademie für Politische Bildung, Buchensee 1, 82327 Tutzing.
- Dr. Tilman Mayer, Prof., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstr. 27, 53113 Bonn.
- Dr. Reinhard Mehring, Prof., Pädagogische Hochschule Heidelberg, Politikwissenschaft, Postfach 10 42 40, 69032 Heidelberg.
- Dr. Jörg Meuthen, Prof., Bundessprecher der Alternative für Deutschland, Landtag von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart.
- Dr. Lazaros Miliopoulos, PD., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstr. 27, 53113 Bonn.
- Dr. Werner Müller, Prof. em., Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, August-Bebel-Str. 28, 18055 Rostock.
- Dr. Helmut Müller-Enbergs, Prof., Syddansk Universitet, Institut for Historie, Center for Koldkriksstudier, Campusvej 55, 5230 Odense (Dänemark).
- Christian Nestler, M. A., Universität Rostock, Politikwissenschaft, Ulmenstr. 69, 18051 Rostock.
- Dr. Beate Neuss, Prof., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Benjamin Onasch, M.A., Ministerium für Inneres und Sport, Postfach 11055, 19005 Schwerin.
- Dr. Robert van Ooyen, ORR, Staats- und Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule des Bundes, Ratzeburger Landstr. 4, 23562 Lübeck.
- Dr. Torsten Oppeland, Prof., Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Carl-Zeiß-Str. 3, 07737 Jena.

Autorenverzeichnis

- Dr. Isabelle-Christine Panreck, Universität Münster, Schlossplatz 2a, 48149 Münster.
- Dr. Werner J. Patzelt, Prof., Technische Universität Dresden, Politikwissenschaft, 01062 Dresden.
- Dr. Frauke Petry, Bundessprecherin der Alternative für Deutschland, Sächsischer Landtag, 01067 Dresden.
- Ann Andrea Petzel, B. A., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Armin Pfahl-Traugher, Prof., Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Willy-Brandt-Str. 1, 50321 Brühl.
- Dr. Robert Phillipsberg, Ludwig-Maximilians-Universität München, Centrum für angewandte Politikforschung, Oettingenstr. 67, 81675 München.
- Dr. Jürgen Plöhn, Prof., EBC-Hochschule Hamburg, Politikwissenschaft, Esplanade 6, 20354 Hamburg.
- Dr. Werner Reutter, Priv.-Doz., Humboldt-Universität zu Berlin, Politikwissenschaft, Universitätsstr. 3b, 10099 Berlin.
- Dr. Dominik Rigoll, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.
- Dr. Dieter Rucht, Prof., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.
- Christoph Ruf, Journalist, Guntherstr. 18, 76185 Karlsruhe.
- Dr. Jürgen Schmidt, Humboldt-Universität zu Berlin, Geschichtswissenschaft, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
- Dr. Rüdiger Schütt, Bibliothekar, Leibnizstr. 9, Universität Kiel, 24118 Kiel.
- Dr. Brigitte Seebacher, Prof., Publizistin, Himburg 9, 56459 Rothenbach.
- Dr. Elke Seefried, Prof., Universität Augsburg, Geschichtswissenschaft, Universitätsstr. 10, 86159 Augsburg.
- Dorit Seichter, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Lassallestr. 1, 08058 Zwickau.
- Dr. Paul Sörensen, Universität Augsburg, Politikwissenschaft, Universitätsstr. 10, 86159 Augsburg.
- Dr. Riem Spielhaus, Georg-August-Universität Göttingen, Islamwissenschaft, Heinrich-Düker-Weg 14, 37073 Göttingen.
- Dr. Martina Steber, Prof., Universität Konstanz, Geschichtswissenschaft, Universitätsstr. 10, 78457 Konstanz.
- Laura Stellbrink, B. A., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Robert Steudtner, B. A., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Alexander Straßner, Priv.-Doz., Universität Regensburg, Politikwissenschaft, Universitätsstr. 31, 93040 Regensburg.
- Dr. Roland Sturm, Prof., Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Politikwissenschaft, Kochstr. 4, 91054 Erlangen.
- Dr. Klaus Stüwe, Prof., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Politikwissenschaft, Universitätsallee 1, 85072 Eichstätt.
- Dr. Lars Tschirschwitz, Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Heike Tuchscheerer, Deutsche Gesellschaft e.V., Mosse Palais, Voßstr. 22, 10117 Berlin.
- Dr. Michael Vollmer, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Frankenstr. 210, 90461 Nürnberg.
- Dr. Christine Weiske, Prof., Technische Universität Chemnitz, Soziologie, 09126 Chemnitz.
- Sandra Wirth, M. A., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
- Dr. Barbara Zehnpfennig, Prof., Universität Passau, Politikwissenschaft, Innstr. 25, 94030 Passau.